

Mathias Beer (Hg.)
Kommunikation und Konsensfindung



SCHRIFTEN DES BUNDESARCHIVS

Sonderreihe „Die zentralen deutschen Behörden
und der Nationalsozialismus“

5

Mathias Beer (Hg.)

Kommunikation und Konsensfindung
Netzwerke des Bundesvertriebenenministeriums

Gebr. Mann Verlag · Berlin

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2025 Gebr. Mann Verlag · Berlin
Dietrich Reimer Verlag GmbH
Berliner Str. 53
10713 Berlin
info@reimer-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten.

Der Verlag behält sich die Verwertung des urheberrechtlich geschützten Inhalts dieses Werkes für Zwecke des Text- und Data-Minings nach § 44 b UrhG ausdrücklich vor.
Jegliche unbefugte Nutzung ist hiermit ausgeschlossen.

Gedruckt auf säurefreiem Papier, das die US-ANSI-Norm über Haltbarkeit erfüllt.

Lektorat: Anna Felmy, Gebr. Mann Verlag · Berlin
Satz: Gebr. Mann Verlag · Berlin
Covergestaltung: Alexander Burgold · Berlin
Coverabbildung: Netzwerk des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (BMVt) © K. Erik Franzen
Schrift: Palatino

Papier: Werkdruck 80 g/qm
Druck und Verarbeitung: Elanders Waiblingen GmbH

schriften.bundesarchiv.de (Open-Access-Ausgabe als E-PDF)
ISBN 978-3-7861-2941-7 (Print)

Inhalt

Geleitwort	7
Mathias Beer	
Schnittstellen und Verflechtungen	9
Netzwerkbeziehungen des Bundesvertriebenenministeriums	
Pertti Ahonen	
Das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte und die Parteien der Bundesrepublik Deutschland	47
Politische Netzwerke 1949–1969	
Wolfgang Fischer	
Das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte und die Ausschüsse des Deutschen Bundestages	101
Rainer Bendel unter Mitarbeit von Robert Pech	
„Mehrfachengagierte“	177
Die wechselseitigen Beziehungen zwischen dem Bundesvertriebenenministerium und den beiden großen Kirchen Deutschlands	
K. Erik Franzen	
Gemeinsame Sache oder Nebensache?	239
Beziehungsgeflechte zwischen ‚den Sudetendeutschen‘ und dem Bundesvertriebenenministerium	
Michael Schwartz	
Informelle Politik-Produktion	297
Netzwerk-Relationen zwischen Bundesvertriebenenministerium und Vertriebenenverbänden 1949–1969	
Jan Ruhkopf	
Netzwerke und Oberste Behörden	435
Das Bundesvertriebenenministerium als Knotenpunkt westdeutscher Integrationspolitik	
Mitarbeiterverzeichnis	461
Abkürzungsverzeichnis	462
Archivverzeichnis	465
Literaturverzeichnis	469
Ortsverzeichnis	493
Personenverzeichnis	497

Geleitwort

Unter dem Titel „Die zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus“ hat die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien im Jahr 2016 ein umfangreiches Forschungsprogramm aufgelegt. Es entstand vor dem Hintergrund eines neu erwachten Interesses für die Kontinuitäten zwischen den Behörden und Verwaltungen des nationalsozialistischen Deutschen Reichs und ihren Nachfolgeeinrichtungen insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland. Über die „braunen Wurzeln“ (Dieter Schenk) bundesdeutscher Behörden entstanden zunächst Untersuchungen über das Bundeskriminalamt, das Auswärtige Amt und das Bundesamt für Verfassungsschutz, die von den betreffenden Behörden selbst in Auftrag gegeben wurden. Vergleichbare Studien über das Wirtschaftsministerium, das Justizministerium, den Bundesnachrichtendienst und andere Ministerien und Bundesbehörden folgten. Christian Mentel und Niels Weise haben 2016 „Stand und Perspektiven der Forschung“ in ihrem Forschungsbericht über „Die zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus“ zusammengefasst. Die dort vorgestellten Ergebnisse und Lücken haben die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien veranlasst, ein Programm aufzulegen, um unabhängige, nicht von den betreffenden Behörden selbst beauftragte Studien anzuregen und zu fördern. Diese sollten auch neuen, die klassischen Ansätze der Verwaltungsgeschichte fortentwickelnden Fragestellungen nachgehen. Die Organisation und administrative „Abwicklung“ des Programms wurde dem Bundesarchiv anvertraut, das seinerseits durch das Bundesverwaltungsamt unterstützt wurde. Eine unabhängige Expertenkommission traf eine Auswahl von zehn Projekten, die geeignet schienen, die mittlerweile so apostrophierte „Behördenforschung“ um neue Perspektiven zu bereichern.

Die Durchführung der Projekte wurde seit 2020 durch die Covid-19-Pandemie zum Teil erheblich behindert. Die weitreichenden Einschränkungen insbesondere bei der Archivnutzung führten zwangsläufig zu Verzögerungen und zusätzlichen Mittelbedarfen. Da die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien zusätzliche Mittel bereitstellen konnte, war es grundsätzlich möglich, Projektabbrüche zu vermeiden.

Die daraus hervorgehenden Studien werden nun in einer Sonderreihe der Schriften des Bundesarchivs publiziert, sofern die Projektträger sich nicht entschlossen haben, ihre Ergebnisse eigenständig zu veröffentlichen. Verantwortlich für Inhalt und Ergebnis der nun sukzessive erscheinenden Bände sind allein die Projektverantwortlichen sowie die Autorinnen und Autoren der Studien.

Im Fokus des fünften Bandes der Sonderreihe steht das zwischen 1949 und 1969 bestehende Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (BMVt), dem die Bewältigung einer der drängendsten und herausforderndsten Auf-

gaben der jungen Bundesrepublik oblag. Die damals so genannte „Flüchtlingsfrage“, also die Integration von Millionen deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen, barg hohen großen sozialen und politischen Sprengstoff. Hinzu kam, dass das BMVt eine Behörde sui generis ohne institutionellen Vorgänger war und über keinen etablierten Geschäftsbereich für seine Aufgaben verfügte. Seine Politik entfaltete es daher in engen Wechselbeziehungen mit weiteren Ressorts, Organisationen und Gruppierungen.

Der innovative Ansatz des vorliegenden Sammelbandes besteht darin, die Entstehung und das Handeln des BMVt anhand seiner vielgestaltigen – ob persönlichen, institutionalisierten, parteipolitischen oder ideologischen – Netzwerke zu untersuchen. Die verschiedenen Beiträge des Bandes werfen Schlaglichter auf die dynamischen Beziehungen, Verflechtungen und Interaktionen des Ministeriums mit Parteien, Parlament, Kirchen und Interessenorganisationen und geben damit einen differenzierten Einblick in seine Arbeits- und Wirkungsweise. So werden zum Beispiel die Langlebigkeit der in die NS-Zeit zurückreichenden persönlichen Netzwerke oder die Kontinuität mancher antidemokratischen Denktraditionen deutlich. Gleichzeitig zeigt sich aber auch die integrative Wirkung des Ministeriums, das die Forderungen etwa der Vertriebenenverbände in die „pazifizierenden“ Bahnen der parlamentarisch-demokratischen Entscheidungsprozesse lenkte. Der Band leistet insofern einen wichtigen Beitrag zur Geschichte des Ministeriums und dessen Rolle in der Geschichte der Vertriebenenintegration in den ersten beiden Jahrzehnten der Bundesrepublik.

Koblenz, im Oktober 2025

Prof. Dr. Michael Hollmann
Präsident des Bundesarchivs

Schnittstellen und Verflechtungen

Netzwerkbeziehungen des Bundesvertriebenenministeriums

1. Die Flüchtlingsfrage in Deutschland nach 1945

Sprach man nach 1945 in Deutschland von der Flüchtlingsfrage, so war die Aufnahme und Eingliederung der etwa acht von insgesamt mehr als 12,5 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen gemeint,¹ die als Teil der umfangreichen europäischen Zwangsmigrationen² am Ende des Zweiten Weltkriegs in den drei westlichen Besatzungszonen Aufnahme gefunden haben. Sie waren aufgrund des Prinzips des ethnisch reinen Nationalstaats, als Antwort auf die nationalsozialistische Eroberungs-, Besatzungs- und Vernichtungspolitik sowie machtpolitischen Erwägungen der Siegermächte folgend, am Ende des Zweiten Weltkrieges aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches und einer Reihe ostmitteleuropäischer Staaten in die vier Besatzungszonen Deutschlands geflüchtet bzw. umgesiedelt und vertrieben worden.³ Nicht nur quantitativ betrachtet handelte es sich bei der Flüchtlingsfrage um eine der Hauptaufgaben, die der entstehenden Bundesrepublik in die Wiege gelegt wurden. Die Folgen der gewaltigen demografischen Verschiebungen – 1961 war jeder fünfte Bürger der Bundesrepublik ein Flüchtling oder Vertriebener⁴ – sowie die Deklassierung und Pauperisierung auf breiter Basis nährten die sozialen Sprengsätze, die die Gründungskrise der Bundesrepublik prägten. Dass man von der Flüchtlingsfrage sprach, war zutreffend, denn

1 Mathias Beer: Die Flüchtlingsfrage in Deutschland nach 1945. Geschichte, Forschung, Erinnerung. Göttingen 2025.

2 Vgl. dazu u. a. Michael R. Marrus: The Unwanted. European Refugees in the Twentieth Century. New York/Oxford 1985; Norman M. Naimark: Fires of Hatred. Ethnic Cleansing in the 20th Century. Cambridge (Mass.)/London 2001; Benjamin Liebermann: Terrible Fate. Ethnic Cleansing in the Making of Modern Europe. Chicago 2006; Philipp Ther: Die dunkle Seite der Nationalstaaten. „Ethnische Säuberungen“ im modernen Europa. Göttingen 2012; Michael Schwartz: Ethnische „Säuberungen“ in der Moderne. Globale Wechselwirkungen nationalistischer und rassistischer Gewaltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert. München 2013.

3 Wolfgang Benz (Hrsg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt a. M. 1985, 21995; Mathias Beer: Flucht und Vertreibung. Voraussetzungen, Verlauf, Folgen. München 2011, 2024; Ray M. Douglas: Ordnungsgemäße Überführung. Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg. München 2012.

4 Gerhard Reichling: Die deutschen Vertriebenen in Zahlen. Bd. 1: Umsiedler, Verschleppte, Vertriebene, Aussiedler 1940–1985. Bonn 1986.

Antworten auf die damit verbundenen Herausforderungen fehlten 1949 noch, und es war längst nicht klar, ob die Bundesrepublik sie würde finden können. „Das Parlament“ titelte am 12. März 1952 „Deutschlands Problem Nr. 1“.⁵

Entgegen den Erwartungen und Vorhersagen vieler Zeitgenossen des In- und Auslandes entfaltete der in der Zusammenbruchgesellschaft durch die Flüchtlingsfrage zusätzlich angestaute sozialpolitische Zündstoff nicht die befürchtete desintegrierende und damit destabilisierende Wirkung. Rascher als erwartet, gelang es vor dem Hintergrund des Kalten Krieges durch die wirtschaftliche, soziale und politische Integration des sozial deklassierten Drittels der bundesdeutschen Gesellschaft, an dem die Flüchtlinge und Vertriebenen den Hauptanteil stellten, die sozialen Spannungen und Verwerfungen nicht nur abzubauen. Noch mehr, die Hypothek, mit der der neue Staat gestartet war, wurde schneller als vorhersehbar geradezu in ein Haben umgewandelt. Innerhalb eines Jahrzehnts lösten Zufriedenheit und Sekurität die Gründungskrise ab.⁶ Vor dem Hintergrund der katastrophalen Ausgangssituation und angesichts der so nicht erwarteten raschen Beseitigung der Symptome der Nachkriegskrise wurden bereits in den 1950er Jahren Stimmen laut, die analog zum Wirtschaftswunder von einem Integrationswunder sprachen. Wenn auch zu Recht in Teilen angezweifelt,⁷ ist das Bild des Wunders zu einem Topos geworden – „the largest economic and social policy task fulfilled by the Federal Republic.“⁸

Wie die Integrationsprozesse differenziert nach der Herkunft der Flüchtlinge und Vertriebenen, nach ihrem Beruf, Alter, Geschlecht sowie vor dem Hintergrund der jeweils spezifischen Merkmale der Aufnahmegebiete abgelaufen sind, darauf hat vor allem die historische Forschung seit den 1980er Jahren detaillierte Antworten gegeben,⁹ auch für die SBZ und die DDR.¹⁰ Der Migrations-, Sozial- und Alltagsgeschichte verpflichtet, leuchtete sie regionale, lokale und individuelle Aspekte des Eingliederungsvorgangs der Flüchtlinge und Vertriebenen aus. Dagegen sind die übergeordneten politischen Vorgaben, die institutionellen Rahmenbedingungen und das spezifische Handeln der mit

5 Das Parlament. Die Woche im Bundestag 2 (1952), Nr. 11.

6 Hans Günter Hockerts: Integration der Gesellschaft. Gründungskrise und Sozialpolitik in der frühen Bundesrepublik, in: Zeitschrift für Sozialreform 32 (1986), H. 1, S. 25–41, hier S. 40.

7 Paul Lüttinger unter Mitwirkung von Rita von Rossmann: Der Mythos der schnellen Integration. Eine empirische Untersuchung zur Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland bis 1971, in: Zeitschrift für Soziologie 15 (1986), H. 1, S. 20–36.

8 Alfred Grosser: Vorwort, in: Hans W. Schoenberg: Germans from the East. A Study of their Emigration, Resettlement and Subsequent Group History since 1945. Den Haag 1970, S. VII.

9 Vgl. u. a. Rainer Schulze/Doris von der Brölie-Lewien/Helga Grebing (Hrsg.): Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Bilanzierung der Forschung und Perspektiven für künftige Forschungsarbeit. Hildesheim 1987, S. 207–215; Gertrud Krallert-Sattler: Kommentierte Bibliographie zum Flüchtlings- und Vertriebenenproblem in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich und in der Schweiz. Hrsg. vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung u. a. Wien 1989; Rolf Messerschmidt: Mythos Schmelztiegel! Einige Neuerscheinungen zur ‚Flüchtlingsforschung‘ der letzten Jahre, in: Neue politische Literatur 37 (1992), S. 34–55; Dierk Hoffmann/Marita Krauss/Michael Schwartz (Hrsg.): Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven. München 2000.

10 Michael Schwartz: Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945–1961. München 2004.

der Flüchtlingsfrage entstandenen Verwaltungen trotz bemerkenswerter Ansätze, vor allem auf regionaler Ebene,¹¹ gerade für die Zeit seit 1949 unterbelichtet geblieben. „Eine Geschichte der Flüchtlingsverwaltungen insgesamt fehlt“, hieß es 1978.¹² Dieser Befund gilt für die einschlägigen obersten Bundesbehörden mit Abstrichen nach wie vor.

Über die Art und Weise, wie es gelang, die als Folge des Krieges gegebene vielfältige Asymmetrie gesellschaftlicher Chancen, von der Flüchtlinge, Vertriebene und Kriegsgeschädigte überdurchschnittlich betroffen waren, in relativ kurzer Zeit zu beheben, und über die Gründe, die zu einem raschen Abbau des sozialen Krisenpotentials geführt haben, werden in der Forschung unterschiedliche Meinungen vertreten. Wenn es einerseits heißt, bei der Lösung der Flüchtlingsfrage habe es sich gleichsam um einen selbstläufigen Prozess gehandelt, und andererseits die politikgestaltenden Maßnahmen hervorgehoben werden, so sind die beiden Pole des breiten Spektrums benannt, in dem sich die Diskussion bewegt. Unabhängig von der Bewertung und Gewichtung der einzelnen Faktoren ist man sich darüber einig, dass die Währungsreform und insbesondere der sich im Zuge der Koreakrise beschleunigende wirtschaftliche Aufschwung die Voraussetzungen für einen massiven „sozialpolitischen Interventionsschub“¹³ des Staates schufen. Er kam, verbunden mit spezifischen Leistungen für die Gruppen der Kriegsgeschädigten, auch den Flüchtlingen und Vertriebenen zugute. Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen wurde durch die Errichtung einer obersten Bundesbehörde erhöht, die eigens dafür geschaffen wurde, mitzuhelfen, Antworten auf die Flüchtlingsfrage zu finden – das Bundesministerium für Vertriebene, wie es zunächst hieß, das zwei Jahrzehnte (1949–1969) bestehen sollte.¹⁴

2. Überlegungen zur Verwaltung der Flüchtlingsfrage auf Bundesebene

Es waren im Wesentlichen die gleichen Fragen, die sich in den einzelnen Besatzungszonen mit der Aufnahme, Unterbringung und Versorgung der Vertriebenen und Flüchtlinge stellten. Dennoch führten die in diesem Bereich lange Zeit unterschätzten Vorgaben der jeweiligen Besatzungsmacht, die unterschiedlichen sozialen sowie wirtschaftlichen Bedingungen und, damit verbunden, das spezifische Wirken der wie-

11 Sylvia Schraut: Flüchtlingsaufnahme in Württemberg-Baden 1945–1949. Amerikanische Besatzungsziele und demokratischer Wiederaufbau im Konflikt. München 1995; Rolf Messerschmidt: Die Flüchtlingsfrage als Verwaltungsproblem im Nachkriegsdeutschland. Das Phänomen der klientelorientierten Flüchtlingssonderverwaltung in Ost und West, in: Hoffmann/Krauss/Schwartz (Hrsg.), Vertriebene in Deutschland, S. 167–186.

12 Thomas Ellwein: Zum Problem der Flüchtlingsverwaltung, in: Schulze/Brelie-Lewien/Grebing (Hrsg.): Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte, S. 207–215, hier S. 207.

13 Hans Günter Hockerts: Metamorphosen des Wohlfahrtsstaates, in: Martin Broszat (Hrsg.): Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte. München 1990, S. 35–45, hier S. 35f.

14 Mathias Beer/Jan Ruhkopf: Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (BMVt), in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2024. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32862.

dererstehenden deutschen Verwaltungen zu unterschiedlichen Ergebnissen in den einzelnen Besatzungszonen. Die regionalen Spezifika waren derart ausgeprägt, dass auch in den Ländern einer Besatzungszone unterschiedliche Wege gewählt wurden. Die amerikanische Besatzungsmacht setzte in ihrer Zone im September 1945 deutsche Länderregierungen ein und richtete am 17. Oktober in Stuttgart den Länderrat ein. Dass er bereits in seiner ersten Sitzung auf ausdrücklichen Wunsch der Besatzungsmacht beschloss, einen Flüchtlingsausschuss einzurichten, ist ein deutliches Indiz für den Stellenwert, den man diesem Politikfeld einräumte. Dennoch verlief auch in der amerikanischen Besatzungszone die Entwicklung nicht einheitlich.¹⁵

Die Gründung der Länder vollzog sich in der britischen Besatzungszone wesentlich später. Das Flüchtlingswesen gehörte auch hier zu jenen Angelegenheiten, deren Regelung sich die Besatzungsmacht bis 1948 vorbehielt. Bei dem im Februar 1946 zugelassenen Zonenbeirat, der ausschließlich beratende Funktion hatte, wurde ein knappes halbes Jahr später ein Flüchtlingsausschuss eingerichtet.¹⁶ Ausschließlich zur Koordination derjenigen Aufgaben, die über die Länderebene hinausgingen, wurde im Juli 1947 der Flüchtlingsrat für die britische Zone geschaffen. Er existierte parallel zum Flüchtlingsausschuss des Zonenbeirates. Eine Vereinigung der beiden parallel arbeitenden Organe erfolgte Anfang Juni 1948.¹⁷

Diese Entwicklungen hatten ein Auseinanderfallen der Rechtsverhältnisse und der Terminologie¹⁸ für den betroffenen Personenkreis sowie mit verschiedenen Kompetenzen ausgestattete und unterschiedlich angesiedelte Sonder- und Regelverwaltungen im Flüchtlingsbereich zur Folge. Hinzu kamen die ungleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge und Vertriebenen, die katastrophale Versorgungslage, die fehlenden Arbeitsplätze sowie die kurzfristig negativen Folgen der Währungsreform besonders für die Flüchtlinge und Vertriebenen, die eine länderübergreifende und überzonale Einrichtung im Bereich des Flüchtlingswesens erforderlich machten. Entsprechenden Initiativen aus den deutschen Länderverwaltungen standen die Alliierten vor dem Hintergrund des von

15 Vgl. dazu Werner Middelman: Entstehung und Aufgaben der Flüchtlingsverwaltung, in: Eugen Lemberg/Friedrich Edding (Hrsg.): Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluß auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben. Bd. 1. Kiel 1959, S. 267–299; Messerschmidt, Die Flüchtlingsfrage als Verwaltungsproblem.

16 Deutscher Bundestag, Parlamentsarchiv (ParlA), Bestand 1: Der Zonenbeirat der britisch besetzten Zone, Fasz. 271, 30.–31.07.1946: Protokoll der ersten Sitzung des Flüchtlingsausschusses; vgl. auch Gabriele Stüber (Bearb.): Zonenbeirat. Zonal Advisory Council 1946–1948. Protokolle und Anlagen. 3 Halbbände. Düsseldorf 1993/94.

17 Walter Vogel: Westdeutschland 1945–1950. Der Aufbau von Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen über den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen. Teil III: Einzelne Verwaltungszweige: Finanzen, Post und Verkehr, Arbeit und Soziales, Flüchtlinge, Suchdienst und Kriegsgefangene, Justiz, Inneres. Boppard am Rhein 1983, S. 460.

18 Mathias Beer: Flüchtlinge, Ausgewiesene, Neubürger, Heimatvertriebene. Flüchtlingspolitik und Flüchtlingsintegration in Deutschland nach 1945, begriffsgeschichtlich betrachtet, in: Ders./Martin Kintzinger/Marita Krauss (Hrsg.): Migration und Integration. Aufnahme und Eingliederung im historischen Wandel. Stuttgart 1997, S. 145–167. Für die spätere Zeit vgl. Karin Böke: Flüchtlinge und Vertriebene zwischen dem Recht auf die alte Heimat und der Eingliederung in die neue Heimat. Leitvokabeln der Flüchtlingspolitik, in: Dies./Frank Liedke/MartinWengeler (Hrsg.): Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära. Berlin/New York 1996, S. 131–209.

ihnen verfolgten Assimilationskonzeptes¹⁹ zunächst ebenso ablehnend gegenüber, wie Vorstößen der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Flüchtlingsverwaltungen der Länder sowie später des Verwaltungsrats der Bizone, ihm Zuständigkeiten für die Koordinierung in Flüchtlingsfragen im Vereinigten Wirtschaftsgebiet zu übertragen. Angesichts der sich zuspitzenden Verhältnisse genehmigte schließlich das Bipartite Control Office am 4. Februar 1949 eine unmittelbar dem Oberdirektor unterstellte, mit eingeschränkten Befugnissen ausgestattete Agency on Refugee Matters, die deutsche Zentralstelle für Flüchtlingsfragen. Dem Willen der Besatzungsmächte folgend, war sie noch vor der Bildung einer deutschen Bundesregierung einzurichten.

Gegen den Wunsch Konrad Adenauers, bei der Besetzung der Leitung des Amtes auf ein CDU-Mitglied, namentlich Linus Kather zurückzugreifen, wurde am 17. Februar 1949 der Presse Ottomar Schreiber (1889–1955), der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, als Leiter des Amtes für Fragen der Heimatvertriebenen bei der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vorgestellt.²⁰ Zu den Aufgaben des Amtes zählten neben der Koordinierung der Länderaufgaben auf diesem Gebiet u. a., eine verbindliche Definition des Begriffs Heimatvertriebener zu erarbeiten sowie die gleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge und die Familienzusammenführung zu organisieren.

Wenn es in einer Selbstdarstellung des Bundesvertriebenenministeriums heißt, das Amt für Fragen der Heimatvertriebenen habe „programmatisch und organisatorisch viel von dem vorweg[genommen], was wenige Monate später Struktur und Aufgabenbereich des entsprechenden Bundesressorts bestimmen sollte“,“²¹ so wird eine zwangsläufige Entwicklung vom Amt für Fragen der Heimatvertriebenen hin zum Bundesvertriebenenministerium suggeriert, die es aber keineswegs gab. Bei der Bildung der ersten Bundesregierung und dem Ressortzuschnitt bestand weder Konsens darüber, ob es eine entsprechende oberste Behörde geben sollte, noch dazu, welche Zuständigkeiten sie gegebenenfalls haben sollte.

3. Die umstrittene Errichtung eines Bundesministeriums für Belange der Vertriebenen

Im Vorfeld und nach der Wahl zum ersten Bundestag fanden intensive und kontroverse Diskussionen über die Notwendigkeit eines für Vertriebenenfragen zuständigen Bundesministeriums statt. Einig war man sich in der Dringlichkeit zentraler, länderübergreifender und nachhaltiger Verwaltungsmaßnahmen zur Lösung der Flücht-

19 Sylvia Schraut: Zwischen Assimilationsdiktat und Fürsorgeverpflichtung. Die amerikanische Besatzungsmacht und die Flüchtlinge, in: Mathias Beer (Hrsg.): Zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen im deutschen Südwesten nach 1945. Sigmaringen 1994, S. 77–94.

20 ParlA, Bestand 2, 25.02.1949; zur Person von Ottomar Schreiber vgl. Vogel, Westdeutschland, S. 483. Als potentielle Kandidaten für das Amt wurden auch Walter Rinke, Linus Kather und Ottomar Schreiber gehandelt. Im Unterschied zu Konrad Adenauer favorisierte Hermann Pünder Schreiber nachhaltig.

21 Lothar Wieland: Das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Bonn 1968, S. 19.

lingsfrage. Unterschiedlich fiel das Urteil aus, mit welchem Verwaltungsinstrumentarium dieses Ziel am besten zu erreichen war. Fürsprecher für eine oberste Bundesbehörde, in ihrer Mehrheit Vertriebenenvertreter, bildeten zunächst eine Minderheit. Die überwiegenden Kritiker argumentierten insbesondere mit der Notwendigkeit eines organischen Aufbaus der Staatsverwaltung, in dem ein Sonderministerium störend wirke, und plädierten für eine entsprechende Abteilung im Innen- oder dem Ministerium für Arbeit und Soziales: „Ein Ministerium, das zwar überall tätig wird, wenn es sich um die Belange von Flüchtlingen und Vertriebenen handelt, das aber für kein Sachgebiet auch über den Kreis seiner Schützlinge hinaus ohne Mitwirkung eines anderen Ministeriums tätig werden kann, entbehrt die Stoßkraft,“²² heißt es in den Empfehlungen des Organisationsausschusses des Büros der Ministerpräsidentenkonferenz über den Aufbau der Bundesorgane.²³

Bei der Bildung der ersten Regierungskoalition 1949 unter Führung der siegreichen CDU gehörte die Flüchtlingsfrage nicht zu den hervorgehobenen Themen. Alle in der anvisierten Koalition vertretenen Parteien forderten mehr oder weniger laut ein Flüchtlingsministerium. Ein solches Ministerium war insbesondere der DP ein Anliegen, das „sie mit einem echten, parteilich nicht gebundenen Vertriebenen“ besetzt wissen wollte.²⁴ Konrad Adenauer, der sich 1946 dafür ausgesprochen hatte, „die Ostflüchtlinge zu assimilieren und sie unserer Geisteshaltung einzufügen,“²⁵ befürwortete in einem frühen Stadium ein Ministerium für die Ostgebiete und für Flüchtlingsfragen unter der Leitung des CDU-Politikers Jakob Kaiser (1888–1961). Die Arbeitsgemeinschaft der Flüchtlingsverwaltungen der westdeutschen Länder forderte nachdrücklich „die Schaffung eines besonderen Ministeriums für Aufbau und Flüchtlingswesen.“²⁶

In der CDU-Fraktion gingen die Meinungen über die Errichtung eines Flüchtlingsministeriums auseinander. Es gab Stimmen, die für ein Bundesamt plädierten.

22 Büro der Ministerpräsidenten des amerikanischen, britischen und französischen Besatzungsgebietes (Hrsg.): Empfehlungen des Organisations-Ausschusses der Ministerpräsidenten-Konferenz über den Aufbau der Bundesorgane. Wiesbaden 1949, S. 76; vgl. auch das ablehnende Votum des Rechnungshofes, 01.03.1949, BArch, Z 12/105.

23 Franz Thedieck, von 1949 bis 1964 Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, argumentierte ähnlich: „Ein Flüchtlingsamt in einem Sonderministerium ohne verwaltungsmäßigen Unterbau kann sich im wesentlichen nur zum Sprecher der Flüchtlinge gegenüber den anderen Ministerien, den eigentlichen Fachministerien, machen und diese um Berücksichtigung der Notwendigkeiten der Flüchtlinge bitten. Außerdem besteht die Gefahr, daß die übrigen Ministerien sich nicht oder nur in zweiter Linie für die Angelegenheiten der Flüchtlinge verantwortlich fühlen. Unter propagandistischen Gesichtspunkten ist zu beachten, daß in der Flüchtlingsfrage das Mögliche bestimmt immer hinter dem Notwendigen zurückbleiben wird. Diese Diskrepanz tritt in einem Sonderministerium stärker zu Tage als in einem Fachministerium.“ Zitiert nach Stefan Creuzberger: Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges 1949–1969. Düsseldorf 2008, S. 51.

24 Udo Wengst (Bearb.): Auftakt zur Ära Adenauer. Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung 1949. Düsseldorf 1985, S. 70; Entschließung des Gesamtdirektoriums der DP, 23.08.1949.

25 Hans Peter Mensing (Bearb.): Adenauer. Briefe 1945–1947. Berlin 1983, S. 255f.: Brief vom 26.05.1946.

26 Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStAS), EA 2/801:109: 25./26.08.1949.

Andere sprachen sich für einen Staatssekretär für Flüchtlingsfragen in einem der klassischen Ministerien aus. Vertreter der Vertriebenen forderten aus sachlichen und psychologischen Gründen vehement ein Flüchtlingsministerium.²⁷ Andere Mitglieder der Fraktion warnten jedoch davor, die Flüchtlingsfrage im Verwaltungsaufbau unter dem Gesichtspunkt einer Interessenvertretung zu betrachten. Zudem verwiesen sie auf den schweren Stand eines Flüchtlingsministers im Kabinett, denn es sei immer zu befürchten, dass, wenn die Forderungen der Vertriebenen nicht erfüllt würden, er diese gegen die eigene Regierung mobilisieren könnte.²⁸ In den Diskussionen spielten auch der Aufbau der Reichsverwaltung nach dem Ersten Weltkrieg und das Problem der wuchernden Sonderverwaltungen in der NS-Zeit eine Rolle.

Letztendlich setzte sich Konrad Adenauer mit seiner politisch begründeten Meinung durch, „es müsse ein Flüchtlingsministerium eingesetzt werden.“²⁹ Nachdem die CDU in den Koalitionsverhandlungen noch am 17. September bereit war, dieses Ministerium der FDP zu überlassen, stand schon einen Tag später fest, dass die Christdemokraten den Minister stellen würden. Auch bei der Wahl der Person des Ministers konnte Konrad Adenauer seine Vorstellungen gegen heftigen Widerstand aus den Reihen der Vertriebenenvertreter, deren Exponent Linus Kather (1893–1983) war, verwirklichen. In der dem Bundespräsidenten übersandten Liste der Regierungsmitglieder stand beim Ressort Bundesministerium für Angelegenheiten der Vertriebenen, wie es zunächst hieß,³⁰ der Name Hans Lukaschek (1885–1960).³¹

4. Aufgaben des Vertriebenenministeriums

Bundeskanzler Adenauer entschied sich aus grundsätzlichen politischen Überlegungen für eine oberste Bundesbehörde für die Angelegenheiten der Vertriebenen, doch diese war nicht, wie es sachlich geboten gewesen wäre, mit weitreichenden Querschnittskompetenzen ausgestattet. Dem Ministerium fehlte daher von vornherein „die klare Abgrenzung des Zuständigkeitsbereichs“, weil es nicht ein Sachgebiet zu bearbeiten hatte, sondern Aufgaben, die auch alle übrigen Fachressorts tangierten.³² In der in hohem Maß eingeschränkten sachlichen Zuständigkeit des Ministeriums lagen die Grenzen und zugleich Chancen seiner weit über den sozialpolitischen Rahmen hinausgehenden Wirkungsmöglichkeiten.

Die Aufgaben des Ministeriums waren nur ganz allgemein umschrieben: Es sollte bei der gesamten Gesetzgebung mitwirken, soweit sie die Belange der Vertriebenen berührte, weitgehende Aufgaben der Koordinierung mit den anderen Bundesministe-

27 Wengst, Auftakt, S. 435. Die Argumente wurden von Oskar Wackerzapp vorgebracht.

28 Ebd., S. 435f.

29 Ebd., Auftakt, S. 389.

30 Heinz Hoffmann (Bearb.): Die Bundesministerien 1949–1999. Bezeichnungen, amtliche Abkürzungen, Zuständigkeiten, Aufbauorganisation, Leitungspersonen. Bremerhaven 2003, S. 401–410.

31 Zu seiner Person vgl. die Ausführungen im dritten Kapitel.

32 BArch, B 150/1149: 10.11.1950.

rien, dem Bundestag, Bundesrat und den Ländern übernehmen, die Verbindungen zu öffentlichen und privaten Einrichtungen und Verbänden pflegen sowie die Betreuung der Heimatvertriebenen und der damit verbundenen Finanzfragen wahrnehmen.³³ Mitwirken, koordinieren, informieren und verbinden sind die Schlüsselbegriffe, welche das Wirkungsfeld des Ministeriums umschreiben. Sie dürfen nicht über die geringen Kompetenzen hinwegtäuschen, über die das zunächst mit einem Etat von gut einer Million Mark ausgestattete Ministerium verfügte. Deshalb war es bestrebt, seinen Aufgabenbereich auszuweiten, worin es schon bei den Beratungen zum ersten Bundeshaushalt Unterstützer fand.

Bereits 1949 erhielt es auch die Zuständigkeit für die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der westdeutschen Länder für Kriegsgefangenen- und Heimkehrerfragen.³⁴ Von 1952 an übernahm die 1950 in Bundesministerium für Vertriebene umbenannte oberste Bundesbehörde vom Bundesministerium des Innern die Zuständigkeit des Suchdienstes, ohne dass die Stimmen verstummten, die mehr Kompetenzen des Bundes in Vertriebenenangelegenheiten forderten.³⁵ Das erreichte der zweite Bundesvertriebenenminister.³⁶ Die Kompetenzerweiterung fand ihren Ausdruck auch in der von 1953 an geltenden neuen Bezeichnung – Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (BMVt). 1954 übernahm das Ministerium die Zuständigkeit für die Kriegssachgeschädigten und Evakuierten vom Bundesinnenministerium.³⁷ Für die in der Bundesrepublik verbliebenen DP's, die heimatlosen Ausländer,³⁸ war das Ministerium seit seiner Gründung zuständig. Die weitestgehende und wichtigste Kompetenzerweiterung erfolgte durch den Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 30. Oktober 1957. Er sprach dem Bundesvertriebenenminister die Dienstaufsicht über das Bundesausgleichsamt zu. Zusammen mit dem Bundesministerium für Finanzen teilte es sich fortan die Zuständigkeit für die Leistungen des Lastenausgleichsgesetzes.³⁹

Das sozialpolitische Wirken des Ministeriums fand seinen Niederschlag in der Mitwirkung an der einschlägigen umfangreichen Gesetzgebung.⁴⁰ Unter den Geset-

33 ParlA, Haushalt des Bundesministeriums für Angelegenheiten der Vertriebenen für das Rechnungsjahr 1949, S. 2.

34 Ulrich Endres/Konrad Reiser (Bearb.): Kabinettsprotokolle der Bundesrepublik. Bd. 1: 1949. Boppard am Rhein 1982, S. 200, 224; Gesetz über Hilfsmaßnahmen für Heimkehrer vom 19.06.1950, in: Bundesgesetzblatt 1949–1950, S. 221–224.

35 Verhandlungen des deutschen Bundestages, 1. Wahlperiode, Bd. 1, S. 3783.

36 Ebd., 2. Wahlperiode, 29.10.1953, S. 100.

37 Ursula Hüllbüsch/Thomas Trump: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Bd. 7. Boppard am Rhein 1954, S. 45–48; Michael Krause: Flucht vor dem Bombenkrieg. „Umquartierungen“ im Zweiten Weltkrieg und die Wiedereingliederung der Evakuierten in Deutschland 1943–1963. Düsseldorf 1997, hier. S. 252–303.

38 Wolfgang Jacobmeyer: Vom Zwangsarbeiter zum heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945–1951. Göttingen 1985.

39 Zu den langwierigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Ministerien in dieser Frage vgl. BArch, B 106/23049; Manfred Kittel: Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975). Düsseldorf 2020.

40 Lutz Wiegand: Die Kriegsfolgengesetzgebung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Archiv für Sozialgeschichte 35 (1995), S. 71–90.

zen, die vom Bundesvertriebenenministerium federführend vorbereitet wurden (u. a. das Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz 1954, das Häftlingsgesetz 1955 und das Flüchtlingshilfegesetz 1965), ragt das am 19. Mai 1953 verabschiedete Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz – BVFG)⁴¹ heraus, das in den folgenden Jahrzehnten zahlreiche Novellen erfuhr.

Die Arbeitsschwerpunkte des Ministeriums änderten sich im Laufe der Zeit und erforderten „eine schier unerschöpfliche Improvisation.“⁴² Maßgeblich dafür war die jeweils gegebene sozialpolitische Realität, aber auch der Akzent, der von den einzelnen Amtsinhabern gesetzt wurde. Im Vordergrund standen am Anfang die gleichmäßigere Verteilung der Flüchtlinge und Vertriebenen auf die Länder (Binnenumsiedlungsprogramme 1949–1956),⁴³ die Betreuung der heimatlosen Ausländer und sonstiger ausländischer Flüchtlinge, die Räumung der Lager,⁴⁴ die Finanzierung des Wohnungsbaus, die Häftlingsentschädigung und die Ansiedlung der Vertriebenen und geflüchteten Bauern.⁴⁵ Dann konzentrierte sich die Arbeit aufgrund der verstärkten Flucht aus der DDR auf die Aufnahme und Eingliederung der SBZ-/DDR-Flüchtlinge und deren Gleichstellung mit den Vertriebenen.⁴⁶ Sozial- und außenpolitischen Erwägungen verpflichtet war der vom zweiten Vertriebenenminister 1953 im Kabinett eingebrachte Zweijahresplan zur Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen. Diese bildete für ihn die Voraussetzung dafür, dass sich die im Westen verankerte Bundesrepublik zu einem Bollwerk gegen den Kommunismus entwickelte und, darauf gestützt, das von ihm lautstark und mit Nachdruck vertretene Recht auf Heimat verwirklicht werden konnte.⁴⁷

Besonders aktiv war das Ministerium in der Förderung der Vertriebenenverbände sowie der „ostdeutschen Forschung und Kulturarbeit“, ein Bereich, bei dem es laufend Abgrenzungsschwierigkeiten mit dem Ministerium für gesamtdeutsche Fragen gab.⁴⁸ Eher untypisch für eine oberste Bundesbehörde, aber durchaus charakteristisch für dieses Ministerium, war sein Engagement auf dem Gebiet der historischen und soziologischen Forschung. Beauftragt, finanziert und herausgegeben hat das Ministerium

41 Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge vom 19.05.1953, in: Bundesgesetzblatt I, 1953, S. 201–221.

42 Wieland, Bundesministerium, S. 7.

43 Georg Müller/Heinz Simon: Aufnahme und Unterbringung, in: Lemberg/Edding (Hrsg.), Die Vertriebenen, Bd. 1, S. 299–446, hier S. 391–410.

44 Mathias Beer: Die deutsche Nachkriegsgeschichte als Lagergeschichte. Zur Funktion von Flüchtlingslagern im Prozess der Eingliederung, in: Henrik Bispinck/Katharina Hochmuth (Hrsg.): Flüchtlingslager im Nachkriegsdeutschland. Migration, Politik, Erinnerung. Berlin 2014, S. 47–71.

45 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte: Vertriebene, Flüchtlinge, Kriegsgefangene, Heimatlose Ausländer 1949–1952. Bonn 1953.

46 Heidemeyer, Flucht und Zuwanderung; Volker Ackermann: Der „echte“ Flüchtling. Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR 1945–1961. Osnabrück 1995.

47 Theodor Oberländer: Die Überwindung der deutschen Not. Darmstadt 1954; Ders.: Das Weltflüchtlingsproblem. Ein Vortrag gehalten vor dem Rhein-Ruhr-Club am 8. Mai 1959. o.O., o.J.

48 Gisela Rüss: Anatomie einer politischen Verwaltung. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen/innerdeutsche Beziehungen 1949–1970. München 1973; Creuzberger, Kampf für die Einheit.

eine Reihe von Dokumentationen, die von namhaften Vertretern unterschiedlicher wissenschaftlicher Fächer erarbeitet wurden. Dazu zählen die Dokumentationen zur Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa,⁴⁹ zu den deutschen Kriegsgefangenen,⁵⁰ zu den Kriegsschäden⁵¹ sowie jene zur Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen in der Bundesrepublik.⁵² Gemeinsam mit einem breiten Spektrum weiterer Veröffentlichungen spiegeln sie eine weitere wichtige Aufgabe des Ministeriums wider: die Internationalisierung des deutschen Flüchtlings- und Vertriebenenproblems. Die Bemühungen, dass dieses nicht als ein rein deutsches, sondern als ein Problem der internationalen Politik angesehen wird, um so auch finanzielle Unterstützung für Eingliederungsmaßnahmen zu erhalten, ziehen sich wie ein roter Faden durch die Tätigkeit des Bundesvertriebenenministeriums während der gesamten Zeit seines Bestehens.⁵³

In dem Maß, in dem auch aufgrund der einschlägigen sozialpolitischen Gesetzgebung die wirtschaftlich-soziale Eingliederung fortschritt, betonte das Ministerium seit Anfang der 1960er Jahre die geistig-kulturelle Seite der von ihm so genannten „echten Eingliederung“⁵⁴ der Vertriebenen und Flüchtlinge. Sie sollte eine Hauptaufgabe der entsprechenden Hauptabteilung im BMI sein, in der das BMVt nach seiner Auflösung 1969 aufging.

Neben dem genuin sozialpolitischen Arbeitsfeld, das es angesichts der geringen Kompetenzen in Konflikt zum Bundesfinanzministerium,⁵⁵ aber auch zum Ministerium für Bau und zu jenem für Landwirtschaft brachte, war das Vertriebenenministerium mittelbar auch auf zwei nicht minder wichtigen Politikfeldern aktiv. Das eine betrifft den Bereich der Innen-, das andere die Deutschland- und damit die Außenpolitik. Beide sind aufs engste miteinander verwoben und setzten Erfolge auf sozialpolitischem Gebiet voraus. Flüchtlinge, Vertriebene und Kriegsgeschädigte waren nicht allein Ziel, d. h. Objekt sozialpolitischer Maßnahmen, sondern schon aufgrund ihrer Zahl und der Stoßkraft ihrer Organisationen und Verbände ein ernstzunehmender

49 Mathias Beer: Im Spannungsfeld von Politik und Zeitgeschichte. Das Großforschungsprojekt „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 46 (1998), H. 3, S. 345–389; Robert G. Moeller: War Stories. The Search for a Usable Past in the Federal Republic of Germany, in: The American Historical Review 101 (1996), H. 4, S. 1008–1048.

50 Wissenschaftliche Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte (Hrsg.): Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges. 15 Bde. Bielefeld 1962–1975; Birgit Schwellung: Zeitgeschichte zwischen Erinnerung und Politik. Die Wissenschaftliche Kommission für deutsche Kriegsgefangene, der Verband der Heimkehrer und die Bundesregierung 1957–1975. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 56 (2008), H. 2, S. 227–263.

51 Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hrsg.): Dokumente deutscher Kriegsschäden. Evakuierte, Kriegsgeschädigte, Währungsgeschädigte. 4 Bde., 2 Beihefte. Bonn 1958–1964.

52 Lemberg/Edding (Hrsg.), Die Vertriebenen in Westdeutschland.

53 Ruhkopf, Institutionalisierte Unschärfe.

54 Volker Ackermann: Integration. Begriff, Leitbilder, Probleme, in: Beer (Hrsg.), Zur Integration, S. 11–26.

55 Bundesministerium für Finanzen (Hrsg.): Flüchtlingslasten und Verteidigungsbeitrag. Zwei sich ergänzende und begrenzende Belastungen. Bonn 1951.

politischer Faktor der frühen Bundesrepublik und damit politisches Subjekt.⁵⁶ Es lag im Interesse der Regierung, dieses Potential zu binden und es damit für die Durchsetzung der eigenen politischen Vorstellungen zu nutzen. Mit der Errichtung des Ministeriums wurde auch eine Zielscheibe für Kritik und Angriffe aus den Reihen der Interessenverbände der Vertriebenen geschaffen, was die Regierung aus der unmittelbaren Schusslinie brachte. Die bereits Ende der 1950er Jahre erreichte politische Einbindung der Vertriebenen – ein äußeres Zeichen dafür ist das Verschwinden des BHE und damit einer eigenen Vertriebenenpartei aus dem Bundestag – war durch das rasche Greifen der sozialpolitischen Maßnahmen vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Prosperität erleichtert worden. Bereits im Vorfeld der Regierungsbildung 1957 zweifelte Konrad Adenauer an der weiteren Existenzberechtigung des Ministeriums, betonte aber, wie bei dessen Errichtung 1949, dessen symbolische Bedeutung als Zeichen für den Stellenwert der Flüchtlings- und Vertriebenenfrage.⁵⁷

Dass eine politische Radikalisierung ausblieb, wurde sicher auch durch die mit dem Kalten Krieg gegebene außenpolitische Lage begünstigt. Das insgesamt gesehen konservative Profil, der ausgeprägte Antikommunismus und die Forderung nach Rückgabe der Ostgebiete waren in diesem Umfeld Faktoren, welche der Politik der Bundesrepublik zugutekamen und daher von ihr auch unterstützt wurden. Zugleich hatten die Vertriebenen dadurch das Gefühl, die Außenpolitik aktiv, wenn nicht mitzugestalten, so doch scheinbar beeinflussen zu können.⁵⁸ Einerseits wies das Vertriebenenministerium immer wieder auf seine neutrale Haltung gegenüber den Vertriebenenverbänden hin, was diese heftig kritisierten.⁵⁹ „Mein Ministerium“, so der erste Vertriebenenminister, „faßt sich nicht als Vertretung einseitiger Interessengruppen auf. Ich bin nicht Mandatar der Vertriebenen, sondern ich bin Kabinettsminister und mit dem ganzen Kabinett dafür verantwortlich, daß die deutsche Bundesrepublik aufgebaut und erhalten wird.“⁶⁰ Andererseits sah das Ministerium im Einklang mit den jeweiligen Regierungen in den Verbänden ein Pfund, dessen Gewicht man in

56 Hans-Josef Brües: Artikulation und Repräsentation politischer Verbandsinteressen, dargestellt am Beispiel der Vertriebenenorganisationen. Köln 1972; Wambach, Verbändestaat; Michael Imhof: Die Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik Deutschland. Geschichte, Organisation und gesellschaftliche Bedeutung. Marburg 1975; Bernd Sonnewald: Die Entstehung und Entwicklung der ostdeutschen Landsmannschaften von 1947 bis 1952. Berlin 1975; Pertti Ahoen: After the Expulsion. West Germany and Eastern Europe 1945–1990. Oxford 2003; Matthias Stickler: „Ostdeutsch heißt gesamtdeutsch“. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972. Düsseldorf 2004.

57 Mensing (Bearb.), Unter vier Augen, S. 248.

58 Axel Frohn: Adenauer und die deutschen Ostgebiete in den fünfziger Jahren, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 44 (1996), H. 4, S. 485–525; Pertti Ahoen: Domestic Constraints on West German Ostpolitik. The Role of the Expellee Organizations in the Adenauer Era, in: Central European History 31 (1998), H. 1, S. 31–64; Ruhkopf, Institutionalisierte Unschärfe.

59 So hielt z. B. Georg Baron Manteuffel-Szoege, Vorsitzender der Baltisch-Deutschen Landsmannschaft, die er bezeichnenderweise als Behörde bezeichnet, am 15.11.1950 fest: „Es ist überhaupt eigentümlich, wie der Flüchtlingsminister oder der Heimatvertriebenenminister meine Behörde in keiner Weise unterstützt, während er von uns sehr sichtbare Hilfen erhält.“ BArch, N 1157/1, Bl. 6.

60 Verhandlungen des Deutschen Bundestags, 1. Wahlperiode 1949, 24.03.1950, S. 1840.

den Dienst der bundesdeutschen Außenpolitik stellen konnte.⁶¹ Zugleich war sich die Spitze des Ministeriums bewusst, dass eine zu starke Betonung der innen- und außenpolitischen Komponente in der Vertriebenenpolitik sich negativ auf den gewünschten Erfolg der sozialpolitischen Maßnahmen auswirken könnte. Es galt daher, immer auch mit Blick auf und in Konkurrenz zur DDR,⁶² zwei sich gegenseitig ausschließende Ziele in der Vertriebenenpolitik zusammenzuführen und glaubhaft zu vermitteln – die Forderungen nach Revision der europäischen Nachkriegsordnung wachzuhalten und gleichzeitig „hier im Westen so zu tun und handeln [...], als ob kein einziger vertriebener Deutscher wieder nach Hause kommt.“⁶³

5. Organisation und Personal dieses „Sonderministeriums in klassischem Gewande“⁶⁴

Das Bundesministerium für Angelegenheiten der Vertriebenen, wie es zunächst hieß, war eine oberste Behörde *sui generis*. Bei deren Einrichtung konnte, anders als bei vielen der anderen Ministerien, weder auf ein unmittelbares Vorgängerministerium noch auf ein historisches Vorbild mit einer vergleichbaren Aufgabenstellung zurückgegriffen werden. Das Ergebnis war eine „unkonventionelle Verwaltungsform.“⁶⁵

Aufbau, Organisation und Zuschnitt des Ministeriums folgten sachlichen Gründen, der Überlegung, mit einem Minister am Kabinetttisch den politischen Stellenwert der Flüchtlingsfrage demonstrativ sichtbar zu machen, und den Vorgaben des Grundgesetzes. Dieses verwies die Flüchtlings- und Vertriebenenfragen in den Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung. Der Bund hatte das Recht, Gesetze zu erlassen, die Durchführung einschlägiger Bundesgesetze lag in der Kompetenz der Länder. Ihnen gegenüber räumte das Grundgesetz dem Vertriebenenministerium über die Art. 83 und 84 nur ein stark eingeschränktes Weisungsrecht ein. Dadurch erhielt das Ministerium, abgesehen von den Bundesdienststellen zur Notaufnahme und Verteilung der SBZ-Flüchtlinge, keinen Verwaltungsunterbau. Es hatte zur Folge, dass das Ministerium auch selbst Exekutivaufgaben, wie die Verwaltung von Lagern, übernahm, ein diese oberste Bundesbehörde auszeichnendes Merkmal.

Eine Besonderheit war auch der Zuständigkeitsbereich des Ministeriums, der, wie es der erste Vertriebenenminister ebenso selbstbewusst wie unbestimmt formulierte, „alle politischen und Verwaltungsaufgaben der Deutschen Bundesrepublik berührte“⁶⁶ und

61 BAArch, B 150/1149: 09.12.1949.

62 Heike Amos: Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990. München 2009; Dies.: Vertriebenenverbände im Fadenkreuz. Aktivitäten der DDR-Staatssicherheit 1949 bis 1989. München 2011; Schwartz, Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“.

63 BAArch, B 150/1150: 16.01.1950.

64 Der Begriff lehnt sich an die von Hans Peters: Die Sonderbehörde in der deutschen Verwaltung, in: Zeitschrift der Akademie für deutsches Recht 7 (1940), H. 3, S. 39–42, verwendete Formulierung an.

65 Wieland, Bundesministerium, S. 7.

66 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 132, S. 1228f., 10.09.1952.

sich gerade deshalb nur schwer ab- und eingrenzen ließ. Hinzu kam der von Anfang an als zeitlich begrenzt angesehene Bestand des Ministeriums. Daher stellte man bei der Errichtung des Ministeriums nur verhältnismäßig wenig Beamte, dafür umso mehr Angestellte ein.⁶⁷ Diese und weitere Faktoren erforderten „den Aufbau einer Organisation, für die es kein Verwaltungsvorbild gab.“⁶⁸

Wegen der nicht klar abgrenzbaren Zuständigkeiten und der sich im Laufe der Zeit verändernden Aufgaben hatte das vergleichsweise kleine Ministerium – 1949 waren es 41 Beamte, deren Zahl sich bis 1963 auf knapp 100 erhöhte, als das gesamte Personal des Ministeriums über 700 Personen umfasste – einen von der Norm klassischer Ministerien abweichenden Aufbau. Die Organisationsentwicklung war unstetig. Den Fachabteilungen fehlte in der Regel eine inhaltliche Bezeichnung. Für die einzelnen Aufgaben waren Fachreferenten zuständig. Gemäß dem ersten Organisationsplan war das Ministerium zunächst in vier Abteilungen gegliedert.⁶⁹ Neben der von Konrad Czeslik (CDU) geleiteten Zentralabteilung, die in drei Referate gegliedert war, bearbeitete die erste Abteilung, an deren Spitze Walter Kleberg⁷⁰ (CDU) stand, der einen guten Kontakt zu Adenauer hatte, Fragen der Verwaltung, Presse, Kulturangelegenheiten, der Kriegsgefangenen und Vermissten. Die zweite Abteilung war für den weiten Bereich der Rechtsangelegenheiten zuständig und wurde von Theophil Woschek geleitet, einem der beiden ersten Angestellten im Amt für Fragen der Heimatvertriebenen. Die Zuständigkeiten für Wirtschaft und Auslandshilfe für das Vertriebenenproblem ressortierten in der dritten Abteilung. An seiner Spitze stand Werner Middelman,⁷¹ der ehemalige Leiter der Arbeitsgemeinschaft der Landesflüchtlingsverwaltungen in der amerikanischen Zone und Angestellter im Amt für Fragen der Heimatvertriebenen. Seine Bedeutung für die Flüchtlingsfrage in der Zeit des Interregnums und auch sein Wirken als Abteilungsleiter können nicht hoch genug eingeschätzt werden.⁷² Die vierte Abteilung unter der Leitung von Adolf Riedel bearbeitete den Bereich Bevölkerungs- und Sozialpolitik.

Dem wiederholten Wechsel in der Organisationsstruktur des Ministeriums entsprach die im Vergleich zu anderen Ministerien hohe Fluktuation der Minister insbesondere im zweiten Jahrzehnt seines Bestehens. Die Amtsinhaber unterschieden sich zudem, wie die Biografien der beiden ersten, das Ministerium prägenden Minister zeigen, in ihrer politischen Sozialisation grundlegend – hier der dem Widerstand nahe stehende Hans Lukaschek, dort der NS-belastete Theodor Oberländer.

67 Vgl. dazu Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 1. Wahlperiode, Stenographische Berichte. Bd. 1. 1811–1864.

68 BArch, B 150/1149: 10.11.1950.

69 BArch, B 106/4108 und B 150: Organisationspläne.

70 Biografische Angaben zu Dr. Walter Kleberg, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, veröffentlicht durch das Bundesarchiv, URL: <https://kabinettsprotokolle.bundesarchiv.de/register/person/ec8ca5af-6bad-4c57-a99f-72a2f2bc70b8>.

71 Zu seiner Person vgl. Vogel, Westdeutschland, S. 481; Werner Middelman: Weggenossen, Gegenspieler, Menschenmassen. Unveröff. Ms. seiner unvollendet gebliebenen Memoiren (Ende der 1970er Jahre), Archiv des Instituts für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde (AIdGL), Tübingen, NL Middelman.

72 Vgl. dazu Jan Ruhkopf: Institutionalisierte Unschärfe. Ordnungskonzepte und Politisches Verwalten im Bundesvertriebenenministerium 1949–1961. Göttingen 2023.

Es sollte sich bestätigen, dass der Vertriebenenminister einen schweren Stand haben würde. Hans Lukaschek, Jahrgang 1885, Politiker des Zentrums bis 1933, gehörte zu den Gründungsmitgliedern der CDU in Berlin und der SBZ.⁷³ Er war in den 1920er Jahren Mitglied der Gemischten Kommission für Oberschlesien in Kattowitz, Oberbürgermeister von Hindenburg und schließlich von 1929 bis 1933 Oberpräsident von Oberschlesien gewesen. Nach seiner Entlassung aus dem KZ Ravensbrück bekleidete er 1945/46 das Amt des Ministers für Land- und Forstwirtschaft in Thüringen und war zugleich Vizepräsident der dortigen Landesverwaltung. Durch die Sowjetische Militäradministration seiner Ämter enthoben,⁷⁴ übersiedelte er in den Westen, wozu ihm Adenauer schon 1946 geraten hatte.⁷⁵ Hier wurde er, nicht zuletzt auf Empfehlung von Konrad Adenauer, Vizepräsident des Deutschen Obergerichts für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, dann 1949 Präsident des Hauptamtes für Soforthilfe in Bad Homburg.

Lukaschek stand dem Kreisauer Kreis⁷⁶ nahe und war ein erfahrener Verwaltungsfachmann, hatte jedoch kein Bundestagsmandat. Ihm fehlte eine politische Hausmacht. Dadurch war er angesichts des Zuschnitts und der Erwartungen an das Ministerium, welches diese angesichts der geringen Kompetenzen gar nicht erfüllen konnte, dem Unmut der Vertriebenenverbände ausgesetzt, die die oberste Behörde als *ihr* Ministerium ansahen. Als „biederer Bettelmann“ und „Heiliger Sebastian“⁷⁷ apostrophiert, geriet Lukaschek schon früh in die Schusslinie der Vertriebenenorganisationen und -funktionäre. Massiven Angriffen war er insbesondere von Seiten des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen (ZvD) und dessen Vorsitzenden, des CDU-Mitglieds Linus Kather, ausge-

73 Zu seiner Person Hans-Ludwig Abmeier: Hans Lukaschek, in: Helmut Neubach/Ludwig Petry (Hrsg.): Schlesien des 15. bis 20. Jahrhunderts, in: Schlesische Lebensbilder. Bd. 5. Würzburg 1968, S. 228–236; Ders.: Die Rolle von Hans Lukaschek im deutschen Widerstand, in: Lothar Bosse u. a. (Hrsg.): Nationalsozialismus und Widerstand in Schlesien. Sigmaringen 1989, S. 159–176; Ders.: Hans Lukaschek, in: Udo Kempf/Hans-Georg Merz (Hrsg.): Kanzler und Minister 1949–1998. Biographisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen. Wiesbaden 2001, S. 459–461; Guido Hitze: Hans Lukaschek (1885–1960), in: Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher (Hrsg.): Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts. Band 11. Münster 2004, S. 143–160.

74 Helga A. Welsh: Revolutionärer Wandel auf Befehl? Entnazifizierungs- und Personalpolitik in Thüringen und Sachsen (1945–1948). München 1989.

75 Mensing (Bearb.), Adenauer. Briefe 1945–1947, Nr. 425, S. 402f. Zum Briefwechsel zwischen Konrad Adenauer und Hans Lukaschek in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre vgl. Hans Peter Mensing: Konrad Adenauer im Briefwechsel mit Flüchtlingen und Vertriebenen. Bonn 1999, S. 68–71, S. 78–80.

76 Ellmann, Michaela: Hans Lukaschek im Kreisauer Kreis. Verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Beiträge zu den Plänen des Kreisauer Kreises für einen Neuaufbau Deutschlands. Paderborn u. a. 2000.

77 Bundestag, Stenographische Berichte, Sitzung vom 19.04.1951, S. 5349, S. 5351f.

setzt.⁷⁸ Die nur schleppend vorankommenden Arbeiten am Lastenausgleichsgesetz,⁷⁹ für das gar nicht das Vertriebenen-, sondern das Finanzministerium federführend zuständig war, bildeten lediglich den Anlass dafür.

Konrad Adenauer hatte sich von der Errichtung des Ministeriums versprochen, dass es zum einen den Gesetzgebungsprozess im Flüchtlings- und Vertriebenenbereich zügig voranbringen würde. Als schnelle Erfolge ausblieben, machte er den Minister dafür verantwortlich.⁸⁰ Zum anderen hatte der Bundeskanzler gehofft, das Ministerium werde die Anliegen und Angriffe der starken Vertriebenenlobby auf sich kanalisieren und damit die Bundesregierung aus der Schusslinie halten. Als dies nicht mehr im erwarteten Umfang geschah und damit das Wählerpotential der Vertriebenen bei der Wahl zum zweiten Bundestag verlorenzugehen drohte, forderte der Kanzler, worüber er den CDU-Fraktionsvorsitzenden und den Bundespräsidenten informierte, 1952 Lukaschek zum Rücktritt auf.⁸¹ Die ablehnende Haltung des Bundespräsidenten und ein weiterer Hinweis, wonach die Entlassung des Vertriebenenministers „einer Verbeugung vor der Straße“ gleich komme,⁸² blieben nicht wirkungslos. Als schließlich Linus Kather, der selbst nach dem Ministeramt strebte, den zunächst vorhandenen Rückhalt in seiner CDU-Fraktion verlor,⁸³ die erbitterte Auseinandersetzung mit Lukaschek auf Betreiben der Fraktion und des Kanzlers beigelegt wurde⁸⁴ und Staatssekretär Ottomar Schreiber als Bauernopfer mit neuen Aufgaben betraut wurde, war die Position des Vertriebenenministers soweit gesichert, dass er die volle Legislaturperiode amtierte.

78 Manfred Max Wambach: *Verbändestaat und Parteienoligopol. Macht und Ohnmacht der Vertriebenenverbände*. Stuttgart 1971, S. 127f.

79 Bundesminister für Justiz (Hrsg.): *Gesetz über den Lastenausgleich (Lastenausgleichsgesetz – LAG) vom 14.08.1952*, in: *Bundesgesetzblatt Teil 1*, 1952, S. 446–533; Reinhold Schillinger: *Der Entscheidungsprozess beim Lastenausgleich: 1945–1952*. St. Katharinen 1985; Lutz Wiegand: *Der Lastenausgleich in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1985*. Frankfurt a. M. u. a. 1992. Die neuste Studie zum Thema stammt von Kittel: *Stiefkinder des Wirtschaftswunders?*

80 Im Bundesvorstand der CDU meinte Adenauer am 05.09.1952: „Er selbst habe den Eindruck, daß im Vertriebenenministerium nicht die notwendige Initiative entwickelt und mit der unbedingt notwendigen Energie und Ausdauer gearbeitet würde.“ Am 16.12.1952 warf er dem Vertriebenenminister vor dem gleichen Gremium Unfähigkeit und fehlendes Durchsetzungsvermögen vor. Günter Buchstab (Bearb.): Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953. Stuttgart 1986, S. 144, S. 263f.; noch drastischer soll sich Adenauer in der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 08.06.1953 geäußert haben; Heidemeyer, *Die CDU/CSU-Fraktion*, S. 715f., Anm. 5.

81 Peter Mensing (Bearb.): Adenauer. Briefe 1951–1953. Berlin 1987, Nr. 234, S. 249; Ders.: Adenauer – Heuss. Unter vier Augen. Gespräche aus den Gründerjahren 1949–1959. Berlin 1997, Nr. 18, S. 96.

82 Ders. (Bearb.), Briefe 1951–1953, S. 587.

83 Buchstab (Bearb.), Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden“, S. 144–148; Heidemeyer, *Die CDU/CSU-Fraktion*, Nr. 272, 07.01.1952, S. 486.

84 Am 16.12.1952 bildete der Bundesvorstand der CDU ein Gremium, das den Streit zwischen Lukaschek und Kather schlichten sollte; Buchstab (Bearb.), Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden“, S. 263–266; Zu der Auseinandersetzung insgesamt vgl. Wengst, *Staatsaufbau*, S. 258–262; zur Sicht eines der beiden Kontrahenten der Auseinandersetzung vgl. Kather, *Die Entmachtung der Vertriebenen*.

Aus dem zweiten Bundestagswahlkampf 1953 ging die CDU als klarer Sieger hervor. Das gute Abschneiden des BHE⁸⁵ offenbarte das Unzufriedenheitspotential der Vertriebenen und Flüchtlinge. In Anbetracht der bevorstehenden grundsätzlichen Entscheidungen – Westintegration und Wiederbewaffnung – entschied sich Adenauer bewusst für eine Aufnahme des BHE in die neue Regierungskoalition. Dieser Partei gehörte der zweite, am längsten amtierende und das Ministerium prägende Bundesvertriebenenminister an – Theodor Oberländer.⁸⁶ Er stellt geradezu den Gegenpol zu Hans Lukaschek dar. Eine Generation jünger und in einer Reihe bündischer Organisationen aktiv, war er am 1923 am Hitler-Putsch beteiligt. 1929 promovierte der Agrarwissenschaftler an der landwirtschaftlichen Hochschule Berlin, trat 1933 in die NSDAP ein, war Reichsführer des Bundes Deutscher Osten (BDO), Direktor des Instituts für Osteuropäische Wirtschaft in Königsberg – der Ausgangspunkt eines weit verzweigten und langlebigen Netzwerks (Königsberger Kreis) – und Professor für Agrarpolitik zunächst in Danzig, dann in Prag. Oberländer gehörte seit März 1938 als SA-Sturmführer dem Stab der Gruppe Pommern an.⁸⁷ Von Anfang der 1940er Jahre an war der Volkstumskämpfer und Ostexperte als Hauptmann beim Aufbau der vom deutschen Heer aufgestellten und ausgebildeten Ukrainer-Einheit „Nachtigall“ und später in der Kaukasier-Spezialtruppe „Bergmann“ tätig.⁸⁸ Als die deutschen Truppen Lemberg, wo eine große jüdische Gemeinde bestand, im Juni 1941 eroberten, war das Bataillon „Nachtigall“ eine der ersten Einheiten, die die Stadt erreichte.⁸⁹ Nach amerikanischer Kriegsgefangenschaft und Entnazifizierung (Gruppe fünf, Entlasteter)⁹⁰ war er in der Landwirtschaft beschäftigt und gehörte nach kurzer FDP-Mitgliedschaft zu den Mitbegründern des BHE in Bayern.⁹¹ Er war Mitglied des Landtags und von

85 Franz Neumann: Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten 1950–1960. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur einer politischen Interessenpartei. Meisenheim am Glan 1968; Richard Stöss: Der gesamtdeutsche Block (BHE), in: Ders.: Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980. Bd. 3. Opladen 1986, S. 1424–1459.

86 Ernennungsurkunde vom 20.10.1953, BArch, PERS 101/60626; Zu seiner Person vgl. Philipp-Christian Wachs: Der Fall Theodor Oberländer (1905–1998). Ein Lehrstück deutscher Geschichte. Frankfurt a. M. 2000; Mathias Beer: Theodor Oberländer. In: Kempf/Merz (Hrsg.), Kanzler und Minister, S. 515–521; Philipp-Christian Wachs: Die Inszenierung eines Schauprozesses – das Verfahren gegen Theodor Oberländer vor dem Obersten Gericht der DDR, in: Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Bd. 14, Berlin 2001; Siegfried Schütt. Theodor Oberländer. Eine dokumentarische Untersuchung, München 1995.

87 Schreiben Oberländers an den Kurator der Universität Greifswald, 23.11.1938, BArch, R 31/618a, Bl. 137.

88 Mathias Beer: Oberländer Theodor, in: Udo Kempf/Hans-Georg Merz (Hrsg.): Kanzler und Minister 1949–1998. Biografisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen. Wiesbaden 2001, S. 515–521.

89 Götz Aly/Susanne Heim: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung. Hamburg 1991, S. 446f.; Hannes Heer: Blutige Ouvertüre. Lemberg, 30. Juni 1941: Mit dem Einmarsch der Wehrmachttruppen beginnt der Judenmord, in: Die Zeit, 2001, Nr. 26.

90 Melde- und Personalbogen zum Bundesgesetz nach Art. 131 GG, Theodor Oberländer, BArch, PERS 101/60626.

91 Daniel Schönwald: Integration durch eine Interessenpartei. Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten in Bayern 1950–1981. Kallmünz in der Oberpfalz 2014.

1951 bis 1953 Staatssekretär für das Flüchtlingswesen in Bayern,⁹² ein Amt, in dem er u. a. anregte, die Arbeit des Bundesvertriebenenministeriums und der Landesflüchtlingsverwaltungen besser aufeinander abzustimmen.

Adenauer war der vergangenheitspolitisch schillernde, an Widersprüchen reiche und tief NS-verwurzelte Werdegang Oberländers bekannt: „Herr Oberländer war tiefbraun.“⁹³ Er schätzte ihn aber als begabten, tüchtigen und kenntnisreichen Politiker, dem er verglichen mit seinem Vorgänger ein hohes, bis zur Rücksichtslosigkeit reichendes Maß an Durchsetzungsvermögen bescheinigte.⁹⁴ Dieses sollte auch dem Bundesvertriebenenministerium zugutekommen. Oberländer nahm strukturelle Änderungen im Ministerium vor und setzte eine Erweiterung seiner Zuständigkeit durch. Als der Kanzler zögerte, eine entsprechende in den Koalitionsverhandlungen gemachte unverbindliche Zusage umzusetzen, drohte Oberländer mit Rücktritt und hatte Erfolg. 1954 zum Vorsitzenden des BHE aufgestiegen, der sich „als Auffangbecken auch für jene durch die Entnazifizierungsmethoden Enttäuschten und Verbitterten“⁹⁵ verstand, war Oberländer gegenüber Adenauer stets loyal und eine wichtige Stütze für den Kurs der Westintegration des Kanzlers. Das zeigte sich Anfang 1955 bei der Abstimmung im Bundestag zum Saarstatut. Sie leitete die Spaltung und damit das Verschwinden des BHE aus dem Bundestag ein. Dem außenpolitischen Kurs des Kanzlers folgend, verließ Oberländer mit weiteren Fraktionsmitgliedern im Juli den BHE und trat ein Jahr später der CDU bei. Mit ihm fanden auch viele BHE-Anhänger in der CDU eine neue politische Heimat, wie sich an der 1957 von der CDU/CSU errungenen absoluten Mehrheit ablesen lässt. Theodor Oberländer wurde dafür belohnt und erneut mit dem Amt des Bundesvertriebenenministers betraut.

Seine NS-Vergangenheit holte Oberländer Ende der 1950er Jahre ein, als die bundesdeutsche Gesellschaft begann, sich mit den NS-Verbrechen auseinanderzusetzen. Unwillkommene Schützenhilfe kam dabei aus der DDR. Eine von ihr eingeleitete Kampagne⁹⁶ gipfelte vom 20. bis 29. April 1960 in einem Schauprozess in Ost-Berlin, bei dem Oberländer in Abwesenheit zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt wurde. Der Prozess war Anlass für eine heftige deutsch-deutsche Auseinandersetzung,⁹⁷ die schließlich zum Rücktritt des Ministers führte. Auch Adenauer, der in den Vorwürfen ein bewusst von Ost-Berlin losgetretenes Spektakel sah, konnte ihn nicht halten. Die SPD zog den von ihr beantragten Parlamentarischen Untersuchungsausschuss nur unter der Bedingung

92 Theodor Oberländer (Hrsg.): Das Werk der Vertriebenen. Ein Bildbericht aus der Aufbauarbeit der Heimatvertriebenen in Bayern. Gräfelfing 1951.

93 So Konrad Adenauer am 08.04.1960. Hans Jürgen Küsters (Bearb.) Adenauer. Teegespräche 1959–1961. Berlin 1988, S. 232.

94 Mensing (Bearb.), Unter vier Augen, Nr. 29, 12.05.1954, S. 135.

95 Zitiert nach Eike Frenzel: Vom Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten zur Gesamtdeutschen Partei. Aufstieg und Niedergang einer Interessenpartei in Niedersachsen 1950–1963. Hamburg 2008, S. 155.

96 Henry Leiden: NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR. Göttingen 2006, S. 77.

97 Michael Lemke: Kampagnen gegen Bonn. Die Systemkrise der DDR und die West-Propaganda der SED 1960–1963, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 41 (1993), H. 2, S. 153–174; Wachs, Der Fall Theodor Oberländer; Ders.: Die Inszenierung eines Schauprozesses – das Verfahren gegen Theodor Oberländer vor dem Obersten Gericht der DDR. Berlin 2001.

zurück, dass Oberländer aus seinem Jahresurlaub, der am 8. April begann, nicht mehr zurückkehrte.

Mit dem Rücktritt Oberländers setzte die Agonie des Ministeriums ein. In den folgenden neun Jahren, in denen das Ministerium existierte, amtierten nicht weniger als sieben Minister, die z. T. gleichzeitig in Personalunion auch andere Ministerien leiteten und bis auf eine Ausnahme alle der CDU angehörten – in chronologischer Reihenfolge Hans-Joachim von Merkatz (CDU), Wolfgang Mischnick (FDP), Hans Krüger (CDU), Ernst Lemmer (CDU), Johann Baptist Gradl (CDU), Kai-Uwe von Hassel (CDU) und schließlich Heinrich Windelen (CDU).⁹⁸

Während in der Leitung des Ministeriums auf Proporz und Loyalitäten der Parteien und Interessengruppen zu achten war und die häufigen Wechsel immer auch von parteipolitischen Interessen und der Notwendigkeit bestimmt waren, ist bei der Besetzung der Staatssekretärsstelle eine bemerkenswerte Kontinuität festzustellen. Während der 20 Jahre, in denen das Ministerium existierte, gab es lediglich vier Staatssekretäre, von denen zwei nur für kurze Zeit das Amt innehatten: Ottomar Schreiber, Peter Paul Nahm, Gerd Ludwig Lemmer und Erich von Hoffmann. Erster Staatssekretär war der parteilose Vertriebene und in der Landsmannschaft Ostpreußen aktive Ottomar Schreiber. Er hatte das Amt für Fragen der Heimatvertriebenen geleitet und war auf Vorschlag von Hans Lukaschek zum Staatssekretär ernannt worden.⁹⁹ Ihm folgte in der zweiten Legislaturperiode Peter Paul Nahm (1901–1981), die graue Eminenz des Ministeriums. Wie Lukaschek ein Gegner des Nationalsozialismus, gehörte er während der Weimarer Republik dem Zentrum an, war während der NS-Zeit als Journalist tätig, ehe er mit einem Berufsverbot belegt und im KZ Osthofen in Schutzhaft genommen wurde. Nach dem Krieg schloss er sich 1945/46 der CDU an und stieg zum Leiter des Landesamtes für Flüchtlinge in Hessen auf, wo er 1947 bis 1949 tätig war, war anschließend Ministerialdirektor am hessischen Innenministerium, Bundesbeauftragter für die Binnenumsiedlung (1951), Bundesbeauftragter für die Sowjetzonenflüchtlinge (1953) und wurde schließlich 1953 zum Staatssekretär im Bundesvertriebenenministerium berufen.

Nahm zeichnet nicht nur seine überdurchschnittliche Amtsdauer (1953–1970) aus, also eine Kontinuität über alle Ministerwechsel und den Bestand des Ministeriums hinaus, sondern auch, dass er ein erfahrener, loyaler, sehr gut auch in der katholischen Kirche (er war ab 1960 Präsident des Katholischen Flüchtlingsrats) vernetzter Beamter und kein Vertriebener war¹⁰⁰ – mit Rainer Bendel gesprochen ein „Mehrfachengagierter“.¹⁰¹ Seine einflussreiche Stellung auf dem Bonner Parkett, die nicht zuletzt auf den guten Beziehungen zum Bundeskanzleramt fußte, verdeutlicht die von ihm am 6. Februar 1950 ausgesprochene Einladung zum ersten Treffen der Gewerkschaft der Staatssekretäre. Die

⁹⁸ Zu den einzelnen Biografien vgl. Kempf/Merz (Hrsg.), *Kanzler und Minister*.

⁹⁹ Endres, *Kabinettsprotokolle*, Bd. 1, S. 167, 223.

¹⁰⁰ Messerschmidt, *Aufnahme und Integration*, 90–138; Günter Buchstab: Nahm, Peter Paul, in: *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 18. Berlin 1997, S. 722; vgl. auch: *Porträt des Tages*. Dr. Peter Paul Nahm, in: *Journal-Anzeiger*, 01.12.1967; BArch, PERS 101/49954; Rainer Bendel: Peter Paul Nahm (1901–1981), in: Michael Hirschfeld/Johannes Gröger/Werner Marschall (Hrsg.): *Schlesische Kirche in Lebensbildern*. Bd. 7. Münster 2006, S. 227–231.

¹⁰¹ Vgl. dazu den Beitrag von Rainer Bendel im vorliegenden Band.

personelle Kontinuität ist nur ein Indiz für die herausgehobene Stellung, die die Staatssekretäre – und insbesondere Nahm, auch als Aufpasser Adenauers bezeichnet – sowohl beim Aufbau und in der Organisation als auch in der Arbeit dieses Sonderministeriums in klassischem Gewand hatten. Es hatte die Belange der Vertriebenen und Kriegsgeschädigten gegenüber den zuständigen Fachministerien zu vertreten, die ihrerseits in ihm „nur den Anwalt einer unruhigen, den Rahmen gewohnter Staatsaufgaben sprengenden Klientel sahen.“¹⁰²

Bundeskanzler Willy Brandt löste das Ministerium mit dem Organisationserlass vom 11. November 1969 als eigenständiges Ressort auf. Dabei waren weniger parteipolitische Überlegungen maßgeblich als der Vollzug eines Schrittes, der bereits seit dem Ende der 1950er Jahre immer wieder zur Diskussion stand. Die Zuständigkeiten des BMVt und das Personal gingen an das Bundesministerium des Innern über, Hauptabteilung Vt Angelegenheiten der Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigten, die 1974 zur Unterabteilung VtK I heruntergestuft wurde.

6. Netzwerke des BMVt

Das Personal des BMVt war in unterschiedliche Netzwerke¹⁰³ eingebunden, die alle das breite Politikfeld¹⁰⁴ von Flucht, Vertreibung und Eingliederung verband.¹⁰⁵ Dabei handelt es sich nach Frans van Waarden¹⁰⁶ um öffentlich-private Beziehungen, die eine gewisse Beständigkeit aufweisen, zu einer Institutionalisierung der Netzwerkstrukturen führen können und sich durch Interdependenz unterschiedlicher Akteure – Politiker, Vertreter der Verwaltung, Interessenvertreter – auszeichnen. Nach van Waarden weisen Politiknetzwerke sieben Dimensionen auf, anhand derer sie sich differenzieren lassen: Akteure, Funktion, Struktur, Institutionalisierung, Verfahrensregeln, Machtbeziehungen und Strategien der Akteure. *Akteure* bestimmen in hohem Maß Netzwerke und können Individuen, aber auch kollektive Akteure, wie politische

102 Peter Paul Nahm: Die Geschichte des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. In: AWR-Bulletin 11 (1973), H. 2, S. 90–94.

103 Renate Mayntz: Policy-Netzwerke und die Logik von Verhandlungssystemen, in: Politische Vierteljahresschrift 1993, S. 39–56; Franz Urban Pappi: Policy-Netzwerke. Erscheinungsform moderner Politiksteuerung oder methodischer Ansatz?, in: Adrienne Héritier (Hrsg.): Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung. Opladen 1993, S. 85–94; Morten Reitmeyer/Christian Marx: Netzwerkansätze in der Geschichtswissenschaft, in: Christian Stegbauer/Roger Häußling (Hrsg.): Handbuch Netzwerkforschung. Wiesbaden 2010, S. 869–880.

104 Kathrin Loer/Renate Reiter/Annette Elisabeth Töller: Was ist ein Politikfeld und warum entsteht es?, in: der moderne staat. Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management 8 (2015), H. 1, S. 7–28.

105 Christoph Knill/Ansgar Schäfer: Policy Netzwerke, in: Johannes Weyer (Hrsg.), Soziale Netzwerke. Konzepte und Methoden der sozialwissenschaftlichen Netzwerkforschung. München 2011, S. 189–218.

106 Waarden, Frans van: Dimensions and Types of Policy Networks, in: European Journal of Political Research 21 (1992), S. 29–52.

Organisationen und gesellschaftliche Interessengruppen, sein. Ihre jeweiligen Interessen, ihr Organisationsgrad und ihre Ressourcen wirken sich auf ein Netzwerk aus.

Zu den *Funktionen* politischer Netzwerke zählt van Waarden, einen Zugang zu Entscheidungsprozessen zu schaffen, Beratung und Austausch von Information zu ermöglichen, Ressourcen zu mobilisieren sowie zu koordinieren und kooperieren bei der Formulierung bzw. Umsetzung von Politik. Als relevante *Strukturmerkmale* benennt van Waarden die Größe von Netzwerken, deren Grenzen, die Art der Beteiligung am Netzwerk, ihre Dichte und abgestufte Rangordnung sowie die Symmetrie und Reziprozität der Beziehungen. Die *Institutionalisierung* verweist auf den formalen Charakter einer Netzwerkstruktur und deren Stabilität. *Verfahrensregeln* beziehen sich auf das Rollenverständnis, die jeweiligen Einstellungen, Interessen sowie die Hintergründe der beteiligten Akteure und können konfliktreich oder kooperativ, aber auch rational-pragmatisch oder ideologisch sein. *Machtbeziehungen* zeichnen sich nach van Waarden dadurch aus, dass sie zur Vereinnahmung einer Behörde oder eines Staates durch Interessengruppen führen (Klientelismus), die Autonomie des Staates bzw. der öffentlichen Verwaltung gegenüber organisierten Interessen bewahren, zur Instrumentalisierung oder Vereinnahmung von organisierten Interessen durch den Staat sowie zu einer Kooperation zwischen den Akteuren führen.¹⁰⁷ Unter *Strategien der Akteure* versteht van Waarden sowohl solche, die innerhalb des Netzwerkes verfolgt werden, als auch die Taktiken der Akteure bezogen auf das Netzwerk.

Dieses Modell aufgreifend, erweist sich das Bundesvertriebenenministerium als ein zentraler Akteur im komplexen Politiknetzwerk, welches Flucht, Vertreibung und Eingliederung der Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen verband. Das lässt sich bereits an einem Teilbereich ablesen, der Personalpolitik der beiden ersten Minister, die an ausgewählten Beispielen vorgestellt wird.

Die Verbindungen zwischen Minister Hans Lukaschek und Konrad Czeslik, dem Leiter der Grundsatzabteilung, reichten weit zurück. Sie lernten sich bereits in den 1930er Jahren im Bund heimattreuer Oberschlesier kennen,¹⁰⁸ eine Verbindung, die während der Zeit Lukascheks als Oberpräsident von Oberschlesien fortbestand und auch das Kriegsende überdauerte. Von 1946 bis 1948 war Czeslik ein enger Mitarbeiter Lukascheks im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft in Thüringen und dann dessen persönlicher Referent während der Zeit, als Lukaschek im Vereinigten Wirtschaftsgebiet das Hauptamt für Soforthilfe leitete. Auch die Einstellung von zwei weiteren Abteilungsleitern der ersten Stunde, Walter Kleberg und Theophil Woschek, beide vor dem Krieg in der preußischen Verwaltung in den Ostgebieten des Reiches tätig, geht auf langjährige Beziehungen zwischen ihnen und Lukaschek zurück.

Aber nicht nur auf der Führungsebene machte sich die schlesische Einfärbung des Ministeriums bemerkbar, sondern auch auf den unteren Ministerialebenen. So waren am 23. März 1950 von insgesamt 95 Stellen allein 33 mit Personen schlesischer

¹⁰⁷ Vgl. ebd.

¹⁰⁸ Dazu und zum Folgenden vgl. Udo Wengst: Staatsaufbau und Regierungspraxis 1948–1953. Zur Geschichte der Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland. Düsseldorf 1984, S. 166f.

Herkunft besetzt.¹⁰⁹ Deshalb kursierte in den Anfangsjahren nicht nur in Bonn für das Vertriebenenministerium die Bezeichnung „Schlesisches Himmelreich“. Das rief den Unmut der Vertreter anderer Landsmannschaften hervor, der mit der Forderung verbunden war, bei Personalbesetzungen selbst angemessen berücksichtigt zu werden.¹¹⁰

Die Biografie von Czieslik weist nicht nur auf regionale Herkunftsnetzwerke hin, die bei Personalentscheidungen in der Amtszeit von Minister Lukaschek offensichtlich eine Rolle spielten. Sie legt auch ein weiteres Charakteristikum der Personalstruktur des Ministeriums offen. Auch wenn in allen anderen Bundesministerien der Anteil der dort beschäftigten Vertriebenen hoch war, so war der Prozentsatz der im BMVt beschäftigten Flüchtlinge und Vertriebenen weit überdurchschnittlich: Sie stellten 88 Prozent der Beamten und besetzten 77 Prozent der Stellen auf der Ebene der Regierungsdirektoren.¹¹¹ Von den im Ministerium am 26. Januar 1950 insgesamt 82 Beschäftigten waren lediglich 15 Nichtvertriebene. Von den Vertriebenen kamen 30 aus Schlesien, zwölf aus der Tschechoslowakei bzw. dem Sudetenland, 21 aus Ostpreußen, Westpreußen, aus dem Warthegau, aus Danzig und Memel, drei Personen aus Pommern und Brandenburg sowie eine aus Österreich.¹¹² In den kommenden Jahren sollte sich die Vertriebenenquote im Ministerium weiter erhöhen. Mitte der 1950er Jahre hatten 91 Prozent der Beamten und 81 Prozent der Angestellten einen Flüchtlings- oder Vertriebenenstatus.¹¹³ Einen so hohen Vertriebenenanteil wiesen auch die Bundestagsausschüsse für Heimatvertriebene und jener für den Lastenausgleich auf.¹¹⁴

Herkunftsnetzwerke, deren Wurzeln über 1933 hinausreichen, beeinflussten auch die Personalpolitik des zweiten Vertriebenenministers. Hinzu kamen wesentlich von der NS-Zeit geprägte Verbindungen, die auch in anderen Bundesministerien eine Rolle spielten. Konrad Adenauer legte auf einen professionell arbeitenden Staatsapparat großen Wert, weshalb „auch auf die Expertise von ‚Ehemaligen‘ zurückgegriffen

109 BArch, B 150/3119: Landsmannschaftliche Zusammensetzung der Bediensteten des Bundesministeriums für Angelegenheiten der Vertriebenen.

110 In einem Schreiben des Hilfsverbandes der Heimatvertriebenen Kreis Wetzlar e.V. an den Bundesminister heißt es: „Der Hilfsverband der Heimatvertriebenen Kreis Wetzlar e.V. hat mit Bedauern davon Kenntnis genommen, daß die Beamten des Bundes-Flüchtlingsministeriums in unverhältnismäßig großer Zahl aus dem Kreis der engeren Landsleute des Herrn Ministers entnommen wurden.“ BArch, B 150/1150, 07.12.1949. Vgl. auch Udo Wengst: Staatsaufbau und Regierungspraxis, S. 166f.

111 Vgl. dazu Mathias Beer: Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa und die politisch-administrative Elite der Bundesrepublik. Ein Problemaufriss, in: Günther Schulz (Hrsg.): Vertriebene Eliten. Vertreibung und Verfolgung von Führungseliten im 20. Jahrhundert. München 2001, S. 199–227, hier S. 215–219; Rudolf Morsey: Personal- und Beamtenpolitik im Übergang von der Bizone zur Bundesverwaltung (1947–1950). Kontinuität oder Neubeginn?, in: Ders. (Hrsg.): Verwaltungsgeschichte. Aufgaben, Zielsetzungen, Beispiele. Vorträge und Diskussionsbeiträge der verwaltungsgeschichtlichen Arbeitstagung 1976 der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Berlin 1977, S. 191–238.

112 BArch, B 150/3119: Personalstelle: Landsmannschaftliche Zusammenstellung der beim Bundesministerium für Angelegenheiten der Vertriebenen beschäftigten Bediensteten, 26.01.1950.

113 Morsey, Personal- und Beamtenpolitik, S. 225.

114 Wolfgang Fischer: Heimat-Politiker? Selbstverständnis und politisches Handeln von Vertriebenen als Abgeordnete im Deutschen Bundestag 1949 bis 1974. Düsseldorf 2010.

wurde.¹¹⁵ Dabei war man sich im Kanzleramt von Anfang an der Brisanz bewusst, die von der Einstellung NS-belasteter Personen in den Bundesministerien ausging. Ein Indiz dafür ist der bereits im Mai 1950 vom Kanzleramt den Bundesministerien erteilte Auftrag, die NSDAP-Mitgliedschaften des Personals in den obersten Bundesbehörden zu erfassen.¹¹⁶ Die Erhebung erbrachte für die einzelnen Ministerien zwar unterschiedliche, aber insgesamt hohe Werte. So betrug der NSDAP-Anteil beim Personal des Bundesinnenministeriums im höheren Dienst 57 Prozent und im gehobenen Dienst 46 Prozent. Den höchsten Anteil unter den Bundesressorts wiesen das Ministerium für Verkehr – 60 Prozent beim höheren Dienst, 54 Prozent im gehobenen Dienst – und das Ministerium für Postwesen mit 63 im höheren Dienst und 68 Prozent im gehobenen Dienst auf.¹¹⁷

Im Rahmen der Erhebung ermittelte das Bundesvertriebenenministerium unter seinen insgesamt 104 Bediensteten 37 Beamte und Angestellte als ehemalige NSDAP-Mitglieder, was 35,58 Prozent entspricht. Von diesem Durchschnittswert wichen einzelne Laufbahngruppen deutlich ab. Von den 43 Bediensteten im höheren Dienst waren 25 ehemalige NSDAP-Mitglieder, während dies im gehobenen Dienst auf zehn von 26 Personen zutraf. Demgegenüber waren im mittleren Dienst von insgesamt 30 Personen nur zwei frühere NSDAP-Mitglieder, und von den fünf Angehörigen des einfachen Dienstes war keiner NSDAP-Mitglied.¹¹⁸ Diesen Zahlen entsprechend betrug der Anteil einstiger Parteigenossen im höheren Dienst 58,14 Prozent, im gehobenen Dienst 38,46 Prozent und im mittleren Dienst 7,66 Prozent. Verglichen mit den Zahlen anderer Bundesministerien und dem Durchschnittswert der ehemaligen NSDAP-Mitglieder im höheren Dienst, der bei 47 Prozent lag, war der beim BMVt verzeichnete Wert überdurchschnittlich hoch. Dagegen lag der Wert von 38,46 Prozent im gehobenen Dienst signifikant unter dem Gesamtdurchschnitt aller Bundesministerien, einschließlich des Kanzleramts.¹¹⁹

Der Anteil des NS-belasteten Personals in der Bundesverwaltung stieg als Folge des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 des Grundgesetzes fallenden Personen weiter an.¹²⁰ Das Gesetz sprach „verdrängten Angehörigen

115 Stefan Creuzberger/Dominik Geppert: Die Ämter und ihre Vergangenheit. Eine Zwischenbilanz, in: Dies. (Hrsg.): Die Ämter und ihre Vergangenheit. Ministerien und Behörden im geteilten Deutschland 1949–1972. Paderborn 2018, S. 183–199, hier S. 186; vgl. ebd., Corina Franz: Prinzipien und Pragmatismus. Konrad Adenauers Umgang mit der NS-Vergangenheit, in: Creuzberger/Geppert (Hrsg.), Die Ämter und ihre Vergangenheit, S. 17–45.

116 Irina Stange: Das Bundesministerium des Innern und seine leitenden Beamten, in: Frank Bösch/Andreas Wirsching (Hrsg.): Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus. Göttingen 2018, S. 55–121, hier S. 75.

117 Ebd.

118 BAArch, B 150/3119: Kleberg an den Staatssekretär des Innern im BKAm, 16.05.1950.

119 Manfred Görtemaker: Die heile Welt der Rosenburg. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Vergangenheit, in: Creuzberger/Geppert (Hrsg.), Die Ämter und ihre Vergangenheit, S. 47–69, hier S. 48f.; vgl. auch Manfred Görtemaker/Christoph Safferling (Hrsg.): Die Rosenburg. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Vergangenheit – eine Bestandsaufnahme. Göttingen 2013.

120 Vgl. zum 131-Gesetz Udo Wengst: Beamtentum zwischen Tradition und Reform. Beamtengesetzgebung in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland 1948–1953. Düsseldorf 1988;

des öffentlichen Dienstes und aufgelöster Dienststellen“ des Deutschen Reiches, die aufgrund von Entnazifizierungsverfahren aus dem Beamtenverhältnis ausgeschieden waren, einen gleichwertigen Arbeitsplatz sowie ihre Versorgungsansprüche zu. Öffentliche Arbeitgeber waren verpflichtet, 20 Prozent ihrer Planstellen für den unter das Gesetz fallenden Personenkreis freizuhalten. Vom Gesetz profitierten rund 150.000 Personen.¹²¹

An dieser Entwicklung partizipierte auch das Bundesvertriebenenministerium. Nach der Übernahme des Ministeramtes setzte der zugleich zupackende Politiker und fähige Verwaltungsmann, aber tief braune Oberländer strukturelle und personelle Veränderungen im Ministerium durch. Er reduzierte die Zahl der Abteilungen von fünf auf drei, versetzte zwei Abteilungsleiter und stellte neues Personal ein, mit dem er schon lange in Verbindung stand.

6.1. Fallbeispiele

Es war aber nicht „Oberländers Gefolgschaft“¹²² als solche, die auf Kritik stieß, sondern die Art dieser Gefolgschaft. Unter den neu Eingestellten befanden sich auch besonders belastete NSDAP- und SS-Angehörige, darunter der persönliche Referent Gerhard Wolfrum. Darauf reagierten die CDU/CSU-Fraktion, der ein BHE-Mann an der Spitze des Ministeriums ein Dorn im Auge war, und auch ein Teil des Ministeriums mit Kritik.¹²³ Doch diese blieb zunächst ebenso folgenlos wie die Fragestunde im Bundestag zur Personalpolitik Oberländers oder der Plan des SPD-Parteivorstandes, gegen den Minister eine Kampagne zu starten. Wie ein „Spiegel“-Artikel von 1954 zeigt,¹²⁴ hatte Oberländer damals noch eine gute Presse.

Auch der integre Staatssekretär Nahm, der mit den Biografien der Eingestellten vertraut und sich der Brisanz der Angelegenheit bewusst war, reagierte trotz seiner Verbindungen ins Kanzleramt nicht. Aus Loyalität gegenüber dem Minister, sicher in Absprache mit dem Kanzleramt und in der zutreffenden Einschätzung der damaligen Verhältnisse äußerte er sich erst 1960 im Zuge der Oberländer-Affäre, die zum Rückzug des Ministers führte, zur Einstellungspraxis des Ministers und ihren Hintergründen. Oberländer habe bei seiner Amtsübernahme 1953 wichtige Positionen mit „Personen seines Vertrauens“ besetzt.¹²⁵ An den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Heinrich Krone, schrieb er im April 1960:

Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München 1996, ²1997.

121 Edgar Wolfrum: Geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Bonn 2007, S. 57.

122 Oberländers Gefolgschaft, in: Die Zeit, 06.05.1954, online: <https://www.zeit.de/1954/18/oberlaenders-gefolgschaft>.

123 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode, 25. Sitzung, 09.04.1954, S. 1003–1018.

124 Der Spiegel, Nr. 17, 21.04.1954, S. 9–16.

125 ACDP, NL Peter Paul Nahm, 01-518-015/2, Nahm an Dr. van Dam, 13.05.1960.

„Als der Minister im Jahre 1953 kam, suchte er einige Leute unterzubringen. Ein Teil von diesen war ihm von den Landesverbänden seiner Partei auferlegt worden. Zu einigen fühlte er sich persönlich verpflichtet. Es handelte sich um insgesamt 8 Personen, die auf den ausdrücklichen Wunsch des Ministers übernommen wurden. Von diesen sind heute 4 Beamte und 4 Angestellte bei insgesamt 77 Beamten- und 133 Angestelltenstellen des Hauses. Die Beamten kamen aus dem Bayerischen Staatsministerium, aus dem Statistischen Bundesamt und aus der Organisation Gehlen.“¹²⁶

Alle acht Eingestellten waren ehemalige Parteigenossen, in alphabetischer Reihenfolge Werner Essen, Georg Goldschmidt, Georg Krischker, Hans Georg Schlicker, Werner Ventzki und Gerhard Wolfrum. Oberländer nutzte persönliche Netzwerke, die unterschiedliche Hintergründe hatten und nicht selten miteinander und mit weiteren Netzwerken verflochten waren, für „sein Ministerium“. Die Personen des Netzwerks profitierten ihrerseits persönlich von der Dauerstelle, eine für alle vorteilhafte Reziprozität, die die Lebensdauer der Netzwerke über mehrere Zäsuren der deutschen Geschichte sicherte.

Unter den von ihm neu Eingestellten hatte Oberländer wohl zu *Werner Essen* die längsten Verbindungen. Beide gehörten der gleichen Alterskohorte an. Der 1954 als Referent eingestellte Essen wurde 1901 im schlesischen Günthersdorf als Sohn eines Pastors geboren. Er sympathisierte mit der völkischen Bewegung und schloss sich nach dem Ersten Weltkrieg den Freikorps an. Nach dem Abbruch eines Maschinenbaustudiums in Danzig orientierte er sich um und erhielt einen Abschluss in Geografie, Anthropologie und Völkerkunde. Die Bekanntschaft mit Oberländer kam während des gemeinsamen Studiums in München zustande. Seitdem verband sie eine enge Freundschaft – sie standen, so Oberländer, „in engster persönlicher und wissenschaftlicher Verbindung.“¹²⁷ Essen wurde 1929 in München mit einer anthropologischen Arbeit promoviert: „Die ländlichen Siedlungen in Litauen mit besonderer Berücksichtigung ihrer Bevölkerungsverhältnisse“. Nach wissenschaftlichen Stellen an den Universitäten München und Berlin,¹²⁸ dem Eintritt in die NSDAP im Dezember 1931¹²⁹ und Tätigkeiten im Osten, u. a. als Mitglied der Nordostdeutschen Forschungsgemeinschaft,¹³⁰ war er seit Mitte Juni 1933 als Hilfsarbeiter im Preußischen Ministerium des Innern in Berlin, wo er bald eine Festanstellung erhielt und 1937 als Regierungsrat zum Beamten ernannt wurde und bis zum Ministerialrat aufstieg. Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion war Essen beim Reichskommissariat

126 Ebd., Nahm an den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Heinrich Krone, 28.04.1960.

127 BArch, PERS 101/49226: Abschrift einer eidesstattlichen Erklärung Theodor Oberländers (Staatssekretär für die Angelegenheiten der Heimatvertriebenen in Bayern), 27.11.1951.

128 BArch, PERS 101/49226, Bl. 1: Personal- und Feststellungsbogen zum Gesetz nach Art. 131 GG, 19.02.1952; BArch, PERS 101/49229: Werner Essen an die Bundesstelle für Verwaltungsangelegenheiten des Bundesministeriums des Innern – Bundesausgleichsstelle, 12.12.1957.

129 BArch, B 106/114664: Av. zum Ernennungsvorschlag des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte betr. den Ministerialrat z. Vv. Dr. Werner Essen zum Oberregierungsrat, 20.07.1957.

130 Michael Fahlbusch: Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931–1945. Baden-Baden 1999.

Ostland tätig,¹³¹ wo er eine Abteilung leitete, die für Raumordnung, Raumforschung, Statistik, Vermessungs- und Archivwesen zuständig war.¹³²

Nach dem Krieg schlug sich Essen als Land- und Bauhilfsarbeiter durch, bevor er von den Amerikanern interniert wurde. 1947 aus der Kriegsgefangenschaft entlassen, war er als freier wissenschaftlicher Mitarbeiter für Sozialstatistiken, u. a. beim Deutschen Büro für Friedensfragen in Stuttgart¹³³ und dem Göttinger Arbeitskreis¹³⁴ beschäftigt. In seinem Spruchkammerverfahren wurde er in Gruppe fünf eingestuft, also entlastet. Nach einer kurzen Station am Institut für Raumforschung in Bad Godesberg war Essen für kurze Zeit Gründungsdirektor des Marburger Herder-Instituts¹³⁵ und dann bis 1954 Hilfsreferent am Statistischen Bundesamt in Wiesbaden. Dort war er noch im Flüchtlingsreferat der Abteilung Bevölkerungsstatistik tätig, ehe er zum 1. Februar 1954 im Referat für Statistik des Vertriebenenministeriums eine Anstellung erhielt.¹³⁶

In den Augen Oberländers war Essen für die Stelle geradezu prädestiniert: „Dr. Essen verfügt über eine umfassende wissenschaftliche Kenntnis aller Ostfragen wie über eine hervorragende Personalkennntnis, so dass sein Urteil auch in anderen Ministerien besonders geschätzt wurde.“¹³⁷ Auch Hans Globke, Staatssekretär im Bundeskanzleramt, der Essen aus der gemeinsamen Tätigkeit an den Nürnberger Rassegesetzen kannte, sprach sich für ihn aus. Essen wurde als Ministerialrat eingestellt. Als Oberländer 1957 vorschlug, Essen zum Oberministerialrat zu befördern, vermerkte das Innenministerium, er erfülle die Voraussetzungen für einen Beamten des höheren Verwaltungsdienstes nicht.¹³⁸ Zudem monierte es das frühe Datum des NSDAP-Ein-

131 BArch, B 106/114664: Selbst verfasster Lebenslauf von Ministerialrat Dr. Werner Essen, o. D.

132 Eduard Mühle: Für Volk und deutschen Osten. Der Historiker Hermann Aubin und die deutsche Ostforschung. Düsseldorf 2005, S. 422.

133 Heribert Piontkowitz: Anfänge westdeutscher Außenpolitik 1946–1949. Das Deutsche Büro für Friedensfragen. Stuttgart 1978; Manfred Overesch: Gesamtdeutsche Illusion und westdeutsche Realität. Von den Vorbereitungen für einen deutschen Friedensvertrag zur Gründung des Auswärtigen Amts der Bundesrepublik Deutschland 1946–1949/51. Düsseldorf 1978; Herbert Elzer: Versöhnungskurs statt Volkstumskampf. Das Deutsche Büro für Friedensfragen und das Saarland (1947–1950). Hamburg 2020.

134 Christoph Kleßmann: Osteuropaforschung und Lebensraumpolitik im Dritten Reich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1984, H. 7, S. 33–45; vgl. auch <http://www.goettinger-arbeitskreis.de/> (19.12.2024).

135 Herder-Institut Marburg (Hrsg.): Das Herder-Institut. Eine Forschungsstätte für die historische Ostmitteleuropa-Forschung. Marburg 2000; Thekla Kleindienst: Die Entwicklung der bundesdeutschen Osteuropaforschung im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Politik. Marburg 2009; Corinna Unger: Ostforschung in Westdeutschland. Die Erforschung des europäischen Ostens und die Deutsche Forschungsgemeinschaft, 1945–1975. Stuttgart 2007.

136 BArch, B 106/114664: Bisherige Laufbahn Werner Essens im Vorschlag zur Ernennung des Min. Rats z. Wv. Dr. Werner Essens zum Oberregierungsrat in der Besoldungsgruppe A 2 B; Ebd.: Selbstverfasster Lebenslauf von Ministerialrat Dr. Werner Essen, o. D.; BArch, PERS 101/49226: Vermerk des Leiters.

137 BArch, PERS 101/49226: Abschrift Eidesstattliche Erklärung v. Dr. Vollert, 15.10.1951.

138 BArch, B 106/114664: Av. Ernennungsvorschlag des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte betr. den Ministerialrat z. Wv. Dr. Werner Essen zum Oberregierungsrat, 20.07.1957.

tritts von Essen. Diese Passage ist in den Unterlagen mit einem Ausrufezeichen versehen, ohne dass das Konsequenzen gehabt hätte.¹³⁹ Essen trat 1966 regulär als Oberregierungsrat in den Ruhestand.

Der Weg von *Georg Goldschmidt* in die Bundesrepublik und ins Vertriebenenministerium führte von Ungarn über Österreich in die Bundesrepublik, ohne dass sich bisher Verbindungen zu Oberländer nachweisen lassen, die vor 1945 lagen. Er wurde 1954 eingestellt, nicht als Pressereferent, wie er hoffte,¹⁴⁰ sondern zunächst mit zwei Aufgaben betraut. In Berlin war er im Notaufnahmeverfahren tätig und in Bonn als Hilfsreferent.¹⁴¹

Der Volksdeutsche Goldschmidt wurde am 28. Oktober 1903 im ungarischen Vértestolna geboren. Der Sohn eines Landwirts studierte nach dem Abitur Rechtswissenschaften in Budapest, Freiburg und Kiel und wurde 1931 promoviert. Bereits in jungen Jahren war er Mitarbeiter einer volksdeutschen Zeitung, bis 1936 war er zudem als Schriftleiter des von ihm mitbegründeten katholischen Wochenblatts „Pfarrbote“ tätig.¹⁴² Von 1938 bis 1942 ist der tief braune Goldschmidt als Landesamtsleiter beim Volksbund der Deutschen in Ungarn¹⁴³ nachgewiesen und von August 1942 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges als Landesamtsleiter der Schulstiftung der Deutschen Volksgruppe in Ungarn. Zudem war er von 1936 bzw. 1938 Hauptschriftleiter des „Deutschen Volksboten“ und der Tageszeitung „Deutsche Zeitung“ in Budapest. Wenige Tage nach der Kapitulation Deutschlands wurde Goldschmidt bis April 1947 in Österreich interniert. Nach der Entlassung engagierte er sich in der Flüchtlingsarbeit in Österreich und erwarb auch die österreichische Staatsbürgerschaft, aus der er 1955 entlassen wurde. 1950/51 betätigte er sich als wirtschaftlicher Berater und Mitglied der Studienkommission Sesshaftmachung von Donauschwaben in Brasilien. Im Rahmen dieses von der Schweizer Europa Hilfe initiierten Vorhabens hat er sich auch in Brasilien aufgehalten. Als neuer Mitarbeiter des BMVt, der als Volksdeutscher keinem Spruchkammerverfahren unterworfen war, trat er seine Stelle am 22. Februar 1954 an.¹⁴⁴

Am 1. Januar 1954, wenige Wochen vor Goldschmidt, wurde *Georg Krischker* im BMVt im Rahmen einer Abordnung vom Bayerischen Staatsministerium des Innern eingestellt.¹⁴⁵ Krischker war 1907 im oberschlesischen Königshütte als Sohn eines

139 Ebd.: Av. zum Ernennungsvorschlag des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte betr. den Ministerialrat z. Wv. Dr. Werner Essen zum Oberregierungsrat, 20.07.1957.

140 BArch, PERS 101/49280: Goldschmidt an Oberländer, 22.01.1954.

141 BArch, B 106/26395: Hausmittlung Nr. 27, Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 16.03.1954.

142 BArch, PERS 101/49282: Selbstverfasster Lebenslauf von Georg Goldschmidt, 07.11.1953.

143 Norbert Spannenberger: Der Volksbund der Deutschen in Ungarn 1938–1944 unter Horthy und Hitler. München 2002; Loránt Tilkovszky: Ungarn und die deutsche „Volksgruppenpolitik“ 1938–1945. Köln u. a. 1981.

144 BArch, B 106/26395: Hausmittlung Nr. 27, Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 16.03.1954; BArch, PERS 101/49297: Personalbogen Georg Goldschmidt, 29.01.1968.

145 BArch, B 106/26395: Hausmitteilung Nr. 25, Bundesminister für Vertriebene, 23.01.1954.

Telegraphenbeamten geboren worden und hatte Rechts- und Staatswissenschaften in Breslau und Berlin studiert. Bereits während des Studiums an Presse und Rundfunk interessiert, war er nach seiner Promotion als Journalist tätig, u. a. für die „Oberschlesische Zeitung“, die „Oberschlesische Volksstimme“ und die „Magdeburgische Zeitung“. 1939 wechselte er in den Verwaltungsdienst, zunächst in der Kämmerei der Stadtverwaltung Beuthen, dann im Rechtsamt und schließlich als Verwaltungsvorstand des Oberschlesischen Landestheaters. Im September 1940 wurde er Stadtverwaltungsrat und kurze Zeit Bürgermeister von Tschelowitz-Dzieditz. Ende Februar 1943 kam Kriskker zur Wehrmacht, wurde allerdings aufgrund einer Verletzung bereits im August desselben Jahres wieder entlassen. In die NSDAP trat Kriskker 1939 ein,¹⁴⁶ er selbst gab jedoch zu Protokoll, lediglich „NSDAP-Anwärter“ gewesen zu sein. Seit 1938 gehörte er auch der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) an, von 1934 bis 1938 der Reichspressekammer.¹⁴⁷

Nach Kriegsende war Kriskker beim Landrat Bad Neustadt/Saale als juristischer Hilfsarbeiter beschäftigt und wurde dann im Januar 1946 zum Flüchtlingskommissar für den Kreis Bad Neustadt/Saale ernannt. In dem Ende August 1946 durchgeführten Spruchkammerverfahren wurde er in Gruppe fünf, also entlastet, eingestuft.¹⁴⁸ Der öffentliche Kläger legte Berufung gegen das Urteil ein, weshalb er seit dem 1. Januar 1947 lediglich als „gewöhnlicher Arbeiter“ im Bürodienst geführt wurde. Nach einer kurzen Suspendierung wurde er erneut eingestellt.¹⁴⁹ Allerdings beendete 1947 der Regierungskommissar für das Flüchtlingswesen des Regierungsbezirkes Unterfranken das Arbeitsverhältnis mit Verweis auf die ausgelaufene Arbeitsbewilligung der Militärregierung.¹⁵⁰ Nachdem die Berufungskammer den Antrag des öffentlichen Klägers zurückgewiesen hatte,¹⁵¹ stand seiner Beschäftigung als Kreisbeauftragter für das Flüchtlingswesen des Landkreises Kissingen nichts mehr im Wege.¹⁵² In Bad Kissingen wurde rasch Kritik an seiner Arbeitsweise laut,¹⁵³ weshalb er trotz des Einspruchs der Arbeitsgemeinschaft der Heimatvertriebenen und Kriegsgeschädigten in Unterfranken, Sitz Würzburg,¹⁵⁴ von Kissingen nach Kro-

146 BArch, B 106/114664: Aktenvermerk zum Ernennungsvorschlag des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte betr. den Oberregierungsrat im Landesdienst Dr. Georg Kriskker zum Oberregierungsrat, 09.06.1954.

147 BArch, PERS 101/54741: Fragebogen Georg Kriskker, 03.01.1946 (für Sie in Frage kommende Stellung: Flüchtlingskommissar). „Remarks/ Bemerkungen 1.) Parteibeiträge nur bis Febr. 43 gezahlt. 2.) Wiederholt durch pers. Einsatz u. trotz Gefährdung d. eig. Existenz Gefangene aus dem KZ Auschwitz bzw. aus der Gestapohaft befreit.“

148 Ebd., selbstverfasster Lebenslauf Dr. Georg Kriskker; Abschrift der Spruchkammer Bad Neustadt/Saale gg. Georg Kriskker, 24.08.1946.

149 Ebd., Av. betr. Dr. Georg Kriskker, 14.03.1947, BArch, PERS 101/54741; Vermerk, 25.03.1946.

150 Ebd., Regierungskommissar für das Flüchtlingswesen im Regierungsbezirk Unterfranken an Georg Kriskker, 21.05.1947.

151 Ebd., Spruch der Berufungskammer Würzburg, 24.06.1947.

152 Ebd., Niederschrift über die Vereidigung des Dr. Georg Kriskker, 24.01.1948.

153 Ebd., Landratsamt Bad Kissingen an das Bayer. Staatsministerium des Innern, Staatssekretär für das Flüchtlingswesen in München, 07.06.1948, BArch, PERS 101/54741.

154 Ebd., Entschliessung Arbeitsgemeinschaft der Heimatvertriebenen und aller Kriegsgeschädigten in Unterfranken, Sitz Würzburg, an Bayerischen Justizminister, 15.01.1949.

nach versetzt wurde.¹⁵⁵ In Kronach übernahm er am 1. Januar 1949 die Leitung des Kreisflüchtlings- sowie die des Wohnungsamtes¹⁵⁶ und wurde zudem zum Kreisbeauftragten für das Flüchtlingswesen des Landkreises Kissingen ernannt.¹⁵⁷ Im Januar 1951 schlug Theodor Oberländer in seiner Funktion als Staatssekretär für das Flüchtlingswesen in Bayern Kriskker für die Stelle des Leiters der Abteilung Wohnraumbewirtschaftung und Flüchtlingswesen bei der Regierung von Unterfranken vor.¹⁵⁸ Ende April 1951 trat Kriskker schließlich seinen Dienst in der Abteilung V des Bayerischen Staatsministeriums des Innern an.¹⁵⁹ Als Oberländer mit dem Amt des Bundesvertriebenenminister betraut wurde, gehörte Kriskker zu den acht Ausgewählten, die Oberländer an seiner Seite wissen wollte.

Wichtig für die Arbeit des Vertriebenenministeriums sollte der am 6. Dezember 1953 als Pressereferent eingestellte *Hans Georg Schlicker* sein, der 1900 im ostpreußischen Kaukehmen geboren, studierte der Sohn eines Postboten in Königsberg Psychologie, Philosophie, Kunstgeschichte sowie Germanistik, ehe er sich für den Journalismus entschied. 1922 absolvierte er ein Volontariat bei der „Ostpreußischen Zeitung“ in Königsberg, und ein Jahr später promovierte er. Nach weiteren Zwischenstationen wechselte er 1927 zum Nachrichtenbüro Telegraphen Union in Berlin, von wo er auf eigenen Wunsch nach Königsberg versetzt und dort Leiter der Königsberger Zweigstelle von Telegraphen Union wurde. Ebenfalls auf eigenen Wunsch versetzte Gauleiter Koch ihn nach Dresden, nach eigenen Angaben, weil dieser ihn als „politisch unzuverlässig“ eingestuft habe. In Dresden war er zuletzt als Chefredakteur der „Dresdner Neuesten Nachrichten“ tätig, bevor er mit Kriegsausbruch der Propagandakompanie 649 zugeteilt wurde.¹⁶¹ Eigenen Angaben zufolge war Schlicker seit 1938 Mitglied der NSDAP¹⁶² und wurde angeblich von der Spruchkammer in Berchtesgaden in Gruppe vier, Mitläufer, eingestuft.¹⁶³ Doch das war nur die halbe Wahrheit, wie der überlieferte Spruchkammerbescheid vom März 1948 zeigt: Schlicker war bereits seit 1933 SA- und seit 1937

155 Ebd., Vermerk Personalreferent, 30.12.1948; Staatssekretär für das Flüchtlingswesen an Landtagsabgeordneten Pabstmann in Kronach, 07.01.1949.

156 Ebd., Amtsvorstands-Verfügung Landratsamt Kronach, 07.01.1949.

157 Ebd., Bayerisches Staatsministerium des Innern an Georg Kriskker, btr.: Endgültige Bestellung, 02.09.1948.

158 Ebd., Oberländer an Staatsminister des Innern und stellv. Ministerpräsidenten Dr. Wilhelm Hoegner, Abschrift, 12.01.1951.

159 Ebd., Entwurf an die Abteilung P betr.: Dienstliche Abordnung des Angestellten Dr. Georg Kriskker an die Abteilung V des B. Staatsministeriums des Innern, 02.05.1951.

160 BArch, B 106/26395: Hausmitteilung Nr. 24, Bundesminister für Vertriebene, 21.12.1953; BArch, B 162/2095: Zeugenvernehmung Hans Georg Schlicker, 06.06.1963; BArch, PERS 101/54796: Nachruf auf Hans-Georg Schlicker.

161 BArch, PERS 101/54796: Selbstverfasster Lebenslauf von Hans Georg Schlicker, o. D.; WAsT-Bescheinigung, 07.05.1963; Entwurf Vorschlag zur Eingruppierung des VA Pressereferenten Dr. Hans-Georg Schlicker, o.D.

162 BArch/B 162/2095, Bl. 106: Zeugenvernehmung Hans Georg Schlicker, 06.06.1963.

163 BArch, PERS 101/54796: Selbstverfasster Lebenslauf von Hans Georg Schlicker, o. D.

NSDAP-Mitglied, seit 1940 Sturmbannführer und gehörte darüber hinaus der NSV, der Deutschen Arbeitsfront (DAF) sowie der Reichspressekammer an.¹⁶⁴

Nach Kriegsende geriet Schlicker in amerikanische Kriegsgefangenschaft, aus der er im Oktober 1947 entlassen wurde. Nach einigen Gelegenheitsstätigkeiten arbeitete er beim Aufbau der Volkshochschule in Berchtesgaden mit, die er nach deren Eröffnung leitete. Von Oktober 1949 bis zur Anstellung im Vertriebenenministerium war Schlicker als Chefredakteur des „Füssener Blattes“ tätig.¹⁶⁵ Im Spruchkammerverfahren 1948 heißt es, er habe „am Nationalsozialismus zwar mehr als kriminell teilgenommen und ihn mehr als nur unwesentlich unterstützt.“ Weil er „aber allmählich von seinen Methoden abgerückt“ sei und „unter Einsetzen seiner Persönlichkeit Opfern und Gegnern des Nationalsozialismus seine Unterstützung zuteil werden“ ließ, stuft ihn die Spruchkammer in die Bewährungsgruppe, Minderbelastete, ein.¹⁶⁶

In seinem Bewerbungsschreiben vom 29. Oktober 1953 an das BMVt verwies Schlicker auf seine Presseerfahrung, nicht zuletzt im Hauptquartier OKH, sowie auf seine Vertrautheit mit den Problemen der Vertriebenen, „die er aus der Zusammenarbeit mit den Landsmannschaften kenne.“¹⁶⁷ Wenige Tage später wurde ihm mitgeteilt, dass der Minister entschieden habe, ihn mit der Leitung des Pressereferates zu betrauen.¹⁶⁸ Allerdings verzichtete das Ministerium nicht darauf, Beurteilungen Schlickers einzuholen.¹⁶⁹ Bemerkenswert ist sicher, dass Schlickers Ernennung nicht im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung erfolgte. Oberländer begründete das mit einem „dienstlichen Interesse“. Es handle sich bei Schlicker um einen erfahrenen Pressefachmann, der mit den Verhältnissen im deutschen Osten und dem Vertriebenenproblem bestens vertraut sei, den er durch eine Ausschreibung nicht finden würde und auf dessen Mitarbeit er größten Wert lege.¹⁷⁰ Der Bundespersonalausschuss folgte dieser Begründung, so dass Schlicker das Amt bis zum Erreichen der Altersgrenze inne hatte.¹⁷¹

Werner Ventzki, schwer NS-belastet, wurde im Zuge der Übernahme des Ministeriums durch Theodor Oberländer am 11. Dezember 1953 als Hilfsreferent bei der Vertretung Berlin des Ministeriums eingestellt.¹⁷² Ventzki hatte von 1926 bis 1930 Rechts- und Staatswissenschaften an den Universitäten Heidelberg, Königsberg sowie Greifswald studiert und danach einen schnellen Aufstieg erlebt. Zunächst in der

164 Ebd., Abschrift Bescheid Spruchkammer Bad Reichenhall gg. Hans Georg Schlicker, 10.03.1948.

165 Ebd., Schreiben Hans Georg Schlicker an den Bundesminister für Vertriebene, 15.11.1953; Entwurf Vorschlag zur Anstellung des Dr. Hans Georg Schlicker, 22.06.1954.

166 Ebd., Abschrift Bescheid Spruchkammer Bad Reichenhall gg. Hans Georg Schlicker, 10.03.1948, BArch, PERS 101/54796.

167 Ebd., Hans Georg Schlicker an den Bundesminister für Vertriebene, 29.10.1962.

168 Ebd., Nahm an Abteilung Z im Hause, 05.11.1953.

169 Ebd., Czieslik an den Geschäftsführer der dpa sowie an den Geschäftsführer des Bayerischen Zeitungsverlegerverbandes, 16.11.1953.

170 Ebd., Oberländer an Bundespersonalausschuss (Bundesministerium des Innern), Entwurf 02.12.1953.

171 Ebd., Vermerk Bundesminister des Innern, 29.04.1976.

172 BArch, B 106/26395: Hausmitteilung Nr. 24, Bundesminister für Vertriebene, 21.12.1953. Zu seiner Tätigkeit vgl. BArch, B 106/114665: Rückblickender Vermerk von Theodor Oberländer, 11.02.1959.

Stadtverwaltung Stettin beschäftigt, war er ab 1935 als Landesverwaltungsrat in der Provinzialverwaltung von Pommern tätig und wurde dann, nach einer Beförderung, 1937 zum Landrat ernannt. Seine Karriere verdankte Ventzki auch seiner Parteikarriere. Er trat bereits 1931 der NSDAP bei, galt somit als „alter Kämpfer“, war seit 1932 Mitglied im NS-Rechtswahrbund und seit 1934 bei der NS-Volkswohlfahrt.¹⁷³ 1939 erhielt er das Goldene Ehrenzeichen der Partei und 1941 die Dienstauszeichnung der NSDAP in Bronze. Darüber hinaus war Ventzki seit „1935 ununterbrochen Reichsredner“ der Partei.¹⁷⁴ Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und der deutschen Okkupation Polens kam er ins Reichsgau Wartheland. Hier war er zunächst bei der Gauselbstverwaltung Posen tätig und NSV-Gauamtsleiter im Warthegau. Seit Kriegsbeginn leitete er das Referat „Umsiedler“ bei Arthur Greiser und war damit für die Vertreibung und Deportation der ansässigen Bevölkerung zuständig. Im Range eines SS-Unterscharführers war er vom 8. April 1941 bis zum 1. Juni 1943 Oberbürgermeister von Litzmannstadt und damit auch für das jüdische Ghetto Litzmannstadt zuständig.¹⁷⁵ Nachdem er sich mit Greiser überworfen hatte, wurde er Mitte 1943 zum Wehrdienst bei der Waffen-SS einberufen.

Nach dem Krieg geriet Ventzki zunächst in Kriegsgefangenschaft, war dann als Landarbeiter tätig und seit April 1948 bei Rechtsanwälten in Hamburg und Koblenz angestellt. Schon früh engagierte er sich in der Vertriebenenarbeit, zunächst als Vorsitzender des Kreisverbandes Koblenz des ZvD und wurde dann als zweiter Geschäftsführer beim ZvD eingesetzt, wo er bis 1952 Hauptgeschäftsführer war. Dann folgte seine Anstellung bei der Landesregierung von Schleswig-Holstein in der Abteilung Vertriebenenwesen im Sozialministerium.¹⁷⁶ Es war Hans-Adolf Asbach,¹⁷⁷ schwer NS-belasteter BHE-Landesvorsitzender und Sozialminister in Schleswig-Holstein, der Ventzki für eine Stelle im BMVt vorschlug. Er stieß damit bei Oberländer auf offene Ohren, dem Ventzki bereits „persönlich bei den Tagungen der Landesflüchtlingsverwaltungen durch sein Können und seine gute Haltung aufgefallen war“.¹⁷⁸ Bei der Einstellung Ventzkis spielte auch der Bundesvorsitzende des BHE Waldemar Kraft eine Rolle, der Oberländer über „die Tätigkeit und die Haltung des Herrn Ventzki bereits noch aus den Jahren des nationalsozialistischen Regimes“ informierte.¹⁷⁹ Das

173 BArch, B 162/21993, Bl. 135: Erklärung über die Tätigkeit in der NSDAP, ihrer Gliederungen, angeschlossenen Verbänden usw., 14.05.1941.

174 BArch, B 162/21993, Bl. 137: Lebenslauf Werner Ventzki.

175 Vgl. Privataarchiv Jens-Jürgen Ventzki: Lebenslauf Werner Ventzki, 1959/1960; BArch, B 162/21993, Bl. 147: Niederschrift über die Vertheidigung des Werner Ventzki zum Oberbürgermeister, 08.05.1941; BArch, B 106/114665: Verfüung der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Hannover, 30.06.1961.

176 Dazu und zum Folgenden Privataarchiv Jens-Jürgen Ventzki: Lebenslauf von Werner Ventzki, 1959/60.

177 Arne Bewersdorf: Hans-Adolf Asbach. Eine Nachkriegskarriere. Vom Kreishauptmann zum Landessozialminister, in: Demokratische Geschichte. Jahrbuch für Schleswig-Holstein 19 (2008), S. 71–112.

178 BArch, B 106/114665: Der Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 11.02.1959.

179 Ebd.

war allerdings gar nicht erforderlich, kannte Oberländer doch Ventzki persönlich seit Jahren, spätestens seit dem 21. November 1938, als Oberländer im Kulturinstitut in Stettin einen Vortrag gehalten hatte.¹⁸⁰ Das war der Ausgangspunkt des Netzwerks, das Ventzki mehr als ein Jahrzehnt später ins BMVt führte.

Bei der beabsichtigten Ernennung Ventzkis zum Oberregierungsrat kamen im BMI Zweifel angesichts dessen NS-Vergangenheit auf.¹⁸¹ Er sei, heißt es in einem Vermerk, „in einem weit überdurchschnittlichen Maß mit dem NS verbunden gewesen.“¹⁸² Zudem geriet Ventzki nun auch in den Fokus bundesdeutscher Ermittlungen, als die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Hannover Anfang der 1960er Jahre Ermittlungen zum Tatort Litzmannstadt aufnahm. Zwar war den Ermittlern bekannt, dass die Verwaltung des Ghettos Litzmannstadt eine Dienststelle des Oberbürgermeisters war. Allerdings wurde festgestellt, dass die Ghettoverwaltung „ihre Aufgaben weitgehend selbstständig durchführte und keine Weisungsbefugnis des Oberbürgermeisters bestand.“ Auch fehlten Nachweise darüber, dass Ventzki „in irgendeiner Weise bei den Aussiedlungen behilflich war“.¹⁸³ Zudem bestritt Ventzki, „von der nationalsozialistischen Judenverfolgung und -ermordung etwas gewusst zu haben.“¹⁸⁴ Deshalb wurde das Verfahren gegen ihn eingestellt. Auch später bestritt Ventzki jegliche Mittäterschaft am Holocaust, erinnerte sich aber noch nach Jahren an „die Umsiedlung von Polen“. Nach Ventzki wurde „für die zuwandernde volksdeutsche Bevölkerung Platz geschaffen.“¹⁸⁵

Ein besonderer Fall im Netzwerk NS-Belasteter, die unter Minister Oberländer eingestellt wurden, ist *Gerhard Wolfrum*, der seit Oktober 1953 Persönlicher Referent des Vertriebenenministers und ab Mai des Folgejahres zugleich Leiter des Referats III 8 „Heimatlose Ausländer“ war.¹⁸⁶ 1911 in Leipzig geboren, studierte er ab 1931 Geschichte, Volkswirtschaft, Soziologie, Geografie sowie Kunstgeschichte in Leipzig, Grenoble und vor allem Königsberg. Hier war er wissenschaftliche Hilfskraft bei Theodor Schieder in der Landesstelle Ostpreußen für Nachkriegsgeschichte.¹⁸⁷ Die

180 Ventzki, *Seine Schatten, meine Bilder*, S. 103.

181 BArch, B 106/114665: Schreiben Bauch, Abteilung II an Herrn Referenten Z 12 im Hause betr. Vorschlag zur Ernennung des früheren Oberbürgermeisters Werner Ventzki zum Oberregierungsrat, Bezug: Ihre Vorlage an Herrn Staatssekretär I vom 22.05.1959, 13.07.1959: „Die politischen Bedenken gegen die Ernennung von V. zum Oberregierungsrat in einem Bundesministerium halte ich voll und ganz aufrecht“, so der zuständige Ministerialrat.

182 Ebd., Vermerk Z 1 betr. Vorschlag des BMVtr. zur Ernennung des Oberbürgermeisters z. Vv. Werner Ventzki zum Oberregierungsrat, 25.08.1959.

183 Ebd., Verfügung der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Hannover, 30.06.1961.

184 BArch, B 162/3362, Bl. 452f.: Vernehmung von Werner Ventzki, 05.09.1961.

185 BArch, B 162/20047, Bl. 135: Vernehmung von Werner Ventzki, 19.04.1968.

186 BArch, B 106/26395: Hausmitteilung Nr. 23, Bundesminister für Vertriebene, 17.11.1953; BArch, PERS 101/54917: Oberländer an Wolfrum, 14.05.1954.

187 Vgl. Mathias Beer: Die Landesstelle Schlesien für Nachkriegsgeschichte 1934 bis 1945. Geschichte und Politik im Lichte neuer Aktenfunde, in: Matthias Weber/Carsten Rabe (Hrsg.): *Silesiographia. Stand und Perspektiven der historischen Schlesienforschung*. Festschrift für Norbert Conrads zum 60. Geburtstag. Würzburg 1998, S. 119–144, hier S. 142; Christoph Nonn: Direkte und indirekte Beiträge zur nationalsozialistischen Vertreibungs- und Vernichtungspolitik. Die Landesstelle Ostpreußen der Zentralstelle für Nachkriegsgeschichte unter Theodor Schieder, in: Sven Kriese

Verbindung der beiden blieb nach 1945 und auch im Rahmen des BMVt bestehen. In Königsberg wurde Wolfrum mit der Arbeit *Die polnischen territorialen Forderungen gegen Deutschland in ihrer geschichtlichen Entwicklung* promoviert. In völkischen und NS-Kreisen – im Königsberger Kreis machte er auch die Bekanntschaft mit Oberländer – war er frühzeitig aktiv. Kurz nach der Machtergreifung trat er in die SA ein, 1937 in die NSDAP und 1941 in die SS.¹⁸⁸ Zu Beginn des Angriffs gegen Polen verwundet, machte er anschließend in der Volksdeutschen Mittelstelle (VoMi) Karriere. Im Juni 1940 gehörte er einer Delegation für die Umsiedlung von Volksdeutschen aus Bessarabien an.¹⁸⁹ 1941 leitete er für wenige Monate das Archiv der VoMi, um dann Stabsmitglied des Sonderkommandos zur Erfassung der Volksdeutschen in der deutsch besetzten Sowjetunion zu werden.¹⁹⁰ Im August 1942 stieg Wolfrum zum stellvertretenden Hauptabteilungsleiter bei der VoMi auf. 1944 ist er als Leiter eines Schulungskurses für Russlanddeutsche nachgewiesen.¹⁹¹ Folgt man der Einschätzung des damaligen Personalchefs der VoMi, SS-Obersturmbannführer Konrad Radunski von 1960, hat der pflichtbewusste und charakterlich einwandfreie Wolfrum die ihm anvertrauten Aufgaben erfüllt, „ohne sich durch ein weltanschauliches oder tagespolitisches Bekenntnis als Anhänger oder Verfechter nationalsozialistischer Ideen zu deklarieren“¹⁹² – einer der zahlreichen in der Nachkriegszeit ausgestellten Persilscheine par excellence.¹⁹³

Nach Kriegsende geriet Wolfrum für kurze Zeit in Kriegsgefangenschaft. Ab Oktober 1946 wurde er, seine NS-Netzwerke nutzend, als Abteilungsleiter bei der Organisation Gehlen eingestellt, wofür sich sein ehemaliger Königsberger BDO-Kollege Peter-Heinz Seraphim eingesetzt hatte.¹⁹⁴ In der Vorgängerbehörde des Bundesnachrichtendienstes war er bis zu seiner Einstellung 1953 im BMVt tätig.¹⁹⁵ Kurz nach Wolfrums Einstellung im BMVt wandte sich das Ministerium an das Bundesamt für

(Hrsg.): Archivarbeit im und für den Nationalsozialismus. Die preußischen Staatsarchive vor und nach dem Machtwechsel von 1933. Berlin 2015, S. 211–219.

188 BArch, PERS 101/5491: Bundesamt für Verfassungsschutz, BDC-Überprüfung Gerhard Wolfrum, 18.01.1954.

189 Dirk Jachomowski: Die Umsiedlung der Bessarabien-, Bukowina- und Dobruischadeutschen. Von der Volksgruppe in Rumänien zur „Siedlungsbrücke“ an der Reichsgrenze. München 1984.

190 Andrej Angrick: Besatzungspolitik und Massenmord – Die Einsatzgruppe D in der südlichen Sowjetunion 1941/1943. Hamburg 2003.

191 BArch, PERS 101/5491: Entwurf BMVt an die Geschäftsstelle des Bundespersonalausschusses im BMI betr. Antrag auf Zulassung von Ausnahmen, Gerhard Wolfrum.

192 BArch, PERS 101/54917: Eidesstattliche Versicherung von Konrad Radunski, 20.05.1960.

193 Katrin Hirte: „Persilschein-Netzwerke“. Bruchlosigkeit in Umbruchzeiten, in: Michael Schönhuth u. a. (Hrsg.): Visuelle Netzwerke. Qualitative, quantitative und partizipative Zugänge. Bielefeld 2013, S. 331–353.

194 Thomas Wolf: Die Entstehung des BND. Berlin 2018, S. 66–68; Hans-Christian Petersen: Bevölkerungsökonomie – Ostforschung – Politik. Eine biographische Studie zu Peter-Heinz Seraphim (1902–1979). Osnabrück 2007, S. 241f.

195 BArch, B 106/54917: Begl. Abschrift Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte Berechnung des Besoldungsdienstalters bei der ersten planmäßigen Anstellung für den Regierungsrat Dr. Gerhard Wolfrum, 27.07.1956; Abschrift zur Festsetzung des Besoldungsdienstalters nach § 6 des BBeaG, BMVt, 08.08.1957.

Verfassungsschutz mit der Bitte, im Berlin Document Center die SS-Mitgliedschaft Wolfrums zu überprüfen.¹⁹⁶ Der gesamte damit verbundene Vorgang wurde laut Staatssekretär Nahm „weisungsgemäss“ nach Rücksprache mit dem „Herrn Minister am 5.11.1955“ zunächst nicht in der Personalakte geführt.¹⁹⁷ Sie enthält auch ein von Hans Rothfels ausgestelltes positives Zeugnis für seinen Schüler Wolfrum: „Ich kenne Herrn W. seit etwa 1930. Er gehörte in Königsberg zu dem engeren Kreis und den besten meiner Schüler, und ich würde ihn damals als eine für die wissenschaftliche Laufbahn als Historiker qualifizierte Persönlichkeit, jedenfalls als einen durchaus ausgebildeten und begabten Anwärter dafür beurteilt haben.“¹⁹⁸ Zu diesem engeren Königsberger Kreis, dessen Netzwerk den Zweiten Weltkrieg überdauerte, gehörte auch Theodor Schieder, unter dessen Leitung die im Auftrag des BMVt erarbeitete Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa entstand. Dabei wurde auch auf die Expertise von „unserem Freund“ Wolfrum zurückgegriffen.¹⁹⁹

Wolfrum selbst erklärte, ohne eigenes Zutun SS-Mitglied geworden zu sein,²⁰⁰ und erhielt, nicht überraschend, dabei Rückendeckung von Minister Oberländer. Noch am selben Tag von Wolfrums Erklärung hielt Oberländer fest, darüber informiert worden zu sein, und nahm seinen Königsberger Freund in Schutz: „Langjährige Bekanntschaft mit ihm berechtigt mich zu der Überzeugung, daß seine Angaben volle Glaubwürdigkeit verdienen. Ich billige es daher auch, daß Herr Dr. Wolfrum nicht gegen seine Überzeugung eine wirkliche SS-Zugehörigkeit ausdrücklich im Fragebogen bekundet hat.“²⁰¹

Damit war die Akte Wolfrum jedoch noch längst nicht geschlossen. Als es um die Beförderung Wolfrums zum Ministerialrat ging, wurde aufgrund seiner NS-Vergangenheit tiefer gebohrt. Und als die Zentrale Stelle in Ludwigsburg Anfang der 1960er Jahre Vorermittlungen gegen einstige Angehörige des Sonderkommandos „R“ der VoMi wegen der Tötung von Juden in Transnistrien durchführte, wurde auch Wolfrum belastet. Die Folge: Die Zentralstelle gab das Verfahren für weitere Ermittlungen an die Staatsanwaltschaft Dortmund ab.²⁰² Im Rahmen des Verfahrens versicherte der langjährige Bekannte Wolfrums, Radunski, eidesstattlich und vorsätzlich falsch, „daß Herr Dr. Wolfrum weder Nationalsozialist noch SS-Führer, sondern lediglich Uniformträger war.“²⁰³ Das Ministerium wandte sich in diesem Zusammenhang an die Zentralstelle bei der Staatsanwaltschaft Dortmund mit der Bitte, zu bestätigen, dass „konkrete Belastungen gegen Dr. Gerhard Wolfrum nicht vorliegen, und daß auch

196 BArch, PERS 101/43917: Schreiben Bundesamt für Verfassungsschutz an Bundesminister für Vertriebene, z. Hd. Czieslik, 31.03.1954.

197 Ebd., Dok. 07.11.1955.

198 BArch, PERS 101/54917: Gutachten Hans Rothfels über Gerhard Wolfrum an Staatssekretär Nahm, 10.12.1954.

199 Beer, Im Spannungsfeld von Politik und Zeitgeschichte.

200 BArch, PERS 101/5491: Erklärung Gerhard Wolfrum, 22.05.1956.

201 Ebd., Vermerk Oberländers zu Erklärung Gerhard Wolfrums, 22.05.1956.

202 Ebd., Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen an den Bundesminister des Innern, 13.07.1964.

203 BArch, PERS 101/54917: Eidesstattliche Versicherung von Konrad Radunski, 20.05.1960.

sonst keine Verdachtsmomente gegen ihn bekannt sind.“²⁰⁴ Man wollte offensichtlich als Folge der Oberländer-Affäre für erwartete Anschuldigungen gegen Wolfrum gewappnet sein, umso mehr da auch beabsichtigt war, Wolfrum ins Beamtenverhältnis zu übernehmen. Ausgehend vom Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz wurde vom Bundesamt für Verfassungsschutz beim Institut für Zeitgeschichte in München ein Gutachten über die SS-Zugehörigkeit von Wolfrum und die von ihm hierzu vorgebrachte Erklärung angefordert.²⁰⁵ Dabei war nicht die SS-Zugehörigkeit Wolfrums als solche für die weiteren Nachforschungen ausschlaggebend, sondern dass er entgegen der Wahrheitsverpflichtung in den Personalunterlagen seine SS-Zugehörigkeit verschwiegen hatte.²⁰⁶

Selbst Staatssekretär Nahm nahm Wolfrum gegenüber dem BMI in Schutz: „Ich bin nicht nur überzeugt, sondern ich weiß, daß Dr. Wolfrum seinen Dienstherrn rückhaltlos unterrichtet hat.“²⁰⁷ Nahm schilderte darüber hinaus, wie die Notiz über Wolfrums SS-Zugehörigkeit aus dessen Personalakte „verschwunden“ war. Nachdem Oberländer 1955 angeordnet hatte, Unterlagen über die SS-Zugehörigkeit Wolfrums aus dessen Personalakte zu entfernen, prüfte Nahm diese und legte sie in seinen Panzerschrank. Als Oberländer 1960 sein Amt niederlegen musste, gab Nahm die Unterlagen an den Personalreferenten des Ministeriums, der diese bei sich verwahrte. Als dieser schließlich aus dem Ministerium schied, übergab er die Sonderakte wieder an Nahm, der veranlasste, die Erklärung zu Wolfrums SS-Zugehörigkeit in die Personalakte zu nehmen.²⁰⁸ Damit war die Personalakte Wolfrums wieder vollständig, und es wird klar, wie im Ministerium nicht nur auf oberste Anordnung und sogar auch von NS-Gegnern mit NS-belastetem Personal umgegangen wurde.

Nach dem Auflösen des BMVt war Wolfrum von 1969 bis 1973 Leiter des Referats Vt II 5 (Kulturelle Betreuung und Rechtsstellung heimatloser Ausländer, Genfer Flüchtlingskonvention, nichtdeutsche Flüchtlinge) und anschließend bis zum Antritt seines Ruhestands 1976 Leiter des Referats Vt 1 (Kulturpolitische Grundsatzangelegenheiten nach § 96 des Bundesvertriebenengesetzes). Er verstarb 1982.

204 Ebd., Vermerk von Aulock betr. Personalsache Dr. Wolfrum, 04.09.1964; von Aulock an die Zentralstelle bei der Staatsanwaltschaft in Dortmund betr. Ermittlungsverfahren gegen Dr. Siebert u. a., hier: Regierungsdirektor Dr. Gerhard Wolfrum, Bezug Rücksprache der Herren Staatsanwalt Dr. Nachtweh und Staatsanwalt Dr. Geissel mit dem unterzeichneten Ministerialdirigenten v. Aulock am 02.09.1964.

205 Ebd., Schachinger an das Institut für Zeitgeschichte: Gutachtliche Stellungnahme des Instituts für Zeitgeschichte hinsichtlich SS-Zugehörigkeit des Dr. Gerhard Wolfrum, Beilagen 36 Seiten in Ablichtung, 22.03.1965.

206 Ebd., Staatssekretär im BMI Hölzl an Staatssekretär Nahm im BMVt, 04.06.1965.

207 Ebd., Nahm an Hölzl im BMI.

208 BArch, PERS 101/54917: Dok. 07.11.1955. Vermerk betr. ORR Dr. Wolfrum, 08.11.1961.

7. Anlage und Fragestellung der Studie

Das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte war eine oberste Behörde *sui generis*, ohne eine Vorgängereinstitution, deshalb aber nicht voraussetzungslos. Wie die ausgewählten Beispiele der Personalpolitik des Ministeriums zeigen, reichten die Biografien der Beschäftigten bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts zurück und waren jeweils entsprechend den zeitlichen Umständen in Netzwerke unterschiedlicher Art eingebunden. Viele von ihnen hatten sich in der Zwischenkriegszeit im „Volkstumskampf“ in Schlesien, Pommern, Ostpreußen oder in anderen Staaten kennengelernt und engagiert, in denen Deutsche als Minderheiten lebten.²⁰⁹ Sie stellten sich nach 1933 in unterschiedlichem Maß in den Dienst der Eroberungs-, Besatzungs- und Vernichtungspolitik des Deutschen Reiches und fanden nach 1949 den Weg in die obersten Behörden der Bundesrepublik, u. a. ins BMVt, auch über die Zeit des Bestehens des Ministeriums hinaus. Weil es eine vergleichbare Vorgängerbehörde nicht gab, konnte bei der Rekrutierung des Personals nicht auf Netzwerke ehemaliger ministerialer Bürokratie einer Behörde zurückgegriffen werden. Deshalb war der Stellenwert persönlicher und beruflicher Netzwerke, sowohl jener von langer als auch jener von kurzer Dauer, umso bedeutsamer und hatte für die Arbeit des Ministeriums wichtige Funktionen.

Die NS-Belastungen waren, wie bei den anderen obersten Behörden, auf allen Ebenen des Personals gegeben, von den Ministern über Abteilungsleiter bis hin zu den Referenten. Damit hielt entsprechendes Gedankengut in seiner jeweils individuellen beruflichen und politischen Ausprägung Einzug ins Ministerium, in dem, und das gilt es zu betonen, NS-Belastete sowie Gegner und Opfer des Nationalsozialismus zusammenarbeiteten. Zu letzteren gehörten wichtige Entscheidungsträger des Ministeriums, sei es der erste Vertriebenenminister Hans Lukaschek, der Staatssekretär Peter Paul Nahm oder der Abteilungsleiter Werner Middelman, um nur einige zu nennen.

Netzwerke wirkten sich aber nicht nur auf die Personalpolitik dieser obersten Behörde aus. Das Ministerium war angesichts seines inhaltlichen Zuschnitts und seiner geringen Kompetenzen grundsätzlich darauf angewiesen, bei seiner Flüchtlings- und Vertriebenenpolitik zu koordinieren, zu informieren und zu verbinden – also zu netzwerken. Daher und aufgrund der Interessen unterschiedlicher Akteure und Organisationen in diesem Politikfeld, ihre Anliegen vorzubringen und im Idealfall auch durch das Ministerium umgesetzt zu sehen, gab es enge Verbindungen zu den politischen Parteien, zum Bundestag und seinen Abgeordneten, zu den Bundestagsausschüssen, zu den Regierungen der Länder, zu den Kirchen und zu den Interessenorganisationen der Flüchtlinge und Vertriebenen – Zentralverband der Vertriebenen (ZdV), Landsmannschaften (LM und VOL) und Bund der Vertriebenen (BdV).²¹⁰ Bei

209 Tammo Luther: *Volkstumspolitik des deutschen Reiches 1933–1938. Die Auslandsdeutschen im Spannungsfeld zwischen Traditionalisten und Nationalsozialisten*. Stuttgart 2004.

210 Vgl. zum BdV Michael Schwartz: *Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundesverbands der Vertriebenen und das „Dritte Reich“*. München 2012.

diesen sich im Laufe der Jahre verändernden Netzwerken deutet vieles darauf hin, dass parteipolitische Netzwerke (insbesondere CDU-Mitgliedschaft oder eine mit den Auffassungen dieser Partei übereinstimmende Haltung) einen höheren Stellenwert hatten als NS-Netzwerke.

Die Netzwerke, in die das BMVt eingebunden war, so eine der die Studien des vorliegenden Buches leitenden Thesen, zeichneten sich, van Waarden folgend, durch Veränderung und Wechselseitigkeit aus. Sie wurden vom Ministerium genutzt, um die Interessen und Ziele der Bundesregierungen in der Flüchtlings- und Vertriebenenpolitik umzusetzen, und von den anderen Akteuren auf diesem Politikfeld, um ihren Interessen Gehör zu verschaffen. Damit verbunden gilt es, die in der Literatur verbreitete Annahme zu hinterfragen, beim BMVt habe es sich um ein von den Interessen der Vertriebenen gesteuertes, ein Klientel-Ministerium gehandelt, und Ämterpatronage sei hier gang und gäbe gewesen.²¹¹ Vielmehr ist davon auszugehen, dass es gerade über die Kanäle der bestehenden Netzwerke dem Ministerium gelang, die Vertriebenenverbände, aber auch andere Akteure als „Ergänzungsbükratien“ und „Auxiliärämter“ in seine Tätigkeit mit einzubeziehen.²¹² Dadurch, dass das Ministerium über seine Netzwerke direkten Zugang zu den Anliegen der Verbände hatte, konnte es diese in der Regel frühzeitig aufgreifen und in die von der Regierung gewünschte Richtung kanalisieren. Insofern entpuppen sich die Netzwerke, auch wenn sie NS-Belastete mit einschlossen, als ein Mittel des Ministeriums, eine pazifizierende Wirkung auf die Vertriebenenverbände auszuüben. Kommunikation in unterschiedlichen Netzwerken trug zur Konsensfindung in Flüchtlings- und Vertriebenenangelegenheiten bei.

Die Studie erfolgte im Rahmen des von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien aufgelegten Forschungsprogramms zur Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit zentraler deutscher Behörden.²¹³ Dabei wurden aus den zahlreichen Netzwerken, in die das Ministerium und sein Personal eingebunden waren, mehrere Knotenpunkte ausgewählt: Diese betreffen die Parteien, den Bundestag und insbesondere die Bundestagsausschüsse, die Kirchen und die Interessenorganisationen der Flüchtlinge und Vertriebenen. Sie waren von zentraler Bedeutung für das Ministerium und ihrerseits mit weiteren Subnetzen verbunden. Über diese Knotenpunkte lassen sich Funktionen, Strukturen, Institutionalisierung, Verfahrensregeln, Machtbeziehungen und Strategien der auf dem Politikfeld der Flüchtlings- und Ver-

211 Vgl. u. a. Marian Döhler: Ministerialverwaltung und Interessengruppen. Neues und Vergessenes zu einem alten Thema, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 30 (2020), H. 1, S. 1–26.

212 Manfred Max Wambach: Verbändestaat und Parteienoligopol. Macht und Ohnmacht der Vertriebenenverbände. Stuttgart 1971, S. 132.

213 Christian Mentel/Niels Weise: Die zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus. Stand und Perspektiven der Forschung. Potsdam 2016; online Die NS-Vergangenheit deutscher Behörden, APuZ 14-15/2017; vgl. dazu auch die im Rahmen des Programms geförderten Projekte www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/745104/9a7af7b3ba9a6b3457053532f5baf56/2017-08-14-ns-forschung-liste-data.pdf?download=1 (18.12.2024) sowie die Dokumentation des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestags: Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in den Ministerien und Bundesbehörden von 2018 www.bundestag.de/resource/blob/575238/5730ec97010522df0c90f70679c2a18d/wd-1-032-18-pdf-data.pdf (18.12.2024).

triebenenarbeit interagierenden Akteure herausarbeiten, wodurch die Personalpolitik, die Verwaltungskultur und das Verwaltungshandeln des BMVt näher charakterisiert werden können. Die Untersuchungen der einzelnen Knotenpunkte beschränken sich nicht allein darauf, NS-Belastungen zu ermitteln, sondern sie fragen nach der Funktion von Netzwerken jeglicher Art für die Tätigkeit des Ministeriums und deren Entwicklung während des Bestehens des Ministeriums. Erst wenn man diese ins Verhältnis setzt, gelingt es, den Stellenwert einzelner Netzwerke für das Personal und das Verwaltungshandeln des Ministeriums zutreffend einzuschätzen.

Mathias Beer bietet einführend eine Skizze der Geschichte des BMVt, beleuchtet gestützt auf das Modell von van Waarden personelle Netzwerke des Ministeriums, erläutert die Auswahl der untersuchten Netzwerke und die Fragestellung sowie die Thesen des Projektes. *Pertti Ahonen* stellt die Netzwerke zwischen dem BMVt und den politischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland in den Mittelpunkt. Die Verbindungen zwischen dem Ministerium und den Mitgliedern einschlägiger Ausschüsse des Deutschen Bundestages analysiert *Wolfgang Fischer* in seiner Studie. *Rainer Bendel* unter Mitarbeit von *Robert Pech* untersucht die ministerialen Vernetzungen mit der evangelischen und katholischen Kirche, die beide eine wichtige Rolle bei der Betreuung und Versorgung der Flüchtlinge und Vertriebenen spielten. Mit den Beziehungen zwischen dem Vertriebenenministerium und einer Landsmannschaft beschäftigt sich *K. Erik Franzen* am Beispiel der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Die Art des komplexen Netzwerkgeflechts zwischen den Vertriebenenverbänden insgesamt und dem Bundesvertriebenenministerium fokussiert *Michael Schwartz*. Die Ergebnisse der Teiluntersuchungen führt abschließend *Jan Ruhkopf* zusammen. Er verbindet diese mit grundsätzlichen Fragen, die sich zu den Netzwerken ergeben, in die das BMVt eingebunden war, und darüber hinaus mit Überlegungen zum Stellenwert von Netzwerken in den obersten deutschen Behörden nach 1949 insgesamt.

Pertti Ahonen

Das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte und die Parteien der Bundesrepublik Deutschland.

Politische Netzwerke 1949–1969

1. Fragestellung

Im Fokus der Studie stehen die Netzwerke zwischen dem Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (BMVt) und den politischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland, seit der Gründung des Ministeriums 1949 bis zu seiner Auflösung zwei Jahrzehnte später. Dabei richtet sich, eingeschränkt auf die Bundesebene, das Hauptaugenmerk auf jene vier Parteien, die damals in der politischen Landschaft der Bundesrepublik bestimmend waren: die Christlich Demokratische Union (CDU) und ihre Schwesterpartei, die Christlich Soziale Union (CSU), die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) und die Freie Demokratische Partei (FDP). Darüber hinaus wird auch der Gesamtdeutsche Bund/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) in die Analyse einbezogen, spielte er doch trotz seiner kurzen Existenz ebenfalls eine wichtige Rolle in der Vertriebenenpolitik im Allgemeinen und bei den Netzwerken, in die das BMVt eingebunden war im Besonderen. Die anderen Parteien werden aufgrund ihres vergleichsweise geringen Stellenwerts bei den diskutierten Fragen nicht in die Studie einbezogen.

Die Untersuchung gliedert sich in drei Teile. Der erste ist primär deskriptiver Art und arbeitet wesentliche Merkmale der Netzwerke heraus, in die das BMVt und die maßgeblichen Parteien eingebunden waren. Dabei interessieren vor allem personelle und institutionelle Aspekte. Der Fokus liegt zum einen auf den Hauptakteuren und den Strukturen der Netzwerke, und es werden insbesondere die parteipolitischen Funktionen und Vernetzungen der ranghöchsten Angehörigen des Ministeriums, allen voran der Minister und Staatssekretäre, in den Blick genommen. Zum anderen ist das Augenmerk auf die maßgeblichen institutionellen Netzwerke zwischen den Parteien und dem Ministerium gerichtet. Zu deren einflussreichsten zählten die Unterorganisationen der Parteien, die für Flüchtlings- und Vertriebenenfragen zuständig waren. Sie waren bestrebt, ihren sektoralen Einfluss auf die gesamte Partei auszuweiten sowie die Beziehungen zum Ministerium und anderen Institutionen und Akteuren auszubauen.

Im zweiten Teil der Studie erfolgt eine inhaltliche Analyse der Netzwerke zwischen dem Ministerium und den politischen Parteien. Das Interesse gilt hier Dynamiken, Machtverhältnissen und Strategien innerhalb der Netzwerke. Dabei wird zwischen drei Arten von Netzwerken unterschieden. Eine erste Gruppe trug parteipolitischen Charakter und war von tagespolitischen Erfordernissen bestimmt. Mitgliedschaft und Interaktionen in diesen Netzwerken waren angetrieben vom Streben nach Wahlerfolgen und parteipolitischen Vorteilen, persönlichen Karriereambitionen und der Verfolgung bestimmter politischer Interessen.

Diese parteipolitischen Netzwerke operierten jedoch nicht in einem historischen Vakuum. Sie interagierten und wiesen zum Teil Übereinstimmungen mit zwei weiteren, gleichzeitig existierenden Netzwerken auf, welche von der NS-Vergangenheit und den Verstrickungen gewisser Akteure in die Geschehnisse des Dritten Reichs geprägt waren. Die eine Gruppe umfasst ehemalige Nationalsozialisten, und das Augenmerk gilt hier ihrem früheren Handeln, ihren gegenwärtigen Beziehungen untereinander sowie ihren Kritikern. Die andere Gruppe erstreckt sich auf alternative Netzwerke aus der Zeit vor 1945, etwa der Widerstandsbewegung gegen den Nationalsozialismus, Netzwerke, die in die Zeit der Weimarer Republik oder noch frühere Zeit zurückreichen.

Im abschließenden Teil erfolgt eine Charakterisierung der untersuchten Netzwerke. Dabei greife ich auf das Theorieangebot von Frans van Waarden zurück.¹ Das von ihm eingeführte Modell sieht in politischen Netzwerken eine spezifische Form der Beziehungen zwischen Staat und politischen sowie gesellschaftlichen Akteuren. Aus diesen Beziehungen können dauerhafte Verbindungen werden, die auf Austausch beruhen und zu Interdependenzen der verschiedenen Akteure führen. Wenn sich solche Tauschbeziehungen öfters wiederholen, kommt es zu einer Institutionalisierung der Strukturen in Politiknetzwerken. Van Waarden unterscheidet sieben Netzwerkdimensionen, anhand derer sich Politiknetzwerke analysieren lassen: Akteure, Funktion, Struktur, Institutionalisierung, Verfahrensregeln, Machtbeziehungen und Strategien der Akteure.² Diesem analytischen Ansatz folgt die vorliegende Studie.

Angesichts eines so facettenreichen Themas wie den Netzwerken zwischen dem BMVt und den politischen Parteien der Bundesrepublik erhebt die Studie keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Vielmehr werden einzelne Aspekte ausgewählt, die die Netzwerke, in die das BMVt eingebunden war, zusätzlich zu den anderen Beiträgen des Bandes aus einem weiteren Blickwinkel beleuchten. Damit tragen die Ergebnisse der Studie zu einem multiperspektivischen Blick auf das BMVt bei, wodurch die Funktion und das Wirken dieser obersten Behörde besser zu verstehen sind.

1 Frans van Waarden: Dimensions and types of policy networks, in: *European Journal of Political Research* 21 (1992), S. 29–52. Im englischen Original heißen die sieben Dimensionen: „1) number and type of actors, 2) function of networks, 3) structure, 4) institutionalization, 5) rules of conduct, 6) power relations, 7) actor strategies“, hier S. 29.

2 Vgl. dazu den Beitrag von Mathias Beer im vorliegenden Band.

2. Die äußere Form der Netzwerke

Die äußere Form der Netzwerke zwischen dem BMVt und den politischen Parteien der frühen Bundesrepublik wurde von zwei Faktoren bestimmt: den zentralen Akteuren und ihren Beziehungen untereinander. Zu den Hauptakteuren gehörten sowohl Einzelpersonen als auch vermittelnde Institutionen, von denen viele dem Bereich der politischen Parteien zuzurechnen sind. Im Folgenden wird der Fokus auf den persönlichen Netzwerken zwischen den ranghöchsten Personen des BMVt und den führenden Parteien sowie den breiter angelegten institutionellen Netzwerken zwischen dem Ministerium und den politischen Parteien liegen. Von außen betrachtet kam die größte Bedeutung den Akteuren und Netzwerken zu, die ein gewisses Maß an Kontinuität, öffentlicher Wahrnehmung und allgemeiner Anerkennung genossen. Sie stehen deshalb im Mittelpunkt der Betrachtung. Kurzlebige Kontakte und Netzwerke, wie private Treffen und punktuell getroffene Absprachen, werden dagegen im dritten Teil der Studie eine Rolle spielen, wenn die Netzwerke einer inhaltlichen Untersuchung unterzogen werden.

Im Verhältnis zwischen dem BMVt und den politischen Parteien kommt jenen Netzwerken eine besondere Bedeutung zu, die von den Ministern selbst gepflegt wurden. Im Laufe seines 20-jährigen Bestehens hatte das BMVt neun Minister aus drei verschiedenen Parteien: Hans Lukaschek (CDU), Oktober 1949–Oktober 1953; Theodor Oberländer (GB/BHE bis Juli 1955, danach CDU), Oktober 1953–Mai 1960; Hans-Joachim von Merkatz (CDU), Oktober 1960–November 1961; Wolfgang Mischnick (FDP), November 1961–Oktober 1963; Hans Krüger (CDU), Oktober 1963–Februar 1964; Ernst Lemmer (CDU), Februar 1964–Oktober 1965; Johann Baptist Gradl (CDU), Oktober 1965–Dezember 1966; Kai-Uwe von Hassel (CDU), Dezember 1966–Februar 1969; sowie Heinrich Windelen (CDU), Februar–Oktober 1969.³ Nach der Amtszeit Windelens und der Gründung der sozialliberalen Koalition wurde das Ministerium aufgelöst, und seine Zuständigkeiten wurden auf das Innenministerium übertragen.⁴

Auffällig an der Liste der Vertriebenenminister ist die vorherrschende Dominanz der CDU.⁵ Zwar leiteten zwei Minister aus anderen Parteien das Ministerium für insgesamt vier Jahre. Allerdings wechselte der erste von ihnen, Theodor Oberländer (1905–1998), im Juli 1955, nach weniger als zwei Jahren im Amt, vom GB/BHE zur CDU. Ihm folgten der Parteigründer des BHE Waldemar Kraft (1898–1977) und einige weitere Bundestagsabgeordnete. Dieser Parteiwechsel verlieh der CDU Auftrieb und sorgte für die erforderliche Rückendeckung für das außenpolitische Programm Adenauers. Denn bei Vertretern des GB/BHE stieß der außenpolitische Kurs Adenauers

3 Zu den einzelnen Biografien Udo Kempf/Hans-Georg Merz (Hrsg.): *Kanzler und Minister 1949–1998. Biographisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen*. Wiesbaden 2001.

4 Vgl. dazu Mathias Beer: *Symbolische Politik? Entstehung, Aufbau und Funktion des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte*, in: Jochen Oltmer (Hrsg.): *Migration steuern und verwalten. Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. Göttingen 2003, S. 295–322.

5 Vgl. dazu auch den Beitrag von Michael Schwartz im vorliegenden Band.

auf großen Widerstand, doch dieser wurde durch die sogenannte Kraft-Oberländer-Gruppe (K-O-Gruppe), die den Parteiwechsel vollzogen hatte,⁶ gebrochen. Diese Entwicklung förderte genau die Art von Vernetzung im Vertriebenenbereich, die Adenauer im Interesse der CDU und seiner Regierung verfolgte. So erklärte er dem Bundesvorstand seiner Partei im Mai 1955, zwei Monate vor dem Beitritt der K-O-Gruppe zur CDU:

„Wir wollen den Auslösungsprozess [des GB/BHE] nicht unterbrechen. [...] Wir wollen dann das Gute bei uns aufnehmen und damit zu dieser – wie Sie es mit Recht nennen – Flurbereinigung kommen. Der BHE ist eine Partei, die keine lange Lebensdauer hat. Darüber sind sich alle Beteiligten klar.“⁷

Obwohl die Personalie Oberländer während dessen Amtszeit umstritten blieb und der CDU und der westdeutschen Regierung letztlich erhebliche Probleme bereiten sollte, agierte Oberländer innerhalb des BMVt vorrangig als CDU-Politiker.⁸

Der einzige nicht der CDU nahestehende Vertriebenenminister war der FDP-Politiker Wolfgang Mischnick (1921–2002), der das Amt während der letzten zwei Jahre von Adenauers Kanzlerschaft bekleidete.⁹ Allem Anschein nach sah er sich großen Schwierigkeiten ausgesetzt, die größtenteils auf fehlende vermittelnde Netzwerke zwischen seiner Partei und dem Ministerium zurückzuführen waren. Bereits seine Ernennung stieß innerhalb der CDU/CSU auf großen Widerstand. Eine ihrer für die Netzwerke zwischen Ministerium und Unionsparteien wichtigsten Schlüsselfiguren, Walter von Keudell (1884–1973), warnte davor, dass der „Verzicht der CDU auf dieses Amt“ und „ein Vertriebenenminister Mischnick Erstaunen und Enttäuschung bei den Vertriebenen und Flüchtlingen“ hervorrufen würde.¹⁰ Diese Ablehnung Mischnicks und das Fehlen einer ihn unterstützenden Infrastruktur blieb der FDP nicht verborgen. Daher wies Erich Mende, Vorsitzender der FDP-Bundesfraktion, Ende November 1961 eindringlich darauf hin, dass „der materielle Unterbau“ des BMVt „fast nur aus CDU- u. BHE-Leuten“ bestehe, weshalb eine breite „Unterstützung Mischnicks“ innerhalb der FDP besonders wichtig sei.¹¹

Die Dominanz der CDU innerhalb des BMVt kommt noch deutlicher auf der zweithöchsten Ebene der Hierarchie des Ministeriums, der der beamteten Staats-

6 Franz Neumann: Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten. 1950–1960. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur einer politischen Interessenpartei. Meisenheim am Glan 1968, S. 137–165.

7 Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957. Bearb. v. Günter Buchstab. Düsseldorf 1990, S. 463.

8 Hans-Joachim von Merkatz hatte auch seine Nachkriegskarriere in einer anderen Partei (Deutsche Partei) angefangen. Allerdings war er bei seinem Amtsantritt als Bundesvertriebenenminister bereits CDU-Mitglied. Zur DP vgl. Horst W. Schmollinger: Deutsche Partei, in: Richard Stöss (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980. Bd. 2. Opfaden 1986, S. 1025–1111.

9 Zu Mischnick vgl. Sven Prietzel: Leidenschaftlich pragmatisch für Deutschland. Wolfgang Mischnick und der Liberalismus während der deutschen Teilung. Berlin 2015.

10 BAArch, N 1157/4, Von Keudell an Krone, 25.10.1961.

11 Archiv des deutschen Liberalismus, Friedrich-Naumann-Stiftung, Gummersbach (ADL), A 040-737, Kurzprotokoll über die Sitzung der FDP-Bundestagsfraktion am 28.11.1961.

sekretäre zum Ausdruck. Während die Minister nach dem Rücktritt Oberländers im Mai 1960 auffallend häufig wechselten – insgesamt gab es sieben verschiedene Amtsträger in neun Jahren –, herrschte auf der Ebene der Staatssekretäre, besonders seit 1953, eine starke Kontinuität. Zugegebenermaßen entsprach der erste Staatssekretär, Ottomar Schreiber (1889–1955), nicht dem Muster einer von der CDU geprägten Kontinuität. Schreiber, dessen Amtszeit in die von Hans Lukaschek (1885–1960) fiel und die Zeit von September 1949 bis Oktober 1953 umfasste, war kein Mitglied der CDU/CSU oder einer anderen Partei. Zum Staatssekretär stieg er aufgrund seiner vorherigen administrativen Erfahrungen auf. So war er Leiter des organisatorischen Vorläufers des Vertriebenenministeriums, der Zentralstelle für das Flüchtlingswesen in Frankfurt am Main, und verfügte als Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen über eine politische Machtbasis im Vertriebenensektor.¹² Dennoch sollte er bald auf Widerstand stoßen, besonders seitens der Führungsspitze der die erste Koalition anführenden Partei. Mitte 1952 machte Otto Lenz, Staatssekretär im Kanzleramt unter Adenauer, vor allem Schreiber, „der sich überhaupt nicht durchsetzen kann“, für die damals von vielen Seiten beklagte „Schwäche des Flüchtlingsministeriums“ verantwortlich.¹³ Auch andere führende CDU-Politiker teilten diese Einschätzung mit dem Hinweis auf die fehlende Vernetzung Schreibers mit der Partei. Forderungen nach einer „Lösung der Personenfrage [...] im Interesse der CDU“, also nach einer Ablösung Schreibers wurden laut.¹⁴ Der Kanzler selbst hatte schon eine Lösung parat: „Ministerialdirektor Dr. Nahm“ aus dem hessischen Innenministerium, „der sich als sehr tätig erwiesen habe“ und der, ebenso wichtig, ein beständiges Mitglied der CDU war, sollte seiner Meinung nach „mit der Führung der Staatssekretärsgeschäfte beauftragt werden.“¹⁵

Adenauer setzte sich mit seiner Meinung durch. Peter Paul Nahm (1901–1981) wurde im Herbst 1953 zum Staatssekretär im BMVt ernannt, ein Amt, das er bis November 1967 bekleidete und in dem er dann in den letzten Monaten des Ministeriums 1969 reaktiviert wurde.¹⁶ Er bekleidete damit nicht nur unerreichte 14 Jahre in Folge das Amt des Staatssekretärs, sondern war auch unter sieben verschiedenen Ministern der zweite Mann im BMVt. Dies ist umso bemerkenswerter, da Nahm, geboren und aufgewachsen im Rheinland, ein einheimischer Beamter in einem Ministerium war,

12 Matthias Stickler: „Ostdeutsch heißt gesamtdeutsch“. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972. Düsseldorf 2004, S. 38f. Schreiber war zwischen 1948 und 1951 Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen und danach deren Ehrenpräsident.

13 Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951–1953. Bearb. v. Klaus Gotto. Düsseldorf 1989, S. 383.

14 Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin (ACDP), 07-004-049/4, Hans Panzer, Aktenvermerk, 06.01.1953,

15 Adenauer, 31.03.1953, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 6. 1953. Hrsg. v. Hans Booms. Bearb. v. Ulrich Enders, Konrad Reiser. Boppard am Rhein 1989, S. 244.

16 Nahm blieb nach der Auflösung des Bundesinnenministeriums Leiter der Abteilung für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte bis zu seinem Abgang im Dezember 1970. Vgl. Ein Staatssekretär alter Schule, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.12.1970; Entscheidung war rein persönlich, in: Westfalenpost, 04.11.1969.

das die Vertriebenen und Flüchtlinge traditionell als ihr „eigenes“ betrachteten.¹⁷ Nahms Kompetenz und weitreichende Expertise waren mit ausschlaggebend für die Dauer seiner Amtszeit – aber auch seine Netzwerke und seine Treue zu den Unionsparteien. Er spielte 1955 eine entscheidende Rolle bei der Einbindung der K-O-Gruppe in die CDU; ferner beriet er 1969 als Mitglied der CDU-Arbeitsgruppe „Wahlen“ die Parteispitze dahingehend, wie die Unionsparteien in der Wählergunst Boden gut machen könnten. Schließlich setzte er sich immer wieder im Ministerium und in der Vertriebenenpolitik für die Interessen der CDU/CSU ein.¹⁸

Einen weiteren Hinweis auf die Dominanz der CDU/CSU innerhalb des Vertriebenenministeriums gibt die Personalie Gerd Ludwig Lemmer (1925–2016). Als dritter Staatssekretär im BMVt zwischen November 1967 und April 1969 war er nicht nur CDU-Mitglied und vormals Minister in Nordrhein-Westfalen, sondern auch der Neffe des früheren Vertriebenenministers Ernst Lemmer (1898–1970).¹⁹ Seine Amtszeit war zwar nur von kurzer Dauer und sein Einfluss begrenzt, aber schon seine familiären Verbindungen machen die starke Verbindung zwischen dem BMVt und der CDU/CSU deutlich.

Auch wenn die CDU/CSU die treibende parteipolitische Kraft hinter dem Führungspersonal des Vertriebenenministeriums war, waren die Netzwerke zwischen dieser obersten Behörde und den führenden politischen Parteien gewiss komplexer, als es gewisse vertikale Perspektiven vermuten lassen. Die dem Staatssekretär untergeordneten Beamten und Angestellten des Ministeriums waren parteipolitisch unterschiedlich beheimatet. Sie unterhielten nicht nur Beziehungen zur CDU/CSU, sondern auch zum GB/BHE und, in geringerem Maß, zur SPD und FDP. Die Interaktionen zwischen dem Ministerium und den Parteien waren aber nicht allein auf persönliche Kontakte beschränkt. Auch größere institutionelle Netzwerke spielten eine Rolle. Angesichts des großen Wählerpotentials der Flüchtlinge und Vertriebenen hatten alle großen Parteien ein Interesse an guten Beziehungen zum Vertriebenenministerium. Das zeigt sich an der Entstehung und der Arbeit von parteiinternen Gremien zur Vertriebenenfrage, wie sie zeitgenössisch bezeichnet wurde, welche als Brücke und Kommunikationsweg zwischen den Parteien und dem BMVt fungierten.

Die große Mehrheit solcher Institutionen wurde von den einzelnen Parteien gegründet. Umgekehrt rief aber auch das BMVt Gremien ins Leben, über die es Vertreter der politischen Parteien und Interessenvertreter in die Arbeit des Ministeriums einbezog. Im März 1954 – mit dem Bundesvertriebenenengesetz (BVFG) von 1953 einhergehend – setzte das BMVt den Beirat für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen ein, ein großes Beratungsgremium mit einer streng festgelegten Zusammensetzung. Bei den

17 Beer, *Symbolische Politik?*; vgl. auch den Beitrag von Mathias Beer im vorliegenden Band.

18 Philipp-Christian Wachs: *Der Fall Theodor Oberländer (1905–1998). Ein Lehrstück deutscher Geschichte*. Frankfurt a. M. 2000, S. 339–340; ACDP, 01-172/66, Nahm an Lenz, 17.09.1953; Sitzung des CDU-Vorstands, 25.11.1959, in: Adenauer: „Um den Frieden zu gewinnen“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961. Bearb. v. Günter Buchstab. Düsseldorf 1994, S. 525f.

19 ACDP, Pressesammlung, Ministerien/Vertriebenenministerium, Neuer Staatssekretär im Bundesvertriebenenministerium, in: *Der Heimatvertriebene, Der Flüchtling*, 07.11.1967.

Treffen des Beirats führte der Minister den Vorsitz. Neben weiteren Vertretern des Ministeriums, darunter der Staatssekretär, bestand das Gremium aus

„je einem Vertreter der Beiräte bei den Landesflüchtlingsverwaltungen, 14 Vertretern der auf Bundesebene tätigen Organisationen der Vertriebenen und Flüchtlinge, je einem Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche, je einem Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, je einem Vertreter der anerkannten Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege sowie des Vereins für öffentliche und private Fürsorge und je 2 Vertretern der Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.“²⁰

Die Zusammensetzung des Beirats erweckt den Eindruck, dass er nicht als netzwerkbildende Maßnahme in Richtung der Parteien gedacht war. Das trifft sicher auch zu, weil die Aufgabe des Beirats war, eine Reihe von politischen, administrativen und gesellschaftlichen Akteuren und Institutionen aus dem Bereich der Sozialpolitik in die Arbeit des Ministeriums mit einzubeziehen. Der Beirat traf sich regelmäßig, anfangs zweimal pro Jahr, später seltener und war bis in die letzten Monate des Ministeriums tätig.²¹ Gelegentlich bildete er auch beratende Unterausschüsse, wie den im Oktober 1954 ins Leben gerufenen Unterausschuss für Lastenausgleichsfragen.²²

Aber auch wenn dem Beirat ein parteispezifischer Fokus fehlte, war er zugleich eine wichtige Kommunikationsplattform für das Ministerium und die Parteien sowie zwischen letzteren untereinander. Einige der im Beirat vertretenen Personen waren nämlich nicht allein Vertreter ihrer im Bereich der Sozialpolitik tätigen Institutionen, sondern auch in den politischen Parteien aktiv. Die Zusammenkünfte des Beirats nutzten sie, um parteipolitische Informationen zu erhalten und sich in Vertriebenenangelegenheiten weiter zu vernetzen. Ein Beispiel dafür ist Ernst Theodor Eichelbaum (1893–1991). Als Vertreter des Gesamtverbandes der Sowjetzonenflüchtlinge im Beirat in den späten 1950ern und den frühen 1960ern war der CDU-Mann gleichzeitig Mitglied des Bundestages und Vorstandsmitglied der parteiinternen Organisation der SBZ-Flüchtlinge, der Exil-CDU.²³

20 BArch, B 150/4342, Vermerk: Pressenotiz aus Anlaß der ersten Sitzung des Beirates für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen am 29.03.1954. Zu diesem Beirat siehe auch Felix Teuchert: Die verlorene Gemeinschaft. Der Protestantismus und die Integration der Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft (1945–1972). Göttingen 2018, S. 292–295; Ders.: Eine protestantische Kultur des Politischen? Die Integration der Ostvertriebenen als politisches Handlungsfeld protestantischer Akteure, in: Claudia Lepp (Hrsg.): Christliche Willkommenskultur? Die Integration von Migranten als Handlungsfeld christlicher Akteure nach 1945. Göttingen 2020. S. 23–46, insb. S. 29f.

21 BArch, B 150/4342, Niederschriften über verschiedene Sitzungen des Beirats, BArch, B 150/4342 und Archiv der sozialen Demokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn (AdsD), Seliger-Gemeinde, NL Richard Reitzner 4/SERR000025; ACDP, Pressesammlung, Ministerien/Vertriebenenministerium, Bundesvertriebenenrat neu konstituiert, in: Der Heimatvertriebene, Der Flüchtling, 03.12.1968.

22 BArch, B 150/4342, Niederschrift über die Sitzung des bei dem Bundesvertriebenenbeirat gebildeten Ausschuß für Lastenausgleichsfragen am 16.02.1955.

23 AdsD, Seliger-Gemeinde, NL Richard Reitzner, 4/SERR000025, Niederschrift über die Sitzung des Beirats für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen beim BMVt am 8. Dezember 1960.

Als eine Institution, die für eine dauerhafte überparteiliche Kooperation im Bereich der Vertriebenenpolitik sorgte, spielte der Beirat für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen des BMVt eine wichtige Rolle in der frühen Bundesrepublik. Abgesehen davon gab es damals nur wenige Institutionen mit einer ähnlichen Funktion. Die wichtigsten waren innerhalb des Parlaments zu finden, wobei den Bundestagsausschüssen eine besondere Rolle zukam. Besonders zwei Ausschüsse waren dabei Knotenpunkte in Netzwerken zu Vertriebenenfragen, in die Parteipolitiker, Experten und Schlüsselministerien, einschließlich des BMVt eingebunden waren: der Ausschuss für Heimatvertriebene und der Ausschuss für den Lastenausgleich.²⁴

Eine weitere, eher informelle und überparteiliche Gruppe im Bundestag war die lose organisierte Arbeitsgemeinschaft der Vertriebenenabgeordneten. Während der ersten Wahlperiode wurde sie von Linus Kather (1893–1983) geleitet, einem der führenden Vertriebenenpolitiker in der CDU, der er aber später den Rücken kehrte.²⁵ Nach Angaben Kathers bestand diese informelle Gruppe aus 15 bis 20 Vertriebenen-Abgeordneten, „aus allen Parteien mit Ausnahme der SPD“, mit der man gleichwohl bei gemeinsamen Anträgen oder anderen Initiativen zusammenarbeitete. In seinen von Eigenlob geprägten Memoiren betont Kather die „große Chance“, die sich durch die überparteiliche Kooperation zwischen Vertriebenen im Neuland des kürzlich gegründeten Bundestags geboten habe. In der Realität konnte die Arbeitsgemeinschaft allerdings nur geringen Einfluss ausüben. Selbst Kather musste zugeben, dass sein Zirkel „nur sparsam“ von seinen Chancen „Gebrauch gemacht“ habe.²⁶

Die wichtigsten Institutionen, über die die Kommunikation in Flüchtlings- und Vertriebenenangelegenheiten zwischen dem BMVt, den politischen Parteien und den Vertriebenenlobbyisten sowie den Vertriebenenverbänden lief, waren in den einzelnen Parteien verwurzelt. Sie zeigten keine Bemühungen, über diese hinauszugehen. Jede der im Bundestag vertretenen Parteien gründete schon früh eigene Gremien zu Flüchtlings- und Vertriebenenangelegenheiten, die während des gesamten Zeitraums, den diese Studie abdeckt, und darüber hinaus Bestand hatten.²⁷ Diese Ausschüsse waren zentraler Bestandteil der zwischen den Parteien und dem BMVt entstandenen Netzwerke.

Das ausdifferenzierteste System von Organisationen entwickelte sich innerhalb der Unionsparteien, entsprechend dem komplexen Charakter der politischen Partner-

24 Zu diesen Bundestagsausschüssen vgl. den Beitrag von Wolfgang Fischer im vorliegenden Band.

25 Vgl. dazu auch den Beitrag von Michael Schwartz im vorliegenden Band.

26 Linus Kather: Die Entmachtung der Vertriebenen. Bd. 1. Die entscheidenden Jahre. München, Wien 1964, S. 81f.

27 Der GB/BHE bildet eine Ausnahme, da er 1961, nach seiner Auflösung, mit der Deutschen Partei fusionierte und die Gesamtdeutsche Partei bildete, eine unbedeutende rechtsgerichtete Gruppierung. Selbst auf dem Höhepunkt seines Einflusses hat der GB/BHE keine Unterorgane für Vertriebene und Flüchtlinge etabliert, die mit denen der CDU/CSU, SPD und FDP vergleichbar gewesen wären, da die gesamte Partei so weitreichend um sie herum aufgebaut war. Zum GB/BHE: Neumann, Block; Richard Stöss: Der Gesamtdeutsche Block/BHE, in: Ders. (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980. Bd. 3. Opladen 1986, S. 1424–1459.

schaft zwischen CDU und CSU. In der CSU entstand schon 1946 eine eigene, in Bayern ansässige Einrichtung, als Vertriebenen-Aktivist*innen ein Amt gründeten, „um den besonderen Belangen der Ausgewiesenen und ihren großen Forderungen Rechnung zu tragen“.²⁸ Die daraus resultierende parteiinterne Organisation der 1947 gegründeten Union der Ausgewiesenen (UdA) wurde 1953 in Union der Vertriebenen (UdV) umbenannt. Als solche hatte sie einen festen Platz im Rahmen der CSU, wie den Worten von Walter Rinke (1895–1983) zu entnehmen ist. 1952 meinte der prominente schlesische Vertriebenen-Aktivist, eine führende Figur in der UdA/UdV:

„Mit der Gründung der UdA wollten wir also zwei Fliegen mit einem Schlag treffen: a) die Sicherung der engen parteipolitischen Verbindung und Zusammenarbeit mit den einheimischen Freunden und b) die Schaffung der eigenen parteipolitischen Spezialorganisation.“²⁹

Die UdV bot prominenten Vertriebenen-Politikern wie Rinke oder Hans Schütz (1901–1982), erster Landesvorsitzender und Sudetendeutscher, innerhalb der CSU durchaus eine parteiinterne Plattform.³⁰ Allerdings konnte sie nicht die Erwartungen ihrer Gründer erfüllen. Wie es typisch für die Entwicklung der meisten Einrichtungen der Vertriebenen und Flüchtlinge in den führenden Parteien war, beklagten sich Führungskräfte der UdV regelmäßig über die relative Schwäche ihrer Organisation und die Vernachlässigung durch die Partei, auch im Falle der CSU. Sie kritisierten die ihrer Meinung nach bestehende „Vertriebenenverachtung“ und den „Antivertriebenenkomplex“ der CSU sowie ein daraus resultierendes „Versagen der politischen Eingliederung der Vertriebenen“, was etwa mit fehlenden Geldern und dem Umstand, dass „bei entscheidenden Fragen wie bei der Kandidatenaufstellung und dergleichen auf die UdV-Leute keine Rücksicht genommen wird“, begründet wurde.³¹ Noch Jahrzehnte später behauptete ein CSU-Vertriebenenpolitiker, dass „die UdV in den fünfziger und sechziger Jahren ein Schattendasein in der CSU geführt hat“.³²

Innerhalb der CDU bestanden mehrere auf die Vertriebenen- und Flüchtlingsfrage ausgerichtete Institutionen, was die Verhältnisse nicht nur komplizierter als bei der bayrischen Schwesterpartei gestaltete, sondern auch immer wieder die Rangfrage unter diesen Organisationen aufwarf. Über weite Strecken operierten im untersuchten Zeitraum hauptsächlich drei Organisationen auf Bundesebene, die sich stark überlagerten und häufig aneinandergerieten. Die erste dieser Institutionen war der Bundesvertriebenenausschuss, der den Dachverband der Vertriebenenausschüsse in-

28 Archiv für Christlich-Soziale Politik, Hanns-Seidel-Stiftung, München (ACSP), NL Josef Müller 47, Manifesto, Die Flüchtlingsfrage, o. D.

29 ACSP, NL Müller 334, Rinke, CSU und Heimatvertriebene, 19.08.1952.

30 Die Landesvorsitzenden der UdA/UdV zwischen 1947 und 1969 waren: Hans Schütz 1947–1951; Karl Schubert 1951–1955; Franz Gaksch 1955–1967 und Friedrich Arnold 1967–1969. Alle waren Sudetendeutsche. Gerhard Hopp: Machtfaktor auch ohne Machtbasis? Die Sudetendeutsche Landsmannschaft und die CSU. Wiesbaden 2010, S. 187f.

31 Institut für Zeitgeschichte, München (IfZ), ED 720/48, Weigel an Mikolaschek, 25.01.1955; IfZ, ED 720/48, Mikolaschek an Riemer, 25.05.1955.

32 Sieghard Rost, zitiert nach Hopp, Machtfaktor, S. 145.

nerhalb der CDU bildete, die in der frühen Nachkriegszeit auf lokaler und regionaler Ebene entstanden waren. Nach seiner Gründung 1946 agierte der Bundesvertriebenenausschuss primär als Beratungsgremium für die Partei-Eliten der Vertriebenen und als Brücke zu Interessenverbänden und Regierungsbehörden, insbesondere dem Bundesvertriebenenministerium und dem Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG). Ranghohe Vertreter beider Ministerien nahmen regelmäßig an den Treffen des Bundesvertriebenenausschusses teil. Erwartungsgemäß waren diese Vertreter oft selbst CDU-Mitglieder, was wiederum die engen Beziehungen zwischen dem BMVt und den Unionsparteien unterstreicht. So waren Minister Oberländer und sein Staatssekretär häufige Gäste im Bundesvertriebenenausschuss.³³ Der Einfluss des Ausschusses als ein den Parteibundesvorstand beratendes Gremium war in den 1950er Jahren am größten unter seinen ersten beiden Vorsitzenden Linus Kather, Amtsinhaber von 1946 bis 1953, und dessen Nachfolger Walter von Keudell.³⁴ Im Laufe der 60er Jahre verlor der Ausschuss einen Großteil seiner früheren politischen Relevanz, obwohl er noch bis 1969 fortbestand.³⁵

Die anderen zwei Hauptorganisationen der Vertriebenen und Flüchtlinge der CDU wurden auf dem Goslarer Parteitag 1950 ins Leben gerufen. Eine von beiden, die Exil-CDU, wurde von einer Gruppe Christdemokraten initiiert, die in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) während der unmittelbaren Nachkriegszeit eine wesentliche Rolle innerhalb der CDU spielten und im Anschluss an ihre Flucht in den Westen dort eine neue politische Heimat fanden. Wie es eines ihrer Mitglieder, Robert Tillmanns (1896–1955), erklärte, betrachtete sich die Organisation selbst vorrangig als „Vertretungskörper der CDU in der Sowjetzone“, als eine Institution für die unterdrückten politischen Stimmen.³⁶ Gleichzeitig diente sie im Allgemeinen als Vertreterin der Sowjetzonenflüchtlinge und ihrer Interessen innerhalb der Partei. In den 50er und 60er Jahren wurde die Exil-CDU von einem dynamischen, politisch prominenten Trio angeführt: zwischen 1950 und 1961 von Jakob Kaiser (1888–1961) als Vorsitzender und Ernst Lemmer als sein Stellvertreter. Nach Kaisers Tod 1961 übernahm Lemmer den Vorsitz, den er bis 1970 innehatte. Ihm folgte sein Vize Johann Baptist Gradl.³⁷ Sowohl Lemmer als auch Gradl blieben der Exil-CDU während ihrer Amtszeiten als Bundesvertriebenenminister Mitte der 60er Jahre sehr verbunden.

Ein weiteres Ergebnis des Goslarer Parteitages der CDU von 1950 war die Gründung des Landesverbands Oder-Neiße, der eine Art Gegenstück dessen war, was die Exil-CDU für die SBZ-Flüchtlinge war. Innerhalb der Partei hatte er die Aufgabe,

33 ACSP, NL Hans Schütz 11, Sitzungsprotokolle, 11.12.1957; ACDP, 07-004-406/2, 27.6.1958; ACDP, 07-004-049/4, 05.02.1959.

34 Linus Kather: *Die Entmachtung der Vertriebenen*. Bd. 2. *Die Jahre des Verfalls*. München/Wien 1965, S. 25.

35 Stickler, Ostdeutsch, S. 212f.; Manfred Max Wambach: *Verbändestaat und Parteienoligopol. Macht und Ohnmacht der Vertriebenenverbände*. Stuttgart 1971, S. 96.

36 Robert Tillmanns im CDU-Bundesvorstand, 03.06.1955, in: Adenauer: „Wir haben wirklich“, S. 545.

37 Oliver Salten: *Exil-CDU (1950–1991)*, in: Konrad-Adenauer-Stiftung, *Geschichte der CDU*. <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/exil-cdu-1950-1991-> (14.08.2021).

sich für die Interessen der Vertriebenen, besonders aus den sogenannten verlorenen östlichen Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie, einzusetzen. Die Handlungsweise dieses Landesverbandes entsprach der des Bundesvertriebenenausschusses: regelmäßige Treffen, aktives parteiinternes Profil und Mitgliedschaften, die sich zu einem erheblichen Teil mit jenen des Bundesvertriebenenausschusses und in geringerem Maße mit denen der Exil-CDU deckten. Seine Vorsitzenden waren allesamt hochrangige Vertriebenenpolitiker: Linus Kather (1950–1953), Hermann Eplée (1954–1958), Theodor Oberländer (1958–1964) und Josef Stingl (1964–1969).³⁸ Vor allem Oberländer stach seit seinem Eintritt in die CDU 1955 bis zu seinem Rücktritt als Vorsitzender 1964 innerhalb des Landesverbands Oder-Neiße hervor. In dieser Zeit gelang es ihm, eine gut sichtbare Verbindung zwischen seinem Landesverband und der Spitze des Bundesvertriebenenministeriums herzustellen.³⁹

Wie bei der UdV-Spitze in der CSU gab es auch in den speziell für die Belange der Vertriebenen und Flüchtlinge eingerichteten Gremien der CDU häufig Politiker, die mit ihrer Position innerhalb der Partei unzufrieden waren. Linus Kather war bekannt für seine regelmäßigen Beanstandungen, aber auch andere machten ihrem Unmut Luft. So drängte Kathers Nachfolger an der Spitze des Landesverbands Oder-Neiße, Hermann Eplée (1908–1973), wiederholt bei seinen Vorgesetzten auf mehr Ressourcen und Entfaltungsmöglichkeiten. Gegenüber dem Bundesvorstand der CDU äußerte er im September 1957: „Die Partei sollte sich in Zukunft mehr des verlängerten Armes, den der Landesverband Oder-Neiße darstellt, bedienen.“⁴⁰ Auch Ernst Lemmer ließ privat seine große „Skepsis“ bezüglich der Effektivität der Exil-CDU durchblicken. Gleichzeitig verließ er seiner Abneigung gegenüber dem Führungsstil des Kanzlers Ausdruck: „Meine Ovation für den Herrn Bundeskanzler kann ich an anderer Stelle anbringen, wenn ich sie für geboten halte. Dazu brauche ich nicht zu Sitzungen zum Vorstand und zum Parteiausschuss von Berlin nach Bonn zu fahren.“⁴¹

Die Unruhe im Vertriebenen- und Flüchtlingssektor der CDU ist nicht nur auf die generellen, von Eplée und Lemmer geäußerten Bedenken zurückzuführen. Sie war auch eine Folge der Rivalitäten im Umfeld bestimmter politischer Netzwerke, die im folgenden Abschnitt untersucht werden, oder hing mit strukturellen oder rechtlichen Streitfragen zusammen. Bezüglich letzterer bereiteten die Exil-CDU und der Landesverband Oder-Neiße besondere Kopfschmerzen. Ihre Gründung war nach Aussage des CDU-Geschäftsführers Bruno Heck (1917–1989) vorrangig aus „politischen Gründen“ erfolgt: „Man wollte die Verbundenheit mit Mitteldeutschland und den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie dadurch zum Ausdruck bringen, dass beide Gebiete als eigene Organisationen in gleicher Weise wie die übrigen Landesverbände zur Geltung

38 Stickler, Ostdeutsch, S. 212f.

39 Ein gutes Beispiel: ACDP, 01-094-021/2, Protokoll über die gemeinsame 2-tägige Arbeitstagung vom 27./28. November 1959 der einzelnen Länderparlamente, der CDU/CSU-Vertriebenen- und Flüchtlingsabgeordneten des Bundestages und des Vorstandes des CDU/CSU Landesverbandes Oder-Neisse, 12.12.1959.

40 Eplée im CDU-Bundesvorstand, 19.09.1957, in: Adenauer: „Um den Frieden“, S. 26f.

41 BArch, N 1018/3, Lemmer an Kaiser, 07.02.1955.

kommen.“ Politisch gesehen war dies legitim; allerdings brachte es ernstzunehmende administrative Probleme mit sich, welche Heck so zusammenfasste:

„Die in der Bundesrepublik lebenden CDU-Mitglieder aus der Sowjetzone und aus den Gebieten jenseits der Oder-Neiße Linie sind nicht in eigenen Organisationen zusammengefasst, sondern sind Mitglieder der Orts-, Kreis- und Landesorganisationen der CDU ihrer Wohnorte. Sie nehmen als solche bereits an der politischen Willensbildung innerhalb der Orts-, Kreis- und Landesverbände teil. Ihr politischer Wille wird also schon innerhalb der Bundesparteiorgane durch die Landesverbände vertreten. Da sie aber andererseits auch noch einmal ihre Sondervertretung, also Exil-CDU und Oder-Neiße-CDU [...] haben, nehmen also diese Sowjetzonenflüchtlinge und Heimatvertriebenen praktisch mindestens zweimal an der politischen Willensbildung der obersten Parteiorgane teil.“

Gleichzeitig deckte sich der Landesverband Oder-Neiße hinsichtlich Mitgliedschaften, Zielen und Ansprüchen weitgehend mit dem Bundesvertriebenenausschuss: Beide gaben lautstark vor, die Interessen der Vertriebenen in der Partei zu vertreten. Die Situation war, um Heck noch einmal zu zitieren, „vom rein organisatorisch-rechtlichen Standpunkt aus gesehen, unlogisch“.⁴² Zu einem akuten Problem wurde dies in den 1960ern, als das neue Parteiengesetz von 1967 vorsah, dass politische Landesverbände nach der föderalen Struktur der Bundesrepublik organisiert werden sollten.⁴³

Nach einer jahrelangen Debatte reagierte die CDU/CSU schließlich auf diese organisatorischen Fragen auf dem Berliner Parteitag im November 1968. Der Landesverband Oder-Neiße und der Bundesvertriebenenausschuss wurden zur Union der Vertriebenen und Flüchtlinge/Vereinigung der Ost- und Mitteldeutschen (UdVF) zusammengefasst. Auch die Integration der Exil-CDU in dieses Amalgam wurde im Vorfeld intensiv diskutiert, jedoch blieb diese eine eigene parteiinterne Organisation unter der Führung von Johann Baptist Gradl.⁴⁴

Auch die SPD entwickelte ein ausgeklügeltes internes System von Organisationen, die sich mit Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge beschäftigten. Es bestand aus drei parteiinternen Einrichtungen sowie einer vierten, welche die Kluft zwischen der Partei und den Vertriebenenverbänden zu überbrücken versuchte, indem sie mit einem Bein in der SPD und mit dem anderen in der Sudetendeutschen Landsmannschaft⁴⁵ verankert war. Das erste parteiinterne Organ war das Vertriebenenreferat beim Bundesvorstand, eine kleine, hinter den Kulissen tätige Organisation, die die aktuellen Entwicklungen verfolgte und dem Bundesvorstand mit Rat und Tat zur Seite stand. Die Ursprünge des Referats lagen im Flüchtlingssekretariat der SPD, welches 1946 vom Parteivorstand gegründet und fünf Jahre später in Vertriebenenreferat umbenannt wurde. Führend war innerhalb des Gremiums Hans Stephan (1906–1991), ein Veteran der Sozialdemokraten und schlesischer Herkunft. Er war ein treues Parteimitglied und entwickelte sich zu einem hochgeschätzten Experten in

42 Heck im CDU-Bundesvorstand, 03.06.1955, in: Adenauer: „Wir haben wirklich“, S. 535f.

43 Vertriebene: Neue Heimat, in: Der Spiegel, 16.06.1969.

44 Ebd.; Stickler, Ostdeutsch, S. 215f.

45 Vgl. dazu auch den Beitrag von Erik K. Franzen im vorliegenden Band.

der Vertriebenenpolitik. Das darf allerdings nicht über die eher geringe Bedeutung des Vertriebenenreferats für Netzwerke zwischen der SPD und dem Vertriebenenministerium hinwegtäuschen. Als kleines Expertengremium, das sich auf Informationsbeschaffung und Analysen konzentrierte, fehlten ihm die Ressourcen und das Personal, die es für ein breiter angelegtes Networking gebraucht hätte, auch wenn Stephan selbst darum bemüht war, stets auf dem neuesten Stand hinsichtlich der Entwicklungen im BMVt zu sein.⁴⁶ Wesentlich besser vernetzt und auch einflussreicher waren drei andere Parteigremien mit vertriebenenpolitischer Ausrichtung.⁴⁷

Das wohl schwächste dieser drei war der „Arbeitskreis VI – Heimatvertriebene“ der SPD-Bundestagsfraktion. Vergleichbar mit anderen Arbeitskreisen für ein bestimmtes Arbeitsgebiet zuständig, wurde er zu Beginn der zweiten Wahlperiode gegründet. Sein Name ist in gewisser Weise irreführend, da er sich neben den Vertriebenen auch mit anderen Gruppen Kriegsgeschädigter beschäftigte, allen voran den Flüchtlingen aus der SBZ/DDR. Der Arbeitskreis, dem der Sudetendeutsche Richard Reitzner (1893–1962) bis zu seinem Tod vorstand und der danach bis 1969 vom Ostpreußen Reinhold Rehs (1901–1971) geführt wurde, hatte keine festen Mitgliedschaften. Die Zusammensetzung wechselte von Sitzung zu Sitzung, wobei unter den Teilnehmern jeweils ungefähr ein Dutzend Mitglieder des Deutschen Bundestags waren, fast alle von ihnen Vertriebene oder Flüchtlinge aus der DDR. Pro Jahr fanden wenige Treffen statt, bei denen vorrangig sozialpolitische Angelegenheiten debattiert wurden. Die Beratungen befassten sich normalerweise schwerpunktmäßig mit den aktuellen Entwicklungen im Bundestag und dienten dazu, Standpunkte der SPD zu besprechen.⁴⁸

Eine mächtigere mit Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen beschäftigte Institution der SPD, weil mit einer größeren Reichweite innerhalb und außerhalb der Partei, war der Bundesvertriebenenausschuss. Seine Gründung erfolgte in den frühen 1950ern mit dem Zweck, dem Parteivorstand bei Vertriebenenfragen beratend zur Seite zu stehen. Doch schon bald wurde sein Aufgabenfeld auf DDR-Flüchtlinge und andere Gruppen Kriegsgeschädigter erweitert. Dieser Umstand spiegelt sich in der Namensänderung von „Vertriebenen-Ausschuss“ in „Ausschuss für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte“ in den späten 1950ern wider.⁴⁹

Der Ausschuss war mit seinen rund 20 Mitgliedern und den circa alle zwei Monate stattfindenden Treffen eine viel größere Institution als die beiden genannten

46 Ein gutes Beispiel: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, 4. WP, 328, Kurzprotokoll der Sitzung der Arbeitskreissitzung, 19.01.1965.

47 Matthias Müller: Die SPD und die Vertriebenenverbände 1949–1977. Eintracht, Entfremdung, Zwietracht. Berlin/Münster 2012, S. 16f.; Stickler, Ostdeutsch, S. 237.

48 AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, 4. WP, 327, Kurzprotokoll der Sitzung des Arbeitskreises VI-Heimatvertriebene, 02.05.1963; Müller, SPD, S. 18f.; Wambach, Verbändestaat, S. 97f.

49 AdsD, Parteivorstand, Alter Bestand: 04335, Protokoll der Sitzung des Vertriebenen-Ausschusses am 18. Februar 1955; AdsD, BT-Fraktion, 4. WP, 327, Protokoll der Sitzung des Arbeitsausschusses für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 05.12.1957. Die Namensänderung kann auch als Folge der entsprechenden Umbenennung des BMVts in der ersten Amtszeit von Minister Theodor Oberländer gesehen werden.

parteiinternen Organisationen.⁵⁰ Er rühmte sich damit, von allen drei Einrichtungen die prominentesten Mitglieder vorweisen zu können. Alle führenden SPDler, die sich in der Vertriebenen- und Flüchtlingspolitik engagierten, hatten einen aktiven Part in diesem Ausschuss. Sie diskutierten tagespolitische Fragen zum Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem, berieten den Parteivorstand und wirkten auf ihn ein und pflegten externe Netzwerke. Tatsächlich liest sich die Liste der Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses während der 1960er wie ein *Who's who* der führenden SPD-Politiker auf dem Feld der Vertriebenen- und Flüchtlingspolitik: Heinrich Albertz (1915–1993), Richard Reitzner, Wenzel Jaksch, Reinhold Rehs, Herbert Hupka (1915–2006) und Adolf Hasenöhl (1911–1989).⁵¹ Zum Führungszirkel gehörte auch eine der wenigen bekannten Politikerinnen⁵² im Bereich Vertriebenen- und Flüchtlingspolitik in der frühen Bundesrepublik: Als Angehörige der SPD und Bundestagsabgeordnete vertrat Lisa Korpeter (1900–1992) besonders erfolgreich die Interessen der DDR-Flüchtlinge.⁵³

Die vierte und letzte Komponente der SPD-internen Infrastruktur, die sich den Belangen der Vertriebenen und Flüchtlinge widmete, war insofern eine Anomalie, als sie von den Rändern der Partei aus agierte. Die Seliger-Gemeinde, strukturell verknüpft mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft, aber parteipolitisch in der SPD verankert, war eine der drei sogenannten Gesinnungsgemeinschaften innerhalb der Sudetendeutschen Landsmannschaft.⁵⁴ Gegründet 1951 in München, verfolgte sie unter der Führung des letzten Vorsitzenden der Vorkriegs-Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik (DSAP) Wenzel Jaksch (1896–1966) eine Fortsetzung der Traditionen der sudetendeutschen Sozialdemokratie. Für Jaksch wäre eine formale Fusionierung der DSAP mit der SPD der Idealfall gewesen, aber als das Projekt rasch an der Sorge der SPD-Spitze vor einer unberechenbaren Gruppierung innerhalb der Partei scheiterte, übernahm die Seliger-Gemeinde eine wichtige Funktion für die sudetendeutschen Sozialdemokraten.⁵⁵ Angeführt von einer höchst engagierten Gruppe von Männern, die einen gewissen Einfluss in der SPD besaßen, ebenso in der Landsmannschaft und in der breiteren Vertriebenen-Bewegung, zu der Wenzel Jaksch (Bundvorsitzender 1951–1966), sein Nachfolger Ernst Paul (1966–1971) und Richard Reitzner gehörten, diente die Seliger-Gemeinde besonders als Brücke zwischen der SPD und dem weiten Feld der westdeutschen Ver-

50 AdsD, Seliger-Gemeinde, NL Richard Reitzner 4/SERR000025, Hans Stephan: Aufstellung über Teilnehmer an Sitzungen des Vertriebenenausschusses, o. D.

51 Müller, SPD, S. 18.

52 Vgl. zur Unterrepräsentation von Frauen auch im Bereich der Vertriebenen- und Flüchtlingspolitik den Beitrag von Michael Schwartz im vorliegenden Band.

53 Vgl. z. B. AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, 4. WP, 352, Lisa Korpeter: Gleiches Schicksal, gleiches Recht, in: SPD-Pressedienst, 18.11.1963. Siehe auch das Kapitel über Korpeter in Gisela Notz: Frauen in der Mannschaft. Sozialdemokratinnen im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag 1948–1957. Bonn 2003.

54 Vgl. dazu auch den Beitrag von Erik K. Franzen im vorliegenden Band.

55 Hans-Werner Martin: „... nicht spurlos aus der Geschichte verschwinden“. Wenzel Jaksch und die Integration der sudetendeutschen Sozialdemokraten in die SPD nach dem II. Weltkrieg (1945–1949). Frankfurt a. M. u. a. 1996.

triebenenpolitik.⁵⁶ Sie sorgte für höchst förderliche Verbindungen und Netzwerke zur Vertriebenen-Lobby und zu anderen wichtigen Institutionen, wie dem BMVt.⁵⁷

Die Vielfalt an SPD-Organen, die sich mit Belangen der Vertriebenen und Flüchtlinge beschäftigten, war keine Garantie dafür, die Vertriebenenvertreter zufriedenzustellen. Im Gegenteil, Beschwerden über die angebliche Vernachlässigung ihrer Interessen durch die SPD waren ähnlich verbreitet wie in der CDU, und das offenbar aus gutem Grund. In der Forschung ist man sich generell darin einig, dass die einschlägigen Einrichtungen der SPD weniger einflussreich waren als ihre Pendanten innerhalb der CDU/CSU, zumindest in den 1950ern.⁵⁸ Zudem verursachten bereits die Anfänge der neuen Ostpolitik der SPD in den späten 60ern vorhersehbare starke Spannungen sowohl zwischen der Partei und den Vertriebenenorganisationen – in den späten 1950er und beginnenden 60er Jahren hatte die SPD noch die Vertriebenen-Lobby und die Vertriebenen als Wähler umworben⁵⁹ – als auch innerhalb der Partei. Der lauteste Gegner innerhalb der SPD war der temperamentvolle Wenzel Jaksch, der sich mehrmals laut und nachdrücklich gegen die Aktionen und Vertriebenenpolitik seiner eigenen Partei stellte und Ende 1958 kurz vor einem Austritt aus der Partei stand.⁶⁰ Zur Zeit der neuen Ostpolitik war Jaksch bereits verstorben – er war im November 1966 bei einem Autounfall ums Leben gekommen. Ansonsten hätte er wohl die Gruppe der Vertriebenenpolitiker der SPD geführt, die die Normalisierung der Beziehungen mit Osteuropa unter Anerkennung des territorialen Status quo verurteilt hätten.⁶¹

Im Gegensatz zu den komplexen Strukturen innerhalb der CDU/CSU und der SPD war innerhalb der FDP die Palette der für die Vertriebenen und Flüchtlinge zuständigen Gremien übersichtlich. Es gab nur eine wichtige Organisation auf Bundesebene: den Bundesvertriebenenausschuss, der seine konstituierende Sitzung im September 1950 abhielt. Er wurzelte in den Flüchtlingsausschüssen der Besatzungszeit, welche die FDP auf lokaler und regionaler Ebene gegründet hatte, allen voran in der Britischen Zone.⁶² Dort war seit 1947 ein zentraler Ausschuss tätig, der seine Aktivitäten schrittweise auf die anderen westlichen Besatzungszonen ausweitete.⁶³ Rolle und

56 AdsD, Seliger-Gemeinde, NL Roman Wirkner 4/SERW000194, Anschriftenverzeichnis, Seliger-Gemeinde, o. D. (aber aus den frühen 1960ern).

57 Tobias Weger: „Volkstumskampf“ ohne Ende? Sudetendeutsche Organisationen, 1945–1955. Frankfurt a. M. u. a. 2008, S. 203–221 bietet eine kritische Perspektive.

58 Stickler, Ostdeutsch, S. 236–238; Wambach, Verbändestaat, S. 94–98. Almar Reitzner nannte den Beirat für Heimatvertriebene beim SPD-Bundesvorstand anschließend ein „Alibi-Gremium“, vgl. Almar Reitzner: Das Paradies läßt auf sich warten. Erinnerungen eines Sozialdemokraten. München 1984, S. 173.

59 Pertti Ahonen: After the Expulsion. West Germany and Eastern Europe, 1945–1990. Oxford 2003, S. 119–242.

60 AdsD, Bestand Ollenhauer 408, Korrespondenz zwischen Jaksch, Ollenhauer und Paul, Oktober 1958 bis Februar 1959.

61 Martin K. Brachstein: Wenzel Jaksch und die sudetendeutsche Demokratie. München 1974.

62 ADL, A 13-4, Bericht über die konstituierende Sitzung des Vertriebenenausschusses der Gesamtpartei, 21.–22.09.1950.

63 Stickler, Ostdeutsch, S. 294–297.

Funktionen des Vertriebenenausschusses ähnelten denen der Vertriebenenausschüsse in der CDU/CSU und der SPD. Auf seinen regelmäßigen, normalerweise mehrmals im Jahr stattfindenden Treffen diskutierte der Ausschuss aktuelle politische und soziale Entwicklungen, die neben den Vertriebenen auch die DDR-Flüchtlinge betrafen. Auch plante der Ausschuss politische Initiativen und andere Maßnahmen, die man der FDP mit Nachdruck empfahl.⁶⁴ Der Vertriebenenausschuss war ein kleines Gremium, an dessen Sitzungen gewöhnlich weniger als ein Dutzend Parteimitglieder mit Vertriebenen- oder DDR-Flüchtlingshintergrund teilnahmen. Hinzu kamen geladene Gäste, vornehmlich aus dem Bundesvorstand der Partei. Der erste Vorsitzende des Ausschusses war Fritz Oellers (1903–1977), der nach Kriegsende aus der SBZ in den Westen geflohen war.⁶⁵ Nach seiner Ernennung zum Botschafter der Bundesrepublik in Brasilien folgte ihm ab 1951 der aus Oberschlesien stammende Vertriebene Paul Palaschinski (1897–1967), dessen Amtszeit bis 1960 dauerte. Daran anschließend fand eine Reorganisierung des Vertriebenenausschusses unter der Führung des Jugoslawiendeutschen Otto Arndt statt, der das Ziel verfolgte, im Vertriebenensektor mehr Aufmerksamkeit zu erlangen.⁶⁶

Trotz seiner vielfältigen Bemühungen litt der Vertriebenenausschuss unter seiner politischen Schwäche. Im Vergleich zur CDU/CSU und der SPD waren seine Vorsitzenden nur Politiker zweiten Ranges, die weder eine starke Machtbasis innerhalb der Partei noch großen Einfluss außerhalb der FDP besaßen. Von den drei Vorsitzenden hatte nur Oellers zwischen 1949 und 1951 ein Bundestagsmandat, bevor er in den diplomatischen Dienst eintrat. Weder er noch seine Nachfolger gehörten jemals dem Bundesvorstand der Partei an; lediglich Arndt konnte als regionaler BdV-Leiter in Rheinland-Pfalz auf eine Art Machtbasis außerhalb der FDP zurückgreifen.⁶⁷ Auch wenn dem Ausschuss ein paar bekanntere Vertriebenenvertreter angehörten, darunter der baltisch-deutsche Politiker Axel de Vries (1892–1963), Josef Trischler (1903–1975), Mitglied des BdV-Präsidiums und Bundestagsabgeordneter, und der Bundestagsabgeordnete und Sudetendeutsche Siegfried Zoglmann (1913–2007), war eine allgemeine Unzufriedenheit mit der schwachen Position des Vertriebenenausschusses allenthalben vernehmbar, besonders in den 1950ern.⁶⁸ Diesbezüglich aufschlussreich war das Treffen des Ausschusses am 19. Juni 1954, als der Vorsitzende Palaschinski sein Bedauern darüber ausdrückte, „dass niemand vom Parteivorstand erschienen ist,

64 Vgl. die Korrespondenz zwischen Palaschinski und Dehler aus dem Jahr 1955, ADL, A 13-2.

65 Rudolf Vierhaus/Ludolf Herbst (Hrsg.): *Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages. 1949–2002*. Bd. 2. N–Z. München 2003, S. 614f.

66 Stickler, Ostdeutsch, S. 297–301; Wolfgang Fischer: *Heimat-Politiker? Selbstverständnis und politisches Handeln von Vertriebenen als Abgeordnete im Deutschen Bundestag 1949 bis 1974*. Düsseldorf 2010, S. 240. Vgl. auch den Beitrag von Wolfgang Fischer im vorliegenden Band.

67 Stickler, Ostdeutsch, S. 300, S. 455f.

68 Trischler war von 1949 bis 1953 FDP-Bundestagsabgeordneter, Zoglmann von 1957 bis 1970. Vgl. Stickler, Ostdeutsch, S. 294. Zu Trischler vgl. auch Michael Schwartz: *Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundesverbandes der Vertriebenen und das „Dritte Reich“*. In: *Zusammenarbeit mit Michael Buddrus, Martin Holler, Alexander Post*. München 2013.

trotzdem das Erscheinen extra erbeten wurde“.⁶⁹ Etwa ein Jahr später beschwerte sich Palaschinski beim Bundesvorsitzenden der FDP Thomas Dehler (1897–1967), dass die Partei nach einem Jahr noch immer nicht auf die Bitte des Ausschusses um die Entsendung „geeigneter Fachleute aus den Reihen der Vertriebenen und Flüchtlinge in die Beiräte des Vertriebenenministeriums“ reagiert habe.⁷⁰ Weil sich der Eindruck verstärkte, dass die FDP in Sachen politische Netzwerke und Engagement unter den Vertriebenen und Flüchtlingen nicht mit den anderen Parteien mithielt, kam es 1960 zu einer Reorganisation des parteieigenen Vertriebenenausschusses. Weiteren Auftrieb erhielt die Partei durch den Aufstieg Wolfgang Mischnicks zum Bundesvertriebenenminister im November 1961. Von Beginn an drängte Mischnick die FDP dazu, sich „auf diesem Gebiet stärker zu engagieren“; tatsächlich verbesserte sich ihr Profil im Vertriebenensektor zeitweise merklich – bis die Umorientierung der FDP-Ostpolitik diesen Trend in den späten 1960ern wieder umkehrte.⁷¹

Neben den vier größten Parteien sollte auch der GB/BHE als Spezialfall Erwähnung finden. Diese Partei unterhielt keine – mit denen der Rivalen vergleichbaren – speziell auf die Belange der Vertriebenen, Flüchtlinge und der anderen Kriegsgeschädigten ausgerichteten Gremien, da sie selbst, wie ihr Name bereits andeutet, gegründet wurde, um diese Bevölkerungsgruppen anzusprechen, darüber hinaus auch jene Deutschen, die sich als Folge des Krieges oder der Entnazifizierung und der damit verbundenen Nachkriegstransformationen als Entrechtete sahen. Wegen dieses engen Fokus auf bestimmte Bevölkerungsgruppen brauchte der GB/BHE nicht die speziellen Einrichtungen der größeren Parteien, um bei jenen Gruppen an Attraktivität zu gewinnen. Gelegentlich wurden auch im GB/BHE bestimmte Arbeitsgruppen und Ad-hoc-Ausschüsse ins Leben gerufen, um Standpunkte zu Themen wie den Lastenausgleichsgesetzen oder der Ostpolitik zu formulieren; jedoch waren diese Initiativen nie von institutioneller Tragweite. Zudem fehlte es der Partei, wie es Wambach zutreffend formulierte, an organisatorischen Ressourcen. Das bedeutete, dass ihre föderale Führung, inklusive der Bundestagsfraktion, in hohem Maße die durch die verschiedenen Vertriebenenverbände vorhandene Expertise als eine Art bürokratische Unterstützung in Anspruch nahm.⁷² All dies trug dazu bei, dass die Parteispitze des GB/BHE als Ganzes und in hohem Maß personengebunden in den politischen Netzwerken mit dem BMVt gegenüber einzelnen parteiinternen Institutionen dominierte.⁷³

69 ADL, A 13-3, Protokoll der Sitzung des Vertriebenenausschusses, 19.–20.06.1954.

70 Ebd., A 13-2, Palaschinski an Dehler, 21.02.1955.

71 Ebd., A 040-737, Mischnick in der FDP-Bundestagsfraktion, Kurzprotokoll, 28.11.1961.

72 Wambach, Verbändestaat, S. 98–100.

73 Neumann, Block; Richard Stöss: Der Gesamtdeutsche Block/BHE, in: Ders. (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980. Bd. 3. Opladen 1986, S. 1424–1459.

3. Die inhaltliche Ebene der Netzwerke

Innerhalb von Regierungen bilden Ministerien generell die Spitze des Einflusses und der Macht: gut funktionierende Institutionen mit komplexen bürokratischen Strukturen, eigenen Traditionen und Ressourcen, um die ambitionierte Politiker und politische Netzwerke konkurrieren. Das BMVt entsprach diesem Muster nur teilweise. Zwar war es selbst mehrfach Gegenstand parteipolitischer Auseinandersetzungen sowohl bei der Besetzung von Spitzenämtern als auch bei inhaltlichen Fragen, wie noch deutlich werden wird, allerdings war es kein klassisches, erstrebenswertes Ressort unter den Ministerien der Bundesrepublik. Mathias Beer formulierte treffend, dass das BMVt eher ein „Sonderministerium in klassischem Gewande“ gewesen sei, eine Ad-hoc-Kreation der frühen Nachkriegszeit mit begrenzten Kompetenzen, aber durchaus einem hohen symbolischen Wert, besonders für die Vertriebenenfrage in der Bundesrepublik, aber auch für Verbündete und Feinde im Ausland.⁷⁴ Wie es einer der Ministerialdirigenten des BMVt aus dem Blickwinkel der späten 1960er Jahre darstellte, war das Ministerium ein „strukturell ohne historisches Beispiel geschaffenes Betreuungs-Ressort von zeitlich begrenzter Bestimmung“, das „keinen Unterbau“ besaß und nur über „verhältnismäßig bescheidene“ finanzielle Mittel verfügte.⁷⁵ Innerhalb der Bonner Machthierarchien konnte es somit niemals den Status eines klassischen Ressorts wie den des Finanzministeriums oder des Auswärtigen Amts erlangen.

Von Beginn an war das BMVt primär aus politischen und taktischen Gründen relevant. Adenauer war sich dessen völlig bewusst, als er sein erstes Kabinett 1949 zusammenstellte. In der Bundestagsfraktion der CDU/CSU argumentierte er:

„Ich denke, wir bestehen darauf, dass ein Flüchtlingsministerium kommt [...]. Wir haben uns im Wahlkampf fast alle für ein Flüchtlingsministerium eingesetzt, die Sozialdemokratie hat es ebenfalls getan; dann können wir doch nicht ausgerechnet jetzt Nein sagen.“⁷⁶

Zweifel an der substanziellen Notwendigkeit des Ministeriums gab es nicht nur im Vorfeld der Gründung des Ministeriums. Sie begleiteten das Ministerium seit den späten 50er Jahren, als die gesellschaftliche Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge erste Fortschritte verzeichnete und damit die Sorgen vor sozialen Unruhen, die anfänglich real waren, schwanden. 1957 meinte Adenauer selbst in einem Gespräch mit Bundespräsident Heuss, „es könne zweifelhaft sein, ob dieses Ministerium noch existenzberechtigt sei [...]“. Aus politischen Erwägungen sei es jedoch notwendig, es noch weiter beizubehalten.⁷⁷

74 Beer, *Symbolische Politik*, S. 322.

75 Lothar Wieland: *Das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte*. Bonn/Frankfurt a. M. 1968, S. 23.

76 ACDP, 08-001-A-1, 1006/2, Adenauer, 14.09.1949.

77 Adenauer, 18.10.1957, in: Konrad Adenauer, Theodor Heuss: *Unter vier Augen. Gespräche aus den Gründerjahren, 1949–1959*. Bearb. v. Hans Peter Mensing. Berlin 1999, S. 248. Zitiert nach Beer, *Symbolische Politik*.

In den 1960ern wurde die wachsende Bedeutungslosigkeit des Ministeriums immer deutlicher, sodass wiederholt dessen Auflösung ein Thema war. Hinter den Kulissen erwog Staatssekretär Nahn bereits 1960 die Möglichkeit einer

„Auflösung des Bundesvertriebenenministeriums und die Aufteilung der Aufgaben auf die Bundesministerien für Arbeit, für Wirtschaft und für gesamtdeutsche Fragen, ferner die Vereinigung der beiden Ministerien Bundesministerium für Vertriebene und Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen.“⁷⁸

Auch in der Öffentlichkeit wurden Diskussionen ähnlicher Art immer häufiger geführt, lange bevor dann die sozialliberale Koalition das Ministerium auflöste.⁷⁹

Die Tatsache, dass nicht weniger als sieben verschiedene Politiker zwischen Theodor Oberländers Rücktritt im Mai 1960 und der Auflösung des Ministeriums neun Jahre später als Bundesvertriebenenminister im Amt waren, kann schon als Hinweis für die Schwäche des BMVt gedeutet werden. Instabilität und Macht sind innerhalb eines Regierungsapparates fast nie miteinander vereinbar. Dazu kam, dass einer der Minister, Joachim von Merkatz, das Amt im Oktober 1960 sozusagen als Nebentätigkeit antrat, während er schon als Bundesratsminister tätig war.⁸⁰ Auch sonst waren die Bundesvertriebenenminister der 1960er kaum besonders einflussreiche Politiker. Der bekannteste von ihnen, der ‚Veteran‘ Ernst Lemmer, schien bereits bei seinem Amtsantritt im Alter von 65 Jahren nicht allzu ambitioniert. Ein Gegner beschrieb ihn – kleinlich, aber zu Recht – als „saturierten und bequemen Mann“.⁸¹ Die anderen Bundesvertriebenenminister waren in der Bonner Szene Politiker zweiten Ranges. Prominentere und ambitionierte Politiker zeigten nur wenig Interesse an dem relativ unwichtigen Amt des Bundesvertriebenenministers. So lehnte der CDU-Mann Rainer Barzel, der 1972 zum Kanzlerkandidaten aufsteigen sollte, die Position 1963 ab, angeblich weil ihm „der Zuschnitt dieses Ministeriums zu schmal war“.⁸² Herbert Wehner von der SPD hatte eine ähnliche Sicht der Dinge. Hinter vorgehaltener Hand erklärte er Mitte der 1960er: „Ich habe keine Absichten auf den Posten des Vertriebenenministers“.⁸³ Nichtsdestotrotz war das BMVt – ungeachtet seiner vergleichsweise begrenzten Zuständigkeiten – auf Bundesebene dennoch ein Machtzentrum. Zwar war das Fehlen überkommener Strukturen und Traditionen ein Manko gegenüber den klassischen Bonner Ministerien. Es konnte aber auch als Chance verstanden werden, zumindest in den Anfangsjahren der Bundesrepublik, als das Gemeinwesen noch unerprobt und viele Abläufe noch nicht definiert waren. Somit bot das BMVt in den

78 ACDP, 01-070-017/2, Vialon an Adenauer, 05.01.1960.

79 Vgl. z. B. ACDP, Pressesammlung, Ministerien/Vertriebenenministerium, Von Hassel: Die Lasten des Krieges zusammen tragen, in: Der Heimatvertriebene, Der Flüchtling, 26.11.1968.

80 Chef zweier Ministerien, in: Die Zeit, 04.11.1960. Von Ende Oktober bis Anfang Dezember 1966 war Johann Baptist Gradl zugleich Vertriebenenminister und Minister für gesamtdeutsche Fragen.

81 Kather, Entmachtung, Bd. 2, S. 251.

82 Herbert Czaja: Unterwegs zum kleinsten Deutschland? Mangel an Solidarität mit den Vertriebenen. Marginalien zu 50 Jahren Ostpolitik. Frankfurt a. M. 1996, S. 274.

83 AdsD, Präsidiums-Protokolle, April–Juli 1965, Wehner in Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Präsidiums und der Regierungsmannschaft der SPD, 18.06.1965.

1950ern ehrgeizigen Politikern durchaus weitreichende Möglichkeiten. Insbesondere für Theodor Oberländer bedeutete die Ernennung zum Bundesvertriebenenminister die Ankunft „am Ziel seines Ehrgeizes“, so sein wichtigster Biograf.⁸⁴ Dementsprechend war das Ministerium besonders in seinen frühen Jahren ein wichtiger Schauplatz von politischer Auseinandersetzung und Wettbewerb, von Konsensbildung und Kompromissfindung; ein Brennpunkt, wo sich komplexe politische Prozesse abspielten, getragen von unterschiedlichen Netzwerken, die miteinander verwoben waren.⁸⁵ Davon werden in der vorliegenden Studie drei Arten von Netzwerken unter die Lupe genommen, in deren Rahmen die großen politischen Parteien der Bundesrepublik und das BMVt interagierten.

3.1. Parteipolitische Netzwerke

Bei der ersten Art handelt es sich um Netzwerke mit parteipolitischem Charakter. Der Begriff bezieht sich auf Netzwerke, die von den politischen Prioritäten der Gegenwart innerhalb des herrschenden Gemeinwesens und der Parteistruktur angetrieben werden. Ihre Hauptfunktion ist die Förderung bestimmter persönlicher, parteilicher und politischer Interessen innerhalb eines tendenziell kurzen bis mittelfristigen Horizonts, der sich stark an Wahlerfolgen und anderen machtpolitischen Vorteilen gegenüber politischen Konkurrenten orientiert. Diese Netzwerke sind eher flüchtiger Natur. Zwar existieren darin lang etablierte persönliche Beziehungen, aber Allianzen können sich tagtäglich wandeln. Dabei dominiert das Interesse an gegenseitigem Nutzen und Dienlichkeit gegenüber tieferer Loyalität und Sympathie. Auch die Chemie zwischen den Akteuren kann von großer Bedeutung sein. Persönliche Zu- und Abneigung mischen sich mit größerem politischem Kalkül in einem vielschichtigen Amalgam aus Motiven und Zielen in einer Komplexität, die nicht immer ausreichend von Netzwerktheoretikern gewürdigt wird, da deren Modellierungen tendenziell von rationalen Entscheidungen (*rational choice*) ausgehen.⁸⁶

Die Dynamik parteipolitischer Netzwerke der Bundesrepublik kann unmittelbar anhand der Ernennungen und Entlassungen der Bundesvertriebenenminister verfolgt werden. Die Tatsache, dass die CDU/CSU – die Partei, die während der ersten 20 Jahre der Bundesrepublik den Kanzler stellte – das Ministerium 16 Jahre in ihrem Besitz hatte, belegt das grundlegende Interesse der Partei an dessen Kontrolle, auch wenn es nicht zu den mächtigsten Ministerien in Bonn zählte. Dieses Interesse wurde innerhalb der CDU/CSU immer wieder klar formuliert, besonders von Politikern mit einem Vertriebenen- oder DDR-Flüchtlingshintergrund, welche in den entsprechenden Unterorganen der Partei tätig waren. Diese Personen hielten daran fest, dass die Gründung des Ministeriums als solche „der Initiative der CDU zu verdanken“ gewe-

84 Wachs, Oberländer, S. 49.

85 Zu weiteren Netzwerken, in die das BMVt eingebunden war, vgl. die Beiträge von Mathias Beer, Rainer Bendel, Wolfgang Fischer, Erik K. Franzen und Michael Schwartz im vorliegenden Band.

86 Marten Düring u. a. (Hrsg.): Handbuch Historische Netzwerkforschung. Grundlagen und Anwendungen. Berlin u. a. 2016.

sen sei und dass „das Bundesvertriebenenministerium mit einem Vertreter der CDU besetzt werden müsste“, um das Vertrauen der Vertriebenenwähler zu behalten.⁸⁷

Auch die FDP hatte ein starkes Interesse daran, das Ministerium, das sie 1961 erlangt hatte, nicht wieder abzugeben. Während der Phase der nächsten Regierungsbildung im Herbst 1963 erklärte der FDP-Bundesvorsitzende Erich Mende gegenüber seinen Parteikollegen, dass

„bei der Neubildung des Kabinetts dieses Ministerium unbedingt bei der FDP verbleiben sollte. Eine Aufgabe dieses Ministeriums würde bedeuten, dass es wiederum der CDU zufiele, die es 12 Jahre vorher in ihrer Hand hatte. Hieraus würden in der Öffentlichkeit Rückschlüsse dahin gezogen werden, dass die FDP anscheinend versagt oder aber an diesem Personenkreis und seinem Schicksal kein weiteres Interesse habe. Beide Schlussfolgerungen wären für die FDP von erheblichem Nachteil.“⁸⁸

Mendes Ziel wurde von der FDP nicht erreicht: Das BMVt fiel im Oktober 1963 wieder an die CDU zurück, als Hans Krüger seine von Misserfolgen geplagte Amtszeit antrat, während Mende selbst Vizekanzler und Minister für gesamtdeutsche Fragen im ersten Kabinett Ludwig Erhards wurde.

Die persönlichen Netzwerke und Präferenzen des Kanzlers erwiesen sich immer wieder als ausschlaggebende Faktoren bei der Wahl eines bestimmten Vertriebenenministers bzw. der Ablehnung alternativer Kandidaten. So wurde Hans Krüger von Bundeskanzler Ludwig Erhard (1897–1977) persönlich ausgewählt, gegen den ausdrücklichen Rat von mehreren Vertriebenenpolitikern der CDU/CSU,⁸⁹ darunter CSU-Mann Georg Baron Manteuffel-Szoege (1889–1962), ein führender Vertriebenenpolitiker und gut vernetzter Bundestagsabgeordneter, der Krüger schon lange vorher als „einen weichen und entschlosslosen Biedermann“ abgetan hatte.⁹⁰ Adenauer wiederum setzte es durch, dass sein persönlicher Favorit Hans Lukaschek zum ersten Bundesvertriebenenminister ernannt wurde, abermals „gegen heftigen Widerstand aus den Reihen der Vertriebenenvertreter“.⁹¹ Ebenso war der Gründungskanzler ausschlaggebend bei der Wahl des zweiten Vertriebenenministers, Theodor Oberländer, und seiner späteren Beibehaltung, trotz starker Opposition. Laut Linus Kathers zugegebenermaßen nicht als unvoreingenommen einzuschätzender Darstellung hörte sich „der Kanzler [...] alles unbeweglichen Angesichts an“ und ignorierte den Protest, den er und ein anderer CDU/CSU-Vertriebenenpolitiker gegen die im Raum stehende Ernennung Oberländers im Herbst 1953 äußerten.⁹² Auch während nachfolgender Turbulenzen hielt Adenauer an seiner Wahl fest, bis der Skandal rund um die NS-Vergangenheit Oberländers im Frühjahr 1960 den Minister endgültig untragbar machte.

87 ACDP, 07-001-3440, CDU, Material für unsere Redner in Vertriebenen- und Flüchtlingsversammlungen, o. D. (aber aus den frühen 1950ern), S. 12; ACDP, 08-001-1006/4, Linus Kather, Vermerk über die Fraktionssitzung vom 16.10.1953.

88 ADL, A12-45, Mende im Bundeshauptausschuss der FDP, 05.10.1963.

89 Krüger, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 22.10.1963; Der „alte Kämpfer“ von Bonn, in: Stern, 19.01.1964.

90 BArch, N 1157/1, Tagebucheintrag Manteuffel-Szoeses, 10.01.1959.

91 Beer, Symbolische Politik, S. 307.

92 ACDP, 08-001-1006/4, Kather, Vermerk über die Fraktionssitzung, 16.10.1953.

Adenauer, dessen anfänglicher Einsatz für Oberländer aus taktischem Kalkül erfolgt war, lernte in der Folge, einige der persönlichen Qualitäten des Ministers zu schätzen. Er beschrieb ihn als „tüchtig, kenntnisreich und rücksichtslos“, was in starkem Kontrast zu der enttäuschenden Bilanz seines Vorgängers stand.⁹³ Adenauers nachträgliche Beurteilung des ersten Vertriebenenministers war dagegen nicht besonders schmeichelhaft: „Was Herrn Lukaschek angeht, das darf ich in aller Offenheit sagen, dass der Minister für die Vertriebenen nicht das geleistet hat, was hätte etwa geleistet werden müssen.“⁹⁴

Andersherum wurden andere Ministerkandidaten durch Bonns Spitzenpolitiker, unter Einflussnahme persönlicher Netzwerke und Präferenzen, ohne Umschweife abgelehnt. Auch hier liefert Adenauer ein anschauliches Beispiel, besonders durch seine sich verhärtende Haltung Linus Kather gegenüber.⁹⁵ Obschon er sich des schwierigen Charakters Kathers bewusst war, war Adenauer noch zu Beginn der 1950er Jahre diesem relativ aufgeschlossen begegnet, während sich die Hinweise auf Lukascheks Unzulänglichkeiten mehrten. Im Dezember 1952 erklärte der Kanzler vor dem Bundesvorstand der CDU:

„Ich kenne Herrn Kather seit 1946. Er ist manchmal etwas stachelig, vielleicht auch etwas impulsiv, aber Herr Kather ist ein Mann, der treu zu unserer Partei steht und sich ganz zweifellos große Verdienste um die Vertriebenen erworben hat.“⁹⁶ Im Sommer 1952 bat Adenauer seine engsten Berater, zu überlegen, „ob man Lukaschek nicht durch Kather ersetzen sollte.“⁹⁷

Die Reaktion fiel äußerst frostig aus. Der Staatssekretär des Bundeskanzleramts Otto Lenz bezeichnete Kather als „grenzenlos unsympathisch“ und „nicht ganz normal“. Weitere Ablehnungen Kathers durch andere Mitglieder des inneren Netzwerks des Kanzlers erfolgten prompt.⁹⁸ Auch das persönliche Verhältnis zwischen Adenauer und Kather wurde immer angespannter, als letzterer sich aggressiv in den Vordergrund drängte und sich der Kanzler zurückzog. Zu Beginn des Jahres 1954 war Kather so frustriert, dass er gegenüber anderen Vertriebenenpolitikern der CDU/CSU wütend verlauten ließ: „Ich habe erklärt, dass ich mich nicht von Herrn Adenauer wie einen Papierkorb in die Ecke stellen lasse, um dann wieder hervorgeholt zu werden, wenn es ihm passt.“⁹⁹ Kurz darauf verließ er die Partei und trat dem GB/BHE bei, nachdem er diesen die Jahre zuvor systematisch und vehement attackiert hatte.

93 Adenauer, 12.05.1954, in: Adenauer, Heuss, Unter vier Augen, S. 135.

94 Adenauer im CDU-Bundesvorstand, 16.12.1952, in: Adenauer: „Es musste alles neu gemacht werden“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes, 1950–1953. Bearb. v. Günter Buchstab. Stuttgart 1986, S. 263f.

95 Vgl. dazu auch den Beitrag von Michael Schwartz im vorliegenden Band.

96 Adenauer im CDU-Bundesvorstand, 16.12.1952, in: Adenauer: „Es musste alles neu gemacht werden“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes, 1950–1953. Bearb. v. Günter Buchstab. Stuttgart 1986, S. 263.

97 Lenz, Tagebucheintrag, 03.07.1952, in: Im Zentrum, S. 383.

98 Ebd.

99 ACDP, 01-377-01/5, Kather, Vermerk betr: Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der heimatvertriebenen Abgeordneten der CDU-CSU, 24.02.1954.

Adenauer beschrieb Kather unterdessen als „Trojanisches Pferd“, das der BHE unwissentlich „in die Mauern“ ließ. Auch sagte er voraus, dass Kather im GB/BHE „nicht nur als Katalysator, sondern auch Sprengpulver“ wirken würde.¹⁰⁰ Dies sollte sich als zutreffend erweisen, da nach Kathers Eintritt in den GB/BHE die internen Streitigkeiten innerhalb der Partei eskalierten.¹⁰¹

Die Wahl eines geeigneten Vertriebenenministers war in vielerlei Hinsicht ein schwieriges Unterfangen. In einer Diskussion mit einer Gruppe Journalisten im Mai 1960, nur wenige Tage nach Oberländers Rücktritt, dachte Adenauer laut über die damit verbundenen Herausforderungen nach. Offenbar wenig begeistert von der bevorstehenden Aufgabe, beklagte Adenauer, „einen Vertriebenenminister zu bekommen, ist extrem schwer“. Es gab viele erschwerende Faktoren. Ein „Radikalinski“ kam offensichtlich ebenso wenig in Frage wie Kandidaten aus Gebieten jenseits der Reichsgrenzen von 1937: „Ein Sudeten-Deutscher kommt natürlich nicht in Frage“. Mögliche Folgewirkungen, die die Ernennung einer bestimmten Person auslösten, mussten auch berücksichtigt werden: „Es muß auch ein Mann sein, der nicht dadurch, dass er Minister wird, einen Platz freimacht, der dann von jemand besetzt wird.“ Auch die sich um bestimmte Kandidaten drehenden Netzwerke, teils gegeneinander arbeitend und von unterstützendem oder ablehnendem Charakter, mussten im Auge behalten werden. Ein Minister, „der allen gefällt“, war ein Ding der Unmöglichkeit.¹⁰²

Die von Adenauer beschriebene Komplexität wurde besonders deutlich in dem Gerangel um Aufmerksamkeit unter Vertriebenenpolitikern, die sich zwar für geeignete Anwärter auf den Posten des Bundesvertriebenenministers hielten, doch nie als Spitzenkandidaten in Erscheinung traten. Viele von ihnen nutzten ihre politischen Ressourcen, vor allem ihre persönlichen Netzwerke, um ihre eigene politische Karriere zu fördern und die der Rivalen und Gegner, besonders innerhalb der regierenden CDU/CSU, vorrangig während der frühen prägenden 15 Jahre der Bundesrepublik, zu untergraben. Auch wenn es ihnen an Rücksichtslosigkeit und wahrscheinlich auch brennendem Ehrgeiz mangelte, sich in der Art eines Linus Kather nach vorn zu drängen, schürten ihre ständigen Manöver eine Atmosphäre der Konkurrenz um das Bundesvertriebenenministerium.

Die Aktivitäten zweier hochrangiger Vertriebenenpolitiker der CDU/CSU in den 50ern und frühen 60er Jahren veranschaulichen dieses Kräfteressen. Der erste von ihnen, CSU-Politiker Georg Baron Manteuffel-Szoegge, war ein hervorragender politischer Netzwerker. Er genoss hohes Ansehen innerhalb der Vertriebenenlobby und übernahm wichtige Führungsrollen in der Deutsch-Baltischen Landsmannschaft, dem Verband der Landsmannschaften und seit Ende der 50er Jahre in der neugegründeten Dachorganisation, dem Bund der Vertriebenen (BdV). Gleichzeitig machte er parteipolitische Karriere innerhalb der CSU, die er von 1953 bis zu seinem Tod

100 Adenauer im CDU-Bundesvorstand, 05.02.1955 u. 02.05.1955, in: Adenauer: „Wir haben wirklich“, S. 357, 425.

101 Neumann, Block, S. 113–167.

102 Adenauer, 06.05.1960, in: Adenauer. Teegespräche. Bd. 3. 1959–1961. Bearb. v. Hanns Jürgen Küsters. Berlin 1988, S. 247.

1962 als Abgeordneter im Bundestag vertrat. Wie seinem Tagebuch zu entnehmen ist, pflegte Manteuffel-Szoegé in großem Umfang politische Kontakte, die von etablierten CDU/CSU-Größen wie Theodor von und zu Guttenberg (1921–1972) und Ernst Majonica (1920–1997) bis hin zu bedeutenden Vertriebenenpolitikern reichten, darunter nicht nur die eigene CDU/CSU-Kohorte, sondern u. a. auch der FDP-Politiker Axel de Vries (1892–1963) und Alfred Gille (1901–1971) vom GB/BHE – beide Kontakte waren zunächst über die Vertriebenenlobby entstanden.¹⁰³

Manteuffel-Szoegé nutzte seine persönlichen Netzwerke gegen prominente Rivalen an der Front des BMVt; dazu gehörten sowohl amtierende Minister als auch Anwärter. Sein Tagebuch ist voller beißender Kommentare zu diesen Personen. Oberländer empfand er in Ton und Auftreten als „diktatorisch“, aber auch als „unzuverlässig und planlos“, als Vertriebenenminister hielt er ihn für völlig gescheitert.¹⁰⁴ Kather und seine Verbündeten betrachtete er als „fast ausschließlich Egoisten, die in Radikalismus machen [sic!]“. ¹⁰⁵ Hans Krüger nannte er spöttisch „das umgekehrte der Operette ‚Das Land des Lächelns‘, nämlich das Lächeln des Landes“. ¹⁰⁶ Durch seine Netzwerke verschaffte sich Manteuffel-Szoegé auch eigene politische Chancen, zweimal wurde er als Ersatz für Oberländer in Betracht gezogen. Das erste Mal während der Kabinettsbildung im Herbst 1957, als ihn einflussreiche Vertriebenenkontakte „in irgendeiner Weise zum Minister machen“ wollten, nachdem „hohe Beamte des Vertriebenenministeriums [...] über ihren Minister Klage geführt“ hatten. ¹⁰⁷ Die zweite Gelegenheit bot sich nach Oberländers Rücktritt im Frühling 1960, als Manteuffel-Szoegé erneut als potenzieller Nachfolger gehandelt wurde. ¹⁰⁸

Beide Male hielt er sich jedoch zurück. Einer der Gründe war seine Geringschätzung der Befugnisse des Ministeriums: Seiner Einschätzung nach war „eine Wirkungsmöglichkeit, vor allem auf außenpolitischem Gebiet [...] kaum gegeben“. ¹⁰⁹ Der andere Grund lag in der Verschlechterung seines Gesundheitszustandes, besonders den Herzinfarkten, an denen er seit 1958 litt und die ihn schließlich vier Jahre später das Leben kosteten. ¹¹⁰ Obwohl er sich öffentlich nie um den Spitzenplatz bemühte, war Manteuffel-Szoegé hinter den Kulissen aktiv und einflussreich, was die Rolle persönlicher politischer Netzwerke in den politischen Manövern der frühen Jahre des BMVt unterstreicht.

Auch für einen anderen Anwärter auf das Vertriebenenministerium waren solche Netzwerke entscheidend: CSU-Politiker Hans Schütz (1901–1982) gehörte wie Manteuffel-Szoegé zu den führenden Vertriebenenpolitikern der CDU/CSU. In seiner sudetendeutschen Heimat hatte er sich in der Christlich-Sozialen Volkspartei und der christlichen Gewerkschaftsbewegung hervorgetan. Nach der Vertreibung beschränkte er

103 BArch, N 1157/1 u. 2.

104 BArch, N 1157/1, Tagebucheinträge, 26.04.1956, 18.10.1957, 21.04.1959.

105 Ebd., Tagebucheintrag, 28.06.1957.

106 BArch, N 1412/17, Tagebucheintrag, 02.06.1959; Manteuffel an de Vries, 10.06.1959.

107 BArch, N 1157/1, Tagebucheintrag, 24.09.1957.

108 Stickler, Ostdeutsch, S. 205; BArch, N 1157/2, Tagebucheintrag, 11.03.1960.

109 BArch, N 1157/1, Tagebucheintrag, 24.09.1957.

110 Ebd., Tagebucheinträge, 08.09.1958, 31.12.1958.

einen ähnlichen Weg, trat 1946 in die CSU ein und war Mitbegründer ihrer Vertriebenenengliederung, der Union der Ausgewiesenen. Er machte eine beeindruckende politische Karriere, vertrat die CSU von 1949 bis 1963 im Bundestag und übernahm auch auf europäischer Ebene wichtige Aufgaben.¹¹¹ Gleichzeitig war er eine der Schlüsselfiguren in der Sudetendeutschen Landsmannschaft als Leiter der Ackermannsgemeinde, der „Gesinnungsgemeinschaft“ der Christdemokraten und Christsozialen; dazu gehörte er dem Führungskreis der Landsmannschaft an.

Besondere Arbeit leistete Schütz als Brückenbauer. Unter den Sudetendeutschen zählte er zu den wenigen Personen, die ein weiterer Spitzenmann der Landsmannschaft später als maßgeblich für „das Absterben der alten Gegensätze“ in der frühen Nachkriegszeit bezeichnete. Schütz' eigene Aufzeichnungen aus dieser Zeit betonen das Thema des Zueinanderkommens: „Jawohl, Heimat, das ist Du und ich, das sind wir alle [...]. Hüten wir uns, aus politischen Wegen politische Dogmen zu machen.“¹¹² In der CSU folgte er einem ähnlichen Kurs und baute weitreichende politische Netzwerke auf. Zu seinen Kontakten gehörten die meisten christlich-demokratischen Vertriebenen-Koryphäen, u. a. Manteuffel-Szoege, Waldemar Kraft und zu Beginn Linus Kather, wobei sich die Beziehung zu letzterem rasch verschlechterte, als Kather Schütz der „Agitation“ gegen ihn bezichtigte.¹¹³ Schütz' Netzwerke beinhalteten jedoch auch eine Vielzahl an etablierten Parteiführern, wie es seine lange und erfolgreiche Karriere als CSU-Vertreter im Bundestag und in parlamentarischen EU-Organen nahelegt. Obwohl er weniger zur Konfrontation neigte als sein Kollege Manteuffel-Szoege, benutzte Schütz ebenso seine Netzwerke, um gegen Rivalen im BMVt zu intrigieren, allen voran Oberländer, den er von Beginn an ablehnte. Im Herbst 1953 bestand er darauf, dass „das Bundesvertriebenenministerium mit einem Vertreter der CDU besetzt werden müsste“.¹¹⁴

Möglicherweise hatte Schütz schon damals mit dem Ministeramt geliebäugelt, aber erst sieben Jahre später, nach Oberländers Abgang, wurde er ein ernster Anwärter auf den Posten. Mehrere Vertriebenenabgeordnete der CDU/CSU, u. a. Kraft, Herbert Czaja (1914–1997) und sogar Manteuffel-Szoege, empfahlen Schütz Adenauer gegenüber als Vertriebenenminister.¹¹⁵ Sie vermuteten aber auch, dass Staatssekretär Nahn den praxisorientierten Schütz als Bedrohung für seine eigene Position wahrnehmen könnte und dass Nahn deswegen mithilfe der Netzwerke des Kanzlers Stimmung gegen Schütz machen würde, mit Unterstützung vom Staatssekretär

111 In den 1950er und 1960er Jahren war Schütz in der Beratenden Versammlung des Europarates und der Versammlung der Westeuropäischen Union tätig. Vgl. Renate Höpfinger: Schütz, Hans, in: Neue Deutsche Biographie 23 (2007), S. 661f. Online unter: <https://www.deutsche-biographie.de/gnd118611151.html#ndbcontent> (28.04.2024).

112 Walter Becher: Zeitzüge. Ein Lebensbericht. München 1990, S. 140; ACSP, NL Schütz 5, Schütz, „Was verschüttet wurde: Kulturvolk, Wirtschaftsvolk, Staatsvolk“, Pfingsten 1949.

113 BArch, N 1157/1, Manteuffel-Szoege, Tagebucheinträge, 18.10.1957, 10.12.1957, 04.10.1959; Kather, Entmachtung, Bd. 1, S. 245; ACDP, 01-377-044/3, Kather an Adenauer, 03.11.1952.

114 ACDP, 08-001-1006/4, Kather, Vermerk über die Fraktionssitzung, 16.10.1953.

115 Czaja, Unterwegs, S. 229; BArch, N 1157/2, Manteuffel-Szoege, Tagebucheintrag, 01.10.1960.

des Bundeskanzleramts, Hans Globke (1898–1973).¹¹⁶ Was auch immer die genauen Gründe sein mochten – letztendlich lehnte Adenauer Schütz entschieden ab: „Herr Schütz hat wirklich nicht das Format dazu. Er redet auch zuviel und richtet dadurch viel Schaden an.“¹¹⁷ Es war nicht ganz klar, auf welchen Schaden Adenauer genau anspielte. Möglicherweise hielt er sich einfach an seinen privat geäußerten Grundsatz, das Vertriebenenministerium keinem Sudetendeutschen anvertrauen zu wollen.

Während die Fälle von Manteuffel-Szoegé und Schütz die Bedeutung bestimmter Personen und ihrer persönlichen Netzwerke in parteipolitischen Auseinandersetzungen um Einflussnahme im BMVt deutlich machen, versuchten die Hauptakteure häufig auch, Institutionen für ihre Sache zu mobilisieren. Im Vordergrund standen dabei die Organisationen der Vertriebenen und Flüchtlinge innerhalb der größeren Parteien. Die deutlichsten Beispiele hierfür finden sich wieder in der CDU/CSU, wo persönliche Ambitionen in Verbindung mit den Entwicklungen interner Institutionen komplexe – und konkurrierende – parteipolitische Netzwerke schufen, die darauf ausgerichtet waren, die Führungsstruktur und politische Richtung des BMVt zu beeinflussen, vorrangig in den 1950ern und frühen 1960er Jahren.

Daraus resultierende Folgen bescherten der CDU/CSU ein Drama in drei Akten. Ausgangspunkt war in den frühen 1950er Jahren Linus Kathers Kampagne zur Stärkung seiner Machtbasis im Vertriebenenbereich der Partei mit dem Ziel, Vertriebenenminister Lukaschek abzulösen. Als Vorsitzender des Landesverbandes Oder-Neiße und des Bundesvertriebenenausschusses war er in einer hervorragenden Position, seine Muskeln spielen zu lassen. Bereits 1952 trieb er ein ehrgeiziges Projekt voran: Der Bundesvertriebenenausschuss sollte dem Landesverband Oder-Neiße unter seiner Führung einverleibt werden, um einen stärkeren Landesverband aufzubauen, der „alle Heimatvertriebenen umfasst, um allen heimatvertriebenen CDU-Freunden eine ‚politische Heimat‘ zu geben“.¹¹⁸ Als wahrscheinliches Ergebnis hätte es, neben den regulären organisatorischen Strukturen der CDU, ein Netzwerk von lokalen und regionalen Vertriebenenorganisationen über das Land verteilt gegeben. Erwartungsgemäß gab es starke Einwände. Johann Baptist Gradl, künftiger Bundesvertriebenenminister und zentraler Exil-CDU-Führer, brachte diese auf den Punkt:

„Wir haben mit drakonischer Härte gegenüber unseren eigenen Leuten das unterbunden, wenn sie anfangen, neben der ortgebundenen Partei eine CDU-Parallelorganisation aus Flüchtlingen oder Heimatvertriebenen aufzubauen. Damit würden wir unsere Partei von selber zerschlagen.“¹¹⁹

Infolgedessen sah Kather seinen Vorstoß in Richtung BMVt ausgebremst. 1953 zog er sich von seinen Führungspositionen in den Vertriebenenorganen der CDU zurück und trat gänzlich aus der Partei aus – zur Erleichterung vieler, unter anderem des CDU-Bundesgeschäftsführers, der sich nach seinen eigenen Worten „völlig darüber

116 Czaja, *Unterwegs*, S. 229.

117 ACDP, 01-070-007/2, Adenauer an Globke und Krone, 03.06.1960.

118 Ebd.

119 Gradl im CDU-Bundesvorstand, 11.03.1953, in: Adenauer: „Es musste alles“, S. 466.

in Klaren“ war, „dass erst seit dem Weggang von Herrn Dr. Kather im Bereich der Vertriebenen eine vernünftige Arbeit möglich wurde.“¹²⁰

Die Ruhe währte allerdings nicht lange, denn kurz nach seinem Eintritt in die CDU/CSU 1955 verfolgte Theodor Oberländer innerhalb der Partei gezielt persönliche Interessen, ähnlich dem Vorgehen seines Erzfeindes Linus Kather. 1958 übernahm Oberländer den Vorsitz des Landesverbandes Oder-Neiße und begann ebenfalls, auf eine Fusionierung des Bundesvertriebenenausschusses mit dem Landesverband zu drängen. Obwohl Oberländer dieses Vorhaben zurückhaltend als eine bloße „Koordination der politischen Tätigkeit auf unserem Sektor“ beschrieb, interpretierten viele dies als einen Griff nach Macht, durch den sich Oberländer Zugriff auf „die Mittel, die bisher dem Vertriebenenausschuss zur Verfügung gestellt wurden“, versprach und sich in die oberste Führungsriege der Vertriebenenpolitiker der CDU/CSU katapultieren wollte.¹²¹ Die Reaktionen fielen ähnlich wie bei Kather aus. Walter von Keudell, Vorsitzender des Bundesvertriebenenausschusses, bestand natürlich auf der „Beibehaltung“ seiner Organisation, aber es war wieder einmal die Exil-CDU im Allgemeinen und Johann Baptist Gradl im Speziellen, von denen der stärkste Gegenangriff ausging.¹²² Es bestand der Verdacht, dass Oberländers eigentliches Ziel die Kontrolle über den gesamten Vertriebenen- und Flüchtlingssektor innerhalb der Unionsparteien war, inklusive der Exil-CDU. Deshalb bestand Gradl darauf, dass „der Bundesvertriebenenausschuss nicht mit dem Landesverband Oder-Neiße identisch gemacht werden darf“, und kritisierte Oberländer aufs schärfste. Dies machte Oberländer schließlich einen Strich durch die Rechnung, gerade als der eskalierende Skandal um seine Nazi-Vergangenheit den Vertriebenenminister ab Ende 1959 zunehmend beschäftigte.¹²³

Der finale Akt des CDU/CSU-Dramas war lediglich eine kurze Coda. Auch nach seinem Rücktritt als Minister blieb Oberländer zunächst in der Partei aktiv und wurde im April 1961 als Leiter des Landesverbandes Oder-Neiße wiedergewählt.¹²⁴ Trotz seiner stark geschwächten Position hielt er an den expansiven Ansprüchen seiner Organisation fest. Im Juni 1961 bekräftigte er: „dem Landesverband der Oder/Neiße obliegt auf der Bundesebene der CDU/CSU die Vertretung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge“. Wieder einmal war es eine prompte Ohrfeige von Gradl und der Exil-CDU, die ihn zum Rückzug zwang.¹²⁵ 1964 übergab er den Vorsitz des Landesverbandes Oder-Neiße an den moderaten Sudetendeutschen Josef Stingl (1919–2004). Als es 1968 schließlich zu einer Umstrukturierung der internen Vertriebeneneinrichtung

120 ACDP, 07-001-046/3, Heck an Ryba, 11.10.1955.

121 ACDP, 01-094-021/2, Oberländer im Protokoll über die gemeinsame 2-tägige Arbeitstagung vom 27./28. November 1959 der Vertriebenen- und Flüchtlingsabgeordneten der einzelnen Länderparlamente, der CDU/CSU-Flüchtlingsabgeordneten des Bundestages und des Vorstandes des CDU/CSU-Landesverbandes Oder/Neiße; ACDP, 01-294-070/1, Miller an Gradl, 11.02.1959.

122 ACDP, 07-004-049/4, Protokoll der Sitzung des Bundesvertriebenenausschusses, 05.02.1959.

123 ACDP, 01-294-070/1, Gradl an Kraske, 14.04.1959; ACDP, 01-294-074/1, Gradl an Oberländer, 26.10.1959 u. 02.11.1959.

124 BArch, N 1397/74, Landesverband Oder-Neiße, Entschließung, 23.04.1961.

125 ACDP, 01-294-070/1, Gradl an Kraske, 03.06.1961, Oberländer an Gradl, 09.06.1961.

gen der CDU/CSU kam, entsprach das Ergebnis nicht den Vorstellungen Oberländers – und Kathers. Stattdessen gingen der Landesverband Oder-Neiße und der Bundesvertriebenenausschuss in der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge (UdVF) auf, während die Exil-CDU unter Gradl ihre eigenständige Existenz fortführte.

Der Kampf um die Vorherrschaft im Vertriebenensektor war freilich auch in anderen Parteien wahrzunehmen, obwohl dort die potentiellen Belohnungen weniger greifbar als in der größten herrschenden Partei waren, zumindest was den möglichen Zugriff auf Ministerposten anging. Nach der CDU/CSU war es die SPD, in der die Wirkungsweise ambitionierter Personen, die ihre persönlichen und institutionellen Netzwerke für ihre eigenen Zwecke einsetzten, am besten zu beobachten ist. Ein wegweisender Parteistrategie und Machtmensch wie Herbert Wehner (1906–1990) mag kein Interesse am „Posten des Vertriebenenministers“ gehabt haben, wie er es 1965 im Bundestag vor den Wahlen verlauten ließ. Dies traf aber nicht auf alle führenden Vertriebenenpolitiker zu.¹²⁶ Eine Reihe solcher Persönlichkeiten wetteiferte um Einfluss innerhalb der Partei und versuchte dabei auch, sich Zugang zur Regierung und zur Vertriebenenlobby zu verschaffen.

Der herausragende Vertriebenenpolitiker in der SPD war Wenzel Jaksch. Er war nicht nur in der Partei stark verwurzelt, sondern auch in der Sudetendeutschen Landsmannschaft und in deren Unterorganen, einschließlich der von ihm geleiteten Seliger-Gemeinde. Auch in der breiteren Vertriebenenbewegung war er zu Hause; 1964 wurde er sogar Präsident des Bundes der Vertriebenen. Ebenso saß er seit 1953 ohne Unterbrechung bis zu seinem Tod als Abgeordneter im Bundestag. Allgemein bekannt wurde er als Hauptverfasser des Jaksch-Berichts von 1961, welcher sich die Aufstellung von Parametern für die bundesdeutsche Ostpolitik zum Ziel setzte. Bezeichnenderweise war Jaksch als Bundesvertriebenenminister für die bei der Bundestagswahl 1961 aufgestellte SPD-Regierungsmannschaft vorgesehen.¹²⁷

Unter den sudetendeutschen Parteimitgliedern war sein prominentester Verbündeter – und gelegentlicher Rivale – Richard Reitzner, dessen bedeutendste politische Rolle im Amt des stellvertretenden Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Heimatvertriebene von 1949 bis 1957 bestand. Nach Reitzners Tod im Jahr 1962 war Jakschs profiliertester Verbündeter und Rivale im Vertriebenensektor der SPD der Ostpreuße Reinhold Rehs. Zu dessen zahlreichen politischen Erfolgen gehörten ein Bundestagsmandat seit 1949, der Vorsitz des Bundestagsausschusses für Heimatvertriebene von 1961 bis 1969 und Führungspositionen in der Landsmannschaft Ostpreußen und dem Bund der Vertriebenen, dessen Leitung er 1967 als Nachfolger Jakschs übernahm. Während der Großen Koalition wurde er auch als möglicher Bundesvertriebenenminister gehandelt.¹²⁸

Weder waren die Rivalitäten innerhalb der SPD so ausgeprägt wie in der CDU/CSU, noch waren sie von außen so ersichtlich. Sie drehten sich meistens um einen an-

126 AdsD, Präsidiums-Protokolle, April–Juli 1965, Wehner im Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Präsidiums und der Regierungsmannschaft der SPD, 18.06.1965.

127 Brachstein, Jaksch.

128 Rehs Vertriebenenminister?, in: Deutsche Tagespost, 12.06.1968.

dauernden, aber eher gedämpften Machtkampf zwischen den beiden ehrgeizigsten Akteuren, Jaksch und Rehs, welcher teilweise innerhalb des SPD-Vertriebenensektors, aber auch über die Partei hinaus stattfand, wobei der Fokus auf Spitzenpositionen im BdV oder in der Regierung lag. Der Top-Experte der Partei in Sachen Vertriebenenfragen, Hans Stephan, analysierte die Beziehung der beiden Männer in einem vertraulichen Bericht an den SPD-Bundesvorstand Ende 1963 wie folgt: „Jaksch und Rehs lassen eine Zusammenarbeit vermissen, das betrifft besonders Jaksch. Es gibt selten gegenseitige Informationen. Mein Eindruck: Jaksch sieht in Rehs eine gewisse Rivalität.“ Ebenso beschrieb er die gegensätzlichen Persönlichkeiten der beiden: „Rehs ist politisch ausgleichend. Jaksch betätigt sich als Volkstribun und führt das starke Wort.“¹²⁹

Die vertriebenen- und flüchtlingspezifischen Unterorgane der SPD wurden im Zuge dieser Rivalitäten nicht so sehr instrumentalisiert, wie es in den Unionsparteien der Fall war, auch weil sowohl die Hauptkonkurrenten als auch ihre Gefolgsleute in den gleichen Körperschaften saßen, insbesondere dem Arbeitskreis VI-Heimatvertriebene und dem Bundesvertriebenenausschuss. Eine Ausnahme bildete die Seliger-Gemeinde, die Jaksch und seine sudetendeutschen Unterstützer zur Bildung von Netzwerken und Allianzen nutzten. Deren Präsidium war besonders geeignet für solche Zwecke, da es sich um eine kleinere Einrichtung mit einer Handvoll führender sudetendeutscher Sozialdemokraten, angeführt von Jacksch, handelte.¹³⁰

Ein Teil des parteipolitischen Networkings im Vertriebenensektor fand nicht innerhalb der großen Parteien, sondern parteiübergreifend zwischen bestimmten Individuen statt. Die verschiedenen Vertriebenenverbände lieferten die Basis für eine Vielzahl solcher Kontakte, die eine begrenzte Zusammenarbeit zwischen Vertretern verschiedener politischer Lager begünstigten, wenn auch typischerweise in spezifischen politischen Bereichen, vor allem in der sogenannten Heimatpolitik und in integralen Bereichen der Sozialpolitik, insbesondere dem Lastenausgleich.¹³¹ Es gab auch gelegentliche Bemühungen, solche sektoralen Kooperationen in stabilere und länger andauernde, parteiübergreifende Netzwerke umzuwandeln. Linus Kathers Versuche, eine Arbeitsgemeinschaft der Vertriebenenabgeordneten im Bundestag zu etablieren, wurden bereits genannt.¹³² Auf der Ebene persönlicher Netzwerke verdient ein parteiübergreifender Kreis von prominenten Vertriebenenpolitikern, der in den 1950ern aktiv war, besondere Aufmerksamkeit. Den Kern des Netzwerkes bildeten Georg Baron Manteuffel-Szoegé aus der CSU und Richard Reitzner aus der SPD, deren Beziehung von „engem persönlichen Kontakt, praktischer Zusammenarbeit, offener

129 AdsD, PV, Alter Bestand, 1574 B, Stephan, Ergänzungsbericht zum Bonner Depeschen Artikel über den Mitarbeiter-Kongress des BdV, 17.10.1963.

130 AdsD, Seliger-Gemeinde, NL Wirkner, 4/SERW000195, Protokoll über die Sitzung des Präsidiums der Seliger Gemeinde, 11.02.1965.

131 Manfred Kittel: Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975). Düsseldorf 2020; Reinhold Schillinger: Der Entscheidungsprozess beim Lastenausgleich 1945–1952. St. Katharinen 1985.

132 Kather, Entmachtung, Bd. 1, S. 81f.

gegenseitiger Aussprache“ geprägt war.¹³³ Bei regelmäßigen Treffen, an denen auch Wenzel Jaksch und Reinhold Rehs aus der SPD und Axel de Vries aus der FDP teilnahmen, wurden aktuelle politische Themen in einem respektvollen Umgang diskutiert. Manteuffel-Szoegé lobte mitunter „Vorschläge von den Herren der SPD“ als „klug und abgewogen“, während er seine eigenen Parteikollegen kritisierte.¹³⁴ Auf institutioneller Ebene strebte der FDP-Vertriebenenausschuss nach einer Vernetzung mit seinem Pendant in der CDU; dies stieß aber laut dessen Vorsitzenden auf wenig „Gegenliebe“.¹³⁵

Generell waren die Bemühungen um den Aufbau nachhaltiger und substanzieller parteiübergreifender Netzwerke im Vertriebenensektor nur begrenzt erfolgreich, was deutlich darauf hinweist, dass es um mehr ging als die parteiübergreifende Zusammenarbeit als solche. Die zentrale Frage betraf die primären Loyalitäten der Parteipolitiker mit Vertriebenenhintergrund in der frühen Bundesrepublik. Für eine kleine Minderheit, insbesondere Linus Kather, lag die Priorität auf der Vertriebenensache. Kather zufolge musste „das Schicksal der Vertriebenen [...] den Vorrang haben“, da das „Vertrauen der Heimatvertriebenen auf die Dauer nur der behalten wird, der niemals bereit ist, ihre berechtigten Interessen parteitaktischen Erwägungen oder Anforderungen hintanzustellen.“¹³⁶ Bei den meisten anderen stand, wie Wolfgang Fischer festgestellt hat, „bei ihrem politischen Handeln im Bereich der Vertriebenenpolitik eher ihre parteipolitische Bindung im Vordergrund.“¹³⁷ Selbstverständlich gab es bei der Stärke dieser Bindung Unterschiede. So unternahm Manteuffel-Szoegé zu einem gewissen Grad einen Spagat, wie es seine persönlichen Bemühungen um Vernetzungen bezeugen. In seinem Tagebuch beklagte er die „Haltung verschiedener Sozialdemokraten, vor allem Reitzners“, die – trotz der Anstrengungen, Kontakt zu knüpfen – ihre Partei letztlich als „wichtiger als alles andere“ betrachteten.¹³⁸

Besonders ausgeprägt mag Parteitreue in der Tat bei den Vertriebenenpolitikern der SPD gewesen sein, von denen viele im sozialdemokratischen Milieu groß geworden waren und sich darin sehr heimisch fühlten. Einer dieser Veteranen war Ernst Paul (1897–1978). In der Partei und der Seliger-Gemeinde als gemäßigter Schlichter auftretend, brachte er diese Haltung auf den Punkt:

„Grundsätzlich will ich klarstellen, dass ich mich nicht als Abgeordneter der beziehungsweise für die Vertriebenen betrachtet habe, sondern als sozialdemokratischer Abgeordneter aus dem Kreis der Vertriebenen. Selbstverständlich habe ich mich immer auch für die Vertriebenenfragen interessiert, aber bestimmend waren für mich immer Grundsätze sozialdemokratischer Politik.“¹³⁹

133 BArch, N 1157/1, Tagebucheintrag Manteuffel-Szoegés, 15.12.1955.

134 Ebd., Tagebucheinträge Manteuffel-Szoegés, 18.12.1957, 13.04.1956, 08.02.1957; Czaja, Unterwegs, S. 539, 556, 802.

135 ADL, A 13-3, Protokoll der Sitzung des Vertriebenenausschusses, 19./20.06.1954.

136 Kather, Entmachtung, Bd. 2, S. 211; Kather zitiert nach Fischer, Heimat-Politiker, S. 86.

137 Fischer, Heimat-Politiker, S. 255, S. 85–90. Vgl. dazu auch die Beiträge von Wolfgang Fischer und von Michael Schwartz im vorliegenden Band.

138 BArch, N 1157/1, Tagebucheintrag Manteuffel-Szoegés, 15.11.1955.

139 Paul zitiert in: Stickler, Ostdeutsch, S. 203.

Ähnliche Dynamiken herrschten allerdings ebenso in der CDU/CSU und der FDP vor; eine starke parteipolitische Bindung war eine Voraussetzung für eine langfristige Parteikarriere. Individueller Einsatz in der Vertriebenenpolitik musste mit den übergeordneten Parteizielen und der Tagespolitik übereinstimmen, nicht ihnen widersprechen oder sie gar untergraben.¹⁴⁰ In der FDP brachte Otto Arndt, der Leiter des parteiinternen Vertriebenenausschusses, diese Haltung klar zum Ausdruck, indem er betonte, dass das „Ziel [...] niemals“ sein könne, „innerhalb der FDP eine Vertriebenen-Hausmacht zu schaffen“.¹⁴¹

Letztlich wurden also die sich an der Gegenwart ausrichtenden parteipolitischen Netzwerke, innerhalb derer die großen Parteien und die führenden Vertriebenenpolitiker mit dem BMVt und miteinander agierten, vom Primat der Parteipolitik bestimmt. Der Vorrang der Parteiinteressen war von all jenen zu akzeptieren, die weiterhin mitspielen wollten. Diejenigen, die sich dem widersetzen, mussten irgendwann den Platz freimachen oder die Partei wechseln, wie es Linus Kather 1954 und mehrere andere Vertriebenenpolitiker im Zuge der neuen Ostpolitik taten.

3.2. Vergangenheitspolitische Netzwerke

Trotz ihres Fokus auf die Politik und Wechselwirkungen in der Gegenwart entwickelten sich die parteipolitischen Netzwerke, in die die großen Parteien und das BMVt eingebunden waren, natürlich nicht in einem historischen Vakuum. Sie koexistierten, interagierten und überlappten sich mit weiteren Netzwerken, darunter zwei, die in der jüngeren deutschen Vergangenheit wurzelten. Das eine bezog sich auf das ‚Dritte Reich‘ und seine Hinterlassenschaften: frühere Nationalsozialisten und Funktionäre des NS-Regimes, ihr früheres und gegenwärtiges Handeln, ihr Einfluss und ihre Wirkung. Das andere fußte auf alternativen Netzwerken aus der Zeit vor 1945, etwa aus dem Bereich der Opposition im ‚Dritten Reich‘, oder persönlichen Netzwerken, die bis in die Zeit vor dem Nationalsozialismus, in die Weimarer Republik und sogar bis ins Kaiserreich zurückreichten.

Um die Funktion solcher Netzwerke tiefergehend zu untersuchen, werden fünf Personen in den Fokus gerückt, von denen alle Schlüsselrollen in der frühen Phase des BMVt innehatten. Vier von ihnen wurden Bundesvertriebenenminister, und obwohl der fünfte von ihnen dieses Ziel nicht erreichen konnte, prägte er die frühe Geschichte des Ministeriums maßgeblich mit. Zwei der besagten Figuren, Theodor Oberländer und Hans Krüger, waren tief in das Unrechtssystem des ‚Dritten Reichs‘ verstrickt. Die anderen drei, Hans Lukaschek, Johann Baptist Gradl und Linus Kather, hatten keine braune Vergangenheit. Ihre politischen Wurzeln lagen in alternativen Netzwerken, die zumindest relativ resistent gegen die nationalsozialistische Durchdringung oder gar, wie in Lukascheks Fall, im organisierten Widerstand ak-

140 Im GB/BHE war die Lage ein bisschen anders, weil der BHE als eine Art Vertriebenenpartei entstanden war, aber Loyalität zur Partei wurde auch dort erwartet.

141 ADL, A13-1, Arndt im Ergebnis-Protokoll zur Arbeitstagung des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsausschusses der FDP, 20.08.1960.

tiv waren. Die Fallstudien dieser Führungsfiguren beleuchten komplexe Prozesse: Auf einer Ebene umfassen sie Interaktionen verschiedener Arten von Netzwerken im politischen Alltag des BMVt und die Folgen dieser Wechselwirkungen. Auf einer tieferen Ebene beinhalten sie auch die Implikationen der Hinterlassenschaften des ‚Dritten Reichs‘ für die politische Neuorientierung und Demokratisierung der frühen Bundesrepublik.

Für eine Untersuchung der Rolle, welche die in der jüngeren Vergangenheit verwurzelten Netzwerke für die Geschichte des BMVt spielten, ist der zweite Bundesvertriebenenminister, Theodor Oberländer,¹⁴² ein guter Ausgangspunkt. Oberländer war der prototypische Netzwerker der Sorte Ex-Nazi an der Spitze des Ministeriums. Oberländers Vergangenheit war kompliziert und kann auf gegensätzliche Weise gelesen werden, aber seine erhebliche Verstrickung in das Naziregime bleibt unbestritten. 1923 war Oberländer beim Hitlerputsch in München dabei. Nach der Machtergreifung 1933 trat er der NSDAP und der SA bei, worauf er eine steile Karriere als ein führender NS-Ostexperte machte und sich als Verfechter der deutschen Eroberung und Beherrschung Osteuropas hervortat. Seit den späten 1930ern begann er jedoch, die offizielle Nazi-Doktrin über die bei der Eroberung des Ostens anzuwendenden Methoden in Frage zu stellen. Seinem Hauptbiograf Philipp-Christian Wachs zufolge lehnte Oberländer sowohl den „Planungswahn“ ab, der Projekten wie dem Generalplan Ost inhärent war, als auch die exzessive und willkürliche Brutalität, die für die deutsche Besetzung kennzeichnend wurde.¹⁴³ In einer Reihe von Denkschriften, die ihn bei den führenden Nazieliten in Ungnade fallen ließen und zu seiner Degradierung führten, forderte er pragmatischere militärische und politische Strategien, die darauf abzielen sollten, die Eliten der kommunistischen Sowjetunion zu den Hauptfeinden zu machen und eine differenzierte Politik gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen zu verfolgen. Dabei sollte der Schwerpunkt auf den nationalen Minderheiten der UdSSR liegen, allen voran den Ukrainern als mögliche, zeitlich begrenzte Verbündete.

Trotz der Abweichung von der extremen NS-Politik muss Oberländers Gedanken gut ins rechte Licht gerückt werden: Er war kein Gegner des Regimes. Er billigte im Gegenteil den Eroberungskrieg des NS-Regimes, teilte die Grundzüge seiner Rassenideologie, vertrat antisemitische Ansichten und betrachtete die UdSSR und Polen als besondere Feinde. Um Wachs’ differenzierte Darstellung zu zitieren: „Seine Ideen waren dabei kein Ausfluß humanistischer Philanthropie – ihm ging es um die kühle Effizienz einer dauerhaften, möglichst nachhaltigen, lokal verwurzelten deutschen Herrschaft im Osten“.¹⁴⁴

Oberländers Bemühungen um die Förderung der deutschen Vorherrschaft fanden während seines Einsatzes als Militäroffizier an der Ostfront zwischen 1941 und 1943 praktische Anwendung. Am umstrittensten war seine Rolle als Kommandeur des

142 Vgl. dazu Mathias Beer: Theodor Oberländer, in: Kanzler und Minister: 1949–1998. Biografisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen. Hrsg. v. Udo Kempf/Hans-Georg Merz. Opladen 2001, S. 515–521.

143 Wachs, Oberländer, S. 188.

144 Ebd., S. 489.

Bataillons „Nachtigall“, eine Einheit nationalukrainischer Freiwilliger in der frühen Phase der Operation „Barbarossa“. Von Ende Juni bis Anfang Juli 1941 spielte das Bataillon eine Schlüsselrolle bei der Eroberung Lembergs (Lwiw), währenddessen es zu Massensexekutionen von Zivilisten kam, was später als Massaker von Lemberg in die Geschichte einging. Welche Rolle Oberländer bei diesen Gräueltaten genau spielte, blieb unklar; diesbezügliche Anschuldigungen sollten ihn später als Bundesvertriebenenminister verfolgen.

Von Herbst 1942 bis Sommer 1943 war Oberländer Kommandeur einer anderen ethnisch gemischten militärischen Einheit, des Sonderverbands Bergmann, der aus sowjetischen und französischen Kriegsgefangenen bestand und im Kaukasus zur Partisanenbekämpfung eingesetzt wurde. Wiederholt kam es im Umfeld des Sonderverbands zu Massakern an Zivilisten, vorrangig Juden, welche meistens von der SS-Einsatztruppe D begangen wurden. Spätere Anschuldigungen bezüglich Oberländers Leitung des Sonderverbands Bergmann betrafen jedoch eher seine Rolle bei der brutalen Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener in der Region als eine Beteiligung an den Massensexekutionen. Oberländers Militärkarriere fand 1943 ihr jähes Ende, als ihm wegen seiner anhaltenden Kritik an den Strategien des NS-Regimes das Kommando über den Sonderverband entzogen und er schließlich aus der Wehrmacht entlassen wurde. Er verbrachte den Rest des Kriegs hauptsächlich in Prag, in Ungnade bei der obersten Naziführung und unter Beobachtung durch den Sicherheitsdienst des Reichsführers SS (SD), aber in relativer Sicherheit im Vergleich zu Frontoffizieren oder prinzipiellen Gegnern des Regimes.¹⁴⁵

Nach Kriegsende war Oberländers Aufstieg in der jungen Bundesrepublik geradezu kometenhaft. Zunächst in britischer und amerikanischer Kriegsgefangenschaft, wurde er bereits 1950 Vorsitzender des BHE in Bayern und Mitglied der bayerischen Koalitionsregierung – und im darauffolgenden Jahr Stellvertreter Waldemar Krafts in der Bundesführung des BHE. Im Anschluss an seine Wahl in den Bundestag 1953 erfolgte seine Ernennung zum Bundesvertriebenenminister.¹⁴⁶ Wie Philipp-Christian Wachs dargelegt hat, waren die persönlichen Netzwerke aus der NS-Zeit für Oberländers Aufstieg entscheidend. „Ein erprobtes Netzwerk aus Freunden, Gildenbrüdern und Weggefährten“, darunter Kameraden aus Kreisen der Ostforschung und der Abwehr-Organisation um Admiral Canaris, hatte Oberländer im ‚Dritten Reich‘ aus der Klemme geholfen.¹⁴⁷ Nach dem Krieg erwiesen sich ähnliche Verbindungen als hilfreich. Oberländer bediente sich dieser systematisch, besonders während des Entnazifizierungsprozesses, infolgedessen er erstaunlicherweise der Kategorie der Entlasteten zugerechnet wurde, dank der großzügigen Aussagen von Freunden, ehemaligen Kollegen sowie der Hilfe von US-Geheimdiensten, die seine Expertise gegen den aufkommenden sowjetischen Feind einsetzen wollten.¹⁴⁸

145 Wachs, Oberländer, S. 25–190.

146 Ebd., S. 317–332. In der bayerischen Landesregierung war er Staatssekretär für das Flüchtlingswesen, mit Kabinettsrang.

147 Ebd., S. 317.

148 Ebd., S. 318–321.

Auch während seiner Amtszeit als Bundesvertriebenenminister war die Nutzung von NS-Netzwerken ein ebenso prominentes wie umstrittenes Merkmal in Oberländers Tätigkeit. Auch wenn seine Personalrekrutierungspraktiken in anderen Beiträgen thematisiert werden, ist ein kurzer Hinweis auf ihre auffallenden Merkmale an dieser Stelle unerlässlich. Kurz nach seinem Amtsantritt als Minister sorgte Oberländer für eine ganze Reihe von Veränderungen im BMVt. Es gelang ihm, die Befugnisse des Ministeriums auszuweiten, was schon in der Namensänderung von „Bundesministerium für Vertriebene“ zu „Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte“ im April 1954 deutlich wurde. Er reformierte die innere Struktur, indem er die Anzahl der einzelnen Abteilungen reduzierte und mehrere Abteilungsleiter entfernte, die von seinem Vorgänger eingesetzt worden waren. Am umstrittensten war, dass unter den acht neuen Beamten und Angestellten, die er in hohe Führungspositionen brachte, sechs ehemalige Nationalsozialisten waren, drei davon mit einer besonders fragwürdigen persönlichen Geschichte.¹⁴⁹ Werner Ventzki (1906–2004), den Oberländer als Leiter der Berliner Außenstelle des Ministeriums ausserkoren hatte, war ehemaliger NS-Gauamtsleiter, Oberbürgermeister von Lodz und Träger des goldenen Parteiabzeichens der NSDAP.¹⁵⁰ Georg Goldschmidt, Mitglied des Ausländerreferats im BMVt, war vor dem Krieg und währenddessen Volksgruppenführer der Ungarndeutschen, in enger Kooperation mit der SS. Nach 1945 war er zunächst nach Argentinien geflohen und erlangte anschließend die österreichische Staatsbürgerschaft. Später erhielt er einen bayerischen Flüchtlingsausweis als Vorstufe der deutschen Staatsbürgerschaft – mit Hilfe Oberländers.¹⁵¹ Ebenso dubios war die Ernennung Gerhard Wolfrums zum persönlichen Referenten des Ministers. Zu seinen früheren Karrierehöhepunkten gehörten eine ranghohe Position in der Volksdeutschen Mittelstelle, von der aus er die Umsiedlung der Buchenlanddeutschen nach Nazi-Deutschland koordiniert hatte, und der Dienst in der Waffen-SS als Obersturmführer.¹⁵² Zwischen all diesen Männern war das verbindende Element die persönliche Beziehung zu Oberländer, welcher sie alle persönlich aus der NS-Zeit kannte. Oberländers Verbindung mit Wolfrum reichte gar bis in völkisch-rechte Kreise zu Zeiten der Weimarer Republik zurück.¹⁵³

Mit der Ernennung Oberländers bekam das Ministerium einen Chef mit einer bemerkenswert braunen Vergangenheit, der mehrere Schlüsselpositionen mit höchst kompromittierten Personen besetzte und zu Beginn seiner Amtszeit eine Partei vertrat, die für ihre tolerante Einstellung gegenüber ehemaligen NSDAP-Parteigenossen bekannt war. Zudem besaß Oberländer einen sehr ambitionierten und rücksicht-

149 ACDP, 01-518-015/2, Nahm an van Dam, 13.05.1960, Nahm an Krone, 28.04.1960; vgl. zu den drei, Werner Ventzki, Georg Goldschmidt und Gerhard Wolfrum, den Beitrag von Mathias Beer im vorliegenden Band.

150 Oberländer: Baustein oder Dynamit?, in: Der Spiegel, 21.04.1954; ACDP, 01-518-015/2, Nahm an van Dam, 13.05.1960; Wachs, Oberländer, S. 335.

151 Oberländers Gefolgschaft, in: Die Zeit, 06.05.1954; Wachs, Oberländer, S. 335; vgl. dazu auch den Beitrag von Mathias Beer im vorliegenden Band.

152 Ebd., S. 334.

153 Wachs, Oberländer, S. 336.

losen, bisweilen sogar skrupellosen Charakter. „Die Zeit“ beschrieb ihn treffend wie folgt: „ein mittelgroßer, gedrungener, sportlicher Mann mit scharfen Zügen, die auf Entschlossenheit deuten, und eine befehlsgewohnte Stimme. Ein Kommandoton schwingt mit, von dem sich viele abgestoßen fühlen.“¹⁵⁴ Aufgrund dieser Tatsachen war es nur eine Frage der Zeit, bis Oberländer als Bundesvertriebenenminister auf Ablehnung stoßen und in die Kritik geraten sollte.

Freilich waren die ersten Reaktionen der Mainstreammedien auf den neuen Minister moderat. Während manche Kommentatoren Sorge darüber äußerten, dass „Oberländer eine Reihe kompromittierter Nationalsozialisten zu seinen Mitarbeitern im Ministerium gemacht hat“, war der Ton insgesamt eher vorsichtig. Sogar „Der Spiegel“ entschied sich dazu, Oberländers asketischen Charakter und sportliche Gewohnheiten hervorzuheben, nicht seine Nazi-Verbindungen.¹⁵⁵ Ein Artikel vom April 1954 ließ nahezu eine bewundernde Haltung durchblicken:

„Jetzt kommt er wegen Arbeitsüberlastung kaum noch zum sonst geübten Diskus- und Speerwerfen. Wenn er morgens gegen 5.30 Uhr sein Wohn-Schlafzimmer direkt im Ministeriumsbau verläßt – die Familie wohnt nach wie vor in Augsburg – legt er nur noch einen Morgenlauf ein, um sich körperlich fit zu halten.“¹⁵⁶

Schärfere Kritik kam aus Politikerkreisen. Ein Teil davon konzentrierte sich auf Oberländers Nazi-Vergangenheit und seine umstrittenen Personalentscheidungen. SPD-Mann Wenzel Jaksch erinnerte seine Parteigenossen an die problematischen Kriegshandlungen des Ministers und die damit verbundenen Implikationen: „Oberländer hat 1941 für die Vertreibung der Polen aus dem Warthegau plädiert und kann jetzt unmöglich gegen die Vertreibung der Ostdeutschen mit gutem Gewissen auftreten.“¹⁵⁷ Innerhalb der CDU/CSU betonte Walter Rinke, „Oberländer habe in seinem Ministerium alten Nazis Schlüsselstellungen gegeben. Ob er aber ein Saulus oder ein Paulus sei, könne nur der Bundeskanzler beantworten.“¹⁵⁸

Im Kontext der frühen bis mittleren 50er Jahre beschränkten sich lautstarke Äußerungen der Besorgnis über Oberländers NS-Netzwerke auf kleine Kreise von Politikern mit eindeutig anti-nationalsozialistischem Bezug wie Jaksch, Rinke oder Linus Kather. Meistens spiegelten die Einwände gegen Oberländer eher parteipolitische Bedenken wider. Besonders innerhalb der Unionsparteien gab es erheblichen Unmut darüber, dass das BMVt an einen BHE- und nicht an einen CDU/CSU-Vertreter übergeben wurde. Staatssekretär Nahm beschrieb die Sachlage zu Beginn des Jahres 1954 wie folgt:

„Meine Hoffnung, dass sich das von Anfang an gespannte Verhältnis zwischen der CDU-Fraktion und Minister Dr. Oberländer normalisieren würde, scheint falsch zu sein. [...] Große Teile der Fraktion haben sich mit der Tatsache, dass ein BHE-Mann das

154 Der neue Chef des BHE, in: Die Zeit, 27.05.1954.

155 Ebd.

156 Oberländer: Baustein oder Dynamit, in: Der Spiegel, 21.04.1954.

157 AdsD, PV-Protokolle 1954/12, Jaksch im SPD-Bundesvorstand, 03.05.1954.

158 ACDP, 08-001-A/1, 1007/1, Rinke in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 12.07.1955.

Vertriebenenministerium bekam, noch nicht abgefunden. [...] dieser hat durch seine personalpolitischen Maßnahmen (nicht durch alle!), sowie durch die ihm anhaftende Art allerdings einigen Anlaß gegeben, der latenten Spannung Ventile zu öffnen.“¹⁵⁹

Die Tatsache, dass Oberländer – trotz seiner problematischen Vergangenheit – so schnell zum Minister aufstieg und dass seine Personalentscheidungen nur gemäßigte Kritik hervorriefen, enthüllte eine tiefe Wahrheit über die frühe Bundesrepublik. Eine Nazi-Laufbahn musste für einen Politiker kein Karrierehindernis sein, solange die vergangenen Handlungen nicht zu offensichtlich mit Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Verbindung gebracht werden konnten, der Entnazifizierungsprozess ein einigermaßen sauberes politisches Zeugnis ergab und die Person unbedingt zu Anpassung und Kompromissen bereit war. Es war essenziell, eine scheinbar klare Linie zwischen der eigenen NS-Vergangenheit und der Annahme der politischen Werte und Erwartungen der Gegenwart zu ziehen, zumindest in der Öffentlichkeit. Oberländer tat dies mit Bravour, indem er stets als überzeugter Demokrat und loyaler Unterstützer Adenauers und dessen Westpolitik auftrat. Er verteidigte auch explizit seine kontroversen BMVt-Ernennungen im Hinblick auf das demokratische Engagement und die fachliche Kompetenz der Eingestellten, besonders gegenüber dem Kanzler als letzter Instanz.¹⁶⁰ Adenauer wiederum revanchierte sich, indem er Oberländer als eine der „sehr wertvollen Kräfte“ aus dem GB/BHE, „die man braucht“, bezeichnete.¹⁶¹ Dies tat er natürlich aus seinem eigenen tagespolitischen Kalkül heraus, das sich um die Sicherung einer ausreichenden parlamentarischen Mehrheit und eines geeigneten Kabinetts drehte, wodurch er sein politisches Programm durchsetzen wollte, die Bundesrepublik im Kalten Krieg an den Westen zu binden. Anders formuliert, hatten gegenwärtige parteipolitische Netzwerke Priorität gegenüber möglicherweise überlappenden NS-Netzwerken, solange letztere für erstere keine ernste Bedrohung darstellten.

Die frühe Bundesrepublik verlangte folglich Anpassungs- und Wandlungsfähigkeit von Individuen mit einer fragwürdigen persönlichen Vergangenheit. Oberländer verfügte über diese Merkmale in hohem Maße. 1954 formulierte „Die Zeit“ dazu passend, dass der neue Bundesvertriebenenminister „eine seltene Mischung von Tatkraft und Anpassungsfähigkeit“ sei und die Gabe „einer guten Witterung“ besitze.¹⁶² Eine andere wichtige Erkenntnis war, dass Oberländer seine Beziehungen zu politischen Parteien und Netzwerken vorrangig für seinen eigenen Aufstieg nutzte. Kontakte dieser Art dienten vor allem als „Transmissionsriemen seiner persönlichen Interessen“.¹⁶³ Im Kontext der frühen bis mittleren 1950er passte Oberländer hervorragend zu den Anforderungen des politischen Systems und den Erwartungen innerhalb der politischen Kultur der Bundesrepublik.

159 BArch, B 136/4699, Nahm an Globke, 01.04.1954.

160 Ebd., Oberländer an Adenauer, 29.05.1954.

161 Adenauer im CDU-Bundesvorstand, 02.05.1955, in: Adenauer: „Wir haben wirklich“, S. 460.

162 Der neue Chef des BHE, in: Die Zeit, 27.05.1954.

163 Wachs, Oberländer, S. 497.

Am Ende des Jahrzehnts änderte sich jedoch die politische Kultur samt den dazugehörigen vergangenheitspolitischen Maßstäben. Die Verbrechen der NS-Zeit wurden konsequenter ins Blickfeld genommen, u. a. dank des bahnbrechenden Ulmer Einsatzgruppen-Prozesses von 1958 und der im selben Jahr erfolgten Gründung der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg.¹⁶⁴ An der Jahrzehntwende erfolgte in der Bundesrepublik eine Reihe von Anschlägen auf jüdische Gotteshäuser und Gräber, die an Weihnachten 1959 in Köln begannen und dann auf weitere Teile des Landes übergriffen hatten. Der Schaden für das internationale Ansehen der Bundesrepublik war immens, und der Versuch der Schadensbegrenzung folgte prompt: Die Regierung erließ ein eilig zusammengestelltes Weißbuch, das die Angriffe als von stumpfsinnigen, betrunkenen und politisch ignoranten Rowdys ausgehenden Vandalismus abtat.¹⁶⁵

Unter diesen veränderten Umständen rückte Oberländers Nazi-Vergangenheit im Spätherbst 1959 wieder in den Fokus. Angeheizt vor allem durch Anschuldigungen aus Ostberlin, die sich um Oberländer als angeblichen Haupttäter beim Massaker von Lemberg drehten, eskalierte der öffentliche Skandal um den Bundesvertriebenenminister rasch und fand im Frühling 1960 seinen Höhepunkt, als ein Ostberliner Schauprozess Oberländer in Abwesenheit des Massenmords für schuldig befand. Oberländer musste schließlich Anfang Mai 1960 zurücktreten, auch wenn er und die Bonner Regierung auf der Falschheit der spezifischen ostdeutschen Anklagepunkte beharrten.¹⁶⁶

Im Verlauf der Oberländer-Krise mangelte es schließlich nicht an kritischen Stimmen aus Bonn, erwartungsgemäß seitens der politischen Opposition, aber auch innerhalb der Unionsparteien. Der CDU-Abgeordnete und Adenauer-Vertraute Heinrich Krone (1895–1989) machte seinem Unmut Anfang Februar 1960 in seinem Tagebuch Luft: „Immer wieder Oberländer. Er sollte gehen.“¹⁶⁷ Innerhalb der parteipolitischen Netzwerke gehörte die wichtigste kritische Stimme dem späteren Vertriebenenminister Johann Baptist Gradl, welcher sich zu Oberländers hartnäckigstem Kritiker unter den Christdemokraten entwickelte.

Gradls politischer Hintergrund unterschied sich sehr von Oberländers Vergangenheit. Geboren und aufgewachsen in einer katholischen Familie in Berlin, war er zu Zeiten der Weimarer Republik in der Zentrumsparterie aktiv und wurde in Berlin-Kreuzberg ihr Vorsitzender. Er war mit der Nichte eines relativ bekannten Sozialdemokraten verheiratet und arbeitete während der NS-Zeit im Bankensektor. So blieb er von „braunen Flecken“, die Oberländer anhafteten, verschont.¹⁶⁸ Nach dem Krieg

164 Annette Weinke: Eine Gesellschaft ermittelt gegen sich selbst. Die Geschichte der Zentralen Stelle Ludwigsburg 1958–2008. Darmstadt 2008; Patrick Tobin: Crossroads at Ulm. Postwar West Germany and the 1958 Ulm Einsatzkommando Trial. PhD Diss., University of North Carolina 2013.

165 Die antisemitischen und nazistischen Vorfälle. Weißbuch und Erklärung der Bundesregierung. Bonn 1960.

166 Wachs, Oberländer, S. 209–316.

167 Tagebucheintrag 09.02.1960, in: Heinrich Krone: Tagebücher. Bd. 1. 1945–1961. Bearb. v. Hans-Otto Kleinmann. Düsseldorf 1995.

168 Ein Berliner, der nie den Mut verlor, in: Die Zeit, 05.11.1965.

wurde er Mitbegründer der CDU in der Sowjetischen Besatzungszone und einer der Parteiführenden, die 1947/48 in den Westen flohen. Seine Kontakte und politischen Netzwerke waren somit in der Zentrumsparterie verwurzelt und von den Realitäten der Nachkriegsteilung im Herzen Deutschlands, die er zusammen mit einer Reihe anderer prominenter Christdemokraten aus Berlin und Umland hautnah miterlebt hatte, geprägt. Seine engsten Vertrauten aus dieser Zeit waren solche führenden CDU-Politiker wie Ernst Lemmer, Jakob Kaiser, Robert Tillmanns und Ferdinand Friedensburg (1886–1972). Die wichtigste organisatorische Basis ihres Netzwerks war die Exil-CDU.¹⁶⁹

Vom Beginn der Affäre Oberländer bis zu dessen Rücktritt und darüber hinaus geißelte Gradl seinen Parteikollegen immer wieder für seine Nazi-Vergangenheit und gegenwärtigen Verstrickungen, namentlich,

„dass er in der Zeit nach 1933 in der Apparatur der nationalsozialistischen Regimes keine gleichgültige Position gehabt hat und daß er die Ideologie und die Politik, die uns dann z. B. den deutschen Osten gekostet hat, durch seine praktische Arbeit aktiv unterstützt hat.“¹⁷⁰

Er hob auch hervor, dass Oberländers Vergangenheit nicht nur historisch bedeutsam war, sondern auch hochaktuelle politische Konsequenzen nach sich zog. Gradl fuhr fort:

„Ich halte es im Interesse der deutschen Ostpolitik nicht für gut, dass sie von jemandem formuliert und öffentlich vertreten wird, der in den Jahren nach 1933 in der damaligen Ostarbeit führend tätig war [...]. Jede Aussage über die heutige deutsche Ostpolitik ist von vornherein beeinträchtigt, wenn sie von jemandem ausgesprochen wird, der an der damaligen Politik wesentlich mitgewirkt hat.“¹⁷¹

Gradls unverblünte Kritik spiegelte zweifellos seine Missbilligung der Handlungen des Vertriebenenministers im ‚Dritten Reich‘ wider; es gibt keinen Grund, seine Aufrichtigkeit anzuzweifeln. Aus politischer Sicht hatten Gradls Angriffe jedoch noch eine andere, aktuellere Dimension. Sie bezog sich auf Netzwerke innerhalb der Vertriebenenpolitik und deren Stellenwert. Die im Herbst 1959 aufkommende öffentliche Debatte über Oberländers Nazi-Vergangenheit fiel mit eskalierenden organisatorischen und personellen Konflikten im Vertriebenen- und Flüchtlingssektor der CDU/CSU zusammen. Der stets ambitionierte Oberländer wollte den Einfluss des Landesverbands Oder-Neiße erweitern, indem er den Bundesvertriebenenausschuss und idealerweise auch die Exil-CDU unter seine Kontrolle zu bringen versuchte. Hauptgegner dieses Unterfangens war Gradl, der mit Nachdruck die Beibehaltung der Unabhängigkeit des Bundesvertriebenenausschusses propagierte und darauf bestand, dass „die Vertretung der Sowjetflüchtlinge nicht Sache von Oder-Neiße ist.“¹⁷² In

169 Ulrich Mohr: Politische Auffassungen und deutschlandpolitisches Wirken Johann Baptist Gradls. Frankfurt a. M. 2000.

170 Gradl im CDU-Parteivorstand, in: Adenauer: „Um den Frieden“, S. 640.

171 ACDP, 01-294-074/1, Gradl an Oberländer, 02.11.1959.

172 Ebd., Gradl an Kraske, 29.10.1959.

diesem Kontext wurde die sich rasch verschärfende Problematik von Oberländers politischer Vergangenheit, über die moralischen Implikationen für die Ostpolitik hinaus, auch ein höchst nützliches politisches Werkzeug für die Machtkämpfe der Gegenwart.¹⁷³ Unabhängig davon, ob Gradls Anschuldigungen gegen Oberländer, zumindest in geringem Maße, von seinen eigenen ministeriellen Ambitionen motiviert waren, spiegelten sie mit Sicherheit die Bemühungen eines wichtigen politischen Netzwerks der CDU/CSU wider, welches vornehmlich um die Exil-CDU herum sowie aus Flüchtlingen aus der SBZ/DDR gebildet wurde. Dessen politische Wurzeln lagen in religiös inspiriertem politischem und sozialem Aktivismus und in der Zentrums-*partei*. Es versuchte, Übergriffe einer rivalisierenden Gruppierung um Oberländer zu verhindern, in der im ‚Dritten Reich‘ geschmiedete oder erneuerte Bündnisse zentral waren.¹⁷⁴ Anders formuliert waren Bedenken über die Nazi-Vergangenheit und ihre Wirkungen mit den gegenwärtigen parteipolitischen Anforderungen verwoben, wobei letztere überwogen.

Die enge Verbindung von in der Vergangenheit wurzelnden Netzwerken mit denen, die sich aus gegenwärtigen parteipolitischen Zwängen ergaben, wurde bereits während der turbulenten Amtszeit des ersten Vertriebenenministers Hans Lukaschek deutlich sichtbar. Lukascheks persönliche Geschichte im ‚Dritten Reich‘ war aus der Nachkriegsperspektive vorbildlich: Sogar ein gegnerischer führender Vertriebener lobte seine „unbestrittene persönliche Sauberkeit“.¹⁷⁵ Während der Weimarer Republik war Lukaschek prominenter Politiker der Zentrums-*partei*. Er stieg zum Oberpräsidenten von Oberschlesien auf und wurde im Frühling 1933 von den Nazis entlassen. Während des ‚Dritten Reichs‘ war er als Rechtsanwalt tätig. Er verteidigte vom Regime Verfolgte und war in der bürgerlichen Widerstandsgruppe des Kreisauer Kreises aktiv. Von der Gruppe der Verschwörer gegen Hitler war er als Landesverweser von Schlesien vorgesehen. Nach dem fehlgeschlagenen Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 wurde Lukaschek festgenommen und blieb bis zum Ende des NS-Regimes in Haft. Nach dem Krieg nutzte er sogleich seine Kontakte aus der Weimarer Zeit und wurde Mitbegründer der CDU in Thüringen und Vizepräsident der dortigen Landesverwaltung. Nachdem er von der sowjetischen Militäradministration im Herbst 1946 entlassen worden war, zog Lukaschek nach Westdeutschland. Dort wurde er Präsident des Hauptamtes für Soforthilfe und schließlich, von Adenauer persönlich ausgewählt, Bundesvertriebenenminister. Bevor er an die Spitze des Ministeriums wechselte, fungierte er 1949 auch als erster Vorsitzender des Zentralverbands vertriebener Deutscher (ZvD).¹⁷⁶

173 Wachs, Oberländer, S. 349.

174 Der neue Vertriebenenminister, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 03.11.1965; Fischer, Heimat-Politiker, S. 395.

175 ACSP NL Müller 334, Walter Rinke, „CSU und Heimatvertriebene“, 19.08.1952.

176 Michaela Ellmann: Hans Lukaschek im Kreisauer Kreis. Verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Beiträge zu den Plänen des Kreisauer Kreises für einen Neuaufbau Deutschlands. Paderborn u. a. 2000; Hans-Ludwig Abmeier: Hans Lukaschek, in: Helmut Neubach/Ludwig Petry (Hrsg.): Schlesische Lebensbilder. Bd. 5. Würzburg 1968, S. 228–236.

Bei der Besetzung der Schlüsselpositionen im Bundesvertriebenenministerium griff Lukaschek in hohem Maße auf lang etablierte persönliche Netzwerke zurück. Somit folgte er einem ähnlichen Muster wie sein Nachfolger Theodor Oberländer – allerdings mit zwei entscheidenden Unterschieden. Erstens unterschieden sich die Biografien und Laufbahnen seiner Schlüsselkandidaten wesentlich von denen seines Nachfolgers; und zweitens genoss Lukaschek, mindestens anfänglich, mehr Handlungsspielraum bei der Besetzung des neuen Ministeriums. Dennoch war auch er an die vorgefundenen Strukturen des aus der Besatzungszeit stammenden Amtes für Fragen der Heimatvertriebenen gebunden. Das zeigt sich u. a. an der Person von Ottomar Schreiber, der von der Leitung dieses Amtes in die Position des Staatssekretärs des BMVt wechselte.¹⁷⁷ Mehrere der Spitzenbeamten und Angestellten waren langjährige Mitarbeiter Lukascheks, die ein gemeinsames Profil verband: eine Vorgeschichte in der Weimarer Verwaltung der preußischen Ostgebiete, einschließlich persönlicher Kontakte mit Lukaschek; eine politische Orientierung an der Zentrums- und gegenwärtig an der CDU/CSU; sowie Aktivitäten in der Nachkriegs-Vertriebenenlobby, insbesondere in der Landsmannschaft der Oberschlesier.

Am Beispiel von Lukascheks Personalreferent Konrad Czieslik lässt sich die zentrale Bedeutung solcher Merkmale in den politischen Netzwerken des Ministers exemplarisch zeigen. Czieslik kannte Lukaschek seit den 1930er Jahren, als die beiden Männer im Bund der heimattreuen Oberschlesier zusammengearbeitet hatten. Die Zusammenarbeit setzte sich nach Kriegsende fort, sowohl in der Thüringer Landesverwaltung als auch in der Trizone beim Hauptamt für Soforthilfe. Ein weiteres Beispiel ist Walter Kleberg (1895–1967), einer der vier Abteilungsleiter des Ministeriums unter Lukaschek: Ebenfalls langjähriger Mitarbeiter Lukascheks und CDU-Mitglied, hatte er während der Besatzungszeit eine enge Beziehung zu Adenauer aufgebaut und fungierte als Brücke zwischen den Unionsparteien und dem Ministerium.¹⁷⁸ Dagegen hielt Oberländer bei seiner Amtsübernahme des Ministeriums 1953 als GB/BHE-Vertreter viele der in Schlüsselpositionen Berufenen wegen ihrer Loyalität zu Lukaschek und der CDU/CSU für untragbar. In seinen privaten Aufzeichnungen diskreditierte er sie als „Lukaschekmann“, „CV“, „kath.“, „strenger CDU-Kurs“ oder sogar als „ultraschwarz“.¹⁷⁹

Nach allgemeiner Auffassung war Lukaschek kein besonders erfolgreicher Vertriebenenminister. Selbst sein anfänglich wichtigster Förderer Konrad Adenauer wurde bald desillusioniert. Zu Beginn der 50er kritisierte dieser ihn öffentlich und war dazu geneigt, seinen Minister mit einem durchsetzungsfähigeren Kandidaten auszutauschen. Die Angriffe auf Lukaschek waren vielfältig, wobei die meisten aus dem Vertriebenenbereich kamen. Sein Vorgehen bei Personalentscheidungen rief weitgehende Unzufriedenheit hervor. Obgleich das Ministerium von allen Bundesministerien mit Abstand die höchste Prozentzahl an Vertriebenen-Angestellten hatte

177 Wieland, Bundesministerium, S. 19.

178 Udo Wengst: Staatsaufbau und Regierungspraxis 1948–1953. Düsseldorf 1984, S. 166–167; Beer, Symbolische Politik, S. 309–311; vgl. auch den Beitrag von Mathias Beer im vorliegenden Band.

179 Neumann, Block, S. 350.

– 91 Prozent seiner Beamten und 81 Prozent der Angestellten waren im Jahr 1950 Vertriebene –, missfiel einigen die Zusammensetzung des Personals. Der nur bedingt gerechtfertigte Vorwurf einer Überrepräsentation der Schlesier und Oberschlesier ließ den Beinamen „Schlesisches Himmelreich“ entstehen und brachte Lukaschek dazu, als Reaktion auf die Forderungen verschiedener Vertriebenenverbände kompensatorische Ernennungen vorzunehmen.¹⁸⁰

Jedoch waren es Attacken auf einer persönlicheren Ebene, die Lukaschek letztlich den meisten Schaden zufügten. Viele Vertriebenenführer wandten sich gegen ihn, kritisierten seine „schwächliche Haltung“ oder warfen ihm mangelnden Einsatz für die Vertriebenen und „Versagen [...] auf verschiedenen Gebieten“ vor.¹⁸¹ Die Angriffe aus dem Vertriebenenlager sorgten wiederum bei der Regierung einschließlich Adenauer für Unmut, der gehofft hatte, Lukaschek würde es schaffen, das sich aus den Ansprüchen der Vertriebenen erwachsende Unruhepotential abzuschwächen.

Es gab mehrere Gründe für die Schwierigkeiten, denen Lukaschek trotz seiner weitreichenden administrativen Erfahrungen im BMVt begegnete. Wahrscheinlich spielten seine persönlichen Eigenschaften dabei auch eine Rolle. Lukaschek warf sein Gewicht als Minister nicht so in die Waagschale der Vertriebenen, wie das von ihm erwartet wurde, was dazu führte, dass er als wenig durchsetzungsfähig und oft als weich wahrgenommen wurde, obwohl er im ‚Dritten Reich‘ beachtliche Stärke gezeigt hatte. Als Adenauer die Gefahr erkannte, dass der als schwach eingestufte Minister nicht der erhoffte Schutzschild der Regierung gegen die Interessenvertreter der Vertriebenen war, forderte er Lukaschek auf, zurückzutreten. Als Lukaschek im Sommer 1952 diesem Wunsch des Kanzlers nicht nachkam, blieb Adenauer nichts anderes übrig, als seine temporäre Niederlage einzugestehen: „Herr Lukaschek, den ich morgen zu mir gebeten habe, scheint sich zu weigern, zurückzutreten.“¹⁸² Noch grundsätzlicher rührten Lukascheks Probleme von seiner fehlenden Machtbasis her. Er hatte kein Bundestagsmandat, was eine gewaltige Hürde in Bonns politischem Universum bedeutete, und sein Ministerium selbst stand auf wackligen Beinen: ein neues, kleines Gebilde mit einem unklar definierten Zuständigkeitsbereich und begrenzten Befugnissen, manchmal spöttisch als „Ausgabestelle für Flüchtlingsausweise“ betitelt.¹⁸³

Ein weniger sichtbarer, aber dennoch bedeutsamer Grund für Lukascheks Schwierigkeiten als Vertriebenenminister lag in seinem Ruf als Nazi-Gegner. Die junge Bundesrepublik war eine Nachkriegsgesellschaft in dem Sinne, wie Frank Biess den Begriff verwandt hat: eine Gesellschaft, tief beeinflusst und traumatisiert von den Nachwirkungen des ‚Dritten Reiches‘ und des Zweiten Weltkrieges, die „trotz der

180 Mathias Beer: Die Vertreibung und die politisch-administrative Elite der Bundesrepublik. Ein Problemaufriss, in: Günther Schulz (Hrsg.): Vertriebene Eliten. München 2001, S. 199–228, hier S. 215–219; Wengst, Staatsaufbau, S. 167.

181 BArch, N 1412/000007, Kraft an von Wilpert, 01.07.1950; BArch, N 1157/1, Manteuffel-Szoego, Tagebucheintrag, 07.02.1951; ACSP NL Müller 334, Walter Rinke, CSU und Heimatvertriebene, 19.08.1952.

182 Adenauer an Brentano, 21.07.1952, in: Adenauer. Briefe 1951–1953. Bearb. v. Hans Peter Mensing. Berlin 1987, S. 249.

183 Wachs, Oberländer, S. 333.

hartnäckigen Rufe nach einem radikalen Bruch mit dem Nationalsozialismus eng mit dem Erbe dieser Zeit verbunden blieb.“¹⁸⁴ Vor diesem Hintergrund liegt der Verdacht nahe, dass die Angriffe auf Lukaschek, zumindest teilweise, Ausdruck der Ressentiments gegenüber seinem Ruf als Beteiligter am organisierten Widerstand gegen das NS-Regime waren. Der Spott anderer Vertriebenenführer, die ihn „Heiliger Sebastian“ nannten oder ihn als „nicht ehrlich“ geißelten, enthielt wohl einen Unterton von Missbilligung eines Mannes, dessen Vergangenheit ihn moralisch überlegen scheinen ließ, der aber gleichzeitig mit der versuchten Ermordung des Führers in Verbindung gebracht wurde, eine Tat, die in der frühen Bundesrepublik noch weithin als politisch und ethisch fragwürdig angesehen wurde.¹⁸⁵

Unter diesen Bedingungen war auch der im Widerstand engagierte Lukaschek starkem Druck zur Anpassung und zu zeittypischen Kompromissen ausgesetzt, die die Zusammenarbeit mit NS-Belasteten einschloss. Dieser Druck spiegelte sich nicht nur in den Angriffen gegen ihn, sondern auch in seinen personalpolitischen Entscheidungen als Minister. Im Frühjahr 1950 waren 36 Prozent der Beamten und Angestellten des BMVt ehemalige NSDAP-Mitglieder.¹⁸⁶ Auch wenn der Anteil beträchtlich war, so lag er dennoch unter der Quote, die in anderen Bundesministerien registriert wurde. Dennoch, und das gilt es festzuhalten, war es nicht der frühere NS-Mann Oberländer, der ehemaligen Nationalsozialisten die Tür zum Ministerium öffnete, sondern der Anti-Nazi Lukaschek. Dies wiederum war Ausdruck des Primats der politischen Erfordernisse der Gegenwart. Wenn Präferenzen, die aus in der Vergangenheit verwurzelten Netzwerken stammten, mit dringenden (partei-)politischen Notwendigkeiten der Gegenwart zusammenstießen, mussten erstere weichen, und Kompromisse wurden notwendig, nicht nur für Ex-Nazis, sondern auch für einen anerkannten Widerständler wie Lukaschek. Dies war der Preis für einen Aufstieg auf der Karriereleiter im frühen Nachkriegswestdeutschland.

Die Notwendigkeit von Kompromissbereitschaft bei der Interpretation der Vergangenheit im Dienste der gegenwärtigen politischen Ziele zeigte sich auch in Lukascheks Rhetorik. Ein Beispiel war seine Verteidigung eines anderen Oberschlesiers – Otto Ulitz (1885–1972), der nach seinem liberal-politischen Engagement in der Weimarer Republik einen im Vergleich zu Lukaschek entgegengesetzten Weg eingeschlagen hatte. Er trat der NSDAP bei, war dann Leiter der staatlichen Schulverwaltung der Region Oberschlesien und erhielt für seine Verdienste das goldene Ehrenzeichen der NSDAP. Mitte der 50er Jahre wurde Ulitz von Lukaschek als „entschiedener Gegner Hitlers“ verteidigt. Zumindest innerlich habe er „auch nach 1933 [...] unter stärkstem politischem Druck“ gestanden, „und ein Außenstehender wird kaum beurteilen kön-

184 Frank Biess: Introduction, in: Ders./Robert G. Moeller (Hrsg.): *Histories of the Aftermath: The Legacies of the Second World War in Europe*. New York 2010, S. 1–10, hier S. 3: „In doing so, it [the history of the postwar, PK] seeks to reveal some of the ways in which postwar Europe remained bound to the previous order of Hitler’s Europe despite persistent claims of a radical break with it.“

185 Beer, *Symbolische Politik*, S. 311; BArch, N 1157/1, Manteuffel-Szoegel, Tagebucheintrag, 07.02.1951.

186 BArch, B 150/3119, Kleberg an Staatssekretär des Innern, 16.05.1950.

nen, ob er anders handeln konnte.“¹⁸⁷ Vermutlich trug der Respekt, der noch aus persönlichen Kontakten aus der Weimarer Republik übriggeblieben war, zu Lukascheks großzügiger Beurteilung bei; jedoch scheint die Hauptmotivation unmittelbarer und politisch greifbarer gewesen zu sein. Mitte der 1950er Jahre waren beide Männer Schlüsselfiguren in der Landsmannschaft der Oberschlesier, Ulitz als Sprecher und Lukaschek als Präsident der Bundesversammlung, und die Organisation hing von ihrer Zusammenarbeit ab.

Welches Gewicht die politischen Vorrechte der Gegenwart letztlich gegenüber den Netzwerken der jüngsten Vergangenheit hatten, wurde auch anhand des Mannes ersichtlich, der – neben Kanzler Adenauer – die frühen Geschicke des BMVt wahrscheinlich am meisten beeinflusste, ohne jemals ein Regierungsamt darin bekleidet zu haben: Linus Kather. Seine persönliche Geschichte wies keinerlei braune Flecken auf. Aufgewachsen in einem katholischen Milieu in Ostpreußen, war Kather Stadtverordneter der Zentrumsparterie in seiner Heimat Königsberg, bis ihn die Macht-ergreifung der Nationalsozialisten 1933 dazu zwang, der Parteipolitik den Rücken zu kehren. Während des ‚Dritten Reiches‘ arbeitete er als Anwalt und blieb zum Regime auf Distanz. Kathers Anwaltskanzlei florierte. Trotzdem nahm er sich auch einer großen Anzahl französischer und belgischer Kriegsgefangener und Zwangsarbeiter an sowie deutscher Gegner der Nazis, insbesondere Katholiken, um sie vor dem Königsberger Sondergericht zu verteidigen. Er arbeitete mit einer Hingabe, die den Behörden missfiel und ihn Ende 1941 für eine kurze Zeit ins Gefängnis der Gestapo brachte. Nach seiner Flucht aus Ostpreußen wurde er rasch zum lautstarken Vertreter von Vertriebeneninteressen in der Hamburger Filiale der CDU und der Notgemeinschaft der Ostdeutschen, die er beide 1945 mitgegründet hatte. Daraufhin ging es mit seiner Karriere steil bergauf: Neben einem Sitz im Bundestag erlangte er 1949 den Posten des Bundesvorsitzenden des Zentralverbands vertriebener Deutscher (ZvD) als Nachfolger Hans Lukascheks.¹⁸⁸

Was seine persönliche Biografie während der NS-Zeit betrifft, so hatte Kather folglich einiges mit dem ersten Bundesvertriebenenminister gemeinsam, auch wenn Lukascheks oppositionelle Aktivitäten um einiges weiter reichten als diejenigen Kathers. Allerdings reichte der gemeinsame Hintergrund der Anti-Nazi-Netzwerke nicht aus, um eine Allianz zwischen den beiden Männern entstehen zu lassen. Wie wir bereits gesehen haben, verwandte Kather in den 1950ern einen Großteil seiner Energie auf die Untergrabung der Autorität Lukascheks in einer Kampagne, die Matthias Stickler treffend als „Privatkrieg“ bezeichnet hat.¹⁸⁹ Kather überspannte den Bogen. Er machte sich viele Feinde innerhalb der CDU/CSU, in der Vertriebenen-Lobby und im Ministerium, wodurch er selbst mit dazu beitrug, dass es misslang, Lukaschek im BMVt zu

187 Lukaschek an Bundespräsidialamt, 10.09.1956, zitiert nach Schwartz, Funktionäre, S. 344f.; vgl. zu Otto Ulitz auch den Beitrag von Michael Schwartz im vorliegenden Band.

188 Schwartz, Funktionäre, S. 33–43, 157–160, 260–267, 348–358. Persönliche Erinnerungen von Kather an die Zeit vor 1945 findet man in: Linus Kather: Halali in Ostpreußen. Erinnerungen an ein geraubtes Land. Esslingen 1977.

189 Stickler, Ostdeutsch, S. 55. Siehe auch Fischer, Heimatpolitiker, S. 119.

ersetzen. Der langwierige Machtkampf führte zu einem kompletten Zusammenbruch der Beziehungen zwischen den beiden Männern, denen zuvor eine Zusammenarbeit im ZvD noch gelungen war. Dies betont abermals den Primat gegenwärtiger Ambitionen und politischen Kalküls gegenüber anderen, älteren Faktoren im Bonn der frühen 1950er.

Auch Kathers Laufbahn illustriert die Notwendigkeit von Kompromissen, die unmittelbare politische Interessen vergangenheitspolitischen Erwägungen vorzogen. Privat und gelegentlich auch in der Öffentlichkeit ließ sich Kather über ehemals hochrangige Nazis aus, welche in Bonn nach vorne drängten. Seine Lieblingszielscheibe war Oberländer, teilweise weil er Lukascheks Nachfolger im BMVt wurde, was Kathers eigenen Ambitionen wieder einmal im Weg stand. Allerdings spielten auch grundsätzlichere Erwägungen eine Rolle. Im September 1953 protestierte Kather gemeinsam mit Hans Globke gegen die Ernennung Oberländers und Waldemar Krafts zu Ministern, weil ihre „Belastung aus dem 1000-jährigen Reich“ sie völlig ungeeignet dafür machte, „Repräsentanten der Vertriebenen und unseres Heimatanspruches“ zu sein.¹⁹⁰ Später beschrieb er Oberländer als einen Mann mit „tiefbrauner Weste“, der oft „in einem sehr scharfen, offensichtlich auf Einschüchterung abzielenden Tonfall“ sprach. „Auch seine Haltung drückte das schon aus, typisch SA oder SS schlimmster Prägung.“¹⁹¹ Ebenso wie die bloße Präsenz bestimmter Ex-Nazis in der Bonner Szene verurteilte Kather die politische Heuchelei, die er in der Fortsetzung solcher Karrieren verkörpert sah. Für ihn waren Oberländer und dessen schneller Aufstieg ein Beispiel für den „hemmungslosen Opportunismus“ und die politische Prinzipienlosigkeit, die er, im Rückblick, als die prägenden Merkmale der frühen Bundesrepublik ansah.¹⁹²

In den von ihm ausgeübten Führungspositionen arbeitete Kather, trotz seiner Auffassungen, nichtsdestoweniger eng mit mehreren ehemaligen Nazis zusammen. Dies war der Fall in den Vertriebenenorganisationen, die er anführte oder stellvertretend leitete, vom ZvD über dessen Nachfolger, den Bund vertriebener Deutscher (BvD), bis hin zum 1958 entstandenen Dachverband Bund der Vertriebenen (BdV). In gewissem Maße traf dies auch auf die CDU und ganz erheblich auf den GB/BHE zu, wo sich Kather fast ein Jahr lang das Rampenlicht mit Theodor Oberländer und Waldemar Kraft teilte, also mit den beiden Ex-Nazis, die er nur Monate vor seinem Übertritt in den GB/BHE im Juni 1954 aufs schärfste kritisiert hatte. Letztlich unterstrichen auch Kathers Handlungen die Notwendigkeit, im Interesse der Tagespolitik Kompromisse einzugehen – unumgänglich für all jene, die im politischen System der frühen BRD Karriere machen wollten.

Gleichzeitig erwies sich jedoch Kathers Fähigkeit, Kompromisse zu finden und sich produktiv zu vernetzen, als begrenzt. Aufgrund seiner sehr energischen Persönlichkeit – getrieben, zielstrebig und teilweise brutal direkt – schien er nicht willens oder nicht in der Lage gewesen zu sein, den politischen Bündnissen, die er für einen größeren Durchbruch in Bonn, besonders auf Ministerebene, gebraucht hätte,

190 ACDP, 01-377-04/2, Kather an Globke, 17.09.1953.

191 Kather, *Entmachtung*, Bd. 2, S. 13, 65.

192 Ebd., S. 219, 224.

genügend Aufmerksamkeit zu schenken. Außerdem gibt es Hinweise darauf, dass Kathers Kritik an den Nazi-Karrieren anderer Vertriebenenpolitiker eine Gegenreaktion in Form eines losen Netzwerkes von prominenten Personen mit zweifelhafter Vergangenheit hervorrief, die hinter den Kulissen gegen ihn Stimmung machten. Alfred Gille und Axel de Vries, beide tief in die mörderische deutsche Besatzungspolitik an der Ostfront verstrickt, arbeiteten in dieser Angelegenheit zusammen und griffen dazu auf andere bedeutsame Ex-Parteigenossen zurück, einschließlich Waldemar Kraft.¹⁹³ Am Ende war Kathers Hauptproblem, dass er sich zu viele Feinde gemacht hatte, sodass er in den späten 50er Jahren sowohl in seiner Partei als auch in der Vertriebenenlobby ins Abseits geriet, obgleich sein Engagement in eher marginalen Rollen, verstärkt am rechten politischen Rand, fortbestehen sollte.¹⁹⁴ Kathers Biografie ist deshalb ein eindrückliches Beispiel für den Umstand, dass der politische Weg in Bonn ohne ausreichende tragfähige Netzwerke und erforderliche Kompromisse rasch in einer Sackgasse enden konnte.

Gleichzeitig konnte jedoch die Fähigkeit, Kompromisse zu schließen und sich anzupassen, nur bedingt eine höchst problematische Vergangenheit wieder wettmachen, insbesondere im veränderten gesellschaftlichen Klima der 1960er Jahre. Der Niedergang Theodor Oberländers 1960 belegt diesen Trend, aber ein noch deutlicheres Beispiel war die desaströse Amtszeit Hans Krügers als Bundesvertriebenenminister zwischen Oktober 1963 und Februar 1964. Im Nachhinein scheint es, als hätte Krüger seine ganze Karriere seiner Kompromissfähigkeit zu verdanken gehabt, indem er sich eifrig an die Erwartungen der jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Umgebung anzupassen wusste. Nach 1945 bedeutete dies ein aktives Engagement im ZvD/BvD und in der CDU, beginnend in Westfalen, gefolgt von einem raschen Aufstieg, im Zuge dessen er bis 1957 Bundestagsmitglied und Bundesschatzmeister des BvD und ein Jahr später der erste Präsident des BvV wurde. Krügers Aufstieg war entschieden, aber auch unaufdringlich; im Gegensatz zu Linus Kather schlug er keine unnötigen Wellen und achtete darauf, potenzielle Verbündete nicht zu verprellen. Dies erwies sich als effektive Strategie, die Ergebnisse brachte, allerdings erzeugte sie auch Kritik, vorrangig im Vertriebenensektor. Politikerkollegen nannten Krüger „weich“ und „passiv“, und ein Zeitgenosse beschrieb ihn später als „der recht ruhige Hans Krüger [...] der sich bei der ersten Belastung sofort beugte und sich still anzupassen gewohnt war.“¹⁹⁵

Die Eigenschaften, die anderen Vertriebenenführern an Krüger missfielen, waren seine Pluspunkte bei den Mainstreammedien und dem politischen Establishment. Vor der und um die Zeit seiner Ernennung zum Minister porträtierte ihn die west-

193 BArch, N 1412/000011, de Vries an Tittes, 19.01.1952 u. 12.05.1952; Schwartz, Funktionäre, S. 42f. Zu de Vries und Gille, vgl. Christian Gerlach: *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrussland 1941–1944*. Hamburg 1999, S. 686–688; Schwartz, Funktionäre, S. 376–411.

194 Schwartz, Funktionäre, S. 33–38.

195 BArch, N 1157/1, Tagebucheinträge Manteuffel-Szoeges, 17.01.1958 u. 18.12.1957; Czaja, Unterwegs, S. 274.

deutsche Presse positiv als einen Mann der „Mäßigung“, einen „Pragmatiker“, der sich nicht zu scharfen Parolen hinreißen ließ, ganz im Gegensatz zu den Lautstarken unter den Vertriebenen.¹⁹⁶ Vermutlich waren es diese Eigenschaften, die Kanzler Erhards Aufmerksamkeit weckten. In den Worten Wolfgang Fischers machte Krüger seine Kompromissbereitschaft „als Bundesminister im Hinblick auf den oft beschworenen Kabinettsfrieden durchaus interessant“.¹⁹⁷ Krügers Vergangenheit wurde in den öffentlichen Diskussionen nicht thematisiert, außer dass man seine weiße Weste betonte. Besonders „Die Zeit“ schwärmte geradezu vom neuen Minister:

„Im Falle Krüger mangelt es den propagandistischen Scharfschützen im Osten an Störfeuernmunition. [...] Hans Krüger hat sich nicht in dieses Amt gedrängt. Er hat keine Intrige gesponnen. Er hält keine polternden Sonntagsreden. [...] Er hat nicht einmal eine ‚Vergangenheit‘, die angeprangert werden könnte.“¹⁹⁸

Zum Leidwesen von Krüger lag „Die Zeit“ mit ihrem Urteil völlig falsch. Tatsächlich konnte Krügers Vergangenheit sehr wohl angeprangert werden, und die Kritik kam im Kalten Krieg vonseiten der DDR. Erste Angriffe begannen kurz nach Erscheinen des „Zeit“-Artikels im Dezember 1963, als die DDR eine Reihe von Anschuldigungen bezüglich Krügers Tätigkeit im ‚Dritten Reich‘ lancierte. Laut diesen Vorwürfen, von denen die meisten mit handfesten Belegen dokumentiert waren, war Krüger im November 1923 am Hitlerputsch beteiligt, als Ortsgruppenleiter ein wichtiger NSDAP-Funktionär im besetzten Polen sowie als Sonderrichter tätig, der in die Verhängung von Todesurteilen und die Durchführung von Massenexekutionen an polnischen Zivilisten involviert war. Infolge dieser in der Bundesrepublik zunächst als Behauptungen vorgebrachten Anschuldigungen aus Ostberlin erlebte Bonn innerhalb von vier Jahren seinen zweiten ernstesten Nazi-Skandal rund um einen Bundesvertriebenenminister. Krüger kam nicht darum herum, sich seiner Vergangenheit zu stellen.¹⁹⁹

Allerdings wirkten seine öffentlichen Reaktionen auf beinahe schockierende Weise unbeholfen und machten ihn umgehend als Minister untragbar. Um den „Spiegel“ zu zitieren, verwandte er eine „unverständliche Salami-Taktik“, indem er zunächst alles leugnete, dann jedoch plötzlich, als sich die Beweise und die öffentliche Kritik mehrten, mit einem schädlichen Eingeständnis nach dem anderen zurückruderte.²⁰⁰ Innerhalb weniger Wochen schaffte er es, sich zuerst als einfaches NSDAP-Mitglied darzustellen, um dann seine Rolle als Ortsgruppenleiter einzugestehen. Während er zunächst leugnete, als Sonderrichter tätig gewesen zu sein, fiel ihm dies plötzlich doch wieder ein: „Ich habe mich damals einfach nicht daran erinnern können.“²⁰¹ Zwar zog er bei den schwersten Anschuldigungen die Reißleine und leugnete seine Beteiligung an Exekutionen oder Todesstrafen, aber sogar hier schaffte er es, sich in bizarre ver-

196 Plattform der Vertriebenen, in: Süddeutsche Zeitung, 18.12.1958; Hans Krüger, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.10.1963.

197 Fischer, Heimat-Politiker, S. 122.

198 Sein Prinzip: Besonnenheit, in: Die Zeit, 22.11.1963.

199 Schwartz, Funktionäre, S. 43–68.

200 Krüger: Amtsvertrieben, in: Der Spiegel, 29.01.1964.

201 Einfach durchhalten, in: Der Spiegel, 22.01.1964.

bale Verzerrungen zu verstricken, die als ein stillschweigendes, vorsorgliches Schuldgeständnis interpretiert werden konnten. Dem „Spiegel“ sagte er: „Wissen Sie, ein Todesurteil, das macht ein Richter doch rein routinemäßig“.²⁰² Krüger war offensichtlich überfordert, und spätestens mit dem Kommentar zu den Todesurteilen hatte er sein politisches Schicksal besiegelt. Im Februar 1964 trat Krüger zurück, woraufhin er schnell von der politischen Bühne verschwand. Juristische Untersuchungen über seine NS-Vergangenheit dauerten bis zu seinem Tod 1971 an, wobei die dringendsten Fragen, besonders die nach seiner genauen Rolle bei Todesurteilen und Hinrichtungen im besetzten Polen, nie vollständig geklärt werden konnten.²⁰³

Auch wenn gesicherte Belege über Krügers mögliche Beteiligung an mehreren Verbrechen nur schwer auffindbar waren, so machten die Vorwürfe und seine Reaktion darauf seine geradezu begeisterte Anpassung an externe Erwartungen im Dienste seiner Karriereziele deutlich. Er war, wie viele tausend andere Opportunisten auch, der NSDAP im Mai 1933 beigetreten und später Mitglied mehrerer Unterorganisationen der Partei geworden. Er erfand seine Teilnahme am Hitlerputsch 1923 – in Wirklichkeit war er an diesem Tag nicht mal in der Nähe Münchens –, um als alter Kämpfer in der Gunst der neuen Machthaber aufzusteigen. Er drängte sich sowohl in der Partei als auch in der Justiz nach vorn und ergriff eifrig die ihm gebotenen Karrierechancen. Am aufschlussreichsten war vielleicht, wie er seine religiösen Neigungen der politischen Zweckmäßigkeit anpasste: Er verließ 1938, um der NSDAP zu gefallen, die evangelische Kirche, trat ihr nach dem Krieg dann aber wieder bei und bekleidete sogar das Amt eines Würdenträgers (Presbyter), um dem Leitbild der CDU zu entsprechen.²⁰⁴ Während seiner politischen Laufbahn zeigte er ein hohes Maß an prinzipienloser Anpassung und karrieristischen Kompromissen oder, um Linus Kathers Terminologie zu übernehmen, nacktem Opportunismus.²⁰⁵ Die Strategie funktionierte – bis zu einem gewissen Punkt. Ironischerweise holte ihn seine Vergangenheit auf dem Höhepunkt seiner Karriere ein, just in dem Moment, als ihm all die Kompromisse und der stille Ehrgeiz zu einer Kabinettsrolle verholfen hatten.

Krügers rasanter Niedergang in den Jahren 1963/64 machte noch etwas viel Wichtigeres sichtbar: Das gesellschaftliche Klima innerhalb der Bundesrepublik befand sich im Wandel. Die Einstellung der Öffentlichkeit gegenüber der Nazivergangenheit war kritischer und differenzierter geworden; man sah genauer hin, und öffentliche Debatten mehrten sich. Amtsträger konnten nicht mehr ohne Weiteres durch Verschleierung und Verlogenheit davonkommen. Krügers schneller Ausschluss aus der Regierung macht dies besonders deutlich, auch wenn man Oberländers langwierig-qualenden Abgang vier Jahre zuvor bedenkt.

Gleichzeitig verloren die Heimatvertriebenen samt den mit ihnen verbundenen politischen und gesellschaftlichen Fragen ihre frühere Bedeutung: Die soziale Integration war vorangeschritten, und inmitten des Wohlstandes der 1960er in Westdeutsch-

202 Ebd.

203 Schwartz, Funktionäre, S. 43–68, 530.

204 Ebd., S. 295–300.

205 Kather, Entmachtung, Bd. 2, S. 214–216.

land erschienen Themen wie Heimatrecht oder die Rückgewinnung der verlorenen Ostgebiete immer anachronistischer. Die „Deutsche Frage“ wurde mehr und mehr zu einer Angelegenheit der Interaktion zwischen den beiden rivalisierenden Staaten, wobei es sehr stark um alltägliche, menschliche Aspekte ging, während die politische Vereinigung bestenfalls zu einer Perspektive der fernen Zukunft verblasste.²⁰⁶

All diese Veränderungen spiegeln sich auch im Bundesvertriebenenministerium. Mitte der 1960er Jahre verschoob sich sein Fokus von den Heimatvertriebenen zunehmend auf die DDR-Flüchtlinge. Diese Neuorientierung wird an den gesetzgeberischen Prioritäten des Ministeriums deutlich, darunter das Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz sowie das Flüchtlingsgesetz von 1965, die die soziale Versorgung der Migranten aus Ostdeutschland signifikant verbesserten und dabei das Ziel verfolgten, die „Gleichstellung der Mitteldeutschen mit den Vertriebenen“ zu fördern.²⁰⁷ Diese Veränderungen zeigen sich ebenfalls in den auf Krüger folgenden beiden Ministern: Ernst Lemmer und Johann Baptist Gradl waren beide gebürtige Berliner und, wie bereits festgestellt, zentrale Figuren in der Exil-CDU. Mitte des Jahrzehnts war die Auflösung des Ministeriums nur noch eine Frage der Zeit. Gradls Nachfolger Kai-Uwe von Hassel (1919–1997), bezeichnenderweise weder ein Vertriebener noch ein DDR-Flüchtling, sprach offen von einer Integrierung des BMVt in ein anderes Ministerium. 1968 erwartete von Hassel solch eine Aktion „in zwei bis drei Jahren“, aber in der Realität kam die Auflösung des Ministeriums doch schneller: bereits 1969, nach der bedeutungslosen, achtmonatigen Amtszeit des letzten Bundesvertriebenenministers, des gebürtigen Schlesiers Heinrich Windelen (1921–2015).²⁰⁸ In den „dynamischen Zeiten“²⁰⁹ des Übergangs der 1960er hatte das BMVt seine Existenzberechtigung politisch betrachtet verloren.

4. Fazit

Wie lassen sich auf der Grundlage der vorgestellten empirischen Ergebnisse die Netzwerke zwischen dem BMVt und den führenden politischen Parteien in der frühen Bundesrepublik charakterisieren? Dafür bieten sich der von Frans van Waarden vorgeschlagene analytische Rahmen zur Untersuchung politischer Netzwerke sowie die von ihm entwickelte Typologie an. Insbesondere die von ihm postulierten sieben Dimensionen solcher Netzwerke sind dabei erkenntnisleitend: Akteure, Funktion, Struktur, Institutionalisierung, Verfahrensregeln, Machtbeziehungen und Strategien der Akteure.²¹⁰

206 Ahonen, *Expulsion*, S. 155–242.

207 Wieland, *Bundesministerium*, S. 65.

208 ACDP, *Pressesammlung, Ministerien/Vertriebenenministerium*, Von Hassel verlagert Schwerpunkte des Vertriebenenministeriums, in: *Exklusiv-Dienst*, 08.05.1968.

209 Zum Begriff vgl. Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hrsg.): *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*. Hamburg 2000.

210 Waarden, *Dimensions*, S. 32–38.

Drei dieser Dimensionen – Akteure, Struktur und Institutionalisierung (*actors, structure, institutionalization*) – beziehen sich weitgehend auf die äußere Form der Netzwerke, die im ersten Teil der Untersuchung analysiert wurde. Die Akteure umfassen sowohl Personen als auch größere organisatorische Gebilde. Unter den Akteuren kam den Vertriebenenministern qua Amt und ihren persönlichen Netzwerken besondere Bedeutung zu. Aber auch die Staatssekretäre, allen voran der altgediente Peter Paul Nahm, waren eine zentrale Leitstelle für die mannigfaltigen Verbindungen und Kommunikationskanäle zwischen dem Ministerium und der CDU/CSU. Darüber hinaus spielten weitere interpersonelle Netzwerke eine Rolle, die z. B. Anwärter auf den Ministerposten und ihre Verbündete verband, ob als Unterstützer oder Rivalen.

Interaktionen zwischen dem Ministerium und den politischen Parteien waren jedoch nicht allein auf persönliche Netzwerke beschränkt. Ausdifferenzierte vermittelnde Strukturen waren entscheidend, um Stabilität und Dauerhaftigkeit der Interaktionen zu gewährleisten. Getragen wurden diese Strukturen von zahlreichen und unterschiedlichen ministeriums- und parteiinternen Einrichtungen. Manche operierten auf parteiübergreifender Basis und waren stark institutionalisiert, so wie der Beirat für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen beim BMVt. Dazu gehört auch ein parteiübergreifendes Ad-hoc-Organ: die Arbeitsgemeinschaft der Vertriebenenabgeordneten in den frühen Jahren des Bundestags, angeführt von Linus Kather. Die meisten solcher als Kommunikationskanäle dienenden Gremien existierten jedoch innerhalb der Parteien; vor allem die CDU und die SPD entwickelten komplexe Systeme interner Repräsentation von Vertriebenen und SBZ/DDR-Flüchtlingsen. In der Regel spielten eine bestimmte Beziehung eines Organs zu einer Partei und ihr Institutionalisierungsgrad eine gewichtige Rolle. Die effektivsten Gebilde der hier untersuchten Netzwerke waren institutionelle Untereinheiten innerhalb der Parteien. Parteiübergreifende Gruppierungen waren viel weniger bedeutsam, besonders auf lange Sicht. Dies galt besonders für informelle Arrangements wie die Arbeitsgemeinschaft von Kather, deren Kampagne zur Stärkung der sektoralen Identität unter den Vertriebenenparlamentariern der verschiedenen Parteien nur bedingt erfolgreich war.

Die anderen vier von van Waarden identifizierten Dimensionen politischer Netzwerke – Strategien der Akteure, Verhaltensregeln, Machtbeziehungen und Funktionen (*actor strategies, rules of conduct, power relations, functions*) – wurden vor allem bei der Analyse der inhaltlichen Ebene der Netzwerke im zweiten Teil der Studie deutlich. Untersucht wurden dabei drei unterschiedliche Arten von Netzwerken, die nebeneinander existierten, interagierten und sich im Austausch zwischen dem Ministerium und den führenden politischen Parteien überschnitten: parteipolitische Netzwerke, in denen die unmittelbaren politischen Interessen der Gegenwart im Mittelpunkt standen; NS-Netzwerke, die Ex-Nazis und ehemalige Funktionäre im ‚Dritten Reich‘ verbanden und auch nach 1945 bzw. 1949 ihre Wirkung entfalteten; und schließlich die von mir als alternative Netzwerke bezeichneten Verbindungen, deren Ursprünge in den oppositionellen Bewegungen der NS-Zeit liegen oder über die NS-Zeit zurück reichende persönliche und institutionelle Beziehungen.

Die Strategien, die von den verschiedenen Akteuren in diesen Netzwerken angewandt wurden, konnten stark variieren. Das zeigte ein Vergleich der drei Personen,

deren persönliche Rivalitäten sich auf den Aufbau, die Struktur und die Schwerpunktsetzung des BMVt in seiner Anfangsphase auswirkten: Hans Lukaschek, Theodor Oberländer und Linus Kather. Lukaschek war ein Vertreter von alternativen Netzwerken *par excellence*: ein Mann mit einem einwandfreien Anti-Nazi-Zeugnis und tragfähigen Netzwerken, die nicht nur in die NS-Widerstandsbewegung, sondern auch in die Politik von vor 1933 zurückreichten. Bei der Besetzung von Schlüsselpositionen griff er als Minister auf diese Kontakte zurück, tat dies aber ohne viel Aufhebens. Er wandte einen unauffälligen Führungsstil an und versuchte, einen Mittelweg zwischen den verschiedenen, in der Vertriebenenfrage oft polarisierten politischen Forderungen und Zwängen zu finden – woran er letztendlich scheiterte. Oberländer verkörpert in vielerlei Hinsicht das Gegenteil von Lukaschek: ein Mann mit einer tiefbraunen Vergangenheit und tragfähigen NS-Netzwerken, der nicht zögerte, höchst umstrittene Ernennungen vorzunehmen und diese offensiv zu verteidigen. Seine gesamte politische Strategie war wohl vom entschlossenen Streben nach Erweiterung seiner Macht bestimmt, sowohl auf ministerialer als auch parteipolitischer Ebene. Dabei durchschaute er Hierarchien der Macht und wusste sich anzupassen und gute Beziehungen zu entscheidenden Akteuren zu pflegen, speziell zu Adenauer und seinem Kreis – ein funktionierender Ansatz, zumindest für eine gewisse Zeit. Kather war wiederum ein Mann, der in alternativen, durch den Katholizismus und die Zentrumsparterie geprägten Netzwerken verwurzelt war, was ihn Lukaschek hätte näherbringen können. Dass es dennoch nicht dazu kam, lag vor allem daran, dass Lukaschek zum Vertriebenenminister ernannt wurde und der dadurch gekränkte Kather einige Energie dafür verwendete, ihm diese Position streitig zu machen. Kathers gleichsam aggressive Haltung Oberländer gegenüber entsprang nicht nur tagespolitischen Gründen, sondern auch aus seiner tiefen Ablehnung von Oberländers Charakter und dessen Nazi-Vergangenheit. Innerhalb dieser Selbstvergewisserung verlor Kather mitunter jedoch den Blick für die notwendigen strategischen Prioritäten; er manövrierte sich selbst ins Abseits. Sein Wechsel von der CDU zum BHE besiegelte seine wachsende politische Isolation.

Von den Verhaltensregeln, die in den Netzwerken zwischen dem BMVt und den politischen Parteien zu beobachten sind, kann die vielleicht offensichtlichste aus Kathers voranschreitender Marginalisierung abgeleitet werden: Kontakte und strategische Beziehungen waren von grundlegender Bedeutung; einsame Wölfe ohne funktionierende und einflussreiche Netzwerke wurden schließlich zum Heulen allein gelassen. Es gab einen strengen, allgemeinen Zwang zu Kompromissen; dazu wurde ein gewisses Maß an Eigenzensur im Dienste der tagespolitischen Ziele gefordert. Dies traf auf Mitglieder alternativer Netzwerke zu. Ein übermäßig enthusiastisches Anpreisen von Anti-Nazi-Bekanntnissen konnte schnell den Unmut derer mit weniger vorbildlichen Lebenswegen wecken – und selbstverständlich jener, die unmittelbar mit dem Nazi-Regime verbandelt waren. Allerdings war es das breitere gesellschaftliche Umfeld, welches maßgeblich die Rahmenbedingungen für die vorherrschenden Verhaltensregeln schuf. Als das allgemeine Bewusstsein und das Interesse für die alltäglichen Realitäten des ‚Dritten Reichs‘ in den 1960er zunahmen, wandelten sich die entsprechenden Regeln, und ein selektives Schweigen über getrübbte Vergangenheiten

war nicht mehr in dem Maße eine Option, wie es noch ein Jahrzehnt vorher der Fall war. Hans Krügers politischer Sturz ist ein eindrucksvoller Beleg dieses Prozesses.

Die Verhaltensregeln in den Netzwerken zwischen dem BMVt und den Führungsparteien waren durch weitreichende Machtbeziehungen bestimmt. Im Grunde war die frühe Bundesrepublik eine recht hierarchische Kanzlerdemokratie, zumindest in der Anfangsphase des BMVt, wobei die Kontrolle des Kanzlers über das Ministerium keinesfalls allumfassend war. Sein Einfluss wurde sowohl durch außenpolitische Agenden als auch durch gesetzgeberische Prioritäten und die Parteipolitik gefiltert, sodass es manchmal signifikanter Anpassungen bedurfte. So weigerte sich Lukaschek vor den Wahlen 1953, zurückzutreten, und Oberländer benötigte ein gewisses Maß an Finesse während seiner Amtszeit als Minister. Eine weitere politische Realität war das Primat der Parteipolitik in den entsprechenden Netzwerken. Der generelle Vorrang von Parteiinteressen gegenüber parteiübergreifenden Anliegen hatte auch in Vertriebenenfragen von allen akzeptiert zu werden, die auf lange Sicht im Spiel bleiben wollten. Im Allgemeinen hatten unter den nebeneinander existierenden und überlappenden Netzwerken diejenigen mit tagespolitischem, parteipolitischem Charakter Priorität. Solange in der Vergangenheit verwurzelte Netzwerke keine ernste Bedrohung für die wesentlichen politischen Ziele der Gegenwart darstellten, konnten ihre Akteure, sofern sie nicht übermäßig durch Nazi-Verbrechen gebrandmarkt waren, durch entsprechende Anpassungen zunächst aktiv am politischen Geschehen teilhaben. Das änderte sich, als sich in den 1960er Jahren die Grenzen des vergangenheitspolitisch Akzeptablen maßgeblich verschoben.

Maßgeblich für die Netzwerke zwischen dem BMVt und den politischen Parteien war die Funktion dieser Verbindungen. Im westdeutschen politischen System dienten Netzwerke mannigfaltigen Zwecken, auch über diejenigen hinaus, die in dieser Studie genauer untersucht werden. Sie fungierten zugleich als Transmissionsriemen und als Filter für unterschiedlichste Forderungen, Ziele und Einflüsse, die sich auf den Gesetzgebungs- und Verwaltungsprozess auswirkten. Die damit verbundenen Aushandlungsprozesse verlangten allen mit der Vertrieben- und Flüchtlingsfrage beschäftigten Akteuren Opfer ab. Keiner Gruppe gelang es, alle Ziele zu erreichen. Unterm Strich überwog der gegenseitige Nutzen. Sowohl das BMVt als auch die politischen Parteien profitierten von ihrer Fähigkeit, Kompromisse zu finden, um eine der dringendsten sozialen und politischen Herausforderungen anzugehen, mit der sich die junge Bundesrepublik durch die Aufnahme von Millionen von Vertriebenen und Flüchtlingen konfrontiert sah. Das lässt sich u. a. an der Verabschiedung der beiden zentralen legislativen Vorhaben ablesen – dem Lastenausgleichsgesetz und dem Bundesvertriebenengesetz. Die Akteure gewannen an Glaubwürdigkeit und Einfluss und lernten, nachhaltige Mehrheiten – oder zumindest temporäre Bündnisse – zur Umsetzung wichtiger politischer Maßnahmen zu bilden. Neben dem unmittelbaren legislativen Nutzen waren solche Prozesse auch ein unschätzbar nützliches Training für den Prozess des Aushandelns, der ein pluralistisches, demokratisches Gemeinwesen erst ausmacht und der damals wesentlich zur Stabilisierung des auch durch die Aufnahme der Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen fragilen politischen Systems der frühen Bundesrepublik beitrug.

Über die van Waarden'schen Dimensionen von Netzwerken hinaus, sind für den untersuchten Fall besonders die Fragen relevant, welche die Kontinuitäten der Netzwerke über die Wende von 1945 hinaus betreffen. Beeinflussten die NS-Netzwerke und ihre Hauptakteure durch ihr Gedankengut die Bundesrepublik im Allgemeinen und die Arbeit des BMVt im Besonderen, und wenn ja, in welchem Maße? Mitten in der Oberländer-Krise im Jahr 1960 befürchtete der Generalsekretär des Zentralrates der Juden in Deutschland, dass das BMVt ein „Unterwanderungsministerium“ geworden sei.²¹¹ Seine Besorgnis war sicher deutlich übertrieben. Das BMVt wurde niemals zur Ausgangsbasis von Renazifizierungskampagnen, und abgesehen von ein paar Ausnahmen, allen voran die Naumann-Affäre von 1952 bis 1953, hatten organisierte Versuche einer Nazi-Unterwanderung der Bundesrepublik keinen Erfolg.²¹² Allerdings ist dieses Fehlen einer Renazifizierung nicht gleichzusetzen mit einer schnellen und umfassenden Entnazifizierung der deutschen Gesellschaft und Politik, die über die Entnazifizierung im engen juristischen Sinn hinausging. Wie wir bereits gesehen haben, dienten viele ehemalige NSDAP-Mitglieder im Ministerium, ohne dass damit das BMVt unter den Bonner Ministerien einen Spitzenplatz eingenommen hätte. Mit Oberländer und Krüger standen zwei Männer an der Spitze des Ministeriums, deren Vergangenheit weit mehr als eine bloße nominale Verbindung mit dem NS-Regime aufwies. Darüber hinaus hatten Personen mit einer höchst problematischen Vergangenheit hohe Posten in der Nähe des Ministers inne, besonders unter der Führung Oberländers.

Freilich setzte eine erfolgreiche politische oder administrative Karriere in Bonn eine öffentliche Distanzierung zur Nazi-Doktrin und eine Akzeptanz der Grundlagen des neuen demokratischen Gemeinwesens voraus. Anders formuliert, politische Anpassungsfähigkeit war maßgebend. Die Leichtigkeit, mit der sich, wie Markus Roth dargelegt hat, ehemalige Nazis an das System anpassten, „zeugt(e) nicht zuletzt von einer enormen Integrationsleistung der jungen Bundesrepublik“. Roth hat jedoch auch darauf hingewiesen, dass der Grad der Anpassung nicht wirklich auf die Probe gestellt wurde, da das neue System den Ex-Nazis gute Perspektiven bot bei nur geringen Opportunitätskosten:

„Warum sollten sie ein System, das sie so bereitwillig aufnahm und ihnen derartige Chancen eröffnete, bekämpfen oder offen ablehnen – zumal das alte System samt seiner Ideologie, dem sie engagiert gedient hatten, so nachhaltig und unwiederbringlich zusammengebrochen war?“²¹³

Roths Beobachtung gilt auch für das BMVt und wirft zugleich weitere Fragen auf: Gab es tiefere NS-Kontinuitäten in den Überzeugungen und Mentalitäten von Beamten und Angestellten dieses Ministeriums, die möglicherweise über die Zäsur von 1945 hinauswirkten und deren Einstellungen und Handlungen in der Bundesrepublik

211 ACDP, 01-518-015/2, Nahm an Krone, 28.04.1960.

212 Beate Baldow: Episode oder Gefahr? Die Naumann Affäre. Diss., FU Berlin 2012.

213 Markus Roth: Herrenmenschen. Die deutschen Kreishauptleute im besetzten Polen. Karrierewege, Herrschaftspraxis und Nachgeschichte. Göttingen 2009, S. 436, 392.

prägten? Der CDU-Mann Walter Rinke stellte bezogen auf Oberländer genau diese Frage und überlegte in denkwürdigen, biblischen Worten, „ob er [...] ein Saulus oder Paulus sei“.²¹⁴ Es gibt gute Gründe, Oberländers politische Kehrtwende nach 1945 anzuzweifeln. Der Begriff „assimilierter“ statt „überzeugter“ Demokrat, mit dem ihn Wachs charakterisiert, scheint durchaus angemessen.²¹⁵ Allgemein gesprochen, unterstreichen einige der ministerialen Akteure, die in den Beziehungen zwischen dem BMVt und den politischen Parteien auf NS-Netzwerke zurückgriffen, bedeutende und dauerhafte mentale Kontinuitäten – allerdings weniger in expliziten Nazi-Doktrinen als in allgemein anti-demokratischen, autoritären Überzeugungen, die mit expansionistischem ethnischen Nationalismus durchsetzt waren.

Völkische Denkmuster, nach denen die Bevölkerung Zentral- und Ostmitteleuropas in Stämme, Volksgruppen und übergreifende ethnisch definierte Nationalitäten mit ausgeprägten Merkmalen kategorisiert wurde, waren häufig in diesen Netzwerken vertreten. Diese Denkmuster schienen sowohl in der privaten Kommunikation als auch in öffentlichen Statements durch, oft gepaart mit der dazugehörigen Annahme der inhärenten Überlegenheit der Deutschen als „ostmitteleuropäische Vormacht“.²¹⁶ Oberländer führte diese Idee zu Beginn der 1950er noch einen Schritt weiter, indem er von der „kolonisatorischen Aufgabe“ schwärmte, die die heimatvertriebenen Bauern und die Jugend in der Zukunft erfüllen würden, um die „Aufsiedlung“ der deutschen Ostgebiete zu fördern.²¹⁷ Solche Ideen wiesen eine gewisse Kontinuität zu den Plänen der Ostexpansion der NS-Zeit auf, aber sie knüpften auch an viel ältere Traditionslinien des deutschen Autoritarismus und expansionistischen Nationalismus an.²¹⁸

Dies betraf auch eine allgemein antidemokratische Haltung, welche die von ehemaligen Nationalsozialisten gebildeten Netzwerke in der jungen Bundesrepublik teilweise prägte. Zu den gängigen Motiven solcher hinter vorgehaltener Hand stattfindenden Kommunikation der 1950er gehörte eine Ablehnung der „Massendemokratie“ als ein „immer fragwürdigeres“ System, in dem „die wichtigsten staatspolitischen Fragen“ „nach rein egoistischen Motiven entschieden“ wurden.²¹⁹ Eine weitere wesentliche „Schwäche der Demokratie“ ergab sich angeblich aus der Tatsache, dass die Wahl des politischen Führers „von der Gunst Millionen urteilsloser Menschen“ abhing, im Gegensatz zu den guten alten Zeiten, als man „die Wahl des leitenden Staatsmannes“ einer kleinen Elite überlassen hatte.²²⁰

Der gesellschaftliche Einfluss von autoritären und nationalistischen Einstellungen, die in den NS- und rechtskonservativen Netzwerken der 1950er noch mindestens hinter den Kulissen durchscheinen, ist schwer zu bestimmen. Auf lange Sicht begann er sicher zu verblasen. Angesichts einiger offenkundiger Gegensätze zwischen

214 ACDP, 08-001-A/1, 1007/1, Rinke in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 12.07.1955.

215 Wachs, Oberländer, S. 508.

216 Stickler, Ostdeutsch, S. 385.

217 Neumann, Block, S. 86.

218 Gregor Thum (Hrsg.): Traumland Osten. Göttingen 2006.

219 BArch, N 1157/1, Tagebucheintrag Manteuffel-Szoeges, 28.07.1958; BArch, N 1412/008, de Vries an Manteuffel, 12.12.1952.

220 BArch, N 1157/1, Tagebucheintrag Manteuffel-Szoeges, 26.05.1959.

öffentlichen Verlautbarungen und privaten Überzeugungen von Mitgliedern dieser Netzwerke, in die auch das BMVt und die politischen Parteien eingebunden waren, hatte Linus Kather sicherlich damit Recht, dass die Bonner Republik, die sich gesellschaftlich besonders günstig entwickelte, in ihrer Anfangsphase (gleichwohl) eine Art Heimat für politische Opportunisten gewesen ist.²²¹

221 Kather, *Entmachtung*, Bd. 2, S. 219.

Das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte und die Ausschüsse des Deutschen Bundestages

1. Fragestellung, Methodik und Gliederung

Netzwerken, in die Ministerien und deren Beschäftigte eingebunden sind, kommt generell ein hoher Stellenwert zu – auf personeller wie auf sachpolitischer Ebene. Neben der Personalrekrutierung eines Ministeriums, die in der Regel maßgeblich von der jeweiligen Amtsleitung ausgeht, stellen Netzwerke für ein Ministerium Kommunikationskanäle dar, die von der Leitungsebene und den Mitarbeitern genutzt werden, um eigene Ziele im politischen System um- und auch durchzusetzen. Mit dem Eingebundensein in Netzwerke sind Ministerien und deren Mitarbeiter zugleich dem Einfluss von Akteuren unterschiedlicher Art ausgesetzt, die ihrerseits bestrebt sind, eigene Interessen in die Arbeit und Entscheidungen einer obersten Behörde einfließen zu lassen. Aufgrund des reziproken Charakters, der Netzwerke auszeichnet, kann die Analyse von Netzwerken sowie der daran beteiligten Institutionen und Personen dazu beitragen, den Rahmen von Behördenhandeln offenzulegen, Einblick in die Arbeitsweise von Ministerien zu geben und damit ministeriale Verwaltungstätigkeit näher zu charakterisieren.

Eine solche Charakterisierung strebt der Beitrag mit Blick auf die Interaktion des Bundesvertriebenenministeriums (BMVt) mit ausgewählten Ausschüssen des Deutschen Bundestags an. Das BMVt bestand während der ersten fünf Legislaturperioden der Bundesrepublik von 1949 bis 1969. Als eine ‚Behörde sui generis‘ verfügte es über keinen institutionellen Vorgänger und auch über keinen nennenswerten eigenen Verwaltungsunterbau. Dennoch ist sein Wirken bei der Integration der Millionen von Vertriebenen und Flüchtlingen¹ in der Bundesrepublik nicht zu unterschätzen. Als

1 Der Beitrag verwendet die Begriffe Vertriebener und Flüchtling gemäß den Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (BVFG) vom 19.05.1953 sowie in der Neufassung vom 17.09.1971. Das BVFG definiert den Begriff des Vertriebenen in § 1 Abs. 1 Nr. 1 nach dem Wohnortprinzip. Vertriebener ist demnach, „wer als deutscher Staatsangehöriger oder deutscher Volkszugehöriger seinen Wohnsitz in den zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten oder in den Gebieten außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches nach dem Gebietsstande vom 31.12.1937 hatte und diesen im Zusammenhang mit den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges infolge Vertreibung, insbesondere durch Ausweisung

„Sonderministerium im klassischen Gewand“, wie Mathias Beer das Ministerium charakterisierte, hatte das BMVt nur geringe Zuständigkeiten und war daher vor allem in den ersten Jahren seines Bestehens bestrebt, diese auszuweiten.² Zwar formulierte Art. 65 des Grundgesetzes das Ressortprinzip als eines der drei für die Arbeit der Bundesregierung bestimmenden Prinzipien, jedoch zeigte sich in der politischen Praxis, dass das BMVt in seinem politischen Agieren als Querschnittsministerium Belange und Zuständigkeiten anderer, vor allem auch der klassischen Ressorts, also Innen-, Außen-, Justiz- und Finanzministerium berührte. So fielen Fragen bezüglich der Herkunftsgebiete der Vertriebenen in den genuinen Zuständigkeitsbereich des Auswärtigen Amtes (AA). Ferner bestand bei der für die Vertriebenen als existenziell wahrgenommenen Frage des Lastenausgleichs das Bundesfinanzministerium (BMF) auf seiner Federführung innerhalb der Bundesregierung.³ Zum Ministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG)⁴ bestand während der Existenz des Ministeriums ein Konkurrenzverhältnis.

Als Teil der Bundesregierung kamen dem BMVt in erster Linie exekutive Aufgaben zu: Bundesministerien organisieren die Verwaltung der Bundesebene. Die politische Leitung liegt beim Bundesminister, an der Spitze der Ministerialbürokratie

oder Flucht, verloren hat.“ Explizit in den Vertriebenenbegriff miteinbezogen werden nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 BVFG weitere Personenkreise, das heißt nach dem 30.01.1933 aus den genannten Gebieten ins Exil geflüchtete Personen, ebenso Betroffene der vom nationalsozialistischen Staat durchgeführten Umsiedlungsaktionen sowie Aussiedler nach Abschluss der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen. Gesondert definiert wird in § 2 Abs. 1 BVFG der Begriff des Heimatvertriebenen, der über den Wohnsitzverlust hinaus eine enge biografische Beziehung zu den Vertreibungsgebieten hatte: „Heimatvertriebener ist ein Vertriebener, der am 31. Dezember 1937 oder bereits einmal vorher seinen Wohnsitz in dem Gebiet desjenigen Staates hatte, aus dem er vertrieben worden ist (Vertreibungsgebiet); die Gesamtheit der Gebiete, die am 01.01.1914 zum Deutschen Reich oder zur Österreichisch-Ungarischen Monarchie oder zu einem späteren Zeitpunkt zu Polen, zu Estland, zu Lettland oder zu Litauen gehört haben, gilt als einheitliches Vertreibungsgebiet.“ Durch diese Bestimmung wurden explizit neben den reichs- auch die volksdeutschen Bevölkerungsgruppen unter dem Oberbegriff Vertriebene bzw. Heimatvertriebene subsumiert. Den Flüchtlingsbegriff wendet das BVFG in § 3 ausschließlich auf die politisch motivierte Flucht aus der SBZ/DDR an.

- 2 Zu Entstehung und Aufbau des BMVt allgemein vgl. vor allem den Beitrag von Mathias Beer: Symbolische Politik? Entstehung, Aufbau und Funktion des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, in: Jochen Oltmer (Hrsg.): Migration steuern und verwalten. Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Göttingen 2003, S. 295–322; ferner die Untersuchung Lothar Wieland: Das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Bonn, Frankfurt a. M. 1968. Zur Anfangsphase des politischen Systems der Bundesrepublik allgemein vgl. auch Udo Wengst: Staatsaufbau und Regierungspraxis 1948–1953. Zur Geschichte der Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland. Düsseldorf 1984.
- 3 Zu den parlamentarischen Diskursen Vertriebenenpolitik und Außen- und Deutschlandpolitik vgl. Wolfgang Fischer: Heimat-Politiker? Selbstverständnis und politisches Handeln von Vertriebenen als Abgeordnete im Deutschen Bundestag 1949 bis 1974. Düsseldorf 2010, S. 139–255 sowie S. 257–392. Zum Lastenausgleich vgl. v. a. die ausführliche Studie von Manfred Kittel: Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975). Düsseldorf 2020.
- 4 Zum Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen vgl. Stefan Creuzberger: Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges 1949–1969. Düsseldorf 2008.

steht ein beamteter Staatssekretär, in der Regel ein Verwaltungsfachmann. Jedes Ministerium ist in mehrere Abteilungen gegliedert, diese wiederum in Unterabteilungen mit mehreren Referaten. Arbeitseinheit ist das Referat, das jeweils für ein bestimmtes Fachgebiet zuständig ist. Neben den Verwaltungsaufgaben haben die Ministerien auch großen Einfluss auf die Gestaltung der Bundesgesetze und damit in gewisser Weise eine ‚vorbereitende‘ legislative Funktion: Von 1949 bis 2002 sind drei Fünftel aller Gesetzesentwürfe von der Bundesregierung eingebracht worden. Von den verabschiedeten Gesetzen gingen 57 Prozent auf Initiativen der Bundesregierung zurück, lediglich 35 Prozent auf Bundestagsabgeordnete sowie acht Prozent auf den Bundesrat. Das Übergewicht der Gesetzesvorlagen der Bundesregierung erklärt sich daraus, dass nur diese über einen umfangreichen bürokratischen Apparat verfügt, der in der Lage ist, komplizierte Gesetzgebungsmaterien in entscheidungsreife Gesetzesvorlagen umzusetzen.⁵ Dies gilt auch für die wichtigen vom BMVt eingebrachten Gesetzesvorhaben, bei deren Erarbeitung und vorbereitender Verabschiedung es auf die Zusammenarbeit mit Ausschüssen des Deutschen Bundestages angewiesen war.

Wird nach politischem Entscheidungshandeln gefragt, sind die Ausschüsse des Deutschen Bundestages eine besonders relevante parlamentarische Ebene: In jeder Wahlperiode setzt der Bundestag zahlreiche ständige Ausschüsse ein, in denen die Fraktionen ihrer Stärke entsprechend vertreten sind. Ihre Aufgabe ist es, durch das Plenum überwiesene Gesetzesvorlagen inhaltlich zu beraten und Beschlüsse des Plenums, das heißt den eigentlichen legislativen Akt, vorzubereiten. In der Regel steht dabei jedem Bundesministerium mindestens ein Fachausschuss des Bundestages gegenüber. Durch das Grundgesetz vorgeschrieben sind die Ausschüsse für Verteidigung, Auswärtiges, die Angelegenheiten der Europäischen Union und der Petitionsausschuss. Die Ausschüsse lassen sich in diesem Sinn auch selbst als institutionelle Netzwerke der jeweils fachlich entsprechenden Bundesministerien deuten, stellen sie doch ein entscheidendes Forum des parlamentarischen Entscheidungsprozesses dar und dienen durch die regelmäßige Teilnahme von Vertretern der jeweils fachlich zuständigen bzw. betroffenen Bundesministerien als ein wichtiger Interaktionsrahmen zwischen Exekutive und Legislative, zwischen Bundesregierung und Bundestag. Diesem Verständnis der Ausschüsse als institutionelles Netzwerk bzw. Interaktionsrahmen folgt der Beitrag, wenn er die Beziehungen und Netzwerke zwischen dem BMVt und den Ausschüssen des Deutschen Bundestages untersucht.

Die Studie nimmt aus der Vielzahl der Netzwerke, in die das Bundesvertriebenenenministerium eingebunden war,⁶ die Beziehungen zwischen dem BMVt und einigen Ausschüssen des Deutschen Bundestages in der Zeit von 1949 bis 1969 in den Blick. Dabei ist es wichtig, den Ausschuss nicht allein als institutionelles Netzwerk zu verstehen. So ist nicht nur die Interaktion zwischen dem Ministerium und den

5 Zu Organisation und Einfluss der Bundesregierung auf den Gesetzgebungsprozess vgl. Horst Pötzsch: *Die deutsche Demokratie*. Bonn 5. überarbeitete und aktualisierte Aufl. 2009, S. 88–92 sowie S. 105–109.

6 Vgl. dazu die Beiträge des vorliegenden Bandes, in denen jeweils ein Segment der spezifischen Netzwerke im Mittelpunkt steht, in die das BMVt eingebunden war.

Ausschüssen auf institutioneller Ebene zu betrachten, sondern auch die Interaktion der Vertreter des BMVt mit den in den Ausschüssen vertretenen Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf persönlicher Ebene. Ziel ist es, bestehende Netzwerke zwischen dem Ministerium und seinen Vertretern auf der einen sowie einigen Bundestagsausschüssen und den darin vertretenen Abgeordneten auf der anderen Seite zu identifizieren und näher zu charakterisieren. Dabei sind die Grenzen zu beachten, die durch die Überlieferung und die spezifische Aktenüberlieferung gegeben sind. Netzwerke haben immer auch eine betont informelle Grundlage, die in den hier herangezogenen schriftlichen Quellen, vor allem offiziellen Akten, häufig nur bedingt einen Niederschlag finden. Zu unterscheiden sind zudem einerseits persönlich-biografisch begründete Netzwerke zwischen einzelnen Akteuren sowie andererseits sachpolitisch-funktionale Netzwerke, die nur temporär und befristet auftreten, aber ebenso große politische Wirksamkeit entfalten können. Bei der Analyse stehen somit insbesondere die Beziehungsgeflechte zwischen dem Ministerium und seinen Mitarbeitern sowie den in einzelnen Ausschüssen vertretenen Bundestagsabgeordneten im Fokus. Je nach politischem Vorgang stellt sich die Frage, ob BMVt und Bundestagsausschüsse kompetitiv oder eher konsensorientiert arbeiteten. Hilfreich ist es dabei, die Art der Interaktionen zwischen dem BMVt und den Bundestagsausschüssen entlang der drei in der Forschung eingeführten Dimensionen des Politischen – *polity* (Strukturen), *policy* (Inhalte), *politics* (Prozesse)⁷ – zu betrachten.

Methodisch folgt der Beitrag dem netzwerkanalytischen Ansatz von Frans van Waarden.⁸ Van Waarden unterscheidet sieben Netzwerkdimensionen, anhand derer sich Politiknetzwerke differenzieren und analysieren lassen: Akteure, Funktion, Struktur, Institutionalisierung, Verfahrensregeln, Machtbeziehungen sowie Strategien der Akteure. Überträgt man diese Dimensionen auf die Analyse der Netzwerke, untersucht der Beitrag bezogen auf die Akteure, welche Personen aus der Leitungs- und Arbeitsebene des BMVt einerseits und welche Abgeordneten des Deutschen Bundestages andererseits an Sitzungen der Bundestagsausschüsse teilgenommen haben. Blickt man auf die Funktionen, welche die Beziehungen zwischen Ministerium und Ausschüssen bestimmten, ist danach zu fragen, welche Ziele die Vertreter beider Seiten in den jeweiligen politischen Sachfragen verfolgten und inwiefern dabei politische und persönliche Netzwerke der Akteure eine Rolle spielten. Damit verbunden interessiert, ob sich bestimmte Muster in den Beziehungen herausgebildet haben, die Rückschlüsse auf die Strukturen der Netzwerke zwischen BMVt und bestimmten Bundestagsausschüssen zulassen. Kann mit Blick auf den gesetzten formalen Rahmen, der die Beziehungen zwischen BMVt und Bundestagsausschüssen bestimmte,

7 Zu den Dimensionen des Politikbegriffs vgl. die Beiträge von Klaus Schubert: *Policy*, in: Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze (Hrsg.): *Lexikon der Politikwissenschaft*. Bd. 2. N–Z. Theorien, Methoden, Begriffe. München 2010, S. 742; Ders.: *Politics*, in: Nohlen/Schultze, *Lexikon der Politikwissenschaft*, Bd. 2, S. 745; sowie Ders.: *Polity*, in: Nohlen/Schultze, *Lexikon der Politikwissenschaft*, Bd. 2, S. 831.

8 Vgl. Frans van Waarden: *Dimensions and types of policy networks*, in: *European Journal of Political Research* 21 (1992), S. 29–52. Vgl. dazu auch den einführenden Beitrag von Mathias Beer im vorliegenden Band.

von einem institutionalisierten Netzwerk gesprochen werden? Welcher Stellenwert kam dabei Teilnetzwerken im parlamentarischen und außerparlamentarischen Rahmen (Arbeitskreisen, Arbeitsgruppen etc.) zu? Fokussiert auf die Dimension der Verfahrensregeln wird zu fragen sein, welches Rollenverständnis für die Vertreter des BMVt und der Bundestagsausschüsse in ihren Beziehungen bestimmend war und welche grundlegenden Einstellungen sich dabei identifizieren lassen. Politiknetzwerke zeichnen sich nach van Waarden ferner durch eine bestimmte Art von Machtbeziehungen aus. Vor diesem Hintergrund wird zu untersuchen sein, inwiefern es dem BMVt in den Ausschusssitzungen gelang, eigene Vorstellungen, Entwürfe und Vorlagen durchzusetzen, und umgekehrt, wie Entwürfe und Vorlagen des Ministeriums von den in den Ausschüssen vertretenen Parlamentariern modifiziert oder zurückgewiesen wurden. Schließlich gilt es, die Strategien der Akteure innerhalb der Netzwerke zwischen BMVt und Ausschussmitgliedern im Blick zu behalten.

Das Zeitfenster der Betrachtung von 1949 bis 1969 und die Breite der vom Ministerium wahrgenommenen Aufgaben erfordern es, das Thema einzugrenzen. Schon in der ersten Legislaturperiode wies Minister Hans Lukaschek im Jahresbericht des BMVt für das Jahr 1951 darauf hin, dass sein Ministerium „nicht ein einzelnes Sachgebiet, sondern einen Personenkreis“ zu betreuen habe, „der in einer überaus großen Zahl an Fällen an allen vorkommenden Fragen und Sachgebieten interessiert ist.“ Der Personenkreis bestehe

„außer der großen Gruppe der eigentlichen Heimatvertriebenen und außer der besonderen Gruppe der Kriegsgefangenen aus den kleineren Gruppen der Flüchtlinge aus der Sowjetzone, der heimatlosen Ausländer (DP's) und der politischen Flüchtlinge aus den osteuropäischen Staaten.“⁹

In seiner Behördengeschichte aus dem Jahr 1968 führt Lothar Wieland, selbst Beamter im BMVt, folgende vom Ministerium betreute Gruppen auf: Vertriebene, Aussiedler, Sowjetzonenflüchtlinge, ehemalige politische Häftlinge, Kriegssachgeschädigte, Evakuierte, Kriegs- und Zivilgefangene sowie nichtdeutsche Flüchtlinge.¹⁰ Zudem verweist Mathias Beer darauf, dass sich im Verlauf der 1950er Jahre die Zuständigkeiten des BMVt erweiterten, z. B. wurde 1954 die Zuständigkeit für die Kriegssachgeschädigten und Evakuierten vom Bundesinnenministerium übernommen.¹¹ Der breit gefächerte Personenkreis, dem allerdings nur eingeschränkte Zuständigkeiten des BMVt gegenüberstanden, hatte zur Folge, dass das Ministerium in Verfolgung seiner legislativen und sachpolitischen Aufgaben in einer Vielzahl von Sachausschüssen des Deutschen Bundestages präsent war und aktiv mitwirkte. In dem bereits genannten Jahresbericht vermerkte Minister Lukaschek, allein im Berichtsjahr 1950 hätten Re-

9 BArch, B 150/3265, Jahresbericht des BMVt 1951. Entwurf mit Ministerkorrekturen.

10 Wieland, Bundesministerium, S. 26–38.

11 BArch, B 150/420, Schreiben Oberländers vom 04.12.1953 betr. Kabinettsvorlage zum Übergang der Zuständigkeit für Kriegssachgeschädigte vom BMI auf das BMVt zum 01.01.1954 und zur damit verbundenen Umbenennung des Ministeriums von „Bundesministerium für Vertriebene“ in „Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte“; vgl. ferner dazu Beer, Symbolische Politik, S. 316.

ferenten seines Hauses in „mehr als 900 Sitzungen der Ausschüsse des Bundestages, mehr als 300 Sitzungen der Ausschüsse des Bundesrates und in mehr als 430 interministeriellen Besprechungen“ mitgewirkt.¹²

Insgesamt bildete der Deutsche Bundestag im Untersuchungszeitraum in der ersten Wahlperiode 40 ständige Ausschüsse, in der zweiten 38, in der dritten 26, in der vierten 28 sowie in der fünften 23. Hinzu kamen Sonder- und Untersuchungsausschüsse. Die Gesamtzahl der Sitzungen inklusive der entsprechend gebildeten Untersuchungsausschüsse belief sich auf 5.311 in der ersten, 4.175 in der zweiten, 2.435 in der dritten, 2.962 in der vierten sowie 2.751 in der fünften Wahlperiode.¹³ Eine vollständige Erfassung und Untersuchung aller Interaktionen zwischen BMVt und den Ausschüssen des Deutschen Bundestages kann angesichts des damit verbundenen Umfangs im Rahmen dieser Untersuchung nicht durchgeführt werden. Daher fokussiert der Beitrag auf einige für das Agieren des BMVt maßgebliche Ausschüsse.

Bei der Analyse entlang der durch van Waarden benannten Netzwerkdimensionen nimmt die Untersuchung vier ausgewählte Ausschüsse in den Blick: den Ausschuss für Heimatvertriebene (1.–4. Wahlperiode, in der 5. Wahlperiode als Ausschuss für die Angelegenheiten der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge geführt); den Ausschuss für Lastenausgleich (1.–4. Wahlperiode, in der 5. Wahlperiode in den Ausschuss für Kriegs- und Verfolgungsschäden überführt); den Ausschuss für gesamtdeutsche Fragen (1. Wahlperiode, danach von der 2.–5. Wahlperiode Ausschuss für gesamtdeutsche und Berliner Fragen) sowie den Auswärtigen Ausschuss (Ausschuss für Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten; ab Juni 1953: Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten (1. WP), Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten (2.–4. WP), Auswärtiger Ausschuss (5. WP)).¹⁴ Die Zahl der Sitzungen in den genannten Ausschüssen im Untersuchungszeitraum ist der folgenden Tabelle zu entnehmen.

12 Vgl. BArch, B 150/3265, Jahresbericht des BMVt 1951. Entwurf mit Ministerkorrekturen.

13 Vgl. Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestags 1949 bis 1999. Bearb. v. Peter Schindler. Bd. 2. Baden-Baden 1999 (Online-Ausgabe), S. 2022.

14 Eine Übersicht aller Bundestagsausschüsse im Untersuchungszeitraum findet sich im Datenhandbuch des Deutschen Bundestages, Bd. 2, S. 2024–2033.

	1. Wahlperiode 1949–1953	2. Wahlperiode 1953–1957	3. Wahlperiode 1957–1961	4. Wahlperiode 1961–1965	5. Wahlperiode 1965–1969
Ausschuss für Heimatvertriebene ¹⁵	82	51	46	57	52
Ausschuss für Lastenausgleich ¹⁶	139	77	36	76	(75)
Ausschuss für gesamtdeutsche und Berliner Fragen ¹⁷	91	75	39	63	53
Auswärtiger Ausschuss ¹⁸	130	79	72	87	96

Tabelle 1: Zahl der Sitzungen der untersuchten Ausschüsse¹⁹

Die Auswahl der untersuchten Ausschüsse geht von der Annahme aus, dass ihnen im Rahmen des Verwaltungshandelns des BMVt ein besonderer Stellenwert zukam, der seinen Ausdruck auch in Netzwerken fand, die in der Interaktion zwischen dem Personal des BMVt und den in den Ausschüssen vertretenen Abgeordneten des Deutschen Bundestages eine Rolle spielten. Das umso mehr, als in den ausgewählten Ausschüssen eine hohe Zahl an Abgeordneten vertreten war, die selbst Vertriebene oder Flüchtlinge und damit die Hauptziel- und Stakeholdergruppen des BMVt wie auch seiner Arbeit waren. Im Sinne der Reziprozität, die politische Netzwerke auszeichnet, hatten sie besondere Erwartungen im Sinne ihrer Klientel an das Verwaltungshandeln des BMVt. Vertriebener oder Flüchtling zu sein, bedeutete für einen Abgeordneten nicht zwangsläufig, überhaupt, allein oder auch auf diesem sachpolitischen Gebiet tätig zu werden.²⁰ Dafür liefern die Abgeordneten der untersuchten Wahlperioden eine Reihe von Beispielen. Zudem ordneten sie in der Regel vertriebenen- und flüchtlingspezifische Anliegen parteipolitischen Zielen unter.²¹ Dennoch lässt ein

15 1.–4. WP: Ausschuss für Heimatvertriebene, 5. WP: Ausschuss für Angelegenheiten der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge.

16 1.–4. WP: Ausschuss für den Lastenausgleich, in der 5. WP in den Ausschuss für Kriegs- und Verfolgungsschäden überführt.

17 1. WP: Ausschuss für gesamtdeutsche Fragen, 2.–5. WP: Ausschuss für gesamtdeutsche und Berliner Fragen.

18 Ausschuss für Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten; ab Juni 1953: Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten (1. WP), Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten (2.–4. WP), Auswärtiger Ausschuss (5. WP).

19 Eigene Zusammenstellung unter Verwendung von Daten aus dem Datenhandbuch des Deutschen Bundestages, Bd. 2, S. 2024–2033.

20 Vgl. dazu Mathias Beer: Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa und die politisch-administrative Elite der Bundesrepublik. Ein Problemaufriss, in: Günther Schulz (Hrsg.): Vertriebene Eliten. Vertreibung und Verfolgung von Führungsschichten im 20. Jahrhundert. München 2001, S. 199–227.

21 Vgl. dazu die Beiträge von Pertti Ahonen und Michael Schwartz im vorliegenden Band.

überproportionaler Anteil an Vertriebenen und Flüchtlingen unter den Abgeordneten eines Fachausschusses des Bundestages durchaus den Schluss zu, dass der jeweilige Ausschuss einen Interaktionsrahmen bildete, in dem vertriebenen- und flüchtlings-spezifische Interessen aus Sicht von Abgeordneten mit einer entsprechenden Biografie und dem für das fachlich zuständige Ministerium ausgehandelt wurden.²²

Vertriebene Abgeordnete machten in den ersten fünf Legislaturperioden durchschnittlich rund ein Zehntel der Abgeordneten des Deutschen Bundestages aus; dies lag deutlich unter dem Anteil der Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung. Der Anteil der Abgeordneten mit einer Vertriebenenbiografie pendelte zwischen 8,5 Prozent und einem Höchstwert von 12,2 Prozent in der zweiten Legislaturperiode, in der mit dem Gesamtdeutschen Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) eine dezidierte Vertriebenenpartei dem Bundestag angehörte.²³ Der Anteil an Flüchtlingen aus der SBZ/DDR – einer zweiten wichtigen Stakeholdergruppe des BMVt – an den Abgeordneten des Deutschen Bundestages pendelte im selben Zeitraum zwischen 2,5 und 3 Prozent.

Abgeordnete	WP 1	WP2	WP3	WP4	WP5
Gesamtzahl	474	558	562	580	559
Vertriebene	55	68	48	51	54
Vertriebenenquote	11,6%	12,2%	8,5%	8,8%	9,7%
Flüchtlinge	14	16	14	16	17
Flüchtlingsquote	3,0%	2,9%	2,5%	2,8%	3,0%

Tabelle 2: Zahl und prozentualer Anteil der Vertriebenen- und Flüchtlingsabgeordneten in den ersten fünf Wahlperioden des Deutschen Bundestags²⁴

Parteipolitisch betrachtet, war im untersuchten Zeitraum die Verteilung der vertriebenen Abgeordneten auf die im Bundestag vertretenen Fraktionen von CDU/CSU,

22 Zur Frage der politischen Identität und der Eigenschaft Vertriebener als eine Form multipler politischer Identitäten von Bundestagsabgeordneten vgl. Fischer, Heimat-Politiker, S. 49–138, insb. S. 85–90.

23 Zum GB/BHE vgl. Franz Neumann: Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten, 1950–1960. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur einer politischen Interessenpartei. Marburg 1966.

24 Eigene Auswertung auf der Grundlage einer biografischen Analyse der Abgeordneten auf Basis von: Rudolf Vierhaus/Ludolf Herbst (Hrsg.): Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949–2002. 3 Bde. München 2002, 2003; Martin Schumacher: M.d.B. Volksvertretung im Wiederaufbau 1946–1961. Bundestagskandidaten und Mitglieder der westzonalen Vorparlamente. Eine biographische Dokumentation. Düsseldorf 2000; Fritz Sängers (Hrsg.): Die Volksvertretung. Handbuch des Deutschen Bundestages. Stuttgart 1949; Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages. 2.–5. Wahlperiode. Bonn 1953ff. Als Referenzwert für den prozentualen Anteil wurde nicht die Gesamtzahl der Mandate als Summe der jeweiligen Fraktionsstärken je Legislaturperiode genommen, sondern die Gesamtzahl aller Abgeordneten inklusive der Nachrücker. Auf Basis der angegebenen biografischen Quellen wurden auch im Folgenden die in den Fußnoten angegebenen biografischen Informationen zu den einzelnen Abgeordneten zusammengestellt, zusätzliche Quellen sind entsprechend vermerkt.

SPD, FDP und DP unterschiedlich. Den höchsten Anteil von Vertriebenen-Abgeordneten in Relation zur Gesamtstärke der Fraktion hatte der GB/BHE, der jedoch 1957 am Einzug in den dritten Bundestag scheiterte. Bei den Flüchtlingen aus der SBZ/DDR ergibt sich ein ähnliches Bild: Die Abgeordneten gehörten mehrheitlich den Unionsparteien, aber auch der SPD und der FDP an.²⁵

Vertriebene nach Fraktionen	WP 1	WP 2	WP 3	WP 4	WP 5
CDU/CSU					
Gesamtzahl an Abgeordneten	155	271	295	279	267
Vertriebene Abgeordnete	14	25	24	23	25
Vertriebenenquote	9,0%	9,2%	8,1%	8,2%	9,4%
Geflüchtete Abgeordnete	4	7	7	8	9
Flüchtlingsquote	2,6%	2,6%	2,4%	2,9%	3,4%
SPD					
Gesamtzahl an Abgeordneten	154	176	199	230	237
Vertriebene Abgeordnete	15	16	17	19	24
Vertriebenenquote	9,7%	9,1%	8,5%	8,3%	10,1%
Geflüchtete Abgeordnete	7	5	5	5	4
Flüchtlingsquote	4,5%	2,8%	2,5%	2,2%	1,7%
FDP					
Gesamtzahl an Abgeordneten	67	63	49	71	55
Vertriebene Abgeordnete	10	6	5	8	5
Vertriebenenquote	14,9%	9,5%	10,2%	11,3%	9,1%
Geflüchtete Abgeordnete	2	1	2	3	4
Flüchtlingsquote	3,0%	1,6%	4,1%	4,2%	7,3%
DP					
Gesamtzahl an Abgeordneten	21	16	19		
Vertriebene Abgeordnete	3	2	2		
Vertriebenenquote	14,3%	12,5%	10,5%		

25 Zum gesamten Abschnitt vgl. Fischer, Heimat-Politiker, S. 49–85. Zu den Vertriebenenquoten in den Bundestagsfraktionen vgl. auch Matthias Stickler: „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972. Düsseldorf 2004, S. 209–212.

GB/BHE					
Gesamtzahl an Abgeordneten	6 ²⁶	28			
Vertriebene Abgeordnete	6	19			
Vertriebenenquote	100%	67,9%			

Tabelle 3: Zahl und prozentualer Anteil der Vertriebenen- und Flüchtlingsabgeordneten in den Fraktionen der ersten fünf Wahlperioden des Deutschen Bundestages²⁷

Betrachtet man die Ausschussmitgliedschaften und damit die Arbeitsschwerpunkte der Vertriebenen-Abgeordneten, zeigt sich eine Konzentration auf die Ausschüsse für Heimatvertriebene, Lastenausgleich und gesamtdeutsche Fragen. Aus den unterschiedlichen Facetten der Vertriebenenproblematik erklären sich auch erhöhte Quoten einerseits im Auswärtigen Ausschuss (vor allem ab der zweiten Legislaturperiode), andererseits in weiteren mit sozialen Fragen befassten Ausschüssen (Kriegsopfer, Wiedergutmachung, Sozialpolitik, Wiederaufbau und Wohnungswesen). Ähnlich, aber etwas weniger eindeutig ist das Ergebnis bei Abgeordneten, die den Status von Flüchtlingen aus der SBZ/DDR führten: Wie bei den Vertriebenen-Abgeordneten ergeben sich höhere Werte für die Ausschüsse für Heimatvertriebene, Lastenausgleich und gesamtdeutsche Fragen.²⁸

Vertriebene	WP 1	WP2	WP3	WP4	WP5
Auswärtiger Ausschuss²⁹					
Ordentliche Mitglieder	6,9%	23,1%	10,5%	21,1%	18,2%
Stellvertretende Mitglieder	13,9%	16,2%	10,0%	10,5%	14,6%
Heimatvertriebene³⁰					
Ordentliche Mitglieder	62,5%	53,1%	48,3%	56,7%	68,8%
Stellvertretende Mitglieder	46,9%	48,0%	36,0%	42,3%	53,8%

26 Hier erfasst sind die Mitglieder der Gruppe BHE/DG, welche sich aus dem Zusammenschluss verschiedener, zunächst für andere Fraktionen gewählter vertriebener Abgeordneter gebildet hatte.

27 Eigene Auswertung auf Basis einer biografischen Analyse vgl. Fußnote 25. Die Fraktionszugehörigkeit wurde nach der Partei bestimmt, für die der Abgeordnete in den Bundestag gewählt wurde. Fraktionswechsel konnten in dieser Auswertung zunächst nicht berücksichtigt werden.

28 Zum gesamten Abschnitt vgl. die ausführliche biografische und statistische Analyse in Fischer, Heimat-Politiker, S. 49–85, speziell zur Mitgliedschaft vertriebener Bundestagsabgeordneter im Zeitraum 1949 bis 1974 in Parteien, Fraktionen und Verbänden S. 66–90.

29 Ausschuss für Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten, ab Juni 1953: Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten (1. WP), Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten (2.–4. WP), Auswärtiger Ausschuss (5. WP).

30 1.–4. WP: Ausschuss für Heimatvertriebene, 5. WP: Ausschuss für Angelegenheiten der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge.

Lastenausgleich					
Ordentliche Mitglieder	28,2%	32,4%	36,8%	29,4%	–
Stellvertretende Mitglieder	24,1%	21,9%	36,8%	35,3%	–
Kriegs- und Verfolgungs- schäden					
Ordentliche Mitglieder	–	–	–	–	24,3%
Stellvertretende Mitglieder	–	–	–	–	14,3%
Gesamtdeutsche Fragen ³¹					
Ordentliche Mitglieder	13,5%	18,4%	16,7%	13,5%	16,7%
Stellvertretende Mitglieder	15,0%	27,3%	15,2%	17,9%	23,8%
Flüchtlinge	WP 1	WP2	WP3	WP4	WP5
Auswärtiger Ausschuss					
Ordentliche Mitglieder	6,9%	2,6%	2,6%	2,6%	2,3%
Stellvertretende Mitglieder	0%	0%	2,5%	0%	2,1%
Heimatvertriebene					
Ordentliche Mitglieder	5,0%	15,6%	6,9%	13,3%	6,3%
Stellvertretende Mitglieder	9,4%	20,0%	20,0%	7,7%	30,8%
Lastenausgleich					
Ordentliche Mitglieder	2,6%	2,9%	5,3%	11,8%	–
Stellvertretende Mitglieder	3,4%	9,4%	5,3%	17,6%	–
Kriegs- und Verfolgungs- schäden					
Ordentliche Mitglieder	–	–	–	–	5,4%
Stellvertretende Mitglieder	–	–	–	–	8,6%
Gesamtdeutsche Fragen					
Ordentliche Mitglieder	16,2%	18,4%	16,7%	16,2%	22,2%
Stellvertretende Mitglieder	12,5%	2,3%	6,1%	0%	2,4%

Tabelle 4: Ausschussmitgliedschaften von Bundestagsabgeordneten getrennt nach dem Status Vertriebener und Flüchtling³²

31 1. WP: Ausschuss für gesamtdeutsche Fragen, 2.–5. WP: Ausschuss für gesamtdeutsche und Berliner Fragen.

32 Eigene Erhebung auf der Grundlage der Ausschussbesetzungen vgl. Vierhaus/Herbst, Biographisches Handbuch, Bd. 3, S. 467–587, siehe dazu auch Fischer, Heimatpolitiker, S. 411f.

Die Interaktionen zwischen dem BMVt und vier ausgewählten Ausschüssen – Heimatvertriebene, Lastenausgleich, gesamtdeutsche Fragen und AA – analysiert der Beitrag auf einer breiten Quellengrundlage³³ entlang der van Waarden'schen Netzwerkdimensionen. Zunächst gilt es, die Teilnahme von Vertretern des BMVt an den Sitzungen der Ausschüsse entlang der jeweils behandelten Themen und Vorlagen herauszuarbeiten und auf dieser Basis eine Beschreibung der äußeren Form der Netzwerke zwischen dem Ministerium und den betrachteten Ausschüssen hinsichtlich der Akteure, Struktur, Institutionalisierung und Verfahrensregeln vorzunehmen. Angesichts der ausgewählten Fachausschüsse liegt es auf der Hand, die notwendige Vertiefung hinsichtlich der Netzwerkdimensionen Funktion, Machtbeziehungen und Strategien der Akteure auf wesentliche ‚legislative Hauptlinien‘ wie das Bundesvertriebenengesetz und den Lastenausgleich zu konzentrieren. Andere Zielgruppen des BMVt betreffende Gesetzeswerke wie das Bundesevakuiertengesetz oder das Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz werden im Rahmen dieser Studie nicht im Detail betrachtet.

Entsprechend der Fragestellung gliedert sich der Hauptteil der Studie in mehrere Unterkapitel, die Netzwerke zwischen dem BMVt und ausgewählten Ausschüssen des Deutschen Bundestages verfolgen. Teilkapitel 2.1 nimmt mit dem Ausschuss für Heimatvertriebene den direkt dem BMVt zugeordneten Fachausschuss in den Blick. Hier wurden alle wesentlichen Fragen und Gesetzesvorhaben behandelt, welche in die Zuständigkeit des BMVt fielen, vor allem das am 19. Mai 1953 verabschiedete Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz – BVFG). Hierbei handelt es sich um das legislative Hauptwerk des BMVt, das bis 1969 fünf Novellen erfahren sollte. In diesem Ausschuss ist eine hohe Interaktionsrate zwischen dem Personal des BMVt und den Mitgliedern des Ausschusses in den jeweiligen Legislaturperioden gegeben, die es zu analysieren gilt. In diesem Kontext

33 Zentrale Quellenbestände bilden die Überlieferung im Bundesarchiv, Bestand B 150 und B 150-ORG sowie ergänzend die Akten des Bundes der Vertriebenen (BdV), Bestand B 234. Die Protokolle der einzelnen Ausschüsse des Deutschen Bundestages befinden sich im Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages, ebenso Gesetzesdokumentationen (Gesetzentwürfe, Plenarprotokolle, Ausschussprotokolle) zu einzelnen Gesetzesvorhaben. Die Protokolle des Auswärtigen Ausschusses stehen für den gesamten Untersuchungszeitraum von der ersten bis zur fünften Wahlperiode in edierter Form zur Verfügung. Für die erste Wahlperiode liegt eine Edition des gesamtdeutschen Ausschusses vor. Darüber hinaus wurden die stenografischen Berichte der Verhandlungen des Deutschen Bundestages (BT Sten Ber.) herangezogen. Für die einzelnen Fraktionen liegen die Protokolle der CDU/CSU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion wie auch der CSU-Landesgruppe in edierter Form vor. Fraktionsprotokolle der kleineren Fraktionen des Bundestags, vor allem der DP und des GB/BHE, sind als eigener Bestand nicht erhalten, können aber teilweise anhand der Nachlässe verschiedener Abgeordneter rekonstruiert werden. Dazu zählen im Archiv für Christlich-Demokratische Politik in Sankt Augustin u. a. jene von Linus Kather, Herbert Czaja, Hans Krüger oder Ernst Kuntscher; im Archiv der sozialen Demokratie in Bonn (AdsD) die Nachlässe von Wenzel Jaksch, Ernst Paul und Richard Reitzner; im Archiv des Liberalismus (ADL) die Nachlässe von Erich Mende und Wolfgang Mischnick; im Archiv für Christlich-Soziale Politik München (ACSP) der Nachlass von Hans Schütz; und im Bundesarchiv die Nachlässe von Georg Baron von Manteuffel-Szoege, Hans-Christoph Seebohm, Waldemar Kraft oder auch Axel de Vries.

stellt sich die Frage, ob der Ausschuss und speziell die Vertriebenen-Abgeordneten im Sinne der häufig beschworenen ‚Schicksalsgemeinschaft‘ der Vertriebenen kooperativ agierten oder ob andere (partei-)politische Verhaltensmuster (z. B. Regierung – Opposition) prägend waren.

Im Ausschuss für Lastenausgleich wurde das für die Vertriebenen als Hauptzielgruppe des BMVt höchst relevante Thema eines Ausgleichs für die als Folge von Flucht, Umsiedlung und Vertreibung erfahrenen Eigentumsverluste behandelt. Der Lastenausgleich als eine für die Interessensgruppe der Vertriebenen wie auch die eingesessene Bevölkerung elementar bedeutende politische und wirtschaftliche Frage brachte das BMVt bei der Behandlung des zugrundeliegenden Lastenausgleichsgesetzes (LAG) und dessen zahlreichen Novellierungen in Interaktion sowohl mit den Mitgliedern des entsprechenden Ausschusses als auch dem für das Gesetz federführenden Bundesfinanzministerium. Dem entsprechend wird im Teilkapitel 2.2 gefragt, inwiefern BMVt und Abgeordnete des zuständigen Bundestagsausschusses zusammenarbeiteten und auf welche Art und Weise und mit welchem Erfolg das BMVt eigene Positionen in den Prozess der Vorbereitung des LAG einbringen konnte. Gab es eine Zweckallianz mit dem LAG-Ausschuss oder Teilen davon, um Anliegen der Vertriebenen gegen das Finanzministerium durchzusetzen?

Der Ausschuss für gesamtdeutsche Fragen war der dem Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen zugeordnete Fachausschuss. Seine Tätigkeiten, vor allem die Befassung mit der Frage der Flüchtlinge aus der SBZ bzw. der DDR, berührten jedoch ebenso eine der Zielgruppen des BMVt. Zwischen Vertriebenen und den Flüchtlingen aus der SBZ/DDR bestand in einigen politischen Fragen eine Interessenskongruenz, aber in einigen Fragen auch eine klare Interessenkonkurrenz. Diese manifestierte sich in einem Dualismus zwischen Verbänden sowie auch zwischen den jeweiligen Ministerien BMVt und BMG. Offen zutage trat diese Konkurrenz z. B. an der Frage über die Einbeziehung der Flüchtlinge aus der SBZ/DDR in den Lastenausgleich, die in der dritten und vierten Wahlperiode in die Diskussion eines letztendlich gescheiterten eigenen Flüchtlingsgesetzes kulminierte. Das Agieren des BMVt in dieser Frage und sein Zusammen- oder Gegenspiel mit verschiedenen Abgeordneten steht im Mittelpunkt des Teilkapitels 2.3.

Ähnlich wie beim Lastenausgleich lag die Federführung bzw. der politische Primat in allen außen- und deutschlandpolitischen Fragestellungen bei einem klassischen Ressort, dem Auswärtigen Amt. Weil aber die Vertriebenenfrage in hohem Maß auch wesentliche außenpolitische Aspekte betraf, etwa die Grenzfrage, wird im Teilkapitel 2.4 untersucht, welche Netzwerke in der Interaktion zwischen Vertretern des Ministeriums und des Auswärtigen Ausschusses zum Tragen kamen. Gelang es auf diesem Weg, außenpolitische Positionen zur Vertriebenenfrage in die Außenpolitik der Bundesrepublik einzuspeisen? Dabei ist nicht allein an die Internationalisierung der deutschen Vertriebenenfrage, sondern auch an die Gestaltung der Beziehungen zu den Herkunftsstaaten der Vertriebenen im Rahmen des Kalten Krieges zu denken.

Im abschließenden dritten Kapitel werden die Ergebnisse der Studie insbesondere unter dem Aspekt zusammengefasst, inwiefern die Netzwerke, in die das BMVt im Rahmen seiner Beziehungen zu Mitgliedern von Bundestagsausschüssen, aber auch

zu solchen, in die Abgeordnete des Bundestages insgesamt eingebunden waren, als Einfallstore für nationalsozialistisches und völkisches Gedankengut fungierten.

2. Netzwerke, in die das BMVt und die Ausschüsse des Deutschen Bundestages eingebunden waren – eine Interaktionsanalyse

2.1. „Schicksalsgemeinschaft“ im Bundestag? Der Ausschuss für Heimatvertriebene 1949–1961

Der Ausschuss für Heimatvertriebene war der dem BMVt zugeordnete Fachausschuss und kann daher als institutionelles Netzwerk des Ministeriums verstanden werden. Er beschäftigte sich mit allen Vorlagen und Anträgen, die in den Zuständigkeitsbereich des Ministeriums fielen und durch das Plenum des Bundestages dem Ausschuss zur Bearbeitung überwiesen wurden. Der Ausschuss bestand während des gesamten Zeitraums des Bestehens des Ministeriums und ist Ausdruck des Stellenwerts, den das Parlament der Flüchtlings- und Vertriebenenfrage vor allem in den ersten Jahren der Bundesrepublik beimaß. Die Umbenennung zu Beginn der fünften Wahlperiode in Ausschuss für Angelegenheiten der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge ist Ausdruck eines stärkeren Fokus, der seit Beginn der 1960er Jahre auf die Frage der Gleichstellung der Flüchtlinge aus der SBZ/DDR mit den Vertriebenen vor allem im Hinblick auf den Lastenausgleich gerichtet wurde, und betont den Anspruch des BMVt wie auch des Ausschusses für Heimatvertriebene, in dieser Frage als Akteur einbezogen zu werden. Beide Aspekte werden im Rahmen des Teilkapitels 2.3 ausführlich behandelt.³⁴ Mit der Auflösung des BMVt als eigenständiges Ressort 1969 wurde in der folgenden sechsten Wahlperiode des Bundestages auch kein Fachausschuss für Vertriebenenpolitik mehr eingerichtet – was als Beleg für die institutionelle Verschränkung von BMVt und dem Ausschuss für Heimatvertriebene betrachtet ebenso wie für die nachlassende politische Bedeutung der Vertriebenenfrage interpretiert werden kann.³⁵

Der Ausschuss für Heimatvertriebene hatte im betrachteten Zeitraum die höchste Konzentration vertriebener Abgeordneter aller Bundestagsausschüsse: Durchschnittlich 57,9 Prozent der ordentlichen und 45,4 Prozent der stellvertretenden Mitglieder waren selbst Vertriebene. Hinzu kamen durchschnittlich 9,4 Prozent der ordentlichen und 17,6 Prozent der stellvertretenden Mitglieder, die den Status eines SBZ/DDR-Flüchtlings führten. Betrachtet man die Tagungsfrequenz des Ausschusses über den

34 Bei der Behandlung des ersten Entwurfs eines Beweissicherungsgesetzes zur Vorbereitung der Einbeziehung der Flüchtlinge in den Lastenausgleich war in der dritten Legislaturperiode die Federführung an den Rechtsausschuss, bei den Folgeverhandlungen (Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz sowie Flüchtlingshilfegesetz der Bundesregierung, dazu das Flüchtlingsgesetz der SPD) in der vierten Wahlperiode an den Ausschuss für Lastenausgleich übergegangen. Zudem war bei dieser Thematik der Ausschuss für gesamtdeutsche und Berliner Fragen von besonderer Bedeutung. Vgl. dazu Teilkapitel 2.3.

35 Vgl. Datenhandbuch des Deutschen Bundestages, Bd. 2, S. 2028.

gesamten Betrachtungszeitraum, so liegt der Schwerpunkt der Ausschusstätigkeit auf der ersten Legislaturperiode. Mit 82 Sitzungen und zahlreichen Unterausschuss-Sitzungen³⁶ weist er 1949 bis 1953 die höchste Sitzungsfrequenz auf – dies ist sicherlich Ausdruck der politischen Bedeutung, welche der Vertriebenenfrage im Allgemeinen und der Verabschiedung des zentralen Gesetzeswerks, des BVFG, vor allem in der Anfangsphase der Bundesrepublik zugemessen wurde. In der zweiten Legislaturperiode – nach Verabschiedung des BVFG – fanden nur noch 51 Sitzungen des Ausschusses statt, in der dritten 46, in der vierten 57 und in der fünften 52.

Einzelne Abgeordnete prägten die Tätigkeit des Ausschusses während seines Bestehens. In erster Linie sind hier die Vorsitzenden des Ausschusses und ihre jeweiligen Stellvertreter zu nennen: Linus Kather³⁷ hatte als Abgeordneter der CDU bis zu seinem Partei- und Fraktionswechsel zum GB/BHE 1954 den Vorsitz des Ausschusses inne und nutzte diese Position als gleichzeitiger Vorsitzender des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen (ZvD), um Positionen seines Verbandes in die Verhandlungen des Ausschusses einzubringen. Sein Nachfolger im Vorsitz des Ausschusses war ab Juli 1954 bis zum Ende der dritten Wahlperiode 1961 der CDU-Abgeordnete Ernst Kuntscher.³⁸ Anders als der ebenso forsch wie umstrittene Kather bekleidete

36 Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages Berlin (BT ParlA), 3113/1: Die Protokolle des Ausschusses für Heimatvertriebene in der ersten Legislaturperiode verzeichnen zahlreiche Unterausschüsse (UA Kredit für Heimatvertriebene 1.–15. Sitzung, UA Titel 32 1.–3. Sitzung, dazu Kommission Titel 32 1. Sitzung, Redaktionsausschuss 1.–5. Sitzung, Arbeitskreis zu Drucks. I/3026 Bekämpfung der Arbeitslosigkeit 1.–2. Sitzung, UA I Bundesvertriebenengesetz 1.–11. Sitzung, UA II Umsiedlung 1.–8. Sitzung, UA III Landwirtschaft 1.–29. Sitzung). In den folgenden Jahren wurden lediglich noch in der zweiten Wahlperiode Unterausschüsse (UA „Heimatvertriebene Wirtschaft“ 1.–13. Sitzung, UA „Kommission zur Beratung der Durchführung der Arbeiten für die Gesamterhebung zur Klärung des Schicksals der ehem. Deutschen Bevölkerung in den Vertreibungsgebieten“) gebildet, die Protokolle der dritten bis fünften Wahlperiode verzeichnen keine Unterausschüsse. Vgl. dazu auch Datenhandbuch des Deutschen Bundestages, Bd. 2, S. 2034–2055.

37 Kather, Linus (1893–1983): geboren in Prositten (Ostpreußen), Teilnehmer am Ersten Weltkrieg, Studium der Rechte in Berlin, Königsberg und Breslau, 1919 Promotion in Breslau, 1921–1945 Rechtsanwalt und Notar in Königsberg, 1930–1932 Stadtverordneter für das Zentrum in Königsberg, Januar 1945 Flucht aus Ostpreußen, 1945 Rechtsanwalt in Hamburg, Mitbegründer der CDU in Hamburg, 1946–1949 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, 1947–1950 Mitglied des Vorstandes der CDU in der Britischen Zone, 1950–1953 Mitglied des CDU-Bundesvorstandes, 1953 Vorsitzender des Landesverbandes Oder-Neiße, 1954 Wechsel zum GB/BHE, seit 1945 führend in Vertriebenenorganisationen tätig, 1949–1958 Vorsitzender des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen (ZvD); MdB 1949–1957. Kather veröffentlichte rückblickend eine im Stil politischer Memoiren gehaltene Nachbetrachtung der Vertriebenenpolitik der ersten Jahre der Bundesrepublik, deren Charakter einer Generalabrechnung bereits im Titel zum Ausdruck kommt: Linus Kather: Die Entmachtung der Vertriebenen. 2 Bde., München, Wien 1964/65. Zur Person und Rolle von Linus Kather als einem zentralen politischen Akteur in der Vertriebenenfrage vor allem unter dem Blickwinkel einer etwaigen, bei Kather nicht gegebenen NS-Belastung vgl. auch Michael Schwartz: Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundes der Vertriebenen und das „Dritte Reich“. München 2013, S. 157–160, 260–267, 348–358 und 565f. sowie die Beiträge von Pertti Ahonen und Michael Schwartz im vorliegenden Band.

38 Kuntscher, Ernst (1899–1971): geboren in Bautsch, Kr. Bärn (Mähren), 1916–1918 Teilnehmer am Ersten Weltkrieg, 1919 Techniker, 1922 als Kriegsversehrter auf den Kaufmannsberuf umgeschult,

er keine führende Position in einem der Vertriebenenverbände. Kuntscher gehörte dem Ausschuss für Heimatvertriebene im gesamten Betrachtungszeitraum an und parallel dem Lastenausgleichsausschuss, dessen Vorsitz er in der vierten Legislaturperiode innehatte.³⁹ In der fünften Legislaturperiode war er Mitglied des Ausschusses für Kriegs- und Verfolgungsschäden.

Den stellvertretenden Vorsitz des Ausschusses seitens der SPD hatte in den ersten beiden Wahlperioden der Abgeordnete Richard Reitzner⁴⁰ inne, mit Beginn der dritten Wahlperiode war Reinhold Rehs⁴¹ zunächst stellvertretender, in der vierten und fünften Wahlperiode dann Vorsitzender des Ausschusses. Rehs' Stellvertreter seitens

Geschäftsführer einer christlichen Konsumgenossenschaft, 1919 Mitglied der Deutschen Christlich-Sozialen Volkspartei in der Tschechoslowakei (DCSVP), führend in der christlichen Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung, 1927 Stadtrat in Bautsch, 1929 hauptamtlicher Kreis- und Bezirksgeschäftsführer, 1936 Vorstandsmitglied der Volksbank Bautsch, 1938 nach der deutschen Besetzung des Sudetenlandes aller öffentlichen Ämter enthoben, 01.12.1938 Eintritt in die NSDAP (Mitgliedsnummer 6.595.129), 1943–1945 Wehrmacht und britische Kriegsgefangenschaft, 1946 Eintritt in die CDU in Niedersachsen und Parteiangestellter, 1947–1949 Mitglied des Landtags von Niedersachsen, 1948–1971 Stadtverordneter, Mitglied der Stadtverwaltung und stellvertretender Landrat in Stade; MdB 1949–1969. Seine Mitgliedschaft in der NSDAP hatte Kuntscher in den entsprechenden biografischen Handbüchern des Bundestages nicht angegeben, zu seiner Biografie vgl. auch Barbara Simon: Abgeordnete in Niedersachsen 1946–1994. Biographisches Handbuch. Hrsg. v. Präsidenten des Niedersächsischen Landtages. Hannover 1996, S. 225.

³⁹ Vgl. dazu die Ausführungen in Unterkapitel 2.2.

⁴⁰ Reitzner, Richard (1893–1962): geboren in Einsiedel, Marienbad (Böhmen), Lehrerbildungsanstalt in Hollabrunn, Gasthörer an der deutschen Universität Prag, 1914–1918 Teilnehmer am Ersten Weltkrieg, 1920 Anschluss an die Arbeiterbewegung, Mitglied der DSAP, Ämter in der Gemeinde- und Bezirksverwaltung, Mitarbeit in der Arbeitersportinternationale, 1938 Emigration nach England, u. a. Leiter der London Representative of the Sudeten German Refugees, 1944 Sekretär und Präsidiumsmitglied des Democratic Sudeten Committee, seit August 1946 in Bayern, 1946 Eintritt in die SPD, 1947–1948 stellvertretender Staatssekretär für das Flüchtlingswesen in Bayern, 1948–1949 stellvertretender Landesvorsitzender der SPD in Bayern, 1950 Präsident der Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen, dem späteren Sudetendeutschen Rat (seit 1952), Mitglied des Bundesvorstands der Sudetendeutschen Landsmannschaft; MdB 1949–1962. Zu seiner Biografie vgl. Reitzner, Richard, in: Tobias Weger: „Volksstummkampf“ ohne Ende? Sudetendeutsche Organisationen, 1945–1955. Frankfurt a. M. 2008, S. 620 sowie Reitzner, Richard, in: Werner Röder/Herbert A. Strauss (Hrsg.): Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933. Bd. 1. Politik, Wirtschaft, Öffentliches Leben. München 1980, S. 597.

⁴¹ Rehs, Reinhold (1901–1971): geboren in Klinthenen, Kr. Gerdauen (Ostpreußen), Studium der Rechte in Königsberg und Heidelberg, 1923–1924 Schriftleiter bei der deutschnationalen „Ostpreußischen Zeitung“, 1925 Hilfsrichter, 1928 Rechtsanwalt in Königsberg, zwischen 1931 und 1933 Mitglied im Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten, seit 1933 Mitglied der SA, seit 01.05.1937 Mitglied der NSDAP (Mitgliedsnummer 4.861.193), 1939–1945 Luftschutzwart, Februar 1945 bei Danzig schwer verwundet und nach Schleswig-Holstein evakuiert, August 1945 Referent und Justitiar beim Landesarbeitsamt Kiel, Vorsitzender der Ostpreußischen Landsmannschaft in Kiel, Mitglied im Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen und Mitglied im Präsidium des BdV, 1967–1970 Präsident des BdV, seit 1948 SPD, 1950–1954 Mitglied des Landtags von Schleswig-Holstein, Mitglied des dortigen Bezirksvorstandes der SPD, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen in Schleswig-Holstein, 1969 Wechsel zur CDU; MdB 1953–1969. Auch Reinhold Rehs hatte seine Mitgliedschaft in der NSDAP nicht im biografischen Handbuch des Bundestages angegeben. Zu Rehs' Person und seiner Rolle als Vertriebenenfunktionär vgl. Schwartz, Funktionäre mit Vergangenheit, S. 174–186, S. 286–288, S. 412f. sowie S. 575f.

der CDU/CSU war in der vierten Wahlperiode zunächst bis zu seiner Ernennung zum Bundesvertriebenenminister Hans Krüger,⁴² dem ab Dezember 1963 bis zum Ende der fünften Wahlperiode der Abgeordnete Friedrich Karl Storm⁴³ folgte.

Der Ausschuss für Heimatvertriebene kann als institutionelles Netzwerk des BMVt betrachtet werden, jedoch erscheint eine differenziertere Sichtweise notwendig, um Teilnetzwerke, die sich innerhalb der Fraktionen gruppierten, mit dem BMVt und punktuell sachpolitisch motiviert durchaus auch fraktionsübergreifend kooperieren konnten, aufzuzeigen. Die CDU/CSU-Fraktion stellte im gesamten Betrachtungszeitraum die Regierungsfraktion. Neben den bereits genannten Kather und Krüger, einem NS-Unbelasteten und einem NS-Belasteten, gehörten mit Herbert Czaja⁴⁴ (in der zweiten Wahlperiode) und Georg Baron von Manteuffel-Szoegé⁴⁵ (in der dritten Wahl-

42 Krüger, Hans (1902–1971): geboren in Neustettin (Pommern), 1922–1927 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Jena, Greifswald und Bonn, 1931 Zweites Juristisches Staatsexamen, Richter u. a. in Lauenburg (Elbe), seit 01.05.1933 Mitglied der NSDAP (Mitgliedsnummer 1.853.978), dazu aktiv in verschiedenen nationalsozialistischen Organisationen wie NSRB, NSV, Reichs-Luftschutzbund und Reichskolonialbund, seit 1938 Landgerichtsrat sowie Block- und Zellenleiter der NSDAP in Stargard (Pommern), seit Oktober 1939 im besetzten Konitz, Westpreußen, dort seit 1940 Oberamtsrichter und Organisationsleiter der NSDAP-Ortsgruppe, Mitwirkung im Rahmen von Sondergerichten an der Verhängung zahlreicher Todesstrafen, 1943–1945 Kriegsteilnehmer, 1952 Rechtsanwalt, 1956 auch Notar in Olpe, 1952–1960 Mitglied des Kreisrats, 1958–1960 Stadtrat in Olpe, seit 1948 Mitglied des BvD, Kreisvorsitzender, stellvertretender Landesvorsitzender, seit 1957 Bundesschatzmeister, 1958–1964 nach der Vereinigung der Verbände Präsident des neu errichteten Dachverbandes BdV, 1963–1964 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte; MdB 1957–1965. Zu Krüger, der ebenso in den offiziellen Bundestagshandbüchern seine NS-Belastung verschwiegen hatte, vgl. Schwartz, Funktionäre mit Vergangenheit, S. 43–68, S. 187–190, S. 295–300, S. 420–447 sowie S. 567f.

43 Storm, Friedrich Karl (1913–1987): geboren in Zimdarse, Kr. Greifenberg (Pommern), Studium der Land- und Volkswirtschaft, 1939–1945 Kriegsteilnehmer, 1944 Übernahme des väterlichen Hofes in Zimdarse, 1945 Vertreibung, 1950 Übernahme einer Siedlerstelle in Meischenstorf (Holstein), Mitbegründer der Pommerschen Landsmannschaft, seit 1945 CDU, 1951 Kreisvorsitzender in Oldenburg (Holstein), seit 1951 Mitglied des Kreistags Oldenburg und des Kreisrats; MdB 1957–1972.

44 Czaja, Herbert (1914–1997): geboren in Teschen (Oberschlesien), bis 1933 Staatsgymnasium in Bielitz (Polen), Studium der Germanistik, Geschichte und Philosophie in Krakau und Wien, 1939 Promotion, in der Vorkriegszeit Engagement im Krakauer Arbeitskreis katholisch-deutscher Hochschüler, im Wiener Akademischen Verein „Logos“, im Deutschen Verband zur nationalen Befriedung Europas sowie in der Christlich-Deutschen Volkspartei in Oberschlesien, 1939 Gymnasiallehrer in Mielec, Universitätsassistent in Krakau, nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Polen Verweigerung eines Eintritts in die NSDAP, daraufhin Verlust der Assistentenstelle, 1941–1942 Lehrer in Sakophane und Przemysl, 1942–1945 Kriegsteilnehmer, 1946 Vertreibung aus Oberschlesien, Tätigkeit zunächst als Aushilfslehrer, seit 1948 Studienrat in Stuttgart, Stadtrat in Stuttgart 1947–1953, seit 1946 Mitglied der CDU, Mitbegründer der Union der Heimatvertriebenen in der CDU, landsmannschaftlicher Organisationen und des Hilfsverbandes der Heimatvertriebenen in Stuttgart, 1964–1969 Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Oberschlesier, 1970–1994 Präsident bzw. Ehrenpräsident des BdV; MdB 1953–1990. Zu Czaja vgl. seine autobiografische Schrift Herbert Czaja: Unterwegs zum kleinsten Deutschland? Mangel an Solidarität mit den Vertriebenen. Marginalien zu 50 Jahren Ostpolitik. Frankfurt a. M. 1996 sowie den Sammelband Christine Maria Czaja (Hrsg.): Herbert Czaja. Anwalt für Menschenrechte. Bonn 2003.

45 Manteuffel-Szoegé, Georg Baron von (1889–1962): geboren in Châtellard (bei Montreux), 1906–1909 Gymnasium in Riga, 1909–1913 Studium der Volkswirtschaft, Geschichte und Philosophie in Hal-

periode) weitere führende Repräsentanten der Vertriebenenverbände dem Ausschuss an. Kuntscher und Czaja gehörten wie auch die Abgeordneten Hans Schütz⁴⁶ (Mitglied des Ausschusses für Heimatvertriebene in der ersten Wahlperiode), Hermann Ehren⁴⁷ (ebenfalls erste Wahlperiode), Hermann Götz⁴⁸ (erste und zweite Wahlperiode)

le und Heidelberg, 1913 Promotion in Halle, 1915–1918 Sekretär der Delegation der kurländischen Ritterschaft in Berlin sowie Tätigkeit im Deutschen Genossenschaftswesen in Posen, 1918 Freiwilliger der Baltischen Landwehr und Mitglied des Baltischen Nationalausschusses, 1921–1939 Verwaltung des Familienbesitzes in Zabłudov bei Bialystok, 1936–1940 Lehrbeauftragter in Berlin, 1940–1942 Arbeit für das Auswärtige Amt, wechselnder Aufenthalt in Berlin und auf dem Familiengut in Ostpolen, nach Kriegsende 1945 Übersiedlung nach Bayern, dort Tätigkeit als Kleinbauer und Treuhänder größeren Besitzes, seit 1946 Vorstandsmitglied des Hauptausschusses der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern, später Vorsitzender des Flüchtlingsbeirates beim Amt für Heimatvertriebene in Frankfurt a. M., 1950–1953 Präsident des Hauptamtes für Soforthilfe in Bad Homburg, 1950 Vorsitzender der Deutsch-Baltischen Landsmannschaft, 1954–1958 Präsident des VdL, 1958–1962 Mitglied des Präsidiums des neu gegründeten BdV; MdB 1953–1962.

- 46 Schütz, Hans (1901–1982): geboren in Hemmehübel (Nordböhmen), 1916–1918 Schreinerlehre, Arbeit als Schreiner und Gründung eines katholischen Jugendvereins in Nixdorf, Eintritt in die christlichen Gewerkschaften nach Ende des Ersten Weltkriegs, 1920 Lokalsekretär in Schluckebau, 1921–1922 katholische Volkshochschule Leohaus in München, Leitung des Sozialreferats beim Reichsbund der Katholischen Jugend, 1923 Geschäftsführer des Christlichen Textilarbeiterverbandes Sudetenland, 1924–1938 Vorsitzender des Gesamtverbandes der Sudetendeutschen Christlichen Gewerkschaften, seit 1925 Mitglied im Vorstand der Deutschen Christlich-Sozialen Volkspartei (DCV), 1935 Wahl in das tschechoslowakische Parlament, 1938 nach Zusammenschluss seiner Partei mit der Sudetendeutschen Partei (SdP) Rückzug aus der aktiven Politik, ab Oktober 1938 Mitglied der NSDAP, 1938–1940 Versicherungsangestellter in Teplitz-Schönau, 1941–1945 Kriegsteilnehmer und amerikanische Kriegsgefangenschaft, seit Anfang 1946 Mitarbeiter und sozial- und volkspolitische Referent der kirchlichen Hilfsstelle für Heimatvertriebene in München, 1946–1950 Vorsitzender des Hauptausschusses der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern, 1946–1969 Vorsitzender der Ackermann-Gemeinde, 1946 Beitritt zur CSU, Gründer und 1946–1950 Vorsitzender der Union der Heimatvertriebenen in der CSU, 1948–1949 Mitglied des Wirtschaftsrates für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet in Frankfurt a. M. und Vorsitzender des Flüchtlingsausschusses, 1963–1969 Vorsitzender der Christlich-Sozialen Arbeitnehmerschaft, Mandatsverzicht am 05.02.1963, 1962–1966 Staatssekretär, dann ab 1964 Bayerischer Staatsminister für Arbeit und soziale Fürsorge; MdB 1949–1963. Auch Schütz' NSDAP-Mitgliedschaft ist nicht im biografischen Handbuch des Bundestages benannt. Vgl. zudem Schütz, Hans, in: Tobias Weger: „Volkstumskampf“ ohne Ende? Sudetendeutsche Organisationen, 1945–1955. Frankfurt a. M. 2008.

- 47 Ehren, Hermann (1894–1964): geboren in Essen, seit 1924 Generalsekretär der katholischen Männervereinsbewegung in Oberschlesien in Gleiwitz, bis 1933 Mitglied der Zentrumspartei, Stadtverordneter in Gleiwitz, Mitglied des Oberschlesischen Provinziallandtages, 1945 Ausweisung aus Polen, seit Oktober 1945 Mitglied der CDU, 1946 Vorsitzender des Landesflüchtlingsausschusses Westfalen, 1946/47 Mitglied des Nordrhein-Westfälischen Landtags, 1947–1948 als Stellvertreter von Helene Weber Mitglied des Zonenbeirats; MdB 1949–1961 sowie 1962–1964.

- 48 Götz, Hermann (1914–1987): geboren in Duppau, Bez. Karlsbad (Böhmen), seit 1928 Tätigkeit in katholischen Jugendorganisationen, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an der Deutschen Universität in Prag, 1938 Promotion, 1939–1945 Kriegsteilnehmer, 1945–1946 Zwangsarbeit in Innerböhmen, Oktober 1946 Ausweisung aus dem Sudetenland, Januar 1947 Flüchtlingsvertrauensmann, Mitglied des Kreisflüchtlingsausschusses und Vorsitzender des Kreisverbandes der Heimatvertriebenen, 1948 Mitglied des Kreistages und Vorsitzender des Landesflüchtlingsausschusses der CDU, seit 1947 Angestellter der Kreisverwaltung, 1949 Leiter des Soforthilfeamtes in Biedenkopf; MdB 1949–1976.

und Edmund Leukert⁴⁹ (zweite, vierte und fünfte Wahlperiode) zu einer christlich-sozial geprägten Gruppe mit katholischer Konfession innerhalb der Unionsfraktion, die Manfred Kittel auch im Kontext des Lastenausgleichs nennt.⁵⁰ Dazu können außerdem die Abgeordneten Franz Pfender⁵¹ (erste Wahlperiode) und Clemens Riedel⁵² (dritte Wahlperiode) gezählt werden. Ebenfalls Mitglied im Ausschuss in der dritten Wahlperiode waren der seit 1950 im BMVt tätige Hermann Eplée,⁵³ Vorsitzender des

49 Leukert, Edmund (1904–1983): geboren in Reichenberg-Ruppersdorf (Böhmen), Volks- und Bürgerschule, gewerbliche Fortbildungsschule in Reichenberg-Ruppersdorf, 1918–1924 Schlosserlehre, 1926 Eintritt in die DCV, Ortspartei-Vorsitzender, stellvertretender Kreisobmann, Stadtverordneter in Reichenberg, 1925–1928 Betriebsmonteur, 1928–1938 Bezirksleiter der sudetendeutschen christlichen Gewerkschaftsbewegung, Tätigkeit in der katholischen Jugendbewegung und im Katholischen Gesellenverein, 1939–1944 Abteilungsleiter der Handwerkskammer Reichenberg, seit 1943 der Wirtschaftskammer des Sudetenlandes, 1944–1945 Kriegsteilnehmer, Juni 1945 aus amerikanischer Gefangenschaft entlassen, 1948 stellvertretender Geschäftsführer der Bayerischen Landessiedlung GmbH, 1946 Mitglied der CSU, Mitbegründer und Vorsitzender des Hauptausschusses der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern, Bezirksobmann und stellvertretender Landesobmann der Union der Vertriebenen in Oberbayern; MdB 1953–1969.

50 Vgl. Kittel, Stiefkinder, S. 261.

51 Pfender, Franz (1899–1972): geboren in Untersulmettingen (heute zu Laupheim), 1917–1918 Teilnehmer am Ersten Weltkrieg, seit 1921 Tätigkeit für die katholischen Arbeitervereine in Württemberg, 1922–1933 hauptamtlicher Funktionär der christlichen Gewerkschaftsbewegung, seit 1924 in Schlesien, 1926–1933 Angehöriger des Oberschlesischen Provinziallandtages für das Zentrum, 1933 aus politischen Gründen entlassen, 1939–1945 Kriegsteilnehmer und Kriegsgefangenschaft, 1945 nach Rückkehr Angestellter, Mitbegründer der CDU im Kreis Biberach, Zweiter Vorsitzender im Verband der Heimatvertriebenen in Württemberg-Hohenzollern, 1947–1952 Mitglied des Landtages von Württemberg-Hohenzollern; MdB 1949–1953.

52 Riedel, Clemens (1914–2003): geboren in Breslau, Mittelschule in Breslau, 1929 Erlernen des Bäckerhandwerks im elterlichen Betrieb, Gesellenjahre in Wien, Liegnitz und Berlin, 1935 Meisterprüfung in Breslau, 1938 Gründung einer eigenen Bäckerei und Konditorei in Breslau, Oktober 1945 Vertreibung, vorübergehend Gewerbelehrer in Dresden, 1946 Geschäftsführer einer Großbäckerei in Erfurt (1948 zum volkseigenen Betrieb erklärt), 1949 Verlassen der SBZ, seitdem Wohnsitz in Frankfurt a. M., Inhaber eines neu errichteten Bäckerei-, Konditorei- und Cafébetriebes, seit 1933 Mitglied der Kolpingfamilie, 1936–1939 Diözesanseniör der Erzdiözese Breslau, 1951–1956 Alt-seniör in Frankfurt, Präsident der Schlesischen Landesversammlung, 1976–1989 stellvertretender Vorsitzender des Katholischen Flüchtlingsrates in Deutschland, seit 1959 stellvertretender und 1985–1992 Präsident des Heimatwerks katholischer Schlesier, 1945 Mitglied der CDU, 1946–1948 Mitglied des Kreisvorstandes Erfurt, 1946–1949 des Landesvorstandes Thüringen, Vorsitzender des Landeswirtschaftsausschusses des Landesverbandes Thüringen, Mitglied der Exil-CDU, seit 1952 Mitglied des Kreisvorstandes Frankfurt, 1954–1970 Vorsitzender des Mittelstandsausschusses der CDU Hessen; MdB 1957–1972.

53 Eplée, Hermann A. (1908–1973) geboren in Mitau, Schulzeit in Kurland, 1929–1932 Studium an der Hochschule für Welthandel in Wien, Wehrdienst, 1936–1939 organisatorische Tätigkeiten in leitenden Positionen im Hotel- und Gaststättengewerbe sowie in kaufmännischen Betrieben in Kempten, Dünaburg und Riga, 1939 Umsiedlung nach Posen, 1941–1945 Kriegsteilnehmer, Kriegsgefangenschaft, nach Rückkehr Sekretär des englischen Kreisgouverneurs in Soltau (Hannover), v. a. Bearbeitung von Vertriebenen- und Flüchtlingsangelegenheiten, seit 1950 Tätigkeit im BMVt, 1947 Eintritt in die CDU, bis 1952 Vorsitzender des Landesvertriebenenausschusses der CDU in Niedersachsen, 1954–1958 Vorsitzender des Landesverbandes Oder-Neiße und Mitglied des Bundespartei-Vorstandes, 1947–1951 Mitglied des Kreistages und des Stadtrates in Soltau, 1947–1948 Mitglied des Zonenbeirats (Flüchtlingsbeirat) in Hamburg, 1948–1949 Mitglied des Wirtschaftsrats für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet; MdB 1953 und 1958–1961.

Landesverbandes Oder-Neiße, sowie der BHE-Gründer Waldemar Kraft⁵⁴ nach seinem Übertritt in die CDU.

Zu Beginn der ersten Wahlperiode wurde innerhalb der CDU/CSU-Fraktion eine Arbeitsgemeinschaft der Vertriebenen- und Flüchtlingsabgeordneten eingerichtet, die zunächst 15, in der zweiten Wahlperiode etwa 20 und in der dritten Wahlperiode schließlich 25 Abgeordnete umfasste. Diese fungierte offenbar als direkter Kanal – Wambach bescheinigt der Arbeitsgemeinschaft durchaus einen gewissen Einfluss, der im Laufe der Zeit jedoch abnahm – der Abgeordneten zu den Vertriebenenverbänden wie auch den parteiinternen oder -nahen Vertriebenen- und Flüchtlingsorganisationen. Dazu zählten u. a. der Landesverband Oder-Neiße (LVON), die Exil-CDU, die Union der Ausgewiesenen innerhalb der CSU, der Bundesvertriebenenausschuss innerhalb der CDU, der Katholische Flüchtlingsrat wie auch die Ackermann-Gemeinde.⁵⁵ Dem reziproken Charakter von Netzwerken folgend waren die im Ausschuss tätigen Abgeordneten und die dort eingebundenen Vertreter des BMVt eine Verbindung bzw. ein Kommunikationskanal zwischen dem Ministerium, der Arbeitsgemeinschaft der Vertriebenen- und Flüchtlingsabgeordneten in der Unionsfraktion und den genannten parteiinternen und -externen Vertriebenenorganisationen.

Zu den Hauptakteuren der FDP im Ausschuss für Heimatvertriebene zählten die verbandspolitisch aktiven Abgeordneten Walther Kühn,⁵⁶ Josef Trischler⁵⁷ und

54 Kraft, Waldemar (1898–1977): geboren in Brustow (Posen), Oberrealschule in Posen, landwirtschaftliche Lehre, seit 1915 Soldat, 1919–1920 Offizier in einem Freikorps, 1921–1939 Direktor der deutschen Bauernorganisation in Polen, führende Tätigkeit in der deutschen Volksgruppe, 1939–1940 Präsident der Landwirtschaftskammer Posen, 13.11.1939 Ehren-Hauptsturmführer der allgemeinen SS, Mai 1943 Beitritt zur NSDAP (Mitgliedsnummer 9.428.904), bis 1945 Geschäftsführer der Reichsgesellschaft für Landbewirtschaftung („Reichsland“) mbH, 1945–1947 Internierung durch britische Besatzungsmacht, 1949–1951 Sprecher, dann Ehrenvorsitzender der Landsmannschaft Weichsel-Warthe, 1950–1954 Mitbegründer und Vorsitzender des BHE, 1950–1953 stellvertretender Ministerpräsident und Finanz- und seit 1951 auch Justizminister in Schleswig-Holstein, 1953–1956 Bundesminister für besondere Aufgaben; MdB 1953–1961. Auch Kraft hatte seine nationalsozialistische Vergangenheit bei den offiziellen Bundestagshandbüchern verschwiegen, Danker und Lehmann-Himmel charakterisieren ihn in ihrer Studie über das Verhalten und die Einstellungen der schleswig-holsteinischen Landtagsabgeordneten und Regierungsmitglieder der Nachkriegszeit in der NS-Zeit als „exponiert-nationalsozialistischen“ Besatzungsakteur. Vgl. dazu Uwe Danker/Sebastian Lehmann-Himmel: Geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der personellen und strukturellen Kontinuität nach 1945 in der schleswig-holsteinischen Legislative und Exekutive. Im Auftrag des Schleswig-Holsteinischen Landtages, veröffentlicht als Drucksache 18/1144 (neu). <https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4400/drucksache-18-4464.pdf> (07.03.2025). Zu Krafts Einordnung speziell S. 111, 279.

55 Vgl. dazu Manfred Max Wambach: Verbändestaat und Parteienoligopol. Macht und Ohnmacht der Vertriebenenverbände. Stuttgart 1971, S. 94–97. Vgl. zum Katholischen Flüchtlingsrat auch den Beitrag von Rainer Bendel im vorliegenden Band.

56 Kühn, Walther (1892–1962): geboren in Posen, Gymnasium in Bromberg und Frankfurt (Oder), Studium der Rechte und Staatswissenschaften an den Universitäten Tübingen, Wien und Halle, 1914–1918 Teilnehmer des Ersten Weltkriegs, Regierungsreferendar, -assessor, -rat bei der Regierung Frankfurt (Oder) und beim Ministerium des Innern in Berlin, Landrat in Ostbrandenburg und Schlesien, vor 1933 führend in der DVP tätig, 1933 als Verwaltungsbeamter vorübergehend verabschiedet, Eintritt in die NSDAP, später wieder bei der Regierung Frankfurt (Oder)

Walter Zawadil⁵⁸ (alle jeweils nur in der ersten Legislaturperiode im Ausschuss). Der von Manfred Kittel in seiner Studie zum Lastenausgleich herausgearbeitete Mangel an Konsistenz und Kontinuität der Vertriebenenpolitik der FDP, der auch im „Einschlafen“ des FDP-Vertriebenenausschusses zum Ausdruck kam,⁵⁹ zeigt sich auch im hier betrachteten Rahmen: Trischler und Zawadil gehörten dem Bundestag seit 1953 nicht mehr an, Kühn fokussierte sich auf andere Politikfelder, v. a. die Innen- und Beamtenpolitik. In den Folgejahren entfalteten FDP-Vertreter wie Fritz Czermak⁶⁰

tätig, Oberpräsidium Breslau, seit 1939 Regierungsvizepräsident in Marienwerder und Danzig, 1942–1945 Regierungspräsident in Bromberg, 1945 Amtsenthebung und Gestapohaft, Gefängnis, KZ und SS-Strafbataillon an der Ostfront, nach Kriegsende Bundesvorsitzender des Verbaost, Sprecher der Landsmannschaft Westpreußen, 1959–1962 stellvertretender Bundesvorsitzender des Deutschen Beamtenbundes; MdB 1949–1962. Auch Kühns NSDAP-Mitgliedschaft ist in den biografischen Handbüchern des Bundestages nicht erwähnt.

57 Trischler, Josef (1903–1975): geboren in Boroc (Jugoslawien), Studium in München, Abschluss als Diplomlandwirt und Diplomingenieur, 1930 Promotion in München, 1939–1940 Präsident des deutschen Genossenschaftsverbandes in Jugoslawien, 1941–1945 Wirtschaftsbeauftragter der deutschen Volksgruppe in der Batschka, 1938–1939 Mitglied des Parlaments in Jugoslawien, 1942–1945 Mitglied des Parlaments in Ungarn, ab 1944 Teil der eigenständigen Fraktion „Block der Deutschen Nationalsozialistischen Gesetzgeber“, nach Kriegsende Mitinhaber eines chemischen Unternehmens in München, Mitglied des bayerischen Flüchtlingsnotparlaments, Vertrauensmann der Vertriebenen aus den Südoststaaten, Mitglied der FDP; MdB 1949–1953. In den biografischen Handbüchern des Bundestags findet sich kein Hinweis auf die NS-Belastung, zu Trischlers Biografie vgl. Schwartz, Funktionäre, S. 190–196, S. 300–302, S. 447–473 sowie S. 479f.: Schwartz beschreibt Trischler als einen volksdeutschen NS-Funktionär, der zweifellos der NSDAP beigetreten wäre, wenn es ihm rechtlich möglich gewesen wäre (S. 522).

58 Zawadil, Walter (1909–1960): geboren und Gymnasium in Olmütz, 1928–1933 Studium der Germanistik, Slawistik und Volkskunde in Prag, 1933–1934 der Kultur- und Universalgeschichte in Leipzig, 1934–1936 tschechoslowakischer Militärdienst, 1936–1939 wissenschaftliche Tätigkeit im Staatsarchiv in Berlin, 1939 Volkstumsarbeit im Sudetenland, 1940–1945 Kriegsteilnehmer, 1945–1947 anfangs als Lehrer, dann als Gebrauchsgrafiker tätig, daneben Flüchtlingsvertreter in Kirchenlaibach, 1948 Mitbegründer der Notgemeinschaft der Flüchtlinge und Mitglied des Notparlaments in Bayern, 1948–1949 stellvertretender Landrat in Bayreuth, 1949 Eintritt in die FDP, 1950 zweiter Landesobmann der sudetendeutschen Landsmannschaft in Bayern, 1952 Wechsel von der FDP-Fraktion zur DP/DPB-Fraktion; MdB 1949–1953.

59 Vgl. Kittel, Stiefkinder, S. 365–367.

60 Czermak, Fritz (1894–1966): geboren in Prijedor (Bosnien), Realschule in Olmütz, 1912–1914 Studium der Rechtswissenschaft in Wien, Teilnehmer am Ersten Weltkrieg in der k. u. k. Armee, 1918–1920 Fortsetzung des Studiums in Wien, 1925–1939 und 1943–1945 Rechtsanwalt, 1939–1942 Regierungskommissar in Olmütz, bei Kriegsende russische Kriegsgefangenschaft, Februar 1947 Rückkehr nach Olmütz, Untersuchungshaft und Freispruch durch tschechisches Volksgericht, Aussiedlung und Familienzusammenführung in Hessen, seit Oktober 1948 Rechtsanwalt in Büdingen, seit 1951 in Frankfurt a. M., 1950–1953 Mitglied des Hessischen Landtages und Fraktionsvorsitzender (BHE bzw. GB/BHE); MdB 1953–1957 (GB/BHE, 1955 Wechsel zur FDP). Eine Untersuchung im Auftrag des Hessischen Landtages nennt Czermak als einen staatlichen Funktionsträger während des NS-Regimes (Regierungskommissar/Bürgermeister in Olmütz 1939–1942), eine weitere Verstrickung in die NS-Diktatur ist nicht belegt. Siehe Albrecht Kirschner: Abschlussbericht der Arbeitsgruppe zur Vorstudie „NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter“ der Kommission des Hessischen Landtages für das Forschungsvorhaben „Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen“. Hrsg. v. Hessischen Landtag. Wiesbaden 2013, S. 39, S. 48, S. 49. Online unter: https://www.die-linke-thl.de/fileadmin/lv/dokumente/Themendokumente/braunes-erbe/hessen_landtag.pdf (07.03.2025).

in der zweiten Wahlperiode, Siegfried Zoglmann⁶¹ in der dritten Wahlperiode oder Werner Kubitz⁶² in der vierten und fünften Wahlperiode im Ausschuss nurmehr wenig Aktivität. Eine noch zu Beginn der ersten Legislaturperiode durch Trischler in einer Sitzung des Ausschusses für Heimatvertriebene am 14. September 1950 geforderte Bildung einer überfraktionellen Arbeitsgemeinschaft der Vertriebenen-Abgeordneten ist als Netzwerk formal aus den parlamentarischen Akten schwierig nachzuweisen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass sie auf informeller Basis zumindest in den ersten Jahren des Ausschusses innerhalb der Vertriebenen-Abgeordneten der Regierungsfraktionen in Form von Absprachen zu verschiedenen Themen existierte.⁶³

Auch innerhalb der SPD-Fraktion existierte ein Arbeitskreis für Vertriebenenfragen, den Manfred Max Wambach als nur bedingt verwendungsfähigen Anlaufpunkt der Vertriebenenverbände einstufte⁶⁴ und dem auch Kittel im Kontext des Lastenausgleichs nur geringen Einfluss auf die politische Linie der SPD zuweist.⁶⁵ Diesem Arbeitskreis sind neben den bereits genannten Richard Reitzner und Reinhold Rehs die im Vertriebenenausschuss des Bundestages aktiven Abgeordneten wie Georg Richard

61 Zoglmann, Siegfried (1913–2007): geboren in Neumark (Böhmerwald), seit 1928 führend in der sudetendeutschen Jugendbewegung tätig, 1933 Einzelhaft in Mährisch-Ostau, 1934 Beitritt zur NSDAP, 1934 Journalist in Köln, seit 1935 in Berlin, Leitung der Auslandspressstelle der Reichsjugendführung, Chefredakteur einer illustrierten Jugendzeitschrift sowie des Presse dienstes Ostau, Gebietsführer der HJ, 1939 Abteilungsleiter beim Reichsprotektor in Böhmen und Mähren, 1939–1945 Kriegsteilnehmer (SS-Obersturmführer), 1951 Geschäftsführer des Nordwestdeutschen Zeitungs- und Zeitschriftenverlages, später Verleger, Chefredakteur der Wochenzeitungen „Fortschritt“, „Die Deutsche Zukunft“ und „Deutsche Allgemeine Zeitung“, 1961 Inhaber der Werbeagentur Interwerbung in Düsseldorf, zeitweilig Mitglied des Bundesvorstandes der Sudetendeutschen Landsmannschaft, 1976–1988 deren Landesobmann in Bayern, seit 1950 Mitglied der FDP, Pressereferent, Landesvorstandsmitglied und stellvertretender Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen, 1954–1958 Mitglied des Landtages in Nordrhein-Westfalen, Beisitzer im FDP-Bundesvorstand, 1961–1963 parlamentarischer Geschäftsführer, 1963–1968 stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, 1969 Mitgründer der National-Liberalen Aktion (NLA), Austritt aus der FDP vor drohendem Parteiausschluss, 1971–1974 Vorsitzender der NLA-Nachfolgeorganisation Deutsche Union; MdB 1957–1969 (FDP), 1972–1976 (CSU). Zu Zoglmanns publizistischem Wirken im Kontext der Naumann-Affäre vgl. Susanna Schrafstetter: Siegfried Zoglmann, His Circle of Writers, and the Naumann Affair. A Nazi Propaganda Operation in Postwar Germany. In: David A. Messenger/Katrin Paehler (Hrsg.): A Nazi Past. Recasting German Identity in Postwar Europe. Lexington 2015, S. 113–138.

62 Kubitz, Werner (1919–1995): geboren in Breslau, 1929–1937, Oberrealschule in Breslau, 1939–1945 Kriegsteilnehmer, 1946–1950 Studium in Erlangen (Sport, Deutsch, Englisch, Religions- und Geistesgeschichte sowie Philosophie), seit 1951 Studienrat in Passau, 1956–1961 in Lohr, 1970–1975 Ministerialrat im Bundesministerium des Innern (Beauftragter für die Olympischen Spiele in München), 1957–1974 Bezirksvorsitzender der FDP in Unterfranken, 1960–1966 und 1981–1993 Stadtrat in Lohr, 1972–1981 und seit 1990 im Kreistag des Main-Spessart-Kreises, 1974–1978 Mitglied des Bayerischen Landtages; MdB 1961–1969.

63 BT ParlA, 3113/1, 1. WP, Protokoll der 22. Sitzung des Ausschusses für Heimatvertriebene.

64 Vgl. Wambach, Verbändestaat, S. 97f.

65 Vgl. Kittel, Stiefkinder, S. 321.

Kinat,⁶⁶ Anni Krahnstöver,⁶⁷ Oskar Matzner,⁶⁸ Willibald Mücke⁶⁹ (alle erste Legislaturperiode) und Fritz Wenzel⁷⁰ (erste und zweite Wahlperiode) zuzuordnen. Neben Reitzner gehörten mit Ernst Paul⁷¹ in der ersten Wahlperiode sowie Wenzel Jaksch⁷²

66 Kinat, Georg Richard (1888–1973): geboren in Königsberg (Ostpreußen), Teilnehmer am Ersten Weltkrieg 1914–1918, 1919–1933 hauptberuflich in der Gewerkschaftsbewegung (Bezirk Ostpreußen), 1926–1933 Bezirksleiter des Deutschen Baugewerksbundes in Ostpreußen, 1919–1921 Kreistag (Ortelsburg/Ostpreußen), 1924–1926 Stadtrat (Allenstein), 1929–1933 Mitglied des Provinziallandtages und Provinzialausschusses Ostpreußen in Königsberg, 1932 Reichstagskandidat, 1933 aus allen Ämtern entlassen und mehrfach inhaftiert, bis 1945 Polier und Bauführer, 1945 Vertreibung, Juli 1945 Horn/Lippe, September 1945 Angestellter beim Arbeitsamt Detmold, Gemeinderat, Mitglied des Kreistages und Flüchtlingsbeirat für den Kreis und Regierungsbezirk Detmold; MdB 1949–1961 (SPD), fraktionslos nach Austritt aus der SPD 18.08.1961.

67 Krahnstöver, Anni (1904–1961): geboren in Kiel, seit 1924 SPD, Angestellte des SPD-Bezirks Schleswig-Holstein, 1928 Volontärin beim Parteivorstand in Berlin, 1929–1933 Bezirkssekretärin in Oppeln (Oberschlesien), 1933 kurzzeitig inhaftiert, 1943 Übersiedlung nach Königsberg (Ostpreußen), nach Ausbombung 1944 Rückkehr nach Oppeln, Januar 1945 Flucht aus Oberschlesien nach Mecklenburg und dann in die Lüneburger Heide, seit 1946 Zweite Bezirksvorsitzende der SPD in Schleswig-Holstein, seit Juli 1946 Landesfrauensekretärin der SPD, 1948–1954 Mitglied des Parteivorstandes; MdB 1949–1953.

68 Matzner, Oskar (1898–1908): geboren in Neudörfel, Kr. Bärn (Mähren), Teilnehmer am Ersten Weltkrieg 1914–1918 in der österreichischen Armee, 1919–1939 Lehrer an verschiedenen Schulen in Nord- und Südmähren, 1938 Beitritt zur NSDAP (Mitgliedsnummer 6.651.709), 1939–1945 Wehrdienst bei Ersatztruppenteilen und Wehersatzdienststellen, Mai 1945 Internierung in Prag, nach 15-monatiger Zwangsarbeit in der tschechischen Landwirtschaft ausgewiesen, Herbst 1946 Betätigung in der Flüchtlingsbetreuung und als Flüchtlingsvertrauensmann in Karlsruhe, Wiederanstellung als Oberlehrer; MdB 1949–1965. Auch Matzners NSDAP-Mitgliedschaft ist nicht im biografischen Handbuch des Bundestages angegeben.

69 Mücke, Willibald (1904–1984): geboren in Buchenhöh (Oberschlesien), Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Greifswald und Breslau, 1933 Rechtsanwalt in Breslau, 1939–1942 Wirtschaftsjurist in Berlin, 1942–1945 Wehrmacht, 1945 Flucht nach Bayern, 1946 Anwalt in München, SPD-Mitglied seit 1945; MdB 1949–1953.

70 Wenzel, Fritz (1910–1976 für tot erklärt): geboren in Breslau, Schulausbildung in Bunzlau (Schlesien), seit 1930 Mitglied der SPD, 1932 Studium der Theologie und Philosophie in Breslau, 1935 Promotion zum Dr. phil., 1937 Lic. theol., Hilfsgeistlicher in verschiedenen schlesischen Gemeinden, 1939–1945 Pfarrer in Breslau, Ende Januar 1945 Ausweisung durch die Gestapo, 1945–1946 Gemeindepfarrer im Waldenburger Bergland, 1946–1950 Pfarrer der Flüchtlingsseelsorge bei der Inneren Mission Braunschweig und Dozent an der Kant-Hochschule (Pädagogische Akademie), 1947 Mitgründer des Bundes kriegsgegnerischer Pfarrer, bis 1957 Präsident der Deutschen Friedensgesellschaft, in der Nacht zum 01.11.1964 spurlos verschwunden (Schicksal bis heute ungeklärt); MdB 1949–1957.

71 Paul, Ernst (1897–1978): geboren in Steinsdorf, Gem. Riegersdorf (Böhmen), Volksschule in Riegersdorf, Bürgerschule in Eulau, 1915 Schriftsetzerlehre in Bodenbach, 1915–1918 Kriegsteilnehmer in der österreichischen Armee, 1919–1926 Vorsitzender des Sozialistischen Jugendverbandes, 1923–1932 Mitglied des Büros der Sozialistischen Jugendinternationale, seit 1924 Bildungsreferent, später Parteisekretär und Vorstandsmitglied der DSAP sowie Redakteur in Prag bis 1938, 1926–1936 Geschäftsführer der Republikanischen Wehr, 1936–1938 deren Vorsitzender, 1939 Emigration nach Schweden, dort enge Zusammenarbeit mit Wenzel Jaksch und Willy Brandt, 1945–1948 Schatzmeister des Hilfskomitees für sudetendeutsche Flüchtlinge, seit 1948 in Stuttgart, 1949–1951 Chefredakteur der „Allgemeinen Zeitung“, danach freier Journalist; MdB 1949–1969.

72 Jaksch, Wenzel (1896–1966): geboren in Langstrobnitz, Bez. Kaplitz (Südböhmen), Volksschule in Strobnitz, 1911 Maurerlehre in Wien, 1913 Eintritt in die SPÖ, 1914–1918 Munitionsarbeiter in der österreichisch-ungarischen Armee, 1919 Sekretär des sozialdemokratischen Verbandes jugend-

(zweite bis fünfte Wahlperiode) die führenden Köpfe der Seliger-Gemeinde dem Ausschuss an, die innerhalb der SPD zumindest punktuell einen gewissen Einfluss entfalten konnte, Jaksch zudem noch in seiner Rolle als führender Vertreter der Vertriebenenverbände und zeitweiliger BdV-Präsident.⁷³ Analog zur Unionsfraktion können auch im Fall der SPD die im Ausschuss für Heimatvertriebene tätigen Abgeordneten und die eingebundenen Mitarbeiter des BMVt als Netzwerkscharnier zwischen dem Ministerium und den SPD-internen Vertriebenenorganisationsformen – neben dem genannten Arbeitskreis der Fraktion existierte noch ein Referat für Flüchtlingsfragen beim Parteivorstand⁷⁴ – wie auch der Seliger-Gemeinde interpretiert werden.

Der thematische Schwerpunkt des Ausschusses für Heimatvertriebene lag bei Sachfragen der Vertriebenenpolitik. Daher ist es nicht überraschend, dass sich nur vereinzelt Flüchtlinge aus der SBZ/DDR als Mitglieder im Ausschuss für Heimatvertriebene engagierten. Stattdessen weist der Ausschuss für gesamtdeutsche Fragen eine deutlich höhere Konzentration geflüchteter Abgeordneter auf.⁷⁵ Auch mit der namentlichen Erweiterung des Themenspektrums zu Beginn der fünften Wahlperiode in Ausschuss für Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge änderte sich an diesem Befund wenig. Eine Ausnahme war die SPD-Abgeordnete Elise (Lisa) Kerspeter,⁷⁶ die in allen Legislaturperioden stellvertretendes Mitglied des Ausschusses war, ehe sie zum Ende der fünften Wahlperiode ordentliches Mitglied wurde. Ähnliches gilt für den CDU-Abgeordneten Ernst Eichelbaum⁷⁷ (dritte und vierte Wahl-

licher Arbeiter Österreichs, 1921 Redakteur in Komotau, 1924 Redakteur des „Sozialdemokrat“ in Prag, 1929–1938 Mitglied der Prager Nationalversammlung für die sudetendeutsche Sozialdemokratische Partei (DSAP), März 1938 Vorsitzender der DSAP, nach 1933 Kampf gegen die Henlein-Bewegung, 1939–1949 Emigration nach England, 1950–1953 Leiter des Hessischen Landesamtes für Flüchtlinge, 1959 Präsident, 1962 Vizepräsident der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, 1964–1966 Präsident des BdV, 1951 Mitbegründer der Seliger-Gemeinde, 1961 Mitbegründer und Präsident der Deutschen Stiftung für Europäische Friedensfragen; MdB 1953–1966.

73 Vgl. dazu Kittel, Stiefkinder, S. 322.

74 Vgl. ebd., S. 321. Siehe dazu auch Wambach, Verbändestaat, S. 98, der von einem „Vertriebenenbeirat“ beim Parteivorstand spricht, dem er aber kaum Einwirkungsmöglichkeiten zuschreibt.

75 Vgl. dazu Teilkapitel 2.3.

76 Kerspeter, Elise (Lisa) (1900–1992): geboren in Groß-Oerner, Ausbildung zur Jugend- und Wohlfahrtspflegerin, bis 1933 ehrenamtliche Mitarbeiterin bei der Jugendfürsorge der SPD und Gewerkschaft, seit 1929 Mitglied der SPD, Inhaberin eines Geschäftes, vor 1933 Mitglied des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Vorsitzende des Ausschusses für Arbeiterinnenfragen im Gau Hannover-Bremen, 1945–1946 Mitwirkung beim Aufbau der Frauenorganisation in Magdeburg und Mitglied des Bezirksausschusses der SPD Sachsen-Anhalt, 1946 Flucht aus der SBZ, 1947–1948 Mitglied im Zonenbeirat für die Britische Besatzungszone, 1948–1949 Mitglied des Wirtschaftsrates für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, 1948 Mitglied des Stadtrats in Hannover; MdB 1949–1969.

77 Eichelbaum, Ernst Theodor (1893–1991): geboren in Berlin, 1911 Abitur, Aufnahme des Studiums der Germanistik, Geschichte, Philosophie und Theologie, 1914–1918 Kriegsteilnehmer, 1917 Staatsprüfung für das Höhere Lehramt, 1919–1943 und 1945–1946 Lehrer in Leipzig, seit 1933 Mitglied der Bekennenden Kirche, 1945 Mitbegründer der CDU in Leipzig, 1946 Stadtverordneter, bis 1948 Mitglied des Stadtrates und stellvertretender Bürgermeister in Leipzig, Oktober 1948 Flucht aus der SBZ nach Wuppertal, Vorstandsmitglied der Exil-CDU, Mitbegründer und 1952–1963 Bundesvorsitzender des GSF; MdB 1957–1965.

periode) und den FDP-Abgeordneten Wolfgang Mischnick⁷⁸ (3. Wahlperiode, nach Ende seiner Zeit als Minister ab November 1963 wieder stellvertretendes Mitglied des Ausschusses).

Betrachtet man die bisher vorgestellten Akteure im Ausschuss für Heimatvertriebene hinsichtlich möglicher Belastungen im Kontext der nationalsozialistischen Diktatur, so ist festzustellen, dass lediglich ein Abgeordneter (Zoglmann) seine Parteimitgliedschaft im offiziellen Handbuch des Bundestages angegeben hat. Bei weiteren acht Abgeordneten – Kuntscher, Rehs, Krüger, Schütz, Kraft, Kühn, Trischler, Matzner – ist eine Mitgliedschaft in der NSDAP oder anderen nationalsozialistischen Organisationen aus den vorliegenden biografischen Analysen und Untersuchungen belegt. Daraus kann aber nicht automatisch auf einen Einfluss von NS-Gedankengut auf ihre Tätigkeit als Abgeordnete und als Mitglieder im Heimatvertriebenen-ausschuss geschlossen werden. Bei der Analyse ihres politischen Agierens und der Interaktion mit dem Ministerium ist dieser Umstand jedoch kritisch zu beachten.

Das Bundesvertriebenenministerium war im Ausschuss für Heimatvertriebene in allen fünf Wahlperioden durchgängig und z. T. mit einer größeren Anzahl an Vertretern präsent, sowohl durch die Leitungs- als auch die Fachebene. Eine Ausnahme bildeten lediglich die jeweils konstituierenden Sitzungen des Ausschusses zu Beginn einer Legislaturperiode, die ohne Anwesenheit von Regierungsvertretern stattfanden. So nahmen die Minister Hans Lukaschek⁷⁹ (im Amt 1949–1953) und Theodor Oberlän-

78 Mischnick, Wolfgang (1921–2002): geboren in Dresden, 1939 Abitur, 1939–1945 Kriegsteilnehmer, 1945 Mitbegründer der LDP, 1946 Stadtverordneter in Dresden, 1947 stellvertretender Vorsitzender der LDP in Sachsen, Mitglied des geschäftsführenden Zentralvorstandes der LDP für die SBZ, nach Wahl zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der LDP Sachsen auf Befehl der Besatzungsmacht ausgeschaltet, 1948 Flucht vor drohender Verhaftung in die BRD, Vertreter und Journalist, seit Ende 1950 hauptamtliche Tätigkeit bei der hessischen FDP, 1951 stellvertretender Landesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten, 1952–1956 Leiter des Landesverbandes und 1954–1957 des Bundesverbandes, seit 1951 Mitglied im hessischen Landesvorstand der FDP, 1957–1967 stellvertretender Vorsitzender, 1967–1977 Vorsitzender, 1956–1971 Vorsitzender des Kreisverbandes Frankfurt (Main) der FDP, 1954–1988 Mitglied des Bundesvorstandes der FDP, seit 1964 stellvertretender Bundesvorsitzender, 1953–1957 Präsident des Landesverbandes Hessen im GSF, 1959–1961 Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, 1961 bis 1963 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1963–1968 stellvertretender Fraktionsvorsitzender, 1968–1991 Fraktionsvorsitzender; MdB 1957–1994.

79 Lukaschek, Hans (1885–1960): 1919 Landrat in Oberschlesien, 1921 Eintreten für die deutsche Volksgruppe bei der Volksabstimmung, Mitglied der Zentrumspartei, 1929 Oberpräsident der preußischen Provinz Oberschlesien und Regierungspräsident von Oppeln, Mai 1933 durch die Nationalsozialisten erzwungene Amtsaufgabe, Rechtsanwalt in Breslau, Verteidigung von Gegnern des Nationalsozialismus und von jüdischen Freunden, seit 1938 enge Verbindung zu Helmut James Graf von Moltke, Pfingsten 1942 Teilnahme an der ersten Kreisauer Haupttagung, besondere Stellung im Kreis um Moltke und Yorck wegen seines Alters und der in der Weimarer Republik bekleideten hohen Ämter, keine regelmäßige Teilnahme an den Gesprächen der Kreisauer Freunde, aktive Unterstützung der Bemühungen der Freunde von Claus Schenk Graf von Stauffenberg, Verhaftung nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler noch am Abend des 20.07.1944 in Breslau, April 1945 Verhaftung vor dem Volksgerichtshof, unmittelbar vor Kriegsende freigesprochen und aus der Haft entlassen, 1949–1953 Bundesminister für Vertriebene, danach bis zu seinem Tod Vizepräsident des Deutschen Caritasverbandes. Zur Biografie vgl. auch

der⁸⁰ (1953–1960) während ihrer Amtszeit regelmäßig an Sitzungen des Ausschusses teil. Ihre Nachfolger Hans-Joachim von Merkatz⁸¹ (1960–1961), Wolfgang Mischnick (1961–1963), Hans Krüger (1963–1964), Ernst Lemmer⁸² (1964–1965), Johann Baptist

Hans-Ludwig Abmeier: Hans Lukaschek. In: Helmut Neubach/Ludwig Petry (Hrsg.): *Schlesische Lebensbilder* 5. Würzburg 1968, S. 228–236.

- 80 Oberländer, Theodor (1905–1998): geboren in Meiningen, 1923 Abitur, Beteiligung am Hitlerputsch, seit 1924 Studium der Agrarwissenschaften in München, Hamburg und Berlin, der Volkswirtschaft in Berlin und Königsberg, 1929 Promotion zum Dr. agr. in Berlin, 1930 Promotion in Königsberg, 1931 Universitätsassistent in Königsberg, seit 1933 NSDAP-Mitglied (Mitgliedsnummer 2.331.552), 1933 Habilitation bei der Staatswissenschaftlichen Fakultät in Königsberg, 1934 Professor für Agrarpolitik in Danzig und Direktor des Instituts für osteuropäische Wirtschaft in Königsberg, 1937 Professor in Königsberg, aus politischen Gründen nach Greifswald strafversetzt, 1939 zur Wehrmacht eingezogen, Oktober 1940 ordentlicher Professor in Prag, ab Dezember 1940 wieder Soldat, Februar 1943 Entlassung aus der Wehrmacht und Verurteilung zum Tode, Stadtarrest in Prag, März 1945 wieder Soldat, 1946 Entlassung aus amerikanischer Gefangenschaft, Landarbeiter und Geschäftsführer einer Saatzucht-Gesellschaft, Mitarbeiter des amerikanischen Geheimdienstes, zunächst Mitglied der FDP, dann des BHE, 1950–1953 Landesvorsitzender in Bayern, 1954–1955 Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen und Bundesvorsitzender des BHE, seit 1956 CDU, Vorsitzender des Landesverbandes Oder-Neiße, 1950–1953 Mitglied des bayerischen Landtages (BHE), 1950–1953 Staatssekretär für das Flüchtlingswesen in Bayern, 1953–1960 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1960 Verurteilung zum Tode in einem Schauprozess in der DDR, 1960–1961 Ermittlungsverfahren wegen Beteiligung an Kriegsverbrechen vom Landgericht Bonn eingestellt; MdB 1953–1955 (GB/BHE), 1955–1965 (CDU). Zu Oberländer vgl. u. a. Siegfried Schütt: Theodor Oberländer – Eine dokumentarische Untersuchung. München 1995 sowie Philipp-Christian Wachs: *Der Fall Oberländer (1905–1998). Ein Lehrstück deutscher Geschichte*. Frankfurt a. M. 2000.
- 81 Merkatz, Hans-Joachim von (1905–1982): geboren in Stargard (Pommern), Gymnasium in Wiesbaden und Jena, staatliche Bildungsanstalt in Naumburg (Saale), landwirtschaftliche Ausbildung, 1928–1931 Studium der Rechtswissenschaften, Geschichte und Nationalökonomie in Jena und München, 1934 Promotion, 1935–1938 Referent am Kaiser-Wilhelm-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, 1938–1945 Generalsekretär des Ibero-Amerikanischen Instituts in Berlin, 1939–1941 Wehrmacht, wegen schwerer Erkrankung entlassen, 1945 Flucht aus Pommern nach Hämelschenburg bei Hameln in Niedersachsen, 1946 wissenschaftlicher Sachbearbeiter bei der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Anschluss an die Niedersächsische Landespartei (NLP), seit 1946 Mitglied des Direktoriums der Deutschen Partei (DP), seit Mitte 1946 Mitglied des Stabes um Heinrich Hellwege, 1947 Sekretär der Niedersächsischen Landtagsfraktion, 1948–1949 wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Vertretung der DP im Parlamentarischen Rat, 1952–1960 Angehöriger des Direktoriums der DP, 1955–1957 stellvertretender Bundesvorsitzender, 1960 Ausscheiden aus der DP und Mitglied der CDU, 1955–1962 Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates (und der Länder), 1956–1957 Bundesminister der Justiz, 1960–1961 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1958–1979 Präsident des Ostdeutschen Kulturrates, 1964–1969 deutscher Vertreter im Exekutivrat der UNESCO, 1967–1979 Vorsitzender der Paneuropa-Union; MdB 1949–1960 (DP), 1960–1969 (CDU).
- 82 Lemmer, Ernst (1898–1970): geboren in Remscheid, 1915 Kriegsabitur, 1915–1918 Kriegsteilnehmer, 1919–1922 Studium der Theologie, Geschichte und Volkswirtschaft in Marburg und Frankfurt a. M., zugleich Tätigkeit als Journalist, 1933 Berufsverbot, Korrespondent für ausländische Zeitungen, 1949–1956 Chefredakteur und 1949–1966 Herausgeber der Tageszeitung „Der Kurier“, seit 1918 Mitglied der DDP, Vorsitzender des Deutschen Demokratischen Studentenbundes, 1922–1933 Generalsekretär des liberalen Gewerkschaftsrings der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände im Deutschen Reich, 1923–1930 Vorsitzender des Reichsbundes der Deutschen Demokratischen Jugend, 1924 Mitbegründer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, 1924–1930 Mitglied des Reichsvorstandes der DDP, 1924–1932 und 1933 MdR für DDP bzw. Deutsche Staatspartei,

Gradl⁸³ (1965–1966), Kai-Uwe von Hassel⁸⁴ (1966–1969) und Heinrich Windelen⁸⁵ (1969) waren dagegen nur noch vereinzelt im Ausschuss präsent – wohl in den jeweils kürzeren Amtszeiten und den individuellen politischen Interessenslagen der Minister begründet, aber sicher auch als Ausdruck der abnehmenden politischen Bedeutung der Vertriebenenfrage in den 1960er Jahren zu werten. Neben den Ministern war das BMVt auch durch seine Staatssekretäre vertreten: Ottomar Schreiber⁸⁶ (1949–1953) und

1945 Mitbegründer der CDU in der sowjetischen Besatzungszone, 1945–1947 stellvertretender Vorsitzender der CDU in der SBZ, Absetzung durch SMAD, 1945–1946 Bürgermeister von Kleinmachnow in Brandenburg, 1945–1949 dritter Vorsitzender des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, 1946–1949 Mitglied des Brandenburgischen Landtags, 1950–1969 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, 1951–1956 als Fraktionsvorsitzender, 1956–1961 Vorsitzender des Berliner CDU-Landesverbandes, 1961–1970 Vorsitzender der Exil-CDU, 1963–1967 Bundesvorsitzender und 1967–1970 Präsident des Gesamtverbandes der Sowjetzonenflüchtlinge, 1956–1957 Bundesminister für Post- und Fernmeldewesen, 1957–1962 für Gesamtdeutsche Fragen, 1964–1965 für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1965–1969 Sonderbeauftragter des Bundeskanzlers für Berlin; MdB 1952–1970.

83 Gradl, Johann Baptist (1904–1988): geboren in Berlin, 1922–1924 Banklehre, 1924–1926 Studium der Wirtschafts- und Staatswissenschaften in Berlin und Halle, 1926–1930 Redakteur bei der Zeitung der Berliner Zentrumsparterie „Germania“, 1930 Promotion, 1931–1937 Mitglied der Geschäftsführung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, ab 1938 auch der Reichsgruppe Banken in Berlin, 1926–1933 Vorsitzender der Zentrumsparterie in Berlin-Kreuzberg, seit 1945 Mitglied der CDU, Hauptvorstandsmitglied der CDU der SBZ und Berlins bis zur Absetzung durch die Sowjets Ende 1947, seit 1947 Verleger der Zeitung „Der Tag“, 1950 Mitbegründer und 1970–1987 Vorsitzender der Exil-CDU, 1954 Mitgründer und 1973–1987 Vorsitzender des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, 1958–1975 Präsident des Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands, 1965–1966 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte und 1966 zusätzlich Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen; MdB 1957–1980.

84 Hassel, Kai-Uwe von (1913–1997): 1951–1955 und 1964–1975 stellvertretender, 1955–1964 Landesvorsitzender der CDU in Schleswig-Holstein, 1950–1965 MdL Schleswig-Holstein, 1954–1963 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, 1953–1954 und 1965–1980 MdB, 1956–1969 stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU, 1963–1966 Bundesminister der Verteidigung, 1966–1969 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1969–1972 Präsident und 1972–1976 Vizepräsident des Deutschen Bundestages, 1977–1980 Präsident der Parlamentarischen Vertretung der WEU, 1979–1984 MdEP. Vgl. Hassel, Kai-Uwe von, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung online. https://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/z/z1960a/kap1_8/para2_53.html (06.03.2025).

85 Windelen, Heinrich (1921–2015): geboren in Bolkenhain (Schlesien), 1936–1939 Oberschule in Striegau, 1939–1940 Reichsarbeitsdienst, 1940–1941 Studium der Physik und Chemie in Breslau, 1941–1945 Kriegsteilnehmer, Kriegsgefangenschaft, 1945–1948 kaufmännische Berufsausbildung in Telgte und Warendorf (Westfalen), 1949 Mitgründer und Geschäftsführer einer Versandfirma, 1958 Mitinhaber, 1968–1969 und 1977–1983 Mitglied des Verwaltungsrats der Deutschen Bundespost, 1971–1985 Mitglied des Verwaltungsrates des Westdeutschen Rundfunks, 1991–1995 Mitglied des Vorstandes der Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit, 1946 Mitglied der CDU, 1966–1967 und 1969–1987 Mitglied des Bundesvorstandes der CDU, 1970–1977 CDU-Landesvorsitzender für Westfalen-Lippe, 1969 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1983–1987 Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen; MdB 1957–1990.

86 Schreiber, Ottomar (1889–1955): 1922–1932 geschäftsführender Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes des Memellandes sowie Syndikus der Industrie- und Handelskammer, 1934 Entlassung als Präsident des Landesdirektoriums des Memelgebietes, 1938–1942 erneut Syndikus der Industrie- und Handelskammer, 1949 Leiter des Amtes für Fragen der Heimatvertriebenen bei der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, 1950–1953 Staatssekretär im BMVt. Vgl. Schreiber,

vor allem Peter Paul Nahm⁸⁷ (1953–1970), von Mathias Beer treffend als ein wichtiger Akteur der Kontinuität in der Geschichte des Ministeriums charakterisiert.⁸⁸

Je nach behandeltem Thema waren die verschiedenen Abteilungen des BMVt und deren Fachreferate durch Abteilungsleiter, Referatsleiter und Referenten anwesend. Am häufigsten war in der ersten Wahlperiode Ministerialdirigent Clemens Werber⁸⁹ präsent, zunächst als Referats- und dann Abteilungsleiter zuständig für Rechtsangelegenheiten und Kabinettsachen. In den intensiven Beratungen des Bundesvertriebenengesetzes im Ausschuss in den Jahren 1952 und 1953 nahm er an nahezu allen Sitzungen des Ausschusses teil. Regelmäßiger Teilnehmer an den Sitzungen zum BVFG war auch der im BMVt zuständige Referatsleiter II/1, Oberregierungsrat Dr. Werner Bode.⁹⁰ Die Mitverhandlung des Lastenausgleichs durch den Ausschuss für Heimatvertriebene erklärt auch die regelmäßigen Sitzungsteilnahmen des Referatsleiters III/4 für Finanzwesen, Wilhelm von Aulock.⁹¹ Wenn Fragen zu den Flüchtlingen aus der

Ottomar, in: Kabinettsprotokolle online. https://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/z/z1961z/kap1_7/para2_149.html (13.02.2025).

87 Nahm, Peter Paul (1901–1981): 1921–1925 Studium der Geschichte, Kunstgeschichte, Archäologie und Philosophie, 1924–1933 Hauptschriftleiter und Prokurist der „Mittelrheinischen Volkszeitung“, Bingen, 1919–1933 Mitglied des Zentrums, 1933 Inhaftierung im KZ Osthofen, 1934–1945 Mitinhaber eines Weinbau- und Weinversandbetriebes, 1945 Landrat des Rheingaukreises, 1946 Experte der Hessischen Staatskanzlei für Flüchtlingsfragen, 1947–1949 Leiter des hessischen Landesamtes für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen, 1949–1952 Hessisches Innenministerium, dort Leiter der Sozialabteilung, 1951 Umsiedlungsbeauftragter der Bundesregierung, 1953 Bundesbeauftragter für die Unterbringung der Flüchtlinge aus der SBZ, 1953–1967 und nach zeitweiligem Ruhestand erneut 1969 Staatssekretär im BMVt, 1969–1970 nach Eingliederung des BMVt in das BMI dort Leiter der neuen Abteilung Vt (Angelegenheiten der Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigten). Vgl. Nahm, Peter Paul, Kabinettsprotokolle online. https://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/z/z1961z/kap1_2/para2_6.html (13.02.2025).

88 Vgl. Beer, Symbolische Politik, S. 314.

89 Werber, Clemens (1888–1971): 1919–1923 Rechtsanwalt beim Landgericht Bonn, 1923–1926 Landratsamt und Regierung in Düsseldorf, 1926 bis zu seiner Entlassung 1933 Landrat des Kreises Groß-Strehlitz, 1933–1949 Steuerberater in Bonn, seit 1949 BMVt, dort 1952–1953 Ministerialdirigent und Leiter der Rechtsabteilung, 1953–1954 nach Erreichung der Altersgrenze Weiterbeschäftigung als Angestellter, Mitautor des ersten Kommentars des BVFG vgl. Clemens Werber, Werner Bode, Werner Ehrenforth: Bundesvertriebenengesetz. Stuttgart 1954. Zu den biografischen Informationen vgl. Werber, Clemens, in: Kabinettsprotokolle online. https://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/k/z/z1961z/kap1_11/para2_66.html (13.02.2025).

90 Werner Bode zählte ebenso wie Clemens Werber zu den Autoren des ersten, 1954 erschienenen Kommentars zum BVFG. Weitere biografische Informationen zu seiner Person liegen nicht vor.

91 Aulock, Wilhelm von (1900–1993): 1932–1940 Tätigkeit bei der Landwirtschaftlichen Bank AG, Danzig, 1940–1945 bei der Danzig-Westpreußischen Landschaftsbank, 1946–1948 Wirtschaftsberater; 1948–1949 Geschäftsführer bei der Deutschen Landberatung GmbH, 1949–1966 BMVt, dort 1949–1950 Leiter des Referats B 12 (Grundsatzfragen auf dem Gebiete des Finanz-, Bank-, Geld-, Kredit- und Versicherungswesens, Steuer- und Versicherungsrecht, Vertriebenenbank), 1950–1953 Leiter des Referats III 4 (Finanzen, Kredite, Lastenausgleich, Vertriebenenbank A.G.), 1953–1957 Leiter des Referats II 3 (Finanz- und Steuerfragen, Kreditwesen) und 1957–1959 Leiter des Referats II 1 (Wirtschaftliche Eingliederung der Geschädigten, Finanz- und Steuerfragen, Kreditwesen), zugleich 1950–1955 Mitglied des Vorstands, des Aufsichts- und (ab 1954) des Verwaltungsrates der Lastenausgleichsbank, 1955–1959 Staatskommissar für die Lastenausgleichsbank, Verwaltungsratsvorsitzender des Europäischen Wiedereingliederungsfonds und Verwaltungsmitglied

SBZ/DDR und der Notaufnahme aufkamen, war der Referatsleiter und Repräsentant des BMVt in Berlin, Ministerialrat Rudolf Senteck,⁹² im Ausschuss anwesend.⁹³ Eine Auswertung der Sitzungsteilnahmen ergibt für die zweite Wahlperiode des Deutschen Bundestags mehr als 60 Mitarbeiter des BMVt, die an mindestens einer Sitzung, aber an nicht mehr als zehn Sitzungen des Ausschusses teilnahmen. Gleiches gilt für die dritte Wahlperiode. In der vierten Wahlperiode war das BMVt mit immerhin noch mehr als 40 Teilnehmern in den Sitzungen des Ausschusses vertreten.⁹⁴

Blickt man auf Agenda und Arbeitsprogramm, so befasste sich der Ausschuss in der Anfangszeit vor allem mit Fragen der Soforthilfe⁹⁵ und Anträgen, die sich auf Einzelaspekte der Eingliederung der Vertriebenen bezogen, z. B. Sparguthaben, Kredite oder die Binnenumsiedlung von Vertriebenen aus überbelasteten Ländern in solche mit einer zunächst geringeren Aufnahmequote an Flüchtlingen und Vertriebenen. Auch in einzelnen Fragen des Lastenausgleichsausschusses, vor allem in der Frage der Schadensfeststellung, war der Ausschuss für Heimatvertriebene einbezogen. Einen wesentlichen Teil der Ausschussberatungen nahm das Gesetz über die Angelegen-

der Deutschen Pfandbriefanstalt, 1959–1960 im BMVt Leiter der Abteilung III (Soziale Betreuung), 1960–1964 Leiter der Abteilung II (Eingliederung, Lastenausgleich, kulturelle Angelegenheiten), 1964–1966 Leiter der Abteilung I (Lastenausgleich, Beweissicherung, Personalfragen, Haushalt, Kabinettsachen, Justitiariat, Statistik, Organisation, Kulturverbände und Öffentlichkeitsarbeit) und ständiger Vertreter des Staatssekretärs. Zu den biografischen Informationen vgl. Aulock, Wilhelm von, in: Kabinettsprotokolle online. https://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/k/z/z1960a/kap1_1/para2_71.html (13.02.2025).

92 Senteck, Rudolf (1898–1975): 1926–1929 Landratsamt Gleiwitz, 1929–1937 bei der Regierung in Oppeln, 1938–1945 beim Reichskommissar für die Preisbildung in Oppeln, 1949–1967 BMVt, dort 1949–1952 Leiter der Referate IV 1 (Umsiedlung, Aussiedlung und Rückführung, Ostzonenflüchtlinge, Heimatlose, Ausländer, Lager) und I 1 (Verbindung zum Bundestag, Bundesrat, zur Bundesregierung und zu den Ländern, Vertretung des Bundesministeriums in Berlin), 1952–1953 Leiter des Referats I/5 (Vertretung des Bundesministeriums für Vertriebene in Berlin) und zugleich vertretungsweise des Referats IV/1 (Umsiedlung), 1953–1956 Leiter des Referats I/2 (Haushalts-, Kassen und Rechnungswesen, ab 1956 zusätzlich Kabinettsachen), 1957–1964 Leiter der Abteilung IV (in Berlin), zugleich 1961–1967 Leiter der Vertretung Berlin des BMVt. Zu den biografischen Informationen vgl. Senteck, Rudolf, in: Kabinettsprotokolle online. https://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/k/z/z1961z/kap1_7/para2_221.html (13.02.2025).

93 Vgl. dazu BAArch, B 150-ORG, Organigramme des BMVt 1950 und 1952.

94 Die Teilnahme an den Ausschusssitzungen wurde auf der Basis der Ausschussprotokolle ausgewertet (BT ParlA, 3113/1).

95 Kernstück des am 08.08.1949 in Kraft getretenen Gesetzes zur Milderung dringender sozialer Notlagen (Soforthilfegesetz) waren eine monatliche Unterhaltshilfe mit einem Sockelbetrag von 70 DM sowie weitere Hilfen für Hausratbeschaffung, Wohnungsbau, Existenzgründung und Ausbildung der Vertriebenen, die durch eine zwei- bis dreiprozentige Vermögensabgabe sowie eine Hypothekengewinnabgabe finanziert wurden. Seitens der in Entstehung befindlichen Vertriebenen- und Geschädigtenverbände wurde zwar vor allem der soziale Charakter des Gesetzes kritisiert, der im Gegensatz zu einem quotalen Modell der Entschädigung stand. Allerdings bewahrte das Soforthilfegesetz trotz aller Kritik am Detail die vertriebene Bevölkerung vor der Selbstwahrnehmung als reine Fürsorgeempfänger und wirkte so einer unmittelbar befürchteten Radikalisierung entgegen. Vgl. dazu Reinhold Schillinger: Der Lastenausgleich. In: Wolfgang Benz (Hrsg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt a. M. 1985, S. 185 sowie Peter Paul Nahm: Lastenausgleich und Integration der Vertriebenen und Geflüchteten. In: Richard Löwenthal/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Die Zweite Republik. Stuttgart 1974, S. 819f.

heiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz – BVFG) vom 19. Mai 1953 ein.⁹⁶ Als legislatives Hauptwerk des BMVt⁹⁷ bildete dieses Gesetz den Schwerpunkt der Arbeit des Ausschusses für Heimatvertriebene, vor allem in der ersten Legislaturperiode. Bis zur fünften Wahlperiode folgten fünf Novellierungen des BVFG. Die Beratungen des Ausschusses für Heimatvertriebene betrafen ab der zweiten Wahlperiode Einzelfragen der Eingliederung, vor allem solche die landwirtschaftlichen Siedlungen sowie vertriebene Unternehmen betreffend.⁹⁸

Betrachtet man die Zusammenarbeit zwischen BMVt und dem Ausschuss für Heimatvertriebene unter dem Blickwinkel von Rollenverständnis und Strategien der Akteure wie auch insgesamt unter der Perspektive der Machtbeziehungen, so ist zunächst festzustellen, dass der Ausschuss vielfach die Positionen des Ministeriums unterstützte, besonders in der ersten Legislaturperiode, als sich das BMVt in der Aufbauphase befand. So teilte der Ausschussvorsitzende Kather in der Sitzung vom 24. Februar 1950 zur Zufriedenheit des Ausschusses mit, dass in der ersten Lesung des Haushalts keine wesentlichen Streichungen bei der Stellenbesetzung des BMVt vorgenommen worden seien.⁹⁹ Bereits zwei Wochen zuvor hatte sich der Ausschuss in seiner Sitzung vom 7. Februar 1950 mit den Vorbereitungen des BVFG, aber auch dem Aufbau des Ministeriums befasst. Die Grundlage dafür lieferte der in die Sitzung eingebrachte Bericht Werner Middelmanns,¹⁰⁰ eines einflussreichen Abteilungsleiters des BMVt.¹⁰¹ Im Ausschuss bestand fraktionsübergreifend Konsens darin, dass das Ministerium personell und organisatorisch gestärkt werden müsse, um so in die Lage versetzt zu werden, die anstehenden Aufgaben bewältigen zu können. Der in Posen geborene FDP-Abgeordnete Walther Kühn verwies darauf, dass „der vom Ministerium vorgesehene Etat so, wie er eingereicht wurde, genehmigt werden müsse, um

96 BGBl. I 1953, S. 201–221.

97 Vgl. dazu auch Beer, *Symbolische Politik*, S. 317. Zur gesamten parlamentarischen Behandlung des BVFG und seine Novellierungen vgl. Fischer, *Heimat-Politiker*, S. 206–227 sowie S. 250–252.

98 Vgl. dazu die folgenden Ausführungen zum Bundesvertriebenengesetz und seiner Beratung im Ausschuss für Heimatvertriebene.

99 BT ParlA, 3113/1, 1. WP, Protokoll der 8. Sitzung des Ausschusses für Heimatvertriebene, 24.02.1950.

100 Middelman, Werner (1909–1985): 1933–1945 Angestellter in einer elektrotechnischen Fabrik, 1945–1946 Landrat des Kreises Bruchsal, 1946–1947 Landesbeauftragter für das Flüchtlingswesen in Nordbaden, 1947–1949 Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes, dort Referent für Flüchtlingsfragen, gleichzeitig Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Flüchtlingsverwaltungen, 1949 Amt für Fragen der Heimatvertriebenen bei der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, dort stellvertretender Leiter, 1949–1961 BMVt, dort Leiter der Abteilung II (Wirtschaftliche Eingliederung, Auslandshilfen, Finanzen, Planung und Forschung, Lastenausgleich, Wohnungsbau, Eingliederung in die Landwirtschaft u. a.), 1949–1961 deutscher Delegierter im Exekutivkomitee des Hohen Kommissars der UNO für Flüchtlinge, 1961–1965 Regionaldirektor der Organisation des Kinderhilfswerks der UNO (UNICEF) für den Mittleren Osten in Beirut, 1965–1974 Finanzdirektor der UNICEF in New York. Vgl. Middelman, Werner, in: *Kabinettsprotokolle online*. https://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/k/z/z1961z/kap1_1/para2_119.html (13.02.2022).

101 Zu Werner Middelman, seiner Funktion und Rolle im BMVt vgl. Jan Ruhkopf: *Institutionalisierte Unschärfe. Ordnungskonzepte und Politisches Verwalten im Bundesvertriebenenministerium 1949–1961*. Göttingen 2023.

das Ministerium arbeitsfähig zu machen“. Der aus Hameln stammende DP-Abgeordnete Ernst Farke unterstrich, es sei wichtig, dass sich die Vertriebenen-Abgeordneten „im Haushaltsausschuss für einzelne Positionen einsetzen“, während die vertriebene SPD-Abgeordnete Anni Krahnstöver betonte, dass „sich der Ausschuss mit dem Etat des Ministeriums beschäftigen sollte“. Sie wurde dabei von ihren SPD-Kollegen unterstützt, wie die Stellungnahme des Abgeordneten Paul Löbe zeigt. Er schlug zum Ende der Aussprache vor, „die Stellungnahme in den Fraktionen herbeizuführen und erst Schritte von Seiten des Ausschusses zu unternehmen, wenn der Etat vorliegt.“¹⁰²

Dieser Vorschlag wurde dann auch umgesetzt. In der Sitzung des Ausschusses am 21. Februar 1951 beriet der Ausschuss für Heimatvertriebene erstmals den Haushaltsplan des BMVt. Dabei kam es zu einer Diskussion um einen Haushaltstitel, in dem das Ministerium u. a. plante, verschiedene Vertriebenen-Organisationen¹⁰³ finanziell zu unterstützen. Nach längeren Debatten beschloss der Ausschuss die Einsetzung eines Unterausschusses, um diese geplanten Ausgaben gemeinsam mit dem Ministerium eingehend zu beraten.¹⁰⁴ Dem Unterausschuss gehörten die Abgeordneten Franz Pfender und Hermann Götz (beide CDU/CSU), die SPD-Abgeordneten Paul Stech¹⁰⁵ und Ernst Paul sowie der FDP-Abgeordnete Walter Zawadil an. Der Unterausschuss Titel 32 berichtete nach drei Sitzungen¹⁰⁶ durch seinen Sprecher Zawadil am 9. Mai 1951 im Plenum des Ausschusses für Heimatvertriebene über das Ergebnis: Der Unterausschuss empfahl eine Erhöhung des entsprechenden Titels, allerdings unter der Bedingung, dass die Mittel nur für kulturelle Zwecke verwendet und regelmäßig von einer Kommission geprüft werden.¹⁰⁷ Dieser Empfehlung war auch bereits der Haushaltsausschuss des Bundestages bei der Beratung des Haushaltsplans des BMVt am 5. April 1951 gefolgt.¹⁰⁸

Die Vorberatung des Haushaltsplans des BMVt im Ausschuss für Heimatvertriebene war fortan fester Bestandteil des Arbeitsprogramms des Ausschusses. Eine offizielle Beschlussfassung des Ausschusses war im Kontext der Festlegung des Bundes-

102 Vgl. BT ParlA, 3113/1, 1. WP, Protokoll der 7. Sitzung des Ausschusses für Heimatvertriebene, 07.02.1950.

103 Die Organisationen sind im Ausschussprotokoll nicht namentlich benannt (vgl. BT ParlA, 3113/1, 1. WP, Protokoll der 30. Sitzung des Ausschusses für Heimatvertriebene, 21.02.1951). Da es – wie aus der Berichterstattung des gebildeten UA hervorgeht – vor allem um kulturelle Belange ging, ist anzunehmen, dass es sich um die verschiedenen im Aufbau befindlichen Landsmannschaften und andere auf kulturellem Gebiet tätige Organisationen handelte (vgl. BT ParlA, 3113/1, 1. WP, Protokoll der 34. Sitzung des Ausschusses für Heimatvertriebene, 09.05.1950).

104 BT ParlA, 3113/1, 1. WP, Protokoll der 30. Sitzung des Ausschusses für Heimatvertriebene, 21.02.1951.

105 Paul Stech stammte aus Merseburg (Sachsen-Anhalt) und war wohl 1945 als Vertriebener aus Königsberg in den Westen gekommen und dort Flüchtlingsreferent im Ministerium für Aufbau und Umsiedlung in Schleswig-Holstein, 1946 Leiter des Landesflüchtlingsamts und zudem Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Ostdeutscher Hilfsgemeinschaften im Kreisgebiet Kiel, 1949 Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der Ostvertriebenen in Schleswig-Holstein, Mitvorsitzender des ZvD in der Britischen Zone; MdB 1949–1953.

106 BT ParlA, 3113/1, 1. WP, Protokolle des UA Titel 32, 1.–3. Sitzung.

107 Ebd., Protokoll der 34. Sitzung des Ausschusses für Heimatvertriebene, 09.05.1951.

108 BT ParlA, 3106, 1. WP, Protokoll der 119. Sitzung des Haushaltsausschusses, 05.04.1951.

haushaltes nicht vorgesehen und daher entbehrlich, dennoch zeigt dieses Beispiel die unterstützende Wirkung, die der Fachausschuss im Sinne des BMVt entfalten konnte. So bemerkte der Ausschussvorsitzende Ernst Kuntscher nach erfolgter Beratung des Haushaltsplans des BMVt in der Sitzung am 19. Januar 1955, „dass der Ausschuss keine Beschlüsse fassen wolle, dass aber die Diskussion besonders für die Mitglieder wertvoll gewesen sei, die zugleich Mitglieder des Haushaltsausschusses seien.“¹⁰⁹ Kuntscher bezog sich mit dieser Aussage in erster Linie auf seinen Fraktionskollegen Hermann Götz, der in der zweiten Legislaturperiode neben seiner Mitgliedschaft im Ausschuss für Heimatvertriebene auch stellvertretendes Mitglied des Haushaltsausschusses war, zudem auf den SPD-Abgeordneten Rudolf-Ernst Heiland,¹¹⁰ obwohl dieser an der genannten Sitzung nicht teilnahm. Ähnliches gilt für den ebenfalls anwesenden CDU-Abgeordneten Wilmar Sabaß,¹¹¹ der allerdings erst wenige Tage später ab dem 9. Februar 1955 auch dem Haushaltsausschuss angehörte.¹¹² Ob Götz und Sabaß in diesem Sinne als ein Netzwerk des BMVt in Richtung des Haushaltsausschusses und vor allem als eine Möglichkeit des Ministeriums, direkt auf den Bundeshaushalt einzuwirken, gewertet werden können, lässt sich anhand von Quellen nicht belegen und ist auch eher unwahrscheinlich.

Betrachtet man die Verhandlungen des Haushaltsausschusses generell, so ist festzuhalten, dass das BMVt vor allem in den Sitzungen des Haushaltsausschusses präsent war, in denen der Einzelplan des Ministeriums (zunächst Einzelplan XV, ab 1953 dann Einzelplan 26) verhandelt wurde.¹¹³ Im Rahmen der jeweiligen Ausschuss-

109 BT ParlA, 3113/1, 2. WP, Protokoll der 13. Sitzung des Ausschusses für Heimatvertriebene, 19.01.1955.

110 Heiland, Rudolf-Ernst (1910–1965): geboren in Hohndorf (Sachsen), 1925–1933 Tätigkeit beim städtischen Elektrizitätswerk Marl, Entlassung aus politischen Gründen, 1936 Verurteilung zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus wegen Vorbereitung zum Hochverrat, danach Angestellter im Osten Deutschlands, 1939 Dienstverpflichtung als Hilfsarbeiter, zuletzt in Danzig, 1945 Flucht nach Marl, dort selbstständiger Kaufmann, 1931–1933 Mitglied der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), nach 1945 Vorsitzender der SPD in Marl und Vorstandsmitglied des Bezirks Westliches Westfalen, 1946–1965 Bürgermeister in Marl, Mitglied des Kreistags Recklinghausen, Vizepräsident des Deutschen Gemeindetages, 1947–1949 Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen, 1948–1949 Mitglied des Parlamentarischen Rates; MdB 1949–1965.

111 Sabaß, Wilmar (1902–1980): geboren in Siemianowitz, Kr. Kattowitz (Oberschlesien), 1922–1927 Studium des Bergfaches an der Technischen Hochschule Berlin, 1927 Diplomingenieur, 1930 Preußischer Bergassessor, 1930–1939 Mitglied der Geschäftsführung des Oberschlesischen Berg- und Hütten-männischen Vereins e. V. in Gleiwitz (Oberschlesien), 1939–1942 Oberbergwerksdirektor in Kattowitz, bis Kriegsende Bergwerksdirektor, 1945–1946 Bergbauschverständiger in München, 1946–1947 deutscher Verbindungsmann zur North German Coal Control in Gelsenkirchen, 1948–1950 Abteilungsleiter bei der Versorgungszentrale des Deutschen Bergbaus (Essen-Heisingen), seit 1950 Leiter der Geschäftsstelle Bonn der Deutschen Kohlebergbauleitung, 1952 Stadtverordneter in Bonn, 1953 Zweiter Vorsitzender der CDU Bonn-Stadt; MdB 1953–1957.

112 Zu den Ausschussmitgliedschaften von Götz und Sabaß vgl. Vierhaus/Herbst, Biographisches Handbuch, Bd. 3, S. 513, 518.

113 Vgl. BT ParlA, 3106, 1.–5. WP, Protokolle des Haushaltsausschusses: In der ersten Wahlperiode wurde der Haushalt des BMVt in der 17., 18., 112., 119., 215. und 220. Sitzung verhandelt, in der zweiten in der 23., 29., 63., 154., 165., 201., 202., 215. sowie 226. Sitzung, in der dritten in der 16., 50., 83., 88., 98., 101., 123., 138. und 161. Sitzung, in der vierten in der 11., 13., 15, 16., 50., 55., 66.,

sitzungen wurde der Haushalt des Ministeriums vom Minister und dem Staatssekretär vorgestellt, die den Ausschussmitgliedern Rede und Antwort zu stehen hatten. Begleitet wurde die Ministeriumsspitze in der Regel durch die für Organisation und Haushalt zuständigen Abteilungsleiter, Referatsleiter und Referenten. Ministeriumsinterne Unterlagen zur Vorbereitung der Verhandlungen im Haushaltsausschuss sind kaum überliefert. Für eine tiefergehende Untersuchung vor allem der reziproken Beziehung zwischen BMVt und dem Haushaltsausschuss des Bundestages fehlen die entsprechenden Akten aus dem BMVt, dessen Haushaltsunterlagen bis 1964 laut einer Akte im Bundesarchiv im Ministerium vernichtet wurden.¹¹⁴

Dass der Ausschuss für Heimatvertriebene jedoch kein reines Unterstützungsgremium des BMVt, sondern auch das Forum partei- bzw. fraktionspolitischer Strategien sowie ganz persönlich-individueller Zielsetzungen war, lässt sich am Verhandlungsprozess zum BVFG veranschaulichen. Das BVFG konfrontierte das BMVt mit einer großen Erwartungshaltung seiner Hauptzielgruppe, den Vertriebenen. Die Aufgabe war komplex, ging es doch um eine umfassende gesetzliche Grundlage für die Aufnahme und Eingliederung der mehr als acht Millionen Vertriebenen in der Bundesrepublik. Es galt, grundlegende Aspekte der rechtlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Integration der Neubürger bundeseinheitlich zu regeln, denn bis dahin waren hier lediglich in Form der Flüchtlingsgesetze auf Länderebene sowie des vom Frankfurter Wirtschaftsrat verabschiedeten Flüchtlingssiedlungsgesetzes Teillösungen gefunden worden.¹¹⁵ Minister Lukaschek hatte im Ausschuss für Heimatvertriebene am 7. Dezember 1949 angekündigt, sein Haus arbeite an einem „Heimatvertriebenen-Rahmengesetz“.¹¹⁶

Trotz oder vielleicht gerade wegen der vielfältigen Forderungen nach einem umfassenden „Grundgesetz“ der Eingliederung der Vertriebenen zogen sich bereits die Vorbereitungen eines entsprechenden Gesetzes in die Länge.¹¹⁷ Erst mehr als zwei

69., 103., 108., 127., 134., 143., 149., 166., 181. und 183. Sitzung und schließlich in der fünften Wahlperiode in der 8., 11., 64., 77., 87., 96., 98., 102., 129. und 131. Sitzung.

114 BArch, B 150/3039.

115 Die Begrifflichkeiten „Flüchtlingsgesetz“ bzw. „Flüchtlingssiedlungsgesetz“ geben Hinweis auf die zunächst nach Kriegsende gebräuchliche Verwendung des Begriffs „Flüchtling“ als Sammelkategorie für alle Zwangszugewanderten. Die Begriffsverschiebung hin zu „Vertriebener“ bzw. „Heimatvertriebener“ vollzog sich hauptsächlich nach der Verkündung der Charta der Heimatvertriebenen am 05.08.1950 und fand ihren Abschluss mit der Verabschiedung des BVFG. Vgl. dazu Mathias Beer: Flüchtlinge, Ausgewiesene, Neubürger, Heimatvertriebene. Flüchtlingspolitik und Flüchtlingsintegration in Deutschland nach 1945, begriffsgeschichtlich betrachtet, in: Ders./Martin Kintzinger/Marita Krauss (Hrsg.): Migration und Integration. Aufnahme und Eingliederung im historischen Wandel. Stuttgart 1997, S. 145–167.

116 BT ParlA, 3113/1, 1. WP, Protokoll der 4. Sitzung des Ausschusses für Heimatvertriebene, 07.12.1949.

117 Vgl. BArch, B 150/418: Neben verschiedenen Referenten-Entwürfen des BVFG findet sich hier u. a. das Protokoll einer Besprechung des Dreierausschusses des Flüchtlingsbeirats bei der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Flüchtlingsverwaltungen mit dem BMVt am 20.09.1950. Teilnehmer waren u. a. der Präsident des Hauptamts für Soforthilfe und spätere Bundestagsabgeordnete Manteuffel-Szoegé, seitens des BMVt Abteilungsleiter Middelmann sowie die Referenten Werber und Eplée.

Jahre nach Beginn der Legislaturperiode war am 12. Dezember 1951 der vom BMVt erstellte Gesetzentwurf der Bundesregierung im Bundestag ohne Aussprache federführend an den Ausschuss für Heimatvertriebene sowie an den Ausschuss für Angelegenheiten der inneren Verwaltung überwiesen worden.¹¹⁸ Minister Lukaschek führte für das BMVt zu Beginn der Ausschussberatungen am 3. Januar 1952 aus, dass der Entwurf seines Hauses bereits seit Dezember 1950 vorliege, die anschließende Abstimmung innerhalb der Bundesregierung und im Anschluss an die Kabinettsvorlage die Befassung des Bundesrates aber Zeit erfordert hätten. Das BMVt sei ein „Koordinierungsministerium und kein Sachministerium, so dass zwischen den Ministerien erhebliche Meinungskämpfe geführt werden mussten.“¹¹⁹ Damit spielte Lukaschek nicht nur auf die Besonderheiten seines Ressorts an, sondern auch auf die zeitlich parallel verlaufenden Abstimmungen um ein Lastenausgleichsgesetz, bei dem das BMVt sich vor allem mit dem federführenden Bundesfinanzministerium und dem Bundesinnenministerium als zuständigem Ressort für die Kriegssachgeschädigten auseinandersetzen musste.

Zentrales Forum der parlamentarischen Behandlung des BVFG war der Ausschuss für Heimatvertriebene. Betrachtet man die einzelnen Akteursgruppen im Ausschuss, ergibt sich folgendes Bild: Auf Seiten der CDU/CSU-Fraktion nahmen neben dem Ausschussvorsitzenden Linus Kather vor allem Ernst Kuntscher, Franz Pfender, Hermann Götz, Hermann Ehren sowie Hans Schütz, aber auch die Nicht-Vertriebenen-Abgeordneten Brökelschen, Höfler und Edert maßgeblich Anteil an den Verhandlungen. Ähnliches gilt für die SPD: Neben dem stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Richard Reitzner nahmen hauptsächlich die Vertriebenen-Abgeordneten Mücke, Matzner, Ansoerge, Kinat und Wenzel, der nach dem Ersten Weltkrieg ausgewiesene Abgeordnete Priebe sowie die Nicht-Vertriebenen-Abgeordneten Merten und Welke an den mit dem BVFG befassten Ausschusssitzungen teil. Die FDP entsandte mit den Abgeordneten Hoffmann, Trischler, Kühn und Zawadil ausschließlich Vertriebene in die entsprechenden Sitzungen. Vertreter der kleineren Oppositionsfraktionen nahmen nur vereinzelt an den Verhandlungen teil, zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang Hans Tichi (BHE) und Heinz Frommhold (DRP).

In der ersten Phase der Verhandlungen entschied sich der Ausschuss für Heimatvertriebene unter dem Vorsitz Kathers für eine Behandlung der Vorlage in vier Unterausschüssen (UA): Der UA Allgemeiner Teil¹²⁰ unter Leitung des Ausschussvorsitzenden Kather behandelte in elf Sitzungen vom 29. Januar bis zum 30. Juni 1952 die allgemeinen Bestimmungen, vor allem hinsichtlich Personenkreise, Stichtage und

118 Vgl. BT Sten. Ber., WP 1, Bd. 9, 180. Sitz., S. 7536f.

119 BT ParlA, 3113/1, 1. WP, Protokoll der 46. und 47. Sitzung des Ausschusses für Heimatvertriebene am 03./04.01.1952. Vgl. ferner das Schreiben Lukascheks zur Kabinettsvorlage der Bundesregierung vom 17.08.1951, in dem er auf noch bestehende Einwendungen des Bundesfinanzministeriums verweist (BArch, B 150/420). Zum gesamten parlamentarischen Verfahren des BVFG siehe BT ParlA, DOK I 422, Bde. A 1–4, B 1–2 sowie Fischer, Heimat-Politiker, S. 206–228.

120 Vgl. BT ParlA, DOK I 422, A 3, Nr. 58–66: Teilnehmer des Unterausschusses waren die Abgeordneten Kather und Götz (beide CDU), Mücke, Matzner (beide SPD), Hoffmann (FDP) sowie Tichi (BHE-DG).

Ausweise. Der UA Umsiedlung,¹²¹ der in acht Sitzungen vom 6. Februar bis zum 22. März 1952 die Rahmenbestimmungen des BVFG zur bereits in einem Spezialgesetz geregelten Umsiedlungsfrage behandelte, stand unter der Leitung des FDP-Abgeordneten Walter Zawadil. Den umstrittensten Teil bearbeitete in 29 Sitzungen vom 6. Februar bis zum 17. Juli 1952 unter dem Vorsitz des SPD-Abgeordneten Merten der UA Landwirtschaft.¹²² Der vierte Unterausschuss befasste sich unter Willibald Mücke (SPD) in 19 Sitzungen vom 21. März bis 2. Juli 1952 mit dem Problemkomplex „Wirtschaftliche Eingliederung“.¹²³ Von Juni bis November 1952 folgte die Diskussion der Ergebnisse der Unterausschüsse im Hauptausschuss unter Einbeziehung der Ergebnisse der anderen beteiligten Ausschüsse (Ausschuss für Angelegenheiten der inneren Verwaltung, für Finanz- und Steuerfragen, für Wirtschaftspolitik sowie für Rechtswesen und Verfassungsrecht). Ein aus den Abgeordneten Götz, Merten, Mücke und Trischler gebildeter Redaktionsausschuss überarbeitete auf dieser Basis den Gesetzentwurf des Ausschusses.

Gegen den nach Abschluss der beinahe einjährigen Behandlung in den Ausschüssen am 1. Dezember 1952 vorgelegten Bericht regten sich schon bei den Beratungen der Fraktionen erhebliche Widerstände.¹²⁴ In der Fraktionsvorstandssitzung der CDU/CSU am 8. Dezember 1952 kündigte der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Karl Müller zahlreiche Änderungswünsche an.¹²⁵ Vor der Plenarsitzung des Bundestages am 11. Dezember 1952 verständigten sich daher die Fraktionen im Ältestenrat dahingehend, die zweite und dritte Beratung zu vertagen und den Gesetzentwurf zur Klärung der noch offenen Fragen zurück an verschiedene Ausschüsse zu überweisen. In einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte versuchte Linus Kather, die weitere Verzögerung des Gesetzes zu verhindern. Er habe als Vorsitzender des Ausschusses für Heimatvertriebene gehofft, den Entwurf „noch vor Weihnachten verabschieden zu können.“ Kather regte an, die hauptsächlich auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Bestimmungen des Entwurfs bestehenden Schwierigkeiten durch interfraktionelle Gespräche bis zum 21. Januar 1953 zu klären. Trotz eines gewissen Bedauerns über eine weitere Verzögerung des Gesetzes forderten die Abgeordneten Arndgen (CDU) und Menzel (SPD) daraufhin dennoch eine Rücküberweisung an verschiedene Ausschüsse. In der folgenden Abstimmung schloss sich auch die Mehrheit des Bundestages dieser Ansicht an. Das Gesetz wurde erneut an den Ausschuss für Heimatvertriebene federführend und an die Ausschüsse für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, für gesamtdeutsche Fragen, für Sozial-

121 Vgl. BT ParlA, DOK I 422, A 3, Nr. 67–73: Mitglieder in diesem Unterausschuss waren die z. T. bei den Verhandlungen der Umsiedlung im Vorfeld bereits in Erscheinung getretenen Abgeordneten Edert und Höfler (beide CDU/CSU), Reitzner und Welke (beide SPD) sowie Zawadil (FDP).

122 Vgl. BT ParlA, DOK I 422, A 3, Nr. 74–102: Mitglieder waren die Abgeordneten Kuntscher und Pfender (beide CDU/CSU), Merten und Priebe (beide SPD), Trischler (FDP) sowie Farke (DP).

123 Vgl. BT ParlA, DOK I 422, A 3, Nr. 103–119: Mitglieder dieses Unterausschusses waren die Abgeordneten Brökelschen und Götz (beide CDU/CSU), Mücke und Welke (beide SPD) sowie Hoffmann (FDP).

124 BT-Drucks. I/3902.

125 Vgl. CDU/CSU-Fraktion, Sitzungsprotokolle 1949–1953, S. 646.

politik und für Lastenausgleich überwiesen.¹²⁶ Die anschließende zweite Ausschussbehandlung dauerte bis zum Februar 1953 an, erst am 11. Februar 1953 legte der Ausschuss für Heimatvertriebene seinen zweiten Bericht vor.¹²⁷

Zu den Hauptakteuren der parlamentarischen Behandlung zählten der Ausschussvorsitzende Linus Kather (CDU) und sein Stellvertreter Richard Reitzner (SPD), jedoch mit unterschiedlichen Strategien, die im Folgenden vertiefend beschrieben und einander gegenübergestellt werden. Kather nahm im gesamten Verhandlungsprozess des BVFG als Vorsitzender des federführenden Fachausschusses eine Schlüsselposition ein und nutzte diese, um einerseits Positionen des ZvD, des von ihm geführten Interessenverbandes in den politischen Prozess einzuspeisen und andererseits gleichzeitig seine individuellen machtpolitischen Ziele zu verfolgen. Das BMVt handelte mit dem Anspruch, die Interessen der in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Personengruppen – von denen die Vertriebenen die zahlenmäßig größte Gruppe darstellten – im Gesamten zu vertreten. Dass innerhalb dieses Personenkreises aber z. T. sehr divergierende Interessen und Strategien verfolgt wurden, zeigten die zeitlich parallel verlaufenden Auseinandersetzungen um einen gemeinsamen Interessenverband der Vertriebenen.

Nach der endgültigen Aufhebung des Koalitionsverbots in der britischen und amerikanischen Zone war es in schneller Folge zur Gründung lokaler und regionaler Organisationen gekommen, die sich auf Länder-, Zonen- und schließlich nach Gründung der Bundesrepublik auf Bundesebene zusammenschlossen: Zunächst entstand am 9. April 1949 der Zentralverband vertriebener Deutscher (ZvD) – ab 1951/54 „Bund der vertriebenen Deutschen“ (BvD) – als Zusammenschluss der auf Länderebene organisierten Interessenverbände, dem sich dann auch die berufsständischen Vertriebenenverbände (gewerbliche Wirtschaft, Bauern, Beamte, Angestellte, Ärzte usw.) anschlossen. Auf der anderen Seite konstituierten sich am 24. August 1949 die „Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften“ (VOL) als zunächst loser Gesamtverband der auf Bundesebene schon gegründeten oder im Aufbau befindlichen landsmannschaftlichen Verbände. Das sogenannte Göttinger Abkommen vom 20. November 1949 sollte nach Verhandlungen zwischen den VOL unter dem Vorsitz von Axel de Vries¹²⁸ und dem ZvD unter Linus Kather die Tätigkeitsfelder der beiden Dach-

126 Vgl. BT Sten. Ber., WP 1, Bd. 14, 244. Sitz., S. 11597f.

127 BT-Drucks. I/4080.

128 Vries, Axel de (1892–1963): geboren in Wredensitz (Estland), Schule und Gymnasium in Reval, Studium der Rechtswissenschaften in Dorpat, praktische landwirtschaftliche Ausbildung, 1917 Kurier der estländischen Ritterschaft in Berlin, 1918–1920 Baltenregiment (Chef der Nachrichtenstelle), 1920 Übernahme des väterlichen Guts, 1921 Enteignung, 1921–1940 Redakteur, seit 1924 Chefredakteur der „Revalschen Zeitung“ (seit 1934 „Estländische Zeitung“), 1921–1923 Stadtverordneter in Reval, 1922–1924 Sekretär der deutsch-baltischen Partei in Estland, 1924–1933 deren Vorsitzender, Mitglied des estnischen Parlaments, 1934 aus politischen Gründen in Haft, 1940–1945 nach Umsiedlung Landwirt im Warthegau, Kriegsteilnehmer, zuletzt Militärverwaltungsrat (Heeresgruppe Mitte/Ost, Wiederaufbau der Landwirtschaft), Januar 1945 Treck nach Ohr/Hameln, Mitbegründer der Deutsch-Baltischen Landsmannschaft in Baden-Württemberg, 1948 Chefredakteur von „Dein Weg“ in Stuttgart, 1949–1953 Hauptschriftleiter der „Ostdeutschen Zeitung“ (Hamburg), seit 1950 Vorsitzender bzw. geschäftsführender Vorsitzender der VOL, seit

verbände im Sinne einer Arbeitsteilung abgrenzen. Im Zuge der Bestrebungen zur Gründung eines Dachverbands der Vertriebenen bildete sich am 18. November 1951 der „Bund der vertriebenen Deutschen“ (BvD) unter der Leitung von Linus Kather, dem sich die Sudetendeutsche Landsmannschaft, die Landsmannschaft Schlesien, die Karpatendeutsche Landsmannschaft Slowakei und die Landsmannschaft Berlin-Brandenburg anschlossen, ohne aber die VOL zu verlassen. Nach dem Scheitern dieses Vorhabens infolge des Führungsanspruchs der überlandsmannschaftlichen Interessenorganisation wurden die VOL nach dem Beitritt weiterer Landsmannschaften in den „Verband der Landsmannschaften“ (VdL) überführt, der sich seinerseits in eigenen Landesverbänden organisierte. Nach mehreren vergeblichen Anläufen, diesen Dualismus der Verbände aufzuheben, konstituierte sich am 27. Oktober 1957 der „Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände“ (BdV) mit den gleichberechtigten Vorsitzenden Linus Kather und Georg Baron von Manteuffel-Szoegge. Nach der endgültigen Konstituierung am 14. Dezember 1958 wurde Hans Krüger zum ersten Vorsitzenden des Gesamtverbandes gewählt, bis zum Juli 1959 die Fusion auf allen Ebenen vollzogen, und die Organisationen von BvD und VdL wurden in den gemeinsamen Verband BdV überführt.¹²⁹

Im Kontext der Verhandlungen zum BVFG trat dieser Dualismus in der Diskussion über die Bildung von Beiräten beim BMVt offen zu Tage. Das BMVt hatte beim Erstellen des Referenten-Entwurfs die Einsetzung eines Flüchtlingsbeirats diskutiert, sowohl intern als auch in Abstimmung mit externen Stellen, z. B. der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Flüchtlingsverwaltungen. Im Rahmen einer Besprechung am 20. September 1950 sprach sich der Dreierausschuss des Flüchtlingsbeirats explizit für die Bildung eines Beirats beim BMVt aus.¹³⁰ Aus Sicht des Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Heimatvertriebene Kather – hier ganz in der Rolle des Vorsitzenden des ZvD/BvD – lag der eigentliche Zweck der Einrichtung von Beiräten darin, „im gegebenen Fall die Vertriebenenorganisationen zu überspielen“. Kather fühlte sich in dieser Frage von den Landsmannschaften und „einem Teil meiner Mitarbeiter in der CDU“ im Stich gelassen und kommentierte rückblickend lakonisch, dass sich bei den politischen Parteien immer eine Mehrheit gefunden habe, „wenn es darum ging, die [Vertriebenen-]Organisationen zu schwächen“.¹³¹ In seinem schriftlichen Bericht über die Verhandlungen des Ausschusses für Heimatvertriebene verwies Kather diesbezüglich auf einen „geteilten Standpunkt“ der Organisationen der Vertriebenen und auf die Entscheidung der Ausschussmehrheit für die Zweckmäßigkeit eines Beirates,

1954 in Bonn stellvertretender Vorsitzender bzw. seit 1962 Leiter der Deutsch-Baltischen Landsmannschaft, Verfasser des ersten Entwurfs der Charta der Vertriebenen, 1954–1960 Beobachter des Verbandes der Landsmannschaften auf den Außenminister- und Gipfelkonferenzen; MdB 1953 (FDP/DVP).

129 Zum gesamten Prozess der Verbandsbildung vgl. Stickler: Ostdeutsch, S. 33–97 sowie Schwartz, Funktionäre, S. 1–82.

130 BArch, B 150/418, Protokoll einer Besprechung des Dreierausschusses des Flüchtlingsbeirats bei der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Flüchtlingsverwaltungen mit dem BMVt, 20.09.1950.

131 Vgl. Linus Kather: Die Entmachtung der Vertriebenen. Bd. 1. Die entscheidenden Jahre. München/Wien 1964, S. 273.

in dem neben den Vertretern der Vertriebenenorganisationen auch Vertreter anderer Verbände vorgesehen waren. Dagegen behauptete er dann in seinem mündlichen Bericht im Plenum, die Organisationen seien in „der überwiegenden Zahl“ gegen die Bildung eines solchen Beirats gewesen, da dem Ministerium im eigenen Haus, im Parlamentsausschuss für Heimatvertriebene und in den Organisationen selbst, speziell natürlich dem von Kather geführten ZvD, genügend Experten zur Verfügung ständen.¹³² Der entsprechende Abschnitt des Entwurfs mit den Regelungen zu Behörden und Beiräten wurde in der abschließenden Beratung ohne längere Aussprache und unter Ablehnung von Änderungsanträgen der KPD in der Ausschussfassung angenommen, womit das BMVt letztlich seine Absicht zur Einrichtung von Beiräten durchgesetzt hatte.¹³³ Das BMVt konnte damit verhindern, dass es allein der Einheitsfront von Kather und dem von ihm geführten ZvD gegenüberstand. Kathers oben angeführte Bemerkung über einen Teil seiner „Mitarbeiter in der CDU“ weist darauf hin, dass die nicht im ZvD organisierte, stärker christlich-sozial geprägte Vertriebenenengruppe innerhalb der Unionsfraktion um Kuntscher, Ehren, Götz, Pfender und Schütz – allesamt aktiv in die Beratungen des Ausschusses für Heimatvertriebene zum BVFG eingebunden – die Pläne eines Alleinvertretungsanspruchs des ZvD nicht mittrug. Eine Unterstützung der SPD, deren Primat stärker auf der parteipolitischen Vertretung der Vertriebenenthemen lag, war in diesem Punkt ohnehin nicht zu erwarten.

Im Rahmen der allgemeinen Aussprache zu Beginn der dritten Beratung des Gesetzes im Plenum am 18. März 1953 übte dann der FDP-Abgeordnete Axel de Vries – Mitbegründer der Deutsch-Baltischen Landsmannschaft und führender Funktionär des Verbands der Landsmannschaften, die bis zur Gründung des Bundes der Vertriebenen als Dachorganisation 1957 einen Gegenpol zum ZvD/BvD bildete – heftige Kritik an Kather wegen der Diskrepanz zwischen dessen schriftlichem und mündlichem Bericht sowie wegen dessen ablehnender Haltung zur Frage der Bildung des Beirats beim BMVt. De Vries sprach Kather die alleinige Deutungsmacht über die Interessen der Vertriebenen mit Hinweis auf den Dualismus der Vertriebenenorganisationen ab. Lediglich Kathers ZvD/BvD habe die Bildung eines Beirates nicht für notwendig erachtet mit dem Ziel, „den alleinigen Gesprächspartner des Ministeriums abzugeben“. Nach Ansicht der Landsmannschaften sei, so de Vries, eine Konstruktion vorzuziehen, welche die Vertriebenen in all ihren „Lebensregungen“ erfasse und deswegen neben den beiden Organisationsformen der Vertriebenen auch andere Verbände wie Kirchen und Wohlfahrtsorganisationen miteinbeziehe. Eine Monopolstellung von Kathers Verband lehnte de Vries mit Hinweis auf das Scheitern der Gründung des BvD als Gesamtverband 1951/52 entschieden ab, denn „wer heute glaubt, im Namen

132 Vgl. BT ParLA, DOK I 422, A 3, Nr. 123 bzw. 127: Nach Anhörung von – geteilte Ansichten vortragenden – Sachverständigen entschied sich der Ausschuss für Heimatvertriebene in zweiter Lesung am 23.07.1952 mehrheitlich für die Einführung von Beiräten und bestätigte diese Entscheidung nochmals in dritter Lesung am 18.09.1952. Zum schriftlichen Bericht Kathers vgl. BT-Drucks. I/4080, zum mündlichen Bericht im Plenum BT Sten. Ber., WP 1, Bd. 15, 250. Sitz., S. 11974.

133 Zu Aussprache und Abstimmung vgl. BT Sten. Ber., WP 1, Bd. 15, 250. Sitz., S. 11989f.

eines solchen Bundes sprechen zu können, tut dies ohne rechtmäßige Legitimation von Seiten der Vertriebenen.“¹³⁴

Kathers Strategie zeugt nicht nur von seinem Anspruch, mit seinem Verband alleiniger Interessenvertreter der Vertriebenen zu sein, sondern auch von seinem persönlichen Ziel, das Amt des Bundesvertriebenenministers zu übernehmen.¹³⁵ Bereits in der Phase der ersten Regierungsbildung 1949 hatte er als Vorsitzender des Flüchtlingsausschusses der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU sowie als Mitglied des Zonenausschusses der CDU in der britischen Zone in zwei Schreiben, vom 22. und 24. August 1949, an Bundeskanzler Konrad Adenauer dringend die Einrichtung eines Flüchtlingsministeriums verlangt, um die Vertriebenen auf Dauer für die Union gewinnen zu können.¹³⁶ Forderungen anderer Parteien wie der FDP und der DP nach dem entsprechenden Ministeramt im Rahmen einer möglichen Regierungsbildung lehnte Kather kategorisch ab und beharrte darauf, „dass die CDU sich dieses Ministerium nicht entgehen lässt und dass es mit einem Heimatvertriebenen besetzt wird.“¹³⁷ Zwar forderte Kather den Ministerposten nicht explizit, leitete seinen Anspruch aber implizit aus seiner führenden Rolle im Rahmen der Flüchtlingsausschüsse innerhalb der CDU ab.

Die Wahl war allerdings auf Hans Lukaschek gefallen,¹³⁸ der anders als seine Nachfolger an der Spitze des BMVt kein Mitglied des Deutschen Bundestages war, was seine Position sicher nicht stärkte. Während Lukascheks vierjähriger Amtszeit wurde er in verschiedenen Zusammenhängen speziell von den Vertriebenen-Abgeordneten der Fraktionen des Bundestags in Frage gestellt – nicht nur von der Opposition, sondern auch besonders von den Vertriebenen-Abgeordneten der Regierungskoalition. Besondere Kritik an Lukascheks Amtsführung kam vor allem aus den Reihen des Vertriebenenverbandes ZvD/BvD, obwohl oder vielleicht gerade, weil Lukaschek von April bis September 1949 dessen erster Vorsitzender gewesen war. Kather hatte sich 1949 bei der Regierungsbildung übergangen gefühlt¹³⁹ und verfolgte spätestens

134 BT Sten. Ber., WP 1, Bd. 15, 254. Sitz., S. 12241f.

135 Vgl. dazu auch die Beiträge von Pertti Ahonen und Michael Schwartz im vorliegenden Band.

136 Die Verwendung des Oberbegriffs „Flüchtling“ durch Kather zeigt, dass sich die spätere Bezeichnung „Vertriebener“ auch im Sprachgebrauch der betroffenen Gruppe selbst noch nicht endgültig durchgesetzt hatte, sondern beide Begrifflichkeiten synonym verwendet wurden.

137 Zu den Schreiben Kathers vgl. Auftakt zur Ära Adenauer. Koalitionsverhandlungen u. Regierungsbildung 1949. Bearb. v. Udo Wengst. Düsseldorf 1985, S. 43f. sowie S. 70f., zur Antwort Adenauers S. 76.

138 Vgl. Auftakt zur Ära Adenauer, S. 430, S. 444 sowie S. 454.

139 Vgl. Kather, Entmachtung der Vertriebenen, Bd. 1, S. 82–90: Kather räumt ein, dass er „ganz gerne“ Minister geworden wäre, aber auch erleichtert gewesen sei, dieses Amt nicht übernehmen zu müssen. Hauptsächlich habe ihn nur die Art und Weise der Entscheidung Adenauers für Lukaschek gestört. Die ersten Angriffe gegen den Minister seien weder von ihm persönlich noch vom ZvD ausgegangen, sondern in Lukascheks „schlappe[r] Haltung in allen politischen Fragen“ begründet gewesen. Kathers Darstellung ist in diesem Punkt freilich stark untertrieben, lassen sich doch der von persönlicher Eitelkeit getragene unbedingte Machtwille und absolute Vertretungsanspruch Kathers, dem vorschwebte, als Verbandsführer und Minister in Personalunion Vertriebenenpolitik zu machen, in beiden Bänden beinahe allgegenwärtig zwischen den Zeilen erkennen.

seit dem Jahreswechsel 1951/52 – auch unter geschickter Ausnutzung seiner Position innerhalb der Partei als Vorsitzender des Bundesvertriebenenausschusses der CDU wie auch des Landesverbandes Oder-Neiße und seiner Netzwerke – offen das Ziel, Lukaschek zu demontieren, zu stürzen und als Minister zu beerben. Kathers Vorhaben scheiterte letztlich an der opponierenden Haltung vor allem der Landsmannschaften, die im August 1952 die Gründung des VdL als Gegenpol zu Kathers BvD vorbereiteten. Diese Demontage des ursprünglich als Gesamtverband der Vertriebenen konzipierten BvD und das offensichtliche Misstrauen vieler Vertriebenen gegen Kather lieferten Adenauer den Grund für die Nichtberufung Kathers, der nach einer weiteren Eskalation im Oktober und November 1952 vor allem durch die Intervention von Kanzleramtschef Hans Globke zwar noch vom Austritt aus der CDU abgehalten werden konnte, seine Ministerambitionen aber als endgültig gescheitert ansehen musste.¹⁴⁰ Den endgültigen Partei- und Fraktionswechsel vollzog Kather erst 1954, nachdem im Zuge der zweiten Regierungsbildung Adenauers das Amt des Bundesvertriebenenministers an den GB/BHE in Person von Theodor Oberländer gegangen war.

Ungeachtet dieser persönlichen und letztlich gescheiterten Strategie des Ausschussvorsitzenden Kather wirkte der Ausschuss für Heimatvertriebene bei der finalen Verhandlung und Durchsetzung des BVFG auch unterstützend gegenüber dem federführenden BMVt. Eine Schlüsselrolle hierbei spielte der schon genannte stellvertretende Ausschussvorsitzende Richard Reitzner. Obwohl SPD-Abgeordneter und damit Angehöriger der Opposition, pflegte Reitzner als Mitglied der Seliger-Gemeinde,¹⁴¹ eines Zusammenschlusses von Sudetendeutschen innerhalb der SPD, zu dem neben Reitzner auch noch seine Parteikollegen Wenzel Jaksch und Ernst Paul gehörten, regelmäßigen Kontakt zum BMVt.¹⁴² Reitzners Einfluss auf seine Fraktion war wichtig gerade in der Phase der z. T. höchst kontroversen Auseinandersetzungen zwischen den Bundestagsfraktionen während der zweiten und dritten Beratung des BVFG.¹⁴³ Sie bezogen sich vor allem auf die Bestimmungen des Gesetzes zur Eingliederung der Vertriebenen und der Flüchtlinge¹⁴⁴ in die Landwirtschaft. In dieser Frage ergab sich eine klare Frontstellung: Auf der einen Seite bestanden die Interessen der Vertriebe-

140 Die Vorgänge sind zum größten Teil dokumentiert im Nachlass Kather, vgl. Archiv für Christlich Demokratische Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin (ACDP), NL Linus Kather 04/3. Eine ausführliche Darstellung der Vorgänge vor dem Hintergrund des Verbandsdualismus findet sich bei Stickler, Ostdeutsch, S. 54–69, vgl. dazu auch Wengst, Staatsaufbau und Regierungspraxis, S. 258–262.

141 Vgl. dazu auch den Beitrag von Erik K. Franzen im vorliegenden Band.

142 Belegt ist dies vor allem für die Amtszeit Oberländers ab 1953, vgl. Archiv der sozialen Demokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn (AdsD), NL Richard Reitzner, Schreiben des Pressereferenten des BMVt an Reitzner, 03.12.1959 sowie Schreiben Oberländers an Reitzner, 20.02.1959. Es ist aber als wahrscheinlich anzunehmen, dass diese Kontakte der Seliger-Gemeinde ins BMVt bereits einige Jahre vorher bestanden.

143 Zur Rolle der SPD beim BVFG vgl. Matthias Müller: Die SPD und die Vertriebenenverbände 1949–1977. Eintracht, Entfremdung, Zwietracht. Berlin 2012, S. 48–50.

144 Die Frage der aus der SBZ/DDR geflüchteten Bauern wurde in diesen Debatten ebenfalls mit verhandelt, tauchte aber nur selten explizit in den Argumentationen der Abgeordneten auf. So

nen-Abgeordneten der Regierungsfractionen. Hauptwortführer bei der Behandlung des landwirtschaftlichen Teils waren neben Kather der FDP-Abgeordnete Trischler sowie Ehren (CDU) und Schütz (CSU). Die Hauptargumente der SPD trug keiner ihrer Vertriebenen-Abgeordneten vor, sondern der Vorsitzende des entsprechenden Unterausschusses Hans Merten. Ein entscheidendes Manko in diesem Zusammenhang war sicherlich, dass keiner der beteiligten Abgeordneten Mitglied des Bauernverbandes der Vertriebenen war, der somit kaum Einfluss auf die parlamentarischen Verhandlungen nehmen konnte.¹⁴⁵ Auf der anderen Seite stand die sogenannte Grüne Front, eine Gruppe von einheimischen, einem landwirtschaftlichen Kontext zuzuordnenden Abgeordneten aus den Regierungsfractionen der CDU/CSU, der FDP und der DP, die größtenteils Mitglieder des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten waren.¹⁴⁶ Hintergrund dieser dezidierten Vertriebenen-Einheimischen-Konfliktkonstellation im Bundestag war die enorm schwierige Lage der vertriebenen Landwirte, die aufgrund ihrer großen Anzahl stark von sozialer Deklassierung und beruflicher Umschichtung betroffen waren.¹⁴⁷ Kather konstatierte rückblickend bei den Abstimmungen des BVFG im Plenum anders als beim LAG eine „Einheitsfront der Vertriebenen“ aus den Regierungsfractionen und der SPD. Explizit ausgenommen davon war laut Kather lediglich der vertriebene DP-Abgeordnete Hans-Joachim von Merkat, der sich der ablehnenden Haltung seiner Fraktion gegen das BVFG anschloss, während seine Vertriebenen-Fraktionskollegen Zawadil und in der dritten Lesung Seeböhm für die Vorlage gestimmt hätten.¹⁴⁸

Der Regierungsentwurf zum BVFG hatte lediglich eine Änderung des bereits bestehenden Flüchtlingssiedlungsgesetzes und Bekanntgabe der Neufassung nach der Verabschiedung des BVFG vorgesehen. Demgegenüber sprach sich der Ausschuss für

beteiligte sich auch kein aus der SBZ/DDR geflüchteter Abgeordneter an den Aussprachen um den landwirtschaftlichen Teil des BVFG.

145 Dies beklagte auch der FDP-Abgeordnete de Vries in seiner Rede, vgl. BT Sten. Ber., WP 1, Bd. 15, 254. Sitz., S. 12243.

146 Die 13 Änderungsanträge zu den §§ 35–67 BVFG (landwirtschaftlicher Teil) der Abgeordneten Dr. Dr. Müller (Bonn), Struve, Frühwald, Tobaben, Lampl, Hoffmann (Lindlar) und Genossen waren von 52 Abgeordneten verschiedener Fraktionen unterzeichnet (CDU 35, CSU zwei, FDP acht, DP zwei, FU fünf). Davon waren 16 ordentliche Mitglieder und sechs stellvertretende Mitglieder des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Vgl. BT ParlA, DOK I 422, A 4, Nr. 162 (Umdruck Nr. 763). Wortführer der Grünen Front während der Plenarberatungen waren die Abgeordneten Müller und Struve (beide CDU), Frühwald (FDP) und Tobaben (DP).

147 Vgl. Siegfried Palmer: Die Eingliederung vertriebener und geflüchteter Landwirte, in: Hans-Joachim von Merkat (Hrsg.): Aus Trümmern wurden Fundamente. Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler. Drei Jahrzehnte Integration. Düsseldorf 1979, S. 83–128; sowie Gerhard Reichling: Die deutschen Vertriebenen in Zahlen. Bd. 2. 40 Jahre Eingliederung in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1989, S. 70f.: Reichling geht vor der Vertreibung von 123.000 Selbstständigen und 186.000 Mithelfenden in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben aus den deutschen Ostgebieten sowie 178.000 Selbstständigen und 222.000 Mithelfenden aus den übrigen Vertreibungsgebieten Mittel-, Ost- und Südosteuropas aus. Davon waren nach der Vertreibung und Aufnahme im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland noch 12.000 Selbstständige bzw. 10.000 Mithelfende aus den deutschen Ostgebieten und 10.000 bzw. 9.000 aus den Gebieten Mittel-, Ost- und Südosteuropas in der Land- und Forstwirtschaft tätig.

148 Vgl. Kather, Entmachtung der Vertriebenen, Bd. 1, S. 280.

Heimatvertriebene bereits in der ersten Phase der Verhandlungen und ohne Beteiligung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten aus technischen Gründen für eine Übernahme als besonderer Titel Landwirtschaft in das BVFG aus. Damit verbunden war der Vorschlag, ein eigenständiges Flüchtlingssiedlungsgesetz aufzuheben und gleichzeitig entsprechende Bestimmungen zur Ansiedlung vertriebener Landwirte im BMVt auszuweiten.¹⁴⁹ Vor allem der Abgeordnete Müller und die anderen Mitglieder der Grünen Front erzwangen durch die Ankündigung zahlreicher Änderungsanträge eine zweite Phase der Ausschussbehandlungen, in deren Verlauf der zunächst nicht beteiligte Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten den Titel Landwirtschaft des BVFG in vier Sitzungen vom 11. Dezember 1952 bis 22. Januar 1953 behandelte und mit einigen Änderungen versehen annahm.¹⁵⁰ Der federführende Ausschuss für Heimatvertriebene griff diese Vorschläge in seinen abschließenden Lesungen am 29./30. Januar sowie am 11. Februar 1953 nur z. T. auf und verwarf bestimmte Änderungsempfehlungen des Landwirtschaftsausschusses.¹⁵¹

Das Hauptkonfliktfeld für die zweite Beratung des BVFG am 25./26. Februar 1953 im Plenum war damit vorgezeichnet, der ‚Showdown‘ stand bevor. Tatsächlich nahm in der beinahe elfstündigen, auf zwei Sitzungstage verteilten zweiten Lesung die Beratung der Änderungsanträge zum Titel Landwirtschaft den größten Teil der Zeit ein. Mit den Abstimmungsergebnissen im Verlauf der zweiten Beratung konnten die Vertriebenen-Abgeordneten der Regierungskoalition und die SPD-Fraktion, die in dieser Frage – durchaus dem Wirken Reitzners zu verdanken – auf einer Linie mit den Vertriebenen-Abgeordneten der Regierungskoalition operierte, zufrieden sein.¹⁵² Die Grüne Front scheiterte mit ihren Änderungsanträgen zu Kernbestimmungen des Gesetzes.¹⁵³ Durch diesen aus ihrer Sicht eher ungünstigen Verlauf der zweiten Beratung des Gesetzes ist zu erklären, dass sich die Grüne Front dem Wunsch vor allem der SPD nach einer sofortigen dritten Beratung vehement widersetzte.¹⁵⁴ Der durch die Interessenorganisationen auf beiden Seiten – Vertriebenenverbände vs. einheimische Bauernverbände – befeuerte Konflikt zwischen den Vertriebenen-Abgeordneten und der Grünen Front innerhalb der Regierungsfaktionen verhinderte auch eine Ansetzung der dritten Beratung wenige Tage später. Zu Beginn der Sitzung des Bundestags

149 Vgl. Verhandlungen des UA Landwirtschaft BT ParlA, DOK I 422, A 3, Nr. 74–102 sowie den Bericht des Vorsitzenden des Unterausschusses Merten (SPD) im Plenum (BT. Sten. Ber., WP 1, Bd. 15, 250. Sitz., S. 12009–12013).

150 Vgl. BT ParlA, DOK I 422, A 3, Nr. 145–148.

151 Vgl. ebd., Nr. 154 und 155.

152 Vgl. Kather, Entmachtung der Vertriebenen, Bd. 1, S. 281: Kather bescheinigte den Vertriebenen-Abgeordneten, man habe sich „im großen und ganzen während dieser Beratungen gut geschlagen“.

153 Vgl. BT Sten. Ber., WP 1, Bd. 15, 251. Sitz., S. 12027f. Zum Antrag vgl. BT ParlA, DOK I 422, A 4, Nr. 168 (Umdruck Nr. 773).

154 Vgl. BT Sten. Ber., WP 1, Bd. 15, 251. Sitz., S. 12056: Durch Zuruf des vertriebenen SPD-Abgeordneten Matzner versuchte die SPD-Fraktion, entgegen der Empfehlung des die Sitzung leitenden Bundestagsvizepräsidenten Schäfer (FDP) die sofortige dritte Beratung auf die Tagesordnung zu bringen. Der Widerspruch einiger Abgeordneten – namentlich des zur Grünen Front zählenden DP-Abgeordneten Peter Tobaben – verhinderte dies.

am 4. März 1953 konstatierte Reitzner spöttisch, in der Union hätten „die egoistischen Widerständler unter der Führung des Partisanen Struve gesiegt“. Angesichts der Verzögerung der dritten Beratung des BVFG warf Reitzner Bundesregierung und Regierungsfractionen vor, nur auf Zeit zu spielen und der Vertriebenenfrage nicht die notwendige Bedeutung einzuräumen. Die SPD-Fraktion beantragte letztlich erfolglos, die dritte Beratung noch auf die Tagesordnung desselben Sitzungstages zu setzen.¹⁵⁵

Die Auseinandersetzung zwischen einheimischen und Vertriebenen-Abgeordneten kulminierte während der dritten Beratung des Gesetzes, in deren Verlauf Bundesvertriebenenminister Lukaschek davor warnte, die essentiellen landwirtschaftlichen Bestimmungen des Gesetzes zu entfernen und damit eine Eingliederung der vertriebenen Bauern unmöglich zu machen.¹⁵⁶ Vor der eigentlichen Schlussabstimmung am 25. März 1953 nutzten die Konfliktparteien nochmals die Gelegenheit, ihren Standpunkt deutlich und der anderen Seite schwere Vorwürfe zu machen. Richard Reitzner erklärte im Namen der SPD die Zustimmung seiner Fraktion zum Gesetz „trotz mancher Bedenken“. Die Verantwortung für die Verschlechterung der Ausschussvorlage wies Reitzner den Regierungsfractionen zu, denen es nicht gelungen sei, sich gegen die „egoistischen Widerständler und Vertreter der so genannten Grünen Front“ durchzusetzen und so eine Schmälerung der „berechtigten Forderungen der Vertriebenen und Flüchtlinge“ zu verhindern. Reitzner kündigte weitere Aktivitäten und Vorschläge der SPD an, um die „sichtbaren Mängel“ des Gesetzes zu beheben und die Lebensbedingungen der Vertriebenen und Flüchtlinge zu verbessern.¹⁵⁷

Ebenso wie Reitzner erklärte Linus Kather im Namen der Vertriebenen-Abgeordneten der Regierungsfractionen die Zustimmung zu dem Entwurf trotz der „Verschlechterungen“ vor allem des landwirtschaftlichen Teils, „die es fraglich machen, ob das Gesetz insoweit den Erfordernissen genügen wird“. Als wichtige Fortschritte des BVFG in anderen Bereichen nannte Kather aber die

„Vereinheitlichung der Begriffsbestimmungen, die Gleichstellung der Sowjetzonenflüchtlinge, die Sicherung einer rechtzeitigen Planung und Finanzierung für die Umsiedlung, die Förderungsmaßnahmen für selbständige und unselbständige Erwerbstätige, die Regelung der Zulassungsbestimmungen, die Schuldenbereinigung und die steuerlichen Vergünstigungen für die gewerbliche Wirtschaft.“¹⁵⁸

Daher habe man seitens der Vertriebenen-Abgeordneten die Bedenken hinsichtlich des landwirtschaftlichen Teils zurückgestellt, allerdings nicht ohne „Verbesserungen“ für die Zukunft anzumahnen. Unterzeichnet war diese von Linus Kather vorgelesene Erklärung von 18 weiteren Abgeordneten der Koalitionsparteien, fast ausschließlich selbst Vertriebene: Kather selbst, Ehren, Eplée, Götz, Kuntscher, Müller-

155 Vgl. BT Sten. Ber., WP 1, Bd. 15, 252. Sitz., S. 12085f.

156 Vgl. ebd., 254. Sitz., S. 12261.

157 Vgl. ebd., 257. Sitz., S. 12449f.

158 Ebd., S. 12450.

Hermann,¹⁵⁹ Pfender, Vogel,¹⁶⁰ Wackerzapp,¹⁶¹ Wittmann¹⁶² (alle CDU), Schütz, von Spreti (CSU),¹⁶³ Friedrich,¹⁶⁴ von Golitschek,¹⁶⁵ Kühn, Trischler (FDP), Seeböhm¹⁶⁶ und

-
- 159 Müller-Hermann, Ernst (1915–1994): geboren in Königsberg, 1932–1934 Studium der Rechte und der Volkswirtschaft in Königsberg, wegen nicht rein arischer Abstammung zur Aufgabe des Studiums gezwungen, kaufmännischer Angestellter einer Expeditions- und Schifffahrtsfirma zunächst in Königsberg, dann in Bremen, ab 1940 Kriegsteilnehmer, 1945 Dolmetscher bei der amerikanischen Militärregierung, 1949 Schriftleiter des „Weser-Kurier“, 1946 Mitbegründer der CDU in Bremen, 1946–1952 Mitglied der Bremer Stadtversammlung, seit 1947 stellvertretender Vorsitzender und 1950–1952 Vorsitzender der Bürgerschaftsfraktion, 1967–1969 stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 1969–1976 Vorsitzender des Arbeitskreises für Wirtschaft und Ernährung, 1968–1974 Landesvorsitzender der Bremer CDU; MdB 1952–1980.
- 160 Der CDU-Abgeordnete Rudolf Vogel (1906–1991) war in Beuthen, Oberschlesien, geboren, hatte in Berlin und Leipzig studiert und seit Beginn der 1930er Jahre als Berliner Vertreter zunächst oberschlesischer, dann seit 1937 oberschwäbischer Zeitungen gearbeitet. Nach Teilnahme am Zweiten Weltkrieg leitete er seit 1945 die Arbeitsämter Aalen, Ulm und Ludwigsburg und war 1950 bis 1959 Mitherausgeber des „Taschenbuchs des öffentlichen Lebens“. Vogel zählte sich selbst zu den „Heimatvertriebenen“, obwohl er nach seinen biografischen Angaben weder eine Form der Zwangsmigration persönlich erlebt noch zum Zeitpunkt seiner Kriegsteilnahme 1940 seinen Wohnsitz in den Vertreibungsgebieten gehabt hatte. Zu Vogels Selbstbezeichnung vgl. Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 4. Hrsg. v. Deutschen Bundestag. Boppard am Rhein 1988, S. 264.
- 161 Wackerzapp, Oskar (1883–1965): geboren in Straßburg, Studium der Rechte in Heidelberg, München und Straßburg, 1904 Referendar, 1907 Tätigkeit bei der preußischen Verwaltung, seit 1909 Regierungsassessor in Perleberg, Winsen/Luhe und Oppeln, Teilnehmer am Ersten Weltkrieg 1914–1918, 1918–1932 Landrat in Falkenberg (Oberschlesien), 1932 Polizeipräsident des Oberschlesischen Industriebezirkes in Gleiwitz, 1933 Entlassung aus dem Staatsdienst, danach Verbandsvorsteher des schlesischen Sparkassen- und Giroverbandes in Breslau, Ausweisung Juli 1946, dann ehrenamtliche Tätigkeit für die Wahrung der Rechte der ostvertriebenen Sparer und Betreuung der Heimatvertriebenen in Beinum bei Salzgitter; MdB 1949–1953.
- 162 Wittmann, Konrad (1905–1981): geboren in Fuchsborg (Böhmerwald), Gymnasium in Mariaschein (Sudetenland), Studium der Theologie in Leitmeritz, 1931 Priesterweihe, seit 1938 Pfarrer in Kroth (Sudetenland), 1946 Ausweisung, seit September 1946 Diaspora-Seelsorger der Erzdiözese Bamberg; MdB 1949–1953, gewählt über die WAV-Landesliste Bayern, seit 09.05.1952 fraktionslos, seit 05.07.1952 Gast der CDU/CSU-Fraktion.
- 163 Spreti, Karl Graf von (1907–1970): geboren in Schloss Kapfing, Landshut, 1930 Studium der Architektur in München, 1932–1935 Filmbildner und Hochbauarchitekt in München, 1935–1938 in Bombay (Indien), anschließend in Deutschland als Architekt tätig, Angehöriger der volkskonservativen Bewegung, später der Bayerischen Volkspartei, seit 1941 nach Verheiratung Wohnsitz im Sudetenland, 1939–1945 Kriegsteilnehmer und amerikanische Kriegsgefangenschaft, seit 1946 Architekt in Lindau, 1948 dort Stadtrat, Mandatsverzicht am 05.03.1956, 1956 Botschafter in Luxemburg, 1968 in Guatemala, 1970 Entführung und Ermordung; MdB 1949–1956.
- 164 Friedrich, Hans (1917–1998): geboren in Carlsruhe (Oberschlesien), Studium der Medizin in Breslau, zweieinhalb Jahre Militärarzt, seit 1942 vertrauensärztlicher Dienst bei der Deutschen Reichsbahn, seit 1946 stellvertretender Vorsitzender des Kreisverbandes Frankenberg der FDP, seit 1948 Flüchtlingssachverständiger der FDP im Hessischen Landtag, 1948–1949 Zweiter Vorsitzender der Landesflüchtlingsorganisation, Austritt aus der FDP 1950, Mitbegründung der Bundestagsgruppe BHE/DG, seit 02.04.1952 wieder Gast der FDP-Fraktion; MdB 1949–1953.
- 165 Golitschek, Hubertus von (1910–1969): geboren in Prauss (Schlesien), Besuch von Schulen und Hochschulen in Strehlen, Breslau und Prag, 1935 Promotion, bis 1937 im tschechischen Finanzdienst, anschließend Direktionssekretär in der Stahlindustrie, 1939–1945 Wehrmacht, 1945 Internierung in Prag, 1946 Ausweisung, daraufhin in Heidelberg Wirtschaftsberater und seit 1948 Stadtrat, Mitorganisator der Badischen Heimatvertriebenenorganisation und führende Tätigkeit in

Zawadil (DP). Indiz für den tiefen Dissens innerhalb der Regierungsfractionen ist, dass nur die DP – für die der Abgeordnete Hans Ewers¹⁶⁷ erklärte, aus Gründen des unbedingten Schutzes des Privateigentums könne der überwiegende Teil seiner Fraktion der Vorlage nicht zustimmen¹⁶⁸ –, nicht aber CDU/CSU und FDP eine Erklärung zur Schlussabstimmung abgaben. Dabei ist von der von Kather verlesenen Erklärung abzusehen, der keineswegs im Namen der eigenen Fraktion oder gar der Regierungskoalition sprach, sondern nur im Namen der Unterzeichner. Die Schlussabstimmung, in der das BVFG gegen einige Gegenstimmen bei wenigen Enthaltungen angenommen wurde, erfolgte mittels einfacher Abstimmung, da ein Antrag auf namentliche Abstimmung nicht die erforderliche Unterstützung von 50 Abgeordneten gefunden hatte. Den Fraktionsführungen war also offensichtlich nicht daran gelegen, den Dissens innerhalb ihrer Fraktionen durch ein uneinheitliches Abstimmungsverhalten noch deutlicher zu Tage treten zu lassen, als dies durch den Verlauf der Beratungen ohnehin schon geschehen war.¹⁶⁹

Der parlamentarische Entscheidungsprozess des BVFG zeigt ein teils konstruktives, teils auch konfliktbehaftetes Zusammenwirken zwischen dem BMVt und dem Ausschuss für Heimatvertriebene: Der Ausschuss für Heimatvertriebene hatte ganz seiner verfassungsmäßigen Aufgabe folgend den aus dem BMVt stammenden Regierungsentwurf aufgenommen und im politischen Diskurs der einzelnen Fraktionen sowie in Interaktion mit dem BMVt, anderen Ministerien und Ausschüssen des Bundestages entscheidungsreif für das Plenum vorbereitet. Dass in der Frage der landwirtschaftlichen Ansiedlung nur eine parteiübergreifende Interessenkoalition aus den Vertriebenen-Abgeordneten der Parteien der bürgerlichen Regierungskoalition und der SPD inklusive ihrer Vertriebenen-Abgeordneten in der Lage war, den landwirtschaftlichen Teil des BVFG, den der Ausschuss in seinen Verhandlungen gegenüber dem Regierungsentwurf deutlich verschärft hatte, und damit das Gesetz ins-

verschiedenen Heimatvertriebenenverbänden und im ZvD, seit 1949 Flüchtlingsvertreter in Ausschüssen des Württemberg-Badischen Landtags; MdB 1949–1953 und 1956–1957.

166 Seeböhm, Hans-Christoph (1903–1967): geboren in Emanuelssegen, Kr. Pleß (Oberschlesien), aufgewachsen in Königswarth, Bez. Falkenau (Eger), 1915–1921 Gymnasium in Dresden, 1921–1928 Studium des Bergfachs in Freiburg (Breisgau), München und Berlin, 1933 Promotion in Berlin, 1933–1938 stellvertretender Werksleiter der Schachtanlage Sosniza und der Preußengrube bei Beuthen, 1938–1939 Betriebsdirektor der Erzbergbau GmbH Ringelheim (Harz) in Peine, 1939–1940 Bergwerksdirektor der Hohenlohe-Werke AG, zugleich bis 1945 Vorsitzender des Aufsichtsrates der Britannia-Kohlenwerke und der Egerländer Bergbau AG, 1940 Geschäftsführer der C. Deilmann Bergbau GmbH Dortmund-Bentheim sowie Vorstandsmitglied der Braunschweigischen Maschinenbau-Anstalt AG, 1945 Wohnsitzwechsel ins Braunschweigische, 1946–1950 Vorsitzender des Wirtschaftsverbandes Erdölgewinnung, 1947 Präsident der Handelskammer Braunschweig, 1946–1956 Mitglied des Direktoriums und zweiter Vorsitzender der DP, 1946–1951 Mitglied des Landtages von Niedersachsen, 1946–1948 Minister für Aufbau, Arbeit und Gesundheit in Niedersachsen, 1948–1949 Mitglied des Parlamentarischen Rats, 1949–1966 Bundesminister für Verkehr, 1959–1967 Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft; MdB 1949–1967.

167 Hans Ewers (1887–1986) stammte aus Lübeck und war zu diesem Zeitpunkt stellvertretender Fraktionsvorsitzender der DP.

168 Vgl. BT Sten. Ber., WP 1, Bd. 15, 257. Sitz., S. 12450.

169 Ebd., S. 12451f.

gesamt zu retten, ist wohl den besonderen strukturellen Rahmenbedingungen dieses Teilkomplexes der Eingliederung geschuldet. Die weitere Bearbeitung der landwirtschaftlichen Eingliederung erfolgte nicht mehr im Rahmen des BVFG, sondern entwickelte sich vor allem in den 1960er Jahren zu einem eigenen parlamentarischen Diskurs. Aus der in einer Denkschrift des Bauernverbandes der Vertriebenen und auf dem Ostdeutschen Bauerntag im Oktober 1958 artikulierten Unzufriedenheit mit der Durchführung der beschlossenen Eingliederungsmaßnahmen entstand das Projekt eines im Februar 1959 beschlossenen Fünfjahresplans, dem 1964 ein zweiter folgte. Da die Ergebnisse jedoch keineswegs zufriedenstellend waren, folgte zunächst eine entsprechende EntschlieÙung des Deutschen Bundestages am 26. Juni 1969 und dann vor allem auf Initiative Nordrhein-Westfalens 1970 ein dritter Fünfjahresplan.¹⁷⁰

Das BVFG war angesichts der Abkoppelung dieser kontroversesten Frage in der Folge nur Gegenstand weniger Novellierungen, von denen jeweils zwei in der zweiten und dritten Legislaturperiode und nochmals eine in der vierten Legislaturperiode verabschiedet wurden. Schwerpunktmäßig beschäftigten sich diese Novellierungen auch nicht mehr mit den Vertriebenen, vielmehr trat die sich im Laufe der 1950er Jahre verschärfende Problematik der Flucht und Zuwanderung aus der DDR in den Vordergrund.¹⁷¹

Insgesamt erfuhr die Arbeit im Ausschuss für Heimatvertriebene nach der Verabschiedung des BVFG eine Versachlichung und Beruhigung. Dies war sicher auch im Übergang des Ausschussvorsitzes von Linus Kather auf Ernst Kuntscher begründet.¹⁷² Kuntscher entstammte der sudetendeutschen christlichen Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung und schloss sich nach 1945 der CDU in Niedersachsen an. Eine verbandspolitische Tätigkeit, zumindest in führender Position, ist nicht belegt. Kuntscher suchte als Vorsitzender des Ausschusses den Austausch und Kontakt mit den Vertriebenenverbänden, nutzte seine Rolle aber keineswegs zur Durchsetzung eigener verbands- bzw. machtpolitischer Interessen wie sein Vorgänger Kather.¹⁷³ Nach dem Wechsel des Ausschussvorsitzes an die SPD zu Beginn der vierten Wahlperiode übernahm mit Reinhold Rehs wieder ein führender Repräsentant des BdV – Rehs war

170 Zu den Fünfjahresplänen vgl. Palmer, *Eingliederung*, S. 112–121. Zum gesamten Problemkomplex der Wirkungen von BVFG und LAG auf die Landwirtschaft vgl. Andreas Eichmüller: *Die Landwirtschaft und der Lastenausgleich*, in: Paul Erker (Hrsg.): *Rechnung für Hitlers Krieg. Aspekte und Probleme des Lastenausgleichs*. Heidelberg u. a. 2004, S. 111–140.

171 Zu den Novellierungen des BVFG vgl. Fischer, *Heimat-Politiker*, S. 250–253, unter der Perspektive der Flüchtlingspolitik vgl. Helge Heidemeyer: *Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/1949–1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer*. Düsseldorf 1994, S. 220–232.

172 Vgl. BT ParlA, 3113/1, 2. WP, Protokoll der 10. Sitzung des Ausschusses für Heimatvertriebene, 09.07.1954.

173 In diesem Kontext ist auch ein Glückwunschsreiben des BdV-Präsidenten Krüger an Kuntscher vom 02.02.1959 zu sehen, in dem Krüger Kuntscher zur Verleihung des GroÙen Verdienstkreuzes beglückwünscht und dies als Anerkennung seiner „segensreichen Arbeit als Vorsitzender des Ausschusses für Heimatvertriebene“ wertet (BArch, B 234/1113).

Mitglied im Präsidium und ab 1967 Präsident des BdV¹⁷⁴ – die Leitung des Ausschusses. Seine Wirkung in dieser Funktion blieb jedoch begrenzt, sicher auch als Folge des Bedeutungsverlustes des BMVt und des Ausschusses für Heimatvertriebene im Laufe der 1960er Jahre. Auch in seiner eigenen Partei verlor Rehs zunehmend Rückhalt, mit Beginn der sozialliberalen Koalition 1969 wechselte er zur CDU.¹⁷⁵

2.2. Expertendiskurs und Novellenstrategie: Der Ausschuss für Lastenausgleich 1949–1965

Kann der Ausschuss für Heimatvertriebene als fachlich dem BMVt zugeordneter Ausschuss und damit als institutionelles Netzwerk angesehen werden, das realiter aus verschiedenen Teilnetzwerken bestand, die mitunter kooperativ, mitunter konfrontativ zum Ministerium agierten, stellt sich im Falle des Ausschusses für den Lastenausgleich die Frage, ob sich auch Teilnetzwerke ausmachen lassen, die mit dem BMVt kooperierten oder in Konkurrenz zu Positionen des Ministeriums traten. Die Ausgangskonstellation war unterschiedlich: Der Ausschuss behandelte eine spezielle Fragestellung, die für Vertriebene ebenso wie einheimische Kriegsgeschädigte von hoher Bedeutung war. Die Federführung für den Lastenausgleich lag jedoch nicht beim BMVt, sondern beim Bundesministerium für Finanzen.

Der Ausschuss für Lastenausgleich bestand in den ersten vier Wahlperioden des Bundestages, in der fünften Wahlperiode wurden die von ihm behandelten Fragen in den Ausschuss für Kriegs- und Verfolgungsschäden überführt. Nach dem Ausschuss für Heimatvertriebene wies der Ausschuss für den Lastenausgleich mit durchschnittlich 31,7 Prozent der ordentlichen und 29,5 Prozent der stellvertretenden Mitglieder den zweithöchsten Anteil an Vertriebenen-Abgeordneten unter den Bundestagsausschüssen auf. Auch der Anteil an Flüchtlingen unter den Ausschussmitgliedern war mit durchschnittlich 5,7 Prozent der ordentlichen Mitglieder und 8,9 Prozent der stellvertretenden Mitglieder überproportional hoch. Der Anteil der Flüchtlinge und Vertriebenen in diesem Ausschuss lag demnach deutlich über ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik. Auch im Ausschuss für Kriegs- und Verfolgungsschäden in der fünften Wahlperiode blieb das Bild ähnlich.

Der Vorsitz des Ausschusses lag im gesamten Betrachtungszeitraum bei der CDU/CSU. In den ersten drei Wahlperioden stand er unter der Leitung von Johannes Kunze.¹⁷⁶ Nach dessen Tod folgte ihm für den Rest der dritten Wahlperiode Waldemar

174 Zu Rehs' Biografie und seinem Wirken im BdV vgl. Schwartz: Funktionäre mit Vergangenheit, S. 65–69, S. 174–187, S. 286–288, S. 412f., S. 527f. sowie S. 575f.

175 Vgl. dazu auch Kittel, Stiefkinder, S. 352.

176 Kunze, Johannes (1892–1959): geboren in Barmen (Wuppertal), 1910–1912 Handelshochschule Köln, 1912–1913 Abteilungsleiter in Duisburg, Studium in Tübingen und Köln, 1914–1918 Kriegsteilnehmer, 1920 Abschluss des Studiums, Handelslehrer und Dozent in Essen, 1925–1929 Verwaltungsdirektor in Bethel, 1945 Schatzmeister der Inneren Mission für Deutschland, seit 1945 CDU, 1946–1947 Mitglied des Nordrhein-Westfälischen Landtages, MdB und Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Lastenausgleich 1949–1959. Zur Rolle Kunzes im politisch-parlamentarischen Entstehungsprozess des LAG vgl. Felix Teuchert: Die verlorene Gemeinschaft. Der Pro-

Kraft, in der vierten Wahlperiode Ernst Kuntscher. Der stellvertretende Vorsitz lag in der ersten Wahlperiode bei der Bayernpartei, zunächst durch den Abgeordneten Johann Wartner,¹⁷⁷ ab 1951 dann durch Eugen Fürst zu Oettingen-Wallerstein.¹⁷⁸ Stellvertretender Ausschussvorsitzender in der zweiten Wahlperiode war zunächst der FDP-Abgeordnete Karl Atzenroth,¹⁷⁹ dann ab dem 12. Dezember 1956 der dem GB/BHE angehörende Otto Klötzer.¹⁸⁰ Mit Beginn der vierten Wahlperiode ging der stellvertretende Vorsitz an Ludwig Preiß¹⁸¹ von der DP, ab 11. Januar 1951 bis zum Ende der vierten Wahlperiode an den SPD-Abgeordneten Ernst Zühlke.¹⁸² Den Vorsitz des Ausschusses für Kriegs- und Verfolgungsschäden in der fünften Wahlperiode hatte Josef Mick¹⁸³ von der CDU. Seine Stellvertreter waren die SPD-Abgeordneten Martin Hirsch¹⁸⁴ und ab 14. Dezember 1967 die ebenfalls der SPD angehörende Lisa Korspeter.¹⁸⁵

testantismus und die Integration der Vertriebenen in die westdeutsche Gemeinschaft (1945–1972). Göttingen 2018, S. 296–315.

- 177 Johann Baptist Wartner (1883–1963) stammte aus Scheibelsgrub und war im Bayerischen Bauernbund und der Bayernpartei aktiv, für die er 1949 bis 1953 im Bundestag Abgeordneter war.
- 178 Eugen Fürst zu Oettingen-Wallerstein (1885–1969) war Gründungsmitglied der Bayernpartei, für die er 1949 bis 1953 Mitglied des Deutschen Bundestages war.
- 179 Karl Atzenroth (1895–1995) stammte aus Köln und gehörte für die FDP dem Bundestag von 1949 bis 1965 an. Als Vertreter eines Unternehmerverbands ist Atzenroth im Rahmen der Lastenausgleichsdiskussion als Vertreter der Abgabenseite einzuordnen.
- 180 Klötzer, Otto (1914–1976): geboren in Wirsberg (Oberfranken), Gymnasium in Asch (Sudetenland), 1933–1939 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Prag, bis Kriegsbeginn Mitarbeiter bei der sudetendeutschen Wochenzeitung „Die Rundschau“ und der Tageszeitung „Die Zeit“, Tätigkeit bei einem Rechtsanwalt in Asch, 1939–1945 Kriegsteilnahme, 1945 nach der Ausweisung in Vertriebenenorganisationen tätig, 1946 Flüchtlingskommissar in Kulmbach, seit 1947 Rechtsanwalt in Kulmbach, Bezirksvorsitzender in Oberfranken und Mitglied des Landesausschusses des BHE; MdB 1953–1957.
- 181 Ludwig Preiß (1910–1966) stammte aus Leidenhofen. Er gehörte dem Deutschen Bundestag 1949 bis 1961 an und erneut vom 24.11.1964, als er für den verstorbenen Heinrich von Brentano nachrückte, bis 1972. Dort vertrat er 1949 und 1953 für die FDP, 1957 für die DP sowie noch einmal 1965 für die CDU als direkt gewählter Abgeordneter den Wahlkreis Marburg. 1969 zog er über die Landesliste der hessischen CDU in den Bundestag ein. Von 1957 bis zu seinem Austritt aus der DP 1960 war er stellvertretender Vorsitzender der DP-Fraktion und stellvertretender Vorsitzender des Bundestagsausschusses für den Lastenausgleich.
- 182 Zühlke, Ernst (1895–1976): geboren in Breslau, Teilnehmer am Ersten Weltkrieg 1914–1918, 1918 Mitglied der Freien Gewerkschaften, 1919 der SPD, 1920 bis 1927 Betriebsrat eines Industriewerkes, 1927 Staatliche Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Düsseldorf, Gewerkschaftsangehöriger, 1933 Stadtrat in Breslau, politisch verfolgt, anschließend Modellschreiner und Kalkulator, 1946 aus Breslau ausgewiesen, danach Wiederaufnahme der Gewerkschafts- und Parteiarbeit in Paderborn, seit 1947 in Coburg, Stadtrat, Gewerkschaftsangestellter und Dozent an der Volkshochschule; MdB 1949–1965.
- 183 Josef Mick (1914–1978) war in Köln geboren und gehörte dem Deutschen Bundestag von 1957 bis 1976 an. 1965 bis 1969 war er Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Kriegs- und Verfolgungsschäden, von 1969 bis 1972 dann Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Städtebau und Wohnungswesen.
- 184 Martin Hirsch (1913–1992) stammte aus Breslau. Nach seinem Studium in Berlin hatte er seine erste Anstellung in Görlitz, das Kriegsende erlebte er in Ungarn und geriet in amerikanische Ge-

Das Arbeitsprogramm der ersten Wahlperiode umfasste neben Spezialfragen wie einem Altspargesetz vor allem die Verhandlung der grundlegenden Gesetze über die Feststellung von Vertreibungsschäden und Kriegsschäden (Feststellungsgesetz FG) sowie über den Lastenausgleich (LAG). Beide Gesetze wurden noch in der ersten Wahlperiode verabschiedet. Der Lastenausgleich war ein ‚Dauerbrenner‘ in den parlamentarischen Auseinandersetzungen. Das schlägt sich auch in der hohen Zahl an Novellierungen des LAG nieder – im Betrachtungszeitraum bis zum Ende der fünften Legislaturperiode gab es insgesamt 22 Änderungsgesetze.¹⁸⁶ Bereits in der ersten Sitzung des Ausschusses für Lastenausgleich am 14. Oktober 1949 verwies der kurz zuvor zum Vorsitzenden gewählte CDU-Abgeordnete Johannes Kunze darauf, dass „die Öffentlichkeit die beschleunigte Weiterbehandlung der Frage des Lastenausgleichs erwartet“, und kündigte an, das federführende Bundesfinanzministerium, aber auch das BMVt sowie das Bundesinnenministerium möglichst bald in den Ausschuss einzuladen, um über das Verfahren zu einem Lastenausgleichsgesetz zu beraten.¹⁸⁷ Eine entsprechende Gesetzesvorlage der Bundesregierung ließ jedoch auf sich warten, da sich der Abstimmungsprozess insbesondere zwischen dem BMF und dem BMVt äußerst schwierig gestaltete. So beklagte sich Bundesvertriebenenminister Lukaschek schon zu Beginn des Gesetzgebungsverfahrens in einem Schreiben an Bundeskanzler Adenauer vom 4. Februar 1950 über die ablehnende Haltung des BMF gegenüber allen Vorschlägen des BMVt, z. B. bei den heimatvertriebenen Beamten, vor allem aber in der Frage des Lastenausgleichs. Neben dem erwähnten Schreiben zeigen umfangreiche Schriftwechsel von Juni 1950 zwischen Schäffer und Lukaschek zum Feststellungsgesetz und LAG den offenen Dissens zwischen den Ministern in dieser Frage.¹⁸⁸ Ein grundlegender Dissens bestand vor allem auf der Abgabenseite, das von Lukaschek und zahlreichen Vertriebenenvertretern propagierte Konzept einer Vermögenszuwachsabgabe wurde durch das BMF als nicht durchführbar und wirtschaftsschädigend abgelehnt.¹⁸⁹

fangenschaft. Er ließ sich mit seiner Familie in Wunsiedel nieder und gehörte von 1961 bis 1971 für die SPD dem Bundestag an.

185 Zu den Ausschussvorsitzenden vgl. Datenhandbuch des Deutschen Bundestages, Bd. 2, S. 2035–2055.

186 Zu der äußerst komplexen Fragestellung eines Lastenausgleichs vgl. neben der bereits erwähnten Studie von Kittel, Stiefkinder, vor allem die Arbeiten von Reinhold Schillinger: Der Entscheidungsprozess beim Lastenausgleich 1945–1952. St. Katharinen 1985; Hans Neuhoff: Der Lastenausgleich aus der Sicht der Vertriebenen, in: Merkatz (Hrsg.), Aus Trümmern wurden Fundamente, S. 129–149; Peter Paul Nahm: Lastenausgleich und Integration der Vertriebenen und Geflüchteten, in: Richard Löwenthal/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz. Stuttgart 1974, S. 817–842; Schillinger, Entscheidungsprozess; Erker (Hrsg.), Rechnung für Hitlers Krieg; sowie Andreas Kossert: Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945. München 2008, S. 92–109. Zur parlamentarischen Behandlung von Feststellungs- und Lastenausgleichsgesetz vgl. Fischer, Heimat-Politiker, S. 173–206 sowie S. 228–250.

187 BT ParlA, 3107, 1. WP, 1. Bd., Protokoll der 1. Sitzung des Ausschusses für Lastenausgleich, 14.10.1949.

188 BAArch, B 150/1150, Bd. 1 und 2.

189 Vgl. Kittel, Stiefkinder, S. 48.

Der Entwicklungsprozess der endgültigen Regierungsvorlage des LAG verlagerte sich in den vorparlamentarischen Raum in Form eines Sachverständigenremiums, des sogenannten Unkeler Kreises,¹⁹⁰ dem neben verschiedenen Abgeordneten der Regierungsfraktion auch die beiden Bundesminister Lukaschek und Schäffer sowie weitere Vertreter ihrer jeweiligen Häuser BMVt und BMF angehörten. Ergebnis dieses Vorkabinetts zum Lastenausgleich waren die am 1. Juni 1950 in einer Pressekonferenz unter Leitung Johannes Kunzes verkündeten Grundpositionen der Regierungsparteien zum Lastenausgleich. Die als Unkeler Grundsätze erzielten Ergebnisse waren dem Prinzip einer individuellen Schadensfeststellung und einem darauf folgenden Ausgleich nach wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten mit einer Obergrenze für die Entschädigung verpflichtet.¹⁹¹ Damit waren die grundlegenden Meinungsverschiedenheiten zwischen BMF auf der einen und dem Unkeler Kreis, das heißt BMVt und BMI,¹⁹² auf der anderen Seite jedoch nur bedingt beseitigt,¹⁹³ zumal die Vertriebenenverbände versuchten, im parlamentarischen Rahmen den Entscheidungsprozess über das LAG in ihrem Sinne zu präjudizieren: Schon Ende 1949 war beim ZvD und im Lastenausgleichsausschuss der Vertriebenenverbände die Möglichkeit diskutiert worden, durch die Vorlage und Verabschiedung eines gesonderten Feststellungsgesetzes auf die Richtungsentscheidung für eine individuelle Feststellung und damit auch auf eine quotalen Entschädigung hinzuwirken. Im Winter 1949/50 formulierte der Lastenausgleichsausschuss der Vertriebenenverbände – und dies durchaus beeinflusst durch das BMVt in Person des Ministers Lukaschek¹⁹⁴ – einen Entwurf zu einem Feststellungsgesetz. Am 12. Juli 1950 – also noch vor dem zweiten Vorentwurf des BMF – brachte eine interfraktionelle Gruppe vertriebener Abgeordneter um Kather

190 Vgl. Kather, *Entmachtung der Vertriebenen*, Bd. 1, S. 134: Kather nennt als Teilnehmer von CDU/CSU Franz Etzel, Linus Kather, Johannes Kunze, Heinrich Lübke, Robert Pferdmenges, Hugo Scharnberg, Hans Schütz, Oskar Wackerzapp und Helene Weber, von der FDP Karl Atzenroth, Hubertus von Golitschek, Robert Nöll von der Nahmer, Fritz Oellers, Ludwig Preiß und Hans Wellhausen, von der DP Ernst Farke und Christian Kuhlemann, ferner die Bundesminister Lukaschek und Schäffer oder ihre Vertreter. Zum Unkeler Kreis vgl. auch Neuhoﬀ, *Lastenausgleich*, S. 136f.; *Die Lastenausgleichsgesetze. Dokumente zur Entwicklung des Gedankens, der Gesetzgebung und der Durchführung*. Hrsg. v. Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Bd. 1,2. Der Regierungsentwurf eines Gesetzes über einen allgemeinen Lastenausgleich. Bonn 1966, S. 10f. sowie Schillinger, *Entscheidungsprozess*, S. 181f.

191 Vgl. *Die Lastenausgleichsgesetze*, Bd. 1,2, S. 38–41.

192 Das Bundesinnenministerium vertrat in der Phase der Ressortverhandlungen speziell die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Interessen der Kriegssach- und Währungsgeschädigten. Vgl. *Die Lastenausgleichsgesetze*, Bd. 1,2, S. 66.

193 Vgl. ebd., S. 55–70: Zweiter Vorentwurf eines Gesetzes über einen allgemeinen Lastenausgleich vom 17.07.1950.

194 Vgl. Neuhoﬀ, *Lastenausgleich*, S. 135: Bundesvertriebenenminister Lukaschek hatte die Idee eines selbstständigen Feststellungsgesetzes im Lastenausgleichsausschuss der Vertriebenenverbände vorgetragen. Mit einer umfassenden individuellen Feststellung hätten die Vertriebenen nach Lukascheks Argumentation die amtliche Bestätigung, was sie für die Nation geopfert hätten, außerdem werde eine solche Regelung ihr Eigengewicht im Hinblick auf die Regelung der Entschädigung entfalten.

den Entwurf als Initiativvorlage in den Bundestag ein und wurde dabei von der gesamten FDP-Fraktion unterstützt.¹⁹⁵

Die Hausspitze sowie Arbeitsebene des BMVt wirkten in diesem Fall also mit den Vertriebenenverbänden konzeptionell zusammen, die ZvD-Vertreter um Kather brachten die von Bundesvertriebenenminister Lukaschek beim Verband vorgebrachten Gedanken zu einem Feststellungsgesetz in den legislativen Prozess des Bundestages ein. Das BMVt hatte damit über ein funktionelles Netzwerk aus Vertriebenenverbänden und Vertriebenen-Abgeordneten der Regierungsfractionen den parlamentarischen Prozess zum Lastenausgleich in der Art beeinflusst, dass das Feststellungsgesetz nun zeitlich versetzt vor dem eigentlichen Lastenausgleichsgesetz verhandelt und schließlich beschlossen wurde. Minister Lukaschek setzte sich intensiv für die vorzeitige Verabschiedung des Feststellungsgesetzes ein. In einem Schreiben an Bundeskanzler Adenauer vom 26. Mai 1951 betonte er die Wichtigkeit des Lastenausgleichs und forderte in diesem Kontext, „dass das Feststellungsgesetz vorweg beschlossen wird, und zwar so bald wie möglich.“¹⁹⁶

Der Regierungsentwurf eines Gesetzes über einen allgemeinen Lastenausgleich wurde am 29. Dezember 1950 zunächst dem Bundesrat, am 20. Januar 1951 unter Angabe der Änderungswünsche des Bundesrates dann auch dem Bundestag vorgelegt.¹⁹⁷ Die über ein Jahr andauernde Behandlung der Regierungsvorlage im Ausschuss für den Lastenausgleich nahm ob der hohen Komplexität der Materie den Charakter eines Expertendiskurses an.¹⁹⁸ Die Folge war zum einen, dass es in Ausschusssitzungen zu einer sehr hohen Präsenz von Vertretern der Fachministerien kam und die Ausschussmitglieder dadurch mitunter zahlenmäßig in der Minderheit waren. Zum anderen kristallisierte sich recht schnell ein kleiner Kreis spezialisierter Abgeordneter heraus, die den Verlauf der Beratungen maßgeblich gestalteten.¹⁹⁹ Die Interessen der Vertriebenenverbände vertraten als gleichzeitige Mitglieder des Lasten-

195 BT-Drucks. I/1140: Namentlich unterzeichnet ist der Antrag auf der linken Seite von Kather, Wackerzapp, von Spreti, Vogel, Kuntscher, Pfender (alle CDU/CSU), von Golitschek, Trischler, Kühn, Nöll von der Nahmer, Langer (alle FDP), Tichi, Fröhlich, Weickert (alle WAV), Farke (DP) und Krause (Zentrum). Dass sich die FDP-Fraktion dem interfraktionellen Antrag der vertriebenen Abgeordneten anschloss und diesen zusätzlich als eigenen Antrag einreichte, lag vermutlich vor allem an der Einflussnahme Trischlers.

196 BArch, B 150/1150, Bd. 1.

197 Bundesrat (BR)-Drucks. I/1080/50: Gesetzesvorlage der Bundesregierung beim Bundesrat vom 29.12.1950 (Entwurf eines Gesetzes über den Allgemeinen Lastenausgleich) sowie BT-Drucks. I/1800: Gesetzesvorlage der Bundesregierung beim Bundestag mit Begründung, Änderungswünschen des Bundesrates, Stellungnahme der Bundesregierung dazu (Entwurf eines Gesetzes über den Allgemeinen Lastenausgleich).

198 Vgl. Schillinger, Entscheidungsprozess, S. 236. Zu den Weichenstellungen für den Lastenausgleich siehe auch Kittel, Stiefkinder, S. 41–57.

199 Ermittelt man für die Sitzungen, in denen sich der Ausschuss mit dem LAG-Entwurf beschäftigte, die häufigsten Teilnahmehzahlen, so ergibt sich: Becker 83, Bucerius 61, Ehren 65, Fuchs 83, Kunze 86, Leibfried 83, Pferdmeiges 52, Schütz 59, Wackerzapp 82, Weber 57 (CDU/CSU), Kinat 79, Krahnstöver 61, Kriedemann 62, Matzner 77, Meyer 57, Ohlig 75, Seuffert 47, Stech 68, Zühlke 70 (alle SPD), Atzenroth 70, von Golitschek 63, Nöll von der Nahmer 66, Preiß 57 (alle FDP), Farke 67 (DP), Friedrich 46 (BHE), Frommhold 49 (DRP), Oettingen-Wallerstein 59 (BP).

ausgleichsausschusses der Vertriebenenverbände wie auch jenes des Bundestages die Abgeordneten Oskar Wackerzapp von der CDU sowie die beiden FDP-Abgeordneten Hubertus von Golitschek und – obwohl selbst kein Vertriebener, aber profilierter Sozialpolitiker – Robert Philipp Nöll von der Nahmer.²⁰⁰ Mit ihrer Position standen sie zumeist im Gegensatz zu den Mehrheiten in den Regierungsfractionen und auch der SPD. Diese entsandte in größerer Zahl vertriebene Abgeordnete in den Lastenausgleichsausschuss: Richard Kinat, Anni Krahnstöver, Oskar Matzner, Paul Stech und Ernst Zühlke, dazu den aus Schlesien stammenden und bis zu seinem Umzug nach Berlin 1930 dort auch politisch tätigen Fritz Ohlig.²⁰¹ Diese folgten jedoch in den meisten Sitzungen nicht Vertriebenenverbandsinteressen, sondern streng der Linie von Partei und Fraktion. Diese wurde in Sachen LAG maßgeblich bestimmt vom Ausschussobmann Herbert Kriedemann²⁰² und Walter Seuffert,²⁰³ die – beide keine Vertriebenen-Abgeordneten – die sozialdemokratische Position in der Regel auch bei den Plenardebatten vertraten.

Eine Sonderrolle nahm in den Ausschussberatungen des LAG der sudetendeutsche CSU-Abgeordnete Hans Schütz²⁰⁴ ein, der ähnlich wie der Ausschussvorsitzende Kunze versuchte, eine ausgleichende und vermittelnde Position einzunehmen. Diese vermittelnde Haltung kritisierte Kather vor allem im Falle von Schütz sehr heftig, dem er zwischen den Zeilen Fahnenflucht vorwarf. Im September 1951 notierte er zu den Beratungen im Lastenausgleichsausschuss: „Aus diesem Ausschuss kann nichts Gutes herauskommen: Die SPD will nicht, Schütz marschiert mit der SPD, Kunze will Lastenausgleich mit SPD machen. Diese wird uns den Entwurf verwässern, dann doch nein sagen und gegen uns Propaganda machen.“²⁰⁵ Schütz verfügte tatsächlich über gute Arbeitsbeziehungen zur SPD und vor allem den sudetendeutschen Sozialdemokraten. Mit Richard Reitzner hatte er bei den Beratungen des Soforthilfegesetzes eng zusammengearbeitet.²⁰⁶ Zu seiner Rolle im Bundestagsausschuss für Lastenausgleich schrieb Schütz selbst:

200 Nöll von der Nahmer, Robert Philipp (1899–1986): Nationalökonom, 1934 Professor an der Universität Breslau, 1940–1945 an der Hochschule für Welthandel in Wien, 1945–1947 Ministerialdirektor im Hessischen Ministerium der Finanzen, 1946–1964 o. Professor der Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaften an der Universität Mainz; 1949–1953 MdB (FDP). Vgl. Nöll von der Nahmer, Robert Philipp, in: Kabinettsprotokolle online. https://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/z/z1961z/kap1_2/para2_56.html (08.03.2025). Zu Nöll von der Nahmers Rolle beim Lastenausgleich vgl. auch Kittel, Stiefkinder, S. 144f.

201 Fritz Ohlig (1902–1971) stammte aus Striegau. Er gehörte für die SPD dem Bundestag von 1949 bis 1957 an.

202 Herbert Kriedemann (1903–1977) wurde in Berlin geboren und war zunächst als landwirtschaftlicher Beamter tätig, nach einem Studium der Agrarwissenschaften und Nationalökonomie in Berlin war er hauptamtlich in der sozialdemokratischen Bildungsarbeit tätig. Er gehörte für die SPD dem Bundestag von 1949 bis 1972 an.

203 Walter Seuffert (1907–1989) war in Rahway, New Jersey geboren. Der Jurist gehörte für SPD dem Deutschen Bundestag von 1949 bis 1967 an.

204 Zu Hans Schütz vgl. auch den Beitrag von Rainer Bendel im vorliegenden Band.

205 Vgl. Kather, Entmachtung der Vertriebenen, Bd. 1, S. 199.

206 Vgl. Neuhoff, Lastenausgleich, S. 133. Zur Rolle der SPD, v. a. den entsprechenden Abstimmun-

„Mir gelang nun mit Unterstützung von verschiedenen Stellen ein Kompromiss [...]. Ich muss wirklich sagen, dass sich in dieser Auseinandersetzung ausnahmslos alle Parteien sozial verhalten haben und kooperierten, was mir – wie schon im Wirtschaftsrat – sehr wichtig war, um von den Gemeinden Parteienstreit über den Lastenausgleich und die Eingliederung der Vertriebenen fernzuhalten. Das ist uns weitgehend gelungen.“²⁰⁷

Wortführer der (einheimischen) Mehrheit der Regierungsfractionen waren der Verleger Gerd Bucerius²⁰⁸ und der Bankier Robert Pferdmenges,²⁰⁹ beide CDU/CSU, sowie der Unternehmer Karl Atzenroth (FDP), deren wichtige Rolle vor allem in ihrer Nähe zur Wirtschaft bzw. den Wirtschaftsverbänden begründet war.

Das BMVt war in den Ausschussverhandlungen fast durchgängig durch seinen Fachreferenten, den Leiter des Referates III/5, Regierungsdirektor Erwin Kautzor²¹⁰ vertreten. Die Hausspitze in Person von Minister Lukaschek und Staatssekretär Schreiber trat kaum in Erscheinung und war in der äußerst kontroversen Phase der Verabschiedung von Feststellungsgesetz und LAG kein Hauptakteur mehr.²¹¹ Die Konfliktlinie lief zwischen einer interfraktionellen Gruppe von Vertriebenen-Abgeordneten der Regierungsfractionen, deren Wortführer Linus Kather nicht Mitglied des Lastenausgleichsausschusses im Bundestag war, und der Mehrheit der Regierungsfractionen CDU/CSU und FDP sowie der SPD-Fraktion, der durchaus daran gelegen war, die Gräben in den Reihen der Regierungskoalition offen zu Tage treten zu lassen.²¹² Kather versuchte in seiner Doppel-Funktion als Vorsitzender des ZvD und des Ausschusses für Heimatvertriebene im Bundestag auf den Prozess Einfluss zu neh-

gen zum Lastenausgleich zwischen SPD, BHE und ZvD, vgl. auch Müller, SPD und Vertriebenenverbände, S. 46–48.

207 Vgl. Bundestag (Hrsg.), Abgeordnete des Deutschen Bundestages, Bd. 2, S. 222f.

208 Gerd Bucerius (1906–1995) stammte aus Hamm, Westfalen und war Jurist, Verleger und Politiker. Er gehörte dem Deutschen Bundestag für die CDU von 1949 bis 1962 an.

209 Robert Paul Pferdmenges (1880–1962) wurde in Gladbach geboren und war Bankier und Politiker. Für die CDU gehörte er dem Bundestag von 1950 bis 1962 an. Zusammen mit Karl Atzenroth (FDP) und Willi Richter (SPD) war Pferdmenges maßgeblich an der Erarbeitung der Mitbestimmungsgesetze (1951 Montanmitbestimmungsgesetz, 1952 Betriebsverfassungsgesetz, 1953 Personalvertretungsgesetz) beteiligt. Er galt als einflussreichster Finanzberater von Konrad Adenauer und blieb bis zu seinem Tod der einzige Duzfreund des Kanzlers, den er seit 1919 kannte und mit dem er seit den 1930er Jahren befreundet war, vgl. Gabriele Teichmann: „Pferdmenges, Robert“, in: Neue Deutsche Biographie 20 (2001), S. 331f.

210 BArch, B 150-ORG, Organigramm des BMVt, 01.10.1952. Kittel nennt Erwin Kautzor als Teilnehmer des BMVt im Lastenausgleichsausschuss des ZvD/BvD. Kautzor wurde 1951 anstelle des Ministerialrats Wilhelm von Aulock in das Gremium entsandt, hatte diesem aber offenbar bereits zuvor als Landesvorsitzender des BvD Süd-Württemberg angehört (vgl. Kittel, Stiefkinder, S. 149, der sich auf einen Sprechzettel für Minister Oberländer zur 100. Sitzung des Lastenausgleichsausschusses des BvD am 22.10.1958 bezieht (BArch, B 106/22863)).

211 Auswertung der Teilnehmer an den Sitzungen des Ausschusses für den Lastenausgleich auf der Basis der Protokolle (BT ParLA, 3107, 1. WP, Protokolle des Ausschusses für Lastenausgleich, Bd. 1 und 2). Vgl. dazu auch Schillinger, Entscheidungsprozess, S. 278, der konstatiert, dass Lukaschek – nicht zuletzt aufgrund der Kampagne Kathers gegen seine Person – kein Hauptakteur der Lastenausgleichsdiskussion mehr war. Vgl. dazu auch Kittel, Stiefkinder, S. 116–119.

212 Kittel wertet die Verabschiedung des LAG als „Teilerfolg“ für Kather, siehe Kittel, Stiefkinder,

men, indem er im außerparlamentarischen Raum über die Vertriebenenverbände, vor allem mit zwei organisierten Großdemonstrationen in Bonn nach der ersten Lesung des Gesetzes im Februar 1951 und dann erneut am 4. Mai 1952 vor der dritten Lesung, öffentlichen Druck erzeugte.²¹³ Mit der Verabschiedung des Feststellungsgesetzes am 13. Dezember 1951 sowie vor allem nach kontroverser, dreitägiger dritter Beratung der Verabschiedung des LAG am 16. Mai 1952 war die Diskussion um die Frage des Lastenausgleichs allerdings noch bei weitem nicht beendet.

Noch während der ersten Legislaturperiode beriet und verabschiedete der Bundestag drei Änderungsgesetze zum LAG; vor allem die dritte Novelle diente zur Beseitigung von Unstimmigkeiten bei der bisherigen Durchführung von Feststellungs- und Lastenausgleichsgesetz. Das dritte Änderungsgesetz zum LAG wurde u. a. durch die Vertriebenengruppe um Kather, von Golitschek und Nöll von der Nahmer initiiert²¹⁴ und kann als erster Baustein von finanziell wirksamen Reformen gewertet werden.²¹⁵ Die Weiterentwicklung des LAG wurde zum zentralen Schwerpunkt der Verhandlungen des entsprechenden Fachausschusses für Lastenausgleich im Bundestag.²¹⁶

Neben zahlreichen technischen Novellierungen, die in der Regel auf Vorlagen der Bundesregierung beruhten, etablierte sich in den Jahren bzw. Jahrzehnten nach der Verabschiedung des LAG 1952 der Lastenausgleichsausschuss der Vertriebenenverbände als Initiator einer fortlaufenden Veränderung der Lastenausgleichsgesetzgebung.²¹⁷ Dies gelang ihm, obwohl kein parlamentarischer Akteur versuchte, dieses Verbandsgremium über seine Netzwerke zu Abgeordneten, die Mitglieder des Lastenausgleichsausschusses der Verbände und/oder des entsprechenden Bundestagsausschusses waren, Einfluss auf den parlamentarischen Entscheidungsprozess der zahlreichen Novellierungen des LAG auszuüben. Auf diesem Weg gelang es, das Lastenausgleichsrecht punktuell im Sinne der Vertriebenen zu verändern.²¹⁸

Der Lastenausgleichsausschuss der Vertriebenenverbände war bereits 1948 ins Leben gerufen worden und operierte auch in den Zeiten des Verbandsdualismus als gemeinsames Gremium. Die zentrale Figur des Ausschusses war der Vorsitzende Hans Neuhoﬀ, ein Wirtschaftswissenschaftler, der bei Philipp Nöll von der Nahmer

S. 57. Zum gesamten Prozess des LAG im parlamentarischen Verfahren vgl. Fischer, Heimatpolitiker, S. 187–206.

213 Vgl. dazu Kather, Entmachtung der Vertriebenen, Bd. 1, S. 144–165 sowie S. 199–228.

214 Die Anträge, die zum 3. ÄndG LAG führten, waren: Abg. Kather, Wackerzapp, von Golitschek, Nöll von der Nahmer u. Gen. 06.05.1953 (BT-Drucks. I/4324), CDU/CSU 07.05.1953 (BT-Drucks. I/4325) sowie SPD 06.05.1953 (BT-Drucks. I/4335).

215 Siehe Kittel, Stiefkinder, S. 104.

216 Zu den Novellierungen des LAG bis 1974 vgl. Fischer, Heimat-Politiker, S. 228–250.

217 Vgl. BT Sten. Ber., WP 1, Bd. 11, 211. Sitz., S. 9275 sowie 213. Sitz., S. 9389: Im Rahmen der dritten Beratung des LAG hatten Kather und Golitschek im Namen der Vertriebenen-Abgeordneten der Regierungskoalition und als Mitglieder des Lastenausgleichsausschusses der Verbände bereits weitere Initiativen zur stetigen Veränderung der Lastenausgleichsgesetzgebung gefordert und angekündigt.

218 Vgl. Wambach, Verbändestaat, S. 77: Wambach spricht in diesem Zusammenhang von der „Novellenstrategie“ des BdV.

promoviert worden war, der den Ausschuss ursprünglich initiiert hatte.²¹⁹ Auch wenn im Sinne einer von Neuhoff beschworenen Salami-Taktik immer wieder Teilerfolge erzielt werden konnten, scheiterte eine umfassende Umgestaltung des Lastenausgleichs zugunsten der Vertriebenen der Analyse Kittels zufolge an der fehlenden Durchsetzungsfähigkeit gegen die etablierten Parteien – so scheiterten mehrere Versuche, den Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Lastenausgleich Johannes Kunze durch einen vertriebenenfreundlicheren Politiker zu ersetzen – sowie an dem anhaltenden Dualismus der Vertriebenenverbände, der größere Erfolge verhindert hätte.²²⁰ Dem ist sicherlich zuzustimmen, jedoch war aufgrund der Heterogenität der Vertriebenen eine größere Einigkeit vermutlich illusorisch, und in diesem Lichte erscheinen die Erfolge der Salami-Taktik des funktionalen Netzwerks aus BMVt, Vertriebenenverbänden und vertriebenen Bundestagsabgeordneten im Bundestagsausschuss für Lastenausgleich durchaus aner kennenswert und als graduelle Verbesserungen der Regelungen für die betroffenen Vertriebenen.

Der Lastenausgleichsausschuss der Vertriebenenverbände bezog in seine regelmäßigen Sitzungen – bis Oktober 1959 fanden offensichtlich 106 Sitzungen statt – die verschiedenen Landesverbände und Landsmannschaften der Vertriebenenverbände, aber auch andere einheimische Geschädigtenverbände wie den Zentralverband der Fliegergeschädigten (ZVF) mit ein. Regelmäßig waren auch Abgeordnete des Bundestages, Vertreter der Lastenausgleichsbank, des Bundesausgleichsamts und des BMVt vertreten. Das Ministerium wurde bis einschließlich der vierten Legislaturperiode in der Regel von Erwin Kautzor als dem zuständigen Fachreferenten vertreten.²²¹

Bei der Novellenstrategie des BdV-Lastenausgleichsausschusses kam es darauf an, in den Fraktionen entsprechende Bündnispartner zu finden, die über bedeutenden Einfluss verfügten und sich bereit erklärten, die vom Verband erarbeiteten Vorlagen als Fraktionsantrag in den Bundestag einzubringen. Besondere Aktivität in dieser Hinsicht entfalteten vor allem führende Verbandspolitiker und z. T. langjährige Mitglieder des Bundestagsausschusses für den Lastenausgleich wie Herbert Czaja, Hans Krüger, Otto Freiherr von Fircks²²² und Hans Schütz (alle CDU/CSU) sowie Wenzel

219 Vgl. Kittel, Stiefkinder, S. 144f.

220 Ebd., S. 148–160.

221 BT ParlA, 3107, 2.–4. WP, Protokolle des Ausschusses für Lastenausgleich. Die Protokolle des Lastenausgleichsausschusses der Vertriebenen finden sich vereinzelt in den Akten des BdV (z. B. die Protokolle der Jahre 1958 und 1959 in BArch, B 234/1113). Auf die enge Verbindung des Neuhoff-Ausschusses zu BMVt und Bundesausgleichsamt wie auch zu Abgeordneten des Bundestags, für die z. B. sog. Aussprache-Abende organisiert wurden, verweist Kittel, Stiefkinder, S. 149.

222 Fircks, Otto Freiherr von (1912–1989): geboren in Pedwahlen (Lettland), Abitur in Windau, 1933–1939 Studium der Landwirtschaft in Riga, 1936–1939 Vorsitzender der Studentenschaft in Riga, 1939 Umsiedlung in den Warthegau, bis 1941 Mitarbeit bei der Ansiedlung, 1941–1945 Kriegsteilnehmer, britische Kriegsgefangenschaft, 1946–1951 Arbeiter im Landkreis Wesermarsch und Göttingen, dann landwirtschaftlicher Verwalter, 1954–1969 Landesgeschäftsführer des Bundes der Vertriebenen in Niedersachsen, seit 1961 Mitglied des Präsidiums des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“, seit 1961 Mitglied der CDU, 1964–1968 stellvertretender Vorsitzender, 1969–1972 Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Burgdorf, Vorsitzender des Bezirks Lüneburg und stellvertretender Vorsitzender der OMV in Niedersachsen sowie des Evangelischen Arbeitskreises der

Jaksch und Reinhold Rehs (beide SPD) oder Wolfgang Rutschke²²³ von der FDP. Aber auch primär parteipolitisch aktive vertriebene Abgeordnete wie Ernst Kuntscher, Edmund Leukert, Josef Stingl,²²⁴ Waldemar Kraft und Hermann Ehren, alle CDU/CSU, sowie Georg Richard Kinat, Ernst Zühlke, Karl Riegel,²²⁵ Ernst Paul und Karl Hofmann,²²⁶ alle SPD, waren häufig Ansprechpartner für Vorschläge des Lastenausgleichsausschusses der Vertriebenenverbände und brachten diese als Mitglieder des Bundestagsausschusses für Lastenausgleich in den parlamentarischen Verhandlungsprozess ein. Angesichts der regelmäßigen Teilnahme des entsprechenden Fachreferenten aus dem BMVt – Ernst Kautzor und später dessen Nachfolger Panse – ist aber auch davon auszugehen, dass einzelne Inhalte aus den Diskussionen des BdV-Lastenausgleichsausschusses in die legislativ vorbereitende Arbeit des BMVt bzw. dessen Zuarbeit für das federführende BMF einfließen. Insgesamt entsprangen neun der insgesamt 22 Änderungsgesetze des LAG im Betrachtungszeitraum bis zum Ende der

CDU, 1963–1967 Mitglied des Niedersächsischen Landtages und Vorsitzender des Ausschusses für Angelegenheiten der Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigten; MdB 1969–1976.

- 223 Rutschke, Wolfgang (1919–1996): geboren in Heegermühle, Kr. Oberbarnim (Brandenburg), Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Berlin, Breslau und Heidelberg, seit 1939 Kriegsteilnehmer, 1943 schwerkriegsbeschädigt entlassen, Fortsetzen des Studiums und Bestehen des Referendarexamens, nach Assessorexamen Eintritt in die Verwaltung, seit 1945 Regierungsassessor, stellvertretender Landrat in Sinsheim, Weinheim und Mosbach, 1948 Promotion, seit 1950 Tätigkeit in der Lastenausgleichsverwaltung, 1970 Ministerialdirektor, 1971–1973 Staatssekretär der Abteilung Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte im Bundesinnenministerium, 1973 geschäftsführendes Mitglied der Lastenausgleichsbank, 1984 Vorsitzender des Vorstandes, seit 1951 Mitglied der FDP, Mitglied der Landsmannschaft Berlin-Brandenburg und des BdV; MdB 1957–1971.
- 224 Stingl, Josef (1919–2004): geboren in Maria-Kulm (Egerland), Staatsgymnasium in Eger, 1938 Abitur, vor 1938 in der katholischen Jugendbewegung, 1938 Eintritt in die Sudetendeutsche Partei, seit Oktober 1938 Wehrdienst, 1939–1945 Kriegsteilnehmer, vorübergehend britische Kriegsgefangenschaft, Dezember 1945 Vertreibung mit Familie aus der Tschechoslowakei, zunächst in Berlin Bauarbeiter, 1949–1952 Angestellter, 1949–1951 Studium an der Deutschen Hochschule für Politik, 1951 Diplom, dann wissenschaftlicher Assistent, seit 1952 Angestellter der Industrie- und Handelskammer Berlin, 1955–1971 Lehrbeauftragter für politische Wissenschaften am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin, 1968–1984 Präsident der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, 1983–1990 Honorarprofessor in Bamberg, Mitglied der Sudetendeutschen Ackermannsgemeinde und der Sudetendeutschen Landsmannschaft, seit 1945 CDU, 1951 stellvertretender Kreisvorsitzender, seit 1956 stellvertretender Landesvorsitzender, 1964–1969 Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Oder-Neiße, seit 1974 CSU; MdB 1953–1968.
- 225 Riegel, Karl (1915–2001): geboren in Trautenau, 1929–1932 Lehre und Besuch der Gewerbeschule, seit 1937 Wehrdienst, 1939–1945 Kriegsteilnehmer, seit August 1946 Angestellter beim Arbeitsamt Göppingen, seit 1957 Mitglied der SPD, Gründungsmitglied der Seliger-Gemeinde, 1947 Mitglied des Kreistages Göppingen, 1953 auch des Kreisrates und Fraktionsvorsitzender, 1950–1952 Mitglied des Württembergisch-Badischen Landtages, anschließend Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung und 1952–1961 Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg; MdB 1961–1969.
- 226 Hofmann, Karl (1926–2012): geboren in Pilnikau, Kr. Trautenau, 1944–1945 Arbeits- und Wehrdienst, Kriegsgefangenschaft bis Januar 1946, 1946 Lehrerbildungsanstalt, zehn Jahre Volksschullehrer im Kreis Kronach in Oberfranken, ein Jahr Ausbildung für das Lehramt für Mittelschulen in München, fünf Jahre Realschullehrer, seit Juni 1961 Mitglied der SPD, Mitglied des Stadtrates und des Kreisrates in Kronach; MdB 1965–1983.

fünften Wahlperiode Anträgen aus den Fraktionen des Bundestages, sieben aus Anträgen der Bundesregierung, während in sechs Änderungsgesetzen Anträge sowohl der Bundesregierung als auch der Fraktionen einfließen.²²⁷ Dies kann durchaus als Erfolg gewertet werden, Kittel sieht jedoch demgegenüber ein durchaus ambivalentes Bild; erhebliche Erfolge angesichts der Erweiterung des 1952 vorgesehenen Finanzvolumens stehen den sprunghaft gestiegenen volkswirtschaftlichen Möglichkeiten der Bundesrepublik gegenüber, die noch deutlich mehr ermöglichen hätten können.²²⁸

Die geschilderten Novellierungen des LAG zeigen, dass das BMVt seit 1949 in der Frage des Lastenausgleichs konsequent und durchaus im Sinne einer machtpolitischen Strategie auch außerparlamentarische Netzwerke, vor allem jene der Vertriebenenverbände, nutzte, um seine sachpolitischen Interessen gegen konkurrierende Ressorts, in erster Linie das federführende BMF durchzusetzen – und dabei ganz dem Rollenverständnis einer politischen Gesamtvertretung der Vertriebenen folgte. Die Vertriebenen-Abgeordneten im Ausschuss für Lastenausgleich dienten hierfür häufig als Kommunikationskanal oder als Unterstützungsbasis. Ein Beispiel für die wohl gängige Praxis der Abstimmung liefert das Protokoll einer Besprechung am 7. Mai 1956 im BMVt, an der neben Minister Oberländer und Staatssekretär Nahn die Abgeordneten Kunze, Schütz, Kuntscher und Czaja teilnahmen. In der Besprechung wurden Einzelheiten des in dieser Zeit in der Verhandlung befindlichen 8. Änderungsgesetzes des LAG vorbesprochen und abgestimmt. Dabei herrschte vor allem Einigkeit darüber, dem Gesetz entgegen der Zielsetzung des BMF nicht den Charakter eines Schlussgesetzes zu geben – was schließlich auch von Erfolg gekrönt war.²²⁹

Diese enge Zusammenarbeit von BMVt, einzelnen Abgeordneten im Lastenausgleichsausschuss des Bundestages und im von den Vertriebenenverbänden organisierten Lastenausgleichsausschuss trug sicher auch dazu bei, dass durch Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 30. Oktober 1957 mit Beginn der dritten Legislaturperiode dem BMVt die Dienstaufsicht über das Bundesausgleichsamt zugesprochen wurde. Fortan teilte sich das BMVt die Zuständigkeit für die Ausgleichsleistungen des LAG mit dem BMF – was einen großen Erfolg und eine Erweiterung des Zuständigkeitsbereichs des BMVt bedeutete.²³⁰

Den ersten Charakter eines Schlussgesetzes bildete aus Sicht der Vertriebenen die am 15. Juli 1968 verabschiedete 20. Novellierung des LAG,²³¹ enthielt sie doch zum letzten Mal Leistungsverbesserungen größeren Umfangs. Zwar folgten danach noch

227 Eine Übersichtstabelle der Änderungsgesetze des LAG nach Legislaturperioden findet sich in Fischer, Heimat-Politiker, S. 416–418.

228 Vgl. Kittel, Stiefkinder, S. 158.

229 Das Protokoll findet sich in BArch, B 150/3872, Bd. 1. Zu der Verhandlung des 8. ÄndG vgl. auch Fischer, Heimat-Politiker, S. 231–234.

230 Vgl. dazu Beer, Symbolische Politik, S. 316.

231 Zu diesem Schluss kommt Neuhoﬀ, Lastenausgleich, S. 143. In der Begründung der Regierungsvorlage kündigte Bundesvertriebenenminister von Hassel an, die Bundesregierung wolle die Abschlussgesetzgebung zum Lastenausgleich bis zum Jahr 1972/73 zu Ende bringen, um eine weitere Störung der Arbeit der Ausgleichsverwaltung durch allzu häufige Novellierungen des LAG künftig zu vermeiden. Vgl. BT Sten. Ber., WP 5, Bd. 65, 133. Sitz., S. 6768f.

weitere Novellierungen, diese hatten jedoch vor allem technische Anpassungen zum Inhalt. Als Gegenstand der politischen Auseinandersetzung verlor das Thema seit Ende der 1960er Jahre an Bedeutung – zumal zu Beginn der sechsten Legislaturperiode mit dem BMVt einer der Hauptakteure ausschied und es auch keinen entsprechenden Fachausschuss als parlamentarisches Forum mehr gab.

2.3. Interessenskongruenz oder -konkurrenz? Der Ausschuss für gesamtdeutsche und Berliner Fragen 1949–1969

Der Ausschuss für gesamtdeutsche Fragen, seit der zweiten bis zum Ende der fünften Wahlperiode Ausschuss für gesamtdeutsche und Berliner Fragen, war der dem Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG)²³² zugeordnete Fachausschuss. Der Ausschuss wies, ähnlich wie die Ausschüsse für Heimatvertriebene sowie für Lastenausgleich, einen überproportional hohen Anteil an Abgeordneten unter seinen ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern auf, die selbst Vertriebene oder vor allem Flüchtlinge aus der SBZ/DDR waren. Der Vorsitz des Ausschusses lag beinahe über den gesamten Betrachtungszeitraum beim SPD-Abgeordneten Herbert Wehner,²³³ der mit Bildung der Großen Koalition 1966 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen wurde. Sein Nachfolger im Ausschussvorsitz wurde der SPD-Abgeordnete Egon Franke,²³⁴ der mit Beginn der sechsten Wahlperiode dann selbst Minister für innerdeutsche Beziehungen wurde. Den stellvertretenden Ausschussvorsitz hatte für die CDU/CSU in den ersten beiden Wahlperioden der vertriebene Abgeordnete Walter Brookmann²³⁵ inne. Ihm folgte in der dritten und vierten Wahlperiode Johann Baptist Gradl,²³⁶ zunächst 1965 Bundesvertriebenenminister und 1966 kurz vor Ende der Re-

232 Neben der bereits erwähnten Studie von Kreuzberger vgl. Alfred Adam: Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Bonn 1971; Erich Kosthorst: Jakob Kaiser. Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen 1949–1957. Stuttgart u. a. 1972; Gisela Rüß: Anatomie einer politischen Verwaltung. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen – Innerdeutsche Beziehungen 1949–1970. München 1973.

233 Herbert Richard Wehner (1906–1990) stammte aus Dresden und betätigte sich politisch von 1927 bis 1942 in der KPD, ab 1946 in der SPD, für die er von 1949 bis 1983 Mitglied des Deutschen Bundestages war. Wehner war von 1966 bis 1969 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, anschließend bis 1983 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

234 Egon Franke (1913–1995) wurde in Hannover geboren und war gelernter Tischler. Er gehörte für die SPD von 1950 bis 1987 dem Bundestag an, vom 22.10.1969 bis zum 04.10.1982 war er Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen und vom 17.09. bis zum 01.10.1982 Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland.

235 Brookmann, Walter (1901–1957): geboren in Rostock, Abitur in Stettin, kaufmännische Lehre im Kohlen- und Baumaterial-Großhandel, Studium der Volkswirtschaft in Berlin und Greifswald, seit 1920 politisch tätig, 1923 Zweiter Vorsitzender des Reichsjugendausschusses, Mitglied des Zentralvorstandes der DVP, 1927–1931 Generalsekretär der DVP, 1932 Inhaber einer Buchhandlung in Stettin, 1939–1945 Kriegsteilnehmer und Kriegsgefangenschaft bis Juni 1946, Eintritt in die CDU, 1946 Generalsekretär der CDU in Schleswig-Holstein; MdB 1949–1957.

236 Gradls Priorität lag eindeutig auf dem BMG, das BMVt scheint für ihn nicht sonderlich attraktiv gewesen zu sein. Gradl kommentierte seine kurze Ministerzeit im BMG, man habe ihm „wie Mose das geheiligte Land“ zwar gezeigt, er habe es aber nicht betreten dürfen. Vgl. Rüß, Anatomie, S. 42 sowie S. 58. Dazu passt auch, dass die Vertriebenenverbände Gradls Ernennung zum Bundes-

gierung Erhard für wenige Wochen Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, und schließlich in der fünften Wahlperiode Felix von Eckardt.²³⁷

Die Schwerpunkte der Arbeit des Ausschusses waren nicht klar definiert und wiesen daher zahlreiche Schnittmengen und -stellen mit anderen Ausschüssen auf. Andreas Biefang sieht daher Parallelen zwischen dem Ausschuss und dem BMG, das er aufgrund seiner unklaren politischen Kompetenzen und seiner spezifischen Verwaltungsstruktur als ein ziemlich undefinierbares Ministerium bezeichnet.²³⁸ Stefan Creuzberger wiederum sieht den Ausschuss für gesamtdeutsche Fragen als institutionelles Netzwerk des BMG. Er habe nach einer Art Findungsphase in den ersten Jahren der Bundesrepublik als wichtiges Instrument in der Auseinandersetzung der Bundesrepublik mit den kommunistischen Staaten Osteuropas, vor allem der DDR gedient, von dem gerade in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre wichtige Impulse für die spätere „Neue Ostpolitik“ ausgegangen seien.²³⁹ Neben den mit Ausnahme der konstituierenden Sitzungen in allen Sitzungen des Ausschusses anwesenden Vertretern aus den verschiedenen Abteilungen des BMG war auch das Auswärtige Amt regelmäßig bei der Verhandlung von Fragen der deutschen Teilung bzw. der Deutschlandpolitik vertreten. Da die Befassung mit der Frage der Flüchtlinge aus der SBZ/DDR auch in den Zuständigkeitsbereich des BMVt fiel, waren in zahlreichen Sitzungen des Ausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen auch regelmäßig Vertreter der Fachabteilungen des BMVt anwesend.²⁴⁰ Dies blieb jedoch im Wesentlichen auf die Arbeitsebene beschränkt. Die Teilnahme der jeweiligen Minister blieb die Ausnahme.²⁴¹

vertriebenenminister vehement ablehnten. Czaja etwa bezeichnet Gradl rückblickend als „Vertriebenenbeschwichtigungspatron“, der dem Recht auf Heimat reserviert gegenübergestanden habe. Vgl. Herbert Czaja: *Unterwegs zum kleinsten Deutschland? Mangel an Solidarität mit den Vertriebenen. Marginalien zu 50 Jahren Ostpolitik.* Frankfurt a. M. 1996, S. 285.

237 Eckardt, Felix von (1903–1979): geboren in Berlin, Realgymnasium in Freiburg, 1916–1919 Kadett in Karlsruhe und Lichterfelde (Berlin), 1921–1926 journalistische Ausbildung beim „Hamburger Fremdenblatt“, seit 1927 bei den „Münchener Neuesten Nachrichten“, 1929 politischer Redakteur in Berlin, bis 1933 Presseattaché der deutschen Gesandtschaft in Brüssel, 1933–1945 Filmautor, seit 1937 Gutsbesitzer in Mecklenburg, 1945 Flucht nach Bremen, 1945–1951 Herausgeber und Chefredakteur des „Weser-Kuriers“, 1952–1955 und 1956–1962 Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1955–1956 ständiger deutscher Beobachter bei den Vereinten Nationen in New York, 1962–1965 Bevollmächtigter der Bundesrepublik in Berlin; MdB 1965–1972.

238 Vgl. dazu Der Gesamtdeutsche Ausschuss. Sitzungsprotokolle des Ausschusses für Gesamtdeutsche Fragen des Deutschen Bundestages 1949–1953. Bearb. v. Andreas Biefang. Düsseldorf 1998, S. XV; sowie Hans-Peter Schwarz: *Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957.* Stuttgart/Wiesbaden 1981, S. 35.

239 Vgl. Creuzberger, Kampf für die Einheit, S. 135f. sowie S. 529–540.

240 Vgl. Der Gesamtdeutsche Ausschuss, S. XXXII, der für die erste Legislaturperiode 36 Sitzungen mit einer Teilnahme von Vertretern des BMVt erfasst.

241 Vgl. ebenfalls Der Gesamtdeutsche Ausschuss, S. XXXII, der auf eine Sitzungsteilnahme von Minister Lukaschek in der ersten Legislaturperiode, jedoch ohne Wortbeitrag, hinweist. Dies änderte sich auch in den folgenden Wahlperioden kaum, Lukascheks Amtsnachfolger nahmen sehr selten an den Sitzungen des gesamtdeutschen Ausschusses teil – dies ist auch für die Minister Mischnick, Lemmer und Gradl zu konstatieren, gleichwohl diese selbst Flüchtlinge aus der SBZ/DDR

Die Rolle des BMVt im gesamtdeutschen Ausschuss war eine eher beobachtende. Aktive Beteiligung gab es lediglich in Form von Berichterstattung zu Themen, bei denen das BMVt die Federführung hatte, etwa beim Notaufnahmeverfahren für Flüchtlinge aus der SBZ/DDR.²⁴² Nach Verabschiedung des BVFG, in dem der Begriff des Sowjetzonenflüchtlings definiert und die Flüchtlinge erstmals gleichberechtigt neben den Vertriebenen in ein Gesetz einbezogen wurden, entwickelte sich die Frage der Einbeziehung der Sowjetzonenfluchtlinge in den Lastenausgleich zu einem längeren parlamentarischen Prozess, in dem der SPD-geführte Ausschuss für gesamtdeutsche Fragen sich zunehmend zum Gegenpol des Ausschusses für Heimatvertriebene und dem BMVt entwickelte: Der Vorsitz dieses Ausschusses lag bei der SPD, die in der Frage der Flüchtlinge aus der SBZ/DDR eine konträre Position zur Bundesregierung einnahm, und besaß mit Herbert Wehner einen Vorsitzenden, der innerhalb der Partei eine starke Position hatte. Die SPD trat, vor allem artikuliert durch die Abgeordnete Lisa Korpeter, welche selbst aus der SBZ/DDR geflüchtet war, wie auch die Arbeitsgemeinschaft der Vertriebenen aus der sowjetischen Besatzungszone und Berlin, eine Vorläuferorganisation des späteren Gesamtverbandes der Sowjetzonenfluchtlinge, im Rahmen der Debatte um das BVFG für eine Erweiterung des Begriffs des Sowjetzonenflüchtlings ein. Neben einer Lebens- und Freiheitsbedrohung sollten auch „sonstige zwingende Gründe“ als Anerkennungskriterium zugelassen werden. Wie beim Notaufnahmegesetz konnte sich die SPD auch bei der Verhandlung des BVFG mit dieser Position nicht durchsetzen.²⁴³ Korpeters Antrag, die Formulierung „aus zwingenden Gründen“ in den Gesetzestext des BVFG aufzunehmen und den Personenkreis dadurch in besonderen Fällen zu erweitern bzw. die Zuwanderer aus der SBZ/DDR den Flüchtlingen gleichzustellen, war im Unterausschuss am 15. Februar 1952 zunächst zurückgestellt, im Hauptausschuss dann am 22. Juli 1952 abgelehnt worden. Die Arbeitsgemeinschaft der Vertriebenen aus der sowjetischen Besatzungszone und Berlin hatte mehrere Eingaben an den federführenden Ausschuss für Heimatvertriebene gemacht – z. B. ein Schreiben vom 20. November 1951 an alle Bundestagsfraktionen, die mit der BVFG-Vorlage befassten Bundestagsausschüsse sowie die Bundesregierung.²⁴⁴ Zudem war der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Radmann am 13. Februar 1952 zu der Thematik vom Ausschuss für Heimatvertriebene als Sachverständiger gehört worden.²⁴⁵ Offenbar folgte die Mehrheit der vertriebenen Abgeordneten in den Re-

waren (eigene Auswertung auf der Basis BT ParLA 3105, A2–A5, Protokolle des Ausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen, 2.–5. Wahlperiode).

242 So berichtete z. B. Ministerialrat Senteck, der Vertreter des BMVt in Berlin, in der Ausschusssitzung am 04.09.1951 über das Notaufnahmeverfahren in den Lagern Uelzen und Gießen und wies auf die Notwendigkeit von 180 Planstellen hin, von denen bereits 134 bewilligt seien (vgl. Der Gesamtdeutsche Ausschuss, S. 209–211). Zu Beginn der zweiten Legislaturperiode berichtet Staatssekretär Nahm für das BMVt am 04.12.1953 zum gegenwärtigen Stand der Flüchtlingsbewegungen aus der SBZ/DDR (BT ParLA, 3105, A2, Protokoll der 2. Sitzung des Ausschusses für gesamtdeutsche Fragen, 04.12.1953).

243 Vgl. dazu BT ParLA, DOK I 422, A 3, Nr. 61 bzw. 123.

244 BT ParLA, DOK I 422, A 2, Anlage zu Nr. 50.

245 BT ParLA, DOK I 422, A 2, Nr. 54. Zu der Problematik der Sowjetzonenfluchtlinge und Nichtrückkehrer bei den Verhandlungen des BVFG vgl. Heidemeyer: Flucht und Zuwanderung, S. 203–232,

gierungsfractionen unter der Führung Kathers im Ausschuss dieser Initiative zur Erweiterung des Flüchtlingsbegriffs nicht; ein Grund hierfür lag sicherlich im Zusammenhang der Begriffsfestlegung mit den darauf beruhenden Regelungen des Lastenausgleichs.

Trotz aller Kritik im Detail stellte das 1952 verabschiedete LAG ein Symbol für die gelungene Integration der Vertriebenen dar. Entgegen den Wünschen der Betroffenen waren die Flüchtlinge aus der SBZ/DDR im BVFG und LAG nicht explizit berücksichtigt worden. Lediglich anerkannte Sowjetzonenflüchtlinge nach § 3 BVFG konnten Leistungen aus dem Härtefonds des LAG beziehen. Eine erste Initiative in Form eines Beweissicherungsgesetzes kam aus den Reihen des Gesamtverbandes der Sowjetzonenflüchtlinge (GSF) und seinen führenden Vertretern im Bundestag – Ernst Eichelbaum (CDU), Wolfgang Mischnick (FDP) und Lisa Kerspeter (SPD). Da der GSF-Vorsitzende Eichelbaum in der eigenen Fraktion bzw. in der Bundesregierung – auch dem BMVt – keine Unterstützung für seinen Entwurf erwarten konnte, nahm er über seinen Verbandskollegen Mischnick Kontakt zur FDP-Fraktion auf, die den Entwurf als eigenen Antrag²⁴⁶ mit geringfügigen Veränderungen in den Bundestag einbrachte. Die Vorlage wurde federführend im Rechtsausschuss und mitberatend im Ausschuss für gesamtdeutsche und Berliner Fragen behandelt. Weder der Ausschuss für Heimatvertriebene noch der Ausschuss für Lastenausgleich wurde in die Beratungen einbezogen. Während der Ausschussberatungen wurde der Entwurf erheblich verändert und fand seinen Weg in den Bundestag, der das Gesetz am 4. Mai 1961 verabschiedete.²⁴⁷ Sein Inkrafttreten scheiterte aber letztlich am Widerstand des Bundesrates. Dessen Einspruch hätte zwar mit der absoluten Mehrheit des Bundestages aufgehoben werden können, bei der Abstimmung im Plenum am 28. Juni 1961 wurde aber die erforderliche Zahl von 249 Stimmen aufgrund der hohen Abwesenheitsquote nicht erreicht, obwohl eine deutliche Mehrheit der Abgeordneten für den Entwurf stimmte.²⁴⁸ Ein Gesetzesbeschluss kam demnach nicht zustande, sodass die Oppositionsparteien SPD und FDP mit ihrem Vorhaben gescheitert waren, weshalb sie das Gesetz in der gegenwärtigen Form ablehnten.²⁴⁹ Die Regierungsfraction von CDU/CSU befürwortete offensichtlich das Gesetz in dieser Form, konnte aber keine ausreichende Mehrheit zum Erreichen des Quorums mobilisieren. Dies lag z. T. auch daran, dass die

speziell zu den Beratungen im Bundestag S. 209–214. Zur Aushöhlung des Notaufnahmegesetzes durch das BVFG sowie zum Verhältnis beider Verfahren vgl. Helge Heidemeyer: Das Notaufnahmeverfahren für die Zuwanderer aus der SBZ/DDR 1945/49–1961, in: Jochen Oltmer (Hrsg.): Migration steuern und verwalten. Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Göttingen 2003, S. 323–341, hier S. 338f.

246 BT-Drucks. III/435: Entwurf eines Gesetzes über die Beweissicherung des Besitzstandes in der sowjetischen Besatzungszone und in dem sowjetischen Sektor von Berlin (Wirtschaftliches Beweissicherungsgesetz).

247 Vgl. BT Sten. Ber., WP 3, Bd. 49, 158. Sitz., S. 9165–9174.

248 Vgl. ebd., 164. Sitz., S. 9459: Das Protokoll vermerkt nach der Bekanntgabe des Ergebnisses „Unruhe“.

249 Vgl. dazu die ablehnenden Stellungnahmen der Abgeordneten Mischnick und Kerspeter im Namen ihrer Fraktionen, die eine Novellierung bzw. Neuverhandlung der Frage in der vierten Legislaturperiode forderten (BT Sten. Ber., WP 3, Bd. 49, 158. Sitz., S. 9173f.).

Betroffenen selbst das Gesetz in der Ausschussfassung ablehnten. Eichelbaum hatte angesichts des Wegfallens seiner in der zweiten Lesung durchgesetzten Änderungen durch den Bundesratseinspruch, den auch der Vermittlungsausschuss nicht wieder rückgängig gemacht hatte, im Fraktionsvorstand der CDU/CSU erklärt, die Flüchtlinge legten auf das Gesetz in dieser Form keinen Wert mehr.²⁵⁰

1961 änderten sich die Parameter in dieser politischen Frage grundlegend: Der Bau der Berliner Mauer im August 1961 definierte die Rahmenbedingungen der Flüchtlingspolitik neu, das Argument der drohenden Sogwirkung eines solchen Gesetzes war faktisch entkräftet. Zudem wurde im Zuge der Regierungsbildung 1961 mit Wolfgang Mischnick zum ersten Mal ein Flüchtling Minister im BMVt. Auf die Besetzung des BMVt mit einem Flüchtling als Minister reagierte der BdV mit Skepsis. In einem Schreiben an Bundeskanzler Adenauer vom 26. Oktober 1961 wies BdV-Präsident Krüger darauf hin, sein Verband lege größten Wert darauf, dass das BMVt „mit einem Heimatvertriebenen besetzt wird, der das Vertrauen breiter Kreise der Vertriebenen genießt.“ Für den Fall einer weiteren „Besetzung dieses Ministeriums mit einer sachfremden Persönlichkeit“ kündigte Krüger die „entschiedene Opposition“ des BdV an.²⁵¹

Was Mischnick als Abgeordneter nach Scheitern des ersten Anlaufs gefordert hatte, setzte er als Minister im BMVt um und ließ den Entwurf eines Beweissicherungs- und Feststellungsgesetzes (BFG) erarbeiten. In einem Schreiben an das Bundeskanzleramt vom 17. Dezember 1962 beanspruchte Mischnick zudem statt des bisher federführenden Bundesjustizministeriums die gemeinsame Federführung seines Hauses mit dem BMF und verwies auf die Notwendigkeit des Gesetzes, um der „Enttäuschung“ der betroffenen Gruppen nach dem Scheitern des Vorhabens in der vergangenen Legislaturperiode entgegenzuwirken.²⁵² Am 25. März 1965 wurde das BFG als gesetzliche Voraussetzung für eine Schadensfeststellung und spätere Entschädigung der nach dem BVFG anerkannten Flüchtlinge durch den Bundestag schließlich verabschiedet.²⁵³

Bereits einige Wochen zuvor hatte der Bundestag am 27. Januar 1965 einem ebenfalls durch das BMVt initiierten Gesetz über Hilfsmaßnahmen für Deutsche aus der sowjetischen Besatzungszone und dem Sowjetsektor von Berlin (Flüchtlingshilfegesetz) zugestimmt,²⁵⁴ welches die Gewährung von sozialen Hilfsleistungen an nicht

250 Vgl. ACDP, NL Ernst Theodor Eichelbaum 002/4, S. 76f. Das Protokoll der fraglichen Sitzung ist im Wortlaut nicht überliefert. Dass die CDU/CSU-Fraktion das Gesetz in der Abstimmung im Plenum nicht mehrheitlich ablehnte, liegt wohl daran, dass man das Beweissicherungsgesetz prinzipiell aufgrund seiner symbolischen Bedeutung befürwortete, ohne – wie in dieser abge-speckten Form gewährleistet – irgendwelche finanziellen Auswirkungen zu riskieren.

251 Vgl. BArch, B 234/1409.

252 Vgl. dazu BArch, B 150/3856, Bd. 1 sowie B 150/3859.

253 Vgl. BT-Drucks. IV/1994 sowie BT Sten. Ber., WP 4, Bd. 58, 175. Sitz., S. 8800–8807, zum gesamten Vorgang und Verfahren des BFG siehe auch BT ParlA, DOK IV 311, Bd. A (Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz).

254 Vgl. BArch, B 150/3859.

anerkannte Flüchtlinge und Zuwanderer aus der SBZ/DDR vorsah.²⁵⁵ Damit hatten sich die Regierungsparteien CDU/CSU und FDP für die Beibehaltung der strengen, deutschlandpolitisch motivierten Unterscheidung zwischen anerkannten und nicht anerkannten Flüchtlingen entschieden. Ein alternativer Entwurf der SPD, welcher eine solche Kategorisierung aufheben und den gesamten Bereich der Flüchtlingsgesetzgebung in einem umfassenden Flüchtlingsgesetz zusammenfassen wollte, scheiterte bei den Beratungen in den zuständigen Bundestagsausschüssen.²⁵⁶

Alle drei genannten Vorlagen – BFG und Flüchtlingshilfegesetz der Bundesregierung sowie das Flüchtlingsgesetz der SPD – waren in der Phase der Ausschussbehandlung federführend an den Ausschuss für den Lastenausgleich überwiesen worden, sehr zum Befremden des Vorsitzenden des Ausschusses für Heimatvertriebene Rehs, der im Plenum darüber Verwunderung geäußert hatte und dafür von seinem eigenen Fraktionsvorsitzenden Wehner per Zwischenruf abgekanzelt worden war. Rehs, selbst seit Beginn der Legislaturperiode 1961 Vorsitzender des Ausschusses für Heimatvertriebene, bezeichnete am Ende der ersten Beratung des Flüchtlingshilfegesetzes am 19. Juni 1963 den Grund für die federführende Überweisung an den Ausschuss für Lastenausgleich als „unerfindlich“ und in „den verschlungen scheinenden Gedankenpfaden der Regierungsmehrheit“ begründet. Wehner unterbrach seinen Fraktionskollegen Rehs mit dem Zwischenruf: „Es kommt immer auf den Vorsitzenden an! Hören Sie mal, wenn Sie das noch nicht begriffen haben! Sie sind jung als Vorsitzender! Es kommt auf den Vorsitzenden des Ausschusses an, an den die Mehrheit eine Vorlage überweisen lässt!“²⁵⁷ Wehner selbst hatte noch Wochen zuvor bei der ersten Sitzung zur Behandlung des SPD-Entwurfs zum Flüchtlingsgesetz im gesamtdeutschen Ausschuss, dessen Vorsitzender er war, am 20. März 1963 die Federführung des Ausschusses für den Lastenausgleich in Frage gestellt. Daraufhin hatte Gradl die Entscheidung der Regierungsmehrheit damit verteidigt, dass 60 Prozent der materiellen Fragen des Entwurfs in den Bereich des Lastenausgleichs fielen.²⁵⁸

Der Vorgang ist auch für das Machtgefüge der betrachteten Ausschüsse bemerkenswert: Die Zuständigkeit in der entscheidenden Phase lag beim Ausschuss für Lastenausgleich, nicht beim Ausschuss für Heimatvertriebene oder beim Ausschuss für gesamtdeutsche Fragen. Hintergrund dieser Entscheidung war neben der führenden Rolle des BMF beim LAG z. T. wohl, dass – angesichts der von der SPD verfolgten grundsätzlichen Strategie in der Flüchtlingspolitik – nur der Ausschuss für Lastenausgleich mit Ernst Kuntscher einen Vorsitzenden aus der CDU hatte, während die anderen beiden Ausschüsse mit Herbert Wehner und Reinhold Rehs Vorsitzende aus den Reihen der SPD stellten. Dahinter stand sicherlich zum einen ein parteipolitisches Kalkül, zum anderen aber auch der Versuch, die auf den Lastenausgleich zugreifenden Anspruchsgruppen im Rahmen zu halten. Denn dies war – trotz allen Einsatzes der SPD für die Belange der Flüchtlinge aus der SBZ/DDR – Konsens zwischen allen

255 Vgl. BT-Drucks. IV/1288 sowie BT Sten. Ber., WP 4, Bd. 57, 159. Sitz., S. 7855–7864.

256 Vgl. BT-Drucks. IV/694 sowie BT ParLA, DOK IV 311, A, Nr. 17.

257 Vgl. BT Sten. Ber., WP 4, Bd. 53, 78. Sitz., S. 3817.

258 Vgl. BT ParLA, Ausschuss für gesamtdeutsche und Berliner Fragen, WP 4, 16. Sitz., 20.03.1963.

Parteien: Die Finanzierung der Gleichstellungsmaßnahmen zugunsten der Flüchtlinge sollte nicht zu Lasten der Ansprüche der Vertriebenen aus dem Lastenausgleich erfolgen, sondern über einen neuen zusätzlichen Sonderfond von Bund und Ländern laufen.²⁵⁹

Die politische Entscheidung bezüglich dieser grundlegenden Weichenstellung zur Flüchtlingspolitik fiel bereits im Dezember 1963 im eigentlich nur mitberatenden Ausschuss für gesamtdeutsche und Berliner Fragen. Dort hatte man in drei Sitzungen am 20. März, 22. Mai und 12. Juni 1963 zunächst die Flüchtlingsgesetzvorlage der SPD verhandelt und war im November 1963 in die gemeinsame Behandlung von Flüchtlingsgesetzvorlage der SPD und Flüchtlingshilfegesetzvorlage der Bundesregierung eingestiegen. Der BFG-Entwurf der Bundesregierung befand sich zu diesem Zeitpunkt noch zur Beratung im Bundesrat und war dem Bundestag noch nicht offiziell vorgelegt worden. Dennoch fiel am 12. Dezember 1963 im gesamtdeutschen Ausschuss eine Vorentscheidung für die Behandlung aller drei Entwürfe.²⁶⁰ Auf Grundlage einer von den drei GSF-Mitgliedern Eichelbaum, Kospeter und Mischnick – mittlerweile wieder Abgeordneter, da er mit dem Regierungswechsel von Adenauer zu Erhard im Oktober 1963 sein Ministeramt zunächst für einige Monate an Krüger, dann an Lemmer hatte abgeben müssen – erarbeiteten Vorlage fasste der Ausschuss einen Beschluss,²⁶¹ dem sich in gemeinsamer Beratung am 18. März 1964 auch die Ausschüsse für Lastenausgleich sowie für Heimatvertriebene anschlossen.²⁶² Dieser Beschluss, den der GSF-Vorsitzende Eichelbaum – der Berichterstatter beider Vorlagen – als „entscheidenden parlamentarischen Durchbruch“ bezeichnete,²⁶³ sah vor, das Notaufnahmeverfahren sowie die Aufteilung in anerkannte und nicht anerkannte Flüchtlinge beizubehalten, für das Flüchtlingshilfegesetz eine bestimmte Einkommensgrenze festzusetzen, eine Beweissicherung und Feststellung durchzuführen und nach erfolgter Schadensfeststellung den Flüchtlingen auch Leistungen zu gewähren.²⁶⁴

Die Bundesregierung und damit maßgeblich auch das BMVt hatte sich mit ihrer Konzeption der Flüchtlingspolitik, das heißt gesondertes BFG sowie ein Flüchtlingshilfegesetz für die soziale Gleichstellung der nicht anerkannten Flüchtlinge, gegen den sozialdemokratischen Entwurf eines umfassenden Flüchtlingsgesetzes durchgesetzt. Lemmer bewertete rückblickend das BMVt als „Sozialministerium, in dem Menschen zu betreuen waren, die der praktischen Hilfe bedurften.“ Unter Betonung der guten und besonders harmonischen Zusammenarbeit mit Staatssekretär Nahm nennt er später als Leistungen seiner Amtszeit „nicht ohne Befriedigung“ einige

259 Vgl. Kittel, Stiefkinder, S. 186f. Kittel schreibt den Flüchtlingen aus der SBZ/DDR und ihren, wenn auch zahlenmäßig eher kleinen Organisationen, durchaus eine gewisse Durchschlagskraft zu.

260 BT ParlA, Ausschuss für gesamtdeutsche und Berliner Fragen, Sitzungsprotokolle WP 4, 26. Sitz.

261 BT ParlA, DOK IV 334, A, Nr. 20: Beschluss des Ausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen an den federführenden Ausschuss für den Lastenausgleich vom 13.12.1963.

262 Vgl. BT ParlA, DOK IV 334, A, Nr. 27.

263 Vgl. ACDP, NL Eichelbaum 002/4, S. 87: Eichelbaum berichtet, mit sieben von ihm aufgestellten Thesen, die der Ausschuss wörtlich übernommen habe, die grundsätzliche Behandlung aller Vorlagen entscheidend vorbestimmt zu haben.

264 Vgl. BT ParlA, 3105, WP 4, 26. Sitz.

LAG-Novellen, als besonders bedeutend hob er aber mit BFG und Flüchtlingshilfegesetz die spezielle Gesetzgebung für seine „mitteldeutschen Landsleute“, zu denen er sich „als Berliner“ zählte, hervor.²⁶⁵ Die Entschädigung der Flüchtlinge wurde dann erst später im 21. und 23. Änderungsgesetz des LAG geregelt.²⁶⁶

Der geschilderte Prozess um die grundlegende Ausrichtung der Flüchtlingspolitik, vor allem der Einbeziehung der Flüchtlinge in den Lastenausgleich, zeigt, dass auch in diesem Fall Interessenvertreter, wie im Lastenausgleich insgesamt, entscheidende Akteure waren. Der GSF war in den Fraktionen von CDU, SPD und FDP gut verankert. Erfolgreich war die Initiative jedoch erst, als mit Wolfgang Mischnick ein Vertreter des GSF an die Spitze des BMVt berufen wurde – wenn auch die Verabschiedung der entsprechenden Gesetzeswerke schon in die Amtszeit von Mischnicks Nachfolger Ernst Lemmer fiel. Das BMVt richtete seine Position zunächst an der größten Gruppe aus, die in seine Zuständigkeit gehörte, die der Vertriebenen. Erst als mit Wolfgang Mischnick selbst ein Flüchtling und Vertreter des entsprechenden Interessenverbandes das Vertriebenenministerium leitete, nahm das Ministerium eine initiale Rolle in dieser Frage ein.

2.4. Die außenpolitische Dimension der Vertriebenen- und Flüchtlingsfrage: Der Auswärtige Ausschuss 1949–1969

Der Auswärtige Ausschuss – zunächst Ausschuss für Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten, ab Juni 1953 Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, in der zweiten bis vierten Wahlperiode Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und ab der fünften Wahlperiode Auswärtiger Ausschuss – war das entscheidende Forum für die parlamentarische Verhandlung außenpolitischer Themen und Fragen. In der ersten Legislaturperiode stellte die SPD mit Carlo Schmid²⁶⁷ den Vorsitzenden und

265 Vgl. Ernst Lemmer: Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten. Frankfurt a. M. 1968, S. 378f.

266 Vgl. dazu Fischer, Heimat-Politiker, S. 249.

267 Schmid, Carlo (1896–1979): 1924–1925 Rechtsanwalt in Reutlingen, 1925 Eintritt in den württembergischen Justizdienst am Amtsgericht Tübingen, 1927–1928 beurlaubt zum Kaiser-Wilhelm-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Berlin, ab 1929 Lehrtätigkeit als Völkerrechtler an der Universität Tübingen, seit 1931 Landgerichtsrat in Tübingen, 1940–1945 Kriegsverwaltungsrat bei der Oberfeldkommandantur in Lille, 1945–1946 Vorsitzender des Staatssekretariats und Landesdirektor für Justiz sowie für Kultus, Erziehung und Kunst in Württemberg-Hohenzollern, dort 1946–1947 Präsident des Staatssekretariats und Staatssekretär für Justiz, 1947–1950 stellvertretender Staatspräsident und Justizminister, 1947–1972 Mitglied des SPD-Vorstandes, 1948–1949 Mitglied des Parlamentarischen Rates, dort Fraktionsvorsitzender der SPD und Vorsitzender des Hauptausschusses, 1949–1972 MdB, dort 1949–1953 Vorsitzender des Ausschusses für Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten, 1949–1966 und 1969–1972 Vizepräsident des Deutschen Bundestages, 1953–1967 o. Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Frankfurt am Main, 1963–1966 Präsident der Versammlung der WEU, 1966–1969 Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder. Vgl. Schmid, Carlo, in: Kabinettsprotokolle online. https://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/z/z1961z/kap1_7/para2_90.html (06.03.2025).

die CDU/CSU mit Eugen Gerstenmaier²⁶⁸ den stellvertretenden Vorsitzenden. Ab der zweiten Legislaturperiode stellte bis 1969 die CDU/CSU den Vorsitzenden, zunächst Gerstenmaier (1953–1957), dann für zwei Jahre Kurt Georg Kiesinger,²⁶⁹ von 1959 bis 1960 Hans Furler²⁷⁰ sowie Hermann Kopf²⁷¹ für die Zeit von 1960 bis 1969. Als stellvertretender Vorsitzender fungierte für die SPD von 1953 bis 1967 mit einer kurzen Unterbrechung durch Herbert Wehner Carlo Schmid. Sein Nachfolger ab 1967 war Kurt Mattick.²⁷²

268 Gerstenmaier, Eugen (1906–1986): ab 1936 im Kirchlichen Außenamt der Evangelischen Kirche (1939 Konsistorialrat, später Oberkonsistorialrat), Mitglied der Bekennenden Kirche, 1939–1944 kriegsdienstverpflichtet im Auswärtigen Amt und Oberkommando der Wehrmacht, 1944 als Mitglied der Widerstandsgruppe des „Kreisauer Kreises“ Verhaftung und Verurteilung durch den Volksgerichtshof zu sieben Jahren Zuchthaus, 1945–1951 Leiter des Hilfswerks der EKD, seit 1948 Mitglied der Synode der EKD, 1949–1969 MdB (CDU), dort 1953–1954 Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, 1954–1969 Präsident des Deutschen Bundestages, 1956–1969 stellvertretender Vorsitzender der CDU. Vgl. Gerstenmaier, Eugen, in: Kabinettsprotokolle online. https://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/z/z1960a/kap1_7/para2_31.html (06.03.2025).

269 Kiesinger, Kurt Georg (1904–1988): ab 1935 Rechtsanwalt beim Kammergericht Berlin, 1940–1945 Rundfunkpolitische Abteilung des AA, dort 1943 stellvertretender Abteilungsleiter, 1945–1946 amerikanisches Internierungslager Ludwigsburg, ab 1948 Rechtsanwalt in Tübingen, 1948–1951 Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes Württemberg-Hohenzollern, 1949–1959 und 1969–1980 MdB (CDU), dort 1954–1959 Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, 1956–1958 MdEP (CDU), 1958–1966 Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, 1960–1966 MdL Baden-Württemberg (CDU), 1963–1966 Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit, 1966–1969 Bundeskanzler, 1967–1971 Bundesvorsitzender der CDU. Vgl. Kiesinger, Kurt Georg, in: Kabinettsprotokolle online. https://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/z/z1960a/kap1_11/para2_65.html (06.03.2025).

270 Furler, Hans (1904–1975): seit 1929 Rechtsanwalt in Pforzheim, 1930–1945 Lehrtätigkeit an der Technischen Hochschule Karlsruhe, 1949 außerplanmäßiger Professor für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht an der Universität Freiburg i. Br., 1953–1972 MdB (CDU), dort Vorsitzender des Sonderausschusses Gemeinsamer Markt/EURATOM, 1959–1960 Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, 1955–1958 Mitglied, seit 1956 Präsident der Gemeinsamen Versammlung der EGKS, 1957–1973 Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates und der Versammlung der Westeuropäischen Union, 1958–1973 MdEP, 1958–1960 Vizepräsident, 1960–1962 Präsident, 1962–1973 erneut Vizepräsident des Europäischen Parlaments, 1958–1966 Präsident des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung. Vgl. Furler, Hans, in: Kabinettsprotokolle online. https://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/z/z1960a/kap1_6/para2_104.html (06.03.2025).

271 Kopf, Hermann (1901–1991): seit 1930 Rechtsanwalt, 1949–1969 MdB (CDU), dort 1960–1969 Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, 1952–1961 Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates und der Versammlung der WEU. Vgl. Kopf, Hermann, in: Kabinettsprotokolle online. https://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/z/z1960a/kap1_11/para2_138.html (06.03.2025).

272 Mattick, Kurt (1908–1986): bis 1940 Tätigkeit als Maschinenschlosser und im Automobil- und Transportgeschäft, 1940–1945 Kriegsdienst bzw. dienstverpflichtet, 1945 Persönlicher Referent von Otto Suhr in der Zentralverwaltung der Deutschen Industrie für die Sowjetische Besatzungszone, 1946–1947 Sekretär der SPD-Fraktion in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, danach bis 1953 Tätigkeit als Journalist und freier Handelsvertreter, 1946–1953 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung bzw. (ab 1951) des Berliner Abgeordnetenhauses (SPD), 1947–1952 und 1958–1963 stellvertretender sowie 1963–1968 Vorsitzender der SPD in Berlin, 1953–1980 MdB, dort 1960–1980 Mitglied des Fraktionsvorstandes, 1974–1976 Mitglied der Versammlung der West-

Unter den Mitgliedern des Ausschusses befand sich mit durchschnittlich rund 16 Prozent der ordentlichen und rund 13 Prozent der stellvertretenden Mitglieder ein konstanter Anteil an Vertriebenen-Abgeordneten: Für die CDU/CSU gehörte Georg Baron Manteuffel-Szoegge dem Ausschuss von der zweiten bis zur vierten Wahlperiode an, der über diplomatische Erfahrung im Auswärtigen Amt verfügte und in der Bundesrepublik zu den führenden Köpfen des Verbands der Landsmannschaften und später des BdV zählte. Weitere Vertreter der CDU/CSU im Ausschuss waren Linus Kather in der zweiten sowie Ernst Kuntscher und Hans Schütz in der dritten und vierten Wahlperiode. Eine Konstante in der Ausschussbesetzung der SPD war der sudeten-deutschen Abgeordnete Ernst Paul, einer der führenden Köpfe der sozialdemokratischen Seliger-Gemeinde, der in der ersten Wahlperiode in den Ausschuss nachrückte und diesem bis zur fünften Wahlperiode angehörte. Paul verfügte zudem aus seiner Exilzeit neben der engen Verbindung zu Jaksch auch über einen guten Kontakt zum späteren Außenminister und Bundeskanzler Willy Brandt. Mit Wenzel Jaksch gehörte ein weiterer führender Vertreter der Seliger-Gemeinde²⁷³ dem Ausschuss an, der von 1964 bis 1966 auch Präsident des BdV war. Über die genannten Abgeordneten, die zeitweise, z. T. parallel im Ausschuss für Heimatvertriebene waren, ergab sich eine Verschränkung beider Bundestagsausschüsse. Aus der Verbandstätigkeit der genannten Abgeordneten resultierte auch eine Kommunikations- und Interaktionsschnittstelle zu den verschiedenen Verbandsorganisationen. In ihrer Funktion als Abgeordnete des Bundestages gehörten die späteren Bundesvertriebenenminister Hans-Joachim von Merkatz (erste und zweite für die DP sowie fünfte Wahlperiode für die CDU/CSU), Ernst Lemmer (zweite Wahlperiode) sowie Johann Baptist Gradl (dritte Wahlperiode) ebenfalls dem Auswärtigen Ausschuss an.

Folgt man den Protokollen der Ausschusssitzungen im Betrachtungszeitraum, wird deutlich, dass das BMVt kaum in den Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses präsent war: Auf Ministerebene ist nur eine Sitzungsteilnahme ohne Wortbeitrag von Lukaschek verzeichnet, seine Nachfolger Oberländer, von Merkatz, Mischnick, Krüger, Lemmer, Gradl, von Hassel und Windelen nahmen kein einziges Mal an einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses teil. Dies spiegelt sich auch bei der Betrachtung der Arbeitsebene wider: Verzeichnete man in der ersten Wahlperiode noch immerhin in 40 Sitzungen Teilnehmer des BMVt (vor allem die Abteilungsleiter Dr. Kleberg²⁷⁴ und Middelmann), so fiel dieser Anteil auf wenige Sitzungen in der

europäischen Union und der Beratenden Versammlung des Europarates. Vgl. Mattick, Kurt, in: Kabinettsprotokolle online. https://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/z/z1961z/kap1_1/para2_59.html (06.03.2025).

273 Vgl. dazu auch den Beitrag von Rainer Bendel im vorliegenden Band.

274 Kleberg, Walter (1895–1967): 1926–1945 bei den Regierungen in Arnshagen, Münster, Merseburg, Oppeln, Breslau und Kassel, 1945 Leiter der Hauptabteilung Verkehr im Hessischen Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, 1946–1947 ständiger Vertreter des Chefs der (Groß-)Hessischen Staatskanzlei, 1947–1949 Leiter der Landesdienststelle des Länderrates des amerikanischen Besatzungsgebiets in Wiesbaden und hessischer Sonderbeauftragter beim Länderrat des Vereinigten Wirtschaftsgebiets in Stuttgart, 1949 ständiger Vertreter des Hessischen Bevollmächtigten beim Bund, 1950–1960 BMVt, dort Leiter der Abteilung I (u. a. Verwaltung, Verbindung zu Bundestag,

zweiten, dritten und vierten Wahlperiode. Lediglich in der fünften Wahlperiode stieg die Anzahl der Teilnahmen der Arbeitsebene des BMVt wieder leicht an.²⁷⁵

Dabei hätte es Ansatzpunkte gegeben, die außen- und deutschlandpolitische Dimension der Vertriebenen- und auch der Flüchtlingsfrage im Auswärtigen Ausschuss aktiv zu vertreten. Der sogenannte Paul-Bericht wurde im Auswärtigen Ausschuss mit geringen Veränderungen bei einer Stimmenthaltung am 24. Juni 1957 angenommen und danach als Bundestagsdrucksache veröffentlicht.²⁷⁶ Der Bericht war in einem Unterausschuss Vertreibungsgebiete unter der Leitung Ernst Pauls mit dem Ziel erarbeitet worden, eine einheitliche Formulierung der Rechtspositionen hinsichtlich der Ostgebiete des ehemaligen Deutschen Reichs zwischen den Fraktionen im Bundestag und der Bundesregierung zu erreichen: Der Bericht gliederte sich in einen historischen, politischen sowie einen abschließenden Teil, der konkrete Forderungen enthielt. So wurde die Erwartung an die Bundesregierung zur nachhaltigen Vertretung des Rechts auf Heimat gegenüber fremden Regierungen formuliert. An die deutsche Öffentlichkeit richtete der Unterausschuss einen Appell, in Zukunft Äußerungen zu unterlassen, die eine spätere Geltendmachung des Anspruchs auf die Heimat erschweren könnten. Die zwangsweisen Vertreibungen seien als völkerrechtliche Unrechtstatbestände zu werten, stets müsse daher zum Ausdruck gebracht werden, dass es sich nicht nur um Anliegen der ostdeutschen Volksgruppen und Landsmannschaften, sondern des ganzen deutschen Volkes handle. Als konkrete Maßnahmen nannte der Unterausschuss: eine Koordinierung der Arbeit der deutschen Ostinstitute, die Notwendigkeit einer Sammlung aller einschlägigen internationalen Literatur, eine Intensivierung der Arbeit an den deutschen Ministerien und einen Ausbau der Ostunterabteilung des Auswärtigen Amtes. Die auch von den beteiligten Abgeordneten selbst wahrgenommene außenpolitische Sensibilität der Frage kam dadurch zum Ausdruck, dass in dem Bericht eigens hervorgehoben wurde, man habe sich um Formulierungen bemüht, die für alle Bevölkerungskreise ebenso annehmbar seien wie für das Ausland.²⁷⁷

Bundesrat, Bundesregierung, Ländern, Verbänden und Gewerkschaften, Presse, Kulturangelegenheiten, Kriegsgefangene, Vermisste, ab 1953: Allgemeine Abteilung). Vgl. Kleberg, Walter, in: Kabinettsprotokolle online. https://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/z/z1960a/kap1_11/para2_81.html (06.03.2025).

275 Die Auswertung der Teilnahme an Ausschusssitzungen von Vertretern des BMVt erfolgte auf Basis von: Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1949–1953. Bearb. v. Wolfgang Hölscher. 2 Halbbände. Düsseldorf 1998; Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1953–1957. Bearb. v. Wolfgang Hölscher. 2 Halbbände. Düsseldorf 2002; Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1957–1961. Bearb. v. Joachim Wintzer u. a. 2 Halbbände. Düsseldorf 2003; Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokoll 1961–1965. Bearb. v. Wolfgang Hölscher. 2 Halbbände. Düsseldorf 2004; Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1965–1969. Bearb. v. Joachim Wintzer u. a. 2 Halbbände. Düsseldorf 2006.

276 Vgl. Auswärtiger Ausschuss, Sitzungsprotokolle 1953–1957, 2. Hbd., S. 1756 sowie BT-Drucks. II/3655.

277 Zum Paul-Bericht vgl. Fischer, Heimatpolitiker, S. 302–313 sowie Stickler, Ostdeutsch, S. 386–388.

Eine aktive Rolle des BMVt in dieser Frage ist nicht belegt, lediglich über den mitberatenden Ausschuss für Heimatvertriebene war das Ministerium eingebunden.²⁷⁸ Aufgrund eines Beschlusses des Ältestenrates am 1. Juli 1957 wurde auf eine Aussprache über den Bericht im Plenum verzichtet²⁷⁹ – vermutlich aufgrund der ablehnenden Haltung des GB/BHE. Dieser hatte den Vorgang durch einen Antrag zum Rechtsanspruch auf die deutschen Vertreibungsgebiete eigentlich ins Rollen gebracht,²⁸⁰ war allerdings mit dem erzielten Ergebnis unzufrieden. Daher wurde eine kontroverse Plenardebatte erwartet, die man vermeiden wollte. Der Paul-Bericht stellte durchaus einen Erfolg dar, da es aufgrund des ausgezeichneten Zusammenspiels von Jaksch und Manteuffel-Szoege gelungen war, wesentliche außenpolitische Positionen der Vertriebenenverbände in einem offiziellen Bundestagsdokument zu verankern. Der konfliktbehaftete Dualismus zwischen VdL-Politikern wie Manteuffel-Szoege und BvD-Politikern wie Kather sowie die Unfähigkeit des GB/BHE, von Maximalpositionen abzurücken, verhinderten aber eine Verabschiedung des Berichts vom Bundestagsplenum und damit eine größere öffentliche Wirkung.²⁸¹

Dies änderte sich beim Jaksch-Bericht in der folgenden Legislaturperiode.²⁸² Ähnlich dem Paul-Bericht entsprang auch dieser der Arbeit eines Unterausschusses des Auswärtigen Ausschusses, der ausgehend von einer Debatte im Auswärtigen Ausschuss am 8. und 22. Oktober 1959 zur Frage der Beziehung der Bundesrepublik zu den ostmittel- und osteuropäischen Staaten eingerichtet wurde.²⁸³ Mit Manteuffel-Szoege und Kraft (CDU/CSU) sowie Jaksch und Paul (SPD) waren vier von neun Mitgliedern des Unterausschusses Vertriebene.²⁸⁴ Der später als Jaksch-Bericht bezeich-

278 Vgl. BT ParLA, Auswärtiger Ausschuss, WP 2, Protokolle des UA Vertreibungsgebiete. Dazu behandelte der Ausschuss für Heimatvertriebene den Antrag auf Sitzungen am 27.09.1956, 08. und 09.04.1957, vgl. BT ParLA, 3113/1, Ausschuss für Heimatvertriebene, WP 2, 29., 44., und 45. Sitzung, in der Paul als Berichterstatter des federführenden Auswärtigen Ausschusses teilnahm. Zur Diskussion im Hauptausschuss vgl. Auswärtiger Ausschuss, Sitzungsprotokolle 1953–1957, 2. Hbd., S. 1681–1686.

279 Vgl. Auswärtiger Ausschuss, Sitzungsprotokolle 1953–1957, 2. Hbd., S. 1756; sowie Bundestag (Hrsg.), Abgeordnete des Deutschen Bundestages, Bd. 2, S. 168. Paul weist in seinen Erinnerungen Kather die Schuld daran zu, dass der Bericht nicht abschließend im Plenum verabschiedet wurde.

280 BT-Drucks. II/2406: In dem Antrag wurde die Bundesregierung ersucht, „1. Sicherzustellen, dass der Rechtsanspruch auf die deutschen Vertreibungsgebiete von Mitgliedern der Bundesregierung und ihren nachgeordneten Stellen nicht in Zweifel gezogen wird; 2. Alle Maßnahmen zu treffen, die notwendig sind, um die Durchführung des Rechtsanspruchs auf die deutschen Vertreibungsgebiete vorzubereiten und sicherzustellen; 3. Als Sofortmaßnahmen beim Auswärtigen Amt eine Abteilung für deutsche Ostfragen einzurichten; 4. Dem Deutschen Bundestag baldmöglichst, spätestens bis 31. Oktober 1956, über die getroffenen Maßnahmen zu berichten.“

281 Zu den Verhandlungen des Unterausschusses Vertreibungsgebiete vgl. auch Auswärtiger Ausschuss, Sitzungsprotokolle 1953–1957, 1 Hbd., S. CVI.

282 Zur parlamentarischen Behandlung des Jaksch-Berichts vgl. Fischer, Heimatpolitiker, S. 313–321 sowie Stickler, Ostdeutsch, S. 388–392. Zum Jaksch-Bericht aus der Perspektive der SPD vgl. auch Müller, SPD und Vertriebenenverbände, S. 118–133.

283 Vgl. Auswärtiger Ausschuss, Sitzungsprotokolle 1957–1961, 2. Hbd., S. 701–741 sowie die Fortsetzung der Beratung S. 741–751.

284 Die ursprüngliche Besetzung umfasste neun Mitglieder: Guttenberg, Kraft, Majonica und Manteuffel-Szoege (CDU/CSU), Jaksch, Paul, Mattick (SPD), Achenbach (FDP), Schneider (DP). Fak-

nete Bericht des Auswärtigen Ausschusses bestand aus zwei Teilen: dem allgemeinen Bericht des Ausschusses über die politischen und völkerrechtlichen Aspekte der Problematik der Beziehungen der Bundesrepublik zu den osteuropäischen Staaten und einem ergänzenden Papier über die Schicksale der deutschen Bevölkerungen in Osteuropa und der Sowjetunion seit 1939.

Der ergänzende Bericht stellte im Anschluss an eine statistische Zusammenstellung von Bevölkerungsdaten der betroffenen Gebiete die Ursachen der umfassenden Bevölkerungsverschiebung infolge des Zweiten Weltkriegs dar und wies in diesem Zusammenhang auf die verheerenden Folgen auch für die deutsche Zivilbevölkerung insbesondere Ost- und Mitteldeutschlands hin. Die Geschehnisse um Enteignung, Flucht und Vertreibung hätten aber „im Weltbewusstsein nur geringe Spuren hinterlassen“, stattdessen hätten sich „im Bewusstsein der Völker [...] die nationalsozialistischen Verletzungen der Menschenrechte viel stärker eingeprägt als das Vertreibungs-drama nach dem Kriege.“ Dies sei angesichts der „furchtbaren Verbrechen des Hitlerregimes“ auch verständlich, ebenso sei es aber ein Erfordernis der Gerechtigkeit, „dass wenigstens anderthalb Jahrzehnte später auch die andere Seite gesehen und gewertet wird.“ Der Bericht sei – dies wird ausdrücklich vor den einzelnen Teilberichten zur Lage der deutschen Bevölkerungen in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien und der Sowjetunion betont – nicht erstellt worden „zum Zwecke einer sinnlosen ‚Aufrechnung‘ von Kriegs- und Nachkriegsverbrechen, sondern im Streben nach Gerechtigkeit und Menschlichkeit.“ In seiner Schlussbemerkung forderte der Bericht wie auch in einem entsprechenden Antrag im Ausschuss, bei der „Gestaltung der Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern und der Sowjetunion“ den dort noch lebenden deutschen Bevölkerungen und ihrer unverschuldeten menschenrechtlichen Situation „besondere Aufmerksamkeit und Sorge“ zu widmen. Ziel müsse eine „weit ausschauende Friedenspolitik“ sein.²⁸⁵

Der allgemeine Bericht über das Verhältnis der Bundesrepublik zu den osteuropäischen Satellitenstaaten umreißt zunächst die Gesamtproblematik und die objektiven Schwierigkeiten, vor allem in Form des Absperrungsbedürfnisses der kommunistischen Welt und der zentralistisch ausgerichteten Wirtschaftsgemeinschaft zwischen der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten. Dem Argument, durch eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen könne die Bundesrepublik zu einer Auflockerung des Ostblocks beitragen, erteilte der Auswärtige Ausschuss im Jaksch-Bericht eine entschiedene Absage. Ausdrücklich bejaht werden allerdings ein intensiver Kultur- und Wissenschaftsaustausch auf der Basis der Gegenseitigkeit sowie Maßnahmen zur besseren gegenseitigen Information. Zur Frage der Handelsbeziehungen

tisch haben aber wohl die beiden Mitglieder der kleineren Parteien FDP und DP kaum an den Sitzungen teilgenommen. Majonica und Guttenberg gehörten dem Parlamentarischen Beirat des BdV an und sind im Kontext der Verhandlungen zum späteren Jaksch-Bericht dem Vertriebenenlager durchaus zuzurechnen. Vgl. Stickler, Ostdeutsch, S. 388, zu den Verhandlungen des Unterausschusses „Arbeitsgruppe zur Frage der Beziehungen zu den Ostblockstaaten“ vgl. auch Auswärtiger Ausschuss, Sitzungsprotokolle 1957–1961, 1. Hbd., S. LIIf.

285 Zu den beiden Berichten vgl. BT-Drucks. III/2807.

hatte der Auswärtige Ausschuss am 14. März 1960 Vertreter des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft als Sachverständige gehört und daraus die Position entwickelt, die Perspektive einer Ausweitung der bestehenden bilateralen Wirtschaftsbeziehungen unter verbesserten politischen Rahmenbedingungen zu befürworten. Der Antrag des Ausschusses forderte die Bundesregierung zu einer Ostpolitik auf, die ohne Preisgabe lebenswichtiger deutscher Interessen zu einer Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den osteuropäischen Staaten gelangen sowie den weiteren Ausbau der bestehenden Beziehungen zu diesen Staaten auf wirtschaftlichem, humanitärem, geistigem und kulturellem Gebiet anstreben sollte.²⁸⁶

Beide Teile des Jaksch-Berichts wurden am 14. Juni 1961 ohne Debatte im Plenum des Bundestages angenommen.²⁸⁷ Er war für beide Verbandspolitiker, Jaksch und Manteuffel-Szoegé, ein großer politischer Erfolg: Erstens wurde die Diskussion um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den ostmittel- und osteuropäischen Staaten – gefordert vor allem von SPD und FDP und damit Vorbote der späteren sozialliberalen Ostpolitik unter Bundeskanzler Willy Brandt – an elementare Bedingungen geknüpft, darunter die Rechtspositionen bezüglich Nichtanerkennung von Oder-Neiße-Linie und DDR. Zweitens war es Jaksch als einflussreichem Vertreter des BdV gelungen, Positionen der Vertriebenenverbände in den Entscheidungsprozess zur Ostpolitik der Bundesrepublik einzubeziehen. Und schließlich konnte er drittens zentrale Forderungen seines Verbandes hinsichtlich einer Vergrößerung der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes in ein offizielles Bundestagsdokument einfließen lassen. Die geschichtspolitischen Elemente des Jaksch-Berichts in Form des Hinweises auf die an Deutschen begangenen Vertreibungsverbrechen²⁸⁸ wurden allerdings angesichts des Stellenwertes, den die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit seit dem Ende der 1950er Jahre erhalten hatte, kaum Gegenstand der öffentlichen und politischen Diskussion.²⁸⁹ Und auch bezogen auf den Einfluss der Vertriebenenverbände auf die Ost- und Deutschlandpolitik muss der Jaksch-Bericht als letzter großer heimatpolitischer Erfolg des BdV gewertet werden. Denn angesichts des Meinungs- und Stimmungswandels in der deutschen Gesellschaft und Politik – beredter Ausdruck davon die Ost-Denkschrift der EKD und der Briefwechsel der deutschen und

286 BT-Drucks. III/2740.

287 Vgl. BT Sten. Ber., WP 3, Bd. 49, 162. Sitz., S. 9364–9367.

288 Vgl. dazu Mathias Beer: Verschlussache, Raubdruck, autorisierte Fassung. Aspekte der politischen Auseinandersetzung mit Flucht und Vertreibung in der Bundesrepublik Deutschland (1949–1989), in: Christoph Cornelißen/Roman Holec/Jirí Pešek (Hrsg.): Diktatur, Krieg, Vertreibung. Erinnerungskulturen in Tschechien, der Slowakei und Deutschland seit 1945. Essen 2005, S. 369–401.

289 Vgl. dazu Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München 2003; Ulrich Herbert: Drei deutsche Vergangenheiten. Über den Umgang mit der Geschichte der beiden deutschen Diktaturen im 20. Jahrhundert, in: Martin Sabrow u. a. (Hrsg.): Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990. Bonn 1998, S. 376–390; Stephan Alexander Glienke/Volker Paulmann/Joachim Perels (Hrsg.): Erfolgsgeschichte Bundesrepublik? Die Nachkriegsgesellschaft im langen Schatten des Nationalsozialismus. Göttingen 2008.

polnischen Bischöfe²⁹⁰ – konnte der Bericht im Verlauf des kommenden Jahrzehnts kaum mehr Wirkung entfalten.²⁹¹

Kann beim Paul-Bericht noch eine indirekte Beteiligung des BMVt über den Ausschuss für Heimatvertriebene zumindest als möglich angenommen werden, so spielte es in den Debatten über den Jaksch-Bericht keine Rolle. Inwiefern Vertreter des Ministeriums auf der persönlichen Ebene zu den Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses in Kontakt und Austausch standen, lässt sich aus den vorhandenen Quellen nur schwierig beurteilen. Das BMVt war – anders als das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, das in den Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses zumindest personell auch durch die Ministerebene präsenter war²⁹² – kein Akteur im außen- und deutschlandpolitischen Diskurs des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, und dies, obwohl wie beschrieben durchaus Netzwerkverbindungen zu Abgeordneten wie Jaksch oder Manteuffel-Szoegé über deren Verbandstätigkeiten oder über deren Mitgliedschaft im Ausschuss für Heimatvertriebene des Bundestages existierten. Die Zurückhaltung des BMVt in außenpolitischen Fragen mag auch darin begründet sein, dass es punktuell bei Initiativen mit außenpolitischen Implikationen, etwa im Kontext des Großprojektes Dokumentation der Vertreibung, zu scharfen Reaktionen des Auswärtigen Amtes kam, das in jedem Fall den Primat der Außenpolitik gegenüber den anderen Ressorts für sich beanspruchte.²⁹³

3. Schlussbetrachtungen

Inwiefern kamen Netzwerke bei Einrichtung und Organisation des BMVt zum Tragen, und welche Rolle spielten sie im politischen Agieren des Ministeriums? Von den untersuchten vier Ausschüssen des Deutschen Bundestages nahm vor allem der Ausschuss für Heimatvertriebene als dem Ministerium zugeordneter Fachausschuss für die Entwicklung und das politische Agieren des BMVt eine Schlüsselrolle ein: An den Sitzungen nahmen fortlaufend zahlreiche und verschiedene Vertreter des BMVt teil, der Ausschuss tagte regelmäßig und war institutioneller Teil der Legislative im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Geht man über die Betrachtung

290 Vgl. dazu Stickler, Ostdeutsch, S. 109–117.

291 Vgl. Stickler, Ostdeutsch, S. 387–392 sowie S. 434: Stickler wertet den Jaksch-Bericht als letzten großen heimatpolitischen Erfolg des BdV und als Versuch einer taktischen Neuausrichtung der heimatpolitischen Programmatik mit dem Ziel, aus der argumentativen Defensive herauszukommen. Zum außen- und deutschlandpolitischen Diskurs aus der Perspektive der vertriebenen Abgeordneten vgl. Fischer, Heimat-Politiker, S. 257–392.

292 Vgl. die bereits zuvor angeführten Bände der Protokolle des Auswärtigen Ausschusses in den betrachteten fünf Wahlperioden.

293 Vgl. dazu BArch, B 150/3866 und 3867: Das Vorhaben des BMVt, in Form eines Aufrufs an die Bevölkerung eine Gesamterhebung der Vertreibungsverluste zu erstellen, scheiterte im Sommer 1954 an der Intervention des Auswärtigen Amtes durch Außenminister Brentano. Zum Großforschungsprojekt der Dokumentation der Vertreibung vgl. u. a. Mathias Beer: Im Spannungsfeld von Politik und Zeitgeschichte. Das Großforschungsprojekt „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 46 (1998), S. 345–389.

der äußeren Form entlang der van Waarden'schen Netzwerkdimensionen Akteure, Struktur, Institutionalisierung und Verfahrensregeln hinaus und analysiert den Ausschuss hinsichtlich der Netzwerkdimensionen Funktion, Machtbeziehungen und Strategien der Akteure, so ergibt sich ein differenzierteres Bild: Der Ausschuss für Heimatvertriebene kann durchaus als institutionelles Netzwerk betrachtet werden, als Plattform für die Interaktion des Ministeriums mit verschiedenen Netzwerken, die in der Regel sachpolitisch-funktional motiviert und in der Regel auch nur für einen befristeten Zeitraum Bestand hatten.

Im Ausschuss für Heimatvertriebene war die Konzentration von Abgeordneten besonders hoch, die selbst Vertriebene waren. Gerade die Vertriebenen-Abgeordneten der Regierungsfractionen um die Abgeordneten Ernst Kuntscher – den langjährigen Vorsitzenden des Ausschusses für Heimatvertriebene und anschließend des Ausschusses für Lastenausgleich – oder auch Hans Schütz, Georg Baron von Mantuffel-Szoegge oder Herbert Czaja und weitere vertriebene Abgeordnete bildeten ein Netzwerk, das gegenüber dem BMVt mitunter als sachpolitisches Korrektiv, generell jedoch unterstützend und konstruktiv wirkte. Dieses Netzwerk ist formal aus den parlamentarischen Akten schwierig nachzuweisen, jedoch ist davon auszugehen, dass eine bereits zu Beginn der ersten Wahlperiode geforderte „Arbeitsgemeinschaft“ der Vertriebenen-Abgeordneten zumindest auf informeller Basis über die Jahre existierte.²⁹⁴

Auch die Vertriebenen-Abgeordneten in der SPD, vor allem die in der Seliger-Gemeinde organisierten Abgeordneten Wenzel Jaksch, Richard Reitzner und Ernst Paul, aber auch der spätere BdV-Präsident Reinhold Rehs unterhielten regelmäßige Beziehungen zum BMVt und können in diesem Sinne als Netzwerk angesehen werden. Punktuell konnte dieses Netzwerk bei einer sachpolitischen Übereinstimmung, wie etwa bei der Schlussverhandlung des BVFG, das Agieren des BMVt unterstützen. In der Regel waren die SPD-Abgeordneten aber natürlich den sachpolitischen Zwängen der Oppositionsrolle ihrer Partei unterworfen und vertraten gegensätzliche Positionen zu Bundesregierung und BMVt. Dass die Verbindungen des BMVt zu den Abgeordneten in den Bundestagausschüssen nicht per se unterstützend waren, zeigt auch die machtpolitische Strategie Linus Kathers, der seine Schlüsselposition als Verbandsvorsitzender und Vorsitzender des Ausschusses für Heimatvertriebene zu nutzen versuchte, um selbst als Minister an die Spitze des BMVt zu kommen – damit aber letztlich erfolglos blieb.

Eine besondere Rolle spielt in dem Kontext von Netzwerken, in die das BMVt eingebunden war, der Ausschuss für den Lastenausgleich. Bereits in der Vorphase der Entstehung des Regierungsentwurfs zum entsprechenden Gesetz nutzte das BMVt in

294 Die Bildung einer solchen überfraktionellen „Arbeitsgemeinschaft“ hatte der FDP-Abgeordnete Josef Trischler in einer Sitzung des Ausschusses für Heimatvertriebene am 14.09.1950 gefordert (BT ParlA, 3113/1, 1. WP, Protokoll der 22. Sitzung des Ausschusses für Heimatvertriebene). Zwischen den vertriebenen Abgeordneten der Regierungsfractionen ist eine gegenseitige Abstimmung und Zusammenarbeit in bestimmten Fragen als wahrscheinlich anzunehmen, zumindest in den ersten Jahren der Bundesrepublik.

Person des Ministers Lukaschek die Verbindungen zum Lastenausgleichsausschuss der Vertriebenenverbände, um das politische Verfahren zu beeinflussen und durch Vorziehen eines Feststellungsgesetzes, welches als Vorlage aus dem Verband von Vertriebenen-Abgeordneten der Regierungsfractionen in den Bundestag eingebracht wurde, zu präjudizieren. Diese Konstellation der Zusammenarbeit, die Novellenstrategie der Vertriebenenverbände in Zusammenarbeit mit Vertriebenen-Abgeordneten der Regierungsfractionen und dem BMVt, prägte die politische Entwicklung des Lastenausgleichs der 1950er und 1960er Jahre – der Bundestagsausschuss für den Lastenausgleich war in diesem Kontext die Plattform bzw. der Kanal, über den dieses Netzwerk aus Ministeriumsmitarbeitern, Abgeordneten und Verbandsvertretern seine Positionen in den politischen Verhandlungs- und Entscheidungsprozess einbringen konnte. Das BMVt profitierte von diesem Netzwerk insofern, als es bestimmte Positionen so gegen das federführende BMF durchsetzen konnte, z. B. ab der dritten Wahlperiode die Beteiligung des BMVt an der Ausgleichsseite des LAG.

Der Ausschuss für gesamtdeutsche Fragen war dem konkurrierenden Ministerium für gesamtdeutsche Fragen zugeordnet und bildete das institutionelle Netzwerk des BMG, weshalb das BMVt hier nur punktuell und im Rahmen seiner klar definierten Zuständigkeiten auftrat. In noch viel geringerem Maß kam das BMVt im Auswärtigen Ausschuss zum Zug.

Die Frage, inwiefern in den Netzwerken, in die das BMVt und Ausschüsse des Deutschen Bundestages eingebunden waren, nationalsozialistisches oder völkisches Gedankengut zum Tragen kam, lässt sich anhand der Parlamentsakten nicht ausreichend beurteilen. Von den in engem Kontakt mit dem BMVt stehenden führenden Funktionären der Vertriebenenverbände, deren NS-Vergangenheit bereits intensiv untersucht wurde,²⁹⁵ sind im Rahmen der untersuchten Ausschüsse des Bundestages keine politisch relevanten Äußerungen belegt. Verschiedene der in der Untersuchung behandelten Akteure haben ihre Mitgliedschaft in der NSDAP und nationalsozialistischen Organisationen nicht in den entsprechenden biografischen Verzeichnissen benannt – z. B. Ernst Kuntscher, Hans Krüger und Reinhold Rehs. Dass mögliche nationalsozialistische Belastungen von Abgeordneten oder Ministeriumsmitarbeitern in den vorliegenden und für die Untersuchung analysierten offiziellen Protokollen und Unterlagen nur in wenigen Fällen thematisiert wurden, hat sicher mit dem Phänomen des „kommunikativen Beschweigens“ von vergangenheitspolitischen Belastungen durch eine Mitgliedschaft in nationalsozialistischen Organisationen und Netzwerken zu tun, eine Formulierung, die der Philosoph Hermann Lübbe 1983 in die historische Forschung eingeführt hat.²⁹⁶ Gerade weil man über die Vergangenheit der Parlamen-

295 Vgl. dazu die ausführliche Studie von Michael Schwartz: Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundes der Vertriebenen und das „Dritte Reich“. In Zusammenarbeit mit Michael Buddrus/Martin Holler/Alexander Post. München 2013. Darüber hinaus siehe auch die Beiträge von Pertti Ahonen, Rainer Bendel, Erik K. Franzen und Michael Schwartz im vorliegenden Band.

296 Hermann Lübbe: Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewusstsein, in: Historische Zeitschrift 236 (1983), S. 579–599, hier S. 594.

tarier- bzw. Ministeriums-Kollegen Bescheid wusste, hat man im allgemeinen tagespolitischen und im offiziellen parlamentarischen Rahmen im Besonderen darüber kaum öffentlich gesprochen.

Die beiden öffentlich ausgetragenen Fälle der Bundesvertriebenenminister Oberländer und Krüger, die aufgrund ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit zurücktreten mussten, wurden in den untersuchten Ausschüssen jeweils zur Kenntnis genommen, inhaltlich aber kaum thematisiert bzw. protokolliert – eine Ausnahme bildete hier die Erklärung des vertriebenen SPD-Abgeordneten Rudolf-Ernst Heiland in der Sitzung des Haushaltsausschusses am 13. Januar 1960, er könne dem Haushaltsplan des BMVt nicht zustimmen, solange Oberländer im Amt sei.²⁹⁷

Die Vertriebenen-Abgeordneten in der CDU/CSU waren bereits vor der Ernennung Oberländers zum Minister eher skeptisch gewesen, zu diesem Zeitpunkt aber vornehmlich angesichts der Tatsache, dass im Zuge der Koalitionsverhandlungen 1953 das BMVt an den GB/BHE ging. Die vergangenheitspolitische Kritik an Oberländer kam vor allem aus den Reihen der Exil-CDU. Gradl und die Führungsspitze der Exil-CDU hielten Oberländer für keine geeignete Besetzung des Amtes des Bundesvertriebenenministers, da er aufgrund seiner persönlichen Verstrickungen in den Nationalsozialismus aus den Staaten des Warschauer Paktes und vor allem aus der DDR stets angreifbar sei und von daher die bundesdeutsche Ost- und Deutschlandpolitik nicht wirksam vertreten könne. Dahinter stand sicher auch ein Motiv innerparteilicher Machtkonkurrenz, da Oberländer als Vorsitzender des Landesverbandes Oder-Neiße offenbar die Absicht geäußert hatte, auch die Sowjetzonenflüchtlinge in seine Organisation mit einzubeziehen, wodurch die Exil-CDU ihre Existenz in Frage gestellt sah.²⁹⁸

Nach dem Rücktritt Oberländers konnten die vertriebenen Abgeordneten in der Union ihren eigentlichen Favoriten, den Vorsitzenden der Ackermann-Gemeinde Hans Schütz, nicht durchsetzen. Minister wurde im Oktober 1960 mit Hans-Joachim von Merkat, der inzwischen von der DP zur CDU gewechselt war, zwar ein Vertriebener, doch er wurde besonders von Seiten der verbandspolitisch aktiven vertriebenen Fraktionsmitglieder nur als Verlegenheitslösung empfunden.²⁹⁹ Nach dem Regierungswechsel von Adenauer zu Erhard wurde im Oktober 1963 Hans Krüger Bundesvertriebenenminister, dessen Amtszeit allerdings nicht einmal ein halbes Jahr währte. Bereits im Februar 1964 wurde er – wie Oberländer aufgrund einer von der DDR ausgehenden öffentlichen Diskussion um seine nationalsozialistische Vergangenheit – durch Ernst Lemmer ersetzt und wenig später am 1. März 1964 auch als Verbandsvorsitzender durch den sudetendeutschen Sozialdemokraten Wenzel Jaksch abgelöst. Der gerade von den Vertriebenen-Abgeordneten in Union und auch in der SPD

297 BT ParlA, 3106, 3. WP, Protokoll der 101. Sitzung des Haushaltsausschusses.

298 Zum gesamten Briefwechsel zwischen Oberländer und Johann Baptist Gradl im Herbst 1959 vgl. ACDP, NL Johann Baptist Gradl 074/1. Vgl. dazu auch Fischer, Heimat-Politiker, S. 125–137.

299 Zur Nachfolgediskussion vgl. Fraktionssitzung der CDU/CSU, 09.05.1960 (Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Sitzungsprotokolle 1957–1961. Bearb. v. Reinhard Schiffers. 2 Halbbände. Düsseldorf 2004, S. 609), dazu ausführlich Stickler, Ostdeutsch, S. 205f. und S. 223.

– speziell den verbandspolitisch aktiven – stets artikulierte und verfolgte Wunsch nach einer Vertretung der Vertriebenen im Kabinett führte stellenweise auch zu einer gewissen Resignation in Form des rückwärts gerichteten Wunsches nach einer eigenen Vertriebenenpartei. So berichtet Manteuffel-Szoegge 1961 von einem Gespräch mit Wenzel Jaksch über die Möglichkeiten, die sich einer von beiden geführten Vertriebenenpartei eröffnet hätten. Manteuffel-Szoegge beklagte in diesem Zusammenhang, dass der BHE zwei Bundesminister und eine Reihe von Landesministern und Staatssekretären gestellt hätte, während die Vertriebenen in der CDU/CSU im Bundestag stets leer ausgegangen seien.³⁰⁰

300 Vgl. BArch, N 1157/24, Tagebucheintrag Manteuffel-Szoeges, 09.07.1961.

Rainer Bendel
unter Mitarbeit von Robert Pech

„Mehrfachengagierte“

Die wechselseitigen Beziehungen zwischen dem Bundesvertriebenenministerium und den beiden großen Kirchen Deutschlands

Kirchen gelten weithin als Institutionen, die die Kriegswirren relativ unbeschadet überstanden hatten.¹ Vermeintlich unversehrt geblieben waren – auch aus ausländischer Sicht – nicht nur die Strukturen beider Kirchen; politisch galten beide als weitgehend unbelastet, da vorgeblich auf deutlicher Distanz zum NS-Staat gewesen. Widerstanden zu haben war Teil des moralischen Selbstverständnisses, beim Aufbau neuer ziviler Strukturen tatkräftig mitzuhelfen lautete die – durchaus auch von den Alliierten eingeforderte – Mission. Die Akzeptanz in der Bevölkerung erwuchs zugleich aus der Stellung und dem Ansehen kirchlicher Autoritäten. Das Vertrauen der Menschen war in erster Linie personalisiert, und dies nicht zuletzt da, wo völlig neue Situationen und Aufgabenfelder zu bewältigen waren – wie in der Seelsorge für die Vertriebenen und Flüchtlinge.

Netzwerke sind nicht zuletzt Kommunikationskanäle. Über sie gelingt es, die Akteure, ob einzelne oder Gruppen, in den Blick zu nehmen, deren Informationsaustausch und Einflüsse auf Entscheidungsprozesse, deren Argumentation für die Akzeptanz von Entscheidungen sowie deren Plausibilisierung und Legitimierung. Die Netzwerkanalyse untersucht die Art und Struktur der Beziehungen, deren Intensität und Reichweite sowie Institutionalisierung. Sie fragt nach dem Rollenverständnis, den Interessen und Hintergründen der beteiligten Akteure, deren gegenseitigen Abhängigkeiten, nach deren Repräsentativität, dem Einflussbereich, nach den Machtbeziehungen und nicht zuletzt nach den Strategien, die eigenen Interessen umzusetzen.²

Die Untersuchung konzentriert sich bei den beiden einbezogenen Konfessionen auf deren Kommunikationsforen und Netzwerke. Die Unterteilung erfolgt dabei in zwei Abschnitte. Gemäß den methodischen Überlegungen des vorliegenden Bandes werden zunächst die Strukturen und Protagonisten institutionalisierter kirchlicher

1 Vgl. Pars pro toto: Siegerin in Trümmern. Die Rolle der katholischen Kirche in der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Hrsg. von Joachim Köhler/Damian van Melis. Stuttgart/Berlin/Köln 1998.

2 Zu den möglichen Ansätzen zur Analyse von Netzwerken vgl. den Beitrag von Mathias Beer im vorliegenden Band.

Netzwerke rekonstruiert, personelle Fluktuationen nachverfolgt und deren Gründe bezüglich weiterer Vernetzungen analysiert. Auf katholischer Seite waren das der „Vertriebenenbischof“ sowie der Katholische Flüchtlingsrat mit den durch personelle Verflechtungen dahinterstehenden Vertriebenenorganisationen, dazu als Begegnungsort und Konzentrationspunkt Königstein. Auf evangelischer Seite mit ihren dezentralen Strukturen wurden der Ostkirchenausschuss, die Hilfskomitees mit dem dazugehörigen Konvent der zerstreuten Ostkirchen, der Flüchtlingsbeirat und der Beauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) berücksichtigt.

Der zweite Abschnitt untersucht die Vernetzungen von Bundesvertriebenenministerium (BMVt) und Kirchen hinsichtlich thematischer Schwerpunkte. Gefragt wird nach den Zielvorstellungen und deren Eingaben an das Ministerium sowie in Richtung der Kirchen. Die zentralen Inhalte der untersuchten Kommunikationsvorgänge werden dabei geprägt durch folgende vier thematische Schwerpunkte: Flüchtlingsgesetz und Lastenausgleichsdebatte, Heimatrecht als Naturrecht, Kulturarbeit (oft als Korrektiv der säkularen landsmannschaftlichen Kulturarbeit) und die Ostpolitik mit ihren Auswirkungen auf die Diskussionen in den Vertriebenenorganisationen.

1. Organisationsformen evangelischer Vertriebenenarbeit

1.1. Der Ostkirchenausschuss

Das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa lag gerade ein Jahr zurück, da trafen sich Ende Juli 1946 in Frankfurt am Main auf Einladung des Präsidenten der Kirchenkanzlei der EKD, Hans Asmussen (1898–1968), Vertreter von 15 vertriebenen deutschen Ostkirchen, des Evangelischen Hilfswerks, des Gustav-Adolf-Vereins und weiterer kirchlicher Organisationen.³ Die Initiative zu diesem Treffen war von den Ostpfarrern selbst ausgegangen und mit der Erwartung verbunden, als dringend angesehene Beschlüsse zu fassen. Die Pfarrer erfuhren dabei durch das Hilfswerk unter der Leitung von Eugen Gerstenmaier (1906–1986)⁴ und dem Leiter der Sozialpolitischen Abteilung im Zentralbüro des Hilfswerks, Paul Collmer (1907–1979),⁵ maßgebliche Hilfe.⁶ Evakuierung, Flucht und Vertreibung, „Austreibung“ bzw. Umsiedlung der

3 Hartmut Rudolph: Evangelische Kirche und Vertriebene 1945 bis 1972. Bd. 1. Kirchen ohne Land. Göttingen 1984, S. 63–66.

4 Zur Vita Gerstenmaiers vgl.: Daniela Gniss: Der Politiker Eugen Gerstenmaier 1906–1986. Eine Biographie. Düsseldorf 2005.

5 Für ein Biogramm von Collmer vgl.: Personenlexikon zum deutschen Protestantismus 1919–1949. Bearb. von Hannelore Braun/Gertraud Grünzinger. Göttingen 2006, S. 52f.; Rudolph, Kirchen ohne Land, S. 556f.

6 Ebd., S. 74. Entstehung und Fortgang des Evangelischen Hilfswerks beleuchtet Johannes Michael Wischnath: Kirche in Aktion. Das Evangelische Hilfswerk 1945–1957 und sein Verhältnis zu Kirche und Innerer Mission. Göttingen 1986.

deutschen Minderheiten aus Ostmitteleuropa hatten nicht nur Millionen, zumeist mittellose Menschen in die unter Besatzungsrecht stehenden deutschen Länder verbracht.⁷ Auch Amtsträger der Kirchen waren davon betroffen, mit der Folge, dass die deutschen evangelischen Kirchen von Pommern bis in die Batschka, von Schlesien bis an das Schwarze Meer faktisch zu existieren aufhörten. Die Ostkirchentagung in Frankfurt am Main diente dazu, eine geeignete, zeitlich begrenzte und sich an den gesellschaftlichen Verhältnissen in Nachkriegsdeutschland orientierende rechtliche Organisation der Pfarrer und Gemeindemitglieder unter dem Dach der 1948 endgültig konstituierten EKD zu finden.⁸

Auf der Frankfurter Arbeitstagung wurde als landsmannschaftliche Repräsentanz der ehemaligen deutschen Ostkirchen ein Gremium bestehend aus sechs Männern gewählt, das sich vorerst „Ausschuss der verdrängten Ostkirchen (Ostkirchenausschuss)“ (OKA) nannte. Ihm gehörten der Vorsitzende Herbert Girgensohn (1887–1963),⁹ sein Stellvertreter Gerhard Gülzow (1904–1980)¹⁰ sowie Gerhard Gehlhoff (1896–1954),¹¹ Ernst Burdach (1905–1976), Heinrich Lebherz (1899–1978)¹² und Rudolf Walloschke (1895–1979) an. Die Zahl der Mitglieder des OKA und seine personelle Zusammensetzung änderten sich bis 1950: Nach dem Rücktritt Burdachs erfolgte die einstimmige Zuwahl von Carl Brummack (1895–1971)¹³ bei der Sitzung am 1. Dezember

7 Vgl. dazu den Überblick bei Mathias Beer: *Flucht und Vertreibung. Voraussetzungen, Verlauf, Folgen*. München 2011.

8 Zur Gründung der EKD, der Verdrängung des eigenen Anteils am Nationalsozialismus bzw. der Anerkennung einer Kollektivschuld und ihrer Stellung zur Demokratie: Bastian Scholz: *Die Kirchen und der deutsche Nationalstaat. Konfessionelle Beiträge zum Systembestand und Systemwechsel*. Wiesbaden 2016, S. 449–464. Besonders zum Verhältnis von Protestantismus und bundesrepublikanischer Demokratie Martin Hummel: *Der Deutsche Evangelische Kirchentag in der gesellschaftspolitischen Etablierungsphase der Bundesrepublik Deutschland (1963–1975)*. Dresden 2021.

9 Für ein Biogramm Girgensohns vgl.: Girgensohn, Herbert, in: *Personenlexikon zum deutschen Protestantismus*, S. 87; Rudolph, *Kirchen ohne Land*, S. 563.

10 Gerhard Gülzow: zunächst Pfarrer in Pommern, von 1934 bis 1940 in Danzig (pol. Gdańsk); Berufung in das Konsistorium des Kirchengebiets Danzig-Westpreußen, ständiger Vertreter des Bischofs Johannes Beermann (1878–1958); 1945 Fortführung der Amtsgeschäfte des Konsistoriums von Lübeck aus, von 1945 bis 1971 Pfarrer in Lübeck; Mitglied und ab 1951 Vorsitzender des OKA, Mitglied und zweiter Vorsitzender des Ostkirchenkonvents, Vorsitzender des Hilfskomitees für die Evangelischen aus Danzig-Westpreußen; Herausgeber des Periodikums „Der Remter“. Vgl. Gülzow, Gerhard, in: *Personenlexikon zum deutschen Protestantismus*, S. 94; Rudolph, *Kirchen ohne Land*, S. 565.

11 Für ein Biogramm von Gehlhoff vgl.: Rudolph, *Kirchen ohne Land*, S. 562.

12 Für ein Biogramm von Lebherz vgl. ebd., S. 578.

13 Carl Brummack: von 1920 bis 1945 Pfarrer in Posen, 1938 Konsistorialrat; von 1945 bis 1948 Pfarramt in der Nähe von Lübeck, dann Oberlandeskirchenrat in Kiel, schließlich Klosterprediger in Preetz; von 1948 bis 1960 Geistlicher Oberkonsistorialrat im Landeskirchenamt; Vorsitzender des Hilfskomitees der Glieder der Posener evangelischen Kirche (1946–1954), Mitglied im OKA. Vgl. Rudolph, *Kirchen ohne Land*, S. 555; Brummack, Carl, in: *Personenlexikon zum deutschen Protestantismus*, S. 45f.

1948.¹⁴ Zudem wurde der OKA um zwei Sitze vergrößert:¹⁵ Durch den Vorsitzenden des Hilfskomitees für die deutschen Evangelischen aus Ungarn, Friedrich Spiegel-Schmidt (1912–2016),¹⁶ waren nun auch die ungarndeutschen evangelischen Vertriebenen¹⁷ im OKA vertreten. Der Vorsitzende des Hilfskomitees der evangelischen Deutschen aus Ostpreußen, Hans Joachim Iwand (1899–1960), wurde ebenfalls aufgenommen.¹⁸ Für Heinrich Lebherz übernahm den Sitz Franz Hamm (1900–1988),¹⁹

14 Evangelisches Zentralarchiv (EZA), 17/57, Bericht über die Tagung der Vorsitzenden der Hilfskomitees, 09.04.1948, S. 2; EZA, 17/678, Bericht über die Sitzung des Ostkirchenausschusses, 01.12.1948.

15 An dieser Zahl an Mitgliedern wurde auch in der Geschäftsordnung von Juli 1949 festgehalten. Vgl. Die Protokolle des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Bd. 3: 1949. Bearb. v. Karl-Heinz Fix. Göttingen 2006, S. 257.

16 Friedrich Spiegel-Schmidt: von 1936 bis 1944 Vikar in Güns (ung. Kőszeg), bischöflicher Vikar und Distriktsmissionspfarrer in Raab (ung. Győr), 1944/45 Pfarrer in der Königlich Ungarischen Armee; ab 1940 Hilfsschriftleiter des wöchentlich vom Lutherbund jenseits der Donau herausgegebenen „Wehr und Waffe für das evangelische deutsche Volk in Ungarn“; von 1945 bis 1949 Pfarrer in Bad Wörishofen, Geschäftsführer des Ostkirchenausschusses (1950–1958), Vorsitzender des Hilfskomitees für die Deutschen Evangelischen aus Ungarn, Mitarbeiter am Ostkircheninstitut Münster, Mitglied des Südostdeutschen Kulturwerks, Schriftleiter der Vertriebenenzeitschrift „Der Remter“; nach Parteinahme für Tübinger Memorandum 1962 Bruch mit dem OKA; 1963 Eintritt in die SPD, die ihm in der Osteuropapolitik „beweglicher“ erschien. Vgl. Manfred Kittel: Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975). Düsseldorf 2020, S. 207, Anm. 466; Felix Teuchert: Die verlorene Gemeinschaft. Der Protestantismus und die Integration der Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft (1945–1972). Göttingen 2018, S. 375; Rudolph, Kirchen ohne Land, S. 597; Spiegel-Schmidt, Friedrich, in: Personenlexikon zum deutschen Protestantismus, S. 242.

17 „Vertriebene“ wird hier als konfessionsübergreifender Sammelbegriff für alle Personen verwandt, die aufgrund unterschiedlicher Gewalterfahrungen ihr als Heimat angesehenes Territorium verlassen mussten und nicht wieder zurückkehren durften. Vgl. Dorothea Wendebourg: Die Evangelische Kirche in Deutschland und die vertriebenen Ostdeutschen, in: Zeitschrift für Theologie und Kirche 108/1 (2011), S. 16–49, hier S. 18.

18 EZA, 17/57, Protokoll der Tagung des Ostkirchenausschusses, 16.08.1949, S. 1. Zur Vita Iwands: Personenlexikon zum deutschen Protestantismus, S. 121; Rudolph, Kirchen ohne Land, S. 572.

19 Franz Hamm: neben wirtschaftlichen Aktivitäten in den Genossenschaften der deutschen Minderheit Jugoslawiens Tätigkeiten in der akademischen Abteilung der Ortsgruppe des Schwäbisch-Deutschen Kulturbunds in Neusatz und im Zentralen Landesverband der Deutschen Akademiker Südslawiens; Pressearbeit für die Zeitschrift „Volkswart“ bzw. Schriftleiter des „Deutschen Volksblatts“, Mitgliedschaft im Präsidium des Jugoslawischen Presseverbandes; Presbyter, dann stellvertretender weltlicher, schließlich weltlicher Vorsitzender der Deutsch-Evangelischen Kirchengemeinde in Neusatz (serb. Novi Sad), nach Besetzung der Batschka durch Ungarn weltlicher Vorsitzender der Deutschen Evangelischen Kirche in Südungarn; von 1938 bis 1941 Abgeordneter im Unterhaus der Belgrader Nationalversammlung, während der ungarischen Besatzungszeit Abgeordneter im Budapester Parlament; Amtsverwalter im Volksbund der Deutschen in Ungarn; Konstituierung des „Blocks der Deutschen Nationalsozialistischen Reichstagsmitglieder in Ungarn“ im Mai 1944 im Rahmen der Regierungspartei unter seinem Vorsitz; einer von drei Abgeordneten, die im Juni 1944 beim ungarischen Ministerpräsidenten Döme Sztójay (1883–1946) mutmaßlich um die Beteiligung der Volksgruppe am konfiszierten jüdischen Vermögen baten; von April bis August 1945 in der Flüchtlingshilfe im Evangelischen Pfarramt in Salzburg tätig, dann bis 1950 in Stuttgart, dort (Mitbe-)Gründer zahlreicher Institutionen mit Vertriebenenbezug (u. a. Hilfskomitee für die Evangelische Landeskirche aus Jugoslawien, Landsmannschaft der Deutschen aus Jugoslawien, Südostdeutsches Kulturwerk); scheiterte bei den Bundestags-

der diesen auch als Vorsitzenden des Hilfskomitees für die Evangelische Landeskirche aus Jugoslawien ablöste.²⁰

Die Anerkennung des OKA durch den Rat der EKD war im Oktober 1946 erfolgt, strittig blieb sein Status.²¹ Während der OKA sich in der Folge dafür einsetzte, eine eigene Vertriebenenrepräsentanz vor dem Rat, dem Hilfswerk und den Landeskirchen zu sein und damit Vertretung wie Fortbestand der vertriebenen deutschen Ostkirchen zu sichern,²² sah der Rat ihn lediglich als beratendes Gremium an. Die Landeskirchen fürchteten nämlich eine „schwere Störung“ ihrer Arbeit, wenn OKA und Hilfskomitees mit „kirchenregimentlichen“, d. h. kirchenleitenden Befugnissen ausgestattet würden und drangen auf eine völlige Eingliederung in ihre Strukturen.²³ Nach Vorstellung des Rates büßten zudem die Ostvertriebenen „ein Stück unserer gemeinsamen Kriegsschuld für uns ab“.²⁴ Diese Deutung, stellvertretend Sühne zu leisten als Folge göttlichen Gerichts, stand einer eigenen kirchenrechtlichen Stellung gegenüber den Landeskirchen damit ebenso entgegen.²⁵ Bezeichnenderweise waren

wahlen im August 1949 im Wahlkreis Ludwigsburg als Direktkandidat der CDU, Mitglied der ersten Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten im September 1949; von 1950 bis 1965 Referent für kulturelle Angelegenheiten und für Fragen der Vertriebenenzusammenschlüsse im BMVt. Vgl. Mads Ole Balling: Von Reval bis Bukarest. Statistisch-Biographisches Handbuch der Parlamentarier der deutschen Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa 1919–1945. Bd. 2. Kopenhagen 1991, S. 522, 556; Norbert Spannenberger: Der Volksbund der Deutschen in Ungarn 1938–1945 unter Horthy und Hitler. München 2005, S. 410, 427; Michael Schwartz: Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundes der Vertriebenen und das „Dritte Reich“. In Zusammenarbeit mit Michael Buddrus, Martin Holler, Alexander Post. München 2013, S. 459f.; Robert Pech: „Wenn nach 150–200 Jahren unsere Nachfahren unser gedenken können in Anerkennung, dann waren die jetzigen Notjahre für uns [...] Kraftquell und Bewährung“. Franz Hamm (1900–1988) und die evangelischen Vertriebenen aus Jugoslawien, in: Rainer Bendel/Thomas Scharf-Wrede (Hrsg.): Orientierungssuche. Zur Bedeutung von Kirche und Glauben 1945–1950. Münster 2023, S. 259–310; EZA, 87/136, Ranke an Karrenberg, 09.01.1952; EZA, 2/4254, Niederschrift über die Sitzung des Beirats, 06.01.1966.

20 EZA, 87/136, Ranke an Karrenberg, 09.01.1952; Neuwahlen in unserem Hilfskomitee, in: Mitteilungen für Heimatvertriebene aus Jugoslawien Nr. 8, November/Dezember 1949, S. 3.

21 Die Protokolle des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Bd. 1: 1945/46. Bearb. v. Carsten Nicolaisen/Nora Andrea Schulze. Göttingen 1995, S. 646f. Die Geschäftsstelle des OKA wurde in Hannover eingerichtet.

22 Vgl. zu den Aufgaben des OKA: EZA, 17/57, Protokoll der Vorstandssitzung des Ostkirchenausschusses, 14.10.1947.

23 Rudolph, Kirchen ohne Land, S. 198f.; Wendebourg, Die Evangelische Kirche, S. 40. Die EKD lehnte die „Gründung besonderer Exilkirchen“ als dem Wesen der Kirche ‚widersprechend‘ grundsätzlich ab“. Kittel, Stiefkinder des Wirtschaftswunders, S. 206. Allerdings, das gibt Wendebourg zu bedenken, wären eigene Flüchtlingskirchenstrukturen ob der verstreut in Deutschland lebenden Pommern, Schlesier etc. weder funktional gewesen, noch wurden sie mehrheitlich von Seiten der Vertriebenen eingefordert. Wendebourg, Die Evangelische Kirche, S. 40f.

24 Ebd., S. 34: „Verlust der Ostgebiete und Vertreibung seien Strafe für eigene Schuld, Vergeltung für eigenes Unrecht“ war die „Deutungskategorie, die in den Dokumenten der EKD seit der ersten Stunde“ existierte. Ebd., S. 31 (Zitat) und S. 32–34.

25 Ebd.; Kittel, Stiefkinder des Wirtschaftswunders, S. 205.

die Ostkirchen bereits auf der Kirchenkonferenz von Treysa im August 1945, die nur die Landeskirchen aus den vier Besatzungszonen umfasste, außen vor geblieben.²⁶

Abstand nahm der Rat sowohl von der Ernennung eines Beauftragten („Flüchtlingsbischofs“), wie ihn die katholische Kirche seit 1948 besaß, als auch von der Einrichtung einer Flüchtlingskammer.²⁷ Gegen einen solchen Beauftragten hatte sich auch der OKA in Person Gülzows ausgesprochen, zu diesem Zeitpunkt noch in der Annahme, den OKA als zentrale Instanz der evangelischen Vertriebenenarbeit durchsetzen zu können.²⁸ Freilich verebbten die Diskussionen mit Blick auf die Katholiken und die dortige Bildung einer „repräsentativen Spitze“ keineswegs: Der Vorsitzende des Katholischen Flüchtlingsrates und erster Bundesvertriebenenminister Hans Lukaschek (1885–1960) gewährte „in ganz besonders hohem Maße einen christlichen Einfluß auf die kommende Flüchtlingspolitik“, einen Einfluss, der „weitgehend von der katholischen Kirche ausgeübt werde, weil Minister Lukaschek selbst katholisch ist“. Außerdem, so die Wirtschaftswissenschaftlerin Stella Seeberg (1901–1979) weiter, bemühe „die zentrale Flüchtlingsrepräsentation der katholischen Kirche sich seit Jahren um einen solchen Einfluß, und Minister Lukaschek ist selbst Präsident des Beirates bei dem katholischen Flüchtlingsbischof“.²⁹

Bis 1949 blieb das Kernproblem des OKA dessen unkodifizierter Status. Eine bereits weitgediehene „Verordnung“, die den OKA auf der Ebene eines Kirchengesetzes in eine Koordinierungs- und Zentralstelle evangelischer Flüchtlingsarbeit umgeformt hätte und die in der ersten Hälfte des Jahres 1949 diskutiert worden war, wurde vom Rat zwar ausgearbeitet, aber schlussendlich nicht beschlossen.³⁰ Hingegen festigte die Geschäftsordnung vom 1. Juli 1949 den OKA – nicht nur dem Namen nach – als Hilfsausschuss, eine Erhebung zum „Vertretungsorgan der verdrängten, ehemaligen Ostkirchen“ fand nicht statt.³¹ Der Rat mit dessen Vorsitzendem Otto Dibelius (1880–1967) wollte bereits den „Anschein [vermeiden], als solle der Ostkirchenausschuss eine Art

26 Ebd. Im kirchlichen Bewusstsein der EKD unterlagen Mittel- und noch stärker Ostdeutschland dementsprechend einem Wahrnehmungs- bzw. Aufmerksamkeitsgefälle. Vgl. dazu Wendebourg, *Die Evangelische Kirche*, S. 27–29.

27 Rudolph, *Kirchen ohne Land*, S. 433.

28 „Auf meinen Vorschlag hat der Rat der EKD davon Abstand genommen, einen besonderen Flüchtlingsbischof zu ernennen. Ebenso ist [...] der Gedanke der Bildung einer Flüchtlingskammer der EKD fallen gelassen worden. Man ist sich darüber einig, dass die zentrale Führung dieser Arbeit bei dem Ostkirchenausschuss liegen soll, an dessen Umformierung ich seit einer Zeit besonders interessiert bin [...]“ EZA, 17/52, Gülzow an Tietze, 19.05.1949.

29 Zitiert nach Rudolph, *Kirchen ohne Land*, S. 434. Seeberg war von 1948 bis 1958 Lehrbeauftragte an der Evangelischen Akademie Hermannsburg/Loccum und Mitglied im Ostkirchenkonvent. An dem Ratsbeschluss, ein Wort zum bevorstehenden Lastenausgleich an Regierung und Bundestag zu verfassen, hatte auch Seeberg ihren Anteil: Sie hatte Landesbischof Hanns Lilje (1899–1977) gebeten, sich in diesem Sinne im Rat der EKD zu verwenden. Zu ihrer Person: Alois Kernbauer: Seeberg, Stella, in: Brigitta Keintzel/Ilse Korotin (Hrsg.): *Wissenschaftlerinnen in und aus Österreich. Leben – Werk – Wirken*. Wien/Köln/Weimar 2002, S. 676–678; Teuchert, *Die verlorene Gemeinschaft*, S. 179–192, hier bes. S. 191.

30 Rudolph, *Kirchen ohne Land*, S. 395f. Der Wortlaut der Verordnung findet sich in: *Die Protokolle*, Bd. 3, S. 256–258.

31 Rudolph, *Kirchen ohne Land*, S. 403.

geistliche Oberbehörde über den Landeskirchen in allen Angelegenheiten der Ostvertriebenen sein“.³² Demgemäß wies die beschlossene, einem Statut entsprechende Geschäftsordnung dem OKA lediglich die Aufgabe zu, „die kirchliche Versorgung der Ostvertriebenen zu fördern und bei der rechten geistlichen Ausrichtung der an ihnen geleisteten diakonischen Arbeit mitzuwirken“.³³ Der OKA verzichtete der Geschäftsordnung gemäß auf die „Bildung besondere[r] Flüchtlingskirchen“; stattdessen sollte er die Organe der EKD sowie das Hilfswerk in den Angelegenheiten der Ostvertriebenen beraten und „Anregungen geben“.³⁴ Mit den Landeskirchen sollte ebenso Fühlung gehalten werden, um diese in Fragen der Seelsorge zu beraten, womit die seelsorgerliche Arbeit an den Vertriebenen den Landeskirchen zugewiesen wurde.³⁵

Um den OKA zumindest operativ handlungsfähig zu machen, wurde Spiegel-Schmidt als Geschäftsführer eingestellt.³⁶ Als weiterer Geschäftsführer des OKA war Hamm vorgesehen.³⁷ Dessen Anstellung im Bundesvertriebenenministerium vereitelte dieses Vorhaben.³⁸ Nach den Querelen um Heimatrecht und Wiederbewaffnung der Bundesrepublik sah Spiegel-Schmidt davon ab, vom bayerischen in den westfälischen Kirchendienst zu wechseln, um über den Mai 1958 hinaus Geschäftsführer des OKA zu sein.³⁹ In den folgenden Jahren nahm seine Distanz zum OKA weiter zu und gipfelte im Bruch 1962.⁴⁰ Spiegel-Schmidts Nachfolger wurde Gerhard Rauhut (1908–1992).

Personell kam es in den 1950er Jahren zu einigen Änderungen im OKA: Nach dem Rücktritt Girgensohns folgte Gülzow nach, zweiter Vorsitzender wurde Gehlhoff.⁴¹ Nach dessen Tod 1954 übernahm Brummack, neu „gewählt“ und vom Rat bestätigt wurde Klaus Harms (1906–1972). Spiegel-Schmidt stellte das seit seinem Amtsbeginn ruhende Mandat dem Vorsitzenden des Hilfskomitees der Evangelisch-Lutherischen Slowakeideutschen, Desider Alexy (1905–1963), zur Verfügung.⁴²

De facto war das Handlungsfeld des OKA auf die Organisation wie Durchführung von Veranstaltungen für Vertriebene, Konvente für Pfarrer und Laien, den Einsatz von Reisepredigern, die Beratung theologischer Fragen sowie Bekanntmachung

32 Zitiert nach Die Protokolle, Bd. 3, S. 221, Anm. 7.

33 Ebd., S. 237.

34 Paragraf 3, Absatz c) und d), vgl. ebd.

35 Paragraf 3, Absatz b), vgl. ebd.

36 EZA, 17/52, Karg an Girgensohn, 30.11.1949. Seine Schwester, Gertrud Spiegel-Schmidt (1910–1975), die bereits als Sekretärin für den Volksbund der Deutschen in Ungarn gearbeitet hatte, war von 1950 bis 1974 Sekretärin im OKA. Ebd., S. 597; Carl Brummack: Ostkirchenausschuß. Rückblick auf fast zwanzig Jahre, in: Ders. (Hrsg.): Die Unverlierbarkeit evangelischen Kirchentums aus dem Osten. Ertrag und Aufgaben des Dienstes an den vertriebenen evangelischen Ostkirchen. Ulm 1964, S. 40–96, hier S. 60.

37 EZA, 87/136, Ranke an Karrenberg, 09.01.1952.

38 EZA, 87/134, Spiegel-Schmidt an Ranke, 23.11.1950.

39 Brummack, Ostkirchenausschuß, S. 86; Teuchert, Die verlorene Gemeinschaft, S. 375.

40 Spiegel-Schmidt stand als „Verzichtspolitiker“ auf Seiten der „Tübinger Acht“ und empfand sich auch theologisch nicht mehr im OKA beheimatet. Teuchert, Die verlorene Gemeinschaft, S. 375.

41 Rudolph, Kirchen ohne Land, S. 423.

42 EZA, 632/2, Jahresbericht des OKA, des Ostkirchenkonvents und der Hilfskomitees, 1955, S. 1; ebd., Rundbrief von Gülzow an die Mitglieder des OKA, 20.10.1954.

gen im Verordnungsblatt des Rates begrenzt.⁴³ Öffentliche Verlautbarungen mussten erst mit dem Rat der EKD bzw. der Kanzlei abgestimmt werden.⁴⁴ Durch Publizieren von Tagungsergebnissen und der von Spiegel-Schmidt redigierten überregionalen Vertriebenenzeitschrift „Der Remter“ wurde eine gewisse Öffentlichkeitswirkung erzielt.⁴⁵ Binnenkirchlich diente die Herausgabe der „Ostkirchlichen Information“ der Unterrichtung der Amtsstellen über ostkirchliche Themen und vertriebenenrelevante Erörterungen.⁴⁶ Direkte Kontakte zu politischen Vertretern wie zu den Bundesministerien konnten nur informell – als „stille[s] Gespräch unter den Tagungsteilnehmern“⁴⁷ oder über evangelische Mitarbeiter in den Bundesstellen selbst – stattfinden. Offiziell mussten alle „speziellen Flüchtlingsangelegenheiten“ über die Kanzlei der EKD in Hannover laufen, solche mit Bezug zur Bonner Politik über die EKD-Außenstelle Bonn.⁴⁸ Die Möglichkeiten politischer Einflussnahme des OKA waren damit begrenzt.⁴⁹

Ein weiterer Kommunikationskanal mit politischen wie gesellschaftlichen Vertretern ergab sich im Beirat für Vertriebenenfragen beim BMVt. Paragraph 22 und 23 des Bundesvertriebenengesetzes vom 19. März 1953 bestimmten die Einrichtung eines Beirates im BMVt, dem je ein Vertreter der evangelischen sowie katholischen Kirche angehören sollte. Seine Aufgabe lag in der sachverständigen Beratung der Bundesregierung in Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen.⁵⁰ Auf evangelischer Seite wurde im Hinblick auf die stärker in den Fokus rückende Thematik Sowjetzonenflüchtlinge der Abteilungsleiter „Soziale Hilfe“ im Zentralbüro des Hilfswerks der EKD, Collmer, vorgeschlagen.⁵¹ An den OKA war dabei offenbar gar nicht gedacht worden,⁵² bis Hans-Jürg Ranke (1904–1987)⁵³ von der Außenstelle Bonn der EKD für einen Ver-

43 EZA, 17/57, Protokoll der Tagung des Ostkirchenausschusses, 16.08.1949, S. 1.

44 EZA, 632/7, Gülzow an den Ostkirchenkonvent, 13.11.1965. Vgl. auch Hartmut Rudolph: Evangelische Kirche und Vertriebene 1945 bis 1972. Bd. 2: Kirche in der neuen Heimat. Göttingen 1985, S. 119.

45 EZA, 632/2, Jahresbericht des OKA, des Ostkirchenkonvents und der Hilfskomitees, 1955, S. 1.

46 Christian-Erdmann Schott: Geh aus Deinem Vaterland... Vertreibung, Integration, Vermächtnis der evangelischen Schlesier. Vorträge, Aufsätze, Predigten. Berlin 2008, S. 97.

47 EZA, 17/790, Niederschrift der Sitzung des Präsidiums des Konvents, 28.02.1952, S. 1.

48 EZA, 17/560, Ranke an Spiegel-Schmidt, 10.03.1950; EZA, 87/134, Spiegel-Schmidt an Ranke, 11.11.1950.

49 Kittel, Stiefkinder des Wirtschaftswunders, S. 206.

50 EZA, 87/131, Auszug aus dem Bundesvertriebenengesetz, 22.05.1953, S. 1. Ursprünglich sollten die Kirchen in diesem allerdings keinen Sitz erhalten, weil sich wohl die säkularen Vertriebenenorganisationen quergestellt hatten. Teuchert, Die verlorene Gemeinschaft, S. 293. Zum Beitrag für Vertriebenenfragen beim BMVt vgl. auch die Beiträge von Wolfgang Fischer und Pertti Ahonen im vorliegenden Band.

51 EZA, 2/4250, Krimm an Dibelius, 16.06.1953.

52 Kittel, Stiefkinder des Wirtschaftswunders, S. 207.

53 Hans-Jürg Ranke war von 1946 bis 1950 Sachbearbeiter für Flüchtlingsfragen in der Kirchenkanzlei der EKD. Als Leiter der Außenstelle der Kirchenkanzlei war Ranke ein Knotenpunkt kirchlich-politischer Kommunikation. Ranke gehörte im NS-Reich der NSDAP an. Vgl. Felix Teuchert: Eine protestantische Kultur des Politischen? Die Integration der Ostvertriebenen als politisches Handlungsfeld protestantischer Akteure, in: Claudia Lepp/Siegfried Hermle/Harry Oelke (Hrsg.): Christliche Willkommenskultur? Die Integration von Migranten als Handlungsfeld christlicher

triebenen-Vertreter votierte.⁵⁴ Zu Collmers Stellvertreter wurde schließlich Spiegel-Schmidt ernannt, der das Amt bis 1958 besetzte.⁵⁵ Außerdem wurde im Jahr 1958 Wilhelm Gundert (1915–2005)⁵⁶ aus der Kanzlei der EKD berufen, der nunmehr die Körperschaft EKD vertrat. Als sein Stellvertreter amtierte Gülzow.⁵⁷ Einem seit 1958 die Sitzungen des Beirats vorbereitenden Arbeitsausschuss gehörte kein kirchlicher Vertreter an.⁵⁸

Auf den Beiratssitzungen waren die christlichen Kirchen zumeist durch ihren jeweiligen Vertreter und/oder den jeweiligen Wohlfahrtsverband bzw. Länderbeauftragten gegenwärtig.⁵⁹ Wenn Gülzow in Vertretung an Sitzungen teilnahm, informierte er Gundert über Inhalte und Abstimmungsergebnisse in nüchtern gehaltenen Schreiben.⁶⁰ Mit dem Referenten im Bundesvertriebenenministerium Hamm wohnte allerdings auch ein OKA- und Konventsfunktionär den meisten Arbeitsausschuss- und Beiratssitzungen bei und fertigte oftmals deren Niederschriften an.⁶¹ Trotz der landsmannschaftlichen Dominanz im Beirat und ernüchterter Äußerung von Pastor Schmidt⁶² wurde das Gremium von evangelischer Seite als Beratungs- und Austauschplattform über Gesetzentwürfe durchaus geschätzt.⁶³ Eine aktive Rolle im Beirat nahmen die Vertreter der evangelischen Kirche bei der Diskussion um die rechtliche Gleichstellung der DDR-Flüchtlinge ein, wie noch zu zeigen sein wird.

Akteure nach 1945. Göttingen 2020, S. 23–46, hier S. 31, Anm. 44; Ders., Die verlorene Gemeinschaft, S. 276, Anm. 241. Zu Ranks Vita: Rudolph, Kirchen ohne Land, S. 588; Personenlexikon zum deutschen Protestantismus, S. 202.

54 „Das Vertriebenenministerium hatte in einem früheren Zeitpunkt unverbindlich mit mir Fühlung genommen und die gleiche Frage [nach einem Kandidaten für den Beirat] aufgeworfen. [...] Persönlich bin ich der Ansicht, dass neben dem Hilfswerk, dem ich alles Gute gönne, der Ostkirchenausschuss durchaus zur Debatte steht.“ EZA, 2/4250, Ranke an Brunotte, 17.06.1953.

55 Auf Spiegel-Schmidt folgte der Referent im Zentralbüro des Hilfswerks und Mitglied des Ostkirchenkonvents, Hermann Maurer (1901–1969).

56 Zur Vita Gunderts: Rudolph, Kirchen ohne Land, S. 565; Teuchert, Die verlorene Gemeinschaft, S. 537.

57 EZA, 2/4250, Zusammensetzung des Beirates für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen beim Bundesvertriebenenministerium, 01.07.1958.

58 Bei der Bestellung der Mitglieder des Arbeitsausschusses „ließ sich der Beirat von dem Grundsatz leiten, zwei Ländervertreter, zwei Vertreter der Vertriebenenverbände und einen Vertreter der Sowjetzonenflüchtlinge zu betrauen“. EZA, 2/4250, Protokoll der Sitzung des Beirates für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen, 04.07.1958.

59 So saß auch Pastor Wilhelm Schmidt (1908–1983) – entsendet vom Amt für Vertriebene und Kriegsgeschädigte der Stadt Hamburg – im Beirat. Vgl. allgemein die Teilnehmerlisten in: EZA, 2/4250–4252.

60 Vgl. EZA, 2/4252, Gülzow an Gundert, 10.07.1963; EZA, 2/4254, Gülzow an Gundert, 09.12.1966. Ebenso EZA, 2/4257, Gülzow an Gundert, 29.11.1968: „Die Verhandlungen ergaben nichts Weltbewegendes.“

61 Vgl. die Teilnehmerlisten in: EZA, 2/4250–4252.

62 Auch Pastor Schmidt wollte den Beirat nicht nur als beratendes Gremium, sondern entscheidungsbefugtes Organ etabliert wissen. Vgl. Teuchert, Die verlorene Gemeinschaft, S. 294.

63 Vgl. die Antworten Gunderts auf Fragen von Peter Loviscach: EZA, 2/4251, Gundert an Loviscach, 20.05.1961.

1.2. Die Hilfskomitees und der Konvent der zerstreuten Ostkirchen

Auf der Frankfurter Arbeitstagung im Juli 1946 einigten sich die Anwesenden, im Rahmen des Hilfswerks sogenannte Hilfskomitees einzurichten.⁶⁴ Nach der Anerkennung durch einen Ratsbeschluss im Oktober 1946 waren deren Aufgaben „im engeren Sinne [im] kirchlichen und diakonischen Bereich“ angesiedelt. Was aber der Rat der EKD nicht beabsichtigte, war die Anerkennung der Hilfskomitees als Kirchenleitung der jeweiligen verdrängten Ostkirchen, obwohl die Komitees sich selbst so auffassten. Wie bereits bei der Frage nach der kirchenrechtlichen Stellung des OKA vermied der Rat der EKD jedwede Konkurrenzstruktur zu den Landeskirchen.⁶⁵

Auf die unmittelbare Entwicklung der sich aufgrund des bestehenden Koalitionsverbots⁶⁶ unter dem Dach des Hilfswerkes konstituierenden Hilfskomitees hatte das keine Auswirkungen. Bereits Ende Januar 1947 waren zwölf der letztendlich 18 Hilfskomitees dem Zentralbüro des Hilfswerkes bekannt.⁶⁷ Kirchenrechtlich war auf Vertriebenenseite angedacht, den zeitgleich gegründeten OKA als von den Hilfskomitees beschicktes Vertretungsorgan innerhalb der EKD zu implementieren. Anfangs noch zurückhaltend formuliert, wohl um keine Fakten zu schaffen – Gülzow verwies alle Vertreter des OKA darauf, „rein persönlich gewählt“ worden zu sein, „nicht als Vertreter ihres Hikos“⁶⁸ –, wurden im Zuge der Auseinandersetzung mit dem Rat um die Geschäftsordnung des OKA forsch alle „Mitglieder als Personen und als Vertreter ihrer Landeskirchen“ deklariert.⁶⁹ Allerdings war zu diesem Zeitpunkt auch den Mitgliedern des OKA die ablehnende Haltung des Rates und dessen Vorsitzenden klar, die eine derartige Legitimierung und Aufwertung beider miteinander verzahnten Institutionen verhindern wollten.⁷⁰ Kritisch gaben sich zudem die kleineren Hilfskomitees

64 Die Protokolle, Bd. 1, S. 646, Anm. 22.

65 Rudolph, Kirchen ohne Land, S. 69f. Das Protokoll der 8. Sitzung des Rates am 10. und 11.10.1946 findet sich in: Die Protokolle, Bd. 1, S. 646.

66 Die alliierte Flüchtlingspolitik verfolgte eine rasche Assimilation der Vertriebenen in Deutschland. Um deren Radikalisierung zu verhindern, wurden säkulare Vertriebenenvereinigungen aufgelöst und Neugründungen verboten. Die Flüchtlingsarbeit unter Obhut der Kirchen, die ja vor allem in der evangelischen Kirche dem Zweck der völligen Eingliederung diente, blieb davon ausgenommen. Sabine Voßkamp: Katholische Kirche und Vertriebene in Westdeutschland. Integration, Identität und ostpolitischer Diskurs 1945–1972. Stuttgart 2007, S. 40; Wendebourg, Die Evangelische Kirche, S. 38f.; Rudolph, Kirchen ohne Land, S. 66.

67 Zu deren säkularem bis vertriebenenkirchlichem Entstehungshintergrund: Ebd., S. 62–87. Die Gründung des Hilfskomitees der Evangelischen Landeskirche aus Jugoslawien beleuchtet Matthias Beer: Die Hilfsstelle für Donauschwaben. Zum Verhältnis von weltlichen und kirchlichen Selbsthilfeinitiativen bei der Entstehung der Hilfskomitees, in: Kirche im Osten. Studien zur osteuropäischen Kirchengeschichte und Kirchenkunde 39 (1996), S. 49–69. Der karitative Bereich der Hilfskomitees wurde – wie vom Rat vorgesehen – bis 1956 in die Landeskirchen eingegliedert. Weiterführend bei: Rudolph, Kirchen ohne Land, S. 68, 97f., 405–413, 422. Eine Übersicht der den Landeskirchen zugeordneten Hilfskomitees findet sich bei ebd., S. 412.

68 EZA, 17/57, Bericht über die Tagung der Vorsitzenden der Hilfskomitees, 09.04.1948, S. 2.

69 Ebd., Protokoll der Tagung des Ostkirchenausschusses, 16.08.1949, S. 1.

70 „Offenbar aus kirchenrechtlichen Gründen will Herr Bischof D. Dibelius eine direkte Wahl des Ostkirchenausschusses durch die Hilfskomitees vermeiden.“ EZA, 17/560, Rundschreiben Gülzows an die Vorsitzenden der Hilfskomitees, 23.05.1949.

tees mit der auf acht beschränkten Zahl an Repräsentanten im OKA. Sie fürchteten um eine adäquate Vertretung ihrer Belange.⁷¹

Auf Anregung Gülzows unternahmen die Hilfskomitees auf einer informellen Versammlung im Anschluss an die Flüchtlingstagung im September 1950 in Königswinter einen Vorstoß.⁷² Vereinbart wurde deren Verstetigung, zum Vorsitzenden wurde Franz Hamm berufen. Zur Gründung des sogenannten Konvents der Hilfskomitees auf der Tagung von Hannover-Herrenhausen und Kästorf im März 1951 lag eine Geschäftsordnung vor, die eine strukturelle Bindung von Hilfskomitees und OKA über den Konvent bedeutet hätte.⁷³ Dem Widerspruch der EKD-Gremien folgte eine zweite, auf der Ratzeburger Tagung 1951 angenommene Geschäftsordnung. Darin beschränkte sich die ein Jahr später „Konvent der zerstreuten evangelischen Ostkirchen“⁷⁴ heiße Vertretung auf ihre beratende Funktion.⁷⁵ Zusammengesetzt war der sogenannte Große Konvent aus landeskirchlichen, politischen, gesellschaftlichen, ökumenischen und zentralkirchlichen Vertretern.⁷⁶ Gemäß Spiegel-Schmidt war der Ostkirchenkonvent das beratende Gremium des OKA, der OKA das „durchführende Organ“ für die Vertriebenenarbeit der EKD.⁷⁷

Für den ersten Vorsitzenden ging es nach Klärung der Frage nach Aufbau und Aufgaben um die finanzielle Ausstattung des Konvents durch das Ministerium. Ein Selbstläufer war das keineswegs, wie Ranke in einem Schreiben vermerkte:

„Wie sich Hamm die Finanzierung der von ihm geplanten Zusammenkünfte der Hilfskomitees [gemeint: Ostkirchenkonvent] vorstellt, ist mir deshalb nicht ganz klar, weil nach meiner Kenntnis die Finanzierung auch der Arbeit des (wichtigeren) Ostkirchenausschusses noch Schwierigkeiten macht.“⁷⁸

71 EZA, 87/136, Ranke an Karrenberg, 09.01.1952.

72 Rudolph, Kirchen ohne Land, S. 420.

73 Ebd., S. 421. „Ständiges Organ des Konvents der Hilfskomitees ist der Ostkirchenausschuß. Er führt dessen Beschlüsse durch und vertritt die gemeinsamen Belange der Hilfskomitees gegenüber allen Organen der Evangelischen Kirche in Deutschland.“ Zitiert nach ebd.

74 EZA, 17/790, Zusammenfassung der Ergebnisse der Tagung des Konvents, Mai 1952, S. 2.

75 Archiv des Instituts für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde (AIdGL), NL Franz Hamm 678, Geschäftsordnung des Konvents, o. D.; EZA, 17/790, Niederschrift über die Sitzung des Konvents der Hilfskomitees, 28.08.1951, S. 4. Teilweise abgedruckt auch bei: Franz Hamm: Aufgaben, denen wir uns stellen. Die Tätigkeit des Konvents der zerstreuten evangelischen Ostkirchen, in: Brummack (Hrsg.), Die Unverlierbarkeit evangelischen Kirchentums, S. 12–39, hier S. 13. Ausführlich bei: Rudolph, Kirchen ohne Land, S. 422–427.

76 Ebd., S. 427f.; EZA, 17/790, Niederschrift über die Sitzung des Konvents der Hilfskomitees, 28.08.1951, S. 5. Mit Bezug auf Paragraph fünf der Geschäftsordnung des OKA, der den Hilfskomitees vor Berufung neuer Mitglieder in den OKA ein Anhörungsrecht zugestand, sollte von nun ab ein „Kleiner Konvent“ – bestehend aus den Hilfskomitees und Vertretern von Kanzlei der EKD und Hilfswerk – die zu berufenden Neumitglieder benennen. In der Praxis etablierte sich die Wahl der Mitglieder im „Kleinen Konvent“ mit der sich anschließenden Bestätigung durch den Rat der EKD. Vgl. EZA, 17/790, Niederschrift über die Sitzung des Konvents der Hilfskomitees, 28.08.1951, S. 5; EZA, 2/4294, Entwurf der Niederschrift über die Sitzung des Flüchtlingsbeirates der EKD, 01.11.1966, S. 3.

77 Vgl. AIdGL, NL Hamm 678, Bericht von Spiegel-Schmidt über die seelsorgerliche Arbeit der Hilfskomitees, Dezember 1952.

78 EZA, 87/136, Ranke an Karrenberg, 09.01.1952.

Hamm war sich bewusst, möglichst schnell eine Tagung abhalten zu müssen, wollte er die aufgekommene Dynamik nicht verebben lassen und politische Relevanz für Konvent und OKA herstellen.⁷⁹

Dies gelang ihm im Mai 1952 in Königswinter;⁸⁰ ebenso scheint es in den folgenden Jahren eine permanente Bezuschussung von Konvent, OKA und Hilfskomitees, später auch für den evangelischen „Flüchtlingsbischof“ Reinhard Wester (1902–1975), gegeben zu haben.⁸¹ Der Billigung der Minister konnte sich Hamm dabei sicher sein, wie ein Begleitschreiben Lukascheks an einen positiven Bescheid exemplarisch zeigt: „Die seelsorgerliche Arbeit der Kirchen halte ich für einen wesentlichen Beitrag zur Bewahrung der Vertriebenen vor Verzweiflung und Radikalismus und zu ihrer Verwurzelung in der neuen Heimat.“⁸² Die Verwaltungskosten des OKA wurden vom BMVt getragen, zudem wurden Bücher und Broschüren bezuschusst.⁸³ Wie wesentlich Hamms Stellung im Ministerium dabei war, zeigen exemplarisch zwei Schreiben: An die OKA- bzw. Konventsmitglieder stach er Informationen über die Höhe der Subventionen durch.⁸⁴ Für Bischof Wester intervenierte Hamm erfolgreich; allerdings konnten die Mittel seitens der EKD-Finanzverwaltung nicht angenommen werden, weshalb Hamm deren Umwidmung für den OKA anregte.⁸⁵ Hamm fertigte außerdem 1952 eine Liste aller Mitarbeiter evangelischer Konfession des BMVt an.⁸⁶

Die politischen Mitglieder des „Großen Konvents“, die durch den Vorsitzenden berufen wurden, stellten einen Prestigegewinn dar: Bis 1954 waren ihm Bundesminister Waldemar Kraft (1898–1977; BHE, MdB)⁸⁷ und Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer (1905–1998) als sein Vertreter angehörig; ab 1955 Oberländer mit Kraft als seinem Vertreter. Der niedersächsische Sozialminister Heinrich Albertz (1915–1993; SPD) war jeweils als Ersatzmann vorgesehen.⁸⁸ Hamm hatte zudem Gerstenmaier um

79 EZA, 17/790, Niederschrift der Sitzung des Präsidiums des Konvents, 28.02.1952, S. 1.

80 „Daß wir in den letzten zwei Jahren tagen konnten, danken wir dem Zentralbüro des HW [Hilfswerks] und dem Herrn Bundesminister für Vertriebene. Sie stellten dem Konvent in großzügiger Weise Zuschüsse zur Verfügung.“ AIdGL, NL Hamm 78, Tagung des Konvents in Travemünde, 14.10.1952.

81 EZA, 17/793, Rundschreiben Hamm an Präsidium des Konvents, 17.03.1953.

82 Zitiert nach Rudolph, Kirchen ohne Land, S. 455.

83 Vgl. in: EZA, 17/100. Auch verbilligte Fahrkarten bekam der OKA über Hamm vom BMVt. EZA, 17/793, Gehlhoff an Hamm, 02.01.1953.

84 „Wie ich erfahre, können wir auch im laufenden Haushaltsjahr mit einer besonderen Subvention für die Hikos rechnen, u. zw. voraussichtlich mit DM 16.000. [...]. Ich bitte, die Mitteilung als vertraulich zu behandeln.“ EZA, 17/793, Hamm an Gülzow, Gehlhoff, Spiegel-Schmidt, Rauhut, 13.07.1953.

85 EZA, 87/315, Gundert an Gülzow, 02.11.1960.

86 AIdGL, NL Hamm 58, Angehörige des Bundesministeriums für Vertriebene evangelischer Konfession, 15.01.1952.

87 Zur NS-Belastung Krafts vgl. Schwartz, Funktionäre mit Vergangenheit, S. 6f.

88 EZA, 17/797, Hamm an Montzen-Verlag, 14.11.1954; EZA, 17/790, Niederschrift über die Sitzung des Präsidiums des Konvents, 11.10.1955, S. 1. Für ein Biogramm von Albertz siehe: Personenlexikon zum deutschen Protestantismus, S. 19.

dessen Mitgliedschaft gebeten. Dieser antwortete zwar reserviert, nahm aber an.⁸⁹ Weiter gehörten Ottomar Schreiber (1889–1955),⁹⁰ Staatssekretär im BMVt, sowie der Präsident des Hauptamtes für Soforthilfe in Bad Homburg vor der Höhe, Georg Baron Manteuffel-Szoege (1889–1962; CSU, MdB), dem Konvent an.⁹¹

Die Bedeutung des Ostkirchenkonvents lag nicht in seiner kirchenrechtlichen Stellung bzw. seinem Eingebundensein in die EKD-Strukturen, sondern, auch mit Hinblick auf die sich nach Aufhebung des Koalitionsverbots gründenden säkularen Landsmannschaften, in der christlichen Durchdringung von Vertriebenenthemen wie Heimat- und Selbstbestimmungsrecht, Ostfragen etc.⁹² Personell wie strukturell kooperierten OKA und Konvent miteinander,⁹³ auf den zunächst jährlich, dann alle zwei Jahre stattfindenden Konventstagungen referierten u. a. OKA-Mitglieder regelmäßig, Tagungsreferate erschienen anschließend im „Remter“.⁹⁴ Binnenkirchlich wie nach außen gingen von den Tagungen des Konvents wichtige Impulse für die evangelisch-christliche Vertriebenenarbeit aus.⁹⁵ Spiritus Rector war bis zu seinem freiwilligen Rückzug 1966 Hamm, der über die notwendigen personellen wie finanziellen Ressourcen verfügte und damit die evangelische Vertriebenenarbeit und das BMVt miteinander verband.

89 EZA, 17/793, Gerstenmaier an Hamm, 30.04.1952; EZA, 17/797, Hamm an Montzen-Verlag, 14.11.1954.

90 Ottomar Schreiber: 1919 Studienassessor in Danzig, 1920 Verlagsbuchhändler in Wuppertal, danach bis 1922 in München; ab 1922 Erster Syndikus der Industrie- und Handelskammer in Memel (lit. Klaipėda); Mitglied und Vorsitzender einer Memeler Freimaurerloge; 1932 Wahl in den Memelländischen Landtag (Verzicht) und Ernennung zum Landespräsidenten des Landesdirektoriums für das Memelgebiet; von 1934 bis 1937 Absetzung, Hochverratsverfahren, Entzug der Staatsbürgerschaft; 1937 Wiederanerkennung der Staatsbürgerschaft durch internationales Schiedsgericht; ab 1937 Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer; behördliche Probleme wegen Freimaurerei (1939) und mit Gauleiter Erich Koch (1896–1986), da Schreiber sich gegen den Verkauf jüdischer Grundstücke unter Marktwert aussprach; 1942 Entfernung aus dem Amt, 1943/44 ohne Anstellung, dann ehrenamtlicher Mitarbeit in der Abteilung Rüstungshandel; 1945 Flucht nach Tegernsee mit Anstellung; 1946/47 Mitarbeit im Deutschen Büro für Friedensfragen Stuttgart; 1948 Kreistagsabgeordneter des Landkreises Miesbach für die CSU; 1948 Wahl zum Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen; 1949 Leiter des Amtes für Fragen der Heimatvertriebenen in Frankfurt a. M., ab September Staatssekretär im BMVt; Mitglied des Ostkirchenkonvents; Rudolph nennt ihn auch als Mitglied des OKA. Rudolph, *Kirchen ohne Land*, S. 594; Balling, *Von Reval bis Bukarest*, Bd. 2, S. 723f.

91 EZA, 17/797, Hamm an Montzen-Verlag, 14.11.1954.

92 Rudolph, *Kirchen ohne Land*, S. 428.

93 Beispielweise fungierte Gehlhoff bis zu seinem Tod nicht nur als zweiter Vorsitzender des OKA, sondern auch des Konvents. Sein dortiger Nachfolger wurde der Vorsitzende des OKA, Gültzow. EZA, 632/2, Jahresbericht des OKA, des Ostkirchenkonvents und der Hilfskomitees, 1955, S. 1. Das Büro des OKA war auch dasjenige des Konvents. EZA, 17/790, Niederschrift über die Sitzung des Konvents der Hilfskomitees, 28.08.1951, S. 5.

94 Hamm, *Aufgaben*, S. 29, 31. Rudolph, *Kirchen ohne Land*, S. 428f.; EZA, 87/136, Ranke an Karrenberg, 09.01.1952.

95 Rudolph, *Kirchen ohne Land*, S. 428f.; EZA, 87/136, Ranke an Karrenberg, 09.01.1952.

1.3. Der Beauftragte des Rates der EKD für Umsiedler- und Vertriebenenfragen und der Flüchtlingsbeirat der EKD

Während die Zentralisierung der Vertriebenenarbeit auf landeskirchlicher Ebene unproblematisch verlief und ein „Landesflüchtlingspfarrer“ zumeist benannt worden war, gab es auf evangelischer bundeskirchlicher Ebene bis 1957 keine zentrale Instanz.⁹⁶ Mit der stark steigenden Immigration aus der DDR besonders nach 1953, von Spätaussiedlern, Spätheimkehrern und weiteren Flüchtlingen erhielt das „Flüchtlingsproblem“ auch im BMVt einen besonderen Stellenwert. In diesem Zusammenhang fand 1957 in der Evangelischen Akademie Loccum ein Austausch zwischen Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer und den in der evangelischen Vertriebenenarbeit tätigen Stellen statt, um den kirchlichen Beitrag zur Eingliederung auszuloten. Oberländer lobte die Arbeit der Kirchen in den Flüchtlingslagern, die dem BMVt unterstanden,⁹⁷ forderte zugleich aber auch tatkräftige Unterstützung bei der Integration der in den Lagern und Durchgangslagern lebenden Personen ein.⁹⁸ Die Kirche solle nach Oberländer „die Eingliederung dort weiterführen, wo der Staat nicht weiterkommen kann, nämlich auf dem Gebiet der geistig-seelischen Eingliederung“.⁹⁹

Resultat dieser und weiterer Gespräche zwischen Minister und evangelischer Kirche war ein Ratsbeschluss vom 7./8. November 1957, der die Ernennung eines Beauftragten des Rates der EKD für Umsiedler- und Vertriebenenfragen („Flüchtlingsbischof“) billigte.¹⁰⁰ Vom Rat bestellt wurde Reinhard Wester,¹⁰¹ der zum einen durch

96 Rudolph, Kirchen ohne Land, S. 433–435, die landeskirchliche Flüchtlingsarbeit und Strukturierung S. 251–261.

97 Oberländer bekundete honorabel: „Ich weiß, was von der Kirche in den Lagern geleistet wird.“ Ratsvorsitzender Dibelius erkannte an: „Es ist eine wohltuende Erfahrung in unserer zerrissenen Zeit, zu erleben, daß die Sorgen eines Bundesministers so direkt in die Verantwortung der Kirche hineinreichen und das, was uns am Herzen liegt, so unmittelbar berühren.“ EZA, 87/130, Niederschrift zur Tagung in Loccum, 19.03.1957, S. 11.

98 Rudolph, Kirchen ohne Land, S. 436–438. Bezüglich der Lagerräumung ließ er die evangelischen Teilnehmer wissen: „In der katholischen Kirche hat es sich gezeigt, daß die Gemeinden neue Kräfte mobil machen können für die Arbeit an den Vertriebenen. Dazu gehören auch Altvertriebene, die wieder eingegliedert sind. Etwas ähnliches [sic!] ist zweifellos in der ev. Kirche möglich.“ EZA, 87/130, Niederschrift zur Tagung in Loccum, 19.03.1957, S. 6. Vgl. auch die Ergebnisse der Tagung: Ebd., S. 9f.

99 Zitiert nach: Teuchert, Eine protestantische Kultur, S. 30.

100 Rudolph, Kirchen ohne Land, S. 437f. Die Tagung in Loccum sei für den Rat ein wesentlicher Anlass dafür gewesen, einen Beauftragten für die Flüchtlingsarbeit zu berufen. Gundert an Collmer, 25.01.1958, zitiert nach ebd., S. 438, Anm. 172.

101 Reinhard Wester: Mitbegründer der Bekennenden Kirche in Schleswig-Holstein, von 1934 bis 1936 geschäftsführender Vorsitzender des Landesbruderrates; ab 1942 freiwilliger Militärdienst, Kriegsgefangenschaft und Lagerpfarrer in Ägypten bis 1947; im selben Jahr Wahl zum Bischof von Schleswig durch die Landessynode; von 1948 bis 1964 Landesbevollmächtigter für den Diakonischen Dienst der Landeskirche; 1960/61 Mitglied im Rat der EKD. Vgl. Jens-Heinrich Pörksen: Bischof Reinhard Wester (1902–1975), in: Karl Ludwig Kohlwege/Manfred Kamper/Jens-Heinrich Pörksen (Hrsg.): „Was vor Gott recht ist“. Kirchenkampf und theologische Grundlegung für den Neuanfang der Kirche in Schleswig-Holstein nach 1945. Husum 2015, S. 136f.; Annette Göhres/

seinen Bischofstitel genügend Integrität mitbrachte, zum anderen über seine Tätigkeit als Landesbevollmächtigter für den Diakonischen Dienst der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Schleswig-Holsteins mit der Vertriebenen- und Flüchtlingsarbeit vertraut war.¹⁰² Wester besaß außerdem „gute Arbeitskontakte“ zum katholischen „Flüchtlingsbischof“,¹⁰³ bald auch zum OKA und ins BMVt, wo er beispielsweise Mitglied des Arbeitsausschusses im Weltflüchtlingsjahr 1959/60 war.¹⁰⁴

Zunächst nahm Wester im Februar 1958 auf einem Treffen der Flüchtlingsreferenten in Kassel eine „Bestandsaufnahme unter den Werken und Verbänden der Kirche“ vor.¹⁰⁵ Zusammen mit Vertriebenenminister Oberländer ging es um die Koordinierung der verschiedenen Träger evangelischer Flüchtlingsarbeit. Ein im hiesigen Kontext wichtiges Ergebnis dieser Tagung war die Gründung des Flüchtlingsbeirats der EKD.¹⁰⁶ Dieser Beirat trat fortan ein- bis zweimal jährlich unter dem Vorsitz von Wester bzw. seines Nachfolgers zusammen, ohne freilich „kirchenoffizielle Zustimmung oder sonstige Legitimation“ seitens des Rates erhalten zu haben.¹⁰⁷

Die Aufgaben des Flüchtlingsbeirats ergaben sich aus dem Umstand seiner Konstituierung: „Im Flüchtlingsbeirat der EKD werden die anstehenden Probleme der Flüchtlingsseelsorge und der Flüchtlingseingliederung, soweit dies Sache der Kirche ist, aus Sicht jedes kirchlichen Werkes, das mit Flüchtlingen zu tun hat, besprochen.“¹⁰⁸ Anschließend brachten Gundert im Beirat des BMVt und Wester im direkten Kontakt mit dem BMVt die Entschliefungen ein. Überdies suchte Wester als „Flüchtlingsbischof“ – zum Teil unangemeldet – die Durchgangs- und Aufnahmelager auf, um mögliche Missstände aufzudecken.¹⁰⁹

Mitglieder des Flüchtlingsbeirats der EKD waren – neben dem Vorsitzenden Wester – Collmer, Gundert, Gülzow, der Leiter der evangelischen Flüchtlingsseelsorge in West-Berlin, Karl Ahme (1893–1979), der Landesflüchtlingspfarrer von Westfalen, Herbert Neß (1908–1994), und der Flüchtlingsbeauftragte des Rheinlandes, Friedrich Wilhelm von Staa (1911–1984).¹¹⁰ Bis 1962 wurde diese Runde noch erweitert um den Vorsitzenden des Heimatlosenlagerdienstes des Christlichen Vereins Junger Männer,

Ulrich Stenzel/Peter Unruh: Bischöfinnen und Bischöfe in Nordelbien 1924–2008. Kiel 2008, S. 96f.; Rudolph, Kirchen ohne Land, S. 603; Wester, Reinhard, in: Personenlexikon zum deutschen Protestantismus, S. 274; Festgabe Bischof em. D. Reinhard Wester zum 70. Geburtstag am 2. Juni 1972 gewidmet. Neumünster 1972.

102 Rudolph, Kirchen ohne Land, S. 438.

103 EZA, 2/4292, Wester an Kunst, 16.07.1958.

104 Brummack, Ostkirchenausschuß, S. 81f.; EZA, 2/4292, Niederschrift über die Sitzung des Flüchtlingsbeirates der EKD, 22.05.1959, S. 1f.

105 Zitiert nach Rudolph, Kirchen ohne Land, S. 441.

106 Die weiteren Ergebnisse der Kassler Tagung zusammengefasst: Ebd., S. 443.

107 Ebd., S. 442; EZA, 87/130, Niederschrift über die Tagung der landeskirchlichen Flüchtlingsreferenten und der kirchlichen Werke, 11.03.1958, S. 4. Daher wurde der Name Flüchtlingsbeirat der EKD lediglich intern verwendet und nicht im amtlichen Verkehr. EZA, 2/4297, Wester an Kunst, 30.07.1959.

108 EZA, 2/4297, Gundert an Sucker, 04.04.1966.

109 Rudolph, Kirchen ohne Land, S. 439.

110 EZA, 2/4292, Niederschrift über die Sitzung des Flüchtlingsbeirates der EKD, 22.05.1959, S. 1.

Adolf Quast (1910–1914), und Franz Hamm. Da „häufig Dinge besprochen wurden, die [...] in den Ministerien zu vertreten“ waren, wohnte den Sitzungen auch Dibelius von der Außenstelle Bonn bei.¹¹¹

Die nicht gänzlich friktionsfreie Aufnahme Hamms in den Flüchtlingsbeirat wirft ein Schlaglicht auf das Verhältnis der evangelischen Amtskirche zum neuen demokratischen Staat und seinen behördlichen Gliedern.¹¹² Im Gegensatz zur katholischen Seite war die Beziehung nicht so einträchtig.¹¹³ Im konkreten Fall hatte Karl Ahme Bedenken gegen die Aufnahme Hamms geäußert, da „ein Vertreter des Ministeriums dem evangelischen Flüchtlingsbeirat nicht angehören sollte“. In der Aussprache wurde seine Tätigkeit im Ministerium im Hinblick auf Staatssekretär Nahm, der „nicht nur dem katholischen Flüchtlingsbeirat angehört, sondern jetzt sogar dessen Vorsitzender ist“, als „unbedenklich“ eingestuft. Hamm sollte um die Mitarbeit gebeten werden, dabei aber auf Bundesmittel für die Dienstreisen verzichten.¹¹⁴ Jahre zuvor hatte sich Gotthard Kutzner (1904–1980), Regierungsdirektor im Vertriebenenministerium, bereits über den Umgang evangelischer Kirchenstellen mit den der Kirche zugeneigten Beamten beklagt. Kutzner, bis 1955 BHE-Mitglied, anschließend SPD und deren Vorsitzender im Berliner Landesverband, war noch unter dem Staatssekretär im BMVt, Schreiber, damit beauftragt worden, Benachteiligungen der evangelischen Kirche im Ministerium und in der Flüchtlingsseelsorge zu beobachten.¹¹⁵ Gegenüber von Staa beanstandete er:

„Auch hohe evangelische Stellen sind leider häufig nicht diplomatisch, bzw. zu temperamentvoll oder gutgläubig und schaden damit nicht nur ihren Mitarbeitern im freien Raum, sondern letztlich der Sache selbst. Es ist daher nicht verwunderlich, dass ev. Beamte, die auch vorwärts kommen wollen, es ablehnen, sich für evg. Belange einzusetzen, da sie ausser der Arbeit noch die Zeche voll bezahlen müssen.“¹¹⁶

111 EZA, 2/4292, Gundert an Besch, 26.08.1966.

112 Vgl. Scholz, Die Kirchen und der deutsche Nationalstaat, S. 469f.

113 Das spricht nicht gegen eine für die frühe Bundesrepublik konstatierte konfessionell-paritätische Besetzung von Partei- und Staatsämtern. Gerade bei Ämterbesetzungen wurde von beiden Seiten penibel darauf geachtet, nicht benachteiligt zu werden, was eine Lehre aus Zeiten der Weimarer Republik war, als u. a. Paritätsstreitigkeiten den jungen demokratischen Staat belasteten. Freilich blieben dadurch sachliche Argumente für oder gegen einen Bewerber auf der Strecke. Vgl. Kristian Buchna: Ein klerikales Jahrzehnt? Kirche, Konfession und Politik in der Bundesrepublik während der 1950er Jahre. Baden-Baden 2014, S. 467–483.

114 EZA, 2/4293, Niederschrift der Sitzung des Flüchtlingsbeirates der EKD, 07.12.1960.

115 Der Schlesier Kutzner war 1933, wohl aus Karrieregründen, der NSDAP beigetreten. Neben seiner Tätigkeit im BMVt sollte er – auf Anweisung Lukascheks – über Albertz zur SPD ein „erträgliches Verhältnis“ herstellen. Den „konfessionellen Auftrag“ (Legerer) Schreibers an Kutzner hatte Oberländer fortführen lassen. Kutzner sah sich ob dieser Arbeit für die evangelische Seite einem schlechten Arbeitsklima ausgesetzt und machte dafür Staatssekretär Nahm, seinen Abteilungsleiter sowie die Bundestagsabgeordneten Hans Schütz und Ernst Kuntzsch (1899–1971; CDU, MdB) verantwortlich. Vgl. Anton Legerer: Tatort: Versöhnung. Aktion Sühnezeichen in der BRD und in der DDR und Gedenkdienst in Österreich. Leipzig 2011, S. 92–95; EZA, 87/137, Kutzner an von Staa, 09.10.1954.

116 EZA, 87/137, Kutzner an von Staa, 09.10.1954. Zur Motivation für protestantische Interessenpolitik vgl. Teuchert, Eine protestantische Kultur, S. 32.

Kapital schlage daraus die katholische Kirche, die sich mehr finanzieller Mittel bemächtige, als ihr beispielsweise für den Lagerdienst zustehe.¹¹⁷

Nach dem Rücktritt Westers infolge der EKD-Schrift „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“, an deren Entstehung Wester zu wenig habe mitwirken dürfen und die er daher inhaltlich nicht vollumfassend vertreten könne,¹¹⁸ berief der Rat Günter Besch (1904–1999).¹¹⁹ Zumindest Teile der Ministerialen des Vertriebenenministeriums hatten den OKA-Vorsitzenden Gülzow, der die EKD-Ostdenkschrift abgelehnt hatte, als Nachfolger favorisiert. Ministerialdirigent Rudolf Senteck (1898–1975) hatte extra einen Abstecher zu Ahmes Urlaubsort unternommen, um diesem darüber Kenntnis zu geben. Ahme merkte in einem Brief an Gundert spitz an: „Dass er [Senteck] nur um meiner blauen Augenwillen [sic] in seinem Urlaub einen Abstecher vom Bodensee nach Meran gemacht hätte, kann ich auch nicht annehmen, zumal er kurz vorher Staatssekretär Nahm getroffen hatte.“¹²⁰ Dennoch bleibt ungeklärt, ob Staatssekretär Peter Paul Nahm (1901–1981) Gülzow als Beauftragten der EKD vorgezogen hätte;¹²¹ jedenfalls betonte Ahme: „Wir haben als kirchliche Einrichtung unseren Weg zu gehen, auch wenn er in die Tagespolitik einmal nicht passt.“¹²²

Auch Besch war zunächst reserviert und äußerte vor seiner Berufung Bedenken. Er habe sich „in öffentlichen Diskussionen deutlich hinter die Denkschrift gestellt“, da er „die Intentionen der Denkschrift voll und ganz teile“. Befürchtungen hegte er vor einer Ablehnung seiner Person durch den OKA: „Ich stehe nun einmal theologisch und politisch anders, als es jedenfalls in den offiziellen Verlautbarungen des Ostkirchenausschusses zum Ausdruck kommt.“¹²³

Der Beirat, den Wester – wohl wegen einer längeren Krankheit – letztmalig 1962 einberufen hatte, trat nach Beschs Ernennung erstmals am 1. November 1966 zusammen.¹²⁴ Besch hatte zwei weitere Personen in das Gremium beordert: den in der Flüchtlingsarbeit der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannover tätigen Kurt Schmidt-Clausen (1920–1993) und den Leiter des Kirchendienstes Ost sowie seit 1966

117 EZA, 87/132, Kutzner an von Staa, 29.10.1954.

118 EZA, 2/4297, Wester an Rat der EKD, 19.10.1965. Aus Sicht des Rates konnte von einer „Nichtbeteiligung von Bischof D. Wester [...] an der Arbeit der Kammer ernsthaft nicht die Rede sein [...]“. Er könnte höchstens geltend machen, daß er nicht ausreichend beteiligt worden ist.“ EZA, 2/4297, Brief an Lilje zum Rücktritt Westers, 22.10.1965. Vgl. weiterführend bei: Rudolph, Kirche in der neuen Heimat, S. 177–188.

119 Zwischen dem Rücktritt Westers und der Beauftragung Beschs lagen allerdings einige Monate, in denen Aspiranten nach ihrer Bereitwilligkeit zur Übernahme gefragt wurden. Ahme – wie auch Oberländer – dauerte die Neubesetzung indes zu lange, sie drängten auf Eile: EZA, 2/4297, Ahme an den Rat der EKD, 03.12.1965; EZA, 742/492, Oberländer an Kunst, 21.05.1966.

120 In Ahmes Wahrnehmung war Senteck zudem „CDU schwarz, dass dagegen der Papst liberal ist“. EZA, 2/4294, Ahme an Gundert, 25.10.1966.

121 Vgl. EZA, 632/7, Gülzow an die Ostkonventsvorsitzenden, 13.11.1965.

122 EZA, 2/4294, Ahme an Gundert, 25.10.1966.

123 EZA, 2/4297, Besch an Scharf, 01.02.1966.

124 Ebd.

Vorsitzenden des Ostkirchenkonvents, Harald Kruska (1908–1993).¹²⁵ Aus Antipathie zu Besch blieb Gülzow den Sitzungen des Flüchtlingsbeirats hingegen durchweg fern und ließ sich vertreten.¹²⁶ Hamm scheint noch an den Sitzungen teilgenommen zu haben, sollte aber gefragt werden, ob „er einen bewußt evangelischen Mann im Bundesvertriebenenministerium kennt, der als Mitglied des Flüchtlingsbeirates in Frage kommen könnte“.¹²⁷ Besch hielt es angesichts der aus seiner Sicht stabilen Lage sowohl in den Lagern als auch in der Frage der gesetzlichen Gleichstellung der Sowjetzonenflüchtlinge für gegeben, den Flüchtlingsbeirat 1968 nicht einzuberufen.¹²⁸ In der Folge scheint der Flüchtlingsbeirat nicht mehr getagt zu haben.¹²⁹

2. Organisationsformen katholischer Vertriebenenarbeit

2.1. Zentrale Repräsentanz: Der Katholische Flüchtlingsrat und der Beauftragte der Fuldaer Bischofskonferenzen für die Vertriebenen

Während des Konvenziats der westdeutschen Bischöfe vom 3. bis 5. Februar 1948 wurde über die Nachfolge des zuvor verstorbenen Ermländer Bischofs Maximilian Kaller (1880–1947) beraten.¹³⁰ Kaller war im Juni 1946 vom Heiligen Stuhl zum Päpstlichen Sonderbeauftragten für die heimatvertriebenen Deutschen ernannt worden, allerdings ohne gesonderte jurisdiktionelle Amtsbefugnisse.¹³¹ Zu seinem Nachfol-

125 EZA, 2/4297, Gundert an Sucker, 04.04.1966; EZA, 2/4292, Gundert an Besch, 26.08.1966.

126 EZA, 2/4294, Gundert an Guillaume, 28.11.1966. Zur Vita Kruskas kurz: Personenlexikon zum deutschen Protestantismus, S. 147.

127 „Außerdem kennen Bruder Gülzow und ich uns mehr als 30 Jahre und wir haben merkwürdigerweise immer auf verschiedenen Seiten gestanden. [...] Er würde mich also in dieser neuen Funktion nicht gerade begeistert begrüßen.“ EZA, 2/4297, Besch an Scharf, 01.02.1966.

128 EZA, 2/4294, Entwurf der Niederschrift über die Sitzung des Flüchtlingsbeirates der EKD, 01.11.1966, S. 5.

129 „Nachdem der Flüchtlingsbeirat [der EKD] im Jahre 1967 zweimal zusammentreten mußte, haben wir von einer Sitzung im Jahre 1968 Abstand nehmen können. Wir waren uns darüber einig, daß wir nur dann zusammenkommen sollten, wenn uns besondere Aufgaben gestellt wären.“ EZA, 2/4295, Rundschreiben an die Mitglieder des Flüchtlingsbeirates der EKD, 17.12.1968.

130 Rudolph, Kirchen ohne Land, S. 443, Anm. 192. Allerdings fand die letzte Sitzung des Flüchtlingsbeirats nicht – wie von Rudolph vermerkt – am 26.04.1967, sondern am 30. August des Jahres statt.

131 Gustav Braun: Zur kirchenrechtlichen Lage des heimatvertriebenen Klerus in Deutschland, in: Franz Lorenz (Hrsg.): Schicksal – Vertreibung. Aufbruch aus dem Glauben. Dokumente und Selbstzeugnisse vom religiösen, geistigen und kulturellen Ringen. Köln 1980, S. 254–260, hier S. 256. Offenbar war ein Schreiben Frings' vom 14.05.1948, das die jurisdiktionellen Rechte von Kaller regeln sollte, nicht nach Rom gelangt. Vgl. Frings an Muench, 28.01.1948, in: Akten deutscher Bischöfe seit 1945. Westliche Besatzungszonen und Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1948/49. Bearb. v. Annette Mertens. Paderborn u. a. 2010, S. 92–94, hier S. 93; Norbert Trippen: Die Integration der heimatvertriebenen Priester in Westdeutschland nach 1945, in: Reimund Haas/Karl Josef Rivinius/Hermann-Josef Scheidgen (Hrsg.): Im Gedächtnis der Kirche neu erwachen. Studien zur Geschichte des Christentums in Mittel- und Osteuropa. Festgabe für Gabriel Adriányi zum 65. Geburtstag. Köln/Weimar/Wien 2000, S. 265–281, hier S. 270f.

ger wurde der Bischof von Limburg, Ferdinand Dirichs (1894–1948), erkoren.¹³² Für Frankfurt und Umgebung, wo sich die Aktivitäten der Vertriebenen in Form von Kirchlicher Hilfsstelle und Königstein¹³³ organisatorisch verdichtet hatten, war das Bistum Limburg zuständig; zudem war ein vertriebener Geistlicher vom Format Kalers nicht vorhanden.¹³⁴ Der Heilige Stuhl bestellte Dirichs zum Päpstlichen Beauftragten für die Seelsorge der Heimatvertriebenen,¹³⁵ überdies den Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenzen und Kölner Erzbischof, Josef Frings (1887–1978),¹³⁶ zum Hohen Protektor für das gesamte Flüchtlingsproblem in Deutschland.¹³⁷

In dieser Ämterkonstellation fungierte der wenig später implementierte Katholische Flüchtlingsrat als Schnittstelle zum politisch einflussreichen Kölner Erzbischof, der sich als höchster Würdenträger der katholischen Kirche in Deutschland beim Vatikan und den alliierten bzw. bundesrepublikanischen Vertretern für die Belange der Vertriebenen und Flüchtlinge einsetzte.¹³⁸ Die Aufgaben des „Vertriebenenbischofs“ erstreckten sich vor allem auf die seelsorgerliche Betreuung der Priester, auf die Rechtsaufsicht, auf die Leitung von und Teilnahme an Wallfahrten und Sondergottes-

132 Protokoll des Konveniens der westdeutschen Bischöfe, in: Akten deutscher Bischöfe, S. 97–102, hier S. 97. Dirichs sollte „Referent der Fuldaer Bischofskonferenz für die Seelsorge und Betreuung der Ostvertriebenen“ werden. Vgl. ebd.

133 Zu einem Kristallisationspunkt katholischer Vertriebenenarbeit wurde Königstein im Taunus. Zunächst von Albert Büttner (1900–1967) geführt, nach Ränken um dessen Person von Adolf Kindermann übernommen und zielstrebig ausgebaut (Philosophisch-Theologische Hochschule, Priesterseminar, Gymnasium mit Konvikt, Haus der Begegnung). Königstein war „Ersatz“-Wallfahrtsort, Treffpunkt für die Vertriebenen-seelsorger, Ort der Kongresse „Kirche in Not“, Ort der konfessionellen Begegnung mit der orthodoxen bzw. evangelischen Kirche, mehrfach Tagungsort des Katholischen Flüchtlingsrats. Ausführlich bei: Rainer Bendel: *Aufbruch aus dem Glauben? Katholische Heimatvertriebene in den gesellschaftlichen Transformationen der Nachkriegsjahre 1945–1965*. Köln/Weimar/Wien 2003, S. 134–139; Ders.: *Hochschule und Priesterseminar Königstein. Ein Beitrag zur Vertriebenen-seelsorge der katholischen Kirche*. Köln/Weimar/Wien 2014, S. 172–189, S. 290–306; Ders.: *Kirchliche Vergemeinschaftung bei den vertriebenen Sudetendeutschen*, in: Martin Schulze Wessel/Martin Zückert (Hrsg.): *Handbuch der Religions- und Kirchengeschichte der böhmischen Länder und Tschechiens im 20. Jahrhundert*. München 2009, S. 815–874, hier S. 843–850.

134 Heinrich Maria Janssen: *Das Amt des Vertriebenen-Bischofs*, in: Lorenz (Hrsg.), *Schicksal – Vertreibung*, S. 26–29, hier S. 27; Trippen, *Die Integration der heimatvertriebenen Priester*, S. 274.

135 Rom kodifizierte dessen Rechte durch das Reskript *Jura antistitum*. Trippen, *Die Integration der heimatvertriebenen Priester*, S. 275; Janssen, *Das Amt des Vertriebenen-Bischofs*, S. 27; Braun, *Zur kirchenrechtlichen Lage*, S. 256.

136 Zu Frings vgl. Norbert Trippen: *Josef Kardinal Frings (1887–1978)*. 2 Bde. Paderborn u. a. 2003–2005; Ulrich Helbach: *Ein Oberhirte für die Leute. Josef Frings 1887–1978*, in: Zumholz/Hirschfeld (Hrsg.), *Zwischen Seelsorge und Politik*, S. 173–193.

137 Braun, *Zur kirchenrechtlichen Lage*, S. 260. Der Titel „Päpstlicher Beauftragter“ sollte ab 1951 auf Bitten des Vatikans nicht mehr im amtlichen Verkehr genutzt werden, da die „Flüchtlingsbischofe“ ihre „Beauftragung nicht vom Hl. Stuhl, sondern von der Bischofskonferenz zu Fulda erhalten“. Fortan galt die Amtsbezeichnung *Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für die Heimatvertriebenen-Seelsorge*, inoffiziell „Flüchtlingsbischof“. Trippen, *Die Integration der heimatvertriebenen Priester*, S. 277.

138 Archiv der Kommission für Zeitgeschichte Bonn (KfZG), 723 Akten Königstein Ordner 3074 Phil.-Theol. Hochschule Geschäftsführung Bischof von Limburg, Kurzprotokoll der Tagung des Katholischen Flüchtlingsrates, 23.12.1948, S. 1.

diensten, auf die Zusammenarbeit mit dem Katholischen Flüchtlingsrat und vorrangig auf die Aufgabe, Referent für diesen Sachbereich für die Deutsche Bischofskonferenz zu sein.¹³⁹

Für den 31. März 1948 lud Dirichs zu einer Besprechung über Fragen der katholischen Flüchtlingshilfe Vertreter des Deutschen Caritasverbands,¹⁴⁰ des St. Raphaelsvereins¹⁴¹ und der Kirchlichen Hilfsstelle¹⁴² nach Limburg.¹⁴³ In Fortsetzung des Reichsverbandes für das katholische Deutschtum im Ausland war auf Betreiben Büttners und Paulus Sladeks die Kirchliche Hilfsstelle mit Sitz in Frankfurt und einer Nebenstelle in München geschaffen worden. Sladek und Hans Schütz teilten sich in München die Arbeitsgebiete der Hilfsstelle auf: Schütz war für sozialpolitische Konzepte zuständig, Sladek für die „erweiterte“ Seelsorge (karitativ, als Arbeitsvermittlung, als Erziehungs- und Informationsarbeit).

139 Die Aufgaben der Referenten der entsprechenden Bereiche hatten die Bischofskonferenzen 1948 in Richtlinien festgelegt. Vgl. Richtlinien über die Aufgaben der Referenten der Fuldaer Bischofskonferenz, in: Akten deutscher Bischöfe, S. 313.

140 Der Deutsche Caritasverband hatte – im Gegensatz zum katholischen Pressewesen wie Verbandskatholizismus – die Kriegseignisse relativ schadlos überstanden. Er expandierte organisatorisch, als im September 1945 ein Caritas-Suchdienst und im Dezember 1945 die Caritas-Flüchtlingshilfe eingerichtet wurden. Die spontane Nothilfe brachte eine Differenzierung und Stratifizierung der Aufgaben; es kam zu einem flächendeckenden Ausbau der Kreisstellen der Caritas, die bislang auf die größeren Städte konzentriert war. Die Ausdehnung der Arbeitsbereiche sicherte einer Vielzahl von Vertriebenen und Flüchtlingen eine Arbeitsstelle. Vgl. Rainer Bendel (Hrsg.): Die Fremde wird zur Heimat. Integration der Vertriebenen in der Diözese Rottenburg. Berlin/Münster 2008, S. 89–119; Voßkamp, Katholische Kirche und Vertriebene, S. 62f.

141 Vgl. zum St. Raphaelsverein (heute: Raphaelswerk) Manfred Hermanns: Weltweiter Dienst am Menschen unterwegs. Auswandererberatung und Auswandererfürsorge durch das Raphaels-Werk 1871–2011. Friedberg 2011, S. 153–160.

142 Nach der Entscheidung der Fuldaer Bischofskonferenzen im Februar 1950, beide Hilfsstellen aufzulösen, gelang es Sladek im April 1951, die Bischofskonferenzen von einer Fortführung zu überzeugen. Für Süddeutschland wurde die Katholische Arbeitsstelle für Heimatvertriebene (Süd) errichtet, für Nordwestdeutschland eine Katholische Arbeitsstelle für Heimatvertriebene (Nord) errichtet. Sladek gelang es zudem, vom BMVt eine Bezuschussung für das Jahr 1951 zu erhalten. Beiden Arbeitsstellen oblag die Verteilung der Zuschüsse des BMVt für die katholischen landsmannschaftlichen Organisationen (Ackermann-Gemeinde, Eichendorffgilde etc.). Vgl. Bendel, Die Fremde wird zur Heimat, S. 236f.; Ders., Aufbruch aus dem Glauben, S. 88–94; Voßkamp, Katholische Kirche und Vertriebene, S. 100–103; Trippen, Die Integration der heimatvertriebenen Priester, S. 272; Paulus Sladek: Not ist Anruf Gottes. Aus Veröffentlichungen, Rundschreiben, Predigten und Briefen. Dokumente zur Geschichte der Vertriebenenseelsorge. Festgabe zum sechzigjährigen Priesterjubiläum. Hrsg. v. Rudolf Ohlbaum. München 1991, S. 459–480. Ausführlich bei: Ulrich Enders: Die Kirchliche Hilfsstelle München, in: Friedrich Prinz (Hrsg.): Integration und Neubeginn. Dokumentation über die Leistung des Freistaats Bayern und des Bundes zur Eingliederung der Wirtschaftsbetriebe der Vertriebenen und Flüchtlinge und deren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Bd. 1: Texte u. Anm. München 1984, S. 171–186.

143 Für den Deutschen Caritasverband nahmen teil: der Präsident Benedikt Kreutz (1879–1949), Franz Wosnitza, Finanzdirektor Anton Wopperer (1898–1970), die Abteilungsleiterin für Mädchensozialarbeit Elisabeth Denis (1900–1969) und der Referent für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen Erich Püschel (1898–1985); für den St. Raphaelsverein nahm dessen Generalsekretär Friedrich Fröhling teil; für die Kirchlichen Hilfsstellen Büttner und Sladek; vom Bistum Limburg der Ca-

Als gemeinsame Instanz der Beratung und des Erfahrungsaustauschs sollte erstens eine Arbeitsgemeinschaft für katholische Flüchtlingshilfe unter dem Vorsitz des Beauftragten der Fuldaer Bischofskonferenzen dienen.¹⁴⁴ Zweitens wurde die Einrichtung eines Laiengremiums namens „Katholischer Flüchtlingsrat“ beschlossen.¹⁴⁵ Generalvikar Wosnitza (1902–1979),¹⁴⁶ Mitarbeiter im Deutschen Caritasverband, sollte die notwendigen Vorarbeiten übernehmen.¹⁴⁷

Die Arbeitsgemeinschaft für katholische Flüchtlingshilfe tagte erstmals am 14. Juli 1948 in Limburg. Obgleich sie sich nach Dirichs' Tod – er verunglückte am 27. Dezember 1948 bei einem Autounfall – nicht etablieren konnte, weil die Abgrenzung der Arbeitsgemeinschaft zu dem von ihr zu schaffenden Flüchtlingsrat wohl zu vage blieb, gingen von ihr inhaltliche und personelle Impulse für die weitere katholische Vertriebenenarbeit aus. So gehörten ihr u. a. mit Adolf Kindermann (1899–1974)¹⁴⁸ als Vertreter des Priesterreferats/Königstein, dem späteren Vertriebenenminister Hans Lukaschek,¹⁴⁹ dem Referenten des „Vertriebenenbischofs“ und Ordinariatsrats, Gustav Braun (1896–1976),¹⁵⁰ sowie mit dem Sudetendeutschen und Vorsitzenden des

ritasdirektor der Diözese, Joseph Lamay (1892–1961). Vgl. KfZG, Ordner 3074, Niederschrift der Besprechung über Fragen der katholischen Flüchtlingshilfe, 31.03.1948, S. 1.

144 KfZG, Ordner 3074, Niederschrift der Besprechung über Fragen der katholischen Flüchtlingshilfe, 31.03.1948, S. 2.

145 Ebd.

146 Siehe zu Wosnitzas Vita: Maik Schmerbauch: Prälat Franz Wosnitza (1902–1979). Ehemaliger Generalvikar von Kattowitz. Münster 2010.

147 KfZG, Ordner 3074, Niederschrift der Besprechung über Fragen der katholischen Flüchtlingshilfe, 31.03.1948, S. 2.

148 Zu Kindermann vgl.: Bendel, Aufbruch aus dem Glauben, S. 113–160.

149 Hans Lukaschek: Mitglied der Zentrumsparterie, 1929 Oberpräsident der Provinz Oberschlesien; im Mai 1933 von den Nationalsozialisten entlassen, danach als Rechtsanwalt in Breslau (pol. Wrocław) tätig, dem NS-Rechtswahrerbund trat er nicht bei, Verteidigung jüdischer Mitbürger bei Gericht; Mitglied des Kreisauer Kreises, Verhaftung im Zuge des 20.07.1944, Rückerlangung der Freiheit im April 1945; Gründung der CDU in Berlin mit Jakob Kaiser (1888–1961) und anderen, Vizepräsident des Landespräsidiums Thüringen, Amtsenthebung durch die Sowjetische Militäradministration (SMAD) im September 1946, Ausreise aus der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ); zunächst wieder als Rechtsanwalt tätig, dann Vizepräsident des Deutschen Obergerichts für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, 1949 für zwei Monate Präsident des Hauptamtes für Soforthilfe in Bad Homburg vor der Höhe; als Bundesvertriebenenminister im Kabinett Adenauer I tätig; seit Oktober 1949 war Lukaschek Vizepräsident des Deutschen Caritasverbandes. KfZG, Ordner 2411, Schreiben an die Mitglieder des Deutschen Caritasverbandes, 27.01.1960; Dieter Marek: Biographien der Regierungsmitglieder (Minister und Staatsräte), in: Bernhard Post/Volker Wahl (Hrsg.): Thüringen-Handbuch. Territorium, Verfassung, Parlament, Regierung und Verwaltung in Thüringen 1920 bis 1995. Weimar 1999, S. 552–645, hier S. 606; Guido Hitz: Hans Lukaschek (1885–1960), in: Günter Buchstab/Brigitte Kaff/Hans-Otto Kleinmann (Hrsg.): Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union. Freiburg/Basel/Wien 2004, S. 353–361.

150 Gustav Braun: Von 1922 bis 1925 Kaplan in Berlin, danach bis 1946 – zuletzt als Ordinariatsrat – in Breslau tätig, anschließend Vertriebenenseelsorger der Diözese Limburg; von 1948 bis 1959 Referent bzw. Leiter der Dienststelle des Beauftragten der Bischofskonferenz für die Vertriebenenseelsorge; von 1948 bis 1965 geschäftsführender Vizepräsident des Katholischen Flüchtlingsrates; Mitglied im Beirat für Vertriebenenfragen beim BMVt. Vgl. weiterführend: Johannes Gröger:

Hauptausschusses für Flüchtlinge und Ausgewiesene in Bayern, Hans Schütz (1901–1982),¹⁵¹ bereits gewichtige Akteure des wenige Wochen später einberufenen Katholischen Flüchtlingsrates an.¹⁵²

Hans Schütz war seit seinen Jugendjahren in der christlichen Gewerkschaftsbewegung aktiv, außerdem in katholischen Jugendvereinen (u. a. Reichsbund der deutschen katholischen Jugend), woraus zahlreiche Kontakte resultierten, die über 1945 hinaus Bestand hatten; er war Mitglied der Deutschen Christlich-Sozialen Volkspartei (DCV) auf aktivistischer Seite, von 1935 bis 1938 Mitglied der Abgeordnetenversammlung; nach dem „Anschluss“ Österreichs im März 1938 stellte die DCV ihre Tätigkeiten ein, deren Mitglieder – darunter Schütz – traten zur Sudetendeutsche Partei (SdP) über. Infolge des Münchner Abkommens erfolgte die Auflösung der SdP, rund 40 Prozent ihrer Mitglieder wurden durch die NSDAP aufgenommen, ob Schütz dazugehörte, ist nicht sicher geklärt. Von 1946 bis 1950 war Schütz Vorsitzender der Union der Ausgewiesenen und Flüchtlinge (später Union der Vertriebenen) der CSU, Vorsitzender des Hauptausschusses für Flüchtlinge und Ausgewiesene in Bayern, von 1948 bis August 1949 war er Abgeordneter der CSU im Wirtschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in Frankfurt am Main, von 1949 bis 1963 als Direktkandidat des Wahlkreises Dillingen im Deutschen Bundestag.

Die konstituierende Sitzung des Flüchtlingsrates fand am 23. August 1948 statt. Da er als Vertretungsorgan des „katholischen Flüchtlingsvolkes“ dienen sollte, wurde darauf geachtet, katholische Laien unterschiedlicher Berufsgruppen und Herkunftsregionen auszuwählen.¹⁵³ Auch sollten sie in ihren jeweiligen Wirkungsfeldern breit vernetzt sein, also in Verbänden, Vereinen, Hilfsorganisationen, Parteien und Gewerkschaften, Ämter bekleiden und zahlreiche Kontakte haben und damit auf Gestaltungsprozesse Einfluss nehmen können. Wosnitzas Liste der zu Berufenden erweiterte Braun um Jakob Kabus, Flüchtlingsreferent und CDU-Ratsherr in Osnabrück

Gustav Joseph Braun (1896–1976), in: Ders./Joachim Köhler/Werner Marschall (Hrsg.): Schlesische Kirche in Lebensbildern. Sigmaringen 1992, S. 160–163.

151 Vgl. Jaroslav Šebek: Sudetendeutscher Katholizismus auf dem Kreuzweg. Politische Aktivitäten der sudetendeutschen Katholiken in der Ersten Tschechoslowakischen Republik in den 30er Jahren. Berlin 2010, bes. S. 35, Anm. 106; Ders.: Die deutschen katholischen Parlamentarier in der Ersten Tschechoslowakischen Republik im Spannungsfeld zwischen staatlichen und nationalen Loyalitäten, in: Benjamin Conrad/Hans-Christian Maner/Jan Kusber (Hrsg.): Parlamentarier der deutschen Minderheiten im Europa der Zwischenkriegszeit. Düsseldorf 2015, S. 137–155, hier S. 140, 153; Otfried Pustejovsky: Die „Eichstätter Deklaration“ vom 1. Adventsonntag, dem 27. November 1949. Das erste politische Dokument der deutschen Vertriebenen mit ethisch begründeten und christlich motivierten Zukunftsvorstellungen? Eine historisch-politisch-biographische Analyse, in: Archiv für schlesische Kirchengeschichte 68 (2010), S. 157–267, hier S. 210f.; Mads Ole Balling: Von Reval bis Bukarest. Statistisch-Biographisches Handbuch der Parlamentarier der deutschen Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa 1919–1945. Bd. 1. Kopenhagen 1991, S. 332f.; KfZG, 19 Akten Königstein Ordner 2016 Janssen, Bisch. II. Vertriebenenbischof Janssen, Der Kath. Flüchtlingsrat, CND-Artikel „Katholischer Flüchtlingsrat tagt in Frankfurt“, 24.08.1948; Kittel, Stiefkinder des Wirtschaftswunders, S. 258.

152 KfZG, Ordner 3074, Protokoll der Sitzung, 14.07.1948.

153 Vgl. KfZG, Ordner 2016, Rundschreiben Wosnitzas, 20.06.1948.

sowie Diözesanobmann des St. Hedwigs-Werkes,¹⁵⁴ Ludwig Leber (1903–1974), CDU-Politiker und Leiter der Caritas-Flüchtlingshilfe in Stuttgart,¹⁵⁵ sowie die einzige Frau, Maria Schroll, leitendes Mitglied der christlichen Gewerkschaft der Textilarbeiter in Bielefeld.¹⁵⁶ Außerdem wurden von Dirichs berufen: Wosnitzer, Ludwig Polzin (1892–1964),¹⁵⁷ Josef Lettau (1898–1959),¹⁵⁸ Otfried Müller – der wohl nie teilnehmen konnte –, Paulus Sladek (1908–2002),¹⁵⁹ die CDU-Politiker Kabus, Leber, Lukaschek, Linus Kather (1893–1983)¹⁶⁰ und Konrad Theiss (1905–1983),¹⁶¹ der CSU-Politiker Schütz, der

154 Vgl. Michael Hirschfeld: Caritas oder Kulturwerk? Konkurrierende Erfassungsmodelle der Vertriebenen im katholischen Milieu am Beispiel der nordwestdeutschen Bistümer Hildesheim, Münster, Osnabrück und Paderborn, in: Josef Pilvousek/Elisabeth Preuß (Hrsg.): Aufnahme – Integration – Beheimatung. Flüchtlinge, Vertriebene und die „Ankunftsgesellschaft“. Berlin 2009, S. 87–104, hier S. 94.

155 Ludwig Leber: Bis 1940 letzter (General-)Sekretär des von Jakob Bleyer gegründeten und von der ungarischen Regierung unterstützten Ungarländischen Deutschen Volksbildungsvereins; Juli 1946 im Caritasverband in Stuttgart tätig, im September des Jahres Übernahme der Caritas-Flüchtlingshilfe; 1950 Wahl in den Landtag von Württemberg-Baden; Mitbegründer und Vorsitzender des Gerhardswerkes für die südostdeutschen Vertriebenen. Vgl. Anton Laubacher: Ludwig Leber, in: Joachim Köhler (Hrsg.): Katholiken in Stuttgart und ihre Geschichte. Ostfildern 1990, S. 197; Bendel, Die Fremde wird zur Heimat, S. 120–133; Gábor Gonda/Norbert Spannenberger: Minderheitenpolitik im „unsichtbaren Entscheidungszentrum“. Der „Nachlass László Fritz“ und die Deutschen in Ungarn 1934–1945. Stuttgart 2014, v. a. S. 204, Anm. 64.

156 KfZG, Ordner 2016, Braun an Dirichs, 09.08.1948.

157 Ludwig Polzin: Tätig für den Caritasverband an der Berliner Hauptverwaltung; im Auftrag Kalers für den Vertriebenen Klerus in der SBZ zuständig. Vgl. Ulrike Winterstein: Vertriebener Klerus in Sachsen 1945–1955. Paderborn u. a. 2010, S. 139–141.

158 Josef Lettau: Erzpriester von Wormditt (pol. Orneta), Caritasdirektor und Leiter des Seelsorgeamtes im Bistum Ermland; 1948 Übernahme der Leitung der Caritas-Schulungsstätte auf Schloß Vinsebeck, seit 1950 bei dem Diözesan-Caritasverband Paderborn, seit 1952 Religionslehrer am Gymnasium in Warburg. Vgl. Otto Harwardt: Prälat Lettau zum Gedächtnis, in: Ermlandbriefe 13/3 (1960), S. 3f.; Bendel, Aufbruch aus dem Glauben, S. 333–343.

159 Paulus Sladek: von 1927 bis 1932 Theologie-Studium an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Deutschen Universität in Prag, seit 1934 akademischer Prediger an der Salvatorkirche in Prag und zugleich Lehrbeauftragter für Dogmatik an der Prager Universität; nach Münchner Abkommen Unterstützung Kindermanns im Bemühen der Errichtung eines zentralen deutschen Theologenkonvikts; seelsorgerliche Tätigkeiten und Jugendarbeit im Bund Staffelstein machten ihn für die NS-Machthaber verdächtig, daher freiwillige Meldung zur Wehrmacht, bis April 1945 als Sanitäter tätig; ab 1945 Leiter der Kirchlichen Hilfsstelle München, ab April 1951 Leiter der Katholischen Arbeitsstelle für Heimatvertriebene (Süd); ab 1953/54 Stellvertreter Brauns im Beirat für Vertriebenenfragen beim BMVt. Vgl. weiterführend: Bendel, Aufbruch aus dem Glauben, S. 60–62; Ders.: Pater Paulus Sladek. Menschlich und wissenschaftlich – Impulse der Vertriebenen-seelsorge, in: Sudetenland 45 (2003), S. 386–400; Sladek, Not ist Anruf Gottes, S. 447–535.

160 Wie lange Kather dem Flüchtlingsrat angehörte, ist nicht überliefert. Sein „Privatkrieg“ (Kittel) mit Lukaschek, der aus unterschiedlichen Vorstellungen über den Lastenausgleich herrührte, gipfelte in Kathers Ambitionen auf den Posten des Bundesvertriebenenministers. Aus den Tagungsprotokollen des Flüchtlingsrates lassen sich vorhandene zwischenmenschliche Spannungen nicht herauslesen, wie Voßkamp bemerkte. Vgl. Voßkamp, Katholische Kirche und Vertriebene, S. 181. Vgl. zum „Privatkrieg“ Lukaschek-Kather: Kittel, Stiefkinder des Wirtschaftswunders, S. 116f.

161 Konrad Theiss: Verwaltungsdirektor des Caritas-Verbandes Württemberg (bis Dezember 1948), Mitglied des Württemberg-Badischen Landtags (1946–1950); gründete die von Leber geleitete Caritas-Flüchtlingshilfe in Stuttgart; zu Lebers Gunsten Verzicht auf Wiederkandidatur für den Landtag. Vgl. Bendel, Die Fremde wird zur Heimat, S. 95, 173–176; Alexander Freund: Aufbrüche

spätere Chefredakteur des „Deutschland-Union-Dienstes“, Adolf Kussl (1897–1960),¹⁶² Ludwig Hinz,¹⁶³ Rudolf Jokiel (1897–1976)¹⁶⁴ und Schroll.¹⁶⁵ Als Gast nahm zudem der Leiter des hessischen Landesamtes für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen, Nahm, teil. Das Protokoll der Sitzung vom 7. Dezember 1948 führt überdies als Mitglieder an: Hans Kandzia,¹⁶⁶ den CDU-Politiker und Schriftleiter Robert Lichtblau, der sich 1949 gegen eine eigene Flüchtlingspartei und für einen „Konsens mit der Altbürgerschaft“ aussprach,¹⁶⁷ und Erwin Wronka (Jg. 1906), seit 1948 Ministerialer beim Niedersächsischen Ministerium für Flüchtlingsangelegenheiten.¹⁶⁸ Unter seinem Dienstherrn, Ostkirchenkonventsmitglied Albertz, war Wronka mit Fragen des Lastenausgleichsgesetzes (LAG) für die Länder befasst.¹⁶⁹

Der erste Katholische Flüchtlingsrat setzte sich damit mehrheitlich zum einen aus Caritas-Funktionären zusammen, die mit der Vertriebenenhilfe vertraut waren, zum

nach dem Zusammenbruch. Die deutsche Nordamerika-Auswanderung nach dem Zweiten Weltkrieg. Göttingen 2004, S. 186; Anton Laubacher: Konrad Theiss, in: Köhler (Hrsg.), Katholiken in Stuttgart, S. 208f.

- 162 Adolf Kussl: vor 1945 Redakteur des Periodikums „Staffelstein“, ab 1949 Redakteur (ab 1951 Chefredakteur) des „Deutschland-Union-Dienstes“, eines von der CDU-Bundesgeschäftsstelle herausgegebenen Informationsdienstes. Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1957–1961. Bearb. v. Günter Buchstab. Düsseldorf 1994, S. 42.
- 163 Ludwig Hinz: gewesener Generalsekretär der ermländischen Bauernvereine; galt als Experte in Fragen des Lastenausgleichs und beteiligte sich an Aussprachen im Flüchtlingsrat bzw. referierte darüber auf dem Katholikentag in Bochum 1949. Vgl. Voßkamp, Katholische Kirche und Vertriebene, S. 95, 179; KfZG, Ordner 2016, CND-Artikel „Katholischer Flüchtlingsrat tagt in Frankfurt“, 24.08.1948; EZA, 17/560, Protokoll der Tagung des Katholischen Flüchtlingsrates, 01.02.1950, S. 3.
- 164 Rudolf Jokiel: Mitbegründer, ab 1958 Bundesvorsitzender des katholischen landsmannschaftlichen Verbandes Eichendorffgilde; ehemaliger (Haupt-)Schriftleiter verschiedener ober-schlesischer Zeitungen („Oppelner Nachrichten“, Zentrumszeitung „Oberschlesische Volksstimme“), gründete mit Johannes Seipolt (1898–1977) das Gilden-Periodikum „Der schlesische Katholik“, arbeitete eng mit der Kirchlichen Hilfsstelle von Sladek und Schütz in München zusammen. Zu Jokiel vgl. Karl Schindler: Dr. Rudolf Jokiel (1897–1976). Von seinem Lebensweg und seiner 20 Jahre langen Kulturarbeit in Oberschlesien, in: Mitteilungen des Beuthener Geschichts- und Museumsvereins 36/41 (1974/79), S. 161–174; Bendel, Aufbruch aus dem Glauben, S. 297–303; Gregor Ploch: 60 Jahre Heimatwerk Schlesischer Katholiken, in: Rainer Bendel (Hrsg.): 60 Jahre Heimatwerk schlesischer Katholiken 2019. Würdigung für Clemens Riedel zum 65. Geburtstag. Berlin 2019, S. 15–38, hier S. 19, 22; Voßkamp, Katholische Kirche und Vertriebene, S. 120–122.
- 165 KfZG, Ordner 2016, Kurzprotokoll der ersten Sitzung des Katholischen Flüchtlingsrates, 10.10.1948, 1. Polzin und Müller waren am Erscheinen verhindert, da sie keine Ausreisegenehmigung aus der SBZ erhielten.
- 166 Hans Kandzia: als Bischöflicher Rechtsrat tätig, wurde 1963 aus Altersgründen durch seine Frau, Elisabeth Kandzia, als Mitglied des Flüchtlingsrates ersetzt. KfZG, Ordner 2016, Nahm an Jansen, 03.04.1963.
- 167 Sylvia Schraut: Flüchtlingsaufnahme in Württemberg-Baden 1945–1949. Amerikanische Besatzungsziele und demokratischer Wiederaufbau im Konflikt. München 1995, S. 463.
- 168 KfZG, Ordner 3074, Kurzprotokoll der Tagung des Katholischen Flüchtlingsrates, 23.12.1948, S. 1.
- 169 Erwin Wronka: Nach Studium als Jurist an verschiedenen Orten in Ostpreußen tätig, zuletzt in Angerberg; 1937 war er „Vertrauensmann für ‚Kraft durch Freude‘ der Fachschaft für Reichsjustizbeamte im Reichsbund der deutschen Beamten“. Vgl. Die Kabinettsprotokolle der Hannoverischen und der Niedersächsischen Landesregierung 1946 bis 1951. Teilbd. 2. Eingel. u. bearb. v. Teresa Nentwig. Hannover 2012, S. 1127, 1133 bzw. weiterführend S. 1815.

anderen aus „Mehrfachengagierten“¹⁷⁰ der Unionsparteien, die mit Vertriebenenangelegenheiten und Lastenausgleich betraut waren.¹⁷¹ Deren politische Sozialisation war einstmals in christlichen Parteien wie dem Zentrum oder der DCV erfolgt oder fand in katholischen Jugend- bzw. Gewerkschaftsverbänden statt.¹⁷² Die in der Vertriebenensozialpolitik der CDU/CSU-Mandatsträger der 1950er Jahre wahrnehmbare „konfessionalistische Grundierung“¹⁷³ resultierte aus kirchlich-politischen Schnittstellen wie dem Katholischen Flüchtlingsrat, in dem katholische landsmannschaftliche Netzwerke gepflegt wurden und man sich über katholisch-soziale Anschauungen austauschte. Ergänzend fanden, dem landsmannschaftlichen Proporz folgend, Experten unterschiedlicher Berufsgruppen und Vertreter katholischer Vertriebenenorganisationen den Weg in den Rat.

Der Flüchtlingsrat erhielt erst 1966 ein Statut. Bis dahin ergaben sich dessen Aufgaben aus den gesellschaftlichen Problemstellungen der Zeit. Getagt wurde in der Regel zweimal jährlich, bevorzugt in Köln-Hohenlind, dem Sitz des Deutschen Caritasinstituts für Gesundheitsfürsorge, bzw. in Königstein. Dabei wurden Schwerpunkte gebildet, die entsprechend argumentativ aufbereitet in die Bischofskonferenzen mitgegeben oder über die Organisationen im vorpolitischen Raum in den politischen Prozess eingebracht werden sollten – wo möglich auch direkt durch anwesende Mandatsträger. So wirkten die Sitzungen in politische Gremien, in die katholischen Vertriebenenorganisationen und landsmannschaftlichen Gruppierungen.

Der Vertriebenenkatholizismus wollte die gesellschaftliche Autorität der Kirche nutzen, um die – wie Schütz sich ausdrückte – „Führung der Flüchtlinge vom Kirchlichen her“ sicherzustellen.¹⁷⁴ Die Adenauer-Regierung wiederum strebte eine Integration der Heimatvertriebenen über die Gemeinden an, was Finanzmittelzuweisungen begründete. Die politische Ausrichtung des Flüchtlingsrates fand ihren Niederschlag in der Ernennung des ersten Bundesvertriebenenministers Hans Lukaschek zu dessen Vorsitzendem.¹⁷⁵

Nach dem unerwarteten Tod Dirichs' folgte ihm erst 1950 der Schneidemühler Prälat Franz Hartz (1882–1953) in der Leitung.¹⁷⁶ In Hartz' Amtszeit fällt eine im wei-

170 Nach Könnemann u. a. sind das Mandatsträger, die sich auch aktiv in eine „religiös gebundene Organisation“ einbringen. Vgl. Judith Könnemann u. a.: Religiöse Interessenvertretung. Kirchen in der Öffentlichkeit – Christen in der Politik. Paderborn 2015, S. 68.

171 Zum befürworteten Verhältnis der katholischen Kirche zur freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie im Allgemeinen sowie zu den Unionsparteien im Kontrast zu Zentrum und besonders zur SPD siehe: Scholz, Die Kirchen und der deutsche Nationalstaat, S. 394–416, S. 423–427, 439.

172 Kittel, Stiefkinder des Wirtschaftswunders, S. 261. Zum Hintergrund: Rainer Bendel: „Religiöse und völkische Erneuerung“ bei den Sudetendeutschen: Ideologische Grundlegung in der theologischen Reflexion, in: Ders./Robert Pech/Norbert Spannenberger (Hrsg.): Kirche und Gruppenbildungsprozesse deutscher Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa 1918–1933. Berlin 2015, S. 19–46; Ders., Aufbruch aus dem Glauben, S. 190–220.

173 Kittel, Stiefkinder des Wirtschaftswunders, S. 261.

174 KfZG, Ordner 2016, Kurzprotokoll der ersten Sitzung des Katholischen Flüchtlingsrates, 10.10.1948, S. 2.

175 Ebd., Ordner 3074, Kurzprotokoll der Tagung des Katholischen Flüchtlingsrates, 23.12.1948, S. 4.

176 Franz Hartz: 1921 als Seelsorger nach Berlin, dort 1931 Domkapitular, im selben Jahr als Nach-

teren Verlauf gewichtige personelle Entscheidung, die Berufung Peter Paul Nahms in den Flüchtlingsrat im Jahr 1951.¹⁷⁷ Nahm, selbst nicht Vertriebener, warb früh um Verständnis für die Position der Einheimischen bei den Vertriebenen und umgekehrt. Eigene primäre Sozialisationserfahrungen in der gemischt-konfessionellen Gemeinde Gensingen hatten ihn als Kompromissfinder geprägt.¹⁷⁸ Von den Nationalsozialisten für kurze Zeit im Konzentrationslager Osthofen interniert, wo er „den Umgang mit Verzweifelden“ gelernt habe, beriefen ihn die amerikanischen Besatzer zunächst zum Landrat des Rheingaukreises. Auf diesem Posten habe er den persönlichen Umgang mit Vertriebenen kennengelernt:

„Als ich schliesslich im Landkreis Ziegenhain aufgrund eines Hilferufes des dortigen Landrates einen Streit zwischen nordböhmischen Vertriebenen und den calvinistisch strengen Bauern schlichten konnte [...] war die Stunde gekommen, in der mich Ministerpräsident [Karl] Geiler [1878–1953; parteilos] nach Wiesbaden holte.“¹⁷⁹

Nahm erkannte die Bedeutung der Religion wie der Kirchen für den Beheimatungsprozess der Flüchtlinge und Vertriebenen. Die Zerschlagung der Heimatpfarreien sah er als radikale Entwurzelung an, die die Aufnahme in die Ankunfts-gemeinde umso notwendiger, aber auch schwieriger machte. Eine Aufnahme als purer Verwaltungsakt, allenfalls flankiert von karitativen Maßnahmen, genüge nicht den Bedürfnissen der Vertriebenen, die mit einer „seelischen Sonderlast“ ankamen, „die im umgekehrten Verhältnis zum Flucht- und Ausweisungsgepäck der Vertriebenen stand“.¹⁸⁰ Auf der anderen Seite warnte Nahm die Vertriebenen davor, sich im Selbstmitleid zu

folger Kallers Leiter der Freien Prälatur Schneidemühl (pol. Pila); er floh mit seinen Diözesanen Anfang 1945 nach Fulda. Vgl. weiterführend: Prälat Dr. Franz Hartz zum Gedenken am 50. Jahrestage seiner hl. Priesterweihe. Hildesheim 1958. Während der Sedisvakanz 1949 hatte Frings vorübergehend die Aufgaben des „Flüchtlingsbischofs“ übernommen. EZA, 17/560, Protokoll der Tagung des Katholischen Flüchtlingsrates, 01.02.1950, S. 1.

177 KfZG, 1190 Akten Königstein Ordner 448 Albertus Magnus Kolleg Kath. Flüchtlingsrat Rundschreiben und Protokolle, Verabschiedung von Dr. Peter Paul Nahm, November 1981.

178 „Mein tiefgläubiges, aber auch streitbares Elternhaus gehörte der Minderheit an. Die Fronten standen hart, Herzen blockierend, von Komplexen beherrscht, die Simultanschule überschattend und selbst den nachbarlichen Umgang beschränkend.“ EZA, 742/481, Nahm an Kunst, 21.12.1971.

179 EZA, 742/481, Nahm an Kunst, 10.12.1976. Im Anschluss fungierte Nahm als Leiter des hessischen Landesamtes für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen (1947–1949), anschließend bis 1952 Ministerialdirektor am hessischen Innenministerium, Bundesbeauftragter für die Binnenumsiedlung (1951), Bundesbeauftragter für die Sowjetzonenflüchtlinge (1953), Staatssekretär im BMVt (1953–1967), nach Eingliederung ins Innenministerium einjährige Rückkehr in die Abteilung Vertriebene (1969/70). Nahm war ab 1919 Mitglied der Zentrums- und CDU. Rainer Bendel: Peter Paul Nahm (1901–1981), in: Michael Hirschfeld/Johannes Gröger/Werner Marschall (Hrsg.): Schlesische Kirche in Lebensbildern. Bd. 7. Münster 2006, S. 227–231; Nahm, Peter Paul, in: Die deutschsprachige Presse. Ein biographisch-bibliographisches Handbuch. Bd. 1: A–L. Bearb. v. Bruno Jahn. München 2005, S. 750; Kittel, Stiefkinder des Wirtschaftswunders, S. 250.

180 Peter Paul Nahm: Der kirchliche Mensch in der Vertreibung. Die sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Wirkungen des Eingliederungsauftrags unter besonderer Berücksichtigung des kirchlichen und konfessionellen Bereichs. Bonn 1959, S. 104.

verlieren und die Kausalität zu übersehen. Als Grund des Übels konstatierte er die „nationalistische Irrlehre“.¹⁸¹

Nach dem Tod von Hartz 1953 und der Bekleidung des Amtes bis 1957 durch den Bischof von Würzburg, Julius Döpfner (1913–1976),¹⁸² folgte Heinrich Maria Janssen (1907–1988) als „Vertriebenenbischof“.¹⁸³ Janssen hatte das Amt in einer Phase von Infragestellungen übernommen. Binnenkirchlich wurden die Organisationen der katholischen Vertriebenenarbeit seitens der Bischofskonferenzen in ihrer Existenzberechtigung wiederholt angezweifelt, nachdem die Flüchtlingsbetreuung sich nicht mehr vorrangig auf sozial-karitative Maßnahmen – und deren Koordinierung und Optimierung – konzentrierte.¹⁸⁴ Der Wandel in der Ostpolitik der Bundesregierung zeigte sich im Fortlauf des Jahrzehnts deutlicher; ebenso Änderungen in der vatikanischen Politik gegenüber Ostmitteleuropa. In der Gesellschaft wurden Forderungen, unter Verzicht auf die deutschen Ostgebiete eine Verständigung mit Polen herzustellen, lauter und zugleich die Vertriebenen als Hindernis für eine solche Entwicklung gesehen. In den 1960er Jahren kamen die Anfragen an die Versöhnungsbereitschaft der Vertriebenen in einer Weise, die von diesen nicht selten als Preisgabe empfunden wurde.¹⁸⁵

181 Ebd., S. 136.

182 Döpfner hatte in seiner „Hedwigspredigt“ im Oktober 1960 eine deutsch-polnische Versöhnung angesprochen und dabei auch deutsche Schuld und Grenzfragen berücksichtigt. Er galt als „Vermittler zwischen West und Ost“ und besaß tragfähige Kontakte zur SPD. Vgl. Voßkamp, Katholische Kirche und Vertriebene, S. 252, 256f. Zu Döpfners Biografie vgl.: Klaus Wittstadt: Julius Kardinal Döpfner (1913–1976). Anwalt Gottes und der Menschen. München 2001; Ders.: Julius Döpfner. Sein Weg zu einem Bischof der Weltkirche in Bilddokumenten. Würzburg 2001; Julius Kardinal Döpfner. Konzilstagebücher, Briefe und Notizen zum Zweiten Vatikanischen Konzil. Bearb. v. Guido Treffler. Regensburg 2006, v. a. S. XI–XXIII; Stephan Mokry: Kardinal Julius Döpfner und das Zweite Vatikanum. Ein Beitrag zur Biografie und Konzilsgeschichte. Stuttgart 2015.

183 Heinrich Maria Janssen: nach der Priesterweihe 1934 Seelsorger in der Freien Prälatur Schneidemühl, es folgten wiederholt Gestapo-Verhöre, Geld- und Gefängnisstrafen; bis 1947 zusammen mit Hartz Sammlung und Betreuung der Katholiken aus der Prälatur; 1949 Pfarrer in Kevelaer; 1956 Wahl durch das Hildesheimer Domkapitel zum Bischof, ein Jahr später Beauftragter der Bischofskonferenz. Zur Vita Janssens vgl.: Thomas Flammer: „Von Rindern nach Hildesheim“. Stationen im Leben von Heinrich Maria Janssen bis zur Bischofsweihe im Jahr 1957, in: Thomas Scharf-Wrede (Hrsg.): Heinrich Maria Janssen. Bischof von Hildesheim 1957–1982. Regensburg 2008, S. 12–30. Während der Amtszeit von Janssen von 1957 bis 1982 kam es zu sexualisierter Gewalt und Machtmissbrauch im Bistum Hildesheim. Unlängst sind auch gegen ihn selbst von mehreren Betroffenen Vorwürfe des sexuellen Missbrauchs erhoben worden. Durch den Bischöflichen Beraterstab zu Fragen sexualisierter Gewalt des Bistums Hildesheim wurde die Plausibilität der Vorwürfe Mitte 2024 bestätigt. Vgl. <https://www.praevention.bistum-hildesheim.de/information/berichte-und-neuigkeiten/detail/erneut-schwere-vorwuerfe-gegen-verstorbenen-bischof-heinrich-maria-janssen/> (01.10.2025).

184 Vgl. Voßkamp, Katholische Kirche und Vertriebene, S. 305.

185 Gregor Ploch: Clemens Riedel (1914–2003) und die katholischen deutschen Vertriebenenorganisationen. Motor oder Hemmschuh des deutsch-polnischen Verständnisprozesses? Berlin 2011, S. 98–112. Vgl. als ein Beispiel für den Preisgabe-Narrativ noch in den 1990er Jahren: Herbert Czaja: Unterwegs zum kleinsten Deutschland? Mangel an Solidarität mit den Vertriebenen. Marginalien zu 50 Jahren Ostpolitik. Frankfurt a. M. 1996, v. a. Teil E.

Mit dem Tod Lukascheks 1960 war das Amt des Präsidenten vakant geworden. Janssen bat Nahm, seit 1953 Staatssekretär im BMVt, um Übernahme des Vorsitzes. Nachdem er zunächst zweimal „mit [...] Verweis auf die Krise, in der sich das Ministerium befand“, abgelehnt hatte, ging er auf die dritte Anerbietung ein.¹⁸⁶ Etwaige Bedenken Nahms, der Episkopat könnte nicht nur etwas gegen den Flüchtlingsrat und dessen Bestand als solches, sondern auch speziell gegen seine Person haben, wies Janssen zurück: Eine Infragestellung des Rates wie seines eigenen Amtes durch den Episkopat habe es wiederholt gegeben und sei nicht ungewöhnlich; eine Zurückhaltung gegenüber Nahms Person habe Janssen aber nicht festgestellt.¹⁸⁷

Im November 1960 wurde Nahm das Amt des Präsidenten übertragen. Nahm sei zwar kein Heimatvertriebener oder Flüchtling, so der geschäftsführende Vizepräsident Braun. Aber er habe sich vor allem im staatlichen Bereich den Ruf eines erstrangigen Experten und Sachwalters in der Vertriebenen- und Flüchtlingsarbeit erworben.¹⁸⁸ Häufig begegnete Nahm als Redner auf Tagungen und Zusammenkünften heimatvertriebener Geistlicher. Ihm genügte es nicht, der Not der Heimatlosen mit Verwaltungsmaßnahmen zu begegnen; er nahm das Schicksal jedes einzelnen Menschen wahr und ernst. In seinen Schriften steckt viel von seinen Intentionen, seiner Haltung, seiner Weltsicht, seiner Empathie. Diese Publikationen, die auf seinen Erfahrungen in der langjährigen Praxis der Eingliederung der Vertriebenen beruhten und jeweils die neuesten Erkenntnisse der Vertriebenenforschung sowie jene der Forschung der Vertriebenen weiteren Kreisen der einheimischen Bevölkerung und den Politikern bekannt machen wollten, sind Plädoyers für eine nachgehende Seelsorge, für ein vielschichtiges Wahrnehmen der Probleme der Eingliederung der Vertriebenen, die sich nicht auf berufliche und ökonomische Dimensionen reduzieren ließ.

In den meisten Protokollen des Flüchtlingsrates der 1950er und 1960er Jahre wurde Nahm als „Staatssekretär“ titulierte. Das weist nicht nur auf seine auch von den Mitgliedern des Rates wahrgenommene Rolle als „Mehrfachengagierter“ hin, sondern verdeutlicht auch die Funktion, die er hier innehatte: die Kommunikation der im politischen Bereich getroffenen oder noch zu treffenden Entscheidungen, die zu Resonanz im Flüchtlingsrat und Rückkopplungen in den politischen Bereich führten.

Bei der Übernahme des Präsidentenamtes durch Nahm waren noch elf von 29 Mitgliedern dabei, die seit Anbeginn im Rat waren.¹⁸⁹ Trotz personell breiterer Auf-

186 KfZG, 417 Akten Königstein Ordner 2411 Janssen, Bisch. III. Dienststelle Franz Ziegler Kath. Flüchtlingsrat, Nahm an Janssen, 11.11.1960. Mit „Krise“ bezog sich Nahm auf die Schwierigkeiten, in die das Ministerium als Folge der NS-Belastungs-Vorwürfe gegen Minister Theodor Oberländer geraten war.

187 Ebd., Janssen an Nahm, 18.11.1960.

188 KfZG, 19 Akten Königstein Ordner 2016 Janssen, Bisch. II. Vertriebenenbischof Janssen Der Kath. Flüchtlingsrat, Kurzprotokoll der Tagung des Katholischen Flüchtlingsrates, 29.11.1960, S. 2.

189 Und zwar die Herren Braun, Jokiel, Kandzia, Leber, Nahm, Polzin, Schütz, Sladek, Wosnitza, Wronka und der von Hartz berufene Caritas-Abteilungsleiter Püschel. Neu hinzugekommen waren in den 1950er Jahren: Marta Cholewa, Dittrich, Hermann Ehren (1894–1964; CDU, MdB), Oskar Golombek (1898–1972), Richard Hackenberg (CDU, MdB), Friedrich August Freiherr von der Heydte (1907–1994), Kindermann, Wilhelm Kronfuß (1903–1989), Kuntscher, Ferdinand Graf von Magnis (1905–1996), Hans Preuschoff (1905–1989; Oberstudienrat in Köln), Ranocha,

stellung hatte der Flüchtlingsrat seinen am Zeitgeschehen wie landsmannschaftlichen Proporz orientierten Charakter nicht verloren. Auch Nahm forderte, der Rat solle eine „konstruktive Institution“ bleiben und nicht zu einer repräsentativen herabsinken.¹⁹⁰ In diesem Sinne erfolgten die personellen Veränderungen in der ersten Hälfte der 1960er Jahre. Mit der Berufung von Maria Hampel, 1951 aus der DDR geflohen und dank guter Verbindungen zum einflussreichen CDU-Politiker Jakob Kaiser gewesene Frauenreferentin im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG), Eugen Krings, Bundesgeschäftsführer des Gesamtverbands der Sowjetzonenflüchtlinge (GSF), Alfred Ranocha sowie Bruno Warnke war die Thematik DDR-Flüchtlinge im Flüchtlingsrat nicht nur personell gut repräsentiert, sondern auch eine intensiv diskutierte Frage.¹⁹¹ Auch waren die Ostordinarien durch Leo Christoph (1901–1985) und Paul Hoppe (1900–1988) stärker vertreten als zuvor.¹⁹² Mit Ludwig Zettl gehörte der Vorsitzende der Aktion katholischer landsmannschaftlicher Jugend im BDKJ dem Flüchtlingsrat an.

Die Ereignisse der Jahre 1965/66 – EKD-Denkschrift, Briefwechsel der deutschen und polnischen Bischöfe, Bensberger Kreis, Bamberger Katholikentag¹⁹³ – veranlasseten Nahm dazu, Schütz und „Vertriebenenbischof“ Janssen vorzuschlagen, „für die kirchliche Vertriebenenarbeit ein Organ zu schaffen, durch das die Vertriebenen in den politischen Auseinandersetzungen mitreden konnten“.¹⁹⁴ Unter der Verantwortlichkeit des Leiters von Janssens Dienststelle wie des Geschäftsführers des Rates,

Cäcilia Schmauch, Ferdinand Steves (Präsident des Bauernverbands der Vertriebenen), Fabrikant Richard Süßmuth (1900–1974), Leonhard Tyczka (1905–1969; CDU), Warnke und Franz Ziegler (1914–1975). KfZG, Ordner 2411, Mitglieder des Katholischen Flüchtlingsrates, 10.08.1960.

190 KfZG, Ordner 2411, Nahm an Janssen, 11.11.1960.

191 Die Antikommunistin Hampel hatte vor ihrer Flucht der Ost-CDU angehört. Sie erhielt bei ihrer Pensionierung 1961 das Bundesverdienstkreuz. Weiterführend: Irene Stoehr: Friedensklärchens Feindinnen. Klara-Maria Fassbinder und das antikommunistische Frauennetzwerk, in: Julia Paulus/Eva-Maria Silies/Kerstin Wolff (Hrsg.): Zeitgeschichte als Geschlechtergeschichte. Neue Perspektiven auf die Bundesrepublik. Frankfurt a. M./New York 2012, S. 69–91, hier S. 79–87. Alfred Ranocha war parteilos, Präsidiumsmitglied des BdV und Mitarbeiter im Kieler Ministerium für Arbeit, Soziales und Vertriebene; zudem war er zeitweilig Mitglied im Beirat des BMVt. Bruno Warnke war Oberregierungsrat im Ministerium für gesamtdeutsche Fragen. Beide waren im Flüchtlingsrat für rechtliche Fragen bezüglich des Umgangs des Bundes und der Länder mit den DDR-Flüchtlingsen zuständig. EZA, 2/4250, Zusammensetzung des Beirates für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen beim Bundesvertriebenenministerium, 01.07.1958; Matthias Müller: Die SPD und die Vertriebenenverbände 1949–1977. Eintracht, Entfremdung, Zwietracht. Berlin 2012, S. 71, 73; Helge Heidemeyer: Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/1949–1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer. Düsseldorf 1994, S. 201.

192 Caritasdirektor Wilhelm Volkmann hatte den 1964 verstorbenen Polzin ersetzt.

193 Martin Greschat: Die Ostdenkschrift – Entstehungsgeschichte und Rezeption, in: Bernd Krebs/Annette Kurschus/Dirk Stelter (Hrsg.): Geteilte Erinnerung – versöhnte Geschichte? Deutsche und polnische Protestanten im Spannungsfeld der Ideologien des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2020, S. 41–49; Markus Meckel: Der deutsch-polnische Versöhnungsprozess, in: ebd., S. 23–30; Erwin Wilkens: Vertreibung und Versöhnung. Die „Ostdenkschrift“ als Beitrag zur deutschen Ostpolitik. Hannover 1986.

194 Ploch, Clemens Riedel, S. 102.

Franz Ziegler (1914–1975),¹⁹⁵ wurde die Arbeitsgemeinschaft der katholischen Vertriebenenorganisationen (AKVO) unter Beteiligung der Flüchtlingsratsmitglieder Richard Hackenberg (1909–1995),¹⁹⁶ Golombek,¹⁹⁷ Braun und Seipolt¹⁹⁸ 1966 konstituiert und mit einer Satzung versehen.¹⁹⁹ Zu ihrem Sprecher wurde das Flüchtlingsratsmitglied Clemens Riedel (1914–2003; CDU, MdB)²⁰⁰ erkoren.²⁰¹ Die in ihr verbundenen katholischen landsmannschaftlichen Organisationen waren Multiplikatoren mit engen Verbindungen zu den Vertriebenenkreisen und den parallelen landsmannschaftlichen Organisationen, auf die sie im Sinne der Verständigung und Versöhnung – nicht aber des Verzichts – einwirken sollten.²⁰² Dazu diente auch der seit 1963 auf Initiative des Katholischen Flüchtlingsrates der Vertriebenenzeitschrift „Volksbote“ beigelegte

-
- 195 Franz Ziegler: 1939/40 Kaplan an mehreren Orten in Niederschlesien, ab 1940 Sanitäter bei der Wehrmacht u. a. im „Afrikakorps“; 1947 Entlassung aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft, anschließend Vikar in Adelebsen im Bistum Hildesheim; ab 1959 Diözesanvertriebenenseelsorger in Hildesheim und Leiter der Dienststelle des Beauftragten der Bischofskonferenz für die Vertriebenenseelsorge, nach dem Ausscheiden Brauns Mitglied des Beirats für Vertriebenenfragen beim BMVt. Johannes Gröger: Franz Ziegler (1914–1975), in: Ders./Köhler/Marschall (Hrsg.), *Schlesische Kirche in Lebensbildern*, S. 326–328.
- 196 Der sudetendeutsche Richard Hackenberg, CDU, von 1929 bis 1938 Obmann des sudetendeutschen Reichsbundes der deutschen katholischen Jugend, von 1954 bis 1974 Mitglied des Hessischen Landtags, wurde 1973 Nachfolger Nahms als Vorsitzender des Katholischen Flüchtlingsrates. Šebek, *Sudetendeutscher Katholizismus auf dem Kreuzweg*, S. 50, Anm. 162.
- 197 Oskar Golombek: von 1934 bis 1945 Pfarrer in Hindenburg (pol. Zabrze), anschließend Sammlung vertriebener Katholiken aus dem Erzbistum Breslau; 1948 Diözesanvertriebenenseelsorger im Erzbistum Köln und zugleich in der Caritasarbeit tätig; Leiter der Katholischen Arbeitsstelle (Nord) in Köln von 1951 bis 1972; Vertreter Zieglers im Beirat für Vertriebenenfragen beim BMVt. Vgl. weiterführend: Bendel, *Aufbruch aus dem Glauben*, S. 256–282; Waldemar Grosch: Oskar Golombek (1898–1972), in: Gröger/Köhler/Marschall (Hrsg.), *Schlesische Kirche in Lebensbildern*, S. 176–180.
- 198 Zur Vita Seipolts siehe: Adalbert Seipolt: Johannes Seipolt (1898–1977), in: Gröger/Köhler/Marschall (Hrsg.), *Schlesische Kirche in Lebensbildern*, S. 168–171.
- 199 Ploch, Clemens Riedel, S. 102f.; Clemens Riedel: *Aufbruch aus dem Glauben. Dokumente zur Vertreibung und Selbstzeugnisse vom Ringen um das Vertriebenenschicksal 1945–1980*, in: Lorenz (Hrsg.), *Schicksal – Vertreibung*, S. 45–49, hier 46f.; Voßkamp, *Katholische Kirche und Vertriebene*, S. 141f. Die AKVO bestand seit 1955 als loser Dachverband der landsmannschaftlichen katholischen Vertriebenenorganisationen. Ihr gehörten an: Ackermann-Gemeinde, Adalbertswerk, Aktion katholischer landsmannschaftlicher Jugend, St. Hedwigs-Werk, Ermlandfamilie, Gerhardswerk, Heimatwerk Schlesischer Katholiken, Hilfsbund karpatendeutscher Katholiken.
- 200 Clemens Riedel: Bäckermeister, kirchliches Engagement im Kolpingwerk und in der Jugendbewegung; 1940 und ab 1944 Kriegsteilnehmer, zwischenzeitlich Kriegsdienstverpflichteter im eigenen Bäckereibetrieb; Eintritt in die CDU im November 1945, Vorstandstätigkeit und Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses in der Thüringen-CDU von 1946 bis 1948, dort Bekanntschaft mit Lukaschek; nach seiner Flucht 1949 Existenzaufbau in Frankfurt a. M., Mitglied der Exil-CDU und Mitglied, bald erweiterter Landesvorstand der Hessen-CDU; von 1957 bis 1972 Mitglied des Deutschen Bundestages; seit 1963 Bundesvorsitzender der Eichendorffgilde – zugleich Vizepräsident des Dachverbandes Heimatwerk Schlesischer Katholiken – und Nachfolger Jokiel im Flüchtlingsrat. Ploch, *60 Jahre Heimatwerk*, S. 27f.; Ders., Clemens Riedel, S. 220–224.
- 201 Ploch, *60 Jahre Heimatwerk*, S. 32.
- 202 Vgl. Bendel, *Kirchliche Vergemeinschaftung*, S. 843–850. Die bisherigen Strukturen in der katholischen Vertriebenenarbeit wurden für zu ineffizient gehalten. Vgl. Voßkamp, *Katholische Kirche und Vertriebene*, S. 288f.

„Informationsdienst West-Ost“ (IWO).²⁰³ Damit wurde auf die im Vertriebenenkatholizismus kritisierte Arbeit der Leitmedien reagiert, die eine „schiefe Beurteilung des Vertriebenenproblems“ produzieren würden.²⁰⁴ Die Deutungshoheit über das eigene Schicksal sollte nicht in die Hand zunehmend kritischer Medien übergehen.²⁰⁵

Zudem wurde der Flüchtlingsrat erheblich umgebaut. Kritik an ihm und seiner bisherigen Zusammensetzung hatte es u. a. seitens der katholischen Jugend gegeben, die ihn nicht nur als überaltert, sondern auch als „unfähig zu arbeiten“ bzw. „Initiative zu ergreifen“ charakterisierte.²⁰⁶ Eine fehlende Effektivität seiner Arbeit, was besonders die EKD-Denkschrift deutlich gemacht habe, bemängelten aber auch „Flüchtlingsbischof“ Janssen wie sein Dienststellenleiter Ziegler.²⁰⁷ Eine Geschäftsordnung besaß der Rat bis dahin nicht, Neubesetzungen wurden nach landsmannschaftlichem Proporz und Expertise der Person vorgenommen.²⁰⁸ Nahm entwarf für die Sitzung im August 1966 Vorschläge für ein Statut: Er sah den Rat weiterhin als der Deutschen Bischofskonferenz „zugeordnetes, beratendes Gremium“, stärkte aber sowohl seine als auch die Position des Flüchtlingsrates selbst. Wichtigste Neuerungen waren die Berufungen für die Dauer von drei Jahren durch Präsident und „Flüchtlingsbischof“ sowie die Bildung eines Arbeitsausschusses zur Beratung des Präsidenten.²⁰⁹ Auf der Tagung führte Nahm zur Erläuterung dieser Vorschläge aus: Die Außenpolitik sei in Fluss geraten und habe unterschiedliche Rückmeldungen aus den osteuropäischen Staaten erhalten. Der Flüchtlingsrat müsse wachsam bleiben, nicht absolut widersprechen, aber entschieden handeln, falls erforderlich. Aus ihm müsse „ein fundiertes,

203 Ursprünglich war der IWO ein Medium zur innerkirchlichen Unterrichtung betreffender Dienststellen über (kirchen-)politische Themen des Ostens. Schott, *Geh aus Deinem Vaterland*, S. 97; Voßkamp, *Katholische Kirche und Vertriebene*, S. 140. Die überregionale Vertriebenenzeitschrift „Volksbote“ wurde u. a. von Sladek und Schütz 1949 gegründet. Durch spezifische Ausgaben für die Schlesier, Südostdeutschen und Sudetendeutschen sollte ein möglichst großer Kreis der Vertriebenen angesprochen und über die politischen Aufgaben und Ereignisse, über kirchliche Veranstaltungen und zentrale Themen der Vertriebenenseelsorge informiert werden. Bendel, *Aufbruch aus dem Glauben*, S. 93.

204 Gustav Braun: *Der Katholische Flüchtlingsrat in Deutschland*, in: Lorenz (Hrsg.), *Schicksal – Vertreibung*, S. 323–327, hier S. 326.

205 Vgl. zur Medienentwicklung wie Medienkritik: Voßkamp, *Katholische Kirche und Vertriebene*, S. 258f.

206 Zitiert nach Voßkamp, *Katholische Kirche und Vertriebene*, S. 306.

207 „Auf unserer Seite sollte man ruhig fragen, was hat die Kirche [...] denn politisch getan? Wie hat sie die wichtigen Fragen unseres Volkes ethisch und religiös unterbaut und so vorbereitet für die andrängenden Entscheidungen? Haben da unsere Laiengremien nicht eigentlich wenig geleistet? Der Flüchtlingsrat? [...] Vielleicht kann dafür die Denkschrift eine Art ‚Denkzettel‘ werden!“ KfZG, Ordner 2596, Janssen an Ziegler, 13.11.1965; Voßkamp, *Katholische Kirche und Vertriebene*, S. 288.

208 Voßkamp, *Katholische Kirche und Vertriebene*, S. 95, sowie Ploch, Clemens Riedel, S. 101, griffen bei der Beschreibung des strukturellen Aufbaus des Flüchtlingsrates auf die Vorstellungen Nahms zurück, die aber erst ab 1966/67 in Form des Statuts wirksam wurden.

209 KfZG, Ordner 2016, *Gedanken zum Flüchtlingsrat*, 05.07.1966. Gedruckt vorliegend bei: Voßkamp, *Katholische Kirche und Vertriebene*, S. 307.

bewegliches und tapferes Instrument“ gemacht werden, das „weder tollkühn noch geschäftelhuberisch“ agiere.²¹⁰

Die Vorschläge Nahms wurden durch den Rat zu einem Gutteil angenommen.²¹¹ Damit waren – im Gegensatz zu den Jahren nach 1948 – qua Amt alle Ostordinarien als ständige Mitglieder im Rat vertreten. Noch war der Zuschnitt der ehemaligen ost-deutschen Diözesen nicht neu geregelt worden, so dass es parallel deutsche und pol-nische Amtsinhaber gab. Durch Sitz und Stimme im Flüchtlingsrat sollten alle fünf Ostordinarien gehört und eingebunden werden, war doch eine Rückkehr auf die Amtssitze und damit die Ausübung der Jurisdiktion politisch nicht durchsetzbar.

Gemäß Vorschlagsliste – die von Janssen ohne Änderung durchgewunken wur-de²¹² – blieben aus der Frühzeit des Flüchtlingsrates nur Nahm, Braun und Schütz übrig, aus den Berufungen der 1950er und frühen 1960er Jahre Günter Bachmann (1915–2011), Ministerialdirigent im Bundeskanzleramt, Christoph, Golombek, Hoppe, Kindermann, Riedel, Volkmann, Warnke, Ziegler und Zettl.²¹³ Mit Erich von Hoff-mann, Ackermann-Mitglied und Ministerialer im BMVt, blieb nach Nahms Ausschei-den aus dem Ministerium im November 1967 eine Verbindung zu diesem gewähr-leistet.²¹⁴

Für den neu geschaffenen Arbeitsausschuss sah Nahm – neben seiner Person qua Amt – Ziegler, Braun sowie die beiden AKVO-Funktionäre Riedel und Adolf Kunzmann vor.²¹⁵ Kunzmann (1920–1976)²¹⁶ war seit 1950 Hauptgeschäftsführer der

210 KfZG, 20 Akten Königstein Ordner 2017 Janssen, Bisch. II. Vertriebenenbischof Janssen Protokolle Kath. Flüchtlinge, Kurzprotokoll der Tagung des Katholischen Flüchtlingsrates, 28.08.1966, S. 3.

211 Ebd., S. 4.

212 „Ich würde der mir zugereichten Liste ganz zustimmen, obwohl [...] das Gremium reichlich groß wird. [...] Doch muß ich ehrlich gestehen, daß ich nicht wüßte, wen man von dem Vorschlag ausschließen sollte, weil ja auch eine möglichst vielseitige und echte Vertretung aller Gruppen vorgesehen werden muß.“ KfZG, Ordner 2016, Janssen an Nahm, 21.04.1967.

213 Zugrunde gelegt wurde für die Neuberufungen der Jahre 1961 bis 1966 das Tagungsprotokoll der letzten Sitzung des Flüchtlingsrates in alter Besetzung (25.08.1966). Bis 1966 schieden zehn Mit-glieder – Cholewa, Ehren, Hackenberg, von der Heydte, Jokiel, Leber, Polzin, Ranocha, Schmauch und Süßmuth – durch Tod oder Amtsaufgabe aus. 1967 wurden nicht wieder berufen: Hugo Beh-rendt (Landwirtschaftsrat, Berufung nach Tod Ehrens), Dittrich, Hampel, Kandzia, Krings, Kunt-scher, Kronfuß, von Magnis, Edmund Neudeck (Oberstudienrat in Hagen), Preuschoff, Püschel, Sladek, Steves, Tyczka und Wosnitza. Hackenberg blieb Vertreter Herbert Czajas.

214 Auf Beschluss des Kabinetts war Nahm Ende 1966 darum gebeten worden, trotz Vollendung des 65. Lebensjahres noch ein Jahr im BMVt zu verbleiben. EZA, 2/4254, Gülzow an Gundert, 09.12.1966.

215 KfZG, Ordner 2016, Vorschlagsliste Mitglieder des Katholischen Flüchtlingsrates, 19.04.1967. Die weitere Besetzung lautete: Kindermann, Anton Behrendt (1896–1968), Eduard Beigel (1907–1984), Christoph, Golombek, Hoppe, Volkmann (alle Ostordinarien), Zettl (Vertreter der Jugend), Czaja (Arbeitskreis „Kirche und Heimat“ im Zentralkomitee der deutschen Katholiken), Johannes Sei-polt (Vertreter Presse, Schriftleiter des „Informationsdienstes West-Ost“), Braun, von Hoffmann, Bachmann, Wilhelm Metzner (Juristen), Josef Haltmayer (Vertreter Südostdeutsche), Warnke (Vertreter Schneidemühl), Franz-Josef Herrmann (Vertreter Bauern), Maria Richtarski (Vertreterin Frauen), Georg Smolka, Ernst Nittner (Vertreter Historiker), Kopp (Katholischer Lagerdienst), Josef Stingl, Schütz, Johann Baptist Gradl (Politiker, alle CDU/CSU). Für den 1968 verstorbenen Behrendt rückte Franz Josef Wothe (1910–1994) nach.

216 Adolf Kunzmann: 1934 Bezirksführer Neudek des Reichsbundes der deutschen katholischen

mitgliederstärksten und einflussreichsten katholischen Vertriebenenorganisation, der Ackermann-Gemeinde, und hatte über deren Sozialwerk 1964/65 Kontakte zu kirchlichen Einrichtungen in der Tschechoslowakei und in Polen aufgebaut. Er galt als herausragender Organisator mit zahlreichen Medienkontakten.²¹⁷ Riedel warb als Sprecher der AKVO für einen Dialog mit Polen „bei gleichzeitigem Festhalten auf dem Rechtsstandpunkt und dem Recht auf Rückkehr in die Heimat“.²¹⁸

Die effektivere Struktur mit Riedel und Nahn, beide gemäßigt und integer, an den neuralgischen Knotenpunkten sollte Beratungs- und Austauschwege verkürzen und eine schnellere Reaktionsfähigkeit herstellen. Riedel verfügte als AKVO-Funktionär nicht nur über die notwendige Integration in den katholischen landsmannschaftlichen Vertriebenenverbänden, sondern auch über ein breites politisches Netzwerk.²¹⁹ Herbert Czaja würdigte diese vielseitigen Verbindungen Riedels in seinem Schreiben zu dessen 65. Geburtstag.²²⁰ Zugleich entstand innerhalb des Rates ein Gegengewicht zu dem in der Öffentlichkeit bekannteren und streitbaren CDU-Vertriebenenpolitiker Herbert Czaja (1914–1997).²²¹

3. Thematische Schwerpunkte und Vernetzungen

3.1. Von der christlichen Soziallehre zur bundesrepublikanischen Sozialpolitik

In den ersten Nachkriegsjahren lag der Schwerpunkt kirchlicher Vertriebenenarbeit auf der Minimierung materieller Nöte, bevor er Anfang der 1950er Jahre auf die seelsorgerlichen Aufgaben überging. Staatliche Institutionen nahmen sich der Frage eines

Jugend, darüber Bekanntschaft mit Schütz; auf Druck der Gestapo Mitgliedschaft in der HJ, Wehrmachtsangehöriger mit Stationen auf dem Balkan und in Griechenland; Schütz vermittelte ihm nach dem Krieg eine Stelle als Flüchtlingsbetreuer in der CSU, Bezirk Unterfranken; Mitbegründer der Ackermann-Gemeinde; u. a. Mitglied im Zentralkomitee deutscher Katholiken im Ausschuss für Ostfragen. Raimund Paleczek: Adolf Kunzmann, in: Ders. (Hrsg.): Die Ackermann-Gemeinde. Integration und Dialog – sechs Jahrzehnte Friedensarbeit. München 2007, S. 102–104.

217 Ebd., S. 103.

218 Ploch, Clemens Riedel, S. 223f.

219 Vgl. dazu Herbert Czaja: Clemens Riedel – Vertriebenenpolitiker im Bundestag, in: Rainer Bendel (Hrsg.): 60 Jahre Heimatwerk schlesischer Katholiken. Münster 2019, S. 122–128.

220 Vgl. Riedels Rolle während des Katholikentags, als er nicht nur mit Hilfe Alfred Dreggers (1920–2002; CDU, MdL) die abschließende „Erklärung zum Briefwechsel zwischen den polnischen und den deutschen Bischöfen“ vermittelte, sondern nach Auffassung des damaligen Oberbürgermeisters der Stadt Fulda auch „sprachliche Schleifungen“ im Sinne der Vertriebenen legitimierte: Voßkamp, Katholische Kirche und Vertriebene, S. 303f.

221 Czaja war als Vorsitzender des Arbeitskreises „Kirche und Heimat“ im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) an der Vorbereitung der Katholikentage beteiligt. Ebenso hatte er in diesem Laienforum bereits 1958/59 eine Diskussion über das polnisch-deutsche Verhältnis initiiert. 1967 wurde er in die Vollversammlung des ZdK gewählt. Vgl. Voßkamp, Katholische Kirche und Vertriebene, S. 255f., 299, 332. Riedel galt auch in der CDU/CSU-Fraktion als umgänglicher als Czaja in Betreff einer moderateren Ostpolitik. Kittel, Stiefkinder des Wirtschaftswunders, S. 143. Zum spannungsreichen Verhältnis Czaja–Riedel: Ploch, Clemens Riedel, S. 108.

materiellen Ausgleichs an, was zu hitzigen Diskussionen über Art und Umsetzung führte. Die Kirchen standen dabei vor der Aufgabe, diese „politische Diakonie der kommenden Jahre“ diskursiv zu begleiten und christlich-normativ zu beeinflussen.²²² In beiden Kirchen wurde eine zunehmende (politische) Radikalisierung der Vertriebenen befürchtet, verbunden mit der Abkehr von Christentum und Bürgergesellschaft.

Einige Tage vor Inkrafttreten des Soforthilfegesetzes am 6. August 1949 formulierte der Rat der EKD ein an die Gemeinden gerichtetes „Wort zum Lastenausgleich“.²²³ Darin wurden weder „neue Besitzverhältnisse“ angestrebt noch Einzelforderungen erhoben; stattdessen bot sich die Kirche „mit ihrem geistlichen und volksskirchlichen Potential an, bei der Verwirklichung der Ausgleichsvorhaben, wie sie der Gesetzgeber nun festgelegt und in Gang gebracht“ hatte, aktiv mitzuwirken.²²⁴ Das bestätigten die Worte von Bundesvertriebenenminister Hans Lukaschek in Hermannsburg Ende 1949, der, katholisch grundiert, von der Überwindung reinen Besitzdenkens und daraus resultierender Forderungen an das Christlich-Normative appellierte.²²⁵

Diese Positionierung der EKD konnte den OKA, der sich bereits zuvor zum Lastenausgleich geäußert hatte und eine „echte Besitz-Neuordnung“ gefordert hatte, nicht zufriedenstellen.²²⁶ In einem Schreiben an den Rat der EKD wurden sechs Leitsätze formuliert, wie sich der OKA einen quotalen Ausgleich²²⁷ und die Rolle der Kirche bei dessen Gestaltung vorstellte: Der Lastenausgleich sei eine staatliche Maßnahme, die auf klaren Rechtsgrundlagen beruhe. Die Christengemeinde, die zur Bruderliebe aufgerufen sei, solle sich nicht gegen den Ausgleich stellen, sondern „durch das soziale Handeln des Staates sich gerufen wissen[,] noch mehr zu tun“. Auch wenn es zu eigenen Lasten ginge, müsse aus Bruderliebe das Recht des Bruders vollständig anerkannt werden. Da die auszugleichenden Lasten nicht „Folgen eines privaten Unglücks, sondern eines verlorenen Krieges des deutschen Volkes“ seien, sei „der Ausgleich aller der Lasten zu fordern und berechtigt, die [den] Gliedern des deutschen Volkes durch den Krieg und seine Folgen auferlegt wurden“. Der Eigentumsbegriff der Zehn Gebote gelte nur für das lebensnotwendige Eigentum, das „durch soziale Massnahmen [sic!] notfalls in seiner ursprünglichen gerechten Ordnung“ wiederherzustellen sei. Einer Anhäufung „nichtlebensnotwendiger Schätze steht die ganze Bibel durchwegs ablehnend [...] gegenüber“. Die Kirche solle den Gemeinden helfen, die „rechte bib-

222 Rudolph, Kirchen ohne Land, S. 449.

223 Ebd., S. 453. Zum Vorlauf vgl. ebd., S. 447–452; Teuchert, Eine protestantische Kultur, S. 26f.; Ders., Die verlorene Gemeinschaft, S. 253–263.

224 Rudolph, Kirchen ohne Land, S. 454.

225 Ebd., S. 455; Teuchert, Die verlorene Gemeinschaft, S. 265.

226 Zitiert nach Rudolph, Kirchen ohne Land, S. 450; Martin Greschat: Protestantismus im Kalten Krieg. Kirche, Politik und Gesellschaft im geteilten Deutschland 1945–1963. Paderborn u. a. 2010, S. 355.

227 Quotaler Ausgleich bedeutete den Ersatz aller erlittenen Vermögensverluste ohne Rücksicht auf die Bedürftigkeit; der soziale Ausgleich orientierte sich an der Bedürftigkeit unabhängig vom verlorenen Vermögen. Vgl. Teuchert, Eine protestantische Kultur, S. 26. Ein quotaler Lastenausgleich wurde von den meisten Vertriebenen beider Konfessionen propagiert.

liche Einstellung zu Besitz und sozialer Verpflichtung wieder[zu]gewinnen“, und die Geschädigten dazu ermuntern, keine unerfüllbaren Forderungen zu stellen oder in Verbitterung zu verfallen.²²⁸

Inwieweit dieses Schreiben Eindruck bei der Kirchenleitung hinterlassen hat, ist nicht gänzlich auflösbar.²²⁹ Weder hatte die EKD zuvor das Schicksal der Vertriebenen „als ein gesamtkirchliches Schicksal“ angenommen, noch war es kirchenrechtlich vermieden worden, die Vertreibung als mehr als ein „Partikularproblem der Vertriebenen selbst“ anzusehen.²³⁰ Trotzdem bemerkte der OKA in seinem Jahresbericht 1951/52 wohl nicht zu Unrecht, „maßgeblich“ an dem Brief des Ratsvorsitzenden Dibelius u. a. an Bundesvertriebenenminister Lukaschek vom 5. Juli 1951 beteiligt gewesen zu sein.²³¹ Darin wurde von einer „weitgreifende[n] Vermögensumschichtung“ gesprochen, zudem sollte nach Meinung des Ratsvorsitzenden geprüft werden, ob nicht „das wachsende Volksvermögen und Volkseinkommen für den Lastenausgleich“ herangezogen werden könne.²³² Felix Teuchert filtrierte drei Tendenzen aus dem Schreiben: Erstens ein politischer Gestaltungswille, zweitens eine Nähe zur sozialen Konzeption, die auch eine Umverteilung von bestehendem Besitz und Vermögen umfasste, und drittens eine überparteiliche, moderierende Rolle der EKD, die dennoch als „Parteinahme für die Vertriebenen“ aufgefasst werden konnte.²³³

Minister Lukaschek versicherte in seinem Antwortschreiben an Dibelius, das keine verbindlichen Zusagen enthält, mit ihm auf einer Linie zu sein.²³⁴ Er werde

228 EZA, 2/2140, Leitsätze des OKA zum Lastenausgleich, 11.11.1950. Weniger differenziert, gleichwohl in dieselbe Richtung gehend hatte sich Hamm im Juli 1947 zur Frage des Lastenausgleichs geäußert: „Wir Flüchtlinge wissen es ebenso wie die Ausgebombten, was es bedeutet, über Nacht alles hergeben zu müssen. Wir wissen dazu noch, wie es einem ist, wenn man gewaltsam von alledem getrennt wird, was für den deutschen Menschen das Wort Heimat umschliesst [sic!]. Gerade weil wir dies wissen, glauben wir, dass Lastenausgleich billigerweise von dem Teil des deutschen Volkes getragen werden kann, der noch etwas zu vergeben hat.“ AIdGL, NL Hamm 18, Vortrag von Hamm, 09.07.1947. Hamm war 1948 in einen „Unterausschuss für Lastenausgleichsfragen beim Wirtschaftsrat“ berufen worden. Ebd., Ha 967, Sitzung des Hilfskomitees für die Evangelische Landeskirche aus Jugoslawien, 28.10.1948.

229 Ranke jedenfalls versprach Spiegel-Schmidt, die Leitsätze den entsprechenden Stellen vorzulegen. Teuchert, *Die verlorene Gemeinschaft*, S. 273f.

230 Kittel, *Stiefkinder des Wirtschaftswunders*, S. 205, Anm. 454, und 206; Wendebourg, *Die Evangelische Kirche*, S. 29.

231 EZA, 17/946, Jahresbericht des Ostkirchenausschusses und der Hilfskomitees für das Jahr 1951/1952, o. D. Dazu zählte der OKA sicher auch seine Broschüre „Handreichung zum Lastenausgleich“ sowie zwei in der ersten Hälfte des Jahres 1951 abgehaltene Tagungen. Das Schreiben des Ostkirchenkonventsmitglieds Seeberg an Lilje, sekundiert vom OKA-Vorsitzenden Girgensohn, verfehlte seine Wirkung ebenso wenig. Teuchert, *Die verlorene Gemeinschaft*, S. 274.

232 EZA, 2/2141, Entwurf des Schreibens von Dibelius, o. D. Das Schreiben war gerichtet an den Bundeskanzler, den Finanzminister, an Johannes Kunze als Vorsitzender des Lastenausgleichsausschusses des Deutschen Bundestages, an die Mitglieder des Deutschen Bundestages sowie an den Präsidenten des Bundesrates. Zur Kritik Gerstenmaiers an diesem Schreiben siehe: Rudolph, *Kirchen ohne Land*, S. 461. Zur Entstehung des Schreibens siehe Teuchert, *Die verlorene Gemeinschaft*, S. 278–282.

233 Teuchert, *Eine protestantische Kultur*, S. 28.

234 Zur schwachen Position Lukascheks innerhalb der Union sowie des Kabinetts – besonders gegen-

„nicht nachlassen, tätig zu werden und immer an das christliche Gewissen mahnend zu erinnern“. Für ein schnelles Vorwärtskommen sei aber die schwere Finanzlage des Bundes hinderlich.²³⁵ Trotz dieser Antwort hielt Lukaschek solche Vorstöße der evangelischen Kirche an Legislative wie Exekutive in Bund und Ländern für in der Sache zielführend. Nicht nur, weil sie sich mit seinen Überzeugungen deckten, sondern auch, weil er damit weitere Unterstützung erfuhr und Argumentationshilfen erhielt, an die er selbst schriftlich wie mündlich anknüpfen konnte.²³⁶

Der OKA und der Ostkirchenkonvent wussten bis 1953 in Staatssekretär Schreiber eines ihrer Mitglieder in nächster Nähe zu Lukaschek. Der Bundesminister hob das enge Arbeitsverhältnis zu Schreiber auf einer Arbeitstagung in der Evangelischen Akademie Bad Boll im April 1952 hervor: Beide versuchten, „in täglicher Gewissensprüfung“ die Aufgaben zu meistern, die ihnen gestellt werden, und bemühten sich auch, sie „von den Bindungen der Religion her“ zu verstehen.²³⁷ Schreiber seinerseits bekräftigte den Eingliederungswillen der Vertriebenen.²³⁸ In der Debatte um den Lastenausgleich hatte Schreiber ein Jahr zuvor am selben Ort gesprochen und dabei einer Mischung von quotalen und sozialem Ausgleich das Wort geredet, was eine „überwiegende Mehrheit“, die Schreiber nicht präziserte, unterstützen würde.²³⁹ Der Lastenausgleich müsse ein Gemeinschaftsbewusstsein wiedergeben, das verloren gegangen sei.²⁴⁰

Der in der Sache „kompromissorientierte“²⁴¹ Bundesminister Lukaschek betonte wie Schreiber zunächst den Integrationswillen der Vertriebenen. Diese sollten in der Bundesrepublik so leben, „als ob niemals eine Rückkehr möglich sei, aber doch die Hoffnung darauf fest im Herzen halten“. Die zweite Lesung des Entwurfs zum Lastenausgleich im Deutschen Bundestag habe ihn nicht zufriedengestellt, weshalb die Frage seines Rücktritts weiter im Raum stehe. Er müsse, so Lukaschek weiter, „die Dinge nicht nur vom Standpunkt der Vertriebenen, sondern von einem allgemeinen Standpunkt aus betrachten“. Er für seine Person lehne es ab, eine „Art Gewerkschafts-

über Finanzminister Fritz Schäffer (1888–1967; CSU) – vgl. Kittel, Stiefkinder des Wirtschaftswunders, S. 233–235. Vgl. dazu auch den Beitrag von Michael Schwartz im vorliegenden Band.

235 EZA, 2/2141, Lukaschek an Dibelius, 16.07.1951.

236 EZA, 87/136, Vermerk über die Besprechung zwischen Meiser, Lukaschek, Schreiber und Ranke, 27.11.1951.

237 EZA, 87/127, Bericht über die Arbeitstagung über Fragen der Heimatvertriebenen, April 1952, S. 21. Das enge Arbeitsverhältnis belegt auch ein Schreiben von Ranke an Dibelius. Vgl. EZA, 87/136, Ranke an Dibelius, 03.01.1952. Freilich hatte die Landsmannschaft Ostpreußen, unter Enthaltung Schreibers, Lukaschek im Februar 1951 das Misstrauen ausgesprochen. Kittel, Stiefkinder des Wirtschaftswunders, S. 234.

238 EZA, 87/127, Bericht über die Arbeitstagung über Fragen der Heimatvertriebenen, April 1952, S. 20.

239 Der sogenannte Unkeler Kreis mit seinem Sprecher Kunze hatte sich im Mai 1950 auf einen partiübergreifenden Grundkonsens geeinigt, der sich aus quotalen und sozialen Komponenten zusammensetzte. Vgl. Teuchert, Eine protestantische Kultur, S. 36f.; Ders., Die verlorene Gemeinschaft, S. 297.

240 EZA, 2/2140, Arbeitstagung über die Frage der Heimatvertriebenen, 21.02.1951, S. 7.

241 Kittel, Stiefkinder des Wirtschaftswunders, S. 210.

sekretär der Vertriebenen zu sein“.²⁴² Der Lastenausgleich dürfe nicht gegen die Kosten für die Wiederbewaffnung – die zur gleichen Zeit ebenfalls debattiert wurde – als Beitrag der Bundesrepublik zur Westbindung ausgespielt werden.²⁴³

Zwar wich das LAG von Juni 1952 von den kirchlichen Vorstellungen des Diabelius-Briefs ab. Der Rat der EKD zeigte sich dennoch in überwiegender Mehrheit zufrieden und dankte dem Vorsitzenden des Lastenausgleichsausschusses des Deutschen Bundestages, Johannes Kunze (1892–1959), ausdrücklich dafür, einen Großteil des kirchlichen Besitzes wie Vermögens von Lastenausgleichsabgaben freigestellt zu haben.²⁴⁴ Einzig Lothar Kreyssig,²⁴⁵ Ratsmitglied sowie Präses der Provinzialsynode Sachsen, hielt das Gesetz für „unbefriedigend“, da es eine „ausgleichende Gerechtigkeit nicht bewirken“ könnte.²⁴⁶ Kreyssig war im Oktober 1951 auf Ersuchen Hamms vom Rat der EKD als dessen Verbindungsmann zum Ostkirchenkonvent ernannt worden.²⁴⁷ Seine Kritik stieß aber nicht auf Resonanz. Auf Seiten des Ostkirchenkonvents sowie des OKA war indes noch versucht worden, mittels einer Tagung sowie mithilfe von „semioffiziellen Arbeitsbesprechungen“ im Vertriebenenministerium Einfluss auf das Gesetz zu nehmen.²⁴⁸

Thematisiert wurde der Lastenausgleich von Seiten der EKD – von Wortmeldungen Einzelner abgesehen²⁴⁹ – erst wieder im Zuge der sogenannten Ostdenkschrift. Darin wurde der Lastenausgleich mit anerkennenden Worten bedacht: „Die Lastenausgleichsgesetzgebung wird mit Recht als eine bedeutsame Leistung angesehen, die eine hervorragende Wirkung auf die soziale und wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen ausgeübt hat.“ Zugleich mahnte die Ostdenkschrift weitere sozialpolitische Maßnahmen an, da im Gegenzug die Vertriebenen den Verlust der Heimat akzeptieren würden.²⁵⁰ Ziele das wohl, wie Kittel argumentiert, auf den Teil der Hei-

242 EZA, 87/127, Bericht über die Arbeitstagung über Fragen der Heimatvertriebenen, April 1952, S. 21f.

243 Ebd., S. 22.

244 Kittel, Stiefkinder des Wirtschaftswunders, S. 209; Teuchert, Eine protestantische Kultur, S. 31f. Kittel kommt bezogen auf Kunze und dessen maßgeblich ausgearbeitete Kompromisslösung zu dem Urteil: „[...] doch in seiner Ausgleichspolitik schimmerten immer wieder die im evangelischen Milieu öfter spürbaren Positionen einer gewissen Abwehrhaltung gegenüber den Vertriebenen, einer größeren Nähe zu den Interessen der Einheimischen und einer auch daraus resultierenden Vorliebe für den sozialen – und zugleich weniger teuren – Lastenausgleich durch.“ Kittel, Stiefkinder des Wirtschaftswunders, S. 231f. Siehe weiterführend zu Vita und Wirken: Teuchert, Die verlorene Gemeinschaft, S. 296–315; Personenlexikon zum deutschen Protestantismus, S. 149f.

245 Eine prägnante Abfassung von Kreyssigs Vita bringt: Legerer, Tatort, S. 64–82. Siehe auch: Personenlexikon zum deutschen Protestantismus, S. 145.

246 Zitiert nach: Kittel, Stiefkinder des Wirtschaftswunders, S. 209.

247 Rudolph, Kirchen ohne Land, S. 429, Anm. 142; EZA, 17/946, Jahresbericht des Ostkirchenausschusses und der Hilfskomitees für das Jahr 1951/1952, o. D. Kreyssig wurde vom Rat mit der Wahrnehmung der Vertriebenenfragen beauftragt.

248 Nach Teuchert, Eine protestantische Kultur, S. 30; implizit in: EZA, 17/790, Zusammenfassung der Ergebnisse der Tagung des Konvents, Mai 1952.

249 Kittel, Stiefkinder des Wirtschaftswunders, S. 213f. Allerdings weist Kittel zurecht auf die diakonische Infrastruktur der EKD hin (Hilfswerk, Hilfskomitees). Ebd., S. 213.

250 Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hrsg.): Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn. Eine evangelische Denk-

matvertriebenen, die sich mit den realpolitischen Gegebenheiten abgefunden hatten und einzig eine fehlende soziale Gerechtigkeit in der bundesrepublikanischen Heimat anprangerten, erregte es zugleich die Gemüter eines großen Teils der evangelischen Vertriebenen wie der landsmannschaftlichen organisierten Vertriebenenverbände.²⁵¹ Bezeichnenderweise war es nicht der von der EKD-Denkschrift überrumpelte und zusehends in den Hintergrund gedrängte OKA, der öffentlichkeitswirksam eine Replik hielt, sondern der Präsident des Bundes der Vertriebenen (BdV) Wenzel Jaksch (1896–1966) auf dem „Tag der Heimat“, der der Kirche vorwarf:

„Warum setzen sich jene kirchlichen Kreise, die den Vertriebenenverbänden hochmütige Belehrungen geben, nicht für eine Verbesserung des Lastenausgleichs ein? Warum schweigen die Herren [...] zur Verschleppung der längst versprochenen 19. LAG-Novelle durch die Bundesregierung?“²⁵²

In den Anfangsjahren dominierte bei vielen vertriebenen Katholiken die Forderung nach einer neuen Güterordnung, da ein bloßer Lastenausgleich als nicht ausreichend angesehen wurde. Verlangt wurde eine grundlegende Reform der Eigentumsverteilung zwischen Sozialisierung und der kapitalistischen Beibehaltung des Status quo. Der Kontext, aus dem diese grundsätzlichen sozialpolitischen Forderungen erwachsen waren, war die pastorale Sorge um die Heimatvertriebenen. Seelsorge, so die verbreitete Meinung, konnte sich nicht nur auf die Liturgie, die Sakramentenverwaltung beschränken, sondern musste auch Wohnraum, Kleidung und Nahrung berücksichtigen.

Für den Diskurs in katholischen Kreisen prägend waren der CSU-Politiker Hans Schütz²⁵³ und Pater Sladek, die bereits früh für eine Vermögensneuordnung in Form eines Lastenausgleiches eintraten. Sie argumentierten auf dem Boden katholischer Soziallehre,²⁵⁴ Sladek besonders mit Thomas von Aquin, für eine Gemeinwohlverpflichtung des Eigentums. Im August 1946 bemerkte Schütz: „Die sittliche Begründung und Berechtigung des Eigentumsbegriffes“ werde vordergründig

„von der Arbeitsfrucht abgeleitet. Wo, so fragen die Millionen Flüchtlinge und Ausgewiesenen, ist unser durch Generationen erarbeitetes Eigentum? [...] Ein Lastenaus-

schrift. Hannover 1965, S. 12. „Wenn von den Vertriebenen das Ja zum Gericht Gottes gesprochen werden soll, wenn es nur in der Solidarität mit der Gesamtheit des ganzen Volkes gesprochen werden kann, dann müßte das in dieser Gesetzgebung seinen wirtschaftlichen Ausdruck finden.“ Ebd.

251 Kittel, Stiefkinder des Wirtschaftswunders, S. 212.

252 Zitiert nach: Rudolph, Kirche in der neuen Heimat, S. 254.

253 Rainer Bendel: Katholische Soziallehre und der Beitrag katholischer Vertriebener zur Sozialpolitik in den Anfängen der Bundesrepublik Deutschland. In: Sebastian Holzbrecher/Torsten W. Müller (Hrsg.): Kirchliches Leben im Wandel der Zeiten. Perspektiven und Beiträge der (mittel-)deutschen Kirchengeschichtsschreibung. Festschrift für Josef Pilvousek zum 65. Geburtstag. Würzburg 2013, S. 409–426.

254 Allgemein: Arno Anzenbacher: Christliche Sozialethik. Einführung und Prinzipien. Paderborn u. a. 1998; Marianne Heimbach-Steins (Hrsg.): Christliche Sozialethik. Ein Lehrbuch. 2 Bde. Regensburg 2004, 2005; Günter Wilhelms: Christliche Sozialethik. Paderborn 2010.

gleich auch im Sektor des Eigentums ist eine Sache der ausgleichenden Gerechtigkeit.“²⁵⁵

Für Sladek leitete sich „eine Haftpflicht des ganzen Volkes für alle Schäden [ab], die aus Handlungen entstehen, für die dessen Regierung verantwortlich zeichnet“. Das Eigentumsrecht des Einzelnen werde „beschränkt durch das Lebensrecht jener, die um dich herum sind. Das ist nicht Kommunismus, sondern Christentum und natürliches Sittengesetz.“ Diese Thesen mündeten bei Sladek in den allgemeinverständlichen Ausspruch: „Wer den Lastenausgleich will, will den Besitz aller retten. Wer den Lastenausgleich hindert, ruft die soziale Revolution und das Verderben aller.“²⁵⁶

Solche zunächst noch radikalen quotalen Ausgleichsforderungen wurden in die Arbeitsgemeinschaft bzw. den Katholischen Flüchtlingsrat eingebracht und „scharf-gegensätzlich“ disputiert.²⁵⁷ Als Ergebnis wurde zunächst die Bedeutung eines gesetzlichen Lastenausgleichs festgehalten, um die „gegenwärtigen sozialen Notstände“ zu beheben. An die zuständigen Staatsstellen sollte der Episkopat „einen Appell richten“, damit „dieser Lastenausgleich in voller Würdigung der moralischen und politischen Konsequenzen für das Volksleben, insbesondere für die Heimatvertriebenen gestaltet werde“. Schließlich sei „wirksame Hilfe [...] nicht vom Buchstaben des Gesetzes und seiner bürokratischen Handhabung zu erwarten, sondern von der moralischen Bereitschaft der deutschen Menschen in den Gemeinden, Berufsverbänden usw.“²⁵⁸

Auf der ersten Sitzung des Katholischen Flüchtlingsrates am 23. August 1948 referierte Bundesvertriebenenminister Lukaschek über das Thema Lastenausgleich, das er in fünf Grundsätze münden ließ. Er sprach sich für eine individuelle Prüfung der Vermögensverluste aus. Zugleich dürften die volkswirtschaftlichen Folgen nicht außer Acht gelassen werden, Schädigungen der Produktion und Währung müssten vermieden werden. Die größte Not müsse durch eine Soforthilfe gelindert werden, auch durch Unternehmensbeteiligungen sowie die Verteilung beweglicher Gegenstände wie Kleidung und Hausrat. Das trage zu einer Senkung der Geldbelastung bei. Die Bürokratie solle unter Zuhilfenahme karitativer Verbände und anderer gesellschaftlicher Organisationen bei der Umsetzung eines Lastenausgleichs geringgehalten werden. Schließlich sollten die Geschädigten „bei Beratung und Durchführung des Lastenausgleiches [...] im weitesten Masse“ einbezogen werden. Lukaschek vertrat damit einen Kompromiss aus quotalen und sozialen Ausgleichskonzepten, der von Soforthilfemaßnahmen zur Linderung der größten materiellen Not sekundiert werden sollte. Gesellschaftliche Akzeptanz für diese Entschädigungsmaßnahmen sollte durch das Einbeziehen der Vertriebenen wie kirchlicher Strukturen erreicht werden.

255 Zitiert nach Bendel, *Die Fremde wird zur Heimat*, S. 138.

256 Zitiert nach Sladek, *Not ist Anruf Gottes*, S. 469. Vgl. zu den pastoralen Initiativen für den politischen Prozess: Bendel, *Die Fremde wird zur Heimat*, S. 141–144.

257 So hält es eine Skizze über die Tagung der Arbeitsgemeinschaft vom 14.07.1948 fest: KfZG, Ordner 3074.

258 KfZG, Ordner 3074, Protokoll der Sitzung, 14.07.1948.

In der Aussprache bat u. a. Hans Schütz um eine „rasche Beschleunigung“ bei den zuständigen Stellen, Kussl suchte den Episkopat um die Erarbeitung „christlicher Grundsätze zum Lastenausgleich“ an.²⁵⁹ Tatsächlich verfassten die Fuldaer Bischofskonferenzen am 26. August einen demgemäßen Hirtenbrief, der einen Lastenausgleich aus der theologischen Argumentation des Thomas von Aquin zur Sozialpflichtigkeit des Eigentums sittlich-rechtlich herleitete und fundierte.²⁶⁰

Auch auf der zweiten Sitzung des Flüchtlingsrates im Jahr 1948 blieb das Thema Lastenausgleich virulent. Zunächst aber wurde das eigene sozialpolitische Aufgabenfeld abgesteckt und die Einflussphäre betont: Die Kirche müsse ihre „weitbeachtete Autorität bewahrheiten“ und diese Akzeptanz und Autorität voll einsetzen, um die soziale Lage der Vertriebenen zu bessern. In der vertriebenen Bevölkerung habe sich das Gefühl breitgemacht, ungerecht behandelt zu werden. Kirche müsse sich für nachhaltig wirksame Maßnahmen einsetzen wie auch zur Beruhigung der Bevölkerung beitragen.²⁶¹ Dafür hatte sich Monate zuvor bereits Peter Paul Nahm ausgesprochen, der eine „immer grössere Radikalisierung der Flüchtlinge“ konstatierte, woraus insbesondere dem Flüchtlingsrat die Aufgabe erwachse, „den Wildwuchs unter den Flüchtlingen zu vermeiden“.²⁶²

Der Katholische Flüchtlingsrat sprach sich gegen die Gründung einer eigenen Flüchtlingspartei aus, da eine solche die „Zersplitterung der konstruktiven politischen Kräfte“ mit sich brächte. Er ermahnte die christlichen politischen Parteien

259 KfZG, Ordner 2016, Kurzprotokoll der ersten Sitzung des Katholischen Flüchtlingsrates, 10.10.1948, S. 3f. Hinz ergänzte in der Diskussion: „Das ganze Volk soll der barmherzige Samariter sein, der den unter die Räuber Gefallenen zum Heile führt. Nur wenn eine gerechte Ordnung des Besitzes durchgeführt wird, kann der Besitz als solcher gefestigt werden.“ Zu Hinz' Kritik am Soforthilfegesetz vgl. Voßkamp, *Katholische Kirche und Vertriebene*, S. 179.

260 Die Entschließung der Fuldaer Bischofskonferenzen lautete: „Ungleich haben Krieg und Nachkriegszeit die Not verteilt. Sie haben sich die Schuldigen nicht ausgesucht und Unschuldige müssen bitter leiden. Die Lasten müssen ausgeglichen werden. [...] Gott hat im Alten Bunde einen regelmäßigen Lastenausgleich angeordnet. [...] Es wird nicht zu umgehen sein, daß auch der rechtmäßig erworbene Besitz belastet wird. Das Recht auf Privateigentum wird dadurch nicht angetastet. Es bleibt verankert im heiligen Gesetz Gottes. Aber ein gerechter, durch die außergewöhnlichen Zeitumstände bedingter Lastenausgleich widerstreitet nicht dem naturrechtlichen und daher von den Christen festzuhaltenden Eigentumsbegriff. Gott hat die Güter dieser Welt nicht nur zum Wohle einzelner Menschen, einzelner Menschenklassen oder einzelner Völker bestimmt, sondern sie auf das Wohl aller Menschen hingeordnet. Wenn darum der Staat durch eine die Lasten des Volkes gerecht verteilende Gesetzgebung die durch Krieg oder Katastrophen [...] schwer verletzte Ordnung wieder zu heilen sucht, dann werden Christen um des Gemeinwohles willen einer solchen Regelung sich nicht widersetzen und nicht entziehen. Durch einen geordneten Ausgleich wird die Gefahr vermindert, daß gewaltsame Lösungen versucht werden, die alles verderben. So wird durch ihn in Wahrheit das Eigentumsrecht nicht angegriffen, sondern es werden die Voraussetzungen für den Weiterbestand einer gesunden Eigentumsordnung geschaffen.“ Die deutschen Bischöfe: *Hirtenbrief über die „Katholische Aktion“*, in: *Hirtenbriefe und Ansprachen zu Gesellschaft und Politik 1945–1949*. Bearb. v. Wolfgang Löhr. Würzburg 1985, S. 251–257, hier S. 255.

261 KfZG, Ordner 3074, Kurzprotokoll der Tagung des Katholischen Flüchtlingsrates, 23.12.1948, S. 2.

262 KfZG, Ordner 2016, Kurzprotokoll der ersten Sitzung des Katholischen Flüchtlingsrates, 10.10.1948, S. 2.

angesichts „der Klagen aus Flüchtlingskreisen über Zurücksetzung gegenüber den Einheimischen“, die sich „auch auf den staats- und parteipolitischen Raum“ bezogen. Von den Parteien werde ein Annehmen des Flüchtlingsproblems „mit grösserer Aufgeschlossenheit und Rührigkeit“ erwartet.²⁶³

Deutliche Kritik wurde an den ersten Schritten zum LAG geübt. Allenfalls dienten sie der Entlastung der öffentlichen Wohlfahrt, könnten aber nicht als wesentlicher Ansatz zum Lastenausgleich gewertet werden, da große Teile der Vertriebenen nicht erfasst seien. Daraus resultierend wurde auf dem Aufbau eines „besonderen Lastenausgleichs-Amtes“ insistiert, in dem „auch die Kirche vertreten sein [müsste], um ihre Sachauffassung zur Geltung bringen zu können“. Dieses „besondere“ Amt sollte keine nachgeordnete – und damit lediglich der Verwaltung obliegende – Dienstbehörde sein, sondern ein Vertriebenenministerium auf Bundesebene.²⁶⁴ Die Forderung wurde sowohl gegenüber dem Parlamentarischen Rat geltend gemacht, als auch über den Christlichen Nachrichtendienst publiziert.²⁶⁵

Der frisch berufene Vorsitzende Hans Lukaschek unterstrich die Bedeutung der Gesellschaft bei der Bewältigung des Flüchtlingsproblems, das nicht von der Bürokratie gelöst werden könne. Das „Kirchenvolk“ müsse die Gesellschaft beeinflussen und unterstützen, „um den wirtschaftlichen und moralischen Verfall aufzuhalten“. Dazu bedürfe es der Einrichtung von Koordinationsgremien wie dem Katholischen Flüchtlingsrat als Foren für den Interessensaustausch und -ausgleich. Der Flüchtlingsrat solle „die Lage der Heimatvertriebenen studiere[n]“ und den Heimatvertriebenen eine Stimme im Episkopat geben.²⁶⁶

Damit hatte der Flüchtlingsrat sich am Ausgang des Jahres 1948 zum einen seiner gesellschaftlichen Relevanz versichert und politische Beeinflussung für sich reklamiert. Zum anderen sah er es – ob seiner Zusammensetzung nicht überraschend – als zielführend an, seinen Einfluss auf die bestehenden politischen Parteien geltend zu machen, um zur politischen Willensbildung beizutragen. Bemerkenswert sind die konkreten Vorstellungen, nicht nur ein eigenes Vertriebenenministerium einzurichten, sondern diesem auch einen verwaltungsorganisatorischen Unterbau beizugeben.

Während der Sedisvakanz des Jahres 1949 hatte Kardinal Frings interimistisch das Amt des „Flüchtlingsbischofs“ inne. Mit Hilfe einer eigens eingerichteten Studienkommission des Flüchtlingsrates gab er die Denkschrift „Vorschläge und Zahlen für die wirtschaftliche Eingliederung der Heimatvertriebenen in Westdeutschland“ heraus. Sie war eine Reaktion auf das im August 1949 in Kraft getretene Soforthilfengesetz, das als für die Heimatvertriebenen und deren Notlinderung unzureichend angesehen wurde, wie Bundesvertriebenenminister Lukaschek im Vorwort beton-

263 KfZG, Ordner 3074, Kurzprotokoll der Tagung des Katholischen Flüchtlingsrates, 23.12.1948, S. 2f. Vgl. grundsätzlich: Bendel, Die Fremde wird zur Heimat, S. 149f. und S. 161–168.

264 Vgl. KfZG, Ordner 3074, Kurzprotokoll der Tagung des Katholischen Flüchtlingsrates, 23.12.1948, S. 3.

265 KfZG, Ordner 2016, Communiqué für CND, o. D.

266 KfZG, Ordner 3074, Kurzprotokoll der Tagung des Katholischen Flüchtlingsrates, 23.12.1948, S. 4.

te.²⁶⁷ Mittels Übersetzungen in Englisch, Französisch und Spanisch, finanziert vom inzwischen geschaffenen BMVt, sorgten Frings als Hoher Protektor und Lukaschek als Vorsitzender des Flüchtlingsrates bzw. Vertriebenenminister für eine Resonanz der Thematik unter den Alliierten, was sich auch auf den sogenannten Sonne-Plan auswirken sollte.²⁶⁸

Kritik am Soforthilfegesetz wurde auch auf der Tagung des Flüchtlingsrates im Februar 1950 geübt.²⁶⁹ Zu diesem Zeitpunkt hatten sich nicht nur in Parteien und Gesellschaft Lager aus quotalen und sozialen Anhängern oder generellen Gegnern des Lastenausgleichs gebildet, sondern derartige Trennlinien verliefen auch durch die katholische Kirche.²⁷⁰ Die Vorbereitung des Gesetzes hatte bereits für viel Zündstoff zwischen den Vertriebenen und Einheimischen gesorgt. Hans Schütz, als Mitglied des Lastenausgleichsausschusses, und Paulus Sladek waren inzwischen eher im gemäßigten Lager aufzufinden, das einen Kompromiss suchte, ebenso Bischof Frings und Minister Lukaschek.²⁷¹ Letzterer bat in seiner Funktion als Minister Frings um ein beruhigendes Wort bei den Fuldaer Bischofskonferenzen; mit der gleichen Intention richtete sich ein Rundschreiben des Katholischen Flüchtlingsrates, verfasst von Hartz und Lukaschek, an alle Seelsorger.²⁷² Schütz verfocht eine quotalen Entschädigungsregelung mit einem „breiten sozialen Sockel“, also genau jenen Kompromiss, der schließlich im August 1952 verabschiedet wurde.²⁷³ Er schüttete auch immer wieder vorhandene Gräben zur Opposition im Deutschen Bundestag zu, besaß er doch durch

267 Vorschläge und Zahlen für die wirtschaftliche Eingliederung der Heimatvertriebenen in Westdeutschland. Zum deutschen Flüchtlingsproblem. Bonn 1949, S. 3. Siehe zum Soforthilfegesetz bei: Bendel, Die Fremde wird zur Heimat, S. 149f.; Rudolph, Kirchen ohne Land, S. 453; Kittel, Stiefkinder des Wirtschaftswunders, S. 41–57.

268 EZA, 17/560, Protokoll der Tagung des Katholischen Flüchtlingsrates, 01.02.1950, S. 2; KfZG, Ordner 2017, Kurzprotokoll der Tagung des Katholischen Flüchtlingsrates, 24.01.1958, S. 5f. Für den Wortlaut des Sonne-Planes siehe: Die Eingliederung der Flüchtlinge in die deutsche Gemeinschaft. Bericht der ECA Technical Assistance Commission für die Eingliederung der Flüchtlinge in die deutsche Bundesrepublik dem Bundeskanzler am 21. März 1951 überreicht. Bonn 1951.

269 „Die Soforthilfe hat bisher 575 Millionen aufgebracht. Damit konnte lediglich in Fällen ärgster Mittellosigkeit geholfen werden. Der eigentliche Lastenausgleich muss ehestens ins Werk gesetzt werden, wenn die drohende Radikalisierung breiter Flüchtlingsmassen abgewendet werden soll. Die in einigen Ländern des Bundesgebietes anhaltende Tendenz zur Gründung einer politischen Flüchtlingspartei ist zu bedauern, da sie nicht im Interesse der Heimatvertriebenen liegt. Das Flüchtlingsproblem ist entscheidend für Gedeih und Verderb der Bundesrepublik. Der Kath. Flüchtlingsrat hat die wichtige Aufgabe, an der Bereitung der sittlichen Grundlagen // für die Bewältigung der Flüchtlingsnot mitzuarbeiten.“ EZA, 17/560, Protokoll der Tagung des Katholischen Flüchtlingsrates, 01.02.1950, S. 2f.

270 Voßkamp, Katholische Kirche und Vertriebene, S. 180–183. Allein innerhalb der CDU sei auf den Dualismus Lukaschek–Kather bzw. auf ministerieller Ebene Lukaschek–Schäffer verwiesen: Kittel, Stiefkinder des Wirtschaftswunders, S. 228–242, 253–260.

271 Ebd., S. 210.

272 Voßkamp, Katholische Kirche und Vertriebene, S. 180.

273 Kittel, Stiefkinder des Wirtschaftswunders, S. 257; Voßkamp, Katholische Kirche und Vertriebene, S. 183f.

seine christliche Gewerkschaftsarbeit in Böhmen sehr gute Kontakte zu den Sudendeutschen in der SPD-Fraktion.²⁷⁴

Von politischer Seite für die Sache aktiviert wurde auch „Flüchtlingsbischof“ Hartz.²⁷⁵ Er fürchtete zunehmende gesellschaftliche Spannungen, die auch die Seelsorge belasteten.

„Darum halte ich es für wichtig und notwendig, den Seelsorgeklerus rechtzeitig auf diesen Gefahrenpunkt aufmerksam zu machen, ihm ein ruhiges Wort der Aufklärung zu bieten, das den Lastenausgleich nach seiner sittlichen und sozialen Seite beleuchtet, um so in Predigt und Vortrag der Durchführung des Gesetzes einen Weg zu bereiten, der vielleicht der weiteren Verschärfung der Situation vorbeugt.“²⁷⁶

In seinem Rundschreiben („Ausgleich um der Gerechtigkeit willen“) an alle Seelsorger vom 10. Februar 1951 thematisierte er die moralische Seite des Lastenausgleichs.²⁷⁷ Eine vernünftige Überlegung könne nur zu einer Lösung kommen: ein Ausgleich der Lasten, die die Not so ungerecht verteilt hat. Der Lastenausgleich sei zudem biblisch gut begründet. Freilich werde er im Gesetzestext immer Kompromiss und damit Stückwerk bleiben – nicht zuletzt angesichts der damals noch schwachen Gesamtwirtschaft Deutschlands. „Die Lasten, die dieses Gesetz den Besitzenden auferlegt, werden fühlbar sein, aber den Heimatvertriebenen wird es in vielen Fällen nur unzulängliche Hilfe bringen. Dennoch muss der Versuch nach Maßgabe des Möglichen gemacht werden.“ Ein geordneter Ausgleich verhindere Radikalisierung und Gewaltanwendung und stehe nicht im Widerspruch zum Recht auf Privateigentum.²⁷⁸

Lukaschek konnte sich auch der Unterstützung Nahms sicher sein. Dieser hatte sich zwar vor 1952 für einen quotalen Lastenausgleich ausgesprochen,²⁷⁹ wie bis dahin auch der Flüchtlingsrat,²⁸⁰ ihm war aber ein konstruktives und vertrauensvolles Verhältnis zu Lukaschek wichtig.²⁸¹ Es ist daher nicht überraschend, dass man sich im Februar 1952 und damit vor Verabschiedung des Gesetzes im Flüchtlingsrat schließlich auf einen Kompromiss einigte, der in eine gemeinsame Erklärung mündete.²⁸²

Zugleich blieb Nahn über seine Pensionierung hinaus ein ständiger Kritiker des Ausgleichs, der dessen Zurückbleiben „hinten den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten der Bundesrepublik“ auch öffentlich problematisierte.²⁸³ Die Vertriebenen seien, so Nahn Anfang der 1960er Jahre, „vollgültige Mitglieder unserer Gesellschaft“, nicht aber „der Wohlstandsgemeinschaft“. Dadurch seien die Kriegslasten noch im-

274 Kittel, Stiefkinder des Wirtschaftswunders, S. 258f.

275 Vgl. Gustav Braun: Vater der Heimatvertriebenen, in: Prälat Dr. Franz Hartz zum Gedenken, S. 50.

276 Diözesanarchiv Rottenburg (DAR), G 1.1 Nr. A 17.4 p., Hartz an Frings, 08.01.1951.

277 Abgedruckt in: Lorenz (Hrsg.), Schicksal-Vertreibung, S. 182–186.

278 Ebd., S. 184f. Weitere Stellungnahmen der Kirche gegenüber den Bischöfen, wie von Sladek gefordert, wurden von Hartz allerdings ausgebremst. Bendel, Aufbruch aus dem Glauben, S. 577.

279 Kittel, Stiefkinder des Wirtschaftswunders, S. 251f.

280 Voßkamp, Katholische Kirche und Vertriebene, S. 183.

281 Ebd., S. 182.

282 Kittel, Stiefkinder des Wirtschaftswunders, S. 210.

283 Ebd., 211.

mer „nicht gleichmäßig verteilt“.²⁸⁴ Er reagierte aber auch auf Beanstandungen aus dem Flüchtlingsrat, beispielsweise vom Präsidenten des Bauernverbands der Vertriebenen, Ferdinand Steves,²⁸⁵ der die unzureichende Berücksichtigung der Bauern im Gesetzeswerk moniert hatte, mit der Ansetzung einer weiteren Arbeitstagung unter „Hinzuziehung kompetenter Referenten“.²⁸⁶ Im Oktober 1965 informierte er die Vertreter des Flüchtlingsrats umfassend über den aktuellen Stand der Novelle zum LAG, die Eingliederung der Vertriebenen und geflüchteten Bauern sowie die rechtliche Angleichung der DDR-Flüchtlinge.²⁸⁷ Ein knappes Jahr später musste er die Versammlung allerdings weiterhin um Geduld bitten, da die „öffentliche Meinung [...] gegen die Weiterentwicklung der Gesetzgebung zugunsten der Geschädigten“ stehe. Das Kabinett habe daher die 19. Novelle im „Gefühl der Unsicherheit und der gerade beschlossenen mittelfristigen Planung“ vertagt.²⁸⁸

3.2. Neue Gruppen, neue Themen: DDR-Flüchtlinge und Spätaussiedler

Bundesvertriebenenminister Oberländer hatte auf der Kasseler Tagung vom 18. und 19. Februar 1958 gegenüber den Kirchen die Erwartungen des BMVt deutlich zum Ausdruck gebracht: „Wir müssen als Christen Verantwortung für Flüchtlinge und Spätaussiedler übernehmen und diese Verantwortung nicht auf die ‚zuständigen Stellen‘ abschieben“, hatte er verlautbart. „Die evangelische Kirche sollte stärker die Menschen, die aus der Zwangsgemeinschaft des Kommunismus kommen, in die lebendige Gemeinschaft ihrer Gemeinde aufnehmen.“²⁸⁹ Im November desselben Jahres legte Oberländer auf einer Tagung verbal nach. Die „jetzt Kommenden“ würden ohne „Zweifel ganz besonders die Last der Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus mit sich“ bringen, was „nicht mehr nur eine Frage des Staates und seiner Organe allein sein“ könne. Einer erfolgreichen wirtschaftlichen Eingliederung stehe ihr seelischer Verlust entgegen, wenn nicht gehandelt werde. Die Kirche mit ihrer „Möglichkeit des Appells an alle“ stelle „den Menschen in den Mittelpunkt ihres Dienstes, den Gott ihr verordnet hat, sie spricht für den Menschen“. Daher rief Oberländer sie wiederum zur Mitarbeit auf:

„Die Kirche vermag in unserem Volk eine innere Haltung zu erzielen, die die Durchführung der Lagerauflösung erleichtert und beschleunigt. Sie ermittelt Menschen, die

284 Zitiert nach ebd., S. 252.

285 Steves gehörte als stellvertretendes Mitglied auch dem Beirat des BMVt an. EZA, 2/4250, Zusammensetzung des Beirates für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen beim Bundesvertriebenenministerium, 01.07.1958.

286 KfZG, Ordner 2017, Kurzprotokoll der Arbeitstagung des Katholischen Flüchtlingsrates, 10.12.1964, S. 4.

287 KfZG, Kurzprotokoll der Tagung des Katholischen Flüchtlingsrates, 28.08.1966, S. 2.

288 Pars pro toto: KfZG, Ordner 2017, Kurzprotokoll der Arbeitstagung des Katholischen Flüchtlingsrates, 30.10.1965, S. 2.

289 EZA, 87/130, Niederschrift über die Tagung der landeskirchlichen Flüchtlingsreferenten und der kirchlichen Werke, 11.03.1958, S. 2.

wirklich sozial denken und arbeiten können, weil sie sich christlich verpflichtet wissen. Sie vermag am wirksamsten den Weg zur seelischen Eingliederung zu weisen.“²⁹⁰

Damit war von ministerieller Seite die Erwartung an die Kirchen geknüpft, die Integration der DDR-Flüchtlinge, der sogenannten Zonenflüchtlinge, in die bundesrepublikanische Gesellschaft nach Kräften zu unterstützen, um einen raschen Erfolg herbeizuführen. Der OKA sah sich für diese Aufgabe, obgleich er im Flüchtlingsbeirat der EKD vertreten war, nicht zuständig²⁹¹ – die „traditionelle Vertriebenenarbeit“ der evangelischen Kirche, so Rudolph, wurde abgelöst von der Hilfeleistung für die DDR-Flüchtlinge und Spätaussiedler.²⁹² Besonders Ersteren galt das Interesse der EKD, die sich ehemals als „nationales Gewissen“ aller Deutschen verstand, da eine erhebliche Zahl ihrer Mitglieder in der DDR lebte, und die außerdem ihre „konfessionellen Traditionsdenkmäler“ wie die Wartburg hinter der Grenze wusste.²⁹³

Durch eine Entschließung des Flüchtlingsbeirates der EKD vom 25. Februar 1959 ermächtigt, gingen Wester, Gundert und Collmer die Sache an.²⁹⁴ In die ausgiebigen Debatten im Beirat des BMVt um die Frage der rechtlichen Anerkennung von Sowjetzonenflüchtlingen und der Neufassung des Paragraphen drei und vier des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) schaltete sich Collmer ein. Im Zwiegespräch mit Oberländer und Nahm prangerte er „Fehlentscheidungen“ bei der Anerkennung von Gewissenskonflikten als Fluchtgrund sowie bei der Erteilung des C-Ausweises an.²⁹⁵ Wester votierte bei Oberländer energisch für eine „rechtliche oder praktische Gleichstellung aller Zufluchtsuchenden“ und mahnte an, dies „als einen Ausdruck unserer Bereitschaft an[zul]sehen, an den uns allen aufgegebenen Fragen und Entscheidungen verantwortlich mitzuarbeiten“.²⁹⁶ Als mehrere Schreiben an den Minister ins Leere liefen, sich die evangelische Kirche im Gegenteil vom Ministerium in einigen Angelegenheiten umgangen bzw. „ausgeschaltet“ sah,²⁹⁷ legte Wester den Briefwechsel mit Oberländer Bundeskanzler Konrad Adenauer vor.²⁹⁸ Trotzdem blieb eine Gesetzesanpassung auf Bundesebene zunächst aus.

1961 stand erneut eine Beratung über die Novellierung von Paragraph drei des BVFG auf der Tagesordnung des Beirates beim BMVt. Gundert regte auf der zwei Tage zuvor stattfindenden Flüchtlingsbeiratssitzung der EKD eine Erörterung an, um gege-

290 AIdGL, NL Hamm 82, Aussprache auf der Tagung in Verden/Aller, 18.11.1958.

291 „Hinzu kommt freilich, daß die Mitglieder des Ostkirchenausschusses ebenso wie ich trotz der hervorragenden Ausarbeitung von Oberkirchenrat Gundert in den Problemen [...] völlig unbewandert sind. Nach seinen Richtlinien ist der OKA für diese Gruppe in keiner Weise zuständig. Sie gehörte zu den Aufgaben von Bischof D. Wester [...]“ EZA, 2/4295, Gülzow an Besch, 28.08.1967.

292 Rudolph, Kirchen ohne Land, S. 443f.

293 Scholz, Die Kirchen und der deutsche Nationalstaat, S. 449, 463.

294 EZA, 2/4295, Collmer an von Heyl, 26.04.1967. Bereits in einigen Veröffentlichungen des Hilfswerks seit 1953 sei die Gleichstellung von Vertriebenen und DDR-Flüchtlingen gefordert worden, betonte Collmer in dem Schreiben an Cornelius von Heyl.

295 EZA, 87/131, Vermerk von Collmer, 09.12.1959, S. 1.

296 EZA, 2/4293, Wester an Oberländer, 07.01.1960.

297 Vgl. EZA, 87/133, Gundert an Ranke, 05.12.1959.

298 EZA, 2/4295, Collmer an von Heyl, 26.04.1967.

benenfalls einen neuen Novellierungsvorschlag zu formulieren.²⁹⁹ Wester griff diesen Vorschlag auf, allerdings wurde Gundert nicht mit einer Entschließung in die kommende Sitzung geschickt, da „die Frage des Gewissenskonfliktes in der Zwischenzeit auf Länderebene verhältnismäßig befriedigend gelöst werden konnte“.³⁰⁰

Neuen Schwung erhielt die Thematik mit dem Amtsantritt des neuen Bundesvertriebenenministers Kai-Uwe von Hassel (1903–1997) und Günter Besch. Dem Minister lag an einer Komplementierung der Flüchtlingsgesetzgebung, weshalb er für die rechtliche Gleichstellung der DDR-Flüchtlinge mit den Vertriebenen eintrat.³⁰¹ Demgemäß gestaltete sich der Antrittsbesuch Beschs in Bonn. Der Minister, so berichtete der „Flüchtlingsbischof“ anschließend, wolle „die Situation der Zonenflüchtlinge bessern und versuchen, sie den Vertriebenen in etwa gleichzustellen“. Um seine Position gegenüber Parlament und Regierung zu stärken, erbitte er „die moralische Unterstützung der Kirchen“. Auch Nahm habe diese Bitte des Ministers befürwortet und ein gemeinsames Abstimmen der beiden Kirchen vorgeschlagen.³⁰²

In welcher Form sich von Hassel die rechtliche Gleichstellung konkret erhoffte, wurde auf einer Sitzung des Beirats beim BMVt kommuniziert. Anschließend vereinbarte Gundert ein Gespräch im Ministerium, um auch in der Frage des evangelischen Anteils daran voranzukommen.³⁰³ Inzwischen hatte Nahm als Vorsitzender des Katholischen Flüchtlingsrates bereits angekündigt, auf dessen nächster Sitzung eine „Entschließung in dieser Sache zu erwirken“.³⁰⁴ Bevor Besch den Rat der EKD bzw. den Flüchtlingsbeirat in Kenntnis setzte und über das weitere Vorgehen beraten werden konnte, stand zunächst die Besprechung im BMVt unter Leitung von Staatssekretär Nahm an. Der Vorlauf der katholischen Seite, deren Flüchtlingsrat der Bischofskonferenz empfohlen habe, die „Bemühungen des Vertriebenenministeriums zu unterstützen“, fand dabei ebenso Erwähnung wie die erhoffte evangelische Beteiligung:

„Wenn die evangelische Kirche sich dazu entschließen sollte, die Bemühungen um Verbesserung der Flüchtlingshilfe zu unterstützen, würde es ausreichen, wenn die Kirche den Grundgedanken dieser Bemühungen – die Notwendigkeit einer gleichen Behandlung von im wesentlichen gleichliegenden Tatbeständen – anerkennen und es befürworten würde, daß dieses Ziel trotz der Enge der finanziellen Lage weiter verfolgt wird. Ein Eingehen auf einzelne Vorhaben der Gesetzgebung ist nicht erforderlich.“³⁰⁵

Schlussendlich einigte man sich auf ein entsprechendes Schreiben der evangelischen Kirche an Bundeskanzler Adenauer.³⁰⁶

299 EZA, 2/4251, Gundert an Collmer, 31.01.1961.

300 EZA, 2/4294, Niederschrift der Sitzung des Flüchtlingsbeirates, 22.02.1961, S. 6.

301 EZA, 87/575, von Hassel an Kunst, 01.02.1968.

302 EZA, Vermerk Beschs zum Besuch in Bonn, 15.03.1967.

303 EZA, 87/575, Gundert an von Heyl, 22.03.1967.

304 EZA, 87/575, Kunst an Müller, 28.03.1967.

305 EZA, 87/575, Dibelius an Besch, 3.08.1967. Auf evangelischer Seite nahmen Collmer und Dibelius an dem Gespräch teil.

306 EZA, 2/4295, Niederschrift über die Sitzung des Flüchtlingsrates der EKD, 30.08.1967, S. 1f.

Am 10. August erstattete Besch dem Rat der EKD Bericht, der seinerseits den Flüchtlingsbeirat der EKD beauftragte, einen schriftlichen Entwurf zu erarbeiten. Anschließend versammelte Besch den Flüchtlingsbeirat und setzte diesen über das Gespräch mit von Hassel ins Benehmen, Collmer den Beirat über den Austausch mit Nahm.³⁰⁷ Im Entwurf zum Schreiben wurde bezüglich der Positionierung der evangelischen Kirche festgehalten:

„Die Flüchtlinge [aus der DDR] haben weithin das Gefühl, gegenüber den Vertriebenen als zweitrangig betrachtet zu werden und in der Bundesrepublik nicht voll beheimatet zu sein. [...] Wir sind der Auffassung, daß ein letzten Endes kriegsbedingter Verlust deutscher Staatsangehöriger, die in der Bundesrepublik leben, nicht nur dann eine Entschädigung erfahren sollte, wenn dieser Verlust in der Bundesrepublik oder in den Vertriebungsgebieten eingetreten ist, sondern auch dann, wenn er in der DDR bzw. in der damaligen SBZ erfolgte.“³⁰⁸

Der Rat der EKD akzeptierte den Entwurf anstandslos. Er wurde nach Bonn zu Dibelius geschickt, um zu klären, „was die Katholiken tun“, und um eine Beurteilung des Inhaltes vonseiten des BMVt in Erfahrung zu bringen.³⁰⁹ Im Jahr 1968 schließlich wurde das fertige Schreiben über Hermann Kunst (1907–1999; CDU) an die zuständige Stelle im Kanzleramt übermittelt.³¹⁰

Nach den Bundestagswahlen von 1953 und der anschließenden Kabinettsbildung befand sich an der Spitze des Vertriebenenministeriums kein Katholik mehr, sondern mit Theodor Oberländer ein Protestant. Ein konfessioneller Wechsel war ebenso im Amt des Staatssekretärs zu verzeichnen, das Nahm übernahm und bis Ende 1969 bekleiden sollte. An dem bewährten *Procedere*, im Rahmen der Tagungen des Flüchtlingsrates Schwerpunktthemen mit Experten zu diskutieren und anschließend in Richtung Deutscher Bischofskonferenz wie katholischem Kirchenvolk zu kommunizieren, wurde auch unter dieser neuen Akteurskonstellation festgehalten. Und ein hauptsächliches Thema, das in den 1950er Jahren durch das Ministerium an den Flüchtlingsrat herangetragen wurde, waren die Spätaussiedler und Sowjetzonenflüchtlinge.

Der Flüchtlingsrat befasste sich erstmals eingehender mit den Ursachen und Folgen einer Flucht aus der DDR im November 1955. Dabei standen, analog zu den

307 EZA, 2/4295, Niederschrift über die Sitzung des Flüchtlingsrates der EKD, 30.08.1967, S. 1.

308 EZA, 2/4295, Entwurf für ein Schreiben des Rates, August 1967.

309 EZA, 2/4295, Gundert an Dibelius, 05.09.1967.

310 EZA, 2/4295, Rundschreiben an die Mitglieder des Flüchtlingsbeirates der EKD, 17.12.1968. Kunst war seit 1947 Vorsitzender der Notgemeinschaft der Besatzungsgeschädigten in Herford wie überregional und ab 1950 Bevollmächtigter des Rates der EKD bei der Bundesregierung. Einer rechtlichen Gleichstellung der DDR-Flüchtlinge mit den Vertriebenen galt die Arbeit des Verbandes, weshalb sich Kunst auch während seiner Tätigkeit in Bonn gegenüber Mandatsträgern, Ministern und Ministerialen dafür einsetzte. Kittel, Stiefkinder des Wirtschaftswunders, S. 209f.; Stefan Fuchs: Politische Einflusswege des Protestantismus, in: Christian Albrecht/Reiner Anselm (Hrsg.): Teilnehmende Zeitgenossenschaft. Studien zum Protestantismus in den ethischen Debatten der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989. Tübingen 2015, S. 121–148, hier S. 130–135; Buchna, Ein klerikales Jahrzehnt, S. 232–276. Für ein Biogramm siehe auch: Personenlexikon zum deutschen Protestantismus, S. 149.

Debatten auf evangelischer Seite, die Unterbringungsbedingungen wie die Möglichkeiten der kirchlichen Betreuung und Eingliederung im Vordergrund. Daraus resultierend wurde 1956 ein „Aufruf der deutschen Bischöfe zur Behebung der Lagernot“ veröffentlicht, zudem die katholische Lagerseelsorge ausgebaut.³¹¹

Im Juli 1957 sprach der Lagerpfarrer des Durchgangslagers Friedland³¹², Josef Krahe (1914–2005),³¹³ auf der Sitzung des Katholischen Flüchtlingsrates und präzisierte in seinem Referat, wen die Personengruppe „Spätaussiedler aus dem Osten“ umfasste. Bei den in den Zeitungen fälschlicherweise als „Ankömmlinge aus Polen“ oder „Ausländer“ bezeichneten Personen handele es sich um „deutsche Brüder und Schwestern, die zumeist in treuester Weise in der überfremdeten Heimat bis jetzt ausgeharrt und wegen ihres Deutschtums schwerste materielle und seelische Opfer ertragen“ hätten. Für die katholische Kirche entstehe „die dringliche Aufgabe, neben den sozialen Eingliederungsmaßnahmen des Staates die seelsorglichen Bedürfnisse in umfassender Weise zu befriedigen“. Die staatlicherseits eingerichteten Förderschulen zur Sprach- und Berufserlernung müssten „ergänzt werden durch Religionsunterricht, um die Einflüsse des Unglaubens, welchen die jungen Menschen im Osten unterworfen waren, zu beheben“.³¹⁴

Die sogenannten Aussiedlertransporte der Regierung sowie die Integration der Spätaussiedler in die bundesrepublikanische Gesellschaft liefen freilich den ostpolitischen Forderungen der katholischen Kirche wie Vertriebenen zuwider, wie auch Krahe in einem Schreiben an Frings durchblicken ließ.³¹⁵ Allerdings verhinderten Pragmatismus und Konzentration auf die Betreuung der Aussiedler in den Auffangslagern das Aufkommen einer Heimat- und Rückkehrdebatte.³¹⁶ Die Unterbringung der Lagerinsassen durch den Bau von Wohnungen wurde daher nicht nur auf der Flüchtlingsratstagung im Januar 1958 mit Bundesbauminister Paul Lücke (1914–1976) besprochen, sondern durch Schreiben an Bundesregierung und Landesregierungen auch gefordert.³¹⁷

311 KfZG, Ordner 2411, Der Katholische Flüchtlingsrat in Deutschland, 15.07.1960.

312 Dagmar Kleineke: Entstehung und Entwicklung des Lagers Friedland 1945–1955. Dramfeld 1994; Sascha Schießl: „Das Tor zur Freiheit“. Kriegsfolgen, Erinnerungspolitik und humanitärer Anspruch im Lager Friedland (1945–1970). Göttingen 2016; Regina Löneke/Ira Spieker (Hrsg.): Hort der Freiheit. Ethnographische Annäherungen an das Grenzdurchgangslager Friedland. Göttingen 2014.

313 Zur Vita Krahes siehe: Thomas Scharf-Wrede: Josef Krahe, in: Ders./Manfred Zimmermann/Konrad Deufel (Hrsg.): Im Schatten des Domkreuzgangs. Der Annenfriedhof. Hildesheim 2020, S. 46–48. Krahe war ein gefragter Ansprechpartner sowohl des BMVt als auch der niedersächsischen Bürokratie. Schießl, „Das Tor zur Freiheit“, bes. S. 405.

314 KfZG, Ordner 2017, Kurzprotokoll der Tagung des Katholischen Flüchtlingsrates, 09.07.1957, S. 3f.

315 Die Aufnahme der Aussiedler käme einem „völligen Ausverkauf“ der deutschen Ostgebiete gleich, so Krahe an Frings im Februar 1957. Schießl, „Das Tor zur Freiheit“, S. 398.

316 Ebd.

317 KfZG, Ordner 2411, Der Katholische Flüchtlingsrat in Deutschland, 15.07.1960; KfZG, Ordner 2017, Kurzprotokoll der Tagung des Katholischen Flüchtlingsrates, 24.01.1958, S. 6 und Anlage.

Im Dezember desselben Jahres war nach einem mündlichen Beitrag von Staatssekretär Franz Thedieck (1900–1995) vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (BGM), der vor einer „totalen Sowjetisierung Mitteldeutschlands“ warnte, die eine „unaufhaltsame Fluchtbewegung nach Westdeutschland“ mit sich bringe, eine Verlautbarung des Flüchtlingsrates erschienen. Bereits in der Aussprache hatte Hackenberg die „Notwendigkeit zur Aufklärung der westdeutschen Bevölkerung“ unterstrichen: Die Flüchtlinge aus der DDR seien eben „nicht so sehr von den günstigeren wirtschaftlichen Lebensbedingungen der freien Welt angezogen [...], sondern [hätten] viel mehr aus Gründen der Glaubens- und Gewissensnot die SBZ verlassen“.³¹⁸ Er machte sich darin auch für die „Glaubens- und Gewissensnot“ als anzuerkennende Fluchtursache stark.

Die Veröffentlichung des Flüchtlingsrates ging darauf ein und argumentierte demgemäß. Das kommunistische System dränge zu „Bekanntnissen und Handlungen“, die Gesinnung, Glauben, Menschenwürde, Elternrecht und die Freiheit der Forschung verletzen würden und zu schwersten Gewissenskonflikten führen.³¹⁹ Zwar fehlte der Verlautbarung eine Forderung an die Politik, dafür stand eine Popularisierung der Fluchtursachen beim katholischen Kirchenvolk im Mittelpunkt. Implizit wurden damit aber auch gesellschaftliche Voraussetzungen geschaffen für eine Anpassung des BVFG.

Nach der Übernahme des Vorsitzes durch Nahm informierte dieser den Flüchtlingsrat in regelmäßigen Abständen über den aktuellen Stand. Gleich auf der ersten Tagung unter seiner Leitung referierte er über die Ursachen und Entwicklung der Flüchtlingszahlen seit 1953.³²⁰ Die Kirche und der Flüchtlingsrat stünden noch immer vor der Aufgabe, die „Fluchtwelle aus der sowjetischen Besatzungszone“ zu bewältigen.³²¹ Diesem deutlichen Hinweis auf eine nötige programmatische Straffung des Flüchtlingsrates³²² – wobei dieses Ansinnen schon bald wieder von Heimat- und Rückkehrrechtsdebatten überlagert werden sollte – ging ein Disput um dessen inhaltliche Ausrichtung voraus.

Lukaschek hatte im Januar 1958 zufrieden die weitgehende soziale und wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge in die bundesrepublikanische Gesellschaft bilanziert, woran der Flüchtlingsrat seinen Anteil gehabt habe.³²³ Die zukünftigen Aufgaben würden nunmehr darin liegen, „in heimatpolitischer Beziehung den rechten Geist unter den Vertriebenen zu sichern“. Als ehemaliger Minister wusste er um die politischen Realien, wenn er weiter ausführte: „Die Seelsorge ist unentbehrlich auch zur Überwindung von harten Geduldsproben und Enttäuschungen im

318 KfZG, Ordner 2017, Kurzprotokoll der Tagung des Katholischen Flüchtlingsrates, 02.12.1958, S. 1–3.

319 Ebd., Anlage 1, 01.12.1958.

320 KfZG, Ordner 2016, Kurzprotokoll der Tagung des Katholischen Flüchtlingsrates, 29.11.1960, S. 2.

321 Ebd., Ordner 2016, Kurzer Abriss der Geschichte des Katholischen Flüchtlingsrates, o. D., S. 2.

322 Vgl. unter 2.2.1.

323 Der Lebensstandard hatte um 1957/58 ein annähernd gleiches Niveau zwischen Einheimischen und Vertriebenen erreicht, letztere waren „grundsätzlich in der Mehrheitsgesellschaft integriert“. Voßkamp, Katholische Kirche und Vertriebene, S. 245.

Verlaufe politischer Entwicklungen.“³²⁴ Massive Kritik an dieser Skizzierung erhob Nahm in einem Brief an Janssen:

„Unser Präsident [...] Lukaschek hat die zukünftigen Aufgaben des Flüchtlingsrates in einer nicht nur mich erschütternden Weise umschrieben. Das Schweigen der Zuhörer war betreten und nicht zustimmend. Ich kenne Ihre Gesinnung und Haltung in dieser Frage. Ich glaube jedoch, daß Sie bei der nächsten Gelegenheit ohne Bezug auf den Anlass zu den Aufgaben des Flüchtlingsrates Stellung nehmen müssen, um die unglückliche, pessimistische und jeder konkreten Voraussetzung entbehrende Formulierung nicht im Raum stehen zu lassen.“

Der Flüchtlingsrat sei „auflösungsreif“, wenn ihm nur diese Aufgaben gestellt würden. Nahm hingegen sah eine „Fülle von Möglichkeiten für Vorschläge und praktische Hilfe“, so u. a. bei den Aussiedlertransporten.³²⁵ Auch Janssen attestierte Lukaschek, „unglückliche Äußerungen“ getätigt zu haben, und stellte klar: „Die dringenden Aufgaben, die der verstärkte Aussiedlerstrom fordert, darf [sic!] wohl nicht nur die staatlichen oder nicht katholischen Organisationen und Organe befassen, sondern verlangt [sic!] auch unsere Disposition.“³²⁶

Demnach blieben die DDR-Flüchtlinge und Spätaussiedler auf der Agenda des Flüchtlingsrates. Neben periodischer Informationsweitergabe über den rechtlichen Status quo umfasste das auch die Bitte an den Episkopat nach Eingaben an Bundes- und Landesstellen.³²⁷ Das schloss „Flüchtlingsbischof“ Janssen mit ein:

„Ich habe vor der Beschlußfassung zu den Finanzierungsänderungen in der Bundesregierung an Bundeskanzler Kiesinger [...] ein Schreiben gerichtet und darum gebeten, die Einsparungen nicht auf das Leistungsgesetz für Sowjetzonenflüchtlinge auszudehnen. Ich erfahre, daß der Bundeskanzler sich sehr im Sinne dieses Briefes eingesetzt hat.“³²⁸

3.3. Bewegte Zeiten: Aussöhnungspolitik und „Abbauoffizium“

Rückkehr- und Heimatdebatten waren unter den Vertriebenen beider Konfessionen vom Zeitpunkt der Ankunft in Deutschland an existent und bestimmten folglich auch die inhaltliche Arbeit kirchlicher Vertriebenenorganisationen seit Anbeginn. Fragen nach dem Heimatrecht, nach der Rückkehr in die Heimat, waren verbunden mit der Warnung, gerade von Seiten der Seelsorger, vor einem zu großen Optimismus

324 KfZG, Ordner 2017, Kurzprotokoll der Tagung des Katholischen Flüchtlingsrates, 24.01.1958, S. 5. In seiner Dankesantwort würdigte Frings mit „Worten großer Anerkennung“ das Wirken des Rates und dessen Präsidenten.

325 KfZG, Ordner 2016, Nahm an Janssen, 28.01.1958.

326 KfZG, Ordner 2016, Janssen an Nahm, 14.02.1958.

327 KfZG, Ordner 2017, Kurzprotokoll der Arbeitstagung des Katholischen Flüchtlingsrates, 10.12.1964, S. 2; KfZG, Ordner 2017, Kurzprotokoll der Arbeitstagung des Katholischen Flüchtlingsrates, 30.10.1965, S. 2; KfZG, Ordner 2016, Nahm an Janssen, 31.07.1967.

328 KfZG, Ordner 2016, Janssen an Nahm, 07.08.1967.

hinsichtlich einer raschen Rückkehr und damit dem Hinweis auf eine mögliche Integrationsunwilligkeit in das neue gesellschaftliche Umfeld.³²⁹

Durchaus analog zur sozialen Integration, bei der eine Beteiligung der Alliierten eingefordert wurde, sahen die Mitglieder des Katholischen Flüchtlingsrats die Vertriebenenfrage nur auf internationaler Ebene lösbar.³³⁰ Als paradigmatisch galt, einen Zusammenhang der Vertreibung mit den deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg zu negieren, einen rechtlich begründeten Anspruch auf die deutschen Ostgebiete sowie eine Rückkehr der Vertriebenen zu erheben und daraus abgeleitet auch penibel darauf zu achten, ob der Heilige Stuhl sich in dieser Frage ebenso positionierte, das heißt, ob er am Status quo der ostdeutschen Diözesen und deren Kapitelsvikare festhielt.³³¹

Im Beirat des BMVt schilderte Braun im Jahr 1958 ausführlich die Lage in den „polnisch-besetzten Gebieten“, in denen Polen „den ihm erteilten internationalen Auftrag auf anständige Verwaltung der deutschen Ostgebiete gröblich vernachlässige“.³³² Seine Ausführungen wurden aufgegriffen und sollten in Form einer Beschwerde an die Vereinten Nationen weitergereicht werden. Staatssekretär Nahm versicherte den Mitgliedern des Flüchtlingsrats die klare Rechtsauffassung der Bundesregierung hinsichtlich „Ostdeutschlands“, „die für ihre bezügliche Politik bestimmend sei, wobei jedoch Gespräche mit Polen und anderen Ostblockstaaten im Bereich des Möglichen bleiben. Auch an der kirchlichen Situation im fraglichen Bereich sei die Bundesregierung interessiert.“³³³ Nach den Debatten um den Lastenausgleich waren die Ansichten der Politik und die katholische Vertriebenenposition in der Frage der deutschen Ostgebiete noch weitgehend kongruent.

Der Flüchtlingsrat unternahm nach dem Rücktritt von Bundesvertriebenenminister Oberländer den Versuch, als dessen Nachfolger Schütz zu lancieren. Dieser hatte bereits in einer geheimen Probeabstimmung der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag im Oktober 1957 deutlich gegenüber Oberländer obsiegt.³³⁴ Aufgrund

329 Dabei sollte die katholische Kirche als Vermittler dienen, forderte Sladek: „Zur geistigen Bewältigung des Flüchtlingsproblems muss die Kirche in gleicher Weise die Heimatvertriebenen und die Einheimischen ansprechen. Bei letzteren ist vielfach die Grösse [sic!] der Probleme und seine Bedeutung für Volk und Kirche nicht genügend verstanden. Ein entsprechender Appell an alle Seelsorger, kirchlichen Organisationen und Kirchenblätter zur Mitarbeit ist dringend erforderlich.“ EZA, 17/560, Protokoll der Tagung des Katholischen Flüchtlingsrates, 01.02.1950, S. 4.

330 Vgl. KfZG, Ordner 3074, Kurzprotokoll der Tagung des Katholischen Flüchtlingsrates, 23.12.1948, S. 4; EZA, 87/127, Bericht über die Arbeitstagung über Fragen der Heimatvertriebenen, April 1952, S. 22. Vgl. auch die Utopie Czajas von Oktober 1966, als er eine Marginalisierung nationalstaatlicher Grenzen und europäisch verwaltete, ethnisch heterogene Gebiete prophezeite. Voßkamp, Katholische Kirche und Vertriebene, S. 311f.

331 Vgl. exemplarisch das Referat von Braun zu dem Thema „Ostdeutschland in heimat- und kirchenpolitischer Sicht“: KfZG, Ordner 2017, Kurzprotokoll der Tagung des Katholischen Flüchtlingsrates, 24.01.1958, S. 2.

332 EZA, 2/4250, Protokoll der Sitzung des Beirates für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen, 04.07.1958.

333 KfZG, Ordner 2017, Kurzprotokoll der Tagung des Katholischen Flüchtlingsrates, 24.01.1958, S. 4f.

334 Vgl. dazu die Beiträge von Pertti Ahonen und Michael Schwartz im vorliegenden Band.

politischen Kalküls sowie seiner generellen Skepsis gegenüber Vertretern aus dem sozialen Bereich der Unionsparteien hatte Adenauer keine hohe Meinung von Schütz und sprach ihm das „Format“ ab, ein Ministeramt bekleiden zu können.³³⁵ Im Frühjahr 1960 verfasste „Flüchtlingsbischof“ Janssen ein Schreiben an Adenauer, worin er für Schütz warb. Dieser habe im Flüchtlingsrat „rege und wertvolle Mitarbeit geleistet und dabei erkennen lassen, wie tief er in die mit dem Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem verknüpften innen- und aussenpolitischen Fragen eingedrungen“ sei. Schütz sei ein Politiker, „der sich durchweg in christlicher Verantwortung weiß und mit möglichster Objektivität dem Gemeinwohl zu dienen sucht“.³³⁶

Im Gegensatz zu Braun, der eine Ernennung von Schütz ausdrücklich befürwortete,³³⁷ stellte sich Nahm, der von Manteuffel-Szoegge unterstützt wurde, im Verbund mit dem Chef des Bundeskanzleramtes, Hans Globke (1898–1973), diesem Vorhaben entgegen. Czaja, der Schütz schätzte, mutmaßte später, Nahm wollte „keinen Praktiker über sich im Hause“ haben.³³⁸ Daneben aber sprachen die generelle Skepsis Adenauers dem Sozialpolitiker Schütz gegenüber, die Ungewissheit eines neuerlichen BHE-Bundestageinzugs bei den Wahlen 1961 sowie weitere Aspiranten wie der BdV-Präsident Hans Krüger (1902–1971) gegen Schütz. Als Platzhalter fungierte schließlich der aus Pommern stammende Hans-Joachim von Merkatz (1905–1982).³³⁹

In den 1960er Jahren wurden die Heimatrechtsdebatten angesichts der politischen Großwetterlage virulent. Die zusehends deutlicher sich abzeichnende Neuorientierung in der Ostpolitik der Bundesrepublik musste kirchenseitig begleitet werden und führte innerkirchlich zu erheblichem Diskussionsbedarf. Paradigmatisch für dieses Jahrzehnt konstatierte Nahm bereits kurz vor der Übernahme des Amtes des Vorsitzenden des Flüchtlingsrats im November 1960 „harte Monate“ für die Vertriebenen, da „eine Spannung zwischen Politik und pastoralen Erfordernissen“ auftreten werde.³⁴⁰ Den Katholischen Flüchtlingsrat hatte er im Verdacht, darauf nicht vorbereitet zu sein, wobei noch immer seine Kritik an der zuvor eher verwaltenden Art Lukascheks durchschien: Der Flüchtlingsrat, so merkte er an, habe sich „mehr und mehr von den großen Fragen zurückgezogen“ und sei „dem allgemeinen Sog erlegen, der im Wohlstand den primären Sicherheitskoeffizienten“ sehe.³⁴¹ Selbiges diagnostizierte er für das katholische Kirchenvolk: Die „weitverbreitete, durch wirtschaftlichen Wohlstand geförderte Neutralität der Herzen“ müsse „einer aktiven Teilnahme an Problemen und Aufgaben unserer Tage“ weichen.³⁴²

335 Kittel, Stiefkinder des Wirtschaftswunders, S. 239, 242f.

336 KfZG, 2414 Akten Königstein Ordner 2781 Janssen, Bisch. II. Vertriebenenbischof Janssen (Verschiedenes), Braun an Adenauer, 06.05.1960.

337 „Bei der gegenwärtigen Konstellation wäre es wohl, von unserer Sicht, zu begrüßen, wenn H. Schütz zum Zuge kommen sollte.“ KfZG, 2414, Braun an Janssen, 07.05.1960.

338 Kittel, Stiefkinder des Wirtschaftswunders, S. 251.

339 Ebd., S. 251 und 259, Anm. 731.

340 KfZG, 2411, Nahm an Janssen, 11.11.1960.

341 KfZG, 2016, Nahm an Janssen, 06.09.1961; KfZG, 2411, Nahm an Janssen, 11.11.1960.

342 KfZG, 2017, Kurzprotokoll der Arbeitstagung des Katholischen Flüchtlingsrates, 10.12.1964, S. 6.

Nach der Bundestagswahl im September 1965 verstärkten sich die Stimmen in der Gesellschaft, die sich für eine Aussöhnung mit Polen aussprachen.³⁴³ Gleiches förderten die EKD-Denkschrift vom Oktober 1965, die bezüglich ihres Ziels der Versöhnungsbereitschaft und des Verzichts auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie die Mehrheit in Deutschland über das eigene evangelische Milieu hinaus hinter sich wusste, sowie der Briefwechsel zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen, der Grenzfragen allerdings ausklammerte.³⁴⁴ Letzteren sah auch Staatssekretär Nahm als „Anfang einer Auflösung der Erstarrung der ostpolitischen Situation“ an,³⁴⁵ was auch an der vorsichtigen Beantwortung des deutschen Episkopats lag, die in Vertriebenenkreisen wohlwollend aufgenommen wurde.³⁴⁶ Freilich verzichteten die deutschen Bischöfe auf ein Mitwirken des Flüchtlingsrates, wie von Nahm gefordert.³⁴⁷

Zur EKD-Denkschrift bezog Nahm im Oktober des Jahres 1965 auf der Flüchtlingsratstagung zunächst für den Politikbereich Stellung. Dieser werde seinen Rechtsstandpunkt nicht verlassen und am rechtlichen Anspruch an den deutschen Ostgebieten festhalten. Nach Aussprache hielt es der Flüchtlingsrat für adäquat, die Frage zunächst innerkirchlich zu erörtern und anschließend mit den evangelischen Glaubensbrüdern ins Gespräch zu kommen. Die Denkschrift enthalte aber, soviel nahm der Rat vorweg, in theologischer und politischer Hinsicht Mängel.³⁴⁸ Einzelne Initiativen von Mitgliedern des Flüchtlingsrates folgten. So wandte sich Riedel u. a. an Vertriebenenminister Johann Baptist Gradl (1904–1988; CDU) und erbat von diesem eine Stellungnahme zur Denkschrift.³⁴⁹

Die „Friedensnote“ von März 1966 sowie stärker noch die Regierungserklärung von Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (1904–1988) von November 1966 durften als Fingerzeig aufgefasst werden, in welche Richtung sich die deutsche Außenpolitik in den nächsten Jahren bewegen würde.³⁵⁰ Der Bamberger Katholikentag im Juli 1966 hatte innerhalb der katholischen Gemeinschaft Risse deutlich erkennbar werden lassen, die Nahm im Flüchtlingsrat zwischen Vertriebenen und Einheimischen aus-

343 Rudolf Morsey: Die Haltung der Bundesregierung zur vatikanischen Kirchenpolitik in den frühen Ostgebieten des Deutschen Reiches 1958–1978, in: Karl-Joseph Hummel (Hrsg.): Vatikanische Ostpolitik unter Johannes XXIII. und Paul VI. 1958–1978. Paderborn u. a. 1999, S. 37–78, hier S. 42; Voßkamp, Katholische Kirche und Vertriebene, S. 313. Unter Außenminister Gerhard Schröder (1910–1989) hielt die Bundesrepublik zwar an den ehemaligen deutschen Ostgebieten fest, seine „Politik der Bewegung“ zielte aber auf ein allmähliches Tauwetter in der auswärtigen Politik gegenüber den Ostblockstaaten. Vgl. Voßkamp, Katholische Kirche und Vertriebene, S. 247. Zu Schröder vgl. Franz Eibl: Politik der Bewegung. Gerhard Schröder als Außenminister 1961–1966. München 2001.

344 Vgl. zum polnisch-deutschen Briefwechsel: Voßkamp, Katholische Kirche und Vertriebene, S. 279–290.

345 Zitiert nach Morsey, Die Haltung der Bundesregierung, S. 42.

346 Voßkamp, Katholische Kirche und Vertriebene, S. 283f.

347 Ebd., S. 287.

348 KfZG, Ordner 2017, Kurzprotokoll der Arbeitstagung des Katholischen Flüchtlingsrates, 30.10.1965, S. 2, 4. Zur Rezeption der Denkschrift in katholischen Vertriebenenorganisationen siehe Voßkamp, Katholische Kirche und Vertriebene, S. 276f.

349 Ebd., S. 277.

350 Ebd., S. 293, 313f.; Morsey, Die Haltung der Bundesregierung, S. 49.

machte.³⁵¹ Auch der Episkopat mit Döpfner an der Spitze griff kaum auf die Expertise des Flüchtlingsrates zurück, wie sich bei dem polnisch-deutschen Briefaustausch gezeigt hatte. Darin lag sicher auch der Grund dafür, dass Nahm und die restlichen Mitglieder des Flüchtlingsrates sich bemühten, durch Rücktritte und Neubestellung wieder an Legitimität zu gewinnen.³⁵² Jedenfalls war ein Verlust des Stellenwerts der organisierten Vertriebenenlobby innerhalb der katholischen Kirche zu verzeichnen, dem mit deren Umbau begegnet werden sollte.

Der Heilige Stuhl hatte im Zuge der Modifizierung der deutschen Ostpolitik gleichfalls sein Vorgehen verändert. Unter Papst Paul VI. (1897–1978) gab es Anfang 1966 das Ansinnen, eine Administratorenlösung für die nominell ostdeutschen Diözesen zu finden.³⁵³ Der Vatikan war an einer Normalisierung seines Verhältnisses zu den Ländern jenseits des Eisernen Vorhangs interessiert, um die zumeist angespannte Situation der Kirchen in den kommunistischen Ländern aufzulockern und die Seelsorge zu verbessern.³⁵⁴ An den Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhl beteiligt war Staatssekretär Nahm,³⁵⁵ der ebenfalls für eine Lösung „für das ganze polnisch besetzte Gebiet“ eintrat.³⁵⁶ Schlussendlich willigte die Bundesregierung im Mai 1967 in die Administratoren-Lösung ein, ebenso der deutsche Episkopat.³⁵⁷ Auf die seitens des Vatikans ventilerte Möglichkeit, zunächst nur einen Administrator für Allenstein (pol. Olsztyn) zu ernennen, ging die Bundesregierung damit nicht ein, wohl, wie der deutsche Botschafter beim Vatikan, Dieter Sattler (1906–1968), vermutete, um den Vertriebenen „auf einmal die ganze Wahrheit“ zu sagen und zugleich für die DDR eine solche Lösung zu verhindern.³⁵⁸

Dieses Arrangement musste Nahm im Flüchtlingsrat vertreten. Allerdings gab es dort massiven Widerspruch gegen die gefundene Lösung. Offenbar aufgrund von Abstimmungsproblemen hatte „Flüchtlingsbischof“ Janssen an der ersten Tagung nach dem personellen und strukturellen Umbruch nicht teilgenommen, erfuhr aber im Nachgang von Disputen, die Nahm zum vorübergehenden Rücktritt bewogen hatten.³⁵⁹ Als Wortführer tadelte Czaja Nahm, dieser habe als Teil der Verhandlungsführung über die polnischen Forderungen weit hinausgehende Zugeständnisse gemacht

351 „Dabei wurde festgestellt, daß ein ernster Dialog zwischen den eingesessenen und den vertriebenen Katholiken bisher nicht stattgefunden hat. Mit dieser Feststellung ist die Aufgabe für den fortwirkenden Katholikentag gezeichnet: Ein jeder trage das andere Last, d. h. er lerne erst die Last des anderen kennen, eher er über sie urteilt.“ KfZG, Ordner 2017, Kurzprotokoll der Tagung des Katholischen Flüchtlingsrates, 28.08.1966, S. 5f. Weiterführend zum Bamberger Katholikentag: Voßkamp, Katholische Kirche und Vertriebene, S. 300–305.

352 KfZG, Ordner 2017, Kurzprotokoll der Tagung des Katholischen Flüchtlingsrates, 28.08.1966, S. 7.

353 Morsey, Die Haltung der Bundesregierung, S. 43–47.

354 Ebd., S. 58.

355 An den Verhandlungen nahm auch „Flüchtlingsbischof“ Janssen teil. Voßkamp, Katholische Kirche und Vertriebene, S. 316.

356 Morsey, Die Haltung der Bundesregierung, S. 47–51.

357 Ebd., S. 52, 57f.; Ploch, Clemens Riedel, S. 114.

358 Morsey, Die Haltung der Bundesregierung, S. 52.

359 Ende Oktober schrieb Janssen an Nahm, alle Mitglieder des Flüchtlingsrates seien gegen Nahms Rücktrittsgesuch, das er schließlich zurückzog. KfZG, Ordner 2016, Janssen an Nahm, 26.10.1967.

und versäumt, eine Rangerhöhung für die deutschen Kapitelsvikare auszuhandeln.³⁶⁰ Janssen beschwichtigte Nahm nicht nur, sondern analysierte die neue Rolle der Repräsentanten des Vertriebenenkatholizismus angesichts der gesellschaftspolitischen Entwicklungen. Die gesamte Vertriebenenarbeit sei in eine Phase eingetreten, in „der Dinge, die 2 Jahrzehnte noch stehen konnten, nach und nach abgebaut werden“. Ein solches „Abbauoffizium“ verwalten zu müssen, bedeute viel Arbeit angesichts der Frage: „Wie erklären wir unseren Leuten die für eine Bereinigung der Ost-West-Spannungen notwendigen Maßnahmen, ob sie staatlicherseits oder kirchenseitig getroffen werden müssen?“ Notwendigkeiten verlangten materielle wie rechtliche Opfer, die den Repräsentanten „Mißhelligkeiten“ einbringen würden: „Ich meine, daß wir gerade heute mit starken Nerven und manchmal auch mit einer etwas ‚dickeren Haut‘ hinstehen müssen und daß wir Besserwissern und Lautrednern mit einer sachlichen und den Wirklichkeiten entsprechenden Haltung begegnen müssen.“³⁶¹

Janssen hatte im Hinblick auf die nächsten Jahre zweifelsohne recht: Innerkirchlich geriet die Vertriebenenethematik in der Folge weiter in die Defensive, reagierten die Repräsentanten des Vertriebenenkatholizismus nurmehr, ohne die Deutungshoheit zurückzuerlangen, wie sich auf dem Katholikentag in Essen 1968 bzw. in der Debatte um das Bensberger Memorandum zeigen sollte.³⁶² Der Vatikan schuf bis 1972 Fakten, als die ehemaligen deutschen Diözesen neu zugeschnitten und besetzt wurden.³⁶³ Die sozialliberale Regierung unter Kanzler Willy Brandt (1969–1974) hatte bereits drei Jahre früher das BMVt aufgelöst, über dessen Notwendigkeit auch in CDU-Kreisen seit Anfang der 1960er Jahre diskutiert wurde. Einmal mehr zeigte sich in diesem Kontext die enge Verflechtung von politischem und kirchlich-seelsorgerlichem Handeln und von kirchlicher Seite zugleich die Unmöglichkeit, Seelsorge ausschließlich auf den liturgisch-sakramentalen und katechetischen Bereich zu begrenzen – Seelsorge ist immer auch politisch.³⁶⁴

360 KfZG, 2411, Nahm an Ziegler, 27.07.1967; Voßkamp, Katholische Kirche und Vertriebene, S. 316. Vgl. zu Czajas Intervention bei Bundeskanzler Kiesinger: Ploch, Clemens Riedel, S. 10.

361 KfZG, Ordner 2016, Janssen an Nahm, 11.08.1967.

362 In Essen sollte eine „öffentliche Diskussion über die deutsche Ostpolitik vermieden oder wenigstens gut vorbereitet“ werden, was in diesem Sinne misslang. Ebenso erfolglos blieben Riedels Anstrengungen, eine Veröffentlichung des Memorandums vor dem Katholikentag zu verhindern bzw. auf dessen Inhalt entscheidend Einfluss zu nehmen. KfZG, Ordner 2016, Nahm an Janssen, 31.07.1967; KfZG, Ordner 2017, Kurzprotokoll der Tagung des Katholischen Flüchtlingsrates, 01.07.1968, S. 2. Zum Bensberger Memorandum: Voßkamp, Katholische Kirche und Vertriebene, S. 317–330.

363 Im Zuge der Ratifizierung der Ostverträge erließ Papst Paul VI. die Konstitution *Episcoporum Poloniae*. Damit wurden aus den vormals ostdeutschen Diözesen polnische; statt der Kapitelsvikare wurden Apostolische Visitatoren ernannt. Vgl. Ploch, Clemens Riedel, S. 120f.

364 Die Seelsorge wurde in der Arbeit an den Vertriebenen um bisher nicht gekannte Dimensionen geweitet (von der Caritas zur Sozialpolitik; hier sind Tendenzen einer politischen Theologie feststellbar), Träger der Seelsorge sind nicht mehr allein die Pfarrer, die Laienkräfte müssen verstärkt eingebunden werden, das Bewusstsein gerade der aktiven Gruppen wird dahingehend geprägt, dass sie selbst einen aktiven Anteil an der Seelsorge haben. Damit veränderte sich das Selbstverständnis der Gemeinden und der Kirchen. Der Durchbruch von der Seelsorge zur Pastoral, der sich auf dem Vatikanischen Konzil manifestierte, wurde hier vorbereitet. Dass Themen wie „Seel-

In der evangelischen Kirche war der Stand der Vertriebenenvertretungen bereits in den 1950er Jahren ein schwerer. Eine Rückkehr der „Ostdeutschen“ zu fordern, hatte die Kirchenleitung stets vermieden,³⁶⁵ stattdessen hatte Landesbischof Martin Niemöller (1892–1984) Anfang 1957 während seiner Reise durch Polen in Warschau (pol. Warszawa) die dauerhafte Existenz der Oder-Neiße-Linie angesprochen, wogegen Ratsvorsitzender Dibelius öffentlich nicht widersprach.³⁶⁶

Das zweite Jahrzehnt nach der Vertreibung sei die Phase „der geistigen Auseinandersetzung“ über die östliche Heimat, hatte der OKA in seinem Jahresbericht 1954/55 festgehalten.³⁶⁷ Im Jahr darauf wurden auf der Ostpfarrertagung von Gülzow und Gehlhoff 16 Leitsätze formuliert, die die Selbstvergewisserung eigener institutioneller Relevanz angesichts fortgesetzter Aufgaben an den Vertriebenen enthielten.³⁶⁸ Niemöller hatte zuvor die Existenz des OKA infrage gestellt, worauf dieser die „besonderen Mittel in beträchtlicher Höhe“ ins Feld führte, mit der die Bundesregierung die Wichtigkeit der Arbeit zum Ausdruck bringe.³⁶⁹ Ebenso hatte der Ostkirchenkonvent auf seiner Königswinter Tagung im September 1959 über Fragen von Heimatrecht und Selbstbestimmungsrecht debattiert und in einer Entschliebung u. a. festgehalten:

„Aufgabe des Juristen ist es, das also gekennzeichnete Recht auf Heimat sachlich zu erläutern. Nach Möglichkeiten seiner Verwirklichung zu suchen, obliegt dem Politiker. Die Kirche ihrerseits ist verpflichtet, beide zu einem im Gewissen gebundenen Handeln zu mahnen und, wenn es not tut, in Wahrung ihres Wächteramtes warnend die Stimme zu erheben.“³⁷⁰

In den 1960er Jahren erhob die EKD ihre Stimme, freilich nicht im Sinne der evangelischen Vertriebenengremien. Den seelsorgerlichen Auftrag an den Heimatvertriebenen verortete die Kirchenleitung in der „Vorbereitung politischer Entscheidungen“, wie sich an der EKD-Ostdenkschrift zeigte.³⁷¹ Trotz zunächst anders lautender Meldungen waren weder OKA noch Ostkirchenkonvent an deren Entstehung beteiligt.³⁷² Der OKA jedenfalls wurde anschließend aus jedwedem „politischen Dialog exkludiert“,³⁷³ nicht zuletzt, da er sich in seinen politischen Forderungen als wenig

sorge und soziale Situation“ auf Pastoralkonferenzen reflektiert werden, dass Soziologie und Pastoral kooperieren und entsprechende Forschungsinstitute eingerichtet werden, ist nicht zuletzt erforderlich angesichts der notwendigen Eingliederung der Heimatvertriebenen. Vgl. dazu auch Rainer Bendel: Die katholische Kirche in Deutschland und die Vertriebenen. In: Kirchliche Zeitgeschichte 25 (2012), S. 86–118.

365 Kittel, Stiefkinder des Wirtschaftswunders, S. 207.

366 Siehe weiterführend: Rudolph, Kirche in der neuen Heimat, S. 38–45; Brummack, Ostkirchen-ausschuß, S. 85.

367 Ebd., S. 79.

368 Ebd., S. 79–81.

369 Rudolph, Kirche in der neuen Heimat, S. 32.

370 Hamm, Aufgaben, S. 31.

371 Rudolph, Kirche in der neuen Heimat, S. 188; Scholz, Die Kirchen und der deutsche Nationalstaat, S. 473f. Vgl. weiterführend zur Ostdenkschrift: Rudolph, Kirche in der neuen Heimat, S. 150–210.

372 Der Eindruck einer Beteiligung des OKA war durch Aussagen des Ratsvorsitzenden Kurt Scharf (1902–1990) aufgekommen. Vgl. Rudolph, Kirche in der neuen Heimat, S. 175f., Anm. 87.

373 Voßkamp, Katholische Kirche und Vertriebene, S. 276.

beweglich zeigte und an Altem festhielt.³⁷⁴ Den mit dem politischen Bereich verzahnten „Flüchtlingsbischof“ Wester veranlasste die Denkschrift zum Rücktritt. Mit Besch übernahm ein den eingeschlagenen Kurs stützender Akteur das Amt, der im BMVt an die noch unter Wester geführten Debatten über eine rechtliche Gleichstellung der DDR-Flüchtlinge anschließen konnte.

4. Resümee: Kirchen und BMVt

Die Kirchen blieben als Institutionen wie Autoritäten über das Zäsurjahr 1945 hinweg erhalten, was wichtig für deren Akzeptanz bei den Vertriebenen war. Darauf bauten die Alliierten in den Westzonen und stärkten die Kirchen – vor dem Hintergrund einer unmittelbaren Integration der Heimatvertriebenen in die Mehrheitsgesellschaft – durch das Koalitionsverbot zusätzlich. Für beide Kirchen hieß das wiederum, den zunächst vor allem materiellen Nöten organisatorisch zu begegnen. Dabei stützte sich die katholische Seite auf die vorhandene Infrastruktur des Deutschen Caritasverbands und des Reichsverbandes für das katholische Deutschtum im Ausland; in der evangelischen Kirche übernahm das mit amerikanischer Hilfe neu gegründete Hilfswerk diese Aufgabe.

Die katholische Kirche stand einem demokratischen Neubeginn des Staatswesens in Deutschland aufgeschlossen gegenüber und forderte vehement dessen christliche Prägung. Daraus resultierte ein aktiver Mitgestaltungswille an der neuen deutschen Demokratie. Die Seelsorge der Vertriebenen wurde indes breit aufgefasst. Seelischen und materiellen Nöten sollte nicht nur innerkirchlich begegnet werden, sondern die Fürsorge am Menschen sollte auch den politischen Bereich durchdringen. So wurde zum einen auf die karitative Seite der Politik in den Debatten um den späteren Lastenausgleich eingewirkt, zum anderen auch die Schaffung eines eigenen Vertriebenenorgans auf bundesrepublikanischer Ebene gefordert, was mit der Einrichtung des BMVt schlussendlich erreicht wurde. Andererseits erwartete die Politik von den Kirchen pazifizierendes und integrierendes Wirken in der Aufnahme der Vertriebenen und würdigte dieses auch wiederholt.³⁷⁵

374 „Schließlich sollten wir eine Antwort geben, ob uns nicht die Denkschrift [...] mit ihrer Argumentation der Möglichkeit beraubt, die Wiedervereinigung [mit den ostdeutschen Gebieten] zu fordern, die der Kirche am Herzen liegen muß.“ EZA, 632/7, Gülzow an die Ostkonventsvorsitzenden, 13.11.1965. Dementsprechend warf Scharf dem OKA sowie dem Ostkirchenkonvent einen Rückfall in das „nationalstaatliche Denken des vergangenen Jahrhunderts“ vor. EZA, 632/32, Sitzung des Rates der EKD mit Hamm und Gülzow, 17.12.1965. Vgl. dazu auch Rudolph, Kirche in der neuen Heimat, S. 175f.

375 Am 1. Februar 1946 schrieb der Landeskommissar für das Flüchtlingswesen beim Staatssekretariat für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns an Domkapitular Hinterberger: „Gelegentlich eines Besuches im Dorfe Hirschau erfuhr ich[,] dass seine Exzellenz, der Herr Bischof vor kurzer Zeit diesen Ort besucht hat und sehr eingehend auf die Notwendigkeit und die Verpflichtung der Gemeinde, die Flüchtlinge gastlich aufzunehmen, in längerer Ausführung hingewiesen hat. [...] Ich bin daher überzeugt, dass diese Aufforderung des Herrn Bischof eine nachhaltige Wirkung auf die Bevölkerung ausgeübt hat. In dem ich Ihnen von diesem

Strukturen, die trotz der NS-Herrschaft handlungsfähig geblieben waren, kamen der katholischen Kirche wie dem Vertriebenenkatholizismus dabei entgegen. Außerdem befanden sich unter den Laien, die über den Katholischen Flüchtlingsrat institutionell an die Kirche gebunden waren, frühere Zentrumsolitiker und christliche Gewerkschafter. Sie schlossen sich nunmehr der Christlich Demokratischen Union Deutschlands bzw. der Christlich-Sozialen Union in Bayern an. Damit war ein bereits zu Zeiten der Weimarer Republik internalisierter Zugang zur Parteiendemokratie gegeben, freilich auf Kosten einer Äquidistanz. Ein Resultat daraus war die Ernennung von Hans Lukaschek zum ersten Vertriebenenminister.

Auf protestantischer Seite gab es hingegen keine strukturelle Kontinuität, ein neues zentrales Gefüge musste erst gegründet und konsolidiert werden; zudem waren ihr konfessionelle Hochburgen im Osten und in der Mitte Deutschlands abhandengekommen. Gerade in den ersten Jahren nach dem Krieg band die Konzentration auf den eigenen Aufbau der (Flüchtlings-)Arbeit angesichts innerkirchlicher Auseinandersetzungen viele Ressourcen. Eine organisierte, institutionalisierte politische Arbeit trat in den Hintergrund. Zudem war der evangelischen Kirche der Zugang zur neuen Staatsform Demokratie bzw. den politischen Parteien erschwert. Die interkonfessionelle CDU rheinisch-katholischer Prägung bestand in ihrer Mehrheit aus Katholiken, Alternativen waren aus weltanschaulichen Gründen, wegen Kurzlebigkeit bzw. Inexistenz kaum vorhanden. Damit war die konkrete Staatsform aus evangelischer Sicht irrelevant, solange diese kirchliche Rechte zusicherte. Mit der demokratischen Verfasstheit schloss die EKD im Gegensatz zum Katholizismus erst später ihren Frieden. In summa hatten die Katholiken strukturelle und personelle Vorteile, die sie politisch auszuspielen verstanden. Der freilich in beiden Kirchen vorhandene strikte Antikommunismus deckte sich mit den Regierungsparteien und wurde zu einem jahrzehntelangen Garanten gemeinsamer Zusammenarbeit.

Die katholische Kirche schuf mit dem Katholischen Flüchtlingsrat ein Laiengremium, das den Anliegen der Vertriebenen in Kirche, Gesellschaft sowie Politik Stimme und Gewicht verleihen sollte. De jure ohne Statut, aber mit der Autorität des Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenzen versehen und über den „Flüchtlingsbischof“ mit

Eindruck Kenntnis gebe, darf ich gleichzeitig sagen, wie ausserordentlich [sic!] wertvoll diese Art von seelsorgerischer Einflussnahme auf die Bevölkerung ist und welch starke Förderung sie bedeutet, die Bevölkerungskreise unseres Landes für die Lösung dieser schweren Aufgabe vorzubereiten.“ DAR G 1.6 Nr. 58. Der Brückenbau zwischen Einheimischen und Vertriebenen, die Bewahrung der kulturellen Identität der Vertriebenen durch entsprechende Maßnahmen der Vertriebenen-seelsorge wurden als stabilisierend und integrationsfördernd angesehen. Daher unterstützte beispielsweise die baden-württembergische Landesregierung Maßnahmen der Vertriebenen-seelsorge, nicht zuletzt die Besoldung der Vertriebenen-seelsorger und den Bau von Kirchen in den Diasporaregionen. Auf eine weitere wichtige Berührungsfläche von Staat und Kirche wurde ebenfalls bereits hingewiesen. Diese betraf die Betreuung der Lager durch Caritas und Vertriebenen-seelsorge. Dadurch dass hochrangige Geistliche in den Lagern zu hohen Festtagen zelebrierten, erfuhren die Vertriebenen eine besondere Wertschätzung. Zudem wies die Kirche, nicht zuletzt Domkapitular Hufnagel, immer wieder darauf hin, dass die Vertriebenen möglichst aus den Lagern herauskommen und anderen geeigneten Wohnraum zur Verfügung gestellt bekommen sollten.

diesen verbunden und in Fulda vertreten, war er ein kommunikativer Knotenpunkt, in dem Ideen und Lösungsvorschläge vorgetragen und in die Diskussion gebracht wurden. Durch seine Besetzung mit einflussreichen Experten in der Sache, die zugleich regionalen Proporz wie soziale Herkunft widerspiegeln, konnten Initiativen aus der Breite der katholischen landsmannschaftlichen Organisationen aufgegriffen bzw. in entgegengesetzter Richtung in die Breite gestreut werden. Personell wurde der Flüchtlingsrat immer wieder den aktuellen politischen Gegebenheiten angepasst, was sich auch an der über die Jahre steigenden Zahl seiner Mitglieder zeigte. Als Vorsitzende fungierten mit Lukaschek und Nahm zwei für die Vertriebenenproblematik bedeutende Politiker, die die im Flüchtlingsrat vorgetragenen Anliegen in die Arbeit im BMVt einfließen lassen sollten. Dieser Kommunikationsweg war bis in die 1960er Jahre hinein keine Einbahnstraße, sondern wurde auch seitens des Ministeriums für die Kommunikation jeweils aktueller vertriebenenpolitischer Thematiken genutzt, da die Integrationskraft der Kirchen hoch bewertet wurde.

In der evangelischen Kirche war ein solch gewichtiges wie zentrales Gremium für die Vertriebenenarbeit nicht entstanden, was an den dezentralen Strukturen mit einer starken Stellung der Landeskirchen sowie weltanschaulichen Gründen lag. Die sich aus der zumeist säkularen Selbsthilfe bildenden und wegen des Koalitionsverbots unter das Dach des Hilfswerks geschlüpfen Hilfskomitees sicherten die karitative Arbeit der EKD an den Vertriebenen. Eine kirchenrechtliche Stellung durch den OKA oder den Ostkirchenkonvent blieb ihnen allerdings versagt. Der nach landsmannschaftlichem Proporz gebildete OKA diente dem Rat der EKD als Informationsgremium und konnte in den Lastenausgleichsdebatten durchaus eigene Akzente setzen, auch in Richtung BMVt. Der Ostkirchenkonvent konnte immerhin für sich in Anspruch nehmen, auf die Besetzung des OKA Einfluss zu haben. Auch erzielten die regelmäßig vom Konvent abgehaltenen Tagungen eine Wirkung in Politik und Gesellschaft; mittels repräsentativer politischer Mitglieder sollte seine Relevanz sichergestellt werden. Der im Vergleich zur katholischen Kirche deutlich geringere Stellenwert der Vertriebenenengremien zeigte sich in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre, als die Thematik der DDR-Flüchtlinge den Rat der EKD veranlasste, eine repräsentative Spitze in Form eines evangelischen „Flüchtlingsbischofs“ zu schaffen. Was ein rundes Jahrzehnt zuvor noch den Heimatvertriebenen gegenüber abgelehnt worden war, sollte nunmehr der Integration dieser, aus konfessioneller Sicht für die Protestanten wichtigen Gruppe in die Bundesrepublik dienen, für die sich der OKA nicht zuständig fühlte. Während sich der Katholische Flüchtlingsrat den politischen Anforderungen der Jahre immer wieder personell anpasste, schuf die evangelische Kirche dafür neue Gremien, womit die bisherigen weiter an Relevanz einbüßten.

Die Zusammenarbeit mit dem Vertriebenenministerium lief auf der nichtinstitutionalisierten Ebene über die Ministerialen, die in der Hauptsache in den Vertriebenenengremien der jeweiligen Kirche verankert waren. Zu nennen sind hier vor allem Hamm und Schreiber sowie Nahm und Lukaschek. Sie gestalteten nicht nur die Themenselektion bzw. -aggregation in den konfessionellen Gremien mit, sondern sicherten auch die Zuteilung finanzieller Mittel ab. Vernetzt waren auch die jeweiligen „Flüchtlingsbischofe“ mit dem Ministerium. Ebenfalls über informelle Kanäle

liefen Beanstandungen bezüglich der Verletzung des konfessionellen Proporz bei der Personalbesetzung bzw. Allokation. Indessen wurde auf evangelischer Seite eine zwangsläufige Benachteiligung ihrer Interessen wahrgenommen, die sich aus dem katholischen Einvernehmen mit der regierenden Adenauer-CDU sowie eigener Reserviertheit gegenüber Parteien und Staat speiste.

Das BMVt nutzte kirchliche Strukturen auf der formalisierten Ebene für die Integrationspolitik der Regierung; die katechetischen und paränetischen Möglichkeiten und Wege der Kirchen waren willkommene Helfer und Werkzeuge. Hier unterschied sich die Kommunikation in beiden Kirchen insofern, als auf katholischer Seite der Flüchtlingsrat als stete Plattform der beiden hochrangigen Politiker wie Vorsitzenden Lukaschek und Nahm diente. Auf evangelischer Seite waren es Tagungen des Ostkirchenkonvents bzw. von der EKD organisierte, zu denen Vertreter oder gar der jeweilige Minister erschienen. Von den Kirchen wurden Politik und Politiker gern als Informanten eingesetzt, wenn es etwa galt, auf die leidvollen Erfahrungen der Vertriebenen bzw. DDR-Flüchtlinge in weiteren Kreisen aufmerksam zu machen und um Einfühlung und Verständnis zu werben.

Im Beirat des BMVt waren beide Kirchen vertreten. Dieser wurde vor allem als Informationsgremium angesehen sowie dominiert von den säkularen Vertriebenenverbänden, die Kirchen brachten sich nur spärlich mit Wortmeldungen ein, was wohl auch an der permanenten Teilnahme Nahms bzw. Hamms lag. Allerdings waren auch hier die unterschiedlichen Fokussierungen beider Konfessionen augenscheinlich, und das nicht nur bei der Auswahl der Mitglieder und Stellvertreter. Die katholische Kirche unterrichtete das Gremium über die ehemaligen deutschen Ostgebiete mit der Autorität des Dienststellenleiters des „Flüchtlingsbischofs“; zugunsten der DDR-Flüchtlinge intervenierten der Hilfswerk- bzw. der Kanzleivertreter. Demnach war das Gremium für die evangelische Seite bis Ende der 1960er Jahre bedeutsam, als unter Minister von Hassel die rechtliche Gleichstellung der Flüchtlinge aus der DDR erneut virulent wurde.

In den 1960er Jahren veränderte sich die Zusammenarbeit von katholischer Kirche und Ministerium bzw. Politik. Das Zweite Vatikanische Konzil sowie neue gesellschaftliche Schwerpunkte nach der weitgehenden wirtschaftlichen Integration der Heimatvertriebenen distanzierten katholische Kirche und Politik voneinander. Die Kirche hatte nun nicht mehr die Initiativautorität für staatliches Handeln, wurde aber zu einer Ebene, auf der Frustrationen über politisches Handeln kompensiert werden sollten. Der Katholische Flüchtlingsrat als Austauschplattform, wo Einfluss auf die politische Willensbildung genommen werden sollte, wurde zu einer Umsetzungsplattform politischer Entscheidungen, die in Richtung eigenes Vertriebenenmilieu kommuniziert werden sollten. Das Beharren auf Positionen seitens der Vertriebenenvertreter, die weder gesellschaftlich noch politisch mehrheitsfähig waren, trug zu dieser Relevanzverschiebung bei. Für Nahm als „Mehrfachengagiertem“ sowie Jansen war diese Entwicklung absehbar – allein das BMVt stand zur gleichen Zeit mehrfach vor dem Aus.

Nahms Umbau des Flüchtlingsrates führte zu einem höheren Organisationsgrad. Die karitative Ausrichtung der späten 1940er und 1950er Jahre war überflüssig

geworden; nunmehr galt es, die Ostpolitik der Regierung binnenkirchlich zu vertreten, ohne die katholischen Vertriebenen an die säkularen Verbände zu verlieren oder einer befürchteten „Radikalisierung“ Vorschub zu leisten. Zudem bestand auch das Anliegen, dem deutlichen Relevanzverlust als Beratungsorgan des Episkopats zu begegnen. Erreicht werden sollte das mittels Symbolpolitik, der Einbindung aller Ostordinarien in den Rat und eines Arbeitsausschusses besetzt mit moderaten wie einflussreichen Funktionären. Zu höchst politischen Entscheidungen stilisiert wurde der Erhalt der Ämter für die östlichen Diözesen. Was politisch nicht länger durchsetzbar und aufrechtzuerhalten war, sollte durch kirchliche Titel und Würden kompensiert werden. Das kam einer Überführung in den symbolischen Bereich gleich, einem Ersatz aufgrund von Erfolglosigkeit und Frustration.

In der evangelischen Kirche war ein politisch verordnetes „Abbauoffizium“ nicht notwendig. Früher als in der katholischen Kirche wurde von Laienseite ein Dialog mit Polen gesucht. Anknüpfend an den Faden des „Tübinger Memorandums der Acht“ wurde von der Kirchenleitung eine Aussöhnung mit dem polnischen Nachbarn neuerlich aufgegriffen und mit der EKD-Denkschrift im Kontext eines sich ändernden Zeitgeistes in der deutschen Gesellschaft platziert. Reflexartige Proteste der Vertriebenenvertreter wie des „Flüchtlingsbischofs“ blieben kirchenseitig ungehört, der OKA wurde kirchenpolitisch weiter marginalisiert, durch die Einsetzung Beschs statt Wester ein starker Befürworter der Ostdenkschrift ernannt. Auf politischer Ebene suchte Besch – wie bereits zuvor Wester – den Kontakt zum BMVt und konnte unter von Hassel an die DDR-Flüchtlingsproblematik der 1950er und frühen 1960er Jahre anknüpfen.

In den angeführten Kooperationen von Politik und einer weite Bereiche menschlichen Handelns umfassenden Seelsorge scheint die Relevanz kirchlicher Arbeit und kirchlich behandelter Themen für gesellschaftliche Entwicklungen und Integrationsvorgänge deutlich auf, wie auch politisches Handeln den Zielsetzungen der Seelsorge entsprechend gestaltet werden sollte. Für die Protagonisten war es selbstverständlich, die Wirksamkeit sowohl pastoraler wie auch politischer Maßnahmen durch Vernetzung und Synergie zu steigern, also die Vorzüge der Netzwerke und des Mehrfachengagiertseins für beide Handlungsfelder effizient einzusetzen.

Gemeinsame Sache oder Nebensache?

Beziehungsgeflechte zwischen ‚den Sudetendeutschen‘ und dem Bundesvertriebenenministerium

1. Fragestellungen, Begriffe, Herangehensweisen

Gemeinsame Sache oder Nebensache? Dieser auf den ersten Blick abstrakten Frage geht der Beitrag mit Bezug auf das Verhältnis zwischen organisierten Sudetendeutschen und dem Bundesvertriebenenministerium (BMVt)¹ im Zeitraum von 1949–1969 nach. Von Interesse ist dabei einerseits, wie die Beziehungen zwischen den Akteuren beider Seiten charakterisiert werden können: Eher als konflikthaft aufgeladen oder im Gegenteil eher harmonisch im Sinne von ‚gemeinsame Sache machen‘? Damit verbunden stellt sich die Frage, welchen Stellenwert beide Seiten ihren Beziehungen beigemessen haben. Kann es sein, dass diesen entgegen der verbreiteten Meinung kaum oder nur geringe Bedeutung in der ‚langen Nachkriegszeit‘ der Bundesrepublik Deutschland (BRD) zukam, die nahezu nahtlos in den globalen Ost-West-Konflikt übergang, dessen Grenzlinie auch Deutschland teilte?

„Alles nur Revanchisten“: Diese hier zugespitzte Formel kursierte insbesondere in den beiden ‚Bruderstaaten‘ Deutsche Demokratische Republik (DDR) und die Tschechoslowakische Republik, wenn es darum ging, die aktiv politisch organisierten Sudetendeutschen zu kennzeichnen. Vor allem in der DDR gehörte der Begriff des Revanchismus zur politischen Abwertungs-Terminologie mit Blick auf den ‚westdeutschen Klassenfeind‘: die Bundesregierung, westdeutsche Parteien sowie nicht zuletzt die Vertriebenenverbände, deren Gründungsprozesse im Fall der Sudetendeutschen teilweise direkt nach Kriegsende einsetzten.

Von seiner französischen Wurzel her bezeichnet Revanche eine Politik der gewaltsamen Rache für militärische, aber auch politische Niederlagen – oder den Versuch, Friedensverträge als nichtig zu betrachten oder existierende Friedensbedingungen zu annullieren. Tatsächlich stand die Friedensordnung in der Folge des Zweiten Weltkriegs (dazuzuzählen sind u. a. die bedingungslose Kapitulation des Deutschen

1 Mathias Beer: Symbolische Politik? Entstehung, Aufbau und Funktion des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, in: Jochen Oltmer (Hrsg.): Migration steuern und verwalten. Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Göttingen 2003, S. 295–322.

Reiches am 8./9. Mai 1945, das Potsdamer Abkommen im selben Jahr, der Görlitzer Vertrag zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zwischen Polen und der DDR von 1950, die Genese der Bündnisse North Atlantic Treaty Organization (NATO) und der Warschauer Pakt) im Zentrum außenpolitisch orientierter Interessen – sowohl aus der Perspektive der Bundesregierung als auch der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL), eine Vertriebenenvertretung, die sich Ende der 1940er Jahre als Bottom-Up-Bewegung in der Bundesrepublik formierte.

Der Revanche-Vorwurf fokussierte sich aber nicht nur auf gegenwärtige oder zukünftige Ambitionen der Bundesrepublik, sondern als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches auch auf dessen politische Vergangenheit während des Nationalsozialismus. Revanchisten, das waren (auch) Nazis. Revanchisten, das waren im Hier und Jetzt der Zeitgenossen die ewig Gestrigen. Mit Verve machte sich die Regierung in Ost-Berlin daran, die nicht aufgearbeitete nationalsozialistische Vergangenheit westdeutscher Protagonisten anzuklagen² – nicht ohne Berechtigung, aber ganz selbstverständlich im Rahmen ihrer Identitäts-Strategie, das ‚bessere Deutschland‘ zu repräsentieren, ohne dabei selbst die Vergangenheit konsequent aufzuarbeiten: Über den Antifaschismus als Staatsdoktrin ist viel geschrieben worden und soll hier nicht weiter vertieft werden.

Auch wenn in diesem Beitrag Aspekte der NS-Belastung ausgewählter Personen zur Sprache kommen, so geht es nicht primär darum, einzelne biografische Skizzen NS-belasteter Akteure detailliert auszuarbeiten. Vielmehr soll in dieser Studie versucht werden, vergangenheitspolitische Beziehungsmuster aufzuspüren, die für das Verhältnis des BMVt und den landsmannschaftlich organisierten Sudetendeutschen von Relevanz sind. Dabei interessiert, inwieweit diese Muster, soweit belegbar, auf bereits vor 1945 bzw. 1949 existierende Netzwerke zurückzuführen sind.

Klient? Schützling? Taugen diese Begriffe, um das Verhältnis zwischen einem Bundesministerium und einer politischen Gemeinschaft von deutschen Vertriebenen mit einer regional verankerten Identität zu beschreiben? Welche Perspektive nimmt man ein, um diese Frage zu beantworten? Das übergeordnete Politikfeld dieser Beziehung ist die Vertriebenenpolitik der Bundesrepublik. Sie weist zwei Handlungsrichtungen auf, die in einem Spannungsverhältnis stehen: erstens, eine Politik der Integration von Einheimischen und Vertriebenen – sie ist nach innen gerichtet und steht unter dem Druck der Notwendigkeiten eines tagtäglich sich vollziehenden, gerade in den 1950er und 1960er Jahren stark konflikthaften Sozialprozesses. Zweitens, eine rückwärtsgewandte, nach außen gerichtete Migrationspolitik mit der Option, in der Zukunft eine Rückkehr in die Gebiete zu erreichen, aus denen die Vertreibung erfolgt war. Vor diesem Hintergrund lässt sich Vertriebenenpolitik grundsätzlich charakterisieren als Politik für Vertriebene und Politik von Vertriebenen. Beide Aspekte müssen nicht in eins fallen – zumindest kann Politik für Vertriebene auch von Nicht-Vertriebenen gestaltet werden.

2 Heike Amos: Vertriebenenverbände im Fadenkreuz. Aktivitäten der DDR-Staatssicherheit 1949 bis 1989. München 2011.

Die Ausleuchtung dieses doppelten Beziehungsgeflechts von Vertriebenenpolitik steht im Zentrum der Analyse: Beim Erreichen welcher politischen Inhalte zogen welche Akteure an einem Strang? Dabei werden Netzwerke der Sudetendeutschen betrachtet: politische, kulturelle und wissenschaftliche. Es wird gefragt, inwiefern die Tätigkeit des BMVt eine Rolle bei der Verfolgung der zentralen Ziele ausgewählter sudetendeutscher Einrichtungen spielte.

Die Studie berücksichtigt das Konzept der „Ethnic Leadership“. Es geht auf verschiedene Ansätze der Migrationssoziologie in den USA zurück.³ Gemeint ist der ethnopolitische Output einer Einwanderergruppe durch ihre jeweiligen Führungspersönlichkeiten. Leaders sind nach John Higham „individuals who exercise decisive influence over others within a context of obligation or common interest“.⁴ Jonathan D. Sarna hat ein Modell skizziert, das diesen Faden weiterspinnt.⁵ In seiner Untersuchung über „American Jewish leadership in the ante-bellum period“ kommt er zu zwei Schlussfolgerungen: Erstens verfolgten einflussreiche leader einen agilen Ansatz. Sie variierten ihre Position zwischen Assimilation und Tradition je nach aktuellen Gegebenheiten. Zweitens befanden sich ‚Führer‘ und ‚Geführte‘ in einem ähnlichen Dilemma: Während die einen die unterschiedlichen Spannungen ihrer Gruppe im Integrationsprozess zwar benannten, aber nicht allein lösen konnten, hatten die Betroffenen die Auswahl unter mehreren, sich widersprechenden Optionen – also die Wahl zwischen Traditionalisten und Integrationspragmatikern. Entscheidend, so Sarna, sei gewesen:

„Alone, no ethnic leader ever satisfactorily embodied, much less integrated, the collective hopes, fears and problems which played so great a part in immigrant and ethnic life. For this reason, no ethnic community ever enjoyed a single, universally acknowledged spokesman [...]. As a group, however, leaders succeeded far better. They defined complicated issues, represented diverse interests, and ultimately forged an informal policy within which debate took place. Leaders never solved the contradiction between tradition and assimilation, nor could they have. But they did present their followers the range of options that America held open to them. Individuals had then to make critical choices in their own.“⁶

3 Während Kurt Lewin sich auf die Begründung der Autorität von Führungspersonen konzentriert hat, gingen John Higham und Gunnar Myrdal vor allem auf die „Leadership Strategy“ ein; Victor Greene betonte darüber hinaus die Funktion von Leadership. Kurt Lewin: *Resolving Social Conflicts. Selected papers on group dynamics*. New York 1948; John Higham (Hrsg.): *Ethnic Leadership in America*. Baltimore 1978; Gunnar Myrdal: *An American Dilemma. The Negro Problem and Modern Democracy*. New York 1944; Victor Greene: „Becoming American“. *The Role of Ethnic Leaders. Swedes, Poles, Italians and Jews*, in: Melvin G. Holli/Peter d’A. Jones (Hrsg.): *The Ethnic Frontier. Essays in the History of Group Survival in Chicago and the Midwest*. Grand Rapids 1977, S. 129–134.

4 John Higham: *Leadership*, in: Stephan Themstrom (Hrsg.): *Harvard Encyclopedia of Ethnic Groups*. Cambridge 1980, S. 642–647, hier S. 642.

5 Jonathan D. Sarna: *The Spectrum of Jewish Leadership in Ante-Bellum America*, in: *Journal of American Ethnic History* 1 (1982), S. 59–67.

6 Ebd., S. 65f.

In Deutschland hat Klaus J. Bade versucht, die vornehmlich auf die nordamerikanischen Verhältnisse hin entwickelte Position der „Ethnic Leadership“ bekannt zu machen, und plädierte dafür, sie auf den deutschen Fall zu übertragen.⁷ Karin Pohl hat in ihrer Dissertation über die bayerische Vertriebenenpolitik der Nachkriegszeit den Versuch gemacht, das oben angesprochene Modell Sarnas auf die Gruppe der Sudetendeutschen zu übertragen.⁸ Ein solcher Zugang bietet sich als gewinnbringend an, weist doch diese Zuwanderergruppe einen in der Herkunftsregion verankerten, stark ausgeprägten Organisationsgrad auf. Zudem haben immer wieder zahlreiche charismatische Führungsfiguren die Politik der verschiedenen sudetendeutschen Vertriebenenverbände mitbestimmt.⁹ Dem Modell der „Ethnic Leaders“ folgend, haben sie sich, so die These, durch ihr herausragendes Engagement in der Aufnahmegesellschaft als auf ihre Interessensgruppe angewiesene Mittler zwischen Neubürgern und Alteingesessenen ausgezeichnet.

Wichtig festzuhalten ist schon hier, dass dieses Führungspersonal eine breite Palette verschiedener politischer und weltanschaulicher Positionen repräsentierte, wie Pohl in ihrer Arbeit bemerkte:

„Der Blick auf die Zeit vor 1945 offenbart, dass die Sudetendeutschen in sich differenziert waren und sich aus verschiedenen Lagern und Milieus zusammensetzten. Es handelte sich bei ihnen eben nicht – wie es das Konstrukt der Volksgruppe glauben machen will – um eine homogene Einheit.“¹⁰

Doch dieser zutreffende Befund – der schon bestehende Netzwerke sudetendeutscher Akteure in den Blick nimmt – schloss nicht aus, dass eben die Protagonisten der unterschiedlichen Lager nach 1945 im Rahmen landsmannschaftlicher Organisationen durchaus zu konstruktiver Zusammenarbeit fähig und willens waren und politisch in bestimmten Fragen an einem Strang zogen.¹¹

Über diesen methodischen Faden hinausgehend, versucht die Studie mit Hilfe von Elementen der historischen Netzwerkanalyse die ereignisgeschichtliche Erzählung um eine strukturelle Erhellung der komplexen Beziehungsgeflechte zu ergänzen.

7 Aus seiner umfangreichen Literatur herausgehoben seien diesbezüglich Klaus J. Bade: Sozialhistorische Migrationsforschung. Gesammelte Aufsätze. Hrsg. v. Michael Bommes/Jochen Oltmer. Göttingen 2004; Klaus J. Bade: Historische Migrationsforschung [2002], in: Historical Social Research. Supplement 30 (2018), S. 206–226.

8 Karin Pohl: Zwischen Integration und Isolation. Zur kulturellen Dimension der Vertriebenenpolitik in Bayern (1945–1975). München 2009.

9 Darauf haben auch Weger und Franzen hingewiesen: Tobias Weger: „Volkstumskampf“ ohne Ende? Sudetendeutsche Organisationen, 1945–1955. Frankfurt a. M. u. a. 2008; K. Erik Franzen: Der vierte Stamm Bayerns. Die Schirmherrschaft über die Sudetendeutschen 1954–1974. München 2010.

10 Pohl, Zwischen Integration und Isolation, S. 183.

11 Vgl. hierzu auch Volker Zimmermann: Geschichtsbilder sudetendeutscher Vertriebenenorganisationen und „Gesinnungsgemeinschaften“, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 10 (2005), S. 912–924.

zen.¹² Akteure und ihre Merkmale stehen dabei im Mittelpunkt – allerdings nicht auf der Basis einer klar abgegrenzten Materialgrundlage,¹³ sondern als Ausdruck einer sich im Prozess befindlichen biografischen Sammlung des Autors, die als Grundlage der in diesem Beitrag verwendeten Diagramme dient.¹⁴ Zudem werden nicht die direkten Beziehungen der Akteure untereinander fokussiert, sondern kontextuelle und absolute Merkmale. Mithin wird dieser Beitrag nicht als historische Netzwerkanalyse im strengen Sinn verstanden. Visualisierungen der angeführten Merkmale werden zur Veranschaulichung angeführt.

Wie ist ein Netzwerk definiert? Das Grundsatzproblem besteht in der Abgrenzung des weit verbreiteten metaphorischen Begriffsgebrauch vom theoretisch begründeten Terminus,¹⁵ der seit den 1960er Jahren folgender, fast schon ikonischer Bestimmung von James Clyde Mitchell folgt:

„This use of ‚network‘, however, is purely metaphorical and is very different from the notion as social network as a specific set of linkages among a defined set of persons, with the additional property that the characteristics of these linkages as a whole may be used to interpret the social behavior of these persons involved.“¹⁶

Ein Netzwerk ist mithin eine abgegrenzte Menge von Akteuren und die Menge der zwischen ihnen verlaufenden Verbindungen.¹⁷

In der Netzwerktheorie wird die Gesellschaft als ein personelles Gesamtnetzwerk beschrieben, das aus vielen kleinen Netzwerken verschiedener Gruppen besteht. Dabei lassen sich grundsätzlich zwei Typen von Netzwerken unterscheiden: Ego-Netz-

12 Referenzen in theoretischer Hinsicht sind hier Marten Düring/Ulrich Eumann: Historische Netzwerkforschung. Ein neuer Ansatz in den Geschichtswissenschaften, in: Geschichte und Gesellschaft 3 (2013), S. 369–390; Marten Düring u. a. (Hrsg.): Handbuch Historische Netzwerkforschung. Grundlagen und Anwendungen. Berlin u. a. 2016; Martin Stark: Netzwerke in der Geschichtswissenschaft, in: Curt W. Hergenröder (Hrsg.): Gläubiger, Schuldner, Arme. Netzwerke und die Rolle des Vertrauens. Wiesbaden 2010, S. 187–190.

13 Vorbildlich für eine Datenaufarbeitung als Vorbereitung einer Netzwerkanalyse mit Bezug zu der hier verhandelten Gruppe von Sudetendeutschen ist das Projekt „Korrespondierende Wissenschaft“, das Gelehrtenkorrespondenzen aus dem 20. Jahrhundert durch das Collegium Carolinum (CC), die Monumenta Germaniae Historica (MGH) und die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (HiKo) erschlossen und veröffentlicht hat. In dem Teilprojekt „Die Historiker der ‚Gesellschaft zur Förderung deutscher Wissenschaft, Kunst und Literatur in Böhmen‘ und ihrer Nachfolger 1891–1945“ werden anhand „institutioneller und persönlicher Korrespondenz überwiegend aus Prager Archiven das wissenschaftliche und politische Selbstverständnis der Historiker der ‚Gesellschaft‘ untersucht, ihre Staatsnähe oder -ferne sowie ihre Beziehungen zu tschechischen, österreichischen und reichsdeutschen Kollegen.“ <https://korrwiss.mwn.de> (14.12.2024).

14 Vgl. die Abb. 1–6.

15 Vgl. dazu den einführenden Beitrag von Mathias Beer im vorliegenden Band.

16 James Clyde Mitchell: The Concept and the Use of Networks, in: Ders. (Hrsg.): Social Networks in Urban Situations. Manchester 1969, S. 1–50, hier S. 1f.

17 Herausragend ist die Zusammenfassung der theoretischen und methodischen Grundlagen der Netzwerkanalyse in jüngster Zeit in der Einleitung bei Linda von Keyserlingk-Rehbein, der in diesem Aufsatz gefolgt wird: Linda von Keyserlingk-Rehbein: Nur eine „ganz kleine Clique“? Die NS-Ermittlungen über das Netzwerk vom 20. Juli 1944. Berlin 2018.

werke (ein Akteur und seine Beziehungen stehen im Zentrum) und Gesamtnetzwerke (zum Beispiel definiert durch Gruppenzugehörigkeiten).¹⁸ Beide Formen lassen sich mit verschiedenartigen Zugängen respektive Fragestellungen untersuchen, je nach Art der zu analysierenden Beziehungen: beispielsweise verwandtschaftliche, materielle oder politische. Von großer Bedeutung sind des Weiteren die Faktoren ‚Einfluss‘ und ‚Selektion‘, also die Frage nach der Wirkung von Akteuren auf das Netzwerk einerseits und die Frage der Beeinflussung der Akteure durch das Netzwerk andererseits. Linda von Keyserlingk-Rehbein führt dazu weiter aus: „In der Netzwerktheorie wird unterscheiden zwischen einer quantitativen Analyse, welche die Anzahl der bestehenden Kontakte einer Person oder Personengruppe analysiert, und einer qualitativen Analyse, welche die Art der Beziehungen untersucht.“¹⁹

Die Art der Beziehungen hat Mark Granovetter bereits in den 1970ern zum Gegenstand seiner Beobachtungen gemacht. In seiner Theorie der „weak and strong ties“ stellte er heraus, dass Personen, die beispielsweise bei der Arbeitssuche über viele Bekanntschaften verfügten, im Vorteil sind gegenüber Menschen mit starken, aber auch wenigen Freundschaftsbeziehungen – durch den Vorteil zahlreicher, unterschiedlicher Informationen.²⁰ Auf unseren Fall bezogen: Haben die Vertreter der zu untersuchenden sudetendeutschen Organisationen Wert daraufgelegt, möglichst viele, breit gestreute, aber auch oberflächliche Beziehungsgeflechte aufzubauen?

Auf den ersten Blick scheint jedoch vor allem das in netzwerktheoretischer Hinsicht relevante Konzept der „Clique“ bzw. der Cliquenbildung für den Untersuchungsgegenstand aufschlussreich. Eine Clique wird hier nicht wertend als herrschende, verschworene, gar als verbrecherische Gruppierung verstanden, die in erster Linie eigene Interessen verfolgt, sondern als eine informelle Gruppe mit hoher Beziehungsdichte: „Unter einer Clique ist in der Netzwerktheorie eine Gruppe von Akteuren zu verstehen, die untereinander eine höhere Verbindung bzw. Netzwerkdichte aufweisen als zu anderen Akteuren.“²¹ Die hier untersuchte Gruppe sudetendeutscher Eliten als „ziemlich große Clique“ zu bezeichnen, ist eine der zentralen, zu überprüfenden Thesen.

Diese Definition bietet sich für eine Charakterisierung der Beziehungen prominenter sudetendeutscher politischer, wissenschaftlicher und kultureller Akteure im 20. Jahrhundert an: Zum einen, weil sich die „sudetendeutsche Clique“ als große Clique einordnen lässt, die in deutlicher Abgrenzung von anderen Gruppen mit anderen Interessen (von Einheimischen wie von anderen Vertriebenen) als Plattform gemeinsamer Werte und Ziele – Selbstbestimmung und Heimatrecht – dient. Zum anderen ist damit das nahezu unüberschaubare Gesamtnetzwerk sudetendeutscher Akteure fruchtbar in Teilcliquen zu ordnen, Vereinigungen mit sowohl unterschiedlichen als

18 Ebd., S. 44f.

19 Ebd., S. 47.

20 Mark Granovetter: The Strength of Weak Ties, in: American Journal of Sociology 78 (1973), S. 1360–1380.

21 Keyserlingk-Rehbein, Nur eine „ganz kleine Clique“?, S. 48.

auch mit gemeinsamen Interessen. Damit vermeidet man gleichzeitig die Gefahr, ‚die Sudetendeutschen‘ als gänzlich homogene Einheit darzustellen.

Doch wer sind nun die Akteure, die es für jede Netzwerkstudie zu definieren gilt? Grundsätzlich, und das erweitert den wissenschaftlichen Spielraum, können Akteure „je nach Forschungsgegenstand entweder Persönlichkeiten oder auch Gruppen, Institutionen bzw. Ereignisse oder bestimmte Objekte darstellen.“²² Da sich Netzwerke zudem dadurch auszeichnen, dass jeder Akteur unzählige Kontakte besitzt, sind sie per se unabgeschlossen. Um zu einer fundierten Aussage zu kommen, ist daher nicht nur eine genaue Bestimmung der zu untersuchenden Akteure von Nöten, sondern auch die Definition ihrer für die jeweilige Studie relevanten Beziehungen.

In der vorliegenden Studie wird eine Gruppe von Akteuren fokussiert, die als Elite zu bezeichnen ist: Funktionäre der Sudetendeutschen, die nach 1945 durch ihre Arbeit in landsmannschaftlichen Verbänden eine herausragende Stellung unter den fast zwei Millionen Vertriebenen aus Böhmen und Mähren in der Bundesrepublik eingenommen haben. Eine weitere Eingrenzung erfolgt dadurch, dass insbesondere überregional agierende Personen in den Blick genommen werden, mithin Akteure der Sudetendeutschen Landsmannschaft, der Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen/des Sudetendeutschen Rates, des Witikobundes, der Seliger-Gemeinde und der Ackermann-Gemeinde.²³

Ein weiteres Beobachtungs-Kriterium bildet die Verbindung der zu beobachten- den Personen zu dem Netzwerk-Objekt Bonn, also zur Bundeshauptstadt in der Nachkriegszeit, in der auch die Vertriebenen-Abgeordneten²⁴ des Deutschen Bundestages und die Beamten und Angestellten des BMVt arbeiteten. Von besonderem Interesse im Ministerium sind wiederum diejenigen Akteure mit landsmannschaftlicher Prägung, mit sudetendeutschem Vertriebenenhintergrund. Zwei Arten von Akteur-Merkmalen sind dabei in Anlehnung an die Überlegungen von Dorothea Jansen für diesen Beitrag bedeutend²⁵: Neben den absoluten Merkmalen (zum Beispiel Geburtsdatum und Geburtsort, berufliche Position) bilden insbesondere die kontextuellen Merkmale wichtige Analyse-Positionen. Dazu zählen Zugehörigkeiten zu wissenschaftlichen, kulturellen und politischen Organisationen der Sudetendeutschen ebenso wie Parteizugehörigkeiten einschließlich von Mitgliedschaften in der NSDAP – sowie nicht zuletzt die berufliche Stellung im BMVt.

„Wer sind die Sudetendeutschen?“²⁶ Der Titel einer Imagebroschüre der Sudetendeutschen Landsmannschaft aus den 1980er Jahren kann als Indiz dafür gelesen werden, dass es selbst vierzig Jahre nach der Vertreibung in der Bundesrepublik nötig war, Grundlagenarbeit zur Lage einer Gruppe von Vertriebenen breitenwirksam zu

22 Ebd., S. 49.

23 Zu den einzelnen Gruppen siehe das Kapitel „Sudetendeutsche Akteure“ dieser Studie.

24 Vgl. dazu den Beitrag von Wolfgang Fischer im vorliegenden Band.

25 Dorothea Jansen: Einführung in die Netzwerkanalyse. Grundlagen, Methoden und Forschungsbeispiele. Wiesbaden 2006.

26 Sudetendeutsche Landsmannschaft (Hrsg.): Wer sind die Sudetendeutschen? Heimat, Schicksal, Auftrag. München [1984].

veröffentlichen. Dabei war durch die Satzung der Landsmannschaft eine positive Zuordnung der Gruppenmitgliedschaft im Jahr 1954 eine lange Zeit gültige Definition und damit Ab- und Begrenzung geleistet worden. Im Zuge der Gründung eines Bundesverbandes hieß es in Paragraf vier zur „Volksgruppenzugehörigkeit“:

„1. Sudetendeutscher ist ein Deutscher, der in einer Gemeinde der Länder Böhmen, Mähren oder Schlesien geboren ist oder der das Heimatrecht hatte. 2. Als Sudetendeutscher gilt ein Deutscher, der von mindestens einem Eltern- oder Großelternteil, der Sudetendeutscher ist abstammt, oder mit einem Ehegatten, der Sudetendeutscher ist oder als Sudetendeutscher gilt, verheiratet ist. 3. Als Sudetendeutscher gilt auch ein Deutscher, der in einer Gemeinde der Länder Böhmen, Mähren oder Schlesien längere Zeit gewohnt hat und der seine Verbundenheit mit der sudetendeutschen Volksgruppe bekundet.“²⁷

Abstammung, Herkunft, temporärer Wohnsitz und Bekenntnis im Kontext eines ethnisch konnotierten Deutschseins bildeten also die zentralen Kriterien. Diese für das Selbstverständnis der Ausgewiesenen ausgestaltete „Volksgruppenzugehörigkeit“ war die Grundlage für das vielfältige, aber von einem Einheitsgedanken als übergeordneter Idee gesponnenen Beziehungsgeflecht sudetendeutscher Gruppen und Akteure.

Im Folgenden werden zunächst die Akteure und Einrichtungen der untersuchten sudetendeutschen Volksgruppe vorgestellt und mit Blick auf ihren Beitrag in netzwerkbezogener Hinsicht diskutiert. Im Anschluss geht es darum, innen- und außenpolitisch relevante Politikfelder zu analysieren: Vertriebenenpolitik als Politik von Vertriebenen wird so mit einer Politik für Vertriebene kontrastiert. Auf Grund der Bedeutung Bayerns für die Sudetendeutschen nach 1945 als ihr Hauptaufnahme- und Schirmland widmet sich das nächste Kapitel der Frage, ob nicht die bayerische Staatsregierung als Partner landsmannschaftlicher Einrichtungen im Vergleich zu bundespolitischen Ministerien eine größere Rolle gespielt hat. Ob in dem Beziehungsgeflecht zwischen dem BMVt und sudetendeutschen Akteuren (einschließlich von Gruppen) vorrangig gemeinsame Anliegen verhandelt wurden, wird im abschließenden Abschnitt erläutert.

Welche Rolle spielten die Kontakte zum BMVt für die hier in den Blick genommenen sudetendeutschen Netzwerke? Hat man gemeinsame Sache gemacht oder war das BMVt im Rahmen der sudetendeutschen Netzwerke nur eine Nebensache? Wie gestalteten sich die Beziehungen konkret und welche Aussagen lassen sich über die Akteure treffen?

27 Satzung der Sudetendeutschen Landsmannschaft – Bundesverband, in: Beschluß- und Anordnungsblatt der Sudetendeutschen Landsmannschaft Nr. 1, 15.07.1954.

2. Sudetendeutsche Akteure: frühe Netzwerke und Beziehungen zum Bundesvertriebenenministerium

2.1. Der Kampf der frühen Jahre: Die Eichstätter Erklärung, ein Sprecher, Eingliederung und ganz viel Gesinnung

Wenige Jahre waren seit Kriegsende vergangen. Hatten bis Ende Oktober 1946 ungefähr zehn Millionen deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in den vier Besatzungszonen der alliierten Mächte eine Unterkunft gefunden, wuchs die Zahl der Aufgenommenen 1950 auf 7,9 Millionen in der Bundesrepublik und 4,1 Millionen in der DDR – Österreich nahm bis zu diesem Zeitpunkt 370.000 Zwangsmigranten auf.²⁸ Die Neuhinzugekommenen wurden von den Behörden oft dahin gelenkt, wo Unterkünfte und Versorgung bereit standen: Fast die Hälfte aller Flüchtlinge und Vertriebenen lebte 1950 in Gemeinden mit bis zu 3.000 Einwohnern.

In allen Zonen wurden Sonderbehörden eingerichtet, die einen schnellen Integrationsprozess erleichtern sollten. Die von den jeweiligen Flüchtlingsbehörden eingeleiteten Maßnahmen – sprich Unterstützungsleistungen – verbesserten die materielle Situation der Betroffenen in den vier Zonen zwar in unterschiedlicher Art und Weise, aber sie waren gerade wegen der oft anzutreffenden Ablehnung durch die Einheimischen unverzichtbar für ein gerechteres Miteinander im Verlauf der Zeit.²⁹ Doch zu Beginn der 1950er Jahre mussten die westlichen kommissarischen Sonderverwaltungen ihre Arbeit einstellen – sie wurden, zumeist ungeliebt bei den regulären Einrichtungen, in die Regelverwaltung ‚eingegliedert‘, wo ihre Arbeit zunächst fortgeführt wurde.

In der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ) hatte die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands 1948 ein bereits vorbereitetes Gesetz zum Lastenausgleich verworfen;

28 Mathias Beer: *Flucht und Vertreibung der Deutschen. Voraussetzungen, Verlauf, Folgen*. München 2011; Arnd Bauerkämper: *Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene aus Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa in Deutschland und Österreich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs*, in: Klaus J. Bade (Hrsg.): *Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. München 2007, S. 477–485. „Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt.“ 2018 besaßen mithin nach Auskunft des Statistischen Bundesamts noch mehr als fünf Millionen bundesdeutsche Staatsangehörige einen Migrationshintergrund „aus eigener Erfahrung“, vor allem Aus- und Spätaussiedler. Vertriebene des Zweiten Weltkriegs haben laut dieser Statistik aber keinen Migrationshintergrund und werden nicht mehr statistisch erfasst, vgl. Statistisches Bundesamt: *Migration und Integration. Bevölkerung nach Migrationshintergrund und Geschlecht*, in: Destatis Statistisches Bundesamt. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/liste-migrationshintergrund-geschlecht.html> (12.02.2021).

29 Für das in dieser Arbeit speziell relevante Aufnahmeland Bayern vgl. Bayerisches Staatsministerium des Innern, Der Staatskommissar für das Flüchtlingswesen, Statistischer Informationsdienst: *Amtliches Zahlenmaterial zum Flüchtlingsproblem in Bayern*. Bearb. v. Martin Kornrumpf. München 1947; Bayerisches Staatsministerium des Innern, Der Staatssekretär für das Flüchtlingswesen: *Dritter Jahresbericht über die Tätigkeit der Bayerischen Flüchtlingsverwaltung*. München 1949; Martin Kornrumpf: *In Bayern angekommen. Die Eingliederung der Vertriebenen. Zahlen, Daten, Namen*. München/Wien 1979.

in der neu gegründeten DDR wurde aber schon 1950 das „Gesetz über die weitere Verbesserung der Lage der Umsiedler“ erlassen. Beantragt werden konnte ein zinsloser Kredit in Höhe von 1.000 Mark pro Haushalt, ausgenommen waren Bezieher von hohem Einkommen. Mit diesem Gesetz endete aber ab Anfang der 1950er Jahre eine spezifische Vertriebenenpolitik in der DDR. Schon 1948 hatte die Sowjetische Militäradministration die Eingliederung der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler als Abteilung in die Verwaltung des Innern besiegelt.³⁰

In der Bundesrepublik stimmte nach einigen regionalen Flüchtlings-Regelungen am 16. Mai 1952 schließlich der Deutsche Bundestag einem „Gesetz über den Lastenausgleich“ zu, das deutschen Zugewanderten eine Entschädigung für Vermögensschäden durch eine langfristige Vermögensabgabe von Einheimischen zusprach – bis 1979 wurden circa 150 Milliarden DM im Rahmen von Eingliederungshilfen und Entschädigungsleistungen aufgewendet.³¹

Hilfe von Seiten staatlicher Verwaltung war das eine. Selbsthilfe das andere Mittel. In der SBZ bzw. in der DDR war die Bildung von Flüchtlingsorganisationen strikt verboten.³² Aber auch im übrigen Deutschland, in den westlichen Besatzungszonen, war die Errichtung von Flüchtlingsverbänden zunächst untersagt. Seit 1945/46 existierende Flüchtlingsausschüsse wurden von den Militärbehörden streng kontrolliert.³³ Ausnahmen gab es: lokale, unpolitische Flüchtlingsvereinigungen wurden gelegentlich geduldet und 1947 kam es zur Gründung von Interessengemeinschaften der Neubürger.

Schließlich wurde ab 1948 das Koalitionsverbot, die Bestimmung, dass Vertriebene keine politischen Vereinigungen bilden durften, stufenweise und nach der Wahl zum ersten Bundestag ganz aufgehoben: Nun etablierten sich in kurzer Zeit zahlreiche kulturelle, politische und auch wissenschaftliche Institutionen, die teilweise noch bis in die Gegenwart wirken. „Oft nach den Vorbildern in der alten Heimat“ heißt es diesbezüglich in einem Artikel von Walter Ziegler.³⁴ „Sie hatten daher stets sowohl soziale und kulturelle wie auch politische Ziele [...]“, heißt es dort weiter. Dem Werdengang all dieser Einrichtungen kann an dieser Stelle nicht nachgegangen werden – zu umfangreich und komplex gestaltete sich dieser Prozess. Lediglich erste, für die

30 Michael Schwartz: Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945–1961. München 2004.

31 Paul Erker (Hrsg.): Rechnung für Hitlers Krieg. Aspekte und Probleme des Lastenausgleichs. Heidelberg u. a. 2004; Peter Paul Nahm: Lastenausgleich und Integration der Vertriebenen und Geflüchteten, in: Richard Löwenthal/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz. Stuttgart 1974, S. 817–842; Karl Schaefer: Der Lastenausgleich, in: Marion Frantzioch/Odo Ratza/Günter Reichert (Hrsg.): Vierzig Jahre für Deutschland. Die Vertriebenen und Flüchtlinge. Ausstellungskatalog. Berlin 1989, S. 169–176; Manfred Kittel: Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975). Düsseldorf 2020.

32 Schwartz, Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“.

33 Franz J. Bauer: Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945–1949. München 1982.

34 Walter Ziegler: Flüchtlinge und Vertriebene, in: Historisches Lexikon Bayerns, 28.05.2018. https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Flüchtlinge_und_Vertriebene (10.01.2021).

weitere Entwicklung wichtige sudetendeutsche Selbsthilfe-Aktivitäten sollen kurz vorgestellt werden, um dann den Netzwerkcharakter dieses Gründungsjahrzehnts sudetendeutscher Einrichtungen am Beispiel von vier Dokumenten zu skizzieren.

Bereits im Sommer 1945 beantragten die Brüder Johann und Gustav Schär sowie Roman Herlinger (1895–1961)³⁵ bei der amerikanischen Militärbehörde „Billigung, Unterstützung und Förderung der Errichtung sowie der Tätigkeit“ einer „Sudetendeutschen Hilfsstelle“.³⁶ Diese „Hilfsstelle für Flüchtlinge aus den Sudetengebieten“, war dem Bayerischen Roten Kreuz angegliedert und bezog im Juli 1945 ein Gebäude in München. Noch vor der Errichtung der bayerischen Landesflüchtlingsverwaltung arbeitete man hier an Ideen zur Unterbringung und beruflichen Eingliederung der Flüchtlinge auf lokaler und regionaler Ebene: Aus Gesprächen mit dem bayerischen Wirtschaftsministerium entwickelte sich der Impuls zur Ansiedlung der Gablonzer Glasindustrie in Kaufbeuren. Doch schon ein Jahr später war die Sudetendeutsche Hilfsstelle Geschichte – wirtschaftliche Beratungsfunktionen kollidierten mit den Aufgaben der zwischenzeitlich von der Flüchtlingsverwaltung geschaffenen Strukturen. Das Bemühen um den „Einbau von Flüchtlingsvertretern in den Staatsapparat“ im Wirtschaftsministerium scheiterte jedoch. Dort wollte niemand eine bevorzugte Beschäftigung von sudetendeutschen Flüchtlingen präjudizieren.³⁷

Personell hatte sich die Hilfsstelle schnell erweitert. Neben anderen waren hier Franz Haibach (1899–1958), Wilhelm Weizsäcker (1886–1961), Peter Stark (1909–1987), Hans Schütz (1901–1982) und Walter Becher (1912–2005) tätig. Letzterer wirkte auch maßgeblich an der Überführung der Sudetendeutsche Hilfsstelle in die Wirtschaftshilfe G.m.b.H. mit, laut Becher nur eine umbenannte Nachfolgeeinrichtung mit den gleichen Zielen, die 1950 nach erheblichen finanziellen Schwierigkeiten Insolvenz anmelden musste.³⁸

Die zweite Nachfolgeeinrichtung der Sudetendeutschen Hilfsstelle war der Hauptausschuss der Flüchtlinge und Ausgewiesenen.³⁹ Der Hauptausschuss, eine „Plattform, auf der sich Vertreter sämtlicher politischer Parteien in Bayern unvoreingenommen zu sachlichen Beratungen trafen und, wie der Verlauf der Sitzungen beweist, in vollster Einmütigkeit ihre Beschlüsse faßten“,⁴⁰ besaß eine beratende Funktion in Gesprächen mit der bayerischen Staatsregierung im Interesse aller Flüchtlingsgruppierungen. Zu Gesetzentwürfen, Verordnungen usw. wurde Stellung genommen

35 Die Lebensdaten der Akteure werden – soweit vorliegend – bei der ersten Nennung angegeben.

36 Walter Stelzle: Die Sudetendeutsche Hilfsstelle, in: Friedrich Prinz (Hrsg.): Integration und Neubeginn. Dokumentation über die Leistung des Freistaats Bayern und des Bundes zur Eingliederung der Wirtschaftsbetriebe der Vertriebenen und Flüchtlinge und deren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Bd. 1. Texte u. Anm. München 1984, S. 83–96.

37 Schreiben des Leiters des Bayerischen Landeswirtschaftsamtes an das Wirtschaftsministerium, 24.08.1946. Zitiert nach Franz J. Bauer: Der Hauptausschuss der Flüchtlinge und Ausgewiesenen – Akteur und Instrument einer Flüchtlingspolitik, in: Prinz (Hrsg.), Integration und Neubeginn, S. 97–112, hier Anm. 39.

38 Walter Becher: Zeitzeuge. Ein Lebensbericht. München 1990, S. 141–144.

39 Bauer, Hauptausschuss der Flüchtlinge und Ausgewiesenen.

40 Tätigkeitsbericht des Hauptausschusses der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern 1948–1951. München 1951.

und eigene Initiativen in Grundsatzentscheidungen der Flüchtlingspolitik wurden eingebracht. Vorsitzende des schließlich als „Hauptausschuß der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern“ bezeichneten Gremiums waren die 1946 vom Bayerischen Ministerpräsidenten ernannten Hans Schütz (CSU) und Willibald Mücke (SPD, 1904–1984) aus Schlesien. Als hauptamtliche Geschäftsführer des bis 1973 existierenden Verbandes arbeiteten die Sudetendeutschen Roman Herlinger von 1946 bis 1951 und Oskar Böse (1924–2016) von 1961 bis 1967.

Dieses beratende Kontrollorgan, das in einer frühen Phase einzige von der Bayerischen Staatsregierung anerkannte Gremium, war in der Öffentlichkeit – auch unter den Vertriebenen – weitgehend unbekannt. Anders gestaltete sich die Hilfe zur Selbsthilfe der Vertriebenen in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre und deren Wahrnehmung unter den religiösen Einrichtungen. Insbesondere karitative Einrichtungen nahmen schnell die Arbeit auf, wie das Evangelische Hilfswerk, die Innere Mission und der Deutsche Caritasverband.

Am 6. Oktober 1945 gründete der deutsche Priester Monsignore Albert Büttner (1900–1967) die Kirchliche Hilfsstelle in München. Sie war eher eine Fortsetzung als Neugründung, denn sie war direkt auf die 1943 geschaffene Kirchliche Hilfsstelle des Reichverbandes des katholischen Deutschtums im Ausland (RKA) zurückzuführen.⁴¹ Der RKA war als Netzwerkorganisation mit zahlreichen persönlichen und institutionellen Kontakten zwischen reichs- und auslandsdeutschen Katholiken etabliert und arbeitete im Sinne einer Begegnungsstelle deutschsprachiger Katholiken in Mitteleuropa. Neben Büttner arbeiteten nun in München außer Richard Mai (1922–1940 im Berliner RKA tätig) auch die beiden Sudetendeutschen Hans Schütz (in seiner Funktion als Kontaktstelle zum Volksbund deutscher Katholiken in der Tschechoslowakei) und Pater Paulus Sladek, der über den katholischen Jugend- und Akademiker Bund Staffelstein mit dem RKA verbunden war.⁴²

Der Kirchlichen Hilfsstelle in München ging es zunächst vor allem um die „Erfassung, Verteilung und Unterbringung des Flüchtlingsklerus und der Bereitstellung seelsorgerischer Maßnahmen“.⁴³ Bis zur Auflösung bzw. Neuorganisation der Hilfsstelle 1950/51 (nun als Katholische Arbeitsstelle für Heimatvertriebene/Süd) förderte die Fuldaer Bischofskonferenz – unterstützt von dem 1948 eingerichteten Katholischen Flüchtlingsrat mit dem Präsidenten Hans Lukaschek (1885–1960), ab 1949 Bundesvertriebenenminister – tatkräftig diese Arbeit.

41 Zur Kirchlichen Hilfsstelle in München vgl. Ulrich Enders: Die Kirchliche Hilfsstelle München 1945–1949, in: Prinz (Hrsg.), *Integration und Neubeginn*, S. 171–186; Rudolf Ohlbaum (Hrsg.): P. Paulus Sladek OSA. *Not ist Anruf Gottes*. Festgabe zum sechzigjährigen Priesterjubiläum. München 1991, S. 445–534. Aus der Binnenperspektive Richard Mai: *Ursprung und Entwicklung der Kirchlichen Hilfsstelle in München*, in: Horst Glassl/Otfrid Pustejovsky (Hrsg.): *Ein Leben – drei Epochen*. Festschrift für Hans Schütz zum 70. Geburtstag. München 1971, S. 507–512. Vgl. dazu auch den Beitrag von Rainer Bendel im vorliegenden Band.

42 Zu Hans Schütz und Pater Paulus Sladek vgl. auch den Beitrag von Rainer Bendel im vorliegenden Band.

43 Enders, *Kirchliche Hilfsstelle München*, S. 174.

„Der häufigste Weg zu Vertriebenenorganisationen führte über die Kirchen“: Diese Einschätzung von Hermann Weiß trifft einen Kern.⁴⁴ Aber es waren nicht nur die Kirchen, welche gruppenbildend unter den Vertriebenen wirkten. In einer „Zusammenstellung aller derzeit bestehenden Organisationen der Heimatvertriebenen in Bayern“ listete das Bayerische Innenministerium 1950 auf sieben Seiten entsprechende Vereinigungen auf: Zu dem schon erwähnten Hauptausschuss der Flüchtlinge und Ausgewiesenen kamen weitere Beiräte und Ausschüsse der Landesflüchtlingsverwaltung, gefolgt von der Kirchlichen Hilfsstelle und dem Evangelischen Hilfswerk, dann überlandsmannschaftliche Landesverbände, berufsständische Vertretungen und kulturelle Einrichtungen der Neubürger. Zu diesem Zeitpunkt existierten neben politisch orientierten Landesflüchtlingsausschüssen bereits 13 landsmannschaftliche Zusammenschlüsse sowie die Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen.⁴⁵

Die ungeheure Vielfalt dieser Interessengruppierungen hatte sich auch auf dem übrigen Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ausgebreitet. Der Bundesvertriebenenminister Hans Lukaschek versuchte in einem Zeitungsartikel Ende 1949 eine grobe Strukturierung zu liefern:

„In den Kreisen der Vertriebenen scheint immer noch Unklarheit darüber zu bestehen, wie die Vertriebenen selbst ihre Interessen in der Deutschen Bundesrepublik zur Geltung bringen können. [...] Drei verschiedene Organisationsformen haben sich herausgebildet [...] 1. Die Landesverbände. Ihnen obliegt die Vertretung der Vertriebenen in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht gegenüber den örtlichen Behörden [...] 2. Die Landsmannschaften. Sie umfassen die Vertriebenen aus einer bestimmten Landschaft (Ostpreußen, Westpreußen, Schlesien, Pommern, Sudetenland usw.). Ihre Aufgabe ist es, die heimatlichen Zusammenhänge zu wahren, die Erinnerung an die Heimat und den Anspruch auf die Heimat zu pflegen und die Vertriebenen in kultureller Hinsicht zu leiten. Auch sind sie selbstverständlich überparteilich. 3. Die Berufsverbände. Sie haben den Zweck, die Interessen der einzelnen Berufe zu vertreten.“⁴⁶

Wichtig festzuhalten ist an dieser Stelle, dass sich seit Kriegsende eine deutlich sichtbare Entwicklung abzeichnete. Dem Koalitionsverbot geschuldet konnten zunächst mehr oder weniger nur wirtschaftliche und soziale Vereinigungen ihre Arbeit für die Zwangsmigranten aufnehmen. Aber gegen Ende der 1940er Jahre hatte nicht zuletzt in Bayern ein „landsmannschaftliches Prinzip als Flüchtlingsorganisationsmodell“⁴⁷ seinen Siegeszug angetreten, das spätestens Mitte der 1950er Jahre etabliert

44 Hermann Weiß: Die Organisationen der Vertriebenen und ihre Presse, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt a. M. 1995, S. 244–264, hier S. 245. Auch die Bundesregierung äußerte sich 1958 in einer Feststellung gleichlautend. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Deutschland im Wiederaufbau. Tätigkeitsbericht der Bundesregierung für das Jahr 1958. Bonn 1959, S. 406.

45 Bayerisches Hauptstaatsarchiv (BayHStA), MArbLaFlü 2174, Zusammenstellung aller derzeit bestehenden Organisationen der Heimatvertriebenen in Bayern, 27.06.1950.

46 Hans Lukaschek: Die Organisation der Vertriebenen, in: Rheinische Zeitung, 21.11.1949.

47 Sylvia Schraut: Flüchtlingsaufnahme in Württemberg-Baden 1945–1949. Amerikanische Besatzungsziele und demokratischer Wiederaufbau im Konflikt. München 1995, S. 136.

war: Die Deutungshoheit in nahezu sämtlichen die Vertriebenen aus Böhmen und Mähren betreffenden Fragen hatte sich die Sudetendeutsche Landsmannschaft erkämpft.

Pater Paulus Sladek (1908–2002) kritisierte diese Entwicklung früh. Als Friedrich Sladek 1908 in Trebnitz geboren, wuchs der spätere Priester in Böhmisches-Leipa (Česká Lípa) auf und schloss sich dem Bund Staffelstein unter Eduard Winter an. 1926 trat er den Augustinern bei und blieb auch in den 1930er Jahren dem Staffelstein verpflichtet, auch als Geistlicher Beirat. Sladek studierte Theologie in Prag, wo er 1933 promoviert wurde und 1939 habilitierte. Mit seelsorgerischen Aufgaben betraut, lebte er in Prag. Nach dem Zweiten Weltkrieg gründete er mit anderen die Ackermann-Gemeinde. Sladek kämpfte um den Einfluss von katholischen Organisationen unter den Vertriebenen: Auftrag und Ziele der Landsmannschaften klagte er an. Er gehörte mit dieser Position, wie noch zu zeigen sein wird, zu den Außenseitern der organisierten Sudetendeutschen nach 1945, wenn auch zu den einflussreichen. „Die Landsmannschaften streben eine Gesamtorganisation der Volksgruppen an und die Bildung von einer Art Exilregierungen. Sie kämpfen um die Wiedergewinnung der verlorenen Heimat und pflegen die kulturelle Überlieferung der Heimat.“ In seinem Memorandum vom Mai 1950 kritisierte er deren polarisierende Desintegrationspolitik, warf ihnen vor, Rachegefühle gegen die „Austreibervölker“ aufrecht zu erhalten und sah sie „gefährdet durch den Rechtsradikalismus“.⁴⁸

Auf die inzwischen weiter verfestigten Netzwerkstrukturen der Sudetendeutschen – u. a. durch die Gründung von weltanschaulichen „Gesinnungsgemeinschaften“ (eine christlich-katholische, eine sozialdemokratische und eine rechtsnationale Gruppe) und kulturellen Einrichtungen – wird nicht im Detail eingegangen. Aber anhand von vier für das Selbstverständnis der neuen, dominierenden Organisationen wichtigen Dokumenten werden Verbindungslinien zwischen unterschiedlichen Akteuren sichtbar gemacht. Diese verkörperten das spezifische Gefüge sudetendeutscher Politik und steckten letztlich auch den Raum ab, der die Vertriebenenpolitik in der BRD mitgründete.

Im bayerischen Eichstätt, am ersten Adventsonntag 1949, unterschrieben 17 Männer eine Deklaration. Die „Eichstätter Adventsdeklaration“ bildete das schriftliche Ergebnis eines Treffens sudetendeutscher Politiker und Wissenschaftler in der dortigen Jugendherberge. Viereinhalb Jahre nach Kriegsende sollte das Dokument nach eigener Auskunft den „Abschluß tragischer Vergangenheit“ und den „Ausgangspunkt eines neuen zukunftsgestaltenden Wollens“ formulieren.⁴⁹ Doch schon im ersten Absatz, der eine politische Standortbestimmung kurz nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland war, hieß es mit Blick auf die Zwangsmigration der Deutschen: „Diese

48 Archiv der Ackermann-Gemeinde. Kirchliche Hilfsstelle, Gründung 1945–1949, Peter Sladek: „Um die Zukunft der kirchlichen Volksgruppenarbeit in München“. Zitiert nach Pohl, Zwischen Integration und Isolation, S. 194f. Zu Sladek vgl. auch den Beitrag von Rainer Bendel im vorliegenden Band.

49 Die Eichstätter Advents-Deklaration. Grundsätze einer sudetendeutschen Europapolitik, in: Vier Dokumente zur außenpolitischen Lage der Sudetendeutschen. O. O., o. J., S. 13–15.

schwerste Störung des europäischen Gleichgewichts seit der Völkerwanderung bedroht den gesamten europäischen Westen mit einem östlich-asiatischen Übergewicht.“⁵⁰

Diese angesichts der Verbrechen des Zweiten Weltkriegs geschichtsrelativierende Erzählung war ein Bestandteil des deutschen Opferdiskurses nach 1945.⁵¹ Führende in den Vertriebenennetzwerken tätige Akteure haben die Rede vom „Schicksal der Heimatvertriebenen als der vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen“ dauerhaft gepflegt und in der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ 1950 manifestiert.⁵²

Die Gruppe der sudetendeutschen Unterzeichner der Eichstätter Erklärung war in hohem Maße heterogen, was weltanschauliche Überzeugungen respektive Gruppenzugehörigkeiten und ihr Verhalten während des Nationalsozialismus und während der Zwischenkriegszeit angeht. Mit dem schon erwähnten Pater Paulus Sladek stimmte im Sommer 1949 Walter Brand überein, alle politischen Gruppen des Sudetendeutschtums zusammenzubringen⁵³: Grob gesagt das katholische, das sozialdemokratische und das völkische Milieu.

Walter Brand⁵⁴ (1907–1980) war ein enger Vertrauter von Konrad Henlein⁵⁵ (1898–1945), ab Oktober 1938 Gauleiter und Reichsstatthalter im neu gebildeten Reichsgau Sudetenland. Nach seinem Studium der Staats- und Rechtswissenschaften in Wien beim damals renommierten Nationalökonom und Ständestaat-Theoretiker Othmar

50 Für dieses Zitat und alle weiteren aus der Eichstätter Advents-Deklaration vgl. ebd.

51 Constantin Goshler: „Versöhnung“ und „Viktimisierung“. Die Vertriebenen und der deutsche Opferdiskurs, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 10 (2005), S. 873–884. Vgl. auch K. Erik Franzen/Martin Schulze Wessel (Hrsg.): Opfernarrative. Konkurrenzen und Deutungskämpfe in Deutschland und im östlichen Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. München 2012; Mathias Beer: In Search of a Usable Memory. The Politics of History and the Day of Commemoration for German Forced Migrants after the Second World War, in: Randall Hansen u. a. (Hrsg.): Authenticity and Victimhood after the Second World War. Narratives from Europe and East Asia. Toronto/Buffalo/London 2021, S. 221–270.

52 Charta der deutschen Heimatvertriebenen vom 5. August 1950, in: BdV – Bund der Vertriebenen. <https://www.bund-der-vertriebenen.de/charta-auf-deutsch> (23.12.2020); Matthias Stickler: Charta der deutschen Heimatvertriebenen. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32842 (Stand 23.07.2021); Mathias Beer: Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen. Erinnerung und Ereignis. In: Baden-württembergische Erinnerungsorte. Hrsg. v. Reinhold Weber/Peter Steinbach/Hans-Georg Wehling. Stuttgart 2012, 510–523; Michael Schwartz: Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundes der Vertriebenen und das „Dritte Reich“. München 2013.

53 BayHStA, SdA, NL Rudolf Lodgman von Auen IX 18, Rundschreiben des Arbeitskreises Südost der Freideutschen Landgemeinde Württemberg-Baden, o. D.

54 Ludwig Weichselbaumer: Walter Brand (1907–1980). Ein sudetendeutscher Politiker im Spannungsfeld zwischen Autonomie und Anschluss. München 2008; Walter Brand: Auf verlorenem Posten. Ein sudetendeutscher Politiker im Spannungsfeld zwischen Autonomie und Anschluß. München 1985.

55 Zu Henlein vgl. Ralf Gebel: „Heim ins Reich!“ Konrad Henlein und der Reichsgau Sudetenland. München 1999; Volker Zimmermann: Die Sudetendeutschen im NS-Staat. Politik und Stimmung in der Bevölkerung im Reichsgau Sudetenland (1938–1945). Essen 2000.

Spann⁵⁶ (1878–1950), das er 1931 mit der Promotion abschloss, trat Brand der NSDAP bei und war Mitbegründer der Sudetendeutschen Heimatfront – später aufgegangen in der Sudetendeutschen Partei (SdP)⁵⁷, als deren Büroleiter in Prag Brand arbeitete. Der hochrangige Politiker der SdP und Hauptsturmführer der SA war Mitglied des Kameradschaftsbundes (KB), einer elitär-völkischen Gruppierung innerhalb des Sudetendeutchtums der Zwischenkriegszeit, die Konrad Henlein beim Aufbau des Deutschen Turnverbandes und der SHF bzw. der SdP tatkräftig unterstützte.⁵⁸

Ein weiteres prominentes Mitglied des Kameradschaftsbundes (samt ähnlicher SHF- bzw. SdP-Karriere) war Walter Becher, der ebenfalls bei Spann in Wien studierte, dort auch als dessen Assistent gearbeitet und 1936 seine Promotion abgeschlossen hatte.⁵⁹ Wie Brand trat Becher 1931 der NSDAP bei und arbeitete in den 1930er Jahren ebenfalls für die Prager Zeitung „Die Zeit“.

Wichtig festzuhalten in Bezug auf die Netzwerkbildung des KB ist, dass es zu seiner Taktik gehörte, „verschiedene sudetendeutsche politisch-kulturelle Organisationen mit seinen Mitgliedern zu durchsetzen, um so zu einem geeigneten Zeitpunkt die politische Führung der Sudetendeutschen zu übernehmen“ – was ihm vor allem beim Deutschen Turnverband auch gelang.⁶⁰

Doch das völkische Lager der Sudetendeutschen war keineswegs homogen. Es gab Konkurrenz für den KB: Neben der „Bereitschaft“ um Richard Patscheider (1883–1971) ist hier vor allem der Aufbruch-Kreis zu nennen, beide wiederum konkurrierende völkische Jugendverbände, die dem Nationalsozialismus näher standen als der 200 bis 300 Mitglieder zählende KB.⁶¹ Die in die Sudetendeutsche Partei übergetretenen su-

56 Zu Othmar Spann vgl. u. a. Josef Lob: Othmar Spann. Ein konservativer Denker, in: *Criticón* 2 (1972) S. 164–166; Ernst Nittner: Othmar Spann und die Sudetendeutschen. Erinnerung aus aktuellem Anlaß. Flintsbach 1981; Giovanni Franchi: La filosofia sociale di Othmar Spann. Tra Methodenstreit e Ständestaat. Rom 2002; Karl Dunkmann: Der Kampf um Othmar Spann. Leipzig 1928; Georg Wrangel: Das universalistische System von Othmar Spann. Jena 1929; Hanns Pichler (Hrsg.): Othmar Spann oder Die Welt als Ganzes. Wien 1988; Othmar Spann: Gesamtausgabe. 8 Bde. Graz 1975.

57 Mit wichtigen biografischen Hinweisen und Analysen zu Geschichte der SdP-Parlamentarier – auch nach 1945 siehe Mikuláš Zvánovec: Karrieren von Parlamentariern der Sudetendeutschen Partei. Eine gruppenbiografische Untersuchung, in: *Bohemia* 2 (2017), S. 324–429.

58 Jörg K. Hoensch: Der Kameradschaftsbund, Konrad Henlein und die Anfänge der Sudetendeutschen Heimatfront, in: Eduard Mühle (Hrsg.): Mentalitäten – Nationen – Spannungsfelder. Studien zu Mittel- und Osteuropa im 19. und 20. Jahrhundert. Beiträge eines Kolloquiums zum 65. Geburtstag von Hans Lemberg. Marburg 2001, S. 10–135; Věra Olivová: Kameradschaftsbund, in: *Z českých dějin. Sborník prací in memoriam Prof. Dr. Václava Husy*. Prag 1966, S. 237–268; John Haag: „Knights of the Spirit“. The Kameradschaftsbund, in: *Journal of Contemporary History* 3 (1978), S. 133–154.

59 Zu Becher vgl. seine autobiografischen Erinnerungen: Becher, Zeitzeuge. Biografische Hinweise auch bei Amos, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz. Eine Biografie des Verfassers zu Walter Becher ist in Vorbereitung.

60 Gebel, „Heim ins Reich!“, S. 32.

61 Grundlegend Ronald M. Smelser: Das Sudetenproblem und das Dritte Reich. 1933–1938. Von der Volkstumspolitik zur nationalsozialistischen Außenpolitik. München/Wien 1980; Wilhelm Jesser: „Bereitschaft“, „Kameradschaft“ und „Aufbruch“ in den Sudetenländern, in: Peter Nasarski (Hrsg.): Deutsche Jugendbewegung in Europa. Versuch einer Bilanz. Köln 1967, S. 359–372.

detendutschen Mitglieder der völkisch-antisemitischen, österreichischen Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei (DNSAP)⁶² sammelten sich im „Aufbruch“, benannt nach einer gleichnamigen Zeitschrift.⁶³

Kern der Auseinandersetzungen zwischen den beiden sudetendeutschen Fraktionen Kameradschaftsbund und Aufbruch war das Verhältnis zur Tschechoslowakischen Republik – und damit auch ihr Verhältnis zum Deutschen Reich: Autonomie (im tschechoslowakischen Staat) oder Anschluss (an Hitler-Deutschland)? Der Aufbruch gehörte nach Ronald M. Smelers Schema eindeutig zum Lager der ‚Radikalen‘, die den Zusammenschluss mit dem nationalsozialistischen Deutschland suchten. Der Kameradschaftsbund hingegen verfolgte zunächst auch durch die vom ihm vertretene „sudetendeutsche Stammesideologie“ einen eher autonomistischen Kurs und wird dem Lager der „Traditionalisten“ zugeordnet und mit Smelser als „konservativ-revolutionär“ charakterisiert.⁶⁴

Trotz dieser Unterschiede wäre es verfehlt, hier zwei diametral entgegengesetzte Lager zu vermuten. Eher kann Ferdinand Seibt gefolgt werden, der in der Auseinandersetzung zwischen beiden Gruppen, die der Aufbruch schließlich später für sich entschied, von einem „Bruderzwist, durchaus im großdeutschen Hause und bei grundsätzlicher Verehrung Hitlers“ sprach. Auch die Pläne der Spann-Anhänger des KB beschrieb Seibt – trotz aller Unterschiede zwischen Spanns Lehre und der Ideologie des Nationalsozialismus – als „antiparlamentarisch, undemokratisch, diktatorisch und rassistisch“.⁶⁵

1939 eskalierte der Streit zwischen den beiden Lagern, Angehörige des Aufbruchs hatten dabei maßgeblich mitgewirkt: Ungefähr 50 Angehörige des Kameradschaftsbundes wurden im Rahmen einer politischen Säuberungsaktion nach dem Anschluss des Sudetenlandes unter dem Verdacht auf Verstoß gegen den Homosexuellen-Paragraf 175 des Strafgesetzbuches verhaftet und teilweise mit langen Gefängnisstrafen belegt – unter ihnen Walter Becher und Walter Brand.⁶⁶

Dass nun die beiden letztgenannten nach 1945 mit ehemaligen Vertretern des Aufbruch-Kreises, wie Friedrich Brehm (1989–1979), eng zusammenarbeiteten, verwundert zu Recht. Denn Brehm hatte seit 1923 der DNSAP angehört, arbeitete für den SD im Sudetenland (und nach 1938 im SD-Hauptamt), 1940 beim Reichskommissariat für die Festigung des deutschen Volkstums in Kattowitz (Katowice), war SS-Ober-

62 Zur DNSAP vgl. Johann Wolfgang Brügel: Ein unbekanntes Memorandum der sudetendeutschen „Deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei“ (DNSAP). Dokumentation, in: Zeitschrift für Ostforschung 26 (1977), S. 443–452; Ronald Smelser: Hitler and the DNSAP, in: Bohemia 20 (1979), S. 137–155.

63 Andreas Luh: Der Deutsche Turnverband in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Vom völkischen Vereinsbetrieb zur volkspolitischen Bewegung. München 1988, S. 356.

64 Smelser, Das Sudetenproblem und das Dritte Reich, S. 18; siehe auch Zvánovec, Karrieren von Parmamentarien, S. 339f.

65 Ferdinand Seibt: Unterwegs nach München. Zur Formierung nationalsozialistischer Perspektiven unter den Deutschen in der Tschechoslowakei 1930–1938, in: Wolfgang Benz/Hans Buchheim/Hans Mommsen (Hrsg.): Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Frankfurt a. M. 1993, S. 133–152, hier S. 140 und S. 150.

66 Weichselbäumer, Walter Brand (1907–1980).

sturmabführer und attackierte nach seinem Austritt aus der Sudetendeutschen Heimatfront im Jahr 1936 Henlein und den KB vom Aufbruch-Kreis aus.⁶⁷

Brehm unterzeichnete die Eichstätter Erklärung 1949 ebenso wie Walter Zawadil (1909–1960) – er gehörte jedoch zur Bereitschaft. Der in Olmütz geborene Zawadil studierte nach seiner Zeit beim Wandervogel (Böhmische Freischar) von 1928 bis 1934 an der Deutschen Universität in Prag Germanistik, Slawistik und Volkskunde. Er war Mitglied der SHF, der SdP und der NSDAP. Nach seinem Wehrdienst in der Tschechoslowakei arbeitete er von 1936 bis 1939 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Preußischen Staatsarchiv in Berlin und nahm von 1940 bis 1945 am Zweiten Weltkrieg teil. Danach war er als Lehrer tätig und 1948/49 stellvertretender Landrat in Bayreuth. Als Mitglied der FDP (bis November 1952, im Dezember desselben Jahres Übertritt zur DP/DPB-Fraktion) gehörte Zawadil von 1948 bis 1953 dem ersten Deutschen Bundestag an – dort u. a. dem Ausschuss für Wiederaufbau und Wohnungswesen, dem Ausschuss für Kriegsoffer- und Kriegsgefangenenfragen und dem Ausschuss für Heimatvertriebene.⁶⁸

Walter Brand, Friedrich Brehm, Walter Zawadil: Diese drei Unterzeichner des Wiesbadener Abkommens vom 4. August 1950⁶⁹ – eine Erklärung zwischen der Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen und dem Tschechischen Nationalausschuss – bildeten die Führungsriege des am 1. Oktober 1950 gegründeten Witikobundes, der ganz rechte Rand der sogenannten Gesinnungsgemeinschaften der Sudetendeutschen nach 1945.⁷⁰ Sie standen stellvertretend für die drei rechten ideologischen Lager der Sudetendeutschen vor 1945: Kameradschaft, Aufbruch und Bereitschaft, die nun trotz mancher Feindschaften und persönlicher Animositäten mehr oder weniger an einem Strang zogen.

Aber auch Vertreter des sozialdemokratischen Lagers der Sudetendeutschen gehörten zu den Unterzeichnern der Eichstätter Erklärung. Dazu zählte neben Richard Reitzner der in der europäischen Politik bekannte ehemalige deutschböhmische Exil-Sozialdemokrat Wenzel Jaksch⁷¹ (1896–1966). Dieser hatte sich als Flüchtlingspolitiker

67 Vgl. dazu die subjektive Sicht von Friedrich Brehm und Hermann Marcus: BArch, OSTDOK 20/100, Der Aufbruch-Kreis. Verfasser: Ing. Friedrich Brehm und Dr. Hermann Marcus. Manuskript abgeschlossen im Dezember 1963.

68 Biographische Sammlung des Collegium Carolinum; Zawadil, Walter, in: Munzinger Online/Personen – Internationales Biographisches Archiv. <http://www.munzinger.de/document/0000000474> (11.01.2021). Vgl. dazu den Beitrag von Wolfgang Fischer im vorliegenden Band.

69 Tobias Weger: „Volkstumskampf“ ohne Ende? Sudetendeutsche Organisationen, 1945–1955. Frankfurt a. M. 2008.

70 Weger, „Volkstumskampf“ ohne Ende?; Andreas Kossert: Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945. München 2008; Thomas Grumke/Bernd Wagner (Hrsg.): Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft. Opladen 2002, S. 439–442.

71 Zu Jaksch vgl. u. a. Schwartz: Funktionäre mit Vergangenheit, S. 117–119; Matthias Müller: Die SPD und die Vertriebenenverbände 1949–1977. Eintracht, Entfremdung, Zwietracht. Berlin/Münster 2012; Martin K. Bachstein: Wenzel Jaksch und die sudetendeutsche Sozialdemokratie. München u. a. 1974; Martin Bachstein: Jaksch, Wenzel, in: Neue Deutsche Biographie 10 (1974), S. 326f. Online unter: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd118556827.html#ndbcontent> (16.02.2021).

nach 1945 in Hessen schnell einen Namen gemacht, gehörte ab 1953 dem Deutschen Bundestag an und war von 1958–1964 Vize- und von 1964 bis zu seinem Tod Präsident des Bundes der Vertriebenen. Reitzner, 1893 in Marienbad (Mariánské Lázně) geboren, nahm am Ersten Weltkrieg teil. Anschließend schloss er sich der Arbeiterbewegung in der Ersten Tschechoslowakischen Republik an und wurde Mitglied der DSAP. 1946 siedelte er aus dem britischen Exil, das er 1938 angetreten hatte, in die Nähe von München über. Nun als Mitglied der SPD wurde er 1947/48 stellvertretender Staatssekretär für das Flüchtlingswesen in Bayern und war von 1949 bis zu seinem Tod 1962 (in Haar bei München) Abgeordneter des Deutschen Bundestages.⁷²

Pater Paulus Sladek, der schon erwähnte Haupt-Initiator der Eichstätter Erklärung, zählte selbst zur christlich-sozialen Gruppierung unter den Sudetendeutschen. Deren wichtigster Protagonist in der langen Nachkriegszeit war Hans Schütz. Der 1901 in Nordböhmen geborene Sohn eines Metallarbeiters und gelernte Tischler Schütz hatte schon in jungen Jahren in der Tschechoslowakei der 1920er und 1930er Jahre eine politische Karriere gemacht: Er war hochrangiger Gewerkschaftsfunktionär und von 1924 an Mitglied des Reichsparteivorstandes der Deutschen Christlich-Sozialen Volkspartei (DCV), dazu von 1935–1938 Abgeordneter der Prager Nationalversammlung. Zusammen mit Wenzel Jaksch und Gustav Hacker begründete er den so genannten Jung-Aktivismus und bekannte sich so zur politischen Zusammenarbeit der deutschen Minderheit im tschechoslowakischen Staat. Nach dem Anschluss des Sudetenlandes 1938 stimmte der bis dahin explizit katholische Demokrat für die Auflösung der DCV, trat der Sudetendeutschen Partei bei und war schließlich auch Mitglied der NSDAP. Nach seinem Rückzug aus der aktiven Politik 1939 arbeitete er zunächst in Teplitz-Schönau bei der Landesversicherungsanstalt und diente von 1941 bis 1945 im Zweiten Weltkrieg. Nachdem er im Herbst 1945 aus amerikanischer Gefangenschaft entlassen worden war, nahm seine zweite politische Karriere, nun in West-Deutschland bzw. in der Bundesrepublik Deutschland, schnell an Fahrt auf. Hans Schütz wirkte sowohl als sudetendeutscher Vertriebenenfunktionär (u. a. von 1950 bis 1970 als Mitglied des Bundesvorstandes der Sudetendeutschen Landsmannschaft) als auch ab 1946 als CSU-Politiker maßgeblich an vielen sozialpolitischen Entscheidungsprozessen mit. 1962 wurde er als Nachfolger des ehemaligen sudetendeutschen HJ-Führers Walter Stain (1916–2001) Staatssekretär und 1964 bis 1966 Staatsminister im Bayerischen Arbeits- und Sozialministerium.⁷³ Auch Schütz unterzeichnete die Eichstätter Erklärung, schon als Mitglied des Deutschen Bundestages.

Doch auch Nicht-Politiker bekannten sich per Unterschrift zur Eichstätter Erklärung. Als Beispiele seien Rudolf Schreiber (1907–1954) und Eugen Lemberg (1903–1976) angeführt. Der Historiker Schreiber studierte an der Deutschen Universität Prag und in Marburg, wurde 1931 zum Dr. phil. promoviert und habilitierte sich 1937. 1938

72 Ferdinand Seibt/Hans Lemberg/Helmut Slapnicka (Hrsg.): Biographisches Lexikon zur Geschichte der böhmischen Länder. Bd. 3. München 2000, S. 422–423; Pohl, Zwischen Integration und Isolation, S. 542f.

73 Seibt u. a. (Hrsg.), Biographisches Lexikon zur Geschichte der böhmischen Länder, S. 780; Pohl, Zwischen Integration und Isolation, S. 549–550.

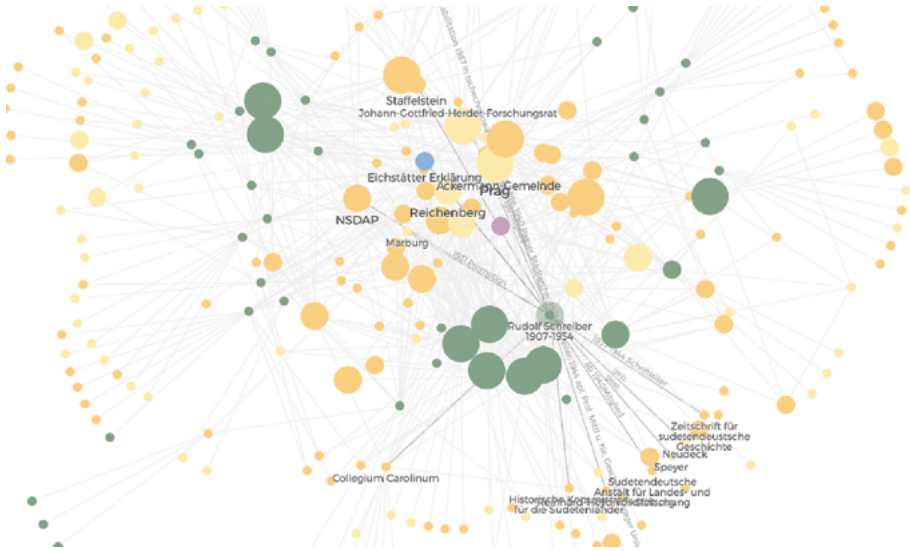


Abb. 1 Ego-Netzwerk Rudolf Schreiber⁷⁴

trat er in die Sudetendeutsche Partei ein und war seit 1939 Mitglied der NSDAP. Er war an der Prager Universität als Dozent tätig und von 1940 bis 1945 als Archivar des Prager Stadtarchivs, ab 1941 als dessen Leiter. 1944 wurde er zum außerplanmäßigen Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Deutschen Universität Prag berufen und war Mitglied zahlreicher Gelehrtenvereinigungen, u. a. ab 1940 in der Kommission für Geschichte an der Sudetendeutschen Anstalt für Landes- und Volksforschung in Reichenberg. Nach Kriegsdienst und Gefangenschaft wurde Schreiber 1950 Direktor des Staatsarchivs in Speyer. Er war Gründungsmitglied des Johann Gottfried Herder-Forschungsrates. Er arbeitete auch im Adalbert-Stifter-Verein und der Ackermann-Gemeinde mit und gehörte der Historischen Kommission der Sudetenländer an.⁷⁵

⁷⁴ Diagramm beruhend auf der biografischen Sammlung des Autors. Die Farbe der Knoten ist abhängig vom Typ (grün=Person, ocker=Ort, orange=Institution, blau=Dokument), die Größe der Knoten von der Zahl der recherchierten Verbindungen. Die Zentralität der Knoten spiegelt deren Coreness-Wert (hier ausgewiesen als größte Übereinstimmung eines Akteurs mit den Merkmalen anderer Akteure).

⁷⁵ Seibt u. a. (Hrsg.), *Biographisches Lexikon zur Geschichte der böhmischen Länder*, S. 757–758; *Biogramme der Mitglieder der Historischen Kommission der Sudetenländer im Gründungsjahr 1954*. Bearb. v. K. Erik Franzen, Helena Peřinová, in: Stefan Albrecht/Jiří Malý/Ralph Melville (Hrsg.): *Die „sudetendeutsche Geschichtsschreibung“ 1918–1960. Zur Vorgeschichte und Gründung der Historischen Kommission der Sudetenländer*. München 2008, S. 219–276, hier S. 262f.

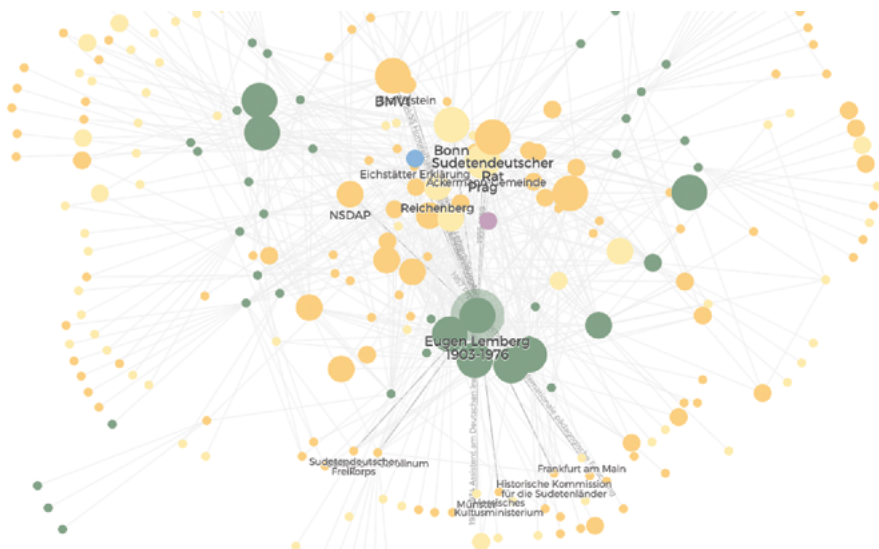


Abb. 2 Ego-Netzwerk Eugen Lemberg⁷⁶

Auch der Soziologe Eugen Lemberg gehörte dem katholischen Akademikerbund Staffelstein an, dem er sich während seiner Prager Studienzeit angeschlossen hatte. Nach seiner Promotion 1927 und dem Militärdienst war er von 1930 bis 1934 als Wissenschaftler am Deutschen Institut für Auslandskunde in Münster tätig. Der Rückkehr in die Tschechoslowakische Republik schlossen sich mehrere Jahre Arbeit als Lehrer in Prag an, wo er 1937 in Soziologie habilitierte. 1938 folgte die Beförderung zum Direktor der Lehrerbildungsanstalt in Reichenberg, daneben war Lemberg Dozent an der Prager Universität. 1938 wurde er Mitglied in der NSDAP, dann aber 1941 in einem Parteigerichtsverfahren ausgeschlossen. Zudem war er Mitglied im NS-Deutschen Dozentenbund und im NS-Kraftfahrkorps. Nach Kriegsdienst und amerikanischer Kriegsgefangenschaft gehörte Lemberg nach 1945 zu den engagiertesten Netzwerkern der Herkunftsgruppe der Sudetendeutschen, als Gründungsmitglied der Historischen Kommission für die Sudetenländer, des Collegium Carolinum und des Johann Gottfried Herder-Forschungsrates. In den 1950er Jahren arbeitete er in der Lehrerfortbildung in Hessen und wurde 1957 Professor an der Hochschule für internationale pädagogische Forschung in Frankfurt a. M. und war einer der Herausgeber des 1959 erschienenen, vom BMVt in Auftrag gegebenen dreibändigen Werkes *Die Vertriebenen in Westdeutschland*.⁷⁷

⁷⁶ Siehe Fußnote 75.

⁷⁷ Ferdinand Seibt (Hrsg.): Eugen Lemberg 1903–1976. München 1986; Pohl, Zwischen Integration und Isolation, S. 526f.; Karin Pohl: Die Soziologen Eugen Lemberg und Emerich K. Francis. Wissenschaftliche Überlegungen zu den Biographien zweier „Staffelsteiner“ im „Volkstumskampf“

Diese kurz gefassten, gruppenbiografisch orientierten Skizzen des frühen sudetendeutschen politischen Milieus vor und nach 1945 im Zusammenhang der Eichstätter Erklärung vom November 1949 veranschaulichen ein zentrales Charakteristikum sudetendeutscher Netzbildung in der Bundesrepublik Deutschland: Trotz unterschiedlicher politischer Ausrichtung, ja trotz zum Teil gegenseitiger Konkurrenz, Bekämpfung und Verfolgung in den 1930er und 1940er Jahren, finden sich ausgewählte Protagonisten eines immer politisch zu verstehenden „Sudetendeutschtums“ in sich schnell manifestierenden Netzwerken nach dem Zweiten Weltkrieg zusammen. Sie teilten dabei das aus ihrer Sicht unhintergehbare, konkrete Ziel: Wiedergutmachung der erlittenen Verluste und Entschädigung der „sudetendeutschen Volksgruppe“, hier genauer „Rückgabe der Heimat“⁷⁸.

Für Walter Becher, KBler und Witikone, war das wie ein Wunder. In seinen Memoiren schreibt er dazu:

„Von Jaksch, dem letzten Vorsitzenden der Sozialdemokraten, bis Walter Brand (dem Mitstreiter Henleins) und Fritz Brehm (dem Angehörigen der alten DNSAP sudetendeutscher Prägung) zeichnete sich ein breit gefächertes Spektrum ab, dessen Harmonie wie ein Wunder wirkte. Ich habe weder vorher noch nachher eine Tagung erlebt, die alle Teilnehmer gleichermaßen von innen her ergriff. Das Bewusstsein, sich durchgerungen zu haben, ließ eine entsprechende Ausstrahlung erwarten.“⁷⁹

Massive Konflikte wegen politischer Heterogenität, wie sie Matthias Stickler zurecht für die Verfassergruppe der kurz danach formulierten Charta der Heimatvertriebenen konstatierte, waren hier zumindest nach außen hin nicht existent.⁸⁰ Und die Mitgliedschaft in der NSDAP respektive die Nähe zum nationalsozialistischen Regime war für die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure kein Hinderungsgrund.

Zu den drei anwesenden Tagungsteilnehmern in Eichstätt, welche die abschließende Deklaration nicht unterschrieben (die Motive dafür sind nicht hinlänglich belegt), gehörte neben dem sudetendeutschen Politiker Gustav Hacker (Bund der Landwirte, NSDAP, GB/BHE; 1900–1979) und dem österreichisch-amerikanischen Autor Robert Ingrim (1895–1964) auch ein Wissenschaftler, der kurze Zeit später als Politiker von sich reden machte: Theodor Oberländer, der zu diesem Zeitpunkt am Aufbau der Beziehungen vor allem der ehemaligen Prager deutschen Professoren arbeitete, machte in seinem Redebeitrag u. a. deutlich, dass er die „Displaced Persons“ als Konkurrenten der Vertriebenen im Kampf um die Opfererinnerung betrachtete.⁸¹

und im Nachkriegsdeutschland, in: *Bohemia* 1 (2004), S. 24–76. Vgl. dazu auch die Studie von Jan Ruhkopf: *Institutionalisierte Unschärfe. Ordnungskonzepte und Politisches Verwalten im Bundesvertriebenenministerium 1949–1961*. Göttingen 2023, in der dem dreibändigen Werk „Die Vertriebenen in Westdeutschland“ ein eigenes Kapitel gewidmet ist.

78 Eichstätter Advents-Deklaration, S. 14.

79 Becher, *Zeitzeuge*, S. 183.

80 Matthias Stickler: „Ostdeutsch heißt gesamtdeutsch“. *Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972*. Düsseldorf 2004.

81 Vgl. die Aufzeichnungen Walter Bechers vom Eichstätter Treffen. SdA, NL Walter Becher 150, Protokoll über Eichstätter Tagung, 26.11.1949.

Wichtig festzuhalten bleibt, dass auch die Eichstätter Erklärung – wie später zahlreiche Selbstverständigungsdokumente der Sudetendeutschen Landsmannschaft respektive des Sudetendeutschen Rates – in einer Zeit besonderer Schwierigkeiten im Einlebensprozess zwischen Einheimischen und Neuhinzugekommenen eine ausgesprochen starke Dominanz außenpolitischer Anliegen sichtbar machte. Von Integration war nicht die Rede. Sondern von Rückkehr.

Bereits am 14. Dezember 1949 übergaben die Mitglieder des Bundestages Hans Schütz (als Vertreter des katholischen Spektrums der Sudetendeutschen, CSU), Richard Reitzner (als Vertreter der Sozialdemokratie, SPD; 1893–1962) und Walter Zawadil (als völkischer Sudetendeutscher, FDP) Bundeskanzler Konrad Adenauer eine Kopie der Eichstätter Erklärung, die Adenauer zusammenfassend kommentierte: „Ich beglückwünsche Sie zu diesen Formulierungen, die ich für richtig und sehr gut halte.“⁸²

Nicht eingeladen nach Eichstätt hatte Pater Paulus Sladek den Wortführer der sich formierenden sudetendeutschen Einheitsbewegung Rudolf Lodgman von Auen (1877–1962) – nicht wegen nicht auszugleichender ideologischer Vorbehalte, sondern wegen der despotischen, autoritären Neigung des alt-österreichisch geprägten Politikers, der auch einer anderen Generation angehörte. Nachträglich die Erklärung unterzeichnen wollte Lodgman nicht, denn er misstraute nahezu jedweder Initiative neben der noch jungen, zu diesem Zeitpunkt bloß regional organisierten Sudetendeutschen Landsmannschaft.

Lodgman gelangte im Zuge der Vertreibung 1945 zunächst nach Sachsen und von dort 1947 nach Bayern. Er machte schnell als Vertriebenenfunktionär Karriere: 1947 bis 1959 war er Mitglied der Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen bzw. des Sudetendeutschen Rats, zwischen 1949 und 1954 Landesobmann der SL Bayern und schließlich von 1950 bis 1959 Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Außerdem agierte er 1951/52 als Vizepräsident des Bundes der vertriebenen Deutschen (BvD), zwischen 1952 und 1954 als Vorsitzender des Verbandes der Landsmannschaften (VdL) sowie 1958/59 als Mitglied des Präsidiums des neu geschaffenen Bundes der Vertriebenen (BdV).

Michael Schwartz kennzeichnet den 1877 in Königgrätz (Hradec Králové) geborenen und 1962 in München verstorbenen Lodgman als Deutschnationalen, der als Mitglied der deutschösterreichischen Friedensdelegation in St. Germain den Anschluss der sudetendeutschen Gebiete an die neu entstandene Tschechoslowakei konsequent ablehnte und stattdessen deren Angliederung an Deutschland forderte. Lodgmans spätere Haltung zum Nationalsozialismus war trotz seiner Differenzen zur sudetendeutschen Volkstumspolitik eines Konrad Henlein keineswegs durch eine Distanz zur NS-Ideologie geprägt – im Gegenteil:

„Lodgman war weder vor noch nach 1938/39 ein grundsätzlicher Gegner des Nationalsozialismus, er war vielmehr der typische Fall eines großdeutsch orientierten

82 Ernst Nittner (Hrsg.): Dokumente zur Sudetendeutschen Frage 1916–1967. München 1967, S. 350.

Deutschnationalen, der sich in vielem – wenngleich nicht in allem – als legitimer Vorläufer des Nationalsozialismus begriff.“⁸³

Lodgman war folglich ein NS-Sympathisant mit durchaus prinzipieller Zustimmung zum NS-Regime. Seine ‚fehlende‘ Mitgliedschaft in der NSDAP reichte nach 1945 aus, ihn als weitgehend unbelastet darzustellen.

An dieser Stelle ist Lodgmans klare Fixierung der von ihm verantworteten sudetendeutschen Verbandspolitik auf außenpolitische Probleme festzuhalten. In der Sprache der SL war damit ‚Heimatpolitik‘ im Fokus: Nicht der Integrationsprozess zwischen Einheimischen und Neubürgern stand demnach im Mittelpunkt der Interessen der SL, sondern das, was als ‚Heimatpolitik‘ – in der Variante als Kampf um die Rückkehr in die Heimat – verstanden wurde. So lieferte Lodgman in einem Referat für die Sitzung des Hauptvorstandes der SL im Oktober 1953 einen sehr aufschlussreichen Bericht über das „sudetendeutsche Problem“, das nicht im Einlebensprozess in der neuen Heimat lag. Es ging um Interessenspolitik. Man müsse die Bundesregierung dazu bringen, so Lodgman 1953, zumindest eine juristische Unterstützung der Gültigkeit des Münchner Abkommens von 1938 zu akzeptieren, ohne dabei die Politik der Bundesregierung zu kompromittieren und ihr den Spielraum zu nehmen: „Politik ist nicht eine Angelegenheit von Erklärungen, Reden und Artikeln [...], sondern eine Angelegenheit des Aufbaus von persönlichen Beziehungen Einflussmöglichkeiten und Machtpositionen.“⁸⁴ Ganz klar formulierte Lodgman von Auen die zukünftigen Aufgaben:

„Praktisch hat damit die sudetendeutsche Außenarbeit folgende Arbeitsziele: 1.) Die Gewinnung der jeweiligen deutschen Regierung und der öffentlichen Meinung für unsere Forderungen, die auf dem Selbstbestimmungsrecht und der Rechtsbasis von München gründen. 2.) Die Gewinnung des stärksten Faktors im Westen, der USA [...]. 3.) Eingang zu finden in den übrigen politischen Zentren des Westens.“⁸⁵

Diese starke Fokussierung auf Außenpolitik hatte aber noch einen weiteren, einfachen Hintergrund. Bereits in dieser Findungsphase der SL bis Mitte der 1950er Jahre war mit der erfolgreichen Verabschiedung des Lastenausgleichsgesetzes ihr innen- bzw. sozialpolitisches Politikfeld auf ein Nebengleis gesetzt worden. Hier galt es fortan bloß, Justierungen zugunsten der Vertriebenen voranzutreiben.⁸⁶

83 Schwartz, Funktionäre mit Vergangenheit, S. 321. Zu Lodgman vgl. auch Marco Zimmermann: Rudolf Lodgman von Auen. Ein Volkstumspolitiker zwischen Wien, Prag und München, in: Berichte und Forschungen. Jahrbuch des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 16 (2008), S. 269–276.

84 SdA, NL Lodgman von Auen 1948–1954 IV/4, Grundlagen und Ziele sudetendeutscher Außenpolitik. Referat Lodgman von Auens (Kopie) [1953].

85 Ebd.

86 Hinsichtlich der Vertriebenensozialpolitik heißt es bei Kittel, Stiefinder des Lastenausgleichs?, S. 638: „Zumindest theoretisch aus der Rückschau betrachtet wäre es wohl besser gewesen, wenn sich die Vertriebenenverbände seit Mitte der 1950er Jahre weniger stark auf die ostpolitischen Themen und auf einen fast 20-jährigen Abwehrkampf gegen die Aufgabe der Rechtspositionen in Sachen Oder/Neiße-Linie und Münchner Abkommen konzentriert, sondern ihre Kräfte mehr auf soziale Verbesserungen ausgerichtet hätten.“

2.2. Bundesminister Seebohm

Hans-Christoph Seebohm (1903–1967) war einerseits bekannt als „größter Straßenbauer der deutschen Geschichte“⁸⁷. Peter Winter widmet dem Bundesverkehrsminister von 1949 bis 1966 in seiner unveröffentlichten, sehr umfassenden Gruppenbiografie sudetendeutscher Politiker in der Nachkriegszeit einen der längsten Einträge.⁸⁸ Er zeichnet darin das Portrait eines allseits anerkannten Fachministers, in dessen Amtszeit zentrale Projekte des Wiederaufbaus respektive des Ausbaus der bundesdeutschen Verkehrsinfrastruktur zu Lande, zu Wasser und in der Luft fielen. Andererseits erarbeitete sich Seebohm den zweifelhaften Ruf eines radikalen ‚Sonntagsredners‘ in seiner Funktion als einer der wichtigsten Vertreter der Sudetendeutschen Landsmannschaft der 1950er und 1960er Jahre. Das zeigt u. a. die scharfe Kritik des Bundeskanzlers Ludwig Erhard an Äußerungen Seebohms beim Sudetendeutschen Tag 1964. Als Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft und Nachfolger Lodgman von Auens hatte Seebohm vor dem Hintergrund einer sich dynamisierenden Ostpolitik der Bundesregierung bei der Hauptkundgebung des Sudetendeutschen Tages die Forderung aufgestellt:

„Gerechtigkeit bedeutet die Wiedergutmachung des Unrechtes, das durch die Heimatvertreibung geschaffen wurde. Es bedeutet konkret die Rückgabe der geraubten sudetendeutschen Heimatgebiete an das sudetendeutsche Heimatvolk. Das ist die Grundvoraussetzung für einen echten Ausgleich.“⁸⁹

Seebohm ein Sudetendeutscher? Selbst innerhalb der Landsmannschaft musste sich der Bundesminister gelegentlich Vorwürfen ob seiner Herkunft stellen. Der in Emanuelssegen (Murcki) in Oberschlesien geborene Politiker machte sein Abitur in Dresden, studierte von 1921 bis 1928 Bergbau- und Ingenieurwissenschaften in Freiburg im Breisgau, München und Berlin. Danach arbeitete er als Bergreferendar bzw. Bergassessor im preußischen Handelsministerium. 1933 wurde er zum Dr. ing. an der TH Berlin-Charlottenburg promoviert und war dann zwischen 1933 und 1938 stellvertretender Betriebsleiter einer Schachanlage in Oberschlesien. Danach war Seebohm Betriebsdirektor im Harz und seit 1939 Vorstands- bzw. Aufsichtsratsmitglied verschiedener Unternehmen. Gegen Kriegsende ließ er sich im Raum Braunschweig nieder. Sucht man nach sudetendeutschen Wurzeln, findet man bei seinem in Düsseldorf geborenen Vater, Kurt Seebohm (1870–1946), Spuren: Der Montanindustrielle bekleidete den Posten eines Leiters bzw. (General-)Direktors der Britannia-Kohlenwerke – an denen er Anteile hielt – mit Niederlassungen im Egerland, und wurde nach Kriegsende aus der Tschechoslowakischen Republik vertrieben.

87 Peter Winter: Die sudetendeutschen Politiker der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich und der DDR 1949 bis heute. Unveröff. Manuskript. München 1994, S. 259.

88 Ebd., S. 243–259.

89 BayHStA, SdA, Seebohm Sprecherregistratur BIX/48, Rede von Hans-Christoph Seebohm auf der Hauptkundgebung des Sudetendeutschen Tages, 17.05.1964.

diese Chance.⁹¹ Schon im Mai desselben Jahres übernahm der Verkehrsminister die Schirmherrschaft über den Sudetendeutschen Tag in Kempten und trat dort auch als Redner auf. Offiziell wahrte er Distanz zum Witikobund, in dem er aus unbekannten Gründen nie Mitglied wurde. Auch in der Landsmannschaft gleicht Seebohms Fortkommen einer katapultartigen Bewegung: schon früh, bis 1954 arbeitete er als stellvertretender Vorsitzender und von 1954 bis 1959 als Präsident der Bundesversammlung. 1959 übernahm er nach dem Rücktritt Lodgmans das Amt des Sprechers der SL.

Seebohm gilt auch als Gründer des Sudeten-Clubs in Bonn im Oktober 1950. Nachdem sich der Verkehrsminister schon zuvor mit sudetendeutschen Bundestagsabgeordneten und Vertretern der Bundesbehörden sowie mit Vertriebenenpolitikern in der Bundeshauptstadt getroffen hatte, um zu eruieren, wie man dort sudetendeutsche Anliegen zur Sprache bringen könnte, gründete er zusammen mit fünf weiteren Bonner Abgeordneten, 20 Beamten und Angestellten von Bundesministerien und 13 Wirtschaftsprotagonisten den Club, der von einer Gründung als Verein explizit abgesehen hatte. Anwesend waren als Gäste auch der Sudetendeutsche Dr. Roter und der Schlesier Walter Rinke (1895–1983).⁹² In einem Gründungsdokument vom 10. Oktober 1950 hieß es:

„Der Sudeten-Club Bonn macht es sich zur Aufgabe, unter den hier in verantwortlicher Stellung tätigen Sudetendeutschen einen dauernden persönlichen Kontakt herzustellen. Er will nach innen eine neutrale Plattform bilden, wo auf gesellschaftlicher Basis, frei von fraktionellen und dienstlichen Bindungen und Verpflichtungen in ungezwungenen Gesprächen bei geringstem Aufwand an Zeit und Mitteln die notwendige persönliche Fühlungnahme herbeigeführt werden kann.“⁹³

Es gab regelmäßige Club-Abende an jedem Donnerstag. Wenigstens an jedem ersten Donnerstag im Monat war vollzähliges Erscheinen erwünscht, und zwei Mal im Monat waren 20-minütige Referate mit anschließender Diskussion angesetzt.

Der Ablauf eines Treffens ist einem Schreiben zu entnehmen, das Seebohm, der sudetendeutsche Sozialdemokrat Ernst Paul von der Seliger-Gemeinde und der sudetendeutsche Beamte aus dem Bundesvertriebenenministerium Erich von Hoffmann, an Mitglieder und Gäste schickten. Eine dem Schreiben beigelegte Liste der Referate hauptsächlich für das Jahr 1953 verzeichnete neben einem Dia-Vortrag von Johanna von Herzogenberg (1921–2012) vom Adalbert-Stifter-Verein über „Prag, eine europäische Stadt“ einen Vortrag von Werner Middelmann (1909–1985), Ministerialdirigent im Bundesvertriebenenministerium,⁹⁴ der von einer Reise nach Australien berichtete. Oberregierungsrat Robert Polzer (1905–1988) aus dem BMVt sprach über das „Kraftfeld der sudetendeutschen Wirtschaft“, der sudetendeutsche Sozialdemokrat Rudolf Storch über „Neue Aspekte unserer aussenpolitischen Arbeit“, Wenzel Jaksch über den sudetendeutschen Aktivismus. Weiterhin als Redner tauchten u. a. der sudeten-

91 Rudolf Staffen: Zehn Jahre Bundesverband der SL, in: Sudetendeutsche Zeitung. 30.01.1960.

92 BayHStA, SdA, Sprecherregistratur Lodgman von Auen 920, Notiz von Hans Rückel, 18.10.1950.

93 Ebd.

94 Zu Werner Middelmann vgl. Ruhkopf, Institutionalisierte Unschärfe.

deutsche, rechtsextreme, von den Nationalsozialisten mehrfach ausgezeichnete Dichter Bruno Brehm auf („Last und Vorzüge altösterreichischer Tradition“), der ehemalige slowakische faschistische Minister Matuš Černak (1903–1955) („Die Slowaken und die Tschechoslowakei“) sowie Eugen Lemberg, der einen Ostmitteleuropa-Beitrag lieferte. So weit, so unterschiedlich die Referate, deren konkreter Inhalt bis dato nicht bekannt ist.

Mit dem Sudeten-Club stand nun ein Forum bereit, das regelmäßigen Gesprächen vor und nach den Referaten über aktuelle politische Positionen Raum bot. Eventuell war der Anglo-Sudeten-Club, den sudetendeutsche Sozialdemokraten 1948 im Londoner Exil nach englischem Muster gegründet hatten, ein Vorbild. Seebohm, seit 1950 führendes Mitglied der Sudetendeutschen Landsmannschaft, suchte und fand hier einen unkomplizierten, einfachen Zugang zu Verbündeten in sudetendeutschen Angelegenheiten insbesondere auf dem Bonner Parkett.

Bei den Bundestagswahlen im Herbst 1953 erreichte die CDU/CSU-Fraktion einen Erfolg mit mehr als 45 Prozent aller Stimmen. Schätzungen gingen davon aus, dass mehr als die Hälfte aller Voten der Vertriebenen im Unionslager zu finden waren. Als weiterer Wahlsieger durfte sich der Gesamtdeutsche Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) fühlen, der 5,9 Prozent der Stimmen erhielt. Weil Adenauer für die anstehenden großen außenpolitischen Entscheidungen im Bundestag eine solide Zweidrittelmehrheit benötigte, stieg die Vertriebenenpartei zum Koalitionspartner auf. Am Kabinetttisch saßen neben dem Funktionär der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Verkehrsminister Seebohm von der Deutschen Partei, auch die beiden GB/BHE-Politiker Theodor Oberländer (1905–1998)⁹⁵ als Vertriebenenminister und Waldemar Kraft (1898–1977) als Minister ohne besonderen Geschäftsbereich. Und trotzdem: Wie Pertti Ahonen belegt hat, blieb der Einfluss der Vertriebenenlobby in Bonn eher gering, da die etablierten Parteien ihre Unterstützung für die Neubürger als außenpolitische Gratwanderung betrachteten – besonders im Fall der Sudetendeutschen⁹⁶:

„Party leaders had no compunction about calling for a restoration of the Reich's 1937 borders – a cause which the Western Allies had endorsed, at least in theory – or declaring their support for the general principles of Heimatrecht and self-determination. But they refused to go beyond this standard repertoire.“⁹⁷

95 Mathias Beer: Theodor Oberländer, in: Udo Kempf/Hans-Georg Merz (Hrsg.): Kanzler und Minister. 1949–1998. Biografisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen. Opladen 2001, S. 515–521.

96 So führte beispielsweise allein die Ankündigung, dass bald ein „Sudetendeutscher Atlas“ erscheinen würde, zu einer Diskussion im Bundeskabinett, da man dort befürchtete, dass dieser Umstand im Ausland zu einer negativen Reaktion führen könnte. 14. Kabinettsitzung, 12.01.1954, Tagesordnungspunkt B, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung online. www.bundesarchiv.de (17.02.2021).

97 Pertti Ahonen: *After the Expulsion. West Germany and Eastern Europe 1945–1990*. Oxford 2003, S. 112.

Das Standardrepertoire war der Sudetendeutschen Landsmannschaft mittel- und langfristig zu wenig – Seebohm erkannte diese aus sudetendeutscher Sicht „heimatpolitische Sackgasse“, die im Zuge der sich dynamisch entwickelnden Ostpolitik der Bundesrepublik auch im Verhältnis zur Tschechoslowakei immer deutlicher wurde. Auf der Suche nach einer angemessenen Unterstützung ihrer Anliegen war es ausgerechnet der Bonner Minister, der sich letztendlich verstärkt in Bayern umsaß und die 1954 ausgesprochene Schirmherrschaft des Freistaates über die Sudetendeutschen in seiner Amtszeit als Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft von 1959 bis 1967 schließlich 1962 urkundlich verbriefte und damit aktualisierte.⁹⁸ Und nicht zu vergessen: Seebohms radikale Sonntagsreden, wie jene von 1964 vor der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Burgkunstadt, führten zu massiver Kritik seiner Kabinettskollegen.⁹⁹

In den Kabinettsprotokollen der Bundesregierung bleibt Seebohms Rolle in Bezug auf konkrete Politik für die Vertriebenen, auch bei der Sozialgesetzgebung, blass. Seebohm setzte sich gelegentlich für konkrete Anliegen der Sudetendeutschen ein, so für die Subventionierung von Heimatzeitungen.¹⁰⁰ Aber an außenpolitischen Debatten beteiligte er sich im Kabinett kaum, auch in Lastenausgleichsfragen zu Beginn der 1950er Jahre fehlte seine Wortmeldung fast gänzlich.¹⁰¹

Seebohms nach außen hin sichtbaren Einfluss auf vertriebenenpolitische Entscheidungen zu bewerten, ist demnach nicht einfach. Aber seine konkrete Einflussnahme als Funktionär der SL steht unter der oben genannten Rahmung bundesdeutscher Außenpolitik, die sich nicht durch deutliche Nähe zu Positionen der Sudetendeutschen Landsmannschaft auszeichnete – allen parteipolitischen positiven Bekundungen zu Beginn der 1960er Jahre mit Blick auf ein Heimatrecht der Sudetendeutschen zum Trotz.¹⁰²

Als deutlicher Misserfolg im Sinne sudetendeutscher Bemühungen in der Ära Seebohm, ihren Einfluss auf die Bundespolitik zu erhöhen, muss die gescheiterte ‚Kandidatur‘ von Hans Schütz auf den Posten des Bundesvertriebenenministers angesehen werden. Nach jahrelangen Diskussionen um die NS-Vergangenheit von Theodor Oberländer tauchte im Frühjahr 1960 der Name des CSU-Abgeordneten als dessen möglicher Nachfolger auf – allerdings in der Öffentlichkeit recht bald mit einer ablehnenden Haltung:

„Angesichts der außenpolitischen Lage wird es an maßgebender Stelle für nicht zweckmäßig gehalten, einen Sudetendeutschen zum Vertriebenenminister zu ernennen.“

98 Franzen, *Der vierte Stamm Bayerns*, S. 229–258.

99 139. Kabinettsitzung, 14.10.1964, Tagesordnungspunkt D, in: *Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung online*. Bd. 17. 1964. www.bundesarchiv.de (17.02.2021).

100 66. Kabinettsitzung, 06.05.1950, Tagesordnungspunkt P, in: *Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung online*. Bd. 2. 1950. www.bundesarchiv.de (17.02.2021).

101 Winter, *Die sudetendeutschen Politiker*, S. 249.

102 Vgl. Erklärung des Präsidiums der SPD und des Bundesvorstands der SL. 22.01.1961, in: *Dokumente zur Sudetenfrage*. Hrsg. v. Fritz Peter Habel. München 1984, S. 343f.; Erklärung der CSU und der SL vom 3. Juni 1961, in: ebd., S. 349; Erklärung der FDP vom 15.10.1964, in: ebd., S. 353; Erklärung der CDU vom 16.11. 1964, in: ebd., S. 355.

nen. Es wird befürchtet, daß dies im Ausland mißdeutet werden könnte, und zwar in dem Sinne, daß nun auch die Bundesregierung sich die von der Sudetendeutschen Landsmannschaft erst vor kurzem erhobene Forderung auf das sudetendeutsche Gebiet zu eigen mache.“¹⁰³

Der Artikel mit dem Titel „Vertriebene haben Bedenken gegen Schütz“ spielte zudem auf interne Widerstände an: Auch der Bund der Vertriebenen habe sich nach dem „Fall Oberländer“ deutlich gegen einen Sudetendeutschen ausgesprochen, da der neue Vertriebenenminister „in keiner Hinsicht Ansatzpunkte für ausländische Angriffe bieten dürfte“.¹⁰⁴ Da die Sudetendeutsche Landsmannschaft und der Sudetendeutsche Rat als oberste außenpolitische Gremien stets auf das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen auch nach der eingeforderten Rückkehr in ihre Heimat gepocht hatten, war die Befürchtung heftiger ausländischer Reaktion nicht übertrieben. Zudem war „München 1938“ schon zu diesem Zeitpunkt in vieler Munde und auch Hans Schütz hatte 1958 von „München“ als offener Frage geredet.¹⁰⁵ Die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtete, das von amerikanischer und britischer Seite Bedenken gegen die Betrauung eines Sudetendeutschen mit einem Ministeramt formuliert worden seien: „Beim Vertriebenenminister handle es sich nicht – wie im Falle Seehoß – um einen ‚technischen Fachminister‘, sondern um ein ausgesprochen politisches Führungsamt, auf das auch die Augen des Auslandes gerichtet seien.“ Und auch wenn Adenauer eine solche Abwertung von Sudetendeutschen nicht zulassen wollte, „scheint der Kanzler nach dem Fall Oberländer keine große Lust zu verspüren, in einen neuen Propagandastreit wegen eines Mitglieds seines Kabinetts zu geraten.“¹⁰⁶

Seehoß stellte sich schützend vor seinen Mitstreiter in der Landsmannschaft, schon aus Prinzip: „Man könne deutsche Staatsbürger wegen ihres Geburtslandes nicht von einem der höchsten Staatsämter ausschließen.“ Nach Wiedergabe in der Tageszeitung „Die Welt“ habe Seehoß zur Begründung angeführt: „Die Sudetendeutschen seien immer Deutsche im verantwortungsbewussten Sinne gewesen. Dies bewiesen die hohen Blutopfer zweier Weltkriege [...]“¹⁰⁷

Letztlich hatte der Bundesverkehrsminister mit seiner rechts-nationalen Rhetorik selbst den wohl entscheidenden Anteil an vielseitigen Vorbehalten gegen ‚die Sudetendeutschen‘. So war er im März 1960 mit einer Bemerkung aufgefallen, der 4. März 1919, als 54 demonstrierende Sudetendeutsche von tschechoslowakischem Militär erschossen worden waren, sei als „Beginn einer Kette von Ereignissen, die zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges geführt haben“, zu verstehen.¹⁰⁸ Und mit weiteren Reden kurz

103 Vertriebene haben Bedenken gegen Schütz. Sudetendeutscher will nicht Nachfolger von Oberländer werden, in: Die Welt, 07.05.1960.

104 Ebd.

105 Hans Schütz: Von St. Germain nach München. München 1938 – eine offene Frage, in: Dokumente zur Sudetendeutschen Frage, S. 406f.

106 Bedenken gegen den Sudetendeutschen Schütz. Adenauer verschiebt die Entscheidung über einen neuen Vertriebenenminister auf den Herbst, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02.07.1960.

107 Seehoß stellt sich vor Hans Schütz. Scharfe Erklärung des Ministers, in: Die Welt, 10.05.1960.

108 Zitiert nach Theodor Eschenburg: Des Ministers Betrachtungen. Zum Fall Oberländer kommt nun auch noch der Fall Seehoß, in: Die Zeit, 18.03.1960.

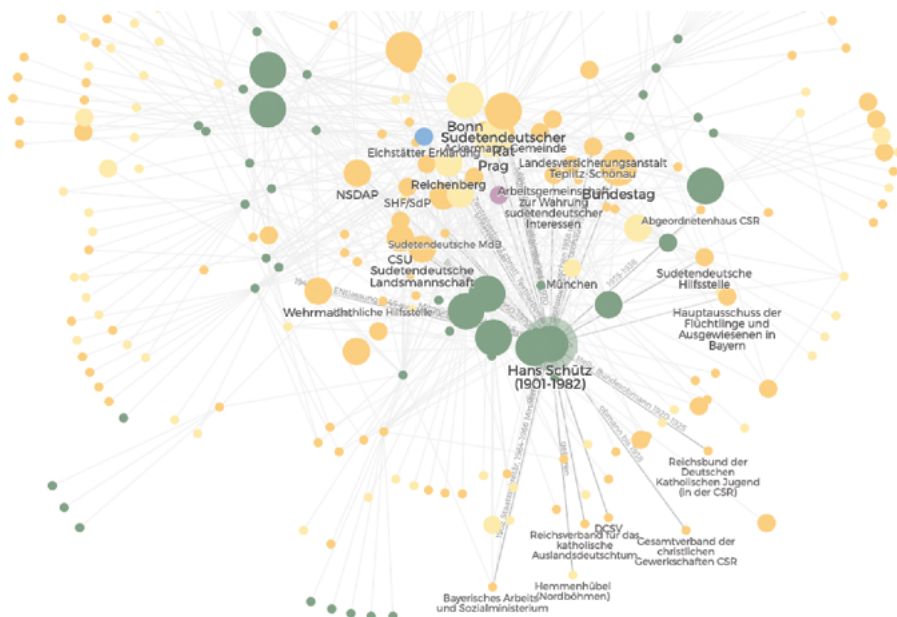


Abb. 4 Ego-Netzwerk Hans Schütz¹⁰⁹

danach erregte er durch seine Rückkehrforderungen den Zorn nicht nur kommunistischer Presseorgane, sondern auch den von Zeitungen westlicher Staaten.¹¹⁰ Die FDP forderte den Rücktritt Seehoßs wegen „teutonischer Kraftsprüche“.¹¹¹ Selbst wenn bei der Besetzung des Amtes auch das Konkurrenz-Verhältnis von CDU und CSU zu berücksichtigen war: Einen Gefallen hatte Seehoß der Bewerbung von Hans Schütz für das Amt des Bundesvertriebenenministers jedenfalls auch nicht mit zeitgleichen Diskussionen um ein Deutschland in den Grenzen von 1938 getan.¹¹² Zudem verpuffte ein Telegramm der 400-köpfigen Kreisgruppe Bonn der SL (einschließlich Vorstandsmitglied Robert Polzer vom BMVt) an Konrad Adenauer, indem sich die Kreisgruppe für Hans Schütz einsetze, zumindest was den Erfolg anging¹¹³: Adenauer vertagte zunächst die Entscheidung über die Oberländer-Nachfolge in den Herbst und trat dann für den CDU-Politiker Hans-Joachim von Merkatz (1905–1982) ein, was zu großen Bedenken der Vertriebenenverbände führte. Im Rheinischen Merkur hieß es zuspitzend:

109 Siehe Fußnote 75.

110 Back to Sudetenland says German Minister, in: Daily Mail (Commonwealth), 28.03.1960; Bonn Official Asks Return of Sudetens, in: Herald Tribune (European Edition), 28.03.1960.

111 FDP fordert Rücktritt Seehoßs, in: Hamburger Echo, 14.04.1960.

112 Seehoß für die Grenzen von 1938, in: Stuttgarter Zeitung, 28.03.1960.

113 Protest-Telegramm an Adenauer. Sudetendeutsche unterstützen Kandidatur des Landmannes Hans Schütz, in: General-Anzeiger für Bonn und Umgegend, 16.05.1960.

„Offenbar wird er nicht überall als Vertriebener vollgenommen, obwohl er aus Pommern stammt [...] Aber es scheint, daß bei manchen Leuten als Voll-Vertriebener nur gilt, wer Vertriebenen-Funktionär ist oder von den Funktionären sozusagen eine Lizenz als Vertriebener erhalten hat.“¹¹⁴

Schütz scheiterte jedenfalls als möglicher Bundesvertriebenenminister und ging nach Bayern: zunächst von 1962 bis 1964 als Staatssekretär im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, schließlich am Ende seiner politischen Laufbahn als Arbeits- und Sozialminister von 1964 bis 1966, dort qua Amt zuständig für die Angelegenheiten der Vertriebenen.

Im Mitteilungsblatt der Sudetendeutschen Landsmannschaft verfasste Seehofer zu der missglückten Besetzung des Bundesministeriums einen eigenen Artikel.

„Wir Sudetendeutsche bedauern lebhaft, daß unserem Wunsch, unser von der CDU/CSU vorgeschlagene Landsmann, MdB Hans Schütz, möge von dem Herrn Bundespräsidenten zum Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte ernannt werden, nicht entsprochen worden ist. Wir hätten unseren Landsmann Hans Schütz, dem unser volles Vertrauen gilt und dessen Lebenswerk ihn ganz besonders geeignet erscheinen lässt, die schwere Aufgabe des Vertriebenenministers zu erfüllen, sehr gerne auf diesem Posten gesehen, und wir sind davon überzeugt, daß er dieses Amt in ausgezeichnete Weise verwaltet haben würde.“¹¹⁵

Seehofer anschließendes, markantes Plädoyer für die Notwendigkeit der Weiterexistenz der in der Öffentlichkeit fast von Beginn an umstrittenen Behörde¹¹⁶ überrascht dann auch nicht. Trotz „guter und erfolgreicher Arbeit“ ständen eine Reihe von Problemen an, deren Lösung dringend erforderlich sei: eine „raschere Abwicklung der Hauptentschädigung“, die „Frage der landwirtschaftlichen Siedlung“, die „Eingliederung der Gewerbebetriebe“ sowie die „Ausweitung und Verbesserung der Kreditaktionen“.¹¹⁷ All diese „gewaltigen Aufgaben“ gelte es zu erledigen,

„selbst wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß die politischen Anliegen der Heimatvertriebenen-Verbände in erster Linie im Hause des Bundesministers für gesamtdeutsche Frage und im Hause des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten zu behandeln und zu fördern sind.“¹¹⁸

Betrachtet man die Position von Seehofer und seinem Vorgänger als Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft Lodgman von Auen, fallen Gemeinsamkeiten und Unterschiede auf. Beide standen in der Nachkriegszeit in weltanschaulicher Perspektive dem nationalen Flügel der organisierten Sudetendeutschen nahe, dem Witikobund – ohne ihm formal anzugehören. Bei Lodgman kommt hinzu, dass er einer

114 Anton Böhm: „Experten“-Regierung? Die Bundesminister sind keine Verbandsvertreter, in: Rheinischer Merkur, 04.11.1960.

115 Seehofer, Hans-Christoph: Ein neuer Vertriebenen-Minister, in: Mitteilungsblatt der Sudetendeutschen Landsmannschaft 11 (1960), S. 1f., hier S. 1.

116 Vgl. dazu Beer, Symbolische Politik.

117 Seehofer, Ein neuer Vertriebenen-Minister, S. 2.

118 Ebd., S. 1.

anderen generationellen Kohorte angehört als Seeböhm und politische Erfahrungen vor dem Ersten Weltkrieg in Österreich sammeln konnte. Seeböhm wiederum, der ob seiner familiären Herkunft und Geburt gelegentlich als ‚Wahl-Sudetendeutscher‘ tituliert wurde, wirkte zunächst als Unternehmer und stieß überraschend schnell in die oberste Ebene der Bundes- und Verbandspolitik. Anders dagegen Lodgman von Auen, dessen Partei- respektive Parlamentskarriere schon vor der Vertreibung beendet war.

Beide sind mithin nicht fest in der klassischen Trias der sudetendeutschen Politiktraditionen und ihren spezifischen Netzwerken (der religiösen, sozialdemokratischen und nationalen) zu verankern. Hatten beide deshalb auch keine traditionelle Hausmacht innerhalb der Landsmannschaft? Hatten beide – auf je andere Art und Weise – gar eine Außenseiter-Stellung im Gesamtnetzwerk der politisch organisierten Sudetendeutschen, wenn man von ihrer Rolle als oberster Repräsentant der Volksgruppe absah? Zumindest waren Lodgman von Auen und Seeböhm in ihrer Amtszeit als Sprecher der SL – trotz interner Machtkämpfe und einzelner, teils persönlicher Auseinandersetzungen – weitgehend unumstritten. Rein äußerlich wirkten beide nahezu als Antipoden:

„Es konnte keinen größeren Unterschied geben als zwischen dem asketisch wirkenden, nüchternen, nie laut auftretenden Lodgman und seinem Nachfolger Seeböhm, dem wortgewaltigen Volkstribunen, einer barocken Persönlichkeit, die große Auftritte liebte und genoß.“¹¹⁹

Lodgman hatte seine Vertrauten im ‚sudetendeutschen Stammland‘ Bayern, wo er zu den Gründern der schnell wachsenden sudetendeutschen Sammelbewegung gehörte. Um Fühlung in die Bundeshauptstadt zu halten, gründete er dort eine Außenstelle der SL – die Seeböhm wieder auflöste und in die zentrale Verwaltung der SL eingliederte: Bonn war der politische Planet des Verkehrsministers, der vor Ort seine Kontakte pflegte und gelegentlich Gäste in seinen Eisenbahn-Wohnwaggon einlud. Seeböhm agierte anders als Lodgman im Stil eines modernen Polit-Managers, der effizient und effektiv von welchem Ort aus auch immer die SL führte.

Beide gingen davon aus, dass die politischen Anliegen der Vertriebenenverbände – die gerade vor dem Hintergrund einer nach und nach erfolgreichen Sozialpolitik in erster Linie außenpolitisch motiviert waren – eines bundespolitischen Partners in der Politik bedurften. Aber während Lodgman in den 50er Jahren noch die Bonner Karte zu spielen versuchte, schien Seeböhm wesentlich nüchterner in seiner Einschätzung, gerade durch seine Kenntnis des innersten Zirkels der Bonner Politik: über die Vertriebenenfrage entschieden kleine, abgeschlossene außenpolitische Machtzirkel ohne Beteiligung der Verbandsfunktionäre.¹²⁰

Seeböhm setzte schließlich pragmatisch auf den Ausbau der Beziehungen zur bayerischen Regierung, die zwar nicht außenpolitisch handlungsfähig, aber symbolpolitisch von enormer Bedeutung für die Sudetendeutschen war. In die Beziehungen

119 Winter, *Die sudetendeutschen Politiker*, S. 252.

120 Ahonen, *After the Expulsion*, S. 266–271.

zum Bundesvertriebenenministerium investierten beide Sprecher der SL keine besonderen oder außergewöhnlichen Ressourcen.

2.3. Landsmannschafts-Arithmetik

An den „Bundesminister für Vertriebenenfragen“ Hans Lukaschek richtete Lodgman von Auen 1950 ein Schreiben, das er nach dem Sudetendeutschen Tag im gleichen Jahr in Kempten entworfen hatte. Der damalige Vorsitzende des Hauptverbandes der SL hielt darin nicht mit Kritik zurück, die hauptsächlich die mangelnde Berücksichtigung von Sudetendeutschen in verantwortlichen Positionen der Bundesministerien betraf:

„In den breiten und besonders in den führenden Schichten unserer Volksgruppe hatte sich bereits die feste Meinung herausgebildet, dass die Volksgruppe bei der Besetzung massgeblicher bundesministerieller Positionen systematisch übergangen wird. So blieb ihr als zweitstärkster Volksgruppe der Staatssekretär in Ihrem Ministerium und vor kurzem auch der Leiter der ‚Bank der Vertriebenen‘ versagt.“¹²¹

War das Bundesvertriebenenministerium kein Ministerium der Sudetendeutschen?¹²² Gerade zu Beginn der Tätigkeit des Ministeriums wurden die Bediensteten nach ihrer landsmannschaftlichen Herkunft geordnet bzw. gezählt. Dahinter lässt sich auf den ersten Blick erkennen, dass das BMVt in den Augen der organisierten Vertriebenen als *ihre* Behörde angesehen wurde. War Lodgmans Missfallen begründet?

Für den 23. März (?) 1949 wurde in einer Auflistung des Ministeriums festgestellt, dass von den 41 Soll-Stellen (Beamte, Angestellte und Arbeiter) 18 Stellen besetzt waren, davon sieben von Personen aus Schlesien, drei aus dem Sudetenland, je zwei aus Ostpreußen und dem Memelland, je eine aus Pommern und Danzig – zwei galten als nicht-vertrieben.¹²³ Vom 22. März 1950, noch vor Lodgmans oben erwähnter Intervention, existiert eine aussagekräftigere Statistik: 141 Soll-Stellen, von denen inzwischen 95 besetzt waren. Darunter befanden sich 33 Schlesier, 15 Sudetendeutsche, elf Ostpreußen. Tatsächlich stellten Sudetendeutsche zwei Ministerialräte, zwei Oberregierungsräte, einen Regierungsrat und einen Regierungsamtmann.¹²⁴

Interessant ist nun, dass eine gesonderte Liste zu finden ist, die über Vertriebene aus dem Sudetenland Auskunft gibt.¹²⁵ Hatte Lodgman sie angefordert? Bezog er sich auf sie?

121 Sudetendeutsches Archiv (SdA), NL Lodgman von Auen 1948–1954 IV/1, Entwurf eines Briefes von Rudolf Lodgman von Auen an Hans Lukaschek [1950]. Hier und im Folgenden teilweise Zitierweise aus den 1990er Jahren, bevor das SdA in das Bayerische Hauptstaatsarchiv integriert wurde.

122 Vgl. dazu auch Hinweise bei Beer, *Symbolische Politik?*, S. 295–322.

123 BArch, B 150/3119, Landsmannschaftliche Zusammensetzung der Bediensteten des Bundesministeriums für Angelegenheiten der Vertriebenen [1949].

124 Ebd., Landsmannschaftliche Zusammensetzung der Bediensteten des Bundesministeriums für Angelegenheiten der Vertriebenen [März 1950].

125 Ebd., Aufstellung der beim Bundesministerium für Vertriebene beschäftigten Vertriebenen aus dem Sudetenland, 05.05.1950.

Bonn, 11. 5. Mai 1950

Aufstellung

der beim Bundesministerium für Vertriebene beschäftigten
Vertriebenen aus dem Sudetendeutschland.

Höherer Dienst

1. Arke	Walter
2. Wallock	Otto
3. Dr. Polzer	Robert
4. Dr. Sladek	Franz
5. Dr. Riedel	Adolf
6. Dr. Abendroth	Rudolf
7. Dr. Ludwig	Karl
8. Frau Dr. Vogl	Anni
9. Bröckl	Franz
10. Dr. Hübner	Walter
11. Dr. v. Hoffmann	Erich
12. Dr. Schaffer	Kurt
13. Dr. Proche	Hans
14. Hamm	Franz (Jugoslawien)

Gehobener Dienst

1. Dr. Preis	Josef
2. Nehyba	Franz
3. Pryk	Josef
4. Kranich	Josef
5. Schwarz	Erich

Mittlerer und einfacher Dienst

1. Frä. Arndt	Gertrud
2. Frä. Hauska	Gidela
3. Frä. Hahn	Eva-Maria
4. Frä. Seidel	Elsa
5. Frau Schrammek	Gerlinde
6. Frä. Wisura	Olga
7. Frä. Sieber	Herta
8. Frä. Riedl	Agnes
9. Rüssler	Anton
10. Heyer	Friedrich

Die Zahl der Vertriebenen aus der Tschechoslowakei in der Behörde wuchs also – dazu gezählt wurden nicht nur Menschen aus dem engeren Sudetenland, sondern aus der Tschechoslowakei insgesamt.

Noch im Mai desselben Jahres erfolgte eine „Aufstellung der beim Bundesministerium für Vertriebene beschäftigten Bediensteten aufgegliedert nach Landsmannschaften und Zugehörigkeit zur NSDAP“. Die prozentualen Anteile der NSDAP-Mitglieder waren bei Schlesiern und Sudetendeutschen im BMVt signifikant unterschiedlich: 28 Prozent der Schlesier, aber 39 Prozent der Sudetendeutschen waren Parteimitglieder – von letzteren wurden darüber hinaus Robert Polzer, Kurt Schäffer (1903–1986), Erich von Hoffmann, Hans Proche, Franz Bröckl, Rudolf Abendroth, Josef Preis und Gertrud Arndt als ‚Mitläufer‘ eingestuft.¹²⁶ Von den Nicht-Vertriebenen hatten 28 Prozent eine NSDAP-Mitgliedschaft vorzuweisen. Insgesamt gehörten von den 104 gezählten Beamten und Angestellten 37 der nationalsozialistischen Partei an, also 35 Prozent: so wurde es dem Staatssekretär des Innern im Bundeskanzleramt gemeldet.¹²⁷

Ein Jahr später, eine neue Statistik. Eine lange Liste. Aufgeschlüsselt nach Beamten, Angestellten (noch unterschieden in Referenten, Sachbearbeiter und Angestellte im Registratur- und Kanzleidiens), Lohnempfänger und Putzfrauen. In der Gruppe der Beamten hatten die Sudetendeutschen einen Anteil von 18 Prozent (Schlesier 34 Prozent), in der zweiten Gruppe der Angestellten/Referenten 25 Prozent (Schlesier 22 Prozent). Und Mitte 1957 hatte immerhin ein Sudetendeutscher, Adolf Riedel (1893–1969), den Sprung zum Ministerialdirigenten geschafft.¹²⁸

Ebenfalls von Juli 1951 stammt ein Gutachten über denselben Personalsachstand in landsmannschaftlicher Hinsicht. Das auch methodisch komplexe Verfahren zur Ermittlung eines möglichst gerechten Verteilungsmaßstabes samt Analyse des Ist-Standes kam zu folgenden Ergebnissen für die Gruppe der Sudetendeutschen:

„Daraus geht einwandfrei hervor, daß die Gruppe der Heimatvertriebenen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie in den unteren Gruppen der Beschäftigten stärker vertreten ist als in der Referentengruppe, während die Gruppen der Sudeten- und Auslandsdeutschen in den minderen Gruppen viel schwächer beteiligt sind. [...] Das Gesamtergebnis der tatsächlichen Personalverteilung stimmt überraschenderweise weitgehend mit der Verteilung der Heimatvertrieben im Bundesgebiet überein.“¹²⁹

Nur anderthalb Jahre nach Lodgmans Schreiben an Lukaschek stellten die Sudetendeutschen zwar nicht den Minister oder Staatssekretär, aber unter den Beamten und

126 BAArch, B 150/3119, Aufstellung der beim Bundesministerium für Vertriebene beschäftigten Bediensteten aufgegliedert nach Landsmannschaften und Zugehörigkeit zur NSDAP, 17.05.1950.

127 Ebd., Schreiben von Dr. Kleberg an den Staatssekretär des Innern im Bundeskanzleramt betr. Angehörige des Bundesministeriums für Vertriebene, die Mitglieder der NSDAP gewesen sind, 16.05.1950.

128 Ebd., Nachweisung der im Bundesministerium für Vertriebene beschäftigten Personen unter landsmannschaftlichen Gesichtspunkten, Stand vom 1. Juli 1951.

129 Ebd., Gutachten über die Verteilung der im Bundesministerium für Vertriebene beschäftigten Personen nach landsmannschaftlichen Gesichtspunkten, 10.07.1951.

Angestellten mit Referentencharakter waren sie im Verhältnis zu ihrem tatsächlichen Bevölkerungsanteil sogar im „Überschuß“.¹³⁰

Letzterer Befund spiegelt sich in weiteren Statistiken der Folgejahre im Wesentlichen wider. Obwohl in der Amtszeit von Theodor Oberländer Beförderungen von Personen mit sudetendeutschem Hintergrund nicht herausstechen,¹³¹ stellten sie beispielsweise 1959 in der Gruppe der Ministerialräte (A 16) einen Anteil von einem Drittel.¹³² Erich von Hoffmann stieg schließlich 1961 zum leitenden Beamten, zum Ministerialdirigenten, und später sogar zum Ministerialdirektor (B 8) auf: zum ‚3. Mann‘ im Ministerium.

Eine letzte generelle Anmerkung. Einer Statistik des Jahres 1959 folgend, kann man ohne Wenn und Aber behaupten: Das Vertriebenenministerium war ein Ministerium mit ganz vielen Vertriebenen: Ihr Anteil an den insgesamt dort Beschäftigten betrug 79,6 Prozent. Die Sudetendeutschen dort waren im Großen und Ganzen ihrem Bevölkerungsanteil entsprechend vertreten.

2.4. Ein Memelländer mit Prager Vergangenheit in München und Bonn: Theodor Oberländer

Hans Lukaschek musste sein Amt als Bundesvertriebenenminister auch deswegen abgeben, weil er den Ansprüchen und dem Druck der Vertriebenenlobby letztlich nicht standhielt.

„Dr. Lukaschek hat es in den Jahren seiner Amtsführung, die zusammenfallen mit der Organisierung der Flüchtlinge in Verbänden und der Bildung einer Partei, die immer mehr an Boden gewinnt, nicht verstanden, die Persönlichkeit der Heimatvertriebenen zu werden. Diese Rolle haben mit Erfolg führende Leute der Vertriebenenorganisationen übernommen. Sie haben, wie umstritten sie auch im Einzelfall sein mögen, in der Öffentlichkeit und bei den Heimatvertriebenen den Eindruck erweckt, daß sie eher die berufenen Sprecher der Vertriebenen seien. Diesen robusteren Vertreter der Organisationen gegenüber spielte Dr. Lukaschek zu sehr die Rolle eines Betreuers auf der obersten Regierungsebene und wurde immer weniger der Mann, in dem die Forderungen der Vertriebenenverbände ihren Ausdruck fanden.“¹³³

So lautete das Fazit eines Beitrages im Südwestfunk im Sommer 1952. „Es fehlt eine führende Gestalt“, verkündete zur gleichen Zeit die Schlagzeile eines Presse-Komentars mit Blick auf die Bundesbehörde.¹³⁴ Und das, obwohl Lukaschek im selben Jahr beindruckende Zahlen zur Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen vor-

130 Ebd.

131 BArch, B 150/3120, Aufstellung der seit dem Dienstantritt von Theodor Oberländer vorgenommenen Ernennungen bzw. Beförderungen, 22.08.1958.

132 Ebd., Erich von Hoffmann, Anni Vogl, Lothar Wieland und Robert Polzer. Beamte im Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte am 1. April 1959.

133 Wolf Rochlage zur Situation im Vertriebenenministerium, in: Südwestfunk, 22.07.1952, 19.52 Uhr.

134 Es fehlt eine führende Gestalt, in: Westfälische Rundschau (Wuppertal), 22.07.1952.

legen konnte.¹³⁵ Natürlich gab es zu diesem Zeitpunkt noch eine Menge zu tun, bevor sich der wechselseitige Integrationsprozess auch für die Mehrheit der Neubürger als Erfolgsgeschichte erzählen lassen konnte. Aber das war es nicht allein.

Hinter den Kulissen hatte sich längst ein Machtkampf entsponnen, der die (parti-)politische Auseinandersetzung um die Stimmen der Vertriebenen betraf und in dem der schillernde Linus Kather (1893–1983) eine nicht unerhebliche Rolle spielte.¹³⁶ Er (CDU-Mitglied, ab 1954 GB/BHE, später NPD) wollte Bundesminister werden. In einem vertraulichen, fast kryptischen, telegrammartigen Vermerk des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom Februar 1953 konnte man lesen:

„Information: Vertriebenenausschuss der CDU (Vors. Keudel) informierte den Kanzler um die Jahreswende über seine Bedenken, dass die ‚inaktive Politik des Vertriebenenmin.‘ die Vertriebenenwähler der CDU vor den Kopf stoßen und sie dem BHE zuführen müsse, Hintergrund: Dies veranlasste den Kanzler zu 2 Briefen an Lukaschek. Staatssekretär Schreiber solle zunächst mehrere Monate nach Südamerika gehen, ‚um Einwanderungsverhältnisse zu prüfen‘. (Als Nachfolger genannt: Min. Dir. a. D. Dr. Nahm.) Aber Schreiber will nicht reisen. a) Er könne nicht für Auswanderung tätig sein, weil er Flüchtlings-Massenauswanderung ablehne. – Gegenargument: Er könne doch reisen, und vielleicht negatives Ergebnis feststellen. b) Lukaschek krank; darum Schreiber z. Zt. nicht abkömmlich. Gegenargument: Lukaschek war wieder im BuTag, Schreiber also jetzt entbehrlich. / Dr. Kather hat der CDU eine Denkschrift vorgelegt. Tendenz: Vertriebenenmin. blockiere aktive Vertriebenenpolitik. Treibe Spalterpolitik innerhalb der Vertriebenen. Denkschrift soll von Schlichtungs-Ausschuss (u. a. Dr. Bucerius, Dr. Weber) geprüft werden.“¹³⁷

Nach der Bundestagswahl 1953 wurde ein robuster Typ aus dem Vertriebenenmilieu für die Nachfolge Lukascheks gesucht. Die CDU und der BHE pochten auf die Übernahme des „allgemein als wenig anziehend bezeichnete Amt des Vertriebenenministers“.¹³⁸ Das Rennen machte schließlich der BHE, und der neue Minister kam direkt aus Bayern, war aber geborener Thüringer: Theodor Oberländer. Also kein Vertriebener als Minister? Aber welche Netzwerke konnte er ins Spiel bringen, Netzwerke, ohne die er wahrscheinlich gar nicht erst ins Amt gekommen wäre, Netzwerke, die ihn die nächsten Jahre als Bundesminister tragen mussten?

Über seinen Werdegang gab Oberländer in einem Interview nach Amtsantritt Auskunft. Dem Nordwestdeutschen Rundfunk berichtete er vom Besuch des Gymnasiums in seiner Heimatstadt Meiningen:

„[...] bin dann zum Studium nach München, habe dann zwei Jahre in der Landwirtschaft, in der Praxis verbracht, entsprechendes Examen gemacht, Lehrlingsexamen,

135 Beispielsweise in einem ausführlichen Beitrag: Hans Lukaschek: Das Bundesministerium für Vertriebene, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Deutschland im Wiederaufbau. Tätigkeitsbericht der Bundesregierung. Bonn 1952, S. 195–211.

136 Vgl. zu Kather auch den Beitrag von Michael Schwartz im vorliegenden Band.

137 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: „Politik und Wirtschaft“, 11.02.1953.

138 CDU und BHE rechnen mit Vertriebenenminister-Posten, in: MID, 10.10.1953. – Zitat aus: Unklarheiten über den neuen Vertriebenen-Minister, in: MID, 12.09.1953.

dann das landwirtschaftliche Diplom in Berlin und den landwirtschaftlichen Doktor, anschließend Volkswirtschaft studiert und in Königsberg habe ich auch den volkswirtschaftlichen Doktor gemacht. [...] Ich bin sehr viel im Ausland gewesen, habe meine ganzen Ferien immer im Ausland verbracht und bin vor allen Dingen nach meinem zweiten Doktor zwei Jahre auf Weltreise gewesen. Ich war in der Sowjetunion, auf einem Saatzuchtbetrieb im Nordkaukasus, dann war ich kurze Zeit in Ostasien, habe landwirtschaftliche Dinge dort studiert, in China und Japan, dann habe ich in Kanada die Universität besucht ein Semester und war dann bei FORD in der Automobilfabrik Arbeiter und habe nachträglich mir die Vereinigten Staaten recht genau angesehen, so daß ich dazu gut zwei Jahre benötigt habe.“¹³⁹

Was auf diese bewegten Wander- und Ausbildungsjahre folgte, macht deutlich, warum Oberländer überhaupt in der deutschen Vertriebenenpolitik reüssieren konnte. Oberländer war Teilnehmer am Hitlerputsch beim ‚Marsch auf die Feldherrnhalle‘ 1923 in München, trat 1933 der NSDAP bei. In Königsberg leitete er das Institut für osteuropäische Wirtschaft, 1934 wurde er als außerordentlicher Professor für Agrarpolitik nach Danzig berufen. Von 1933 bis 1937 war er Gauamtsleiter der NSDAP in Ostpreußen. Nach einer Kontroverse mit Gauleiter Erich Koch von seinen Ämtern entlassen, gelang ihm 1938 die Rückkehr auf einen Lehrstuhl in Greifswald. Zwei Jahre später erfolgte dann der für seine weitere Laufbahn so wichtige Schritt: 1940 trat Oberländer einen Lehrstuhl an der Juristischen Fakultät der Deutschen Universität in Prag an, den er nach Unterbrechungen samt Kriegseinsatz bis 1945 innehatte: Aus dieser Prager Zeit rührte ein dichtes Beziehungsgeflecht zu Prager Professoren, die sich nach 1945 in der Bundesrepublik Deutschland wiederfanden.

Dass Oberländer 1947 trotz seiner NS-Karriere in einem Spruchkammerverfahren als Entlasteter eingestuft wurde, hatte er auch seinen Beziehungen zur amerikanischen Besatzungsmacht zu verdanken, für deren Geheimdienst die Kenntnisse des Osteuropa-Experten im Kalten Krieg von Bedeutung waren.

Schon 1950 erreichte er den Posten des Bayerischen Staatssekretärs für das Flüchtlingswesen, bevor er 1953 zum Bundesvertriebenenminister berufen wurde – dieses Amt musste er 1960 wegen seiner NS-Biografie aufgeben.¹⁴⁰

Sehr schnell wurden nach Amtsantritt Oberländers als Bundesvertriebenenminister in der Presse Vorwürfe laut, er nutze personalpolitisch die Gelegenheit und verteile Posten in seinem Ministerium an Vertriebenenpolitiker und ehemalige Nationalsozialisten.¹⁴¹ Es gab Hinweise darauf, dass im Ministerium selbst Unmut aufgekommen sei:

139 Interview mit dem neuen Vertriebenenminister Prof. Dr. Oberländer, in: Nordwestdeutscher Rundfunk, 24.10.1953, 15.30 Uhr.

140 Biogramme der Mitglieder der Historischen Kommission, S. 252–254; Beer, Oberländer. Ohne Bezüge zur Bedeutung Oberländers in Bayern bleibt Philipp-Christian Wachs: Der Fall Theodor Oberländer (1905–1998). Ein Lehrstück deutscher Geschichte. Frankfurt a. M. 2000. Vgl. auch Götz Aly/Susanne Heim: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung. Hamburg 1991; Pohl, Zwischen Integration und Isolation, S. 536–537.

141 Zur Stellenbesetzung Oberländers siehe den Abschnitt Zahlenspiele.

„Im Vertriebenen-Ministerium hat die neue Personalpolitik (seit der Amtsübernahme durch Oberländer) lebhafte Proteste und Erörterungen ausgelöst. Oberländer sei offensichtlich gewillt, eine ganze Reihe wichtiger Schlüsselstellungen mit BHE-Leuten oder Personen, die mit ihm früher zusammengearbeitet habe, zu besetzen.“¹⁴²

Auf den Punkt brachte es die „Neue Zürcher Zeitung“, die eine Auseinandersetzung zwischen der CDU und dem BHE konstatierte, da bisher das Ministerium unter Lukaschek eine Domäne der Union gewesen sei. Zwar sei es das Recht eines Ministers, sich mit Vertrauten zu umgeben, die „Grenzen des Zulässigen“ seien von Oberländer jedoch überschritten worden. Anstoß erzeuge insbesondere folgender Umstand: „Die CDU wirft Oberländer vor, daß er die Schlüsselpositionen seines Ressorts mit ehemaligen Nationalsozialisten besetze.“¹⁴³

Tatsächlich warf die Stellenbesetzung Oberländers viele Fragen in der Öffentlichkeit auf: Personen mit einschlägiger NS-Täter-Vergangenheit wie u. a. Werner Ventzki (1906–2004), Georg Goldschmidt und Gerhard Wolfrum. Verständnis fand sich in der Öffentlichkeit dazu nicht. Die Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ schrieb dazu: „Die konsequente Haltung des Kanzlers hat uns langsam wieder Vertrauen im Ausland erworben – es wäre sinnlos, ruhig zuzusehen, wie es durch neue Kabinettsmitglieder gefährdet wird.“¹⁴⁴ Unklar bleibt, warum zu diesem Zeitpunkt nicht auch die Biografie Oberländers durchleuchtet wurde, sie hätte seine Personalpolitik zumindest einfach erklären können. Wenige Jahre später stürzte Oberländer, und auch Adenauers desaströse Personalauswahl wurde für alle sichtbar – nicht zuletzt durch einen weiteren prominenten Fall: Hans Globke (1898–1973).

Sudetendeutsche standen nicht im Fokus der Kritik an Oberländers Personalpolitik im BMVt. Was erstens nicht heißt, dass Oberländer Sudetendeutsche in seinem Ministerium nicht gefördert habe,¹⁴⁵ und zweitens keineswegs enge Beziehungen zu alten sudetendeutschen Bekannten und die Förderung von sudetendeutschen Anliegen ausschloss. Im Gegenteil.

Bereits vor seiner Berufung zum Staatssekretär für das Flüchtlingswesen in Bayern investierte Oberländer Kraft und Zeit in den Aufbau seiner Beziehungen zu Kollegen aus seiner Zeit als Professor für Staatswissenschaft in den frühen 1940er Jahren in Prag: u. a. als Mitglied im Arbeitsausschuss Hochschule beim Hauptausschuss für Flüchtlinge und Ausgewiesene in Bayern und als Mitbegründer des Ostdeutschen Kulturrats. Bereits 1948, kurz nach der kommunistischen Machtübernahme in Prag, schlug Oberländer dem Bayerischen Kultusminister Alois Hundhammer (1900–1974) vor, eine Meldestelle für Prager und Brünner Hochschullehrer nach einer ihm bekannten Meldestelle an der Universität Göttingen für Danziger, Königsberger und Posener Akademiker einzurichten. Zudem regte er in demselben Schreiben die Ein-

142 BHE-Andrang im Vertriebenen-Ministerium, in: PPP Informationen, 11.02.1954.

143 Die CDU gegen die Personalpolitik des Ministers Oberländer, in: Neue Zürcher Zeitung, 08.04.1954.

144 Oberländers Gefolgschaft, in: Die Zeit, 06.05.1954.

145 Siehe den Abschnitt Zahlenspiele.

richtung einer Patenschaft einer deutschen Universität für die geflohenen deutschen Professoren und Dozenten der Prager Karls-Universität an.¹⁴⁶

Als Staatssekretär für das Flüchtlingswesen in Bayern setzte er sich selbstverständlich auch für die Belange des Adalbert Stifter Vereins (ASV) ein, dessen Mitglied er war. Konkret ging es beispielsweise um Förderanträge des ASV, für die er mit Erfolg¹⁴⁷ persönlich bei Bundesvertriebenenminister Hans Lukaschek eintrat.¹⁴⁸ Oberländer setzte sich 1950 auch für die Gründung eines Osteuropa-Instituts in München ein.¹⁴⁹ Nicht zu vernachlässigen ist auch sein Engagement für den Aufbau des Collegium Carolinum, dessen Entwicklung in den frühen 1950er Jahren aus zwei Richtungen betrieben wurde: Von der Historischen Kommission für die Sudetenländer und vom Adalbert Stifter Verein.¹⁵⁰

Es klingt ein wenig verwirrend: Oberländer war Mitglied und Leiter des Collegium Carolinum, einer Unterabteilung der Abteilung Wissenschaft im Adalbert Stifter Verein – eng verbunden, aber nicht zu verwechseln und nicht identisch mit dem schließlich 1956 entstandenen Collegium Carolinum (CC), einem gleichnamigen Verein mit angeschlossenem Institut zur Erforschung von Geschichte und Kultur der böhmischen Länder. Oberländer schwebte in Zusammenarbeit mit den Kollegen von früher Großes vor, wie er im Herbst 1950 dem ihm aus Prag bekannten sudetendeutschen Juristen Hermann Raschhofer (1905–1979), u. a. Berater des sudetendeutschen, nationalsozialistischen Parteifunktionärs, Politikers und SS-Führers in der besetzten Tschechoslowakei, Karl Hermann Frank (1848–1946), mitteilte:

„Wir werden wahrscheinlich noch Anfang Dezember die südostdeutsche Forschungsgemeinschaft in München zusammenrufen. Dann würde es in Verbindung mit dem Institut, das als Ganzes den Namen Collegium Carolinum tragen soll und dem ostmitteleuropäischen Arbeitskreis (übernational) und der süd-ostdeutschen Forschungsgemeinschaft ein gewisses Zentrum in München bilden, mit dem man schon sehr viel anfangen könnte.“¹⁵¹

Und er versprach dem von ihm sehr geschätzten Raschhofer, es finde sich „sowieso eine Möglichkeit, Dich einzubauen.“¹⁵²

Sein nicht ermüdender Einsatz für die Etablierung einer sudetendeutschen Forschungseinrichtung in Bayern war jedoch auch bis zu seinem Abschied aus München 1953 nicht von Erfolg gekrönt. Ausschlaggebend dafür dürften auch politische Dif-

146 BayHStA, MK 68815, Schreiben von Theodor Oberländer an Alois Hundhammer, 01.03.1948.

147 Ebd., Vermerk des Bundesministers für Vertriebene, 08.08.1952.

148 BArch, B 150/3437, Schreiben von Theodor Oberländer an Hans Lukaschek, 02.05.1952; ebd., Schreiben von Theodor Oberländer an Hans Lukaschek, 03.06.1952.

149 BayHStA, MArbLaFlü 523, Schreiben von Theodor Oberländer an Werner Essen, 31.10.1950.

150 Anschaulich beschrieben von Pohl, Zwischen Integration und Isolation, S. 274–289.

151 BayHStA, MArbLaFlü 523, Schreiben von Theodor Oberländer an Hermann Raschhofer, 31.10.1973. Die 1931 in Wien gegründete Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft war Teil der Volksdeutschen Forschungsgemeinschaft. Der nationalkonservativ und völkisch geprägte Verbund diente der Politikberatung. Dazu Michael Fahlbusch: Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931–1945. Baden-Baden 1999.

152 Ebd.

ferenzen des BHE-Funktionärs Oberländer mit den maßgeblichen sudetendeutschen vertriebenenpolitischen Schwergewichten von CSU und SPD, Hans Schütz und Richard Reitzner, gewesen sein – aber auch „Parteifreund“ Walter Becher ‚konnte‘ nicht mit Oberländer, da er ihn aus persönlichen Gründen ablehnte. Prägnant und treffend beschreibt Karin Pohl das Verhältnis Oberländers zu diesen politischen Protagonisten: „Dem aus Thüringen stammenden Oberländer fehlte der sudetendeutsche ‚Stallgeruch‘ – trotz seiner Kontakte und trotz seines Engagements stand er außerhalb der politischen Organisationen der Sudetendeutschen.“¹⁵³

Aber direkt nach Oberländers Amtsantritt als Bundesvertriebenenminister nahm das Bestreben, ein eigenständiges wissenschaftliches Institut unter dem Namen Collegium Carolinum zu gründen, weiter an Fahrt auf: durch den Leiter der Historischen Kommission für die Sudetenländer (HKdS). Der schon erwähnte Rudolf Schreiber, Unterzeichner der Eichstätter Erklärung, konnte es kaum erwarten, bei seinem Bekannten aus Prager Zeiten nach dessen Ernennung als Bonner Minister vorstellig zu werden.

Am Silvestertag 1953 sandte Schreiber Oberländer „die besten Glückwünsche“ namens der Historischen Kommission der Sudetenländer. Zügig sprach er die bevorstehende „Aktivierung des Collegium Carolinum“ an und fragte konkret nach der Stellung des neuen Vertriebenenministers zur HKdS, nach den Plänen für das CC und bat um eine Präzisierung seines Verhältnisses zum Kreis der Prager Professoren in der Bundesrepublik.¹⁵⁴

Bereits Anfang Januar 1954 erhielt Schreiber in seinem Wohnort Speyer Post von Oberländer. In dessen ausführlicher Antwort betonte er sofort, dass ihm „die Frage des ‚Collegium Carolinum‘ am Herzen liegt“. Weiter machte er klar:

„Es geht doch nicht darum allein, die Erinnerung an die Vergangenheit wachzuhalten und eine Art Kameradschaftsbund zu begründen, wie mir das von vielen Seiten angetragen wurde, sondern es geht doch um die Fortsetzung der Tradition der Deutschen Karlsuniversität in Prag.“

Und eine positive Nachricht hatte Oberländer: Eugen Lemberg, einer der führenden Intellektuellen aus Böhmen, sei nun in seinem Ministerium angestellt.

„Sie wissen, dass Lemberg in diesen Tagen im Vertriebenenministerium mit seiner Arbeit beginnt. Es wäre jetzt für uns leicht, Dinge durchzusetzen, die ich vor Jahren, als ich mit Ihnen noch mehr auf diesem Gebiet zusammenarbeiten durfte, mehr oder weniger unmöglich waren. Ich bin zu jeder Mitarbeit gern bereit [...]“

Der genannte Lemberg arbeitete für das BMVt nicht nur an der Publikation des Sammelbandes „Die Vertriebenen in Westdeutschland“, sondern beschäftigte sich auch mit Plänen zur Umsetzung von § 96 des Bundesvertriebenengesetzes.¹⁵⁵ Oberländer

153 Pohl, Zwischen Integration und Isolation, S. 282–283, Anm. 1043.

154 BArch, B 150/3475, Schreiben von Rudolf Schreiber an Theodor Oberländer, 31.12.1953.

155 Eugen Lemberg/Friedrich Edding (Hrsg.): Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluss auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben. 3 Bde. Kiel 1959. Vgl. dazu Ruhkopf, Institutionalisierte Unschärfe.

schlug in diesem Brief auch ein gemeinsames Treffen mit Schreiber vor, „dann suchen wir einen gemeinsamen Weg, bei dem die Traditionserhaltung der Deutschen Karlsuniversität in Prag im Mittelpunkt steht“. Am Ende des zweiseitigen Briefes lautete eine weitere Versicherung: „Hauptsache ist, dass ich jetzt mitarbeiten kann, und dass ich die Tatsache, dass ich jetzt in Bonn tätig bin, dazu benütze, um Dinge in die Tat umzusetzen, die ich mir oft vorgenommen hatte und deren Realisierung mir jetzt möglich erscheint.“¹⁵⁶

Ende April, Anfang Mai 1954, auf der konstituierenden Sitzung der HKdS in Heidelberg, wurde der Beschluss gefasst, das Projekt CC wieder in Angriff zu nehmen. Oberländers Rolle dabei war die desjenigen, der offiziell die Initiative zur Einberufung eines Ausschusses ergriff, welcher ein Fortkommen in dieser Angelegenheit garantieren sollte. Zusätzlich zu den ehemaligen deutschen Wissenschaftlern an Hochschulen in Prag, Brünn, und Tetschen-Liebwerd gingen Einladungen an Mitglieder des Adalbert Stifter Vereins, der HKdS, der Künstlergilde Esslingen, an Mitglieder der drei Gesinnungsgemeinschaften der Sudetendeutschen, der Arbeitsgemeinschaft sudetendeutscher Erzieher und so weiter. Die Einladungsliste ist lang.¹⁵⁷

Die Ergebnisse des Treffens im Münchner Café Luitpold am Rande des Sudeten-deutschen Tages 1954 in München waren zwar mager, aber dennoch zielführend. Rudolf Schreiber wurde von Oberländer nicht nur mit der Klärung der Frage einer möglichen Patenschaft der Universität Erlangen über die Prager Deutsche Universität beauftragt, sondern ebenso mit der Ausarbeitung eines Statuts für das am Horizont aufscheinende Institut.¹⁵⁸ Das BMVt förderte den Adalbert Stifter Verein in der Folge auch in Bezug auf die dort seit längerer Zeit angegliederte Abteilung Collegium Carolinum finanziell, sogar konkrete Fortschritte zur Gründung einer unabhängigen Forschungseinrichtung auf diesem Weg wurden eingeleitet – wenn auch erst Mitte 1955. In einem Vermerk des BMVt dazu hieß es:

„Es ist beabsichtigt, für den Sudetenraum eine Art Forschungsstelle in München einzurichten, wie sie für den Nordosten im Herder-Forschungsrat (Herder-Institut) und für den Südosten im Südost-Institut besteht. Grund: Die Belange des böhmischen Raumes werden von Marburg aus nach Ansicht sudetendeutscher Kreise nicht umfassend genug wahrgenommen. Zur Zeit sind Verhandlungen mit dem Land Bayern im Gange, die Mittel für den Leiter einer derartigen Stelle aus dem Landeshaushalt 1955 zu erhalten.“¹⁵⁹

Den vielleicht letzten Anstoß zur Gründung des Collegium Carolinum e. V. am 25. Oktober 1956 lieferte schließlich die 1954 übernommene Schirmherrschaft des Freistaats Bayern über die Sudetendeutschen. Denn auch der Bayerische SPD-Ministerpräsident Wilhelm Hoegner (1887–1980) suchte händeringend nach einem Projekt, das die mündlich übernommene Schirmherrschaftserklärung mit Inhalten füllen

156 BArch, B 150/3475, Schreiben von Theodor Oberländer an Rudolf Schreiber, 05.01.1954.

157 Ebd., Schreiben von Karl Jering an Eugen Lemberg, 18.05.1954.

158 BArch, B 150/3437, Schreiben von Rudolf Schreiber an Theodor Oberländer, 03.09.1954; Ebd., Schreiben von Dr. Riedel an den Adalbert Stifter Verein, 02.05.1955.

159 Ebd., Vermerk betr. Collegium Carolinum – Patenschaftsfragen, 22.04.1955.

konnte.¹⁶⁰ Während sudetendeutsche Vertriebenenpolitiker in der Folgezeit noch versuchten, das CC zu einem der sudetendeutschen Volksgruppe dienlichen Institut aufzubauen, pochten Vertreter der HKdS auf dessen wissenschaftliche Unabhängigkeit – die auch erreicht wurde. Schließlich wurde eine Bund-Land Mischfinanzierung durch das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (BMG) und das Bayerische Kultusministerium erreicht, und das Collegium Carolinum konnte seine Arbeit in München aufnehmen.¹⁶¹

Theodor Oberländer schaffte es erfolgreich, seine Netzwerke aus Prager Zeiten zu reaktivieren. Er blieb den alten Vertrauten verbunden und setzte sich für deren Weiterkommen ein. Das waren und blieben vor allem wissenschaftliche Netzwerke. Politisch blieb Oberländer – ob gewollt oder ungewollt – im Betrieb der sudetendeutschen politischen Organisationen ein Außenseiter, der in seinem Bundesministerium sudetendeutsche Beamte und Angestellte weder bevorzugte, noch benachteiligte.

Auf der Bonner Bühne – im Bühnenhintergrund – besaßen die sudetendeutschen Verbandspolitiker mit Blick auf ihre heimat-, kultur- und sozialpolitischen Interessen andere Protagonisten. Auch im BMVt. Aber es fanden sich auch ‚Landsmänner‘ und ‚Landsfrauen‘, die sich nicht verbandspolitisch einspannen ließen.

3. Politikfelder. Kontakte und Konflikte

3.1. Heimatpolitik, Außenpolitik: Der „dritte Mann“

Nein, Erich von Hoffmann hat nichts zu tun mit Carrol Rees Kultfilm-Klassiker aus dem Jahr 1949, der Verfilmung eines Romans von Graham Greene: „Der dritte Mann“. Weder die Lebenswege der Film-Protagonisten ähneln denen von Hoffmanns, noch spielt die Stadt Wien – im Film versehen mit einer beachtlichen Agency – in seiner Biografie eine Rolle. In dem Film besitzt das Phänomen des Untertauchens eine nicht unerhebliche Bedeutung, aber von Hoffmann war nie untergetaucht. Höchstens, wenn man so will, stand er im Schatten der großen Vertriebenen-Politik – und arbeitete als solcher beharrlich im Dienst der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Schließlich wurde er in der Hierarchie des Bundesvertriebenenministeriums qua Beförderung in den 1960er Jahren der dritthöchste Beamte dort.

Der geborene Prager Erich Franz Theodor Hoffmann Edler von Jakobermühl (1908–1990) war der Sohn eines Beamten der Böhmisches Sparkasse – sein Adelstitel ging auf seinen Großvater zurück. Von Hoffmann verbrachte seine Kindertage in Komotau (Chomutov), wo er schon mit dem Jugendbund Staffelstein in Kontakt kam. Ab 1922 besuchte er in Prag die Handelsakademie und legte 1926 das Abitur ab. 1932 schloss er sein Studium an der Deutschen Universität in Prag mit der Promotion zum

160 Franzen, Der vierte Stamm Bayerns, Kapitel IV.

161 Ebd.; vgl. dazu auch Christoph Cornelißen: „Nur noch strenge Wissenschaftlichkeit“. Das Collegium Carolinum im Gründungsjahrzehnt (1955–1965), in: Christiane Brenner u. a. (Hrsg.): Geschichtsschreibung zu den böhmischen Ländern. München 2006, S. 345–365.

Dr. jur. ab. Prägend war seine Staffelstein-Sozialisation: In Prag gehörte er den „Neu-Staffelsteinern“ an und arbeitete im Hochschulring der Staffelsteiner mit. Hier in Prag war er in Verbindung mit Eduard Winter (1896–1982), der eine Karriere vom katholischen Jugendführer über einen Nationalsozialisten hin zum DDR-Historiker machte.¹⁶² Von Hoffmann hatte zahlreiche Funktionen und Ämter in der Jugendbewegung, auch in der Sudetendeutschen Jugendgemeinschaft. 1938 führte er maßgeblich die Verhandlungen der katholischen Jugendbünde mit der Turnerjugend des Deutschen Turnverbandes, die in dem Zusammenschluss zur Sudetendeutschen Volksjugend mündeten. Darüber hinaus war er Herausgeber mehrerer Zeitschriften, u. a. „Volk und Glaube“ und „Stimmen der Jugend“.

Nach dem Studium fand er zunächst Anstellung bei der Caritaszentrale in Prag, 1937 wurde er Mitarbeiter der Böhmisches Escomtebank und Creditanstalt in Prag, ehe er 1938 nach dem so genannten Anschluss des Sudetenlandes bei der Preisbildungsstelle des Reichsstatthalters im Gau Sudetenland in Reichenberg (Liberec) angestellt wurde und auch in die NSDAP eintrat. An die 1942 erfolgte Versetzung ins Regierungspräsidium Köslin (Koszalin) in Pommern schloss sich dann der Kriegsdienst in der Wehrmacht an. 1945 geriet er in amerikanische Gefangenschaft. 1946 zunächst nach Hessen entlassen, wo er Frau und seine beiden Kinder wiedertraf, übersiedelte er dann nach Kreuth in der Nähe des Tegernsees.

Zunächst beim Regierungsbeauftragten für das Flüchtlingswesen in Bayern beschäftigt, machte er schnell zunächst in Bayern Karriere als Beamter: als Leiter des Flüchtlings- und Wohnungsamtes in Wolfratshausen, anschließend beim Staatssekretariat für das Flüchtlingswesen beim Innenministerium in München. 1950 mit seiner Einstellung im BMVt setzte er seine Karriere auf Bundesebene fort: 1950 Oberregierungsrat, 1953 Ministerialrat, 1963 Ministerialdirigent und 1966 Ministerialdirektor. Zu seinen Aufgabengebieten im BMVt gehörten phasenweise u. a. die Aufnahme und Verteilung der Vertriebenen, Familienzusammenführung, Verteilung und Unterbringung der Sowjetzonen-Flüchtlinge, der Allgemeine Suchdienst sowie die Gesamterhebung der Opfer der Vertreibung. 1973 wurde von Hoffmann pensioniert.¹⁶³

Darüber hinaus war das CSU-Mitglied von Hoffman in einer Reihe von Organisationen und Gremien aktiv. Er gehörte zu den Gründern der Wolfratshausener und Bonner Ortsgruppe der Sudetendeutschen Landsmannschaft, war von 1959 bis 1983 Mitglied des Sudetendeutschen Rates und Träger der Dr.-von-Lodgman-Plakette der SL. Hinzu kommt seine Mitgliedschaft in der Ackermann-Gemeinde, wo er zeitweise die Funktion des stellvertretenden Bundesvorsitzenden ausübte. Schließlich war er Mitglied im Katholischen Flüchtlingsrat und im Zentralkomitee der deutschen

162 Ines Luft: Eduard Winter zwischen Gott, Kirche und Karriere. Vom böhmischen Jugendbundesführer zum DDR-Historiker. Leipzig 2016.

163 Zu seiner Biografie vgl. Biographische Sammlung des Collegium Carolinum; Pohl, Zwischen Integration und Isolation, S. 518; Rudolf Ohlbaum: Ministerialdirektor a. D. Dr. Erich von Hoffmann wird achtzig Jahre. In amtlichen und ehrenamtlichen Funktionen Dank und Anerkennung weit über den Bereich der Volksgruppe hinaus gefunden, in: Sudetendeutsche Zeitung, 14.10.1988, S. 4.

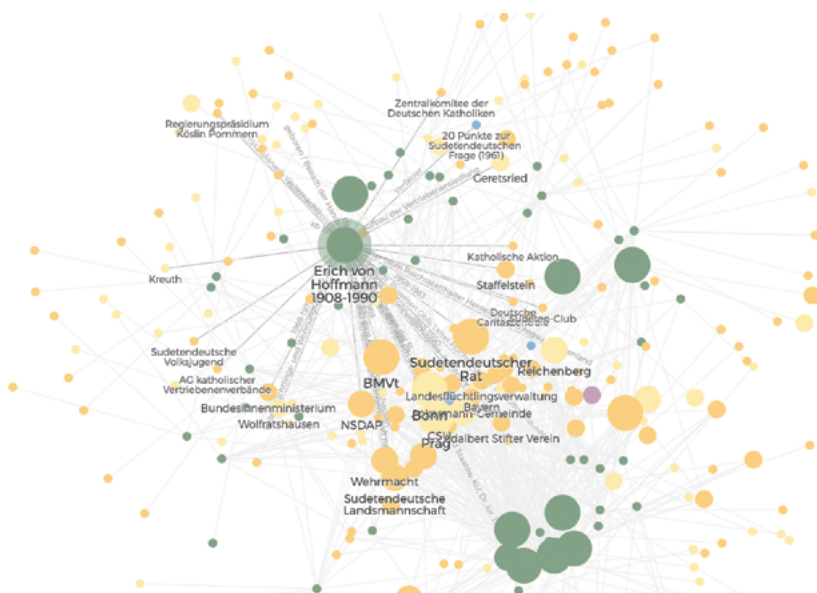


Abb. 5 Ego-Netzwerk Erich von Hoffmann¹⁶⁴

Katholiken, in dem er den Arbeitskreis für Ostfragen leitete. Wie ein Wegbegleiter formulierte: „Und überall hat er nicht nur dabeigesessen, sondern hat nachhaltig mitgearbeitet: hat mitgedacht, aufgeklärt, angeregt, formuliert.“¹⁶⁵

Betrachtet man das Ego-Netzwerk von Erich von Hoffmann, fällt seine starke Verankerung im Milieu der organisierten Sudetendeutschen auf: vor 1945 und nach 1945, gerade in einer katholischen geprägten Umgebung. Seine Positionierung in der Sudetendeutschen Landsmannschaft ist durch sein lokales Engagement markiert, in Bayern und später in Bonn. Auf hohe Posten im Bundesverband hat er verzichtet. Sein Wirken ist allerdings durch seinen großen Einfluss im Hintergrund gekennzeichnet: Er gilt nicht nur als Erfinder der bis heute wirksamen symbolpolitischen Formel der Sudetendeutschen als „vierter Stamm Bayerns“,¹⁶⁶ sondern er hat sich immer wieder zu heimatpolitischen Fragen in die inner-sudetendeutsche Debatte eingebracht.

Für die Landsmannschaft und die weiteren politischen Organisationen der Sudetendeutschen spielte das Münchner Abkommen in den 1960er und 1970er Jahren als Referenzdokument für das von ihr eingeklagte Heimat- und Selbstbestimmungsrecht die alles entscheidende Rolle. So hieß es beispielsweise in einem handlungsleitenden, unveröffentlichten Exposé, das von Hoffmann verfasst hatte:

164 Vgl. Fußnote 75.

165 Ohlbaum, Hoffmann wird achtzig Jahre, S. 4.

166 Franzen, Der vierte Stamm Bayerns, S. 315.

„Der Anspruch der Sudetendeutschen auf ihr angestammtes Siedlungsgebiet (Heimat) wird nicht nur grundsätzlich anerkannt; seine Geltendmachung gehört zu den Aufgaben der deutschen Aussenpolitik. [...] Es ist daran festzuhalten, dass die Übergabe der sudetendeutschen Gebiete an das Deutsche Reich 1938 völkerrechtlich gültig zustande gekommen und vollzogen worden ist. Das „Münchener Abkommen“ entsprach in seinem Ergebnis dem Selbstbestimmungsrecht, das den Sudetendeutschen 1919 vorenthalten worden war. Es ist daran festzuhalten, dass die sudetendeutschen Gebiete mindestens bis zur deutschen Kapitulation deutsches Reichsgebiet gewesen sind. Seither mag die Frage völkerrechtlich offen sein.“¹⁶⁷

Diese von Erich von Hoffmann aufgeführten Punkte finden sich wieder in einem Entwurf von Albert Karl Simon (1925–1982), für einen Brief des Sprechers der SL, Hans-Christoph Seeböhm (dessen Referent er war), an Bundeskanzler Ludwig Erhard aus dem Jahr 1964.¹⁶⁸

Noch wirkmächtiger: Von Hoffmann formulierte die „20 Punkte“ des Sudetendeutschen Rates, dem er angehörte, und der die Brücke schlug zwischen der Sudetendeutschen Landsmannschaft und den Vertretern der im Bundestag vertretenen Parteien – mithin die Brücke zwischen München und Bonn.¹⁶⁹ Die „Stellungnahme zur Sudetenfrage“, die Anfang der 1960er Jahre auch von der SL gebilligt wurde, bündelt in 20 kurz gefassten Abschnitten das Geschichtsbild der Volksgruppenorganisation, wie sie sich selbst bezeichnete, und verbindet es mit einem Ausblick. In dem Papier, das als zentrales Selbstvergewisserungsdokument der politisch organisierten Sudetendeutschen zumindest der 1960er und 1970er Jahre gelten kann, heißt es in Punkt 15:

„Wir bekennen uns sowohl zu dem naturrechtlichen Anspruch jedes Menschen auf unbehelligte Ansässigkeit an seinem rechtmäßigen Wohnsitz als auch zu dem Recht der Völker und der ethnischen, rassischen und religiösen Gruppen auf unbehelligte Ansässigkeit in ihren angestammten Siedlungsgebieten (Recht auf die Heimat). In unserem Fall verstehen wir darunter das Recht der sudetendeutschen Volksgruppe auf Rückkehr in ihre Heimat und auf ein ungestörtes Leben daselbst in freier Selbstbestimmung.“¹⁷⁰

Als Beamter im BMVt fand von Hoffmann seine berufliche Erfüllung, obgleich hier Heimatpolitik keine zentrale Rolle spielte. Es gibt einzelne Hinweise darauf, dass er im Bonner politischen Konzert als Mittler und Schaltstelle zwischen Bundespolitik und Landsmannschaftspolitik eingebunden war. So schreibt Karl Simon (1925–1991),

167 BayHStA, SdA, (unverzeichneter Bestand) Kanzlei des Sprechers Sammelakt 1949–1967, Erich von Hoffmann: Was erwarten die Sudetendeutschen von der Bundesregierung [o. D.].

168 Ebd.

169 Zum Sudetendeutschen Rat vgl. aus sudetendeutscher Perspektive Erich Maier: 40 Jahre Sudetendeutscher Rechtskampf. Die Arbeit des Sudetendeutschen Rates seit 1947. München 1987.

170 Stellungnahme zur Sudetenfrage (20 Punkte). Vom Plenum des Sudetendeutschen Rates beschlossen und am 7. Mai 1961 von der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft angenommen, in: Maier, 40 Jahre Sudetendeutscher Rechtskampf, S. 207–210.

Mitarbeiter der Außenstelle Bonn der Sudetendeutschen Landsmannschaft, an den Geschäftsführer der SL in München, Paul Illing (1904–1984):

„Lieber Landsmann Dr. Illing, Bundesminister Lemmer hat mich über Dr. von Hoffmann bitten lassen, ihm für kurze Zeit das Tonband über seine in Stuttgart gehaltene Rede zur Verfügung stellen zu lassen. [...] an die Adresse Bundesministerium für Vertriebene, z. Hd. Min.-Dirigent Dr. von Hoffmann, Bonn, Husarenstr. 30.“¹⁷¹

Vom Juni 1966 datiert ein Vermerk in der Sprecherregistratur von Seeböhm, der vermuten lässt, dass von Hoffmann auch am Zustandekommen der Gespräche zwischen der SL und der SPD, der CSU, der FDP und der CDU in den Jahren 1961 bis 1964 beteiligt war.¹⁷²

Auch sein Wirken im Sudeten-Club Bonn darf nicht unerwähnt bleiben. Von Hoffmann lud hier nicht nur als Co-Gastgeber neben Seeböhm ein, sondern gab mit Unterstützung des Clubs eine sudetendeutsche Dokumenten-Edition zur Außenpolitik heraus. In dem Vorwort der „Vier Dokumente zur außenpolitischen Lage der Sudetendeutschen“ charakterisiert er die Schriftstücke als

„beredtes Zeugnis von der Einmütigkeit des politischen Willens der Sudetendeutschen. Neben der Forderung nach Rückgabe der Heimat und der Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht kommt auch die Überwindung jeglichen Ressentiments gegen das tschechische Volk und der Wille zu einer echten deutsch-tschechischen Verständigung zum Ausdruck.“¹⁷³

Von Hoffman blieb nach 1945 sowohl den katholisch-sudetendeutschen Netzwerken als auch dem landsmannschaftlichen Überbau treu und arbeitete dort mit großem Engagement als Akteur im Hintergrund für seine Herkunftsgruppe.

3.2. Kulturpolitik. Die „Baronin“. Und auch: „unser Lothar“.

Franz Anton Fürst von Thun und Hohenstein (1890–1973), der 1. Vorsitzende des Adalbert Stifter Vereins, machte Bundesvertriebenenminister Lukaschek im Mai 1950 einen kreativen Vorschlag. Anlässlich des Pfingsttreffens der Sudetendeutschen in Kempten schlug er ihm „eine neue Form des Mäzenatentums“ vor. Er bat um einen Ankauf für die Graphik- und Kleinplastikausstellung des ASV¹⁷⁴ – mit Erfolg.

Der Stifter Verein gehörte zu den kulturellen Verbänden der Vertriebenen, die aufgrund ihrer landsmannschaftlichen Nähe zu den Herkunftsgruppen der Neubürger vom BMVt gefördert wurden – schon bevor die Bundesvertriebenengesetze ver-

171 BayHStA, SdA, Kanzlei des Sprechers 109, Schreiben von Karl Simon an Paul Illing, 16.07.1965.

172 BayHStA, SdA, Kanzlei des Sprechers 47, Die politischen Parteien und die Sudetenfrage, Juni 1966.

173 Vier Dokumente zur außenpolitischen Lage der Sudetendeutschen. O. O., o. J.

174 BArch, B 150/3437, Schreiben von Fürst von Thun und Hohenstein an Hans Lukaschek, 19.05.1950.

abschiedet und die Ausführungsbestimmungen zum Paragraf 96 erlassen wurden.¹⁷⁵ In einem dem Ministerium vorliegenden Rundbrief wurde die Vorgehensweise angesprochen, mit welcher der ASV seine Aufgaben – vor allem die „Errichtung einer kulturellen Heimstätte“ – zu erreichen gedachte:

„Es wird besonders Aufgabe des 2. Vorsitzenden, Staatssekretär Prof. Dr. Dr. Th. Oberländer sowie der neugewählten sudetendeutschen Abgeordneten im bayerischen Landtag sein, die Bundesregierung, die bayerische Staatsregierung und die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit der oben genannten Vorhaben zu überzeugen.“¹⁷⁶

Dass Oberländer dieser Aufgabe nachkam, darauf wurde bereits hingewiesen.¹⁷⁷

Neuen Schwung bekam die Beziehung des ASV zum BMVt durch Johanna von Herzogenberg. Die neue Geschäftsführerin des Stifter Vereins, die Baronin, wie sie genannt wurde, pflegte seit ihrem Amtsantritt 1952 in freundlichen Briefwechseln die Kommunikation mit Vertretern und Vertreterinnen des Ministeriums.¹⁷⁸ In der Folgezeit wurde Lothar Wieland (1905–1986) zu einem wichtigen Ansprechpartner in Fragen der Förderung des Adalbert Stifter Vereins.

Wielands Werdegang ist deswegen so interessant, weil er, sudetendeutsch-national geprägt und NS-belastet, sich nach dem Krieg als Bundesbeamter in gehobener Stellung intensiv für die Förderung der Sudetendeutschen respektive von sudetendeutschen Organisationen einsetzte – dabei aber der Landsmannschaft fernstand.

Lothar Ernst Josef Wieland wurde am 14. November 1905 in Schlesisch Ostrau Bezirk Friedek geboren und starb 1986 in Leverkusen. Der Sohn eines Lehrers wuchs in Ramsau (Ramsná) im Altvatergebirge auf, besuchte das Gymnasium in Freiwalddau (Jeseník), wo er 1924 sein Abitur ablegte. Danach studierte er Jura in Prag, wo er Mitglied der Studentenverbindung Teutonia war. 1931 wurde er promoviert. Ein Jahr darauf heiratete er die Enkelin des Naturheilarztes Johannes Schroth. Anschließend arbeitete er als Rechtsanwalt in Müglitz (Mohelnice) Bezirk Hohenstadt, wurde 1940 Bezirkshauptmann und 1942 Oberlandrat in Olmütz (Olomouc). Der hohe Regierungsbeamte im Reichsgau Sudetenland war Mitglied der NSDAP und der SS. Nach amerikanischer und sowjetischer Kriegsgefangenschaft gelangte er über Weiden in der Oberpfalz nach Bonn-Bad Godesberg. Wieland schlug sich in verschiedenen Berufen durch, bevor er 1950 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundesinnenministerium wurde. Im gleichen Jahr wurde er im BMVt angestellt, seit 1953 verbeamtet als Oberregierungsrat und später dort Abteilungsleiter für kulturelle Angelegenheiten. In seinem vom BMVt geprägten zweiten großen Abschnitt seines Berufslebens widmete er sich fortan der Förderung kultureller Institutionen und Projekte der Vertriebenen. Als Vorstandsmitglied des Stifter Vereins von 1961 bis 1973 verwundert es nicht, dass

175 Ebd., Vermerk betr. Heimatvertriebene Organisationen, die kulturelle Aufgaben erfüllen, 17.04.1951.

176 Ebd., Adalbert Stifter Verein, Landesleitung Bayern. Rundbrief Feber [sic] 1951.

177 Siehe den Abschnitt „Ein Memelländer in München und Bonn: Theodor Oberländer“.

178 Beispielhaft BArch, B 150/3437, Schreiben von Johanna von Herzogenberg an Anneliese Schodrok, 16.12.1952.

er sich für diese Einrichtung einsetzte: Er war ihr auch davor wohlgesonnen.¹⁷⁹ Sein Wirken fasste Wolfram Ruhenstroth, ein Wegbegleiter Wielands, so zusammen:

„Sein hervorragendster Verdienst ist fraglos die Begründung der Ostdeutschen Galerie in Regensburg. Eine Stiftung zu schaffen, die von allen Bundesländern gemeinsam getragen wird, bedarf nicht nur unermüdlicher Arbeit, sondern auch Einfallsreichtum und Verhandlungsgeschick. Die Kulturwerke der Vertriebenen, der Adalbert-Stifter-Verein, die Künstlergilde, die Archivierung der ostdeutschen Mundarten sowie der ostdeutschen Literaturbestände in Archiven der Bundesrepublik – dies alles war sein Feld, dem er sich mit Zielstrebigkeit und Energie, gelegentlich aber auch mit einer Beharrlichkeit verschrieben hat, mit der er es Vorgesetzten, aber auch Mitarbeitern mitunter nicht einfach machte, seine Vorstellungen mitzutragen und umzusetzen.“¹⁸⁰

Wieland als allseits anerkannter Förderer sudetendeutscher Anliegen? Im Juni 1960 wandte sich ein Vertreter der Bonner Außenstelle der SL an Franz Böhm (1908–1975), den Bundesvorsitzenden der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Thema war die Verleihung der Lodgman-Plakette an verdiente Landsmänner – noch initiiert durch deren Altsprecher selbst, Rudolf Lodgman von Auen. Konkret ging es um die Verleihung dieser Auszeichnung an Lothar Wieland. Karl Simon dazu:

„Hierbei fragte er mich, wie ich über eine Verleihung der Lodgman-Plakette an Dr. Wieland denke. Ich antwortete ihm darauf, daß ich auch aus der Kenntnis der Bonner Situation heraus starke Bedenken hinsichtlich der zu erwartenden Reaktion in den Bonner SL-Kreisen anmelden müsse. Von Dr. Wieland sei in Bonn allgemein bekannt, daß er eine hohe Stellung einnehme, daß er aber gleichzeitig bei den Veranstaltungen der SL Bonn nie gesehener Gast sei. [...] Über die Verdienste von Dr. Wieland um die SL konnte LM. Simon lediglich sagen, daß die Subventionierung des Stifter-Vereins und der Broschüre ‚Sudetenland‘, die LM. Dr. Aschenbrenner herausgibt, durch Dr. Wieland erfolgt. [...] Soweit ich als Leiter der Außenstelle bisher mit dem Vertriebenenministerium über Subventionierungen verhandelte, war Dr. Schlicker mein Verhandlungspartner. [...] Und zwar rief mich der persönliche Referent von Staatssekretär Dr. Nahm, Herr Ruhenstroth-Bauer (der übrigens Landsmann, aber nicht Mitglied der SL ist) an. RB hatte vorher mit meinem Münchner Namensvetter gesprochen und von diesem erfahren, daß Dr. Wieland für die Auszeichnung nicht vorgesehene sei. Er erklärte mir, daß es ‚unmöglich‘ sei, die Plakette dem Kulturreferenten des Gesamtdeutschen Ministeriums zu verleihen und nicht auch dem Kulturreferenten seines Ministeriums. Dr. Wieland habe zumindest genauso viele Verdienst um die SL wie Dr. Chyla; wenn der ‚Proporz‘ nicht gewahrt werde, müsse man das als Brückierung des Vertriebenenministeriums auffassen etc.“¹⁸¹

179 Biographische Sammlung des Collegium Carolinum.

180 Wolfram Ruhenstroth: Bewahrer und Förderer des ostdeutschen Kulturgutes. Erinnern an den Mährisch-Ostrauer Lothar Wieland. Herausragendster Verdienst. D[Grammatik unklar]ie Begründung der Ostdeutschen Galerie in Regensburg, in: Sudetendeutsche Zeitung, 23.01.1987, S. 5.

181 BayHStA, SdA, Kanzlei des Sprechers 234, Schreiben der Außenstelle Bonn an den Vorsitzenden der BV der SL Franz Böhm, 24.06.1960. Betrifft: Ministerialrat Dr. Wieland – Nicht-Verleihung der Lodgman-Plakette.

Doch weiteren Information aus diesem Schreiben zufolge ließ sich Lodgman durch den Druck aus dem Sekretariat von Peter Paul Nahm nicht erweichen: Er kenne Wieland nicht.¹⁸² Lothar Wieland, so ein Vermerk der SL, war Mitglied der Ortsgruppe Bonn seit dem 1. Juli 1951. Am 29. März 1960 sei er ohne Angaben von Gründen durch schriftliche Erklärung ausgetreten. Er sei nur zahlendes, nicht aktives Mitglied gewesen.¹⁸³

Kurz darauf wandte sich Walter Richter, Bezirksobmann der SL Oberbayern an seinen Bundesvorsitzenden:

„Lieber Landsmann Dr. Böhm! Bei meinem letzten Besuch in Bonn mußte ich folgende Feststellung machen. Der uns seit Jahren sehr wohl gesinnte Ministerialrat Dr. Wieland im Bonner Vertriebenenministerium hat seinen Austritt aus der SL erklärt, weil er durch die Art, wie die Vorbereitungen der Verleihung der Dr-Lodgman-Plakette getroffen worden sind, sich stark beleidigt fühlen muß. [...] Die Tatsache aber, daß der Heimatpolitische Referent der SL, einer der wenigen, der mit dieser Angelegenheit zu tun hatte, gesagt hat: ‚Wer ist Dr. Wieland, wir kennen ihn nicht, er ist unbekannt,‘ zeigt, mit welchen Scheuklappen die einzelnen Referenten oder Verantwortlichen seit Jahren ihre Arbeit tun. Herr Dr. Wieland hat auf dem kulturellen Sektor sehr viel für uns getan, nicht zuletzt er war es, der dem Bundeskulturreferenten Dr. Aschenbrenner die Möglichkeit gab, die ausgezeichnete Vierteljahreszeitschrift ‚Sudetenland‘ herauszubringen. [...] Ich kann aber nicht zulassen, daß Freunde, die wir in Ministerien sitzen haben, auf diese Art und Weise von uns getrennt werden. [...] Ich kann mir vorstellen, daß dies nicht das erste mal [sic] war und ich kann mir vorstellen, daß auf dieselbe Art und Weise bereits viele Freunde verärgert worden sind. Sorgen Sie bitte auch dafür, daß dies in Zukunft nicht mehr geschehen kann und vor allem, daß der Heimatpolitische Referent nicht im Stande ist, dem Kulturreferenten die Arbeit derart zu erschweren.“¹⁸⁴

Mit ähnlich eindringlichem Tonfall setzte sich zeitlich fast parallel Viktor Aschenbrenner, Bundeskulturreferent der Landsmannschaft, beim Sprecher der SL, Hans-Christoph Seeböhm, für Lothar Wieland ein. Staatssekretär Nahm persönlich habe Wieland für die Auszeichnung der SL vorgeschlagen, so Aschenbrenner.

„Da ich als Bundeskulturreferent seit Jahren mit Dr. Wieland zusammenarbeite und jederzeit seine Unterstützung fand, wenn es sich um Angelegenheiten handelte, die in die Kompetenz seiner Tätigkeit fielen und die Angelegenheiten von Format und Bedeutung betrafen, bin ich außerordentlich erstaunt, daß man seitens Dr. Lodgman und seiner Mitarbeiter es nicht für notwendig befand, mich in Kenntnis zu setzen und zu befragen. [...] Bei aller Anerkennung der persönlichen Einflußnahme Dr. Lodgmans handelt es sich doch nicht um einen Privatorden des Hauses Lodgman, sondern um Ehrungen, die der Sprecher namens der Volksgruppe vornimmt. Bekanntlich wird der Adalbert Stifter Verein durch das Bundesvertriebenen-Ministerium gefördert. Dieser Verein ist aufgrund einer Vereinbarung als Kulturwerk der Sudetendeutschen Volks-

182 Ebd.

183 Ebd.

184 Ebd., Schreiben von Walter Richter an Franz Böhm, 13.04.1960.

gruppe anerkannt. Man kann auch unter diesem Gesichtspunkt dem Abteilungsleiter des Bundesvertriebenenministeriums für kulturelle Angelegenheiten, Dr. Wieland, nicht Verdienste um die Sudetendeutsche Volksgruppe absprechen. Jedenfalls nicht dann, wenn man auf der anderen Seite Oberregierungsrat Chylla [sic] eine solche Auszeichnung zukommen lässt. [...] Ich darf Sie weiterhin bitten, einen Weg zu sichern, wie man Ministerialrat Dr. Wieland seitens der Sudetendeutschen Landsmannschaft erstens zum Ausdruck bringen könnte, daß seitens der Sudetendeutschen Volksgruppe ihm gegenüber es an Vertrauen nicht mangelt und daß man seine Hilfsbereitschaft durchaus positiv zu werten weiß.“¹⁸⁵

Die in Kreisen des Ministeriums unangenehme Angelegenheit zog sich noch mehrere Monate hin. Im Dezember 1960 intervenierte Karl Simon noch einmal und wandte sich an Hans Rückel, verantwortlich für die Abteilung Organisation der SL. Simon wies nachdrücklich daraufhin, dass die nun geplante Verleihung der Plakette an Wieland in der Ortsgruppe Bonn der SL „sehr kritisch beurteilt wird“. „Unsere Bonner Landsleute vernehmen sehr aufmerksam die Teilnahme unserer beiden in Bonner Behörden tätigen Landsleute. Dr. Wieland war leider ein bei den Veranstaltungen der Ortsgruppe Bonn nie gesehener Gast.“¹⁸⁶

Seebohm entschied sich in dieser Frage letztendlich für die Annahme eines nunmehr vorliegenden Antrags des Bundesvorstands der SL und damit für die Verleihung der Auszeichnung an Wieland.

Was zeigt diese hier in längeren Auszügen dokumentierte Episode? Sehr anschaulich wird in dieser Randgeschichte sichtbar, welche Bruchlinien in der SL selbst zu finden waren, nicht zuletzt in Bezug auf die interne Kommunikation leitender Stellen. Dazu traten Kontroversen oder Aversionen im Vertriebenenministerium: zum einen unter den dort arbeitenden Sudetendeutschen, die mithin nicht als homogene Gruppe eingeordnet werden können. Zum anderen offenbarte auch das Verhältnis zu Staatssekretär Nahm Risse: So weigerte sich der Sudetendeutsche Rudolf Abendroth, der ebenfalls ausgezeichnet werden sollte, die Plakette in Anwesenheit Nahms entgegenzunehmen, „da er mit diesem aus gewissen Gründen nicht auf gutem Fuße steht.“¹⁸⁷

Hatte sich nicht Lodgman von Auen zehn Jahre zuvor bei Hans Lukaschek darüber beklagt, dass zu wenig leitende Beamte mit sudetendeutschem Hintergrund im BMVt tätig seien?¹⁸⁸ Und nun zeigte er, dass er diese leitenden Beamten ignorierte, ja abwertete? Selbst ein Beamter sudetendeutscher Herkunft – weltanschaulich dem völkischen Lager zugewandt wie viele seiner Landsmänner und Kollegen –, der sich massiv und nachhaltig für die Förderung von sudetendeutschen Einrichtungen einsetzte, war nur dann kein anderer, wenn er sich darüber hinaus aktiv am Identitätsmanagement der Sudetendeutschen Landsmannschaft beteiligte. „Unser Lothar“, wie er emphatisch in einem Geburtstagsgruß von anderer sudetendeutscher Seite titulierte

185 Ebd., Schreiben von Viktor Aschenbrenner an Hans-Christoph Seebohm, 12.04.1960.

186 Ebd., Schreiben von Karl Simon an Hans Rückel, 14.12.1960.

187 Ebd., Schreiben von Karl Simon an Viktor Aschenbrenner, 19.01.1961.

188 Siehe den Abschnitt „Landsmannschafts-Arithmetik“.

wurde,¹⁸⁹ „unser Lothar“ war mithin ein von einflussreichen Strömungen der SL ausgegrenzter Herkunft-Sudetendeutscher, kein Landsmann.

Wie bitter mag das für Lothar Wieland gewesen sein? Erst hatten bestimmte Gruppen der SL in Bonn seine Auszeichnung verhindern wollen – und nun weigerten sie sich aus ihrer Sicht erfolgreich, Wieland in ihrem Kreis bei einer offiziellen, öffentlichen Veranstaltung zu ehren. Es kam zu einer „Alleinverleihung“ – so das Wording: de facto eine Form der scharfen Abgrenzung. Im Fürstenzimmer des Hauptbahnhofs Bonn wurde am 28. Februar 1961 eine Hufeisen-Tafel gebildet. Um 19.30 Uhr begann die interne Veranstaltung. Nahm war dabei, auch Erich von Hoffmann, Rudolf Abendroth, Viktor Aschenbrenner, Karl Simon, wenige andere: Wohlgesonnene und Gegner. Es gab Suppe, Fleischgang, Nachspeise und einen einfachen Mosel.¹⁹⁰

4. Husarenstraße 30: Karpfen im Hechtteich, Vertriebene im Ministerium

Husarenstraße 30 in Bonn: So lautete viele Jahre die Adresse des Bundesvertriebenenministeriums. Als Husaren werden bzw. wurden spezifische Truppenteile der Kavallerie bezeichnet: Etymologisch findet sich der Begriff wohl im Wortfeld Bote, Räuber, Pirat. Ob sich der jeweilige Bundesvertriebenenminister als ‚Husar‘ verstanden hat, ist nicht überliefert – und auch unwahrscheinlich. Leicht hatten es die Vertriebenenminister nie. Gewaltige Aufgaben der Integration von Millionen Neubürgern standen auf der einen Seite. Ansprüche und teils scharfe Kritik von sich politisierenden und organisierenden Vertriebenenverbänden auf der anderen Seite warfen die zuständigen Beamten immer wieder ins Kreuzfeuer.¹⁹¹ Dazu kamen schon früh Gedankenspiele um die Relevanz der Behörde. Schon 1953 wollte die „Westdeutsche Allgemeine“ erfahren haben, dass die Bundesregierung aus dem fortgeschrittenen Prozess der Integration der Vertriebenen den Schluss gezogen habe, eine besondere Interessensvertretung sei nicht mehr nötig.¹⁹² Auch in den Folgejahren wurde die Existenz dieses Ministeriums immer wieder in Frage gestellt.¹⁹³

Gemeinsame Sache oder Nebensache? Diese Leitfrage der Untersuchung richtete sich auf das Beziehungsgeflecht zwischen politisch organisierten Sudetendeutschen und dem Bundesvertriebenenministerium in den Jahren 1949 bis 1969: Wie konflikt-

189 Ministerialdirigent Dr. Lothar Wieland, 65 Jahre, in: *Alt Vater* 89 (1970), S. 150f.

190 BayHStA, SdA, Kanzlei des Sprechers 234, Notiz zur Auszeichnung Lothar Wielands mit der Lodgman von Auen-Plakette.

191 Vgl. dazu die anderen Beiträge des vorliegenden Bandes, die aus unterschiedlicher Perspektive das spannungsreiche Verhältnis zwischen BMVt und Vertriebenenverbänden beleuchten.

192 Bonn erwägt Auflösung des Flüchtlingsministeriums, in: *Westdeutsche Allgemeine* (Essen), 08.09.1953.

193 Beispielhaft Paul Pucher: Ein überflüssiges Amt, in: *Stuttgarter Zeitung*, 21.09.1960: „Heute, fünfzehn Jahre nach Kriegsende, kann man mit vollem Recht behaupten, daß die Eingliederung der entwurzelten Menschen in unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft nahezu abgeschlossen ist. Dank dafür gebührt ohne Zweifel in hohem Maße auch dem Vertriebenenministerium, das damit aber gleichzeitig seine Aufgaben erfüllt hat.“

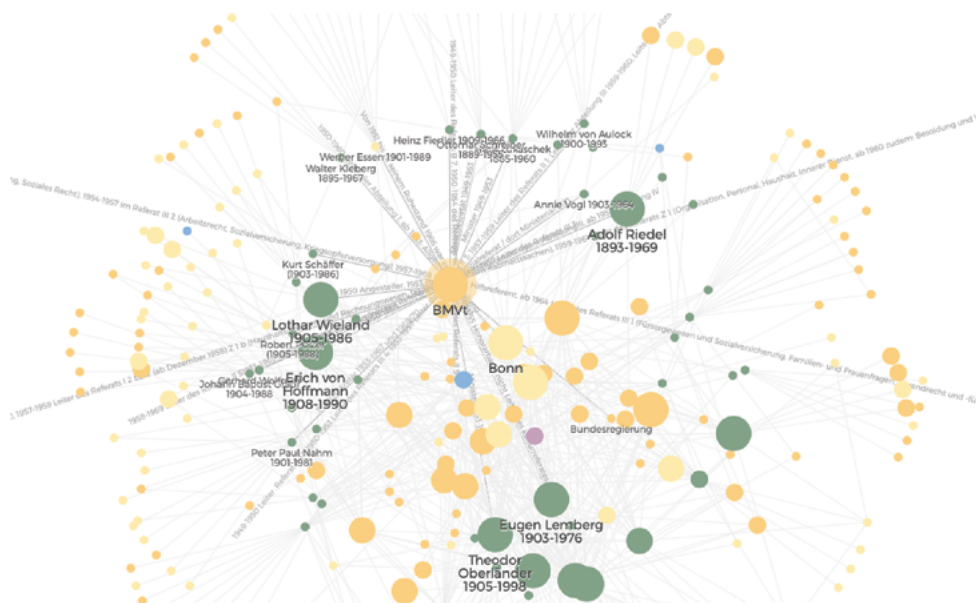


Abb. 6 Netzwerk BMVt¹⁹⁴

haft war es, wie harmonisch? Welche Bedeutung wurde diesem Verhältnis von beiden Seiten zugemessen?¹⁹⁴

Die Studie kann lediglich vorsichtige Einblicke in derartige Beziehungen geben. Denn auch wenn versucht wurde, Elemente der historischen Netzwerkforschung aufzugreifen, handelte es sich hier methodisch nicht um eine systematische Netzwerkanalyse, insbesondere da die datengestützte Quellenbasis, der Quellenkorpus, nicht scharf genug abgegrenzt werden konnte – und auch nicht sollte. Das Ergebnis könnte jedoch ein Baustein sein für weitere der historischen Netzwerkforschung verpflichteten Studien.

Gesellschaften als personelle Gesamtnetzwerke zu verstehen – wiederum zusammengesetzt aus kleineren Netzwerken verschiedener Gruppen –, ist erkenntnisfördernd; das zeigen die hier untersuchten Fallbeispiele deutlich. Fokussiert wurde vor allem eine elitäre Gruppe von Akteuren: Funktionäre der Sudetendeutschen, die nach 1945 durch ihre Arbeit in landsmannschaftlichen Verbänden eine herausragende Stellung unter den fast zwei Millionen Vertriebenen aus Böhmen und Mähren in der Bundesrepublik Deutschland eingenommen haben: Ethnical Leaders. Auch aufgrund einer weiter sich dynamisch entwickelnden Quellenlage sollte nicht allein auf eine quantitative Analyse abgezielt werden, welche die Anzahl der bestehenden Kontakte

¹⁹⁴ Vgl. Fußnote 75.

einer Person oder Personengruppe beschreibt. Vielmehr gilt es, soweit es die Quellenlage erlaubt, zumindest punktuell auch die Art der Beziehungen zu untersuchen.

Ein konkretes Ergebnis besteht in der Erstellung eines Netzwerk-Diagramms, aus dem die Abbildungen für diesen Aufsatz generiert wurden. Es handelt sich dabei um kein abgeschlossenes, sondern um ein prozessuales Zwischen-Ergebnis: es wird auch in Zukunft weiter daran gearbeitet. Bereits jetzt werden Netzwerke sudetendeutscher Akteure vor und nach 1945 und ihre Verbindungen mit dem Bundesvertriebenenministerium deutlich.

Lassen sich ausgehend vom Begriff „Clique“, in netzwerktheoretischer Hinsicht verstanden als informelle Gruppe mit hoher Beziehungsdichte, vergangenheitspolitische Beziehungsmuster erkennen, die für das Verhältnis zwischen dem Bundesvertriebenenministerium und den landsmannschaftlich organisierten Sudetendeutschen von Relevanz sind? Die Analyse erbrachte zwei koexistierende, aber unterschiedliche Befunde. Die beiden Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Lodgman von Auen und Seeböhm, unterschieden sich deutlich von einer Gruppe von Sudetendeutschen, die ihre (partei-)politische Sozialisation im Volkstumskampf der 1920er und 1930er Jahre erlebt hatten. Lodgman hatte sich in den 1930er Jahren aus der Öffentlichkeit weitgehend zurückgezogen und Seeböhm war als Unternehmer erst nach dem Zweiten Weltkrieg soweit, eine politische Rolle anzunehmen. Sie standen nach 1945 zwar keinesfalls abseits der großen Volkstumsorganisationen, waren keine Außenseiter, aber sie konnten auch nicht nahtlos an eine der drei klassischen Traditionsströmungen (katholisch-religiös, sozialdemokratisch, national-völkisch) anschließen. Seeböhm scheint im Vergleich der beiden Sprecher derjenige gewesen zu sein, der durch seine nur kompliziert zu konstruierende sudetendeutsche Identität und seine regionale Verankerung nach 1945 in Niedersachsen und Bonn nicht Teil der meinungsstarken und einflussreichen Gruppe der Sudetendeutschen in Bayern war. Seeböhm umgab diesbezüglich die Aura eines Solitärs, der aber durch seine Stellung als Bundesminister mehr oder weniger unangreifbar innerhalb der Sudetendeutschen war.

Interne inhaltliche Konflikte und Streitigkeiten kamen vor – wurden allerdings weitgehend verschwiegen bzw. zugedeckt. Selbstverständlich existierten persönliche Animositäten. Bemerkenswert ist aber die „Cliquenbildung“ nach außen. Massiven Unterschieden in weltanschaulicher Perspektive und harter politischer Auseinandersetzungen bis 1945 zum Trotz arbeiteten die Angehörigen der oben erwähnten, sehr unterschiedlichen Gesinnungsgemeinschaften gemeinsam in Gremien wie der Landsmannschaft, aber auch gerade im Sudetendeutschen Rat, zusammen. Maßgeblich war dafür die Vorstellung, dass nur eine gemeinsame Stimme aller deutschen Vertriebenen aus Böhmen und Mähren vertriebenenpolitischen Erfolg verspreche: Die heterogene Gruppe der Sudetendeutschen trat nach außen überwiegend als homogene Einheit auf.

Die Teil-Netzwerke, die nach 1945 zu beobachten sind, hatten ihren Ursprung in Beziehungsgeflechten, die schon vor 1945 gebildet worden waren. Insbesondere die Nuller-Jahrgänge des 20. Jahrhunderts sind überdurchschnittlich stark vertreten, nicht überraschend ist ein Durchlaufen der Station Prag für die meisten der unter-

suchten Personen dieser Generation vorzufinden. Als bemerkenswerte kontextuelle Merkmale sind für einen Teil der beobachteten Personen die Zugehörigkeit zu Jugendbünden und Studentenverbindungen bei Akademikern zu nennen. Auffällig hoch war der Anteil von ihnen mit NSDAP-Mitgliedschaft. Sie spielte für die Zugehörigkeit zur landsmannschaftlichen Gruppierung insofern keinerlei Rolle, da sie kein Nicht-Zutritts- oder gar ein Ausschlusskriterium war: Das galt auch für die sudetendeutschen Beamten und Angestellten im BMVt. Wie der Fall Lothar Wieland zeigt, war für das In und Out der Wir-Gruppe viel eher relevant, ob man sich aktiv zu ihr bekannte oder – wie Wieland – eben nicht.

Selten erwähnt und in den Netzwerken kaum sichtbar sind Frauen. Sie waren in mittleren und höheren Positionen sehr selten anzutreffen, ob in der Sudetendeutschen Landsmannschaft, oder im Bundesministerium für Vertriebene. Beide waren Männerwelten und entsprachen damit der Politik und Gesellschaft der frühen Bundesrepublik. Ob es sich dabei vor allem um „faschistoide Männertypen“ (ohne voll entwickeltes Ich im Freudschen Sinn, zu Angstabwehr gezwungen, gleichzeitig hochfunktional und nicht autistisch) handelte, wie sie Klaus Theweleit in seiner bahnbrechenden Studie aus den 1970er Jahren beschreibt, bleibt unbeantwortet.¹⁹⁵ Katharina Aubele ist es zu verdanken, als erste einen analytischen, umfassenden Blick auf vertriebene Frauen in Kirche, Verbänden und Politik in der Bundesrepublik geworfen zu haben. Was die Vertriebenenverbände angeht, kommt Aubele zu einem nüchternen Fazit: „Im Rahmen der Aufgabenverteilung der Vertriebenenverbände blieb den Frauen die Frauenarbeit.“¹⁹⁶ Aubeles Verdienst ist es u. a., zahlreiche einzelne Biografien aus dem Dunkel ins Licht zu setzen. Spannend für diese Studie ist insbesondere die Ausnahmeerscheinung Annie Vogl (1903–1964), auf die auch schon Anita Berning hingewiesen hat.¹⁹⁷ Vogl wurde in West-Böhmen geboren. Auf das Schwesternpensionat folgte das Abitur, dem sich ein Studium der Fächer Jura, Psychologie und Pädagogik in Prag mit Promotion anschloss. Danach war sie bis 1938 als Richterin tätig. Kurzzeitig in der Leitmeritzer Justizverwaltung, richtete sie danach eine Bildungsanstalt für Frauenberufe in Reichenberg ein. Nach der Vertreibung kam sie zunächst als Rechtsreferentin nach Würzburg, dann übernahm sie den Aufbau und die Leitung der Caritas-Schulungsstätte in Greding. Während ihres Studiums war sie beim Staffelstein, ab 1946 in der Ackermann-Gemeinde aktiv. Vogl war auch Mitglied der SL. Ab 1950 arbeitete sie als eine von wenigen Frauen im BMVt. 1957 zur Ministerialrätin befördert war sie Leiterin des Sozialreferates und Kollegin von Erich von Hoffmann.¹⁹⁸ Auch als höhere Beamtin blieb Vogl – soweit bekannt – jenseits des

195 Klaus Theweleit: *Männerphantasien*. 2 Bde. Frankfurt a. M./Basel 1977, 1978. Neuausgabe Berlin 2019.

196 Katharina Aubele: *Vertriebene Frauen in der Bundesrepublik Deutschland. Engagement in Kirchen, Verbänden und Parteien 1945–1970*. München 2018, S. 270.

197 Anita Berning: Annie Vogl, in: Raimund Paleczek (Hrsg.): *Die Ackermann-Gemeinde. Integration und Dialog – sechs Jahrzehnte Friedensarbeit*. München 2007, S. 112f.

198 Aubele, *Vertriebene Frauen in der Bundesrepublik*, S. 416f.

sudetendeutschen Machtzirkels, sie war, anders als von Hoffmann, auch kein Mitglied des Sudetendeutschen Rates.

Die Kontakte zum Bundesvertriebenenministerium für die hier in den Blick genommenen sudetendeutsche Netzwerke konnten nur bruchstückhaft beschrieben werden – nicht zuletzt aus Gründen der Quellenüberlieferung: Aus amtlichen Schriftstücken lassen sich nur in günstigen Fällen solche Beziehungsmuster ableiten, wie an einigen Stellen der Studie deutlich wird. Gemeinsame Sache oder Nebensache? Ganz pauschal geantwortet: Sowohl als auch. Die im BMVt arbeitenden sudetendeutschen höheren Angestellten und Beamten haben sich, soweit nachvollziehbar, stets wohlwollend den Anliegen von Vertretern ihrer Herkunftsgruppe gegenüber verhalten – im Rahmen ihrer Vorschriften. Das Bundesvertriebenenministerium war kein Bundessudetenministerium – Grund zur Beschwerde, dass der ‚Proporz‘ unter den dortigen Mitarbeitern nicht gegeben sei, hatten Verbandsvertreter jedoch nicht.

Nimmt man die Blickachse der Volksgruppenführung ein, so bestätigt die Untersuchung eine bereits belegte Erkenntnis: Trotz allen Einsatzes auf dem Feld der Sozialpolitik, der Integrationspolitik also, gerade auch für Vertriebene aus Böhmen und Mähren, bildete für die hier beobachtete Führung auf Bundesebene gerade nach der Verabschiedung des Lastenausgleichsgesetzes die Außenpolitik das mit Abstand wichtigste Politikfeld. Und sudetendeutsche Außenpolitik – Heimatpolitik – wurde an anderer Stelle verhandelt, mit anderen Partnern. Zur Not in Bayern.

Mehr als Lobbyismus? Zumindest handelte es sich hier um eine Form des Lobbyismus mit identitärer Konnotation, die über den Bereich des hier untersuchten Rahmens des BMVt hinausging: Die Vertriebenenverbände, das waren in Zeiten des Kalten Krieges immer auch Angehörige eines ‚Netzwerks Deutschland‘ – über die Form und über die Grenzen dieses Deutschland wurde erbittert gestritten.

Michael Schwartz

Informelle Politik-Produktion

Netzwerk-Relationen zwischen Bundesvertriebenenministerium und Vertriebenenverbänden 1949–1969

„Die Rede soll sein von Seilschaften und Netzwerken, vom Proviant, von Wetterstürzen und Biwaks, eventuell auch von Abstürzen.“¹

1. Netzwerke in der Vertriebenenpolitik

Der „herausgehobene Stellenwert“ von Vertriebenenpolitik für die Bundesrepublik Deutschland der 1950er und 1960er Jahre ergibt sich schon auf den ersten Blick aus der Tatsache, „dass bis 1969 ein eigenes Bundesministerium für die Vertriebenen existierte“. Zwar hat dasselbe in den einschlägigen Gesetzgebungsprozessen – namentlich beim Lastenausgleich – „nur eine untergeordnete Rolle“ zu spielen vermocht. Dennoch besaß seine bloße Existenz „eine nicht zu unterschätzende symbolische Bedeutung“.²

Nun wurde und wird Vertriebenenpolitik – wie alle Politik – nicht nur von Institutionen bzw. in Aushandlungsprozessen zwischen Institutionen gemacht. Netzwerk-Verflechtungen, in ihren Kooperationen wie in ihren Konflikten, sind sowohl innerhalb einer Institution, z. B. in einem Vertriebenenministerium, als auch zwischen Institutionen, z. B. zwischen Ministerium und Vertriebenenverbänden, mindestens ebenso bedeutsam. „Ein Netzwerk ist im wesentlichen eine Gruppe von Leuten, die einander kennen.“ Solche „Netzwerke können auf verschiedenen Bindungen beruhen: Freundschaft, Religion, Politik, Verwandtschaft, Handel, Beruf usw.“³

1 Rosa-Maria Bleisteiner: „to Henry. A letter from Alaska, in: Reiner Hoffmann/Ulrich Mückenberger (Hrsg.): Die Wahrheit der Träume. 1968 und heute – ein Kaleidoskop. Münster 1994, S. 50–54, insb. S. 50.

2 Udo Wengst: 60 Jahre Bundesrepublik und die Vertriebenen. Ausgangslage – Entwicklung – Perspektiven. München 2011, S. 14.

3 John J. Gumperz: Zur Ethnologie des Sprachwandels, in: Dieter Cherubim (Hrsg.): Sprachwandel. Reader zur diachronischen Sprachwissenschaft. Berlin/New York 1975, S. 335–355, insb. S. 346.

Aus der Palette der wissenschaftlichen Theorieangebote, die für die Analyse von Institutionen und von Netzwerken zur Verfügung stehen,⁴ folgen wir bei unserer Rekonstruktion der Vernetzungen zwischen dem vertriebenenpolitischen Sonderressort und den Selbstorganisationen von Vertriebenen zum einen neuesten soziologischen Überlegungen zu ‚Organisationskulturen‘. Demnach bildet sich parallel zur formalen Struktur einer Organisation stets auch eine informelle Struktur aus – die eigentliche ‚Organisationskultur‘. Deren Analyse lenkt den Blick auf „das Netzwerk bewährter kommunikativer Trampelpfade, die in einer Organisation immer wieder beschritten werden“;⁵ auf informelle kurze Dienstwege jenseits formaler Hierarchien. Dementsprechend setzt unsere Analyse der Netzwerkstrukturen zwischen Bundesregierung, insbesondere dem Vertriebenenministerium, und Vertriebenenverbänden sowohl die formale als auch die informale Seite institutioneller Akteure systematisch miteinander in Beziehung. Sie unterscheidet zwischen der offiziellen ‚Schauseite‘ einer Organisation und ihrer informalen Organisationskultur.

Diese Erkenntnisse der Forschung zu Organisationskulturen verbinden wir zum anderen mit jenen der soziologischen Netzwerkforschung. Letztere hat darauf hingewiesen, dass nicht nur individuelle Personen, sondern auch Organisationen, Ministerien, Abteilungen, Interessengruppen und Einzelorganisationen jeweils als Akteure in Netzwerken fungieren.⁶ Mit einem solchen interorganisationellen Ansatz kommen die uns interessierenden Kooperationen und Konflikte zwischen BMVt und Vertriebenenverbänden in den Blick. Denn die informale Organisationskultur basiert ganz wesentlich auf Vernetzungen, auf Netzwerk-Kooperationen ebenso wie auf Konflikten zwischen konkurrierenden Netzwerken.

Die soziologische Forschung unterstreicht zudem die *dynamische* Entwicklung solcher Netzwerke.⁷ Demnach erfolgt Netzbildung stets unter ähnlichen bestimmten Bedingungen: So erhöht die Gelegenheit zum Kontakt die Wahrscheinlichkeit, eine dauerhaftere Beziehung zu bilden. Positive Beziehungen entstehen „eher bei Übereinstimmungen von Einstellungen“ sowie bei „Zugehörigkeit zu gleichen sozialen Kategorien“. Das Netzwerk basiert auf Reziprozität („Wechselseitigkeit“). Es geht um *Zugang* zu Informationen, wofür die Vernetzung mit zentralen und dadurch früher oder besser informierten Akteuren essentiell ist; es geht um *Macht*, also um die Fähigkeit, die Durchsetzung eigener Ziele zu erreichen. Es entsteht sozialer *Anpassungsdruck*, indem zumindest „dichte Netzwerke“ – im Gegensatz zu lockerer gefügten – zu kooperativem Verhalten bei gleichzeitiger Übernahme gemeinsamer

4 Vgl. den einführenden Beitrag von Mathias Beer im vorliegenden Band, in dem auch die Ansätze ausführlich dargestellt werden, denen unser Beitrag verpflichtet ist.

5 Stefan Kühl: Organisationskulturen beeinflussen. Eine sehr kurze Einführung. Wiesbaden 2018, S. 13.

6 Dorothea Jansen/Klaus Schubert: Netzwerkanalyse, Netzwerkforschung und Politikproduktion. Ansätze zur „cross-fertilization“, in: Dies. (Hrsg.): Netzwerke und Politikproduktion. Konzepte, Methoden, Perspektiven. Marburg 1995, S. 9–23.

7 Vgl. ausführlich Christian Stegbauer/Roger Häußling (Hrsg.): Handbuch Netzwerkforschung. Wiesbaden 2010; Jan Arendt Fuhse: Soziale Netzwerke. Konzepte und Forschungsmethoden. Konstanz/München 2018.

Ideen und Denkweisen führen. Netzwerke mit einem Grad „hoher Zentralisierung“ tendieren folglich stärker als andere zu *koordiniertem Handeln*.⁸

Diese soziologischen Ansätze bilden die Grundlage für eine vertiefte historisch-empirische Analyse des vertriebenenpolitischen Politikfeldes, mit Blick auf *informelle Politik-Produktion*, namentlich zwischen dem Vertriebenenressort der Bundesregierung und den zentralstaatlichen Organisationsebenen der Vertriebenenverbände, für die ersten beiden Jahrzehnte der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1949 und 1969.

Das gemeinhin als „Bundesvertriebenenministerium“ (BMVt) bezeichnete Ressort der Bundesregierung, dessen symbolpolitische Bedeutung eingangs angesprochen worden ist, ist 1949 tatsächlich ausdrücklich als exklusives Ministerium „für Vertriebene“ gegründet worden. Aber bereits 1954 wurde es mit Blick auf „Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte“ in seinem Aufgabenzuschnitt und damit in seinen darauf Bezug nehmenden Vernetzungen erheblich ausgedehnt.⁹ Seitdem keineswegs nur noch „für Vertriebene“ zuständig, wurde das Ministerium auch fürderhin von Vertriebenenfunktionären als deren *ureigenes Ressort* betrachtet. Dies führte zu engen Vernetzungen zwischen Ressort und Vertriebenenverbänden, aber auch zu Konflikten und Enttäuschungen – bis hin zur beredten Klage über „die Entmachtung der Vertriebenen“, an der nicht zuletzt das Vertriebenenressort eine Mitschuld getragen haben soll.¹⁰

Damit ist das Spannungsfeld umrissen: Das vertriebenenpolitische Politikfeld der frühen Bundesrepublik zeichnete sich durch „komplexe [...] Akteurskonstellationen“ aus. Es wurde durch „ein ‚Politik-Netzwerk‘“ geprägt, in dem auch Vertriebene auf unterschiedliche Weise – als Parlamentarier, Minister, Ministerialbürokraten oder Verbandsvertreter – „in das ‚policy making‘ involviert“ wurden: „Die Flüchtlingsvertreter brachten ihre Interessen und Erwartungen in den politischen Prozeß ein, konnten aber gleichermaßen die Informations- und Entscheidungsgrundlage der Beteiligten erweitern und vor allem bei ihrer Klientel dafür sorgen, daß die getroffenen Lösungen [...] akzeptiert würden.“ In den frühen 1950er Jahren erhielt diese „Netzwerkpolitik“ beim Thema „Lastenausgleich“ eine „besondere Virulenz“, um danach an Relevanz und Kohärenz zu verlieren.¹¹

8 Vgl. Fuhse, Soziale Netzwerke, S. 171.

9 Lothar Wieland: Das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Bonn/Frankfurt a. M. 1968, S. 25; Mathias Beer: Symbolische Politik? Entstehung, Aufbau und Funktion des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, in: Jochen Oltmer (Hrsg.): Migration steuern und verwalten. Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Göttingen 2003, S. 295–322, insb. S. 295–300.

10 Vgl. die ebenso polemische wie faktengesättigte Darstellung von Linus Kather: Die Entmachtung der Vertriebenen. 2 Bde. München/Wien 1964–1965.

11 Vgl. Ulrike Haerendel: Die Politik der „Eingliederung“ in den Westzonen und der Bundesrepublik Deutschland. Das Flüchtlingsproblem zwischen Grundsatzentscheidungen und Verwaltungspraxis, in: Dierk Hoffmann/Marita Krauss/Michael Schwartz (Hrsg.): Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven. München 2000, S. 109–133, insb. S. 109, S. 115 und S. 117f.

Grundsätzlich waren die in sich vielgestaltigen Vertriebenenverbände ein „prominent network of pressure-groups“.¹² Und doch trägt der allzu eindeutig-einseitige Eindruck, gerade die Vertriebenenpolitik sei – ähnlich wie sonst vielleicht nur noch die Agrarpolitik – das Musterbeispiel für eine „Kolonialisierung von Ministerien durch Verbände“.¹³ Schaut man empirisch genauer hin, so war der Einfluss der „Vertriebenenlobby“¹⁴ auf die Politik der frühen Bundesrepublik deutlich begrenzter, als die oft vollmundigen Rhetoriken von Politikern und Verbandsfunktionären vermuten ließen. „Äußerst erfolgreich“ agierten Vertriebenenvertreter retrospektiv bei der Lastenausgleichsgesetzgebung der 1950er Jahre, weitaus „weniger erfolgreich“ verlief ihr Einsatz für die sogenannte ‚Heimatpolitik‘, obschon dadurch eine verständigungsorientierte Ostpolitik lange ausgebremst wurde, bevor diese Blockadehaltung in einer „Sackgasse“ endete. Zwar bedienten sich die Verbände „bei ihrer Lobbypolitik zeitweise sehr erfolgreich der Strukturen des Partei- und Verwaltungsstaates“, wozu beitrug, dass „ihre Klientel an der politisch-administrativen Elite der Bundesrepublik deutlich überrepräsentiert“ war. Zugleich aber muss man sehen, dass solche Vernetzungen durch konkurrierende Strukturen der Parteiendemokratie „konterkariert und partiell überlagert“ wurden.¹⁵ Wie die Entwicklung im Einzelnen verlief, ist Gegenstand unserer netzwerk-orientierten empirischen Untersuchung.

Zwischen BMVt und Vertriebenenverbänden haben sich während des zwanzigjährigen Bestehens des Ministeriums komplexe Netzwerkstrukturen entwickelt. Von linearen einseitigen Machtverhältnissen, etwa im Sinne einer vermeintlichen „Kolonialisierung“ des BMVt durch die Vertriebenenverbände, sollte man jedoch nicht ausgehen; dazu waren beide Seiten viel zu sehr – intern, aber auch in ihren Verflechtungen – von vielfältigen Netzwerk-Strukturen geprägt, die sowohl kooperierten als auch Konflikte austrugen. Die sogenannte „Vertriebenenlobby“ war niemals hermetisch einheitlich, es handelte sich lange eher um mehrere konkurrierende „Vertriebenenlobbys“. Zwar ist die politikwissenschaftliche Beobachtung richtig, dass wohl „die auffälligste Form der Netzbildung“ in der „Schaffung von [personalpolitischen] *Brückenköpfen des Verbandes im Ministerium*“ gesehen werden kann. Aber das konkretisierende Beispiel, gerade im Vertriebenenministerium sei es „schwer“ gewesen, „Staatssekretäre durchzusetzen, die nicht das Vertrauen des zugewandten Verbandes

12 Vgl. Pertti Ahonen: *After the Expulsion. West Germany and Eastern Europe 1945–1990*. Oxford 2003, S. 8.

13 Vgl. etwa Klaus von Beyme: *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*. Eine Einführung. Wiesbaden ¹⁰2004, S. 208, wo sogar der Terminus „Verbandsherzögtümer“ gebraucht wird.

14 Diese Begriffsprägung erscheint offenbar erstmals bei Amos Elon: *In einem heimgesuchten Land. Reise eines israelischen Journalisten in beide deutsche Staaten*. München 1966, S. 280; als früher wissenschaftlicher Terminus bei Udo Wengst: *Beamtentum zwischen Reform und Tradition. Beamten-gesetzgebung in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland 1948–1953*. Düsseldorf 1988, S. 244, S. 305 und S. 309. Seit den 1990er Jahren wurde der Begriff ubiquitär.

15 Matthias Stickler: *Die deutschen Vertriebenenverbände. Interessengruppen mit gesamt-nationalem Anspruch*, in: Petra Rösgen (Hrsg.): *Flucht, Vertreibung, Integration. Begleitbuch zur Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*. Bonn/Bielefeld 2005, S. 145–153, insb. S. 148.

hatten“¹⁶ führt empirisch in die Irre. Zum einen wird die Organisation ‚Verband‘ zu monolithisch gedacht, statt mit konkurrierender Vielfalt zu rechnen: Der erste BMVt-Staatssekretär wurde zwar in der Tat von den Landsmannschaften gewollt und getragen, aber von einem anderen Vertriebenenverband massiv bekämpft und am Ende entmachtet. Zum anderen rechnen Verfechter der These vom Verbandskolonialismus im Ministerium nicht mit Machtverschiebungen und Machtverlusten in der Relation beider Organisationstypen. Doch zwischen 1953 und 1969 waren *sämtliche* BMVt-Staatssekretäre keine Wunschkandidaten und Vertrauenspersonen der Vertriebenenverbände mehr. Dasselbe gilt für die meisten *Minister* der 1960er Jahre. Zwar war der allererste Vertriebenenminister Wunschartner der Verbände, aber das sollte er schon lange vor dem Ende seiner Amtszeit längst nicht mehr sein. Auch die Einschätzung, der Einfluss der Vertriebenenverbände auf den Bundeskanzler sei derart groß gewesen, dass er ihnen 1953 sogar gestattet habe, den zweiten Vertriebenenminister selbst auszusuchen¹⁷, wird durch unsere Analyse nicht bestätigt.

Die Netzwerk-Beziehungen zwischen BMVt und Verbänden können außerdem nicht isoliert untersucht werden; weitere Akteure und Netzwerkrelationen sind einzubeziehen. Denn das BMVt war ein institutionell schwaches Ressort,¹⁸ das stets vom Bundeskanzleramt abhängig blieb. Es stand ferner in einem unauflöslichen Konkurrenz- und Kooperationsverhältnis zu einem weiteren Sonderressort, dem Ministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG). BMVt und BMG teilten sich die Fachaufsicht über die Vertriebenenverbände und deren Subventionierung. Durch die Zielkonflikte allein dieser institutionellen Akteure der Bundesregierung (Kanzleramt, BMVt, BMG) war die Haltung der Regierungsseite gegenüber den Vertriebenenverbänden und der Grad der Kontrolle, den die Bundespolitik über diese ausüben vermochte, alles andere als monolithisch.¹⁹ Stattdessen entstanden hybride Kooperations- und Konfliktstrukturen, welche die uns interessierenden Netzwerk-Konstellationen *hochdynamisch* und entsprechend *volatil* gestalteten. Die Vernetzung zwischen BMVt und Verbänden wurde durch parallele Vernetzungen der letzteren mit weiteren politischen Akteuren ergänzt und überlagert. Hier war der Direktkontakt von Vertriebenennetzwerken zu Kanzler und Kanzleramt entscheidend, ging es doch um eine letztinstanzliche Schiedsrichterfunktion gegenüber dem BMVt. In den 1960er Jahren trat das Bundespresseamt (BPA) als weiterer institutioneller Akteur hinzu.

Zwar schien die 1957/58 erfolgte Vereinigung der konkurrierenden Verbände Komplexität zu reduzieren: Denn der aus den „Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften“ (VOL) hervorgegangene „Verband der Landsmannschaften“ (VdL) schloss sich mit dem aus dem „Zentralverband der vertriebenen Deutschen“ (ZvD) entstandenen „Bund der vertriebenen Deutschen“ (BvD) zusammen. Ein einheitlicher Dachverband namens „Bund der Vertriebenen. Vereinigte Landsmannschaften und

16 Klaus von Beyme: Der Gesetzgeber. Der Bundestag als Entscheidungszentrum. Opladen 1997, S. 209; Hervorhebung im Original.

17 Ian Connor: Refugees and Expellees in Post-War Germany. Manchester/New York 2007, S. 160.

18 Vgl. Beer, Symbolische Politik?, S. 295–322.

19 Ahonen, After the Expulsion, S. 101f.

Landesverbände e.V.“ (kurz: BdV) wurde gebildet. Doch dass Komplexitätsreduktion dadurch nur bedingt erfolgte, lässt sich durch die Analyse konkurrierender Netzwerke *nach* der BdV-Gründung deutlich zeigen. Hinter der Schauseite einer vereinheitlichten Organisation lebten Netzwerkkonflikte fort.

Vehikel für Vernetzungen waren divers: Konfessionelle und landsmannschaftliche Zugehörigkeiten blieben fortwährend wichtig. Sie wurden bei Entscheidungen zur Personalpolitik hochrelevant und bildeten die Basis für weitergehende inhaltliche Netzwerk-Kooperation zwischen Ministerialbürokratie(n) und Verbänden. Parteipolitische Zugehörigkeiten und Konkurrenzen waren ebenfalls relevant, aber dynamischer und zeitweilig sogar volatil. So erfolgten in den 1950er Jahren Wechsel von Angehörigen von CDU-Netzwerken in die Vertriebenen-Protestpartei „Gesamtdeutscher Block / Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (ab 1950: BHE; ab 1952: GB/BHE) – aber auch umgekehrt. In den 1960er Jahren gab es Übergänge aus dem zerfallenden BHE-Milieu in die CDU und in die SPD, die durch solche Sammlungs-Effekte erst wirklich zu Volksparteien aufstiegen. Zwischen 1969 und 1972 lässt sich eine erneute Wechseldynamik aus SPD und FDP Richtung CDU/CSU beobachten. Dadurch zerfielen jeweils zuvor etablierte Netzwerke oder wurden geschwächt, während sich neue konstituierten oder enger koordinierten. Zugänge zu zentralen Akteuren veränderten sich durch diese Parteiwechsel ebenfalls deutlich.

Parteipolitische Netzwerke waren zudem nicht homogen und daher in ihrem Agieren schwer vorhersagbar. Ob ein CDU-Politiker ein katholisch geprägter früherer NS-Gegner oder ein protestantisch geprägter ehemaliger Nationalsozialist war, machte große Unterschiede. Auch der BHE war alles andere als einheitlich, die kurze Parteigeschichte war fortwährend geprägt von „Namensänderungen, Abspaltungen und oft halbherzige[n] Wahlbündnisse[n]“.²⁰ Im BMVt wiederum spielten schlesische, sudetendeutsche und deutsch-baltisch/ostpreußische Netzwerke eine große Rolle, bei denen auch konfessionelle Zugehörigkeiten wichtig waren – oft wichtiger als Parteizugehörigkeiten. Zusätzliche Vernetzungsmuster wie einstige NSDAP- oder Zentrums-Mitgliedschaften, gelegentlich auch Zugehörigkeiten zur sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, aber auch zu studentischen Verbindungen oder anderen Vereinsformen traten hinzu. Der 1957/58 gegründete BdV wurde im ersten Jahrzehnt seiner Existenz sehr stark von einem Bündnis zweier Netzwerke geprägt: von Sozi-

20 Jürgen Dittberner: Parteien im Umbruch. Wandel der Parteienlandschaften in Deutschland und anderen Ländern. Berlin 2018, S. 116; der BHE wurde 1950 in einigen Ländern und 1951 auf Bundesebene gegründet und 1952 mit dem Vorsatz „Gesamtdeutscher Block“ (GB/BHE) versehen; er war an einigen Landesregierungen beteiligt und 1953–1955 auch an der Bundesregierung, bis seine Bundesminister und einige Abgeordnete 1955 zur CDU bzw. zur FDP wechselten; die Rest-Fraktion schied 1957 aus dem Bundestag aus; 1961 erfolgte der Zusammenschluss des BHE mit dem Teil der „Deutschen Partei“ (DP), der damals nicht zur CDU übertreten wollte, zur „Gesamtdeutschen Partei“ (GDP) bzw. (ab 1965) „Gesamtdeutschen Partei Deutschlands“ (GPD); diese Partei war bis 1963 in Niedersachsen und bis 1966 in Hessen an Landesregierungen beteiligt und stellte zwischen 1965 und 1969 im Bundestag vier Abgeordnete, bevor sie in der Bedeutungslosigkeit versank; vgl. etwa Eike Frenzel: Vom Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten zur Gesamtdeutschen Partei. Aufstieg und Niedergang einer Interessenpartei in Niedersachsen 1950–1963. Hamburg 2008.

aldemokraten, die ihrerseits aus ehemaligen NS-Gegnern und ehemaligen Nationalsozialisten bestanden, und von rechtskonservativen deutsch-baltischen und ostpreußischen Ex-Nationalsozialisten. Innerhalb der zahlenmäßig starken und vertriebenenpolitisch einflussreichen Landsmannschaft Schlesien verschoben sich mehrfach die Gewichte: Der erste Bundesvorstand von 1950 „vereinte eine vielfältige Runde schlesischer Honoratioren“, der neben früheren Zentrums-Politikern wie Walter Rinke auch Sozialdemokraten wie Herbert Hupka und ehemalige Deutschnationale oder NSDAP-Mitglieder angehörten.²¹ Zwar ragte unter den rasch wechselnden Vorsitzenden der ersten Jahre mit Rinke (Vorsitzender 1950–52 und 1953–54) ein CDU-Mitglied heraus²², doch erst der langjährige Vorsitzende der Jahre 1955 bis 1968, Erich Schellhaus, gewann dominierenden Einfluss auf die Vorstandsdiskussionen, ähnlich wie später sein Nachfolger Herbert Hupka.²³ Schellhaus war – nach kurzer anfänglicher CDU-Mitgliedschaft – ein Mitbegründer und wichtiger Exponent des BHE und fand erst nach dem Abstieg dieser Partei 1964 zur CDU zurück. Ihm folgte 1968 in der Führung der Landsmannschaft Herbert Hupka, der bis ins Jahr 2000 amtierte; er verließ aber 1972 aus Protest gegen die Ostpolitik Willy Brandts seine langjährige politische Heimat und wechselte von der SPD in die CDU.²⁴

In Fällen personalpolitischer Integration gilt es, die meist damit einhergehende interessenpolitische Moderation zu berücksichtigen: Sobald Vertriebenenvertreter in Ministerämter und Ministerialbürokratien gelangten, erwies sich der Nutzen für die Regierungsseite in der Regel als größer als für die Vertriebenenorganisationen. Die Einbindung in Korpsgeist von Kabinett oder Bürokratie führte selbst bei zuvor verbalradikalen Protagonisten zu Mäßigung, welche sie über ihre Vernetzungen dann in Parteien oder Verbände zurückspiegelten – wie dies namentlich bei den Bundesministern Theodor Oberländer, Waldemar Kraft oder Hans-Christoph Seebohm sowie beim Diplomaten Wilhelm Turnwald beobachtet worden ist.²⁵ Der GB/BHE, gegründet als populistische Protestpartei, die 1953 gleichwohl nicht mehr als ein Viertel aller Vertriebenen als Wähler zu gewinnen vermochte, zerbrach an der Kabinettsdisziplin, die seine Führer Kraft und Oberländer Mitte der 1950er Jahre in der Bundesregierung übten.²⁶ Der 1957/58 gegründete BdV hingegen gelangte durch

21 Christian Lotz: Die Deutung des Verlusts. Erinnerungspolitische Kontroversen im geteilten Deutschland um Flucht, Vertreibung und die Ostgebiete (1948–1972). Köln u. a. 2007, S. 33f.

22 Vgl. 70 Jahre Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e. V. 1950–2020, hrsg. v. der Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e. V. Königswinter 2020, S. 28; bei Lotz, Die Deutung des Verlusts, S. 74, werden die Amtszeiten der Vorsitzenden nicht immer korrekt wiedergegeben.

23 Laut Lotz, Die Deutung des Verlusts, S. 74, brachten sich frühe Vorsitzende wie Rinke oder Hausdorff „zwar auch in die Sitzungen ein, bestimmten die Diskussionen jedoch nicht so stark wie in späterer Zeit Erich Schellhaus [...] oder Herbert Hupka“.

24 Vgl. Michael Schwartz: Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundes der Vertriebenen und das „Dritte Reich“. In Zusammenarbeit mit Michael Buddrus, Martin Hölter, Alexander Post. München 2013, S. 42 und S. 577f.

25 Ahonen, After the Expulsion, S. 100f.

26 Edgar Wolfrum: Die gesungene Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart 2006, S. 60f.

diverse parlamentarische oder Regierungs-Einbindungen entscheidender Funktione sowie durch seine Abhängigkeit von staatlichen Subventionen zu einem Kurs demokratischer Mäßigung, der sich in den 1960er Jahre angesichts der rechtsradikalen Herausforderung durch die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) bewährte.²⁷

Dass die mit der Bundesrepublik in Systemkonkurrenz stehende DDR nach einer kurzen Phase einer dort so genannten ‚Umsiedlerpolitik‘ (die Begriffe ‚Flüchtlinge‘ oder ‚Vertriebene‘ wurden von den Sowjets und der SED-Diktatur sprachpolitisch geächtet²⁸) dieses kriegsfolgenspezifische Politikfeld bereits 1952/53 liquidierte, demonstriert nachdrücklich, dass Politik für Vertriebene keineswegs *zwangsläufig* gewesen ist. Die durch Flucht und Vertreibung geschaffenen Probleme generierten nicht etwa aus sich heraus Politik; letztere musste vielmehr konzipiert, vernetzt und im jeweiligen System durchgesetzt werden. In der SBZ/DDR war ein dort agierendes umsiedlerpolitisches *Netzwerk* zwar langlebiger als die permanent umstrukturierten *Institutionen*. Doch wurde auch dieses Netzwerk durch übergeordnete Akteure 1948/49 stark geschwächt, bevor es im Bündnis mit sowjetischen und SED-internen Ansprechpartnern 1950 nochmals eine Revitalisierung von ‚Umsiedlerpolitik‘ durchsetzen konnte, um sodann 1952/53 endgültig entmachtet und desintegriert zu werden.²⁹

Auch in der parlamentarisch-demokratisch strukturierten Bundesrepublik musste Vertriebenenpolitik *politisch gewollt* werden, auch dort entstand und bestand sie nicht allein wegen drängender gesellschaftlicher Problemlagen. Die Tragfähigkeit dieses politischen Willens zu erzeugen, zu erhalten, zu modifizieren oder auch zu beenden, war eine zentrale Funktion von Politik-Netzwerken. Diese sollten sich unter demokratischen Bedingungen als deutlich langlebiger und auch erfolgreicher erweisen als die umsiedlerpolitischen Netzwerke der SBZ und der frühen DDR. Zu Recht ist darauf hingewiesen worden, dass es in Westdeutschland mit dem GB/BHE eine genuine Vertriebenenpartei gegeben habe, die Mitte der 1950er Jahre zeitweilig Teil der Bundesregierung war; dass die Vertriebenenverbände bis ins Jahr 1990 beträchtlichen Einfluss auf die Bonner Außenpolitik besessen hätten; und dass ein Bundesministerium für Vertriebene immerhin zwanzig Jahre lang Bestand gehabt habe.³⁰ Das alles trifft zu, doch zugleich muss man klar sehen: Die westdeutschen Netzwerke waren neben Kooperationen von heftigen Konflikten, von dynamischen Neukonfigurationen und von Zerfallserscheinungen geprägt. Das alles lässt sich hinter der Fassade eines zwanzig Jahre existierenden Bundesministeriums und der mit diesem in

27 Andreas Kossert: *Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945*. München 2008, S. 181.

28 Vgl. Michael Schwartz: „Vom Umsiedler zum Staatsbürger“. Totalitäres und Subversives in der Sprachpolitik der SBZ/DDR, in: Dierk Hoffmann/Marita Krauss/Michael Schwartz (Hrsg.), *Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven*. München 2000, S. 135–165.

29 Vgl. zur umsiedlerpolitischen Organisations- und Netzwerk-Struktur Michael Schwartz: *Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“*. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945–1961. München 2004, S. 47–411.

30 Connor, *Refugees*, S. 227.

Beziehung stehenden Verbände kaum erkennen, sofern man nicht systematisch den Fokus auf *dynamische Netzwerk-Beziehungen* statt auf Organisationsentwicklungen legt.

Die vertriebenenpolitischen Netzwerke der frühen Bundesrepublik kannten – anders als ihre überwiegend altkommunistisch dominierten Pendanten in der SBZ/DDR³¹ – vergangenheitspolitisch keine „Stunde Null“. Dabei waren in die Zeit vor 1945 zurückreichende *personelle* Kontinuitäten stärker ausgeprägt als *institutionelle*. Gleichwohl wird man das im BMVt gepflegte Selbstverständnis, für das eigene Ressort habe es vor 1949 „in der Geschichte eines deutschen Staatswesens weder Anlaß noch Vorbild gegeben“³², relativieren müssen. Das gilt zum einen für diverse NS-Institutionen der Umsiedlungspolitik bzw. der Besatzungspolitik im Zweiten Weltkrieg, in denen der spätere BdV-Generalsekretär Dr. Hans Neuhoﬀ ebenso sozialisiert worden war³³ wie der nachmalige BMVt-Ministerialbeamte Dr. Werner Essen.³⁴ Das gilt zum anderen hinsichtlich der flüchtlingspolitischen Verwaltungen der Besatzungszeit, aus denen so bedeutende Ministerialbeamte des BMVt wie Peter Paul Nahm oder Werner Middelman hervorgegangen sind.³⁵ Personelle Vernetzungen wiederum reichten oft in volkstumspolitisches Engagement der Zwischenkriegszeit zurück, wie im Falle der aus der ungarischen bzw. jugoslawischen Provinz Batschka stammenden Vertriebenenpolitiker Josef Trischler und Franz Hamm, von denen letzterer auch Ministerialbeamter im BMVt war. Tragfähige Vernetzungen folgten zudem aus gemeinsamen Aktivitäten während der NS-Besatzungspolitik in Osteuropa, wie sie etwa die Vertriebenenpolitiker Alfred Gille und Axel de Vries seit ihrem Zusammenwirken im besetzten Weißrussland (Belarus) verband.³⁶

Das frühe BMVt wurde durch diverse landsmannschaftliche Netzwerke geprägt, die in sich wiederum differenziert wurden durch unterschiedliche politische Vergangenheiten während der NS-Zeit. Der erste Vertriebenenminister war Schlesier, sein Staatssekretär Memelländer (Ostpreuße), von drei Ministerialdirigenten im März 1950 waren zwei Schlesier und einer Nichtvertriebener. Insgesamt waren damals von 95 Stelleninhabern im BMVt 33 Schlesier, 15 Sudetendeutsche und elf Ostpreußen; hinzu traten je vier Danziger bzw. Memelländer, je drei Pommern bzw. frühere Ein-

31 Vgl. Schwartz, Vertriebene und Umsiedlerpolitik, S. 173–243.

32 Wieland, Bundesministerium, S. 22.

33 Vgl. Schwartz, Funktionäre mit Vergangenheit, S. 77f.

34 Vgl. Michael Fahlbusch: Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931 bis 1945. Baden-Baden 1999, S. 88.

35 Vgl. Sylvia Schraut: Flüchtlingsaufnahme in Württemberg-Baden 1945–1949. Amerikanische Besatzungsziele und demokratischer Wiederaufbau im Konflikt. München 1995, S. 393; Nahm war bis 1949 Leiter des Landesflüchtlingsamtes Hessen, Middelman Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft deutscher Flüchtlingsverwaltungen und dann stellvertretender Leiter des bizonalen Amtes für Fragen der Heimatvertriebenen. Zu Werner Middelman vgl. Jan Ruhkopf: Institutionalisierte Unschärfe. Ordnungskonzepte und politisches Verwalten im Bundesvertriebenenministerium 1949–1961. Göttingen 2023.

36 Vgl. Schwartz, Funktionäre, passim; ferner Michael Fahlbusch u. a. (Hrsg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften. 2 Bde. Berlin/Boston 2017; Tobias Weger: „Volkstumskampf“ ohne Ende? Sudetendeutsche Organisationen 1945–1955. Frankfurt a. M. 2008.

wohner des „Warthegaus“ in Polen, je ein Brandenburger bzw. Westpreuße. Achtzehn Mitarbeiter waren Nichtvertriebene, zwei stammten aus Österreich.³⁷

Im Oktober 1951 hielt man im BMVt fest, wie die Leitungspositionen im höheren Dienst nach landsmannschaftlichen Herkunftten aufgeteilt worden waren. Auch hier hatten die Schlesier, die Herkunftsgruppe des Ministers, die Nase vorn – sie stellten neun Personen, gefolgt von sieben Sudetendeutschen, drei Angehörigen der Regionen Memel/Warthe/Danzig und einem Ostpreußen. Im gehobenen Beamtendienst fanden sich drei Ostpreußen neben drei Schlesiern, zwei Pommern und zwei Sudetendeutschen.³⁸

Im Herbst 1952 verzeichnete man im BMVt – unter bezeichnender Verwendung von NS-Terminologie – 190 heimatvertriebene „Gefolgschaftsmitglieder“ unter 218 Mitarbeitern, also einen Vertriebenenanteil von 87,2 Prozent. Von diesen 190 Vertriebenen waren über ein Drittel – 67 Personen oder 35,3 Prozent – Schlesier, ein weiteres Drittel (34,7 Prozent) sonstige Ostdeutsche (66 Personen), 22,1 Prozent Sudetendeutsche (42) und 7,9 Prozent Auslandsdeutsche (15). Unter diesen vertriebenen „Gefolgschaftsmitglieder[n]“, wie man in offenbar noch nicht als kontaminiert begriffener NS-Terminologie formulierte, befanden sich allerdings Sudetendeutsche überproportional auf „sozial besseren Stellen“, denn 41 Prozent der sudetendeutschen Mitarbeiter waren Beamte und Referenten.³⁹

Zusätzliche Netzwerk-Strukturen gründeten auf NS-Vergangenheiten. Diese waren im BMVt bekanntlich überproportional vertreten – nicht erst in der Ära des selbst einschlägig vorgeprägten zweiten Ministers Theodor Oberländer zwischen 1953 und 1960, seitdem sich dieser Trend allerdings noch verstärkte und stark belastete frühere Nationalsozialisten miteinschloss.⁴⁰ Doch bereits 1953, also gegen Ende der Ära des ersten, persönlich als NS-Gegner profilierten Ministers Hans Lukaschek, lag der Anteil ehemaliger NSDAP-Mitglieder im BMVt bei über 70 Prozent und ging damit über den Gesamtdurchschnitt aller Ministerialbürokratien der Bundesregierung von lediglich 30 Prozent weit hinaus.⁴¹ Als im Mai 1950 im BMVt nach dem Anteil früherer NSDAP-Mitglieder unter den landsmannschaftlichen Herkunftsgruppen der Ministeriumsbelegschaft gefragt wurde, gelangte man zum Ergebnis, dass sich unter 38 Schlesiern elf ehemalige „Pg.“ (Parteigenossen) befänden. Von fünf Memelländern waren demnach drei frühere NSDAP-Mitglieder, von zwölf Ostpreußen fünf, von

37 BAArch, B150/3119, BMVt, Bericht über „Landsmannschaftliche Zusammensetzung der Bediensteten des Bundesministeriums für Angelegenheiten der Vertriebenen“, Stand: 22.03.1950.

38 Ebd., BMVt, Auflistung des Personals nach Landsmannschaftlichen Zugehörigkeiten, o. D. [Oktober 1951].

39 Ebd., BMVt, Müller, Bericht über „Gefolgschaftsmitglieder im Bundesministerium für Vertriebene“, 02.10.1952.

40 Vgl. die wegen der Personalie Werner Ventzki geübte Pressekritik der Jahre 1954, 1960 und 1969/70 bei Jens-Jürgen Ventzki: Seine Schatten, meine Bilder. Eine Spurensuche. Innsbruck 2011, S. 102f. und S. 109.

41 Vgl. Torben Fischer/Matthias N. Lorenz (Hrsg.): Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945. Bielefeld 2015, S. 101.

acht Mitarbeitern aus Danzig-Westpreußen vier, von vier Personen aus dem „Warthegau“ einer, von sechs Pommern ebenfalls einer, von 28 Sudetendeutschen elf. Unter den 26 Nichtvertriebenen sollen sich sieben frühere „Pg.“ befunden haben. Gar kein Ex-Nationalsozialist befand sich der Auflistung zufolge unter den vier Österreichern; und auch die beiden Beamten, die aus Brandenburg oder aus Jugoslawien stammten, sollten der NSDAP nicht angehört haben.⁴² Je ranghöher die Ministerialbeamten, desto mehr Ex-Mitglieder der NSDAP waren unter ihnen zu finden: Im höheren Dienst 25 von 43, im gehobenen Dienst 10 von 26, im mittleren Dienst 2 von 30 und im einfachen Dienst keiner von fünf.⁴³

Der hohe Anteil früherer NSDAP-Mitglieder in der Beamtenschaft des BMVt bildete mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Grundlage für Nachkriegs-Netzwerke – nach dem von Kritikern dieser Entwicklung polemisch formulierten Motto: „ein Schuldiger zieht den anderen nach“.⁴⁴ Um dies im Einzelfall nachzuweisen, bedarf es freilich zusätzlicher empirischer Belege, denn nicht alle Ex-Nationalsozialisten im BMVt oder in den Spitzen der Vertriebenenverbände kannten sich bereits aus der Zeit vor 1945 oder kooperierten nach 1949 als Netzwerkpartner.

Zudem beschränkten sich fortlebende NS-Netzwerke keineswegs nur auf frühere NSDAP-Mitglieder. Wie fragwürdig die offizielle Zuordnung von NS-Vergangenheiten oder -Nichtvergangenheiten war, lässt sich am einzigen südosteuropäischen Vertriebenen in BMVt-Diensten verdeutlichen. Denn der aus der zwischen Ungarn und Serbien/Jugoslawien umstrittenen Region Batschka stammende Referatsleiter Franz Hamm hatte zwar tatsächlich nicht der reichsdeutschen NSDAP angehört, war jedoch ein profilierter volksdeutscher NS-Volksgruppenfunktionär und NS-affiner Abgeordneter in den Belgrader und Budapester Parlamenten gewesen. Als es nach dem deutschen Einmarsch in Ungarn 1944 möglich wurde, sich als Volksdeutscher offen zum Nationalsozialismus zu bekennen, verließ Hamm umgehend die ungarische Regierungsfraktion, der er bislang angehört hatte, und wurde „Führer der nationalsozialistischen deutschen Abgeordneten im ungarischen Reichstag“. 1944/45 fungierte er als Verbindungsmann der NS-Volksgruppenführung zum neuen ungarischen Staatsoberhaupt, dem faschistischen „Pfeilkreuzler“-Führer Ferenc Szálasi.⁴⁵ Und Mitte 1944 gehörte dieser spätere BMVt-Beamte – wie sein Freund und Landsmann Josef Trischler, ebenfalls NS-naher volksdeutscher Abgeordneter in Jugoslawien und Ungarn – zu einer Delegation, die mit der ungarischen Regierung über eine „Beteiligung der deutschen Volksgruppe am jüdischen Vermögen“ verhandelte, das parallel zu den

42 BArch, B150/3119, BMVt, Aufstellung der Bediensteten nach Landsmannschaften und früherer Zugehörigkeit zur NSDAP, 17.05.1950.

43 Ebd., BMVt, Dr. Kleberg, an Staatssekretär des Innern im Bundeskanzleramt, 16.05.1950.

44 Helmut Hammerschmidt/Michael Mansfeld: Der Kurs ist falsch (Europäische Hefte 11). München u. a. 1956, S. 54.

45 Johann Böhm: Die deutschen Volksgruppen im unabhängigen Staat Kroatien und im serbischen Banat. Ihr Verhältnis zum Dritten Reich 1941–1944. Frankfurt a. M. u. a. 2012, S. 14.

damaligen Massendeportationen der ungarischen Juden in die NS-Vernichtungslager enteignet und umverteilt wurde.⁴⁶

In einigen Fällen lassen sich NS-Netzwerke oder auch NS-affine Netzwerke über die Zäsuren 1945 und 1949 hinweg verfolgen: So bei der Weltkriegs- und Nachkriegs-Vernetzung der oben erwähnten Landsmannschafts- und BdV-Spitzenleute Alfred Gille und Axel de Vries, einem Ostpreußen und einem Deutschbalten, die sich 1943/44 in hohen NS-Funktionen im besetzten Belarus kennengelernt hatten und dann in den 1950er und frühen 1960er Jahren als einflussreiche Führer der Landsmannschaften und des BdV erneut eng zusammenwirkten. Auch die eben genannten Südosteuropäer Franz Hamm und Josef Trischler, die schon vor 1945 jahrzehntelang eng befreundet gewesen waren, setzten ihre persönliche und politische Vernetzung in der Bundesrepublik fort. Trischler wurde ab 1949 für vier Jahre Bundestagsabgeordneter (erst FDP, dann CDU), fungierte als Spitzenfunktionär der südosteuropäischen Landsmannschaften sowie ab 1958 als Präsidiumsmitglied des BdV. Hamm personifizierte geradezu die Vernetzung zwischen Ministerium und Verbänden, denn neben seiner Arbeit als Ministerialbeamter war er als Vorsitzender der Landsmannschaft der Jugoslawiendeutschen und zudem als evangelischer Kirchenfunktionär aktiv.⁴⁷

Im Falle des früheren NS-Oberbürgermeisters von Litzmannstadt (Lodz) Werner Ventzki wissen wir durch biografische Studien seines Sohnes, dass Ventzkis zweite Karriere im BMVt ohne tragfähige NS-Netzwerke kaum denkbar gewesen wäre. Diese wurden über die Vertriebenen-Protestpartei GB/BHE in den 1950er Jahren wieder einflussreich. Ventzki hielt mit manchen NS-Größen aus gemeinsamer Zeit im ‚Warthegau‘ langfristig Kontakt – etwa zum früheren Persönlichen Referenten des Gauleiters und Reichstatthalters Arthur Greiser, dem Oberregierungsrat und SS-Sturmchef Harry Siegmund, der es 1953 (ebenfalls über NS-Netzwerke im BHE) zum Regierungsdirektor im baden-württembergischen Vertriebenenministerium bringen sollte.⁴⁸ Wie Ventzki – der vor seiner Oberbürgermeister-Tätigkeit, in der er auch das jüdische Ghetto unter sich hatte, 1939 als Greisers ‚Umsiedler‘-Referent an der Vertreibung polnischer und jüdischer Menschen mitgewirkt hatte – etwa 1951 die Geschäftsführerposition im ZvD erhalten konnte, ist unklar, doch „seine engen Verbindungen zu Persönlichkeiten der Vertriebenenlobby bis ins hohe Alter“ stehen fest.⁴⁹ 1952 wurde er zum stellvertretenden Leiter der Vertriebenenabteilung im Arbeits- und Vertriebenenministerium von Schleswig-Holstein ernannt, und zwar „auf Vorschlag des Herren Ministers“ persönlich, wie Ventzki in seinem Lebenslauf festhielt.⁵⁰ Ressortchef war damals der BHE-Politiker Hans-Adolf Asbach, ein früherer Kreishauptmann (Landrat) der NS-Besatzungsverwaltung im als ‚Generalgouvernement‘ bezeichneten

46 Vgl. Loránt Tilkovszky: Ungarn und die deutsche „Volksgruppenpolitik“ 1938–1945. Köln u. a. 1981, S. 322.

47 Vgl. zu beiden Netzwerk-Paaren: Schwartz, Funktionäre, passim.

48 Ventzki, Seine Schatten, S. 85 und S. 105f.; vgl. auch den Beitrag von Mathias Beer in diesem Band.

49 Ventzki, Seine Schatten, S. 105.

50 Ebd., S. 94f., mit einem Druckfehler „1958“ statt des korrekten Datums 1952 bei Erwähnung der Einstellung im Kieler Ministerium.

deutsch besetzten Teil Polens. Zuvor war Asbach Gauwalter der Deutschen Arbeitsfront in Stettin gewesen. Hierdurch dürfte sich seine Vernetzung mit Ventzki ergeben haben, denn dieser war zur selben Zeit ebenfalls in Stettin tätig – sowohl als Landesrat in der Provinzialverwaltung als auch als Gauamtsleiter für die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt in Pommern ergaben sich Berührungspunkte zu Asbachs DAF-Tätigkeit.⁵¹

Seine Anstellung als leitender Ministeriumsmitarbeiter in Kiel scheint Ventzki außerdem dem Umstand zu verdanken, dass er „in Kiel [...] mit hoher Wahrscheinlichkeit alte Bekannte aus Posen und dem ehemaligen Warthegau“ wiedertraf. Dabei geht es „allen voran“ um „den früheren SS-Hauptsturmführer Waldemar Kraft [...], 1939 Präsident der Landwirtschaftskammer Posen und ab 1940 Geschäftsführer der Reichsgesellschaft für Landbewirtschaftung“⁵², einer Organisation zur Verwaltung enteigneten polnischen oder jüdischen Agrarlandes. In der Bundesrepublik war Kraft als Mitbegründer des GB/BHE 1951 zum stellvertretenden Ministerpräsidenten sowie zum Finanz- und Justizminister in Schleswig-Holstein aufgestiegen. Als Kraft 1953 als Bundesminister für besondere Aufgaben im zweiten Kabinett Adenauer nach Bonn wechselte, folgte ihm Ventzki auf dem Fuße. Letzterer wurde im selben Jahr vom neuen Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer, neben Kraft der zweite BHE-Führer in der neuen Bundesregierung, zum Leiter der West-Berliner Vertretung des BMVt berufen. Somit gab es „nicht wenige Berührungspunkte“ zwischen Kraft und Ventzki⁵³, denn da Oberländer Ventzki bis dahin nicht gekannt haben dürfte, scheint Kraft dessen Vermittlung ins BMVt betrieben zu haben. Weitere Vernetzungen mit Personen, die bis 1945 im ‚Warthegau‘ tätig gewesen waren, erscheinen denkbar: Sehr wahrscheinlich kannte Ventzki den aus der Tschechoslowakei stammenden Emil Breuer, der 1941 dem Direktorium der Sparkasse von Litzmannstadt (Lodz) angehört hatte, wo Ventzki Oberbürgermeister war, und der nach 1945 im Bundesvorstand der Sudetendeutschen Landsmannschaft aktiv wurde. Auch mit Karl Wolff, dem einstigen NSDAP-Kreisleiter von Litzmannstadt, hätte Ventzki in dessen Nachkriegsfunktion als stellvertretender Vorsitzender der Landsmannschaft Weichsel-Warthe weiterhin vernetzt bleiben können.⁵⁴

Das Politikfeld westdeutscher Vertriebenenpolitik war somit 1949 alles andere als voraussetzungslos. Es basierte vielmehr auf diversen soziostrukturellen und politischen Vernetzungen, auf kollektiven Denk- und Verhaltensmustern, die Jahre oder

51 Vgl. zu Ventzki ebd., S. 28; zu Asbach: Braunbuch Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Westberlin. Staat – Wirtschaft – Verwaltung – Armee – Justiz – Wissenschaft, hrsg. v. Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschlands und dem Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung der DDR. Berlin [Ost] 1968, S. 307; Arne Bewersdorf: Hans-Adolf Asbach. Eine Nachkriegskarriere. Vom Kreishauptmann zum Landessozialminister, in: Demokratische Geschichte. Jahrbuch für Schleswig-Holstein 19 (2008), S. 71–112; Markus Roth: Herrenmenschen. Die deutschen Kreishauptleute im besetzten Polen – Karrierewege, Herrschaftspraxis und Nachgeschichte. Göttingen 2009, passim, insb. S. 396.

52 Vgl. Ventzki, Seine Schatten, S. 95.

53 Vgl. ebd., S. 95 und S. 103.

54 Vgl. die Hinweise im Braunbuch, S. 308 und S. 316.

Jahrzehnte zurückreichten. Dadurch wurde die Nachkriegs-Entwicklung der Bundesrepublik mit deutschen, aber auch mit mittel- und osteuropäischen Vorgeschichten der Zwischenkriegs- oder der NS-Zeit auf vielfältige Weise verschränkt.

Zugleich erschöpfte sich aber die Vertriebenenpolitik der Bundesrepublik nicht in solchen Kontinuitätslinien. Diese mischten sich vielmehr mit etlichen Neukombinationen, die nach 1945 oder sogar erst lange nach 1949 möglich wurden – wie das oben erwähnte rechtskonservativ-sozialdemokratische Netzwerk-Bündnis in der BdV-Führung der 1960er Jahre. Eine Netzwerk-Analyse zu den Relationen zwischen BMVt und Vertriebenenverbänden wird daher stets *beide* Aspekte berücksichtigen und gewichten – Vorkriegs- und Weltkriegs-Kontinuitäten einerseits, Nachkriegs-Vernetzungen andererseits.

2. Ein Politikfeld wird ausdifferenziert: Netzwerk-Relationen in der Ära Lukaschek (1949–1953)

Das „Bundesministerium für Vertriebene“ (bzw. „für die Angelegenheiten der Vertriebenen“⁵⁵), kurz BMVt, wurde im September 1949 mit Bildung der ersten deutschen Bundesregierung durch den „politische[n] Entschluß des ersten Bundeskanzlers“ Konrad Adenauer (CDU) geschaffen.⁵⁶ Seine formelle Bezeichnung änderte sich im Zuge einer Aufgabenerweiterung ab Januar 1954 in „Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte“⁵⁷, womit es auch für DDR-Flüchtlinge und aus Westdeutschland stammende Kriegsfolgengeschädigte zuständig wurde. Im allgemeinen Sprachgebrauch galt es jedoch weiterhin schlicht als „Vertriebenenministerium“.⁵⁸ Es verfügte auf Seiten der verbandspolitisch organisierten Vertriebenen erst spät über einen einzigen Ansprechpartner. Erst 1957/58 wurde nach langer konfliktreicher Vorgeschichte der noch heute existierende „Bund der Vertriebenen“ (BdV) als einheitlicher Spitzenverband gegründet. Zuvor prägte im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik das Nebeneinander und mehr noch das Gegeneinander zweier antagonistischer Verbandsstrukturen dieses Politikfeld – eine institutionelle Konkurrenz, die durch Konflikte zwischen Individuen und Netzwerken noch erheblich verschärft wurde.

Alle damals ab 1948 entstandenen Organisationen der Vertriebenen bauten letztlich auf personellen Netzwerk-Koalitionen auf. So war der ZvD im April 1949 durch

55 Vgl. Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Bestand), in: Archivportal. <https://www.archivportal-d.de/item/OXDLAL6AMR5YELLUSM5DQIC6PP2TLBEF?isThumbnailFiltered=false&rows=20&offset=0&viewType=list&hitNumber=20> (21.02.2025).

56 Wieland, Bundesministerium, S. 22; vgl. auch Ahonen, *After the Expulsion*, S. 63f.; Beer, *Symbolische Politik?*, S. 305–307, wonach Adenauer im Herbst 1949 gegen parteiinterne Gegenstimmen am Wahlversprechen zur Einrichtung dieses Ressorts festgehalten habe.

57 Wieland, Bundesministerium, S. 25.

58 So sprach noch der einstige Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher retrospektiv von der „Übergabe des Vertriebenenministeriums“ 1969; vgl. Hans-Dietrich Genscher: *Erinnerungen*. Berlin 1995, S. 116.

einen kleinen Kreis prominenter Vertriebenen-Aktivist*innen gegründet worden.⁵⁹ Mit seinem Anspruch, alle Vertriebenen unabhängig von ihrer Herkunft allgemein zu vertreten,⁶⁰ vermochte sich der ZvD gegen die vielstimmige Konkurrenz der herkunftsorientierten Landsmannschaften jedoch nie durchzusetzen. Erster Vorsitzender des ZvD wurde im Frühjahr 1949 der frühere Spitzenbeamte (Oberpräsident) der preußischen Provinz Oberschlesien, Dr. Hans Lukaschek, ein Christdemokrat, der ein halbes Jahr später von seinem Parteifreund Bundeskanzler Konrad Adenauer zum ersten Bundesvertriebenenminister berufen wurde. Der ZvD war primär an sozialpolitischer Versorgung aus Steuermitteln und an materieller Entschädigung der Vertriebenen durch partielle Umverteilung des Vermögens nichtgeschädigter deutscher Bevölkerungsteile (Lastenausgleich) interessiert. Hier profilierte sich Lukascheks Nachfolger als ZvD-Präsident, der aus Ostpreußen stammende Rechtsanwalt Dr. Linus Kather, der seit 1949 als Abgeordneter der CDU auch dem Bundestag angehörte – eine direkte Vernetzung in Parlament und Unionsfraktion, die Vertriebenenminister Lukaschek fehlte, da dieser über kein Abgeordnetenmandat verfügte.⁶¹ Kather, machtbewusst und charismatisch, schien zunächst für die Rolle als oberste Führungsfigur aller Vertriebenen in Westdeutschland prädestiniert – als „Vertriebenenführer“, wie das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ ihn noch rückblickend nannte.⁶² Jahrelang verstand es Kather, verbandspolitischen Populismus mit dem Ziel der Massenmobilisierung mit geschickter parlamentarischer Bündnispolitik in CDU-Hinterzimmern zu kombinieren. Er nutzte die strukturelle Schwäche der ersten Koalitionsregierung Konrad Adenauers, deren geringe Stimmenmehrheit im Bundestag den Kanzler von den Vertriebenenabgeordneten abhängig machte und zu Konzessionen beim Lastenausgleich nötigte, die namentlich der bayerischen CSU viel zu weit gingen.⁶³ Doch zunehmend schien ihm die Kunst des Kompromisses und damit die Bündnisfähigkeit in diversen Netzwerken verloren zu gehen, sein Stern begann ab 1952 zu sinken.

Die Konkurrenz dieses ZvD war wesentlich weniger straff organisiert. Die ebenfalls im April 1949 gegründeten VOL machten bereits im Verbandsnamen deutlich, dass das Schwergewicht auf den zahlreichen einzelnen Landsmannschaften und nicht auf der lockeren Dachorganisation lag. Einige Landsmannschaften behielten sogar trotz der VOL ihre eigenen Lobby-Büros in der Bundeshauptstadt Bonn unverändert bei.⁶⁴ Zwar hielt man eine einheitliche Organisation für notwendig, doch wechselte

59 Ahonen, *After the Expulsion*, S. 29.

60 Ebd.

61 Vgl. Eduard Neumaier: Bonn, das provisorische Herz. Rückblick auf 20 Jahre Politik am Rhein. Oldenburg 1969, S. 56. Damit war Lukaschek einer von zwei Ministern des ersten Bundeskabinetts, die nicht MdB waren.

62 Vgl. „Wir missionieren bis an die Memel“. Die Vertriebenen, ihre Verbände und Funktionäre in der bundesdeutschen Politik, in: *Der Spiegel* Nr. 24/1985, 09.06.1985, zitiert nach <https://www.spiegel.de/politik/wir-missionieren-bis-an-die-memel-a-1abc694b-0002-0001-0000-000013514072> (28.06.2024).

63 Vgl. Connor, *Refugees*, S. 154, S. 160 und S. 189.

64 Ahonen, *After the Expulsion*, S. 30.

das Präsidentenamt „alljährlich“ zwischen den Sprechern der Landsmannschaften,⁶⁵ die eifersüchtig auf Gleichrangigkeit bedacht blieben. Außerdem musste die VOL-Zentrale jederzeit damit rechnen, dass selbstbewusste Landsmannschaften, wie die Schlesier oder die Sudetendeutschen, ihre eigenständigen Kontakte zur Bonner Politik nutzten.⁶⁶ Letztere waren die größten Einzelorganisationen der Vertriebenen, doch die zahlenmäßige Stärke einer Landsmannschaft war nicht das einzige Kriterium für Macht durch Vernetzung, wie vergleichsweise kleine Landsmannschaften, etwa die Deutsch-Balten, in den 1950er Jahren bewiesen.⁶⁷ Der Gründerkreis der VOL bestand aus einem Pommern, einem Ostpreußen (Ottomar Schreiber), einem Sudetendeutschen (Rudolf Lodgman von Auen), einem Schlesier (Hans Lukaschek), aber auch aus Vertretern sehr kleiner Landsmannschaften, die dennoch machtbewusst zu agieren verstanden, wie der Deutsch-Balte Axel de Vries, der Posener Waldemar Kraft oder der Südostdeutsche (Ungarn- bzw. Jugoslawiendeutsche) Franz Hamm.⁶⁸ Die Landsmannschaft der Oberschlesier, die sich 1949/50 von der größeren Organisation der Schlesier abgespalten hatte und von dieser deshalb massiv bekämpft wurde, bevor sie 1955 im VdL offiziell Anerkennung fand,⁶⁹ konnte sich des Wohlwollens des gebürtigen Breslauer, aber biografisch vor allem mit Oberschlesien eng verbundenen ersten BMVt-Ministers Lukaschek sicher sein. Die Deutsch-Baltische Landsmannschaft war vergleichsweise winzig, verfügte aber gleichwohl – durch jahrzehntelange Minderheitserfahrungen auf „enge[n] Zusammenhalt“ eingeschworen und durch langjährige Führungskontinuität geprägt –⁷⁰ über enge Netzwerke, die sowohl auf traditionelle Führungserfahrungen des baltischen Adels und Bürgertums als auch auf Bündnisvernetzungen mit der Landsmannschaft Ostpreußen zurückgreifen konnten. Das Resultat war in den VOL die machtpolitische Kooperation und Konkurrenz von vier höchst einflussreichen „Gruppen“ eines nordostdeutschen, eines schlesischen, eines sudetendeutschen und eines südosteuropäischen Netzwerkes,⁷¹ wobei es sich bei all diesen „Gruppen“ eigentlich um hochkomplizierte Netzwerkverbünde handelte. Zentrale Personen solcher Organisationen und der sie tragenden Netzwerke waren die einander ablösenden Schlesier-Führer Walter Rinke (CDU), Erich Schellhaus (GB/BHE) und Herbert Hupka (SPD), der Ostpreuße Alfred Gille (GB/BHE), der Westpreuße Waldemar Kraft (GB/BHE), die einander ablösenden Sudetendeutschen Rudolf

65 Vgl. Max Hildebert Boehm: Gruppenbildung und Organisationswesen, in: Eugen Lemberg/Friedrich Edding (Hrsg.): Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluss auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben. 3 Bde. Kiel 1959, hier Bd. I, S. 521–605, insb. S. 535.

66 Vgl. zu Netzwerken zwischen BMVt und Sudetendeutscher Landsmannschaft den Beitrag von Erik Franzen in vorliegendem Band sowie die in unserem Beitrag noch folgenden Einzelbeispiele.

67 Vgl. hierzu auch Ahonen, *After the Expulsion*, S. 31–37.

68 Vgl. zum Gründungskreis Boehm, Gruppenbildung, S. 535f.

69 Ebd., S. 559f.

70 Ebd., S. 550 und S. 554, wo auf die „starke Stetigkeit“ an der Spitze der Landsmannschaft in Person von Manteuffel-Szoegé und de Vries hingewiesen wird.

71 Vgl. die Einteilung der Vertriebenen-Organisationen in vier dominierende „Gruppen“, zu denen „die nordostdeutsche Gruppe“ ebenso gehörte wie Schlesier, Sudetendeutsche und „die südostdeutsche Gruppe“, bei Boehm, Gruppenbildung, S. 539–579.

Lodgman von Auen (parteilos), ein Honoratiorenpolitiker der Habsburger- und der Zwischenkriegszeit, und sein wesentlich lautstärkerer Nachfolger Hans Christoph Seeböhm (DP bzw. CDU). Des Weiteren zählten auch andere sudetendeutsche Repräsentanten wie Wenzel Jaksch (SPD)⁷² und Hans Schütz (CSU) sowie rechtskonservativ bis rechtsextrem agierende ehemalige NS-Funktionäre wie Franz Karmasin und Siegfried Zoglmann dazu, denen sich auch der einstige NS-Journalist und nachmalige Landsmannschaftssprecher Walter Becher (CSU) zugesellte. Die zahlenmäßig bedeutungslose Deutsch-Baltische Landsmannschaft gewann in den 1950er Jahren durch ihre herausragenden Führungsfiguren Georg Baron Manteuffel-Szoegge (CSU) und Axel de Vries (FDP) politische Prominenz und Spitzenpositionen im VOL/VdL.⁷³

All diese Netzwerk-Gruppen schufen Direktverbindungen zwischen diversen Institutionen, etwa zwischen BMVt, Vertriebenenverbänden und Landsmannschaften; aber sie stellten auch konkurrierende Einflusszentren innerhalb jeweils einer Organisation dar, sei es in einem Ministerium oder in einem Verband.

2.1. Netzwerke und Konflikte: Landsmannschaften und ZvD/BvD

ZvD und VOL hatten sich im November 1949 auf eine Aufgabenteilung verständigt: Demnach sollte der ZvD die sozial- und wirtschaftspolitischen Interessen der Vertriebenen vertreten, während sich die Landsmannschaften auf „Heimatpolitik“, d. h. die Aufrechterhaltung des Anspruchs auf Rückkehr in die früheren Heimatgebiete, und auf „Kulturarbeit“ konzentrieren sollten, die primär eine Bewahrung der durch die Vertreibung gefährdeten regionalen „landsmannschaftlichen“ Kulturen anstrebte.⁷⁴ Der Kompromiss trug nicht lange. Spätestens nachdem 1952 die Lastenausgleichsgesetzgebung ihren weitgehenden Abschluss gefunden hatte,⁷⁵ begann der ZvD auf der Suche nach neuer Legitimation Kulturpolitik zu betreiben.⁷⁶ Umgekehrt bemühten sich die Landsmannschaften, ihre Stimme auch in der sozialpolitischen Domäne des ZvD geltend zu machen, etwa im Beirat des BMVt für den Lastenausgleich.⁷⁷ Beides verursachte massive Konflikte zwischen den konkurrierenden Verbänden und Netzwerken. Trotz dieses Antagonismus hatten die Verbands-Spitzen frühzeitig Verhandlungen über eine organisatorische Vereinigung in einem gemeinsamen Verband – damals BvD genannt – geführt. Diese Vereinheitlichung scheiterte jedoch. ZvD-Chef Kather benannte schließlich 1952 einfach seinen eigenen Verband in „BvD“ um und

72 Vgl. Michael Schwartz: Wenzel Jaksch (1896–1966). Biografische Schlaglichter auf einen Sozialdemokraten aus Mitteleuropa. Bonn 2023.

73 Ahonen, *After the Expulsion*, S. 31–37.

74 Peter Paul Nahm: ... doch das Leben ging weiter. Skizzen zur Lage, Haltung und Leistung der Vertriebenen, Flüchtlinge und Eingesessenen nach der Stunde Null. Köln/Berlin 1971, S. 75f.

75 Vgl. Manfred Kittel: Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs. Düsseldorf 2020; Michael Schwartz: Lastenausgleich. Ein Problem der Vertriebenenpolitik im doppelten Deutschland, in: Marita Krauss (Hrsg.): Integrationen. Vertriebene in den deutschen Ländern nach 1945. Göttingen 2008, S. 167–193.

76 Vgl. ausführlich Kap. 3.3.

77 BArch, B 234/1312, ZvD, Dr. Kather, an BMVt [Lukaschek], 30.09.1952.

stellte den düpierten Landsmannschaften den nachträglichen Beitritt zu seinen Bedingungen anheim. Stattdessen reorganisierten sich die VOL 1952 als neuer, straffer geführter Verband (VdL).⁷⁸ Dessen erster Vorsitzender, der Sudetendeutsche Lodgman von Auen⁷⁹, ließ BvD-Chef Kather im Juli 1954 kühl wissen, dessen Wunsch, man möge den „Kleinkrieg“ beenden und zusammenzuarbeiten, sei schlicht weltfremd; solchen „Kleinkrieg“ werde es geben, solange zwei Organisationen einander gegenüberstünden.⁸⁰ Da konkurrierende Netzwerke auch den später erfolgreichen Zusammenschluss im BdV überdauerten, setzte sich mancher ‚Kleinkrieg‘ bis in die 1960er Jahre fort.

Die Landsmannschaften verweigerten sich dem verbandspolitischen Führungsanspruch Kathers. Im Mai 1950 äußerte sich der Vertriebenenpolitiker und Bundestagsabgeordnete Stephan Weickert – eigentlich ein gebürtiger Schwabe, der aber beruflich nach 1938 ins Sudetenland gekommen war und daher das Vertreibungs-schicksal der Sudetendeutschen geteilt hatte – gegenüber dem deutsch-baltischen Landsmannschaftsfunktionär Axel de Vries unmissverständlich: Alle Vorbehalte der Landsmannschaften gegen den ZvD-Präsidenten hätten sich durch den „Totalitätsanspruch Dr. Kathers“ bestätigt.⁸¹ Zugleich wurde dieser Netzwerkkonflikt zwischen unterschiedlichen Vertriebenenverbänden auch parteipolitisch grundiert. Weickert war 1949 für die populistische, auch Vertriebenenstimmen gewinnende „Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung“ (WAV) in den ersten Bundestag gewählt worden und schon 1950 ein Mitbegründer der noch erfolgreicherer Vertriebenen-Partei BHE geworden. Sein Netzwerkpartner Axel de Vries, wie Weickert 1892 geboren, allerdings nicht in Württemberg, sondern im kaiserlich-russischen Baltikum, hatte als Vertreter der deutsch-baltischen Minderheit in den 1920er Jahren dem estnischen Parlament angehört, sich im Zweiten Weltkrieg in der deutschen Besatzungsverwaltung in Weißrussland (Belarus) betätigt und sich nach 1945 der westdeutschen FDP angeschlossen. De Vries gehörte als Nachrücker 1953 für ein knappes Dreivierteljahr dem Deutschen Bundestag an, doch zu diesem Zeitpunkt war sein Bündnispartner Weickert bereits (1952) verstorben.⁸² Diese Achse zweier landsmannschaftlich engagierter BHE- und FDP-Politiker richtete sich gegen Kather nicht zuletzt in dessen Eigenschaft als prominentester CDU-Vertriebenenpolitiker neben (oder noch vor) Minister Lukaschek.

78 Matthias Stickler: Vertriebenenverbände, in: Historisches Lexikon Bayerns, <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Vertriebenenverb%C3%A4nde> (21.02.2025).

79 Vgl. zu Rudolf Lodgman den Beitrag von Erik Franzen im vorliegenden Band; ferner Schwartz, Funktionäre.

80 BArch, B 234/1437, VdL, Dr. Lodgman von Auen, an BvD, Dr. Kather, 27.07.1954.

81 BArch, N 1412/15, Weickert MdB an de Vries, 11.05.1950.

82 Vgl. Rudolf Vierhaus, Ludolf Herbst (Hrsg.): Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages, 1949–2002. 2 Bde. München 2002, hier Bd. 2, S. 908 und S. 929; Mads Ole Balling: Von Reval bis Bukarest. Statistisch-Biographisches Handbuch der Parlamentarier der deutschen Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa. 2 Bde. Kopenhagen 1991, insb. Bd. 1, S. 126. Zur kurzfristigen vertriebenenpolitischen Wählerbasis der frühen Nachkriegs-FDP auch Connor, Refugees, S. 120f.

In seiner 1971 publizierten Studie über „Macht und Ohnmacht der Vertriebenenverbände“ im politischen System der frühen Bundesrepublik hat der Soziologe Manfred Max Wambach auf die große Bedeutung von Politik-Netzwerken in der Union verwiesen. Es sei „von ausschlaggebender Bedeutung für die Chancen“ von Vertriebenenfunktionären gewesen, „im Zugangsbereich zum Kanzler kontinuierlich Einfluß zu nehmen“, dass die „Spitzenführer“ der Verbände auch den damals den Kanzler stellenden Unionsparteien CDU oder CSU angehört hätten.⁸³ Tatsächlich ging man in Konrad Adenauers Bundeskanzleramt im Januar 1950 so weit, trotz Existenz der VOL die Einschätzung zu formulieren, der ZvD sei die „Spitzenorganisation aller Vertriebenenverbände, seien sie landsmannschaftlich oder nach dem gegenwärtigen Wohnsitz der Vertriebenen organisiert“. Daher könne der Vorsitzende dieser Organisation, der CDU-Bundestagsabgeordnete Linus Kather, „als Sprecher der Vertriebenen“ schlechthin betrachtet werden.⁸⁴

Wie stark parteipolitische Vernetzungen zählten, wurde im April 1950 auch deutlich, als die ZvD-Führung den Bundeskanzler um eine Unterredung bat. In einer Vorlage des Kanzleramts für Adenauer wurde darauf hingewiesen, dass dem ZvD-Vorstand auch jener Dr. Alfred Gille angehöre, der dem Kanzler schon bei der ersten Vorstellung der ZvD-Führung neben Dr. Kather präsentiert worden sei. Gille, Mitbegründer des BHE in Schleswig-Holstein und dort Landtagsabgeordneter, habe nun kürzlich auf einer Wahlversammlung behauptet, er habe gegenüber dem Bundeskanzler die finanzielle Soforthilfe für Vertriebene „einen organisierten Schwindel genannt“. Auch habe Gille die CSU-Bundesminister für Landwirtschaft und für Finanzen, Wilhelm Niklas und Fritz Schäffer, „des bewussten Betruges“ in Soforthilfe-Fragen bezichtigt.⁸⁵ Es ist unklar, ob dieser Vertreter der Protestpartei BHE daraufhin nochmals eine Audienz beim Kanzler erhielt. Vermutlich dürfte Adenauer erst ab Herbst 1953 gnädiger geworden sein, nachdem Gille in den Bundestag eingezogen war und der Kanzler dessen Partei als Koalitionspartner benötigte.

2.2. Netzwerke und Konflikte: Spannungslinien im CDU-Netzwerk zwischen BMVt und ZvD/BvD

Nicht nur ein BHE-Protestpolitiker wie Gille, auch der wichtigste Vertriebenenpolitiker der CDU selbst war in den Augen vieler allzu populistisch gestimmt. Vermutlich war dies der Hintergrund für einen bemerkenswerten Beschwichtigungsversuch Minister Lukascheks gegenüber Adenauer im Mai 1950, der offenbar einen Angriff der ZvD-Führung auf Bundesfinanzminister Schäffer zur Voraussetzung hatte. Lukaschek warf diesem Ministerkollegen allzu häufige und offenbar nicht allzu freundliche Stellungnahmen zur Vertriebenenpolitik vor, „ohne dabei auf die politische und psychologische Auswirkung Rücksicht zu nehmen“. Zugleich verteidigte

83 Manfred Max Wambach: *Verbändestaat und Parteienoligopol. Macht und Ohnmacht der Vertriebenenverbände*. Stuttgart 1971, S. 117.

84 BArch, B 136/1413, Bl. 5, BKAm, Vermerk, 28.01.1950.

85 Ebd., Bl. 20, BKAm, Aktennotiz für BK Dr. Adenauer, 27.04.1950.

der BMVt den ZvD. Dieser Verband sei „nicht etwa als eine radikale Gruppe innerhalb der Heimatvertriebenen“ anzusehen, er zeige vielmehr hohes politisches Verantwortungsgefühl.⁸⁶ Dahinter stand nicht nur alte verbandspolitische Verbundenheit, sondern auch die öffentlich vertretene Einschätzung des Ministers, „daß der ZvD die Klammer zwischen Staat und Vertriebenen sei, er sei die Kraft des Staates, während die Landsmannschaften die Kraft des Volkes darstellten“.⁸⁷ Dass der ZvD – zumal unter Kather – nichts als der verlängerte Arm des BMVt sein sollte und könnte, sollte sich nur zu bald als schwerwiegende Fehleinschätzung Lukascheks erweisen. Entsprechend sollte die anfängliche Bereitschaft des Vertriebenenministers, seinen ZvD-Nachfolger Kather zu verteidigen, rapide abnehmen.

Peter Paul Nahm, der von Kather wenig geschätzte, ab 1953 langjährig amtierende Staatssekretär im BMVt, zeichnete 1971 ein vergleichsweise differenziertes Bild dieses einstigen CDU-Vertriebenenpolitikers:

„Er stritt in den Verbänden, scheute Straßenkundgebungen nicht und machte seine Fraktion und den Bundestag zur Arena seiner harten Beredsamkeit. Er strebte unverhohlen nach dem Ministeramt und säumte seinen Weg mit Opfern seiner Kampfesweise. Adenauer fand ein gewisses Gefallen an Kathers Kämpfernatur und baute ihn in sein taktisches Planspiel ein. Er vermied es lange, mit dem streitbaren Mann zu brechen, der sich seine Sporen als Zentrumsvertreter im Königsberger Stadtparlament und als Verteidiger von Bedrängten im ‚Dritten Reich‘ verdient hatte. [...] Nach beachtlichen Erfolgen verlor er das Maß. [...] Es ist schade, daß dieser fähige, energische und im Geben und Nehmen harte Mann mit einem Stil focht, der selbst Freunde in Verlegenheit brachte. Er hätte auf andere Art mehr erreichen und den ersehnten Ministersessel besetzen können. Er scheiterte mehr an sich als an anderen.“⁸⁸

Linus Kather stammte aus der katholischen Zentrumsparterie Ostpreußens und war auch infolge seines resistenten Verhaltens unter der NS-Diktatur ein quasi „geborener“ Christdemokrat der ersten Stunde. Sein vertriebenenpolitischer Populismus, den Verfechter alteingesessener Besitzinteressen sehr übelnahmen, begründete zugleich seinen zeitweiligen großen Mobilisierungserfolg unter Vertriebenen. Entsprechend verfügte Kather über starken Rückhalt auch im Bundesvertriebenenausschuss der CDU, wo ihm anfangs bemerkenswerte konfessions- und parteivergangenheits-übergreifende Bündnisse gelangen. Der Kanzler musste berücksichtigen, dass der stellvertretende Vorsitzende dieses Ausschusses, Walter von Keudell, ein früherer deutsch-nationaler Reichsinnenminister der Weimarer Republik und nun Vorsitzender der „Vereinigten Landsmannschaften der Sowjetzone“ (VLS), also der organisierten DDR-Flüchtlinge, ihn im September 1951 wissen ließ, besagter Ausschuss sei ernstlich besorgt über das Stocken der Lastenausgleichsberatungen. Man habe „einstimmig die Haltung des Herrn Abgeordneten Dr. Kather gebilligt“ und bitte darum, „eine

86 Ebd., Bl. 23, BMVt, Dr. Lukaschek, an BK Dr. Adenauer, 04.05.1950.

87 Matthias Stickler: „Ostdeutsch heißt gesamtdeutsch“. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972. Düsseldorf 2004, S. 119, Anm. 110.

88 Nahm, ... doch das Leben ging weiter, S. 70f.

Integration der Haltung von Partei und Fraktion mit den Auffassungen der Vertriebenen herbeizuführen“.⁸⁹ Keudell fungierte sodann im Oktober 1952 neben dem CDU-Bundestagsabgeordneten Oskar Wackerzapp als enger Verbündeter Kathers in den internen Verhandlungen mit Adenauer über eine Neubesetzung des Vertriebenenresorts, zu denen Adenauer seine Vertrauten Hans Globke (Kanzleramt) und Heinrich Krone (CDU/CSU-Fraktionsgeschäftsführer) hinzuzog.⁹⁰ Es war Krone, der dann im März 1953 eine deutliche Erosion der Position des BvD-Präsidenten innerhalb dieses CDU-Gremiums registrierte. In seinem Tagebuch notierte Krone nach einer Sitzung des Vertriebenen-Ausschusses der Bundespartei, welcher 1951 Kather so demonstrativ den Rücken gestärkt hatte: „Linus Kather stellt fest, daß die Partei und der Kanzler nur wenig Verständnis für die Wünsche der Vertriebenen hätten. In diesem Urteil folgte der Ausschuß dem Vorsitzenden [i. e. Kather] jedoch nicht; man dachte weit zufriedener und zuversichtlich.“ Als er, Krone, Kather offen widersprochen habe, habe er „Beifall“ geerntet.⁹¹

Diese Erosion von Kathers CDU-Vernetzungen hatte auch damit zu tun, dass er enge Verbündete durch deren frühzeitige politische Rückzüge verlor. So etwa Oskar Wackerzapp, jenen CDU-Bundestagsabgeordneten, der ihn neben Keudell 1952 zu Adenauer begleitet hatte. Dieser katholische Schlesier, der durch die NS-Diktatur 1933 sein Amt als Polizeipräsident von Gleiwitz verloren hatte, wurde von Kather zu seinen „fähige[n] und charaktervolle[n]“ Unterstützern gerechnet. Wackerzapp hatte zusammen mit Kather schon 1948 wegen Missachtung von Vertriebeneninteressen gegen Adenauer rebelliert, er hatte aber zugleich mit anderen damals auch dafür gesorgt, Kather in der CDU zu halten, da dieser wusste, dass Wackerzapp und andere CDU-Verbündete (anders als er selbst) „einen Austritt aus der Partei nur sehr ungern oder auch überhaupt nicht vollzogen hätten“.⁹² Noch Mitte der 1960er Jahre hob Kather Wackerzapp, den er zu seinen Freunden zählte,⁹³ „unbestreitbar“ als „stärkste Stütze in der ersten Legislaturperiode“ hervor, der ihm „viel geholfen“ habe: „Es ist nie ohne Eindruck auf die Fraktion [der CDU/CSU] geblieben, wenn dieser ruhige und zurückhaltende Mann sich an die Seite des ungestümen und radikalen Kather stellte.“ Umso mehr bedauerte dieser, dass sein „für die Politik zu vornehm[er]“ Freund bereits 1953 auf eine erneute Bundestagskandidatur verzichtete. Für Kather war und blieb der einstige Mitstreiter „ein ausgezeichneter Mann, auch wenn man es verabsäumt hat, ihn gebührend auszuzeichnen.“⁹⁴ Kather rügte Mitte der 1960er Jahre scharf, dass Wackerzapp 1954 – „trotz der Zweidrittel-Mehrheit“, über die die

89 BArch, B 136/1413, Bl. 26, Bundesvertriebenenausschuß der CDU, v. Keudell, an BK Dr. Adenauer, 24.09.1951.

90 Linus Kather: Die Entmachtung der Vertriebenen. Bd. 1. Die entscheidenden Jahre. München/Wien 1964, S. 256.

91 Heinrich Krone: Tagebücher. Bd. 1. 1945–1961. Bearb. v. Hans-Otto Kleinmann. Düsseldorf 1995, S. 120.

92 Kather, Entmachtung, Bd. 1, S. 58–62 und S. 66; vgl. zu 1948 auch Connor, Refugees, S. 113.

93 Linus Kather: Die Entmachtung der Vertriebenen. Bd. 2. Die Jahre des Verfalls. München/Wien 1965, S. 281.

94 Kather, Entmachtung, Bd. 1, S. 75.

CDU-geführte Koalition verfügt habe – bei seiner Kandidatur für den Vorsitz des Kontrollausschusses beim Bundesausgleichsamt von seinen eigenen Parteifreunden zugunsten einer oppositionellen Sozialdemokratin fallengelassen worden sei.⁹⁵ Und noch Ende 1959 wandte sich Kather mit dem letzten Rest seines politischen Einflusses gegenüber dem Chef des Bundespräsidialamtes, Staatssekretär Karl Theodor Bleek, mit Nachdruck dagegen, dass der nordrhein-westfälische CDU-Ministerpräsident Franz Meyers Wackerzapp das Großkreuz des Bundesverdienstkreuzes vorenthalten wolle, obwohl dieser weit höhere Verdienste vorweisen könne als die beiden früheren Bundesminister Dr. Lukaschek und Kraft, die diese Auszeichnung erhalten hätten. Kather hatte Abschriften seines Schreibens auch an Meyers und an Heinrich Krone als Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion geschickt. Darin kritisierte er vor allem die Ordensverleihung an den einstigen BHE-Politiker Kraft unmissverständlich:

„Herr Waldemar Kraft hat als Bundesminister ein Amt ohne eigentliche Aufgabe verwaltet, und niemals wird es ihm möglich sein, sich von dem Vorwurf freizumachen, er habe um einer kurzlebigen Ministerwürde willen die Sache seiner Partei [BHE] und der Menschen, die ihn gewählt haben, preisgegeben. Er war ein prominenter Anhänger Hitler's, während Herr Wackerzapp im Jahre 1933 sein Amt als Polizeipräsident aufgeben mußte. Ich glaube nicht, daß diese unterschiedliche Behandlung irgendwo auf Verständnis stoßen kann.“⁹⁶

Kather, der sich selbst gelegentlich als ungestüm und radikal skizzierte, wurde in der Honoratiorenpartei des Bundeskanzlers aufgrund solcher Eigenschaften nicht überall goutiert. Der spätere BdV-Präsident Herbert Czaja, seit 1953 CDU-Bundestagsabgeordneter, beschrieb die fehlende Chemie zwischen dem sphinxhaften Rheinländer und dem kantigen Ostpreußen:

„Wegen der scharfen, nicht selten populistisch-oberflächlichen Reden und Urteile des Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen Deutschen (BVD) und CDU-Vorstandsmitglieds Linus Kather gab es auch zwischen Kather und Adenauer eine bedauerliche, aber tiefe Distanz.“⁹⁷

Kather selbst kolportierte später eine bezeichnende Anekdote, wonach Adenauer einen ehemaligen Landrat aus Ostpreußen über ihn befragt habe: „Er hat die Angewohnheit seine Ansichten einem immer unverblümt ins Gesicht zu sagen, was ist das eigentlich für ein Mensch?“⁹⁸ Neben dem Unbehagen Adenauers kommt darin freilich unverhohlen auch Kathers Selbstzufriedenheit über die eigene undiplomatische Geradlinigkeit zum Ausdruck.

95 Kather, Entmachtung, Bd. 2, S. 30.

96 Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin (ACDP), I-377-28/1, Dr. Kather an Bundespräsidialamt, Bleek, 10.12.1959.

97 Herbert Czaja: Unterwegs zum kleinsten Deutschland? Mangel an Solidarität mit den Vertriebenen. Marginalien zu 50 Jahren Ostpolitik. Frankfurt a. M. 1996, S. 107.

98 Linus Kather: Halali in Ostpreußen. Erinnerung an ein geraubtes Land. Vaduz 1998, S. 35.

Zwar konnte sich Kather nach Beobachtung des ihm feindlich gesinnten nordost-deutschen Netzwerklers de Vries bei seinen Bestrebungen, Lukaschek als Vertriebenenminister zu beerben, Mitte 1952 zeitweilig auf die Unterstützung zweier mächtiger Vertreter der Wirtschaft in der Unionsfraktion verlassen – die des Hamburger Verlegers Gerd Bucerius und des Kölner Bankiers Robert Pferdmenes.⁹⁹ Doch das anfangs pragmatisch-kooperative Verhältnis zwischen Kanzler und Verbandschef mündete infolge der erst verzögernden, dann klar ablehnenden Haltung Adenauers gegenüber den Minister-Ambitionen Kathers in offenen Konflikt und schließlich in Zerrüttung.

Einer der Gegner Kathers war auch der aus Schlesien stammende, damals sozialdemokratische Journalist Herbert Hupka. Nach dessen Erinnerung war Kather ihm feindlich gesonnen, seit er 1952 dessen Berufung zum Vertriebenenminister bekämpfte, der Adenauer bereits zugestimmt habe. Hupka begründete seinen Widerstand gegen Kather als Vertriebenenminister damit, dass dieser ein gefährlicher Populist gewesen sei – im Unterschied zu Amtsinhaber Lukaschek, den Hupka wie auch die Schlesische Landsmannschaft insgesamt unterstützte. Noch ungnädiger urteilte Hupka, der selbst 1972 von der SPD zur CDU wechseln sollte, über Kathers weiteren Werdegang, der aus der Adenauer-CDU immer weiter nach rechts geführt hatte:

„Kather, einst Zentrumsabgeordneter im Königsberger Stadtparlament, hatte nach 1945 bei der CDU seine politische Heimat gefunden, war aber dann als der ständig Unzufriedene, als der Ehrgeizige, der sein Ziel, Minister zu werden, nicht erreicht hat, zum BHE abgeschwenkt und schließlich [um 1969] zu den Rechtsradikalen [der NPD]. Man könnte ihn einen leidenschaftlichen Anwalt der Vertriebenen nennen, aber nicht frei von allzu stark ausgeprägtem Geltungsbedürfnis, so daß er rücksichtslos, auch gegen sich selbst, sein parteipolitisches Forum gewechselt hat.“¹⁰⁰

Kather selbst äußerte sich 1965 rückblickend zu seinem Bruch mit der CDU, den er elf Jahre zuvor durch Übertritt zur Bundestagsfraktion des GB/BHE vollzogen hatte:

„Es ist mir oft gesagt worden, daß dieser Parteiwechsel der größte Fehler in meiner politischen Laufbahn gewesen ist. Besonders oft hat mir das mit freundlichster Miene Dr. Peter Paul Nahm gesagt, der Staatssekretär im Bundesvertriebenenministerium. Das kommt nun sehr darauf an, von welcher Seite man dieses Problem betrachtet. Ganz gewiß, mir persönlich wäre es besser gegangen. Ich könnte heute noch unangefochten im Bundestag [...] sitzen, und je weniger ich getan hätte, umso angesehener wäre ich in Fraktion und Partei gewesen. Und vielleicht wäre ich bei den häufigen Vakanzen dieses Hauses sogar noch einmal in die Husarenstraße (Bundesvertriebenenministerium) eingezogen.“

⁹⁹ BAArch, N 1412/15, de Vries an Dr. Westermann, 14.07.1952; nur acht Tage später beobachtete de Vries jedoch, dass sich Pferdmenes nun gegen Kather gestellt habe, den er zuvor noch „warm“ unterstützt habe; de Vries sah darin Rückwirkungen einer ZvD-Korruptionsaffäre; vgl. ebd., de Vries an Dr. Westermann, 22.07.1952. Zu Pferdmenes und Bucerius auch Ralf Dahrendorf: Liberal und unabhängig. Gerd Bucerius und seine Zeit. München 2000, S. 137.

¹⁰⁰ Herbert Hupka: Unruhiges Gewissen. Ein deutscher Lebenslauf. Erinnerungen. München 1994, S. 186.

Doch Kather hielt dagegen: „Ich bereue nichts [...]. Ich wollte das üble Spiel Adenauers durchkreuzen und die Entmachtung der Vertriebenen verhindern. Es ist mir nicht gelungen, *aber ich habe es wenigstens versucht*.“ Und er veröffentlichte eine von seinem Gewährsmann Wackerzapp verbürgte Äußerung Adenauers, die dieser im CDU-Parteivorstand zwei Monate nach Kathers Wechsel von der CDU zum GB/BHE getan haben soll: Es sei „doch schade, daß die Fraktion sich den Herrn Kather hat entgleiten lassen, aber wir haben ihn ja auch schlecht behandelt“, sollen Adenauers schwer zu deutende Worte gewesen sein. Kather reagierte mit typischer Bissigkeit: „Dabei wußte der alte Mediziner natürlich ganz genau, daß er selbst der Hauptschuldige war und niemand anderer.“¹⁰¹ Noch 1982 betonte der greise Kather, Adenauer sei der „Hauptschuldige“ an seinem Parteiaustritt gewesen, auch wenn der Kanzler denselben dann öffentlich bedauert habe. Entscheidend für die Trennung sei Adenauers gebrochene Zusage von 1952 gewesen, wonach Kather selbst neuer Vertriebenenminister hätte werden sollen. Noch schlimmer sei nach der Bundestagswahl von 1953 Adenauers Koalition mit dem bislang bekämpften BHE gewesen, durch die das Vertriebenenministerium „einem Mann mit ‚tiefbrauner Weste‘, Theodor Oberländer“, ausgeliefert worden sei.¹⁰²

Kathers Partei- und Fraktionswechsel von 1954 hatte nicht nur auf die eigene, sondern auch auf die Vernetzung seines gesamten Verbandes Rückwirkungen. Laut Manfred Max Wambach sollen sich die Einflussmöglichkeiten des ZvD/BvD „ganz erheblich“ verringert haben, nachdem Kather die CDU verlassen habe: „Ein direktes Gespräch zwischen dem Präsidium des ZvD/BvD und dem Bundeskanzler kam in den kommenden Jahren nicht mehr zustande.“¹⁰³ Der ursprüngliche Konflikt zwischen CDU-Verbandschef und CDU-Minister war 1952 zum Machtkampf zwischen Kather und dem Kanzler selbst eskaliert. Hier konnte ein Verbandsvertreter und einfacher Abgeordneter nicht gewinnen.

Kather schien davon ausgegangen zu sein, als Chef des ZvD/BvD mit gleichem Recht vom Kanzler die Ernennung zum Vertriebenenminister verlangen zu können, wie sie 1949 seinem Vorgänger im ZvD-Vorsitz zuteilgeworden war. Denn mit dem CDU-Politiker Hans Lukaschek war eine Persönlichkeit zum ersten BMVt gemacht worden, die – „gefördert durch katholische Organisationen“ und später selbst Präsident des Katholischen Flüchtlingsrates – zunächst Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Vertriebenenverbände der Britischen Zone und dann Bundesvorsitzender des ZvD gewesen war. Gleichzeitig galt Lukaschek auch „als der eigentliche Führer“ der schlesischen Landsmannschaft.¹⁰⁴ Anlässlich der Ernennung des ersten ZvD-Vorsitzenden zum Vertriebenenminister erklärte ein ZvD-Führer 1949 im Bundestag recht unverblümt: „Worauf es uns ankommt, ist, daß einer von uns als verantwortlicher Mi-

101 Kather, *Entmachtung*, Bd. 2, S. 41f.

102 Linus Kather: *Von Rechts wegen? Prozesse*. Esslingen 1982, S. 159f., S. 162–164 und 192.

103 Wambach, *Verbandsstaat*, S. 117.

104 Boehm, *Gruppenbildung*, S. 557; vgl. zu den Netzwerken zwischen BMVt und beiden großen Kirchen auch den Beitrag von Rainer Bendel im vorliegenden Band.

nister im Kabinett sitzt und dafür sorgen kann, daß man uns nicht mehr vergißt.“¹⁰⁵ Noch weiter ging der in Baden aktive sudetendeutsche ZvD-Landesvorsitzende Karl Bartunek, welcher dort zugleich ein führender Politiker des BHE war, im Mai 1950 mit der Erklärung, der ZvD verlange vom neuen Vertriebenenminister, sich „restlos und kompromißlos für seine Schicksalsgefährten“ einzusetzen, auch auf die Gefahr hin, dass er mit dem restlichen Kabinett in Widerspruch gerate. Angesichts solcher Postulate schied der Minister aus dem ZvD-Vorstand aus, „um der unmittelbaren und massiven Einflußnahme ausweichen zu können“. Seither häuften sich Angriffe des zunehmend enttäuschten ZvD auf den Minister aus den eigenen Reihen, dem man Anfang 1952 öffentlich sogar das Misstrauen aussprach. Obwohl die Landsmannschaften die inhaltliche Kritik an Lukaschek teilten, stimmten sie nicht in die Rücktrittsforderung des ZvD ein, wohl aus Misstrauen gegen Kather, der die Nachfolge Lukascheks anstrebte.¹⁰⁶

Dieses zweideutige Verhalten warf Kather den Landsmannschaften seinerseits im Januar 1952 vor, insbesondere der Landsmannschaft Ostpreußen.¹⁰⁷ Noch 1964 sollte Kather an die pikante Tatsache erinnern, dass im Februar 1951 „die erste Aufforderung zum Rücktritt an Lukaschek [...] von der Landsmannschaft Ostpreußen“ gekommen sei, „deren Sprecher der Staatssekretär des Ministers Dr. [Ottomar] Schreiber“ gewesen sei. Man habe das Ausscheiden Lukascheks aus der Bundesregierung gefordert und es „für untragbar“ erklärt, „daß unter diesen Umständen ein anderer Wortführer der Heimatvertriebenen an seine Stelle tritt“. Mit diesem letzten Satz habe man verhindern wollen, „daß ein Vertriebener mit mehr Energie und Tatkraft an die Stelle von Lukaschek trat“, was eindeutig gegen Kather gerichtet gewesen sei. Zu Recht monierte dieser die „Zwielichtigkeit der Rolle von Dr. Schreiber“, der sich beim Misstrauensvotum gegen den eigenen Ressortchef der Stimme enthalten habe, während als Initiator der Rücktrittsforderung der BHE-Politiker Alfred Gille hervorgetreten sei.¹⁰⁸ Zugleich wird darin auch ein verbandsinterner Konflikt zwischen CDU- und BHE-Netzwerken deutlich.

Letztlich soll der „unheilbare Bruch“ zwischen Lukaschek und Kather auf die unter vier Augen gestellte Forderung des letzteren zurückzuführen sein, „der Minister müsse ausschließlich Entscheidungen und Stellungnahmen des ZvD zur Grundlage seiner amtlichen Arbeit machen“. Lukaschek soll „diese unerhörte Forderung selbstverständlich schroff abgelehnt“ haben; sie bedeutete das diametrale Gegenteil des Verhältnisses zwischen Minister und Verband, wie Lukaschek sich dies 1950 allzu naiv als top-down-Relation vorgestellt hatte. Als Adenauer zeitweilig als Kompromisslösung erwog, Kather anstelle Schreibers zum Staatssekretär im BMVt zu ernennen

105 Wambach, *Verbändestaat*, S. 125; Hans-Josef Brües: *Artikulation und Repräsentation politischer Verbandsinteressen, dargestellt am Beispiel der Vertriebenenorganisationen*. Diss. Köln 1972, S. 95.

106 Wambach, *Verbändestaat*, S. 125f.

107 Landesarchiv Baden-Württemberg, Generallandesarchiv Karlsruhe (GLAK), N Bartunek/20, BvD, Dr. Kather, Rdschr., 21.01.1952, S. 5.

108 Kather, *Entmachtung*, Bd. 1, S. 153f.

nen, war es wiederum Kather, der ablehnte, da er nicht Untergebener Lukascheks werden wollte.¹⁰⁹

Der Minister revanchierte sich für die Attacken seines ZvD-Nachfolgers, indem er die Landsmannschaften begünstigte. Am 30. September 1952 legte Kather offiziell Protest gegen die Anerkennung des neuen „Verbands der Landsmannschaften“ (VdL) durch das BMVt ein, da dieser Verband bislang nur auf einer Vereinbarung der Sprecher einzelner Landsmannschaften beruhe, deren Gremien der Gründung aber noch nicht zugestimmt hätten. Wer den VdL dennoch anerkenne, hätte erst recht den ebenfalls in Gründung befindlichen BvD anerkennen müssen, dessen Verbandsgremien längst zugestimmt hätten. Kather nahm dies als einen „Beweis mehr dafür, dass in Ihrem Hause mit zweierlei Maß gemessen wird“. Zugleich wandte er sich gegen die vom BMVt beabsichtigte Zulassung der Landsmannschaften zum Beirat des BMVt, auf die diese überhaupt keinen Anspruch hätten. Kather schloss mit der Mitteilung, dass er die Entscheidung der Bundesregierung – also des Kanzlers – angerufen habe und deshalb den Vertriebenenminister bitte, „weitere Entscheidungen einstweilen nicht zu treffen“.¹¹⁰ Das war eine gezielte Brückierung Lukascheks, der als Befehlsempfänger Adenauers behandelt wurde.

Vorangegangen war die ebenso gezielte Brückierung Kathers durch Staatssekretär Schreiber, der dem ZvD-Chef mitgeteilt hatte, dass ein Ständiger Beirat beim Bundesausgleichsamt geschaffen worden sei, für den Kathers Verband zwei der fünf Vertriebenenvertreter benennen möge; die übrigen würden von den Landsmannschaften und der vertriebenen Wirtschaft benannt.¹¹¹ Am gleichen Tag, als Kather bei Lukaschek dagegen protestierte, hatte er sich auch an Adenauer persönlich gewandt: Das BMVt versuche durch hastige Entscheidungen vollendete Tatsachen zu schaffen, die – sofern nicht eingegriffen werde – den BvD und damit die übergroße Mehrheit der Vertriebenen in Opposition zur Regierung bringen könnten. Kather bat Adenauer deshalb, „eine [...] Entscheidung des Kabinetts herbeizuführen“.¹¹² Der Direktzugang des Verbandschefs zum Kanzler drohte den Ressortchef nicht nur politisch zu blockieren, sondern auch öffentlich zu demütigen.

Die inhaltliche Kritik am BMVt bestand in zu geringen Resultaten beim Lastenausgleich. Doch das war nicht alles, wie Peter Paul Nahm nüchtern feststellte:

„Der erste Vertriebenenminister, Lukaschek, und sein Staatssekretär, Ottomar Schreiber, tendierten zu den Landsmannschaften, obwohl sie es ressortmäßig mit Kather zu tun hatten. Kather erwiderte Kühle mit Kälte. 1952 sprach der Vorstand des Kather-Verbandes Lukaschek das Mißtrauen aus. So gesellten sich zu den natürlichen Differenzen, die wegen der schleppenden und unzureichenden materiellen Hilfen entstanden, persönliche Aversionen, die Kräfte beider Partner zerrieben.“¹¹³

109 Stickler, Ostdeutsch, S. 55f.

110 BArch, B 234/1312, ZvD, Dr. Kather, an BMVt [Dr. Lukaschek], 30.09.1952.

111 Ebd., BMVt, i.V. Dr. Schreiber, an ZvD, Dr. Kather, 25.09.1952.

112 Ebd., BvD, Dr. Kather, an BK Dr. Adenauer, 30.09.1952.

113 Nahm, ... doch das Leben ging weiter, S. 76.

2.3. Deutsch-Balten und Ostpreußen: Das nordostdeutsche Netzwerk zwischen BMVt und Landsmannschaften

Wie schwach die Position des Vertriebenenministers in der Adenauer-Regierung war, macht eine vertrauliche Mitteilung zwischen zwei Angehörigen des deutsch-baltischen Netzwerks deutlich – zwischen Axel de Vries, dem langjährigen stellvertretenden Vorsitzenden der deutsch-baltischen Landsmannschaft, und dem von Lukaschek ernannten Pressereferenten des BMVt, dem ebenfalls aus dem Baltikum stammenden Friedrich von Wilpert. Im September 1950 berichtete letzterer, ausgerechnet auf jener Kabinettsitzung, auf der Lukaschek dem Kanzler im Namen des Kabinetts zum einjährigen Regierungsjubiläum gratuliert habe, habe Adenauer zusammen mit CSU-Bundesfinanzminister Schäffer dem BMVt vorgeworfen, mit seinen Vorschlägen zum Lastenausgleich „gefährliche Illusionen“ unter den Vertriebenen geweckt zu haben. Der CDU-Abgeordnete Johannes Kunze habe Lukaschek ebenfalls attackiert und behauptet, der Ressortchef werde von seinen radikalen Beamten gesteuert. Wilpert: „Das stimmt natürlich nicht, kennzeichnet aber die Lage. [...] Lukaschek hält sich nun sehr zurück. Und ich? Bitte meinen Namen garnicht [sic!] zu erwähnen.“¹¹⁴

Anfang 1951 hatte Alfred Gille für das erste Misstrauensvotum einer Vertriebenenorganisation gegen Lukaschek gesorgt.¹¹⁵ Gille wurde dadurch gefährlich, dass er einerseits der Oppositionspartei BHE angehörte, die sich durch radikale Kritik an der CDU profilierte, und andererseits ein Exponent sowie ab 1952 langjähriger Sprecher der ostpreußischen Landsmannschaft war. Zugleich agierte Gille auch im ZvD und wurde verbandsintern ein wichtiger Gegner Kathers. Als Wortführer radikaler Vertriebenen-Interessen hatte Gille im November 1951 Zweifel geäußert, ob man sich den Bundeskanzler als Redner auf einer Veranstaltung überhaupt zumuten könne, worauf Kather als loyaler CDU-Mann damals höchst befremdet reagiert hatte.¹¹⁶

Das Verhältnis blieb feindselig, auch nachdem Kather selbst zum GB/BHE übergewechselt war. Ende 1958 nahm Kather einen neuerlichen Konflikt zum Anlass, um Gille – damals Kollege im BdV-Präsidium und Parteifreund – ein über Jahre angesammeltes Sündenregister vorzuhalten. Gille habe jüngst auf der Bundesvorstandssitzung des GB/BHE „behauptet, daß ich [i. e. Kather] die Landsmannschaften, und insbesondere die Landsmannschaft Ostpreußen, dauernd bekämpft hätte“. Er habe ferner behauptet, Kather im Kampf gegen Lukaschek zunächst unterstützt, sich aber zurückgezogen zu haben, sobald ihm klar geworden sei, dass Kather seine „persönlichen Absichten von der Sache“ nicht habe trennen können. Gille habe zugegeben, 1951 auf die dem BHE angehörenden BvD-Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg und Hessen, Karl Mockler und Friedrich Walter, „eingewirkt“ zu haben, Kather als Verbandschef abzuwählen, da dieser „damals ein profiliertes Mitglied der CDU“ gewesen sei. Schon 1948 habe Gille Kather im Beisein Dritter eröffnet: „Sie haben Ihre

114 BArch, N 1412/13, Von Wilpert an de Vries, 27.09.1950.

115 Kather, Entmachtung, Bd. 1, S. 153f.

116 GLAK, N Bartunek/19, Dr. Kather an Dr. Gille, 07.11.1951.

historischen Verdienste um die Vertriebenensache. Jetzt ist es Zeit, daß Sie anderen Platz machen.“¹¹⁷

Tatsächlich war Kather auf Betreiben Gilles 1952 als Vorsitzender des BvD-Landesverbands Hamburg abgewählt worden.¹¹⁸ Vom badischen BvD-Funktionär Karl Bartunek erhielt Kather – weiterhin Bundesvorsitzender – den Hinweis, dass sein Sturz in Hamburg auch auf Machenschaften von Landsmannschafts-Netzwerkern wie Axel de Vries zurückzuführen sei.¹¹⁹ Dieser sollte sich in der Tat neben Gille als härtester Gegner Kathers erweisen. Als Kather den Ausschluss des Hamburger Landesverbands aus dem BvD anstrebte,¹²⁰ fiel ihm Vertriebenenminister Lukaschek in den Rücken, indem er diesen Landesverband offiziell anerkannte und damit subventionsfähig machte.¹²¹

Alfred Gille war eine zentrale Figur in einem engen Netzwerk nordostdeutscher Vertriebenenfunktionäre, die insbesondere in den ostpreußischen und deutsch-baltischen Landsmannschaften verankert waren. So arbeitete Gille, der 1960 vom Kanzleramt als künftiger BdV-Präsident gehandelt werden sollte,¹²² eng mit Egbert Otto, einem früheren NS-Landesbauernführer von Ostpreußen, zusammen.¹²³ Ein wichtiger Verbündeter war auch der Deutsch-Balte Axel de Vries, der mit Gille seit gemeinsamen Führungsfunktionen in der NS-Besatzungspolitik in Weißrussland bekannt war.¹²⁴ Während Gille kein Problem damit hatte, mit Führungspositionen im Rampenlicht zu stehen, bevorzugte de Vries eher Netzwerk-Kooperation aus dem Hintergrund. Es waren primär Gille und de Vries, die in den Einigungsverhandlungen zwischen ZvD und VOL gegen den Machtanspruch Kathers Front machten.¹²⁵ Schon 1951 hatte Kathers Verbündeter Walter von Keudell den schleswig-holsteinischen BHE-Politiker und Minister Waldemar Kraft vor „der nahen persönlichen Beziehung zwischen Herrn Gille und Herrn de Vries“ gewarnt, wobei er letzteren als „so undurchsichtige Persönlichkeit“ charakterisierte. Außerdem berief sich Keudell auf die Führer der sudetendeutschen und schlesischen Landsmannschaften, Lodgman und Walter Rinke, als Verbündete gegen de Vries, dem er innerhalb der VOL eine „diktatorische Alleinherrschaft“ vorwarf –¹²⁶ also dasselbe, was de Vries seinerseits Kather als „diktatorische Art“ anlastete.¹²⁷ Der organisatorische Konflikt der beiden Verbände

117 ACDP, 01-377-06/5, Dr. Kather an Dr. Gille, 09.12.1958, S. 1–3.

118 Wolfgang Fischer: Heimat-Politiker? Selbstverständnis und politisches Handeln von Vertriebenen als Abgeordnete im Deutschen Bundestag 1949 bis 1974. Düsseldorf 2010, S. 204.

119 GLAK, N Bartunek/20, Bartunek an Dr. Kather, 26.05.1952.

120 Ebd., Dr. Kather an Bartunek, 18.06.1952.

121 BArch, B 136/1413, Bl. 110f., BMVt Dr. Lukaschek an ZvD, Dr. Kather, 10.03.1953.

122 BArch, B 136/2714, Bl. 351–353, BKAm, Dr. Vialon, an BK Dr. Adenauer, 05.01.1960.

123 BArch, B 234/1152, Otto an BdV, Krüger, 29.11.1961, mit dem Vorschlag, Dr. Gille in den Fernsehrat des ZDF zu delegieren.

124 Vgl. Schwartz, Funktionäre, S. 376–384.

125 BArch, N 1412/15, de Vries an Dr. Westermann, 04.06.1953.

126 BArch, N 1267/38, Von Keudell an Kraft, 06.07.1951.

127 BArch, N 1412/15, de Vries an Dr. Westermann, 07.03.1952, S. 3.

war ein Konkurrenzkampf verschiedener Netzwerke und im Kern, laut Keudell, ein persönlich zugespitzter „Kampf Kather – de Vries“.¹²⁸

Letzterer war eng vernetzt mit dem Vorsitzenden der Deutsch-Baltischen Landsmannschaft, dem CSU-Bundestagsabgeordneten Baron Georg Manteuffel-Szoegé. Nach dessen Tod im Juni 1962 sollte de Vries selbst den Vorsitz der Landsmannschaft übernehmen, allerdings nur für knapp ein halbes Jahr, bedingt durch sein eigenes Ableben im Januar 1963. De Vries und Manteuffel stimmten in ihrer informellen Kommunikation über ein Jahrzehnt lang ihre Verbandspolitik ab, zuerst im VdL, dann im BdV – darunter das sich ab 1959 anbahnende Bündnis ihres rechtskonservativen Netzwerks mit dem sudetendeutschen Sozialdemokraten und SPD-Bundestagsabgeordneten Wenzel Jaksch.¹²⁹ Diese Netzwerk-Verflechtung sollte für die Entwicklung des BdV und seines Verhältnisses zum BMVt in den 1960er Jahren entscheidend werden.

Darüber hinaus tauschte de Vries mit Lukascheks Pressereferenten im BMVt, dem gebürtigen Deutsch-Balten Friedrich von Wilpert, zwischen 1950 und 1953 regelmäßig interne Informationen aus. Beide wirkten eng zusammen, um den Einfluss Kathers zunichte zu machen. Wilpert war 1905 mit seinen Eltern auf der Flucht vor der ersten Revolution in Russland nach Westpreußen gelangt und Reichsdeutscher geworden. Seit 1920 Redakteur in Danzig, war Wilpert 1932 auch Gründungsmitglied des Danziger Rotary Club – eine zusätzliche einflussreiche Netzwerkategorie, der wir noch wiederbegegnen werden. Seit Mai 1933 NSDAP-Mitglied, hatte er ab 1943 als Wehrmachtsoffizier gedient und war nach 1945 in einem langwierigen Entnazifizierungsverfahren letztendlich „entlastet“ worden. Wilpert kannte Ottomar Schreiber, den ehemaligen Landespräsidenten des autonomen Memellandes im Litauen der Zwischenkriegszeit, aus seiner Danziger Zeit. Durch Schreiber erhielt er die Funktion des Pressereferenten im BMVt. Dies war, wie sich zeigen sollte, eine einflussreiche, aber auch brisante Position: Als Adenauer persönlich eine Pressemitteilung Wilperts missbilligt haben soll, wurde dieser noch vor dem Abgang Lukascheks 1953 seiner Funktion als Pressereferent entbunden und bis zu seiner Pensionierung „anderweitig beschäftigt“.¹³⁰

Als enger Mitarbeiter des Ministers und mehr noch des Staatssekretärs war Wilpert zwischen 1949 und 1953 über die Vorgänge im BMVt sehr gut im Bilde. Durch seine zusätzliche Vernetzung mit de Vries wurde er zu einem wichtigen Akteur des nordostdeutschen Netzwerks im Kampf gegen Kather. Schon im Sommer 1950 hatte der Pressereferent einen Konflikt mit dem ZvD-Chef ausgelöst, indem dieser durch

128 BArch, N 1267/38, Von Keudell an Kraft, 06.07.1951.

129 BArch, N 1412/17, de Vries an Manteuffel, 18.06.1959; de Vries an Jaksch, 14.03.1959; de Vries an Jaksch, 16.12.1959; Manteuffel an de Vries, 10.06.1959; de Vries an Dr. Turnwald, 17.02.1960; de Vries an Dr. Turnwald, 21.07.1958; Otto an de Vries, 17.04.1961; de Vries an Dr. Baron Manteuffel-Szoegé, 14.09.1960. Zu Wenzel Jaksch und dessen Netzwerken vgl. auch den Beitrag von Erik Franzen in diesem Band.

130 Vgl. Hermann Schäfer: Chronist rotarischer Geschichte. Eine Erinnerung an den Rotarier Friedrich von Wilpert, der sich nach dem Kriege als Erster der Geschichte Rotarys im „Dritten Reich“ widmete, in: Rotary Magazin, 01.07.2018. <https://rotary.de/gesellschaft/chronist-rotarischer-geschichte-a-12724.html> (11.12.2024).

Zufall von zwei Informationsbriefen Kenntnis erhielt, „die vom Vertriebenen-Ministerium durch Herrn von Wilpert zum Versand gekommen sind“, jedenfalls „an die Sprecher der Landsmannschaften“. Kather beschwerte sich bei Lukaschek, dass er und der ZvD-Vorstand diese Schreiben nicht erhalten hätten. Eine telefonische Rücksprache mit Wilpert habe ergeben, dass dies bewusst unterblieben sei, denn Kather sei laut Wilpert „eine offizielle Persönlichkeit“. Die einseitige Versand-Aktion war nach Kathers Informationen ohne Wissen des Ministers durch Staatssekretär Schreiber veranlasst worden. Kather betrachtete dies als „außerordentlich befremdenden Tatbestand“, hoffte damals aber noch auf die Unterstützung Lukascheks.¹³¹

Das im Januar 1952 von Kather angestoßene Misstrauensvotum des ZvD gegen Lukaschek bewirkte CDU-intern eher einen „Gesichtsverlust Kathers“. Dieser Kollateralschaden wurde von de Vries am 9. Januar 1952 gegenüber Wilpert „hämisch“ kommentiert.¹³² Ungeniert an dessen Dienstadresse im BMVt gerichtet, jubelte de Vries geradezu: „Lieber Herr von Wilpert! Meinen herzlichen Glückwunsch zur Ohrfeige an unseren gemeinsamen Freund L.“. Man wolle hoffen, dass Linus Kathers

„Schlappe [...] vielen Menschen einiges klar machen wird: erstens seine schwache Position beim Kanzler, zweitens seine Einflußlosigkeit in der Fraktion [der CDU/CSU] und drittens die Tatsache, daß er letzten Endes den BvD als Sprungbrett für seine egoistischen Ziele geschaffen hat.“

Zugleich bat der prononcierte Kather-Kontrahent seinen Verbündeten im BMVt, „den Staatssekretär über den Inhalt meines Briefes [zu] informieren“ und „wenn möglich auch im Ministerium Kaiser einiges in dieser Richtung“ zu tun – also im vom CDU-Politiker Jakob Kaiser geführten BMG, das neben dem BMVt für Vertriebenenförderung zuständig war.¹³³ De Vries baute an einer breit vernetzten Front gegen den konkurrierenden Verbandschef und bediente sich dabei eines Schlüsselbeamten im BMVt.

Wie gezeigt, unterhielten von Wilpert und de Vries bereits im September 1950 eine derart vertrauensvolle Beziehung, dass ersterer Informationen über eine kabinetsinterne Demütigung Lukascheks durch Adenauer weitergab, verbunden mit der „Bitte[,] meinen Namen garnicht [sic!] zu erwähnen“.¹³⁴ In der Folge kam es 1951/52 auch zu dienstlicher Zusammenarbeit, denn beide kooperierten bei einem vom BMVt in Auftrag gegebenen Buchprojekt.¹³⁵ Dabei war der Pressereferent seinem Verbündeten behilflich, die Auszahlung eines Autorenhonorars gegen rechtliche Bedenken des BMVt-Finanzreferats vor Ablieferung des vollen Manuskripts zu ermöglichen – ein Vertrauensbeweis, in den auch Staatssekretär Schreiber involviert war.¹³⁶

131 BArch, B 150/1150 Bd. 1, Dr. Kather MdB an BMVt Dr. Lukaschek, 14.07.1950.

132 Stickler, Ostdeutsch, S. 57.

133 BArch, B 150/3312 Bd. 2, de Vries, Hamburg, an v. Wilpert, BMVt, 09.01.1952.

134 BArch, N 1412/13, von Wilpert an de Vries, 27.09.1950.

135 Vgl. die Vorgänge in BArch, B 150/329.

136 BArch, N 1412/13, BMVt, v. Wilpert, an de Vries, 04.04.1952.

Dass die enge Vernetzung zwischen von Wilpert und de Vries für den Ministerialbeamten nicht unproblematisch war, macht ein Privatschreiben vom Januar 1952 deutlich, in welchem de Vries von seiner Suche nach der Quelle von „Indiskretion betreffend unserem [sic!] Briefwechsel“ spricht. Offenbar hegte er Misstrauen gegen das BMVt, denn er informierte seinen Netzwerkpartner fortan lieber auf anderem Wege: „Hoffentlich macht Ihnen der Umweg über Ihre Wohnung keine Unbequemlichkeiten.“ Es folgten neueste Details über die Stellungnahme der VOL zur „Lukaschek-Krise“. Wilpert wurde „vertraulich“ darüber in Kenntnis gesetzt, dass sich alle Vorstandsmitglieder der VOL mehr oder weniger deutlich gegen eine Minister-Ernenennung Kathers ausgesprochen hätten – am schwächsten ausgerechnet Gille, bei dessen Positionierung aber „BHE-Erwägungen erheblich mit“ spielten. Auch hätten die Ostpreußen lange darauf spekuliert, nach einem Ministeraufstieg Kathers den BvD-Vorsitz zu erhalten. Darüber hinaus signalisierte de Vries seinem Partner im BMVt eine Aktion an höchster Stelle: „Die Orientierung des Bundeskanzlers wird erfolgen, so wie wir es gestern besprochen haben.“¹³⁷ Die Kontakte waren ebenso intensiv wie vertrauensvoll.

Seinerseits gab von Wilpert Informationen an de Vries weiter, die er von einem Gewährsmann nach Kontakt mit dem „Pressechef von Herrn Dr. Kather, Herrn Neumann“, erhalten hatte. Clemens J. Neumann war gebürtiger Ostpreuße¹³⁸ sowie enger Mitarbeiter und lebenslanger Freund Linus Kathers,¹³⁹ der nach Kathers Absturz seine Karriere als Pressesprecher und Chefredakteur des BdV fortsetzte.¹⁴⁰ Er hatte besagtem Gesprächspartner im März 1952 angeblich „vorgeworfen, dass er sich zum Helfershelfer von Intriganten hergegeben habe“, und erklärt: „Ihr seid schuld, dass wir das Ministerium nicht bekommen haben“. Doch „die Vertriebenen würden bald merken, welchen Schaden sie davon hätten, dass Dr. Kather nicht an die Stelle von Minister Lukaschek getreten sei“. Der Minister, so Neumann, sei für den unzureichenden Lastenausgleich verantwortlich. Der Bundeskanzler merke außerdem nicht, dass die Feinde Kathers die Geschäfte der Opposition besorgten, „denn der BHE werde mit der SPD gemeinsame Sache gegen die Regierung machen“. Kather

137 Ebd., de Vries an v. Wilpert, 29.01.1952.

138 Matthias Stickler: Vertriebenenpresse, in: Stephan Scholz/Maren Röger u. a. (Hrsg.), Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung. Ein Handbuch der Medien und Praktiken. Paderborn 2015, S. 420–431, insb. S. 421.

139 Vgl. BArch, B 234/704, Neumann an Dr. Kather, 20.12.1968: „Lieber Kather! [...] Wie ich [...] hörte, hast Du Dich darüber gewundert, daß ich anlässlich Deines 75. Geburtstages nichts von mir habe hören lassen. Sollte es Dir entgangen sein, daß der DEUTSCHE OSTDIENST diesen Anlaß ausföhrlich und dezent berücksichtigt hat? Das war doch, so wie die Dinge nun einmal liegen, nicht nur fair [,] sondern direkt mutig!“ Ferner ebd., Neumann an Dr. Kather, 13.01.1966; sowie ACDP, 01-377-09/7, Dr. Kather an Neumann, 19.11.1980 und ebd., Dr. Kather an Neumann, 26.11.1980.

140 Vgl. BArch, B 106/27361, Bl. 36f., BdV, Organisation Stand Ende 1965; Neumann wurde auf Wunsch des BdV-Präsidenten Krüger 1958 gegen den Widerstand des VdL auch zum Redakteur der BdV-Zeitschrift „Deutscher Ostdienst“ (DOD) gemacht, die er bis 1972 leitete; vgl. Stickler, Ostdeutsch, S. 173, sowie ders., Vertriebenenpresse, S. 421. Wilpert bereitete 1968 ein Treffen zwischen Bundespressesprecher Diehl und einer BdV-Delegation vor, der auch Neumann angehörte, vgl. BArch, B 145/6149, von Wilpert an BPA, Staatssekretär Diehl, BPA, 06.06.1968.

werde jedenfalls keine Rücksicht mehr auf die Landsmannschaften nehmen und den Einheitsverband proklamieren, außerdem in „Massenversammlungen“ gegen die „Saboteure der Einigung“ und den Lastenausgleich Front machen. Laut Wilpert hatte Neumanns Gesprächspartner entgegnet, solche Massenversammlungen seien ein sehr gefährlicher Weg, der Kather unweigerlich in Opposition zur Regierung bringen würde. Diese Informationen kombinierte der BMVt-Pressechef für de Vries mit einer noch wichtigeren aus dem Bundeskanzleramt. Ministerialdirektor Hans Globke, der persönliche Referent des Kanzlers, habe ihm berichtet, dass Kather am vergangenen Wochenende beim Kanzler gewesen sei, um diesen zu einer Entscheidung gegen Lukaschek zu drängen. Er habe mit der bevorstehenden BvD-Konferenz argumentiert bzw. gedroht. Globke habe Kather jedoch im Namen Adenauers mitgeteilt, dass die Entscheidung über das Ministeramt nicht ergehen könne, bevor der Lastenausgleich nicht „unter Dach und Fach“ sei. Dieses Schreiben von Wilperts an den VOL-Vertreter de Vries ging gleichzeitig in Kopien an Minister Lukaschek, Staatssekretär Schreiber und den BMVt-Ministerialdirigenten Dr. Kleberg.¹⁴¹ Letzterer war der ranghöchste Ministerialbeamte, der wie Lukaschek über einen schlesischen Hintergrund verfügte und ebenfalls nie der NSDAP angehört hatte.¹⁴² Offensichtlich agierte von Wilpert in seinem Austausch mit de Vries im Einklang mit der BMVt-Führung.

Zum nordostdeutschen Netzwerk gehörte auch der Deutsch-Balte Dr. Werner Westermann, den de Vries bereits aus gemeinsamen Abgeordnetenzeiten in den baltischen Staaten der Zwischenkriegszeit gekannt haben dürfte.¹⁴³ Seit 1951 Manteuffels Stellvertreter im Vorsitz der Deutsch-Baltischen Landsmannschaft, wurde Westermann bis zu seinem Tode 1959 zu einem langjährigen Partner vertraulicher Netzwerkkommunikation mit de Vries. Im März 1952 feierte dieser die „positive Wendung“ für die Landsmannschaften infolge der ihm vom BMVt-Referenten von Wilpert mitgeteilten Tatsache, dass es Kather nicht gelungen sei, Adenauer zu einer Entscheidung über die Ablösung Lukascheks zu zwingen:

„Er wurde nicht empfangen, sondern es wurde ihm durch den persönlichen Referenten des Kanzlers, Globke, erklärt, der Kanzler würde eine Entscheidung in dieser Frage erst fällen, wenn der Lastenausgleich angenommen ist. [...] Kather hat das als eine grobe Brüskierung angesehen.“¹⁴⁴

Wegen Kathers Machtambitionen berichtete de Vries Westermann gegen Mitte 1952 über seine parallele Kommunikation mit den Ministern Lukaschek und Kaiser, mit Schreiber und einer Reihe von Bundestagsabgeordneten. Denn zu diesem Zeitpunkt beobachtete de Vries noch, dass Kathers Kandidatur CDU-intern von Bucerius und Pferdenges unterstützt würde, da diese glaubten, dass Kather für viele Wählerstimmen aus Vertriebenenkreisen garantieren könne.¹⁴⁵ Selbst wenn Lukaschek würde

141 BAArch, B 150/3312 Bd. 1, BMVt, v. Wilpert, Vermerk, 04.03.1952.

142 BAArch, B 150/3119, BMVt, Aufstellung der Bediensteten nach Landsmannschaft und Zugehörigkeit zur NSDAP, 17.05.1950.

143 Vgl. Balling, Von Reval bis Bukarest, Bd. 1, S. 126 und S. 153.

144 BAArch, N 1412/15, de Vries an Dr. Westermann, 07.03.1952.

145 Ebd., de Vries an Dr. Westermann, 14.07.1952.

gehen müssen, so de Vries eine Woche später erleichtert, würde Kather nicht dessen Nachfolger werden, denn der Vorstand der „CDU-Fraktion“ habe sich nun einstimmig gegen ihn ausgesprochen. Auch Pferdenges, „dessen Einfluß ja bekannt ist“, habe sich mittlerweile gegen Kather gestellt. Außerdem beobachtete de Vries, dass mittlerweile zwischen Kather und dem BHE-Vorsitzenden Kraft „das Tischtuch zerschnitten“ sei, sodass Kather CDU-intern nicht länger mit dem BHE drohen könne. Das habe ihn ebenfalls geschwächt. In der CDU beginne ein Nachdenken darüber, den BHE in die Koalition miteinzubeziehen und Kraft selbst das BMVt anzubieten. Wenn Lukaschek gehe und Kather nicht komme, würden sich aus Sicht der Landsmannschaften „ganz neue Möglichkeiten“ eröffnen. Nebenbei verdeutlicht diese vertrauliche Schilderung, dass der Verbleib Lukascheks keine Herzenssache für das De-Vries-Netzwerk war.¹⁴⁶

Den für die Landsmannschaften ohnehin gewichtigeren BMG Jakob Kaiser wiederum könnte de Vries mit brisanten Mitteilungen wie jener an seine Seite gebracht haben, die er im August 1952 an Westermann weitergab:

„Kather wollte, im Falle er Minister geworden wäre, die Konzentrierung aller Mittel der Ministerien in seiner Hand, also auch der Mittel des Ministeriums Kaiser. Er wollte weiter unter Übergehung des Auswärtigen Amtes und des Ministeriums Kaiser bei sich [i. e. im BMVt] so etwas wie ein Ost-Auswärtiges Amt gründen, da er sehr klar sieht, daß nach Verabschiedung des Lastenausgleichs die Heimatpolitik im Vordergrund des Interesses der Vertriebenen treten [sic!] wird. Diese Pläne sind nicht verborgen geblieben und haben ein entsprechendes Echo in den betreffenden Ministerien ausgelöst. Besonders im AA ist man sich über die Folgen klar, die die bekannte polternde Art Kathers in heimatpolitischer Beziehung hervorgerufen hätte.“¹⁴⁷

2.4. Zwischen Funktionalität und Neutralisierung: Zur Relevanz sozialer Vernetzungen in Vereinen und Verbindungen (Rotary und „CV“)

Lukascheks Pressereferent Friedrich von Wilpert war – wie erwähnt – schon in der Zwischenkriegszeit in Danzig Mitbegründer des Rotary Club gewesen. 1950 wurde er auch Gründungsmitglied des Rotary Club Bonn, 1954/55 sogar dessen Präsident, und 1957 bis 1959 fungierte er als „Governor“ eines Distrikts in Westdeutschland.¹⁴⁸ Ein anderes Mitglied des Bonner Clubs, das dessen Treffen „regelmäßig“ frequentierte,

146 Ebd., de Vries an Dr. Westermann, 22.07.1952; zwar erhielt 1953 Krafts BHE-Parteifreund Oberländer das BMVt, doch auch Kraft stieg zum Bundesminister („für besondere Aufgaben“) auf.

147 Ebd., de Vries an Westermann, 08.08.1952.

148 Zur Doppelfunktion der Kontinuitätssicherung von Bürgerlichkeit und der neuartigen Internationalisierung auch Marie-Christine Potthoff: Traditionelle Bürgerlichkeit im internationalen Kontext. Rotary und Lions Clubs nach 1945, in: Gunilla Budde/Eckart Conze/Cornelia Rauh (Hrsg.), Bürgertum nach dem bürgerlichen Zeitalter. Leitbilder und Praxis seit 1945. Göttingen 2010, S. 81–98.

war der Adenauer-Vertraute Hans Globke im Bundeskanzleramt.¹⁴⁹ Wilpert und Globke müssen sich über die Treffen des Rotary Clubs gut gekannt haben. Ansonsten hätte es der BMVt-Beamte kaum gewagt, dem mächtigen Kanzler-Mitarbeiter im Mai 1952 einen erklärtermaßen nicht-amtlichen Brief zu schreiben, der eine bemerkenswerte Mischung aus Vertraulichkeit unter Rotariern und Ehrerbietung gegenüber einem ranghöheren Beamten darstellt:

„Lieber Rotarier Globke!

Ich wähle diese Anschrift, um dadurch besonders kenntlich zu machen, daß es sich nicht um ein amtliches Schreiben im Auftrag des Bundesministers für Vertriebene handelt. Sie werden mutmaßlich in der letzten Zeit eine Reihe von Telegrammen und Briefen an den Herrn Bundeskanzler persönlich erhalten haben. Wie diese Telegramme usw. zustande gekommen sind, geht aus einem [beigefügten] Schreiben des Landesverbandes Hamburg der vertriebenen Deutschen an Herrn Dr. Kather eindeutig hervor. [...] Dieser Vorgang wirft ein bezeichnendes Schlaglicht auch auf jene Briefe und Telegramme, die dem Herrn Bundeskanzler seinerzeit darlegen sollten, daß die Vertriebenen in ihrer Gesamtheit die Abberufung von Bundesminister Dr. Lukaschek und seinen Ersatz durch Herrn Dr. Kather angeblich verlangten. [...] Vielleicht findet sich [...] eine Gelegenheit, die es zweckmäßig erscheinen lassen könnte, die Hintergründe solcher Aktionen zu beleuchten. Mit freundlichem Gruß Ihr sehr ergebener [v. Wilpert]“¹⁵⁰

Nur einen Tag nach diesem Schreiben von Wilperts an Globke wandte sich de Vries erneut an den BMVt-Pressechef „in aller Eile zu *Ihrer* Information“. De Vries wollte erfahren haben, dass „in den nächsten Tagen, vielleicht schon morgen“, sein spezieller Feind „Linus“ den Bundesvorsitzenden des oppositionellen BHE, den Kieler Minister Waldemar Kraft, aufsuchen wolle, „um diesem seinen Übergang in den BHE anzubieten“. Kather habe Kraft außerdem um Vermittlung in den Einigungs-Verhandlungen zwischen ZvD und VOL gebeten. De Vries schloss in Eile: „So wie ich etwas Neues erfahre, teile ich es Ihnen mit.“¹⁵¹ Diese Alarmmeldung vom drohenden Seitenwechsel des ZvD-Chefs sollte sich als Falschmeldung entpuppen, doch hörte Kather-Gegner de Vries auch weiterhin das Gras wachsen. Im Januar 1953 meldete er Wilpert, Kather habe in Stuttgart und München mit den BHE-Politikern Karl Mockler und Theodor Oberländer verhandelt, wobei Mockler zugleich auch dem Bundespräsidium des BvD angehörte. De Vries hatte den Eindruck: „Er versucht offensichtlich[,] über den ‚Süden‘ in den BHE zu kommen.“ Kather habe dabei „sehr radikale Töne“ angeschlagen.¹⁵² In einem weiteren Schreiben von de Vries an Wilpert vom Juli 1953 ging es erneut gegen „Linus“, dessen mangelnde Parteitreue „den Herren in Bonn“ doch endlich die Augen öffnen müsse.¹⁵³ Es sollte jedoch noch ein weiteres Jahr dauern, bevor der verhasste

149 Erik Lommatzsch: Hans Globke (1898–1973). Beamter im Dritten Reich und Staatssekretär Adenauers. Frankfurt a. M. 2009, S. 176.

150 BArch, B 150/3312 Bd. 1, BMVt, v. Wilpert, an BKAm, Dr. Globke, 09.05.1952.

151 BArch, N 1412/13, de Vries an v. Wilpert, 10.05.1952; Hervorhebung im Original.

152 BArch, N 1412/15, de Vries an v. Wilpert, 06.01.1953.

153 Ebd., de Vries an v. Wilpert, 13.07.1953.

Kather die permanenten Anschuldigungen seines Feindes endlich wahr machte und zum GB/BHE übertrat.

In seinen Memoiren „Einer in fünf Zeitaltern“ beschrieb Friedrich von Wilpert nicht seine Rotarier-Netzwerke, die er mit Blick auf Globke als Verbindungsmann zu Adenauer gezielt aktiviert hatte. Doch hinsichtlich des vergleichbaren Netzwerks der katholischen Studentenverbindungen wahrte der in diesem Falle nicht zugehörige deutsch-baltische Protestant weniger Zurückhaltung. Nachdem Wilpert ausgeführt hatte, dass in der Adenauer-Ära „parteilpolitische Einflüsse [...] weitgehend die Besetzung der maßgebenden Stellen in den Behörden“ bestimmt hätten, richtete er seinen Blick auf diese Netzwerk-Relationen:

„Beziehungen‘ waren mehr wert als Zeugnisse – das ist wohl immer so gewesen und wird wohl auch immer so bleiben. Minister zogen ihre alten Bekannten, deren Einstellung und deren Fähigkeiten sie kannten, zur Mitarbeit heran, diese wiederum sorgten dafür, daß auch ihre Bekannten nicht übersehen wurden. Hatte früher in der NAZI-Zeit das Parteibuch die ausschlaggebende Rolle gespielt, so trat zum Parteibuch nun auch noch das Gebetbuch. Es kam so weit, daß [...] ein ‚konfessioneller Proporz‘ bei der Besetzung der Posten in den Bundesministerien beachtet werden mußte. Als sich schließlich herausstellte, daß unter Adenauer mehr und mehr ehemalige Mitglieder einer katholischen Studentenverbindung (C.V.) in maßgebende Positionen in Bonn gelangten und die dafür Verantwortlichen entschuldigend versicherten, das sei ‚reiner Zufall‘, da hat Bundespräsident Theodor Heuss“ – nicht zufällig ein liberaler Protestant – „sarkastisch bemerkt: ‚Seit wann schreibt man denn Zufall mit C-V?‘“¹⁵⁴

Nicht zuletzt die Führung des Bundeskanzleramtes wurde in der Ära Adenauer durchgängig von miteinander auch persönlich befreundeten CV'ern besetzt – vom Rheinland-Pfälzer Franz-Josef Wuermeling, dem späteren langjährigen CDU-Bundesfamilienminister, dann vom gebürtigen Hessen und Berliner CDU-Mitbegründer Otto Lenz und schließlich vom Rheinländer Hans Globke.¹⁵⁵ Gerade Globke sollte in seiner langen Amtszeit als Kanzleramtschef zwischen 1953 und 1963 durch gezielte Personalpolitik dafür sorgen, „daß die quantitative Unterlegenheit der katholischen Planstelleninhaber“ innerhalb einer traditionell eher protestantisch geprägten Berufsbeamtenschaft „qualitativ ausgeglichen wurde“, wobei „seine Bevorzugung von Mitgliedern eines katholischen Cartellverbandes [...] jahrelang Ursache von heftigen Pressefehden und Anfragen der Opposition im Bundestag“ gewesen ist.¹⁵⁶ Dies brachte Globke den bis heute anhaltenden Ruf ein, „der souveräne Chef der Personalpolitik in Bonn“ zu sein, gerade als „der große Protektor seiner alten katholischen Verbandsfreunde“, deren Karrieren er „massiv“ gefördert habe, um im Gegenzug informelle Informationen aus allen wichtigen Institutionen zu erhalten, in denen diese Leute

154 Friedrich von Wilpert: *Einer in fünf Zeitaltern. Meilensteine an einem wechselvollen Lebenswege*. Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 166f.

155 Jürgen Bevers: *Der Mann hinter Adenauer. Hans Globkes Aufstieg vom NS-Juristen zur Grauen Eminenz der Bonner Republik*. Berlin 2009, S. 110.

156 Ulrich Echter: *Einfluß und Macht in der Politik. Der beamtete Staatssekretär*. München 1973, S. 213.

saßen: „Globke wurde so zum Begründer des informellen Regierens in der Bonner Republik“, der deutlicher sogar noch als Adenauer selbst begriffen habe, „daß die Effizienz des Regierens [...] in erster Linie von informellen Vor- und Nebenabsprachen, von vertraulichen und rechtzeitigen Informationen, von wirksamen Freundschaften und verlässlichen Loyalitäten abhing“.¹⁵⁷

Der katholische „Cartell-Verband“ hatte wie auch andere studentische Korporationen unter etlichen Angehörigen von Funktionseliten „Verbindungen“ fürs Leben geschaffen.¹⁵⁸ Man kannte einander, unterhielt sich im vertrauten Verbindungston und häufig unterstützte man sich ebenfalls. Allerdings stieß in der Vertriebenenpolitik der frühen Bundesrepublik die CV-Solidarität an Grenzen, da sich herausstellte, dass CVer auf allen Seiten des politischen Konfliktfeldes vernetzt waren. Vielleicht war es gerade die Ubiquität der „CVer“, die auch deren Loyalitäten pluralisierte und daher weniger vorhersagbar machte, als allzu klischeehafte Vorstellungen von Globke als der CV-basierten personalpolitischen „Spinne im Netz“¹⁵⁹ vermuten lassen würden.

So schilderte Linus Kather in seinen Memoiren ein Gespräch mit Kanzleramts-Staatssekretär Dr. Otto Lenz, durch das er den Bundeskanzler darüber informieren wollte, dass sein BvD im Januar 1952 ein Misstrauensvotum gegen Minister Lukaschek beschließen werde. Hier kam die Kather und Lenz verbindende Zugehörigkeit zum CV ins Spiel:

„Mit keinem Wort habe ich bei dieser Gelegenheit die Frage der Nachfolge angeschnitten. Das tat aber Dr. Lenz. Ich erklärte ihm darauf, daß darüber noch nicht gesprochen worden sei. Ich muß noch bemerken, daß Lenz auch CVer war; er sagte: ‚Wir sind doch ganz ganz unter uns, und da kannst Du doch schon reden!‘ Darauf erklärte ich ihm wörtlich: ‚Wenn der Verband gefragt werden sollte, so halte ich es für denkbar, daß ich vorgeschlagen werde.‘“¹⁶⁰

Die Sache wurde dadurch kompliziert, dass auch der von Kather bekämpfte Lukaschek über eine CV-Zugehörigkeit verfügte.¹⁶¹ Kanzleramtschef Lenz drohte damit in eine Zwickmühle zu geraten. In einem Schreiben vom Frühjahr 1951 übersandte der Staatssekretär dem Minister – „Lieber Lukaschek“ – ein Schreiben von „Dr. Linus Kather“ mit der Bitte um „eine möglichst baldige Stellungnahme“.¹⁶² Die Nähe zu Lukaschek hinderte Bundesbruder Lenz freilich nicht, sich vom glücklosen BMVt-Chef angesichts der Neuwahlen von 1953 schließlich zu distanzieren. Folgt man den Erinnerungen des CDU-Vertriebenenpolitikers Herbert Czaja, so war Lenz zuletzt ein maßgeblicher Kritiker der BMVt-Spitzenleute Lukaschek und Schreiber, denen er Versagen bei der zentralen Aufgabe vorgeworfen habe, die Vertriebenen bis zur Neuwahl

157 Kay Müller/Franz Walter: Graue Eminenzen der Macht. Küchenkabinette in der deutschen Kanzlerdemokratie. Von Adenauer bis Schröder. Wiesbaden 2004, S. 21.

158 Vgl. Harm-Hinrich Brandt/Matthias Stickler (Hrsg.): „Der Burschen Herrlichkeit“. Geschichte und Gegenwart des studentischen Korporationswesens. Würzburg 1998.

159 Müller/Walter, Graue Eminenzen, S. 22.

160 Kather, Entmachtung, Bd. 1, S. 188.

161 Mark E. Wood: The German Student Corps after the Second World War. Madison 1992, S. 101.

162 BArch, B 150/1150 Bd. 1, BKAm, Dr. Lenz, an BMVt Dr. Lukaschek, 16.05.1951.

1953 stärker an die Union zu binden. Lenz habe jemanden wie den (evangelischen) BHE-Führer Kraft für einen geeigneteren Minister gehalten –¹⁶³ trotz seiner CDU- und CV-Bindungen zu Lukaschek und Kather, wie man hinzufügen muss.

Letzten Endes übertrumpften die Interessen von Regierung und Partei die Solidarität der Verbindungsbrüder. Es half Lukaschek wenig, dass sich andere CVer ihm gegenüber als „sehr verehrter, lieber Bundesbruder“ solidarisch zeigten. Von einem Münchner Verbindungsmitglied erhielt der Minister Anfang 1952 „mit herzlichen Bundesgrüßen in heimatlicher Verbundenheit“ als Dank für handschriftliche Neujahrsgrüße vertrauliche Details über Presseangriffe der schlesischen Landsmannschaft mitgeteilt. Für Lukascheks Gewährsmann bewiesen diese eindeutig, dass Schlesier-Chef Walter Rinke „offenbar in einer noch viel krasserem Form gegen Dich Front gemacht hat“.¹⁶⁴

All diese Fronten verliefen letztlich quer durch die Reihen der CVer und machten deren Solidarität oft fragwürdig. In der von der „Adenauer-CDU“ dominierten Politik der frühen Bundesrepublik gab es zweifellos informelle CV-Netzwerke, die von selbst zu dieser Verbindung zählenden Persönlichkeiten innerhalb der Bundesregierung auch gezielt gefördert wurden. Doch zugleich wurden diese überschätzt – was zweifellos auch auf jenes „Gerücht“ von deren überragender Bedeutung zurückging, welches die parteipolitische Konkurrenz der CDU damals in die Welt gesetzt hatte.¹⁶⁵ Vielleicht war diese Diskrepanz die Ursache für die retrospektive Feststellung Linus Kathers, er habe zeitlebens dem Cartell-Verband angehört und diese „Zugehörigkeit zum CV“ habe in seiner „politischen Betätigung eine gewisse Rolle gespielt, aber keine ausschlaggebende“.¹⁶⁶

2.5. Kather versus Kanzler: Von enger CDU-Vernetzung ins politische Abseits

Als Bundesvorsitzender des ZvD und späteren BvD war Linus Kather in der frühen Bundesrepublik einer der einflussreichsten Wortführer der deutschen Vertriebenen. Da der ehemalige ostpreußische Zentrumsolitiker nach Kriegsende der CDU beigetreten und 1949 in den Bundestag gewählt worden war, wurde Kather auch einer der wichtigsten Vertriebenenpolitiker der Unionsfraktion. Dies machte ihn für den Bundeskanzler doppelt wertvoll. Zwar bestand die „Adenauer-Riege“ primär aus Pro-Europäern und Marktwirtschaftlern, aber auch Nationalisten wie Jakob Kaiser, Ernst Lemmer oder eben Linus Kather spielten „ihren Part, genauso [wie] die Hinterbänkler aus dem Vertriebenenlager“. Aus Sicht des Kanzlers bestimmten solche Personen „nicht die Richtung“ seiner Politik, erzwangen aber manche „Modifizierung“. Damit

163 Czaja, *Unterwegs*, S. 112.

164 BArch, B 150/3312 Bd. 2, W. Steffens, München, an BM Dr. Lukaschek, 15.01.1952.

165 Frank Bösch: *Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1970*. Stuttgart 2001, S. 112.

166 Kather, *Entmachtung*, Bd. 1, S. 11.

deckten sie die nationalistische Flanke ab, um diese nicht der SPD, den Kommunisten oder den Rechtsradikalen zu überlassen.¹⁶⁷

Adenauer kam dem „allzeit schwierige[n]“¹⁶⁸ Kather daher öfter demonstrativ entgegen und wies auch Vertriebenenminister Lukaschek an, bestimmte Entscheidungen zugunsten des Kather-Verbandes zu revidieren. Kather hatte in der ersten Legislaturperiode bis Herbst 1952 Direktzugang zum obersten Machthaber, was ihn von vielen anderen Netzwerk-Akteuren abhob.

Allerdings verschlechterte sich das Verhältnis zwischen Kather und dem Kanzler im Laufe dieses Schlüsseljahres 1952 gravierend. Dies hatte sachliche wie auch persönliche Gründe. Kather war ein zentraler Vertreter von Vertriebeneninteressen in der bis 1952 laufenden Lastenausgleichsgesetzgebung; der Kanzler hatte dabei jedoch auch die Interessen der nichtgeschädigten, von Umverteilungsabgaben betroffenen Schichten der einheimischen Bevölkerungsmehrheit im Auge zu behalten. Der populistische Politikstil Kathers dürfte Adenauer zusätzlich abgestoßen haben – jedenfalls, seit sich dieser Populismus auch gegen Vertreter der Bundesregierung richtete. Das betrifft insbesondere die sich entwickelnde Feindschaft zwischen Kather und Lukaschek, dessen mangelnde Durchsetzungsfähigkeit einerseits ein Problem wurde, dessen Subalternität andererseits in Adenauers Sicht auch ein Pluspunkt sein konnte. Bereits im November 1951 signalisierte Kather dem Kanzler über ein vertrauliches Gespräch mit Globke, dass er eine weitere Zusammenarbeit mit Lukaschek verweigere. Kather hatte Globke erklärt, „es sei unmöglich“, dass der Bundesvertriebenenminister auf einer großen Flüchtlingstagung in Hannover als Redner auftrete. Er warf Lukascheks Ministerium vor, „die von ihm erstrebte Einigung zwischen dem ZVD und den Landsmannschaften nicht gefördert“ zu haben; es sei auffällig, dass mit Ostpreußen, Pommern und Balten gerade jene Landsmannschaften abseitsstünden, „die besonders starke Beziehungen zum Flüchtlingsministerium (St. S. Dr. Schreiber) unterhielten“. Globke gewann den Eindruck, dass Kather Adenauers Autorität zur Durchsetzung des Einheitsverbandes BvD nutzen wollte.¹⁶⁹

Ab Januar 1952 forderten Kather und sein Verband lautstark die Ablösung Lukascheks und kaum verhohlen die Ernennung Kathers zum Vertriebenenminister. Adenauer reagierte mit Hinhaltetaktik und, als die nicht mehr verfiel, mit Ablehnung. Das Kompromissangebot Adenauers, Staatssekretär Schreiber durch einen Vertrauensmann des BvD zu ersetzen, löste den Konflikt nicht und wurde am Ende fallengelassen. Zwar wurde Schreiber, der formal bis November 1953 Staatssekretär im BMVt blieb,¹⁷⁰ im Juni 1953 tatsächlich von seinen bisherigen Aufgaben entbunden, aber nicht durch einen BvD-Mann, sondern durch den nicht-vertriebenen Christdemokraten Peter Paul Nahm (erst als Stellvertreter, dann als Nachfolger) ersetzt.¹⁷¹

167 Vgl. Hans Peter Schwarz: Adenauer. Der Aufstieg 1876–1952. Stuttgart ²1986, S. 656.

168 Ebd., S. 928.

169 BArch, B 136/1416, Bl. 18, BKAm, Dr. Globke, an BK Dr. Adenauer, „vertraulich“, 15.11.1951.

170 Echtler, Einfluß, S. 282.

171 Vgl. „Schreiber, Ottomar“, in: Munzinger Online/Personen. Internationales Biographisches Archiv. <https://www.munzinger.de/search/portrait/Ottomar+Schreiber/0/2431.html> (16.07.2024).

Aus dem ursprünglichen Konflikt zwischen Kather und Lukaschek wurde durch die Weigerung Adenauers, Kather zum nächsten Vertriebenenminister zu machen, ein Konflikt zwischen Verbandschef und Bundeskanzler selbst.

Im Juli 1952 traten Kathers Erbitterung und Adenauers Verweigerung erstmals offen zutage. Kather waren die Hintergrundaktivitäten seiner Gegner in den Landsmannschaften nicht gänzlich verborgen geblieben. Nun wandte sich der ZvD-Vorsitzende an den Kanzler mit dem ausdrücklichen Bedauern, dass die Neubesetzung des BMVt – gemeint war: mit *ihm* als Minister – nicht bereits erfolgt sei, denn diese Verzögerung werde von Gegnern benutzt, um den sich im Aufbau befindlichen Einheitsverband BvD zu spalten. Diese Kreise hätten den bislang mit Kather kooperierenden „großen Landsmannschaften“, den Schlesiern und Sudetendeutschen, „das Angebot eines neuen landsmannschaftlichen Zusammenschlusses [...] unter Führung von Dr. Lodgman und unter Ausschaltung von Herrn Axel de Vries“ gemacht – ein Hinweis darauf, dass auch im VOL konkurrierende Netzwerke einander bekämpften. Außerdem solle offenbar versucht werden, ihn, Kather, durch das Angebot der Ernennung eines Parteilosen zum Minister als führenden CDU-Vertriebenenpolitiker beim Kanzler auszubooten, um zugleich eine Verbindung zum oppositionellen BHE herzustellen. Offenbar sei für diese Ministerernennung an den eben erst entmachteten Staatssekretär Dr. Schreiber gedacht. Umso mehr setzte Kather Adenauer unter Druck, sich zu ihm als neuen Vertriebenenminister zu bekennen; ansonsten werde er öffentlich dementieren, dass er überhaupt ein Kandidat für diese Position sei.¹⁷²

Mit diesem ultimativen Stil geriet Kather an den Falschen. Der Kanzler erklärte zwar, Schreiber komme als Minister überhaupt nicht in Frage, doch weigerte er sich, Kather die gewünschte Zusicherung zu geben. Ohne vorherige Absprache mit seinen Koalitionspartnern könne er dies nicht tun. Indem er beiläufig zugab, negative „Gerüchte“ über Kather, wie dessen angeblichen privaten „wirtschaftlichen Zusammenbruch“ und zu viele ehemalige Nazis in Kathers Umfeld, weitergegeben zu haben, legte Adenauer seine eigene intrigante Seite offen. Dies vermochte er auch nicht mit der einfallsreichen Rechtfertigung zu kaschieren, er habe das alles weitererzählt, „weil ich glaubte, Ihnen damit einen Dienst zu tun“.¹⁷³ Auch den Hinweis auf Koalitionspartner wusste Kather vermutlich nur zu gut zu deuten. Noch im hohen Alter erinnerte er sich gegenüber Herbert Czaja 1981 daran, was dreißig Jahre zuvor geschehen war: Weil er 1950 in einer Rede CSU-Finanzminister Schäffer wegen dessen Blockade beim Lastenausgleich kritisiert habe, habe FDP-Vizekanzler Franz Blücher zu Vertriebenenminister Lukaschek gesagt: „Mit dem Kather geht es so nicht weiter.“ Derselbe Blücher habe dann 1952 den „Inhalt des Vergleichs“ zwischen Bundesregierung und BvD verlesen, „der dem Ringen um den Lastenausgleich ein Ende setzte“.¹⁷⁴ Adenauers Koalitionspartner, die über den neuen Vertriebenenminister angeblich

172 ACDP, 01-377-04/3, Dr. Kather an BK Dr. Adenauer, 25.07.1952.

173 Ebd., BK Dr. Adenauer an Dr. Kather, 27.07.1952.

174 ACDP, 01-377-09/7, Dr. Kather an Dr. Czaja MdB, 17.01.1981, S. 4.

mitentscheiden sollten, waren keine Freunde Kathers.¹⁷⁵ Das wusste dieser ebenso gut wie Adenauer, auch wenn letzterer seinen amtierenden Vertriebenenminister ähnlich abschätzig beurteilte wie Kather und daher Lukaschek schon 1952 (vergeblich) zum Rücktritt aufgefordert hatte, weil dieser eine Belastung für die kommenden Neuwahlen geworden war.¹⁷⁶

Die Blockade der Ministerambitionen versuchte Adenauer dem Verbandschef dadurch zu versüßen, dass er die Subventionen für den BvD zu erhöhen befahl. Kanzleramtschef Lenz wandte sich an Lukaschek mit der Mitteilung, nachdem Kather den Kanzler gebeten habe, sich für eine Erhöhung der Subventionen für seinen Verband einzusetzen; da das BMVt diesen Antrag abgelehnt habe, würde es der Kanzler „begrüßen“, wenn Lukaschek eine „ins Gewicht fallende Erhöhung des Zuschusses“ für Kathers Verband veranlassen würde.¹⁷⁷ Lukaschek gehorchte jedoch nicht, sondern verschanzte sich hinter dem Bundesfinanzminister.¹⁷⁸ Hoffnungen in der Kanzleramtsbürokratie, das Problem durch Abwarten lösen zu können, da die Vertriebenenverbände ja ohnehin über ihren Zusammenschluss verhandelten, erwiesen sich als eitel. Ministerialdirektor Globke, der zeitweilige Kather-Duzfreund¹⁷⁹ mit gemeinsamem CV-Hintergrund, urteilte realistisch, die Erwartung eines raschen Zusammenschlusses habe an Gewicht verloren; offenbar werde die Sache viel länger dauern. Daher müsse man in der Zuschussfrage erneut an den Vertriebenenminister herantreten.¹⁸⁰

Dieser Beschwichtigungsversuch kam vermutlich zu spät, denn Ende September 1952 traf im Kanzleramt eine neue harsche Beschwerde Kathers über ungerechtfertigte Bevorzugung des VOL durch das BMVt ein. Kather bat eindringlich, Adenauer möge Lukaschek durch „eine entsprechende Entscheidung des Kabinetts“ korrigieren.¹⁸¹ Wenig später eröffnete der ZvD-Chef eine weitere Front, indem er sich mit dem einflussreichen BMG-Staatssekretär Franz Thedieck anlegte, der über Jahre hinweg durch das „informelle politische Machtdreieck ‚Adenauer – Globke – Krone‘“ entscheidend gestützt wurde.¹⁸² Kather wies dessen briefliche Vorwürfe zurück, er habe auf einer Sitzung des Bundesvertriebenenausschusses der CDU behauptet, Thedieck versuche, die Landsmannschaften in die Arme des BHE zu treiben und wolle „bewußt die Spaltung der Vertriebenen fördern“, um „sie in einen Gegensatz zur Politik

175 Vgl. hierzu Beer, *Symbolische Politik?*, S. 312, wonach sich sowohl Bundespräsident Theodor Heuss als auch Adenauers DP-Koalitionspartner Heinrich Hellwege beim Kanzler für Lukaschek und insbesondere gegen Kather aussprachen.

176 Ebd., S. 311f.

177 BArch, B 136/1413, Bl. 62, BKAm, Dr. Lenz, an BMVt, Dr. Lukaschek, 28.07.1952.

178 Ebd., Bl. 71, BMVt, Dr. Lukaschek, an BKAm, Dr. Lenz, 19.08.1952.

179 ACDP, 01-377-04/2, Dr. Kather an BKAm, Dr. Globke, 17.09.1953.

180 BArch, B 136/1413, Bl. 73, BKAm, Selbach, Aktennotiz für BK Dr. Adenauer, 02.09.1952; ebd., Bl. 75, BKAm, Dr. Globke, Vermerk, 20.09.1952.

181 BArch, B 234/1312, BvD, Dr. Kather, an BK Dr. Adenauer, 30.09.1952.

182 Stefan Creuzberger: *Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges 1949–1969*. Düsseldorf 2008, S. 74.

der Bundesregierung zu bringen“. Freilich gab er zu, im CDU-Gremium sei berichtet worden,

„daß es Kräfte im Vertriebenenministerium gibt, die bewußt darauf hinarbeiten, die Einheit der Vertriebenen zu verhindern, und es ist weiter behauptet worden, daß vom Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen, und dabei mag auch Ihr Name gefallen sein, Kreise unterstützt werden, die auf den gleichen Zweck hinarbeiten.“

Jedenfalls hätten Thediecks öffentliche Auftritte in der letzten Zeit eindeutig die landsmannschaftlichen Gegner einer BvD-Vereinigung unterstützt.¹⁸³

Bei dieser konfliktreichen Gemengelage kam es im Oktober 1952 zu einem persönlichen Zusammentreffen zwischen Adenauer und Kather. Dazu brachte jeder zwei Vertraute als Sekundanten mit: Globke und Krone auf Seiten des Kanzlers, von Keudell und Wackerzapp an der Seite Kathers. Nach Kathers Aufzeichnungen bestätigte Adenauer das politische Versagen Lukascheks, verwies jedoch listig auf dessen große Beliebtheit im Kabinett, sodass es schwer sein werde, ihn zu ersetzen. Kather wollte das nicht anerkennen: Wer nichts tue, sei natürlich beliebt. Und in der Unionsfraktion sei „nur die Gruppe um Schütz“ – den Vorsitzenden der katholischen Ackermann-Gemeinde und CSU-Bundestagsabgeordneten Hans Schütz, der als christsozialer Gewerkschafter schon dem tschechoslowakischen Parlament bis 1938 angehört hatte¹⁸⁴ – gegen Kather eingestellt. Sodann wurde als Kompromiss erwogen, Lukaschek im Amt zu belassen, sofern Staatssekretär Schreiber durch einen „Mann des BVD“ ersetzt würde. Kather erklärte, er sei zwar zur Versöhnung mit Lukaschek bereit, halte diese aber für unwahrscheinlich, da der Minister regelrechten „Haß“ gegen ihn gezeigt habe. Ein „Modus vivendi“ sei nur möglich, wenn der neue Staatssekretär „politisch, personell und sachlich völlig freie Hand“ erhalten würde. Adenauer bezweifelte, dass Lukaschek solche Verabredungen einhalten würde, selbst wenn er dies versprechen sollte – eine interessante Einschätzung des Ministers durch seinen Regierungschef.

Kather schlug daraufhin seinen ZvD-Stellvertreter Hellmut Gossing als neuen BMVt-Staatssekretär vor. Adenauer stellte umgehend dessen „Format“ für das Amt in Frage. Kather räumte ein, dass „Gossing auf Grund seiner Vergangenheit nicht gerade für dieses Amt prädestiniert sei“, denn als früherer Sparkassendirektor war dieser kein juristisch ausgebildeter Laufbahnbeamter. Zumindest aber, so Kather, bringe Gossing Robustheit und Aktionsbereitschaft mit. Außerdem würde er die nötigen Berater haben, „z. B. Keudell und Kather selbst“. Damit ließ Kather durchblicken, dass er nicht nur Lukaschek, sondern auch seinen Staatssekretärs-Kandidaten entmachten und gängeln wollte. In der Verteidigung seines Schützlings, dem Adenauer mangelnde Qualifikation attestiert hatte, verstieg sich Kather zu der Bemerkung: „Nachdem bisher lauter Nieten“ in „diesen Ämtern gestanden hätten, sei es völlig unmöglich, nun plötzlich ganz hohe Anforderungen zu stellen.“¹⁸⁵

183 BAArch, B 136/1416, Bl. 49–50, Dr. Kather MdB an BMG, Thedieck, 10.10.1952.

184 Vgl. Connor, Refugees, S. 110.

185 ACDP, 01-377-04/3, Dr. Kather, Vermerk, 22.01.1952.

Um die Blockade aufzulösen, schlug Kathers Begleiter Wackerzapp den anwesenden ehemaligen Reichsminister von Keudell als neuen Staatssekretär im BMVt vor. Dies wurde jedoch von Kather abgelehnt, der bemerkte, er hätte Keudell gern als Staatssekretär, wenn er selbst Minister wäre, aber unter Lukaschek sei Keudell nicht robust genug. Dieser bestätigte das selbstlos und lehnte eine Kandidatur ab. Kather hielt in seinen Gesprächsnotizen fest:

„In diesem Zusammenhang fand eine kurze Erörterung zwischen Dr. Adenauer und v. Keudell statt über dessen politische Belastung durch das Amt des General Forstmeisters unter Göring. v. Keudell wies darauf hin, daß es sich um eine ganz unpolitische Tätigkeit gehandelt habe; er sei auf diese Weise gewissermaßen in den Wald emigriert, sei nur einfaches Parteimitglied gewesen und bereits 1937 im Unfrieden ausgeschieden. Schon 1930 sei seine politische Karriere in der DNVP durch die Wahl Hugenbergs zum Parteichef beendet gewesen.“

Daraufhin habe Adenauer bestätigt, dass Keudell „einer der ganz Wenigen gewesen sei, die sich 1933 freundlich zu ihm gestellt hätten“¹⁸⁶ – in einer Phase, als Adenauer vom NS-Regime durch seine Entlassung als Kölner Oberbürgermeister einen demütigenden „Sturz ins Nichts“ erlebt hatte.¹⁸⁷ Diese Erörterung ist auch deshalb interessant, weil Adenauer damals eine herausgehobene NS-Funktion eines CDU-Politikers noch als Hindernis für eine Spitzenposition in der Bundesregierung thematisierte. Nur ein Jahr später sollte er die deutlich problematischere NS-Vergangenheit des zum Vertriebenenminister ernannten BHE-Koalitionspartners Theodor Oberländer ganz anders gewichten.

Letztlich brachten die Verhandlungen vom Oktober 1952 kein greifbares Ergebnis. Lukaschek wurde vom Kanzler – wie sich zeigen sollte, bis zum Ende der Legislaturperiode – im Amt belassen. Die Amtsführung von Staatssekretär Schreiber ließ Adenauer als kalkulierte Demütigung zwar disziplinarrechtlich untersuchen, doch wertete Kather diesen Schritt nicht mit Genugtuung, sondern vielmehr als Mittel, Schreibers Ablösung hinauszuzögern. Tatsächlich dauerte es bis Juni 1953, bevor Schreiber als Staatssekretär zwar nicht formell entlassen, aber mit anderen Aufgaben, wie internationalen Flüchtlingsfragen, betraut wurde. Sein bisheriger Zuständigkeitsbereich ging auf den hessischen Christdemokraten Nahm über – zunächst als neu ins BMVt eintretender Ministerialdirektor, ab Herbst 1953 auch formell als neuer

186 Ebd.; vgl. die spätere Schilderung bei Kather, *Entmachtung*, Bd. 1, S. 256f.; Keudell, der im März 1933 der NSDAP beigetreten war, hatte 1933/34 als preußischer Oberlandforstmeister und ab Sommer 1934 als Generalforstmeister sowie Staatssekretär unter Reichsforstmeister Hermann Göring amtiert, bis er wegen eines Konflikts mit Göring im November 1937 zurücktrat; entgegen der späteren Selbstdeutung, dass dieses NS-Regierungsamt einer inneren ‚Emigration in den Wald‘ gleichgekommen sei (wie Keudell gegenüber Adenauer 1952 behauptete), wird man diesen Rechtskonservativen als „Vertreter des Nationalsozialismus“ während seiner Amtszeit betrachten; vgl. Thorsten Franz: *Geschichte der deutschen Forstverwaltung*. Wiesbaden 2020, S. 288; zudem nahm von Keudell auch nach 1937 Funktionen im NS-Staat war, etwa als Mitglied des Preußischen Staatsrates zwischen 1935 und 1945 oder als Landrat von Königsberg zwischen 1941 bis 1943.

187 Schwarz, Adenauer. *Der Aufstieg*, S. 343.

Staatssekretär. Damit war das Angebot des Kanzlers vom Oktober 1952, einen Vertrauensmann Kathers einzusetzen, gänzlich vom Tisch. Dessen Verband erhob auch sofort Einwände gegen Nahn: Dieser sei nicht energisch genug, um Lukaschek zu neutralisieren, und er sei „Einheimischer“ und kein Vertriebener.¹⁸⁸

Schon bald nach ihrem ergebnislosen Treffen entwickelte sich zwischen Adenauer und Kather ein offener Konflikt. Am letzten Oktobertag 1952 ließ Adenauer Kather wissen, er habe durch Globke von einer weiteren Unterredung erfahren, die zwischen diesem und Kather stattgefunden habe. Adenauer erklärte ungehalten: „Ich bitte Sie, nun doch endlich Ruhe zu halten.“ Lukaschek sei doch zu weiterer Zusammenarbeit bereit, und Kather schade durch seine „Ungeduld“ nur „sich selbst und der Sache“. Er solle vor allem nicht an die Öffentlichkeit gehen und dadurch alles verderben.¹⁸⁹ Die schon im Frühjahr 1952 vorhandene Befürchtung der CDU-Führung, Kather könne aus der Unionsfraktion ausscheiden und damit die Vertriebenenstimmen für die nächsten Wahlen gefährden,¹⁹⁰ scheint für Adenauer angesichts seiner Furcht vor öffentlicher Auseinandersetzung noch eine Rolle gespielt zu haben.

Seine entnervte Ermahnung bewirkte beim reizbaren Adressaten allerdings das Gegenteil. In seiner Anfang November verfassten Antwort verwahrte sich Kather erzürnt gegen Adenauers Ton, den er als unverschämte empfand: „Sie mahnen mich zur Ruhe wie einen ungebärdigten Schüler und sind sich offenbar keineswegs bewusst, dass Sie zu einem Mann sprechen, der an der Spitze eines Millionenverbandes steht.“ Er werde auf keinen Fall „länger Ruhe halten“, denn er habe sich schon über ein halbes Jahr lang hinhalten lassen. „Lukaschek und Genossen“ hätten diese Zeit zur Bildung des Gegenverbandes VdL genutzt. Dessen Vorsitzender Lodgman, den der Kanzler kürzlich empfangen habe, habe gegenüber von Keudell zugegeben, dass die VdL-Gründung deshalb so rasch erfolgt sei, weil man Kathers Ministerernennung und den damit verbundenen Subventionsentzug befürchtet habe. Kather drohte dem Kanzler nun mit dem Bruch: Tausende würden ihm folgen, wenn er die CDU verlasse.¹⁹¹

Als Ende November 1952 dieser Brief auszugsweise in die Presse gelangte, vermutete Kather die Quelle der Indiskretion in der CDU/CSU-Fraktion. Den naheliegenden Verdacht, dass er selbst Interesse daran gehabt haben könnte, den Konflikt öffentlich werden zu lassen, suchte Kather gegenüber Fraktionschef Heinrich von Brentano durch Hinweis auf die unvollständige Zitation des Schreibens zu entkräften. Denn verkürzte Zitate hätten den falschen Eindruck erweckt, er strebe nach dem Amt des Präsidenten der Lastenausgleichsbank, was ihn in der Öffentlichkeit als egoistisch diskreditieren solle.¹⁹²

Seither war das Tischtuch zerschnitten. Vier Tage nach der Bundestagswahl im September 1953 versammelte Adenauer den CDU-Bundesvorstand und die CSU-Füh-

188 Kather, *Entmachtung*, Bd. 1, S. 263f.

189 ACDP, 01-377-04/3, BK Dr. Adenauer an Dr. Kather, 31.10.1952.

190 Schwarz, *Adenauer. Der Aufstieg*, S. 928.

191 ACDP, 01-377-04/3, Dr. Kather an BK Dr. Adenauer, 03.11.1952.

192 BArch, B 136/1413, Bl. 99–102, Dr. Kather an Vors. CDU/CSU-Bundestagsfraktion, v. Brentano, 25.11.1952, mit Anlage.

rung im Kanzleramt; auch Kather war als Mitglied des CDU-Gremiums anwesend. Nachdem dort gebührend die Tatsache gefeiert worden war, dass die Mehrheit der Vertriebenen die Union gewählt hatte, wurde die Frage der Zukunft des BMVt erörtert, wobei laut Kathers Erinnerung der Bundeskanzler die Bemerkung gemacht haben soll: „Na, brauchen wir dieses Ministerium überhaupt noch?“ Bevor Kather dazu Stellung nehmen konnte, hatte der aufstrebende CSU-Vertreter Franz-Josef Strauß die Existenz des Ressorts schon mit einem ironischen Kommentar gerettet, die Abschaffung des Ministeriums wäre gewiss der passende Dank dafür, dass die Union soeben von der Mehrheit der Vertriebenen gewählt worden sei.¹⁹³ Doch das laute Nachdenken Adenauers darüber, ausgerechnet jenes Ministerium womöglich abschaffen zu wollen, um dessen Führung Kather so lange vergeblich gekämpft hatte, konnte dieser Adressat kaum missverstehen.

Auch wenn das BMVt fortexistierte: Die Ministerernennung eines NS-belasteten Nicht-Christdemokraten nach den Wahlen von 1953 vollzog Adenauer ebenfalls als bewussten Affront gegen Kather. Noch am 11. September 1953 hatte das Präsidium des BvD beim Kanzler die Forderung bekräftigt, Kather müsse der Nachfolger Lukescheks werden:

„Es ist nicht zum Segen der Vertriebenen und des deutschen Volkes ausgeschlagen, dass unser Vorschlag bei der Regierungsbildung 1949 unbeachtet geblieben ist. Wir wiederholen diesen Vorschlag für den Fall, dass die CDU wie bisher dieses Ministerium besetzen soll, indem wir bitten, unseren Vorsitzenden, Dr. Linus Kather, zum Bundesvertriebenenminister zu berufen.“¹⁹⁴

Adenauer umging die Forderung durch seine Entscheidung, das Ressort seinem neuen Koalitionspartner GB/BHE zu überlassen. Damit wurde der machtpolitische Absturz Kathers und seines Verbandes der Öffentlichkeit klar vor Augen geführt. Die enge Vernetzung zwischen Adenauer und Kather war demonstrativ und unwiderruflich beendet. Doch auch alle übrigen CDU-Vertriebenenpolitiker waren durch Adenauers Entscheidung für den BHE-Spitzenpolitiker Theodor Oberländer zutiefst brüskiert, nämlich als machtlos vorgeführt worden. Oberländers Ernennung zum BMVt war die zwangsläufige Folge der Entscheidung des Kanzlers, die populistisch-oppositionelle Vertriebenenpartei GB/BHE zum Koalitionspartner zu machen, womit er sich aus der bisherigen Abhängigkeit von Linus Kather, aber auch von den CDU-Vertriebenen-abgeordneten insgesamt, zu befreien vermochte.¹⁹⁵

193 Kather, *Entmachtung*, Bd. 2, S. 7f.

194 BArch, B 136/1413, Bl. 136, ZvD/BvD, Präsidium, gez. Dr. Mocker, Dr. Geisler, Gossing, Dr. Schallwig und Langen, an BK Dr. Adenauer, 11.09.1953.

195 Vgl. diesen Hinweis auf Machtarithmetik bei Connor, *Refugees*, S. 154f., wonach die CDU die Loyalität von BHE-Führern auch durch finanzielle Zuwendungen erkaufte hätte.

2.6. Grenzen von Vernetzung: Konflikte um Kathers Klientelpolitik im BMVt

Aufgrund seiner anfänglichen Position als führender Vertriebenenpolitiker der CDU und als Bundesvorsitzender des ZvD/BvD könnte man erwarten, dass Linus Kather über erheblichen Einfluss auf jene Bundesministerien verfügt hätte, die für Vertriebenenpolitik relevant waren und die beide ebenfalls von CDU-Politikern geführt wurden: das BMVt und das BMG. Wir haben freilich gesehen, dass das Gegenteil der Fall war. Selbst Versuche der personalpolitischen Einflussnahme durch Kather auf das BMVt waren nur zeitweilig und bedingt erfolgreich. Dabei sind solche Prozesse der Vernetzung mit den relevanten Ministerialbürokratien sowohl für die Vertriebenenverbände als auch für andere Interessenorganisationen durchaus beobachtet worden.¹⁹⁶ Doch die bereits geschilderten Verhandlungen zwischen Adenauer und Kather vom Oktober 1952 verdeutlichen, dass dies zumindest an der Spitze des BMVt – im Hinblick auf die Position des Staatssekretärs – nicht durchsetzbar war. Diese Position war mit einem Vertrauensmann der Landsmannschaften und namentlich des nordostdeutschen Netzwerks besetzt und wurde durch die Ablösung Schreibers 1953 und dessen Nachfolger Nahn aus Sicht Kathers bestenfalls neutralisiert. Den Landsmannschaften ist die personalpolitische Vernetzung mit der Ministerialbürokratie des BMVt generell weit besser geglückt – vom Pressereferenten Friedrich von Wilpert bis zum langjährigen BMVt-Referenten Franz Hamm, der einerseits dem Präsidium des VdL angehörte,¹⁹⁷ andererseits als Ministerialbeamter die Berichterstattung über die Gründung des BdV in der Hand hatte, die zwischen BvD und VdL bekanntlich alles andere als harmonisch verlief.¹⁹⁸

Demgegenüber erwiesen sich Kathers personalpolitische Vernetzungsversuche als schwieriger. Zwar lässt sich beobachten, dass in den Jahren bis 1953 nachgeordnete Verbandsfunktionäre des ZvD/BvD immer wieder Vertrauen in den Einfluss ihres Vorsitzenden bekundeten, für ihre Protégés bei Bewerbungen Fürsprache zu leisten. Dies tat Kather auch wiederholt, doch musste er zumeist feststellen, dass er keine Berücksichtigung fand.¹⁹⁹

Immerhin war es Kather frühzeitig gelungen, seinem seit 1946 erprobten engen Mitarbeiter „Dr. Ludwig Hinz, Ermländer wie ich und mit mir seit langem befreundet“, den Kather als „eine große Stütze“²⁰⁰ bezeichnete, eine Beamtenposition im BMVt zu sichern. In den frühen 1950er Jahren fungierte dieser Kather-Vertraute dort als „Lastenausgleichsreferent“.²⁰¹ Damit war es Kather gelungen, eine inhaltliche Schlüsselposition im Ministerium zu okkupieren, war der Lastenausgleich doch bis 1952 das wichtigste vertriebenenpolitische Sachthema schlechthin und auch in der

196 Vgl. Brües, Artikulation; Theodor Eschenburg: Herrschaft der Verbände? Stuttgart ²1963.

197 Stickler, Ostdeutsch, S. 67f.

198 BArch, B 150/4331 H. 1, BMVt, Hamm, Vermerk, 15.12.1958.

199 Vgl. die Vorgänge in BArch, B 234/1458.

200 Kather, Entmachtung, Bd. 1, S. 55.

201 Erwin Oberländer: Das finnische Vorbild und die Regelung des Lastenausgleichs in Deutschland, in: Edgar Hösch/Hermann Beyer-Thoma (Hrsg.), Finnland-Studien II. Wiesbaden 1993, S. 152–164, insb. S. 155.

Folgezeit in seiner weiteren Ausgestaltung umkämpft. Als Vertreter der Positionen Kathers und des ZvD musste jedoch Hinz im BMVt und erst recht im größeren Kontext der Bundesregierung unweigerlich immer wieder anecken und Widerstände hervorrufen. Schon auf dem Deutschen Katholikentag von 1949 hatte sich der katholische Ermländer Hinz – zugleich ein Mitglied des ersten Katholischen Flüchtlingsrates – für einen Lastenausgleich durch eine sozialpolitisch zu bewirkende „Neuordnung des Eigentums“ exponiert.²⁰²

Sobald der ZvD-Chef seine Konflikte mit Minister und Staatssekretär und dann sogar mit dem Kanzler auszufechten begann, wurde Hinz' Position im BMVt prekär. Kather räumte rückblickend ein, sein Verbindungsmann sei Opfer seines „Zwistes mit Lukaschek“ geworden, und berichtete von einem Vorfall anlässlich einer deutschen Studienreise nach Finnland, wo man sich 1951 über die dortige Lastenausgleichspolitik informieren wollte. Kather gehörte als Abgeordneter zu dieser Delegation. Als Vertreter der Exekutive waren neben dem späteren BMVt-Staatssekretär Nahm, der damals das Land Hessen vertrat, „die Ministerialräte Fiedler und Palmer vom Vertriebenen- bzw. Landwirtschaftsministerium“ der Bundesregierung vorgesehen, „beides Männer, die unserem Problem außerordentlich aufgeschlossen gegenüber standen und denen ich eine dauernde gute Mitarbeit und Unterstützung zu danken habe“. Es kam jedoch zum Konflikt zwischen Kather und Staatssekretär Schreiber darüber, ob der Ministerialbeamte Hinz mitreisen dürfe. Kather schilderte dies wie folgt:

„Damals hatte ich darauf bestanden, daß er mitfahren sollte, und dem war auch stattgegeben worden. Ein paar Tage vor der Abreise wurde er davon unterrichtet, daß er wegen seiner politischen Belastung [aus der NS-Zeit] untragbar sei und nicht mitfahren dürfe, die Amerikaner hätten ihn abgelehnt.“

Laut seiner Darstellung suchte Kather Schreiber auf und bat, das Ministerium möge die Angelegenheit zugunsten von Hinz regeln. Als nichts geschah, sei er selbst zum zuständigen US-Beamten gegangen und habe die Sache sofort einrenken können, was ihm gezeigt habe, dass der Widerstand gar nicht von den USA, sondern vom BMVt selbst ausgegangen sei:

„Wie das Ministerium arbeitete, zeigt ein anderes Erlebnis mit Dr. Hinz. Dieser war der Lastenausgleichsabteilung zugewiesen und vertrat natürlich in vollem Umfange unseren Standpunkt, der offiziell auch der des Ministers war. Als er das einmal in dem Ausschuß für den Lastenausgleich getan hatte, fühlte sich Frau [Anni] Krahnstöver [MdB SPD] veranlaßt, darüber beim Minister Beschwerde zu führen. Was tat Lukaschek? Er stellte sich nicht vor seinen Mitarbeiter, sondern Hinz durfte von da ab nicht mehr in den Ausschuß gehen!“

Hinz verließ schließlich das BMVt, wo Kather ihn nicht mehr zu schützen vermochte.²⁰³

202 Sabine Voßkamp: Katholische Kirche und Vertriebene in Westdeutschland. Integration, Identität und ostpolitischer Diskurs 1945–1972. Stuttgart 2007, S. 95, auch Anm. 486 und S. 179.

203 Kather, Entmachtung, Bd. 1, S. 201f.; worauf sich das Argument der politischen Belastung bei Hinz bezogen haben sollte, ist unklar; Hinz war bis 1945 Bankdirektor in Wormditt gewesen;

Ein weiterer Fall von ZvD-Patronage im BMVt betraf Hellmut Gossing, den uns schon bekannten, von Adenauer im Herbst 1952 blockierten Staatssekretärs-Kandidaten Linus Kathers. Dieser geborene Ostpreuße war bis Kriegsende Sparkassendirektor einer pommerschen Kleinstadt und NSDAP-Mitglied gewesen. Zu Kather hatte er 1949 Kontakte geknüpft,²⁰⁴ nachdem er zum Leiter des Flüchtlingsamtes im niedersächsischen Landkreis Fallingb. aufgestiegen war. Ab 1953 arbeitete Gossing als nachgeordneter Referent im BMVt, bevor er 1959 in einem beachtlichen Karriere-sprung dann doch noch zum Staatssekretär aufstieg – nicht im BMVt, sondern im vom BHE-Politiker Erich Schellhaus geleiteten niedersächsischen „Ministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte“, wo er diese Position bis 1963 innehatte. Bereits seit 1955 war Gossing in Hannover Mitglied des Landtages für den GB/BHE und damit für jene Partei, in der auch Schellhaus aktiv war.²⁰⁵ Somit war Gossing ein früher Exponent des BHE im Vertriebenenverband ZvD/BvD, wo er den Landesvorsitz für Niedersachsen übernahm.²⁰⁶ Seit 1952 gehörte er auch dem BvD-Bundespräsidium an.²⁰⁷

Zu dieser Zeit war die Vernetzung zwischen Kather und Gossing denkbar eng, sonst hätte Kather diesen nicht für die wichtige Staatssekretärs-Position im BMVt vorgeschlagen. Andererseits zeigten Kathers Verhandlungen mit Adenauer aber auch, dass er Gossing als subaltern einschätzte und zu behandeln gedachte. Adenauer wiederum hatte Zweifel geäußert, ob Gossing das „Format“ für die Staatssekretärs-position habe.²⁰⁸ Diese unfreundliche Ablehnung hinderte den Kanzler jedoch nicht, hinter dem Rücken Kathers unter Hinzuziehung von Kanzleramtschef Lenz Geheim-verhandlungen mit Gossing zu führen. Wie Kather durch den damals noch loyalen Verbündeten erfuhr, soll der Kanzler mit Blick auf die Lukaschek-Nachfolge listig sondiert haben: „Gibt es denn keinen anderen als den Herrn Kather?“²⁰⁹

Kather bedankte sich für Gossings Zuverlässigkeit, indem er darauf drängte, diesen zumindest als höheren Ministerialbeamten im BMVt zu installieren – wenn nicht als Staatssekretär, so „als Abteilungsleiter und Ministerialdirigent [...] eine[r] bestimmte[n] Abteilung“, die für ihn „freigemacht“ werden sollte. Kather machte Gossing die Mitteilung, dass sich der Kanzler dafür bei Lukaschek eingesetzt habe.

seine enge Nachkriegs-Zusammenarbeit mit dem Kapitularvikar des Bistums Ermland, Arthur Kather, einem Bruder Linus Kathers, deutet eher auf resistente Kirchennähe denn auf prominente NS-Belastung hin; vgl. zu Hinz und Kapitularvikar Kather Alfred Penkert: Höhere Mächte haben entschieden. Flucht, Vertreibung und Ankommen ostpreußischer Katholiken im Spiegel ihres Briefwechsels mit Bischof Maximilian Kaller. Mit einem Abriß der ermländischen Nachkriegs-geschichte. Münster 2008, S. 315.

204 ACDP, 01-377-09/4, Gossing an Dr. Kather, 14.12.1949, handschriftliches Privatschreiben.

205 Niedersächsisches Landesarchiv, Abt. Hannover (NLA HA), Nds. 380 Acc. 165/97 Nr. 21, BdV Niedersachsen, Belda, an Minister für Bundesangelegenheiten, für Vertriebene und Flüchtlinge Niedersachsen, Hellmann, 02.03.1970.

206 Michael Imhof: Die Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik Deutschland. Geschichte, Orga-nisation und gesellschaftliche Bedeutung. Diss. Marburg 1975, S. 99.

207 Kather, Entmachtung, Bd. 1, S. 178f.

208 ACDP, 01-377-04/3, Dr. Kather, Aktenvermerk, 22.10.1952.

209 Kather, Entmachtung, Bd. 1, S. 257.

Kather hatte mit dem neuen De-Facto-Staatssekretär Nahm vereinbart, Gossing, der dieser Lösung zustimmte, zunächst als Ministerialrat in eine Abteilung aufzunehmen, verbunden mit der Zusicherung der Nachfolge, sobald deren Abteilungsleiter in den Ruhestand gehen würde. Ganz ähnlich hatte erst kurz zuvor auch Nahm selbst zunächst die faktische Nachfolge des BMVt-Staatssekretärs Schreiber angetreten, um diesen ein halbes Jahr später auch formell zu beerben. Im Juli 1953 informierte Kather seinen Protegé Gossing:

„Bei meiner letzten Unterredung mit dem Herrn Bundeskanzler ist in Gegenwart von Herrn Dr. Globke folgendes besprochen worden: Sie sollten zunächst in eine frei werdende Ministerialrats-Stelle berufen werden. Der Bundeskanzler versprach[,] sich mit allem Nachdruck dafür einzusetzen, daß Sie noch vor dem Regierungswechsel [im Herbst 1953] verbeamtet würden. Er erklärte weiter, daß sich das nach menschlicher Voraussicht auch würde durchsetzen lassen. Es wurde weiter besprochen, daß Sie so bald wie möglich Abteilungsleiter und Ministerialdirigent werden sollten.“

Kather zeigte sich „sicher, daß die loyale Durchführung dieser Abreden von beiden Seiten jede Schwierigkeit aus dem Wege räumen wird“. Um dies abzusichern, sandte er eine „Abschrift dieses Schreibens“ an Ministerialdirektor Nahm.²¹⁰ Tatsächlich schloss dieser am 15. Juli 1953 mit Gossing einen Vertrag, der letzteren im Angestelltenverhältnis ins BMVt übernahm. Dabei wurde Gossing sowohl Nahm selbst als auch einem Abteilungsleiter unterstellt. Das BMVt sicherte zu, sich für Gossings Verbeamtung einzusetzen.²¹¹

Im Dezember 1953 war diese Zusage noch nicht erfüllt, weshalb sich Kather an der neuen BMVt-Spitze vorbei direkt an den kurz zuvor zum Kanzleramtschef beförderten Hans Globke wandte: „Die Situation ist für Herrn Gossing sehr schwierig und wird immer schwieriger, je länger sie dauert.“ Kather bat Globke um Unterstützung der Verbeamtung im zuständigen Gremium.²¹² Globke ließ einen Mitarbeiter antworten, dass ein Gutachten der Beamtenrechtsabteilung des Bundesinnenministeriums (BMI) festgestellt habe, dass Gossing aufgrund seiner Ausbildung kein regulärer „Laufbahnbewerber“ sei und daher vom Bundespersonalausschuss auf Befähigung überprüft werden müsse. Dies habe sich zu Globkes Bedauern verzögert.²¹³ Kather gab sich damit nicht zufrieden, sondern wandte sich direkt an Adenauer, um den Kanzler an dessen Zusage zu erinnern.²¹⁴ Im Februar 1954 schob er ein Empfehlungsschreiben für Gossing an das BMVt hinterher.²¹⁵ Dies führte zu einer positiven Personalbeurteilung durch Staatssekretär Nahm.²¹⁶

210 ACDP, 01-377-09/4, Dr. Kather MdB an Gossing, 11.07.1953.

211 Ebd., Abschrift Vertrag BMVt / Gossing, 15.07.1953.

212 Ebd., Dr. Kather an BK Amt, Dr. Globke, 16.12.1953.

213 Ebd., BK Amt, Gumbel, an Dr. Kather MdB, 29.12.1953.

214 Ebd., BvD, Dr. Kather, an BK Dr. Adenauer, 30.12.1953.

215 Ebd., BvD, Dr. Kather, an BMVt, 12.02.1954.

216 Ebd., BMVt, Dr. Nahm, Begutachtung Gossing, 05.03.1954.

Gleichwohl konnte Nahm am 2. April 1954 Kather lediglich mitteilen, dass der Bundespersonalausschuss eine Verbeamtung des früheren Sparkassendirektors klar abgelehnt habe. Kather wandte sich daraufhin an Bundesinnenminister Gerhard Schröder (CDU) persönlich, mit dem er folglich ebenfalls – durch Fraktion oder CDU-Führungsgremien – entsprechend gut vernetzt gewesen sein muss. Von Schröder erhielt er die brisante Einschätzung, dass zwar der Ausschuss nur geringe Neigung gehabt haben dürfte, positiv zu entscheiden, dass aber auch „das Bundesvertriebenenministerium, das in Stellenverlegenheit sei, offenbar nicht hinter der Sache gestanden habe“. Dies wurde Kather von einem leitenden Beamten des BMI bestätigt, der am 1. April 1954 ein Gespräch mit Staatssekretär Nahm über die Angelegenheit gehabt hatte: „Nahm gab von sich aus zu verstehen, daß man im Ministerium Verständnis dafür habe, daß die Berufung zum Ministerialrat nicht durchzusetzen sei. Er könne aber bestätigen, daß die Voraussetzungen für eine niedere Stufe unbedenklich vorlägen.“ Der hochrangige BMI-Beamte vermutete, dass bei der Ablehnung der Verbeamtung Gossings dessen verbandspolitisches Engagement eine Rolle gespielt habe. So habe Gossing, obschon für das BMVt tätig, in einem Presseartikel die Sicht des BvD zum Lastenausgleichsverfahren dargelegt, woraufhin der Bundeskanzler persönlich „ein Rundschreiben verschickt habe, in dem größere Zurückhaltung von den Beamten und Angestellten verlangt“ worden sei. In der Verbeamtungsfrage habe man „Gossing nicht das Fachwissen abgesprochen, aber wohl das besondere Berufsethos“ der Beamtenschaft „sowie die taktvolle Zurückhaltung, die von den Ministerien verlangt werden müsse“. Sein Artikel sei ein offener Angriff auf die Bundesregierung gewesen.²¹⁷

Als Kathers Vertreter im BMVt geriet Gossing nicht nur ins Visier Adenauers. Auch Bundesfinanzminister Schäffer (CSU) nahm sich offenbar die Zeit, gegen den kleinen Angestellten „unbegründete und erfolglose Dienstaufsichtsbeschwerden“ einzuleiten, weil Gossing „seine Politik zu kritisieren gewagt“ hatte.²¹⁸ Trotz seines riskanten publizistischen Engagements geriet Gossing in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre in seiner Partei GB/BHE in Verdacht, seine Stellung im BMVt würde ihn parteipolitisch neutralisieren.²¹⁹ Der Kather-Gegner und BHE-Politiker Alfred Gille erhob als Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen 1957 beim niedersächsischen BHE-Vertriebenenminister Erich Schellhaus gegen Gossing den Vorwurf, dass dieser „seine landsmannschaftliche Führungsaufgabe vernachlässige“, weshalb man ihn aus Gilles Verband ausgeschlossen habe.²²⁰ Dass Gossing BHE-Präsidiumsmitglied

217 Ebd., Dr. Kather, Vermerk, 14.04.1954, S. 1. Sein BMI-Gesprächspartner wird dort als „Ministerialdirigent Kemper“ benannt; vermutlich handelte es sich um Kurt Kämper, den Abteilungsleiter VII im BMI, vgl. Maren Richter: Von Seilschaften und Netzwerken. Die Abteilung Gesundheitswesen und die Gesundheitspolitik, in: Frank Bösch/Andreas Wirsching (Hrsg.), Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus. Göttingen 2018, S. 536–579, insb. S. 551.

218 Kather, Entmachtung, Bd. 1, S. 143.

219 Imhof, Vertriebenenverbände, S. 151.

220 ACDP, 01-378-004/1, Dr. Gille an Schellhaus, 16.7.1957.

und niedersächsischer Landtagsabgeordneter war, schützte ihn vor dieser Attacke des nordostdeutschen Netzwerks in keiner Weise.

Im selben Jahr entwickelte sich das Verhältnis zwischen Kather und Gossing, dem Vorsitzenden des wichtigen niedersächsischen BvD-Landesverbandes, zur Konfrontation. Hatte das eine mit dem anderen zu tun? Gossing hatte freilich unterdessen gelernt, dass die Protektion Kathers im BMVt nur von begrenztem Wert war, und fühlte sich als Stellvertreter Kathers von wichtigen Entscheidungen im Verband ausgeschlossen. Er wandte sich gegen dessen Alleingänge, die „mit einem Fiasko für unsere Sache zu enden“ drohten. Kather reagierte gekränkt: „Das Schreiben eines solchen Briefes dient nicht der gemeinsamen Arbeit.“²²¹ Zwar schien sich das Verhältnis angesichts demonstrativer Geburtstagsgrüße Kathers an Gossing im Frühjahr 1958 wieder eingerenkt zu haben,²²² doch im Herbst desselben Jahres kam es zum endgültigen Bruch. Gossing ließ zusammen mit anderen BvD-Landeschefs seinen Bundesvorsitzenden Kather in den Einigungsverhandlungen mit dem VdL fallen und nötigte ihn dadurch zur Rücknahme seiner Kandidatur für die erstmals regulär zu besetzende BdV-Präsidentschaft. Für Kather war Gossing dabei sogar der „Hauptintrigant“.²²³ Nicht nur Kathers Kandidatur, auch weitere Ziele wurden von Gossing und dessen Verbündeten blockiert: Diese könne man in den Landesverbänden nicht durchsetzen, „die Entwicklung sei zu weit fortgeschritten.“ Gossing soll wörtlich unter (ironischer?) Nutzung von NS-Vokabular mit Blick auf widerstreitende Netzwerke im BvD erklärt haben: „Wir sind nicht mehr reinrassig. Auch die parteipolitischen Dinge spielen mit.“²²⁴ Dabei soll er hinzugefügt haben: „Wenn ein Minister erscheint, dann erschlägt er alles. In Niedersachsen ist nicht mehr die Abwehrkraft vorhanden.“²²⁵

Bei diesem angeblichen Zitat bleibt offen, ob damit der damalige BMVt Oberländer gemeint war oder der niedersächsische Vertriebenenminister Schellhaus, der als Sprecher der Landsmannschaft Schlesien im VdL höchst einflussreich war. Zwar bewirkte Gossings Abfall von Kather eine böse Retourkutsche, als Gossing selbst für die BdV-Präsidentschaft kandidieren wollte. Nun wandte Kather ein, Gossing komme dafür nicht in Frage, „da er seit vier Jahren im Hause Oberländer auf seine [feste] Anstellung warte“, ²²⁶ also nicht unabhängig genug sei. Am Ende wurde Gossing einer der Vizepräsidenten des BdV und sollte dies mit kurzer Unterbrechung bis zu seinem 1974 erfolgten Tode bleiben.

Der Bruch zwischen Kather und Gossing war endgültig und wurde durch gemeinsame BHE-Parteizugehörigkeit weder verhindert noch gekittet. Wie Kather 1964 darlegte, versuchte er im Dezember 1959 die Wiederwahl des im Vorjahr gewählten

221 ACDP, 01-377-09/4, BMVt, Gossing, an Dr. Kather, 29.11.1957 und Dr. Kather an Gossing MdL, 03.12.1957.

222 ACDP, 01-377-09/4, Dr. Kather an Gossing, 16.04.1958.

223 Stickler, Ostdeutsch, S. 94 und S. 96.

224 ACDP, 01-377-12/4, Dr. Kather, Erinnerungsbericht o. D. [Ende 1958], S. 4-7.

225 Kather, Entmachtung, Bd. 2, S. 189.

226 Ebd., S. 190.

ersten regulären BdV-Präsidenten, des CDU-Politikers Hans Krüger, zu verhindern. Er habe eine Präsidiumssitzung des GB/BHE genutzt, um mit den anwesenden BdV-Präsidiumsmitgliedern Mocker und Gossing darüber zu sprechen. Diese aber hätten von einer Abwahl Krügers nichts wissen wollen – laut Kather angeblich mit dem einzigen „Argument: Krüger ist so schwach, daß wir mit ihm machen können, was wir wollen.“ Tatsächlich sei Krüger dann mit fast allen Stimmen der von Mocker und Gossing geführten Landesverbände wiedergewählt worden. Die folgende Rüge ihrer Partei, des GB/BHE, einen Politiker der CDU unterstützt zu haben, hätten die beiden einfach hingenommen.²²⁷

Zu diesem Zeitpunkt hatte Gossing seine untergeordnete Position im BMVt bereits verlassen. Durch seine Funktionen als langjähriger Landesvorsitzender des BvD und dann des BdV in Niedersachsen und durch seine Tätigkeit als Landtagsabgeordneter des GB/BHE in der Landespolitik sehr gut vernetzt, stieg er 1959 doch noch zum Staatssekretär auf. Im vom BHE-Politiker und schlesischen Landmannschafts-Vorsitzenden Erich Schellhaus geleiteten niedersächsischen Ministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte amtierte Gossing daraufhin bis 1963 als ranghöchster Beamter; dass er kein Laufbahnbeamter war, spielte dort – anders als in Bonn – offenbar keine Rolle.²²⁸ Was ihm in Bonn die CDU-Vernetzung und der BvD-Lobbyismus Linus Kathers aufgrund einer hochkomplexen Gemengelage nicht hatten gewährleisten können, konnte Gossing in Niedersachsen durch BHE-Vernetzung, das Gewicht des BHE in einer SPD-geführten Koalition und durch persönliche Vernetzung mit seinem späteren Ressortchef Schellhaus doch noch erreichen, gehörten doch beide ab Ende 1958 dem BdV-Präsidium als Vizepräsidenten an.

3. Ein Politikfeld wird konsolidiert: Netzwerk-Relationen zwischen Kooperation und Konflikt in der Ära Oberländer (1953–1960)

Der langjährige Staatssekretär des BMVt Peter Paul Nahm, dessen „überdurchschnittliche Amtsdauer“ ebenso bemerkenswert war wie seine guten Beziehungen zum Bundeskanzleramt, die „seine besondere Stellung auch auf dem Bonner Parkett“ begründeten,²²⁹ hatte rückblickend den Eindruck, dass mit dem Amtsantritt Theodor Oberländers als Minister im Oktober 1953 die „verbandspolitischen Schwierigkeiten“ geringer geworden seien als unter dessen Vorgänger Lukaschek. An deren Stelle sei allerdings eine reservierte Haltung der CDU gegenüber dem BHE-Minister getreten und habe die Arbeit erschwert. Erst mit Amtsantritt des CDU-Politikers Hans Krüger

227 Kather, Entmachtung, Bd. 1, S. 215. Zuvor schon hatte sich Kather gegen die Behauptung Gossings verwahrt, Kather selbst habe Krüger als BdV-Präsident vorgeschlagen; er habe diesen stets für ungeeignet gehalten, vgl. ACDP, 01-377-04/5, Dr. Kather an Gossing 13.02.1960.

228 Vgl. NLA HA, Nds. 380 Acc. 165/97 Nr. 21, BdV, Landesvors. Niedersachsen, Belda, an Minister für Bundesangelegenheiten, für Vertriebene und Flüchtlinge Niedersachsen, Hellmann, 02.03.1970, Anlage: „Lebenslauf und beruflicher Werdegang des Staatssekretärs a.D. Hellmut Gossing“, o. D. [1970].

229 Vgl. Beer, Symbolische Politik?, S. 314.

als Präsident des neugegründeten BdV 1958 und mit dem politischen Abstieg des 1954 zum GB/BHE übergewechselten Linus Kather habe sich das „Verhältnis zwischen den Organisationen“ entspannt und in „Zusammenarbeit“ gewandelt. Auch mit dem Vertriebenenministerium habe sich „ein fruchtbarer Konnex“ des Einheitsverbandes ergeben. Nahm bedauerte, dass diese Kooperation erst so spät erreicht worden sei, als wesentliche gesetzliche Weichenstellungen bereits festgelegt gewesen seien.²³⁰ Damit gab Nahm unausgesprochen bis zu gewissem Grade Linus Kather recht, der ebenfalls im „verderblichen Organisationszwiespalt“ der 1950er Jahre eine wesentliche Ursache für den Mangel an „Wirkung und Schlagkraft“ der Vertriebenen in der entscheidenden Phase vertriebenenpolitischer Gesetzgebung erblickt hatte.²³¹

Der Ministerwechsel von 1953 war eine Zäsur. Während sich der massive Gegensatz zwischen BMVt und ZvD/BvD, der die Ära Lukaschek vergiftet hatte, trotz des weiteramtierenden BvD-Vorsitzenden Kather abschwächte, blieb die Verbändekonkurrenz zwischen BvD und VdL bestehen und prägte – anders als Nahm es retrospektiv wahrnahm – auch noch die Frühphase des BdV bis zum Ende der Ära Oberländer 1960. Bedingt durch die wachsende Bedeutung von Parteizugehörigkeiten in der Vertriebenenpolitik²³² trat der von Nahm hervorgehobene verschärfte parteipolitische Gegensatz hinzu, insbesondere zwischen CDU- und BHE-Netzwerken. Zunächst standen sich 1953/54 ein CDU-geführter BvD und ein BHE-geführtes Ministerium gegenüber, während in den Landsmannschaften BHE-Politiker auf führende Positionen rückten. Doch auch im BvD verschoben sich die Gewichte: Diverse Landesvorsitzende gehörten ebenfalls dem BHE an, etwa Karl Mocker in Baden-Württemberg oder Hellmut Gossing in Niedersachsen, oder sie traten von der CDU zum BHE über wie 1954 der Bundesvorsitzende und NRW-Landesvorsitzende Kather selbst. Was eine parteipolitisch grundierte enge Vernetzung zwischen Verbänden und BMVt hätte werden können, wurde jedoch schon 1955 durch den Übertritt des BHE-Ministers Oberländer zur CDU wieder in Frage gestellt, was auf die Volatilität vieler BHE-Netzwerke zurückverweist. Wenn behauptet wurde, die Ministerernennung Oberländers durch Adenauer habe den großen Einfluss der Vertriebenenorganisationen reflektiert, die sich Oberländer gewünscht hätten,²³³ so ist dies zu pauschal geurteilt und trifft allenfalls für den VdL zu. Doch auch das Verhältnis des neuen Ministers zu den Landsmannschaften entwickelte sich nicht so eindeutig, wie die Diagnose suggeriert, Oberländer habe die Landsmannschaften favorisiert und gegen den BvD auszuspielen versucht.²³⁴

Theodor Oberländer hatte in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion aufgrund seiner NSDAP- und BHE-Vergangenheiten viele Gegner. Der frischgebackene CDU-Abgeordnete Herbert Czaja beobachtete, dass die meisten Vertriebenen-Abgeordneten

230 Nahm, ... doch das Leben ging weiter, S. 77.

231 Allerdings hatte Kather die Schuld dafür allein bei seinen Gegnern innerhalb der Landsmannschaften erblicken wollen; vgl. Kather, Die Entmachtung der Vertriebenen, Bd. 1, S. 20.

232 Stickler, Ostdeutsch, S. 431.

233 Connor, Refugees, S. 160.

234 So bei Wambach, Verbändestaat, S. 127f.

seiner Fraktion wegen der Ernennung Oberländers „ziemlich ungehalten“ waren, „umso mehr als er auch einzelne zweifelhafte Mitarbeiter heranholte“. Damit waren zahlreiche Ex-Nationalsozialisten gemeint, deren Verbeamtung im BMVt unter CDU-Abgeordneten als veritabler Skandal galt. Außerdem beobachtete Czaja, dass der neue Minister im Kabinett „kaum tiefere Kontakte gefunden“ habe, was im Umkehrschluss bedeutete, dass er vom Wohlwollen des Kanzlers extrem abhängig blieb – insbesondere nach seinem Übertritt zur CDU, wodurch er sein anfängliches Gewicht als führender Repräsentant eines Koalitionspartners verlor. Dennoch fällt auf, dass Adenauer an Oberländer als Minister auch in der folgenden Legislaturperiode ab 1957 festhielt, während dessen Überläufer-Kollege Waldemar Kraft schon 1956 aus dem Kabinett ausgemustert wurde. Für die Zeit bis zur Spaltung des GB/BHE 1955 galt sicherlich Czajas Diagnose, „daß in Vertriebenenfragen der BHE vor allem gehört und über Gebühr beachtet wurde“, sei koalitionsbedingt gewesen. Zugleich beobachtete Czaja, dass man sich in Adenauers „CDU-Apparat gegen überzeugte Vertriebene aus den eigenen Reihen“ abgeschottet habe,²³⁵ deren Einfluss folglich erheblich gesunken war. An den Friktionen zwischen Oberländer und großen Teilen der CDU-Abgeordneten änderte die Tatsache nichts, dass der Minister 1955 zur CDU/CSU-Fraktion übertrat und ab 1958 als Vorsitzender des CDU-Landesverbands Oder-Neiße fungierte.²³⁶ Schließlich sah sich Oberländer ab 1959 durch massive Vorwürfe der DDR-Propaganda wegen seiner – angeblich sogar kriegsverbrecherischen – NS-Vergangenheit nur noch im Selbstverteidigungsmodus. War Oberländer zu Beginn seiner Ministerschaft „für einen Augenblick als starker und vielleicht gefährlicher Mann“ erschienen, der noch 1957 mit einem triumphalen Erststimmenergebnis als CDU-Politiker wieder in den Bundestag gewählt werden sollte,²³⁷ so wiederholte sich in der Spätphase seiner Amtszeit in Linus Kathers zugespitzter Wertung „derselbe Vorgang wie bei Lukaschek, das Ministerium war Jahre hindurch mit einem nicht funktionsfähigen Mann besetzt.“²³⁸ Dies gilt zumindest für das knappe letzte Jahr seiner vergleichsweise langen Amtszeit.

Die Lage blieb jedenfalls auch in der auf den ersten Blick von jahrelanger Kontinuität geprägten Minister-Ära Oberländer volatil, denn Zuordnungen und Konstellationen änderten sich fortwährend, was sich auf diverse Netzwerk-Relationen zwischen BMVt und Vertriebenenverbänden auswirkte.

3.1. NS-Belastung als Stigma? Grenzen von Vernetzung zwischen Kather und Oberländer

Der Ministerwechsel von 1953 signalisierte nicht zuletzt einen signifikanten Wandel im Umgang der Kanzlerpartei CDU mit dem brisanten Thema der NS-Belastung. Der

235 Czaja, *Unterwegs*, S. 200–202.

236 Stickler, *Ostdeutsch*, S. 215; vgl. auch Philipp-Christian Wachs: *Der Fall Theodor Oberländer (1905–1998). Ein Lehrstück deutscher Geschichte*. Frankfurt a. M./New York 2000, S. 500–509.

237 Alfred Grosser: *Geschichte Deutschlands seit 1945. Eine Bilanz*. München ¹⁰1982, S. 240f.

238 Kather, *Entmachtung*, Bd. 2, S. 244.

bisherige BMVt Lukaschek stammte, wie Adenauer auch, aus dem 1933 von den Nationalsozialisten entmachteten und nach dem 20. Juli 1944 teilweise verfolgten katholischen Zentrumsmilieu. Lukaschek hatte dem konservativen Widerstand gegen Hitler nahestanden und war zeitweilig in einem NS-Konzentrationslager inhaftiert worden. Lukascheks Nachfolger Oberländer hingegen hatte – obschon erst seit 1933 NSDAP-Mitglied – als Achtzehnjähriger bereits 1923 an Hitlers Putschversuch in München teilgenommen. Unter Hitlers Diktatur wurde der überzeugte NS-Wissenschaftler, der im Milieu der Königsberger ‚Osteuropa-Experten‘ Karriere machte, Gauamtsleiter der ostpreußischen Gauleitung und Leiter des NS-konformen „Bundes Deutscher Osten“. 1937 verlor er diese beiden Leitungspositionen in NS-internen Machtkämpfen. Im Zweiten Weltkrieg fungierte er als Ost-Experte für die Wehrmacht und deren Militärgeheimdienst in besetzten Gebieten und geriet erneut in Gegensatz zur NS-Besatzungspolitik, obschon auch er ein Befürworter ethnischer ‚Säuberungen‘ im ‚Volkstumskampf‘ war. Nach alledem war für viele unbelastete oder gar NS-verfolgte Unionspolitiker ein solcher Minister schlicht inakzeptabel.

Dieser Vorbehalt wurde durch Oberländers Personalpolitik noch verschärft, denn der neue Minister des GB/BHE – einer Partei, die sich nicht nur für Vertriebeneninteressen, sondern auch für die Reintegration früherer Nationalsozialisten betont einsetzte – sollte ein ganzes Netzwerk von NS-belasteten Personen ins BMVt hineinziehen.²³⁹ Oberländers persönlicher Referent, Dr. Gerhard Wolfrum, war ein früherer SS-Führer, der an der NS-Umsiedlungspolitik im Zweiten Weltkrieg mitgearbeitet hatte.²⁴⁰ Schwer belastet war auch der schon eingangs erwähnte Werner Ventzki, der einstige NS-Oberbürgermeister im besetzten polnischen Lodz (Litzmannstadt), der unter Oberländer zum Leiter der West-Berliner Repräsentanz des BMVt ernannt wurde. Zuvor hatte Ventzki als Bundesgeschäftsführer des ZvD in der Vertriebenenpolitik gewirkt.²⁴¹ Der von Oberländer neu berufene Ausländer-Referent Dr. Georg Goldschmidt war vor 1945 stellvertretender Führer der deutschen Volksgruppe in Ungarn gewesen und hatte es nach Kriegsende für besser gehalten, einige Jahre in Argentinien unterzutauchen, bevor er im Bonner Vertriebenenministerium eine zweite Karriere machen durfte.²⁴² Die Journalisten Helmut Hammerschmidt und Eckart Heinze (alias Michael Mansfeld) – der eine NS-verfolgter „Halbjude“, der andere ein 1944 wegen angeblicher Verbindungen zum Widerstand kurzfristig inhaftierter Wehrmachts-offizier – kommentierten 1956 kritisch, es sei von Oberländers Unterstützern gegen Presse-Kritik an dessen NS-Vergangenheit stets apologetisch angeführt worden, dass der Vertriebenenminister „nach 1945 mehrfach allen Fehlern des Nationalsozialismus

239 Vgl. Beer, *Symbolische Politik?*, S. 310–313; ferner Schwartz, *Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“*, S. 234–238; sowie Mathias Beer: Theodor Oberländer, in: Udo Kempf/Hans-Georg Merz (Hrsg.): *Kanzler und Minister 1949–1998. Biografisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen*. Wiesbaden 2001, S. 515–521.

240 Vgl. Beer, *Symbolische Politik?*, S. 313; Eric C. Steinhart: *The Holocaust and the Germanization of Ukraine*. Cambridge 2015, S. 47–52.

241 Vgl. Imhof, *Vertriebenenverbände*, S. 148, Anm. 4; vgl. Kap. 1.

242 Vgl. Helmut Hammerschmidt/Michael Mansfeld: *Der Kurs ist falsch*. München u. a. 1956, S. 60; Tilkovszky, *Ungarn und die deutsche „Volksgruppenpolitik“*, passim.

abgeschworen“ habe. Doch das überzeugte die Journalisten nicht: „Seine Personalpolitik scheint das allerdings zu widerlegen.“ Die Fälle Ventzki, Goldschmidt und Wolfrum seien nicht die einzigen, in denen Oberländer NS-Belastete eingestellt habe; auch der neue Pressereferent Dr. Schlicker habe eine Vergangenheit als SA-Führer und NS-Redakteur. Außerdem habe Oberländer den alten Personalreferenten des Ministeriums „durch einen ehemaligen Parteigenossen und Bürgermeister ersetzt“ und einen früheren HJ-Bannführer verbeamtet. Mit Blick auf die in solchen Fällen übliche Rechtfertigungsstrategie der Adenauer-Zeit kommentierten die beiden Medienvertreter sarkastisch: „Man sage nur, daß es nicht möglich gewesen sei, genügend unbelastete, fachlich geeignete Vertriebene zu finden.“²⁴³

Linus Kather stand somit weder in der Öffentlichkeit noch in der Unionsfraktion allein, wenn er die NS-Vergangenheit des neuen Ministers kritisch thematisierte. Schon im September 1953 – einen Tag, nachdem die BvD-Führung vergeblich bei Adenauer seine Ernennung zum Vertriebenenminister gefordert hatte – protestierte Kather als Vorsitzender des CDU-Landesverbands Oder-Neiße beim Kanzler scharf gegen eine Beteiligung des GB/BHE an der Koalition: Eine solche Entscheidung würde die gegnerische Partei vor den Folgen ihrer eben erst erlebten Wahniederlage bewahren. Und keinesfalls dürfe der BHE das Vertriebenenministerium in die Hand bekommen, denn die CDU sei die eigentliche Vertriebenenpartei und stelle weit mehr Vertriebenenabgeordnete als der BHE.²⁴⁴ Eine Woche später ergänzte Kather gegenüber seinem Duzfreund Globke – „Lieber Globke“ –, der doch selbst mit einer hochgradig umstrittenen NS-Vergangenheit behaftet war, diese Argumentation um den Vorwurf der NS-Belastung. Zwar versicherte Kather unter Nutzung einer Vokabel, die Adenauer im Bundestag gebraucht hatte, er sei „von jeder Naziriecherei frei“ und sei „gegen den Faschismus der Antifaschisten“, womit er offenbar die überkritische Suche nach NS-Vergangenheiten meinte, „schon im Jahre 1946 aufgetreten, als das noch nicht so modern und so billig war wie heute“. Aber die BHE-Führer Kraft und Oberländer, die Adenauer nun zu Ministern machen wolle, kämen „wegen ihrer Belastung aus dem 1000jährigen Reich nicht in Betracht“. Kraft sei SS-Hauptsturmführer gewesen, außerdem „beteiligt an der Verwaltung und Verteilung der landwirtschaftlichen Güter, die man den Polen geraubt hatte“. Oberländer sei zeitweilig sogar ein ernsthafter Konkurrent Alfred Rosenbergs, des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete, für die Aufgabe gewesen, „den Osten zu ‚betreuen‘“. Es sei „völlig unmöglich, diese Männer zu Repräsentanten der Vertriebenen und unseres Heimatanspruches zu machen“.²⁴⁵

Mitte Oktober 1953 sollte der sudetendeutsche CSU-Abgeordnete Hans Schütz dieselben Argumente gegen die beiden BHE-Minister unter Beifall in der Bundes-

243 Hammerschmidt/Mansfeld, *Der Kurs ist falsch*, S. 60f.; Hammerschmidt, damals Abteilungsleiter beim Bayerischen Rundfunk, stieg in den 1960er Jahren als CDU-Mitglied zum Intendanten des SWF auf; Heinze schrieb vergangenheitskritische Romane und Drehbücher, u. a. zum bekannten Bernhard-Wicki-Antikriegsfilm „Die Brücke“ (1959).

244 ACDP, 01-377-04/2, CDU Oder-Neiße, Dr. Kather/Eplée, an BK Dr. Adenauer, 12.09.1953.

245 Ebd., Dr. Kather an BK Amt, Dr. Globke, 17.09.1953; vgl. auch ACDP, 01-377-05/2, Dr. Kather an BK Amt, Dr. Globke, 17.09.19[53]. Laut Connor, *Refugees*, S. 128, hatten die alliierten Besatzungsmächte Kraft zwischen 1945 und 1947 wegen seiner NS-Vergangenheit in Polen interniert.

tagsfraktion vortragen, ohne dass der Kanzler darauf überhaupt reagierte. Der neue Kanzleramtschef Staatssekretär Globke, der als einstiger Mit-Verfasser und Kommentator der NS-Rassengesetze soeben seinen Vorgesetzten Otto Lenz hatte ablösen dürfen, der zu den Widerstandskämpfern des 20. Juli 1944 zählte,²⁴⁶ hatte gegen die Einwände von Schütz keine sachlichen Argumente vorbringen können, sondern arglistig bemerkt, wenn man Oberländer als Minister verhindere, werde man „dann Kather nicht umgehen können“.²⁴⁷ Als sich nach Schütz auch Kather selbst auf der Fraktionssitzung darüber echauffierte, dass man ihn, der seinen Vertriebenenverband ZvD „stets loyal zur Politik der Bundesregierung“ gehalten habe, nun zwingen, „bei Herrn Oberländer zu antichambrieren wegen unserer Bundeszuschüsse“, reagierte der Kanzler wiederum nicht.²⁴⁸

Umgehend nutzten die konkurrierenden Landsmannschaften das von Kather vorgebrachte NS-Belastungsargument, um ihn beim neuen Minister und bei dessen Partei BHE zu diskreditieren. Im November 1953 erstattete Kather Strafanzeige gegen den Redakteur der „Sudetendeutschen Zeitung“ und beschwerte sich beim Vorsitzenden der betreffenden Landsmannschaft, Lodgman von Auen, heftig darüber, dass dieses Verbandsorgan politische „Brunnenvergiftung“ betreibe.²⁴⁹ Kathers Anzeige richtete sich gegen einen Artikel mit dem Titel „Linus Kather denunziert“ – was wiederum denunziatorisch gemeint war. Kather bestritt den darin gegen ihn erhobenen Vorwurf, er habe vor dem CDU-Vertriebenenausschuss „die nationalsozialistische Vergangenheit von Kabinettsmitgliedern berührt“. Er habe lediglich, nachdem ein anderer Diskussionsteilnehmer die NS-Vergangenheit führender BHE-Politiker in Nordrhein-Westfalen kritisiert habe, den Zwischenruf gemacht, bei der Regierungsbildung auf Bundesebene sei man „nicht so engherzig gewesen“. Als die Berechtigung dieses Zwischenrufs bestritten worden sei, habe er zwangsläufig darauf hinweisen müssen, „daß unbestrittenermaßen Herr Kraft ehrenhalber Hauptsturmführer der SS gewesen sei und bei der Ostland G.m.b.H. mitgewirkt habe“. Er habe aber außerdem erklärt, „daß diese Diskussionen unangebracht seien, und daß auch diese meine Erklärung nicht in die Öffentlichkeit gebracht werden dürfe, daß ich die Naziriecherei ablehne[,] und habe nochmals betont, daß wir nicht gegen[,] sondern miteinander arbeiten sollten“. Die „Sudetendeutsche Zeitung“ habe den Sachverhalt völlig entstellt, indem sie behaupte, er habe Kraft als „besonders großen Nazi“ bezeichnet, der „im Dienste Hitlers polnische Güter aufgeteilt“ habe. Er, Kather, sei als „verspäteter Morgenthauanhänger“ dargestellt worden, der andere „denunziert“ und sich dadurch „niederträchtig“ verhalten habe.²⁵⁰

246 Vgl. zu Lenz Hans Peter Schwarz: Adenauer. Der Staatsmann 1952–1967. Stuttgart 1991, S. 116f., der die Ablösung von Lenz mit den Ernennungen von Oberländer und Kraft kontrastiert.

247 ACDP, 01-377-04/2, Dr. Kather, Vermerk, 17.10.1953.

248 Ebd., Dr. Kather, Vermerk, 16.10.1953.

249 ACDP, 01-377-16/1, BvD, Dr. Kather, an Sudetendeutsche Landsmannschaft, Dr. Lodgman von Auen, 21.11.1953.

250 Ebd., Dr. Kather an Staatsanwaltschaft Bonn, 21.11.1953. Zur Funktion der NS-Institution „Ostland GmbH“ in Teilen des besetzten Polen, in der auch das ab 1958 amtierende BdV-Präsidiumsmitglied Heinz Langguth tätig gewesen war, vgl. Schwartz, Funktionäre, S. 484–492.

Tatsächlich hatte die „Sudetendeutsche Zeitung“ Kathers Hinweis auf die einstige NS-Besetzungstätigkeit in Polen des neuen Bundesministers Kraft – und am Rande auch auf die NS-Vergangenheit des BMVt Oberländer – als Denunziation angeprangert und dessen NS-Biografie wortreich verteidigt. Abschließend verband das Organ der SL eine knappe Verurteilung Hitlers mit der vollen Ehrenerklärung für den vom NS-Regime ausgezeichneten BHE-Minister: „Wir wollen nicht entschuldigen, was Hitler getan hat. Wir halten jedoch Minister Kraft für viel zu klug, als daß er nicht versucht hätte, Zumutungen, die ihm unsittlich erschienen, abzubremesen.“ Außerdem warf man dem „verspätete[n] Morgenthauanhänger Kather“ vor, selbst nie Skrupel gehabt zu haben, „ehemalige Nazi als engste Mitarbeiter zu beschäftigen, wenn er aus ihrer Tätigkeit Nutzen ziehen konnte“. ²⁵¹ SL-Sprecher Lodgman, der sich ebenfalls vom NS-Regime hatte ehren lassen und zwar kein SS-Ehrenführer wie Kraft, aber kurzfristig förderndes Mitglied der SS gewesen war, ²⁵² reagierte auf Kathers Beschwerde denkbar kühl: Er bedauere den Artikel, falls dieser tatsächlich auf falschen Voraussetzungen beruhen sollte. ²⁵³

Kather selbst hatte sich vom NS-Regime weitgehend ferngehalten und war nach 1933 nur dem NS-Rechtswahrerbund beigetreten, um seinen Anwaltsberuf abzusichern. Er hatte sich den guten Ruf eines Vertreters katholisch-konservativer Resistenz erworben: „Während der Hitlerzeit verteidigte er fast alle ermländischen Priester, die vor das Sondergericht gestellt wurden“, hieß es 1958 in einer Geburtstagsheftung in einer Zeitung der Schlesischen Landsmannschaft. ²⁵⁴ Eine weitere Schlesier-Publikation ging noch ausführlicher auf Kathers nicht-nationalsozialistische Vergangenheit, seine Anwaltstätigkeit gegen „Willkürjustiz“ und seine kurzzeitige Gestapo-Inhaftierung ein. ²⁵⁵ Das alles stimmte, doch auch die Hinweise auf Zweckbündnisse Kathers mit Ex-Nationalsozialisten, wie sie Adenauer 1952 kolportiert hatte und wie sie nun von der „Sudetendeutschen Zeitung“ wiederholt wurden, waren nicht aus der Luft gegriffen. ²⁵⁶ Erwiesene Nicht-Nazis wie der ostpreußische Katholik Linus Kather oder der sudetendeutsche Sozialdemokrat Wenzel Jaksch nahmen sich in ihrem politischen Wirken in der Bundesrepublik die größtmögliche Freiheit, ihr Verhältnis zu ehemaligen Nationalsozialisten nach Opportunitätsgesichtspunkten zu orientieren: Je nachdem, ob diese die aktuellen Ziele von Kather oder Jaksch blockierten oder unterstützten, wurden NS-Belastete scharf bekämpft oder aber zu Bündnispartnern gemacht. ²⁵⁷

251 ACDP, 01-377-16/1, Dr. H. K.: Linus Kather denunziert, in: Sudetendeutsche Zeitung, 21.11.1953.

252 Vgl. Schwartz, Funktionäre, S. 572.

253 ACDP, 01-377-16/1, Sudetendeutsche Landsmannschaft, Dr. Lodgman von Auen, an BvD, Dr. Kather, 27.11.1953.

254 BArch, B 234/1416, Dr. Linus Kather 65 Jahre, in: Der Schlesier, 24.09.1958.

255 Ebd., Dr. Linus Kather. 65 Jahre, in: Schlesische Rundschau, 25.09.1958.

256 Vgl. Schwartz, Funktionäre, S. 38–42.

257 Vgl. hierzu ebd.; sowie (am Beispiel Jakschs) Michael Schwartz: Vertriebenenpolitiker in der Bundesrepublik Deutschland. NS-Vergangenheiten und politisches Engagement in der Demokratie, in: Magnus Brechtken (Hrsg.): Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Ein Kompendium. Göttingen 2021, S. 335–370.

Dass in den 1950er Jahren die NS-Vergangenheit „einiger vertriebener Abgeordneter“ nicht kritisch diskutiert worden sei,²⁵⁸ wird man nach dem Gesagten differenzieren. Freilich ist die Beobachtung richtig, dass erst um 1960 eine signifikante Änderung in der politischen Relevanz solcher Diskussionen eintrat. Dies war teils durch internen Bewusstseinswandel in der Bundesrepublik, teils durch externe Einwirkung der DDR-Propaganda bedingt, die im „Fall Oberländer“ dessen NS-Belastung massiv übertrieb und Anteil daran hatte, den BMVt zum Rücktritt zu nötigen. Demgegenüber hatte sich die 1953 geäußerte Kritik vertriebener Unionsabgeordneter an Oberländer weniger gegen dessen NS-Vergangenheit als gegen dessen BHE-Gegenwart gerichtet. Kather hob sich dadurch heraus, dass er beide Einwände bündelte.²⁵⁹

Gegen Oberländer führte Kather über Jahre hinweg – sowohl öffentlich als auch nichtöffentlich – drei Argumente ins Feld. *Sachlich* habe sich der Lukaschek-Nachfolger wie sein Vorgänger als schwacher, unzureichender Vertreter von Vertriebeneninteressen erwiesen. Dieses Argument konnte nicht schon zu Anfang genutzt werden, doch im Februar 1956 forderte Kather im Bundestag namens des GB/BHE den Rücktritt des zur CDU gewechselten früheren BHE-Ministers wegen offenkundigen *Versagens*.²⁶⁰ Das war überspitzt, doch auch der CDU-Abgeordnete Herbert Czaja gewann den Eindruck, Oberländer habe Vertriebenen-Sachfragen weitgehend seinem Staatssekretär Nahm überlassen und sich selbst auf die ihm vertrauten Politikfelder Osteuropa, Auslandsdeutschtum und Russland konzentriert.²⁶¹ Zweitens kritisierte Kather an Oberländer – ebenso wie an Kraft – den *Opportunismus* ihrer Partei- und Fraktionswechsel vom BHE zur CDU 1955. Im November 1955 schrieb Kather dem Bundeskanzler, beide von diesem ausgewählte Vertriebenenminister seien eine klare „Fehlbesetzung“ gewesen, doch Oberländer habe noch mehr versagt als Lukaschek, da er durch seinen Parteiwechsel auch „menschlich versagt“ habe.²⁶² Noch 1982 kommentierte Kather gallig: „Die Herren [Oberländer und Kraft] sind aus einem schwankenden Kahn auf einen Ozeandampfer umgestiegen, während ich den umgekehrten Weg gegangen bin.“²⁶³ Seinen eigenen Ausstieg aus der CDU 1954 begründete Kather drittens mit der *NS-Belastung* Oberländers und der Empörung darüber, dass Adenauer einen solchen Mann unbelasteten Alternativen vorgezogen hatte: „Das Vertriebenenministerium gab er einem Mann mit ‚tiefbrauner Weste‘, Theodor Oberländer [...]. Konrad Adenauer kannte keine Treue, er anerkannte keine moralischen Bindungen. Damit war ich austrittsreif.“²⁶⁴

Dass Kather schon 1953 gegen die Ernennung Oberländers (und Krafts) bei Adenauer und Globke unter Verweis auf NS-Belastungen Protest eingelegt hat, haben wir gesehen. Zugleich suchte sich Kather aber auch von Vorwürfen der „Naziriecherei“

258 Fischer, Heimat-Politiker, S. 126.

259 Vgl. ebd., S. 126f. und S. 136f.

260 BArch, B 234/1123, Die Sicht des Gesamtdeutschen Blocks – BHE, 10.02.1956: „Oberländer wurde der Pelz gewaschen“.

261 Czaja, Unterwegs, S. 200.

262 BArch, B 234/1123, Dr. Kather an BK Dr. h.c. Adenauer, 15.11.1955.

263 Kather, Von Rechts wegen?, S. 159.

264 Ebd., S. 192.

abzugrenzen – ein Indiz dafür, dass viele Netzwerke jener Zeit ‚gemischt‘ waren und mit Blick auf NS-Vergangenheiten behutsam agieren mussten, wenn sie stabil gehalten werden sollten. Diese Ambivalenz führte zu einer unehrlichen Doppelstrategie Kathers. Nachdem er Oberländer bei einem persönlichen Treffen im April 1954 noch versichert hatte, Minister und BvD seien aufeinander angewiesen,²⁶⁵ besorgte sich der BvD-Chef nach dessen Übertritt zur Adenauer-Partei 1955 belastendes Pressematerial über Oberländers NS-Karriere,²⁶⁶ auf das er 1956 die „Frankfurter Neue Presse“ gezielt hinwies. Kather erwähnte Oberländers frühere SA- und SS-Führerränge, das manifeste Überleben einer nachträglich behaupteten Absicht des Reichsführers SS Heinrich Himmler, ihn hinrichten zu lassen, und eine konforme NS-Einstellung, wie sie sich aus einem kompromittierenden Artikel Oberländers in der Zeitschrift „Deutsches Bauerntum“ von 1940 ablesen lasse:

„Danach kann es nicht zweifelhaft sein, daß Herr Oberländer der Prototyp des hemmungslosen Opportunisten ist. Er wird immer da sein, wo die Macht ist[,] und die Sache bedeutet ihm nichts. Sein Übergang zur CDU war ausschließlich von persönlichen Interessen diktiert.“²⁶⁷

Erneut wurden hier vergangenheits- und gegenwartspolitische Argumente gezielt ineinander verschränkt.

Noch in den Jahren 1959/60, als sein eigener Abstieg im Vertriebenenverband wie auch im GB/BHE bereits in vollem Gange war, arbeitete Kather weiter an der Demontage des Vertriebenenministers. Dieser war damals teils berechtigten, teils frei erfundenen DDR-Vorwürfen wegen seiner NS-Vergangenheit ausgesetzt, die vom SED-Regime (wie auch im Fall von Globke) in einem Schauprozess in absentia vor dem Obersten Gericht der DDR gebündelt wurden.²⁶⁸ Im Zentrum stand die – unwahre – Anschuldigung, Oberländer und eine von ihm kommandierte militärische Einheit hätten sich 1941 am Massenmord an jüdischen Menschen in der besetzten Ukraine beteiligt.²⁶⁹ All dies sollte Oberländer im Mai 1960 nach monatelanger Defensive zum Rücktritt nötigen, was vor allem auf einen sich wandelnden, sensibilisierten Umgang mit NS-Belastungen in der westdeutschen Gesellschaft verweist. In einem Schreiben an den um seine politische Zukunft kämpfenden Minister wies dessen langjähriger Gegner und Kritiker Kather im Oktober 1959 seinen Vorwurf zurück, er habe den letzten „Tag der Heimat“ – die jährliche Großkundgebung der Vertriebenenverbände – zu „persönlichen Angriffen“ auf Oberländer benutzt. Kather betonte, er habe auf ausländische Presseangriffe auf Oberländer gar keinen Bezug genommen und „natürlich

265 ACDP, 01-377-05/2, Dr. Kather, Vermerk über Besprechung mit BMVt Dr. Oberländer am 14.04.1954, o. D.

266 Ebd. und BArch, B 234/1123, Oberländer und die Juden, in: Bonner Korrespondenz, 19.09.1955 sowie besagter Oberländer-Artikel in einer NS-Zeitschrift von 1940.

267 ACDP, 01-377-05/2, Dr. Kather an Frankfurter Neue Presse, Dr. Hans Becker, 29.12.1956, insb. S. 4.

268 Vgl. Gunter Holzweißig: Medienberichterstattung über politische Prozesse in der DDR, in: Klaus Marxen/Annette Weinke (Hrsg.): Inszenierungen des Rechts. Schauprozesse, Medienprozesse und Prozessfilme in der DDR. Berlin 2006, S. 209–222, hier S. 215.

269 Vgl. Connor, Refugees, S. 128.

auch keine öffentliche Untersuchung verlangt“.²⁷⁰ Im März 1960 wandte sich Kather allerdings mit einem Leserbrief an die Redaktion der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, in dem er betonte, er sei gern bereit zu glauben, dass Oberländer am massenmörderischen „Geschehen in Lemberg aktiv nicht beteiligt“ gewesen sei – und damit kein Kriegsverbrecher. Dies könne jedoch „nicht in Gewißheit verwandelt werden“. Kather zog daraus den Schluss, „der ganze Komplex muss daher ausgeschaltet werden“, er werde für eine Beurteilung Oberländers auch nicht benötigt. (Freilich hatte er den ‚ganzen Komplex‘ zuvor genüßlich diskutiert.) Dessen Untauglichkeit als Minister ergebe sich ganz unabhängig von seiner NS-Vergangenheit aus seinem opportunistischen Wechsel vom BHE zur CDU.²⁷¹ Nachdem das SED-Regime in der DDR den Bonner Minister in Abwesenheit im April 1960 in einem Schauprozess hatte schuldig sprechen lassen, wollte Kather das von ihm jahrelang gegen Oberländer gerichtete Argument der NS-Belastung plötzlich nicht mehr verwenden.

Erst in seinen Memoiren, die Mitte der 1960er Jahre erschienen und in denen Linus Kather die Ära Adenauer einer schonungslosen Kritik unterzog, kehrte das Belastungsargument zurück – und zwar schwerwiegender denn je. Denn unterdessen hatte sich die Anzahl der skandalösen Fälle um den des zeitweiligen Ministers und langjährigen ersten BdV-Chefs Hans Krüger unmittelbar nach dem Abgang Adenauers als Kanzler signifikant erweitert. Ähnlich wie Oberländer 1960 hatte Krüger 1964 als NS-belasteter Vertriebenenminister schmähsch zurücktreten müssen. Doch für Kather blieb die Ministerschaft Oberländers der diesbezüglich schlimmste Sündenfall, über den er ebenso schonungslos wie treffend urteilte:

„Daß der Kanzler das Vertriebenenministerium dem BHE gab und dazu einem Mann mit der nationalsozialistischen Vergangenheit eines Oberländer, ist als politisches Verbrechen erster Ordnung zu werten, das Dr. Adenauer nie verziehen werden kann. An die Person des Bundesvertriebenenministers sind in dieser Hinsicht höhere Anforderungen zu stellen als an alle anderen Mitglieder der Regierung [...]. Der Vertriebenenminister muß der erste Repräsentant in dem Kampf gegen das Unrecht der Vertreibung sein, [...] und dazu ist nur ein Mann fähig, dem man nicht nachsagen kann, daß er jemals bereit war, die Vertreibung anderer hinzunehmen oder gar zu propagieren.“²⁷²

270 ACDP, 01-377-05/2, Dr. Kather an Bundesminister Prof. Dr. Dr. Oberländer, 08.10.1959.

271 Ebd., Dr. Kather an FAZ-Redaktion, 11.03.1960.

272 Kather, Entmachtung, Bd. 2, S. 13; vgl. auch das Teil-Zitat bei Heike Amos: Vertriebenenverbände im Fadenkreuz. Aktivitäten der DDR-Staatssicherheit 1949 bis 1989. München 2011, S. 23.

3.2. Neustart und Zerfall: Das Kather-Netzwerk zwischen BHE, BvD und BdV 1954–1960

Nachdem Linus Kather 1954 die Adenauer-CDU öffentlichkeitswirksam verlassen hatte und in den GB/BHE eingetreten war,²⁷³ stellte ein Journalist Mitte 1955 in den *Bonner Heften* diesen Seitenwechsel als rein karrieropolitisch motiviert dar. Kather habe gehofft, dadurch in Nordrhein-Westfalen zu einem Ministeramt zu kommen, nachdem ihm dies im Bund verwehrt geblieben sei. Doch die Niederlage des BHE in der Landtagswahl habe seine Träume zerrinnen lassen. Verbitterte Politiker vom Schlage Kathers hätten daraufhin die Bundesführung des BHE systematisch demonstriert und die Partei in die Spaltung getrieben: „Böse Zungen behaupten [...], nach erfolgter Bankerotterklärung des BHE werde der ehemalige CDU-Abgeordnete Kather seinem ehemaligen Parteichef Adenauer ein Telegramm des Inhalts zugehen lassen: ‚Mein Kanzler, BHE mit Erfolg ruinieren geholfen. Kather‘“.²⁷⁴ Die bössartige Anspielung auf die einstige Hitler-Anrede ‚Mein Führer‘ war unüberhörbar, aber sachlich bei beiden Protagonisten völlig abwegig. Im Gegenteil: Nach dem, was er als einen „Verrat des Kanzlers“ ansah, schwor Kather Adenauer offensichtlich „ewigen Haß“; er ging 1957 sogar so weit, sich in dessen Bonner Wahlkreis als BHE-Gegenkandidat aufstellen zu lassen, was er freilich mit einer beschämenden Niederlage zu büßen hatte.²⁷⁵

Der gegen Kather gerichtete Vorwurf des Spalters bislang funktionierender Netzwerke blieb nicht nur eine journalistische Außensicht. 1969 bescheinigte auch der frühere GB/BHE-Bundesvorsitzende Frank Seiboth, ein einstiger HJ-Gebietsführer, der seine Karriere nach dem Ende des BHE als SPD-Staatssekretär in Hessen fortsetzte, seinem einstigen Parteifreund in unverfälschtem NS-Vokabular eine „zersetzende Tätigkeit“ im BHE.²⁷⁶ Neben diesen „trojanischen Kather“ hatte die „Frankfurter Rundschau“ 1955 den „radikalen Kather“ gestellt, indem sie beobachtete, dass sich der frühere CDU-Politiker nach ausgeträumtem Ministertraum in eine bis dahin von ihm heftig bekämpfte Partei geflüchtet und sich dort wiederum zum Wortführer des radikalen Flügels aufgeschwungen habe.²⁷⁷ Erneut verbanden sich inhaltliche Gegensätze mit persönlichen Abneigungen. So warf der damalige BHE-Bundesvorsitzende Kraft schon Anfang 1955 dem Neumitglied Kather vor, die „Meinungs- und Gewissensfreiheit“ in der Partei anzutasten.²⁷⁸

Tatsächlich hatte sich Kather nicht nur gegen den pragmatischen, an Zusammenarbeit mit Adenauer interessierten Flügel um die Bundesminister Kraft und Oberländer gewandt und damit 1955 deren Parteiaustritt und nachmaligen Übertritt zur CDU

273 Zum dynamischen Verhältnis zwischen GB/BHE und Vertriebenenorganisationen, namentlich zum ZvD/BvD, vgl. Stickler, Ostdeutsch, S. 280–288.

274 BArch, B 234/1215, Norbert Tönnies: Der trojanische Kather, in: Bonner Hefte, Juli 1955, S. 13–14.

275 Grosser, Geschichte Deutschlands, S. 242.

276 Kather, Von Rechts wegen?, S. 127.

277 BArch, B 234/1214, Der radikale Kather, in: Frankfurter Rundschau, 19.01.1955. Kather stellte gegen diesen Artikel Strafanzeige.

278 GLAK, N Bartunek/29, GB/BHE-Bundesvorstand, Kraft, Parteirundschreiben, 19.01.1955.

provoziert. 1960 trat Kather auch als nordrhein-westfälischer Landesvorsitzender der geschrumpften Restpartei unter Protest zurück, weil er Geheimverhandlungen des BHE-Bundesvorsitzenden Seiboth mit Adenauer strikt ablehnte.²⁷⁹ Kurz zuvor war es zu einem heftigen Schlagabtausch zwischen Kather und Seiboth gekommen. Der Parteichef warf Kather eine „linkische, viel zu enge und ausserdem ressentimentgeladene Politik“ vor. Kather konterte, wenn dieser Vorwurf richtig sei, werde wohl die Politik der Kraft, Oberländer, der von Merkatz und Seeböhm als „geschickt, wendig und weitblickend“ bewertet. Damit attackierte Kather alle führenden Vertriebenenpolitiker in den Adenauer-Kabinetten ab 1953. Polemisch fügte er mit Blick auf Seiboths Avancen gegenüber dem Kanzler hinzu: „Und Ressentiments hin und Ressentiments her, eins ist gewiß: Meine Haltung ist wenigstens nicht auftraggebunden.“²⁸⁰

Kathers Intimfeind aus dem nordostdeutschen Netzwerk, Axel de Vries, war über die Hintergründe wiederum bestens informiert: Er berichtete im September 1960 Baron Manteuffel, durch Vermittlung von BMVt-Staatssekretär Nahn hätten kürzlich Alfred Gille – ein Mitglied jenes Netzwerks in der BdV-Führung, zu dem auch de Vries zählte – und BHE-Chef Seiboth miteinander verhandelt. Laut Gille wünsche Adenauer „den BHE im nächsten Bundestag“ wieder zurück, nachdem die Partei 1957 hinausgewählt worden war. Der Kanzler wollte Gille zufolge deshalb sogar die Fünfprozent-Klausel absenken. Kather wiederum habe sein Amt im BHE-Bundesvorstand und den Landesvorsitz in NRW deswegen niedergelegt, weil er vergeblich für einen „Alleingang“ im Wahlkampf ohne Absprachen mit anderen Parteien eingetreten sei.²⁸¹ Wie sich zeigen sollte, verpasste die Partei 1961 erneut den Wiedereinzug in den Bundestag und versank bundespolitisch endgültig in Bedeutungslosigkeit.

Die Feindschaft zwischen Kather und dem nordostdeutschen Netzwerk hatte nach Kathers Wechsel zum GB/BHE fortgedauert. Kather blieb ja Vorsitzender des BvD und damit ein wichtiger Akteur in den Verhandlungen zur Gründung eines Einheitsverbandes. Doch das nordostdeutsche Netzwerk kämpfte an mehreren Fronten – nicht nur gegen Kather, sondern auch gegen die schlesischen Netzwerke im VdL. So warnte de Vries 1956 Otto Ulitz, den Sprecher der oberschlesischen Landsmannschaft, die sich von der Landsmannschaft Schlesien abgespalten hatte, vor den angeblich für beide Dachverbände – BvD und VdL – bedrohlichen Ambitionen der Schlesier-Führer.²⁸² Gleichzeitig machte de Vries Kather und den baden-württembergischen Lan-

279 GLAK, N Bartunek/31, GB/BHE-Landesverband NRW, Dr. Kather, Rdschr., 01.10.1960. Anfang 1960 hatten Seiboth und Kather noch kooperiert, vgl. ACDP, 01-377-06/5, GB/BHE-Bundesvorstand, Seiboth, an Dr. Kather, 05.01.1960.

280 GLAK, N Bartunek/31, GB/BHE-Landesverband NRW, Kather, Rdschr., 27.08.1960. Hans-Joachim von Merkatz war ein konservativer Politiker der Deutschen Partei (DP), dann der CDU, und gehörte von 1955 bis 1962 der Bundesregierung an, 1960/61 als Vertriebenenminister. Hans-Christoph Seeböhm war – mit ähnlicher DP/CDU-Parteikarriere – von 1949 bis 1966 Bundesverkehrsminister, 1966 kurz auch Vizekanzler und zugleich führender Repräsentant der Sudetendeutschen Landsmannschaft.

281 BArch, N 1412/17, de Vries an Dr. Baron Manteuffel-Szoegge, 14.09.1960, S. 3.

282 BArch, N 1412/16, de Vries an Ulitz, 14.05.1956; vgl. auch BArch, B 150/2379 Bd. 1, BMG, v. Zahn, an BMVt, Prof. Dr. Lemberg, 22.04.1954, wonach Lukaschek die Gründung der oberschlesischen Landsmannschaft selbst initiiert habe.

deschef Karl Mocker im BvD als wichtigste Gegner einer Verbandsvereinigung zu den Bedingungen der Landsmannschaften aus. Zeitweilige Hoffnungen, Mocker könnte BHE-Minister in Stuttgart und Kather BHE-Fraktionschef im Bundestag werden, wofür beide auf ihre Führungspositionen im BvD verzichten würden, zerschlugen sich. Umso härter kämpften beide laut de Vries um ihre Macht im Vertriebenenverband.²⁸³ Immerhin machte dieser 1956 schon vier Landesverbände im BvD aus, die argumentierten, „dass die Person von Kather ein Hindernis für eine wirkliche Vereinigung“ sei.²⁸⁴

Als es 1957 zur Gründung des BdV kam, wollte nicht nur das nordostdeutsche Netzwerk, sondern offenbar die gesamte VdL-Führung sofortige Wahlen der Verbandsspitze verhindern und stattdessen für eine Übergangszeit eine „dreigliedrige Spitze mit Ulitz als Vorsitzendem“ installieren, um Kather neben Manteuffel auf eine Stellvertreter-Funktion zu beschränken. Die folgenden Auseinandersetzungen befriedete – zur Überraschung Manteuffels – der aus Ostpreußen stammende SPD-Politiker Reinhold Rehs, der ein „Konsularsystem“, also eine Doppelspitze nach altrömischer Art, vorschlug.²⁸⁵ Tatsächlich fungierten bis zur Konstituierung des ersten BdV-Präsidiums im Dezember 1958 die Chefs beider Teilverbände, Kather und Manteuffel, als gleichberechtigte vorläufige BdV-Präsidenten. Dass die verhärteten Fronten dadurch nicht aufgelockert werden konnten, machte ein Stoßseufzer Manteuffels an de Vries vom September 1957 deutlich: „Ich wollte[,] wir wären Kather los als Minister.“²⁸⁶ Der Ausruf signalisierte ein Abrücken von der bisherigen Position des nordostdeutschen Netzwerks, Kather als BMVt unbedingt zu verhindern. Sofern dies ernst gemeint gewesen war, signalisierte die Äußerung auch eine Geringschätzung des Vertriebenenministers.

Durch Netzwerk-Bündnisse zwischen Gegnern und abtrünnigen Gefolgsleuten wurde Kather im Dezember 1958 genötigt, auf das von ihm angestrebte Präsidentenamt des BdV zu verzichten. Er musste sich mit einem einfachen Sitz im ersten Präsidium begnügen. Auf einer Sitzung des BHE-Bundesvorstands, dem Kather angehörte, hatte der niedersächsische BHE-Landeschef und Sprecher der Landsmannschaft Schlesien Schellhaus schon klargestellt, es gebe einen einstimmigen Beschluss aller Landsmannschafts-Führungen, Kather keinesfalls zum BdV-Präsidenten zu wählen.²⁸⁷ Was Kather endgültig zu Fall brachte, war jedoch der Seitenwechsel eines Teils seines eigenen BvD-Netzwerks. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ traf den Kern der Sache, als sie resümierte, Kather sei am Ende von seinen eigenen Leuten zum Verzicht gedrängt worden – ein untrügliches Zeichen, dass sein Stern sinke.²⁸⁸ Schon im August 1958 war in der Springer-Zeitung „Die Welt“ der Vorstoß lanciert worden,

283 BArch, N 1412/16, de Vries an Dr. Turnwald, 15.02.1956 und de Vries an Dr. Turnwald, 14.05.1956.

284 Ebd., de Vries an Dr. Turnwald, 26.04.1956.

285 Ebd., Dr. Baron Manteuffel-Szoegé an de Vries, 30.08.1957.

286 Ebd., Dr. Baron Manteuffel-Szoegé an de Vries, 11.09.1957.

287 ACDP, I-377-06/5, Kather, „Gedächtnisprotokoll“, o. D. [über BHE-Bundesvorstandssitzung am 06.12.1958 in Bad Hersfeld].

288 Landesarchiv Baden-Württemberg, Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HSTAS), EA 1/106 Bü 1319, Eberhard Bitzer: Heimatvertriebene unter einem Dach, in: FAZ Nr. 290 v. 15.12.1958.

beide bisherigen BdV-Vorsitzenden zum Verzicht zu bewegen, was vor allem eine Intrige gegen Kather war. Dieser mutmaßte, dass sein einstiger Gefolgsmann Gossing, der niedersächsische BvD-Landeschef, involviert war. Als am 27. Oktober 1958 die Präsidien von BvD und VdL parallel tagten, gab es zwei Personen – darunter Kathers Gegner Gille –, die an beiden Sitzungen teilnehmen konnten. Kather musste feststellen, dass der Stuttgarter BvD-Landeschef Mocker im BvD-Präsidium ausführlich Presseangriffe auf Kather erörtere und ebenso personelle Alternativvorschläge zur Sprache brachte. Das führte zum Zusammenwirken mit Gille, der die Alternativvorschläge bekräftigte. Kather fand es bemerkenswert, dass Gille als stellvertretender Bundesvorsitzender des GB/BHE nicht ihn als seinen Parteifreund unterstützte, sondern den CDU-Konkurrenten Hans Krüger. Am folgenden Tag signalisierten Vertreter des VdL den BvD-Führern Mocker und Gossing, „daß Dr. Kather keine Stimmen von den Landsmannschaften bekommen würde, daß man ihm aber im Hinblick auf seine Verdienste eine Niederlage ersparen wolle“. Schon zuvor war lanciert worden, der neue BdV-Präsident könnte durchaus aus den Reihen des BvD kommen, nur dürfe es „auf keinen Fall“ Kather sein. Dieser verzichtete, nachdem die BvD-Landesvorsitzenden von Hessen und Niedersachsen, Walter und Gossing, signalisiert hatten, dass sie kein geschlossenes Stimmverhalten ihrer Verbände für Kather garantieren könnten. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Krüger wurde zum ersten regulären BdV-Präsidenten gewählt, die Abtrünnigen aus dem Kather-Netzwerk, Gossing und Mocker, erhielten Vizepräsidenten-Posten – neben Schellhaus und dem sudetendeutschen SPD-Politiker Wenzel Jaksch.²⁸⁹ Damit wurde der CDU-Präsident von drei BHE-Vizepräsidenten eingerahmt, von denen zwei aus Kathers zerfallenem Netzwerk stammten.

Wenig später trat Kather am 29. Januar 1959 auch als Mitglied des BdV-Führungsgremiums unter Protest zurück. Anlass war seine demonstrative Demütigung durch die Mehrheit des Präsidiums. In seinem Rücktrittsschreiben an BdV-Präsident Krüger schrieb der gescheiterte Vertriebenenführer, „seit Jahren“ habe die Führung des VdL ihn unsachlich und unfair bekämpft und seinen Führungsanspruch „systematisch“ als „Hindernis der Einheit“ denunziert. Nachdem diese Propaganda in einigen BdV-Landesverbänden Wirkung gezeitigt habe, habe er auf die Kandidatur als BdV-Präsident verzichtet. Doch die Hetze gegen ihn sei weitergeführt worden. Die VdL-Führung habe die jüngste BvD-Delegiertenversammlung in Berlin sogar aufgefordert, Kather nicht ins BdV-Präsidium zu wählen; man habe ihm daraufhin, obschon er noch amtierender BdV-Kovorsitzender gewesen sei, sogar das Recht der Versammlungseröffnung verweigert. Zuletzt habe man auf der BdV-Präsidiumssitzung vom 16. Januar 1959 dann auch noch jenem Mann, „der seit Jahren systematisch gegen die Einheit der Vertriebenen gearbeitet hat“, nämlich Axel de Vries, die Teilnahme an der Sitzung und fortwährendes Diskussionsrecht zugestanden, ohne dass dieser eine Legitimation dazu gehabt hätte. Hingegen sei Kather Genugtuung für die Demütigung in Berlin verweigert worden. Statt sich auf Interessenpolitik für die Vertriebenen zu konzentrieren, lasse man im BdV „persönlichen Ressentiments freien Lauf“. Unter

289 ACDP, I-377-12/4, Kather, Erinnerungsbericht o. D. [Ende 1958], S. 2–8.

diesen Umständen sehe er „keine Möglichkeit einer sinnvollen und erfolgversprechenden Mitarbeit im Präsidium“ mehr.²⁹⁰

Während Kather seinen Einfluss im BdV 1959 einbüßte, blieb Axel de Vries bis zu seinem Tode 1963 ein machtvoller Netzwerker. Dessen langlebiger Verbündeter Friedrich von Wilpert erhielt 1969 erneut Gelegenheit, sich mit dem Intimfeind Kather zu befassen, als dieser erfolglos ein politisches Comeback als parteiloser Bundestagskandidat der rechtsradikalen NPD versuchte.²⁹¹ Im Juli 1969 warnte Wilpert den Willy-Brandt-Gefolgsmann im Bundespresseamt Hans-Georg Steltzer „vertraulich“, es stelle sich „für den BdV auch das Problem der NPD“, für die auf einem Spitzenplatz Kather kandidiere, ein „ehemals gefeierter Streiter der Vertriebenen im Bundestag“. Man halte es im BdV „für ziemlich sicher, dass sein Name genug Zugkraft haben wird, um eine ganze Anzahl Vertriebener zur Stimmabgabe für die [...] NPD zu veranlassen“. Sollte die NPD in den Bundestag einziehen, bestehe die Gefahr, dass „Kather als Alterspräsident die erste Sitzung des Bundestages eröffnet und leitet“. Wilpert kommentierte bissig: „Das wäre wirklich grotesk, zumal Kather es sich sicher nicht nehmen lassen wird, ‚ordentlich vom Leder zu ziehen‘. [...] Der Eindruck auf das Ausland dürfte leicht vorauszusehen sein.“²⁹² Allerdings erreichte die rechtsradikale Partei bei den Bundestagswahlen nur 4,3 Prozent der Stimmen und verfehlte den Einzug in den Bundestag.²⁹³

Zu Adenauer, den er im Februar 1956 im Bundestag öffentlich dafür verantwortlich machte, das BMVt stets nur „mit ungeeigneten Männern“ zu besetzen,²⁹⁴ hatte Kather nach dem Bruch von 1954 keinen Zugang mehr gefunden. Der Bundeskanzler lehnte in einem persönlichen Schreiben vom November 1958 einen Gesprächswunsch Kathers – damals Ko-Präsident des BdV – unter Berufung auf seinen „für längere Zeit“ besetzten Terminkalender sogar rundheraus ab. Zugleich missbilligte Adenauer, wohl wissend, wie der reizbare Kather auf dergleichen zu reagieren pflegte, einen populistischen Auftritt des BvD-Chefs auf einer Bauernkundgebung, der „einen Mißton in die Versammlung gebracht“ habe.²⁹⁵ Dabei dürfte es um das heikle Problem der nach 1945 – anders als in der SBZ/DDR – so gut wie gar nicht erfolgten Re-Integration vertriebener Landwirte als Neu-Eigentümer in die westdeutsche Agrarwirtschaft gegangen sein,²⁹⁶ war doch „die berufliche Integration [...] der 250.000 bis 300.000 vertriebenen selbständigen Landwirte (anfänglich) ein zentrales Problem der Bundesrepublik“.²⁹⁷ Dass Kather hier eine deutlich andere Position vertrat als Adenauer oder das BMVt, das darüber Erfolgsgeschichten zu verbreiten suchte, wird nicht verwun-

290 ACDP, 01-377-11/3, BdV NRW, Kather, an BdV, Krüger, 29.01.1959.

291 Vgl. Schwartz, Funktionäre, S. 33–38.

292 BArch, B 145/9873, von Wilpert an BPA, Steltzer, 10.07.1969.

293 Vgl. Connor, Refugees, S. 158.

294 Kather, Entmachtung, Bd. 2, S. 243.

295 BArch, B 136/2714, Bl. 282, BK Dr. Adenauer an BvD, Dr. Kather, 11.11.1958.

296 Vgl. Schwartz, Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“, S. 646–654.

297 Vgl. Hansjörg Gutberger: Raumentwicklung, Bevölkerung und soziale Integration. Forschung für Raumplanung und Raumordnungspolitik 1930–1960. Wiesbaden 2017, S. 233; ferner Kittel, Stiefkinder, S. 131–135.

dern. Kather reagierte auf Adenauers Rüge mit einer Antwort, die in der Anrede nicht nur den „Dr. h.c.“ des Kanzlers von seinem eigenen regulären juristischen Dokortitel feinsinnig unterschied, sondern in der Sachfrage auch auf die Solidarisierung sämtlicher Landesvorsitzenden des BvD verwies. Kather drohte Adenauer unverhohlen mit einer Einheitsfront aller Vertriebenenorganisationen; tatsächlich hatten die BvD-Funktionäre erklärt, Kather habe auf besagter Bauernversammlung im Auftrage des *gesamten* BdV gesprochen – also auch namens der Landsmannschaften.²⁹⁸ Diese Solidaritätsadresse hielt Kathers Sturz bekanntlich nicht auf, doch offenbarte sie zugleich eine tiefe Distanz der führenden BdV-Netzwerke zum christdemokratischen Regierungschef, der damals mit absoluter Unions-Mehrheit regierte und auf dem Zenit seiner Macht stand.

Kather war nach seinem CDU-Austritt nicht nur für Adenauer erledigt, sondern lange auch für seine einstige Partei. Erst Jahrzehnte später suchte der damalige CDU-Bundesvorsitzende und spätere Bundeskanzler Helmut Kohl, diesen Bruch zu heilen, indem er dem greisen, inzwischen in Richtung NPD abgedrifteten Linus Kather zum 85. Geburtstag freundlich gratulierte:

„Unsere Wege in der Parteiarbeit haben sich zeitweise getrennt. Es ist mir aber ein ernstes Anliegen, Ihnen nicht nur die herzlichsten Geburtstagsglückwünsche zu übermitteln, sondern auch meine besondere Anerkennung für Ihr hartes und unerbittliches Ringen um die Rechte der deutschen Vertriebenen in einer der schwierigsten Epochen der deutschen Geschichte im Parlament, in der Partei und im gesamten politischen Leben zum Ausdruck zu bringen.“²⁹⁹

Wie BdV-Präsident Czaja dem Jubilar persönlich mitgeteilt haben soll, war „dieser Brief von ihm nicht nur angeregt[,] sondern auch diktiert worden“. Dennoch wurde das offenkundige Ziel einer späten Versöhnung nicht erreicht. Kather bemerkte gegenüber einem Vertrauten spitz, bezeichnenderweise sei der Kohl-Brief weder in der CDU- noch in der BdV-Presse überhaupt erwähnt worden – „man wollte also sehr billig einkaufen“.³⁰⁰ Kather konnte weder Adenauer noch jenen Vertriebenenpolitikern, die in seinen Augen die Interessen der Vertriebenen verraten hatten, jemals verzeihen. 1981 erklärte er gegenüber Czaja unverblümt:

„Wenn ich gefragt würde, welcher Politiker der Sache der Vertriebenen am meisten geschadet hat[,] dann würde ich diesen Preis ohne Zögern an Konrad Adenauer geben. Wenn diese Frage auf die Vertriebenen beschränkt würde, wäre die Antwort nicht so einfach. Der Kreis der Anwärter ist groß, auch Sie gehören dazu.“

Die „tiefere Ursache“ seines Übergangs zum BHE seien „die Unzuverlässigkeiten meiner Mitarbeiter“ gewesen, „zu denen Sie auch zählten“. Kather beharrte auf seinem längst gescheiterten Führungsanspruch: Wäre mehr Loyalität vorhanden gewesen,

298 BArch, B 136/2714, Bl. 283, BvD, Dr. Kather, an BK Dr. h.c. Adenauer, 22.11.1958 und Bl. 284, BvD-Erklärung, 19.11.1958.

299 ACDP, 01-377-09/7, CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Kohl, an Dr. Kather, 21.09.1978.

300 Ebd., Dr. Kather an Dr. Willimsky, 31.07.1980.

„hätte es nie einen Vertriebenenminister Oberländer gegeben“.³⁰¹ Er vermochte keine Rechenschaft darüber abzulegen, dass er auch durch eigenes Verschulden aus einer bestens vernetzten Machtposition in die Isolation geraten war.

Clemens J. Neumann, Pressereferent der BdV-Geschäftsstelle, blieb seinem gescheiterten einstigen Verbandschef auch nach dessen Absturz freundschaftlich verbunden. Damit war Neumann einer der wenigen Treuen aus Kathers zerfallenem Netzwerk. Er beschrieb 1966 anschaulich dessen isolierte Lage, als Kather anregte, eine der Führungsfiguren des BdV für eine Presse-Besprechung des im Vorjahr veröffentlichten zweiten Bandes der streitbaren Kather-Memoiren „Die Entmachtung der Vertriebenen“ zu gewinnen. Neumann antwortete offenerherzig: „Für Deinen zweiten Band hat sich immer noch kein Rezensent aus BdV-Führungskreisen gefunden, obwohl ich schon verschiedene Deiner Freunde und ‚Freunde‘ darum angegangen bin.“³⁰²

3.3. Netzwerk-Konflikte um Subventionen: Mehrebenen-Zugänge konkurrierender Verbandsvertreter ins BMVt

Im Blick zurück im Zorn stellte Linus Kather 1965 die Haltung der Bundesregierung zum von ihm geführten BvD nach seinem Übertritt zum BHE allzu negativ dar:

„Selbstverständlich war der oppositionelle BvD unter meiner Führung Herrn Adenauer, der Bundesregierung und der CDU ein Dorn im Auge. Alle Bestrebungen zum Einheitsverband, die von dort ausgingen oder unterstützt wurden, hatten die Beseitigung dieses Hindernisses zum Ziel [...]“³⁰³

So eindeutig feindselig aber war die Haltung der Bundesregierung zum Kather-Verband keineswegs. Auch der konkurrierende VdL wurde weder in diversen Bundesresorts noch im BMVt stets positiv bewertet. Ende 1956 bemerkte selbst die BvD-Spitze, wie sehr „leitende Beamte des AA“ – also des CDU-geführten Auswärtigen Amts – fürchteten, dass sich Kather, obschon mittlerweile beim BHE, bei den BdV-Einigungsverhandlungen „überfahren“ lasse und der VdL „personell und politisch die Vormacht“ gewönne. Es gebe einen „immer schärfer werdenden Gegensatz“ zwischen der Ostabteilung des Außenministeriums und dem VdL-Verbindungsmann zum AA, Axel de Vries. Das Auswärtige Amt beobachte mit Sorge Kontakte zwischen VdL-Funktionären und osteuropäischen Exilpolitikern, die der Ostpolitik der Regierung nicht entsprächen. Vor diesem Hintergrund sei die „jüngste Erklärung des Staatssekretärs a. D. Lenz“, des ehemaligen Kanzleramtschefs und nunmehrigen CDU-Bundestagsabgeordneten, der die Vertriebenenverbände aufgefordert habe, „weniger Ressentiment zu zeigen“, wohl „mehr als Spitze gegen die Landsmannschaften auf-

301 Ebd., Dr. Kather an Dr. Czaja MdB, 17.01.1981, S. 4f.

302 BArch, B234/704, Neumann an Dr. Kather, 13.01.1966.

303 Kather, Entmachtung, Bd. 2, S. 214.

zufassen“. Diesen werde neuerdings auch „in politisch-katholischen Kreisen eine Tendenz zum extremen Nationalismus vorgeworfen“.³⁰⁴

Kathers Bruch mit Adenauer und seine unterschwellige Fehde mit Oberländer bedeuteten keineswegs, dass Kathers Verband von Regierung oder BMVt eindeutig diskriminiert worden wäre. Kather war zwar schlechter, aber nach wie vor vernetzt. Während Adenauer ihn ausgrenzte, hatte er weiterhin Unterredungen mit Kanzleramtschef Globke, der ihm im Herbst 1955 mitteilte, dass sich Kathers Konkurrent, VdL-Chef Baron Manteuffel, ständig darüber beklage, dass Kathers Verband „zu viel Geld bekomme“. Globke hatte laut Kather sogar seinen Eindruck geäußert, dass der baltische Baron „seine Hauptaufgabe“ offenbar darin erblicke, „den BVD zu zerschlagen“. Diese Mitteilungen Globkes gab Kather an Schlesier-Sprecher Erich Schellhaus weiter, der wie Kather ein Spitzenpolitiker im GB/BHE und ein Gegner des nordostdeutschen Netzwerks war. Vertraulich teilte Kather Schellhaus mit, dass Manteuffel den BMG-Minister Kaiser (CDU) ausdrücklich gelobt und Vertriebenenminister Oberländer gleichzeitig schwer getadelt habe, weil dessen Haus angeblich „eine Schaukelpolitik zwischen BVD und VdL“ betreibe. Demnach warf der VdL-Chef dem Vertriebenenminister vor, „sich immer noch nicht eindeutig für den VDL entschieden“ zu haben. Kather fügte einschränkend hinzu, dass Oberländer dem BvD jedoch „durchaus feindselig“ begegne und einseitig Subventionen gekürzt habe.³⁰⁵

Alles andere als feindselig blieb offenbar auch in den Folgejahren Kathers Verhältnis zu Schellhaus, ungeachtet dessen von katholischen Schlesiern deutlich kritisierte NS-Vergangenheit³⁰⁶ – und selbst, nachdem der Hannoveraner Minister 1959 ausgerechnet Kathers Ex-Protegé und nunmehrigen Intimfeind Hellmut Gossing zum Staatssekretär berufen hatte. Noch im Februar 1960 informierte Kather Schellhaus vertrauensvoll über den Machtkampf im Vertriebenenspektrum Nordrhein-Westfalens, der letzten Machtbasis des unbeugsamen Ermländers. Offenbar war in diesem Fall die gemeinsame BHE-Vernetzung tragfähig, denn Kather teilte dem Schlesierführer mit, der christdemokratische BdV-Präsident „Krüger und Genossen“ hätten die Gründung des neuen BdV-Landesverbandes zwischen Rhein und Ruhr in „unvorstellbarer Weise [...] manipuliert“. Indem man ihn, Kather, ausgeschaltet habe, sei nun überhaupt kein führendes Mitglied des BHE im BdV-Landesvorstand vertreten.³⁰⁷

Freilich waren die BHE-Credentials von Kather und Schellhaus kaum zu vergleichen, denn anders als Kather war dieser ein BHE-Parteimann der ersten Stunde. Schellhaus hatte daher auch beim neuen Vertriebenenminister Theodor Oberländer zweifellos bessere Karten als der einst profilierte BHE-Gegner Kather. So wurde

304 BArch, B 234/1463, [BvD], Breyer, Vermerk, 12.12.1956.

305 ACDP, 01-377-11/1, BvD, Dr. Kather, an Minister für Vertriebene Niedersachsen, Schellhaus, 26.10.1955.

306 Voßkamp, *Katholische Kirche und Vertriebene*, S. 191, Anm. 1080; Schellhaus war während der NS-Herrschaft Bürgermeister in Pommern bzw. Schlesien und zugleich Mitglied der NSDAP und SA gewesen; seine weit schwerer wiegende höchstwahrscheinliche Beteiligung an NS-Kriegsverbrechen als Wehrmachtsoffizier im besetzten Osteuropa war damals öffentlich nicht bekannt; vgl. Schwartz, *Funktionäre mit Vergangenheit*, S. 292–295 und S. 415–420.

307 ACDP, I-377-06/5, Dr. Kather an Minister Schellhaus, 08.02.1960.

Schellhaus seitens der BHE-Bundesgeschäftsführung im Juni 1954 dem neuen BMVt als einer jener Vertriebenenpolitiker genannt, welche die enge Vernetzung zwischen BHE und Landsmannschaften sicherstellten.³⁰⁸ Die Mitteilung wäre gar nicht nötig gewesen, war Schellhaus doch Oberländer als dessen „lieber Kamerad“ schon vor Ernennung zum Vertriebenenminister in persönlicher Korrespondenz nahe gekommen.³⁰⁹ Durch seine eigenständige Machtposition als langjähriger niedersächsischer Vertriebenenminister und Landtagsabgeordneter (1951–1957 und 1959–1963 Minister, 1952–1963 MdL) sowie als ebenso kontinuierlicher Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien (1955–1968) hatte Schellhaus sowohl persönlichen Zugang zu Oberländer als auch eine gewichtige Akteursposition in den Präsidien des VdL und dann des BdV, wo er ab 1958 für ein volles Jahrzehnt als Vizepräsident agierte.³¹⁰

Der Schlesierführer mit Ministeramt war ein ernstzunehmender Konkurrent des nordostdeutschen Netzwerks im VdL und BdV, was Schellhaus für Kather so wertvoll machte. Eben erst anstelle seines CDU-Vorgängers Walter Rinke zum Chef der schlesischen Landsmannschaft gewählt, strebte der BHE-Mann 1955 auch nach dem VdL-Vorsitz. Dieser war ein knappes Jahr zuvor vom parteilosen Rudolf Lodgman von Auen, dem Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, auf den deutsch-baltischen CSU-Politiker Baron Manteuffel-Szoege übergegangen. Diesen Exponenten des nordostdeutschen Netzwerks, der sich anders als Lodgman aktiv im Bonner Parlamentarismus engagierte, wollten seine Gegner Mitte der 1950er Jahre „unter Ausnutzung der BHE-Krise in der Bundesregierung und in der Erwartung der baldigen Entlassung Oberländers in das Amt des Bundesvertriebenenministers wegloben“.³¹¹ Manteuffel scheint aber „insofern klüger als in den Jahren zuvor Kather“ gewesen zu sein, als „er nicht durch Ministerambitionen eine zweite Front aufmachte“, obgleich er „von führenden landsmannschaftlichen Politikern, wie z.B. de Vries und Doetinchem“ – also Exponenten des eigenen Netzwerks – ebenfalls „dazu gedrängt wurde, Oberländer zu beerben“. Sofern ihn ein Ministeramt lockte, wäre Manteuffel 1957 wohl eher an der Kaiser-Nachfolge im BMG interessiert gewesen.³¹²

Im Endeffekt hat Schellhaus Manteuffel 1955 nicht aus dem VdL-Vorsitz zu verdrängen vermocht. Doch das nordostdeutsche Netzwerk war alarmiert. Im Mai 1956 warnte Manteuffels Verbündeter de Vries den Oberschlesier-Führer Otto Ulitz, dessen dissidente Landsmannschaft ein gespanntes Verhältnis zu den Schlesiern und deren Sprecher Schellhaus hatte, dass das schlesische Netzwerk offenbar vorhabe, gleich beide aktuellen Verbände-Vorsitzenden (Manteuffel und Kather) zu verdrängen und

308 BAArch, B 234/1306, BHE. Bundesgeschäftsführung, an BHE-Vors. Bundesminister Dr. Oberländer, 26.06.1954. Genannt wurden Kraft, Gille, Eggert, Seiboth, ferner von Kessel, Asbach und Schellhaus.

309 ACDP, 01-378-008/2, Staatssekretär für die Angelegenheiten der Heimatvertriebenen in Bayern, Dr. Oberländer, an Minister für Vertriebene Niedersachsen, Schellhaus, 24.07.1953.

310 BAArch, B 234/1364, VdL, Protokoll Sprecherversammlung am 09./10.06.1956; sowie Schwartz, Funktionäre, S. 577f.

311 Stickler, Ostdeutsch, S. 84f.

312 Ebd., S. 92; Dietrich von Doetinchem war nacheinander Geschäftsführer der Pommerschen Landsmannschaft, des VdL und des BdV.

durch die Schlesier Schellhaus und Anton Belda zu ersetzen: „Ergebnis: Führung der Vertriebenen durch die Schlesier. Armes Vaterland!“³¹³ Umso heftiger setzten die Akteure des nordostdeutschen Netzwerks in ihrer Binnenkommunikation ihre Gegner herab – so im März 1957 durch Manteuffels abfällige Bemerkung über Schellhaus, dieser lasse sich von anderen instrumentalisieren.³¹⁴

Schellhaus war jedoch keineswegs eine Marionette Dritter. Was hätte Manteuffel gesagt, wenn er die Hintergründe einer Subventions-Umleitung zu Lasten des von ihm geführten VdL und zugunsten der Schlesischen Landsmannschaft gekannt hätte? Im März 1958 wandte sich Schellhaus an BMVt-Staatssekretär Nahn unter Bezugnahme auf ein Gespräch, das man im Vormonat geführt habe. Dabei sei Nahn „so freundlich“ gewesen, Schellhaus „eine finanzielle Unterstützung“ des BMVt „für die Kulturarbeit der Landsmannschaft Schlesien noch in diesem Rechnungsjahr zuzusagen“ – also binnen kürzester Frist, da ein Rechnungsjahr im Frühjahr auslief. Der Schlesier-Führer überreichte Nahn einen Kostenvoranschlag und wünschte weitere Gelder.³¹⁵ Daraufhin erteilte der Staatssekretär am selben Tag die „Weisung, dass die für den VdL in Aussicht genommenen 5.000 DM an diesen nicht zur Ausschüttung kommen sollen“, sondern stattdessen zu verwenden seien „für die Bewilligung eines Antrages (Antragsteller Minister a. D. Schellhaus, Landsmannschaft Schlesien), der in den nächsten Tagen eingeht“.³¹⁶ Eine Woche später hatte auch Oberländer dieser Umleitung von VdL-Subventionen an Schellhaus' Verband „grundsätzlich zugestimmt“.³¹⁷

Solche Vorzugsbehandlung der Schlesier war nicht neu. So wie sich 1958 die persönliche Vernetzung von Schellhaus mit Oberländer sowie mit Nahn positiv auswirkte, hatte die Landsmannschaft 1953 bereits von den schlesisch-christdemokratischen Netzwerken im BMVt der Ära Lukaschek zu profitieren vermocht. Damals hatte dieser Vertriebenenverband durch ein Bundestreffen ein erhebliches Defizit angehäuft, zu dessen Höhe schwankende Angaben gemacht wurden. Dem zuerst um Hilfe angegangenen BMG-Staatssekretär Thedieck erschien die Bitte des CDU-geführten Verbandes, das „Defizit durch eine weitere Bundeshilfe abzudecken“, grundsätzlich „bedenklich“, da das BMG bereits erhebliche Summen zur Verfügung gestellt habe. Thedieck wollte keinen Präzedenzfall schaffen: „Denn wenn alle Landsmannschaften, von denen ich insgesamt 21 zu betreuen habe, bei ihren Bundestreffen ähnlich hohe Fehlbeträge aufzuweisen hätten, so wäre nicht abzusehen, wie die finanziellen Verpflichtungen der Landsmannschaften gedeckt werden könnten.“ Die Schlesier sollten zunächst mit ihren Gläubigern verhandeln, wie Thedieck auch dem BMVt mitteilte.³¹⁸

Daraufhin machte der Vorsitzende der schlesischen Landsmannschaft, Ministerialrat Dr. Walter Rinke, einen „Besuch beim Bundesministerium für Vertriebene“,

313 BArch, N 1412/16, de Vries an Ulitz, 14.05.1956.

314 Ebd., 1. Vors. der Deutsch-Baltischen Landsmannschaft, Dr. Baron Manteuffel-Szoegel, an de Vries, 20.03.1957.

315 BArch, B 150/2381 Bd. 1, Landsmannschaft Schlesien, Schellhaus, an BMVt, Dr. Nahn, 12.03.1958.

316 Ebd., BMVt, Dr. Wieland, Vermerk, 12.03.1958.

317 Ebd., BMVt, Dr. Wieland, Vermerk, 19.03.1958.

318 Ebd., BMG, Thedieck, an Landsmannschaft Schlesien, 29.08.1953.

das vom Landsmann und CDU-Parteifreund Lukaschek geführt wurde. Wenig später sagte das BMVt einen höheren Zuschuss zu, der möglichst rasch überwiesen werden sollte.³¹⁹ Im September 1953, kurz nach der zweiten Bundestagswahl, bat allerdings in einer Kommunikation auf Referentenebene das BMG das BMVt, mit der Überweisung zu warten, bis die tatsächliche Höhe des Defizits geklärt sei.³²⁰ Auf die Bitte der Landsmannschaft um Überweisung der zugesagten Hilfe antwortete BMVt-Referent Franz Hamm daraufhin inhaltend.³²¹ Während Schlesier-Chef Rinke – nunmehr neu gewähltes Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion – seine Bitte um die zugesagte Subvention Mitte Oktober 1953 wiederholte, versuchten die Fachbeamten zu bremsen und „feste[n] Zusagen“ auszuweichen. Denn

„bei der [...] genannten Summe von 15.000 DM handele es sich um einen Betrag, der von Herrn Min.Dir. Dr. Nahm unverbindlich und ohne Prüfung der haushaltsrechtlichen Durchführbarkeit innerhalb unseres Hauses genannt worden sei. Eine nach außen hin wirksame Bewilligung sei darin nicht zu sehen.“³²²

Diese abweisende Haltung kehrte sich binnen 48 Stunden vollständig um. Ministerialdirektor Nahm, der designierte neue Staatssekretär, ließ den zuständigen Beamten zu sich rufen und „ordnete an, daß für die kulturellen Veranstaltungen während des Schlesiertreffens in Köln eine Beihilfe von 15.000 DM gezahlt werden solle“. Nahm fügte freilich hinzu, „mit dieser Zahlung habe das Bundesministerium für Vertriebene das Seinige getan“; falls weitere Mittel benötigt werden sollten, müsse die Landsmannschaft das BMG oder das Kanzleramt um Hilfe angehen.³²³ Die Durchführung von Nahms autoritativer Weisung empfanden die nachgeordneten Beamten als haushaltsrechtlich schwierig, was zu Verzögerungen führte.³²⁴ Am 19. Oktober 1953 – einen Tag vor dem Amtsantritt des neuen Ministers Oberländer – forderte Rinke nochmals dringend die 15.000 DM, die er nun als Kulturförderung für das nächste Bundestreffen deklarierte.³²⁵ Daraufhin zahlte das BMVt.

Die Vorgänge demonstrieren die entscheidende Bedeutung gemeinsamer CDU-Netzwerke zwischen Ministerium und Landsmannschaft. Daraus folgte die ältere soziologische Forschung im Umkehrschluss, dass sich die Einflussmöglichkeiten des ZvD/BvD „ganz erheblich“ verringert hätten, nachdem dessen Vorsitzender Kather von der CDU zum GB/BHE übergetreten sei.³²⁶ Das ist nicht ganz falsch, jedoch zu relativieren, denn empirisch zeigt sich, dass weder die 1954/55 gegebene BHE-Vernetzung zwischen Oberländer und Kather reibungslos funktionierte noch die ab 1955 gegebene CDU/CSU-Vernetzung zwischen Oberländer, Nahm und Manteuffel.

319 Ebd., Landsmannschaft Schlesien, Wittor, an BMVt, 04.09.1953.

320 Ebd., BMVt, Hamm, Vermerk, 18.09.1953 über Mitteilung BMG, Dr. Chylla.

321 Ebd., BMVt, Hamm, Vermerk, 30.09.1953.

322 Ebd., Landsmannschaft Schlesien, Dr. Rinke MdB, an BMVt, 15.10.1953 und BMVt, Dr. Abicht, Vermerk, 14.10.1953.

323 Ebd., BMVt, Dr. Ab.[icht], Vermerk, 16.10.1953.

324 Ebd., BMVt, Dr. Schodrock, Vermerk, 16.10.1953.

325 Ebd., Landsmannschaft Schlesien, Dr. Rinke MdB, an BMVt, 19.10.1953.

326 Wambach, Verbändestaat, S. 117.

Stattdessen lässt sich beobachten, dass trotz der persönlichen Feindseligkeit Kathers gegen Adenauer und Oberländer gegen Ende der 1950er Jahre eine kulturpolitische Förderung des Kather-Verbandes vom BMVt verstärkt wurde, während der VdL zurückgesetzt wurde.

Dabei schien der Ministerwechsel von 1953 für den VdL und das dort ab 1954 führende nordostdeutsche Netzwerk zunächst vielversprechend zu sein. Im November 1953 urteilte Axel de Vries, im BMG habe sich nichts verändert, erfreulicherweise seien Staatssekretär Thedieck und Ministerialrat von Zahn weiter im Amt. Auch im BMVt sei die neue Spitze Oberländer/Nahm „bestimmt kein Feind der Landsmannschaften“.³²⁷ Diese Diagnose schien sich zunächst zu bestätigen. Im Januar 1954 meldete de Vries seinem Freund Westermann, namens des BMVt habe Dr. Wolfrum, der persönliche Referent Oberländers, signalisiert, „dass man sich zu den Landsmannschaften grundsätzlich wohlwollend verhält“. Kritisch sehe das Ministerium jedoch, dass einige Landsmannschaften einen viel zu geringen Prozentsatz ihrer Volksgruppe repräsentierten. Das Ministerium fordere einen Organisationsgrad von mindestens 30 Prozent.³²⁸ Offensichtlich hatte Kathers Insistieren, dass nur sein BvD über Massenebene verfüge, einige Landsmannschaften ins Zwielicht gerückt.

Bereits am 26. April 1954 verlief eine Besprechung zwischen BMVt und den konkurrierenden Verbänden VdL und BvD nicht zufriedenstellend für die landsmannschaftlichen Akteure. Der VdL hielt im Oktober 1954 ernüchtert fest: „Alle Versuche des VdL-Präsidiums, im Laufe des Sommers zu einer erneuten Besprechung mit Bundesmin. Oberländer zu kommen [...], sind gescheitert.“ Zwar solle diese nachgeholt werden, doch „dem Vernehmen nach“ seien die „Kulturmittel in Höhe von DM 750.000 bereits verplant worden“. Erregt wurde notiert: „Entspricht dies den Tatsachen? An welche Stellen und in welchen Beträgen sind diese Mittel verteilt worden?“ Den VdL interessierte „insbesondere“, ob das vom BvD „neugegründete [...] ‚Kulturwerk der vertriebenen Deutschen‘ eine Subvention erhalten“ habe. Falls die Fördergelder inzwischen aufgeteilt worden sein sollten, müsse „festgestellt werden, daß diese Aufteilung erfolgt ist, ohne daß Bundesmin. Oberländer dem VdL-Präsidium Gelegenheit gegeben hat, sich vorher hierzu zu äußern – wie es nach der Besprechung vom 26. April zu erwarten gewesen wäre“. Außerdem würden in diesem Falle „die *Landsmannschaften* aus diesen Mitteln *nichts* erhalten haben“. Der Subventionsbedarf des VdL liege bei 150.000 DM.³²⁹

Am 4. Oktober 1954 wurde das Präsidium des VdL von Oberländer dann doch empfangen, und der Minister wurde sogleich gefragt, auf welche Weise das BMVt Mittel für kulturelle Breitenarbeit zur Verfügung stellen könnte. Oberländer verwies auf die bereits verteilten Gelder und die diesbezügliche Beteiligung der dem VdL zugeordneten Kulturwerke und des Ostdeutschen Kulturrates. Daraufhin reklamierte VdL-Kulturreferent Dr. Roland Adolphi für die Breitenarbeit öffentliche Mittel in

327 BArch, N 1412/15, de Vries an Dr. Westermann, 02.11.1953.

328 Ebd., de Vries an Dr. Westermann, 28.01.1954.

329 BArch, B 234/767, VdL, Notizen zur Vorsprache des VdL-Präsidiums bei Bundesminister Prof. Dr. Oberländer betr. die Kulturmittel, 04.10.1954.

Höhe von 200.000 DM. Oberländer anerkannte die „Wichtigkeit der kulturellen Breitenarbeit“, weshalb er für das kommende Jahr 1955 eine Erhöhung des Haushaltstitels um diese Summe beantragt habe. Er sagte eine Förderung des VdL zu, sofern der Bundestag diese Mittel bewilligen würde. Zugleich aber forderte er mehr Kooperation zwischen VdL und BvD:

„Der Herr Minister führte [...] aus, daß [...] auf dem Kultursektor seiner Meinung nach seit Jahren hätte mehr erreicht werden können, wenn eine Einigkeit unter den Vertriebenenverbänden bestanden hätte. Er sehe dies heute mehr denn je als notwendig an und würde jede Möglichkeit, zu einer Einigung zu kommen, fördern.“

Als Manteuffel es wagte, gegen diesen Wunsch die Rückkehr zu den Göttinger Beschlüssen von 1949 zu fordern, denen zufolge Kulturarbeit exklusive Domäne der Landsmannschaften war, weshalb das BvD-„Kulturwerk der vertriebenen Deutschen“ verschwinden müsse, widersprach Oberländer deutlich. Das wäre ein „Schritt zurück“, er aber wolle eine „Gesamtvertretung aller Vertriebenenverbände erreichen“.³³⁰

Während die VdL-Führer sich vom Minister hatten trösten lassen müssen, versuchten einzelne Landsmannschafts-Funktionäre, ihre persönliche Vernetzung mit Oberländer zu nutzen. So wandte sich im November 1954 der Bundessprecher des kleinen Verbandes der sächsisch-thüringischen Landsmannschaften, Hartmut Gerstenhauer, an seinen Duzfreund („Lieber Theo Oberländer“), den er „mit herzlichen Grüßen“ um Hilfe bat.³³¹ Gerstenhauer, ein früherer Kreishauptmann (Landrat) von Krasnystaw in der NS-Besatzungsverwaltung im polnischen „Generalgouvernement“³³², der es in seiner Nachkriegskarriere 1954 zum Richter und später zum Senatspräsidenten am Landessozialgericht in Schleswig bringen sollte, dürfte Oberländer vermutlich schon aus gemeinsamer Jugendzeit im thüringischen Meiningen gekannt haben. Der zum Minister aufgestiegene Duzfreund signalisierte „vollstes Verständnis“, verwies auf begrenzte Möglichkeiten, zugleich aber auch auf seine Bereitschaft, einen „Aktionsplan“ für „das Gebiet der SBZ“ in Angriff zu nehmen³³³ – obschon dies eher in den Amtsbereich des BMG gehörte. Angesichts dieser Reaktion ließ sich Gerstenhauer nicht lange bitten und lud den „lieben Theo“ im Sommer 1955 herzlich zu einer Tagung ein, wie man dies beim Empfang im Dienstzimmer des Ministeriums mündlich besprochen habe. Die Tagung würde vom BMG viel zu geringfügig bezuschusst, deshalb bat Gerstenhauer um einen Zuschuss auch durch das BMVt.³³⁴ Der zuständige Beamte stellte zwar fest, dass eine Förderung „durch unser Haus nicht möglich“ sei, da der Förderzweck zur „Breitenarbeit der Landsmannschaften“ gehöre,

330 BArch, B 150/2382 Bd. 2, BMVt, Protokoll über Empfang des Präsidiums des VdL am 04.10.1954, 04.10.1954.

331 Ebd., Verband der sächsisch-thüringischen Landsmannschaften, Gerstenhauer, an BMVt Prof. Dr. Oberländer, 02.11.1954.

332 Vgl. Roth, Herrenmenschen, S. 190; Gerstenhauer hatte dort – anders als benachbarte Kreishauptleute – die örtlichen Juden schon im Sommer 1940 in ein Ghetto gezwungen.

333 BArch, B 150/2382 Bd. 2, BMVt Prof. Dr. Oberländer an Verband der sächsisch-thüringischen Landsmannschaften, Gerstenhauer, Lübeck, 29.11.1954.

334 BArch, B 150/2380, Gerstenhauer, Lübeck, an Bundesminister Prof. Dr. Oberländer, 16.08.1955.

doch fügte er hinzu: „Da jedoch das BMG die Sondertagung nicht fördert u. das Vortragsthema einen rein kulturellen Charakter hat[,] ist Fördg. der Vortragenden [...] vertretbar.“³³⁵ Der Wille des Ministers ließ Wege für gut vernetzte Vertriebenenfunktionäre finden. Hingegen führte niedrigschwelligere Vernetzung auf Beamtenebene nicht zwangsläufig zu ähnlichen Erfolgen.³³⁶

Auch der uns bereits aus dem Kather-Netzwerk bekannte CDU-Politiker Walter von Keudell verfügte nach 1953 über gute Vernetzung mit dem BMVt – nicht nur durch Beamte aus der Ära Lukaschek,³³⁷ sondern auch und vor allem mit dem neuen Minister. Spätestens nach dessen Wechsel zur CDU 1955 benötigte Oberländer dringend Verbündete, denen er entgegenkommen musste. Im Januar 1956 wandte sich Keudell als Vorsitzender der Vereinigten Landsmannschaften der Sowjetzone (VLS) an den Vertriebenenminister:

„Sehr verehrter Herr Oberländer!

Wegen der Zuweisung kultureller Mittel für die Breitenarbeit an die VLS in entsprechender Relation zu den von Ihnen zugesagten Mitteln an VdL habe ich absprachegemäss inzwischen Gelegenheit gehabt, in Gegenwart von Herrn Hamm mit Herrn Ministerialdirigenten Kleberg unseren ihm selbstverständlich wohlbekannten Standpunkt noch einmal mündlich vorzutragen.

Mit dem Ausdruck zuversichtlicher Hoffnung auf eine wohlwollende Entscheidung analog derjenigen des Vorjahres verbleibe ich

in steter Verbundenheit Ihr ergebener [v. Keudell]“³³⁸

Diese selbstbewusst-höfliche Kommunikation von Reichsminister a. D. zu Bundesminister besticht nicht nur durch den Hinweis auf Keudells fortwährende Mehr-Ebenen-Kommunikation mit dem BMVt, sondern auch durch die Forderung nach Subventionen in „Relation“ zu jenen für den VdL. Damit war Keudell erfolgreich: Noch im selben Monat dankte sein Bundesgeschäftsführer dem BMVt für die Bewilligung.³³⁹

Im Konkurrenzkampf um Subventionen von BMG und BMVt war Adenauers Kanzleramts-Staatssekretär Globke ein gesuchter Ansprechpartner. Globke hatte das Bundeskanzleramt „zu einer leistungsfähigen Stabs-, Koordinierungs- und Überwachungszentrale“ auszubauen gewusst. Diese Effizienz unter Globke wurde in wissenschaftlicher Einschätzung des Jahres 1973 „von keinem seiner Nachfolger jemals wieder erreicht“. Wichtig ist, dass dieser Erfolg weniger „einer formalen Informations- und Kommunikationsbeziehung zwischen Kanzleramt und einzelnen Ressorts“

335 Ebd., BMVt, Dr. Schodrock, hdschr. Vermerk, 09.09.1955.

336 BArch, B 150/2379 Bd. 1, Privatbrief A. Meyr an „Sehr geehrtes und liebes FrL. Dr. Annelies!“ [Schodrock], o. D., sowie Landsmannschaft der Oberschlesier, [Unterschriften mutmaßlich Gräfin Praschma und Meyr], an BMVt, 22.03.1952 und BMVt, Dr. Schodrock, an Landsmannschaft der Oberschlesier, 21.06.1952.

337 Vgl. BArch, B 150/2381 Bd. 1, BMVt, Dr. Schodrock, Vermerk, 11.9.1954.betr. „Kulturarbeit der Pommerschen Landsmannschaft“ über eine Unterredung mit v. Keudell und Boehm.

338 BArch, B 150/2380, Vereinigte Landsmannschaften der Sowjetzone, von Keudell, an Bundesminister Prof. Dr. Oberländer, 20.01.1956.

339 Ebd., Vereinigte Landsmannschaften der Sowjetzone, Dr. Sachse, an BMVt, 30.01.1956.

zu verdanken war, „sondern vielmehr das Ergebnis einer Reihe von informalen und persönlichen Kontakten zwischen Staatssekretär Globke und seinen Kollegen in den Bundesministerien“ gewesen ist – also reinste Netzwerk-Kooperation. Hinzu trat mit der Zeit eine gezielte Personal-Distribution, indem Globke zuverlässige Mitarbeiter des Kanzleramts als Staatssekretäre oder Ministerialdirektoren in andere Ressorts transferierte: „Er schuf sich [damit] einen ‚zweiten Draht‘, mit dem er notfalls auch die Minister überspielen konnte.“³⁴⁰

Nicht nur für den 1954 von der CDU in den GB/BHE übergewechselten BvD-Chef Kather blieb Globke ein unverzichtbarer Ansprechpartner, wie wir aus Kathers oben zitierter Korrespondenz mit dem schlesischen Landsmannschafts-Chef Schellhaus von 1955 wissen.³⁴¹ Eineinhalb Jahre später berichtete auch VdL-Chef Manteuffel seinem Vertrauten de Vries:

„Mit Staatssekretär Globke hatte ich ein eingehendes Gespräch über unsere Lage und vor allen Dingen über die Schwierigkeiten, die von Seiten der CDU kommen (Oberländer/Nahm). Er nahm alles in seiner zurückhaltenden Art, aber freundlich und mit hilfsbereiter Tendenz zur Kenntnis.“³⁴²

Meinte Manteuffel mit dieser Feststellung jene gravierenden Konflikte, in die Oberländers Ministerium 1957/58 in Sachen Kulturförderung mit dem VdL geriet? Im Sommer 1956 liefen die Verhandlungen noch glimpflich, wenn auch nicht alle Wünsche des VdL befriedigt wurden.³⁴³ Immerhin erhielt der VdL vom BMVt 25.000 DM Kulturförderung.³⁴⁴ Im März 1957 aber kam es zum offenen Konflikt, als die VdL-Führung eine massive Erhöhung forderte. BMVt-Kulturreferent Dr. Wieland hielt am 5. April 1957 fest: „Der Herr Minister [...] hält den Anspruch des VdL [...] auf einen Zuschuss für kulturelle Breitenarbeit in Höhe von 150.000 DM für undiskutabel. Er sieht keine Möglichkeit, über den Zuschuss des Vorjahres hinauszugehen.“³⁴⁵ Das Ministerium ließ die als unverschämt empfundene Forderung des VdL-Vorsitzenden zwei Monate unbeantwortet, was Ende Mai zu einer mahnenden Erinnerung seitens Manteuffels führte.³⁴⁶ Ende Juni verknüpfte der Baron seine wiederholte Mahnung mit leisen Drohungen gegenüber dem Minister:

„Ich darf wohl erwarten, daß Briefe von mir und vom Generalsekretär des VdL eine Beantwortung finden. Sie versetzen mich in die peinliche Lage, dem Präsidium und

340 Echlter, Einfluß, S. 212f.

341 ACDP, 01-377-11/1, BvD, Dr. Kather, an Minister für Vertriebene Niedersachsen, Schellhaus, 26.10.1955.

342 BArch, N 1412/16, Deutsch-Baltische Landsmannschaft, Dr. Baron Manteuffel-Szoegge, an de Vries, 20.03.1957.

343 BArch, B 150/2382 Bd. 1, BMVt, Dr. Kleberg, an VdL, Dr. Baron „Manteufel-Szoegge“ [sic!], 02.08.1956.

344 Ebd., VdL, v. Doetinchem, an BMVt, 05.09.1956.

345 Ebd., BMVt, Dr. Wieland, Vermerk, 05.04.1957.

346 Ebd., VdL, Dr. Baron Manteuffel-Szoegge MdB, an BMVt Prof. Dr. Oberländer, 23.05.1957.

der Sprecherversammlung des VdL von Ihrem Schweigen bzw. dem Schweigen Ihres Hauses, für das ich eine Erklärung nicht finde, Kenntnis geben zu müssen.“³⁴⁷

Daraufhin wies Oberländer den zuständigen Abteilungsleiter an, einen Zwischenbescheid zu erstellen und die bisherige Nichtbeantwortung mit schwebenden Haushaltsverhandlungen zu begründen.³⁴⁸ Einen Tag später suchte Ministerialdirigent Dr. Kleberg, der zum von Lukaschek installierten schlesischen Netzwerk im BMVt zählte, im Bundestag das Gespräch mit „Baron v. Manteuffel-Szoegge“. Dieser habe daraufhin „Verständnis für die Verzögerung gezeigt“ und darum gebeten, nach der Urlaubspause mit seinem Generalsekretär von Doetinchem weiter zu verhandeln: „Er erbat jedoch einen kurzen schriftlichen Bescheid über die Gründe der Verzögerung.“³⁴⁹ Daraufhin schrieb Oberländer einen beschwichtigenden persönlichen Brief an den „sehr geehrten Baron“.³⁵⁰

Die Beruhigung hielt jedoch nicht lange an. Am 25. September 1957 wandte sich Manteuffel erneut mit einer massiven Beschwerde an den Minister:

„[...] seit Jahren bemühe ich mich vergeblich um eine angemessene Bezuschussung der Kulturarbeit der Landsmannschaften durch Ihr Haus. Auch in diesem Jahr haben alle meine Briefe und Besprechungen nicht weitergeführt. Ich muß die Jahreszuwendung von DM 25.000 für unsere 20 Landsmannschaften so lange als ungerecht ansehen, bis ich nicht durch eine wiederholt erbetene, aber nicht erhaltene schlüssige Aufstellung über die Aufteilung des Kulturfonds Ihres Hauses vom Gegenteil überzeugt worden bin.“

Manteuffel forderte detaillierte Informationen, wohin die insgesamt 900.000 DM Fördermittel des BMVt geflossen seien. Falls Oberländer Bedenken habe, dies einem Verband mitzuteilen, bitte er um Überlassung der Daten „in meiner Eigenschaft als Abgeordneter des Deutschen Bundestages“.³⁵¹ Nahm sandte daraufhin die Daten an Manteuffel als MdB.³⁵²

Dadurch offenbar keineswegs befriedigt, suchte Manteuffel am 4. Oktober 1957 den öffentlichen Konflikt, indem er seine gegen das BMVt gerichtete Beschwerde in den „VdL-Informationen“ publizierte. Das BMVt reagierte am 15. Oktober mit einer vom gelernten Zeitungsredakteur Nahm an alle Vertriebenenmedien der Bundesrepublik herausgegebenen Pressemitteilung, welche die VdL-Förderung als Vorzugsbehandlung darstellte: Obwohl die Mittel für Kulturförderung vom Bundestag seit 1954 praktisch nicht erhöht worden seien, habe der Zuschuss des BMVt an den VdL „seit 1954 eine Erhöhung um 66 2/3 Prozent“ erfahren. Und Nahm spielte dem VdL noch einen Schwarzen Peter zu, als er hinzufügte: „Ein dem VdL bereits im Juli 1957

347 Ebd., VdL, Dr. Baron Manteuffel-Szoegge MdB, an BMVt Prof. Dr. Oberländer, 26.06.1957.

348 Ebd., BMVt, Ministerbüro, an AL I, 01.07.1957.

349 Ebd., BMVt, Dr. Wieland, Vermerk, 02.07.1957.

350 Ebd., BMVt Prof. Dr. Oberländer an Dr. Baron Manteuffel-Szoegge, 03.07.1957.

351 Ebd., VdL, Dr. Baron Manteuffel-Szoegge, an BMVt Prof. Dr. Oberländer, 25.09.1957.

352 Ebd., BMVt, Dr. Nahm, an Dr. Baron Manteuffel-Szoegge, 01.10.1957.

[...] zugesagter Zuschuss konnte noch nicht zugewiesen werden, da der VdL trotz wiederholter Aufforderung einen Antrag bisher nicht eingebracht hat.“³⁵³

Daraufhin fand am 30. Oktober 1957 zwischen Oberländer und Manteuffel eine klärende Aussprache statt. Nach Eindruck des BMVt hatte man Einvernehmen erzielt und zugesagt, sich regelmäßig auszutauschen.³⁵⁴ Einige Tage zuvor hatte Manteuffel für die VdL-Kulturarbeit wieder nur 25.000 DM für 1957 beantragt, allerdings hinzugefügt: „Die Beschränkung des Antrages auf diesen Betrag ist keine endgültige. Ich behalte mir weitere Anträge für denselben Zweck vor.“³⁵⁵ Im März 1958 kam jedoch wieder eine kalte Dusche vom BMVt, das dem VdL mitteilte, die Hoffnung, Restmittel verfügbar zu machen, habe sich leider nicht erfüllt, weshalb die Förderung für 1957 leider nicht erhöht werden könne.³⁵⁶ Erst Mitte 1959 scheinen Manteuffel und Oberländer durch „eine eingehende Aussprache“ einander wieder näher gekommen zu sein.³⁵⁷

Kulturförderung im Vertriebenenbereich hatte in den ersten Jahren der Bundesrepublik im Vergleich zu sozialpolitischen Soforthilfen und zum Lastenausgleich nur eine untergeordnete Bedeutung gehabt. Der BMVt-Beamte Heinrich von zur Mühlen, ein von Oberländer ins Haus gebrachter Deutsch-Balte, erklärte rückblickend, erst mit der Berufung Nahms zum Staatssekretär 1953 sei im BMVt die Bedeutung systematischer Kulturpflege voll erkannt worden.³⁵⁸ Tatsächlich war der Oberschlesier Egon H. Rakette, im Zweiten Weltkrieg Sonderführer und propagandistischer Kriegsbericht-erstatte, der es nach 1945 zum Ministerialbeamten der Hessischen Staatskanzlei gebracht hatte und viel Initiative bei der Selbstorganisation des Vertriebenen-Kulturlbens entfaltete, 1951 regelrecht entsetzt, als im Entwurf des BMVt für das zwei Jahre später verabschiedete Vertriebenen- und Flüchtlingsgesetz (BVFG) kein einziger Satz über Kultur enthalten war. Rakette hat nach eigenem Bekunden den später so bedeutsamen Kulturförderungsparagrafen des BVFG selbst entworfen und über die hessische Regierung im Bundesrat durchgesetzt. Dabei hatte Rakette auch den späteren Bundesminister Oberländer kennengelernt, der damals als bayerischer Vertriebenen-Staatssekretär agierte – laut Rakette „freundlich und umgänglich, aber nicht eben ein mutiger Kämpfer für Neues“.³⁵⁹

Das vom BvD initiierte „Kulturwerk der vertriebenen Deutschen“ (KvD), das die landsmannschaftliche Kulturförderung so sehr in Unruhe versetzte, hatte Egon Rakette 1953 zusammen mit Linus Kather und dessen Kulturreferenten Clemens J.

353 Ebd., BMVt, Dr. Nahm, Pressemitteilung, 15.10.1957.

354 Ebd., BMVt, Abschrift, o. D.

355 Ebd., VdL, Dr. Baron Manteuffel-Szoegé, an BMVt, 26.10.1957.

356 Ebd., BMVt an VdL, 21.03.1958.

357 BArch, N 1412/17, Dr. Baron Manteuffel-Szoegé an de Vries, 10.06.1959, S. 2–4.

358 Heinrich von zur Mühlen: „Leistung und Förderung“, in: Ders. (Hrsg.): Bausteine oder Dynamit? Leistung und Förderung der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland. Bielefeld 1974, S. 25–43, insb. S. 32.

359 Egon H. Rakette: Im Zwiespalt der Zeit. Unter Literaten und Präsidenten. Erlebnisse, Erfahrungen, Ansichten aus fünfundsiebzig Jahren. Heidenheim/Brenz 1985, S. 394–396.

Neumann aus der Taufe gehoben.³⁶⁰ Das bedeutete: Just zum Zeitpunkt, als das BMVt auf Basis des BVFG in der Kulturförderung aktiv wurde, bestritt Kathers Verband das Kultur-Monopol des VdL.³⁶¹ Die hohe Relevanz konkurrierender Netzwerke wird durch einen Hintergrundbericht Neumanns vom April 1954 deutlich. Demnach hatte im BMVt eine Besprechung mit dem Ostdeutschen Kulturrat (OKR), den vier Kulturwerken der Landsmannschaften sowie den Kulturkreisen der „Sowjetzonenflüchtlinge“ stattgefunden, zu der das Kulturwerk des BvD nicht eingeladen worden war. Aus Neumanns Sicht war dies ein klares Indiz „einer einseitigen Begünstigung des Kulturapparates des VdL“. Sarkastisch kommentierte Neumann die vom BMVt ostentativ gelobte reibungslose Zusammenarbeit zwischen VdL-Kulturwerken und OKR: „Das ist kein Kunststück, da beide Gremien durch die gleichen Persönlichkeiten verkörpert werden.“ Durch vertrauliche Informationen könne „als sicher gelten“, dass das BMVt und namentlich dessen Kulturreferent Prof. Dr. Eugen Lemberg sämtlichen Landesregierungen und Landkreisen „nahegelegt hat, alle Mittel an den Kulturapparat des VdL (sprich Landsmannschaften außerhalb des BvD) zu geben“. Aus Neumanns Sicht war insbesondere der OKR „durch die Lukascheksche Vetterwirtschaft als Gegengewicht gegen den ZvD und als Vorwand begründet worden, über die Vergabe von Kulturmitteln eine Anti-ZvD-Fronde zu schaffen“. Auf den Hinweis seiner Gewährsfrau gegenüber BMVt-Referent Lemberg, „dass das aber doch ein einseitiger VdL-Apparat sei“, der sogar räumlich in der Bonner Geschäftsstelle des VdL untergebracht sei, habe der Ministerialbeamte geantwortet, letzteres „sei nur ganz zufällig“. Die kulturpolitischen Ambitionen des Kather-Verbandes habe der BMVt-Vertreter wiederum regelrecht verspottet: „Der ZvD wird plötzlich kulturell.“ Das neue KvD habe er als „reine Kampfsache“ diffamiert. Für Neumann war deshalb im Frühjahr 1954 klar: „Mit dieser Einstellung bestätigt Lemberg, dass die einseitige Begünstigung des VdL auf dem Wege über den Kulturapparat mit ganz beträchtlichen finanziellen Mitteln (750.000 Jahresetat) im Geiste Lukascheks fortgesetzt werden soll.“³⁶²

Nachdem es im Oktober 1954 – wie oben gezeigt – zum offenen Dissens zwischen VdL-Chef Manteuffel und Minister Oberländer über die Frage gekommen war, ob man das KvD eliminieren solle oder nicht,³⁶³ scheint es dennoch längere Zeit gedauert zu haben, bis das vom Minister positiv gesehene KvD in die Förderung des BMVt aufgenommen wurde. Hatten hier VdL-treue Netzwerke in der Ministerialbeamtenschaft retardierende Wirkung entfaltet? Von den Kulturfördermitteln des BMVt, die 1955/56 800.000 DM betrugen, erhielt das Kulturwerk des BvD ganze 18.000 DM, während den landsmannschaftlichen Kulturwerken und dem OKR rund 200.000 DM zugewiesen

360 Ebd., S. 397.

361 BArch, B 234/1442, „Die kulturellen Aufgaben der Vertriebenen“. Rede des BvD-Präsidenten Dr. Kather anlässlich der 4. Wangener Gespräche in Wangen, o. D. [Oktober 1953].

362 Ebd., ZvD, Neumann, an Präsidium ZvD, 01.04.1954, betr. „Organisation der Kulturpolitik durch das Bundesvertriebenenministerium“.

363 Vgl. BArch, B 150/2382 Bd. 2, BMVt, Protokoll über den Empfang des Präsidiums des VdL am 04.10.1954, 04.10.1954.

wurden. Neumann vermerkte ausdrücklich: „Dass wir überhaupt etwas erhielten[,] ist nahezu ausschließlich der Befürwortung durch Nahm zu danken.“³⁶⁴

In der Tat ist diese persönliche Rolle des BMVt-Staatssekretärs bemerkenswert. Man kann nur mutmaßen, ob es dem BvD- und späteren BdV-Funktionär Neumann gelungen war, schon zu diesem Zeitpunkt eine enge persönliche Vernetzung mit dem obersten Beamten des BMVt aufzubauen, wie sie für die 1960er Jahre dokumentiert ist. Nahm und Neumann waren nicht nur beide gelernte Journalisten, sie verband auch genuines Interesse an Kultur. Zudem war Neumann keine subalterne Funktionsfigur, die bereits vor einem Ministerialrat in Ehrfurcht erstarrt wäre³⁶⁵, sondern ein unabhängiger Kopf, der seine Freundschaft zu Linus Kather – wie bereits gezeigt – auch dann aufrechterhielt, als sie ihm verbandsintern hätte schaden können. Ferner verband Neumann eine persönliche Beziehung mit dem ehemaligen Reichsminister und nunmehrigen CDU-Politiker Walter von Keudell, der Neumann gegenüber 1967 offenbarte: „Von den sichtbaren Politikern verbinden mich persönliche Beziehungen mit Kiesinger, Wehner und Strauß [hdschr. eingefügt: „sowie Seeböhm“]“. ³⁶⁶ Damit hatte der scheinbar nachgeordnete Referent der BdV-Bundesgeschäftsstelle eine indirekte Vernetzungschance mit mächtigen Spitzenpolitikern der Bundesrepublik aufzuweisen, bis hin zum damaligen Bundeskanzler. Vor diesem Hintergrund überrascht es weniger, dass Neumann auch einen quer über amtliche Hierarchien hinweggehenden privaten Direktkontakt zum Staatssekretär des BMVt pflegte.³⁶⁷

Im Juli 1957 wandte sich Neumanns Vorgesetzter, BvD-Bundesgeschäftsführer Schwarzer, mit einem Schreiben an das BMVt, das keinen konkreten Adressaten benannte, was auf relativ schwache persönliche Vernetzung des Verfassers schließen lässt. Schwarzer nahm Bezug auf die Kulturfördermittel in Höhe von 800.000 DM, die dem BMVt im Etat 1957/58 zur Verfügung stünden, und monierte: „Der BVD ist an diesen Mitteln bisher nicht beteiligt worden.“ Statt einen Konflikt mit dem Minister vom Zaun zu brechen, wie dies VdL-Chef Manteuffel zur selben Zeit tat, gab sich der BvD-Funktionär als Bittsteller.³⁶⁸ Die Referentenebene des BMVt antwortete inhaltend, aber nicht eindeutig ablehnend.³⁶⁹ Daraufhin führten administrative Fehler der BvD-Bundesgeschäftsstelle dazu, dass der Verband die Sache bis Januar 1958 nicht weiterverfolgte.³⁷⁰ Schließlich sandte BvD-Kulturreferent Neumann seinem Wider-

364 BArch, B 234/1276, BVD, Bundeskulturreferat / Kulturwerk der vertriebenen Deutschen, Neumann, an Dr. Kather und Gossing, 30.04.1956.

365 Vgl. demgegenüber die Unterwerfungsgeste eines BdV-Referenten gegenüber einem BMVt-Beamten durch ein hastiges telefonisches Diktat „vom Krankenbett aus“, um zu demonstrieren, „daß ich nicht böswillig bin, sondern im Gegenteil Diskussionen und unberechtigte Vorwürfe vermeiden möchte“, in: BArch, B 234/680, BdV, Kottwitz, an BMVt, Dr. Olms, 05.08.1965.

366 BArch, B 234/704, Reichsminister a. D. von Keudell an Neumann, 31.01.1967.

367 Ebd., Staatssekretär Dr. Nahm an Neumann, 03.01.1967, sowie Dr. Nahm an Neumann, 19.01.1967 mit privater Gratulation zum 60. Geburtstag.

368 BArch, B 150/2386 Bd. 1, BvD, Schwarzer an BMVt, 31.07.1957.

369 Ebd., BMVt, Dr. Schodrock, an BvD, Bundesgeschäftsführung, 14.08.1957.

370 Ebd., BMVt, Dr. Wieland, Vermerk, 15.01.1958 und BMVt, Dr. Wieland, 2. Vermerk, 15.01.1958.

part im BMVt, Dr. Wieland, ein dringliches Schreiben, dessen Anliegen vom BMVt-Beamten allerdings kritisch kommentiert wurden:

„Obwohl das Etatjahr 1957/58 bereits weit vorgeschritten ist, kann ein Teil der Aufgaben [Wieland: „Welche?“] sofort in Angriff genommen werden, wenn die Mittel umgehend zur Verfügung gestellt würden. Seitens des BvD ist schon jetzt in Aussicht genommen, dieses Programm auch nach dem Zusammenschluss der Verbände im ‚Bund der Vertriebenen [...]‘ durchzuführen, und zwar nach Maßgabe der Aufgabenteilung, dass die Organisationen der Landesverbände die allgemeinverbindlichen kulturellen Interessen der Vertriebenen zu vertreten haben werden, während es Sache der Landsmannschaften sein wird, die spezifisch landsmannschaftliche Kulturpflege zu betreiben [Wieland: „Eine solche Trennung ist wohl wenig sinnvoll“].“

Zugleich kündigte Neumann den Besuch einer BvD-Delegation im Ministerium an, die aus dem CDU-Bundestagsabgeordneten „Dr. Krüger“ – der spätere BdV-Präsident führte allerdings keinen Dokortitel – sowie aus Schwarzer und Neumann bestehen würde.³⁷¹ Dieser Besuch fand am 17. Januar 1958 statt und versetzte den Ministerialbeamten Dr. Wieland in erhebliche Unruhe, sobald der durch sein CDU-Abgeordnetenmandat herausgehobene BvD-Bundesschatzmeister Krüger unvermittelt darauf zu sprechen kam,

„dass in einer im Dezember 1957 stattgefundenen Besprechung zwischen dem Herrn Minister, Herrn Dr. Kather und ihm der Herr Minister die Zusage gegeben habe, die kulturelle Breitenarbeit auch des BvD noch im laufenden Rechnungsjahr durch einen Zuschuß zu fördern.“

Wieland notierte konsterniert, dem Fachreferat des BMVt sei „bisher von dieser Unterredung nichts bekannt geworden“. Er suchte sich gegenüber der BvD-Delegation mit dem Hinweis zu helfen, dass die Entscheidung dem Minister zustehe und er dazu nicht Stellung nehmen könne. Freilich bezog er dann doch ziemlich restriktiv Position, indem er darauf hinwies, „äußerstenfalls“ könne im laufenden Rechnungsjahr ein einmaliger Zuschuss erfolgen,

„weil es angesichts des Standes der Einigungsverhandlungen zwischen den Vertriebenenverbänden und der Selbstverständlichkeit, auch auf kulturellem Gebiet eine Einigung der Spitzengremien herbeizuführen, nicht verantwortet werden könnte, wenn auch im nächsten Rechnungsjahr Zuschüsse mit der gleichen Zweckbestimmung sowohl dem VdL als auch dem BvD und womöglich noch weiteren Spitzenorganisationen gewährt würden“.³⁷²

Vier Tage darauf trug Wieland die Sache Minister Oberländer vor, der erklärte, tatsächlich mit Kather und Krüger im Dezember 1957 gesprochen zu haben. Allerdings habe er „grundsätzliche Zusagen [...] nur für das nächste Rechnungsjahr gegeben“. Bei dieser direkten Vernetzung des BvD mit Oberländer dürfte dessen CDU-Fraktionskollege Krüger mindestens so wichtig gewesen sein wie Verbandschef Kather. Der

371 Ebd., BvD, Neumann, an BMVt, Dr. Wieland, 15.01.1958.

372 Ebd., BMVt, Dr. Wieland, Vermerk, 17.01.1958.

Minister bewertete jedenfalls die Förderangelegenheit inhaltlich völlig anders als sein Kulturreferent: „Er sehe nicht ein, daß im Hinblick auf die nach wie vor problematische ‚Einigung‘ der Verbände der BvD leer ausgehen soll, da ihm grundsätzlich ein gleicher Anspruch wie den Landsmannschaften zugestanden werden muss.“ Zusagen für das laufende Rechnungsjahr habe er aber nie gegeben, da er davon ausgegangen sei, dass keine Mittel mehr frei verfügbar seien. Der Minister stimmte dem Vorschlag seines Untergebenen zu, dem BvD aus noch nicht verbrauchten Mitteln für den OKR sofort einen einmaligen Zuschuss von 10.000 DM zu gewähren. Für die Verwendung der restlichen unverbrauchten 16.000 DM solle das Referat anderweitige Vorschläge erarbeiten.³⁷³ Daraufhin erklärte sich Wieland gegenüber dem BvD „grundsätzlich bereit“, umgehend einen Zuschuss für „Breitenarbeit“ zu gewähren, ließ dessen Höhe aber offen.³⁷⁴ Erstaunlicherweise beantragte Bundesgeschäftsführer Schwarzer postwendend eine Zuwendung von 10.000 DM – just die Summe, die Oberländer intern bereitgestellt hatte – und die nunmehr von Wieland sofort genehmigt wurde.³⁷⁵ Hatte es erneute informelle Kommunikation mit der BMVt-Spitze gegeben?

Im Juli 1958 wandte sich der CDU-Abgeordnete Krüger erneut persönlich ans BMVt, um mitzuteilen, dass der Zuschuss von 10.000 DM erst kurz vor Ende des Geschäftsjahres eingegangen und daher ins nächste Geschäftsjahr 1958/59 verbucht worden sei. Offenbar rechnete der Politiker, der über Direktzugang zum Minister verfügte, nicht mit Widerspruch. Ein alarmierendes Ausrufezeichen seitens eines BMVt-Beamten löste aber Krügers Ankündigung aus: „Weitere Mittel in Höhe von DM 40.000 werden unter genauer Begründung mit Voranschlag zu gegebener Zeit beantragt werden.“³⁷⁶ Das geschah tatsächlich noch im selben Monat, und zwar nicht bei der als renitent erlebten Fachabteilung Wielands, sondern – wiederum durch Krüger – bei Oberländer persönlich. Krüger fügte freundlich fordernd hinzu: „Ich wäre Ihnen für eine baldige Verabschiedung des Antrages und Bereitstellung weiterer Mittel verbunden“.³⁷⁷

Am 20. August 1958 setzte auch BvD-Vorsitzender Kather selbst mit einem Schreiben an Oberländer nach, in dem er den Förderantrag in Höhe von 40.000 DM für den BvD mit einer deutlichen Erhöhung der Förderung für das KvD von 19.000 auf 60.000 DM verband. Kather verfügte offenbar über Insiderwissen, denn er merkte an, dass „an anderer Stelle [...] Mittel frei geworden“ seien. Auch kam er taktisch geschickt einem Lieblingsthema Oberländers entgegen, als er anfügte: „Ich verspreche mir überdies von einer adäquaten Förderung dieses Arbeitsbereiches des BvD auch einen guten Einfluss auf die Koordinierung der kulturellen Arbeit des BvD und des VdL im Zuge der Einigungsverhandlungen.“ In formvollendeter Höflichkeit war er „mit vorzüglicher Hochachtung“ ein „sehr ergebener“ Verhandlungspartner des Ministers.³⁷⁸

373 Ebd., BMVt, Dr. Wieland, Vermerk, 21.01.1958.

374 Ebd., BMVt, Dr. Wieland, an BvD, 21.01.1958.

375 Ebd., BvD, Schwarzer, an BMVt, 04.02.1958 und BMVt, Dr. Wieland, an BvD, 06.02.1958.

376 Ebd., BvD, Krüger MdB, an BMVt, 15.07.1958.

377 Ebd., BvD, Krüger MdB, an BMVt Prof. Dr. Dr. Oberländer, 29.07.1958.

378 Ebd., BvD, Dr. Kather, an BMVt Prof. Dr. Oberländer, 20.08.1958.

Dieses gezielte Umgehen der Fachebene des BMVt durch Direktverhandlungen mit dem Minister erwies sich für die BvD-Führung als überaus erfolgreich. Am 19. September 1958 verfasste der ausmanövrierte Kulturreferent Wieland einen Vermerk, der nichts Geringeres zum Thema hatte als die „Verlegung des Schwergewichts der Förderung der zentralen Kulturarbeit auf KvD und BvD“. Das bedeutete eine veritable Revolution. Vorangegangen waren mehrere Gespräche Wielands mit Staatssekretär Nahm am 17. und 18. September, in denen der Spitzenbeamte ein vernichtendes Urteil über die Landsmannschaften gefällt hatte:

„Der Herr Staatssekretär führte aus, daß die negative Haltung der Landsmannschaften zur Frage der Förderung der kulturellen Breitenarbeit durch das BMVt und die Ergebnislosigkeit der Tätigkeit des Ostdeutschen Kulturrates eine sofortige Verlagerung des Schwergewichts der Förderung sowohl der zentralen kulturellen Arbeit als auch der Breitenarbeit auf das Kulturwerk der vertriebenen Deutschen und den Bund der vertriebenen Deutschen [...] auch aus politischen Überlegungen erforderlich mache.“

Nahm teilte seinem Untergebenen mit, er habe bereits mit BvD-Kulturreferent Neumann verhandelt und kündigte an, Neumann werde am 22. September seine Vorstellungen darlegen. Der erneut überrumpelte Wieland beharrte darauf, dass das Ministerium eigene Zielvorstellungen entwickeln müsse. Im KvD sei es notwendig, „eine Spitze mit der notwendigen Autorität nach innen und aussen [sic!]“ zu installieren, weshalb man umgehend bei Professor Lemberg – ausgerechnet dem den Landsmannschaften eng verbundenen Vorgänger Wielands im BMVt – anfragen solle. Wieland wollte offenbar landsmannschaftliche Funktionäre das KvD übernehmen lassen. Außerdem schlug er listig vor, auch Einheimische zu kooptieren, „z. B. für das BMVt der Herr Staatssekretär selbst“. Mit unverhohlener Schmeichelei fügte der Beamte hinzu: „Nur auf diese Weise könne verhindert werden, daß das KvD einen provinziellen Charakter bekomme, dem von vornherein Ausstrahlungsmöglichkeiten nach Europa versagt sind.“ Laut Wielands Aufzeichnung stimmte „der Herr Staatssekretär [...] zu.“ Daraufhin entwickelte der BMVt-Referent konkrete Ideen: Den Zuschuss für den BvD wollte er auf 40.000 DM erhöhen, was Kathers Vorstellungen entsprach. Doch der Zuschuss an das KvD sollte schlussendlich nur auf 50.000 DM erhöht werden. Dadurch wurde eine Reserve von 10.–15.000 DM zurückbehalten, denn es müsse „die Entwicklung der Leistungsfähigkeit beider Organisationen [...] abgewartet werden.“³⁷⁹

Die Fachbeamten des BMVt behielten ihre skeptische Einstellung zu BvD und KvD somit bei. Nur zu bald konnten sie sich in dieser Zurückhaltung bestätigt fühlen. Im Januar 1959 unterrichteten sie den Minister, dass der Verband im Vorjahr großsprecherisch 40.000 DM beantragt habe, jedoch nach Bewilligung dieser Summe nicht einmal die Teilauszahlung von 15.000 DM ordnungsgemäß habe verwenden können. Gleichwohl habe sich der BvD über diese geringe Summe beschwert. All das sei „bemerkenswert“, bemerkte Ministerialrat Dr. Werner Vetter dazu spitz.³⁸⁰ In einem Schreiben an das mittlerweile installierte Präsidium des neuen Einheitsverbandes

379 Ebd., BMVt, Dr. Wieland, Vermerk, 19.09.1958.

380 Ebd., BMVt, Dr. Vetter, Vermerk, 25.03.1959.

BdV rügte daraufhin Minister Oberländer persönlich im April 1959 das Versagen des BvD in der Kulturpolitik:

„Nach dem Prüfungsergebnis kann von einem auch nur annähernd sinnvollen Einsatz der bereitgestellten Mittel keine Rede sein, vielmehr wurden sehr beträchtliche Mittel der Kulturarbeit für die Vertriebenen entzogen. Darüber hinaus werden meine Bemühungen um die Bereitstellung ausreichender Mittel zur Förderung kultureller Vorhaben empfindlich beeinträchtigt.“³⁸¹

Der zuvor durch die Direktverbindung der BvD-Führung zur BMVt-Spitze ausmanövrierte zuständige Ministerial-Referent Dr. Wieland kam infolge dieser administrativen Unfähigkeit des Kather-Verbandes erneut ins Spiel. Wieland aktivierte umgehend seine landsmannschaftlichen Vernetzungen. Im Mai 1959 wurde der aus dem VdL in den neuen Einheitsverband BdV übernommene Kulturreferent Dr. Adolphi durch Wieland – der hierbei offensichtlich recht autoritär auftrat – „nach eingehender Aussprache über die gegenwärtige Lage [...] der Kulturarbeit [...] davon unterrichtet [!], dass nach der auch von Herrn Staatssekretär geteilten Auffassung eine Förderung zentraler Kulturstellen nur in Frage komme, wenn sie der durch die Vereinigung der großen Verbände und die Schaffung des BdV geschaffenen Lage Rechnung trage“. Unterdessen hatte Adolphi, wie er Wieland mitteilte, von Clemens Neumann „die Zusicherung erhalten, dass er [i. e. Neumann] sich aus der Kulturarbeit völlig zurückziehen will und die Notwendigkeit [...] einer völligen Umorganisation des KvD anerkenne“. Sowohl Adolphi als auch Wieland äußerten intern jedoch Zweifel, ob letzteres angesichts der personellen Schwierigkeiten im KvD überhaupt möglich sei. Es müsse ein wirklich leistungsfähiger hauptamtlicher Geschäftsführer bestellt und durch Fachreferenten ergänzt werden. „Diese als zentrale Kulturorganisation gedachte Arbeitsgruppe soll unmittelbar dem für das Kulturwesen beauftragten Präsidialmitglied Dr. Uhlitz [sic!] unterstellt werden.“ Gemeint war BdV-Präsidiumsmitglied Otto Uhlitz, der dem nordostdeutschen Netzwerk im Geflecht der Landsmannschaften schon seit längerem nahestand. Wieland und Adolphi waren sich einig, dass mit Schaffung dieser AG das verhasste KvD „durch Selbstauflösung verschwinden“ müsse. Adolphi glaubte jedoch, BdV-Präsident Krüger davon vorab unterrichten zu sollen, „damit diese Massnahme nicht als Affront gegen den ehemaligen BvD oder Mitglieder des KvD [...] empfunden wird“.³⁸²

Zugleich aber machte Wieland gegenüber dem verbündeten, aber als Befehlsempfänger behandelten BdV-Referenten deutlich, dass das BMVt (bzw. er) auch die Förderung landsmannschaftlicher Kulturarbeit grundsätzlich ändern wollte. Diese sollte nämlich künftig nur noch dezentralisiert erfolgen: „Die Hergabe eines Zuschusses zur Förderung der landsmannschaftlichen Kulturarbeit an den BdV müsse nach den bisherigen Erfahrungen ausscheiden“, hielt der BMVt-Vertreter kritisch fest. Andernfalls wäre der neue BdV an genauso einen Proporz bei der Mittelverteilung an die

381 Ebd., BMVt, Prof. Dr. Oberländer an BdV-Präsidium, 24.04.1959.

382 BArch, B 150/2384, BMVt, Dr. Wieland, Vermerk über „Neuorganisation der Kulturarbeit“, 26.05.1959.

einzelnen Landsmannschaften „gebunden wie seinerzeit der VdL“: „Damit würden in der Praxis so gut wie keine Unterschiede zwischen wirklich förderungswürdigen Vorhaben einzelner Landsmannschaften und gänzlich bedeutungslosen anderer gemacht werden.“ Adolphi hatte diesen Argumenten nichts entgegenzusetzen „und glaubte, dass auch das Präsidium froh sein wird, wenn es der Verantwortung für die Verteilung der Mittel enthoben würde“. Im Gegenzug sagte der BMVt-Beamte zu, zentrale Fördervorhaben einzelner Landsmannschaften, die über den BdV beantragt werden könnten, wohlwollend zu prüfen.³⁸³

In der Folgezeit sollte sich das autoritäre Gehabe des BMVt-Kulturreferenten gegenüber seinem Widerpart im BdV noch steigern: Im Herbst 1960 erörterte Wieland in Gegenwart seines vorgesetzten Abteilungsleiters mit Adolphi den Etat für das Jahr 1961 und hielt daraufhin mitleidlos fest: „Dr. Adolphi gab zu, dass der Arbeits- und Finanzierungsplan des Antrages [...] an den wirklichen Planungen vorbeigeht und eine unhaltbare Kopie des Vorjahres ist. Er wird alsbald einen neuen, den tatsächlichen Verhältnissen angepassten Antrag einreichen.“³⁸⁴ Der aus dem VdL stammende BdV-Kulturreferent wurde vom Ministerialbeamten derselben Arbeitsebene demonstrativ erniedrigt. Dergleichen hätte sich Adolphis Konkurrent im BdV, der mit der Ministeriumsspitze direkt vernetzte Clemens Neumann, niemals gefallen lassen.

Der neue Dachverband BdV versuchte jedoch, gegenüber der Bundesregierung die Verantwortung für Versäumnisse des BvD in der Geschäftsführung seines umstrittenen Kulturwerkes weit von sich zu weisen. Das Ministerium müsse das Problem der nicht fristgerecht verwendeten Fördermittel, die sich auf über 27.000 DM belaufen sollten, mit dem in Abwicklung befindlichen früheren Kather-Verband klären.³⁸⁵ Nach gereiztem Hin und Her erfuhr das BMVt Ende August 1959, dass die Buchhaltung des BvD nur auf einen offenen Betrag von ca. 15.500 DM komme. Ein Beamter notierte, „daß sich in dieser Frage Präsident Krüger mit Minister Dr. Oberländer abgesprochen haben soll“.³⁸⁶ Da das BMVt auf Rückzahlung der nicht genutzten Fördermittel drängte, die sich durch nachgeholte Abrechnungen auf 13.700 DM weiter reduziert hatten, setzte sich der nunmehrige BdV-Präsident Krüger erneut direkt mit Oberländer in Verbindung, um einen Aufschub zu erhalten. Der wieder erst nachträglich informierte zuständige Referent Wieland konnte nur zur Kenntnis nehmen: „Der Herr Minister habe Herrn Krüger die erbetene Frist bewilligt. Von einem näher bezeichneten [...] Termin wurde nicht gesprochen.“³⁸⁷

Nach fast einem Monat Wartezeit wandte sich Wieland seinerseits an den „sehr geehrten Herrn Abgeordneten Krüger“, und zwar in dessen Eigenschaft als Bundesschatzmeister des BvD, sodass der BdV-Präsident persönlich in Mithaftung erschien:

383 Ebd.

384 BArch, B 150/2385 Bd. 1, BMVt, Dr. Wieland, Vermerk v. 24.10.1960.

385 BArch, B 150/2386 Bd. 1, BMVt, Dr. Wieland, an BdV, 04.07.1959 und BdV, v. Doetinchem, an BMVt, 20.07.1959.

386 Ebd., BMVt, Heyer, Vermerk, 31.08.1959.

387 Ebd., BMVt, Dr. Wieland, an BvD, Klammer, 01.09.1959: „Eilt sehr!“, BvD, Klammer, an BMVt, 01.09.1959 und BMVt, Dr. Wieland, Vermerk, 19.10.1959.

„Sie würden mich sehr zu Dank verpflichten, wenn Sie mich baldmöglichst in die Lage versetzen wollten, die schwebende Angelegenheit abzuschließen, zumal ich in der Zwischenzeit vom Bundesrechnungshof mit Nachdruck auf die Notwendigkeit einer alsbaldigen Erledigung hingewiesen wurde.“³⁸⁸

Damit hatte ein ganz neuer Akteur das vertriebenenpolitische Spielfeld betreten, der allseitig ernstgenommen werden musste. Bereits zwei Tage nach Wielands Mahnschreiben gab Staatssekretär Nahm die Weisung, von der Auszahlung der aktuellen BdV-Förderung die Fehlsomme des BvD abzuziehen.³⁸⁹ Das BdV-Präsidium beugte sich Ende 1959 der Rechtsauffassung, dass eine „Lösung nur durch Übernahme der Verpflichtung auf den BdV möglich sei“.³⁹⁰ Dem KvD drohte das Ministerium sogar mit Einleitung eines Strafverfahrens wegen Untreue, sollten nicht endlich Verwendungsnachweise eingereicht werden. Zugleich aber wurden hausintern (seitens des BMVt-Finanzexperten Dr. Robert Polzer) rechtliche Bedenken gegen die Haftung des BdV für die BvD-Versäumnisse angemeldet. Eine freiwillige Schuldenübernahme durch den BdV sei jedoch möglich; darüber wolle Krüger im BdV-Präsidium im Januar 1960 entscheiden lassen.³⁹¹

Nichts davon wurde realisiert. Die Angelegenheit wurde verschleppt, bis im Juni 1961 das BMVt beim BdV erneut auf unverzüglicher Überweisung der ausstehenden 13.701,48 DM beharrte, da man „auf Drängen des Bundesrechnungshofes nicht mehr in der Lage“ sei, „die ordnungsgemäße Erledigung der Angelegenheit weiter zu verzögern“.³⁹² Das BMVt hatte die Angelegenheit somit drei Jahre lang schleifen lassen und gab sich Anfang 1962 erneut mit der verzögernden Auskunft zufrieden, eine Stellungnahme sei erst nach Abschluss der Liquidation des BvD möglich, die aber „in Kürze“ bevorstehe.³⁹³ Als der zum Liquidator eingesetzte nunmehrige BdV-Generalsekretär Schwarzer Ende April 1962 seinen Schlussbericht vorlegte, wurde „an sich Konkursreife“ festgestellt, da der vom BMVt geforderte Betrag bestenfalls zur Hälfte durch den „Liquidationserlös“ gedeckt sei. Dann aber wechselte der BdV-Funktionär in eine politische Argumentation, um das Ministerium unter Druck zu setzen: „Ein Konkurs wegen dieses Betrages wäre auch heute aus politischen Gründen nicht zu verantworten.“ Man müsse berücksichtigen, dass die fehlenden Mittel „im Zuge der Erfüllung der gestellten und angetragenen Aufgaben des Verbandes verbraucht“ worden seien. Daher bitte er, den Fehlbetrag von 6.–7.000 DM „nachträglich etwa dadurch auszugleichen, daß er zum allgemeinen Organisationszuschuß erklärt wird“. Im BMVt reagierte man entsetzt: „?!“³⁹⁴

388 Ebd., BMVt, Dr. Wieland, an BvD, Bundesschatzmeister Krüger MdB, 10.11.1959.

389 Ebd., BMVt, Dr. Wieland, Vermerk, 12.11.1959.

390 Ebd., BMVt, Dr. Wieland, Vermerk, 08.12.1959.

391 Ebd., BMVt, Dr. Wieland, Vermerk, 10.12.1959.

392 Ebd., BMVt, v. Aulock, an BdV, 23.06.1961.

393 Ebd., BMVt, Dr. Wieland, an BvD, Schwarzer, 30.01.1962.

394 Ebd., Abschlussbericht des Liquidators des BvD, Schwarzer, 27.04.1962.

Im August 1962 kam es zu einem Gespräch zwischen BMVt-Ministerialrat Dr. Robert Polzer und dem BdV-Generalsekretär. Schwarzer wurde aufgefordert, die aus der BvD-Liquidation gewonnene Teilsumme an die Bundeskasse zu zahlen, da „der Bundesrechnungshof nunmehr in Kürze sehr entschieden diese Rückzahlung fordern werde“. Der BdV-Funktionär hatte die Chuzpe zu entgegnen, „daß doch vereinbart sei, daß dieser Betrag von rund 6.000 DM an den jetzigen BdV zur Förderung der Kulturarbeit mit Breitenwirkung überwiesen werde“. Wer diese Vereinbarung getroffen haben sollte, blieb unerwähnt, doch Polzer zeigte sich „sehr befremdet“. Er äußerte „die Befürchtung, daß sich der Bundesrechnungshof mit dieser Regelung nicht einverstanden erklären“ werde, bekundete jedoch seine Bereitschaft, den Rechnungshof zu überzeugen.³⁹⁵ Wie das BMVt zweieinhalb Jahre später im März 1965 notierte, war die Abrechnungsfrage im November 1962 tatsächlich von Polzer mit einem Ansprechpartner im Rechnungshof besprochen worden. Erleichtert stellte man fest, dass von dort seither keine weitere Mahnung mehr eingegangen war: „Nach Ablauf von mehr als zwei Jahren kann daher unterstellt werden, daß der Bundesrechnungshof (BRH) die Verwendungsfrage ausnahmsweise und als vertretbar abgeschlossen hat.“³⁹⁶

Der Retter des BdV, Dr. Polzer, gehörte zum katholisch-konservativen Netzwerk um den sudetendeutschen CSU-Bundestagsabgeordneten Hans Schütz, das mit Ministerialrat Anton Furch auch über einen Netzwerker im BMG verfügte.³⁹⁷ Polzer wurde von Herbert Czaja retrospektiv zu den verlässlichsten Verbündeten des BdV in der Bonner Ministerialbürokratie gerechnet.³⁹⁸ Dieser Ruf war offensichtlich nicht unbegründet.³⁹⁹

4. Ein Politikfeld wird herabgestuft: Netzwerk-Relationen zwischen Kooperation und Konflikt 1960–1969

Die 1960er Jahre boten in der Geschichte des BMVt keine wirkliche Minister-Ära mehr. Nachdem der sechseinhalb Jahre amtierende Ressortchef Theodor Oberländer im Mai 1960 hatte zurücktreten müssen, blieb das Haus sogar ein halbes Jahr vakant. In dieser Zeit wurde es von Staatssekretär Peter Paul Nahm geführt, der bis November 1967 (über die Regelaltersgrenze hinaus) im Amt blieb und für jene Kontinuität an der

395 Ebd., BMVt, Dr. Vetter, Vermerk, 09.08.1962, über Gespräch Ministerialrat Dr. Polzer/Schwarzer.

396 Ebd., BMVt, Dr. Vetter, Vermerk, 03.03.1965.

397 Czaja, Unterwegs, S. 557. Vgl. dazu auch den Beitrag von Rainer Bendel im vorliegenden Band.

398 Czaja, Unterwegs, S. 567.

399 Die nichtöffentliche Netzwerk-Effizienz Polzers stand in Gegensatz zu seinem öffentlichen Auftreten; so verursachte er ungute Publicity, als er 1959 eine Rede zur Eröffnung des „Europa-Dorfes Anne-Frank“ nicht etwa zum Gedenken an die NS-Opfer, sondern – vor Angehörigen Anne Franks – eher zur „Rehabilitierung der kleinen Nazis“ nutzte; vgl. „Robert Polzer“, in: Der Spiegel 24/59 v. 09.06.1959, wonach Polzer solche Reden des Öfteren unbeanstandet gehalten habe, sowie Friedbert Aspertsberger: Arnolt Bronnen. Biographie. Wien u. a. 1995, S. 784, wo Polzer als alter „Sudeten-Nazi“ bezeichnet wird.

Spitze sorgte,⁴⁰⁰ die durch die Ressortchefs dieser Zeit kaum noch gewährleistet wurde. Nicht umsonst wurde Nahm 1970 vom französischen Politologen Alfred Grosser zu jenen Staatssekretären „an der Nahtstelle von Politik und Verwaltung“ gerechnet, deren „Initiative [...] oft bedeutender als die der Minister“ gewesen sei.⁴⁰¹ Nahm kehrte nach seiner im Herbst 1967 erfolgten verspäteten Pensionierung im April 1969 sogar nochmals in sein altes Ressort zurück, und er war es auch, der die Auflösung des BMVt durch dessen Herabstufung zur bloßen Abteilung des Bundesinnenministeriums im Oktober 1969 bis zu seinem endgültigen Ausscheiden aus dem Bundesdienst im Herbst 1970 administrierte.⁴⁰² Nahm wurde – im persönlichen Rang eines Staatssekretärs – 1969 vom neuen Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher als Leiter der nunmehrigen Ministerialabteilung für Vertriebene beibehalten, weil der FDP-Politiker mit dieser Personalentscheidung „den Vertriebenen entgegenzukommen“ hoffte.⁴⁰³ Ob der auf diesem Politikfeld unerfahrene Genscher die Signalwirkung nicht falsch kalkulierte? Für Linus Kather war Nahm jedenfalls „der Vertraute Adenauers und der CDU“ im BMVt und keinesfalls der Vertrauensmann der Vertriebenenverbände.⁴⁰⁴ Auch der 1970 ins Amt gelangende BdV-Präsident Herbert Czaja, der Nahm aber schon seit 1953 als Bundestagsabgeordneter der CDU zu beobachten Gelegenheit gehabt hatte, betrachtete den BMVt-Staatssekretär als überaus geschmeidigen Berufsbeamten, „der sich allen Absichten, die Vertriebenenanliegen einzuengen, [...] sofort anpaßte“.⁴⁰⁵ Die Einschätzung, dass Nahm für die Vertriebenenverbände ein „Mann ihres ‚besonderen Vertrauens‘“ gewesen sei⁴⁰⁶, wird man folglich stark bezweifeln müssen.

Dessen ungeachtet war Nahm zwischen 1960 und 1969/70 im BMVt der Garant für Leitungskontinuität. Die Minister hingegen kamen und gingen in meist zu kurzen Zeiträumen, um Nachhaltiges hinterlassen zu können, falls sie dies überhaupt gewollt haben sollten. Hatte das BMVt im ersten Jahrzehnt seiner Existenz nur zwei Minister erlebt, so waren es im knappen zweiten Jahrzehnt derer sieben. Kein einziger dieser Ressortchefs, die zwischen Oktober 1960 und Oktober 1969 das BMVt führten, sollte eine volle Legislaturperiode im Amt bleiben wie Lukaschek, geschweige denn fast zwei Legislaturperioden wie Oberländer. Hans-Joachim von Merkatz (bis 1960 „Deutsche Partei“/DP, seither CDU) amtierte nur ein knappes Jahr, Wolfgang Mischnick (FDP) brachte es zwischen 1961 und 1963 – mit kurzer Unterbrechung Ende 1962 – immerhin auf den doppelten Zeitraum. BdV-Präsident Hans Krüger (CDU) war nach

400 Echlter, *Einfluß*, S. 282; vgl. auch Beer, *Symbolpolitik*.

401 Grosser, *Geschichte Deutschlands*, S. 183, der sonst nur noch Alfred Hartmann im Finanzministerium und Ludger Westrick im Wirtschaftsministerium bzw. im Kanzleramt zu dieser mächtigen Gruppe rechnete. Man würde Thedieck für das BMG hier noch hinzufügen wollen.

402 Vgl. Günter Buchstab: „Nahm, Peter Paul“, in: *Neue Deutsche Biographie* 18 (1997), S. 722. <https://www.deutsche-biographie.de/sfz67891.html> (07.07.2024).

403 Stickler, *Ostdeutsch*, S. 308.

404 Kather, *Entmachtung*, Bd. 2, S. 255.

405 Czaja, *Unterwegs*, S. 113 und S. 200.

406 Hanns Jürgen Küsters, Kai-Uwe von Hassel. 2 Bde., hier Bd. 2: *Minister und Präsident 1963–1997*. Darmstadt 2023, S. 444.

seiner Berufung zum BMVt im Oktober 1963 nur ein halbes Jahr im Amt, bevor er, ähnlich wie Oberländer, wegen eines Skandals um seine NS-Vergangenheit im Februar 1964 zurücktreten musste. Sein Nachfolger Ernst Lemmer (CDU) blieb rund ein- einhalb Jahre, wurde dann für dreizehn Monate durch Johann-Baptist Gradl (CDU) ersetzt, der Ende 1966 seinen Platz für Kai-Uwe von Hassel (CDU) räumen musste. Dieser wurde mit über zwei Jahren in der Bonner Husarenstraße der am längsten am- tierende Minister der 1960er Jahre im BMVt. Er hätte dieses Ressort vermutlich bis zu dessen Auflösung im Herbst 1969 geführt, wäre er nicht im Februar desselben Jahres in das Amt des Bundestagspräsidenten gewechselt. Dadurch wurde der aus Schlesien stammende CDU-Berufspolitiker Heinrich Windelen zwischen Februar und Oktober 1969 zur kurzen Coda dieser farblosen Ministerreihe.

Angesichts dieser Entwicklung ist das prononcierte, aber nicht unberechtigte Ur- teil formuliert worden, mit dem Rücktritt Oberländers habe „die Agonie des Minis- teriums“ begonnen.⁴⁰⁷ Was bedeutete dies für die Vernetzung mit dem Vertriebenen- verband?

4.1. Transitorium und Provokation: Entfremdung statt Vernetzung in der späten Ära Adenauer (1960–1963)

Hans-Joachim von Merkatz – als Spitzenpolitiker der rechtskonservativen „Deutschen Partei“ (DP) ein langjähriger Koalitionspartner Adenauers, der 1960 dann zur CDU übertrat – amtierte eigentlich zwischen 1955 und 1962 als Bundesminister für An- gelegenheiten des Bundesrates. Doch er hatte als kurzzeitiger Bundesjustizminister 1956/57 schon einmal als Interimslösung in einem vakant gewordenen Ressort fun- giert. Auch im BMVt blieb er eine bloße Übergangsfigur bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode. Von Merkatz diente vor allem dazu, dem Kanzler unerwünschte Vertriebenenpolitiker vom Ministeramt fernzuhalten. Nach dem Rücktritt Oberlän- ders soll die CDU-Führung sogar die Auflösung des Vertriebenenressorts erwogen haben, was man angesichts der befürchteten Reaktionen der Vertriebenenverbände dann aber doch nicht wagte. Ein Netzwerk um den ehemaligen VdL-Chef und aktiven CSU-Abgeordneten Baron Manteuffel-Szoege soll darauf gedrängt haben, Staatsse- kretär Nahm selbst zum neuen Minister zu machen. Gleichzeitig warf BdV-Präsident Krüger im Vertriebenen-Arbeitskreis der CDU/CSU-Bundestagsfraktion seinen eige- nen Hut in den Ring und erhielt dort mehrheitlich Zustimmung. Ein weiterer Kan- didat war der CSU-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der sudetendeutschen Ackermann-Gemeinde Hans Schütz, ein späterer Arbeitsminister in Bayern. Die hinter diesen Kandidaten stehenden Interessengruppen blockierten einander der- art effektiv, dass der Kanzler schließlich mit Bundesratsminister von Merkatz einen „Nichtvertriebenen“ zum BMVt-Minister ernannte.⁴⁰⁸

407 Beer, *Symbolische Politik?*, S. 314.

408 Wambach, *Verbändestaat*, S. 128.

Manteuffel war Adenauer offenbar am wenigsten willkommen, denn im Folgejahr 1961 scheint sich der Kanzler erfolglos an CSU-internen Versuchen beteiligt zu haben, den Baron um sein Bundestagsmandat zu bringen.⁴⁰⁹ Unionsfraktionschef Heinrich Krone, der offenbar zunächst den anderen CSU-Kandidaten Schütz unterstützte, hatte am 3. Oktober 1960 registriert, dass dieser nicht Minister werden würde, und sich dann mit Adenauer auf die Alternativen Krüger oder Merkatz verständigt, wobei Krone letzterem den Vorzug gab.⁴¹⁰ Wie man sieht, tat Adenauer es ihm gleich. Der christdemokratische Präsident des BdV blieb für das Amt des Vertriebenenministers zweite Wahl.

Wie schon 1953 wurden die in der CDU/CSU organisierten vertriebenenpolitischen Netzwerke durch diese Neubesetzung von Adenauer erneut dupiert. Herbert Czaja berichtet, dass der Kanzler nach dem Rücktritt Oberländers die Meinung einiger CDU-Abgeordneter zur Nachfolgefrage eingeholt habe – darunter die von Waldemar Kraft, Ernst Kuntscher, Hermann Götz und Czaja selbst. Diese hätten sämtlich Schütz favorisiert. Czaja will recht offenherzig argumentiert haben, was Adenauer „beeindrückt“ haben soll, aber nach den Erfahrungen des Kanzlers mit Kather eigentlich nur wenig gefallen haben kann: „Die aus Überzeugung der Union beigetretenen Politiker hätten bisher zurückgestanden“, so Czajas deutliche Spitze gegen Adenauers Bevorzugung des BHE-Überläufers Oberländer; in Zukunft benötige man „überzeugte, standfeste und kompromißbereite Vertriebene“. Adenauer dürfte der in solchen Attributen versteckte Widerspruch nicht entgangen sein, denn „nach einigen Tagen“ erfolgte die durch Krone übermittelte Absage des Kanzlers im Hinblick auf Schütz.⁴¹¹

Dessen Nichtberufung heizte die Bonner Gerüchteküche mächtig an. Czaja fragte sich, ob Adenauer lieber einen befreundeten Politiker wie von Merkatz habe versorgen wollen, trotz dessen geringer Sachkunde. Er betrachtete Nahm als mächtige Hintergrundfigur:

„Man munkelte damals, daß Staatssekretär Nahm das Ohr von Globke gehabt habe und nicht wollte, daß die Vertriebenen in das Ministerium selbst mit einem Kenner der Basisarbeit eintreten (um die flexiblen ‚Patrone‘ unter sich zu lassen). Möglicherweise wurden Gerüchte verstreut, um gezielte Desinformation zu betreiben, etwa die Westmächte wären dagegen, daß ein sudetendeutscher Vertriebener das Ministerium leite.“⁴¹²

An anderer Stelle rückte Czaja Kanzleramtschef Globke ins Zentrum dieser Intrigen, als er auf dessen angebliches „Zusammenspiel mit Nahm und möglicherweise mit alliierten Stellen z. B. gegen den Versuch, Hans Schütz zum Bundesvertriebenenminister zu machen“, zu sprechen kam.⁴¹³ Jedenfalls verdeutlichen Czajas Schilderungen,

409 Stickler, Ostdeutsch, S. 206.

410 Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 450f.

411 Czaja, Unterwegs, S. 229.

412 Ebd., S. 107; die angebliche Opposition der West-Alliierten dürfte, sofern es sie gab, darauf zurückzuführen sein, dass die Sudetendeutschen die Beschränkung der westdeutschen Revisionspolitik auf die Reichsgrenzen von 1937 zu unterminieren drohten.

413 Ebd., S. 223.

dass widerstreitende Netzwerke – nicht zuletzt ein Netzwerk mächtiger Staatssekretäre – in die Neubesetzung des BMVt involviert waren.

BdV-Präsident Hans Krüger, zugleich CDU-Bundestagsabgeordneter, dürfte dem machtbewussten Kanzler und dessen Umfeld als subalterne Figur erschienen sein. Als neuer BMVt-Minister wurde er im Oktober 1960 zwar kurz in Erwägung gezogen, am Ende aber vom Kanzler nicht gewollt. Adenauers Adlatus Krone sollte im Juli 1961 mit Blick auf die NRW-Landesliste der CDU für die nächste Bundestagswahl, auf der auch Krüger firmierte, abschätzig kommentieren: „Wenig Qualität.“⁴¹⁴ In der Folge würdigte Krone den langjährigen BdV-Präsidenten keiner einzigen namentlichen Erwähnung in seinen Tagebüchern mehr, auch nicht während dessen kurzer Amtszeit als BMVt 1963/64.⁴¹⁵

Gelegentlich kam es zu Reibungen zwischen Krüger und seinem Kanzler-Parteichef, etwa im Sommer 1961 mit Blick auf die Reaktion auf den DDR-Mauerbau.⁴¹⁶ Doch nur wenig später konnte Kanzleramtschef Globke seinem Herrn melden, dass Krüger „nicht ohne die Billigung des Herrn Bundeskanzlers“ in die USA reisen wolle.⁴¹⁷ Ein weiteres Schlaglicht auf das geringe Ansehen nicht nur Krügers, sondern der gesamten BdV-Führung beim Regierungschef wirft eine Notiz Adenauers vom Mai 1960, nachdem er den Besuch einer BdV-Delegation (Krüger, Gille, Rehs und Manteuffel) empfangen hatte. Adenauer hielt die Gruppe für Vertreter „vom Volksbund [sic!] der Vertriebenen“ und verübelte den Herren sichtlich, dass sie ihm eine viel zu lange Denkschrift überreicht hätten.⁴¹⁸

Von Merkatz hatte, obschon gebürtiger Pommer, kein persönliches Vertreibungsschicksal erlitten. Er hatte seit Studium und Promotion in Berlin gearbeitet, wo er NSDAP-Mitglied und ein von Franco ausgezeichnete Funktionär der deutsch-spanisch-lateinamerikanischen Kooperation unter faschistischem Vorzeichen gewesen war.⁴¹⁹ Seine NS-Vergangenheit interessierte nicht nur das DDR-Ministerium für Staatssicherheit, das dazu intensiv recherchierte⁴²⁰; auch im Bundestag hatten SPD-Oppositionsabgeordnete diesem Rechtskonservativen 1950 entgegengehalten, man werde nicht vergessen, dass er NSDAP-Mitglied gewesen sei, als sie in Hitlers Zuchthäusern gesessen hätten.⁴²¹ Andere urteilten gegenwartsbezogen, aber nicht weniger negativ: Laut Linus Kather hatte es vor Merkatz' Ernennung Spekulationen gegeben,

414 Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 451 und S. 515.

415 Vgl. ebd., Bd. 2, passim, mit Ausnahme der nicht-namentlichen Erwähnung der Amtseinführung sämtlicher Minister des Kabinetts Erhard 1963 auf S. 235.

416 BArch, B 136/9088, (BK Amt), Loosen, Vermerk, 15.09.1961.

417 Ebd., BK Amt, Staatssekretär, Vermerk, 06.10.1961.

418 Ebd., BK Dr. Adenauer, Aufzeichnung, 10.05.1960. Krüger sollte als ehemaliger BMVt und BdV-Präsident eine weitere, über 100 Seiten lange Denkschrift verfassen, die ohne erkennbare Wirkung in den Regierungsakten verschwand, vgl. BArch, B 106/22480, Bundesminister a. D. Krüger, „Welche Faktoren haben sich für die Eingliederung der Heimatvertriebenen als hemmend und welche als fördernd erwiesen?“, Juni 1967.

419 Hans-Otto Dill: Die lateinamerikanische Literatur in Deutschland. Bausteine zur Geschichte ihrer Rezeption. Frankfurt a. M. u. a. 2009, S. 38.

420 Ebd.

421 Zit. nach Schwartz, Vertriebene und Umsiedlerpolitik, S. 235.

ob der GB/BHE das BMVt wiedererhalten werde, falls er 1961 in den Bundestag wieder einziehen und Koalitionspartner der CDU/CSU werden sollte. Kather erinnerte an Mutmaßungen, Adenauer habe das Ressort bis dahin unbesetzt lassen wollen, und fügte mit bewährter Bissigkeit hinzu: „Man wählte einen Mittelweg, es blieb *so gut wie* unbesetzt.“ Den neuen Vertriebenenminister skizzierte Kather außerdem als jemanden, der sich bislang nicht als Unterstützer von Vertriebeneninteressen ausgezeichnet, sondern sich diesen öfters – etwa bei Lastenausgleichsfragen – widersetzt habe.⁴²² Auch Herbert Czaja erinnerte später abschätzig: „Merkatz, der sich ab und zu als Ostdeutscher gab, hatte uns nie etwas geholfen“.⁴²³

Nach der die organisierten Vertriebenen somit wenig begeisternden Ernennung dieses neuen Vertriebenenministers ging Adenauer den Vertriebenenverbänden lieber aus dem Weg. Ein vereinbartes Treffen mit Repräsentanten der schlesischen und oberschlesischen Landsmannschaften sagte der Kanzler im November 1960 wegen Erkrankung ab und schickte statt seiner Heinrich Krone. Dieser wurde dabei immerhin von Außenminister Heinrich von Brentano, BMG Ernst Lemmer, vom neuen BMVt-Minister von Merkatz und dessen Staatssekretär Nahm nebst einigen CDU-Bundestagsabgeordneten flankiert.⁴²⁴ Der nicht nur in solcher Umrahmung bedeutungslose Vertriebenenminister brachte es im Laufe seiner kurzen Amtszeit fertig, sich selbst zu desavouieren, indem er – wie die BdV-Vizepräsidenten Wenzel Jaksch und Erich Schellhaus dem Bundeskanzler im Herbst 1961 süffisant unterbreiteten – „im Kreise des Präsidiums des BUNDES DER VERTRIEBENEN selbst seine Betrauung als eine Übergangslösung bezeichnet hat“.⁴²⁵ Dennoch wurde derselbe von Merkatz, der das Amt des BMVt schon im Herbst 1961 wieder abgab, von seinem Nach-Nachfolger von Hassel Ende der 1960er Jahre zum Präsidenten des damals aufgewerteten OKR ernannt. Wie sich zeigte, fand der Polit-Pensionär Gefallen an dieser Funktion: Von Merkatz blieb der Vertriebenen-Thematik als Verfasser oder Herausgeber offiziöser Erfolgsbilanzen zur Vertriebenen-Integration bis in die späten 1970er Jahre hinein verbunden. Auf diese Weise wurde er quasi nachträglich jenes Gesicht amtlicher deutscher Vertriebenenpolitik, das er als Minister kaum gewesen war.⁴²⁶

Nach den Wahlen von 1961, bei denen die CDU/CSU ihre 1957 gewonnene absolute Mehrheit verlor, agierte Kanzler Adenauer ebenso wie 1953, indem er das BMVt als Verfügungsmasse einem neuen Koalitionspartner übergab. Wie einst der BHE erhielt nun die FDP den Zuschlag. Der neue linksliberale Minister Wolfgang Mischnick, der

422 Kather, *Entmachtung*, Bd. 2, S. 244. Hervorhebung nachträglich durch M. S.

423 Czaja, *Unterwegs*, S. 251.

424 Krone, *Tagebücher*, Bd. 1, S. 459.

425 BArch, B 234/1409, BdV, Jaksch/Schellhaus, an Bundeskanzler Dr. Adenauer, 26.10.1961.

426 Zum OKR: Von zur Mühlen, *Leistung und Förderung*, S. 41; zu von Merkatz' publizistischer Aktivität in den 1970er Jahren vgl. Hans Joachim von Merkatz: *Staat und Gesellschaft. Nach der Katastrophe*, in: Heinrich von zur Mühlen (Hrsg.): *Bausteine oder Dynamit? Leistung und Förderung der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland*. Bielefeld 1974, S. 9–13; Ders.: *Im gemeinsamen Wettbewerb die Nation behaupten*, in: von zur Mühlen, *Bausteine oder Dynamit?*, S. 175–177; Ders. (Hrsg.): *Aus Trümmern wurden Fundamente. Vertriebene – Flüchtlinge – Aussiedler. Drei Jahrzehnte Integration*. Düsseldorf 1979.

spätere langjährige Fraktionsvorsitzende der sozialliberalen Koalition ab 1969, war der erste Ressortchef, der überhaupt keinen persönlichen Bezug zu Vertreibungserfahrungen oder Vertreibungsgebieten aufzuweisen hatte. Dennoch war dieser gebürtige Dresdner, der aus der SBZ/DDR um 1950 aus politischen Gründen geflüchtet war, gleichzeitig der einzige der ersten sechs Vertriebenenminister, den der scharfzüngige Linus Kather 1965 vom Verdikt allgemeiner Unfähigkeit aller bisherigen Ressortchefs auszunehmen bereit war. Mischnick habe persönlich Format gehabt, freilich auch „ein starkes Handicap“ durch den Umstand, dass er kein Vertriebener, sondern „Sowjetzonenflüchtling“ gewesen sei.⁴²⁷

Das günstige Urteil Kathers wollte Herbert Czaja sehr viel später nicht teilen. Ihm war dieser erste und einzige FDP-Politiker an der Spitze des BMVt zutiefst suspekt. Mischnick, der „nichts für die Vertriebenen übrig“ gehabt habe, galt diesem CDU-Vertriebenenpolitiker als absolute „Fehlbesetzung“. Überhaupt seien „die Vertreter der Mitteldeutschen – auch in der CDU, noch mehr außerhalb der CDU – [...] keine Freunde der Ostdeutschen“ gewesen: „Eine vernünftige Zusammenarbeit mit dem linken Mischnick war trotz einiger Versuche nicht möglich. Er wies verschiedene Vorschläge kühl zurück und vertraute auf seine Macht als Koalitionspartner sowie auf die Belastung Adenauers mit vielen Sorgen.“⁴²⁸

Die Relation zwischen BMVt und BdV-Netzwerken drohte angesichts dieser provozierenden Personalie in offenen Konflikt umzuschlagen. War schon von Merkatz eine Brüskierung gewesen, so bedeutete Mischnick eine offene Provokation. Denn bedenkt man, dass die organisierten Vertriebenen den Verlust der absoluten CDU/CSU-Mehrheit 1961 als Folge der verfehlten Vertriebenenpolitik Adenauers werteten und daher die Ablösung des ungeliebten Ministers von Merkatz durch den eigenen Verbandspräsidenten und CDU-Politiker Krüger gefordert hatten, so muss die kühl kalkulierte Entscheidung Adenauers für den linksliberalen FDP-Mann und Nicht-Vertriebenen als massive Ohrfeige für den BdV gewirkt haben. Mischnicks Ernennung am 14. November 1961 erntete denn auch heftige Kritik von Vertriebenenseite. Namentlich der CSU-Bundestagsabgeordnete Baron Manteuffel-Szoege tat dies nicht nur in der CSU-Landesgruppe der Unionsfraktion kund, sondern äußerte sich recht eindeutig auch gegenüber CDU-Amtsinhabern wie dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt Karl Carstens, dem späteren Bundespräsidenten,⁴²⁹ der sich für Vertriebenenbelange zeitlebens als aufgeschlossen erweisen sollte.⁴³⁰

Sobald die Personalie Mischnick im Oktober 1961 bekannt geworden war, hatte sich BdV-Präsident Krüger als Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an deren Vorsitzenden Heinrich Krone gewandt, einen Vertrauten Adenauers, den dieser im November 1961 als Bundesminister für besondere Aufgaben an seine Seite ins Kabinett holen sollte. Diesem wichtigen Mitarbeiter des Kanzlers übermittelte Krüger

427 Kather, *Entmachtung*, Bd. 2, S. 243.

428 Czaja, *Unterwegs*, S. 229 und S. 236.

429 Stickler, *Ostdeutsch*, S. 226.

430 Vgl. Tim Szatkowski: *Karl Carstens: Eine politische Biographie*. Köln u. a. 2007, S. 109, S. 152f. und S. 379.

das Votum des BdV-Präsidiums gegen die Besetzung des BMVt „durch einen Nicht-vertriebenen“. Zwar war das ursprüngliche „Bundesministerium für die Angelegenheiten der Vertriebenen“ schon 1954 zum „Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte“ erweitert worden und damit längst auch für DDR-Flüchtlinge zuständig, aus deren Reihen der neue Minister stammte. Dennoch beharrte Vertriebenenlobbyist Krüger darauf: „Dieses Ministerium ist in erster Linie für Vertriebene eingerichtet worden, und die Vertriebenenangelegenheiten stellen auch heute noch die Hauptaufgabe dieses Ressorts dar.“ Krüger bat Krone, diese „Auffassung bei der Erörterung der Frage berücksichtigen zu wollen“.⁴³¹ Sein Appell verhallte wirkungslos. Adenauer bedurfte der FDP, um – gegen deren Wahlkampfversprechungen – noch eine Zeit lang weiterhin Kanzler bleiben zu können. Und er wollte das BMVt offensichtlich gerade *nicht* zum verlängerten Arm des Vertriebenenverbandes werden lassen.

Es war in der Folge bemerkenswert, dass sich namens des BdV nicht dessen Präsident, der Christdemokrat Krüger, direkt an den CDU-Bundeskanzler wandte, sondern zwei nicht der Kanzlerpartei angehörende Stellvertreter Krügers: der SPD-Bundestagsabgeordnete Wenzel Jaksch und der niedersächsische BHE-Vertriebenenminister Erich Schellhaus. Dabei hatte offensichtlich Jaksch die Botschaft formuliert und Schellhaus' Mitzeichnung sichergestellt. Die beiden Nicht-Christdemokraten signalisierten dem Kanzler mit größerer Konfliktbereitschaft als der devote Krüger, dass der Vertriebenenverband über alternative parteipolitische Vernetzungsmöglichkeiten verfügte. Zunächst stellten sie, wie schon ihr schwacher Verbandschef, mit Blick auf das BMVt kategorisch fest: „Dieses Ministerium ist in erster Linie für Vertriebene eingerichtet worden.“ Die SPD- und BHE-Politiker fügten jedoch spitz hinzu, die „Wertung dieses Ministeriums“ durch den Regierungschef werde im In- und Ausland als Gradmesser für die Signifikanz der Anliegen der Heimatvertriebenen verstanden. Eine Besetzung des Ministerpostens „durch einen Vertriebenen“ sei „umso mehr geboten, als der Staatssekretär in diesem Hause dem Kreise der Kriegssachgeschädigten zuzurechnen“ sei und „die leitenden Personen im Bundesausgleichsamt ebenfalls nicht Vertriebene“ seien. Anders als in Krügers zahmer Kommunikation mit Krone mündete Jakschs und Schellhaus' Telegramm an den Kanzler in eine veritable Drohung: „Im Hinblick auf zurückliegende Erfahrungen würde der BUND DER VERTRIEBENEN eine weitere Besetzung dieses Ministeriums durch eine sachfremde Persönlichkeit mit einer entschiedenen Opposition beantworten müssen.“⁴³² Diesen Ton hatte Adenauer von Vertriebenenseite seit Kathers Abgang aus der CDU nicht mehr vernommen. Freilich war das Drohpotential des BdV unmittelbar nach Wahl und Koalitionsbildung für Adenauer nicht allzu bedrängend.

Am 4. November 1961 sollten Krüger und Jaksch namens der BdV-Führung per Telegramm an den Kanzler ihre „Besorgnis“ nochmals bekräftigen, „die Heimatvertriebenen seien künftig möglicherweise von der Leitung des Bundesministeriums für

431 BArch, B 234/1409, BdV, Krüger MdB, an CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Krone, 25.10.1961.

432 Ebd., BdV, Jaksch/Schellhaus an BK Dr. Adenauer, 26.10.1961.

Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte ausgeschaltet“. Adenauer ließ die BdV-Führer demonstrativ auf Antwort warten. Erst Mitte Dezember – also fast sechs Wochen später – erklärte im Auftrag des Kanzlers ein Abteilungsleiter des Kanzleramts, die Befürchtung des BdV dürfte unbegründet sein. Zwar stehe kein Vertriebener mehr an der Spitze des BMVt, doch das Vertriebenenproblem sei, wie der Kanzler in seiner Regierungserklärung betont habe, vor allem ein „Anliegen der gesamten Bundesregierung“. Außerdem habe „Bundesminister Mischnick selbst inzwischen schon mehrfach erklärt, daß ihm die Belange der Vertriebenen ebenso sehr am Herzen liegen wie die Anliegen der Flüchtlinge und Kriegsbeschädigten [sic!]“. ⁴³³ Das musste genügen. Die eingeforderte Priorität der Vertriebenen war damit indirekt klar abschlägig beschieden worden.

Nachdem weder Bitten noch Drohungen den linksliberalen Mitteldeutschen zu verhindern vermocht hatten, tat dieser durch eigene Stellungnahmen alsbald alles, um den Konflikt mit dem Vertriebenenverband noch zu schüren. Kurz vor Silvester 1961 wandte sich daher BdV-Präsident Krüger persönlich an Kanzler Adenauer, weil sich „der Bundesminister für Vertriebene [...], Herr Mischnick, in äußerst bedenklicher Weise zum deutsch-polnischen Grenzproblem geäußert“ habe: „Seine Darlegungen kommen einer Verzichtserklärung nahe.“ „In ausgezeichnete Hochachtung“ hielt Krüger, der Adenauer im selben Schreiben seine Ergebenheit bekundete, „eine Klärung der Frage, wie es mit der Haltung des Herrn Bundesvertriebenenministers in der Frage der Oder-Neiße-Grenze steht, für unumgänglich“. ⁴³⁴ Der damals im Winterurlaub weilende Krüger hatte offensichtlich von der gesamten übrigen BdV-Führung massiv gedrängt werden müssen, unverzüglich an den Kanzler zu schreiben. ⁴³⁵

Erst am 30. Mai 1962 kam es zu einem längeren Gespräch zwischen den ins Kanzleramt geladenen BdV-Vertretern Krüger, Jaksch, Mocker und Gossing einerseits und dem Bundeskanzler und Mischnick andererseits. Was als Zeichen des guten Willens gedacht war, konnte den Dissens nicht verdecken. Dissens herrschte freilich nach diesem Gespräch auch im BdV-Präsidium. Krüger notierte: „Die Endauffassungen über dieses Gespräch sind verschieden.“ Er sei mit den Zusicherungen Adenauers zufrieden, während Mocker der Meinung sei, der Kanzler sei einer klaren Festlegung ausgewichen. ⁴³⁶

Adenauer wusste, warum er den fügsamen BdV-Chef mit kleinen Freundlichkeiten bei Laune hielt – so mit einer netten Reaktion auf dessen Darlegungen vor seiner USA-Reise, die in die Versicherung des Kanzlers mündete, er selbst habe mit US-Präsident John F. Kennedy „im Sinne unserer Vertriebenen gesprochen“. ⁴³⁷ Als aber die BdV-Führung Adenauer wenige Wochen später, Ende November 1962 und

433 Ebd., BKAm, Dr. Vialon, an BdV, Krüger, 16.12.1961.

434 Ebd., BdV, Krüger, an BK Dr. Adenauer, 29.12.1961.

435 Ebd., BdV, Schwarzer an Krüger, 29.12.1961: „Vereinbarungsgemäß anbei der Briefentwurf an den Herrn Bundeskanzler. Vorsorglich lege ich etwas Kopfpapier bei für den Fall, daß Sie Veränderungen vornehmen wollen. Allgemein ist man hier der Ansicht, daß Sie an den Bundeskanzler schreiben müssen.“

436 BArch, B 234/1411, BdV, Krüger, Vermerk über Gespräch mit Adenauer und Mischnick, 02.06.1962.

437 Ebd., BK Dr. Adenauer an BdV, Krüger, 20.11.1962.

wiederum per Telegramm, aufforderte, das durch den Rücktritt sämtlicher FDP-Minister im Zuge der „Spiegel-Affäre“ soeben erneut vakant gewordene BMVt nicht nur weiterbestehen zu lassen, sondern endlich auch „mit einem Vertriebenen“ zu besetzen,⁴³⁸ reagierte der Kanzler denkbar kühl: Er habe die Botschaft „erhalten und mit Interesse“ zur „Kenntnis genommen“.⁴³⁹ Als bald darauf die Koalition zwischen CDU/CSU und FDP erneuert wurde, ließ Adenauer das Vertriebenenministerium tatsächlich weiterbestehen, jedoch gelangte auch der dem BdV verhasste Mischnick erneut ins Amt. Er musste erst gehen, als im Herbst 1963 Adenauer selbst als Kanzler nach vierzehn Jahren von Bord ging und dessen CDU-Nachfolger Ludwig Erhard eine Wiederannäherung an den BdV für ratsam hielt.

Der Kanzler und seine Vertriebenenminister von Merkatz und Mischnick waren nicht die einzigen Mitglieder der letzten Kabinette Adenauers, die in Friktionen mit der Führungsgruppe des BdV gerieten. Aus heutiger Sicht überraschend gehörte damals auch der erst seit kurzem (seit 1961) amtierende Vorsitzende der bayerischen CSU, Franz Josef Strauß, dazu. Der damalige Bundesverteidigungsminister bekam im April 1962 Probleme mit der BdV-Führung, nachdem Strauß zum Vaterlandsbegriff der Bundeswehr erklärt hatte, für ihn seien lediglich „beide Teile Deutschlands, die Bundesrepublik und die Sowjetzone [i.e. die DDR], als unser Vaterland“ anzusehen. Mit Blick auf die Herkunftsgebiete der Vertriebenen hatte der Bayer hingegen betont, „wenn die Bundeswehr vom Begriff Vaterland spricht, dann nicht in dem Sinne, daß es ihre Aufgabe ist, durch politische oder geschichtliche Katastrophen verloren gegangene Teile unseres früheren Vaterlandes wiederzugewinnen“. Diese Position des CSU-Chefs wurde von den ranghöchsten BdV-Vertretern Krüger (CDU), Gossing (GDP), Jaksch (SPD), Mocker (GDP) und Schellhaus (GDP) parteienübergreifend kritisiert: Strauß dürfe für die Bundeswehr keinen besonderen Vaterlandsbegriff definieren, der die Ostgebiete ausklammere, sondern er habe den allgemeingültigen „Standpunkt der Bundesregierung und des Bundestages im Sinne der Grenzen von 1937“ zu vertreten. Dessen ungeachtet stünden die Vertriebenen natürlich ihrerseits auf dem Standpunkt der Bundespolitik, „daß bei der Lösung in der Frage der Wiedervereinigung keine Gewalt angewendet werden soll“.⁴⁴⁰

Man sei bisher der Überzeugung gewesen, so die BdV-Vertreter spitz, „daß in den großen deutschen Schicksalsfragen keine wesentlichen Unterschiede“ zwischen ihnen und Strauß bestanden hätten, doch seine jüngsten Äußerungen hätten „Besorgnis und Unruhe“ ausgelöst. Man hoffe, dass der Minister durch eine geeignete Antwort „das alte Vertrauen wieder herzustellen“ vermöge.⁴⁴¹ In seiner Reaktion, die Strauß

438 Ebd., BdV, Telegramm an BK Dr. Adenauer, 29.11.1962.

439 Ebd., BK Dr. Adenauer an BdV, Krüger, 05.12.1962.

440 BArch, B 234/1410, BdV, Krüger/Gossing/Jaksch/Dr. Mocker/Schellhaus, an BMVg Dr. Strauß, 16.04.1962; dabei waren sich damals auch rechtskonservative Vertriebenenpolitiker wie Erich Schellhaus völlig darüber im klaren, dass in der Bevölkerung der Bundesrepublik die Stimmung dahin tendierte, zur Bewahrung von Frieden und Wohlstand auf die Ostgebiete und die DDR zu verzichten; vgl. Lotz, Die Deutung des Verlusts, S. 132.

441 BArch, B 234/1410, BdV, Krüger/Gossing/Jaksch/Dr. Mocker/Schellhaus, an BMVg Dr. Strauß, 16.04.1962.

allein an den christdemokratischen BdV-Präsidenten Krüger adressierte, versicherte der CSU-Chef zwar, dass er „grundsätzlich mit Ihnen übereinstimme und daß es in den großen deutschen Schicksalsfragen“ zumindest „keine wesentlichen Unterschiede“ gebe. Zugleich aber wies der CSU-Chef darauf hin, dass die Wiedergewinnung der verlorenen Ostgebiete weit schwerer zu erreichen sein würde als eine Vereinigung mit dem östlichen deutschen Teilstaat. Auch legte Strauß Wert auf die nochmalige Feststellung, dass sowohl für die Wiedervereinigung von Bundesrepublik und DDR als auch für eine Wiedergewinnung der Ostgebiete „der Gewaltverzicht“ gelte. Besonders ein deutscher Verteidigungsminister müsse sich „möglichst vorsichtig ausdrücken“, um kein internationales Misstrauen zu wecken. Strauß bat daher „um Verständnis“ für seine Erklärung, „daß es nicht die Aufgabe der Bundeswehr ist, diese Teile unseres früheren Vaterlandes wiederzugewinnen“. Die westdeutsche Armee habe im Rahmen des NATO-Bündnisses lediglich dazu beizutragen, „daß ein Krieg verhindert oder ein Angriff auf die Bundesrepublik zurückgeschlagen“ werde. „Bei jeder anderen Definition der Aufgaben der Bundeswehr wird sofort unterstellt werden, daß die Bundeswehr eine aggressive Revanchearmee sei.“⁴⁴² Darauf antwortete die BdV-Spitze nichts, doch dürfte sie den bald darauf erfolgten Absturz von Strauß als Bundesminister im Zuge der skandalösen „Spiegel-Affäre“ gegen Jahresende 1962 nicht allzu sehr bedauert haben.⁴⁴³ Auch in den folgenden Jahren blieb man gegenüber Strauß distanziert.⁴⁴⁴

Nach seinem Abgang als Kanzler im Herbst 1963 blieb Konrad Adenauer noch bis 1966 Bundesvorsitzender der CDU. Die wechselseitige Distanz zwischen Altkanzler und BdV-Netzwerken, die unterdessen von Sozialdemokraten und rechtskonservativen Ex-BHE-Funktionären dominiert waren, wurde zu einer spürbaren Belastung der Beziehungen. Dies begann die CDU allmählich stärker zu empfinden als die vielfältiger vernetzte Vertriebenenführung, innerhalb derer SPD-Vertreter immer größeren Einfluss gewannen. Es scheint gleichwohl bis 1965 gedauert zu haben, bis sich Adenauer zu einer Geste neuerlicher Annäherung bewegen ließ. Erstmals organisierte er ein Treffen der CDU-Parteiführung mit dem Präsidium des BdV, indem er letzteres zu einem gemeinsamen Abendessen einlud. Aus diesem Anlass bekundete der Altkanzler in unschuldigstem Tone, schon „seit längerer Zeit“ habe man „die Absicht, das Präsidium des Bundes der Vertriebenen zu einem Gespräch einzuladen“.⁴⁴⁵ Das Treffen fand am 20. Januar 1965 statt und zog vollendete Höflichkeiten nach sich, die die unterdessen verfestigte innere Distanz aber nicht verdecken konnten: BdV-Präsident Wenzel Jaksch, der als Sozialdemokrat 1964 den gescheiterten CDU-Mann Krüger abgelöst hatte, dankte dem „Altbundeskanzler“ für den Austausch, durch den man

442 Ebd., BMVg Dr. Strauß an BdV, Krüger, 30.04.1962.

443 Vgl. zur ambivalenten Reaktion der Vertriebenenverbände auf die 1959 von der Bundesregierung unternommene, dann aber von Bundeskanzler Adenauer im letzten Moment desavouierte außenpolitische Initiative zum „Gewaltverzicht“: Ahonen, *After the Expulsion*, S. 149–159. Während BMVt-Minister Oberländer und BdV-Präsident Krüger (beide CDU) die Initiative gebilligt hatten, hatten zahlreiche Vertriebenen-Aktivistinnen dagegen heftig protestiert.

444 Vgl. Kap. 4.4.

445 BArch, B 234/1425, CDU, Adenauer, an BdV, Jaksch, o. D. [Eingang 05.01.1965].

die Überzeugung gewonnen habe, „daß die Vertriebenen bei ihren begründeten Anliegen mit der führenden Regierungspartei rechnen“ könnten.⁴⁴⁶ Adenauer reagierte mit Dank für eine „offen, freimütig und vertrauensvoll“ geführte Diskussion.⁴⁴⁷ Eine wahrhaft funktionierende Vernetzung hätte solcher Floskeln nicht bedurft.

4.2. Gescheiterte Personalunion: Engste Vernetzung in der Episode Krüger (1963/64)

Mit dem von der FDP erzwungenen CDU-Kanzlerwechsel von Adenauer zu Erhard im Herbst 1963 schien das schon seit 1960 als existenzgefährdet wahrgenommene BMVt kurzzeitig eine ungeahnte Wiederaufwertung zu erfahren. Denn der neue Kanzler brach mit der schroffen Tradition seines Vorgängers, nach den unguten Erfahrungen mit dessen ersten Minister das BMVt nie wieder dem Exponenten eines Vertriebenenverbands zu überantworten. Erhard ernannte stattdessen – ähnlich wie Adenauer 1949 im Falle Lukaschek – mit Hans Krüger den amtierenden Präsidenten des Lobbyverbands der Vertriebenen zum Minister für Vertriebene. Anders als Lukaschek, der seinen Verbandsvorsitz beim ZvD bei seiner Ministerernennung niedergelegt hatte, behielt Krüger als Minister auch seine Verbandspräsidentschaft bei. Freilich war dies nur formal, da die Geschäfte im BdV faktisch von einem Stellvertreter besorgt wurden. Doch das Signal, das Krüger damit geben wollte, war klar: Eine unverhohlene Personalunion zwischen Ministerium und Verband.

Sogar der allzeit kritikbereite Linus Kather lobte Erhard für diesen Versuch, die langjährige Vernachlässigungspolitik Adenauers zu beenden; doch zugleich hatte Kather hellwach registriert, dass das BMVt zunächst dem aufstrebenden CDU-Spitzenmann Rainer Barzel mit ostpreußischem Vertriebenen-Hintergrund, aber ohne Verbands-Engagement, angeboten worden war. Erst nach dessen Ablehnung sei dann Krüger zum BMVt-Minister berufen worden, womit Erhard „den sichersten Weg zu gehen“ geglaubt habe. Geendet sei dies jedoch mit einer „säkularen Blamage“, so Kather im Rückblick von 1965. Denn Krüger, von kommunistischen Ostblockstaaten (DDR und Polen) angeprangert als Nazi und sogar als Kriegsverbrecher, habe nach ungeschickten und zum Teil lügenhaften Verteidigungsversuchen im Februar 1964 schmachvoll zurücktreten müssen. Kather kommentierte bissig: „Wenn nicht diese Panne mit der politischen Vorbelastung passiert wäre, dann würde Krüger noch heute im Amt sein und sicherlich noch viele Jahre dieses Ministerium ‚verwaltet‘ haben.“ Und dies, obwohl der Mann sich schon zuvor als „gänzlich ungeeignet“ für das Spitzenamt im BdV erwiesen habe.⁴⁴⁸ Noch 1981 erinnerte Kather den damaligen BdV-Präsidenten Czaja hämisch daran, dass nach der Ernennung Krügers zum Bundesvertriebenenminister die „Süddeutsche Zeitung“ ein falsches Foto abgedruckt habe, das

446 Ebd., BdV, Dr. Jaksch, an CDU, Dr. Adenauer, 27.01.1965.

447 Ebd., CDU, Dr. Adenauer, an BdV, Dr. Jaksch, 11.02.1965.

448 Kather, Entmachtung, Bd. 2, S. 246; zu den Personalien Barzel und Krüger bei der Neubesetzung des BMVt 1963 auch Kai Wambach: Rainer Barzel. Eine Biographie. Paderborn 2019, S. 209; zum NS-Skandal um Krüger ausführlich Schwartz, Funktionäre, S. 43–68.

statt Krüger dessen Stellvertreter Schellhaus gezeigt habe: „Der BdV war also schon damals eine unbeachtliche Größe.“⁴⁴⁹

In Kathers Augen machte persönliche Schwäche ungeeignet für Führungsämter in Ministerium und Verband. Andere hingegen haben mit gutem Grund gemutmaß, gerade *weil* Krüger im BdV „als zu weich und kompromissbereit“ gegolten habe, sei er für Erhard und dessen Ratgeber dann auch für das Ministeramt „im Hinblick auf den oft beschworenen Kabinettsfrieden durchaus interessant“ gewesen.⁴⁵⁰ Schon vor seiner ersten Wahl zum BdV-Präsidenten 1958 wusste man im Kanzleramt nur allzu gut, dass Krüger zwar „der aussichtsreichste Kandidat“ war, aber keineswegs unangefochten. Denn trotz seines CDU-Mandats bestanden gegen ihn in sudetendeutschen „CDU-Kreisen“ offenbar „gewisse Bedenken aus landsmannschaftlichen Gründen“. Aus Sicht des Kanzleramts war Krüger jedoch der Kandidat der Regierungspartei, der nicht scheitern durfte, sollte die BdV-Führung nicht „an den BHE“ fallen.⁴⁵¹

Wider Erwarten hatte Krüger sich in der Folgezeit im BdV-Machtkampf zu behaupten gewusst. Dabei dürfte eine Rolle gespielt haben, dass man in der Spitzenposition eines CDU-Repräsentanten bedurfte, um Direktzugang zu Kanzler und Vertriebenenminister zu gewährleisten, die beide dieser führenden Regierungspartei angehörten. Zwar warnte eine BdV-interne Quelle Anfang 1960 Staatssekretär Nahm und über diesen das Kanzleramt vor Absprachen der „im Bund der Vertriebenen (BdV) zusammengeschlossenen Kräfte“, insbesondere der „im Hintergrund stehenden Personen“, um erneut die Möglichkeit eines Machtwechsels im Verband in Richtung BHE anzudeuten: „Nach diesen Absichten wird Präsident Krüger demnächst nochmal für ein Jahr an die Spitze des BdV gewählt werden. Anfang 1961 soll er dann durch eine aktivere Persönlichkeit ersetzt werden, vermutlich durch Herrn Gille.“⁴⁵² Ein Indiz verbandsinterner Schwäche war es auch, dass Krüger 1960 als Kandidat für die Minister-Nachfolge Oberländers auf Widerstand der Landsmannschaften und ihres Exponenten Baron Manteuffel in der Unionsfraktion gestoßen war.⁴⁵³ Doch Krüger vermochte sich an der BdV-Spitze zu halten und wurde 1962 wiedergewählt. Diesmal profitierte er davon, dass es keine mehrheitsfähige Alternative gab. Sein unionsinterner Rivale, der CSU-Abgeordnete Manteuffel, war im Juni 1962 verstorben, während die aufstrebenden SPD-Politiker Jaksch und Rehs, die später Nachfolger Krügers werden sollten, für allzu viele noch „das Problem des falschen Parteibuchs“ hatten.⁴⁵⁴ BHE-Politiker wie Alfred Gille wiederum gehörten zu diesem Zeitpunkt einer Partei an, die zumindest bundespolitisch bereits irrelevant geworden war.

In der Negativbeurteilung Krügers als unbedeutende Führungsfigur waren sich Linus Kather und dessen Intimfeinde, die baltendeutschen Netzwerker, bezeichnen-

449 ACDP, 01-377-09/7, Dr. Kather an Dr. Czaja MdB, 17.01.1981, S. 1.

450 Fischer, Heimat-Politiker, S. 122.

451 BArch, B 136/2714, Bl. 293, BKAm, Dr. Bachmann, an BK Dr. Adenauer, 04.12.1958.

452 Ebd., Bl. 351–353, BKAm, Dr. Vialon, an BK Dr. Adenauer, 05.01.1960.

453 Fischer, Heimat-Politiker, S. 122.

454 Stickler, Ostdeutsch, S. 208.

derweise einig.⁴⁵⁵ Dass sah allerdings die Führung des BdV während der kurzlebigen Ministerschaft ihres Verbandschefs völlig anders. Als BdV-Präsident Krüger zusammen mit seinem SPD-Vizepräsidenten Jaksch im Januar 1964 den BdV-Jahresbericht für 1963 fertigstellte, zeigten sich beide zwar unzufrieden mit der Regierungserklärung des neuen Kanzlers, da Ludwig Erhard trotz eines Hinweises auf die Grenzen von 1937 das Recht auf die Heimat nicht genügend bekräftigt und auch die sozialpolitischen Belange der Vertriebenen nur allgemein erwähnt habe. Doch als veritablen Erfolg feierte man die Berufung Krügers zum Vertriebenenminister, die „auch aus ostpolitischen Gründen“ erfolgt sei. Außerdem wusste man im BdV zu schätzen, dass zwei weitere Bundesminister – der neue BMG Erich Mende (FDP) und der langjährige Verkehrsminister Hans-Christoph Seebohm (früher DP, ab 1960 CDU), der seit 1961 auch Mitglied im BdV-Präsidium war – dem BdV angehörten oder nahestanden.⁴⁵⁶ Im Vergleich zur Konfrontationsbereitschaft des späten Konrad Adenauer schien diese Mehrfach-Vernetzung unter Erhard vielversprechend zu sein. Wenzel Jaksch feierte Anfang 1964 namens des BdV den neuen BMVt als „Mann unseres Vertrauens“.⁴⁵⁷

Auch in der liberalen Wochenzeitung „Die Zeit“ wurde die Ernennung des „gemäßigte[n], tolerante[n] Krüger“ als guter Griff des neuen Kanzlers gefeiert; dabei verstieg sich der Autor allerdings zu der im Rückblick eklatanten Fehlprognose: „Im Falle Krüger mangelt es den propagandistischen Scharfschützen im Osten an Störfermuniton. So gern sie vom ‚Revanchisten-Ministerium‘ sprechen, so wenig können sie dem neuen Hausherrn am Zeuge flicken. [...] Er hat nicht einmal eine ‚Vergangenheit‘, die angeprangert werden könnte.“ Da lag der Autor falsch, wie man bald wusste. Doch in seinem äußerst wohlwollenden „Zeit“-Artikel vom November 1963 erfuhr man über die Vergangenheit des als besonnen und gemäßigt präsentierten BdV-Präsidenten und neuen Vertriebenenministers lediglich, dass er irgendwann Karriere als „Landgerichtsrat und Oberamtsrichter“ gemacht hatte.⁴⁵⁸ Dass diese Richterkarriere im Zweiten Weltkrieg im annektierten Westpreußen stattgefunden hatte, erfuhr man hingegen nicht. Und es bedurfte einer propagandistisch begleiteten Anklage, die – mit Material aus der Volksrepublik Polen – nach Bonn gereiste DDR-Staatsanwälte ihren dortigen Amtskollegen überreichten, um die westdeutsche Öffentlichkeit darüber aufzuklären, dass Krüger sich einst als Teilnehmer des Hitler-Putsches von 1923 ausgegeben hatte (was – anders als etwa bei seinem Vorgänger Oberländer – nicht stimmte), dass Krüger in Westpreußen NSDAP-Ortsgruppenleiter und Mitglied eines „Sondergerichts“ gewesen war, einer speziellen Verfolgungs-Institution der NS-Dik-

455 Nur nach wenigen Monaten BdV-Präsidentschaft bezeichnete Manteuffel Krüger abfällig als das insignifikante „Lächeln des Landes“, vgl. BArch, N 1412/17, Dr. Baron Manteuffel-Szoege MdB an de Vries, 10.06.1959.

456 BArch, B 234/1409, BdV, Krüger/Dr. Jaksch/Schwarzer, Jahresbericht 1963, Januar 1964, S. 1.; zu Seebohms Zugehörigkeit zum BdV-Präsidium zwischen 1961 und 1968 siehe Stickler, Ostdeutsch, S. 456f.

457 Vgl. Schwartz, Funktionäre, S. 67.

458 Dietrich Strothmann: „Sein Prinzip: Besonnenheit. Hans Krüger – der neue Mann im Vertriebenenministerium“, in: Zeit Nr. 47 v. 22.11.1963, <http://www.zeit.de/1963/47/sein-prinzip-besonnenheit> (26.01.2014).

tatur, in der nur als besonders zuverlässig geltende NS-Juristen tätig werden konnten, und dass es sogar polnische Zeugenaussagen gab, Krüger habe in Westpreußen an Selektionen für Massenerschießungen und an Todesurteilen gegen Polen mitgewirkt. Auch wenn nicht alle Vorwürfe einer Nachprüfung standhielten, wirkten diese Enthüllungen und Krügers ungeschickte Reaktion darauf nichts weniger als verheerend. Beides zerstörte seine Nachkriegskarriere binnen kürzester Zeit.⁴⁵⁹

Doch zu Beginn dieser Ministerschaft schienen Krügers bisherige Unauffälligkeit im Amt des BdV-Präsidenten und seine politische Mäßigung die wichtigsten Qualifikationen für das Amt des Vertriebenenministers zu sein: Mit ihm, so hieß es in der Presse, sei der BdV seit 1958 „von einem ruhigen, zu keiner Art von Radikalismus neigenden Mann“ geführt worden – einem veritablen „Mann des Ausgleichs“⁴⁶⁰. Dieser „bedachtsame, geduldige Flüchtlingspolitiker“ habe „für Ruhe und Ordnung unter den manchmal aufsässigen Vertriebenen sorgen“ sollen, sich gegen Populisten wie Linus Kather durchgesetzt und „oft genug den Zorn derer, die meinten, zu kurz gekommen zu sein“, erfolgreich „durch gutes Zureden zum Schweigen“ gebracht. Dafür müsse er in Kauf nehmen, dass „er zuweilen von seinen eigenen Leuten als ‚Weichling‘ und ‚Kompromißler‘ verächtlich gemacht“ werde. Zwar erinnerte man sich auch in der „Zeit“ daran, dass Krüger eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als absolutes „Tabu“ betrachtete und deshalb seinem Amtsvorgänger Mischnick „einmal vorgehalten haben“ soll, dieser sei immer noch „der Minister für Vertriebene, nicht gegen Vertriebene“. Doch zugleich hielt man Krüger zugute, bei seiner Revisionspolitik strikt auf Verständigung und Gewaltlosigkeit zu setzen.⁴⁶¹

In seiner Zeit als Verbandspolitiker hatte Krüger diverse Vernetzungen ins BMVt hinein aufgebaut – etwa zum damaligen Minister Oberländer und zum Staatssekretär Nahm. Dies galt auch für BMVt-Pressereferent Dr. Hans Georg Schlicker, der sich 1959 mit Krüger nicht nur duzte, sondern auch private Kontakte gepflegt zu haben scheint.⁴⁶² Nach seiner Ernennung zum Bundesminister bemühte sich Krüger jedoch um Vernetzungen auf ganz anderer Ebene: Er suchte Kontakt zum neuen BMG, dem koalitionspolitisch einflussreichen FDP-Vorsitzenden und Vizekanzler Erich Mende, einem gebürtigen Oberschlesier; und auch zu dessen CDU-Vorgänger als BMG, dem gebürtigen Ermländer Rainer Barzel, der es vorgezogen hatte, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu werden, statt das BMVt zu übernehmen. Nur dadurch hatte Krüger überhaupt Vertriebenenminister werden können – was in den Medien auch ganz offenherzig diskutiert wurde.⁴⁶³ Obwohl die „Rheinische Post“ im November 1963 Krügers Einfluss im Kanzleramt als hoch veranschlagte und Funktionäre

459 Vgl. Schwartz, Funktionäre mit Vergangenheit, S. 43–68, S. 187–190 und S. 420–447.

460 „Das NRZ-Porträt: Hans Krüger. Mann des Ausgleichs“, in: Neue Rheinzeitung v. 18.10.1963.

461 Strothmann, Sein Prinzip.

462 Darauf deuten Schlickers Grüße an Krügers Gattin hin; vgl. BArch, B150/3251 Bd. 2, BMVt, Dr. Schlicker, an P BdV Krüger MdB, 20.07.1959.

463 Strothmann, Sein Prinzip; „Das NRZ-Porträt: Hans Krüger. Mann des Ausgleichs“, in: Neue Rheinzeitung, 18.10.1963.

im DDR-Innenministerium dieser Einschätzung später folgten⁴⁶⁴, wusste Krüger als nachrangiges Kabinettsmitglied nur zu gut, dass er diese beiden entscheidenden Akteure der Regierungskoalition zu hofieren hatte. Gegenüber Mende hob er als BdV-Präsident die günstigen Beziehungen zwischen Verband und BMG hervor, womit er zugleich zweifellos die ungute Erinnerung im BMG an die vom damaligen BMVt Oberländer verursachten Konflikte beider Häuser in den Jahren 1959/60, bei denen es um die Alleinzuständigkeit bei der Subventionierung des BdV gegangen war⁴⁶⁵, vergessen zu machen suchte. Der neue Vertriebenenminister bemühte sich, dem mächtigeren Kollegen im BMG gezielt als freundlicher Verbandschef zu begegnen und damit seine Eigenschaft als konkurrierender Ressortchef möglichst in den Hintergrund treten zu lassen:

„Das Verhältnis des Verbandes zu dem von Ihnen geleiteten Ministerium hat sich in den letzten Jahren außerordentlich günstig entwickelt. Ich kann insoweit – ich möchte sagen – auf eine reibungslose Zusammenarbeit zurückblicken. Es würde mir sehr daran liegen, wenn es auch in Zukunft so bliebe. Seitens des Verbandes soll es an der Zusammenarbeit nicht fehlen.“⁴⁶⁶

Gleichzeitig aber ließ Krüger Mendes BMG-Vorgänger Barzel wissen, „daß die Vertriebenen Ihr Ausscheiden aus dem Amt sehr bedauern“. Barzels Auftreten in Verbandskreisen habe „nachhaltigen Eindruck gemacht“. Auch in dessen neuem Amt werde er, Krüger, oft auf Barzels Hilfe angewiesen sein. Auch hier sprach Krüger – sogar auf BdV-Briefpapier – mehr als Verbandschef denn als Minister.⁴⁶⁷ Er hatte als BdV-Präsident schon Anfang 1963 eine gewisse Vernetzung mit dem damaligen BMG erreicht, der sich sehr erfreut über einen „liebenswerten Brief“ Krügers gezeigt und diesem versichert hatte, „daß wir politisch übereinstimmen“. Das Ganze mündete in Barzels Angebot, „möglichst noch in diesem Monat mit Ihnen zu einem ruhigen Gespräch zusammentreffen zu dürfen“.⁴⁶⁸ Was immer daraus geworden sein mag: Nach Krügers Sturz sollte es etliche Jahre dauern, bevor der Unions-Fraktionschef im Frühjahr 1966 wieder ernsthaft eine kommunikative Vernetzung mit dem BdV-Präsidium suchte,⁴⁶⁹ um den durch Adenauers demonstrative Distanz entstandenen Schaden einzudämmen. Auch hier waren nach dem Scheitern Krügers ganz offensichtlich Vernetzungen abgerissen.

Während die BdV-Führung Anfang 1964 die kurz zuvor erfolgte Ernennung ihres Verbandsvorsitzenden zum Vertriebenenminister ostentativ feierte, hat der CDU-Ver-

464 BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS-HA IX/11 FV 13/71 Bd. 4, Bl. 8ff., insb. Bl. 13, MdI DDR, Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung, Martin Seckendorf, „Analyse zur Durchsetzung der Führungsorgane des Bundes der Vertriebenen (BdV) mit Nazis (Stand: September 1969)“, Dezember 1969.

465 Vgl. die Vorgänge in BArch, B 136/2714.

466 BArch, B 234/1254, BdV, BMVt Krüger, an BMG Dr. Mende, 21.10.1963.

467 Ebd., BdV, Bundesminister Krüger, an Bundesminister a. D. Dr. Barzel, 21.10.1963.

468 Ebd., BMG Dr. Barzel an BdV, Krüger, 02.01.1963.

469 BArch, B 234/1423, Vors. CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Barzel, an BdV, Dr. Jaksch, 06.05.1966, sowie BdV, Schwarzer, an Rösing (MdB CDU), 24.06.1966.

triebenenpolitiker Herbert Czaja – folgt man seinen Memoiren – die Situation von BMVt und BdV im Herbst 1963 deutlich kritischer bewertet. Dass der gebürtige Ostpreuße Barzel das ihm von Erhard angebotene Amt des BMVt nicht angenommen habe, habe deutlich gezeigt, „wie gering die Vertriebenenfrage von führenden Politikern bewertet wurde“. Nicht nur darin stimmte Czaja mit der früheren, ganz ähnlichen Wertung Linus Kathers überein. Auch mit Blick auf Erhards zweite Wahl Krüger gelangte Czaja zu dem ungünstigen Schluss: „Das Vertriebenenministerium bekam der recht ruhige Hans Krüger unter Berufung auf seine Rolle in der Führung des BdV, der sich bei der ersten Belastung sofort beugte und sich still anzupassen gewohnt war. Von ihm waren große Konzeptionen kaum zu erwarten.“ Hingegen habe die Sudetendeutsche Landsmannschaft mit Bundesverkehrsminister Seehofer einen „dynamischen und sachkundigen“ Vertreter von Vertriebenen-Interessen im Kabinett gehabt. Folglich hielt sich Czajas Bedauern in Grenzen, als im Skandal um Krügers NS-Vergangenheit der Kanzler seinen „bis dahin farblosen Minister“ schon im Februar 1964 zur Demission zwang.⁴⁷⁰

Denn seit den gegen ihn öffentlich erhobenen Ostblock-Vorwürfen wegen seiner NS-Vergangenheit galt Krüger schlagartig als schwere Belastung – als „ein zweiter Oberländer“.⁴⁷¹ Auch Bundeskanzler Erhard hatte zwangsläufig den ähnlich gelagerten Fall des BMVt-Ministers Oberländer im Blick, der sich 1959/60 quälend lang hingezogen hatte, „bis es nicht mehr ging“. Erhard zog aus der verfehlten Wagenburgmentalität seines Vorgängers Adenauer „überraschend schnell und entschieden die Konsequenzen“, indem er Krüger „umgehend“ fallen ließ: „Das wurde in der Öffentlichkeit positiv vermerkt, und so geriet der personalpolitische Mißgriff sogar zu einem kleinen Prestigegewinn für den Kanzler.“⁴⁷²

Für den BdV jedoch war der jähe Absturz seiner Galionsfigur ein schwerer Rückschlag. Linus Kather hatte recht, wenn er 1965 feststellte, die Ernennung Krügers zum Vertriebenenminister habe „in kürzester Frist zu einer säkularen Blamage des Bundes der Vertriebenen“ geführt und „das Ansehen der Bundesregierung, der Vertriebenen und des ganzen deutschen Volkes“ beschädigt. Die Verantwortung dafür lag aus Sicht Kathers eindeutig bei der Vertriebenenorganisation – „oder richtiger gesagt“ bei deren „Führungsgremium“ –, das eben eine Person wie Krüger an seine Spitze gestellt habe. Dieses Gremium hatte im Januar 1964 seinen wegen NS-Belastungen attackierten Präsidenten-Minister unter der Parole „Den Helm fester binden“ noch massiv belobt und verteidigt, bevor es nach der Beurlaubung Krügers durch den Bundeskanzler unter Vorsitz des Sozialdemokraten Reinhold Rehs dann einen Beschluss fasste, der die völlige Nichtbetroffenheit des BdV durch den NS-Skandal um seinen Präsidenten-Minister behauptete. Kather kommentierte gallig: „Es ist bestimmt nicht leicht, soviel Unsinn in so wenige Sätze hineinzubringen.“ Und er stellte fest: Es habe eine „besondere Tragik“, dass „die erste Berufung eines Exponenten des

470 Czaja, *Unterwegs*, S. 274 und S. 283.

471 „Ein zweiter Oberländer. Weltecho zu Enthüllungen über Bonner Minister Krüger“, in: *BZ* am Abend, 09.12.1963.

472 Volker Hentschel: *Ludwig Erhard. Ein Politikerleben*. München, Landsberg am Lech 1996, S. 468.

Verbandes“ in das Amt des BMVt „einen so katastrophalen Ausgang“ habe nehmen müssen.⁴⁷³ In der Tat sollte die 1963/64 versuchte Personalunion zwischen BMVt und BdV niemals wiederholt werden.

Damit verlor der BdV für immer die Chance, das BMVt über die Personalunion an der Spitze zu seiner vertriebenenpolitischen Lobby-Bastion auszubauen. Die Folgen schwindender Vernetzung und Abstimmung zeigten sich rasch. Im Mai 1964 wandte sich BdV-Bundesgeschäftsführer Dr. Georg Schebesta im Auftrage des neuen Präsidenten Wenzel Jaksch an BMVt-Staatssekretär Nahm. Zwar hatte dieser einer Bitte Jakschs entsprochen und es dessen Geschäftsführer gestattet, in den Referentenentwurf des Arbeits- und Sozialministeriums zur Änderung des damaligen Rentengesetzes Einblick nehmen zu lassen: „Wir dürfen für Ihr freundliches Entgegenkommen und Verständnis herzlich danken.“ Doch gleichwohl war unklar geblieben, ob das Vertriebenenministerium innerhalb der Bundesregierung die Position des BdV vertrat. Der Verband hatte im November 1963 – zur Zeit der Personalunion unter Krüger – seine Änderungswünsche zum Rentengesetz durch Schreiben seines Präsidenten übermittelt und „den Herrn Minister gebeten, die Wünsche des Bundes der Vertriebenen zu vertreten“. Dies hätte unter Krügers Ministerschaft wahrscheinlich Übereinstimmung garantiert. Nun aber musste der BdV-Geschäftsführer gegenüber dem obersten Beamten des BMVt eingestehen, dass er leider nicht habe in Erfahrung bringen können, ob die Forderungen des Verbandes tatsächlich berücksichtigt worden seien. Daher müsse sich der BdV „vorbehalten, zu gegebener Zeit evtl. weitere Überlegungen vorzutragen“. Da aber noch im laufenden Monat Mai 1964 interne Abstimmungen in der Bundesregierung anstünden, wolle man zunächst „nur auf die Bestimmungen eingehen, für die wir *unbedingt* eine bessere Regelung“ erhalten wollten. Nach vielen Details folgte die erwartungsvolle Formel: „Wir sind der Überzeugung, daß es dem Vertreter des Bundesministeriums für Vertriebene [...] gelingen wird, die noch nicht erfüllten Wünsche des Bundes der Vertriebenen in den Referentenentwurf einzugliedern.“ Vorsichtshalber bat Schebesta darum, ihm „nochmals Gelegenheit zu einer Aussprache zu geben“ und auch den Vertriebenenbeirat des BMVt anzuhören.⁴⁷⁴

Das hinter äußerlicher Vertrauensbekundung versteckte Misstrauen erwies sich als nur zu berechtigt. Auf der Durchschrift dieses Schreibens in den Akten des BdV finden sich zwei handschriftliche Vermerke, die die weitere Entwicklung dokumentieren. Der erste richtete sich an Schebesta: „Sie möchten bitte Dr. Jaksch sagen, ob N. sich gerührt hat.“ Damit war offenbar der Staatssekretär im BMVt gemeint. Der zweite Vermerk war ein Nachtrag mit Rotstift: „Am 10.6. Dr. Jaksch gesagt, es sei *keine* Antwort eingegangen.“⁴⁷⁵ Die kurzfristige Chance zu engster Vernetzung zwischen BdV und BMVt war ins Gegenteil umgeschlagen.

473 Kather, *Entmachtung*, Bd. 2, S. 246 und S. 248f.

474 BArch, B 234/680, BdV, Dr. Schebesta, an BMVt, Nahm, 21.05.1964; zugleich Abschrift an BdV-Präsident Dr. h.c. Jaksch MdB: „PER EILBOTEN!“

475 Ebd.

4.3. Nordostdeutsches Netzwerk Reloaded: Späte Vernetzungen und Zerfall (1960–1969)

Friedrich von Wilpert, Pressereferent des BMVt in der Ära Lukaschek, hatte sich bekanntlich eng mit einem Exponenten des nordostdeutschen Netzwerks verbündet – mit Axel de Vries. Nach seinem Abgang aus dem BMVt 1953 dürfte Wilpert spätestens, seit er um 1960 für das BPA tätig wurde,⁴⁷⁶ als Kontaktmann für de Vries und dessen Netzwerk im BdV erneut interessant geworden sein. Im September 1960 berichtete de Vries an Baron Manteuffel, von Wilpert habe ihm mitgeteilt, „dass das Bundespresseamt energisch gegen unsere Pläne“ in Sachen ‚Public relations‘ „gearbeitet hätte und auch im Auswärtigen Amt Boden gewonnen hätte“. Demnach plane CDU-Außenminister Heinrich von Brentano, „uns eine Antwort zukommen zu lassen, die entgegen seiner, unserer Delegation gegenüber geäußerten Ansicht, den von uns gemachten Vorschlägen nicht entgegenkommen“ wolle. Er, de Vries, „habe diese Information, natürlich ohne Namensnennung [des Informanten], an Jaksch weitergegeben, der sehr böse ist“. Georg Ferdinand Duckwitz, Leiter der Ostabteilung im AA, habe BdV-Präsident Krüger zwar versichert, dass Brentano bei der Stange bleibe, und Krüger sei darüber „tief befriedigt“ gewesen. Er, de Vries, befürchte jedoch, dass von Wilpert Recht behalten werde:

„Ich sehe im Augenblick recht schwarz [...], denn die Reaktionen in der englischen und auch französischen Presse auf die Erklärungen von Adenauer, Lübke und Ehard auf die Vertriebenen-Treffen und [...] im Zusammenhang mit dem ‚Tag der Heimat‘ in Berlin sind doch recht ungünstig und haben hier im Auswärtigen Amt und im Bundespresseamt etwa zur Auffassung geführt: ‚Wir haben ja immer gesagt, dass man die Ostfragen nur sehr behutsam anpacken kann. Nun habt Ihr das Ergebnis!‘“

De Vries insistierte, auf Brentano dürfe man nicht hoffen, Adenauer selbst müsse ein Machtwort sprechen, „sonst werden wir nicht durchkommen“.⁴⁷⁷

Friedrich von Wilpert arbeitete im BPA vor allem mit den Leitern der Auslandsabteilung zusammen, allen voran mit dem Diplomaten Günter Diehl, der ab 1960 Abteilungsleiter war. Anfang 1968 zum Chef des BPA im Rang eines Staatssekretärs erhoben, gehörte Diehl zum engsten Kreis um Bundeskanzler Kiesinger; sein Einfluss ging so weit, dass der damalige SPD-Bundestagsfraktionschef Helmut Schmidt ihn ironisch als heimlichen „Oberbundeskanzler“ apostrophiert haben soll.⁴⁷⁸ In Diehls „Bonner Erinnerungen“ über die Jahre 1949 bis 1969 tauchen weder der Name von Wilperts noch die Vertriebenenthematik auf.⁴⁷⁹ Doch schon im März 1961 berichtete

476 BAArch, B 145/9873, [BPA], v. Wilpert, „im Hause“, an AL IV, Diehl, „im Hause“, 17.05.1962. Wilpert galt also als „im Hause“ tätiger Mitarbeiter des BPA.

477 BAArch, N 1412/17, de Vries an Manteuffel, 14.09.1960, S. 2f. Hans Ehard war damals CSU-Ministerpräsident von Bayern.

478 Echtler, Einfluss, S. 221 und S. 252.

479 Vgl. Günter Diehl: Zwischen Politik und Presse. Bonner Erinnerungen 1949–1969. Frankfurt a. M. 1994.

Wilpert an Diehl über den BdV.⁴⁸⁰ 1962 fungierte der deutsch-baltische Danziger Vertriebene als Scharnierfigur für die Kommunikation zwischen de Vries und Diehl hinsichtlich der auswärtigen ‚Public-Relations‘ des BdV. So signalisierte von Wilpert im Mai 1962, für de Vries sei noch unklar, ob für die Verhandlungen mit BPA bzw. Kanzleramt „der Dreierausschuss (Jaksch, v. Manteuffel, Krüger) befugt“ sei – offensichtlich ein BdV-internes Netzwerk, das sich innerhalb des Präsidiums konstituiert hatte – oder ob dafür ein neues Gremium gebildet werden müsse:

„Ich habe ihm gesagt, meiner Ansicht nach könnte der BdV die drei Herren zu diesen Verhandlungen bevollmächtigen. Dabei ergab sich, dass aus taktischen Gründen die Aufklärungsarbeit im Auslande von der übrigen Arbeit des BdV abgetrennt worden ist, sodass der BdV als solcher garnicht [sic!] mehr gefragt worden ist, ob er die zwischen Jaksch, Domes und Ihnen getroffenen Absprachen billige.“⁴⁸¹

Von Wilpert agierte hier nicht nur als Übermittler von Nachrichten, sondern als Mitgestalter personeller Netzwerke zwischen Kanzleramt, BPA und BdV, die am BMVt vorbeiliefen.

In späteren Jahren arbeitete von Wilpert auch mit dem Nachfolger Diehls, Ministerialdirigent Dr. Hans Schirmer, zusammen,⁴⁸² der als „enger Vertrauter des Kanzlers“ Kiesinger galt und seit 1967 die Auslandsabteilung des BPA leitete.⁴⁸³ Eng blieben die Kontakte zum nunmehrigen Amtschef Staatssekretär Diehl, für den von Wilpert 1968 ein Treffen mit einer BdV-Delegation vorbereitete, die aus Präsident Rehs, Vizepräsident Gossing sowie Generalsekretär Schwarzer, Clemens Neumann und eventuell Herbert Hupka bestehen sollte.⁴⁸⁴ Als weiterer Ansprechpartner trat im Herbst 1968 der neue Leiter der Auslandsabteilung des BPA, der Sozialdemokrat und spätere Botschafter Hans Georg Steltzer, hinzu, der „vertraulich“ über die Haltung der BdV-Führung zur Ostpolitik der Bundesregierung aufgeklärt wurde.⁴⁸⁵

Im Dezember 1968 erfuhr Steltzer – wiederum „vertraulich“ – von einer veritablen Krisenstimmung: In der BdV-Spitze werde nicht nur die Notwendigkeit der Verjüngung des eigenen Gremiums diskutiert, sondern auch „die Frage erwogen, ob man nicht den Namen des Bundes ändern könnte, um ihn auch für Nichtvertriebene attraktiv zu machen“. Denn: „Viele Vertriebene legen selbst keinen Wert mehr darauf, als solche angesprochen zu werden.“ Es gebe jedoch auch Widerstand gegen eine Namensänderung, weil man befürchte, „dass daraus eine Befürwortung der Auflösung des Vertriebenen-Ministeriums gefolgert werden könnte“. Die Meinungsunterschiede seien erheblich, doch allen Seiten sei klar, dass im Falle einer Namensänderung

480 BArch, B 145/9873, v. Wilpert an BPA, Diehl, 24.03.1961.

481 Ebd., [BPA], v. Wilpert, „im Hause“, an AL IV, Diehl, „im Hause“, 17.05.1962. Dr. Alfred Domes war Referent für Öffentlichkeitsarbeit im Ausland in der BdV-Geschäftsstelle, vgl. Schwartz, Funktionäre, S. 77.

482 BArch, B 145/9873, v. Wilpert an [BPA], AL IV, Dr. Schirmer, 24.08.1967.

483 Vgl. Andrea Wiegeshoff: „Wir müssen alle etwas umlernen“. Zur Internationalisierung des Auswärtigen Dienstes der Bundesrepublik Deutschland 1945/51–1969. Göttingen 2013, S. 224.

484 BArch, B 145/6149, v. Wilpert an BPA, Diehl, 06.06.1968.

485 BArch, B 145/9873, v. Wilpert an BPA, AL IV, Steltzer, 30.09.1968: „Vertraulich“.

„sichergestellt werden müsste“, woher künftig die bisher für Vertriebenenförderung geflossenen Subventionen kommen sollten. „Der BdV hat dem Bundesrechnungshof gegenüber sich als eine ‚Organisation mit politischem Auftrag von unbestimmter Dauer‘ bezeichnet, was anerkannt worden ist.“⁴⁸⁶

Im Folgejahr 1969 wurden die Informationen von Wilperts merklich dünner. Wenn er gegenüber Steltzer auf ein „Spiegel“-Interview von BdV-Chef Rehs rekurrerte, hätte dieser die Zeitschrift auch unschwer selbst lesen können – und hatte dies womöglich längst getan. Viele Details der letzten Berichte, die von Wilpert präsentierte, waren entweder öffentlich bekannt oder gingen über Unterstellungen nicht hinaus. So berichtete der Informant dem BPA, im BdV-Präsidium habe sich Rehs „entschieden“ gegen eine Auflösung des BMVt gewandt, um daran die Mutmaßung anzuschließen, letztlich gehe es Rehs darum, das einzige Ressort zu bewahren, in dem er selbst nach jahrelanger Vorarbeit noch Minister werden könnte.⁴⁸⁷

Es ist nicht zu belegen, aber immerhin zu vermuten, dass das plötzliche Versiegen des Informationsflusses aus dem BdV in den Berichten Friedrich von Wilperts mit dem Tod von Egbert Otto im Oktober 1968 zu tun haben könnte. Nach dem Hinscheiden von Baron Manteuffel 1962 und Axel de Vries 1963 sowie nach dem Ausscheiden Alfred Gilles aus der aktiven Verbandspolitik (1964 aus dem BdV-Präsidium, 1966 aus dem Sprecheramt der Landsmannschaft Ostpreußen)⁴⁸⁸ war Otto der letzte Akteur des nordostdeutschen Netzwerkes der 1950er Jahre, der noch über direktes Insiderwissen aus der BdV-Führung verfügte. Otto, ein „rechtsextremer Gesinnungstäter“, war ein überzeugter NS-Aktivist und SS-Angehöriger gewesen, der es 1933 zum Landesbauernführer von Ostpreußen gebracht hatte, bevor er Mitte der 1930er Jahre alle Ämter in NS-internen Konflikten verlor. In der Nachkriegszeit war er von der CDU über den BHE bis zur neofaschistischen „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP) ins Rechtsextreme abgedriftet, hatte sich aber nach dem Verbot der SRP durch die Alliierten ganz auf die verbandspolitische Arbeit in seiner Landsmannschaft konzentriert, deren Bundesgeschäftsführer und stellvertretender Sprecher er wurde. Von 1966 bis zu seinem Tode 1968 war Otto (als Nachfolger für Gille) Mitglied des BdV-Präsidiums. Verbandschef Rehs – Sozialdemokrat, aber auch selbst früheres Mitglied der NSDAP – hielt die Grabrede auf diesen „um Land und Reich verdienten Ostpreußen“.⁴⁸⁹

Egbert Otto hatte spätestens um 1960 persönliche Vernetzungen zum BMVt etabliert. So informierte er einen der dortigen Beamten über seine Erkenntnisse während einer USA-Reise. Nach 132 Besprechungen mit Politikern, Kirchenvertretern, Publizisten und Redakteuren müsse er feststellen, „nur ein einziges Mal [...] hierbei nach BM Oberländer gefragt worden“ zu sein, „und zwar von einem Journalisten in Washington, der aber anerkennend über ihn gesprochen habe“. Gegenüber seinem Ansprechpartner Dr. Helmut Dauge hob Otto vor dem Hintergrund jenes NS-Skandals, der Oberländer wenige Wochen später zum Rücktritt als Minister zwingen sollte, den

486 Ebd., v. Wilpert an BPA, Steltzer, 17.12.1968, „vertraulich“.

487 Ebd., v. Wilpert an BPA, Steltzer, 23.05.1969.

488 Zu Gille, der erst 1971 verstarb, vgl. Schwartz, Funktionäre, S. 560.

489 Stickler, Ostdeutsch, S. 333f.

großen Kontrast dieser US-Erfahrung mit dem vorherigen Briefing durch deutsche Diplomaten hervor. Er sei „sowohl im Generalkonsulat in New York als auch in der Deutschen Botschaft in Washington davor gewarnt“ worden, dass er „unangenehmen Fragen bezüglich des Neonationalsozialismus in der Bundesrepublik und auch über den Fall Oberländer ausgesetzt sein“ würde. Laut Otto hatten sich diese timiden Vorhersagen „absolut nicht erfüllt“, was er dem Herrn Minister mitzuteilen bitte. „Es könne von diesen Feststellungen auch dritter Seite gegenüber Gebrauch gemacht werden.“⁴⁹⁰ Der BMVt-Beamte Dr. Helmut Dauge gab Ottos Informationen sowohl an Minister Oberländer als auch an Staatssekretär Nahm weiter.⁴⁹¹

Eine noch engere Vernetzung verband den ostpreußischen Landsmannschafts-Funktionär Otto mit dem Nachfolger Friedrich von Wilperts als Pressereferent im BMVt, dem unter Oberländer zum 15. Dezember 1953 berufenen Dr. Hans Georg Schlicker.⁴⁹² Dieser war zum Zeitpunkt seiner Ernennung BHE-Mitglied und hatte „früher“ – so die „Ostpreußen-Warte“ 1954 mit vielsagender Unklarheit – als Chefredakteur der „Dresdner Neuesten Nachrichten“ und Vertreter des „Deutschen Nachrichten-Büros“ in Königsberg gearbeitet.⁴⁹³ Im November 1963 wandte sich Otto mit einem amtlichen Anliegen in freundschaftlichster Vertraulichkeit an diesen Landsmann: „Lieber Schlicker!“ Otto sagte dem Pressereferenten „sehr herzlichen Dank“ für dessen von der Landsmannschaft erbetene und erhaltene Bestätigung, dass deren heimatpolitische Seminare „durchaus als staatspolitische Bildungsarbeit anzusehen“ seien. Freilich genügte dies Otto noch nicht:

„Wir hätten gern eine ministeriell klingende oder ähnliche Bestätigung, damit wir dem einen oder anderen der Seminarteilnehmer dazu helfen können, außerhalb seines Urlaubs für diese Seminare freigegeben zu werden. [sic!] Zu diesem Zweck würde ich Dich herzlich bitten, ob Du die schon übersandte Bestätigung vielleicht noch etwas konkreter formulieren könntest und neben Deinen Namen einen Dienststempel setzen könntest. Du kennst doch die deutschen Bürokraten und den deutschen Amtschimmel. [...]

In der Hoffnung, keine Fehlbitte an Dich gestartet zu haben, bin ich in alter Verbundenheit mit herzlichen, heimatlichen Grüßen Dein [Egbert Otto]⁴⁹⁴

490 BArch, B 150/3251 Bd. 2, BMVt, Dr. Dauge, Vermerk, 13.04.1960.

491 BArch, B 150/3251 Bd. 1, BMVt, Dr. Dauge, Vermerk, 13.04.1960: „Herrn Minister / Herrn Staatssekretär / Referat Z 2 m.d.B.u.K. vorgelegt“.

492 Vgl. zu Schlicker, der dieses Amt bis 1965 innegehabt zu haben scheint, auch Stickler, Ostdeutsch, S. 348.

493 Vgl. Dr. Schlicker im Vertriebenenministerium, in: Ostpreußen-Warte 5 (1954), Nr. 1 v. Januar 1954, S. 4, zit. nach https://archiv.preussische-allgemeine.de/ow1954/1954_01_01_01.pdf (18.10.2024); bei Birgit Schwelling: Zeitgeschichte zwischen Erinnerung und Politik. Die Wissenschaftliche Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte, der Verband der Heimkehrer und die Bundesregierung 1957–1975, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 56 (2008), S. 227–263, insb. S. 248, wird Schlicker irrtümlich als Staatssekretär des BMVt eingeordnet.

494 BArch, B 150/3251 Bd. 1, Landsmannschaft Ostpreußen, Otto, an BMVt, Dr. Schlicker, 29.11.1963.

Schlicker bestätigte im Dezember 1963 auf die erwünschte Weise, dass die Seminare „als eine wertvolle staatspolitische Bildungsarbeit angesehen werden“. Mehr noch: „Der Bundesminister für Vertriebene [...] begrüßt diese Kurse, die wesentlich dazu beitragen, die deutsche Jugend über die Probleme des deutschen Ostens zu informieren.“⁴⁹⁵ Einige Monate zuvor hatte derselbe Beamte mit Otto in einer anderen Angelegenheit ganz formell korrespondiert.⁴⁹⁶ Doch das freundschaftliche Duzen und die Bereitschaft zu Gefälligkeiten überwogen im Schriftwechsel der beiden Ostpreußen, die sich in Bonn auch persönlich trafen.⁴⁹⁷

Bis in sein Todesjahr 1968 hinein sollte Egbert Otto eine aktive Rolle bei der Vernetzung mit ausländischen Bündnispartnern des BdV, namentlich in Frankreich, spielen. Dies brachte ihn in Konflikt mit anderen Akteuren, etwa mit einem Netzwerk um die Vizepräsidenten Wollner und Gossing, und löste „Ärger im BdV“ aus. Doch seine Aktivitäten trugen dem informellen Neben-Außenpolitiker das Lob des Botschafters und früheren Adenauer-Vertrauten Herbert Blankenhorn ein, der die von Otto und Rehs getätigten Kontaktaufnahmen im Ausland „für wertvoll“ erklärte. Entsprechend günstig fiel Ottos Meinung über Blankenhorn aus, die er einem Netzwerk-Partner in der für verdeckte Auslandsarbeit des BdV geschaffenen „Deutschen Stiftung für europäische Friedensfragen“ mitteilte: Blankenhorn, ehemaliger Botschafter in Paris und aktiver Botschafter in London, stehe „sehr stark auf dem Standpunkt der Vertriebenen und wäre ein sehr guter Mann für uns“.⁴⁹⁸

Mit Ottos Tod im Herbst 1968 und dem Absturz des BdV-Präsidenten Reinhold Rehs, der 1969 aus Protest gegen die „neue Ostpolitik“ von der SPD zur CDU übertrat, sein Bundestagsmandat verlor und 1970 auch als Verbandschef abtrat, gelangte das Netzwerkbündnis aus rechten Nordostdeutschen und sozialdemokratischen Vertriebenenpolitikern, das den BdV in den 1960er Jahren hatte dominieren können, an ein abruptes Ende.

4.4. Von der Vernetzung zur Entfremdung: Die Entflechtung zwischen BMVt und BdV (1964–1969)

Auf die denkbar engste Vernetzung zwischen BMVt und BdV durch die episodische Personalunion unter Hans Krüger 1963/64 folgte in den Jahren bis 1969 eine stetig wachsende Entfremdung zwischen beiden Organisationen. Das bedeutete auch eine zunehmende Entflechtung bisheriger Vernetzungen – ein Prozess, der wohl mit Pensionierungen oder Todesfällen von Netzwerk-Mitgliedern im Laufe der 1960er Jahre (z. B. bei Schlicker / Otto / v. Wilpert) zusammenhängt, der jedoch auch auf bewusste politische Entscheidungen in den führenden Netzwerken der jeweiligen Regierungskoalitionen und in der BMVt-Spitze zurückgeht.

495 Ebd., BMVt, Dr. Schlicker, Bestätigung, 06.12.1963.

496 Ebd., BMVt, Dr. Schlicker, an Landsmannschaft Ostpreußen, Otto, 15.03.1963.

497 Ebd., BMVt, Dr. Schlicker, an Landsmannschaft Ostpreußen., Otto, 18.04.1964.

498 BAArch, B 190/103, Dr. D., „Notiz über ein Gespräch mit Herrn Otto am 11. Januar 1968“, o. D.; vermutlich handelte es sich bei diesem Ansprechpartner Ottos um Dr. Alfred Domes.

So zeigte sich das Verhältnis zwischen der langjährigen Kanzlerpartei CDU, die nach der FDP-Episode Mischnick wieder sämtliche folgende Vertriebenenminister der 1960er Jahre stellte, und der BdV-Führung zunehmend gelockert und getrübt. Der Einfluss der oppositionellen SPD im Vertriebenenverband nahm hingegen zu, bis er durch die Rückwirkung der mit den Zielen des BdV unvereinbaren „neuen Ostpolitik“ 1968/69 ebenfalls in die Krise geriet. In dieser Endphase der Existenz des Vertriebenenressorts funktionierte nicht nur die Vernetzung zwischen BMVt und BdV immer weniger gut, auch alternative oder ergänzende Vernetzungen des Verbandes zum Bundeskanzler(amt) oder zum BMG funktionierten nur zeitweilig und scheinbar – und gegen Ende gar nicht mehr.

Schon als der christdemokratische BdV-Präsident Hans Krüger im Oktober 1963 als neuer Vertriebenenminister in die Regierung Erhard eingetreten war, waren seine beiden sozialdemokratischen Stellvertreter Wenzel Jaksch und Reinhold Rehs als geschäftsführende Vizepräsidenten nacheinander an die Verbandsspitze gerückt. Nach Krügers schmählichem Abgang im Frühjahr 1964 übernahm Jaksch, wie Rehs SPD-Bundestagsabgeordneter, offiziell das Präsidentenamt im BdV. Dieser Machtwechsel zu Sozialdemokraten im Spitzenamt, der nach Jakschs Unfalltod Ende 1966 ab Frühjahr 1967 durch Rehs fortgesetzt wurde, war nicht nur symbolischer Art. Vor allem die Öffentlichkeitsarbeit des BdV befand sich ab 1963 ganz in SPD-Händen, indem die gelernten sozialdemokratischen Journalisten Wenzel Jaksch und Herbert Hupka federführend wurden.⁴⁹⁹

Das SPD-Netzwerk im BdV, dessen Zentralfigur Wenzel Jaksch sogar Schatten-Vertriebenenminister im Wahlkampfteam Willy Brandts von 1961 gewesen war,⁵⁰⁰ was sich 1965 (als Jaksch als BdV-Präsident eigentlich unübersehbar war) bezeichnenderweise nicht wiederholte,⁵⁰¹ war seit den späten 1950er Jahren vom in den Landsmannschaften einflussreichen rechtskonservativen nordostdeutschen Netzwerk gezielt eingebunden worden. Das nordostdeutsche Netzwerk oder Netzwerk-Bündnis, das Ostpreußen und Deutsch-Balten umfasste, war mit Vernetzungen zum BHE und dessen Nachfolgepartei GDP, aber auch zur CSU und zur FDP parteipolitisch plural aufgestellt. Am wenigsten verbunden war dieses Netzwerk mit der Adenauer-CDU, der führenden Regierungspartei, die auch das BMVt dominierte.

Doch bereits 1957 hatte der damals zum BHE zählende BvD-Chef Kather politische Schnittmengen zwischen dem CSU-Deutschbalten Manteuffel und dem SPD-Sudetendeutschen Jaksch bemerkt.⁵⁰² Mitte 1959 plädierte der rechte FDP-Mann Axel de Vries gegenüber Manteuffel dafür, die Öffentlichkeits-Arbeit zwischen Ministerien und BdV zu koordinieren, wofür er die journalistisch profilierten Sozialdemokraten Jaksch und Rehs im Auge hatte,⁵⁰³ die seit 1958 dem BdV-Präsidium angehörten. Be-

499 BArch, B 234/1409, BdV, Krüger/Dr. Jaksch/Schwarzer, Jahresbericht 1963, Januar 1964, S. 2f. und S. 5.

500 Vgl. Schwartz, Funktionäre, S. 16, und Schwartz, Wenzel Jaksch, S. 56.

501 Vgl. Heino Kaack: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems. Opladen 1971, S. 459.

502 BArch, B 234/1463, Dr. Kather an Dr. Wander, 02.03.1957.

503 BArch, N 1412/17, de Vries an Dr. Baron Manteuffel-Szoegge, 18.06.1959.

sonders mit Jaksch vermochte de Vries im Laufe des Jahres 1959 durch betont herzliche Kommunikation eine Allianz anzubahnen.⁵⁰⁴ Gegenüber dem Vertrauensmann des BdV im Auswärtigen Amt, dem Sudetendeutschen Dr. Wilhelm Turnwald, berichtete de Vries im Februar 1960 von einer verbandsinternen „Opposition“ gegen BdV-Chef Krüger, die vor allem deshalb entstanden sei, weil man „eine klare und feste Durchführung“ der Präsidiumsbeschlüsse vermisste. Namentlich im „Public-Relations“-Bereich blickten die Zuständigen – Jaksch, Rehs und Manteuffel – „mit Sorge der weiteren Entwicklung entgegen“.⁵⁰⁵ Schon zu dieser Zeit war somit die kooperative Grundlage der BdV-Führung das immer engere Bündnis eines rechtskonservativen und eines sozialdemokratischen Netzwerks. Im April 1961 ermunterte der Ostpreuße Egbert Otto seinen deutsch-baltischen Verbündeten de Vries, an Jakschs Position im BdV „unter keinen Umständen rühren [zu] lassen“: „Wenn da etwas geschieht, reißen wir zuviel [sic!] ein.“ De Vries müsse „sehr aufpassen, weil es Kräfte gibt, die aus irgendwelchen Motiven ihm [i. e. Jaksch] nicht grün sind“.⁵⁰⁶

Durch das demonstrative Desinteresse Adenauers an BMVt und BdV und die parallele Charmeoffensive der SPD-Führer Willy Brandt und Herbert Wehner („Verzicht ist Verrat“) verschoben sich die Gewichte seither weiter nach links – auch im führenden BdV-internen Netzwerksbündnis. Kurz vor seinem Tode notierte CSU-Politiker Manteuffel im Mai 1962 besorgt, wenn die Union weiter derart versage, überlasse sie die Vertriebenen kampflos der SPD.⁵⁰⁷ Doch selbst dessen eigener Parteivorsitzender, der seit 1961 amtierende CSU-Chef Franz Josef Strauß, trug – wie wir anhand seiner Friktionen mit dem BdV-Präsidium im Jahre 1962 gesehen haben⁵⁰⁸ – nicht zur Verbesserung parteipolitischer Vernetzung bei. 1966 erwähnte BdV-Präsident Wenzel Jaksch auf einer Vorstandssitzung seines Verbandes kritisch zwei Auslands-Reden von Unionspolitikern; die eine stammte von Strauß, die andere von Barzel. Jaksch fügte distanziert hinzu: „Alle diese Kräfte seien nicht zu unterschätzen. Man dürfe aber auch hier keine Dauergegnerschaften pflegen.“⁵⁰⁹ Die Distanz blieb freilich beidseitig: Als Finanzminister der Großen Koalition soll Strauß jedenfalls nach Informationen der DDR-Staatssicherheit, ebenso wie der damalige BMG Herbert Wehner (SPD), 1967 hohe finanzielle Forderungen der BdV-Führung zur Subventionierung der Vertriebenenpresse rundheraus „abgelehnt“ haben. Stattdessen soll Strauß (zusammen mit Wehner) dem BdV massive Kosteneinsparung durch bessere Organisation empfohlen haben.⁵¹⁰ Es war ein weiter Weg bis zu jenem Punkt, als ausgerechnet Strauß, damals bayerischer Ministerpräsident und CDU/CSU-Kanzlerkandidat, 1980 der BdV-Füh-

504 Ebd., de Vries an Jaksch, 14.03.1959 und de Vries an Jaksch, 16.12.1959.

505 Ebd., de Vries an Dr. Turnwald, 17.02.1960.

506 Ebd., Otto an de Vries, 17.04.1961.

507 Stickler, Ostdeutsch, S. 226.

508 Vgl. Kap. 4.1.

509 BArch, B 234/738, BdV, Niederschrift über die Sitzung des Präsidiums am 8./9. Juli 1966, o. D., S. 4.

510 Amos, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz, S. 146f.

nung als glaubwürdiger Verteidiger von Vertriebenen-Interessen erscheinen wollte.⁵¹¹ Kurz vor seinem Tode erhielt der CSU-Chef 1988 mit der Ehrenplakette sogar noch die höchste Auszeichnung des Vertriebenenverbandes.⁵¹²

Die Distanz zwischen Union und BdV vergrößerte sich nach dem Scheitern der kurzen Personalunion von BMVt und BdV unter Hans Krüger. Dies erfolgte, sobald Kanzler Erhard seinen Minister Krüger angesichts von dessen NS-Skandal hatte fallen lassen. Schon im August 1964 warnte Bundesverteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel seinen CDU-Parteifreund Kanzleramtschef Ludger Westrick, die SPD gebe sich „außerordentliche Mühe“, steten Kontakt mit Vertriebenenorganisationen zu halten. Mit Adenauer, dem nach seinem Abgang als Kanzler weiter amtierenden CDU-Bundesvorsitzenden, habe man solche „Termine nicht zustande gebracht“. Darum sei es umso wichtiger, dass der neue Bundeskanzler selbst solche Gespräche führe.⁵¹³ Doch nunmehr waren auch Erhard die Vertriebenen nicht mehr allzu wichtig; nachdem er sich mit der Personalie Krüger politisch die Finger verbrannt hatte, scheinen Treffen zwischen Kanzler und BdV-Führung erst spät und nur auf Druck des Verbandes zustande gekommen zu sein.⁵¹⁴ Mitte 1966 – in einer Phase, in der sich der BdV auch von den permanent wechselnden CDU-Vertriebenenministern enttäuscht zeigte – knüpfte deshalb Rainer Barzel, der vom BdV bekanntlich ebenfalls beargwöhnte Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, eigene Gesprächskontakte zum BdV-Präsidium,⁵¹⁵ um der SPD nicht völlig das Feld zu überlassen.

Bundeskanzler Erhard hatte durch die Berufung des führenden Verbandsvertreters zum Vertriebenenminister im Herbst 1963 das Verhältnis zum BdV demonstrativ eng gestalten wollen. Doch der rasch folgende NS-Skandal um Hans Krüger scheint 1964 bewirkt zu haben, dass Erhard umgehend zur distanzierten Machtpolitik des späten Adenauer gegenüber dem BdV zurückkehrte. Zwar gab es Gerüchte, CDU-Abgeordnete hätten ihren Kollegen Herbert Czaja als neuen Vertriebenenminister bei Fraktionschef Barzel ins Gespräch gebracht. Doch am Ende entschied sich Erhard für einen Nicht-Vertriebenen: Neuer BMVt-Minister wurde der aus Berlin stammende CDU-Politiker Ernst Lemmer: Sowohl von „dessen Erfahrungen“ als Bundesminister in verschiedenen Ressorts als auch von dessen „Absichten im Vertriebenenministerium“ hielten Vertriebenenpolitiker wie Czaja „gar nichts“.⁵¹⁶

Czaja attestierte dem ungeliebten CDU-Parteifreund „populistische Rhetorik“. Doch entscheidend für seine Ablehnung war, dass aus seiner Sicht nicht allein Lemmer, sondern „fast alle um Mitteldeutschland besorgte CDU-Abgeordnete und die Exil-CDU leider immer Gegner aller Forderungen der Vertriebenen für bessere Ein-

511 BArch, B 234/1037, Schreiben von fünf BdV-Landesvorsitzenden an Ministerpräsident Bayern, Dr. Strauß, 31.03.1980. Der Mitunterzeichner Mocker hatte bereits die Kritik von 1962 mitgetragen.

512 Vgl. Manfred Behrend: Franz Josef Strauß. Eine politische Biographie. Köln 1995, S. 313; neuere Biografien widmen dem Verhältnis zwischen Strauß und BdV erstaunlich wenig Aufmerksamkeit.

513 BArch, B 136/9089, BMVg von Hassel an BK Amt, BM Dr. Westrick, 25.08.1964.

514 Vgl. Wambach, Verbändestaat, S. 119.

515 BArch, B 234/1423, Vors. CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Barzel, an BdV, Dr. Jaksch, 06.05.1966 und BdV, Schwarzer, an Rösing MdB, 24.06.1966.

516 Czaja, Unterwegs, S. 283.

gliederungsmaßnahmen, vor allem aber Gegner aller Forderungen für einen tragfähigen Kompromiß zu den Oder-Neiße-Gebieten waren“. Nur den ersten, ebenfalls aus Mitteldeutschland stammenden BMG-Minister Jakob Kaiser hatte Czaja als Ausnahme kennengelernt, da dieser „traditionell preußisch“ gedacht habe und daher den Anliegen der Vertriebenen gegenüber aufgeschlossen gewesen sei.⁵¹⁷ Offensichtlich hatte sich der unter Kaiser recht enge Konnex zwischen BMG und Vertriebenenverbänden, namentlich den Landsmannschaften, seit Übernahme der BMG-Ministerschaft durch Lemmer 1957 zunehmend ins Gegenteil verkehrt. Vernetzung war in Misstrauen umgeschlagen, und dieses war während Lemmers Amtszeit als BMG-Minister 1959 und 1962 in offenen Konflikten mit dem BdV eskaliert.⁵¹⁸ Somit war dieser Berliner Christdemokrat, als er im Februar 1964 ausgerechnet als Überraschungs-Nachfolger des BdV-Präsidenten Krüger zum neuen Vertriebenenminister gemacht wurde, ein von den organisierten Vertriebenen längst zutiefst beargwöhnter Ressortchef.

Zugleich galt der neue Vertriebenenminister mittlerweile als politisches Leichtgewicht. So entdeckte denn Linus Kather in der Berufung Lemmers ironisch „viele Parallelen“ zur Ministerschaft von Merkatz’ vier Jahre zuvor:

„Beide folgten einem Minister, der in der Legislaturperiode wegen nationalsozialistischer Betätigung zurücktreten mußte. Beide waren ‚Mehrzweckminister‘. Der eine war Pommer, der andere ‚Wahlpommer‘. [...] Beide hatten sich bis dahin für das Vertriebenenproblem nicht eingesetzt, im Gegenteil.“

Gleichwohl habe die BdV-Presse 1964 die Qualifikation des neuesten Vertriebenenministers überschwänglich gerühmt. Hingegen habe die „Süddeutsche Zeitung“ Lemmer ebenso sarkastisch wie treffend als „Konkursverwalter“ begrüßt: Sein persönlicher Vorzug sei, dass er im Gegensatz zu Krüger als früherer BMG-Minister den Härtesten der nach NS-Belastungen suchenden DDR bereits bestanden habe, also kein weiterer NS-Skandal im BMVt zu erwarten sei. Außerdem habe Lemmer der „Süddeutschen“ zufolge „den Vorteil, daß er im Gegensatz zu Krüger nicht als Interessenvertreter der von seinem Ministerium zu betreuenden Bevölkerungsgruppe abgestempelt“ sei. Am meisten aber spreche demnach „für seine Ernennung, daß damit eine spätere Auflösung des Vertriebenenministeriums nicht noch zusätzlich erschwert“ werde.⁵¹⁹

Zu derart despektierlichen Einschätzungen konnte man nur gelangen, weil Lemmer einige Zeit zuvor hatte erleben müssen, wie er von Adenauer im Dezember 1962 als BMG-Minister überraschend abserviert und durch den um eine Politiker-Generation jüngeren Rainer Barzel ersetzt worden war. Die erniedrigenden Umstände seiner Entlassung hatten Lemmer tief enttäuscht (und in aller Öffentlichkeit desavouiert): „Meine Verabschiedung erfolgte in einem sehr schlechten Stil. Von einem Portier zu erfahren, daß ein anderer bei der Neubildung des Kabinetts das eigene Ressort übernommen hatte, kam einer Demütigung gleich.“ Begreiflicherweise war Lemmers

517 Ebd., S. 251 und S. 106.

518 Vgl. Kap. 4.5.

519 Kather, Entmachtung, Bd. 2, S. 249f.

Beziehung zu Adenauer „für eine ganze Zeit gestört“⁵²⁰ Dieser hatte schon im August 1960 mit dem Gedanken gespielt, Lemmer als Minister zu ersetzen und dabei gleich das nach Oberländers Rücktritt immer noch unbesetzte BMVt mit dem BMG zusammenzulegen. Wie stark Adenauer auf Steuerung durch loyale Staatssekretärs-Netzwerke setzte, machte seine in diesem Zusammenhang überlieferte Abwägung deutlich, sein Nachfolge-Kandidat, der sudetendeutsche CDU-Bundestagsabgeordnete Josef Stingl, verstehe zwar nichts von Verwaltung, aber er würde ja mit den Staatssekretären Thedieck und Nahm zwei erfahrene Beamte zur Seite haben.⁵²¹

Der 1962 neu berufene Bundesminister Heinrich Krone, der ebenso zum Berliner CDU-Netzwerkbündnis zählte wie Lemmer, zugleich aber Gefolgsmann Adenauers war und blieb, konnte die Reaktion des Lemmer-Netzwerks auf dessen Entlassung als BMG-Minister nicht ohne Spott beschreiben: „Sie verprügeln mich wieder. Der arme Ernst Lemmer, der nun kein Minister mehr ist, und er war doch so gut und was er noch alles war. Daß man ihn in die Wüste schickte! Und dafür Barzel, der gar kein Berliner ist.“⁵²² Zwar war auch Krone von Adenauers Entscheidung für den nach damaligen Usancen für ein Ministeramt noch sehr jungen Barzel überrascht worden, zumal Krone mit Johann Baptist Gradl lieber einen anderen Exponenten der Berliner CDU zum Nachfolger Lemmers gemacht hätte.⁵²³ Doch zugleich bekam Krone eine immer ungünstigere Sicht auf Lemmer. Er notierte im Februar 1963: „Was will er nicht alles; und was ist er, und was leistet er! Wo er steht, Statist; doch ihm genügt der Glanz des Abglanzes.“⁵²⁴

Als Bundeskanzler Erhard im Februar 1964 Lemmer zum neuen Vertriebenenminister berief, war dieser „Statist“ (Krone) somit bereits eine öffentlich gedemütigte und politisch abgehalfterte Größe. Es war für Lemmer selbst erklärtermaßen „eine große Überraschung“, dass Erhard ihn erneut zum Minister machte. Wie er seine Arbeit im BMVt rückblickend schilderte, verdeutlicht zudem, dass er nur einen oberflächlichen Überblick über sein neues Politikfeld gewann. Aus Ernst Lemmers Sicht war das BMVt „leichter zu führen als das Gesamtdeutsche Ministerium, wenn auch nicht so verantwortungsschwer, weil es keine ideologischen Aktionen vorzubereiten hatte“.⁵²⁵ Diese Fehl-Einschätzung spricht Bände; ähnlich hat Lemmer offenbar auch seine Zeit im BMG „nur wenig reflektiert“.⁵²⁶ Der hellwache Heinrich Krone hingegen hatte schon 1960 festgestellt: „Unter den Heimatvertriebenen wird jetzt mehr vom Recht auf die Heimat als über den Ausgleich der Lasten gesprochen. Das zeigen ihre Tagungen.“⁵²⁷ Doch für Lemmer war sein neues Ressort selbst im Rückblick nur „ein

520 Ernst Lemmer: Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten. Frankfurt a. M. 1968, S. 360.

521 Creuzberger, Kampf, S. 83; der Egerländer Stingl amtierte später von 1968 bis 1984 als Präsident der Bundesanstalt für Arbeit.

522 Krone, Tagebücher, Bd. 2, S. 137.

523 Wambach, Barzel, S. 170 und S. 172f.

524 Krone, Tagebücher, Bd. 2, S. 162.

525 Lemmer, Manches, S. 378.

526 Creuzberger, Kampf, S. 21.

527 Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 459.

Sozialministerium, in dem Menschen zu betreuen waren, die der praktischen Hilfe bedurften“. Die hochgradig ideologisierten Felder der Heimat- und Kulturpolitik waren dem kurzzeitigen Vertriebenenminister offenbar nicht nahegekommen. Umso plausibler wirkt seine Versicherung, die Zusammenarbeit mit dem erfahrenen Staatssekretär Nahm sei „ungewöhnlich harmonisch“ verlaufen.⁵²⁸

Aus Sicht der führenden BdV-Netzwerke war angesichts einer solchen BMVt-Spitze der direkte Draht zum Bundeskanzler wichtiger denn je. Diese Direktverbindung versuchte die BdV-Führung nach dem Abgang Adenauers denn auch wiederherzustellen. Dabei war sie allerdings nach der erst so vielversprechenden und dann umso enttäuschenderen Episode Krüger nicht erfolgreich. Zur inneren Distanz des Kanzlers seit der Krüger-Affäre trat der überaus eigenwillige Kommunikationsstil des neuen BdV-Chefs erschwerend hinzu. So übermittelte Wenzel Jaksch im Oktober 1964 dem neuen Regierungschef persönlich – und nicht etwa dem neuen Vertriebenenminister – die gebündelten „Wünsche und Anliegen des Bundes der Vertriebenen an die Bundesregierung“. An erster Stelle stand die (erst Ende 1964 dann auch gegenüber BMG und BMVt artikulierte) Forderung, die Bundesregierung möge „die *staatspolitische Funktion* der Vertriebenenorganisationen bis zum Zeitpunkt einer einvernehmlichen Friedensregelung mit unseren Ostnachbarn in einer öffentlichen Erklärung außer Streit stellen“. Dazu seien die „Gedenktage des Jahres 1965“ – 20 Jahre Vertreibung der Deutschen – besonders geeignet.⁵²⁹ Das sahen Erhard und dessen Vertriebenenminister freilich anders: Sie neigten dazu, auf diese Großveranstaltungen des BdV nicht begeistert, sondern höchst besorgt zu reagieren.⁵³⁰

Die Kommunikation zwischen dem zweiten BdV-Chef und dem zweiten Bundeskanzler verlief einseitig und höchst undiplomatisch. Schon im Juni 1964 hatte sich der frischgebackene Verbandschef bei Erhard temperamentvoll dadurch eingeführt, dass er für den damals national wie international massiv in die Kritik geratenen CDU-Bundesverkehrsminister Hans-Christoph Seehofer eine Lanze brach.⁵³¹ Kurz zuvor hatte dieser, in Personalunion zu seinem Ministeramt Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, im Mai 1964 auf deren Jahrestagung die Ostpolitik jener Bundesregierung kritisiert, der er selbst angehörte. Seehofer hatte das ominöse Münchner Abkommen von 1938 als Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts der Sudetendeutschen ausdrücklich verteidigt. Diese Äußerung wiederum hatte Bundeskanzler Erhard, der ausgerechnet während eines Staatsbesuches in den USA davon überrumpelt wurde, als „absolut unmöglich“ verurteilt. Nicht nur die SL, sondern auch der eben erst zum BdV-Präsidenten gewählte sudetendeutsche SPD-Oppositionspolitiker Jaksch überzogen den CDU-Kanzler daraufhin mit „massive[r] Kritik“, zumal der Kanzler hatte

528 Lemmer, Manches, S. 378.

529 BArch, B 234/1411, BdV, Dr. Jaksch, an BK Prof. Dr. Erhard, 20.10.1964, mit Anlage BdV, Dr. Jaksch/Schwarzer, „Wünsche und Anliegen des Bundes der Vertriebenen an die Bundesregierung“, o. D.; Hervorhebung im Zitat durch M. S.

530 Vgl. BArch, B 136/9089, BMVt Dr. Gradl an BK Prof. Dr. Erhard, 15.02.1966.

531 BArch, B 234/737, BdV, Dr. Jaksch, an BK Prof. Dr. Erhard, 05.06.1964.

durchblicken lassen, dass er Seehoß lediglich aus Rücksicht auf seine vertriebenen Wähler nicht sofort entlassen habe.⁵³²

Mit Seehoß verteidigte Jaksch auch ein Mitglied des eigenen BdV-Präsidiums. Gegenüber dem zweifellos verblüfften Bundeskanzler attackierte der SPD-Politiker im Namen des BdV auch noch die führende liberale US-Zeitung „New York Times“ wegen der Kritik, die diese an Seehoßs Rede geübt hatte (und die der Kanzler offensichtlich geteilt hatte). Mit dem Autor des kritischen NYT-Artikels fokussierte der BdV-Präsident den prominenten Journalisten Cyrus L. Sulzberger jr., ein Mitglied der jüdischen Eigentümerfamilie der „NYT“⁵³³, der nicht nur in den politischen Eliten der USA und Frankreichs, sondern auch mit bundesrepublikanischen Größen wie Franz Josef Strauß, Kai-Uwe von Hassel oder Herbert Blankenhorn bestens vernetzt war.⁵³⁴ Der davon sichtlich unbeeindruckte Wenzel Jaksch teilte dem Bundeskanzler mit, durch Sulzbergers Attacke werde die Souveränität der Bundesrepublik auf eine Weise missachtet, die sich die USA nicht einmal gegenüber Panama oder Sansibar erlauben würden. Außerdem müsse man wissen, dass derselbe Journalist schon 1943 dem tschechoslowakischen Exilpräsidenten Edvard Beneš „in einem großen Interview die Möglichkeit“ verschafft habe, „seine Vertreibungspläne vor der amerikanischen Öffentlichkeit zu popularisieren“. Das war zutreffend, wurde aber von Jaksch, der im Londoner Exil seinerzeit vergeblich versucht hatte, diese Vertreibung zu verhindern, extrem emotional kommentiert: „Gegenüber diesen ausländischen Lehrmeistern der Bundesrepublik wäre gelegentlich die Feststellung am Platze, daß auch Massenvertreibungen ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind, und genauso verdammenswert wie Hitlers Unmenschlichkeiten.“⁵³⁵ Der Bundeskanzler scheint auf dieses heftige Schreiben nicht geantwortet zu haben.

Das gilt auch für ein weiteres Beispiel dieser eigentümlichen Direktkommunikation: Im Juli 1966 warnte Jaksch den damals vor dem Scheitern stehenden Regierungschef vor der drohenden „Radikalisierung weiter Bevölkerungskreise“ und vor dem „Wachstum der NPD“, um sozialpolitische Verbesserungen in der Lastenausgleichsgesetzgebung einzufordern. Wiederum schlug Jaksch einen hochemotionalen Ton an, eingangs ein Zitat des Weltkriegs-Kanzlers Bethmann Hollweg von 1914 variierend:

532 Vgl. Manfred Kittel: *Vertreibung der Vertriebenen? Der historische deutsche Osten in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik (1961–1982)*. München 2007, S. 78f.; Czaja verweist darauf, dass Seehoß 1963 mit weitaus geringerem Medien-Echo auf einem SL-Treffen feierlich um „*Verzeihung für die deutschen Untaten*“ gebeten und ein Zusammenwirken mit Tschechen und Slowaken angeregt habe, das wechselseitige „Verdrängung und Vertreibung ausschließen sollte“; vgl. Czaja, *Unterwegs*, S. 275, Hervorhebung im Original.

533 Vgl. Susan E. Tifft/Alex S. Jones: *The Trust. The Private and Powerful Family behind the New York Times*. Boston u. a. 1999.

534 Vgl. Cyrus L. Sulzberger: *An Age of Mediocrity. Memoirs and Diaries 1963–1972*. New York 1973, S. 63f., S. 110 und S. 156.

535 BArch, B 234/737, BdV, Dr. Jaksch, an BK Prof. Dr. Erhard, 05.06.1964, S. 2; vgl. zum Beneš-Interview von 1943 Cyrus L. Sulzberger: *A Long Row of Candles. Memoirs and Diaries (1934–1954)*. New York 1969, S. 203f., sowie Michael Schwartz: *Ethnische „Säuberungen“ in der Moderne. Globale Wechselwirkungen nationalistischer und rassistischer Gewaltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert*. München 2013, S. 507.

„Auch Gewissensnot kennt kein Gebot! Ich schreibe Ihnen [...] nicht allein in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des großen Gesamtverbandes der vertriebenen Deutschen, sondern auch als Politiker, der in der Auseinandersetzung mit den totalitären Gewalten dieses Jahrhunderts seine Narben davontrug. [...] Nach 1933 beschwor ich vergeblich tschechische Parteiführer und Staatsmänner, sie mögen doch die tödliche Gefährdung ihres Landes erkennen und rechtzeitig die ungelösten Staatsprobleme durch innere Reformen meistern, statt den Kräften der Verneinung in die Hand zu spielen. Vergeblich bot ich später im Exil meine ganze Beredsamkeit auf, um Dr. Benesch von seinen Wahnsinnsplänen abzuhalten und ihm klarzumachen, daß er mit der Vertreibung der Sudetendeutschen sein eigenes Volk in namenloses Unglück stürzen wird. Es ist in der Tat eine undankbare Aufgabe, rechtzeitig politische Warnungen auszusprechen.“

Unter Berufung auf diese seine Lebenserfahrung bat Jaksch den Kanzler eindringlich, „von einem erfahrenen Politiker zur Kenntnis zu nehmen, daß die weitere Behandlung der 19. Novelle viel mehr entscheiden wird als die Gestaltung des Lastenausgleichs“.⁵³⁶ Ob das der geeignete Ton im Umgang mit einem Regierungschef war, dem damit unterschwellig Unerfahrenheit unterstellt wurde, ist überaus fraglich.

Wie gering das Ansehen des Vertriebenenministers Ernst Lemmer in Union und Koalition war, wurde im Herbst 1965 erneut sichtbar, als er ein zweites Mal bei einer Regierungsumbildung ohne Vorwarnung „übergangen“ wurde. Seine zweite Entlassung soll ihn angeblich „nicht verletzt“ haben, anders als die erste von 1962, obschon er auch diesmal seine Ablösung nicht vom Kanzler erfahren habe, sondern aus den Fernsehnachrichten. Lemmer tröstete sich mit der Annahme, dass Erhard ihn eigentlich halten wollen, jedoch von mehreren Seiten unter Druck gesetzt worden sei, einen noch nicht im Kabinett befindlichen Politiker zum Minister zu machen.⁵³⁷ Damals rang Erhard noch nicht um sein eigenes politisches Überleben, sondern hatte als Wahlsieger zeitweilig erheblichen Gestaltungsspielraum.

Doch der von Erhard erkorene Nachfolger Lemmers war von ähnlich nachrangiger Statur – was in diesem Falle freilich nur den Eingeweihten bekannt geworden war, nicht aber der breiten Öffentlichkeit. Doch der 1965 neuernannte Vertriebenenminister Johann Baptist Gradl (CDU) war schon 1962 als BMG-Minister anstelle des damals erstmals abgehalfterten Lemmer gehandelt worden, soll am Ende jedoch deshalb dann doch nicht berufen worden sein, weil – so kolportierte es jedenfalls der Gradl-Unterstützer Heinrich Krone – „Staatssekretär Thedieck“ (die graue Eminenz im BMG) „seinen Abschied genommen“ hätte, „wenn Gradl es geworden wäre“.⁵³⁸ Dieser machtbewusste Spitzenbeamte wurde erst vom neuen FDP-Minister Erich Mende entmachtet und Ende Januar 1964 in den Ruhestand genötigt. Zuvor hatte die FDP-Fraktion Mende darauf eingeschworen, dem von ihr beargwöhnten „Thedieck

536 B 234/1411, BdV, Dr. Jaksch, an BK Prof. Dr. Erhard, 02.07.1966. Die 19. Novelle des LAG mit Verbesserungen im Rentenrecht für Vertriebene wurde jedoch erst im Februar 1967 verabschiedet, vgl. Kittel, Stiefkinder, S. 193–112 und S. 540–566.

537 Lemmer, Manches, S. 378f.

538 Krone, Tagebücher, Bd. 2, S. 131.

vorsorglich schriftlich zu verpflichten, vor jeder Amtshandlung [...] die Stellungnahme seines Chefs einzuholen“.⁵³⁹

Der 1965 neuernannte Vertriebenenminister Gradl war gebürtiger Berliner und wie sein Vorgänger Lemmer Repräsentant der mitteldeutschen Exil-CDU. Herbert Czaja warf Gradl denn auch vor, sich gleich Lemmer immer wieder gegen Vertriebenenbelange gestellt zu haben. Da sich 1965 kein Vertriebenenabgeordneter als eine solche „Beschwichtigungsfigur“ habe missbrauchen lassen wollen, so Czaja ebenso ätzend wie einst Linus Kather, habe Gradl die Rolle als „Vertriebenenbeschwichtigungspatron“ im BMVt übernommen. Er habe aber innerhalb der Regierung keinerlei „Entfaltungsmöglichkeit“ zugebilligt bekommen und seinerseits, stets SPD-Kontakte pflegend, dem vom BdV verfochtenen Recht auf Heimat kritisch gegenübergestanden. „Man beachtete kaum, daß daher der Einfluß an der Basis bei den Vertriebenen fast völlig fehlte.“ Nicht der neue Vertriebenenminister, sondern der altgediente Verkehrsminister Seeborn und zudem Erhards Kanzleramtschef Ludger Westrick seien 1965/66 die eigentlichen Vertreter von Vertriebeneninteressen im Kabinett gewesen.⁵⁴⁰

Immerhin kannten sich Gradl und BdV-Chef Jaksch seit Jahren aus gemeinsamer Ausschusstätigkeit im Bundestag.⁵⁴¹ Nach Gradls Amtsantritt als BMVt sollte dieser denn auf ein Glückwunschschreiben des BdV-Präsidenten im November 1965 auch herzlich dafür danken, „daß Sie mich als ‚unseren Minister‘ angesprochen haben. Das möchte ich in der Tat sein.“ Da die künftige Arbeit nicht leicht sein werde, hoffe Gradl „sehr auf die Zusammenarbeit mit Ihnen und Ihrer Organisation; der Bund der Vertriebenen ist *ein konstruktiver Faktor der deutschen Politik*.“ Letztere Feststellung wurde von Jaksch unterstrichen. Gradl bot ein Gespräch an, teilte aber zugleich mit, die Einladung Jakschs zu einer Vertriebenenentagung in dessen Wohnort Wiesbaden nicht wahrnehmen zu können.⁵⁴² Daraufhin gab es ein Vierteljahr lang vergebliche „Bemühungen, eine Begegnung des Ministers mit dem Präsidium zustande zu bringen“, wobei Gradl „von sich aus um die Aussprache gebeten“ hatte. Doch „aus Termenschwierigkeiten“ auf Seiten der BdV-Funktionäre fand eine Begegnung erst am 10. Februar 1966 statt.⁵⁴³

Für das BMVt nahmen Gradl, Nahn und zwei weitere Beamte teil, für den BdV dessen wichtigste Funktionäre, deren Titel explizit aufgelistet wurden und ein Ringen um Augenhöhe verraten: Wurde bei Jaksch nur dessen Dokortitel – eine ihm 1963 von einem US-College verliehene Ehrendoktorwürde – erwähnt, hob man bei Schellhaus und Gossing deren frühere Minister- bzw. Staatssekretärs-Ränge hervor und im Falle von Rehs dessen Abgeordnetenstatus. Bemerkenswert erscheint die im Gespräch von Gossing (der wie Schellhaus um diese Zeit von der GDP zur CDU gewechselt war) geäußerte Bitte an Minister Gradl, „für einen besseren ständigen Kontakt der CDU zum

539 Zitiert nach Kreuzberger, Kampf, S. 96f.

540 Czaja, Unterwegs, S. 285 und S. 287.

541 Stickler, Ostdeutsch, S. 388.

542 BArch, B 234/1409, BMVt, Dr. Gradl, an BdV, Dr. Jaksch MdB, 10.11.1965; Hervorhebung durch M. S.

543 Ebd., BdV, Schwarzer, an BdV, Geschäftsführendes Präsidium, 01.02.1966.

BdV zu sorgen“, der somit explizit als defizitär gewertet wurde. Dann äußerte Jaksch die Bitte, Gradl möge FDP-Vizekanzler Mende auf die (negativen) Folgen einer in dessen BMG entstandenen Denkschrift zur Ostpolitik aufmerksam machen, was Gradl zusagte. Dissens gab es bei den sozialpolitischen Forderungen der Vertriebenenführung und im Hinblick auf eine für Mai 1966 geplante große Vertriebenen demonstration in Bonn: „Der Minister bemängelt dabei verschiedene Veröffentlichungen in der Vertriebenenpresse, auch im DOD“, dem Organ des BdV.⁵⁴⁴

Offenbar erschienen Gradl die BdV-Aktionen als zu populistisch. Denn er berichtete dem Kanzler nach diesem Treffen von seiner Furcht vor besagter Vertriebenen-Großdemonstration, da diese dem BdV entgleiten könnte; das Thema Rechtsradikalisierung stand im Raum. Allerdings hätten Jaksch, Rehs, Schellhaus und Gossing ihm versichert, „daß sie die Demonstration in der Hand haben“ und „gegen Auswüchse und Übergriffe vorsorgen“ würden. Der Vertriebenenminister riet zur Beschleunigung bei der Umsetzung vertriebenenspezifischer Maßnahmen, etwa bei der 19. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz.⁵⁴⁵ Sehr viel deutlicher wurde hinsichtlich der Bonner Demonstration Staatssekretär Nahm gegenüber Kanzleramtsminister Westrick:

„Unsere Bemühungen, diese Kundgebung zu unterlassen oder zumindest zu verschieben, hatten keinen Erfolg. Bei allem guten Willen des Vorstandes des BdV, dieser Manifestation eine staats- und sozialpolitisch positive Richtung zu geben, ist zu befürchten, daß ihr äußerer Ablauf von radikalen Elementen gezeichnet [sein wird].“⁵⁴⁶

Offensichtlich hatte die CDU-Führung des BMVt den BdV nicht mehr im Griff.

Vertriebenenminister Gradl war ein Freund und Verbündeter des unter Erhard einflussreichen CDU-Bundesministers Heinrich Krone, mit dem zusammen er auch Kontakte zum wichtigen SPD-Oppositionspolitiker Herbert Wehner pflegte.⁵⁴⁷ Doch als es im September 1966 zur Koalitionskrise der Regierung Erhard kam, zeigte sich, dass nicht nur Minister Gradl, sondern auch sein ganzes Ressort für den wankenden Kanzler lediglich Verhandlungsmasse waren. Über den weiterhin gut vernetzten Ex-Staatssekretär Hans Globke erfuhr Minister Krone, dass Bundeskanzler Erhard eine umfangreiche Kabinettsumbildung plante, bei der auch Gradl würde gehen müssen: „Das gesamtdeutsche und das Vertriebenenministerium soll in einer Hand bei [FDP-Vizekanzler] Mende liegen.“ Krone setzte sich für den Verbleib Gradls ein.⁵⁴⁸ Als die FDP wenig später die Koalition verließ und damit den Sturz Erhards einleitete, durfte der Vertriebenenminister dann doch noch etwas länger bleiben und für knapp einen Monat zusätzlich Mende im BMG beerben, ohne dort Spuren zu hinterlassen.⁵⁴⁹ Mit

544 Ebd., BdV, „Vermerk über das Gespräch vom 10.02.1966“, o. D.

545 BArch, B 136/9089, BMVt Dr. Gradl an BK Prof. Dr. Erhard, 15.02.1966 und Anlage.

546 Ebd., BMVt, Dr. Nahm, an Bundesminister Dr. Westrick, 18.02.1966.

547 Krone, Tagebücher, Bd. 2, S. 447. Gradl hatte schon 1961 mit Wehner im Gesamtdeutschen Ausschuss des Bundestages politisch kooperiert und blieb diesem bis ans Lebensende verbunden, vgl. Meyer, Herbert Wehner, S. 243 und S. 477.

548 Krone, Tagebücher, Bd. 2, S. 511.

549 Creuzberger, Kampf, S. 382.

der Ende 1966 erfolgten Bildung der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD verloren dann sowohl Gradl als auch Krone ihre Ministerämter.

In der neuen Regierung unter dem aus der Stuttgarter Landespolitik nach Bonn transferierten Kanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU) blieb das BMVt unter CDU-Kontrolle, obschon der zum neuen BMG-Minister ernannte SPD-Politiker Herbert Wehner noch im November 1966 gegenüber Krone einen ähnlichen Plan entworfen hatte, wie er zuvor von Erhard zugunsten von Mende entwickelt worden war. Krone hielt nach einem Gespräch mit Wehner fest: „Zusammenlegen möchte er das Vertriebenen-Ministerium mit dem gesamtdeutschen Ministerium; er will die Vertriebenen noch stärker in die gesamtdeutsche Politik einbauen.“⁵⁵⁰ Dazu kam es zwar nicht, doch das BMG, das von der CDU schon im Falle des FDP-Vorsitzenden Mende erstmals einem Koalitionspartner überlassen worden war, ging nun entsprechend an die SPD und erhielt mit Wehner einen äußerst machtbewussten Minister.

Demgegenüber verfügte der Ende 1966 berufene CDU-Vertriebenenminister Kai-Uwe von Hassel kaum über das notwendige Gegengewicht. Laut Heinrich Krone hatte der Katholik Gradl das BMVt verlassen müssen, weil sonst „ein Protestant aus der CDU zu wenig im Kabinett“ gewesen wäre. Der neue Vertriebenenminister von Hassel habe sich „nicht nur nicht“ geniert, Gradl zu ersetzen, „er drängte sich“ geradezu ins Amt. Der Katholik Krone bemerkte abschätzig: „Auch ein Deutschnationaler mehr in diesem Kabinett.“⁵⁵¹

Dass von Hassel katholischen Parteifreunden als „Deutschnationaler“ suspekt war, machte ihn nicht automatisch annehmbarer für den BdV. Denn als Ministerpräsident von Schleswig-Holstein hatte er mehrfach Konflikte mit seinem Koalitionspartner BHE gehabt, den er 1962 schließlich aus Regierung und Landtag verdrängt hatte.⁵⁵² Bedenkt man, dass der ostpreußische Landsmannschafts-Sprecher Alfred Gille – ein wichtiger Akteur des nordostdeutschen Netzwerks – bis 1962 Landtagsabgeordneter und Fraktionschef des BHE bzw. der GDP in Schleswig-Holstein gewesen war, dürfte von Hassel als neuer Vertriebenenminister keine Vorschusslorbeeren in der BdV-Führung erhalten haben. Obschon Gille seit 1964 dem BdV-Präsidium nicht mehr angehörte, blieben er und sein Verbündeter Egbert Otto, der zwischen 1966 und 1968 Präsidiumsmitglied war, bis zu gewissem Grade einflussreich.⁵⁵³ Auch CDU-Mann Herbert Czaja erblickte in von Hassel nur „eine Notlösung“, denn dieser habe kaum echten Kontakt zur Vertriebenenbasis gehabt und „seine Aufgabe“ eher darin gesehen, „sie in Schach zu halten“.⁵⁵⁴ Bekanntlich hatte der BdV bereits Lemmer und teilweise auch Gradl als Vertreter der Exil-CDU der SBZ/DDR abgelehnt, und die Ernennung des Nichtvertriebenen von Hassel, der in Afrika geboren worden war, dokumentierte aufs Neue den „wachsenden Bedeutungsverlust der vertriebenen

550 Krone, Tagebücher, Bd. 2, S. 522.

551 Ebd., S. 525.

552 Volker Koop: Kai-Uwe von Hassel. Eine politische Biographie. Köln/Weimar/Wien 2007, S. 39f. und S. 49–51.

553 Siehe Kap. 4.3.

554 Czaja, Unterwegs, S. 298f.

Abgeordneten wie ihres Ministeriums“.⁵⁵⁵ Zum ersten Mal seit Gründung der Bundesrepublik war im Koalitionskabinett des neuen CDU-Kanzlers Kiesinger ab Ende 1966 überhaupt kein Vertriebener mehr vertreten. Erst durch Regierungsumbildungen im Frühjahr 1969 rückten zwei Vertriebene nach: der aus Danzig stammende Sozialdemokrat Horst Ehmke als Justizminister und der schlesische CDU-Politiker Heinrich Windelen als letzter Vertriebenenminister.⁵⁵⁶ Mit Windelen wurde für kurze Zeit – erstmals seit 1964 – nochmals ein Vertriebener Chef des Vertriebenenressorts.

Ähnlich wie Ernst Lemmer war auch Kai-Uwe von Hassel ein CDU-Politiker, der öffentlich „degradiert“⁵⁵⁷ worden war, bevor er das BMVt übernahm. Denn der seit dem Strauß-Rücktritt von 1962 amtierende Bundesverteidigungsminister wurde Ende 1966 von Erhard-Nachfolger Kiesinger in dieser Funktion kurzerhand fallengelassen. Von den Medien zunächst als neuer Entwicklungshilfeminister gehandelt, erhielt er schließlich das BMVt angeboten, „das er zum Erstaunen vieler annahm, denn immerhin war damit ein erheblicher Prestigeverlust verbunden“.⁵⁵⁸

Nach Amtsantritt trat der neue Vertriebenenminister dann über ein Vierteljahr lang nicht an die Öffentlichkeit: Als von Hassel am 31. März 1967 sein erstes Rundfunkinterview gab, wurde er vom Journalisten Hanns Gorschenek – einem sudeten-deutschen Vertriebenen – offen für seine mangelnde Präsenz gerügt: „das finden wir nicht gut“. Der Minister rechtfertigte sein Abtauchen damit, dass er zunächst „zahlreiche Gespräche mit den Vertriebenenverbänden, Kirchen und den Ländern geführt“ habe, „um sich mit der Materie vertraut zu machen“.⁵⁵⁹ Das war ein veritabler Fehlstart, bekundete der neue Ressortchef damit doch seine fachliche Inkompetenz.

Auch die Vernetzung mit dem BdV lief nicht so rasch und reibungslos, wie von Hassel dies in seinem Interview vom März 1967 glauben machen wollte. Zwar hatte im Dezember 1966 der nach Jakschs Unfalltod interimistisch amtierende BdV-Präsident Erich Schellhaus dem neuen Minister in seinem Glückwunsch zum Amtsantritt an dessen Aufgeschlossenheit für Vertriebenen-Fragen aus seiner Zeit in Schleswig-Holstein erinnert, weshalb „meine Freunde und ich glauben [...], Ihnen großes Vertrauen entgegenbringen zu können“. Schellhaus hatte „nicht nur um gute Zusammenarbeit“, sondern auch um baldige Begegnung gebeten.⁵⁶⁰ Fast einen Monat später wiederholte der BdV-Generalsekretär, man hoffe auf ein baldiges Gespräch.⁵⁶¹ Der Minister aber ließ sich zunächst durch einen Informanten aus dem Vertriebenenverband über Interna berichten: „Während einer Präsidiumssitzung des BdV hätten die der CDU doch sehr nahestehenden MdB's die Regierung sehr hart angegriffen wegen des Münchner Abkommens.“ Das dürfte nach Lage der Dinge auf Ex-Bundesminister Seehofer gezielt haben, der dem Bundestag bis zu seinem Tod im September

555 Fischer, Heimat-Politiker, S. 122f.

556 Stickler, Ostdeutsch, S. 197.

557 Grosser, Geschichte Deutschlands, S. 194.

558 Koop, Hassel, S. 157.

559 Ebd., S. 163.

560 BArch, B 234/1409, BdV, Schellhaus, an BMVt von Hassel, 14.12.1966.

561 Ebd., BdV, Schwarzer, an BMVt, Graebe, 09.01.1967.

1967 weiter angehörte.⁵⁶² Dem Informanten zufolge hatten – wie das offensichtlich nicht übermäßig gut über die BdV-Führung orientierte Umfeld von Hassels im BMVt notierte – „die Herren Hubka (?) [i. e. Hupka] und Rehs“, also die Sozialdemokraten in der Verbandsspitze, die Regierungslinie gegen diesen Angriff „verteidigt“. Dem neuen Vertriebenenminister schlug der offenbar gut positionierte Informant – ein Herr „D.“ – per Telefonanruf selbstbewusst vor, „daß Sie hart und klar den Stand der Regierung mitteilen und ihnen sagen: ‚Hier bin ich und bei mir habt Ihr den politischen Schutz. Ich werde mich für Euch einsetzen, wie ich es schon in Schleswig-Holstein getan habe.‘“ Der Informant verfügte offenbar nicht nur über ein bereits etabliertes Vertrauensverhältnis zu von Hassel, sondern auch zu dessen späterem Nachfolger als Vertriebenenminister Heinrich Windelen, denn er teilte von Hassel mit, dass er bereits mit diesem aus Schlesien stammenden CDU-Bundestagsabgeordneten „darüber gesprochen“ habe.⁵⁶³ Es spricht manches dafür, dass es sich beim derart gut vernetzten Informanten „D.“ um den langjährigen BdV-Pressereferenten Dr. Alfred Domes gehandelt haben dürfte. Domes arbeitete damals mit Windelen in dessen Eigenschaft als Präsident der Stiftung für Europäische Friedensfragen sehr eng zusammen – in einer außenpolitischen Tarn-Organisation des BdV, in der Windelen die Nachfolge Jakschs angetreten hatte.⁵⁶⁴ Mit von Hassel wiederum unterhielt Domes – der auch im Schriftstellerverband von Schleswig-Holstein aktiv gewesen war⁵⁶⁵, wo jener als langjähriger Regierungschef gewirkt hatte – derart gute Verbindungen, dass von Hassel noch als Bundestagspräsident einer von Domes geleiteten internationalen Tagung Gastrecht im Parlamentsgebäude gewährte.⁵⁶⁶

Von Hassel wurde trotz oder wegen seiner oben aufgelisteten Handicaps der am längsten amtierende Vertriebenenminister der 1960er Jahre. Er selbst beabsichtigte, wie er zu Beginn seiner Amtszeit selbstbewusst verkündete, sein neues „Ministerium stark politisch zu führen“. So verfolgte er das Ziel, die durch Wenzel Jakschs Unfalltod Ende 1966 entstandene Vakanz an der Spitze des BdV zu deren „Verjüngung“ zu nutzen und die Verbandsführung „mit Leuten in den Vierzigern [zu] besetzen“, also einen Generationswechsel herbeizuführen.⁵⁶⁷ Das gelang sichtlich nicht, denn auf den 65jährigen Interims-Präsidenten Erich Schellhaus folgte Anfang 1967 im BdV der gleichaltrige Reinhold Rehs als neuer Verbandspräsident. Damit war auch von Hassels Absicht gescheitert, den CDU-Politiker Seebohm „zum BdV-Präsidenten wählen“

562 BArch, B 150/3734, BMVt, Vermerk für „Herrn Minister“, 17.01.1967, betr. „Telefonanruf von Herrn D. – heutige BdV-Sitzung“. Im damaligen BdV-Präsidium gehörte neben Vizepräsident Rehs (SPD) nur der frühere Bundesminister und Vizekanzler Seebohm für die CDU dem Bundestag an. Vgl. dazu Stickler, Ostdeutsch, S. 456.

563 BArch, B 150/3734, BMVt, Vermerk für „Herrn Minister“, 17.01.1967, betr. „Telefonanruf von Herrn D. – heutige BdV-Sitzung“.

564 Vgl. Czaja, *Unterwegs zum kleinsten Deutschland?*, S. 556.

565 Vgl. Archiv für Geschichte des Buchwesens 18.1977, Sp. 492, wonach Domes Geschäftsführer dieses Verbandes gewesen war.

566 Vgl. Alfred Domes (Hrsg.): *Entspannung für Europa*. Vorträge, gehalten auf einer Tagung des Cercle de Strasbourg in Bonn am 25. und 26. November 1970. Bonn u. a. 1971, S. 7.

567 Küsters, Hassel, Bd. 2, S. 413.

zu lassen, „zumindest für ein Jahr als Übergangslösung“.⁵⁶⁸ Im BdV blieb (bis 1970 jedenfalls) nicht nur die Herrschaft der alten Funktionärsgeneration, sondern auch die sozialdemokratische Führung gegen den Willen des Vertriebenenministers einstweilen erhalten. Hassels Vorhaben, Jaksch durch Seeböhm zu ersetzen, erschien selbst seinem eigenen CDU-Kanzler Kurt Georg Kiesinger von vornherein „aussichtslos zu sein“, weshalb dieser „abgewunken“ habe: „Der Versuch der CDU, hier durch einen Mann aus den eigenen Reihen größeren Einfluss auf die Vertriebenen zu gewinnen, scheitert.“⁵⁶⁹

Nicht allein deshalb zeigte sich das Verhältnis zum BdV zunehmend gestört. Als größten Erfolg seiner Amtszeit wertete der Minister rückblickend zwar die Gleichstellung der DDR-Flüchtlinge im Lastenausgleichsrecht, auf die er persönlich „stolz“ war. „Massiver Widerstand“ just dagegen kam jedoch von den Vertriebenenverbänden, die die Lastenausgleichsmittel ihrer Kern-Klientel vorbehalten wollten. Während er Staatssekretär Nahm in dieser Frage nicht völlig auf seiner Seite wähnte, wurde der Vertriebenenminister durch den sozialdemokratischen BMG-Minister Wehner, der selbst aus Sachsen stammte, „nachdrücklich“ (aber nur nichtöffentlich) unterstützt.⁵⁷⁰ Von Hassel hatte offenbar vor, mit Hilfe kostenintensiver sozialpolitischer Leistungsgesetze die Vertriebenenklientel wieder für die Union zu gewinnen, zumal die Neue Ostpolitik der SPD die Anfang der 1960er Jahre etablierte Nähe des BdV zur wichtigsten Konkurrentin der Kanzlerpartei zu unterminieren begann und auch die Position des sozialdemokratischen Verbandschefs Rehs immer schwieriger machte. Doch letztlich stieß diese Strategie des Vertriebenenministers wiederum an enge Grenzen, namentlich aufgrund der Zurückhaltung des hierfür unverzichtbaren Bundesfinanzministers Franz-Josef Strauß (CSU).⁵⁷¹

Als die BdV-Führung im Dezember 1967 unter ihrem neuen Präsidenten Reinhold Rehs (SPD) eine politische Ortsbestimmung zwischen den wachsenden links- und „rechtsradikalen Tendenzen“ innerhalb der westdeutschen Gesellschaft versuchte, beteiligte sich der amtierende Vertriebenenminister an dieser wichtigen Diskussion überhaupt nicht – oder er war vom BdV gar nicht erst eingeladen worden. Anwesend waren hingegen der kurz zuvor in den Ruhestand verabschiedete BMVt-Staatssekretär Nahm und von Hassels Minister-Vorgänger Johann Baptist Gradl, dessen von Herbert Czaja beobachtete langjährige SPD-Vernetzung offensichtlich weiterhin trug. Als Rehs die Frage aufwarf, wie der BdV gesellschaftliche Debatte und „innere Auseinandersetzung bei den Vertriebenen selbst in sachlicher und positiver Diskussion über ein Beharren auf Rechtspositionen hinausführen“ könnte, weil „das geistige Potential innerhalb des BdV“ nicht ausreiche, „um die Diskussion weiterzuentwickeln“, riet Nahm dazu, „die Vertriebenenverbände sollten von der Konzentration auf die Politik ablassen, der Bewahrung und Ausbreitung der ostdeutschen Kultur mehr

568 Ebd.

569 Ebd., S. 418.

570 Koop, Hassel, S. 167f.; vgl. zum Verhältnis Vertriebene / DDR-Flüchtlinge Kittel, Stiefkinder, S. 182–190.

571 Vgl. Küsters, Hassel, Bd. 2, S. 418 und S. 442.

Raum geben und dadurch die Kulturwerke aus der Isolierung herausführen“. Gradl wollte den Verband personell und politisch öffnen, da „die Vertriebenen [...] in den vergangenen Jahren die Einheimischen nicht auf ihre Seite“ zu bringen vermocht hätten: „Wenn es gelänge, den BdV umzufirmieren in etwas, was das Engagement für den deutschen Osten zum Ausdruck bringt und damit die Organisation über den Rahmen der Vertriebenen hinaus zu öffnen, wäre vielleicht erreichbar, Solidaritätsgefühl zu erwecken.“ Allerdings „müßten dann die materiellen Forderungen zurücktreten.“ Nahm wiederum bekräftigte, man müsse die Vertriebenen aus der „Isolierung“ herausbringen in möglichst enge Kontakte zur „Gesamtbevölkerung“. Gradl setzte auf klare Frontstellung gegen Rechtsaußen: „Der BdV würde an Resonanz in der deutschen Öffentlichkeit gewinnen, wenn er überzeugend und gut formuliert *vor nationalistischer Radikalisierung* (NPD nicht nennen) *warnt* [...]. Wenn diese Warnung vom ganzen BdV gestützt würde, wäre sie eine gute Sache.“ Nahm votierte außerdem für eine Neuaufstellung in der Ostpolitik: „Die *gesamtdeutsche Politik* kann sich nur in den Grenzen von 1937 bewegen. Das Ressortieren der nicht reichsdeutschen Landsmannschaften beim Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen hat deshalb eine gewisse Zwielfichtigkeit in die gesamte deutsche Politik gebracht.“⁵⁷²

Suchte der sozialdemokratisch geführte BdV 1967 somit den Rat der ehemaligen BMVt-Spitzen, verschärfte sich der Konflikt mit dem aktuellen Minister. Denn von Hassel kündigte im Oktober 1968 an, sein Ressort werde bis spätestens 1972 aufgelöst und in ein anderes Haus überführt werden, „vorzugsweise“ in das BMG.⁵⁷³ Zwar gab es Lob von vielen Medien,⁵⁷⁴ doch die BdV-Führung fasste diese Bereitschaft zur Selbstabschaffung als Kriegserklärung auf. In der konservativen Zeitung „Die Welt“ widersprach BdV-Präsident Rehs, ein Sozialdemokrat des rechten Flügels, der bei dieser Gelegenheit Spekulationen über seinen Wechsel zur CDU dementierte, ausdrücklich der Meinung des CDU-Ministers, dass dessen Ressort in zwei bis drei Jahren aufgelöst werden könnte.⁵⁷⁵

Auf einer Klausurtagung des BdV Ende 1968 übte Vizepräsident Gossing grundsätzliche Kritik: Nicht nur die aktuelle Bundesregierung, „auch die verflossenen“ seien in Vertriebenenfragen „nicht sehr deutlich“ gewesen. Schon die Regierungserklärung Kiesingers habe nicht befriedigt, und das „Unbehagen“ habe sich mit dem aktuellen SPD-Parteitag und unliebsamen Erklärungen etwa des SPD-Fraktionsvorsitzenden Helmut Schmidt zur „Neuen Ostpolitik“ noch gesteigert. Doch auch das jüngste CDU-Aktionsprogramm „könne nicht voll befriedigen“. Der am stärksten rechtsgerichtete BdV-Vize, der immer noch zur Splitterpartei GDP gehörige Sudeten-deutsche Rudolf Wollner, kritisierte aufs Neue die Äußerungen des Vertriebenen-

572 BArch, B 234/1282, BdV, Protokoll der Besprechung am 14.12.1967, S. 2–4 und S. 6f.; Hervorhebung im Original.

573 Koop, Hassel, S. 171f.; ähnlich Küsters, Hassel, Bd. 2, S. 477.

574 Koop, Hassel, S. 171f.

575 Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), Archiv der Zentralstelle, MfS ZAIG Nr. 9708 Teil 2, Bl. 337, Vertriebene wehren sich gegen den Vorwurf des Radikalismus, in: Die Welt, 16.10.1968.

ministers über die mögliche Auflösung seines Ressorts. Gossing griff dies auf und verwies auf den Widerspruch dieser Minister-Äußerung zum aktuellen Wechsel des OKR vom BMG in die Zuständigkeit des BMVt.⁵⁷⁶ Als sich Gossing im Februar 1969 direkt an Bundeskanzler Kiesinger wandte, um namens des BdV eine Empfehlung für den CDU-Abgeordneten Windelen als Nachfolger des ins Amt des Bundestagspräsidenten wechselnden Vertriebenenministers von Hassel abzugeben, lautete die Begründung, man lege auf eine Persönlichkeit Wert, die „in der Aufgabe bewandert“ sei und das Vertrauen der Vertriebenen genieße. Dieses Votum für Windelen war zugleich ein klares Misstrauensvotum gegen den scheidenden Minister von Hassel.⁵⁷⁷

Die eklatante Entflechtung früherer Vernetzung war gewachsen, als der langjährige BMVt-Staatssekretär Nahm im November 1967 in den Ruhestand ging. Der nicht-vertriebene Minister von Hassel holte keinen Vertriebenen als Nachfolger des Nicht-Vertriebenen, sondern den früheren NRW-Staatsminister Gerd Ludwig Lemmer.⁵⁷⁸ Zum einen trauerte der Vertriebenenminister seinem erfahrenen und dadurch viel zu mächtigen Spitzenbeamten nicht hinterher, zum anderen wünschte von Hassel „einen modernen hervorragenden Nachfolger“ als Staatssekretär, der „noch nicht verhaftet“ sei „mit historischen Entwicklungen der letzten anderthalb Jahrzehnte“.⁵⁷⁹ Gert Lemmer, ein im Rheinland geborener Neffe des früheren BMVt Ernst Lemmer, gehörte als CDU-Abgeordneter dem Landtag von Nordrhein-Westfalen an und hatte bis 1966 als Bundesratsminister der Düsseldorfer Landesregierung amtiert. Von Dezember 1967 bis März 1969 fungierte er als Staatssekretär im BMVt. Nachdem Minister von Hassel das Ressort im Februar 1969 verlassen hatte, ließ sich auch Gerd Lemmer Ende März 1969 umgehend in ein anderes Bundesministerium versetzen.⁵⁸⁰ Der neue Vertriebenenminister Heinrich Windelen (CDU) hatte damit freie Hand, holte jedoch wiederum keinen Vertriebenen auf die höchste Beamtenposition seines Hauses, sondern stattdessen den greisen Ex-Staatssekretär Nahm aus dem Ruhestand zurück.⁵⁸¹ Nahms Reaktivierung war nicht die schlechteste Lösung, wenn es um Amtserfahrung ging, zeugte jedoch zugleich von der Ideen- und Mutlosigkeit des neuen und letzten Ministers.

Der altgediente Peter Paul Nahm hatte bereits im Januar 1967 in einem Privat Schreiben an den mit ihm gut vernetzten BdV-Funktionär Clemens J. Neumann Resignation erkennen lassen. Zwar habe er nicht gezögert, als ihn der damalige Minister Gradl gebeten habe, „noch über meine Zeit bei ihm zu bleiben“, also seinen Dienst nach Erreichen der Pensionsaltersgrenze fortzusetzen. Doch ließ Nahm Neumann offenerzig wissen, dass ihn Gradls Ende 1966 erzwungener Abgang „schwer getroffen,

576 BAArch, B 234/1445, BdV, Protokoll Klausurtagung Bundesvertretung am 30.11./01.12.1968, S. 2 und S. 6.

577 BAArch, B 234/1254, BdV, Gossing, an BK Dr. Kiesinger, 05.02.1969.

578 Koop, Hassel, S. 167.

579 Küsters, Hassel, Bd. 2, S. 444.

580 Vgl. Gerd Ludwig Lemmer, in: https://de.wikipedia.org/wiki/Gerd_Ludwig_Lemmer (09.03.2025).

581 Buchstab, Nahm, Peter Paul, S. 722. Online unter: <https://www.deutsche-biographie.de/sfz67891.html> (09.03.2024).

aber nicht von dem Ja gelöst“ habe, dass er zuvor ausgesprochen habe. Der Staatssekretär war jedoch mit sehr gemischten Gefühlen im Amt geblieben:

„Ich weiß, daß ich jetzt den eleganten Absprung in ein otium cum dignitate hätte machen können. Ich bin mir gewiß, daß mein Verbleiben im Dienst unter den heutigen Umständen die Dignitas vertilgen und der spitzen Feder von Herrn Clemens Neumann manchen Stoff für vielleicht sogar berechnete Angriffe geben kann. Denn es steht zu befürchten, daß sich jene, die seit Jahr und Tag des Vertriebenenproblems überdrüssig sind und alles, aber auch alles für gelöst halten, der Tatsächlichkeit unserer schlimmen Haushaltslage bemächtigen, um aus ihr und mit ihr die alten Wünsche zu erfüllen. Aber gerade, weil ich das fürchte, bin ich geblieben. Vielleicht ist das Aufhalten jetzt schwieriger als vor einem Jahrzehnt das Leisten war.“⁵⁸²

Dem neuen Amtschef von Hassel hatte Nahm 1967 „schonungslos“ die schwierige Lage des Ressorts im politischen Gesamtsystem dargelegt: „Im Kabinett interessiert sich kein Minister ernstlich für unsere Anliegen. Im Fraktionsvorstand [der CDU/CSU] ist es nicht viel besser. Die Situation zwingt zu Gesprächen mit unseren Kabinettsmitgliedern, um unsere Isolierung aufzulösen“.⁵⁸³ Stattdessen kam es im Laufe der Amtszeit von Hassels auch noch zu wachsender Entfremdung zwischen BMVt und BdV. Auch unter dem letzten Minister Windelen wurde diese Entfremdung nicht behoben, obwohl der neue Ressortchef selbst aus den Reihen der Vertriebenen kam. Doch auf die Ernennung dieses letzten deutschen Vertriebenenministers hatte der BdV vorab gar keinen Einfluss gehabt, anders als Gossings erwähntes Schreiben an den Kanzler suggerieren sollte. Man wurde durch die Ereignisse völlig überrascht. Da BdV-Präsident Rehs in Bonn nicht greifbar war, wurde ein überhastet erstelltes Schreiben an den Bundeskanzler von Gossing als Stellvertreter unterzeichnet, um die Ernennung Windelens noch rechtzeitig zu befürworten. Generalsekretär Schwarzer informierte Rehs intern: „Wir mußten uns zu dieser Eile entschließen, weil, wie wir hörten, der Bundeskanzler ohnehin Herrn Windelen in Aussicht genommen hat. Wir wollten uns deshalb nicht post festum für ihn verwandt haben.“⁵⁸⁴

Diese Farce vervollständigt das Bild einer absoluten Entfremdung zwischen CDU-Führung und BdV-Präsidium, wo tragfähige Vernetzungen nicht mehr existierten. Die von Windelen verfügte Reaktivierung Nahms änderte daran wenig. Dieser hatte zwar lange mit den Vertriebenenverbänden zusammengearbeitet, wurde aber von diesen keineswegs als ihr Vertrauensmann betrachtet. Schon Linus Kather hatte sich distanziert über den langjährigen Spitzenbeamten geäußert; in seiner ironischen Sicht war Nahm „der große Formulierer“⁵⁸⁵ ein rhetorisch begabter Selbstdarsteller, der politisch stets der Vertrauensmann „Adenauers und der CDU“ im BMVt gewesen sei.⁵⁸⁶ Herbert Czaja, der Nahm ebenfalls „sehr kritisch beurteilte“, wertete dessen Vorgänger Ottomar Schreiber als deutlich besseren Staatssekretär: „Meinem Eindruck nach

582 BAArch, B 234/704, StS Dr. Nahm an Neumann, 03.01.1967.

583 Zitiert nach Küsters, Hassel, Bd. 2, S. 416.

584 BAArch, B 234/1254, BdV, Schwarzer an Rehs, 05.02.1969.

585 Kather, Entmachtung, Bd. 1, S. 131.

586 Kather, Entmachtung, Bd. 2, S. 255.

hatte Schreiber größeren Weitblick als sein Nachfolger Nahm, der sich allen Absichten, die Vertriebenenanliegen einzuengen, besonders denen des Finanzministeriums, sofort anpaßte.⁵⁸⁷ Czaja betrachtete Nahm als opportunistischen, „stets pendelnden Staatssekretär“. Daher habe sich auch der Katholische Flüchtlingsrat unter der seit 1960 laufenden Präsidentschaft Nahms „amtlichen Appeasementforderungen“ zunehmend gebeugt. Dass das BMVt „zu wenig Gewicht und Ausstrahlung“ besessen habe, war in Czajas Sicht nicht zuletzt die Schuld dieses leitenden Beamten, unter dessen Ägide „richtungweisende Bedeutung“ nicht erlangt, sondern verfehlt worden sei. Nahm sei stets der „Linie der Anpassung an die jeweils Regierenden“ gefolgt, habe kein echtes Engagement gezeigt, sondern zu „Beschwichtigungstaktik“ Zuflucht genommen.⁵⁸⁸ Dass ausgerechnet Nahm – damals Ex-Staatssekretär, aber weiterhin Vorsitzender des Katholischen Flüchtlingsrates – von Bundeskanzler Kiesinger Ende 1968 den Auftrag erhielt, sich der im März 1969 erfolgten Gründung eines „Werks für europäische Partnerschaft“ zur Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen anzunehmen, das auch für Czaja einen Sitz im Vereinsvorstand bereithielt,⁵⁸⁹ dürfte letzteren nur wenig besänftigt haben. Denn „in der Frage der Oder-Neiße-Grenze kam Kiesinger den Polen mehr entgegen als seine beiden Amtsvorgänger – wenn auch aus polnischer Sicht nicht weit genug“.⁵⁹⁰

Vertriebenenminister Windelen irritierte die BdV-Führung nicht nur durch die Wiederberufung des ungeliebten Langzeit-Staatssekretärs. Noch schlimmer war aus Sicht der organisierten Vertriebenen, dass nach von Hassels Vorpreschen im Vorjahr 1969 weitere CDU-Spitzenpolitiker das Vertriebenenressort für obsolet erklärten. Wie sich Czaja erinnerte, hatte „in vorsichtiger Form“ sogar „Kiesinger solche Absichten geäußert, ohne daß der letzte Vertriebenenminister Windelen ihm argumentativ widersprach, sondern sich anpaßte“. Czaja, seit 1969 neuer Sprecher der Landsmannschaft der Oberschlesier und ab 1970 neuer BdV-Präsident, kritisierte dieses „resignative, jeder Auseinandersetzung ausweichende schwächliche Verhalten“ scharf.⁵⁹¹ Im Mai 1969 kam es so weit, dass die BdV-Führung dem CDU-Vertriebenenminister öffentlich in die Parade fuhr. BdV-Präsident Rehs wehrte sich mit der gesamten Verbandsführung gegen die Auflösung des BMVt, nachdem Windelen erklärt hatte, er rechne damit im Laufe der nächsten zwei Jahre.⁵⁹²

Für die Führung des BdV wurde in dieser Phase bezeichnend, dass man sich immer weniger an die Chefs des Vertriebenenressorts wandte, wenn es um Kernfragen der Vertriebenenpolitik ging. Schon Wenzel Jaksch hatte in seiner eigenwilligen Manier mit Bundeskanzler Erhard über Wesentliches stets direkt kommuniziert – ähnlich wie in längst vergangenen Zeiten Linus Kather mit Adenauer. Im Januar 1967

587 Czaja, Unterwegs, S. 113 und S. 200.

588 Ebd., Unterwegs, S. 449, S. 539, S. 552, S. 559 und S. 567; vgl. zum Katholischen Flüchtlingsrat auch den Beitrag von Rainer Bendel im vorliegenden Band.

589 Vgl. Szatkowski, Karl Carstens, S. 185.

590 Ebd.

591 Czaja, Unterwegs, S. 324.

592 BArch, B 145/9873, von Wilpert an BPA, Steltzer, 23.05.1969.

übermittelte Helmut Gossing auch gegenüber Kiesinger die dringende Bitte des BdV um eine baldige Aussprache, da man einen bedenklichen Kurswechsel der neuen Regierung oder einzelner Kabinettsmitglieder in der Vertriebenenpolitik beobachte.⁵⁹³ BdV-Chef Rehs beschwerte sich im November 1968 beim Kanzler über Äußerungen des Parlamentarischen Staatssekretärs Gerhard Jahn (SPD) zum Münchner Abkommen.⁵⁹⁴ Ähnlich ging das erregte Telegramm des BdV-Präsidiums vom Mai 1969, um Unterstützung der Bundesregierung gegen die „unerhoerten Diffamierungen“ des Fernsehjournalisten Dieter Gütt einzufordern, direkt an den Kanzler, um gegen „ein eklatantes Beispiel einseitiger, wahrheitswidriger verleumderischer Darstellung und des Missbrauchs einer öffentlichen Einrichtung“ Front zu machen.⁵⁹⁵ Der Kanzler sicherte daraufhin dem BdV im Juni 1969 zu, Vertriebenenminister Windelen wolle Gütt's Angriffe in einer Fernsehdiskussion zurückweisen, diese dürften in der Tat „nicht unwidersprochen bleiben“.⁵⁹⁶ Nach dem eben erst eskalierten Konflikt zwischen Windelen und der BdV-Führung um die angekündigte Auflösung des BMVt suchte Kiesinger angesichts der bevorstehenden Bundestagswahlen sichtlich, dem BdV gefällig zu sein, und veranlasste seinen Vertriebenenminister zu einem symbolischen Schulterchluss mit dem Vertriebenenverband.

4.5. Vom Konflikt zur alternativen Vernetzung: BdV und BMG (1959–1969)

Für den BdV verlor das BMVt ab Mitte der 1960er Jahre auch dadurch an Bedeutung, dass dieses Haus in eine enge Kooperation diverser Ressorts der Bundesregierung in der Vertriebenenpolitik integriert wurde. Hierbei scheint nicht das BMVt, sondern das BMG den Ton angegeben zu haben, das zwischen 1963 und 1966 vom FDP-Politiker Erich Mende geführt wurde. Dieser besaß gegenüber den damaligen Vertriebenenministern Lemmer und Gradl nicht nur den Vorzug einer Herkunft aus den (oberschlesischen) Vertreibungsgebieten, sondern verfügte als Vizekanzler und Parteivorsitzender des einzigen Koalitionspartners der Union auch über unvergleichlich mehr politisches Gewicht. Erstmals wurde auch das Bundespresse- und Informationsamt (BPA), das unter Adenauer nur sporadisch mit dem BdV hatte zusammenarbeiten dürfen, in diesen Verbund einbezogen. 1965 existierte ein „Interministerieller Ausschuss für Öffentlichkeitsarbeit in Vertriebenenfragen“, der unter Vorsitz des BPA-Ministerialdirigenten Günter Diehl tagte. Diesem Ausschuss gehörte der BdV offiziell zwar nicht an, er war jedoch durch seinen Präsidenten Jaksch und seinen Pressereferenten Dr. Domes über die von der Bundesregierung für die Auslandsarbeit des BdV geschaffene „Deutsche Stiftung für Europäische Friedensfragen“ verdeckt mit an Bord. Darüber hinaus brachte der Ausschuss Beamte des BMVt (Ministerialdirigent Dr. von Hoffmann), des BMG (Ministerialrat Dr. Chyla), des Außenministeriums

593 BArch, B 234/1411, BdV, Gossing, an BK Dr. Kiesinger, 05.01.1967.

594 BArch, B 136/9092, BdV, Rehs, an BK Dr. Kiesinger, 13.11.1968.

595 Ebd., BdV-Präsidium, Telegramm an BK Dr. Kiesinger, 29.05.1969.

596 Ebd., BK Dr. Kiesinger an BdV, Rehs, Juni 1969.

(Legationsrat I. Klasse Dr. Turnwald), des Kanzleramtes und des BPA zusammen.⁵⁹⁷ Diese kooperativen Strukturen vermochten freilich die Konflikteskalation zwischen BMG und BdV nicht zu verhindern, zumal diese in Auseinandersetzungen des BdV mit dem damaligen BMG-Minister Ernst Lemmer bereits eine ungute Vorgeschichte besaß.

Ernst Lemmer war zunächst 1956/57 kurzzeitig Bundespostminister gewesen, bevor er im BMG die Nachfolge des prägenden ersten Ressortchefs Jakob Kaiser antrat. Dessen langjähriger Staatssekretär Franz Thedieck, der eine mindestens so einflussreiche Hintergrundrolle spielte wie Nahm im BMVt, blieb bis 1964 im Amt. Er wird als „gegenüber den Ministern, insbesondere Lemmer, übermächtiger Staatssekretär“ eingeschätzt.⁵⁹⁸ In Lemmers eigener Rückschau konnte Thediecks „Sachkenntnis [...] viele Jahre lang jedem Leiter dieses Ressorts dienlich“ sein, „ebenso wie seine große Verwaltungserfahrung“.⁵⁹⁹ Mit abschätzigem Unterton gegenüber dem Minister erinnerte Czaja daran, dass unter Lemmer „der mit Adenauer bekannte Staatssekretär Franz Thedieck die Alltagsarbeit leistete“, was Czaja aber für günstig hielt, da er Thedieck zu den Unterstützern von Vertriebenenangelegenheiten in der Bonner Ministerialbürokratie zählte.⁶⁰⁰ Im Gegensatz zu seinen harmonisierenden Erinnerungen soll der „führungsschwach[e]“ Minister Lemmer⁶⁰¹ mehrmals vergeblich versucht haben, den übermächtigen Staatssekretär loszuwerden. Dieser wurde jedoch vom Kanzler gehalten; Thedieck übte für Adenauer und Globke offenbar eine unverzichtbare „Kontrollfunktion“ im BMG aus.⁶⁰² Er kannte sein Ressort „in- und auswendig“ und hatte es „unter Minister Lemmer mehr oder weniger eigenständig geleitet“. Auch der Lemmer-Nachfolger Rainer Barzel behandelte 1962/63 seinen Staatssekretär mit ausgesuchter Höflichkeit, denn als fachfremdem Außenseiter war dem Minister wohl bewusst, dass er „auf Thedieck angewiesen“ war. Erst dem 1963 ins Amt gelangten FDP-Minister Erich Mende gelang es, den ungeliebten Aufpasser Anfang 1964 für immer zu entfernen.⁶⁰³

Wie bereits geschildert, war das Verhältnis zwischen BMG-Minister Lemmer als Repräsentanten der Berliner CDU und der BdV-Führung von Misstrauen geprägt. Dieses schien sich als nur zu berechtigt zu erweisen, als Lemmer Ende 1959 vor dem polemischen „Begriff des Verzichtspolitikers“ warnte und betonte, die Wiederherstellung der deutschen Einheit mit der DDR sei wichtiger als die „Grenzfrage“ im Os-

597 BAArch, B 145/9873, BPA, Dr. Mannhart, Aufzeichnung über „Sitzung des Interministeriellen Ausschusses für Öffentlichkeitsarbeit in Vertriebenenfragen vom 29.06.1965 im BPA“, 28.07.1965. Es fällt auf, dass die dem Ausschuss angehörenden Vertreter von BMVt, BMG und AA sämtlich Ministerialbeamte sudetendeutscher Herkunft waren – ebenso wie Jaksch und Domes. Zu Erich von Hoffmann, der 1971 Nachfolger Nahms als Leiter der Vertriebenenabteilung im BMI werden sollte, sowie zum AA-Diplomaten Wilhelm Turnwald vgl. Imhof, Vertriebenenverbände, S. 261f.; zu Ottokar Chyla vgl. Stickler, Ostdeutsch, S. 328, Anm. 644.

598 Christoph Meyer: Herbert Wehner. Biographie. München 2006, S. 303.

599 Lemmer, Manches, S. 350f. und S. 358.

600 Czaja, Unterwegs, S. 195 und S. 565.

601 Creuzberger, Kampf, S. 78.

602 Echtler, Einfluß, S. 82.

603 Wambach, Barzel, S. 176f. und S. 209.

ten.⁶⁰⁴ Hier agierte der Mitteldeutsche mit ähnlichen Unterscheidungen zu Lasten der Ostgebiete wie einige Jahre später der Bayer Strauß als Bundesverteidigungsminister.⁶⁰⁵ Unter Vertriebenenfunktionären hatte Lemmers Schritt 1959 jedenfalls zu „sehr großer Sorge“ und zu „scharff[em] Einspruch“ geführt.⁶⁰⁶ Der ebenfalls aus Mitteldeutschland stammende Vertriebenenminister der Jahre 1961–1963, Wolfgang Mischnick, war somit nicht der erste und einzige Bundesminister der späten Adenauer-Kabinette, der ins Visier der Vertriebenen-Netzwerke geriet.⁶⁰⁷ Damit die Angelegenheit möglichst weite Kreise zog, wandte sich der BdV in seinem Protest gegen Lemmer über einen geistesverwandten Beamten im BMVt, den aus Ostpreußen stammenden Pressereferenten Hans Georg Schlicker, auch an Staatssekretär Nahm und suchte damit das Konkurrenz-Ressort des BMG gezielt in den Konflikt zu involvieren.⁶⁰⁸

Zwar blieb das Ganze für Lemmer folgenlos, doch der Zusammenstoß von 1959 dürfte der BdV-Führung wieder in Erinnerung gekommen sein, als sich BdV-Präsident Krüger im April 1962 mit der Beschwerde an den BMG wandte, in einer Zeitschrift sei ein ungenannter Referent seines Hauses mit Äußerungen zitiert worden, die geeignet seien, die Grundsätze der Vertriebenenpolitik des BMG „ins Zwielficht zu rücken“. Krüger bat Minister Lemmer um Klärung und erinnerte an die andersgewartete Position des Bundeskanzlers. Lemmer erklärte „mit freundlichen Grüßen“, den ihm angeblich unbekannten Sachverhalt prüfen lassen zu wollen.⁶⁰⁹ Mehr geschah bis zu Lemmers demütigender Entlassung als BMG Ende 1962 aber offenbar nicht.

Wenzel Jaksch, jener sozialdemokratische BdV-Präsident, der im Frühjahr 1964 die Krüger-Nachfolge angetreten hatte, blieb bis zu seinem jähen Unfalltod im November 1966 die dominierende Führungspersönlichkeit im BdV. Jaksch versuchte Ende 1964, gute persönliche Kontakte zu FDP-Vizekanzler Erich Mende, dem Nachfolger des nur kurzzeitig amtierenden Lemmer-Nachfolgers Barzel, zu etablieren. Jaksch lobte ausdrücklich Mendes Rede vor der „Westeuropäischen Union“ (WEU) in Paris, die „in Vertriebenenkreisen große Aufmerksamkeit gefunden und Befriedigung ausgelöst“ habe. Es freue ihn besonders, dass diese Worte „von einem Landsmann und Schicksalsgefährten gesprochen“ worden seien, spielte Jaksch auf Mendes oberschlesische Herkunft an. Dieses Handeln werde dem BMG-Minister „nicht nur bei den Vertriebenen Sympathie einbringen“.⁶¹⁰

Ein gutes Einvernehmen war somit gewollt, ließ sich aber nicht festigen. Nur fünf Tage später traf sich das Präsidium des BdV mit Spitzenvertretern des BMG, des BMVt und des BPA im Gesamtdeutschen Ministerium. Mende führte den Vorsitz, während die BMVt-Spitzen Lemmer und Nahm nur Nebenrollen spielten. Nachdem Jaksch

604 BArch, B 234/1456, Einheit wichtiger als Grenzfrage. Lemmer warnt vor dem Begriff des Verzichtspolitikers, in: Die Welt, 03.12.1959.

605 Vgl. Kap. 4.1.

606 BArch, B 150/3251 Bd. 2, CDU [Braunschweig], Rock, an BMG Lemmer, 09.11.1959.

607 Vgl. Kap. 4.1.

608 BArch, B 150/3251 Bd. 2, BdV, Dr. Domes, an BMVt, Dr. Schlicker, 17.12.1959.

609 BArch, B 234/1254, BdV, Krüger, an BMG Lemmer, 03.04.1962 und BMG Lemmer an BdV, Krüger, 05.04.1962.

610 BArch, B 234/1254, BdV, Dr. Jaksch, an Vizekanzler BMG Dr. Mende, 10.12.1964.

vor rechtsradikalen Tendenzen unter Vertriebenen gewarnt hatte, die vom BdV nur schwer „in Ordnung zu halten“ seien, ergriff Vertriebenenminister Lemmer das Wort, um Befürchtungen der Regierung hinsichtlich der geplanten Großveranstaltungen des BdV zum 20. Jahrestag des Kriegsendes zu äußern: Das vom BdV geplante Jahr der Menschenrechte dürfe „unter keinen Umständen zu einem Revanchistenjahr werden“. Mende unterstützte seinen Kabinettskollegen, indem er „auf die Befürchtungen des Bundeskanzlers im Wahljahr und die Sorge über Reflexe im Ausland“ hinwies. Jaksch forderte daraufhin nicht nur mehr Subventionen, sondern weit mehr: „Die Kernfrage sei, ob anerkannt wird, daß der BdV gewisse *halbstaatliche Funktionen* ausübe.“ Man müsse die BdV-Arbeit „im Lichte einer *staatspolitischen Aufgabe*“ sehen. Solche Töne hatte man von Jakschs Vorgänger Krüger nie vernommen. Und Jaksch fügte noch kritisch hinzu, leider sei „die Atmosphäre zwischen dem BMG und BdV nicht besser geworden“. Daraufhin versicherte Mende als Chef des dermaßen kritisierten Ressorts, die „*staatspolitische Notwendigkeit des BdV*“ werde „von der Bundesregierung und den drei Parteien [CDU/CSU und FDP] anerkannt“, aber sein Haus stehe leider unter Einsparungszwängen. BMG-Staatssekretär Dr. Carl Krautwig sprang seinem Minister mit finanziellen Details bei. Doch der aufgestaute Unmut der BdV-Führung entlud sich ungebremst in der scharfen Gegenfrage des BdV-Vizepräsidenten Gossing, „ob die Personalpolitik vom Präsidium des BdV oder von Außenstehenden (BMG) gemacht würde“.⁶¹¹

Dieser Konflikt mit dem BMG um die finanzielle Basis der BdV-Personalpolitik war bereits 1960 einmal heftig aufgeflammt, als eine Subventionskürzung durch das BMG vom selben Vizepräsidenten Gossing auf einer BdV-Präsidiumssitzung im Bonner Bundeshaus als „ministerielle Einflußnahme auf die innerbetrieblichen Verhältnisse“ des Verbandes gedeutet wurde. Gossing kritisierte damals, „daß hierdurch die Selbständigkeit der Organisation berührt werde“, und machte außerdem geltend, dass es „nicht möglich sei, eine politische Organisation streng nach Grundsätzen des Bundesrechnungshofes zu führen“, womit die Vertriebenenverbände der 1950er Jahre folglich mehr als nur einmal Probleme gehabt zu haben scheinen. Auch Vizepräsident Schellhaus, obschon selbst Landesminister, erklärte „die ministerielle Einflußnahme für unzumutbar“. Baron Manteuffel wies darauf hin, dass der einst von ihm geleitete „VdL früher derartige Schwierigkeiten nicht gehabt habe“. Der Umschwung wurde als umso gravierender empfunden, als – wie Axel de Vries mitteilte – „die alleinige Federführung“ in dieser Frage auf das BMG „übergegangen“ sei, das BMVt also nicht mehr mitzuständig war. Am Ende herrschte im BdV-Präsidium Einigkeit darüber, „daß diese Art der Zuschußpolitik abgewehrt werden“ müsse. Man erörterte „die Zweckmäßigkeit einer Vorsprache beim Bundeskanzler [...], falls die zunächst zu führenden Besprechungen mit Staatssekretär Thedieck und Bundesminister Lemmer“ – man beachte die Reihenfolge! – „nicht zum Ziele führen sollten“.⁶¹²

611 BAArch, B 145/3500, BMG, Protokoll der Besprechung mit BdV und BPA unter Vorsitz von BM Dr. Mende am 15.12.1964, 15.01.1965, S. 2–5 und S. 7; Hervorhebungen durch M.S.

612 BAArch, B 234/1386, BdV, Niederschrift über die Präsidiumssitzung v. 08.07.1960, o. D., S. 2.

In der Endphase der Koalition Erhard/Mende eskalierte der Konflikt noch auf einem weiteren wichtigen Politikfeld. Im Februar 1966 wandte sich BMG-Minister Mende freundlich an Jaksch, den der Vizekanzler mit Blick auf die gemeinsame Mitgliedschaft im Bundestag zuvorkommend als „sehr geehrten Herrn Kollegen“ ansprach.⁶¹³ Diese höfliche Geste vermochte jedoch kaum zu verdecken, dass in der Ostpolitik mittlerweile tiefer Dissens herrschte. Vorangegangen war eine Besprechung des BdV-Präsidiums mit der Spitze des BMVt, in der BdV-Präsident Jaksch Vertriebenenminister Gradl quasi um Vermittlung im Konflikt mit dem BMG gebeten hatte: Der Vertriebenenminister möge „Vizekanzler Dr. Mende auf die Folgen der in seinem Ministerium verfaßten Denkschrift“ hinweisen – was Gradl auch zusagte.⁶¹⁴ Damit wurde deutlich, wie nachhaltig das Verhältnis zwischen BdV und BMG unterdessen beschädigt war. Denn Hintergrund dieser Dreiecks-Kommunikation war die für den BdV skandalöse Tatsache, dass die im Vorjahr veröffentlichte und großes Aufsehen erregende Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) über „die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“, welche die bisherige Ostpolitik und Heimatpolitik von Regierung und BdV grundlegend in Frage stellte, im FDP-geführten BMG „teilweise positive Resonanz“ gefunden hatte. Eine interne Analyse hatte angeregt, die Bundesregierung möge dadurch Bewegung in die festgefahrene deutsche Frage bringen, dass sie „Vor-entscheidungen zur Regelung der Grenzfrage“ treffen solle.⁶¹⁵

Nur einen Tag später übermittelte der FDP-Vizekanzler dem BdV-Chef die strittige Denkschrift, die aus dem politischen Referat des BMG stammte. Mende erklärte Jaksch, die Bundesregierung wolle keine offizielle Stellungnahme zur EKD-Denkschrift abgeben, die Analyse des BMG sei nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.⁶¹⁶ Einen Monat später jedoch reagierte das BdV-Blatt „Deutscher Ostdienst“ auf eben diese Studie des BMG mit öffentlicher „Befremdung und Bestürzung“ und bewertete die darin enthaltene Differenzierung zwischen „nationaler Einheit“ und „territorialer Substanz“ mit Blick auf die deutschen Ostgebiete rundheraus als „Verzichtspapier“.⁶¹⁷

Nach diesen vehementen Konflikten der Jahre 1959, 1960, 1964 und 1966 kam es mit Bildung der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD Ende 1966 zu einer überraschend engen erneuten Vernetzung zwischen Vertriebenenverband und BMG. Damit vermochte der Einheitsverband an eine Tradition der Landsmannschaften im Verhältnis zum BMG aus den 1950er Jahren anzuknüpfen, die nach dem Abgang des ersten BMG-Ministers Jakob Kaiser 1957 zwischenzeitlich verlorengegangen und ins Gegenteil umgeschlagen war. Ein übergreifendes SPD-Netzwerk sollte sie nunmehr wiederbeleben. Da zur selben Zeit das Verhältnis zwischen BdV und BMVt immer

613 BArch, B 145/3500, BMG Dr. Mende an BdV, Dr. Jaksch, 11.02.1966.

614 BArch, B 234/1409, BdV, Vermerk über Gespräch mit BMVt Dr. Gradl und StS Dr. Nahm vom 10.02.1966, o. D.

615 Vgl. Szatkowski, Karl Carstens, S. 152.

616 BArch, B 145/3500, BMG Dr. Mende an BdV, Dr. Jaksch, 11.02.1966.

617 Ebd., Befremdung und Bestürzung. Das Echo auf die „Studie“ des gesamtdeutschen Ministeriums, in: DOD, 11.03.1966.

lockerer und frostiger wurde, kann man diese neue Hochzeit im Verhältnis zwischen Vertriebenenverband und BMG auch als gezielte alternative Vernetzung seitens der Verbandsspitze betrachten.

Seit Ende 1966 wurde das BMG mit Herbert Wehner von einem Sozialdemokraten geführt, der einst sogar Kommunist gewesen war.⁶¹⁸ Doch sogar der urteilsfreudige Christdemokrat Herbert Czaja meinte rückblickend, Wehner habe in seiner Amtszeit als BMG-Minister bis Herbst 1969 die Vertriebenen korrekt behandelt.⁶¹⁹ Mehr als nur korrekt war zweifellos – jedenfalls bis zur tiefen Krise um die Ostpolitik der SPD 1968/69 – die Arbeitsbeziehung zwischen SPD-Vorstand, SPD-geführtem BMG und dem sozialdemokratischen Netzwerk im BdV-Präsidium, das nach dem Tode von Jaksch vor allem von BdV-Präsident Reinhold Rehs, vom bayerischen BdV-Landesvorsitzenden Walter Richter sowie vom Schlesier Herbert Hupka repräsentiert wurde.⁶²⁰ Letzterer hatte eine Netzwerk-Position inne, die über Parteigrenzen hinweg reichte. Als dieser SPD-Bundestagsabgeordnete, der 1968 die Nachfolge von Erich Schellhaus als Vorsitzender der Landsmannschaft Schlesien angetreten hatte, aus Protest gegen die Ostpolitik seiner SPD/FDP-Koalition 1972 zur oppositionellen CDU/CSU-Fraktion übertrat und damit die Kanzlermehrheit Willy Brandts in Gefahr brachte, berief sich Hupka gegen sozialdemokratische Verratsvorwürfe auf seine langjährigen „Freunde und Mitstreiter“ in den Reihen der CDU, namentlich auf den einstigen BMG-Minister Jakob Kaiser und den früheren Vertriebenenminister Hans Lukaschek.⁶²¹

Seit den frühen 1960er Jahren war die Annäherung der SPD an den BdV mit Bekräftigungen der Heimatpolitik einhergegangen – bis hin zur schneidigen SPD-Parole „Verzicht ist Verrat“ von 1963.⁶²² Namentlich auf Herbert Wehner als SPD-internen Fürsprecher von Vertriebeneninteressen setzte dessen Fraktionskollege, BdV-Präsident Wenzel Jaksch, großes Vertrauen. Als Jaksch auf einer Präsidiumssitzung des BdV, die im Juli 1966 im Bonner Bundeshaus stattfand, den innerparteilichen Einflussverlust der SPD-Vertriebenenpolitiker infolge der EKD-Ostdenkschrift schilderte, sah er zur Bekämpfung dieses „Rückschritt[s]“ vor allem einen Weg: „Man müsse versuchen, über Herbert Wehner wieder aufzuholen.“ Den Schulterschluss mit Wehner hielt Jaksch für noch bedeutsamer als den Direktkontakt zu Parteichef Brandt, den er freilich ebenfalls suchte.⁶²³

Ab Ende 1966 wuchs Wehners Bedeutung noch. Er war „der Architekt und Garant der Großen Koalition“, den mit dem neuen CDU-Kanzler Kiesinger alsbald eine enge persönliche Beziehung „von gegenseitigem Respekt und Bewunderung“ verband.⁶²⁴ Da Kiesinger sich durch „Distanz zur Bürokratie“ auszeichnete, war die Zugehörig-

618 Vgl. Meyer, Wehner, *passim*.

619 Czaja, *Unterwegs*, S. 301.

620 Vgl. Stickler, *Ostdeutsch*, S. 457.

621 Hupka, *Unruhiges Gewissen*, S. 199f.; zum Übertritt 1972 auch Peter Merseburger: Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist. Stuttgart/München 2002, S. 643.

622 Stickler, *Ostdeutsch*, S. 323.

623 BArch, B 234/738, BdV, Niederschrift über die Sitzung des Präsidiums am 08./09. Juli 1966, o. D., S. 1 und S. 4.

624 Creuzberger, *Kampf*, S. 383 und S. 391.

keit zum persönlichen Netzwerk des Regierungschefs umso wichtiger. Der „nach Art eines Souveräns“ regierende Kanzler umgab sich mit einem Kreis von „Politikern und Vertrauten“, der offener war als die traditionellen Bonner CDU-Netzwerke. Neben dem CSU-Bundestagsabgeordneten Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, der 1967 als Parlamentarischer Staatssekretär ins Kanzleramt kooptiert wurde, und dem der CDU nahestehenden BPA-Spitzenbeamten Günter Diehl zählte auch Wehner zum engsten Zirkel der Macht.⁶²⁵

Über partei- und fraktionsspezifische Direktkontakte war BMG-Minister Wehner auch mit dem 1967 gewählten Jaksch-Nachfolger als BdV-Präsident Reinhold Rehs seit Jahren vernetzt,⁶²⁶ wenn auch offenbar nicht allzu eng.⁶²⁷ Dabei hat gerade Wehner Vertriebenenpolitiker und -verband zwischen 1967 und 1969 „gezielt im Sinne einer auf Machtwechsel und Änderung der Ostpolitik gerichteten Strategie eingesetzt“. Hinter den Kulissen wurde schon die neue Ostpolitik vorbereitet, während SPD-Vertriebenenpolitiker noch für Massenmobilisierung mit den alten Positionen sorgen sollten.⁶²⁸ Als der Widerspruch 1968/69 offenkundig wurde, zerbrach die sozialdemokratische Vernetzung zwischen BMG und BdV im Konflikt. Bis dahin aber war sie für einige Zeit die tragende Säule deutscher Vertriebenenpolitik. Das BMVt hatte daran kaum noch Anteil.

Insofern demonstrierte die nach dem jähen Tod von Wenzel Jaksch erfolgte Wahl von Reinhold Rehs zum zweiten sozialdemokratischen BdV-Präsidenten im März 1967 die ungebrochen starke Stellung des SPD-Netzwerks im Vertriebenen-Dachverband. Wehners Ministerium soll im Vorfeld angedeutet haben, dass weitere Subventionen für den BdV an die Wahl von Rehs gebunden sein könnten. Erleichtert wurde konservativen Funktionären die Personalentscheidung dadurch, dass Rehs kein typischer SPD-Genosse, sondern bürgerlicher Herkunft war und eine nach 1945 möglichst verschwiegene völkisch-nationalsozialistische Vergangenheit hatte – wie zahlreiche Angehörige der früheren BHE-Netzwerke. Rehs' Verbleib im BdV-Führungsamt wurde bei der im März 1968 anstehenden Wiederwahl dann ganz offen vom BMG mit der Weiterzahlung der vollen Subventionen verknüpft.⁶²⁹ Hierin erwies sich Wehner als eiskalter Machtpolitiker. Tapfer erklärte BdV-Vizepräsident Gossing ein Jahr später, im März 1969, auf einer Besprechung im BMG, „die Tatsache, daß der Bund der Vertriebenen vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen einen Zuschuß erhält“, habe „vielfach in der Öffentlichkeit, aber auch bei den Vertriebenen zu Trugschlüssen geführt“, da „eine Abhängigkeit vermutet“ werde, „die der Sache nach nicht gegeben“ sei.⁶³⁰

625 Echtler, Einfluß, S. 221, der noch den Journalisten und späteren SPD-Regierungssprecher Conrad Ahlers dazu zählt.

626 Vgl. Matthias Müller: Die SPD und die Vertriebenenverbände 1949–1977. Eintracht, Entfremdung, Zwietracht. Münster u. a. 2012, passim.

627 In der Biografie von Meyer, Wehner, findet Rehs keine Erwähnung.

628 Kossert, Kalte Heimat, S. 175.

629 Stickler, Ostdeutsch, S. 256 und 259f.; zu Rehs' Person: Schwartz, Funktionäre, S. 174–187 und 286–289.

630 BArch, B 234/1254, BdV, Kurzniederschrift Besprechung im BMG am 19.03.1969 und 2 Anlagen, darunter Anlage: BdV, Notiz vom März 1969.

War unter den BMG-Ministern der Adenauer-Ära Franz Thedieck ein geradezu „übermächtiger Staatssekretär“ gewesen, beließ Wehner dessen unter Mende 1964 ins Amt gelangten Nachfolger Carl Krautwig zwar in seiner Position (was in Teilen der SPD für Kritik sorgte), doch gewährte er seinem Spitzenbeamten „nur einen sehr begrenzten verwaltungsmäßigen Einfluß“. Als Krautwig im Frühjahr 1968 um Entlassung bat, „berief Wehner mit dem hessischen Beamten Günter Wetzel einen ausgesprochenen Verwaltungsfachmann“. Während Wehners Amtszeit im BMG war jedenfalls klar: „Die Politik des Ministeriums bestimmte Wehner – sonst niemand.“⁶³¹

Abgesehen von Direktkontakten in der Führungsetage des SPD-Netzwerks zwischen Wehner und Rehs liefen die Alltagskontakte zwischen BMG und BdV über eingespielte Netzwerke der mittleren Ebene und außerdem über neu etablierte Arbeitsbeziehungen. Ein zentraler Ansprechpartner des BdV im BMG war und blieb der altgediente Ministerialrat Dr. Anton Furch, dem BdV-Generalsekretär Schwarzer im März 1969 neben einem offiziellen Verbandsschreiben an Minister Wehner auch vertrauliche Vorab-Informationen übermittelte, die Schwarzer mit seinem eigenen Verbandschef noch gar nicht abgesprochen hatte:

„Ferner füge ich zunächst nur für Sie eine kurze Ausarbeitung darüber bei, wie die Zusammenarbeit zwischen Ministerium und Verband künftig noch enger gestaltet werden kann. Ich beziehe mich hierbei auf das seinerzeitige Gespräch mit Herrn Staatssekretär Dr. Wetzel. Ich bitte Sie vielmals, meinen Vorschlag durchzusehen. Ich werde Sie heute Nachmittag anrufen. Im übrigen [sic!] muß die Ausarbeitung noch mit Herrn Präsident Rehs abgesprochen werden. Er [sic!] ist daran gedacht, sie anläßlich des Gesprächs mit dem Herrn Minister als Gedächtnisstütze zu überreichen.“⁶³²

Furch war bekanntlich Mitglied des katholisch-konservativen sudetendeutschen Schütz-Sladek-Netzwerks⁶³³ und zählte in vertriebenenpolitischen Fragen zu den wenigen Ministerialbeamten der Bundesregierung, die Herbert Czaja noch nach Jahrzehnten als absolut verlässliche Ausnahmeerscheinungen hervorhob.⁶³⁴

Der mächtige SPD-Spitzenmann Wehner hatte naturgemäß wenig Zeit für persönliche Treffen. So war er anlässlich jener Besprechung mit der BdV-Führung im BMG im März 1969, für die Schwarzer bei Furch Vorarbeit geleistet hatte, durch eine kurzfristig anberaumte außerordentliche Kabinettsitzung verhindert. Deshalb übernahm Staatssekretär Wetzel die Sitzungsleitung. Bezeichnenderweise wurden die wichtigsten Tagesordnungspunkte daraufhin ausgeklammert, und in Finanzierungsfragen trugen die BMG-Beamten offensichtlich Bedenken vor, die dazu führten, dass BdV-Chef Rehs umgehend um einen baldigen neuen Gesprächstermin mit Wehner persönlich ersuchte.⁶³⁵ Offensichtlich war der SPD-Direktkontakt zum Ressortchef entscheidend, um Differenzen mit der Ministerialbürokratie zu konterkarieren, so

⁶³¹ Meyer, Wehner, S. 303.

⁶³² Ebd., BdV, Schwarzer, an BMG, Dr. Furch, 14.03.1969.

⁶³³ Vgl. den Beitrag von Rainer Bendel im vorliegenden Band.

⁶³⁴ Czaja, Unterwegs, S. 557 und S. 567.

⁶³⁵ BArch, B 234/1254, BdV, Kurzprotokoll der Besprechung im BMG am 19.03.1969, o. D.

wie es die Führung des BvD ein Jahrzehnt zuvor durch Direktkontakte zu Oberländer und Nahm im BMVt vorexerziert hatte.

Nicht nur zum mächtigen Minister, auch zu dessen neuen Staatssekretär sollte der BdV eine enge Vernetzung entwickeln. Dafür bietet nicht nur das zitierte Schreiben Schwarzers an Furch ein Beispiel. Als Wetzel im Herbst 1971 aus seinem Ressort ausschied, um ins Verteidigungsressort zu wechseln, teilte ihm der damalige BdV-Präsident Czaja mit, der Verband sehe den Staatssekretär „mit großem Bedauern“ aus dem nunmehrigen Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (BMIB) scheiden: „Hatten wir doch jederzeit die Gewißheit, daß Sie sich mit Verständnis und Interesse der Sache der deutschen Heimatvertriebenen annehmen“. Dies habe man umso mehr geschätzt, „als diese Haltung heute nicht mehr allgemein anzutreffen ist.“⁶³⁶ Es waren somit mehr als warme Worte gewesen, als Wetzel im April 1968 als Dank für die Glückwünsche von BdV-Präsident Rehs zu seiner Berufung ins BMG versichert hatte, „daß ich um die Pflege der bestehenden guten Zusammenarbeit zwischen unseren Häusern stets bemüht sein werde“.⁶³⁷ Dass der BMG-Spitzenbeamte dabei den BdV sogar als mit einem Bundesministerium vergleichbares ‚Haus‘ bezeichnete, sei nur am Rande vermerkt (und würde auch Rehs’ Vorgänger Jaksch gewiss gefallen haben). Die Alltagsvernetzung zwischen Wetzel und Rehs – durch häufige Telefonate, aber auch durch gelegentliche Essen in der Parlamentarischen Gesellschaft – war ausgezeichnet.⁶³⁸

Die Zusammenarbeit zwischen Wehner und Rehs und damit zwischen BMG und BdV mündete mit dem Regierungswechsel vom Herbst 1969 in eine veritable Eiszeit. Der neue Chef des Hauses – das sich seit Antritt der sozialliberalen Koalition um „innerdeutsche Beziehungen“ kümmern sollte –, der aus Hannover stammende SPD-Minister Egon Franke, zeigte dem Vertriebenenverband, der sich weiter um gute Kontakte bemühte,⁶³⁹ alsbald die Folterwerkzeuge. Im April 1970 stand die Frage im Raum: „Kann bei starker Meinungsverschiedenheit die Gewährung der Zuwendungen fraglich werden?“ Viele Subventionsanträge waren entgegen früheren Gepflogenheiten vom BMIB nicht bewilligt worden. Der politische Konflikt ließ sich nicht mehr leugnen, aber der BdV versuchte ihn noch schönzureden:

„Meinungsverschiedenheit[en] in politischen Grundsatzfragen können im In- und Ausland konstruktiv sein. Im Inland mit Hinblick auf rechtsradikale Kreise und auf die Unruhe in Vertriebenenorganisationen und im Ausland als freie Willensäußerung im vorparlamentarischen Raum.“⁶⁴⁰

Das Verhältnis zwischen dem einstigen BMG und dem Vertriebenenverband trübte sich unaufhaltsam weiter ein.⁶⁴¹ Auch das Verhältnis zwischen SPD und BdV hatte

636 Ebd., BdV, Dr. Czaja, an BMVg, Dr. Wetzel, 11.10.1971.

637 Ebd., BMG, Dr. Wetzel, an BdV, Rehs, 30.04.1968.

638 Ebd., BdV, Rehs, Hausmitteilung an Schwarzer, 13.02.1969. Fakultativ wurde auch Gossing hinzugezogen.

639 Ebd., BdV, Dr. Czaja, an BMIB Franke, 16.03.1970 und BMIB Franke an BdV, Gossing, 03.11.1969.

640 Ebd., BdV, Dr. Cramer, „Vermerk für die Vorsprache bei BuMi Franke am 14. April 1970“, 13.04.1970.

641 Ebd., BMIB Franke an BdV-Präsidium, 25.11.1970 und BdV, Dr. Czaja, an BMIB Franke, 07.12.1970.

sich im Laufe des Jahres 1970 dermaßen verschlechtert, dass der aus Ostpreußen stammende Bundestagsabgeordnete Hans-Jürgen Wischniewski – zugleich Bundesgeschäftsführer seiner Partei – laut Presseberichten „mit den Berufsvertriebenen“ wegen ihrer Wieder-Anlehnung an die oppositionelle CDU/CSU regelrecht haderte. Wischniewski soll die Möglichkeit angedeutet haben, einen SPD-konformen „Gegenverband“ zum BdV zu gründen.⁶⁴²

5. Ausblick: Netzwerkzerfall und Neuansätze: Der BdV und die Bundespolitik um 1970

Nach dem Regierungswechsel vom Herbst 1969 hörte das BMVt als eigenständiges Bundesressort auf zu bestehen. Zugleich fiel das bisherige BMG als engster Netzwerkpartner der Vertriebenen aus. Zwar hatte Willy Brandts neuer Kanzleramtschef, Bundesminister Horst Ehmke (SPD), der als gebürtiger Danziger selbst Vertriebenen-hintergrund besaß, die Abschaffung des BMVt damit gerechtfertigt, dass die deutschen Fragen als Querschnittsgebiet der Politik Gesamtaufgabe des Kanzlers und der ganzen Regierung seien. Damit knüpfte Ehmke, vermutlich unwissentlich, an Argumente Adenauers aus der Zeit des Konflikts um BMVt-Minister Mischnick um 1961 an. Ehmke hatte dem BdV außerdem erklärt: „Sie dürfen versichert sein, daß selbstverständlich nichts hinter dem Rücken der Vertriebenen geschehen wird.“⁶⁴³

Letzteres wiederholte fast wortgenau im Februar 1970 der für den BdV zuständig gewordene neue Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) bei einem hochrangigen „Informationsgespräch“ zwischen Mitgliedern der Bundesregierung und der BdV-Führung. Umrahmt von Bundesminister Ehmke und dem ewigen Staatssekretär Nahm, versicherte Genscher den Vertriebenenfunktionären, es werde nichts hinter dem Rücken der Vertriebenen getan, „es solle mit diesem Gespräch“ vielmehr „eine Tradition begründet werden“.⁶⁴⁴ Gemeint war vertrauensvolle Vernetzung auf höchster Ebene. Da aber alsbald vehemente Konfrontation zwischen beiden Seiten einsetzte, blieb dieses Angebot eines neuerlich aus Mitteldeutschland stammenden Ressortchefs folgenlos.

Zum Zeitpunkt der sozialliberalen Regierungsbildung im Oktober 1969 hatte BdV-Präsident Rehs, der unterdessen zur CDU übergetreten war und soeben sein Bundestagsmandat verloren hatte, die Auflösung des BMVt und dessen Überführung ins BMI kritisiert, weil dieser Schritt eine „Akzentverschiebung zuungunsten der Vertriebenen“ bedeute. Rehs hatte auf einer Präsidiumssitzung insistiert, dass das vertriebene Viertel der deutschen Bevölkerung eine „Repräsentanz und einen Sprecher im Kabinett“ brauche.⁶⁴⁵ Berücksichtigt man die rapide Verschlechterung im Ver-

642 BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS ZAIG Nr. 9708 Teil 1, Bl. 130, Vertriebene: Starke Gruppe, in: Der Spiegel, 08.06.1970.

643 BArch, B 234/1411, BKAm, StS [i.e. BM Prof. Dr. Ehmke], an BdV, Schwarzer, Nov. 1969.

644 Ebd., BdV, „Vertraulich. Aktenvermerk über das Informationsgespräch am 13.02.1970“, o. D.

645 BArch, B 234/1288, BdV, Niederschrift Präsidialsitzung am 24.10.1969, S. 2.

hältnis zwischen BMIB und BdV, wird man freilich vermuten dürfen, dass auch ein Weiterexistieren des BMVt nach 1969 am Bedeutungsverlust früherer Vernetzungen kaum etwas geändert haben würde.

Denn sehr viel gravierender als die institutionelle Herabstufung des bisherigen BMVt zur bloßen Abteilung eines anderen Ressorts wirkte der parallele Verlust tragfähiger Vernetzungen zwischen Ministerial- und Verbandsspitzen. Nicht nur der aus Halle stammende Bundesinnenminister Genscher war als Garant der Vertriebeneninteressen aus BdV-Perspektive wenig prädestiniert – ebenso wenig wie seine miteldeutschen BMVt-Vorgänger Mischnick, Lemmer oder Gradl. Zudem ging es auch auf der Ebene der Spitzenbeamten mit Netzwerkkontakten ab 1969 rapide bergab. Im Juni 1971 hielt man im BdV kritisch fest, zunächst sei die Vertriebenen-Abteilung noch dem Bundesinnenminister direkt unterstellt gewesen und habe außerdem mit dem langjährigen BMVt-Staatssekretär Nahm einen Leiter gehabt, der persönlich im Staatssekretärs-Rang gestanden habe. Nach Nahms Ausscheiden Ende 1970 sei dann die Abteilung dem neuen BMI-Staatssekretär Dr. Wolfgang Rutschke unterstellt worden, der zwar keine inhaltliche Beziehung zum Aufgabengebiet gehabt habe, aber immerhin einen persönlichen Bezug, da seine Ehefrau Vertriebene sei. Seit der Berufung eines neuen Abteilungsleiters im Juni 1971 sei aber die Direktanbindung an den Staatssekretär nicht mehr gegeben. Der BdV zog aus alledem den Schluss, im Falle eines erneuten Regierungswechsels zur CDU/CSU müsse zumindest eine der beiden Staatssekretärs-Positionen im BMI mit einem Vertriebenen besetzt werden, was seit 1969 nicht mehr der Fall sei.⁶⁴⁶

Diese verbandsinternen Analysen machen abschließend deutlich, wie wichtig informelle Vernetzungen und personalpolitische Einflussnahmen für die Entwicklung des vertriebenenspezifischen Politikfeldes in der Bundesrepublik zwischen 1949 und 1969 jenseits der institutionellen Zuordnung von Vertriebenenpolitik gewesen sind. Ohne die empirische Erschließung solcher Vernetzungen, Netzwerk-Bündnisse und Netzwerk-Konflikte kann die Vertriebenenpolitik in Deutschland nicht angemessen analysiert und gewichtet werden.

Demgegenüber war die institutionelle Struktur zweitrangig, sofern nur sichergestellt werden konnte, dass enge Vernetzung politische Einflussnahme ermöglichte. Entsprechend wurde im Frühjahr 1972 in der BdV-Führung unter dem neuen CDU-Präsidenten Herbert Czaja als politisches Ziel formuliert, in einer künftigen CDU-geführten Bundesregierung müsse entweder ein wiederhergestelltes Vertriebenenressort oder aber ein umfassend strukturiertes Wiedervereinigungs-Ministerium vom BdV kontrolliert werden.⁶⁴⁷ Damit war die Existenz eines unabhängigen BMVt, anders als bis 1969, kein unbedingtes Ziel mehr für den Vertriebenenverband; die in den 1960er Jahren von Seiten der Politik – Adenauer, Wehner, am Ende auch Kiesinger und Windelen – erwogene Integration des Vertriebenenressorts in ein erweitertes BMG wurde nun auch im BdV ernsthaft diskutiert und damit letztlich akzeptiert.

646 BArch, B 234/1409, BdV, Bundesgeschäftsführung, Vermerk zur „Unterstellung der Vertriebenenabteilung unter einen Staatssekretär“, 18.06.1971.

647 BArch, B 234/1425, BdV, [vermutlich Dr. Czaja], Vermerk v. 27.04.1972.

Allerdings war es ein schlechtes Omen für solche Zielsetzungen, dass der neue Verbandschef Czaja, zugleich Mitglied der Unionsfraktion im Bundestag, Anfang 1972 seit Monaten vergeblich versuchte, einen Gesprächstermin für die BdV-Führung mit seinem Partei- und Fraktionschef Rainer Barzel zu vereinbaren.⁶⁴⁸ Dieser hätte 1972 der nächste CDU-Bundeskanzler werden können, wäre er in der Lage gewesen, den SPD-Amtsinhaber Brandt per Misstrauensvotum oder in Neuwahlen zu besiegen.

Auch Barzel hätte das BMVt kaum wiederauferstehen lassen wollen. Er tendierte zu der auch vom BdV anvisierten Alternative eines umfassenderen deutschlandpolitischen Ressorts. Als Barzel 1982/83 für kurze Zeit im ersten Kabinett des CDU-Bundeskanzlers Helmut Kohl zum Nachfolger des Sozialdemokraten Egon Franke im BMIB gemacht wurde und damit das Erbe des früheren BMG antrat, versuchte er, möglichst viele deutschlandpolitische Kompetenzen in seinem Hause zu bündeln. Auch das zur Vertriebenen-Abteilung geschrumpfte ehemalige BMVt wollte Barzel aus dem BMI ins BMIB übernehmen, „wie er es schon 1972 gegenüber Heinrich Windelen angekündigt hatte“.⁶⁴⁹ Diese Verschmelzungspläne gemahnen an ältere Gedankenspiele Adenauers, Mendes und Wehners aus den 1960er Jahren, wurden freilich niemals realisiert, weder von Barzel noch von seinem 1983 nachrückenden Amtsnachfolger im BMIB Heinrich Windelen, dem letzten einstigen Vertriebenenminister.

Immerhin versicherte im Februar 1972 der damalige Unionsfraktionschef Barzel dem BdV-Vizepräsidenten Hellmut Gossing, entgegen abweichender Meinungen einzelner CDU-Landespolitiker zu den Ostverträgen der sozialliberalen Bundesregierung sei allein die Haltung der Bundestagsfraktion entscheidend, und diese sei „völlig eindeutig“.⁶⁵⁰ Darauf scheint Gossing nicht befriedigt reagiert zu haben, denn im Juni 1972 dankte ihm Barzel diplomatisch für dessen kritische, aber hilfreiche Worte. Auch versicherte er, den von Gossing ausgesprochenen Wunsch nach engeren Kontakten zum BdV werde die Union gern aufgreifen.⁶⁵¹ Doch längst war Barzel schon nicht mehr die alleinige Option des BdV. Im August 1972 regte BdV-Generalsekretär Schwarzer bei Vizepräsident Gossing an, dieser möge aufgrund seines „besonderen Verhältnisses“ zum rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Helmut Kohl doch auch diesen aufstrebenden CDU-Politiker in die Vernetzungsbemühungen des Vertriebenenverbandes miteinbeziehen.⁶⁵² Das erwies sich als zukunftssträchtige Netzwerkstrategie, auch wenn der BdV noch zehn Jahre warten musste, bevor Kohl zum Regierungschef in Bonn aufsteigen konnte. Die nachfolgenden bewegten Jahre von Netzwerk-Kooperationen und Netzwerk-Konflikten, die der unionsaffinen BdV-Führung alsbald neue Enttäuschungen bereiteten, können hier nur angedeutet werden. Sie bedürften einer ganz eigenen intensiven Erforschung.

648 Ebd., Dr. Czaja MdB an Dr. Barzel MdB, 03.02.1972.

649 Vgl. Wambach, Barzel, S. 802.

650 BArch, B 234/1423, Vors. CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Barzel, an BdV, Gossing, 17.02.1972.

651 Ebd., Vors. CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Barzel, an BdV, Gossing, 30.06.1972.

652 Ebd., BdV, Schwarzer an Gossing, 10.08.1972.

Jan Ruhkopf

Netzwerke und Oberste Behörden

Das Bundesvertriebenenministerium als Knotenpunkt westdeutscher Integrationspolitik

1. Normalität und Funktion. Netzwerke in der historischen Behördenforschung

2021 erschien die zweite Landeskontinuitätsstudie zu „Elitenkontinuitäten in Schleswig-Holstein“ nach 1945, erarbeitet von einer Kieler Forschungsgruppe um Uwe Danker und beauftragt vom Landtag eben jenes Bundeslandes. Eine der durch die Forschungsgruppe verfolgten Fragestellungen lautete, „ob sich biographische oder vergangenheitspolitisch motivierte Netzwerkbildungen vermuten oder nachweisen lassen.“¹ Ausgehend vom Befund der „geteilten Verstrickung“, der quantitativ und vielfach qualitativ festzustellenden NS-Belastung in der Polizei und Justiz, im Medizinalwesen sowie der Verwaltung Schleswig-Holsteins nach 1945, zieht die Forschungsgruppe für die Frage nach den Netzwerken eine bedenkenswerte Schlussfolgerung: Angesichts übergreifender, kollektiver Erfahrungsräume und biografischer Lebenswege sei von „selbstverständlicher Verständigung auch ohne bewusste Netzwerke aus[zu]gehen“. Das konnte einerseits, vereinzelt auch nachzuweisende, Vermittlungsmodi gegenseitiger Unterstützung und institutionalisierte Kameradschaftlichkeit einschließen. Es bedeute jedoch andererseits, niemand habe es innerhalb dieser Strukturen für notwendig gehalten, Netzwerkstrukturen in konspirativer Absicht aufzubauen. Die „Frage nach denkbaren Netzwerken“ sei daher „möglicherweise falsch gestellt.“²

Diese zurecht gezogene Schlussfolgerung spiegelt die Herausforderung der historischen Behördenforschung, die immer wieder vermessen und erneut typologisierten personellen NS-Belastungen in den Behörden der beiden deutschen Staaten vor einem Erkenntnisinteresse zu analysieren, die über den Untersuchungsgegen-

1 Uwe Danker: Geteilte Verstrickung. Elitenkontinuitäten in Schleswig-Holstein, in: Ders. (Hrsg.): Geteilte Verstrickung. Elitenkontinuitäten in Schleswig-Holstein. Folgestudie. Geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der personellen und strukturellen Kontinuität nach 1945 in der schleswig-holsteinischen Legislative und Exekutive. Husum 2021, S. 22–308, hier S. 37.

2 Ders.: Geteilte Verstrickung. Elitenkontinuität in Schleswig-Holstein – Ergebnisse, in: Danker (Hrsg.), Geteilte Verstrickung, S. 944–960, hier S. 959.

stand hinausweisende historische Erkenntnis ermöglicht. Denn indirekt zeigt das Ergebnis der Kieler Forschungsgruppe auch, dass die ausschließliche Frage nach der NS-Belastung analytische Begrenzung produziert: Es werden die Aktivitäten der Behörden und ihres Personals ausgeblendet, die keinen oder keinen unmittelbar sichtbaren Bezug zur NS-Vergangenheit aufweisen. Aber auch diese Aktivitäten wären zu erforschen, um zum einen eine offene Bewertung vorzunehmen – und letztlich auch den historischen Status der gegebenen NS-Belastung in seiner Bedeutung differenzierter einschätzen zu können.

Die Frage nach Netzwerken in der historischen Behördenforschung ist dann tatsächlich anders zu stellen. Netzwerke – gerade im System Politik – stellen eine Grundkonstante des Mit- und Gegeneinanders von Menschen dar, die durch bestehendes oder mangelndes Vertrauen, bestehende oder mangelnde Sympathie, geteilte und trennende Erfahrungen, gemeinsame oder unterschiedliche Interessen geprägt sind. Damit spiegelt die Existenz von Netzwerken letztlich eine menschliche *Normalität*, zueinander in sozialen Beziehungen zu stehen und entstehende oder bestehende Verbindungen (aus-)zunutzen. Dass diese Normalität auch (oder gerade?) auf das NS-belastete Verwaltungspersonal zutrifft, sollte dann eigentlich nicht überraschen. Neue historische Erkenntnis verspricht dann eher die Frage, ob und welche *Funktionen* diesen Netzwerken für das Agieren von Behörden in ihren jeweiligen sachpolitischen Feldern zukamen – und parallel nach der Relevanz zu fragen, die eine NS-Vergangenheit von Personen, die in diesen Netzwerken agierten, besaß.

Der vorliegende Band untersucht, wie Mathias Beer ausgehend von einer Skizze des Bundesvertriebenenministeriums in seinem Beitrag zeigt, die Netzwerke zwischen dem Bundesvertriebenenministerium und den Vertriebenenorganisationen, den Kirchen, den Parteien und dem Parlament als weiteren Akteuren in der Vertriebenen- und Integrationspolitik. Allen Beiträgen liegt unbeschadet jeweils gesetzter Schwerpunkte ein gemeinsames Set an Leitfragen zugrunde: Welche Netzwerke existierten, welchen Einfluss nahmen sie auf die Einrichtung und Organisation des BMVt und welche Rolle spielten diese Netzwerke für das Agieren des Ministeriums im Rahmen der Vertriebenenfrage? Die Relevanz personeller NS-Belastungen, etwa als potenzielle Einfallstore völkischen oder nationalsozialistischen Gedankenguts, ist ein Aspekt jeder Teilfrage. Der vorliegende Schlussabschnitt bündelt die Ergebnisse der einzelnen Schwerpunktkapitel.³ Er ist an drei Forschungsfelder gekoppelt: Den Forschungen zu den deutschen Behörden nach dem Nationalsozialismus und der Relevanz der NS-Vergangenheit, dem Verhältnis zwischen Ministerialbürokratie und Interessengruppen und final der Geschichte der Vertriebenenintegration als zentralem Politikfeld der ersten beiden bundesdeutschen Nachkriegsjahrzehnte. Einzelne und in der Summe sind diese Ergebnisse geeignet, überkommene Urteile zum Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte zu differenzieren.

3 Soweit nicht besonders angegeben, entstammen alle Ergebnisse und Zitate den Studien des vorliegenden Bandes.

2. Netzwerk Bonn. Persönliche Beziehungen und die Relevanz kollektiver Zugehörigkeit

Das Politikfeld der Vertriebenenintegration war historisch durch ein Geflecht an Akteuren charakterisiert.⁴ Insbesondere die Vertriebenenorganisationen, die Bonner Ministerialbürokratie und die politischen Parteien standen durch mehrschichtige Netzwerke miteinander in Beziehung oder nahmen über diese Verbindungen voneinander Notiz.⁵ Wie diese Netzwerke sich auswirkten, hing von den persönlichen Beziehungen einzelner Charaktere genauso ab wie die jeweilige Zugehörigkeit zu einem Kollektiv. Diese Zugehörigkeit konnte eine historische Dimension aufweisen, etwa durch gemeinsame Erfahrungen vor und während des NS-Regimes. Parallel hatte die Vertreibung ethnisch differenzierte „Vertriebenenidentitäten“ hervorgebracht.⁶ Zwar waren sie historische Konstruktion – aber sie brachten Netzwerke hervor, entlang der jeweiligen „Volksgruppenzugehörigkeit“.⁷ Die politischen Parteien des demokratischen Wiederaufbaus im Westen schließlich durchdrangen das politische Feld der Vertriebenenintegration mit Netzwerken, die zwischen dem Bundestag und seinen Ausschüssen, den Ministerien und der Bundesregierung aufgespannt waren.

Die Beiträge dieser Studie zeigen, dass alle diese Netzwerke wiederum Personen, Positionen und Politik in einen Funktionszusammenhang brachten. Allerdings waren die Netzwerke in diesem Zusammenhang nicht gleichrangig. Die Zeitgenossen maßen ihnen unterschiedliche Relevanz zu und nutzten sie in je unterschiedlicher Funktion. Diese Funktionen herauszuarbeiten, heißt zugleich genauer bestimmen zu können, wie hoch der Grad der Durchdringung im Bundesvertriebenenministerium durch verschiedene Netzwerke zu veranschlagen ist.

2.1. Relevanz der NS-Vergangenheit

In der Frage nach NS-Netzwerken muss zwischen zwei Spielarten unterschieden werden. Zum einen geht es um die Aufnahme in den Personalbestand des BMVt durch Bewerbung und Einstellung oder das „nachziehende“ Übernehmen von Personalien nach einem Ministerwechsel. Zum anderen geht es um die möglichen Auswirkungen, die NS-belastetes Personal auf das Agieren des Ministeriums haben konnte. Letzteres konnten die Beiträge dieser Studie nicht feststellen. Jenseits dessen jedoch, so resü-

4 Kathrin Loer/Renate Reiter/Annette Elisabeth Töller: Was ist ein Politikfeld und warum entsteht es?, in: der moderne staat. Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management 8 (2015), H. 1, S. 7–28, identifizieren „Akteure“ als einen der vier prägenden Faktoren eines Politikfeldes.

5 In der Besatzungsphase gehörten hier auch die Alliierte Militärregierung sowie über 1949 hinaus ebenso die Landesregierungen dazu, die aber in der vorliegenden Studie nicht mit einbezogen worden sind.

6 Michael Schwartz: Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945–1961. München 2004, S. 1173f.

7 So die Satzung der Sudetendeutschen Landsmannschaft von 1954. Vgl. dazu den Beitrag von K. Erik Franzen im vorliegenden Band.

miert Pertti Ahonen in seinem Beitrag, existierten in der Umgebung des Ministeriums mentale Kontinuitäten, die wiederum Schnittmengen mit dem nationalsozialistischen Ideologiekonglomerat aufweisen. Allerdings entstammten sie ihm nicht ausnahmslos, sondern konnten auch älteren Ursprungs sein. Auf die damit verbundene mögliche Kontamination des BMVt wird im Ausblick noch zurückzukommen sein.

Ersteres hingegen fand statt: Hinlänglich bekannt ist, dass mit dem Amtsantritt Theodor Oberländers (1905–1998) 1953 teilweise schwer NS-belastete Personen Zugang zur Husarenstraße erhielten, wie Mathias Beer am Beispiel der Personalrekrutierungsnetzwerke von Minister Oberländer zeigt. Es waren aber keine „dahergelaufenen“, sondern ihm bekannte Personen, mit denen er in einer persönlichen Beziehung stand. Wie Oberländer waren sie „erfahrene Männer“: Ehemalige Angehörige der NS-Bürokratie, eingesetzt in den besetzten Ostgebieten und Teilnehmer des Krieges.⁸ In Relation dazu ist aber ebenso zu beachten, dass das Personal des Ministeriums im Jahr 1950, in der Amtszeit von Hans Lukaschek (1885–1960), eines Antinazi par excellence, bereits zu 36 Prozent belastet gewesen ist.⁹ Darüber hinaus zog der erste Bundesvertriebenenminister ebenfalls ihm aus der schlesischen Verwaltung bekannte Gewährsleute in das Ministerium nach.

Das ähnliche Verhalten der beiden sonst biografisch diametral auseinanderliegenden Minister verweist auf die Funktion, persönliche Beziehungen als bestehende Netzwerke zu nutzen, um „Vertrauensmänner“ zu installieren: Nicht zufällig identifizierte der neue Minister Oberländer Angehörige des BMVt, die vor seiner Amtsübernahme eingetreten waren, als katholisch sozialisierte „Lukaschekmänner“. In seiner Sicht war eine Vertrauensbasis aufgrund unterschiedlicher Lebenswege und Sozialisationen offenbar nicht gegeben. Eben aus diesem Grund half man ehemaligen Untergebenen oder Kollegen, vielleicht Freunden, weiterzukommen. Aber gleichzeitig verwendeten Verantwortliche sich zum eigenen Vorteil für sie. Das ließ sich, wie Oberländer im Falle Gerhard Wolfrums (1911–1982) als Akquise notwendiger „Expertise“ begründen;¹⁰ aber einen vergangenheitspolitischen Geheimbund im Sinne

8 Frank Bösch/Andreas Wirsching: Erfahrene Männer. Das Personal der Innenministerien in Ost und West, in: Stefan Creuzberger/Dominik Geppert (Hrsg.): Die Ämter und ihre Vergangenheit. Ministerien und Behörden im geteilten Deutschland 1949–1972. Paderborn 2018, S. 163–181, hier S. 166f.

9 Beide Aspekte, sowohl die mit der 2. Legislaturperiode (1953–1957) zunehmende Einstellung NS-belasteten Personals als auch die Einstellung von NS-belastetem Personal unter nicht belasteten Ministern, sind auch für das BMI belegt. Vgl. Frank Bösch/Andreas Wirsching: Die deutschen Innenministerien nach dem Nationalsozialismus. Eine Bilanz, in: Dies. (Hrsg.): Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus. Göttingen 2018, S. 729–749, hier S. 735.

10 Oberländer zog als Begründung, Wolfrum eingestellt zu haben und ihn verbeamteten zu lassen, dessen Expertise auf dem Gebiet der „Volkstums- und Nationalitätenfragen“ heran, die Wolfrum als einer der „wenigen noch vorhandenen Nachwuchskräfte der ostkundlichen Wissenschaft und Forschung“ dem BMVt zur Verfügung stelle; BAArch, PERS 101/54917: Begründung Oberländers des Antrages auf Zulassung von Abweichungen von den Laufbahnbestimmungen [für Wolfrum], o. D. [vmtl. Januar 1955], Bl. 2. Vgl. dazu auch den Beitrag von Mathias Beer im vorliegenden Band.

der zweiten Kieler Landeskontinuitätsstudie zu gründen, war nicht nötig. Das Netzwerk, geprägt durch gemeinsame biografische Erfahrungen, bestand bereits und sein Nutzen war im Kontext der 1950er Jahre weder ausreichend moralisch noch effektiv juristisch anfechtbar. Gerade im Vergleich mit dem ähnlichen Verhalten Lukascheks in Personalfragen ist also nicht die Bildung und Funktion spezifischer NS-Netzwerke festzuhalten, sondern die auch für ehemaliges NS-Personal bestehende Existenz von persönlichen Netzwerken und deren potenzielle Rekrutierungsfunktion.¹¹

Im öffentlichen Schlagabtausch der frühen Bundesrepublik lagen die Dinge anders. Hier konnte eine NS-Vergangenheit von exponierten Personen und damit parallelisiertes Verhalten in der historischen Gegenwart der 1950er Jahre in doppelter Weise relevant werden: Einerseits ließ sie sich als politische Munition verwenden, um den politischen Gegner zu diskreditieren. Andererseits konnte sich der Vorwurf als Rohrkrepierer erweisen und, womöglich verbunden mit einer öffentlich bekannten NS-Gegnerschaft, den Schützen delegitimieren. Beides geschah jedoch in der Regel nicht aufgrund des Vorwurfs der NS-Belastung allein. Viel eher diente er, wie Ahonen und Schwartz zeigen, als politstrategisches Mittel für einen jeweils anderen Zweck: Regierungsangehörige konnten Vertriebenenfunktionäre von sensiblen Positionen im Bundesvertriebenenministerium fernhalten, Bewerber auf das Amt des Vertriebenenministers suchten auf diese Weise Konkurrenten auszuschalten, die Vertriebenengremien innerhalb der CDU fochten Kämpfe um die Vorherrschaft aus. Auf all diesen Ebenen war eine tatsächliche oder angehängte NS-Vergangenheit relevant, weil sie eine verwertbare Delegitimierungsfunktion besaß, nicht, weil eine NS-Belastung als moralisch untragbar erachtet wurde. Erst der ab 1958 und vor allem nach 1965 einsetzende Mentalitätswandel in der westdeutschen Öffentlichkeit beförderte das argumentative Momentum der Moral:¹² 1964 trat der dritte Vertriebenenminister, Hans Krüger (1909–1988), bereits nach wenigen Monaten im Amt zurück, weil seine vormalige Tätigkeit als NS-Sonderrichter und seine (erlogene) Teilnahme am Hitlerputsch ans Licht gekommen war.

Eine NS-Belastung konnte im Feld der Vertriebenenpolitik bereits zu Beginn der 1950er Jahre einen strategischen Nachteil bedeuten. Umgekehrt heißt das nicht, dass das Gegenteil im selben Zeitkontext ausschließlich einen Vorteil bedeutete. Zuspitzend ließe sich sagen: Während innerhalb der CDU das leitende Argument gegen Theodor Oberländer lautete, dass die Christdemokraten das BMVt als Ressort an den BHE verloren, war das Fehlen jeglicher NS-Belastung oder die bekannte NS-Gegnerschaft im Falle der CDU-Mitglieder Hans Lukaschek oder Linus Kather (1893–1983) keine ausreichende argumentative Basis ihrer politisch-administrativen (Weiter-)Ver-

11 Die Ähnlichkeiten mit der Personalpolitik des Kanzleramts unter Konrad Adenauer sind unübersehbar. Vgl. Gunnar Take: Aufbau und Überwindung der Kanzlerdemokratie. Personalpolitik und Beamte des Bundeskanzleramts (1949–1970), in: Jutta Braun u. a.: Das Kanzleramt. Bundesdeutsche Demokratie und NS-Vergangenheit, im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin und des Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschungen Potsdam. Hrsg. v. Johannes Hürter/Thomas Raitzel/Martin Sabrow/Thomas Schaarschmidt/Annette Vowinckel/Andreas Wirsching. Göttingen 2025, S. 23–274, hier S. 37–46, 97–104, 249–252.

12 Vgl. Ulrich Herbert: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. München 2014, S. 769–777.

wendung. Diese Zuspitzung weist bereits voraus auf die überragende Bedeutung des Parteiintergrunds. Aber sie verweist auch auf die potenzielle Diskreditierungsfunktion, die ein öffentlicher und kritischer Bezug auf eine personelle NS-Vergangenheit im vertriebenenpolitischen Feld haben konnte: Lukaschek besaß als Angehöriger des 20. Juli den in diesem historischen Kontext ehrenrührigen Ruf eines „Nazi-Gegners“. Kathers strategisch motivierte Kritik an Theodor Oberländer und Waldemar Kraft (1898–1977) schwächte letztlich seine eigene Position im Konkurrenzkampf der Vertriebenenverbände und mindestens seine Chance, selbst Bundesvertriebenenminister zu werden; seine politischen Gegner bezichtigten ihn der „Naziriecherei“ – und bezeichnenderweise wies Kather diesen Vorwurf weit von sich, was die potenzielle Wirksamkeit solcher Manöver unterstreicht.

Die herausgearbeiteten Funktionen der NS-Vergangenheit sekundieren die Forderung von Michael Schwartz nach Differenzierung: Nicht nur war eine bestehende NS-Belastung im Vertriebenenmilieu durchaus Gegenstand kritischer Auseinandersetzung; sie war insbesondere ein Umstand, der sich im politischen Schlagabtausch nutzen ließ.¹³ Ob einem Akteur das gelang oder sogar auf ihn zurückfiel, hing von seiner Machtposition im vertriebenenpolitischen Feld ab, nicht vom Gegenstand der Kritik selbst. Diese Auseinandersetzungen durchzogen die Tagespolitik, wirkten sich aber kaum auf das BMVt aus. Das deutet auf einen fehlenden Konnex von NS-Vergangenheit und Behörde jenseits der beschriebenen Rekrutierungsfunktion hin. Für das BMVt destabilisierte sich die eigene Position im Rahmen dieses Kontextes erst im Mentalitätswandel am Ende der 1950er Jahre. Zuvor waren es der freilich eingeschränkte, auf personelle Beziehungen angewiesene Einfluss von Vertriebenennetzwerken und demgegenüber der schon institutionell angelegte Einfluss parteilicher Netzwerke, die den Ort des Ministeriums auf dem Feld der Vertriebenenpolitik mitbestimmten.

2.2. Relevanz der „Vertriebenenidentität“

Die Eichstätter Erklärung und die auf ihr geleisteten Unterschriften sind ein materielles Beleg, dass die sich nach 1945 herausbildende „Vertriebenenidentität“ die Einsicht zur Kooperation innerhalb der Vertriebenenorganisationen förderte und diese Kooperation selbst legitiimierte. Denn eine interne Homogenität bestand nie: Innerhalb der einzelnen Verbände trafen Mitglieder unterschiedlicher politischer und biografischer Sozialisation aufeinander. Sicher ist es einer idealisierenden und selektiven Erinnerung geschuldet, dass Zeitgenossen ihren Umgang als harmonisch charakterisierten. Aber die Mitglieder jener Zusammenschlüsse trieben, wie Franzen zeigt, trotz ihrer je unterschiedlichen (etwa im Fall der Sudetendeutschen Landsmannschaft: katholischen, sozialdemokratischen, völkischen) Hintergründe nach außen eine Clquen-

13 Neben den Beiträgen des vorliegenden Bandes vgl. auch Michael Schwartz: Vertriebenenpolitiker in der Bundesrepublik Deutschland. NS-Vergangenheiten und politisches Engagement in der Demokratie, in: Magnus Brechtken (Hrsg.): Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Ein Compendium. Göttingen 2021, S. 335–370, hier S. 370.

bildung voran; immer aus der Einsicht heraus, dass sich nur so eine effektive Vertriebenenpolitik im Sinne der Verbände verfolgen lassen würde.

Das Fundament dieser Kooperation bildete jedoch die diesen Netzwerken inhärente und unübersehbare konservative Grundstruktur. Ein ehemaliger Pg-Status war weder ein Ausschluss- noch ein Zutrittskriterium. Der Katholik P. Paulus Sladek (1908–2002) lud den ultrakonservativen Funktionär Rudolf Lodgman von Auen (1877–1962) 1950 nicht nach Eichstätt ein: Nicht, weil dieser extreme rechte ideologische Ansichten (bei übrigens gleichzeitig fehlender NSDAP-Mitgliedschaft) vertrat, sondern weil Sladek ihn als autoritären Konkurrenten zu verhindern suchte. Ehemalige NS-Funktionäre wie Alfred Gille (1901–1971), Egbert Otto (1905–1968) und Axel de Vries (1892–1963) fanden in den Verbänden einen Platz und genossen Handlungsspielräume. Und Reinhold Rehs (1901–1971) konnte den Vorsitz im BdV übernehmen, weil seine völkische und nationalsozialistische Vergangenheit vor 1945 seine Eigenschaft als Mitglied der SPD in der Gegenwart des Jahres 1962 neutralisierte.¹⁴

Konnten jene Vertriebenennetzwerke dank ihrer konservativen Prägung einen nachweisbaren Einfluss in der (Vertriebenen-)Politik nehmen? Auf den ersten Blick sieht es so aus: Der Zentralverband der vertriebenen Deutschen (ZvD) besaß mit Hans Lukaschek als erstem, der Bund der Vertriebenen (BdV) mit Hans Krüger als fünftem Bundesvertriebenenminister sowie die Sudetendeutsche Landsmannschaft mit Verkehrsminister Hans-Christoph Seehofer (1903–1967) je eigene Spitzenfunktionäre in den Kabinetten von Adenauer bis Erhard. Aber keiner dieser Minister konnte die Interessen „seines“ Verbandes auf dieser Ebene einbringen: Lukaschek lehnte es ab, eine „Art Gewerkschaftssekretär der Vertriebenen zu sein“, da er die politische Lage „von einem allgemeinen Standpunkt aus betrachten“ müsse, wie dem Beitrag von Bendel zu entnehmen ist. Seehofer blieb in den Diskussionen um den Lastenausgleich unsichtbar, die illusionären heimatpolitischen Forderungen seiner Landsmannschaft – und seine eigenen berüchtigten Sonntagsreden – verschlossen ihm den Weg zum außenpolitischen Parkett. Mit Krüger hingegen wurde 15 Jahre nach Lukaschek zwar wieder ein Vertriebenenfunktionär auch politischer Fachminister. Aber im kurzen Zeitfenster bis zu seinem Rücktritt machte er vertriebenenpolitische Themen in Bonn nicht zum Thema; eben aus diesem Grund hatte Kanzler Ludwig Erhard (1897–1977) ihn mit dem Amt betraut.

Insgesamt zeigt sich: Das Netzwerk, das einem Politiker mit „Vertriebenenidentität“ zur Verfügung stehen konnte, konnte ihn zwar in eine politische Spitzenposition bringen. Aber diese Spitzenposition bildete auf Bundesebene keinen Ankerpunkt, um vertriebenenpolitische Interessen der Organisationen voranzutreiben. Das Gegenteil scheint der Fall: Die „Vertriebenenidentität“ selbst – aber auch die Kabinettsdisziplin, die Rolle des Ministers und die damit verbundenen neuen Perspektiven, Möglichkeiten, aber auch Erwartungen – beschränkten den vertriebenenpolitischen Handlungsspielraum eines Kabinettsangehörigen. Das Amt des Bundesvertriebenenministers bildete hier keine Ausnahme. Von maßgeblicher Bedeutung hingegen war

14 Vgl. dazu die Beiträge von K. Erik Franzen und Michael Schwartz im vorliegenden Band.

die Mitgliedschaft einer politischen Partei – und das meint, mit Blick auf das BMVt, insbesondere den Besitz eines Parteibuchs der CDU.

2.3. Relevanz der Parteimitgliedschaft

Außer in der knapp zwei Jahre währenden Amtszeit des FDP-Politikers Wolfgang Mischnick (1921–2002) zwischen 1961 und 1963 blieb das Bundesvertriebenenministerium ein christdemokratisch kontrolliertes Ressort. Diese Bilanz spiegelt das Ansinnen in der Union, die Vertriebenenpolitik für den eigenen Machterhalt einzusetzen, wozu auch die Kontrolle über das entsprechende Ministerium gezählt wurde. Der von Bundeskanzler Konrad Adenauer (1876–1967) eingesetzte zweite Staatssekretär, Peter Paul Nahm (1901–1981), wurde auch wegen seiner Mitgliedschaft in der Union zweiter Mann des Ministeriums. Er gehörte zu jenen Staatssekretären, mit denen der Kanzler die eigenen Minister strategisch gezielt „umstellte“.¹⁵ Trotz der zweijährigen Übernahme des Ministeriums durch den BHE – Oberländer wechselte 1955 selbst das Parteibuch – blieb durch diese Konstellation ein konstanter Kommunikationskanal zwischen CDU und Ressort bestehen. Und die aus der CDU kommende Kritik an einem FDP-Vertriebenenminister speiste sich, wie Ahonen nachweist, primär aus der Erwartung, potenzielle Wählerstimmen der Vertriebenen und Flüchtlinge zu verlieren.

Die ebenfalls von Pertti Ahonen in der Liste der Bundesvertriebenenminister ausgemachte „Dominanz der CDU“ hatte vergangenheitspolitische und vertriebenenpolitische Auswirkungen. Der überragende Primat der Parteipolitik – und damit ein erwarteter Gleichschritt der Mitglieder zur Marschrichtung ihrer Partei – zwang in der Vertriebenenpolitik zum Kompromiss: Sowohl bei der NS-Vergangenheit von Kollegen und der Kritik an dieser Vergangenheit, als auch der politischen Vertretung sozial- und heimatpolitischer Interessen der Vertriebenenorganisationen. Wer im Apparat der Partei langfristig nach Erfolg strebte, hatte Loyalität zur Sache im Zweifel nach- bzw. unterzuordnen. Wer gegen diese ungeschriebenen Gesetze verstieß und sich, wie etwa Linus Kather, auch nur indirekt gegen die Partei richtete, wurde vom Netzwerk der Partei ausgeschlossen und brachte sich um die Möglichkeit, eine Spitzenposition im Feld der Vertriebenenpolitik zu erlangen. Wer, wie Oberländer, strategische Beziehungen zur Partei einging, konnte trotz seiner NS-Belastung auf dem politischen Parkett bestehen, bis sich ab 1958 – mit dem Ulmer Einsatzgruppenprozess¹⁶ – die öffentliche Meinung allmählich zu drehen begann und absehbar wurde, dass die NS-Vergangenheit von Ministern auch einen potenziellen Schaden für den politischen Status der CDU mit sich zu bringen vermochte. Wer, wie die Parteimitglieder der CDU/CSU Hans Schütz (1901–1982), Georg Manteuffel-Szoegge (1889–1962) oder Hans Krüger eine dezidierte Verankerung in den Vertriebenenorganisationen besaß, den konnte diese Verankerung ironischerweise um das Amt des Bundesvertriebenen-

15 Vgl. Take, Aufbau, S. 204–218 sowie den Beitrag von Mathias Beer im vorliegenden Band.

16 Vgl. Jeffrey Herf: Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland. Berlin 1998, S. 351.

ministers bringen. Zwar wurde Krüger 1963 doch noch Minister – aber zunächst war Rainer Barzel (1924–2006) als Favorit, wiederum CDU-Mann ohne Verbindungen ins Vertriebenenmilieu, im Gespräch gewesen. Und schließlich nutzte Krüger während seiner Amtszeit als Minister dann in seiner Eigenschaft als Funktionär des BdV die Verbindung schaffenden Parteinetzwerke zu maßgebenden Ministerkollegen, freilich ohne langfristige Folgewirkungen, wie die Beiträge des Bandes erkennen lassen.

Für den Einfluss von Politikern auf das Bundesvertriebenenministerium war also weder die NS-Vergangenheit noch die eigene Vertriebenenidentität maßgeblich, sondern die Einbindung in die Netzwerke der Union. Ihre Relevanz speiste sich aus den als Unterorganen der Partei institutionalisierten Vertriebenenplattformen, wie sie etwa auch die FDP und SPD besaßen. Sie stellten unterhalb der Spitzenfunktionäre eine ständige Verbindung zwischen der Partei, den Vertriebenenorganisationen und der Bürokratie her; sie koppelten vertriebenenpolitische Anliegen und jeweils aktuelles Parteiinteresse. Andere Plattformen, etwa parteiübergreifende Zusammenschlüsse vertriebener Politiker oder soziale und berufliche Kooperationen, blieben im Machtkalkül ohne Bedeutung. Zugespitzt auf eine Biografie kommt diese Relevanzhierarchie wohl in keiner besser zur Ansicht als in der des schon erwähnten Peter Paul Nahm. Seine Amtszeit als Staatssekretär im Ministerium währte von 1953 bis 1967 sowie seine darüber hinausgehende Beschäftigung in diesem Ministerium, und damit über die Krisen und Affären aller Minister nach Lukaschek hinaus. Als nicht-vertriebenes Mitglied der CDU ohne NS-Vergangenheit vereinte seine Person drei Eigenschaften, die ihm im Feld der Vertriebenenpolitik eine bemerkenswert stabile Position verschafften.

Wenn es aber stimmt, dass mit diesem Primat der Parteipolitik in der vertriebenenpolitischen Arena die kontinuierliche Kontrolle der CDU über das BMVt einherging, ist die Frage nach dem „Klientelministerium“ als der Frage nach dem Verhältnis zwischen Vertriebenenorganisation und Bundesvertriebenenministerium noch einmal zu stellen und anders zu beantworten.

3. (K)ein „Klientelministerium“. Einbinden und Einhegen der Vertriebenenorganisationen

Bis in die jüngste Zeit findet sich sowohl in der politikwissenschaftlichen wie auch geschichtswissenschaftlichen Forschung die Vermutung, die Vertriebenenorganisationen hätten das BMVt unterwandert. In der Regel verweisen die Beiträge für solche vermuteten Rekrutierungsmuster auf die beiden Minister, Lukaschek und Oberländer, als „ehemalige Vertriebenenfunktionäre“. Verbunden wird diese Beobachtung mit der Annahme, die Bundesregierung habe befürchtet, das Ministerium könne zum „Brückenkopf der Vertriebenenverbände im Regierungsapparat“ werden.¹⁷ Diese Ver-

17 So etwa Marian Döhler: Die politische Steuerung der Verwaltung. Eine empirische Studie über politisch-administrative Interaktionen auf der Bundesebene. Baden-Baden 2007, S. 75, Anm. 34. In der Tendenz auch bei Corinna R. Unger: Ostforschung in Westdeutschland. Die Erforschung

mutungen vermögen einer empirischen Prüfung kaum standzuhalten, wie die oben zusammengeführten Ergebnisse zu den sich über kollektive Zugehörigkeiten bildenden Netzwerke zeigen. Zwar war die Zahl der Vertriebenen im Ministerium weit überdurchschnittlich, aber spiegelten sie vor allem die Zusammensetzung der Vertriebenen im Bundesgebiet anhand ihrer Herkunft. Von einem „Klientelministerium“, hält K. Erik Franzen für die Sudetendeutschen fest, könne nur insoweit die Rede sein, dass sie wie die übrigen Landsmannschaften im Großen und Ganzen ihrem Bevölkerungsanteil entsprechend vertreten waren. Auch die (ehemalige) Verbandsangehörigkeit der Minister bietet keinen direkten Anhaltspunkt: Die Kritik der Verbände 1950 an Lukaschek wegen der schlesischen Überrepräsentation im Ministerium, so Pertti Ahonen, bezog sich ebenfalls auf die angemessene Vertretung aller Vertriebenen-gruppen im Ministerium. Mit anderen Worten: Die Zahl von Vertriebenen im Ministerium und die Auseinandersetzungen darum verweisen eher auf dessen symbolpolitische Relevanz und Wirkung, weniger auf dessen effektive „Unterwanderung“.

Stattdessen skizzieren die einzelnen Beiträge in ihrer Gesamtheit ein differenziertes Bild für das Verhältnis zwischen Verbänden und Behörde. Das beginnt bei der Bewertung, die Vertriebenenverbände „ihrem“ Ministerium zusprachen. Sein Status unterlag in der Wahrnehmung der Verbände einem von der aktuellen politischen Großwetterlage abhängigen Wandel, wobei der Mauerbau 1961 eine wesentliche Zäsur darstellte. Weiterhin lassen sich durchaus Klientelismen beobachten, insbesondere in der Ära Oberländer; aber diese entsprachen in der Regel nicht (nur) den Interessen der Organisationen. Und schließlich wirkte die personelle wie institutionelle Interaktion mit dem BMVt auch auf die Beziehungen der Verbände untereinander zurück und verhinderte ihre Einigung als politische Interessenvertretung.

3.1. Der Status des Ministeriums als „Nebensache“ und die Zäsur von 1961

Der von Ahonen zitierte abschätzend-abschätzige Tagebucheintrag Manteuffel-Szoege vom September 1957, die „Wirkungsmöglichkeit“ des BMVt sei „vor allem auf außenpolitischem Gebiet [...] kaum gegeben“, spiegelt die Wahrnehmung des Ministeriums durch die Vertriebenenorganisationen in den ersten drei Legislaturperioden bis 1961. 1949 hatten die Verbände ihre vertriebenenpolitischen Forderungen auf sozialpolitischem wie heimatpolitischem Feld hoch angesetzt und lautstark formuliert – und mit Hans Lukaschek, dem ersten Vertriebenenminister und vormaligem Hauptfunktionär des ZvD, schien ein geeigneter Vertriebenenvertreter – „einer von uns“,¹⁸

des europäischen Ostens und die Deutsche Forschungsgemeinschaft, 1945–1975. Stuttgart 2007, S. 94, die anhand der Person Lukascheks und der Zahl der Regierungsdirektoren mit Vertriebeneneneigenschaft annimmt, die Führung des Ministeriums habe „vollständig in ihren Händen“ gelegen. Vgl. bereits früh kritisch Bodo Benzner: Ministerialbürokratie und Interessengruppen. Eine empirische Analyse der personellen Verflechtung zwischen bundesstaatlicher Ministerialorganisation und gesellschaftlichen Gruppeninteressen in der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum 1949–1984. Baden-Baden 1989, S. 50, Anm. 78.

18 Verhandlungen des deutschen Bundestags. Stenographische Berichte. 1. Wahlperiode, 8. Sitzung, 27.09.1949, S. 146A.

wie es Linus Kather im Bundestag ausdrückte – am Kabinettsstisch Platz genommen zu haben. Aber hier trat schnell Ernüchterung ein, denn die schwache Position des BMVt zeichnete sich bereits 1950 ab. Sie spiegelte sich in der anhaltenden Dominanz des Bundesfinanzministeriums,¹⁹ im langwierigen Prozess der Vertriebenengesetzgebung und der zunehmenden Kritik der Vertriebenenverbände an Lukaschek, in die die Bundeskanzler Adenauer, freilich mit Blick auf den kommenden Wahlkampf 1953, einstimmte.²⁰

Bereits in dieser Zeit, spätestens als 1952 mit dem Lastenausgleichsgesetz der zentrale vertriebenenpolitische Konflikt der ersten Legislaturperiode entschieden war, verfestigte sich bei den maßgeblichen Vertriebenenfunktionären der Eindruck, mit dem BMVt auf das falsche Pferd zu setzen. Die Kontrolle über das Ministerium war nicht automatisch gleichbedeutend mit einer Einflussmöglichkeit auf Regierungsebene. Insbesondere galt das, folgt man Franzen, für heimatpolitische Forderungen, wie sie etwa für die Sudetendeutsche Landsmannschaft zentral waren. Ihre Vorsitzenden, zunächst Rudolf Lodgman von Auen, nach ihm Hans-Christoph Seebohm, strebten weder das Amt des Bundesvertriebenenministers an, noch investierten sie in besonderem Maß in die Beziehungen zum Ministerium. Seebohm, der als Bundesverkehrsminister über den Ausschluss der Vertriebenenfunktionäre aus dem außenpolitischen Arkanbereich auf Regierungsebene im Bilde war, baute stattdessen auf die symbolpolitische Verbindung zwischen seiner Landsmannschaft und bayerischer Staatsregierung. Dass die Verbände den „Wert“ des Ministeriums in den 1950er Jahren stetig nach unten korrigierten, spiegelt die 1952 sichtbare Absicht anderer landsmannschaftlicher Funktionäre, ZvD-Chef Linus Kather als vermeintliche Galionsfigur der Vertriebenen im Bundestag zu demontieren, ihn zugleich als Bundesvertriebenenminister zu verhindern – *ohne* aber das BMVt mit einem eigenen Vertrauensmann besetzen zu wollen. Und in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts wünschten sich die Gegner Kathers innerhalb des gegründeten Einheitsverbandes BdV, ihn quasi in die Bedeutungslosigkeit des BMVt abschieben zu können. Das weist einerseits auf den Ort des Ministeriums in der Konfliktstruktur der Verbände voraus, zeigt aber andererseits: Von einer eventuellen „Unterwanderung“ oder „Übernahme“ des BMVt schienen sich die Vertriebenenorganisationen nichts zu erwarten. In den Quellen nachzuweisende Initiativen blieben daher aus, das Ministerium blieb größtenteils, mit einem Wort von K. Erik Franzen, „Nebensache“.

Warum aber riss die Kritik der Verbände an den jeweiligen Bundesvertriebenenministern nicht ab, nahm nach der Ära Oberländer sogar eher zu? Zweifelsohne gehört eine Politik der taktischen Vernachlässigung, mit der Adenauer nach dem Rücktritt des zweiten Vertriebenenministers gegenüber den Organisationen reagiert hatte,

19 Manfred Kittel: Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975). Düsseldorf 2020, S. 404–444.

20 Mathias Beer: Symbolische Politik? Entstehung, Aufgaben und Funktion des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, in: Jochen Oltmer (Hrsg.): Migration steuern und verwalten. Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Göttingen 2003, S. 295–322, hier S. 310–312.

zur Antwort dazu: Um weiterhin Kandidaten aus dem Vertriebenenmilieu zu verhindern, ließ Adenauer die Leitung des Ministeriums 1960 zunächst vakant, besetzte sie dann mit dem nichtvertriebenen Platzhalter Hans-Joachim von Merkatz (1905–1982) und überließ das Ministerium dann 1961 im Sinne des Koalitionsproporz der FDP mit dem ebenfalls nichtvertriebenen Wolfgang Mischnick. Insbesondere der letzte Aspekt, der im Oktober 1961 bekannt wurde, steht, wie Ahonen und Schwartz zeigen, in Zusammenhang mit dem knapp zwei Monate zuvor erfolgten Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961. Diese Zäsur bildet den anderen Teil der Antwort, da sie die Bedingungen der westdeutschen Ostpolitik neu austarierte. Während das BMVt für die Parteien präzise in dieser politischen Verschiebung von einer potenziellen Gestaltungsmöglichkeit zu einem reinen Stimmzahlaggregat wurde, entdeckten die Verbände den „Wert“ des Ministeriums neu. Weil sie sich nach ihrem Selbstverständnis über das politische Aufrechterhalten des Rückkehranspruchs legitimierten und dessen Verwirklichung mit dem Mauerbau in weite Ferne rückte, blieb nur das Bundesvertriebenenministerium als Symbol einer auch nach 1961 offenen deutschen Frage. Eben vor diesem Hintergrund ist der Appell des BdV zu verstehen, die Bewertung des BMVt innerhalb der Bundesregierung verstünden Inland und Ausland als „Gradmesser für die Signifikanz der Anliegen der Heimatvertriebenen“, wie Schwartz festhält.

Allerdings fanden die Verbände in der Husarenstraße keinen Ansprechpartner mehr. Ein Faktor war sicher das Verhalten der amtierenden Minister, die entweder selbst über keinen Vertriebenenhintergrund verfügten oder den politischen Anliegen des BdV fern bis ablehnend gegenüberstanden. Zentral aber war die von der Union selbst mit verursachte Entfremdung zwischen CDU und BdV, mit der eine zunehmende Entflechtung der jeweiligen Netzwerke einherging. Davon konnte die sozialdemokratische Annäherung an die Vertriebenen, die sich bereits während der Vernachlässigungsperiode bis 1963 abgezeichnet hatte, nur profitieren: In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre waren es die sozialdemokratischen Funktionäre des BdV, die sich vor allem am Gesamtdeutschen Ministerium unter Ressortchef Herbert Wehner (1906–1990) orientieren. An die CDU trat der Verband in vertriebenenpolitischen Angelegenheiten nur noch direkt über das Kanzleramt – und nicht mehr über das BMVt – heran. Jenseits der Rhetorik über die politische Symbolik erkannte der BdV also zurecht im Bundesvertriebenenministerium keinen politischen Machtfaktor mehr. Gegen die von den beiden letzten Ministern 1968 bzw. 1969 angekündigte baldige Auflösung des Ressorts legte der BdV zwar noch einmal lautstarken Widerspruch ein – aber auf die Entscheidung hatten sie bereits zuvor keinen Einfluss mehr nehmen können.

3.2. Klientelismen

Die Minister holten, kein Spezifikum des BMVt, ihnen vertraute Gefolgsmänner ins Ministerium. Aber dass insbesondere die beiden ersten Minister als Einfallstore für die vertriebenenpolitischen Interessen der Verbände fungierten, hat sich den Ergebnissen von Schwartz folgend nicht bestätigen lassen. Lukaschek geriet eben wegen

seiner Weigerung, sich ausschließlich und auf Kosten seiner Unabhängigkeit vor den Karren des ZvD spannen zu lassen, ins Fadenkreuz von Linus Kather. Und Minister Oberländer nutzte sein Amt, um mithilfe des Bonner Apparats und Finanzrahmens seine eigenen Interessen voranzubringen, die seiner Perspektive auf die Vertriebenenfrage als Ostforscher und Bevölkerungswissenschaftler entstammten. Dieser Befund spiegelt sich besonders in der herausgearbeiteten Beziehung nach Bayern, wo Oberländer vor seinem Wechsel nach Bonn als Staatssekretär für Flüchtlingsfragen amtierte hatte. Das Bestreben, ein Konglomerat aus wissenschaftlichen Institutionen zu errichten und durch das BMVt fördern zu lassen, ging zwar von Kontakten im Freistaat selbst aus – und Oberländer versuchte zweifelsohne, auf diese Weise alte Bekannte zu versorgen. Aber als Minister sah er seine Rolle in Bonn nicht darin, fremde politische Ziele in das Ministerium einzubringen. Seine Netzwerke blieben nach Franzen wissenschaftliche Netzwerke, während Oberländer persönlich sich keiner besonderen Förderung dieser oder jener Vertriebenenengruppe annahm. Einzelne Unterstützungsleistungen durch finanzielle Subventionen flossen auf Geheiß des Ministers zwar. Aber diese Hilfen gründeten auf persönlichen Beziehungen der einzelnen Antragsteller zu Oberländer. Primär waren sie ein Instrument, um die Vertriebenenorganisationen enger an das Ministerium und damit die Interessen der Bundesregierung zu binden.²¹

Jenseits des Ministerbüros, also in der Linie der Referate bei den dort zuständigen Fachbeamten, war ein Übertreten der Vorschriften nicht ohne Weiteres möglich. Bitten um finanzielle Unterstützungen, die über persönliche Bekanntschaften auf informellem Wege erfolgten, fanden, soweit nachweisbar, nicht ohne Weiteres Gehör. Gleiches scheint für Anfragen seitens der Vertriebenenorganisationen gelten. Auf der Referentenebene mussten mehrere Bedingungen zusammenkommen, damit Externe einen Nutzen aus dieser Nahtstelle in der Struktur des Ministeriums ziehen konnten: Es brauchte eine Verbindung zur Leitungsebene des Ministeriums, eine persönliche Bekanntschaft und eine geteilte Zugehörigkeit. Diesem Zusammenhang belegt Schwartz mit der bevorzugten Förderung des Deutschbalten de Vries durch seinen Landsmann Friedrich Wilpert (1893–1990), Pressereferent des BMVt, die wiederum den Segen von Staatssekretär Ottomar Schreiber (1889–1955) – ebenfalls Balte – besaß. Aber aus dieser Förderung zum persönlichen Nutzen de Vries eine klientelistische Beziehung zwischen BMVt und deutsch-baltischer Landsmannschaft abzuleiten, ist nicht haltbar.

Vereinzelt gelang den Verbänden eine Positionierung von Mitgliedern im BMVt. Das bedeutete jedoch nicht, dass betreffende Personen, nun im Amt, die Politik der Vertriebenenverbände ausgeführt hätten. Vielmehr schienen die neuen Mitglieder die organisatorischen Vorgaben des BMVt zu akzeptieren, ihr Verhalten nach ihnen auszurichten, um damit nicht zuletzt Mitglied der Organisation BMVt bleiben zu können

21 Dieses Vorgehen charakterisierte die „Geschädigtenpolitik“ des BMVt gegenüber den Vertriebenenorganisationen. Vgl. zum Folgenden daher Jan Ruhkopf: Institutionalisierte Unschärfe. Ordnungskonzepte und Politisches Verwalten im Bundesvertriebenenministerium 1949–1961. Göttingen 2023, S. 99–111.

und die damit verbundenen Vorteile (materielle Versorgung, Beamtenverhältnis) zu erhalten.²² Das zeigen etwa die von K. Erik Franzen herausgearbeiteten Beispiele von Erich von Hoffmann (1908–1990) und Lothar Wieland (1905–1986). Sie verhielten sich gegenüber „ihrer“ Sudetendeutschen Landsmannschaft zwar stets wohlwollend, verblieben aber immer „im Rahmen ihrer Vorschriften“. Diese Beschränkung wirkte sich auf die Vertreter von Vertriebenenverbänden im BMVt und ihre Beziehung zu ihren „Herkunfts“-Organisationen aus. Weil sie sich den Erfordernissen des Behördenalltags und seiner Ausrichtung tatsächlich oder vermeintlich (zu sehr) angepasst hatten, traf die Ministerialangehörigen der Vorwurf, sich der „Sache“ der Vertriebenen entfremdet zu haben.

Hoffmann war in Bonn auf lokaler Ebene für seine Landsmannschaft tätig, gründete den sogenannten Sudeten-Club Bonn mit und nahm rege, auch mit schriftlichen Beiträgen, an der heimatpolitischen Debatte der Landsmannschaft teil. Dieses Engagement fand aber kein Äquivalent im Handeln Hoffmanns als Beamter des BMVt, wie Franzen zeigt. Das brachte ihm später den Vorwurf ein, die „Beschwichtigungstaktik“ des Staatssekretärs Nahm und dessen „Linie der Anpassung an die jeweils Regierenden“ übernommen zu haben.²³ Der Kulturreferent des BMVt, Lothar Wieland, wiederum widmete sich den sudetendeutschen Kulturangelegenheiten im besonderen Maße, positionierte sich als Mitglied der Sudetendeutschen Landsmannschaft aber nicht öffentlich zur heimatpolitischen Agenda. Einerseits erntete er Ansehen für seine kulturpolitischen Verdienste, erfuhr aber zugleich Ablehnung für das Fehlen heimatpolitischen Eifers. Weil er sich nicht „aktiv am Identitätsmanagement [...] beteiligte“, so Franzen, nahm die Landsmannschaft ihn nicht als Gesinnungsgenossen wahr, obwohl er Herkunft und Weltanschauung vieler ihrer Wortführer teilte. Der von Linus Kather im BMVt platzierte Hellmut Gossing (1905–1974) erfuhr eine ähnliche Zurücksetzung: Nach mehrjähriger Tätigkeit im BMVt sah er sich dem Vorwurf ausgesetzt, dass seine Position im BMVt sowohl seine Zugehörigkeit zum BHE als auch die übernommene Mitgliedschaft im Präsidium des BdV aushebele. Aus ähnlichen Gründen schloss ihn die Ostpreußische Landsmannschaft 1957 aus.²⁴

Sowohl Hoffmann wie auch Wieland und Gossing mochten eine Rückkehr in die Heimat wünschen. Wenn sie mit der Erwartung in das BMVt eintraten, dort an der Realitätswerdung dieses Wunsches zu arbeiten, schob der Rahmen der Vorschriften diesem Begehren einen Riegel vor. Die heimatpolitische „Sache“ der Vertriebenenorganisationen wurde woanders vertreten und fand in Hoffmann, Wieland und

22 Vgl. zur Erzeugung von Konformität unter den Mitgliedern einer Organisation Stefan Kühl: Organisationen. Eine sehr kurze Einführung. Wiesbaden 2011, S. 30–48.

23 So der Vertriebene und CDU(!)-Abgeordnete Herbert Czaja: Unterwegs zum kleinsten Deutschland? Mangel an Solidarität mit den Vertriebenen. Marginalien zu 50 Jahren Ostpolitik. Frankfurt a. M. 1996, S. 567.

24 Neben dem Beitrag von Schwartz im vorliegenden Band vgl. Michael Imhof: Die Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik Deutschland. Geschichte, Organisation und gesellschaftliche Bedeutung. Marburg 1975, S. 151, der zusätzlich auf ähnlich artikulierten Sorgen im BHE verweist: Die Wahl Hans Krügers zum BdV-Präsidenten könne den Verband „zum verlängerten Arm des Bundesvertriebenenministeriums“ werden lassen.

Gossing keine Schleuse zwischen Ministerium und Verbänden. Alle drei sahen sich dem Vorwurf der identitätspolitischen Unzuverlässigkeit durch ihre Herkunftsorganisationen ausgesetzt, gerade weil sie für das Ministerium tätig waren. Es gelang den Verbänden also einerseits, Personen aus ihren Reihen im BMVt zu platzieren. Andererseits gerieten diese Beziehungen zu einem personalpolitischen Verlustgeschäft, weil die Tätigkeit für das Ministerium (Ab-)Spaltungsprozesse nach sich zog. Statt das BMVt über tatsächliche oder vermeintliche Gewährsleute zu gewinnen, verloren die Verbände ihr Personal an das Ministerium.

3.3. Intrigen. Der Ort des Ministeriums in der Konfliktstruktur der Verbände

Parallel zu dieser Erkenntnis ist deutlich geworden, dass das Ministerium in der Ära Lukaschek als Instrument für die Bundesregierung diente, die machtpolitischen Ambitionen der Verbände in Schach zu halten.²⁵

Dies zeigt eindrücklich der Umgang Konrad Adenauers mit Linus Kather. Kather geriet in Adenauers Blickfeld, weil Kather zum einen als Sprecher des ZvD erhebliches Wählerpotential mobilisieren konnte,²⁶ und dieses Potential, wie der Bundesvertriebenenausschuss der CDU Adenauer deutlich wissen ließ, mit Kather an die Union gebunden werden konnte und sollte. Zugleich wehrte der Kanzler jeden Anspruch des ersten Vertriebenenfunktionärs auf das Amt des Bundesvertriebenenministers ab, um den leicht zu händelnden Lukaschek gegenüber einem ungleich schwerer zu kontrollierenden Minister Kather im Kabinett zu halten.²⁷ Das BMVt war ein Baustein in der Abwehrstrategie des Kanzlers: Wahlweise führte Adenauer Ablenkungsmanöver durch, gewährte zusätzliche Subventionen durch das BMVt, versprach Zugriff auf die wichtige Position des Staatssekretärs und ließ einen Vertreter des ZvD und Vertrauten von Kather mit Aussicht auf Verbeamtung und Beförderung tatsächlich ins Ministerium einbauen. Geld mochte fließen, aber der ZvD erhielt niemals die für die vertriebenenpolitischen Netzwerke entscheidenden Schlüsselstellungen im BMVt, wie Schwartz belegt. Adenauer band Kather an die CDU bzw. an sich, indem er dem Vertriebenenvertreter vereinzelt seine Gunst erwies und das BMVt als Lockvogel einsetzte, ohne gegebene Versprechen Wirklichkeit werden zu lassen.²⁸ Damit aber gelang der Balanceakt, Kather um die Wählerstimmen der Vertriebenen bei der Stange

25 Vgl. auch hier zum Folgenden Ruhkopf, *Unschärfe*, S. 101f. sowie den Beitrag von Mathias Beer im vorliegenden Band.

26 Vgl. Pertti Ahonen: *After the Expulsion. West Germany and Eastern Europe 1945–1990*. Oxford 2003, S. 29. Ahonen nennt für den ZvD bzw. BvD (ab 1954) eine Mitgliederzahl von etwa 1,7 Millionen Mitgliedern, die jedoch auf zeitgenössischen Schätzungen beruht und wahrscheinlich zu hoch angesetzt ist.

27 Vgl. Kittel, *Stiefkinder des Wirtschaftswunders*, S. 117; Matthias Stickler: „Ostdeutsch heißt gesamtdeutsch“. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972. Düsseldorf 2004, S. 69–72.

28 Weitere Beispiele für das taktische Verhalten Adenauers finden sich bei Ahonen, *After the Expulsion*, S. 81–115.

der Union zu halten, ihm aber gleichzeitig die entsprechende vertriebenenpolitische Position in der Bundesregierung zu verwehren.

Obwohl die beiden frühen Vertriebenenorganisationen, der ZvD und der VdL, früh über einen Zusammenschluss verhandelten, schwelte angesichts inhaltlicher Auseinandersetzungen und persönlicher Animositäten ein „Kleinkrieg“ zwischen den Verbänden, der sich noch über die Gründung des 1958 tatsächlich gegründeten BdV hinzog. Teil dieser Auseinandersetzungen waren Intrigen, die mithilfe des Ministeriums, aber teilweise ohne das Wissen des Ministerbüros, gesponnen wurden. Friedrich Wilpert, der als Pressereferent Zugang zu internen Informationen und Entscheidungen besaß, war der Ankerpunkt eines zwischen BMVt und VdL existierenden „nordostdeutschen“ Netzwerks. Er enthielt dem „Gegner“ Kather Informationen vor, während er „seinem“ Verband den Inhalt vertraulicher Korrespondenz mitteilte oder Zuschüsse des Ministeriums sicherte. In dieser Situation war das BMVt durch die Indiskretionen Wilpersts ein Hilfsinstrument von Gruppierungen innerhalb des VdL, um gegen Kather und damit den ZvD vorzugehen. Teilweise existierte jedoch auch, wie Schwartz ebenfalls belegt, eine „geheime Achse“ zwischen Ministerium und Organisationen. Diese anhaltenden Konflikte wurden auch mithilfe des Ministeriums weiter befeuert. Sie verhinderten, dass sich eine effiziente, weil geeinte und damit politisch schlagkräftige politische Vertretung von Vertriebeneninteressen bilden konnte.²⁹ Zugang zum Ministerium war eine Karte im Machtpoker der Vertriebenenorganisationen, die aber letztlich keinen Trumpf darstellte.

4. Das Koordinierungsressort. Strategische Allianzen und der Ausgleich eigener Schwächen

Es sei die „Kunst der Überzeugung“, auf die das Bundesvertriebenenministerium mangels der „Verwaltungs- oder Machtmittel“ klassischer, etablierter Ressorts zurückgreifen müsse, erklärte Staatssekretär Nahm 1957.³⁰ Dieses Diktum, so machen die Beiträge von Rainer Bendel und Wolfgang Fischer deutlich, galt auch und gerade in sachpolitischen Angelegenheiten auf dem Feld der Vertriebenenpolitik. Zum einen war dafür die Zusammenarbeit zwischen Ministerialbürokratie und kirchlicher Vertriebenenarbeit auf koordinierender Ebene entscheidend. An ihren Schnittstellen waren es Beamte des Ministeriums, die das vertriebenenpolitische Vorgehen der kirchlichen Institutionen systematisch mit der Agenda der Bundesregierung zu verzahnen suchten. Für das Ministerium war es von wesentlicher Bedeutung, Netzwerke zur evangelischen und katholischen Kirche zu bilden und zu nutzen: stellten sie doch bundesweit bis ins Lokale reichende Integrationsagenturen dar. Dahinter scheint die Absicht gestanden zu haben, auf die Strukturen und die Autorität der Institution Kir-

29 Vgl. Kittel, Stiefkinder des Wirtschaftswunders, S. 113–129.

30 BArch, B 150/3341, Sendemanuskript des Interviews Dr. Peter Paul Nahm, Staatssekretär im Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Gespräch mit Dr. Günther Hünecke, 15.12.1957, Bl. 2.

che zurückzugreifen und den Integrationsprozess der Vertriebenen und Flüchtlinge in Westdeutschland zum einen voranzutreiben, zum anderen mit kirchlichem Segen zusätzlich zu legitimieren.

Die Reichweite und Wirksamkeit dieser Netzwerke – zu den Kirchen, den Parteien und den Vertriebenenorganisationen – lässt sich konkret im Verabschiedungsprozess der Vertriebenengesetzgebung beobachten. Dieser vollzog sich vor allem, aber nicht nur, in den Verhandlungen des Bundestags und seinen parlamentarischen Umfeldorganisationen. Das Bundesvertriebenenministerium setzte je nach Verhandlungsgegenstand auf Allianzen mit unterschiedlichen Akteuren, um seine Position zu stärken und Kompromisse auszuhandeln. Zugleich bestätigt das Lavieren angesichts seiner insgesamt schwachen Stellung in der Vertriebenengesetzgebung seine Funktion als Koordinierungsressort. Die beobachtete auffällige Leerstelle des Ministeriums in außenpolitischen Angelegenheiten schließlich erlaubt zwei Interpretationen: Außenpolitische Fragen lagen nicht im Zuständigkeitsbereich des Ressorts – oder sie fanden organisatorisch auf anderen Ebenen statt als denen, die in dieser Studie Aufmerksamkeit finden.

4.1. Zur Relevanz der Kirchen als Integrationsagenturen und der Rolle der „Mehrfachengagierten“

Der von Rainer Bendel herausgearbeitete Akteur des „Mehrfachengagierten“ bildete die Schnittstelle zwischen dem kirchlichen Apparat, der Ministerialbürokratie und den Interessen der Regierungspartei. Die „Mehrfachengagierten“ – ihre Funktion, ihre Positionierung und ihr Agieren selbst – sind Beleg und Beispiel, dass und auf welche Weise das Ministerium sein Handeln als Koordinationsressort auf dem Feld der Vertriebenenpolitik gestaltete. Mit Franz Hamm (1900–1988), Hans Lukaschek und Peter Paul Nahm besaß das Ministerium teilweise hochrangige Vertreter des eigenen Hauses in den Vertriebenengremien vor allem der katholischen Kirche. Sie gehörten nicht nur dem Ministerium an, sondern besaßen einen passenden konfessionellen Hintergrund und waren darüber hinaus – zwar nicht notwendigerweise, aber in der Regel – mit einem Parteibuch der CDU ausgestattet. Sie boten nicht nur Expertenwissen, Kontaktmöglichkeiten sowie finanzielle Förderungen – die Kirche versprach sich über die persönlichen Beziehungen direkten Einfluss auf die Vertriebenenpolitik. Auf diese Weise schufen solche Kontakte ein wirksames Netzwerk von Austauschbeziehungen, dessen Plattformen neben dem Vertriebenenbeirat auch aus dem Ostkirchenausschuss und dem katholischen Flüchtlingsrat bestanden. Hier konnte das BMVt Perspektiven der Bundesregierung auf vertriebenenpolitische Themen in die kirchlichen Gremien einbringen, zugleich flossen die Ergebnisse dieser Gesprächsrunden in das Ministerium zurück und bildeten einen Faktor seines politischen Verhaltens.

Die „Mehrfachengagierten“ erfüllten eine zweifache Funktion: Zum einen waren sie Vorbedingung dafür, dass ein Zusammenwirken zwischen Kirchen und Staat im Rahmen der Vertriebenenpolitik auch jenseits offiziell institutionalisierter Stellen zustande kam. Zum anderen nutzten die Vertreter des Ministeriums ihre Beziehungen,

um den Organisationsrahmen der Kirchen als Multiplikator für den eigenen Handlungsspielraum zu nutzen. Für das BMVt, dem es an exekutiven Befugnissen und einer nachgeordneten, ausführenden Amtsstruktur weitgehend mangelte, war dies von Interesse. Denn die Strukturen der Ostkirchen konnten keine eigenständigen Vertretungsorgane außerhalb des kirchlichen Organisationsgefüges der Nachkriegszeit ausbilden. Der Ostkirchenausschuss war der Verwaltung der Evangelischen Kirche unterstellt, der Ostkirchenkonvent verblieb als beratendes Organ des Ausschusses ohne eigene kirchenrechtliche Aufwertung. Auf diese Weise eingeebnet erwiesen sie sich als Transmissionsriemen der „kirchlichen Versorgung“ in das Vertriebenenmilieu, der das BMVt – mit Staatssekretär Schreiber bis 1953, mit Franz Hamm bis 1966 in beiden Gremien anwesend –, mit Fördermaßnahmen positiv gegenüberstand.

Davon nicht zu trennen ist eine weitere Beobachtung: Die kirchlichen Strukturen durchdrangen die Vertriebenenthemen mit einem christlichen Ordnungsrahmen – und diesen Ordnungsrahmen setzte das Ministerium als gesellschaftliches Legitimationsinstrument für den fortschreitenden Integrationsprozess der „Eingliederung“ der Vertriebenen und Flüchtlinge ein. Insbesondere in den Auseinandersetzungen zum Lastenausgleichsgesetz (LAG) setzten Angehörige der Flüchtlingsverwaltung wie Nahm und Lukaschek bis zur Verabschiedung des LAG auf die ihr zugesprochene Autorität und das Multiplikatorennetzwerk der Kirche, um für die Akzeptanz der politischen Maßnahmen zu werben. Ähnliche Interventionen erbat das Ministerium im Rahmen des Bundesumsiedlungsprogramms, um seine fehlende Durchsetzungskraft gegenüber den Ländern in dieser Frage mit der sozialen Autorität der Kirche zu kompensieren.³¹ In der zweiten Hälfte der 1950er Jahre erhob dann Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer gegenüber den Kirchen die Forderung, die „seelische Eingliederung“ der SBZ-Flüchtlinge und Spätaussiedler, die der Staat nicht vollziehen könne, in Westdeutschland zu leisten – und in deren Folge sowohl das Amt des Flüchtlingsbischofs als auch ein eigener Flüchtlingsbeirat der Evangelischen Kirche ins Leben gerufen wurden. Zweifellos kam in der Absicht Oberländers, mithilfe der Kirchen eine „Reinigung“ dieser Menschen vom „Bolschewismus“ zu erreichen, die völkische Aufladung und antikommunistische Rahmung der Politik der „Eingliederung“ zum Ausdruck.³² Gleichzeitig aber war es ein Versuch, die moralische Autorität der Kirchen für die Integration einer Bevölkerungsgruppe nutzbar zu machen, die formal in den Zuständigkeitsbereich des BMVt fiel.

Freilich stand allein diese moralische Rahmung des politischen Handelns der Bundesregierung im Vordergrund der Zusammenarbeit. Das zeigt sich ex negativo daran, dass am Beginn der 1960er Jahre alle Versuche von kirchlicher Seite, das Bun-

31 Vgl. Felix Teuchert: Die verlorene Gemeinschaft. Der Protestantismus und die Integration der Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft (1945–1972). Göttingen 2018, S. 317–319.

32 Oberländer bei einer Ansprache in Verden/Aller am 18.11.1958, zitiert nach Bendel im vorliegenden Band. Zur „Eingliederung“ als ein „antikommunistisch konnotierter politischer Ordnungsbegriff“ vgl. Volker Ackermann: Integration – Leitbilder, Begriff, Probleme, in: Mathias Beer (Hrsg.): Zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen im deutschen Südwesten nach 1945. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung. Sigmaringen 1994, S. 11–26, hier S. 11–15. Vgl. auch Schwartz, Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“, S. 1178.

desvertriebenengesetz zu einem Gleichstellungsmechanismus zwischen Vertriebenen und Flüchtlingen zu erweitern, im Ministerium auf Widerstand stießen, um, im Einklang mit der politischen Haltung gegenüber der DDR, die Flucht nach Westdeutschland nicht zusätzlich attraktiver zu gestalten. Erst als sich die Lage 1968 veränderte und das BMVt seine administrative Weiterexistenz begründen musste, strebte das Ministerium eine Gleichstellung an. In diesem Zusammenhang wiederholte sich das beschriebene Legitimationsmuster, als sich, wie Bendel unterstreicht, das Ministerium wiederum die „moralische Unterstützung der Kirchen“ erbat.

4.2. Die vielen Fronten der Vertriebenengesetzgebung

Die Vertriebenengesetzgebung griff als Teil der Kriegsfolgenbewältigung tief in das sozialstaatliche Gefüge der Bundesrepublik ein. Mit dem Soforthilfegesetz von 1949, dem „131er“-Gesetz von 1951, dem Lastenausgleichsgesetz von 1952 sowie dem Bundesvertriebenengesetz (BVFG) von 1953 lagen zwar nur wenige, dafür wesentliche Gesetzesregelungen dieser Implementation zugrunde.³³ Allerdings: Das Ministerium war in diesem Prozess in aller Regel auf reine Mitwirkung beschränkt. Dieser Umstand war auch eine Folge seiner hierarchisch schwachen Stellung im Verhältnis zu den beteiligten Ressorts, insbesondere gegenüber dem Bundesfinanzministerium und dem Bundesinnenministerium. Um im Gesetzgebungsprozess also die Ziele zu erreichen, die sich aus seiner Zuständigkeit ergaben, war das BMVt auf institutionelle Umwege wie auch auf Partner angewiesen, mit denen sich diese Ziele erreichen ließen. Wesentlich dafür waren Netzwerke, die sich um die einschlägigen Bundestagsausschüsse bildeten. Denn hier tauschten sich Angehörige der Ministerialbürokratie und Abgeordnete der Fraktionen, die als Vertriebene vielfach parallel den Vertriebenenorganisationen angehörten, aus. Es waren diese Fachausschüsse, die wie ein Kanal oder eine Plattform funktionierten, über die das BMVt seine Standpunkte in den Gesetzgebungsprozess einspeiste. Die Frontverläufe in diesem Prozess waren nicht starr, sondern verschoben sich je nach Anliegen – und mit ihnen wechselten die Position des Ministeriums und dessen Verbündete.

So bildete, folgt man Fischer, das Ministerium mit den Vertretern der Vertriebenenverbände in ihrer Funktion als Bundestagsabgeordnete keine durchgehend geschlossene Linie. Waren die Mitglieder des Heimatvertriebenenausschusses während der Aufbauphase des Ministeriums parteiübergreifend darin einig, das Ressort mit einem angemessenen Haushalt auszustatten, endete diese Einmütigkeit in den Verhandlungen zum BVFG. Als das Ministerium im Gesetzesentwurf die Einrichtung von Beiräten vorsah, um die Interessen aller Personenkreise und ihrer Vertretungsorganisationen in seiner Zuständigkeit zu bündeln, wandte sich der Vorsitzende des Heimatvertriebenenausschusses, Linus Kather, gegen diesen Passus. Denn in seiner

33 Vgl. Wolfgang Rübner/Constantin Goshler: Ausgleich von Kriegs- und Diktaturfolgen, Soziales Entschädigungsrecht, in: Günther Schulz (Hrsg.): Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Bd. 3: Bundesrepublik Deutschland 1949–1957. Bewältigung der Kriegsfolgen, Rückkehr zur sozialpolitischen Normalität. Baden-Baden 2005, S. 687–777.

Eigenschaft als erster Mann des ZvD erkannte er – wohl zurecht – in jenen Gremien ein Hindernis der ihm eigenen, von Wolfgang Fischer herausgearbeiteten Absicht, die „Positionen des von [Kather] geführten Interessenverbandes in den politischen Prozess einzuspeisen und gleichzeitig seine individuellen machtpolitischen Ziele“ – den Sessel des Vertriebenenministers – zu erreichen. Kather jedoch scheiterte, weil andere vertriebene Abgeordnete seinem Ansinnen absichtlich in die Parade fuhren. In einem anderen Zusammenhang sah sich das Ministerium in den Beratungen zu den landwirtschaftlichen Regelungen des Gesetzes mit der „Grünen Front“ konfrontiert, einheimischen Abgeordneten jener Fraktionen, deren Parteien die Regierung, das erste Kabinett Adenauers bildeten. Schützenhilfe für eine Kompromisslösung in dieser Angelegenheit erhielt das BMVt im Ausschuss von vertriebenen Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion sowie der *oppositionellen* Fraktion der SPD um das gut vernetzte Mitglied der Seliger-Gemeinde, Richard Reitzner (1893–1962).

Zurecht betont Fischer an diesem Beispiel die konstruktive Zusammenarbeit des Heimatvertriebenenausschusses mit dem Ministerium. Hier suchte und fand es für seine Absichten Verbündete – aber die gebildeten Allianzen lassen kein vorhersehbares Schema zu. Ein Dualismus zwischen Ministerium und Vertriebenenvertretern auf der einen, einheimischen Abgeordneten auf der anderen Seite war nicht grundsätzlich gegeben, sondern strukturierte sich themenabhängig. Gleiches galt auch für die Front zwischen Opposition und Regierung, die in vertriebenenpolitischen Angelegenheiten dynamisch blieb und die Absichten des BMVt über die Regierungseinheit hinaus oder auch gegen sie führen konnte.

Parallel dazu existierte keine unverbrüchliche Allianz mit den Partnerressorts, obwohl deren Minister nicht nur der gleichen Regierung, sondern auch der gleichen Partei angehörten wie Vertriebenenminister Lukaschek. Obwohl das Ministerium in den Verhandlungen zum BVFG die Federführung hatte,³⁴ waren in dieser Materie auch „zwischen den Ministerien erhebliche Meinungskämpfe“ auszufechten gewesen, was der Minister auf die Funktion seines Ressorts als reines „Koordinationsministerium“ zurückführte.³⁵ Fischer macht am Beispiel der Auseinandersetzungen zum Lastenausgleich deutlich, wie das BMVt wiederum auf diese Widerstände reagierte: Es aktivierte Netzwerke, die in die parlamentarischen Gremien und die Vertriebenenorganisationen reichten und zwischen diesen bestanden. Es waren die Organisationen, die den Entwurf zum Feststellungsgesetz erarbeiteten – auf Anregung des BMVt. Diesen Entwurf brachten wiederum vertriebene Abgeordnete der Regierungsfractionen zu einem frühen Zeitpunkt in die Bundestagsdebatte ein, sodass das Gesetz vor dem Lastenausgleichsgesetz verabschiedet wurde – wiederum im Sinne des Ministeriums. Umgekehrt war es nach 1952 der außerparlamentarische Lastenausgleichsausschuss der Vertriebenenorganisationen, der über seine Mitglieder in der Funktion als Bundestagsabgeordnete Vorlagen zur Novellierung des Lastenausgleichs in die Diskussion brachte – und wahrscheinlich auch die legislative Detailarbeit des BMVt beeinflusste.

34 Beer, *Symbolische Politik?*, S. 316f.

35 Lukaschek im Januar 1952 vor dem Ausschuss für Heimatvertriebene, zitiert nach Fischer in seinem Beitrag im vorliegenden Band.

Diese Beobachtungen bedeuten nicht, dass das Ministerium hier von den Verbänden unterwandert war. Beide Instanzen verfolgten dasselbe Ziel; das BMVt allein schon, um sein administratives Weiterleben zu rechtfertigen. Eher bestand eine gewisse Abhängigkeit des Ministeriums von den Netzwerken, die die Organisationen in den parlamentarischen Raum besaßen. Aber diese Abhängigkeit charakterisiert die Rolle des Ministeriums als Koordinierungsinstanz der Vertriebenenpolitik, die diese Beziehungen mangels der von Nahnemann genannten „Machtmittel“ als politische Kommunikations- und Informationskanäle funktionalisieren musste. Das bedeutet gleichzeitig, wie oben schon deutlich geworden ist, dass das BMVt nicht das Zentrum, sondern einen Teil des vertriebenenpolitischen Feldes bildete.³⁶ Aus dem gleichen Grund lässt sich aus dem Urteil Fischers, dass das BMVt mithilfe dieser Netzwerke „seine sachpolitischen Interessen auch gegen konkurrierende Ressorts“, wie etwa das Finanzressort durchzusetzen gelang, auch kein Einebnen der interministeriellen Machtasymmetrie ableiten. Stattdessen wird das politische Agieren des BMVt sichtbar, das seinem „Rollenverständnis einer politischen Gesamtvertretung der Vertriebenen“ entsprach.

4.3. Welche Außenpolitik?

Der deutschlandpolitische und außenpolitische Diskurs im Auswärtigen Ausschuss, so hält Wolfgang Fischer fest, fand ohne das Bundesvertriebenenministerium statt. Auch ließ sich nicht nachweisen, dass das BMVt an außenpolitischen Interventionen der Vertriebenenorganisationen im Ausschuss beteiligt gewesen war. Der Hinweis, dass diese Themen ob ihrer Brisanz genuin in die Sphäre des Auswärtigen Amtes bzw. insbesondere während der Kanzlerschaft Adenauers in die des Bundeskanzleramts selbst fielen,³⁷ ergänzt die bereits oben ausgeführten Feststellungen: Die Vertriebenenorganisationen erkannten nach Ahonen, Beer, Franzen und Schwartz bereits in der ersten Legislaturperiode, dass ihnen mit dem BMVt kein geeigneter Ansprechpartner für die eigenen außen- bzw. „heimatpolitischen“ Zielsetzungen in Bonn zur Verfügung stand. Zwar erhielten Referate des BMVt vereinzelt außenpolitische Informationsberichte von Funktionären des BdV. Aber diese Berichte hatten keine nachzuweisende Wirkung auf das politische Agieren des Ministeriums. Insgesamt scheint es Vertretern der Verbände nicht möglich gewesen zu sein – weder als Fachbeamte, noch als Bundesvertriebenenminister – im Apparat des Ministeriums in entsprechender Weise aktiv zu werden. Es ist kein Zufall, dass sich die Organisationen stärker am Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen orientierten. Diese Beobachtungen bestätigen erneut die These Pertti Ahonens, dass die Bundesregierungen die heimatpolitischen Ansprüche der Vertriebenenverbände zwar mit vagen Versprechen hielten, aber diese Versprechen weder in tatsächliche Politik umsetzten, noch Ver-

36 Vgl. auch Ruhkopf, Unschärfe, S. 53–56.

37 Vgl. Karlheinz Nienhaus: Kanzlerdemokratie. Regierungsführung von Konrad Adenauer bis Angela Merkel. Wiesbaden 2015, S. 45.

triebenenfunktionäre in die Nähe außenpolitischer Schalthebel der Bundesrepublik ließen.³⁸

Zugleich hat Mathias Beer jedoch die Existenz außenpolitischer Anstrengungen des Ministeriums angeführt, die „sich wie ein roter Faden durch die Tätigkeit“ des Ressorts zögen.³⁹ Tatsächlich liegen Hinweise auf außenpolitische Aktivitäten des Ministerium vor, wie Bendel mit der Übersetzung einer kirchlichen Darstellung zur deutschen Vertriebenenfrage in mehrere westeuropäische Sprachen belegt.⁴⁰ Auch die Informationsreisen seiner Beamten ins westliche Ausland sind zu nennen,⁴¹ wie auch die Versuche des Ministeriums, die zwischen 1949 und 1952 stattfindenden Verhandlungen zum *United States Displaced Persons Act of 1948* im US-Kongress im westdeutschen Interesse zu beeinflussen.⁴²

Diese Aktivitäten, die das zeitgenössischen Sprechen von der „Internationalisierung des deutschen Flüchtlingsproblems“ auf den Begriff bringt, waren die andere Seite der von Ahonen herausgearbeiteten ostpolitischen Begrenzung der Vertriebenenpolitik und waren Teil der westpolitischen Strategie der Bundesregierungen in den 1950er Jahren. In Zusammenarbeit mit dem Bundeskanzleramt, dem Bundespresseamt und dem Auswärtigen Amt arbeitete das BMVt daran, die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge mit dem Primat der Westintegration zu koppeln: Der Erfolg der „Eingliederung“ – und damit die politische Stabilität Westdeutschlands im Kalten Krieg – hingen in dieser Perspektive von der bleibenden politischen und materiellen Unterstützung der Bundesrepublik durch die westliche Staatengemeinschaft und speziell die USA ab. Untrennbar war mit dem parallel geführten Argument einer vorbildlichen westdeutschen Integrationspolitik gegenüber den Vertriebenen und Flüchtlingen auch der Nachweis einer politischen Rekonstruktion der Bundesrepublik als „westlicher“ und „demokratischer“ Staat verschaltet. Dieser Nexus zwei vermeintlich getrennter Politikfelder benötigte wiederum Netzwerke und brachte sie gleichsam hervor. Dass sie in dieser Studie keinen Niederschlag gefunden haben, verweist auf die den nationalen Rahmen überschreitenden Aspekte der Geschichte der Vertriebenenintegration.⁴³

Vor dem Hintergrund des dieser Studie zugrundeliegenden Erkenntnisinteresses lässt sich mit Fischer eine außenpolitische „Zurückhaltung“ des Ministeriums dort festhalten, wo das heimatpolitische Programm der Vertriebenenorganisationen und

38 Vgl. Ahonen, *After the Expulsion*, S. 77.

39 Beer, *Symbolische Politik?*, S. 318.

40 Vgl. auch die Korrespondenz zwischen dem zuständigen Referenten des BMVt, Walter Arke, dem Hauptamt für Soforthilfe und dem Katholischen Flüchtlingsbeirat unter BArch, B 150/2758/2.

41 Vgl. für erste Hinweise Peter Gengler: „Appeals to the Conscience of the World“. *International Memory Politics of the Sudeten German Landsmannschaft and the Cold War, 1945–1955*, in: Elisabeth Fendl (Hrsg.): *Der Sudetendeutsche Tag. Zur demonstrativen Festkultur von Heimatvertriebenen*. Münster 2019, S. 119–141, hier S. 124f.

42 Vgl. Jan Ruhkopf: *Transnationaler Regierungslobbyismus. Das Bundesvertriebenenministerium und der United States Displaced Persons Act (1949–1952)*, erscheint in: Thorsten Holzhauser/Andreas Schulz (Hrsg.): *Lobbyismus und parlamentarische Demokratie*. Stuttgart 2026.

43 Vgl. Ruhkopf, *Unschärfe*, S. 279–396.

die offizielle ostpolitische Haltung der Bundesregierung auf der Agenda stand. In diesem Zusammenhang besaß das BMVt als Ressort keine Relevanz. Innerhalb der Netzwerke, die der Beförderung heimatpolitischer Zielsetzungen dienten, bildete es keinen nachweisbaren Knotenpunkt. Nicht zufällig war das Ministerium in den entscheidenden Gremien selten anwesend. Zum einen, weil schlicht die Zuständigkeiten anders verteilt waren, zum anderen, weil die dennoch existierenden und oben angedeuteten außenpolitischen Aktivitäten des Ministeriums einen Knotenpunkt zwischen der Integration – nicht der Rückkehr – der Vertriebenen und Flüchtlinge in Westdeutschland und der Westintegration der Bundesrepublik herstellten.

5. Netzwerke des BMVt. Nutzen und Grenzen

Die in diesem Band vorgenommenen Untersuchungen der Netzwerke im Umfeld des BMVt und die Frage nach ihren Funktionen, ihrer Relevanz für die Akteure und ihrer Reichweite zeigen: Eine Geschichte dieses Ministeriums lässt sich nicht auf die NS-Vergangenheit seines Personals oder die Frage nach seinem Verhältnis zu den Vertriebenenorganisationen reduzieren. Erst die Zusammensicht von Personalkonstellationen, Organisationsstrukturen, Machtverhältnissen, persönlichen und institutionellen Interessen vor dem weiteren zeithistorischen Kontext der deutschen Vertriebenenfrage erlaubt es, das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte zwar nicht als zentralen, aber doch einen von mehreren Knotenpunkten westdeutscher Integrationspolitik zu beschreiben. Diese Perspektive öffnet den Blick für korrespondierende Forschungsfelder, die mit der Frage nach den Netzwerken des BMVt in Verbindung stehen.

5.1. Historische Behördenforschung und die Bedeutung der NS-Belastung

Die Präsenz von Personen mit NS-Vergangenheit im Umfeld des BMVt ist unzweifelhaft, für die historische Behördenforschung jedoch keine Neuigkeit. Im BMVt bedurfte es keiner spezifischen vergangenheitspolitischen „NS-Netzwerke“, um bestimmte Personen auf bestimmte Positionen im Apparat zu hieven. Das bestätigt den Befund der Kieler Forschungsgruppe.⁴⁴ Sowohl Akteure „mit“ als auch „ohne Vergangenheit“ griffen auf bereits bestehende Beziehungen zurück, um Vertraute in das eigene Arbeitsumfeld zu holen, damit auch eigene Interessen zu verfolgen oder auch alten Bekannten zu helfen. Definitiv war eine Belastung im vertriebenenpolitischen Feld kein Ausschlusskriterium. Der Vorwurf tatsächlicher oder vermeintlicher NS-Belastung besaß in den Auseinandersetzungen um die Besetzung prominenter (Minister-) Ämter jedoch vor allem dann Relevanz, wenn sich damit Ansprüche delegitimieren oder neutralisieren ließen. Zugleich war die Freiheit von jeglicher Belastung keine Garantie, ein Amt zu erlangen oder zu behalten. Die Loyalität und der Nutzen für die

44 Vgl. Danker, *Geteilte Verstrickung*, S. 295.

eigene Partei – in diesem Fall meist der CDU – waren indes bis zum Ende der 1950er Jahre entscheidend: Die Namen Oberländer, Kather und Lukaschek stehen für diese Varianten. Zugleich wird deutlich, dass sich die Frage nach etwaigen Kontinuitäten völkischer oder dezidiert nationalsozialistischer Ordnungsvorstellungen mit der Untersuchung von Netzwerken kaum beantworten lässt. Kontinuitäten in der Sachpolitik von Ministerien aufzufinden benötigt andere Ansätze und andere Quellen als die Untersuchung von Netzwerken.⁴⁵

5.2. Ministerialbürokratie und Interessengruppen

Eine Unterwanderung des Ministeriums durch die Verbände der Vertriebenen fand nicht statt. Eine der dafür oft angeführten Voraussetzungen, die ersten beiden Minister Lukaschek und Oberländer seien die „Brückenköpfe“ der Organisationen gewesen, hat sich in den Untersuchungen nicht bestätigt. Viel eher wird deutlich, dass entscheidende Verbandsakteure das BMVt als einen Teil der Bundesregierung wahrnahmen, mit dem sich die eigenen (außen-)politischen Ziele gerade nicht effektiv verfolgen ließen. Erst mit dem Mauerbau gewann das Ministerium für die Verbände wieder an Bedeutung: Allerdings wiederum nicht als Gestaltungsinstrument, sondern als eines der letzten Symbole der offiziell offenen Grenzfrage jenseits der Gebiete von Oder und Neiße. Unterhalb politischer Prominenz gestalteten sich die Beziehungen zwischen BMVt und den (politischen) Verbandsstrukturen in der Vertriebenenpolitik komplexer. Das untermauert neuere politikwissenschaftliche Forschungen, die sich gegen die dominierende Vorstellung wenden, die Verwaltung sei stets nur ein passiver Empfänger organisierter Interessen. Stattdessen zeichnen sie die Fähigkeit bürokratischer Organisationen nach, mit Interessengruppen strategisch in einer „reziproken Beziehung“ zu interagieren.⁴⁶

Das bedeutet zunächst, dass im Umfeld des BMVt (und wohl auch in anderen Ministerien) kein Automatismus existierte, der es politischen Spitzenfunktionären mit Vertriebenenhintergrund erlaubte, die Interessen „ihres“ Verbandes zur bundespolitischen Chefsache zu machen. Nicht eine „Vertriebenenidentität“, nicht die Verbandszugehörigkeit waren entscheidend, sondern wiederum das Parteibuch und das Netzwerk der Regierungspartei CDU. Eben diese Zugehörigkeit band vertriebenenpolitische Anliegen an das christdemokratische Machtstreben. Akteure im vertriebenenpolitischen Feld, die diesen Weg erfolgreich gingen, waren der nichtvertriebene

45 Für das BMVt vgl. Ruhkopf, Unschärfe, S. 145–278. Für weitere Behörden vgl. etwa Braun u. a., Kanzleramt; Frieder Günther: Verwaltungsstaat. Die Verwaltungskultur der deutschen Innenministerien 1919–1975. Göttingen 2025; Ana Lena Werner: Landesjustiz und NS-Vergangenheit. Justizbilder und Verwaltungspraxis im bayerischen Justizministerium in der Nachkriegszeit. Berlin 2025; Angela Schwarz/Heiner Stahl: Kontaktzone Bonn. Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und die staatliche Öffentlichkeitsarbeit 1949–1969. Göttingen 2023; Stefanie Palm: Fördern und Zensieren. Die Medienpolitik des Bundesinnenministeriums nach dem Nationalsozialismus. Göttingen 2023.

46 Vgl. Marian Döhler: Ministerialverwaltung und Interessengruppen. Neues und Vergessenes zu einem alten Thema, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 30 (2020), H. 1, S. 1–26, Zitat S. 22.

Peter Paul Nahm und der vertriebene Hans Christoph Seebohm. Insbesondere die Biografie Seebohms scheint geeignet, das Verhältnis zwischen Parteizugehörigkeit, Vertriebenenhintergrund und NS-Vergangenheit – und die daraus entstehenden Handlungsspielräume und Gestaltungsmöglichkeiten in der Bundespolitik – herauszuarbeiten.⁴⁷ Eine zusätzliche Beschränkung verbandspolitischer Spielräume gegenüber dem BMVt zeigt sich darüber hinaus in konkreten Versuchen, Verbandsangehörige als reguläre Mitarbeiter in der Behörde einzusetzen. Dies gelang zwar, aber die Regeln und Logiken der Bürokratie verhinderten, dass die Verbände diese Mitarbeiter nun als Kontaktpunkte in die Bürokratie nutzen konnten, um die Ziele ihres Verbandes automatisch in das konkrete Agieren des BMVt einzuspeisen. Dies bestätigt, dass die organisationelle Programmierung einer Bürokratie kein rein von individuellen Überzeugungen oder Interessen gesteuertes Handeln erlaubt.⁴⁸

Über diese Einschränkung wirkte das BMVt schließlich selbst als Instrument in die Verbände zurück: Es entfremdete die Organisationen jenen Mitarbeitern, die nun nach den Regeln der Bürokratie arbeiten mussten. Es wurde genutzt als ein Versprechen seitens der CDU, um entscheidende Akteure in den Verbänden in Schach zu halten oder auszubremsen und so den eigenen Machterhalt zu sichern. Und schließlich war das BMVt Motivator oder Instrument von Intrigen innerhalb und zwischen den Vertriebenenorganisationen. Diese Auseinandersetzungen verhinderten lange Zeit, dass sich eine politische Gesamtvertretung der Vertriebenen bildete, die mit einer Stimme hätte sprechen können und ein entsprechendes politisches Gewicht gehabt haben dürfte. Die zwischen Ministerium und Organisationen bestehenden Netzwerke besaßen somit nicht zu unterschätzende Wirkungen für die faktische Integration der Vertriebenen in Westdeutschland.

5.3. Vertriebenenpolitik und Vertriebenenintegration

Mangels exekutiver Kompetenzen lag die zentrale innenpolitische Wirkungsmöglichkeit des BMVt in seiner Funktion, im Interesse der Bundesregierung zwischen den Akteuren der Vertriebenenpolitik zu vermitteln.⁴⁹ Mit den Netzwerken, die es dazu einsetzte, wirkte es auf die politischen, gesellschaftlichen und legislativen Voraus-

47 Seebohms politische Biografie ist Gegenstand einer entstehenden Studie von Stefanie Palm. Vgl. Heike Amos u. a.: Das deutsche Verkehrswesen. Kontinuitäten und Transformationen zwischen NS-Staat, Bundesrepublik und DDR. Ein Forschungsprojekt des Instituts für Zeitgeschichte, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 70 (2022), H. 2, S. 421–430, hier S. 429f. Vgl. weiterhin Christian Packheiser: Aufarbeitung der Geschichte des Bundesverkehrsministeriums (BVM) und des Ministeriums für Verkehrswesen (MfV) der DDR hinsichtlich Kontinuitäten und Transformationen zur Zeit des Nationalsozialismus. München/Berlin 2018, S. 90–99. Online verfügbar unter: https://www.ifz-muenchen.de/fileadmin/user_upload/Forschung/BVM/Vorstudie_BMVI>IfZ.pdf (03.03.2025).

48 Vgl. Sören Eden/Henry Marx/Ulrike Schulz: Ganz normale Verwaltungen? Methodische Überlegungen zum Verhältnis von Individuum und Organisation am Beispiel des Reichsarbeitsministeriums 1919 bis 1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 66 (2018), S. 487–520, hier S. 498–503, 519; Kühl, Organisationen, S. 47f.

49 Beer, Symbolische Politik, S. 315.

setzungen für die Vertriebenenintegration hin, worin sich die Charakterisierung des Ministeriums als einer von mehreren Knotenpunkten in diesem Politikfeld wohl am deutlichsten spiegelt. Zwei Spielarten dieses Netzwerkhandelns ragen hervor: erstens, um gesamtgesellschaftlich entsprechende Bedingungen zu schaffen, wofür die Kirchen in Westdeutschland ein bundesweites Multiplikationsnetzwerk boten. Zentral für dieses Zusammenwirken waren die „mehrfachengagierten“ Vertreter des BMVt, die zwischen der staatlichen und kirchlichen Bürokratie als Mittler fungierten. Zum einen überführten sie die Ansinnen des BMVt dann in die kirchlichen Strukturen, wenn das Ministerium selbst ob seiner institutionellen Schwäche und geringen Ausstattung auf entsprechende Reichweite angewiesen war. Zum anderen war es diesen Mehrfachengagierten möglich, vor allem unpopuläre politische Entscheidungen zur Vertriebenenintegration in einen christlichen Ordnungsrahmen kleiden zu lassen – und mit dem Segen der Kirche eine zusätzliche Legitimationsquelle des eigenen Handelns anzuzapfen.

Die zweite Spielart zielte auf das Zentrum legislativer Entscheidungen in Westdeutschland, den Bundestag und seine Ausschüsse. Die Vertriebenengesetzgebung war eben keine randständige Angelegenheit; sie zielte auf einen wesentlichen Teil der westdeutschen Bevölkerung und hatte Auswirkungen auf das gesamte sozialstaatliche Gefüge. Eben deshalb war die Vertriebenenintegration ein Politikfeld, das quer zu etablierten Strukturen stand, in denen demokratische Systeme Entscheidungsprozesse verarbeiten – Parteien, Verbände, Regierung, Opposition, Ressorts. Eine dauerhafte Allianz zwischen Ministerium und Vertriebenenorganisationen konnte es deswegen nicht geben. Aus dieser historischen Spezifik ergibt sich die Relevanz des Ministeriums in der Geschichte der Vertriebenenintegration: Mit seiner Position zwischen allen Akteuren musste es seinem Auftrag gerecht werden. Die Netzwerke, die es dazu entfaltete und nutzte, trugen dazu bei, eine der historischen Herausforderungen der westdeutschen Nachkriegszeit zu bewältigen.

Mitarbeiterverzeichnis

Prof. Pertti Ahonen

Department of History and Ethnology, University of Jyväskylä, Finland
pertti.t.ahonen@jyu.fi

Dr. habil. Mathias Beer

Eberhard Karls Universität, Tübingen
mathias.beer@uni-tuebingen.de

Apl. Prof. Dr. Dr. Rainer Bendel

Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft katholischer Vertriebenenorganisationen
in der Diözese Rottenburg-Stuttgart
bendel.rainer@t-online.de

Dr. Wolfgang Fischer

Director for Operations, Projects and Policy beim Applied AI Institute for Europe,
München
wolfgang.fischer@geschichte-schreiben.net

Dr. K. Erik Franzen

Kollegforschungsgruppe „Universalismus und Partikularismus in der europäischen
Zeitgeschichte“, LMU/Collegium Carolinum, München
erik.franzen@collegium-carolinum.de

Robert Pech, M.A.

Doktorand und Mitarbeiter am Institut für Kirchen- und Kulturgeschichte der Deutschen
in Ostmittel- und Südosteuropa e. V.
bertpech@yahoo.com

Dr. Jan Ruhkopf

Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Stuttgart
ruhkopf@stiftung-heuss-haus.de

Prof. Dr. Michael Schwartz

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin / Universität Münster
schwartz@ifz-muenchen.de

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
ADL	Archiv des deutschen Liberalismus, Friedrich-Naumann-Stiftung, Gummersbach
ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin
ACSP	Archiv für Christlich-Soziale Politik, Hanns-Seidel-Stiftung, München
AIdGL	Archiv des Instituts für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde
AKVO	Arbeitsgemeinschaft der katholischen Vertriebenenorganisationen
ASV	Adalbert Stifter Verein
BArch	Bundesarchiv
BDKJ	Bund der Deutschen Katholischen Jugend
BDO	Bund Deutscher Osten
BdV	Bund der Vertriebenen
BFG	Bundesfeststellungsgesetz
BGBI	Bundesgesetzblatt
BHE	Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BK	Bundeskanzler
BKAmt	Bundeskanzleramt
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMG	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen
BMI	Bundesministerium des Innern
BMVt	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte
BPA	Bundespresseamt
BRH	Bundesrechnungshof
BT	Bundestag
BvD	Bund der vertriebenen Deutschen
BVFG	Bundesvertriebenengesetz / Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
CC	Collegium Carolinum
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich Soziale Union
CV	Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DAR	Diözesanarchiv Rottenburg
DCSVP	Christlich-Soziale Volkspartei in der Tschechoslowakei
DCV	Deutsche Christlich-Soziale Volkspartei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DG	Deutsche Gemeinschaft

DNSAP	Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (Österreich)
DOK	Gesamtdokumentation
DP	Deutsche Partei
DPs	Displaced Persons
DRP	Deutsche Reichspartei
DSAP	Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik
DVP	Deutsche Volkspartei
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
EU	Europäische Union
EZA	Evangelisches Zentralarchiv
FDP	Freie Demokratische Partei
GB/BHE	Gesamtdeutscher Bund/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten
GDP	Gesamtdeutsche Partei
GPD	Gesamtdeutsche Partei Deutschlands
GSF	Gesamtverband der Sowjetzonenflüchtlinge
Hiko	Hilfskomitee
HJ	Hitlerjugend
HKdS	Historische Kommission für die Sudetenländer
HSTAS	Hauptstaatsarchiv Stuttgart
IfZ	Institut für Zeitgeschichte, München
IWO	Informationsdienst West-Ost
KB	Kameradschaftsbund
KfZG	Archiv der Kommission für Zeitgeschichte Bonn
KvD	Kulturwerk der vertriebenen Deutschen
KZ	Konzentrationslager
LAG	Lastenausgleichsgesetz
LDP	Liberal Demokratische Partei Deutschlands
LVON	Landesverband Oder-Neiße
MdB	Mitglied des Bundestags
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
MdL	Mitglied des Landtages
MdR	Mitglied des Reichstages
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NL	Nachlass
NLA	National-Liberale Aktion
NLP	Niedersächsische Landespartei
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NSDAP	Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei
NSRB	Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
NYT	New York Times
OKA	Ostkirchenausschuss
OKH	Oberkommando des Heeres

OKR	Ostdeutscher Kulturrat
ParlA	Parlamentsarchiv
Pg	Parteigenosse
RKA	Reichsverband des katholischen Deutschtums im Ausland
SA	Sturmabteilung
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SD	Sicherheitsdienst des Reichsführers SS
SdP	Sudetendeutsche Partei
SHF	Sudetendeutsche Heimatfront
SL	Sudetendeutsche Landsmannschaft
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Sturmstaffel
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Sten.Ber.	Stenographische Berichte
UA	Unterausschuss
UdA	Union der Ausgewiesenen
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UdV	Union der Vertriebenen
UdVF	Union der Vertriebenen und Flüchtlinge/Vereinigung der Ost- und Mitteldeutschen
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNICEF	United Nations Children's Fund
VdL	Verband der Landsmannschaften
Verbaost	Bund der verdrängten Beamten im Deutschen Beamtenbund
VLS	Vereinigte Landsmannschaften der Sowjetzone
VOL	Vereinigte Ostdeutsche Landsmannschaften
VoMi	Volksdeutsche Mittelstelle
WEU	Westeuropäische Union
WP	Wahlperiode
ZdK	Zentralkomitee der deutschen Katholiken
WAF	Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung
ZvD	Zentralverband der vertriebenen Deutschen
ZVF	Zentralverband der Fliegergeschädigten

Archivverzeichnis

Archiv der Kommission für Zeitgeschichte, Bonn (KfZG)

Akten Königstein
19, 20, 417, 723, 1190, 2414

Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (AdsD)

Akten
Bestand Erich Ollenhauer
Parteivorstand, Alter Bestand, 1574 B
Parteivorstand, Alter Bestand: 04335
Präsidiums-Protokolle, April–Juli 1965
PV-Protokolle 1954/12
SPD-Bundestagsfraktion, 4. WP, 327
SPD-Bundestagsfraktion, 4. WP, 328
SPD-Bundestagsfraktion, 4. WP, 352

Nachlässe
NL Wenzel Jaksch
NL Ernst Paul
Seliger-Gemeinde
NL Richard Reitzner
NL Roman Wirkner

Archiv des Instituts für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde, Tübingen (AIdGL)

NL Franz Hamm

Archiv des Liberalismus, Gummersbach (AdL)

Akten:
A 12
A 13
A 040

Nachlässe
A 26 (Erich Mende)
A 31 (Erich Mende)
A 40 (Wolfgang Mischnick)
A 41 (Wolfgang Mischnick)

Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin (ACDP)

Akten

01-001-046/3; 01-070-007/2; 01-070-017/2; 01-094-021/2; 01-294-070/1; 01-294-074/1; 01-377-04/2; 01-377-04-3; 01-377-04/5; 01-377-05/2; 01-377-044/3; 01-377-06/5; 01-377-09/4; 01-377-09/7; 01-377-11/1; 01-377-11/3; 01-377-12/4; 01-377-16/1; 01-377-28/1; 01-378-004/1; 01-378-008/2; 01-518-015/2; 07-001-3440; 07-004-049/4; 07-004-406/2; 08-001-A-1, 1006/2; 08-001-A-1, 1006/4; 08-001-A-1, 1007/1

Pressesammlung, Ministerien/Vertriebenenministerium

Nachlässe

01-148 (Hans-Joachim von Merkatz)
01-164 (Hans Krüger)
01-202 (Ernst Kuntscher)
01-269 (Erich Mende)
01-280 (Ernst Lemmer)
01-291 (Herbert Czaja)
01-294 (Johann Baptist Gradl)
01-377 (Linus Kather)
002/4 (Ernst Theodor Eichelbaum)

Archiv für Christlich-Soziale Politik, München (ACSP)

Nachlässe

Josef Müller
Hans Schütz

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München (BayHStA)

523 Landesflüchtlingsverwaltung
2174 MArbLaFlü
68815 MK

Sudetendeutsches Archiv (SdA)

Kanzlei des Sprechers, Sammelakt 1949–1967
NL Lodgman von Auen 1948–1954
NL Walter Becher 150
Sprecherregistratur BIX/48

Bundesarchiv (BArch)

Bundesarchiv, Bestandsgruppe Bundesrepublik Deutschland

Akten

B 106 (Bundesinnenministerium)
B 136 (Bundeskanzleramt)
B 145 (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung)
B 150 (Bundesvertriebenenministerium)
B 150-ORG (Bundesvertriebenenministerium)
B 162 (Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen)
B 190 (Deutsche Stiftung für europäische Friedensfragen e.V.)
B 234 (Bund der Vertriebenen)
Pers 101 (Personalakten von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes)

Nachlässe

N 114 (Ferdinand Friedensburg)
N 178 (Hans-Christoph Seebohm)
N 1018 (Jakob Kaiser)
N 1157 (Georg Baron von Manteuffel-Szoegel)
N 1267 (Waldemar Kraft)
N 1412 (Axel de Vries)

Bundesarchiv, Bestandsgruppe Deutsches Reich

R 31 (Der Kuratur der deutschen wissenschaftlichen Hochschulen in Prag und Kommissar der geschlossenen tschechischen Hochschulen)

Bundesarchiv, Bestandsgruppe Lastenausgleich

OSTDOK 20/100

Bundesarchiv, Bestandsgruppe Stasi-Unterlagen-Archiv

Archiv der Zentralstelle, MfS ZAIG Nr. 9708, Teil 2

Diözesanarchiv Rottenburg (DAR)

G 1.1 Nr. A 17.4
G 1.6 Nr. 58

Evangelisches Zentralarchiv, Berlin (EZA)

2/2140; 2/2141; 2/4250; 2/4251; 2/4254; 2/4257; 2/4292; 2/4293; 2/4294; 2/4295; 2/4297
17/52; 17/57; 17/560; 17/790; 17/793; 17/797; 17/946; 87/127; 87/130; 87/131; 87/132; 87/133; 87/134;
87/136; 87/137; 87/575; 632/2; 632/7; 632/32; 742/481; 742/492

Institut für Zeitgeschichte, München (IfZ)

ED 720/48

Landesarchiv Baden-Württemberg

Abt. Generallandesarchiv Karlsruhe (GLAK)

NL Karl Bartunek

Abt. Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HSTAS)

EA 1/106 Bü 1319

Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages Berlin (BT ParlA)

Gesetzesdokumentationen (DOK)

Erste Wahlperiode: DOK I 289, Bde. A 1–2 (Feststellungsgesetz), DOK I 332, Bde. A 1–5, B 1–9 (LAG), DOK I 388, Bd. A (Änderung LAG), DOK I 422, Bde. A 1–4, B 1–2 (BVFG), DOK I 460, Bd. A (2. Änderung LAG), DOK I 461, Bd. A (3. Änderung LAG)

Zweite Wahlperiode: DOK II 44, Bd. A (1. Änderung BVFG), DOK II 143, Bde. A, B (4. Änderung LAG), DOK II 171, Bd. A (5. Änderung LAG), DOK II 240, Bd. A (6. Änderung LAG), DOK II 252, Bd. A (7. Änderung LAG), DOK II 443, Bde. A 1–2, B 1–2 (8. Änderung LAG), DOK II 472, Bde. A, B (2. Änderung BVFG)

Dritte Wahlperiode: DOK III 24, Bd. A (9. Änderung LAG), DOK III 124, Bd. A (10. Änderung LAG), DOK III 125, Bd. A (11. Änderung LAG), DOK III 224, Bd. A (12. Änderung LAG), DOK III 226, Bd. A (LA-EG-Saar), DOK III 286, Bd. A (13. Änderung LAG), DOK III 344, Bd. A (14. Änderung LAG), DOK III 348, Bd. A (3. Änderung BVFG), DOK III 391, Bd. A (15. Änderung LAG), DOK III 420, Bd. A (4. Änderung BVFG)

Vierte Wahlperiode: DOK IV 91, Bd. A (16. Änderung LAG), DOK IV 219, Bd. A (5. Änderung BVFG), DOK IV 222, Bd. A (17. Änderung LAG), DOK IV 311, Bd. A (Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz), DOK IV 334, Bd. A (Gesetz über Hilfsmaßnahmen für Deutsche aus der SBZ und dem sowjetisch besetzten Sektor vom Berlin), DOK IV 386, Bd. A (18. Änderung LAG)

Fünfte Wahlperiode: DOK V 89, Bd. A (19. Änderung LAG), DOK V 223, Bd. A (20. Änderung LAG), DOK V 398, Bd. A (21. Änderung LAG), DOK V 421, Bd. A (22. Änderung LAG)

Ausschussprotokolle

3105: Ausschuss für gesamtdeutsche Fragen, 1. Wahlperiode, Ausschuss für Gesamtdeutsche und Berliner Fragen, 2.–5. Wahlperiode

3106: Haushaltsausschuss 1.–5. Wahlperiode

3107: Ausschuss für den Lastenausgleich, 1.–4. Wahlperiode

3113: Ausschuss für Heimatvertriebene, 1.–4. Wahlperiode, Ausschuss für Angelegenheiten der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, 5. Wahlperiode, Ausschuss für Kriegs- und Verfolgungsschäden, 5. Wahlperiode

Ausschuss für Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten; ab Juni 1953: Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten (1. WP), Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten (2.–4. WP), Auswärtiger Ausschuss (5. WP).

Niedersächsisches Landesarchiv, Abt. Hannover (NLA HA)

Nds. 380 Acc. 165/97 Nr. 21, BdV Niedersachsen

Literaturverzeichnis

Gedruckte Quellen

Editionen

- Adenauer, Konrad/Heuss, Theodor: Unter vier Augen. Gespräche aus den Gründerjahren, 1949–1959. Bearb. v. Hans Peter Mensing. Berlin 1999.
- Adenauer. „Wir haben wirklich etwas geschaffen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957. Bearb. v. Günter Buchstab. Düsseldorf 1990.
- Adenauer. Briefe 1951–1953. Bearb. v. Hans Peter Mensing. Berlin 1987.
- Adenauer. Teegespräche. Bd. 3. 1959–1961. Bearb. v. Hanns-Jürgen Küsters (Hrsg.). Berlin 1988.
- Adenauer: „Es musste alles neu gemacht werden.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes, 1950–1953. Bearb. v. Günter Buchstab. Stuttgart 1986.
- Adenauer: „Um den Frieden zu gewinnen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961. Bearb. v. Günter Buchstab. Düsseldorf 1994.
- Akten deutscher Bischöfe seit 1945. Westliche Besatzungszonen und Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1948/49. Bearb. v. Annette Mertens. Paderborn u. a. 2010.
- Bundestag Stenographische Berichte, Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte. Bonn 1949ff.
- Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1953–1957. Bearb. v. Wolfgang Hölscher. 2 Halbbde. Düsseldorf 2002.
- Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1957–1961. Bearb. v. Joachim Wintzer u. a. 2 Halbbde. Düsseldorf 2003.
- Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1961–1965. Bearb. v. Wolfgang Hölscher. 2 Halbbde. Düsseldorf 2004.
- Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1965–1969. Bearb. v. Joachim Wintzer u. a. 2 Halbbde. Düsseldorf 2006.
- Der Gesamtdeutsche Ausschuss. Sitzungsprotokolle des Ausschusses für Gesamtdeutsche Fragen des Deutschen Bundestages 1949–1953. Bearb. v. Andreas Biefang. Düsseldorf 1998.
- Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949–1953. Bearb. v. Helge Heidemeyer. Düsseldorf 1998.
- Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1953–1957. Bearb. v. Helge Heidemeyer. 2 Halbbde. Düsseldorf 2003.
- Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1957–1961. Bearb. v. Reinhard Schiffers. 2 Halbbde. Düsseldorf 2004.
- Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961–1966. Bearb. v. Corinna Franz. 3 Teilbände. Düsseldorf 2004.
- Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1966–1969. Eingeleitet und bearb. v. Stefan Marx. Düsseldorf 2011.
- Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949–1972. Eingeleitet von Andreas Zellhuber. Bearb. v. Andreas Zellhuber/Tim B. Peters. Düsseldorf 2011.
- Die FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949–1969. Bearb. v. Volker Stalmann. Düsseldorf 2017.

- Die Kabinettsprotokolle der Hannoverschen und der Niedersächsischen Landesregierung 1946 bis 1951. Teilbd. 2. Eingeleitet und bearb. v. Teresa Nentwig. Hannover 2012.
- Die Lastenausgleichsgesetze. Dokumente zur Entwicklung des Gedankens, der Gesetzgebung und der Durchführung. 6 Bde. Hrsg. v. Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Bonn 1962–1991.
- Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1957–1961. Bearb. v. Günter Buchstab. Düsseldorf 1994.
- Die Protokolle des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Bd. 1. 1945/46. Bearb. v. Carsten Nicolaisen/Nora Andrea Schulze. Göttingen 1995.
- Die Protokolle des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Bd. 3. 1949. Bearb. v. Karl-Heinz Fix. Göttingen 2006.
- Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949–1957. Bearb. v. Petra Weber. 2 Halbbde. Düsseldorf 1993.
- Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1957–1961. Bearb. v. Wolfgang Hölscher. Düsseldorf 1993.
- Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961–1966. Bearb. v. Heinrich Potthoff. 2 Halbbde. Düsseldorf 1993.
- Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1966–1969. Bearb. v. Bettina Tüffers. Düsseldorf 2009.
- Dokumente deutscher Kriegsschäden. Evakuierte, Kriegsgeschädigte, Währungsgeschädigte. Hrsg. v. Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. 4 Bde., 2 Beihefte. Bonn 1958–1964.
- Dokumente zur Deutschlandpolitik. 47 Bde. Hrsg. v. Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen bzw. für Innerdeutsche Beziehungen. Bearb. v. Ernst Deuerlein u. a. Frankfurt a. M. 1961ff.
- Dokumente zur Sudetendeutschen Frage 1916–1967. Hrsg. v. Ernst Nittner im Auftrag der Ackermann-Gemeinde. München 1967.
- Dokumente zur Sudetenfrage. Hrsg. v. Fritz Peter Habel. München 1984.
- Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. 5 Bde. Hrsg. v. Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Berlin, Düsseldorf 1954–1962. Ndr. München 1984, Augsburg 1995.
- Erklärungen zur Deutschlandpolitik. Eine Dokumentation von Stellungnahmen, Reden und Entschlüssen des Bundes der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände. Teil I 1949–1972. Bearb. v. Werner Blumenthal und Bardo Faßbender. Bonn 1984. Teil II 1973–1978. Bearb. v. Werner Blumenthal. Bonn 1986. Teil III 1979–1986. Bearb. v. Werner Blumenthal. Bonn 1987.
- Hirtenbriefe und Ansprachen zu Gesellschaft und Politik 1945–1949. Bearb. v. Wolfgang Löhr. Würzburg 1985. Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Hrsg. v. Bundesarchiv, online <https://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/index.html?msclid=865f7796a86411ec95398fd602231a4a>.
- Hüllbüsch, Ursula/Trump, Thomas: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Bd. 7. Boppard am Rhein 1954.
- Mensing, Hans Peter (Bearb.): Adenauer. Briefe 1945–1947. Berlin 1983.

Tagebücher und Memoiren

- Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. 16 Bde. Hrsg. v. Deutschen Bundestag. Boppard am Rhein 1982ff.
- Becher, Walter: Zeitzeuge. Ein Lebensbericht. München 1990.
- Brand, Walter: Auf verlorenem Posten. Ein sudetendeutscher Politiker im Spannungsfeld zwischen Autonomie und Anschluß. München 1985.
- Czaja, Herbert: Unterwegs zum kleinsten Deutschland? Mangel an Solidarität mit den Vertriebenen. Marginalien zu 50 Jahren Ostpolitik. Frankfurt a. M. 1996.

- Diehl, Günter: Zwischen Politik und Presse. Bonner Erinnerungen 1949–1969. Frankfurt a. M. 1994.
- Döpfner, Julius Kardinal: Konzilstagebücher, Briefe und Notizen zum Zweiten Vatikanischen Konzil. Bearb. v. Guido Treffler. Regensburg 2006.
- Genscher, Hans-Dietrich: Erinnerungen. Berlin 1995.
- Hupka, Herbert: Unruhiges Gewissen. Ein deutscher Lebenslauf. Erinnerungen. München 1994.
- Jaksch, Wenzel: Europas Weg nach Potsdam. Schuld und Schicksal im Donauraum. München 1990.
- Kather, Linus: Die Entmachtung der Vertriebenen. 2 Bde. München, Wien 1964, 1965.
- Kather, Linus: Halali in Ostpreußen. Erinnerung an ein geraubtes Land. Vaduz 1998.
- Kather, Linus: Von Rechts wegen? Prozesse. Esslingen 1982.
- Krone, Heinrich: Tagebücher. Bearb. v. Hans-Otto Kleinmann. 2 Bde. Düsseldorf 1995, 2003.
- Lemmer, Ernst: Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten. Frankfurt a.M. 1968.
- Nahm, Peter Paul: ... doch das Leben ging weiter. Skizzen zur Lage, Haltung und Leistung der Vertriebenen, Flüchtlinge und Eingessenen nach der Stunde Null. Köln. Berlin 1971.
- Nittner, Ernst: Othmar Spann und die Sudetendeutschen. Erinnerung aus aktuellem Anlaß. Flintsbach 1981.
- Rakette, Egon H.: Im Zwiespalt der Zeit. Unter Literaten und Präsidenten. Erlebnisse, Erfahrungen, Ansichten aus fünfundsiebzig Jahren. Heidenheim 1985.
- Reitzner, Almar: Das Paradies läßt auf sich warten. München 1984.
- Sulzberger, Cyrus L.: A Long Row of Candles. Memoirs and Diaries (1934–1954). New York 1969.
- Sulzberger, Cyrus L.: An Age of Mediocrity Memoirs and Diaries 1963–1972. New York 1973.
- Wilpert, Friedrich von: Einer in fünf Zeitaltern. Meilensteine an einem wechselvollen Lebenswege. Bonn-Bad Godesberg 1977.
- Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951–1953. Bearb. v. Klaus Gotto. Düsseldorf 1989.

Literatur

- Abelshauser, Werner: Der Lastenausgleich und die Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge – Eine Skizze, in: Schulze, Rainer/Brelie-Lewien, Doris von der/Grebing, Helga (Hrsg.): Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Bilanzierung der Forschung und Perspektiven für die künftige Forschungsarbeit. Hildesheim 1987, S. 229–238.
- Abgeordnete in Niedersachsen 1946–1994. Biographisches Handbuch. Hrsg. v. Präsidenten des Niedersächsischen Landtages. Hannover 1996.
- Abmeier, Hans-Ludwig: Hans Lukaschek, in: Neubach, Helmut/Petry, Ludwig (Hrsg.): Schlesische Lebensbilder. Bd. 5. Würzburg 1968, S. 228–236.
- Abmeier, Hans-Ludwig: Die Rolle von Hans Lukaschek im deutschen Widerstand, in: Bosse, Lothar u. a. (Hrsg.): Nationalsozialismus und Widerstand in Schlesien. Sigmaringen 1989, S. 159–176.
- Abmeier, Hans-Ludwig: Hans Lukaschek, in: Kempf, Udo/Merz, Hans-Georg (Hrsg.): Kanzler und Minister 1949–1998. Biographisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen. Wiesbaden 2001, S. 459–461.
- Ackermann, Volker: Integration. Leitbilder, Begriff, Probleme, in: Beer, Mathias (Hrsg.): Zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen im deutschen Südwesten nach 1945. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung. Sigmaringen 1994, S. 11–26.
- Ackermann, Volker: Der „echte“ Flüchtling. Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR 1945–1961. Osnabrück 1995.
- Adam, Alfred: Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Bonn 1971.
- Ahonen, Pertti: After the Expulsion. West Germany and Eastern Europe 1945–1990. Oxford 2003.
- Ahonen, Pertti: Domestic Constraints on West German Ostpolitik. The Role of the Expellee Organizations in the Adenauer Era, in: Central European History 1–2 (1998), S. 31–63.

- Aly, Götz/Heim, Susanne: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung. Hamburg 1991.
- Amos, Heike: Vertriebenenverbände im Fadenkreuz. Aktivitäten der DDR-Staatssicherheit 1949 bis 1989. München 2011.
- Amos, Heike: Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990. München 2009.
- Amos, Heike u. a.: Das deutsche Verkehrswesen. Kontinuitäten und Transformationen zwischen NS-Staat, Bundesrepublik und DDR. Ein Forschungsprojekt des Instituts für Zeitgeschichte, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 70 (222), H. 2, S. 421–430.
- Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages. 2.–19. Wahlperiode. Bonn 1953–2018.
- Angrick, Andrej: Besatzungspolitik und Massenmord. Die Einsatzgruppe D in der südlichen Sowjetunion 1941–1943. Hamburg 2003.
- Anzenbacher, Arno: Christliche Sozialethik. Einführung und Prinzipien. Paderborn u. a. 1998.
- Aspetsberger, Friedbert: Arnolt Bronnen. Biographie. Wien u. a. 1995.
- Aubele, Katharina: Vertriebene Frauen in der Bundesrepublik Deutschland. Engagement in Kirchen, Verbänden und Parteien 1945–1970. München 2018.
- Bachstein, Martin K.: Jaksch, Wenzel, in: Neue Deutsche Biographie 10 (1974), S. 326f. Online unter: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd118556827.html#ndbcontent> (16.11.2024).
- Bachstein, Martin K.: Wenzel Jaksch und die sudetendeutsche Sozialdemokratie. München u. a. 1974.
- Bade, Klaus J.: Historische Migrationsforschung, in: Historical Social Research. Supplement 30 (2018), S. 206–226.
- Bade, Klaus J.: Sozialhistorische Migrationsforschung. Gesammelte Aufsätze. Hrsg. v. Michael Bommers/Jochen Oltmer. Göttingen 2004.
- Baldow, Beate: Episode oder Gefahr? Die Naumann-Affäre. Diss. FU Berlin 2012.
- Balling, Mads Ole: Von Reval bis Bukarest. Statistisch-Biographisches Handbuch der Parlamentarier der deutschen Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa. 2 Bde. Kopenhagen 1991.
- Bauer, Franz J.: Der Hauptausschuss der Flüchtlinge und Ausgewiesenen. Akteur und Instrument einer Flüchtlingspolitik, in: Prinz, Friedrich (Hrsg.): Integration und Neubeginn. Dokumentation über die Leistung des Freistaats Bayern und des Bundes zur Eingliederung der Wirtschaftsbetriebe der Vertriebenen und Flüchtlinge und deren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. München 1984, S. 97–112.
- Bauer, Franz J.: Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945–1949. München 1982.
- Bauerkämper, Arnd: Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene aus Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa in Deutschland und Österreich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, in: Bade, Klaus J. u. a. (Hrsg.): Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. München 2007, S. 477–485.
- Bayerisches Staatsministerium des Innern, Der Staatskommissar für das Flüchtlingswesen: Amtliches Zahlenmaterial zum Flüchtlingsproblem in Bayern. Statistischer Informationsdienst. Bearb. v. Martin Kornumpf. München 1947.
- Bayerisches Staatsministerium des Innern, Der Staatssekretär für das Flüchtlingswesen: Dritter Jahresbericht über die Tätigkeit der Bayerischen Flüchtlingsverwaltung. München, Januar 1949.
- Beer, Mathias: Die Hilfsstelle für Donauschwaben. Zum Verhältnis von weltlichen und kirchlichen Selbsthilfeinitiativen bei der Entstehung der Hilfskomitees, in: Kirche im Osten. Studien zur osteuropäischen Kirchengeschichte und Kirchenkunde 39 (1996), S. 49–69.
- Beer, Mathias: Flüchtlinge, Ausgewiesene, Neubürger, Heimatvertriebene. Flüchtlingspolitik und Flüchtlingsintegration in Deutschland nach 1945, begriffsgeschichtlich betrachtet, in: Ders./Kintzinger, Martin/Krauss, Marita (Hrsg.): Migration und Integration. Aufnahme und Eingliederung im historischen Wandel. Stuttgart 1997, S. 145–167.
- Beer, Mathias: Im Spannungsfeld von Politik und Zeitgeschichte. Das Großforschungsprojekt „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 46 (1998), S. 345–389.

- Beer, Mathias: Die Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. Hintergründe – Entstehung – Ergebnis – Wirkung, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 50 (1999), S. 99–117.
- Beer, Mathias: Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa und die politisch-administrative Elite der Bundesrepublik. Ein Problemaufriss, in: Schulz, Günther (Hrsg.): *Vertriebene Eliten. Vertreibung und Verfolgung von Führungsschichten im 20. Jahrhundert*. München 2001, S. 199–227.
- Beer, Mathias: Theodor Oberländer, in: Kempf, Udo/Merz, Hans-Georg (Hrsg.): *Kanzler und Minister 1949–1998. Biografisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen*. Wiesbaden 2001, S. 515–521.
- Beer, Mathias: Umsiedlung, Flucht und Vertreibung der Deutschen als internationales Problem: Zur Geschichte eines europäischen Irrwegs. Stuttgart 2002.
- Beer, Mathias: Symbolische Politik? Entstehung, Aufbau und Funktion des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, in: Oltmer, Jochen (Hrsg.): *Migration steuern und verwalten. Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. Göttingen 2003, S. 295–322.
- Beer, Mathias: Die Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (1953–1962). Ein Seismograph bundesdeutscher Erinnerungskultur, in: Gauger, Jörg-Dieter/Kittel, Manfred (Hrsg.): *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten in der Erinnerungskultur*. Sankt Augustin 2005, S. 17–35.
- Beer, Mathias: Die Landesstelle Schlesien für Nachkriegsgeschichte 1934 bis 1945. Geschichte und Politik im Lichte neuer Aktenfunde, in: Weber, Matthias/Rabe, Carsten (Hrsg.): *Silesiographia. Stand und Perspektiven der historischen Schlesienforschung. Festschrift für Norbert Conrads zum 60. Geburtstag*. Würzburg 1998, S. 119–144.
- Beer, Mathias: Verschlussache, Raubdruck, autorisierte Fassung. Aspekte der politischen Auseinandersetzung mit Flucht und Vertreibung in der Bundesrepublik Deutschland (1949–1989), in: Cornelißen, Christoph/Holec, Roman/Pešek, Jiří (Hrsg.): *Diktatur-Krieg-Vertreibung. Erinnerungskulturen in Tschechien, der Slowakei und Deutschland seit 1945*. Essen 2005, S. 369–401.
- Beer, Mathias: Die deutsche Nachkriegsgeschichte als Lagergeschichte. Zur Funktion von Flüchtlingslagern im Prozess der Eingliederung, in: Bispinck, Henrik/Hochmuth, Katharina (Hrsg.): *Flüchtlingslager im Nachkriegsdeutschland. Migration, Politik, Erinnerung*. Berlin 2014, S. 47–71.
- Beer, Mathias: Flucht und Vertreibung der Deutschen. Voraussetzungen, Verlauf, Folgen. München 2011, 2024.
- Beer, Mathias: Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen. Erinnerung und Ereignis. In: *Baden-württembergische Erinnerungsorte*. Hrsg. v. Reinhold Weber/Peter Steinbach/Hans-Georg Wehling. Stuttgart 2012, S. 510–523.
- Beer, Mathias/Güttler, Melanie/Ruhkopf, Jan: Behördenforschung und NS-Belastung. Vermessung eines Forschungsfeldes. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 68 (2020), H. 7/8, S. 632–651.
- Beer, Mathias: In search of a Usable Memory. The Politics of History and the Day of Commemoration for German Forced Migrants after the Second World War, in: Hansen, Randall u. a. (Hrsg.): *Authenticity and Victimhood after the Second World War. Narratives from Europe and East Asia*. Toronto/Buffalo/London 2021, S. 221–270.
- Beer, Mathias/Ruhkopf, Jan: Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (BMVt), in: *Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa*, 2024. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32862.
- Beer, Mathias: Die Flüchtlingsfrage in Deutschland nach 1945. Göttingen 2025.
- Behrend, Manfred: Franz Josef Strauß. Eine politische Biographie. Köln 1995.
- Bendel, Rainer: Aufbruch aus dem Glauben? Katholische Heimatvertriebene in den gesellschaftlichen Transformationen der Nachkriegsjahre 1945–1965. Köln/Weimar/Wien 2003.
- Bendel, Rainer: Pater Paulus Sladek. Menschlich und wissenschaftlich – Impulse der Vertriebenenseelsorge, in: *Sudetenland* 45 (2003), S. 386–400.
- Bendel, Rainer: Peter Paul Nahm (1901–1981), in: Hirschfeld, Michael/Gröger, Johannes/Marschall, Werner (Hrsg.): *Schlesische Kirche in Lebensbildern*. Bd. 7. Münster 2006, S. 227–231.

- Bendel, Rainer (Hrsg.): Die Fremde wird zur Heimat. Integration der Vertriebenen in der Diözese Rottenburg. Berlin, Münster 2008.
- Bendel, Rainer: Kirchliche Vergemeinschaftung bei den vertriebenen Sudetendeutschen, in: Schulze Wessel, Martin/Zückert, Martin (Hrsg.): Handbuch der Religions- und Kirchengeschichte der böhmischen Länder und Tschechiens im 20. Jahrhundert. München 2009, S. 815–874.
- Bendel, Rainer: Die katholische Kirche in Deutschland und die Vertriebenen. In: KZG 25 (2012), 86–118.
- Bendel, Rainer: Katholische Soziallehre und der Beitrag katholischer Vertriebener zur Sozialpolitik in den Anfängen der Bundesrepublik Deutschland, in: Holzbrecher, Sebastian/Müller, Torsten W. (Hrsg.): Kirchliches Leben im Wandel der Zeiten. Perspektiven und Beiträge der (mittel-)deutschen Kirchengeschichtsschreibung. Festschrift für Josef Pilvousek zum 65. Geburtstag, Würzburg 2013, 409–426.
- Bendel, Rainer: Hochschule und Priesterseminar Königstein. Ein Beitrag zur Vertriebenenseelsorge der katholischen Kirche. Köln/Weimar/Wien 2014.
- Bendel, Rainer: „Religiöse und völkische Erneuerung“ bei den Sudetendeutschen: Ideologische Grundlegung in der theologischen Reflexion, in: Ders./Pech, Robert/Spannenberger, Norbert (Hrsg.): Kirche und Gruppenbildungsprozesse deutscher Minderheiten in Ostmittel- und Südost-europa 1918–1933. Berlin 2015, S. 19–46.
- Bendel, Rainer/Karp, Hans-Jürgen: Bischof Maximilian Kaller 1880–1947. Seelsorger in den Herausforderungen des 20. Jahrhunderts. Münster 2017.
- Bendel, Rainer/Karp, Hans-Jürgen: „Jetzt wird das Reich neu gezimmert“. Maximilian Kaller (1880–1947) – Bischof von Ermland 1930–1947, in: Zumholz, Maria Anna/Hirschfeld, Michael (Hrsg.): Zwischen Seelsorge und Politik. Katholische Bischöfe in der NS-Zeit. Münster 2018, S. 107–130.
- Benz, Wolfgang (Hrsg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt a. M. 1985, 21995.
- Benzner, Bodo: Ministerialbürokratie und Interessengruppen. Eine empirische Analyse der personellen Verflechtung zwischen bundesstaatlicher Ministerialorganisation und gesellschaftlichen Gruppeninteressen in der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum 1949–1984. Baden-Baden 1989.
- Berning, Anita: Annie Vogl, in: Paleczek, Raimund (Hrsg.): Die Ackermann-Gemeinde. Integration und Dialog – sechs Jahrzehnte Friedensarbeit. München 2007.
- Beyers, Jürgen: Der Mann hinter Adenauer. Hans Globkes Aufstieg vom NS-Juristen zur Grauen Eminenz der Bonner Republik. Berlin 2009.
- Bewersdorf, Arne: Hans-Adolf Asbach. Eine Nachkriegskarriere. Vom Kreishauptmann zum Landes-sozialminister, in: Demokratische Geschichte. Jahrbuch für Schleswig-Holstein 19 (2008), S. 71–112.
- Beyme, Klaus von: Der Gesetzgeber. Der Bundestag als Entscheidungszentrum. Opladen 1997.
- Beyme, Klaus von: Hans-Joachim von Merkatz, in: Kempf, Udo/Merz, Hans-Georg (Hrsg.): Kanzler und Minister 1949–1998. Biografisches Lexikon der Bundesregierungen. Wiesbaden 2001, S. 477–480.
- Beyme, Klaus von: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung. Wiesbaden 102004.
- Biess, Frank: Introduction, in: Ders./Moeller, Robert G. (Hrsg.): Histories of the Aftermath. The Legacies of the Second World War in Europe. New York 2010, S. 1–10.
- Biogramme der Mitglieder der Historischen Kommission der Sudetenländer im Gründungsjahr 1954. Bearb. v. K. Erik Franzen/Helena Peřinová, in: Albrecht, Stefan/Malíř, Jiří/Melville, Ralph (Hrsg.): Die „sudetendeutsche Geschichtsschreibung“ 1918–1960. Zur Vorgeschichte und Gründung der Historischen Kommission der Sudetenländer. München 2008, S. 219–276.
- Biographisches Lexikon zur Geschichte der böhmischen Länder. Hrsg. v. Ferdinand Seibt/Hans Lemberg/Helmut Slapnicka. Bd. 3. München 2000.
- Die deutschen Bischöfe: Hirtenbrief über die „Katholische Aktion“, in: Hirtenbriefe und Ansprachen zu Gesellschaft und Politik 1945–1949. Bearb. v. Wolfgang Löhr. Würzburg 1985, S. 251–257.
- Bitzer, Eberhard: Heimatvertriebene unter einem Dach, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.12.1958.

- Blum, Sonja/Schubert, Klaus: Politikfeldanalyse. Eine Einführung. ³Wiesbaden 2018.
- Boehm, Max Hildebert: Gruppenbildung und Organisationswesen, in: Lemberg, Eugen/Edding, Friedrich (Hrsg.): Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluss auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben. Bd. 1. Kiel 1959, S. 521–605.
- Böhm, Anton: „Experten“-Regierung? Die Bundesminister sind keine Verbandsvertreter, in: Rheinischer Merkur, 04.11.1960.
- Bonn erwägt Auflösung des Flüchtlingsministeriums, in: Westdeutsche Allgemeine (Essen), 08.09.1953.
- Böhm, Johann: Die deutschen Volksgruppen im Unabhängigen Staat Kroatien und im serbischen Banat. Ihr Verhältnis zum Dritten Reich 1941–1944. Frankfurt a. M. u. a. 2012.
- Böke, Karin: Flüchtlinge und Vertriebene zwischen dem Recht auf die alte Heimat und der Eingliederung in die neue Heimat. Leitvokabeln der Flüchtlingspolitik, in: Dies./Liedke, Frank/Wengeler, Martin (Hrsg.): Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära. Berlin/New York 1996, S. 131–209.
- Bösch, Frank: Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg, Krise einer Erfolgspartei. Stuttgart 2001.
- Bösch, Frank: Die politische Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen und ihre Einbindung in die CDU, in: Schulze, Rainer (Hrsg.): Zwischen Heimat und Zuhause. Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in (West-)Deutschland 1945–2000. Osnabrück 2001, S. 107–125.
- Bösch, Frank/Wirsching Andreas: Erfahrene Männer. Das Personal der Innenministerien in Ost und West, in: Kreuzberger, Stefan/Geppert, Dominik (Hrsg.): Die Ämter und ihre Vergangenheit. Ministerien und Behörden im geteilten Deutschland 1949–1972. Paderborn 2018, S. 163–181.
- Bösch, Frank/Wirsching, Andreas: Die deutschen Innenministerien nach dem Nationalsozialismus. Eine Bilanz, in: Dies. (Hrsg.): Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus. Göttingen 2018, S. 729–749.
- Brandt, Harm-Hinrich/Stickler, Matthias (Hrsg.): „Der Burschen Herrlichkeit“. Geschichte und Gegenwart des deutschen Korporationswesens. Würzburg 1998.
- Braun, Gustav: Vater der Heimatvertriebenen, in: Prälat Dr. Franz Hartz zum Gedenken am 50. Jahrestage seiner hl. Priesterweihe. Hildesheim 1958.
- Braun, Gustav: Der Katholische Flüchtlingsrat in Deutschland, in: Lorenz, Franz (Hrsg.): Schicksal – Vertreibung. Aufbruch aus dem Glauben. Köln 1980, S. 323–327.
- Braun, Gustav: Zur kirchenrechtlichen Lage des heimatvertriebenen Klerus in Deutschland, in: Lorenz, Franz (Hrsg.): Schicksal – Vertreibung. Aufbruch aus dem Glauben. Köln 1980, S. 254–260.
- Braun, Jutta u. a. Das Kanzleramt. Bundesdeutsche Demokratie und NS-Vergangenheit, im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin und des Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschungen Potsdam. Hrsg. v. Johannes Hürter u. a. Göttingen 2025.
- Braunbuch Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Westberlin. Staat – Wirtschaft – Verwaltung – Armee – Justiz – Wissenschaft. Hrsg. v. Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschlands und dem Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung der DDR. Berlin (Ost) ³1968.
- Brües, Hans-Josef: Artikulation und Repräsentation politischer Verbandsinteressen, dargestellt am Beispiel der Vertriebenenorganisationen. Diss. Uni Köln 1972.
- Brügel, Johann Wolfgang: Ein unbekanntes Memorandum der sudetendeutschen „Deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei“ (DNSAP). Dokumentation, in: Zeitschrift für Ostforschung 26 (1977), S. 443–452.
- Brummack, Carl (Hrsg.): Die Unverlierbarkeit evangelischen Kirchentums aus dem Osten. Ertrag und Aufgaben des Dienstes an den vertriebenen evangelischen Ostkirchen. Ulm 1964.
- Brummack, Carl: Ostkirchenausschuß – Rückblick auf fast zwanzig Jahre, in: Ders. (Hrsg.): Die Unverlierbarkeit evangelischen Kirchentums aus dem Osten. Ertrag und Aufgaben des Dienstes an den vertriebenen evangelischen Ostkirchen. Ulm 1964, S. 40–96.
- Buchna, Kristian: Ein klerikales Jahrzehnt? Kirche, Konfession und Politik in der Bundesrepublik während der 1950er Jahre. Baden-Baden 2014.
- Buchstab, Günter: Nahm, Peter Paul, in: Neue Deutsche Biographie 18 (1997), S. 722. <https://www.deutsche-biographie.de/sfz67891.html> (09.03.2025).

- Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte: Vertriebene, Flüchtlinge, Kriegsgefangene, Heimatlose Ausländer 1949–1952. Bonn 1953.
- Bundesministerium für Finanzen (Hrsg.): Flüchtlingslasten und Verteidigungsbeitrag. Zwei sich ergänzende und begrenzende Belastungen. Bonn 1951.
- Die CDU gegen die Personalpolitik des Ministers Oberländer, in: Neue Zürcher Zeitung, 08.04.1954.
- Charta der deutschen Heimatvertriebenen vom 5. August 1950. <https://www.bund-der-vertriebenen.de/charta-auf-deutsch> (23.11.2024).
- Connor, Ian: Refugees and Expellees in Post-War Germany. Manchester/New York 2007.
- Conze, Eckart/Frei, Norbert/Hayes, Peter/Zimmermann, Moshe: Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik. München 2012.
- Cornelißen, Christoph: „Nur noch strenge Wissenschaftlichkeit“. Das Collegium Carolinum im Gründungsjahrzent (1955–1965), in: Brenner, Christiane u. a. (Hrsg.): Geschichtsschreibung zu den böhmischen Ländern. München 2006, S. 345–365.
- Creuzberger, Stefan: Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges 1949–1969. Düsseldorf 2008.
- Creuzberger, Stefan/Geppert, Dominik (Hrsg.): Die Ämter und ihre Vergangenheit. Ministerien und Behörden im geteilten Deutschland 1949–1972. Paderborn 2018.
- Czaja, Herbert: Clemens Riedel – Vertriebenenpolitiker im Bundestag, in: Bendel, Rainer (Hrsg.): 60 Jahre Heimatwerk schlesischer Katholiken. Münster 2019, S. 122–128.
- Czaja, Christine Maria (Hrsg.): Herbert Czaja. Anwalt für Menschenrechte. Bonn 2003.
- Danker, Uwe (Hrsg.): Geteilte Verstrickung. Elitenkontinuitäten in Schleswig-Holstein. Folgestudie. Geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der personellen und strukturellen Kontinuität nach 1945 in der schleswig-holsteinischen Legislative und Exekutive. Husum 2021.
- Dahrendorf, Ralf: Liberal und unabhängig. Gerd Bucerius und seine Zeit. München 2000.
- Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestags 1949 bis 1999. Bearb. v. Peter Schindler. 3 Bde. Baden-Baden 1999.
- Die deutschsprachige Presse. Ein biographisch-bibliographisches Handbuch. Bd. 1. A–L. Bearb. v. Bruno Jahn. München 2005.
- Diehl, Günter: Zwischen Politik und Presse. Bonner Erinnerungen 1949–1969. Frankfurt a. M. 1994.
- Dittberner, Jürgen: Parteien im Umbruch. Wandel der Parteienlandschaften in Deutschland und anderen Ländern, Berlin 2018.
- Dix, Oliver: Die Vertriebenenpolitik von Herbert Czaja im Deutschen Bundestag und im Gesamtverband Bund der Vertriebenen, in: Czaja, Christine Maria (Hrsg.): Herbert Czaja. Anwalt für Menschenrechte. Bonn 2003, S. 49–119.
- Döhler, Marian: Die politische Steuerung der Verwaltung. Eine empirische Studie über politisch-administrative Interaktionen auf der Bundesebene. Baden-Baden 2007.
- Döhler, Marian: Ministerialverwaltung und Interessengruppen. Neues und Vergessenes zu einem alten Thema, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 30 (2020), H. 1, S. 1–26.
- Doering-Manteuffel, Anselm: „Verzicht ist Verrat“. Beharrung und Wandel in den deutschlandpolitischen Vorstellungen der Bundestagsparteien 1949–1966, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 29 (1980), S. 120–130.
- Domes, Alfred (Hrsg.): Entspannung für Europa. Vorträge, gehalten auf einer Tagung des Cercle de Strasbourg in Bonn am 25. und 26. November 1970. Bonn u. a. 1971.
- Douglas, Ray M.: Ordnungsgemäße Überführung. Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg. München 2012.
- Dubiel, Helmut: Niemand ist frei von der Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestages. München 1999.
- Dunkmann, Karl: Der Kampf um Othmar Spann. Leipzig 1928.
- Düring, Marten/Eumann, Ulrich: Historische Netzwerkforschung. Ein neuer Ansatz in den Geschichtswissenschaften, in: Geschichte und Gesellschaft 3 (2013), S. 369–390.

- Düring, Marten/Keyserlingk, Linda von: Netzwerkanalyse in den Geschichtswissenschaften. Historische Netzwerkanalyse als Methode für die Erforschung historischer Prozesse, in: Akademia.edu, 2015. https://www.academia.edu/449150/Netzwerkanalyse_in_den_Geschichtswissenschaften._Historische_Netzwerkanalyse_als_Methode_f%C3%BCr_die_Erforschung_von_historischen_Prozessen (23.11.2024).
- Düring, Marten u. a. (Hrsg.): Handbuch Historische Netzwerkforschung. Grundlagen und Anwendungen. Berlin u. a. 2016.
- Eberl, Immo: Vertriebenenverbände: Entstehung, Funktion, Wandel, in: Beer, Mathias (Hrsg.): Zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen im deutschen Südwesten nach 1945. Ergebnisse der Tagung vom 11. und 12. November 1993 in Tübingen. Sigmaringen 1994, S. 211–234.
- Echtler, Ulrich: Einfluß und Macht in der Politik. Der beamtete Staatssekretär. München 1973.
- Eden, Sören/Marx, Henry/Schulz, Ulrike: Ganz normale Verwaltungen? Methodische Überlegungen zum Verhältnis von Individuum und Organisation am Beispiel des Reichsarbeitsministeriums 1919 bis 1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 66 (2018), S. 487–520.
- Ehrenforth, Werner: Bundesvertriebenengesetz vom 14. August 1957. Kommentar. Berlin/Frankfurt a. M. 1959.
- Eibl, Franz: Politik der Bewegung. Gerhard Schröder als Außenminister 1961–1966. München 2001.
- Eichmüller, Andreas: Die Landwirtschaft und der Lastenausgleich, in: Erker, Paul (Hrsg.): Rechnung für Hitlers Kriegs. Aspekte und Probleme des Lastenausgleichs. Heidelberg 2004, S. 111–140.
- Die Eichstätt Adverts-Deklaration. Grundsätze einer sudetendeutschen Europapolitik, in: Vier Dokumente zur außenpolitischen Lage der Sudetendeutschen. O. O., o. J.
- Die Eingliederung der Flüchtlinge in die deutsche Gemeinschaft. Bericht der ECA Technical Assistance Commission für die Eingliederung der Flüchtlinge in die deutsche Bundesrepublik. Dem Bundeskanzler am 21. März 1951 überreicht. Bonn 1951.
- Ellmann, Michaela: Hans Lukaschek im Kreisauer Kreis. Verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Beiträge zu den Plänen des Kreisauer Kreises für einen Neuaufbau Deutschlands. Paderborn u. a. 2000.
- Ellwein, Thomas: Zum Problem der Flüchtlingsverwaltung, in: Schulze, Rainer/Brelie-Lewien, Doris von der/Grebing, Helga (Hrsg.): Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte, S. 207–215.
- Elon, Amos: In einem heimgesuchten Land. Reise eines israelischen Journalisten in beide deutsche Staaten. München 1966.
- Elzer, Herbert: Versöhnungskurs statt Volkstumskampf. Das Deutsche Büro für Friedensfragen und das Saarland (1947–1950). Hamburg 2020.
- Enders, Ulrich: Die Kirchliche Hilfsstelle München 1945–1949, in: Prinz, Friedrich (Hrsg.): Integration und Neubeginn. Dokumentation über die Leistung des Freistaats Bayern und des Bundes zur Eingliederung der Wirtschaftsbetriebe der Vertriebenen und Flüchtlinge und deren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Bd. 1. Texte u. Anm. München 1984, S. 171–186.
- Erker, Paul (Hrsg.): Rechnung für Hitlers Krieg. Aspekte und Probleme des Lastenausgleichs. Heidelberg 2004.
- Eschenburg, Theodor: Des Ministers Betrachtungen. Zum Fall Oberländer kommt nun auch noch der Fall Seeböhm, in: Die Zeit, 18.03.1960.
- Eschenburg, Theodor: Herrschaft der Verbände? Stuttgart 1963.
- Fahlbusch, Michael: Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931 bis 1945. Baden-Baden 1999.
- Fahlbusch, Michael u. a. (Hrsg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften. 2 Bde. Berlin/Boston 2017.
- Festgabe Bischof em. D. Reinhard Wester zum 70. Geburtstag am 2. Juni 1972 gewidmet. Neumünster 1972.
- Fischer, Torben/Lorenz, Matthias N. (Hrsg.): Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945. Bielefeld 2015.
- Fischer, Wolfgang: Heimat-Politiker? Selbstverständnis und politisches Handeln von Vertriebenen als Abgeordnete im Deutschen Bundestag 1949 bis 1974. Düsseldorf 2010.

- Flammer, Thomas: „Von Rindern nach Hildesheim“. Stationen im Leben von Heinrich Maria Janssen bis zur Bischofsweihe im Jahr 1957, in: Scharf-Wrede, Thomas (Hrsg.): Heinrich Maria Janssen. Bischof von Hildesheim 1957–1982. Regensburg 2008, S. 12–30.
- Franchi, Giovanni: La filosofia sociale di Othmar Spann. Tra Methodenstreit e Ständestaat. Rom 2002.
- Franz, Corina: Prinzipien und Pragmatismus. Konrad Adenauers Umgang mit der NS-Vergangenheit, in: Creuzberger, Stefan/Geppert, Dominik (Hrsg.): Die Ämter und ihre Vergangenheit. Ministerien und Behörden im geteilten Deutschland 1949–1972. Paderborn 2018, S. 17–45.
- Franz, Thorsten: Geschichte der deutschen Forstverwaltung. Wiesbaden 2020.
- Franzen, K. Erik: Der vierte Stamm Bayerns. Die Schirmherrschaft über die Sudetendeutschen 1954–1974. München 2010.
- Franzen, K. Erik/Schulze Wessel, Martin (Hrsg.): Opfernarrative. Konkurrenzen und Deutungskämpfe in Deutschland und im östlichen Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. München 2012.
- Franzen, K. Erik: Netzwerke der Sudetendeutschen und das BMVt 1949–1969, in: Onodo. <https://onodo.org/visualizations/89733> (16.11.2024).
- Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München 1996, ²1997.
- Frenzel, Eike: Vom Block der Heimatvertriebenen zur Gesamtdeutschen Partei. Aufstieg und Niedergang einer Interessenpartei in Niedersachsen 1950–1963. Hamburg 2008.
- Freund, Alexander: Aufbrüche nach dem Zusammenbruch. Die deutsche Nordamerika-Auswanderung nach dem Zweiten Weltkrieg. Göttingen 2004.
- Frömel, Johann Heinrich: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Vertriebenenverbände 1945–1969. Vom Konsens zum Dissens. Bonn 1999.
- Fuchs, Stefan: Politische Einflusswege des Protestantismus, in: Albrecht, Christian/Anselm, Reiner (Hrsg.): Teilnehmende Zeitgenossenschaft. Studien zum Protestantismus in den ethischen Debatten der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989. Tübingen 2015, S. 121–148.
- Fuhse, Jan Arendt: Soziale Netzwerke. Konzepte und Forschungsmethoden. Konstanz/München ²2018.
- Garbe, Detlef: Äußerliche Abkehr, Erinnerungsverweigerung und „Vergangenheitsbewältigung“. Der Umgang mit dem Nationalsozialismus in der frühen Bundesrepublik, in: Schildt, Axel/Sywottek, Arnold (Hrsg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Ungekürzte, durchges. und aktualisierte Studienausgabe Bonn 1998, S. 693–716.
- Gebel, Ralf: „Heim ins Reich!“ Konrad Henlein und der Reichsgau Sudetenland. München 1999.
- Gengler, Peter: „Appeals to the Conscience of the World“. International Memory Politics of the Sudeten German Landsmannschaft and the Cold War, 1945–1955, in: Fendl, Elisabeth (Hrsg.): Der Sudetendeutsche Tag. Zur demonstrativen Festkultur von Heimatvertriebenen. Münster 2019, S. 119–141.
- Gerlach, Christian: Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrussland 1941–1944. Hamburg 1999.
- Glienke, Stephan Alexander/Paulmann, Volker/Perels, Joachim (Hrsg.): Erfolgsgeschichte Bundesrepublik? Die Nachkriegsgesellschaft im langen Schatten des Nationalsozialismus. Göttingen 2008.
- Globke, Hans, in: Der Spiegel, 16.11.1955. <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41960754.html> (24.02.2020).
- Gniss, Daniela: Der Politiker Eugen Gerstenmaier 1906–1986. Eine Biographie. Düsseldorf 2005.
- Göhres, Annette/Stenzel, Ulrich/Unruh, Peter: Bischöfinnen und Bischöfe in Nordelbien 1924–2008. Kiel 2008.
- Görtemaker, Manfred: Die heile Welt der Rosenburg. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Vergangenheit, in: Creuzberger, Stefan/Geppert, Dominik (Hrsg.): Die Ämter und ihre Vergangenheit. Ministerien und Behörden im geteilten Deutschland 1949–1972. Paderborn 2018, S. 47–69.
- Görtemaker, Manfred/Safferling, Christoph (Hrsg.): Die Rosenburg. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Vergangenheit – eine Bestandsaufnahme. Göttingen 2013.
- Gonda, Gábor/Spannenberger, Norbert: Minderheitenpolitik im „unsichtbaren Entscheidungszentrum“. Der „Nachlass László Fritz“ und die Deutschen in Ungarn 1934–1945. Stuttgart 2014.

- Goschler, Constantin: „Versöhnung“ und „Viktimisierung“. Die Vertriebenen und der deutsche Opferdiskurs, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 10 (2005), S. 873–884.
- Granovetter, Mark: The Strength of Weak Ties, in: *American Journal of Sociology* 78 (1973), S. 1360–1380.
- Greene, Victor: „Becoming American“. The Role of Ethnic Leaders. Swedes, Poles, Italians and Jews, in: Holli, Melvin G./Jones, Peter d'A (Hrsg.): *The Ethnic Frontier. Essays in the History of Group Survival in Chicago and the Midwest*. Grand Rapids 1977, S. 129–134.
- Greschat, Martin: Protestantismus im Kalten Krieg. Kirche, Politik und Gesellschaft im geteilten Deutschland 1945–1963. Paderborn u. a. 2010.
- Greschat, Martin: Die Ostdenkschrift – Entstehungsgeschichte und Rezeption, in: Krebs, Bernd/Kurschus, Annette/Stelter, Dirk (Hrsg.): *Geteilte Erinnerung – versöhnte Geschichte? Deutsche und polnische Protestanten im Spannungsfeld der Ideologien des 20. Jahrhunderts*. Stuttgart 2020, S. 41–49.
- Grosser, Alfred: *Geschichte Deutschlands seit 1945. Eine Bilanz*. München ¹⁰1982.
- Gröger, Johannes: Franz Ziegler (1914–1975), in: Ders./Köhler, Joachim/Marschall, Werner (Hrsg.): *Schlesische Kirche in Lebensbildern*. Sigmaringen 1992, S. 326–328.
- Gröger, Johannes: Gustav Joseph Braun (1896–1976), in: Ders./Köhler, Joachim/Marschall, Werner (Hrsg.): *Schlesische Kirche in Lebensbildern*. Sigmaringen 1992, S. 160–163.
- Grosch, Waldemar: Oskar Golombek (1898–1972), in: Gröger, Johannes/Köhler, Joachim/Marschall, Werner (Hrsg.): *Schlesische Kirche in Lebensbildern*. Sigmaringen 1992, S. 176–180.
- Grunke, Thomas/Wagner, Bernd (Hrsg.): *Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft*. Opladen 2002, S. 439–442.
- Gumperz, John J.: Zur Ethnologie des Sprachwandels, in: Cherubim, Dieter (Hrsg.): *Sprachwandel. Reader zur diachronischen Sprachwissenschaft*. Berlin/New York 1975, S. 335–355.
- Gutberger, Hansjörg: *Raumentwicklung, Bevölkerung und soziale Integration. Forschung für Raumplanung und Raumordnungspolitik 1930–1960*. Wiesbaden 2017.
- Günther, Frieder: *Verwaltungsstaat. Die Verwaltungskultur der deutschen Innenministerien 1919–1975*. Göttingen 2025.
- Haag, John: „Knights of the Spirit“. The Kameradschaftsbund, in: *Journal of Contemporary History* 3 (1978), S. 133–154.
- Haerendel, Ulrike: Die Politik der „Eingliederung“ in den Westzonen und der Bundesrepublik Deutschland. Das Flüchtlingsproblem zwischen Grundsatzentscheidungen und Verwaltungspraxis, in: Hoffmann, Dierk/Krauss, Marita/Schwartz, Michael (Hrsg.): *Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven*. München 2000, S. 109–133.
- Hamm, Franz: Aufgaben, denen wir uns stellen. Die Tätigkeit des Konvents der zerstreuten evangelischen Ostkirchen, in: Brummack, Carl (Hrsg.): *Die Unverlierbarkeit evangelischen Kirchentums aus dem Osten. Ertrag und Aufgaben des Dienstes an den vertriebenen evangelischen Ostkirchen*. Ulm 1964, S. 12–39.
- Hammerschmidt, Helmut/Mansfeld, Michael: *Der Kurs ist falsch*. München u. a. 1956.
- Hassel, Kai-Uwe von: Die Lasten des Krieges zusammen tragen, in: *Der Heimatvertriebene, Der Flüchtling*, 26.11.1968.
- Hausmann, Christopher: Hans Krüger, in: Kempf, Udo/Merz, Hans-Georg (Hrsg.): *Kanzler und Minister 1949–1998. Biografisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen*. Wiesbaden 2001, S. 392–394.
- Harwardt, Otto: Prälat Lettau zum Gedächtnis, in: *Ermlandbriefe* 13/3 (1960), S. 3f.
- Heer, Hannes: *Blutige Ouvertüre*. Lemberg, 30. Juni 1941: Mit dem Einmarsch der Wehrmachttruppen beginnt der Judenmord, in: *Die Zeit*, 2001, Nr. 26.
- Heidemeyer, Helge: *Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/1949–1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer*. Düsseldorf 1994.
- Heidemeyer, Helge: Vertriebene als Sowjetzonenflüchtlinge, in: Hoffmann, Dierk/Krauss, Marita/Schwartz, Michael (Hrsg.): *Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven*. München 2000, S. 237–249.

- Heidemeyer, Helge: Das Notaufnahmeverfahren für die Zuwanderer aus der SBZ/DDR 1945/49–1961, in: Oltmer, Jochen (Hrsg.): Migration steuern und verwalten. Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Göttingen 2003, S. 323–341.
- Heimbach-Steins, Marianne (Hrsg.): Christliche Sozialethik. Ein Lehrbuch. 2 Bde. Regensburg 2004, 2005.
- Helbach, Ulrich: Ein Oberhirte für die Leute. Josef Frings 1887–1978, in: Zumholz, Maria Anna/Hirschfeld, Michael (Hrsg.): Zwischen Seelsorge und Politik. Katholische Bischöfe in der NS-Zeit. Münster 2018, S. 173–193.
- Hentschel, Volker: Ludwig Erhard. Ein Politikerleben. München/Landsberg am Lech 1996.
- Herbert, Ulrich: Drei deutsche Vergangenheiten. Über den Umgang mit der Geschichte der beiden deutschen Diktaturen im 20. Jahrhundert, in: Sabrow, Martin u. a. (Hrsg.): Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990. Bonn 1998, S. 376–390.
- Herbert, Ulrich: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014.
- Herf, Jeffrey: Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland. Berlin 1998.
- Hermanns, Manfred: Weltweiter Dienst am Menschen unterwegs. Auswandererberatung und Auswandererfürsorge durch das Raphaels-Werk 1871–2011. Friedberg 2011.
- Hermle, Siegfried/Lepp, Claudia/Oelke, Harry (Hrsg.): Christliche Willkommenskultur? Die Integration von Migranten als Handlungsfeld christlicher Akteure nach 1945. Göttingen 2020.
- Higham, John (Hrsg.): Ethnic Leadership in America. Baltimore 1978.
- Higham, John: Leadership, in: Themstrom, Stephan (Hrsg.): Harvard Encyclopedia of Ethnic Groups. Cambridge 1980, S. 642–647.
- Hirschfeld, Michael: Caritas oder Kulturwerk? Konkurrierende Erfassungsmodelle der Vertriebenen im katholischen Milieu am Beispiel der nordwestdeutschen Bistümer Hildesheim, Münster, Osnabrück und Paderborn, in: Pilvousek, Josef/Preuß, Elisabeth (Hrsg.): Aufnahme – Integration – Beheimatung. Flüchtlinge, Vertriebene und die „Ankunftsgesellschaft“. Berlin 2009, S. 87–104.
- Hirte, Katrin: „Persilschein-Netzwerke“. Bruchlosigkeit in Umbruchzeiten, in: Schönhuth, Michael u. a. (Hrsg.): Visuelle Netzwerke. Qualitative, quantitative und partizipative Zugänge. Bielefeld 2013, S. 331–353.
- Hitze, Guido: Hans Lukaschek (1885–1960), in: Buchstab, Günter/Kaff, Brigitte/Kleinmann, Hans-Otto (Hrsg.): Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union. Freiburg/Basel/Wien 2004, S. 353–361.
- Hitze, Guido: Hans Lukaschek (1885–1960), in: Aretz, Jürgen/Morsey, Rudolf/Rauscher, Anton (Hrsg.): Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts. Bd. 11. Münster 2004, S. 143–160.
- Hockerts, Hans Günter: Integration der Gesellschaft. Gründungskrise und Sozialpolitik in der frühen Bundesrepublik, in: Zeitschrift für Sozialreform 32 (1986), H. 1, S. 25–41.
- Hockerts, Hans Günter: Metamorphosen des Wohlfahrtsstaates, in: Broszat, Martin (Hrsg.): Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte. München 1990, S. 35–45.
- Hoffmann, Dierk/Krauss, Marita/Schwartz, Michael (Hrsg.): Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven. München 2000.
- Hoffmann, Heinz (Bearb.): Die Bundesministerien 1949–1999. Bezeichnungen, amtliche Abkürzungen, Zuständigkeiten, Aufbauorganisation, Leitungspersonen. Bremerhaven 2003.
- Hoensch, Jörg K.: Der Kameradschaftsbund, Konrad Henlein und die Anfänge der Sudetendeutschen Heimatfront, in: Mühle, Eduard (Hrsg.): Mentalitäten – Nationen – Spannungsfelder. Studien zu Mittel- und Osteuropa im 19. und 20. Jahrhundert. Marburg 2001, S. 101–135.
- Höpfinger, Renate: Schütz, Hans, in: Neue Deutsche Biographie 23 (2007), S. 661f. Online unter: <https://www.deutsche-biographie.de/gnd118611151.html#ndbcontent> (28.11.2022).
- Holzweißig, Gunter: Medienberichterstattung über politische Prozesse in der DDR, in: Marxen, Klaus / Weinke, Annette (Hrsg.): Inszenierungen des Rechts. Schauprozesse, Medienprozesse und Prozessfilme in der DDR. Berlin 2006, S. 209–222.

- Hopp, Gerhard: Machtfaktor auch ohne Machtbasis? Die Sudetendeutsche Landsmannschaft und die CSU. Wiesbaden 2010.
- Hummel, Martin: Der Deutsche Evangelische Kirchentag in der gesellschaftspolitischen Etablierungsphase der Bundesrepublik Deutschland (1963–1975). Dresden 2021.
- Imhof, Michael: Die Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik Deutschland. Geschichte, Organisation und gesellschaftliche Bedeutung. Marburg 1975.
- Jachomowski, Dirk: Die Umsiedlung der Bessarabien-, Bukowina- und Dobruischadeutschen. Von der Volksgruppe in Rumänien zur „Siedlungsbrücke“ an der Reichsgrenze. München 1984.
- Jakubowska, Anna: Der Bund der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und Polen (1957–2004). Selbst- und Fremdwahrnehmung eines Vertriebenenverbandes. Marburg 2012.
- Jansen, Dorothea/Schubert, Klaus: Netzwerkanalyse, Netzwerkforschung und Politikproduktion. Ansätze zur „cross-fertilization“, in: Dies. (Hrsg.): Netzwerke und Politikproduktion. Konzepte, Methoden, Perspektiven. Marburg 1995, S. 9–23.
- Jansen, Dorothea: Einführung in die Netzwerkanalyse. Grundlagen, Methoden und Forschungsbeispiele. Wiesbaden 2006.
- Janssen, Heinrich Maria: Das Amt des Vertriebenen-Bischofs, in: Lorenz, Franz (Hrsg.): Schicksal – Vertreibung. Aufbruch aus dem Glauben. Köln 1980, S. 26–29.
- Jesser, Wilhelm: „Bereitschaft“, „Kameradschaft“ und „Aufbruch“ in den Sudetenländern, in: Nasarski, Peter (Hrsg.): Deutsche Jugendbewegung in Europa. Versuch einer Bilanz. Köln 1967, S. 359–372.
- Jacobmeyer, Wolfgang: Vom Zwangsarbeiter zum heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945–1951. Göttingen 1985.
- Kaack, Heino: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems. Opladen 1971.
- Kempf, Udo/Merz, Hans-Georg (Hrsg.): Kanzler und Minister 1949–1998. Biografisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen. Wiesbaden 2001.
- Kernbauer, Alois: Seeborg, Stella, in: Keintzel, Brigitta/Korotin, Ilse (Hrsg.): Wissenschaftlerinnen in und aus Österreich. Leben – Werk – Wirken. Wien/Köln/Weimar 2002, S. 676–678.
- Keyserlingk-Rehbein, Linda von: Nur eine „ganz kleine Clique“? Die NS-Ermittlungen über das Netzwerk vom 20. Juli 1944. Berlin 2018.
- Kirschner, Albrecht: Abschlussbericht der Arbeitsgruppe zur Vorstudie „NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter“ der Kommission des Hessischen Landtages für das Forschungsvorhaben „Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen“. Hrsg. v. Hessischen Landtag. Wiesbaden 2013.
- Kittel, Manfred: Vertreibung der Vertriebenen? Der historische deutsche Osten in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik (1961–1982). München 2007.
- Kittel, Manfred: Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975). Düsseldorf 2020.
- Kleindienst, Thekla: Die Entwicklung der bundesdeutschen Osteuropaforschung im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Politik. Marburg 2009.
- Kleineke, Dagmar: Entstehung und Entwicklung des Lagers Friedland 1945–1955. Dramfeld 1994.
- Kleinmann, Hans-Otto: Union der Vertriebenen und Flüchtlinge in der CDU/CSU (UdVF), in: Becker, Winfried/Buchstab, Günter/Doering-Manteuffel, Anselm/Morsey, Rudolf (Hrsg.): Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland. Paderborn 2002, S. 669.
- Kleßmann, Christoph: Osteuropaforschung und Lebensraumpolitik im Dritten Reich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1984, H. 7, S. 33–45.
- Knill, Christoph/Schäfer, Ansgar: Policy Netzwerke, in: Weyer, Johannes (Hrsg.): Soziale Netzwerke. Konzepte und Methoden der sozialwissenschaftlichen Netzwerkforschung. München 2011, S. 189–218.
- Köhler, Joachim/Melis, Damian van (Hrsg.): Siegerin in Trümmern. Die Rolle der katholischen Kirche in der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Stuttgart/Berlin/Köln 1998.
- Könemann, Judith u. a. (Hrsg.): Religiöse Interessenvertretung. Kirchen in der Öffentlichkeit – Christen in der Politik. Paderborn 2015.

- Koop, Volker: Kai-Uwe von Hassel. Eine politische Biographie. Köln/Weimar/Wien 2007.
- Kornrumpf, Martin: In Bayern angekommen. Die Eingliederung der Vertriebenen. Zahlen – Daten – Namen. München/Wien 1979.
- Korspeter, Lisa: Gleiches Schicksal, gleiches Recht, in: SPD-Pressedienst, 18.11.1963.
- Kossert, Andreas: Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945. München 2008.
- Kosthorst, Erich: Jakob Kaiser. Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen 1949–1957. Stuttgart u. a. 1972.
- Krallert-Sattler, Gertrud: Kommentierte Bibliographie zum Flüchtlings- und Vertriebenenproblem in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich und in der Schweiz. Hrsg. v. Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung u. a. Wien 1989.
- Krause, Michael: Flucht vor dem Bombenkrieg. „Umquartierungen“ im Zweiten Weltkrieg und die Wiedereingliederung der Evakuierten in Deutschland 1943–1963. Düsseldorf 1997.
- Kühl, Stefan: Organisationen. Eine sehr kurze Einführung. Wiesbaden 2011.
- Kühl, Stefan: Organisationskulturen beeinflussen. Eine sehr kurze Einführung. Wiesbaden 2018.
- Küsters, Hanns Jürgen: Kai-Uwe von Hassel. Aufstieg und Ministerpräsident 1913–1963 / Minister und Präsident 1963–1997. 2 Bde. Darmstadt 2023.
- Laubacher, Anton: Konrad Theiss, in: Köhler, Joachim (Hrsg.): Katholiken in Stuttgart und ihre Geschichte. Ostfildern 1990, S. 208f.
- Laubacher, Anton: Ludwig Leber, in: Köhler, Joachim (Hrsg.): Katholiken in Stuttgart und ihre Geschichte. Ostfildern 1990, S. 197.
- Legerer, Anton: Tatort. Versöhnung. Aktion Sühnezeichen in der BRD und in der DDR und Gedenkdienst in Österreich. Leipzig 2011.
- Leiden, Henry: NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR. Göttingen 2006.
- Lemberg, Eugen/Edding, Friedrich (Hrsg.): Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluss auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben. 3 Bde. Kiel 1959.
- Lemke, Michael: Kampagnen gegen Bonn. Die Systemkrise der DDR und die West-Propaganda der SED 1960–1963, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 41 (1993), H. 2, S. 153–174.
- Lewin, Kurt: Resolving Social Conflicts. Selective Papers on Group Dynamics. New York 1948.
- Liebermann, Benjamin: Terrible Fate. Ethnic Cleansing in the Making of Modern Europe. Chicago 2006.
- Lob, Josef: Othmar Spann. Ein konservativer Denker, in: Criticón 2 (1972), S. 164–166.
- Loer, Kathrin/Reiter, Renate/Töller, Annette Elisabeth: Was ist ein Politikfeld und warum entsteht es?, in: der moderne staat. Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management 8 (2015), H. 1, S. 7–28.
- Lommatzsch, Erik: Hans Globke (1898–1973). Beamter im Dritten Reich und Staatssekretär Adenauers. Frankfurt a. M. 2009.
- Lotz, Christian: Die Deutung des Verlusts. Erinnerungspolitische Kontroversen im geteilten Deutschland um Flucht, Vertreibung und die Ostgebiete (1948–1972). Köln u. a. 2007.
- Lübbe, Hermann: Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewusstsein. In: Historische Zeitschrift 236 (1983), S. 579–599.
- Luft, Ines: Eduard Winter zwischen Gott, Kirche und Karriere. Vom böhmischen Jugendbundführer zum DDR-Historiker. Leipzig 2016.
- Luh, Andreas: Der Deutsche Turnverband in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Vom völkischen Vereinsbetrieb zur volkspolitischen Bewegung. München 1988.
- Lukaschek, Hans: Das Bundesministerium für Vertriebene, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Deutschland im Wiederaufbau. Tätigkeitsbericht der Bundesregierung. Bonn 1952, S. 195–211.
- Lukaschek, Hans: Die Organisation der Vertriebenen, in: Rheinische Zeitung, 21.11.1949.
- Lüttinger, Paul unter Mitwirkung von Rossmann, Rita von: Der Mythos der schnellen Integration. Eine empirische Untersuchung zur Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland bis 1971, in: Zeitschrift für Soziologie 15 (1986), H. 1, S. 20–36.

- Luther, Tammo: Volkstumspolitik des deutschen Reiches 1933–1938. Die Auslandsdeutschen im Spannungsfeld zwischen Traditionalisten und Nationalsozialisten. Stuttgart 2004.
- Mai, Richard: Ursprung und Entwicklung der Kirchlichen Hilfsstelle in München, in: Glassl, Horst/Pustejovsky, Otfried (Hrsg.): Ein Leben – drei Epochen. Festschrift für Hans Schütz zum 70. Geburtstag. München 1971, S. 507–512.
- Maier, Erich: 40 Jahre Sudetendeutscher Rechtskampf. Die Arbeit des Sudetendeutschen Rates seit 1947. München 1987.
- Marek, Dieter: Biographien der Regierungsmitglieder (Minister und Staatsräte), in: Post, Bernhard/Wahl, Volker (Hrsg.): Thüringen-Handbuch. Territorium, Verfassung, Parlament, Regierung und Verwaltung in Thüringen 1920 bis 1995. Weimar 1999, S. 552–645.
- Martin, Hans-Werner: „...nicht spurlos aus der Geschichte verschwinden“. Wenzel Jaksch und die Integration der sudetendeutschen Sozialdemokraten in der SPD nach dem II. Weltkrieg (1945–1949). Frankfurt a. M. u. a. 1996.
- Marrus, Michael R.: The Unwanted. European Refugees in the Twentieth Century. New York/Oxford 1985.
- Mayntz, Renate: Policy-Netzwerke und die Logik von Verhandlungssystemen, in: Politische Vierteljahresschrift 1993, S. 39–56.
- Meckel, Markus: Der deutsch-polnische Versöhnungsprozess, in: Krebs, Bernd/Kurschus, Annette/Stelter, Dirk (Hrsg.): Geteilte Erinnerung – versöhnte Geschichte? Deutsche und polnische Protestanten im Spannungsfeld der Ideologien des 20. Jahrhunderts. Stuttgart 2020, S. 23–30.
- Mentel, Christian/Weise, Niels: Die zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus. Stand und Perspektiven der Forschung. Potsdam 2016.
- Merkatz, Hans-Joachim von: Im gemeinsamen Wettbewerb die Nation behaupten, in: Mühlen, Heinrich von zur (Hrsg.): Bausteine oder Dynamit? Leistung und Förderung der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland. Bielefeld 1974, S. 175–177.
- Merkatz, Hans-Joachim von: Staat und Gesellschaft. Nach der Katastrophe, in: Mühlen, Heinrich von zur (Hrsg.): Bausteine oder Dynamit? Leistung und Förderung der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland. Bielefeld 1974, S. 9–13.
- Merkatz, Hans-Joachim von (Hrsg.): Aus Trümmern wurden Fundamente. Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler. Drei Jahrzehnte Integration. Düsseldorf 1979.
- Merseburger, Peter: Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist. Stuttgart/München 2002.
- Messerschmidt, Rolf: Mythos Schmelztiegel! Einige Neuerscheinungen zur ‚Flüchtlingsforschung‘ der letzten Jahre, in: Neue politische Literatur 37 (1992), S. 34–55.
- Messerschmidt, Rolf: Die Flüchtlingsfrage als Verwaltungsproblem im Nachkriegsdeutschland. Das Phänomen der klientelorientierten Flüchtlingssonderverwaltung in Ost und West, in: Hoffmann, Dierk/Krauss, Marita/Schwartz, Michael (Hrsg.): Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven. München 2000, S. 167–186.
- Meyer, Christoph: Herbert Wehner. Biographie. München 2006.
- Middelmann, Werner: Entstehung und Aufgaben der Flüchtlingsverwaltung, in: Lemberg, Eugen/Edding, Friedrich (Hrsg.): Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluss auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben. Bd. 1. Kiel 1959, S. 267–299.
- Mitchell, James Clyde: The Concept and the Use of Networks, in: Ders. (Hrsg.): Social Networks in Urban Situations. Manchester 1969, S. 1–50.
- Moeller, Robert G.: War Stories. The Search for a Usable Past in the Federal Republic of Germany, in: The American Historical Review 101 (1996), H. 4, S. 1008–1048.
- Mohr, Ulrich: Politische Auffassungen und deutschlandpolitisches Wirken Johann Baptist Gradls. Frankfurt a. M. 2000.
- Mokry, Stephan: Kardinal Julius Döpfner und das Zweite Vatikanum. Ein Beitrag zur Biografie und Konzilsgeschichte. Stuttgart 2015.
- Morsey, Rudolf: Die Haltung der Bundesregierung zur vatikanischen Kirchenpolitik in den früheren Ostgebieten des Deutschen Reiches 1958–1978, in: Hummel, Karl-Joseph (Hrsg.): Vatikanische Ostpolitik unter Johannes XXIII. und Paul VI. 1958–1978. Paderborn u. a. 1999, S. 37–78.

- Morsey, Rudolf: Personal- und Beamtenpolitik im Übergang von der Bizone zur Bundesverwaltung (1947–1950). Kontinuität oder Neubeginn?, in: Ders. (Hrsg.): Verwaltungsgeschichte. Aufgaben, Zielsetzungen, Beispiele. Vorträge und Diskussionsbeiträge der verwaltungsgeschichtlichen Arbeitstagung 1976 der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Berlin 1977, S. 191–238.
- Mühle, Eduard: Für Volk und deutschen Osten. Der Historiker Hermann Aubin und die deutsche Ostforschung. Düsseldorf 2005.
- Mühlen, Heinrich von zur (Hrsg.): Bausteine oder Dynamit? Leistung und Förderung der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland. Bielefeld 1974.
- Mühlen, Heinrich von zur: „Leistung und Förderung“, in: Ders. (Hrsg.): Bausteine oder Dynamit? Leistung und Förderung der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland. Bielefeld 1974, S. 25–43.
- Müller, Matthias: Die SPD und die Vertriebenenverbände 1949–1977. Eintracht, Entfremdung, Zwiebrucht. Berlin/Münster 2012.
- Müller, Georg/Simon, Heinz: Aufnahme und Unterbringung, in: Lemberg, Eugen/Edding, Friedrich (Hrsg.): Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluss auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben. Bd. 1. Kiel 1959, S. 299–446.
- Myrdal, Gunnar: An American Dilemma. The Negro Problem and Modern Democracy. New York 1944.
- Nahm Peter, Paul: Die Geschichte des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. In: AWR-Bulletin 11 (1973), H. 2, S. 90–94.
- Nahm, Peter Paul: Lastenausgleich und Integration der Vertriebenen und Geflüchteten, in: Löwenthal, Richard/Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz. Stuttgart 1974, S. 817–842.
- Nahm, Peter Paul: Der kirchliche Mensch in der Vertreibung. Die sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Wirkungen des Eingliederungsauftrags unter besonderer Berücksichtigung des kirchlichen und konfessionellen Bereichs. Bonn 1959.
- Nahm, Peter Paul: ... doch das Leben ging weiter. Skizzen zur Lage, Haltung und Leistung der Vertriebenen, Flüchtlinge und Eingesessenen nach der Stunde Null. Köln/Berlin 1971.
- Nahm, Peter Paul, in: Die deutschsprachige Presse. Ein biographisch-bibliographisches Handbuch. Bd. 1. A–L. Bearb. v. Bruno Jahn. München 2005, S. 750.
- Naimark, Norman M.: Fires of Hatred. Ethnic Cleansing in the 20th Century. Cambridge (Mass.)/London 2001.
- Neuhoff, Hans: Der Lastenausgleich aus der Sicht der Vertriebenen, in: Merkat, Hans-Joachim von (Hrsg.): Aus Trümmern wurden Fundamente. Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler. Drei Jahrzehnte Integration. Düsseldorf 1979, S. 129–149.
- Neumaier, Eduard: Bonn, das provisorische Herz. Rückblick auf 20 Jahre Politik am Rhein. Oldenburg 1969.
- Neumann, Franz: Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten. 1950–1960. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur einer politischen Interessenspartei. Meisenheim am Glan 1968.
- Niclaß, Karlheinz: Kanzlerdemokratie. Regierungsführung von Konrad Adenauer bis Angela Merkel. Wiesbaden 2015.
- Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf: Lexikon der Politikwissenschaft. Bd. 2. N–Z: Theorien, Methoden, Begriffe. München 2010.
- Nonn, Christoph: Direkte und indirekte Beiträge zur nationalsozialistischen Vertreibungs- und Vernichtungspolitik. Die Landesstelle Ostpreußen der Zentralstelle für Nachkriegsgeschichte unter Theodor Schieder. In: Kriese, Sven (Hrsg.): Archivarbeit im und für den Nationalsozialismus. Die preußischen Staatsarchive vor und nach dem Machtwechsel von 1933. Berlin 2015, S. 211–219.
- Notz, Gisela: Frauen in der Mannschaft. Sozialdemokratinnen im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag 1948–1957. Bonn 2003.
- Oberländer: Baustein oder Dynamit?, in: Der Spiegel, 21.04.1954.
- Oberländer und die Juden, in: Bonner Korrespondenz, 19.09.1955.

- Oberländers Gefolgschaft, in: Die Zeit, 06.05.1954.
- Oberländer, Theodor (Hrsg.): Das Werk der Vertriebenen. Ein Bildbericht aus der Aufbauarbeit der Heimatvertriebenen in Bayern. Gräfelfing 1951.
- Oberländer, Theodor: Die Überwindung der deutschen Not. Darmstadt 1954.
- Oberländer, Theodor: Das Weltflüchtlingsproblem. Ein Vortrag gehalten vor dem Rhein-Ruhr-Club am 8. Mai 1959. O.O., o.J.
- Oberländer, Erwin: Das finnische Vorbild und die Regelung des Lastenausgleichs in Deutschland, in: Hösch, Edgar/Beyer-Thoma, Hermann (Hrsg.): Finnland-Studien II. Wiesbaden 1993, S. 152–164.
- Ohlbaum, Rudolf (Hrsg.): P. Paulus Sladek OSA. Not ist Anruf Gottes. Festgabe zum sechzigjährigen Priesterjubiläum. München-Königstein, Ts. 1991, S. 445–534.
- Ohlbaum, Rudolf: Ministerialdirektor a. D. Dr. Erich von Hoffmann wird achtzig Jahre. In amtlichen und ehrenamtlichen Funktionen Dank und Anerkennung weit über den Bereich der Volksgruppe hinaus gefunden, in: Sudetendeutsche Zeitung, 14.10.1988, S. 4.
- Olivová, Věra: Kameradschaftbund. in: Z českých dějin. Sborník prací in memoriam Prof. Dr. Václava Husy. Praha 1966, S. 237–268.
- Overesch, Manfred: Gesamtdeutsche Illusion und westdeutsche Realität. Von den Vorbereitungen für einen deutschen Friedensvertrag zur Gründung des Auswärtigen Amts der Bundesrepublik Deutschland 1946–1949/51. Düsseldorf 1978.
- Packheiser, Christian: Aufarbeitung der Geschichte des Bundesverkehrsministeriums (BVM) und des Ministeriums für Verkehrswesen (MfV) der DDR hinsichtlich Kontinuitäten und Transformationen zur Zeit des Nationalsozialismus. München/Berlin 2018.
- Palczyk, Raimund: Adolf Kunzmann, in: Ders. (Hrsg.): Die Ackermann-Gemeinde. Integration und Dialog – sechs Jahrzehnte Friedensarbeit. München 2007, S. 102–104.
- Palm, Stefanie: Fördern und Zensieren. Die Medienpolitik des Bundesinnenministeriums nach dem Nationalsozialismus. Göttingen 2023.
- Palmer, Siegfried: Die Eingliederung vertriebener und geflüchteter Landwirte, in: Merkat, Hans-Joachim von (Hrsg.): Aus Trümmern wurden Fundamente. Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler. Drei Jahrzehnte Integration. Düsseldorf 1979, S. 83–128.
- Pappi, Franz Urban: Policy-Netzwerke. Erscheinungsform moderner Politiksteuerung oder methodischer Ansatz?, in: Héritier, Adrienne (Hrsg.): Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung. Op-laden 1993, S. 85–94.
- Personenlexikon zum deutschen Protestantismus 1919–1949. Zusammeng. u. bearb. v. Hannelore Braun/Gertraud Grünzinger. Göttingen 2006.
- Peters, Hans: Die Sonderbehörde in der deutschen Verwaltung, in: Zeitschrift der Akademie für deutsches Recht 7 (1940), H. 3, S. 39–42.
- Petersen, Hans-Christian: Bevölkerungsökonomie – Ostforschung – Politik. Eine biographische Studie zu Peter-Heinz Seraphim (1902–1979). Osnabrück 2007.
- Pichler, Hanns (Hrsg.): Othmar Spann oder die Welt als Ganzes. Wien 1988.
- Piontkowitz, Heribert: Anfänge westdeutscher Außenpolitik 1946–1949. Das Deutsche Büro für Friedensfragen. Stuttgart 1978.
- Plattform der Vertriebenen, in: Süddeutsche Zeitung, 18.12.1958.
- Ploch, Gregor: 60 Jahre Heimatwerk Schlesischer Katholiken, in: Bendel, Rainer (Hrsg.): 60 Jahre Heimatwerk schlesischer Katholiken 2019. Würdigung für Clemens Riedel zum 65. Geburtstag. Berlin 2019, S. 15–38.
- Ploch, Gregor: Clemens Riedel (1914–2003) und die katholischen deutschen Vertriebenenorganisationen. Motor oder Hemmschuh des deutsch-polnischen Verständnisprozesses? Berlin 2011.
- Pohl, Karin: Die Soziologen Eugen Lemberg und Emerich K. Francis. Wissenschaftliche Überlegungen zu den Biographien zweier „Staffelsteiner“ im „Volkstumskampf“ und im Nachkriegsdeutschland, in: Bohemia 1 (2004), S. 24–76.
- Pohl, Karin: Zwischen Integration und Isolation. Zur kulturellen Dimension der Vertriebenenpolitik in Bayern (1945–1975). München 2009.

- Potthoff, Marie-Christine: Traditionelle Bürgerlichkeit im internationalen Kontext. Rotary und Lions Clubs nach 1945, in: Budde, Gunilla/Conze, Eckart/Rauh, Cornelia (Hrsg.): Bürgertum nach dem bürgerlichen Zeitalter. Leitbilder und Praxis seit 1945. Göttingen 2010, S. 81–98.
- Pörksen, Jens-Heinrich: Bischof Reinhard Wester (1902–1975), in: Kohlwege, Karl Ludwig/Kamper, Manfred/Pörksen, Jens-Heinrich (Hrsg.): „Was vor Gott recht ist“. Kirchenkampf und theologische Grundlegung für den Neuanfang der Kirche in Schleswig-Holstein nach 1945. Husum 2015, S. 136f.
- Pötzsch, Horst: Die deutsche Demokratie. 5. überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn 2009.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Deutschland im Wiederaufbau. Tätigkeitsbericht der Bundesregierung für das Jahr 1958. O. O., o. J.
- Prietz, Sven: Leidenschaftlich pragmatisch für Deutschland. Wolfgang Mischnik und der Liberalismus während der deutschen Teilung. Berlin 2015.
- Pucher, Paul: Ein überflüssiges Amt, in: Stuttgarter Zeitung, 21.09.1960.
- Pustejovsky, Otfried: Die „Eichstätt Deklaration“ vom 1. Adventsonntag, dem 27. November 1949. Das erste politische Dokument der deutschen Vertriebenen mit ethisch begründeten und christlich motivierten Zukunftsvorstellungen? Eine historisch-politisch-biographische Analyse, in: Archiv für schlesische Kirchengeschichte 68 (2010), S. 157–267.
- Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland: Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn. Eine evangelische Denkschrift. Hannover 1965.
- Rehs Vertriebenenminister?, in: Deutsche Tagespost, 12.06.1968.
- Reichling, Gerhard: Die deutschen Vertriebenen in Zahlen. 2 Bde. Bonn 1986, 1989.
- Reitmayer, Morten/Marx, Christian: Netzwerkansätze in der Geschichtswissenschaft, in: Stegbauer, Christian/Häußling, Roger (Hrsg.): Handbuch Netzwerkforschung. Wiesbaden 2010, S. 869–880.
- Richter, Maren: Von Seilschaften und Netzwerken. Die Abteilung Gesundheitswesen und die Gesundheitspolitik, in: Bösch, Frank /Wirsching, Andreas (Hrsg.): Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus. Göttingen 2018, S. 536–579
- Riedel, Clemens: Aufbruch aus dem Glauben. Dokumente zur Vertreibung und Selbstzeugnisse vom Ringen um das Vertriebenenentschicksal 1945–1980, in: Lorenz, Franz (Hrsg.): Schicksal Vertreibung. Aufbruch aus dem Glauben. Köln 1980, S. 45–49.
- Rigoll, Dominik: Grenzen des Sagbaren. NS-Belastung und NS-Verfolgungserfahrung bei Bundestagsabgeordneten, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 45 (2014), 1, S. 128–140.
- Roeder, Werner/Strauss, Herbert A. (Hrsg.): Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933. Bd. 1: Politik, Wirtschaft, Öffentliches Leben. München 1980.
- Roth, Markus: Herrenmenschen. Die deutschen Kreishauptleute im besetzten Polen. Karrierewege, Herrschaftspraxis und Nachgeschichte. Göttingen 2009.
- Rudolph, Hartmut: Evangelische Kirche und Vertriebene 1945 bis 1972. 2 Bde. 1984, 1985.
- Ruhenstroth, Wolfram: Bewahrer und Förderer des ostdeutschen Kulturgutes. Erinnern an den Mährisch-Ostrauer Lothar Wieland. Herausragendster Verdienst die Begründung der Ostdeutschen Galerie in Regensburg, in: Sudetendeutsche Zeitung, 23.01.1987.
- Ruhkopf, Jan: Institutionalisierte Unschärfe. Ordnungskonzepte und politisches Verwalten im Bundesvertriebenenministerium 1949–1961. Göttingen 2023.
- Rüfner, Wolfgang/Goschler, Constantin: Ausgleich von Kriegs- und Diktaturfolgen, Soziales Entschädigungsrecht, in: Schulz, Günther (Hrsg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Bd. 3: Bundesrepublik Deutschland 1949–1957. Bewältigung der Kriegsfolgen, Rückkehr zur sozialpolitischen Normalität. Baden-Baden 2005, S. 687–777.
- Rüß, Gisela: Anatomie einer politischen Verwaltung. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen – innerdeutsche Beziehungen 1949–1970. München 1973.
- Salten, Oliver: Exil-CDU (1950–1991), in: Konrad-Adenauer-Stiftung, Geschichte der CDU. <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/exil-cdu-1950-1991> (14.08.2024).
- Sänger, Fritz (Hrsg.): Die Volksvertretung. Handbuch des Deutschen Bundestags. Stuttgart 1949.
- Salzborn, Samuel: Grenzenlose Heimat. Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenverbände. Berlin 2000.

- Sarna, Jonathan D.: The Spectrum of Jewish Leadership in Ante-Bellum America, in: *Journal of American Ethnic History* 1 (1982), S. 59–67.
- Schaefer, Karl: Der Lastenausgleich, in: Frantziach, Marion/Ratza, Odo/Reichert, Günter (Hrsg.): *Vierzig Jahre für Deutschland. Die Vertriebenen und Flüchtlinge. Ausstellungskatalog*. Berlin 1989, S. 169–176.
- Scharf-Wrede, Thomas: Josef Krahe, in: Ders./Zimmermann, Manfred/Deufel, Konrad (Hrsg.): *Im Schatten des Domkreuzgangs. Der Annenfriedhof*. Hildesheim 2020, S. 46–48.
- Schießl, Sascha: „Das Tor zur Freiheit“. Kriegsfolgen, Erinnerungspolitik und humanitärer Anspruch im Lager Friedland (1945–1970). Göttingen 2016.
- Schildt, Axel/Siegfried, Detlef/Lammers, Karl Christian (Hrsg.): *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*. Hamburg 2000.
- Schillinger, Reinhold: Der Entscheidungsprozess beim Lastenausgleich 1945–1952. St. Katharinen 1985.
- Schillinger, Reinhold: Der Lastenausgleich. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen*. Frankfurt a. M. 1985, S. 183–192.
- Schindler, Karl: Dr. Rudolf Jokiel (1897–1976). Von seinem Lebensweg und seiner 20 Jahre langen Kulturarbeit in Oberschlesien, in: *Mitteilungen des Beuthener Geschichts- und Museumsvereins* 36/41 (1974/79), S. 161–174.
- Schmerbauch, Maik: Prälat Franz Wosnitza (1902–1979). Ehemaliger Generalvikar von Kattowitz. Münster 2010.
- Schmollinger, Horst W.: Deutsche Partei, in: Stöss, Richard (Hrsg.): *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*. Bd. 2. Opladen 1986, S. 1025–1111.
- Schneider, Volker/Janning, Frank: *Politikfeldanalyse. Akteure, Diskurse und Netzwerke in der öffentlichen Politik*. Wiesbaden 2006.
- Schoenberg, Hans W.: *Germans from the East. A Study of their Emigration, Resettlement and Subsequent Group History since 1945*. Den Haag 1970.
- Schönwald, Daniel: Integration durch eine Interessenpartei. Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten in Bayern 1950–1981. Kallmünz in der Oberpfalz 2014.
- Scholz, Bastian: *Die Kirchen und der deutsche Nationalstaat. Konfessionelle Beiträge zum Systembestand und Systemwechsel*. Wiesbaden 2016.
- Schott, Christian-Erdmann: *Geh aus Deinem Vaterland ... Vertreibung, Integration, Vermächtnis der evangelischen Schlesier. Vorträge, Aufsätze, Predigten*. Berlin 2008.
- Schraut, Sylvia: *Flüchtlingsaufnahme in Württemberg-Baden 1945–1949. Amerikanische Besatzungsziele und demokratischer Wiederaufbau im Konflikt*. München 1995.
- Schraut, Sylvia: Zwischen Assimilationsdiktat und Fürsorgeverpflichtung. Die amerikanische Besatzungsmacht und die Flüchtlinge, in: Beer, Mathias (Hrsg.): *Zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen im deutschen Südwesten nach 1945*. Sigmaringen 1994, S. 77–94.
- Schrafstetter, Susanna: Siegfried Zoglmann, His Circle of Writers, and the Naumann Affair: A Nazi Propaganda Operation in Postwar Germany, in: Messenger, David A./Paehler, Katrin (Hrsg.): *A Nazi Past. Recasting German Identity in Postwar Europe*. Lexington 2015, S. 113–138.
- Schubert, Klaus: Policy, in: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.): *Lexikon der Politikwissenschaft Bd. 2. N–Z. Theorien, Methoden, Begriffe*. München 2010, S. 742.
- Schubert, Klaus: Politics, in: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.): *Lexikon der Politikwissenschaft Bd. 2. N–Z. Theorien, Methoden, Begriffe*. München 2010, S. 745.
- Schubert, Klaus: Polity, in: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.): *Lexikon der Politikwissenschaft Bd. 2. N–Z. Theorien, Methoden, Begriffe*. München 2010, S. 831.
- Schubert, Klaus: Struktur-, Akteur- und Innovationslogik. Netzwerkkonzeptionen und die Analyse von Politikfeldern“, in: Ders./Jansen, Dorothea (Hrsg.): *Netzwerke und Politikproduktion. Konzepte, Methoden, Perspektiven*. Marburg 1995, S. 222–240.
- Schulze, Rainer/Brelie-Lewien, Doris von der/Grebing, Helga (Hrsg.): *Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Bilanzierung der Forschung und Perspektiven für künftige Forschungsarbeit*. Hildesheim 1987.

- Schumacher, Martin: M.d.B. Volksvertretung im Wiederaufbau 1946–1961. Bundestagskandidaten und Mitglieder der westzonalen Vorparlamente. Eine biographische Dokumentation. Düsseldorf 2000.
- Schütt, Siegfried: Theodor Oberländer. Eine dokumentarische Untersuchung. München 1995.
- Schütz, Hans: Von St. Germain nach München. München 1938 – eine offene Frage, in: Nittner, Ernst (Hrsg.): Dokumente zur Sudetendeutschen Frage 1916–1967. Hrsg. im Auftrag der Ackermann-Gemeinde. München 1967, S. 406–407.
- Schwartz, Michael: Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundes der Vertriebenen und das „Dritte Reich“. In Zusammenarbeit mit Michael Buddrus u. a. München 2013.
- Schwartz, Michael: Lastenausgleich. Ein Problem der Vertriebenenpolitik im doppelten Deutschland, in: Krauss, Marita (Hrsg.): Integrationen. Vertriebene in den deutschen Ländern nach 1945. Göttingen 2008, S. 167–193.
- Schwartz, Michael: Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945–1961. München 2004.
- Schwartz, Michael: „Vom Umsiedler zum Staatsbürger“. Totalitäres und Subversives in der Sprachpolitik der SBZ/DDR, in: Hoffmann, Dierk/Krauss, Marita/Schwartz, Michael (Hrsg.): Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven. München 2000, S. 135–165.
- Schwartz, Michael: Ethnische „Säuberungen“ in der Moderne. Globale Wechselwirkungen nationalistischer und rassistischer Gewaltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert. München 2013.
- Schwartz, Michael: Vertriebenenpolitiker in der Bundesrepublik Deutschland. NS-Vergangenheiten und politisches Engagement in der Demokratie, in: Brechtken, Magnus (Hrsg.): Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Ein Kompendium. Göttingen 2021, S. 335–370.
- Schwartz, Michael: Wenzel Jaksch (1896–1966). Biografische Schlaglichter auf einen Sozialdemokraten aus Mitteleuropa. Bonn 2023.
- Schwarz, Angela/Stahl, Heiner: Kontaktzone Bonn. Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und die staatliche Öffentlichkeitsarbeit 1949–1969. Göttingen 2023.
- Schwarz, Hans-Peter: Adenauer. Der Aufstieg 1876–1952. Stuttgart ²1986.
- Schwarz, Hans-Peter: Adenauer. Der Staatsmann 1952–1967. Stuttgart 1991.
- Schwarz, Hans-Peter: Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957. Stuttgart/Wiesbaden 1981.
- Schwelling, Birgit: Zeitgeschichte zwischen Erinnerung und Politik. Die Wissenschaftliche Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte, der Verband der Heimkehrer und die Bundesregierung 1957–1975, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 56 (2008), S. 227–263.
- Šebek, Jaroslav: Die deutschen katholischen Parlamentarier in der Ersten Tschechoslowakischen Republik im Spannungsfeld zwischen staatlichen und nationalen Loyalitäten, in: Conrad, Benjamin/Maner, Hans-Christian/Kusber, Jan (Hrsg.): Parlamentarier der deutschen Minderheiten im Europa der Zwischenkriegszeit. Düsseldorf 2015, S. 137–155.
- Šebek, Jaroslav: Sudetendeutscher Katholizismus auf dem Kreuzweg. Politische Aktivitäten der sudetendeutschen Katholiken in der Ersten Tschechoslowakischen Republik in den 30er Jahren. Berlin 2010.
- Seebohm stellt sich vor Hans Schütz. Scharfe Erklärung des Ministers, in: Die Welt, 10.05.1960.
- Seebohm, Hans-Christoph: Ein neuer Vertriebenen-Minister, in: Mitteilungsblatt der Sudetendeutschen Landsmannschaft 11 (1960), S. 1f.
- Seibt, Ferdinand (Hrsg.): Eugen Lemberg 1903–1976. München 1986.
- Seibt, Ferdinand: Unterwegs nach München. Zur Formierung nationalsozialistischer Perspektiven unter den Deutschen in der Tschechoslowakei 1930–1938, in: Benz, Wolfgang/Buchheim, Hans/Mommsen, Hans (Hrsg.): Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Frankfurt a. M. 1993, S. 133–152.
- Seibt, Ferdinand/Lemberg, Hans/Slapnicka, Helmut (Hrsg.): Biographisches Lexikon zur Geschichte der böhmischen Länder. Bd. 3. München 2000.

- Seipolt, Adalbert: Johannes Seipolt (1898–1977), in: Gröger, Johannes/Köhler, Joachim/Marschall, Werner (Hrsg.): *Schlesische Kirche in Lebensbildern*. Bd. 6. Sigmaringen 1992, S. 168–171.
- Sladek, Paulus: *Not ist Anruf Gottes*. Aus Veröffentlichungen, Rundschreiben, Predigten und Briefen. Dokumente zur Geschichte der Vertriebenenseelsorge. Festgabe zum sechzigjährigen Priesterjubiläum. Hrsg. v. Rudolf Ohlbaum. München 1991.
- Smelser, Ronald M.: *Das Sudetenproblem und das Dritte Reich. 1933–1938. Von der Volkstumspolitik zur nationalsozialistischen Außenpolitik*. München/Wien 1980.
- Smelser, Ronald: *Hitler and the DNSAP*, in: *Bohemia* 20 (1979), S. 137–155.
- Sonneward, Bernd: *Die Entstehung und Entwicklung der ostdeutschen Landsmannschaften von 1947 bis 1952*. Berlin 1975.
- Spann, Othmar: *Gesamtausgabe*. 8 Bde. Graz 1975.
- Spannenberger, Norbert: *Der Volksbund der Deutschen in Ungarn 1938–1945 unter Horthy und Hitler*. München 2005.
- Staffen, Rudolf: *Zehn Jahre Bundesverband der SL*, in: *Sudetendeutsche Zeitung*, 30.01.1960.
- Stange, Irina: *Das Bundesministerium des Innern und seine leitenden Beamten*, in: Bösch, Frank/Wirsching, Andreas (Hrsg.): *Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus*. Göttingen 2018, S. 55–121.
- Stark, Martin: *Netzwerke in der Geschichtswissenschaft*, in: Hergenröder, Curt W. (Hrsg.): *Gläubiger, Schuldner, Arme. Netzwerke und die Rolle des Vertrauens*. Wiesbaden 2010, S. 187–190.
- Statistisches Bundesamt: *Migration und Integration Bevölkerung nach Migrationshintergrund und Geschlecht*, in: Destatis Statistisches Bundesamt. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/liste-migrationshintergrund-geschlecht.html> (12.11.2024).
- Stegbauer, Christian (Hrsg.): *Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie. Ein neues Paradigma in den Sozialwissenschaften*. Wiesbaden 2010.
- Stegbauer, Christian/Häußling, Roger (Hrsg.): *Handbuch Netzwerkforschung*. Wiesbaden 2010.
- Steinhart, Eric C.: *The Holocaust and the Germanization of Ukraine*. Cambridge 2015.
- Stellungnahme zur Sudetenfrage (20 Punkte). Vom Plenum des Sudetendeutschen Rates beschlossen und am 7. Mai 1961 von der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft angenommen, in: Maier, Erich: *40 Jahre Sudetendeutscher Rechtskampf. Die Arbeit des Sudetendeutschen Rates seit 1947*. München 1987, S. 207–210.
- Stelzle, Walter: *Die Sudetendeutsche Hilfsstelle*, in: Prinz, Friedrich (Hrsg.): *Integration und Neubeginn. Dokumentation über die Leistung des Freistaats Bayern und des Bundes zur Eingliederung der Wirtschaftsbetriebe der Vertriebenen und Flüchtlinge und deren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes*. München 1984, S. 83–96.
- Stickler, Matthias: *Charta der deutschen Heimatvertriebenen*, in: *Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa*. 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32842 (Stand 23.07.2022).
- Stickler, Matthias: *Die deutschen Vertriebenenverbände. Interessengruppen mit gesamt nationalem Anspruch*, in: Rösgen, Petra (Hrsg.): *Flucht, Vertreibung, Integration. Begleitbuch zur Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*. Bonn/Bielefeld 2005, S. 145–153.
- Stickler, Matthias: *„Ostdeutsch heißt gesamtdeutsch“. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972*. Düsseldorf 2004.
- Stickler, Matthias: *Vertriebenenverbände*, in: *Historisches Lexikon Bayerns*, 13.08.2013. <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Vertriebenenverb%C3%A4nde> (21.11.2024).
- Stickler, Matthias: *Vertriebenenpresse*, in: Scholz, Stephan/Röger, Maren u. a. (Hrsg.): *Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung. Ein Handbuch der Medien und Praktiken*. Paderborn 2015, S. 420–431.

- Stoehr, Irene: Friedensklärchens Feindinnen. Klara-Maria Fassbinder und das antikommunistische Frauennetzwerk, in: Paulus, Julia/Silies, Eva-Maria/Wolff, Kerstin. (Hrsg.): Zeitgeschichte als Geschlechtergeschichte. Neue Perspektiven auf die Bundesrepublik. Frankfurt a. M./New York 2012, S. 69–91.
- Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980. 4 Bde. Opladen 1986.
- Stöss, Richard: Der Gesamtdeutsche Block/BHE, in: Ders. (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980. Bd. 3. Opladen 1986, S. 1424–1459.
- Strothmann, Dietrich: „Sein Prinzip: Besonnenheit. Hans Krüger — der neue Mann im Vertriebenenministerium“, in: Die Zeit, Nr. 47, 22.11.1963
- Szatkowski, Tim: Karl Carstens. Eine politische Biographie. Köln u. a. 2007.
- Tätigkeitsbericht des Hauptausschusses der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern 1948–1951. München 1951.
- Take, Gunnar: Aufbau und Überwindung der Kanzlerdemokratie. Personalpolitik und Beamte des Bundeskanzleramts (1949–1970), in: Braun, Jutta u. a. Das Kanzleramt. Bundesdeutsche Demokratie und NS-Vergangenheit, im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin und des Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschungen Potsdam. Hrsg. v. Johannes Hürter u. a. Göttingen 2025, S. 23–274.
- Teichmann: Gabriele: Pferdenges, Robert, in: Neue Deutsche Biographie 20 (2001), S. 331f.
- Teuchert, Felix: Die verlorene Gemeinschaft. Der Protestantismus und die Integration der Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft (1945–1972). Göttingen 2018.
- Teuchert, Felix: Eine protestantische Kultur des Politischen? Die Integration der Ostvertriebenen als politisches Handlungsfeld protestantischer Akteure, in: Hermle, Siegfried/Lepp, Claudia/Oelke, Harry (Hrsg.): Christliche Willkommenskultur? Die Integration von Migranten als Handlungsfeld christlicher Akteure nach 1945. Göttingen 2020, S. 23–46.
- Ther, Philipp: Die dunkle Seite der Nationalstaaten. „Ethnische Säuberungen“ im modernen Europa. Göttingen 2012.
- Theweleit, Klaus: Männerphantasien. 2 Bde. Frankfurt a.M./Basel 1977, 1978. Neuausgabe Berlin 2019.
- Tiftt, Susan E./Jones, Alex S.: The Trust. The Private and Powerful Family behind the New York Times. Boston u. a. 1999.
- Tilkovsky, Loránt: Ungarn und die deutsche „Volksgruppenpolitik“ 1938–1945. Köln u. a. 1981.
- Thum, Gregor (Hrsg.): Traumland Osten. Göttingen 2006.
- Tobin, Patrick: Crossroads at Ulm. Postwar West Germany and the 1958 Ulm Einsatzkommando Trial. Diss. University of North Carolina 2013.
- Tönnies, Norbert: Der trojanische Kather, in: Bonner Hefte, Juli 1955, S. 13.
- Trippen, Norbert: Die Integration der heimatvertriebenen Priester in Westdeutschland nach 1945, in: Haas, Reimund/Rivinius, Karl Josef/Scheidgen, Hermann-Josef (Hrsg.): Im Gedächtnis der Kirche neu erwachen. Studien zur Geschichte des Christentums in Mittel- und Osteuropa. Festgabe für Gabriel Adriányi zum 65. Geburtstag. Köln/Weimar/Wien 2000, S. 265–281.
- Trippen, Norbert: Josef Kardinal Frings (1887–1978). 2 Bde. Paderborn 2003, 2005.
- Unger, Corinna R.: Ostforschung in Westdeutschland. Die Erforschung des europäischen Ostens und die Deutsche Forschungsgemeinschaft, 1945–1975. Stuttgart 2007.
- Vertriebene haben Bedenken gegen Schütz. Sudetendeutscher will nicht Nachfolger von Oberländer werden, in: Die Welt, 07.05.1960.
- Ventzki, Jens-Jürgen: Seine Schatten, meine Bilder. Eine Spurensuche. Innsbruck 2011.
- Vier Dokumente zur außenpolitischen Lage der Sudetendeutschen. O. O., o. J.
- Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf (Hrsg.): Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages. 1949–2002. 2 Bde. München 2003.
- Vogel, Walter: Westdeutschland 1945–1950. Der Aufbau von Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen über den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen. Teil III: Einzelne Verwaltungs-

- zweige: Finanzen, Post und Verkehr, Arbeit und Soziales, Flüchtlinge, Suchdienst und Kriegsgefangene, Justiz, Inneres. Boppard am Rhein 1983.
- Vorschläge und Zahlen für die wirtschaftliche Eingliederung der Heimatvertriebenen in Westdeutschland. Zum deutschen Flüchtlingsproblem. Bonn 1949.
- Voßkamp, Sabine: Katholische Kirche und Vertriebene in Westdeutschland. Integration, Identität und ostpolitischer Diskurs 1945–1972. Stuttgart 2007.
- Waarden, Frans van: Dimensions and Types of Policy Networks, in: *European Journal of Political Research* 21 (1992), S. 29–52.
- Wachs, Philipp-Christian: Der Fall Theodor Oberländer (1905–1988). Frankfurt a. M. 2000.
- Wambach, Kai: Rainer Barzel. Eine Biographie. Paderborn 2019.
- Wambach, Manfred Max: Verbändestaat und Parteienoligopol. Macht und Ohnmacht der Vertriebenenverbände. Stuttgart 1971.
- Weger, Tobias: „Volkstumskampf“ ohne Ende? Sudetendeutsche Organisationen, 1945–1955. Frankfurt a. M. u. a. 2008.
- Weichselbaumer, Ludwig: Walter Brand (1907–1980). Ein sudetendeutscher Politiker im Spannungsfeld zwischen Autonomie und Anschluss. München 2008.
- Weinke, Annette: Eine Gesellschaft ermittelt gegen sich selbst. Die Geschichte der Zentralen Stelle Ludwigsburg 1958–2008. Darmstadt 2008.
- Weiß, Hermann: Die Organisationen der Vertriebenen und ihre Presse, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt a. M. 1995, S. 244–264.
- Wendebourg, Dorothea: Die Evangelische Kirche in Deutschland und die vertriebenen Ostdeutschen, in: *Zeitschrift für Theologie und Kirche* 108 (2011), Heft 1, S. 16–49.
- Wengst, Udo: 60 Jahre Bundesrepublik und die Vertriebenen. Ausgangslage – Entwicklung – Perspektiven. München 2011.
- Wengst, Udo: Beamtentum zwischen Reform und Tradition. Beamtengesetzgebung in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland 1948–1953. Düsseldorf 1988.
- Wengst, Udo (Bearb.): Auftakt zur Ära Adenauer. Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung 1949. Düsseldorf 1985.
- Wengst, Udo: Staatsaufbau und Regierungspraxis 1948–1953. Düsseldorf 1984.
- Werner, Ana Lena: Landesjustiz und NS-Vergangenheit. Justizbilder und Verwaltungspraxis im bayerischen Justizministerium in der Nachkriegszeit. Berlin 2025.
- Wester, Reinhard, in: *Personenlexikon zum deutschen Protestantismus 1919–1949*. Zus. u. bearb. v. Hannelore Braun/Gertraud Grünzinger. Göttingen 2006, S. 274
- Wiegand, Lutz: Der Lastenausgleich in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1985. Frankfurt a. M. 1992.
- Wiegand, Lutz: Gesamtwirtschaftliche Aspekte des Lastenausgleichs, in: Erker, Paul (Hrsg.): Rechnung für Hitlers Krieg. Aspekte und Probleme des Lastenausgleichs. Heidelberg 2004, S. 63–79.
- Wiegand, Lutz: Die Kriegsfolgengesetzgebung in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 35 (1995), S. 71–90.
- Wiegeshoff, Andrea: „Wir müssen alle etwas umlernen“. Zur Internationalisierung des Auswärtigen Dienstes der Bundesrepublik Deutschland 1945/51–1969. Göttingen 2013.
- Wieland, Lothar: Das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Bonn/Frankfurt a. M. 1968.
- Wilhelms, Günter: Christliche Sozialethik. Paderborn 2010.
- Winter, Peter: Die sudetendeutschen Politiker der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich und der DDR 1949 bis heute. Unveröff. Manuskript. München 1994.
- Winterstein, Ulrike: Vertriebener Klerus in Sachsen 1945–1955. Paderborn u. a. 2010.
- Wischnath, Johannes Michael: Kirche in Aktion. Das Evangelische Hilfswerk 1945–1957 und sein Verhältnis zu Kirche und Innerer Mission. Göttingen 1986.

- Wissenschaftliche Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte (Hrsg.): Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges. 15 Bde. Bielefeld 1962–1975.
- Wittstadt, Klaus: Julius Döpfner. Sein Weg zu einem Bischof der Weltkirche in Bilddokumenten. Würzburg 2001.
- Wittstadt, Klaus: Julius Kardinal Döpfner (1913–1976). Anwalt Gottes und der Menschen. München 2001.
- Wolf, Thomas: Die Entstehung des BND. Berlin 2018.
- Wolfrum, Edgar: Geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Bonn 2007.
- Wood, Mark E.: The German Student Corps after the Second World War. Madison 1992.
- Wrangel, Georg: Das universalistische System von Othmar Spann. Jena 1929.
- Ziegler, Walter: Flüchtlinge und Vertriebene, in: Historisches Lexikon Bayerns, 28.05.2018. https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Flüchtlinge_und_Vertriebene (10.11.2024).
- Zimmermann, Marco: Rudolf Lodgman von Auen. Ein Volkstumspolitiker zwischen Wien, Prag und München, in: Berichte und Forschungen. Jahrbuch des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 16 (2008), S. 269–276.
- Zimmermann, Volker: Die Sudetendeutschen im NS-Staat. Politik und Stimmung in der Bevölkerung im Reichsgau Sudetenland (1938–1945). Essen 2000.
- Zimmermann, Volker: Geschichtsbilder sudetendeutscher Vertriebenenorganisationen und „Gesinnungsgemeinschaften“, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 10 (2005), S. 912–924.
- Zvánovec, Mikuláš: Karrieren von Parlamentariern der Sudetendeutschen Partei. Eine gruppenbiografische Untersuchung, in: Bohemia 2 (2017), S. 324–429.

Ortsverzeichnis

Das Verzeichnis erfasst nur die Ortsbezeichnungen im Text, nicht jene in den Fußnoten.

- Allenstein 230
Argentinien 80, 350
- Bad Boll 212
Bad Godesberg 33, 287
Bad Homburg vor der Höhe 22, 189
Bad Kissingen 35
Bad Neustadt an der Saale 35
Baden 312
Baden-Württemberg 323, 348
Baltikum 314, 323
Batschka 179, 305, 307
Bayern 24f., 36, 55, 79, 198, 234, 246, 249–251, 257, 261, 267, 270f., 276, 278f., 282, 283f., 287, 293, 295
Bayreuth 256
Belarus, vgl. Weißrussland 305, 308, 314
Berchtesgaden 36f.
Berlin 22, 24, 32, 34–37, 41, 57, 83f., 129, 152, 160, 162, 191, 256, 263, 277, 360, 386, 400, 407
Berlin (Ost) 25, 83, 92, 240
Berlin-Brandenburg 137
Bessarabien 40
Beuthen 35
Bielefeld 199
Bodensee 193
Böhmen 219, 245f., 252, 280, 292
Böhmisch-Leipa 252
Bonn 287
Brandenburg 29, 307
Brasilien 34, 62
Braunschweig 263
Brno vgl. Brünn
Brünn 281
- Budapest 34
- Česká Lípa, vgl. Böhmisch-Leipa
China 277
Chomutov, vgl. Komotau
Czechowice-Dziedzice, vgl. Tschechowitz-Dzied-
sitz
- Danzig 24, 29, 32, 272, 277, 306, 325, 329, 416
Danzig-Westpreußen 307
Dillingen 198
DDR 10, 17, 20, 25, 59f., 62, 66, 85, 92, 94f., 108–
110, 113f., 124, 29, 146, 158–161, 163, 171,
175, 185, 190, 205, 220–223, 225f., 230, 233,
235–237, 239f., 247f., 263, 304f., 310, 316, 349,
354–356, 361, 386, 388f., 391–393, 395, 397,
406, 408, 415, 418, 424, 453
- Dortmund 41
Dresden 36
- Eichstätt 252, 260f., 441
Emanuelssegen 263
Essen 231
- Fallingbostal (Landkreis) 343
Finnland 342
Frankfurt am Main 51, 179, 195f., 198, 259
Frankreich 404, 411
Freiburg im Breisgau 34, 263
Freiwaldau 287
Friedek (Bezirk) 287
Friedland 224
Fulda 235
Gdańsk, vgl. Danzig
Gensingen 202

Greifswald 37
Grenoble 39
Günthersdorf 32

Haar bei München 257
Hamburg 38, 324, 330
Hameln 131
Hannover 39, 184, 193, 334, 343, 431
Hannover-Herrenhausen 187
Harz 263
Heidelberg 37, 281
Hermannsburg 210
Hessen 26, 257, 259, 283, 323, 342, 357, 360
Hohenstadt (Bezirk) 287
Hradec Králové, vgl. Königgrätz

Japan 277
Jasnoje, vgl. Kaukehmen
Jeseník, vgl. Freiwaldau
Jugoslawien 170, 181, 307

Kaliningrad, vgl. Königsberg
Kanada 277
Kassel 191
Katowice, vgl. Kattowitz
Kattowitz 22, 255
Kaufbeuren 249
Kaukasus 79
Kaukehmen 36
Kempten 265, 272, 286
Kiel 34, 309
Kissingen (Landkreis) 35f.
Koblenz 38
Köln 83, 367
Köln-Hohenlind 201
Königgrätz 261
Königsberg 24, 36, 39–41, 89, 277f., 316, 319, 403
Königshütte 34
Königstein 178, 195, 197, 201
Königswinter 187f.
Köslin 283
Komotau 282

Koszalin, vgl. Köslin
Kreuth 283
Kronach 36

Leipzig 39
Lemberg 24, 79, 83, 356
Leverkusen 287
Liberec, vgl. Reichenberg
Libverda, vgl. Tetschen-Liebwerd
Limburg 195–197
Litauen 32, 325
Litzmannstadt, vgl. Łódź 309
Łódź, vgl. Litzmannstadt 80, 308f., 350
London 404
Ludwigsburg 41, 83
Lwiw, vgl. Lemberg

Mähren 245f., 252, 292f., 295
Marburg 257, 281
Mariánské Lázně, vgl. Marienbad
Marienbad 257
Meiningen 276, 369
Memel 29, 306
Memelland 272, 325
Meran 193
Mohelnice, vgl. Müglitz
Müglitz 287
München 32, 42, 60, 78, 93, 196, 249f., 257, 261–
263, 268, 275–277, 279, 281–283, 285f., 330,
350
Münster 259
Murcki, vgl. Emanuelssegen

New York 403
Niedersachsen 146, 264, 293, 343, 346–348, 360
Nordböhmen 257
Nordrhein-Westfalen 52, 146, 352, 357, 364, 420

Oberbayern 289
Oberpfalz 287
Oberschlesien 22, 28, 62, 85, 88, 311f.
Olmütz 256, 287
Olomouc, vgl. Olmütz

- Olsztyn, vgl. Allenstein
 Osnabrück 198
 Ostasien 277
 Österreich 29, 34, 247, 271, 306
 Osteuropa 61, 78, 159, 170, 277, 305, 350, 354
 Ostmitteleuropa/Ost-Mitteleuropa 18, 41, 99, 179, 203, 266
 Ostpreußen 13, 26, 29, 39, 43, 51, 59, 74, 89, 180, 251, 272, 277, 305f., 308, 311f., 321, 323f., 327, 334, 345, 359, 402–405, 425, 432
 Panama 411
 Paris 404, 425
 Polen 38–40, 78, 81, 92f., 170, 203, 209, 224, 227, 229, 232, 240, 306, 309, 351, 353, 393, 395f., 422
 Politický okres Frýde, vgl. Friedek
 Pommern 24, 29, 38, 43, 179, 228, 251, 270, 272, 283, 305–307, 309, 312, 334
 Posen 38, 130, 390
 Poznań, vgl. Posen
 Prag 24, 79, 252, 254, 256–259, 265, 277–283, 287, 293f.
 Ramsau 287
 Ramsná, vgl. Ramsau
 Regensburg 288
 Reichenberg 258f., 283, 294
 Rheinland 51, 191, 420
 Rheinland-Pfalz 62
 Rumänien 170
 Russland 325, 354
 Sachsen 213, 261, 418
 Sansibar 411
 SBZ 10, 17, 20, 22, 53, 56, 59, 62, 85, 95, 108–110, 113f., 124, 129, 158–161, 163, 223, 225, 247f., 304f., 361, 369, 388, 415, 452
 Schlesien 29, 43, 85, 137, 152, 179, 246, 250f., 272, 303, 319, 346, 358f., 365f., 384, 417, 428
 Schleswig-Holstein 38, 191, 308f., 315, 369, 415–417, 435
 Sowjetunion 32, 40, 78, 170, 277
 Speyer 258, 280
 St. Germain 261
 Stettin 38f., 309
 Stuttgart 12, 33, 199, 286, 330, 359
 Südamerika 276
 Sudetenland 29, 251, 253, 255, 257–259, 292, 274, 279f., 283, 287–289, 314
 Szczecin, vgl. Stettin
 Teplitz-Schönau 257
 Teplice-Šanov, vgl. Teplitz-Schönau
 Tetschen-Liebwerd 281
 Thüringen 22, 28, 85, 280
 Transnistrien 41
 Trebnitz 252
 Tschechoslowakei 29, 35, 60, 170, 209, 239, 250, 255–257, 259, 261, 263, 366f., 274, 279, 309, 337, 411
 Tschechowitz-Dzieditz 35
 UdSSR 78, 170, 180, 307, 312, 350
 Ukraine 355
 Ungarn 34
 USA 241, 262, 324, 386, 390, 402, 410f., 456
 Vértestolna 34
 Warthe 306
 Warthegau 29, 38, 81, 306–309
 Warthland 38
 Washington 402f.
 Weißrussland, vgl. Belarus 305, 314, 324
 Westfalen 91, 191
 West-Böhmen 294
 Westpreußen 29, 251
 Wien 253f., 282
 Wiesbaden 33, 202, 413
 Wolfratshausen 283
 Württemberg 314
 Würzburg 35, 203, 294
 Ziegenhain (Landkreis) 202

Personenverzeichnis

Das Register erschließt nur die im Text genannten Personen, nicht jene in den Fußnoten.

- Abendroth, Rudolf 274, 290f.
Adenauer, Konrad 14f., 19, 21–26, 29, 50f., 64, 67–70, 72, 82f., 85–87, 89, 96, 139f.
Adolphi, Roland 368, 379f.
Ahme, Karl 191–193
Albertz, Heinrich 60, 188, 200
Alexy, Desider 183
Aquín, Thomas von 214, 216
Arndgen, Josef 135
Arndt, Gertrud 274
Arndt, Otto 62, 77
Asbach, Hans-Adolf 308f.
Aschenbrenner, Viktor 288f., 291
Asmussen, Hans 178
Aulock, Wilhelm von 128

Bachmann, Günter 208
Bartunek, Karl 321, 324
Barzel, Rainer 65, 393, 396–398, 406–409, 424f., 434, 443
Becher, Walter 249, 254f., 260, 280, 313f.
Belda, Anton 366
Besch, Günter 193f., 222f., 233, 237
Bethmann Hollweg, Theobald von 441
Blankenhorn, Herbert 404, 411
Bleek, Karl Theodor 318
Blücher, Franz 335
Bode, Werner 128
Böse, Oskar 250
Brand, Walter 253–256, 260, 264
Brandt, Willy 27, 167, 171, 231, 361, 406, 428, 434
Brehm, Bruno 266
Brehm, Friedrich 255f., 260
Brentano, Heinrich von 339, 387, 400
Breuer, Emil 309
Brökelschen, Else 134
Bröckl, Franz 274
Brookmann, Walter 158
Brummack, Carl 179, 183
Bucerius, Gerd 276, 319, 328
Büttner, Albert 250
Burdach, Ernst 179

Canaris, Wilhelm 79
Černak, Matuš 266
Christoph, Leo 205
Collmer, Paul 178, 184, 191, 221, 223
Chyla, Ottokar 288, 423
Czaja, Herbert 71, 118, 155, 157, 173, 209, 228, 230, 318, 332, 335, 348f., 354, 362, 382f., 385, 387f., 393, 398, 407f., 411, 413, 415, 418, 421f., 424, 428, 430f., 433f.
Czieslik, Konrad 21, 28f., 86

Dauge, Helmut 402f.
Dehler, Thomas 63
Dibelius, Otto 182, 192, 211, 213, 223, 232
Diehl, Günter 400, 411, 423, 429
Dirichs, Ferdinand 195–197, 199, 201
Döpfner, Julius 203, 230
Duckwitz, Georg Ferdinand 400

Eckardt, Felix von 159
Edert, Eduard 134
Ehmke, Horst 416, 432
Ehren, Hermann 134, 138, 141, 143, 156

- Eichelbaum, Ernst Theodor 53, 161f., 164
- Eplée, Hermann 57, 119, 143
- Erhard, Ludwig 67, 159, 164, 175, 263, 285, 391, 393–395, 398, 405, 407, 409f., 412, 414–416, 422, 427, 441
- Essen, Werner 32–34, 231, 305, 431
- Farke, Ernst 131
- Fiedler (Ministerialrat) 342
- Frank, Karl Hermann 279
- Franke, Egon 158, 431, 434
- Friedensburg, Ferdinand 84
- Friedrich, Hans 144
- Frings, Josef 195, 217f., 224
- Frommhold, Heinz 134
- Furch, Anton 382, 430f.
- Gehlhoff, Gerhard 179, 183, 232
- Genscher, Hans-Dietrich 383, 432f.
- Gerstenhauer, Hartmut 369
- Gerstenmaier, Eugen 166, 178, 188
- Gille, Alfred 70, 91, 305, 308, 312, 315, 321, 323f., 327, 345, 358, 360, 386, 394, 402, 415, 441
- Girgensohn, Herbert 179
- Globke, Hans 33, 72, 90, 140, 228, 278, 317, 328, 330–332, 334, 336f., 339, 344, 351f., 354f, 364, 370f., 385f., 414, 424
- Götz, Hermann 118, 131f., 134f., 138, 143, 385
- Goldschmidt, Georg 32, 34, 80, 278, 350f.
- Golitschek, Hubertus von 144, 152, 154
- Golombek, Oskar 206, 208
- Gorschenek, Hanns 416
- Gossing, Hellmut 337, 343–348, 360, 364, 390f., 401, 404, 413f., 419–421, 423, 426, 429, 434, 448f.
- Gradl, Johann Baptist 26, 49, 56, 58, 72–74, 77, 83f., 94, 158, 163, 167, 175, 229, 384, 409, 412–415, 418–420, 423, 427, 433
- Greiser, Arthur 38
- Gülzow, Gerhard 179, 183, 185f., 189, 191, 193f., 208, 232
- Gütt, Dieter 423
- Gundert, Wilhelm 185, 188, 191, 193, 221f.
- Guttenberg, Karl-Theodor Freiherr zu 429
- Guttenberg, Theodor von und zu 70
- Hackenberg, Richard 206, 225
- Hacker, Gustav 257, 260
- Haibach, Franz 249
- Hamm, Franz 180, 183, 185, 187–189, 192, 194, 235, 305, 307f., 312, 341, 367, 370, 451f.
- Hammerschmidt, Helmut 350
- Hampel, Maria 205
- Harms, Klaus 183
- Hartz, Franz 201, 203, 218f.
- Hasenöhl, Adolf 60
- Hassel, Kai-Uwe von 26, 49, 94, 222f., 236f., 384, 387, 407, 411, 415–420
- Heck, Bruno 57f.
- Heiland, Rudolf-Ernst 132, 175
- Heinze, Eckart (alias Mansfeld, Michael) 350
- Henlein, Konrad 254, 256, 261
- Herlinger, Roman 249f.
- Herzogenberg, Johanna von 265, 287
- Heuss, Theodor 64, 331
- Himmeler, Heinrich 355
- Hinz, Ludwig 341–343
- Hitler, Adolf 24, 85, 350, 353, 395
- Hoegner, Wilhelm 281
- Hoffmann, Erich von 282, 284f., 291, 294, 484
- Hofmann, Karl 156
- Hoppe, Paul 2025, 208
- Hundhammer, Alois 278
- Hupka, Herbert 60, 303, 312, 319, 401, 405, 417, 428
- Illing, Paul 286
- Ingrim, Robert 260
- Iwand, Hans Joachim 180
- Jahn, Gerhard 423
- Jakobermühl, Erich Franz Theodor Hoffmann Edler von, vgl. Hoffmann, Erich
- Jaksch, Wenzel 60f., 74–76, 81, 124, 140, 156, 167, 169–173, 175f., 214, 257, 260, 265, 313, 325, 353, 360, 387, 389–392, 394f., 397, 399–401, 405f., 410–414, 418, 422–429, 431
- Janssen, Heinrich Maria 203–205, 207f., 226, 228, 230f., 236
- Jokiel, Rudolf 200

- Kabus, Jakob 198f.
- Kaiser, Jakob 14, 56, 84, 205, 326, 328f., 364f., 408, 424, 427f.
- Kaller, Maximilian 194
- Kandzia, Hans 200
- Karmasin, Franz 319
- Kather, Linus 13, 15, 22f., 54, 56f., 68–73, 76f., 81, 89–92, 95f., 100, 115, 117, 130, 134–143, 145f., 150–154, 167, 169, 199, 276, 311, 313–365, 367f., 370f., 373–377, 379f., 383, 385–388, 393–396, 398, 405, 408, 423, 421f., 439f., 442, 445, 447–450, 453f., 458
- Kautzor, Erwin 153, 156
- Kennedy, John F. 390
- Keudell, Walter von 50, 56, 73, 316f., 324f., 337–339, 370, 375
- Kiesinger, Kurt Georg 166, 226, 229, 375, 400f., 415f., 418, 420, 422f., 428, 433
- Kinat, Georg Richard 123, 134, 152, 156
- Kindermann, Adolf 197, 208
- Kleberg, Walter 28, 86, 328, 370, 372
- Koch, Erich 36, 277
- Kohl, Helmut 362, 434
- Korspeter, Lisa (Elise) 60, 124, 148, 160f., 164
- Kraft, Waldemar 38, 40f., 52, 71, 90f., 125, 148, 156, 169, 188, 217, 266, 303, 309, 312, 318, 324, 329f., 333, 349, 351–354, 357f., 385, 440
- Krahe, Josef 224
- Krahnstöver, Anni 123, 131, 152, 342
- Krautwig, Carl 426, 430
- Kreyssig, Lothar 213
- Kriedemann, Herbert 152
- Krings, Eugen 205
- Krischker, Georg 32, 34–36
- Krone, Heinrich 31, 83, 317f., 336f., 385–389, 409, 412, 414f.
- Krüger, Hans 26, 49, 67, 70, 77, 91–94, 98, 117, 125f., 137, 155, 162, 164, 169, 175, 228, 324, 347, 356, 360, 364, 376f., 379–381, 383–386, 388–401, 404–408, 410, 425f., 439, 441–443
- Kruska, Harald 194
- Kubitza, Werner 122
- Kühn, Walther 120f., 125, 130, 134, 144
- Kunst, Hermann 223
- Kuntscher, Ernst 115f., 118, 125, 132, 134, 138, 143, 146, 148, 156f., 163, 167, 173f., 385
- Kunze, Johannes 147, 149, 152, 155, 157, 213, 223
- Kunzmann, Adolf 208
- Kussl, Adolf 200, 216
- Leber, Ludwig 199
- Lebherz, Heinrich 179f.
- Lemberg, Eugen 257, 259, 266, 280, 374, 378
- Lemmer, Ernst 26, 49, 52, 56f., 65, 84, 74, 164f., 167, 175, 286, 333, 384, 387, 407, 409, 412f., 415f., 420, 423–426, 433
- Lemmer, Gerd Ludwig 26, 52
- Lenz, Otto 51, 68, 331–334, 336, 343, 352, 363
- Leukert, Edmund 119, 156
- Lettau, Josef 199
- Lichtblau, Robert 200
- Löbe, Paul 132
- Lodgman von Auen, Rudolf 262f., 270–272, 288, 290, 293, 312f., 352, 365, 441, 445
- Lücke, Paul 224
- Lukaschek, Hans 15, 21–24, 26, 28f., 43, 49, 51, 69f., 72, 77, 85–89, 96f., 105, 133f., 139f., 143, 149–151, 153, 167, 174, 182, 197, 199, 201, 210–212, 215–219, 225f., 234–236, 250f., 272, 274–276, 278–280, 286, 290, 306, 310–315, 318–330, 332–339, 342f., 347–350, 354, 366f., 370, 372, 383, 393, 400, 428, 438–441, 443–446, 449, 451f., 454, 458
- Mai, Richard 250
- Majonica, Ernst 70
- Mansfeld, Michael, vgl. Heinze, Eckart
- Manteuffel-Szoegge, Georg Baron 67, 69–73, 75f., 87, 137, 167, 169, 171–173, 176, 189, 228, 313, 325, 365, 372, 384, 386, 388, 442
- Mattick, Kurt 166
- Matzner, Oskar 123, 152
- Mende, Erich 50, 67, 395–397, 412, 414f., 423–427, 430
- Menzel, Walter 135
- Merkatz, Hans-Joachim von 26, 49, 65, 126, 141, 167, 175, 228, 269, 358, 383–388, 391, 408, 446
- Merten, Hans 134f., 141
- Meyers, Franz 318

- Mick, Josef 148
- Middelmann, Werner 21, 43, 167, 265, 305
- Mischnick, Wolfgang 26, 49f, 63, 112, 125f., 161f., 164f., 167, 383, 387f., 390f., 396, 405, 425, 432f., 442, 446
- Mocker, Karl 323, 330, 347f., 359f., 390f.
- Mücke, Willibald 123, 134f., 250
- Mühlen, Heinrich von zur 273
- Müller, Karl 136, 142
- Müller, Otfried 199
- Müller-Hermann, Ernst 143f.
- Nahm, Peter Paul 26f., 31, 41f., 43, 51, 65, 71, 81, 95, 157, 164, 192f., 200, 202, 204f., 207–209, 216, 219, 221–223, 225–231, 235f., 276, 288–291, 305, 316, 319, 322, 334, 338f., 341, 344f., 347f., 345, 358, 366f., 371f., 375, 378, 381–385, 387, 394, 396, 399, 403, 409f., 413f., 415–422, 424f., 431–433, 442f., 448, 450–452, 455, 459
- Neß, Herbert 191
- Neuhoff, Hans 154f., 305
- Neumann, Clemens J. 327f., 363, 374–376, 378–380, 401, 420f.
- Niemöller, Martin 232
- Niklas, Wilhelm 315
- Nöll von der Nahmer, Robert Philipp 152, 154
- Oberländer, Theodor 17, 21, 24–26, 31–34, 36–42, 49–51, 56f., 67–71, 73f., 77–86, 88, 90f., 93, 96–99, 140, 157, 167, 175, 188, 190f, 220f., 223, 227, 260, 266–269, 275–282, 287, 303, 306, 309, 320, 330, 338, 340, 346, 358, 363–374, 376f., 379f., 382–385, 392, 394–398, 402f., 409, 431, 438–440, 442–445, 447, 452, 458
- Oellers, Fritz 62
- Oettingen-Wallerstein, Eugen Fürst zu 148
- Ohlig, Fritz 152
- Otto, Egbert 324, 402–404, 406, 415, 441
- Palaschinki, Paul 62f.
- Palmer (Ministerialrat) 342
- Panse, Friedrich 156
- Patscheider, Richard 254
- Paul VI., Papst 230
- Paul, Ernst 76, 123, 140, 156, 167–170, 173
- Pfender, Franz 119, 131, 134, 138, 144
- Pferdmenges, Robert 153, 319, 328f.
- Polzer, Robert 265, 269, 274, 381f.
- Polzin, Ludwig 198
- Preis, Josef 274
- Preiß, Ludwig 142
- Priebe, Moritz-Ernst 134
- Proche, Hans 274
- Quast, Adolf 192
- Radunski, Konrad 40
- Ranke, Hans-Jürg 184, 187
- Ranocha, Alfred 205
- Raschhofer, Hermann 279
- Rauhut, Gerhard 183
- Rehs, Reinhold 59f., 74–76, 116, 122, 125, 146f., 156, 163, 174, 359, 386, 394, 398, 401f., 404–406, 413f., 417–419, 421–424, 428–431, 441
- Reitzner, Richard 59f., 63, 74f., 116, 122, 136, 140, 143, 152, 173, 256, 261, 280, 454
- Richter, Walter 289, 428
- Riedel, Adolf 274
- Riedel, Clemens 119, 206, 208f., 229
- Riegel, Karl 156
- Rinke, Walter 55, 81, 99, 265, 303, 312, 324, 333, 365–367
- Rosenberg, Alfred 351
- Roter, Dr. (Sudeten-Club) 265
- Rothfels, Hans 41
- Ruhenstroth-Bauer, Wolfram 288
- Rutschke, Wolfgang 156, 433
- Sabaß, Wilmar 132
- Sarna, Jonathan D. 241f.
- Sattler, Dieter 230
- Schäffer, Fritz 315
- Schäffer, Kurt 274
- Schär, Gustav 249
- Schär, Johann 249
- Schellhaus, Erich 303, 312, 343, 345–347, 359f., 364–366, 371, 387, 389, 391, 394, 413f., 416f., 426, 428

- Schieder, Theodor 39, 41
- Schirmer, Hans 401
- Schlicker, Hans Georg 32, 36f., 288, 351, 396, 403f, 425
- Schmid, Carlo 165f.
- Schmidt, Helmut 400, 419
- Schmidt-Clausen, Kurt 183
- Schreiber, Ottomar 13, 23, 26, 51, 86, 127, 153, 189, 192, 212, 235, 276, 280, 312, 321f., 325f., 328, 332, 334–338, 341f., 344, 421f., 457
- Schreiber, Rudolf 257f., 281
- Schröder, Gerhard 345
- Schroll, Maria 199f.
- Schroth, Johannes 287
- Schütz, Hans 55, 70–72, 188, 125, 134, 138, 141, 144, 152, 155, 157, 167, 173, 175, 196, 198f., 201, 205, 208, 214, 216, 218, 227f., 249f., 257, 262, 267–270, 280, 313, 337, 351f, 382, 384f., 430,
- Schwarzer, Herbert 375–377, 381f., 401, 421, 430f., 434
- Seeberg, Stella 182
- Seeböhm, Hans-Christoph 141, 145, 263–271, 185f., 289f., 293, 303, 313, 358, 375, 395, 398, 410f., 413, 416–418, 441, 445, 459
- Seeböhm, Kurt 263
- Seiboth, Frank 357f., 365
- Seipolt, Johannes 206
- Senteck, Rudolf 129, 193
- Seuffert, Walter 152
- Siegmund, Harry 308
- Simon, Albert Karl 285, 288
- Simon, Karl 285, 290f.
- Sladek, Paulus 196, 199, 214f., 218, 250, 252f., 257, 261, 430, 441
- Spann, Othmar 253–255
- Spiegel-Schmidt, Friedrich 180, 183–185, 187
- Spreti, Karl Graf von 144
- Staa, Friedrich Wilhelm von 191
- Staffen, Rudolf 264
- Stain, Walter 259
- Stark, Peter 249
- Stech, Paul 131, 152
- Steltzer, Hans-Georg 361, 409
- Stephan, Hans 58f., 75
- Steves, Ferdinand 220
- Stingl, Josef 57, 73, 156, 409
- Storch, Rudolf 265
- Storm, Friedrich Karl 117
- Strauß, Franz-Josef 340, 375, 391f., 406, 411, 416, 418, 425f., 430
- Sulzberger jr., Cyrus L. 411
- Szálasi, Ferenc 307
- Thedieck, Franz 225, 336, 366, 368, 409, 412, 424
- Theiss, Konrad 199
- Thun und Hohenstein, Franz Anton Fürst von 286
- Tichi, Hans 134
- Tillmanns, Robert 56, 84
- Trischler, Josef 62, 121f., 125, 134f., 141, 144, 305, 307f.
- Turnwald, Wilhelm 303, 406, 424
- Ullitz, Otto 88f., 358f., 365, 379
- Ventzki, Werner 32, 37–39, 80, 278, 308f., 350
- Vetter, Werner 378
- Vogel, Rudolf 144
- Vogl, Annie 294
- Vries, Axel de 62, 70, 76, 91, 138, 305, 308, 312–314, 319, 323–330, 335, 358–361, 363, 365, 368, 371, 400–406, 426, 441, 447
- Wackerzapp, Oskar 144, 152, 317f., 320, 337f.
- Walloschke, Rudolf 179
- Walter, Friedrich 323
- Warnke, Bruno 205, 208
- Wartner, Johann Baptist 148
- Weber, Hubert 276
- Wehner, Herbert 65, 74, 158, 160, 163, 166, 375, 406, 414f., 428–431, 433, 446
- Weickert, Stephan 314
- Weiß, Hermann 251
- Weizsäcker, Wilhelm 249
- Welke, Erwin 134
- Wenzel, Fritz 123
- Werber, Clemens 128

Wester, Reinhard 188, 190f., 193, 211, 222, 233, 237
 Westermann, Werner 328f., 368
 Westrick, Ludger 407, 413f.
 Wetzl, Günter 430
 Wieland, Lothar Ernst Josef 105, 287–291, 294, 371, 376–380, 448
 Wilpert, Friedrich von 323, 325–331, 341, 361, 400–402, 404, 447, 450
 Windelen, Heinrich 26, 49, 94, 167, 384, 416f., 420–423, 433f.
 Winter, Eduard 252, 283
 Winter, Peter 263
 Wischniewski, Hans-Jürgen 432
 Wittmann, Konrad 144
 Wolff, Karl 309
 Wolfrum, Gerhard 31f., 39–42, 80, 278, 350f., 368
 Wollner, Rudolf 404, 419
 Woschek, Theophil 21, 28
 Wronka, Erwin 200
 Wuermeling, Franz-Josef 331
 Zahn, Friedrich von 368
 Zawadil, Walter 121, 131, 134f., 141, 145, 256, 261, 264
 Zettl, Ludwig 205, 208
 Ziegler, Franz 206–208, 248
 Ziegler, Walter 248
 Zoglmann, Siegfried 62, 125, 313
 Zühlke, Ernst 148, 152, 156

